

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

*

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Jahrgang 1952

INHALTSVERZEICHNIS

a) nach der Heftfolge

- | | |
|--|--|
| Heft Nr. 1
Der Nahverkehr in Hamburg | Heft Nr. 14
Die Benutzung der Pfandhäuser in Hamburg 1951 |
| Heft Nr. 2
1. Die Kleingartensiedlungen im Gebiet der Hansestadt Hamburg
2. Die Haus- und Kleingärten in der Hansestadt Hamburg | Heft Nr. 15
Die Erwerbspersonen in Hamburg nach der Lage ihrer Wohnung und Arbeitsstätte |
| Heft Nr. 3
Die Ausstattung der Normal- und Notwohnungen | Heft Nr. 16
Soziale Gruppen in der Hansestadt Hamburg |
| Heft Nr. 4
1. Die Küchen in Hamburg
2. Wohnungen, die von einer Wohnpartei allein bewohnt werden
3. Die Nichtwohngebäude nach Gebäudearten | Heft Nr. 17
Die Straßenverkehrsunfälle in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1938, 1946/1951 |
| Heft Nr. 5
Sterblichkeit und Todesursachen in der Hansestadt Hamburg | Heft Nr. 18
1. Der Erwerbsgartenbau 1950
2. Der voraussichtliche Gemüseanbau 1952 |
| Heft Nr. 6
1. Die Entwicklung der Baukosten in Hamburg
2. Der Wohnungsbau 1951 und der Bauüberhang am 31. Dezember 1951 | Heft Nr. 19
Die Löhne in der Industrie Hamburgs im Februar 1952 |
| Heft Nr. 7
Die Preise in Hamburg 1938 — 1951 | Heft Nr. 20
Die Mieten in Hamburg. |
| Heft Nr. 8
Lohnniveau und Arbeitszeit in der Industrie Hamburgs | Heft Nr. 21
Zur nächsten Bundestagswahl |
| Heft Nr. 9
Die Gebietseinteilung der Hansestadt Hamburg | Heft Nr. 22
Die Selbständigen Berufslosen in der Hansestadt Hamburg |
| Heft Nr. 10
Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg nach ihrem Wohnsitz am 1. September 1939 | Heft Nr. 23
Soziale Gruppen in der Hansestadt Hamburg |
| Heft Nr. 11
Die wirtschaftlichen Grundlagen der Hamburger Bevölkerung | Heft Nr. 24
Schlachterhandwerk, Fleischwarenindustrie und Viehhandel in Hamburg |
| Heft Nr. 12
Der Dommarkt in Hamburg 1951 | Heft Nr. 25
Die Preise in Hamburg im 1. Halbjahr 1952 |
| Heft Nr. 13
Der Obstbau in der Hansestadt Hamburg | Heft Nr. 26
Die Beschäftigten nach der sozialen Stellung im Betrieb |
| | Heft Nr. 27
Berechnung einer hamburgischen Sterbetafel |

Heft Nr. 28

Der Kraftfahrzeugbestand in Hamburg im Jahre 1951

Heft Nr. 29

Die Bautätigkeit im Kalenderjahr 1951

Heft Nr. 30

1. Der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung
2. Alter und Familienstand
3. Die voraussichtliche Entwicklung nach Alter und Geschlecht

Heft Nr. 31

Die Löhne in der Industrie Hamburgs im Mai 1952

Heft Nr. 32

Wohnungsmieten in den Stadt- und Gebietsteilen Hamburgs 1950

Heft Nr. 33

Die Betriebe in Hamburg nach Größenklassen in den Jahren 1939 und 1950

Heft Nr. 34

Lassen sich die Wohnungsbaukosten von Stadt zu Stadt statistisch vergleichen? — Zahlen aus 14 westdeutschen Großstädten

Heft Nr. 35

1. Die Unternehmungen in Hamburg nach der Arbeitsstättenzählung 1950
2. Die Rechtsformen der Hamburger Unternehmungen

Heft Nr. 36

Zur Entwicklung der Gehälter und Löhne der hamburgischen Staatsbediensteten 1928 und 1952

Heft Nr. 37

Die Pendelwanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Hamburg 1950 und 1939

Heft Nr. 38

Die Löhne in der Industrie Hamburgs im August 1952

Heft Nr. 39

Die Kraftfahrzeugwirtschaft in Hamburg

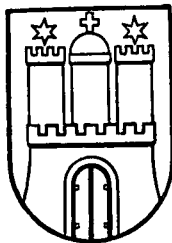
Heft Nr. 40

1. Die allgemeinbildenden Schulen in der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahl in der Allgemeinen Volksschule von 1952 bis 1965

b) nach der Buchstabenfolge

(Die Ziffern geben die Nummer der Hefte an. Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

- | | |
|--|---|
| Allgemeinbildende Schulen 40 | Küchen 4 |
| Alter und Familienstand 30 | Kraftfahrzeugbestand 28 |
| Altersaufbau 30 | Kraftfahrzeugwirtschaft 39 |
| Arbeitsstättenzählung 26, 33, 35 | Löhne in der Industrie 8, 19, 31, 38 |
| Ausstattung der Wohnungen 3 | Mieten 20, 32 |
| Baukosten 6 | Nahverkehr 1 |
| Bauüberhang 6 | Nichtwohngebäude 4 |
| Bautätigkeit 6, 29 | Obstbau 13 |
| Benutzung der Pfandhäuser 14 | Pendelwanderung 37 |
| Berechnung einer Sterbetafel 27 | Pfandhäuser 14 |
| Berufszählung 11, 15, 16, 22, 23 | Preise 7, 25 |
| Beschäftigte nach der sozialen Stellung 26 | Rechtsformen der Unternehmungen 35 |
| Betriebe nach Größenklassen 33 | Schlachterhandwerk 24 |
| Bevölkerung 10, 11, 30 | Schulen 40 |
| Bundestagswahl 21 | Selbständige Berufslose 22 |
| Dommarkt 1951 12 | Soziale Gruppen 16, 23 |
| Entwicklung nach Alter und Geschlecht 30 | Sterbetafel 27 |
| Entwicklung der Baukosten 6 | Sterblichkeit und Todesursachen 5 |
| Entwicklung der Gehälter und Löhne der Staatsbediensteten 36 | Straßenverkehrsunfälle 17 |
| Entwicklung der Schülerzahl 40 | Todesursachen 5 |
| Erwerbsgartenbau 18 | Unternehmungen 35 |
| Erwerbspersonen 15 | Viehhandel 24 |
| Fleischwarenindustrie und Viehhandel 24 | Volkszählung 2, 10, 15, 30, 37 |
| Gebietseinteilung 9 | Wirtschaftliche Grundlagen der Bevölkerung 11 |
| Gehälter und Löhne 8, 19, 31, 36, 38 | Wohnungen 3, 4 |
| Gemüseanbau 18 | Wohnungsbau 6 |
| Haus- und Kleingärten 2 | Wohnungsbaukosten 34 |
| Kleingärten 2 | Wohnungsmieten 20, 32 |
| Kleingartensiedlungen 2 | Wohnungszählung 3, 4, 20, 32 |



Hamburg in Zahlen

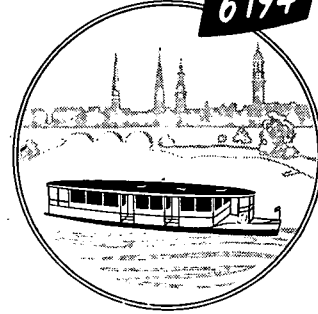
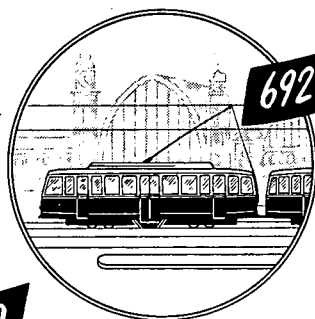
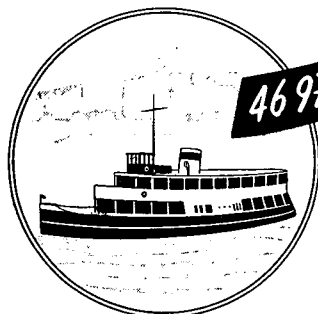
Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1952

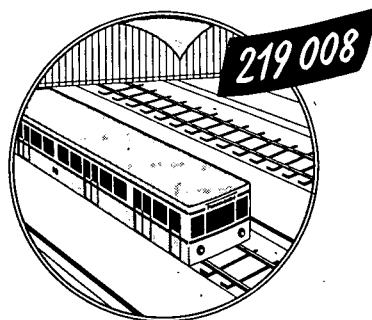
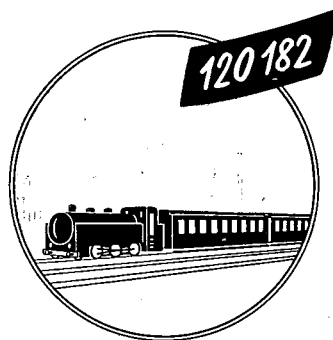
Hamburg, den 11. Januar 1952

Heft Nr. 1

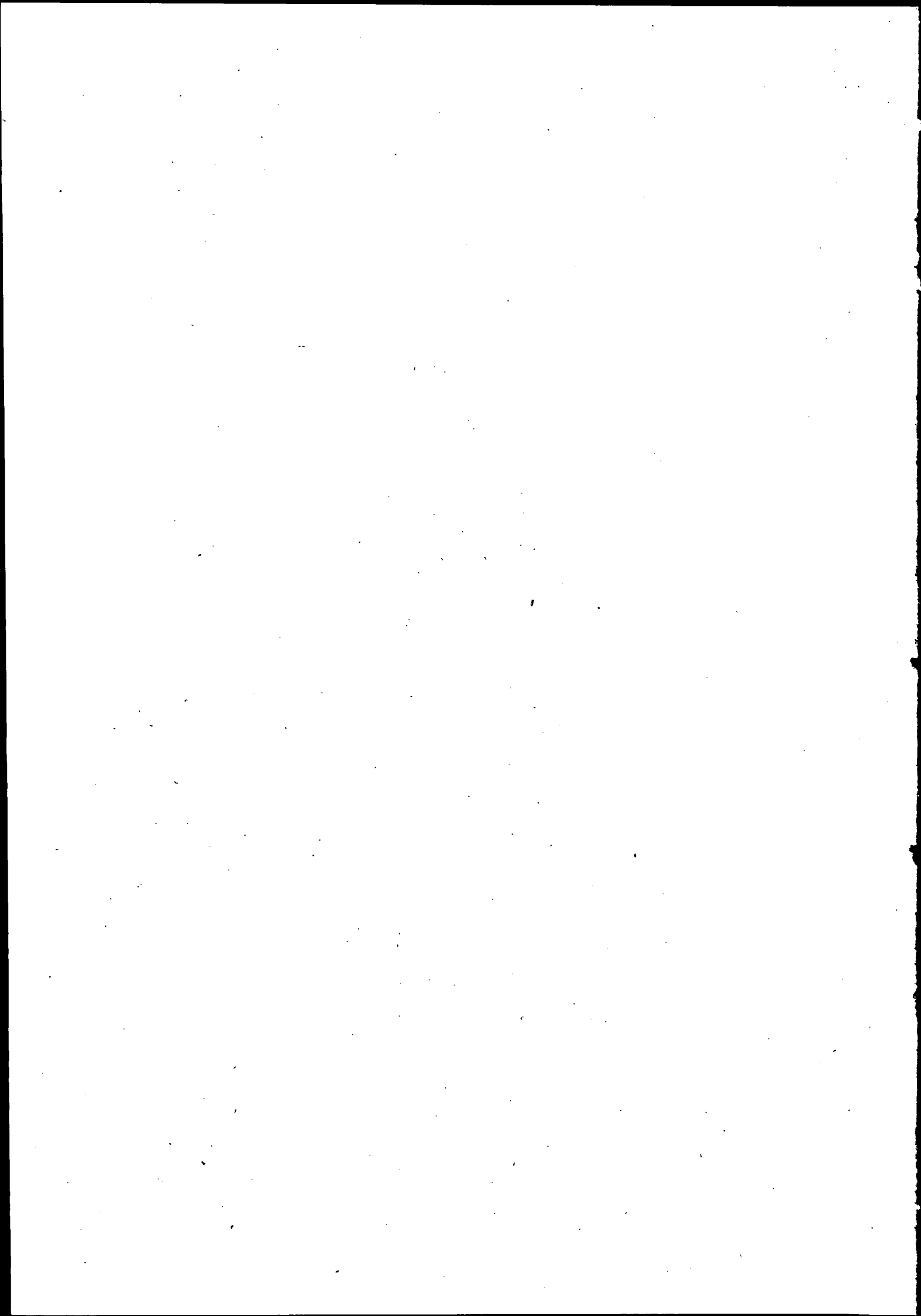
*Täglich werden
befördert:*



insgesamt
1 609 808 Personen
(Tagesdurchschnitt Nov. 1951)



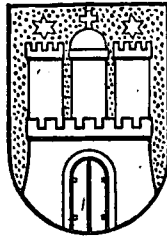
Der Nahverkehr in Hamburg



Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 11. Januar 1952



Jahrgang 1952 — Heft Nr. 1

Die öffentlichen Nahverkehrsmittel für die Personenbeförderung in der Hansestadt Hamburg (im Zeitvergleich 1938, 1950/51)

INHALT

	Seite
Einleitung	2
A. Die Verkehrsmittel der Hamburger Hochbahn A.G.	3
I. Verkehrsangebot und Verkehrsfrequenz	3
1. Straßenbahn	3
2. Hoch- und Untergrundbahn, Walddörferbahn	12
3. Kraftomnibusse	16
4. Alsterschiffahrt	17
II. Fahrpreise und Betriebseinnahmen	19
1. Fahrpreise	19
2. Zahl der verkauften Fahrtausweise, Zahl der beförderten Personen	24
3. Betriebseinnahmen	27
B. Der Fährverkehr der Hafen-Dampfschiffahrt A.G.	30
C. Der Stadt- und Vorortverkehr der Bundesbahn	36
D. Die Nebenbahnen und Kraftomnibuslinien	44
1. Die Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn A.G.	44
2. Die Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn A.G.	46
3. Die Südstormarnsche Kreisbahn und ihre Omnibuslinien	47
4. Kraftomnibuslinien der Bundesbahn und der Bundespost	50
E. Der Droschkenverkehr	51
Abschluß	54

Die Darstellung schließt im allgemeinen mit dem 30. September 1951 ab

EINLEITUNG

Die Hansestadt Hamburg umfaßt ein Gebiet von 74 662 Hektar oder 746,62 Quadratkilometer; das sind nur 16,1 v. H. weniger als die Fläche Groß-Berlins (West- und Ost-), die auf 889,94 qkm vermessen ist. Die Ausdehnung der Hansestadt von Rathaus und Börse aus, die auch geographisch zentral liegen, bemißt sich nach Nordosten (Wohldorf-Ohlstedt) und Südosten (Vierlande) auf 25 km, allerdings mit Einbuchtungen im Osten bis zu 10,5 km vom Stadtkern (Jenfeld, Billstedt), während im Süden das Harburger Gebiet bis zu 15 und im Westen die Elbvororte bis 17,5 km vom Zentrum entfernt sich erstrecken, woran sich wiederum im Nordwesten Gebietseinbuchtungen anschließen, deren Radius zur Stadtmitte sich auf etwa 13 km bemißt (Lurup, Eidelstedt). Von der äußersten Peripherie der Hansestadt im Nordosten (Wohldorf-Ohlstedt) bis zur südöstlichen Grenze gegen den niedersächsischen Landkreis Harburg beträgt die Luftlinie quer durch die Innenstadt reichlich 40 km; vom äußersten Westen (Rissen, Klövensteener Forst) bis nach Altengamme in den Vierlanden sind es noch 2 oder 3 km mehr. Der Elbstrom, an dem sowohl Rissen als Altengamme unmittelbar liegen, durchfließt in Hamburg (oder als räumliche Abgrenzung gegen Niedersachsen) zwischen diesen beiden Ortsteilen in mehrfachen Windungen eine Strecke von etwa 50 km.

Freilich sind die peripheren Gebiete zu einem Teil noch land- und forstwirtschaftlich genutzter Naturraum mit weitläufiger Besiedlung, und sie berühren insoweit das Thema dieser Abhandlung, die verkehrswirtschaftlichen Verhältnisse statistisch darzulegen, nicht immer spezifisch; aber den geographischen Rahmen abzustecken, der den Verkehrsraum innerhalb der hamburgischen Grenzen bildet und mit mehr oder minder Intensität den Verkehrsbedarf hervorbringt, dürfte einer allgemeinen Vororientierung dienen.

Zudem ist die **Bevölkerung** durch die Zerstörung großer, besonders dicht besiedelter Wohngebiete, die im Umkreis von kaum mehr als 5 km vom Stadtkern lagen, in starker Zahl in die **Randgebiete** verschlagen worden, sofern sie nicht in den unversehrt gebliebenen Teilen des alten Stadtbezirks, wie in Eppendorf und Winterhude, Unterkunft gefunden hat. **Die Standorte der Arbeitsstätten hingegen sind im wesentlichen die gleichen geblieben**; vor allem ist das innere Gebiet der Hansestadt nach wie vor das Beschäftigungszentrum. Der Verkehrsbedarf hat sich dadurch räumlich in einer Weise verlagert, wie es in einem friedlichen Zeitgeschehen geradezu undenkbar gewesen wäre. Groß sind die verkehrstechnischen Probleme, die sich daraus ergeben. Einige Bevölkerungszahlen mögen das verdeutlichen:

Entfernung der Wohngebiete von der Stadtmitte aus	Wohnbevölkerung in Hamburg	
	1938	1950
bis zu 5 km	1 046 124	677 112
dazu Schiffsbevölkerung	18 600	3 078
	1 064 724	680 190
über 5 bis 7,5 km	282 628	311 164
über 7,5 bis 10 km	113 175	207 657
über 10 bis 12,5 km	133 096	203 465
über 12,5 bis 15 km	52 724	105 401
über 15 bis 17,5 km	38 181	67 714
über 17,5 bis 20 km	12 634	21 892
über 20 bis 22,5 km	4 108	6 508
über 22,5 bis 25 km	1 119	1 615
Bevölkerung insgesamt	1 702 389	1 605 606
davon über 5 km von der Stadtmitte entfernt wohnend	637 665	925 416

Für die **Verkehrsunternehmen** kommt noch ein weiteres hinzu: sie selbst haben in ihren Einrichtungen, den Bahnanlagen, dem rollenden Material und den Werkstätten, **durch die Luftangriffe sehr große Schäden** erlitten. Der Hauptträger des örtlichen Verkehrs, die **Hamburger Hochbahn A. G. (HHA)**, verlor im Straßenbahnbetrieb von 746 Triebwagen 277 und von 849 Beiwagen 243, auf der Hoch- und Untergrundbahn sowie der Walddorferbahn von 383 Triebwagen 110, von ihren 136 Kraftomnibussen 41 und von 26 Alsterschiffen 12. Die gesamte Strecke der Hoch- und Untergrundbahn vom Hauptbahnhof bis Barmbek wurde so stark zerstört, daß sie erst im Jahre 1950 wieder in Betrieb genommen werden konnte. Besonders schwer wurden auch die Schiffe der **Hafendampfschiffahrt-A. G. (Hadag)** betroffen: von 71 Schiffen wurden 62 stark beschädigt oder vernichtet. Die von der früheren Deutschen Reichsbahn, jetzigen **Bundesbahn**, elektrisch betriebene **S-Bahn** (Stadt- und Vorortsbahn), ist glimpflicher davongekommen; immerhin verlor sie 4 Gleichstromhalbzüge (12 Wagen).

Aber nicht nur die unmittelbaren Kriegsschäden haben die Verkehrskapazität getroffen, schwer wog auch die **Überbeanspruchung des verbliebenen Materials**, das in den letzten Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren den stark gesteigerten Verkehrsansprüchen ausgesetzt war, ohne daß für Unterhaltung und Instandsetzung — von Erneuerungen ganz zu schweigen — mehr als das allernötigste geschehen konnte.

Auch nach der **Währungsreform** vom 20. Juni 1948 blieb die Überbelastung der Verkehrsmittel bestehen. Hierzu trug eine **Tarifgestaltung** bei, die noch aus dem Jahre 1944 stammte und die keine betriebskalkulatorischen Grundlagen hatte. Sie fand ihren Ausdruck vor allem in der Monatszeitkarte, die im allgemeinen nur 10 RM/DM und bei Mitbenutzung der Walddorferbahn nur 1 RM/DM mehr kostete; sie berechtigte für beliebig häufige Fahrten auf allen Verkehrsmitteln der HHA und

der Hadag. Auch die S-Bahn war nach den schweren Luftangriffen auf Hamburg auf eine ähnlich großzügige Preisstellung für ihre Verkehrsleistungen übergegangen.

Die betriebswirtschaftliche Situation der HHA und der mit ihr tarifarisch gekoppelten Hadag, die beide hamburgische gemeinnützige Unternehmen sind, drängte zu einer Klärung. Die **Bürger-schaft** beschloß in ihrer Sitzung am 15. Dezember 1948 auf Empfehlung ihres Verkehrsausschusses, der sich mit diesen Problemen schon lange beschäftigt hatte, den **Rechnungshof** zu ersuchen, eine Überprüfung der Hochbahn A. G. vorzunehmen und festzustellen, ob es möglich ist,

- a) den Umsteigefahrschein ohne Erhöhung der sonstigen Tarife wieder einzuführen,
- b) die Kosten für die Beseitigung der Kriegsschäden und für die Wiederinstandsetzungen durch Anleihen anstatt aus den laufenden Einnahmen zu decken,
- c) eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der gesamten Tarife, einschließlich Walddörferbahn und Hadag, durchzuführen.

Der Rechnungshof hat dazu mehrere Gutachten erstattet; in besonders eingehender Weise hat er die Frage c) behandelt, „die den Inhalt der Vorfragen a) und b) unter erweiterter Problemstellung nochmals in die Fragestellung einschließt“. Dieses Gutachten über die Möglichkeit einer Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verkehrstarife, dessen Manuskript am 31. Dezember 1949 abgeschlossen wurde, entwickelt die Probleme einer Tarifneuordnung ausführlich aus Tatsachengrundlagen: aus Daten der Verkehrsfrequenz, der Siedlungs- und Sozialstruktur des Bedarfs, der betrieblichen Aufwandskalkulation usw. Damit sind bereits wichtige Zahlengrundlagen erarbeitet und verwertet worden.

Am 1. Oktober 1950 ist das System der Fahrpreise der HHA geändert worden. Eine Erhöhung der Gehälter und Löhne, die von der HHA an ihre mehr als 9000 Angestellten und Arbeiter zu zahlen sind, gab den unmittelbaren Anlaß, eine schon an sich notwendige Verbesserung der Betriebseinnahmen zu schaffen; das Gutachten des Rechnungshofes bildete hierbei die Grundlage. Hadag und S-Bahn schlossen sich mit neuen Fahrpreisen an.

Die öffentlichen Verkehrsmittel einer Großstadt stehen wohl mehr als jede andere öffentliche Einrichtung im Mittelpunkt allgemeiner Aufmerksamkeit. Als Straßen- und Hochbahn gehören sie zum täglichen Straßenbild. Sind die Wagen übervoll, so sehen es die Passanten auf den Straßen und das Verkehrsunternehmen wird mit kritischen Worten bedacht. Und im Wagen selber schneidet die HHA in solchen Fällen bestimmt nicht besser ab.

Bei so komplizierten Wirtschaftsmechanismen, wie es die öffentlichen Verkehrsmittel sind, läßt sich von außen natürlich nicht übersehen, mit welchen Gegebenheiten der Betrieb rechnen muß. Eine weitgehende Publizität der Betriebsdaten sollte aber angestrebt werden, um in der Öffentlichkeit eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine objektive Kritik gedeihen kann. Das Statistische Landesamt möchte daher in Anknüpfung an die Arbeiten des Rechnungshofes das Zahlenmaterial der statistischen Büros der öffentlichen Verkehrsunternehmen in geeigneter Aufbereitung jetzt und künftig einem größeren Kreis zugänglich machen und den Stoff mit verkehrspolitisch interessanten Ergebnissen aus anderen statistischen Bereichen, wie der Bevölkerungs- und Sozialstatistik, verflechten. Die vorliegende Veröffentlichung macht den Anfang. Ihr sei der Dank des Statistischen Landesamtes für die bereitwillige Unterstützung, die ihm von den Verkehrsunternehmen zuteil wurde, vorausgeschickt.

A. Die Verkehrsmittel der Hamburger Hochbahn A.G. (HHA)

I. Verkehrsangebot und Verkehrsfrequenz

1. Straßenbahn

Die gesamte **Streckenlänge**, das ist im allgemeinen die Länge der Bahnkörper mit betriebsfähigen Gleisen (gleichviel, ob ein- oder doppelgleisig) betrug im Jahre 1938 232 und im Jahre 1951 214,5 km (einschl. der 3,6 km langen Neubautrecke Bramfelder Straße — Beim neuen Schützenhof — Bramfeld, Berner Chaussee, die 1950 hinzugekommen ist). Die Verminderung der betriebsfähigen Gesamtstrecke beträgt also noch 17,5 km.

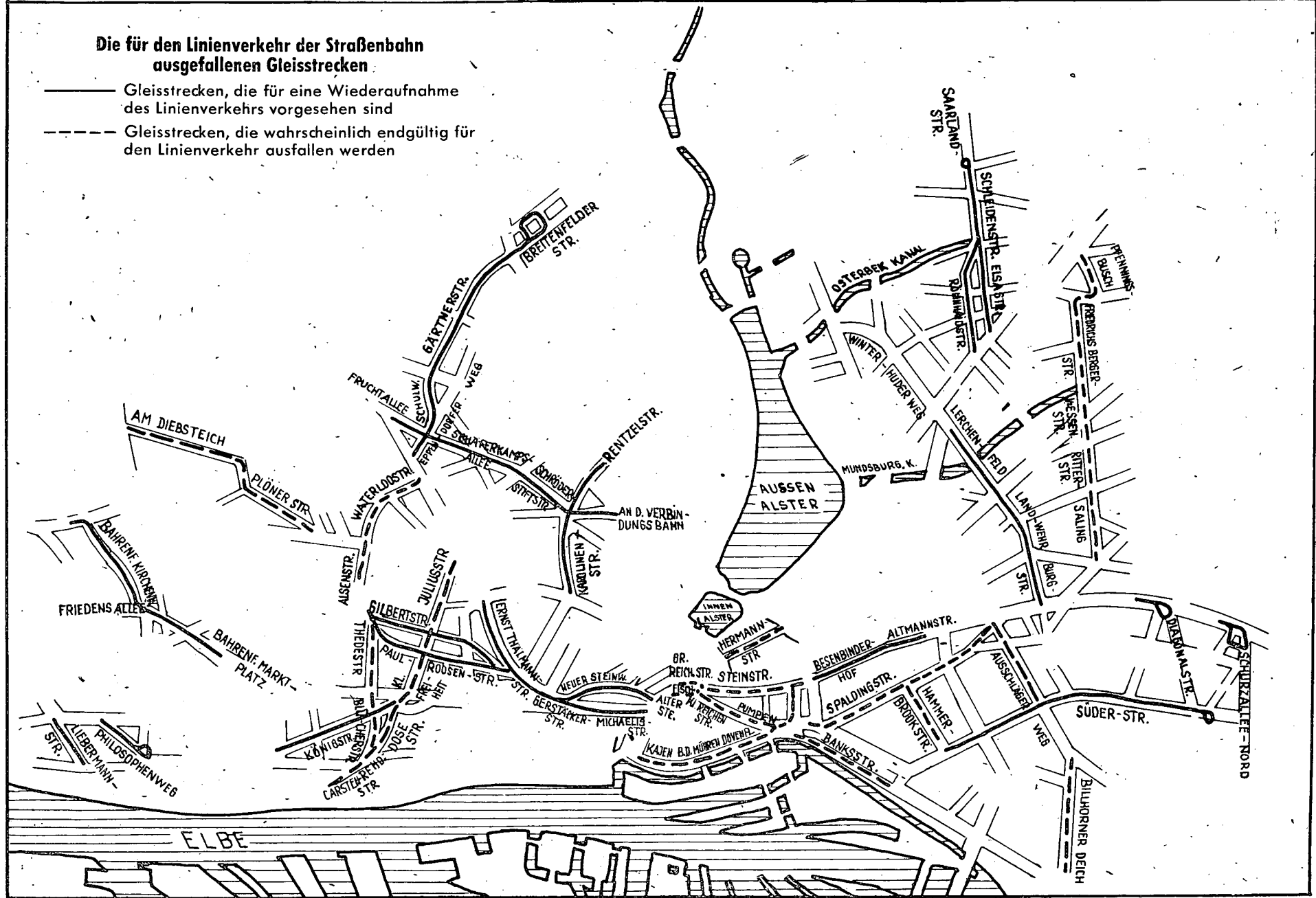
25 Strecken oder Streckenabschnitte sind seit der Kriegszeit für den Linienverkehr ausgefallen; zum Teil zählen sie aber noch zur Strecke und sind in die 214,5 km eingerechnet, weil sie betriebsfähig sind und weil einige von ihnen für einen Gelegenheitsverkehr auch tatsächlich benutzt werden (z. B. Steinstraße und Ferdinandstraße).

Von den 25 ausgefallenen Streckenabschnitten sind 11 für eine Wiederaufnahme des Linienverkehrs vorgesehen, und zwar die Strecken:

	Streckenlänge (hin od. zurück)
Friedensallee — Bahrenfelder Kirchenweg — Tönsfeldtstr. — Bahrenfelder Marktplatz (Ottensen — Bahrenfeld)	2,6 km
Liebermannstraße — Philosophenweg (Othmarschen)	1,6 km
Ernst-Thälmann-Straße — Neuer und Alter Steinweg — Gerstäckerstraße — Michaelisstraße (St. Pauli-Neustadt)	1,9 km
Besenbinderhof — Altmannstraße (St. Georg). Karolinenstraße — Rentzelstraße (St. Pauli-Rotherbaum)	1,0 km
Fruchtallee — Schäferkampsallee — Schröderstiftstraße (Eimsbüttel — Rotherbaum)	2,0 km
Eppendorfer Weg — Schulweg — Gärtnerstraße — Breitenfelder Straße (Eimsbüttel — Hoheluft — Eppendorf)	2,5 km
Süderstraße (Hammerbrook — Hamm-Süd)	1,7 km

**Die für den Linienverkehr der Straßenbahn
ausgefallenen Gleisstrecken**

- Gleisstrecken, die für eine Wiederaufnahme des Linienverkehrs vorgesehen sind
- - - Gleisstrecken, die wahrscheinlich endgültig für den Linienverkehr ausfallen werden



	Streckenlänge (hin od. zurück)
Elsastraße — Rönnhaidstraße — Schleidenstraße — Saarlandstraße (Barmbek-Süd — Barmbek-Nord — Winterhude)	1,9 km
Lerchenfeld — Wartenau — Landwehr — Burgstraße (Uhlenhorst — Hohenfelde — Eilbek — Borgfelde)	1,9 km
Schleife Diagonalstraße und Schleife Schurzallee-Nord (Hamm u. Billwerder-Ausschlag)	0,3 km
Für den Linienverkehr endgültig ausfallen werden wahrscheinlich die Gleisrecken:	
Pfenningsbusch — v. Essen-Straße — Ritterstraße — Saling (Barmbek-Süd — Eilbek — Hamm-Nord)	2,6 km
Ausschläger Weg — Billhorner Deich (Borgfelde — Rothenburgsort)	1,6 km
Spaldingstraße — Hammerbrookstraße — Banksstraße (Hammerbrook — Klostertor)	2,1 km
Am Diebsteich — Plöner Straße (Bahrenfeld — Altona-Nord)	1,8 km
Waterloostraße — Alsenstraße (Eimsbüttel — Altona-Nord)	1,0 km
Gilbertstr. — Paul-Rosen-Straße — Annenstraße (St. Pauli)	2,0 km
Kajen — Bei den Mühren — Dovenfleet (Hamburg-Altstadt)	1,9 km
Schauenburgerstraße — Alter Fischmarkt — Große Reichenstraße (Hamburg-Altstadt)	0,7 km
Kleine Reichenstraße — Pumpen (Hamburg-Altstadt)	0,5 km
Juliusstraße — Kleine Freiheit — Dosestraße — Carsten-Rehder-Straße (Altona-Altst.)	1,9 km
Blücherstraße — Thedestr. (Altona-Altstadt)	0,8 km
Königstraße (Altona-Altstadt)	2,0 km
Steinstraße (Hamburg-Altstadt)	1,3 km
Ferdinandstraße, Hermannstraße (Hamburg-Altstadt)	0,8 km

Die gesamte Gleislänge ist mehr als doppelt so groß wie die Streckenlänge, weil außer der auf fast allen Strecken bestehenden Zweigleisigkeit die Abstell- und Rangiergleise und die Gleise auf den 10 Bahnhöfen hierzu zählen. Sie betrug im Jahre 1938 490 km und errechnete sich für 1951 auf 467 km. Die Betriebsgleislänge ist jedoch wesentlich niedriger; sie beträgt für 1951 nach Absetzung der betriebsfähigen Gleise ohne Linienverkehr, der Bahnhofsgleise usw. **rund 325 km**, — immerhin eine Strecke, die, aneinandergereiht, **Hamburg mit Kassel verbinden könnte**.

Die gesamte **Linienlänge**, das ist durchweg die Summe der Strecken zwischen den beiden jeweiligen Endstationen der einzelnen Linien, stellte sich 1938 auf rund 390 km, 1951 jedoch nur auf 211 km. Sie ist also bald **um die Hälfte zurückgegangen**. Es gibt im Gegensatz zu früher vor allem nur wenige Strecken, die von mehreren Linien befahren werden.

In ähnlichem Verhältnis ist die **Zahl der Straßenbahnlinien zurückgegangen**, nämlich **von 33 auf 19**.

Die Zahl der **Haltestellen** hat sich mehr vermindert als die Linienlänge, weil viele Haltestellen aufgehoben oder die Haltestellenentfernung sonstwie verlängert worden ist. Der Abstand zwischen den Haltestellen betrug im Jahre 1938 durchschnittlich 344 m, 1951 aber 527 m. Die **Anzahl** der Haltestellen ist, auch wegen der Verkürzung der gesamten Linienlänge, **von 616 auf 314 zurückgegangen**.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung des Haltestellenabstandes hat die **mittlere Reisege-**

windigkeit von 16,3 auf 17,0 Stundenkilometer zugenommen. Die Zunahme wäre größer, wenn nicht bei verringerter Haltestellenzahl infolge des größeren Andranges das Aus- und Einsteigen oft mehr Zeit beanspruchte.

Über den **Bestand an Straßenbahnwagen** (von den Wagentypen wird später gesprochen werden) unterrichtet folgende Übersicht:

	31. 12. 1938	1. 7. 1951
Zahl der Triebwagen	746	468
Zahl der Beiwagen	849	629
Gesamtzahl der Wagen	1595	1097
davon		
a) in Betrieb		
Triebwagen	545	373
Beiwagen	689	560
Wagen überhaupt	1234	933
b) in Betriebsreserve		
Triebwagen	60	31
Beiwagen	27	30
Wagen überhaupt	87	61
c) in Ausbesserung		
Triebwagen	89	38
Beiwagen	33	21
Wagen überhaupt	122	59
d) auf Ausbesserung wartend		
Triebwagen	52	26
Beiwagen	100	18
Wagen überhaupt	152	44

Der Rückgang im Gesamtbestand beträgt also 278 Triebwagen und 220 Beiwagen, zusammen 498 Wagen. Die verhältnismäßige Abnahme beziffert sich bei den Triebwagen auf 37,3, bei den Beiwagen auf 25,9, bei den Wagen insgesamt auf 31,2 v. H. Am Stichtag 1951 war die Zahl der in Betrieb befindlichen Triebwagen um 172 oder um 31,6 v. H., die Zahl der eingesetzten Beiwagen um 129 oder 18,7 v. H., die Gesamtzahl der in Betrieb befindlichen Wagen um 301 oder 24,4 v. H. niedriger als am Stichtag 1938.

Von je 100 Wagen waren am Ende des Jahres 1938 77 in Betrieb, 6 in Reserve und 17 bei den Reparaturwerkstätten, am 1. Juli 1951 hingegen 85 in Betrieb, 6 in Reserve und 9 in Reparatur (Ende 1950: 86, 3 und 11). Es wäre abwegig, hieraus schließen zu wollen, daß jetzt weniger Wagen reparaturbedürftig seien, im Gegenteil: die Überalterung des Fahrzeugparks ist, im ganzen gesehen, weiter vorgeschritten; bei dem geringen Bestand ist es aber betrieblich weit schwieriger als vor dem Kriege, Fahrzeuge zur Reparatur und Auffrischung aus dem Verkehr herauszuziehen.

Die **Betriebsleistung** drückt sich in der Zahl der beförderten Personen und in den gefahrenen Kilometern aus. Die gefahrenen Kilometer werden nach Wagenkilometern, Platzkilometern, schließlich auch nach Personenkilometern berechnet.

Wagenkilometer (in der Verkehrsstatistik: Nutzkilometer) sind das Produkt aus der Zahl der betriebenen Wagen (ohne Leerfahrten wie Rangier-, Werkstattfahrten usw.) und der Kilometerzahl, die sie gelaufen sind. Die Kilometerzahl wird aus den täglichen Fahrtberichten des Fahrpersonals gewonnen.

Die Zahl der Wagenkilometer belief sich im Jahre 1938 auf 54 815 143, im Jahre 1950 hingegen auf 40 479 011; sie ist also um 26,2 v. H. abge-sunken. Hierbei sind die schon erwähnten Zahlen der betriebenen Wagen (Trieb- und Beiwagen) vom Stichtag 31. 12. 1938 mit 1234 und vom Stichtag 31. 12. 1950 mit 916 angesetzt, so daß jeder Wagen im Jahre 1938 durchschnittlich 44 421 und im Jahre 1950 44 191 km gefahren ist, worin praktisch kein nennenswerter Unterschied liegt. Eine Jahresleistung von rund 44 000 km entspricht etwa der eines stark ausgenutzten Personenkraft-wagens.

Platzkilometer sind das Produkt aus Wagenkilometern und Platzangebot, das heißt der Zahl der Sitz- und Stehplätze, die unter normalen Verhältnissen den Fahrgästen geboten werden (die Zahl ist zumeist im Wageninnern und auf den Perrons beschildert). Die Wagen der Straßenbahn sind unterschiedliche Typen. Bei der Ermittlung der Platzangaben bringt die HHA 14 verschiedene Durchschnittswerte der Platzkapazität in Ansatz, um möglichst sämtlichen Wagentypen Rechnung zu tragen. Der kleinste Triebwagen zum Beispiel (der allerdings nur noch in 8 Exemplaren existiert) ist auf 20 Sitz- und 23 Stehplätze „geeicht“, der kleinste Beiwagen (Anhänger), der noch sehr zahlreich vorkommt, auf 18 Sitz- und 32 Stehplätze. Dem entgegen ist der in 44 Exemplaren vorhandene Typus des Großraumwagens „V 6“ (Linie 3, 12 und 16) auf 26 Sitz- und 70 Stehplätze im Trieb-wagen und auf 26 Sitz- und 75 Stehplätze im Bei-wagen deklariert.

Die Zahl der Platzkilometer errechnete sich für das Jahr 1938 auf 2 623 789 838, für das Jahr 1950 auf 2 248 188 077. Die Abnahme bemißt sich auf 14,3 v. H. Sie ist geringer als bei den Wagenkilometern (26,2 v. H.). Das rührt daher, daß eine Anzahl neuer Wagen mit größerem Fassungsvermögen in Betrieb genommen und daß einige ältere Wagen umgebaut worden sind.

Bei dieser Gelegenheit sei ein Überblick über die „Altersstruktur“ des Fahrzeugparks eingefügt, und zwar zeigen die nachstehenden Zahlen, wie sich die am 31. August 1951 im Betrieb gelaufenen 869 Wagen nach Baujahren gliederten. Man sieht, daß zahlreiche Wagen laufen, die noch aus den Grün-dungsjahren stammen — der elektrische Straßen-bahnbetrieb wurde in Hamburg im Jahr 1894 er-öffnet.

Baujahr	2-achs. Triebwg.	4-achs. Triebwg.	2-achs. Beiwg.	4-achs. Beiwg.	Ins-gesamt
1894—1897	137				137
1896	6				6
1902—1906			56		56
1906—1912			101		101
1902—1912	101				101
1914	2		13		15
1921	14				14
Umb. 1946	+ 1				+ 1
1924			83		83
Umb. 1947			+ 3		+ 3
1925—1926			152		152
Umb. 1947			+ 5		+ 5
1926	33				33
1927			37		37
Umb. 1947			+ 2		+ 2
1928		12		13	25

Baujahr	2-achs. Triebwg.	4-achs. Triebwg.	2-achs. Beiwg.	4-achs. Beiwg.	Ins-gesamt
Umb. 1936—38		+ 5			+ 5
Umb. 1950		+ 6			+ 6
1937		1			1
1941				8	8
1943		8			8
1950			6		6
1951		32		32	64
Insgesamt	294	64	458	53	869

Das Rechnen mit Platzkilometern ist nicht etwa eine nur gedankliche arithmetische Zuspitzung, sondern „Platzkilometer“ sind der quantitative Ausdruck für das Verkehrsangebot des Unterneh-mens. 2,248 Milliarden Platzkilometer (im Jahre 1950) sind 2,248 Milliarden Sitz- und „normale“ Steh-plätze für eine Fahrt von 1 km, bei kilometer-weisem Fahrgastwechsel also eine Fahrgelegen-heit für 2,248 Milliarden Menschen, oder — etwas näher an die Wirklichkeit herangebracht — eine 1000fache Fahrgelegenheit auf einer Kilometer-strecke für 2,248 Millionen Menschen im Jahr.

Natürlich fährt der Fahrgast unterschiedlich lange Strecken. Es gibt den Kurzfahrer, der eilig vom Hauptbahnhof bis zum Rathausmarkt über nur eine Haltestelle hinwegfährt, und es gibt den Langstreckenfahrer, der, sagen wir einmal, mit der Linie 3 aus der Eidelstedter in die Wandsbeker Ge-gend wechselt und so reichlich 15 km in der Straßenbahn verbringt, und zwischen diesen und anderen Extremen — die Linie 33 fährt von Lan-genfelde bis Harburg 23,9 km — gibt es die mannigfaltigsten Variationen. Selbstverständlich kann nicht der Statistik zuliebe die Streckenlänge jeder einzelnen Fahrt „erfaßt“ werden, ein solcher Gedanke wäre absurd. Es müssen Durchschnittswerte gesucht werden; diese braucht die HHA aber, um ihre Leistungen ausweisen und um betriebs-wirtschaftlich rechnen zu können. Das Unterneh-men hat von jeher in einer Art Stichprobenver-fahren durch unauffällige Beobachtung des Ver-kehrs Material gesammelt und daraus Durch-schnittswerte für die Fahrtlänge je Fahrgast er-rechnet. Diese Durchschnittswerte erwiesen sich im allgemeinen längere Zeit hindurch als stichhaltig. Die zwangsläufige Evakuierung großer Men-schenmassen aus dem Kerngebiet der Stadt in die Außenbezirke hat sich aber auf die „durchschnittliche Beförderungslänge je Person“ für das Verkehrsunternehmen (und für die Fahrgäste) sehr fühlbar ausgewirkt. Im Jahre 1938 rechnete die HHA für den Straßenbahnbe-trieb mit einem Durchschnittswert von 4,5 km, der jedoch seit der Zeit der Kriegszer-störungen unhaltbar geworden war. Seit dem 1. Oktober 1950 werden auf Grund neuerer Er-mittlungen 5,214 km in Ansatz gebracht. Über-gangsweise wird für die Jahresrechnung 1950 in der Betriebsstatistik der HHA praktisch mit einem Durchschnittswert von 4,998 gerechnet (was z. B. aus der Jahreszahl der Per-sonenkilometer zu entschlüsseln ist).

Bei einer durchschnittlichen Reisestrecke von 4,998 km reichte das Verkehrsangebot von 2,248 Milliarden Platzkilometern im Jahre 1950 für 449 817 543 Personen (2 248 188 077 : 4,998).

Eine solche Frequenz wäre gleichbedeutend mit der vollen Ausnutzung der normal gebotenen Platzkapazität.

Dieselbe Rechnung kann für das Jahr 1938 gemacht werden: bei 2 623 789 838 Platzkilometern und einer durchschnittlichen Beförderungslänge von 4,5 km wäre die Beförderung von 583 064 408 Personen die volle Kapazitätsausnutzung gewesen.

Stellen wir zur Erleichterung des Überblicks die 1938er und die 1950er Zahlen zunächst noch einmal einander gegenüber:

	Platzkilometer	Durchschnittliche Beförderungslänge	normale Vollfrequenz Personen
1938	2 623 789 838	4,500 km	583 064 408
1950	2 248 188 077	4,998 km	449 817 543
1950 gegen 1938 Veränderung	÷ 375 601 761	+ 0,498 km	÷ 133 246 865
in v. H.	÷ 14,3	+ 11,1	÷ 22,9

Infolge der Zunahme der durchschnittlichen Beförderungslänge um 11,1 v. H. hat logischerweise die Zahl der Personen, die bei voller Ausnutzung des Platzangebots befördert werden können, stärker abgenommen (um 22,9 v. H.) als die Zahl der gefahrenen Platzkilometer (— 14,3 v. H.).

Wieviel Personen sind nun in Wirklichkeit auf der Straßenbahn befördert worden?

Diese Frage, so einfach sie klingt, kann der Statistiker nur über etliche Umwege und auch dann nur in Annäherungswerten beantworten. Bei einem Verkehrsunternehmen, das, anders als die Straßenbahn, keine „Abonnements“ kennt, sondern nur Entgelte für Einzelfahrten kassiert, auch keine tarifarischen Verbindungen mit anderen Verkehrsmitteln hat, auf die die Reisenden mit gleichem Fahrtausweis übersteigen, kann sehr leicht an Hand der verkauften Fahrbilletts die beförderten Personen auszählen. Im Straßenbahnbetrieb in Hamburg trifft dieser einfache Tatbestand aber nur auf einen, wenn auch den größten Teil der Einzelfahrscheine zu, nämlich im engeren Sinne nur auf die „Geradeaus-Scheine“ (jetzt 25 Pfennig) und im weiteren Sinne (weil das Verkehrsmittel nicht gewechselt wird) auf die einfachen Umsteigescheine (zu 30 Pfennig). Bei den 35-Pfennig-Scheinen ist es schon schwieriger; wird darauf zweimal auf der Straßenbahn umgestiegen, zählen sie nicht anders als der einfache „Umsteiger“ zu 30 Pfennig, wird aber auf die U-Bahn übergestiegen, so zählt der 35-Pfennig-Schein wie 2 oder 3 Fahrten (da 2 oder 3 verschiedene Verkehrsmittel beansprucht werden können). Noch größere Schwierigkeiten bereiten dem Verkehrsstatistiker die Wochen- und Monatskarten. Die Wochenkarten hauptsächlich deshalb, weil sie zum Übersteigen auf alle Verkehrsmittel der HHA und der Hadag berechtigen, die Monatskarten, weil sie beliebig oft auf dem gleichen Verkehrsmittel benutzt werden können, und die Netzkarten, weil sie für eine beliebig häufige Benutzung für alle Verkehrsmittel der HHA gültig sind.

Das Unternehmen hilft sich durch etwa vierteljährliche (dem Publikum nicht auffallende) Auszählung der Benutzungshäufigkeit der Zeitkarten

(die Schaffner verwenden dabei eine kleine Zählapparatur am Schulterriemen). Weiter werden von Zeit zu Zeit die Wochenkarten zur Auswertung der Fahrstempel eingesammelt und schließlich werden die Fahrstempel auf den Einzelfahrscheinen, soweit sie an den Sperrern der U-Bahn abgegeben werden, ausgewertet. Es würde zu weit führen, das komplizierte Verfahren der Errechnung der Gesamtzahl der Fahrten, oder, was im statistischen Ausdruck das gleiche bedeutet, der Gesamtzahl der beförderten Personen (ein Straßenbahnbenutzer wird hierbei so oft gezählt, wie er gefahren ist oder auf Zeitkarte vermutlich gefahren sein wird) im einzelnen darzulegen.

Die Zahl der im Straßenbahnbetrieb beförderten Personen (Freifahrten des Personals usw. sind hier und bei den anderen Verkehrsmitteln der HHA nicht mit berechnet) wird von der HHA für das Jahr 1938 mit 165 590 292 und für das Jahr 1950 mit 281 973 851 ausgewiesen. Sie ist also um 116 383 559 oder **um 70,3 v. H. gestiegen**. Diese starke Steigerung der Beförderungsleistung (im Jahre 1949 waren es sogar noch rund 37 Millionen Fahrgäste mehr!) hat sich auf stark eingengter Betriebsbasis vollzogen; denn es sind, wie uns bekannt,

1. die gesamte Linienlänge von 390 auf 211 km,
2. die Zahl der Linien von 33 auf 19,
3. die Zahl der Haltestellen von 616 auf 314,
4. die Zahl der Triebwagen von 746 auf 468,
5. die Zahl der Beiwagen von 849 auf 629,
6. die Zahl der Wagenkilometer von 54 815 143 auf 40 479 011,
7. die Zahl der Platzkilometer von 2 623 789 838 auf 2 248 188 077

zurückgegangen, und es hat sich obendrein

8. die durchschnittliche Beförderungslänge je Person von 4,5 km im Jahr 1938 auf 5,214 km (dem seit 1. 10. 1950 angewandten Durchschnittswert) erhöht.

Für die Zunahme der Fahrgastzahl bei gleichzeitiger Zunahme der durchschnittlichen Beförderungslänge (Reiselänge) gibt es einen gemeinsamen Ausdruck in den gefahrenen **Personenkilometern**, die das Produkt aus Personenzahl und Reiselänge sind. Die Zahl der Personenkilometer errechnete sich für das Jahr 1938 auf 745 156 314 ($4,5 \times 165 590 292$), für das Jahr 1950 auf 1 409 306 033 ($4,998 \times 281 973 851$). **Die Personenkilometerzahl ist also um 89,1 v. H. gestiegen**, während die Zunahme der Personenzahl, wie erwähnt, 70,3 v. H. beträgt.

Bei einer Zunahme der Verkehrsfrequenz um 89,1 v. H., die sich bei einer gleichzeitigen Abnahme der Verkehrskapazität (des Platzangebotes) um 14,3 v. H. vollzogen hat, **muß die Besetzung der Wagen reichlich doppelt so dicht sein als in der Vorkriegszeit**.

Was bedeutet dies, gemessen an der Zahl der regulären (beschilderten) Sitz- und Stehplätze? Im Jahre 1938 wäre auf der Straßenbahn bei einer durchschnittlichen Reiselänge von 4,5 km Platz für 583 064 408 Personen gewesen; als tatsächlich befördert wies die Betriebsstatistik 165 590 292 Personen aus (die Zahlen waren bereits genannt). Die Ausnutzung

der Platzkapazität errechnete sich demnach — im Durchschnitt aller 365 Tage, aller Verkehrszeiten und aller Straßenbahnlinien — auf 28,4 v. H.

Dieselbe Rechnung für 1950: bei 4,998 km mittlerer Reiselänge war Platz für 449 817 543 Personen (dies sind ebenfalls schon bekannte Zahlen). Befördert wurden nach dem betriebsstatistischen Ergebnis 281 973 851 Personen. Die durchschnittliche Kapazitätsausnutzung betrug somit 62,7 v. H.

Bei einem Ausnutzungsgrad von nur 28,4 v. H. im Jahre 1938 dürfte Raum für eine gewisse Verkehrszunahme vorhanden gewesen sein. Die Verkehrssituation nach dem Kriege wäre sonst noch angespannter gewesen. Globale Berechnungen von Ausnutzungsgraden können aber auch täuschen. Sie haben den bei der Straßenbahn (und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln) nie eintretenden Idealfall zur Basis, daß auf allen Linien zu allen Verkehrszeiten sich die Zahl der Fahrgäste mit der Anzahl der regulären Plätze immer vollkommen deckt (wie bei einem ausverkauften Reiseomnibus) und daß sich für jeden Aussteigenden sofort ein Einsteigender findet. Das kommt praktisch natürlich nicht vor. Es gibt das „Stoßgeschäft“ in den Hauptverkehrszeiten, es gibt ruhigere Phasen am Vormittag, am frühen Nachmittag und am späten

Abend; es gibt Linien, die ständig viele und zu viele Fahrgäste haben und andere, deren Wagen ständig nicht voll ausgenutzt sind. Die HHA ist bemüht, die Unterschiede im zeitlichen und örtlichen Verkehrsbedarf durch einen unterschiedlichen Wageneinsatz soweit wie möglich auszugleichen; dem ist aber eine Grenze gesetzt einerseits durch den knappen Wagenbestand, andererseits dadurch, daß auch bei geringem Verkehr die Zeitabstände im Fahrplan nicht zu weit auseinandergezogen werden dürfen.

Im allgemeinen betrachtet, erscheint eine durchschnittliche Ausnutzung des Platzangebots zu knapp zwei Dritteln, wie sie mit 62,7 v. H. für das Jahr 1950 errechnet worden ist, angemessener zu sein als die Quote 28,4 v. H. aus 1938. Jedoch weiß jeder Hamburger, wie sich heute der Verkehr auf bestimmten Linien in den Hauptverkehrszeiten zusammenballt. **In der Bewältigung dieser Verkehrsspitzen liegt das Problem.**

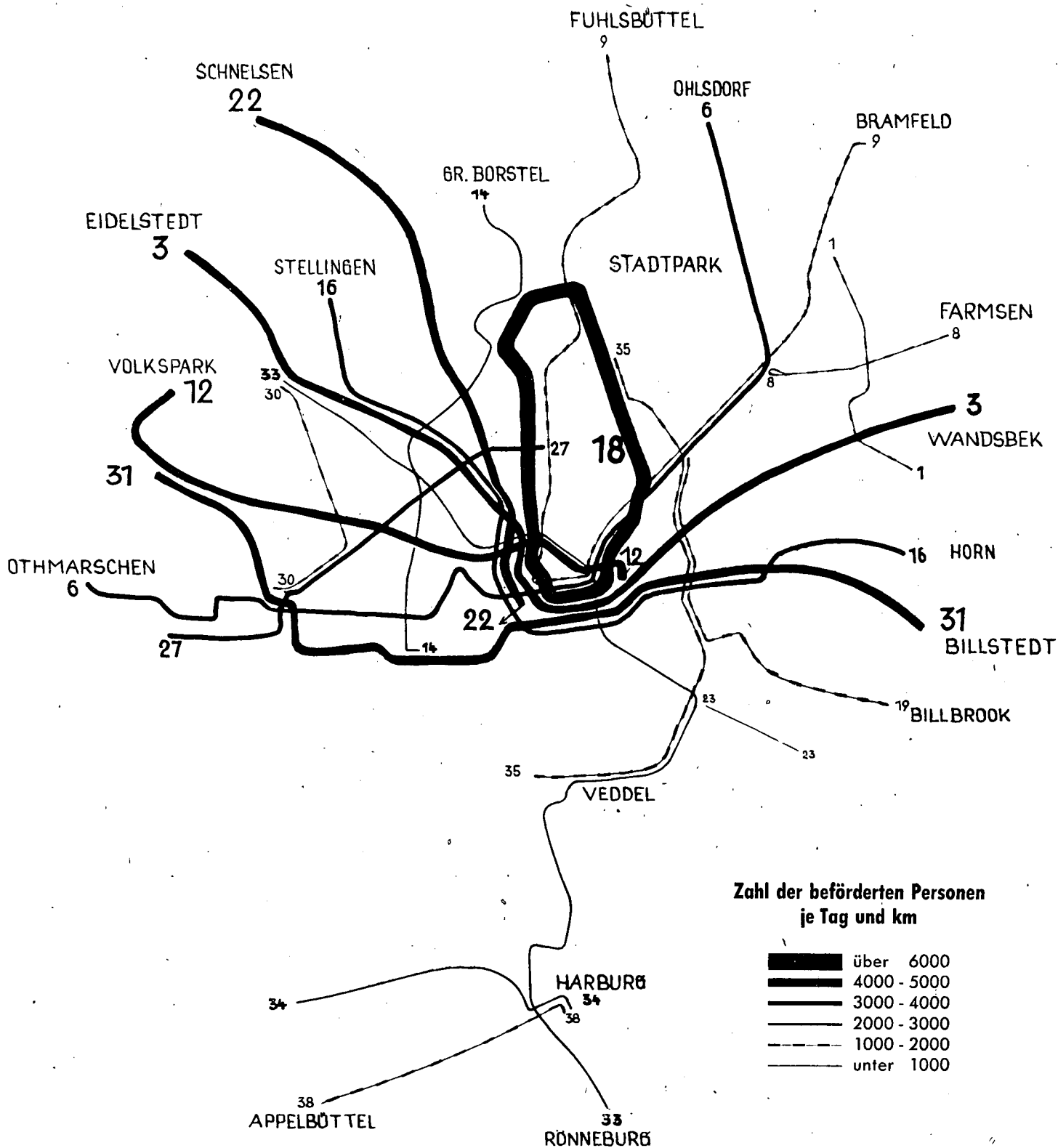
Welche Linien werden besonders stark in Anspruch genommen? Wie ist die Beanspruchung der einzelnen Linien überhaupt? Die Antwort gibt die folgende Übersicht, die aus den Betriebsaufzeichnungen für den Monat Juli 1951 zusammengestellt worden ist.

Der Verkehr auf den einzelnen Straßenbahnlinien im Juli 1951

Rangfolge nach der Verkehrsdichte (Sp. 7)	Linie	Linienführung	Linienlänge km hin oder zurück	Zahl der beförderten Personen		
				im Monat	durchschn. je Tag	durchschn. je Tag u. km der Linienlänge (Sp. 6:4)
1	2	3	4	5	6	7
1.	18	Alsterring	12,6	2 346 417	75 691	6 007
2.	12	Altona Volkspark—Hauptbahnhof	10,5	1 568 391	50 593	4 818
3.	3	Eidelstedt — Dammwiesenstr. (Wandsbek)	18,4	2 556 718	82 474	4 482
4.	22	Schnelsen—Rathausmarkt	11,4	1 493 474	48 177	4 226
5.	31	Trabrennbahn Bahrenfeld—Billstedt	17,0	2 137 198	68 942	4 055
6.	27	Hohenzollernring—Alsterchaussee	6,7	652 202	21 039	3 140
7.	16	Stellingen—Horn	13,7	1 326 577	42 793	3 124
8.	6	Ohlsdorf—Rathausmarkt—Othmarschen	19,8	1 862 039	60 066	3 034
9.	14	Groß Borstel—Landungsbrücken	9,9	905 097	29 197	2 949
10.	33	Rönneburg—Langenfelde	23,9	1 901 206	61 329	2 566
11.	34	Bhf. Harburg—Harbg.-Vahrenwinkelweg	4,5	303 507	9 791	2 176
12.	9	Flughafen—Rathausmarkt—Bramfeld	21,9	1 343 854	43 350	1 979
13.	1	Bramfeld—Jüthorn	5,9	320 008	10 323	1 750
14.	35	Winterhude—Freihafen	11,2	604 950	19 515	1 742
15.	30	Altona—Langenfelde	4,5	236 395	7 626	1 695
16.	8	Farmsen—Barmbek	4,9	205 181	6 619	1 351
17.	38	Harburg—Appelbüttel	4,5	167 555	5 405	1 201
18.	19	Mundsborg—Billbrook	8,2	276 169	8 909	1 086
19.	23	Rothenburgsort—Billw. Ausschlag	1,5	38 026	1 227	818

Weit voran steht in der Verkehrsdichte der Alsterring, der insbesondere die dichtbewohnten Stadtteile Eppendorf, Winterhude mit der Innenstadt verbindet, auf seiner 12,6 km langen Strecke aber auch Uhlenhorst, Hohenfelde, St. Georg, Rotherbaum, Harvestehude durchfährt. Mit größerem Abstand folgt in der Verkehrsdichte die Linie 12, die auf ihrer 10,5 km langen Strecke eine vielgenutzte Verbindung zwischen Bahrenfeld, Altona, Heiligengeistfeld und dem Hamburger Hauptbahnhof schafft. Die zweite Bahrenfelder Linie, die „31“, die etwa 6 km über die Innenstadt hinaus in östlicher Rich-

tung weiter nach Billstedt fährt, steht erst an 5. Stelle; ihre Verkehrsdichte beträgt $\frac{2}{3}$ der des Alsterrings. Sie ist übrigens die einzige Bahn, die von Altona über St. Pauli-Landungsbrücken bis Rödingsmarkt den Hafen berührt (und den Altonaer Fischmarkt, was ihr nach 1945 den Namen „Schellfischbahn“ zutrug). Zwischen die „12“ und die „31“ schieben sich der Verkehrsdichte nach die „3“ mit der 18,4 km langen Nordwest—Ost-Verbindung Eidelstedt—Wandsbek und die „22“ ein, die aus Schnelsen im Nordwesten zur Innenstadt fährt. Die Linien 18, 12, 3, 22, 31 sind also eindeutig die am meisten beanspruchten; von diesen hat die nie-



drigste Tagesfrequenz je km Fahrstrecke die „31“ mit rd. 4000, die höchste die „18“ mit rd. 6000 Fahrgästen.

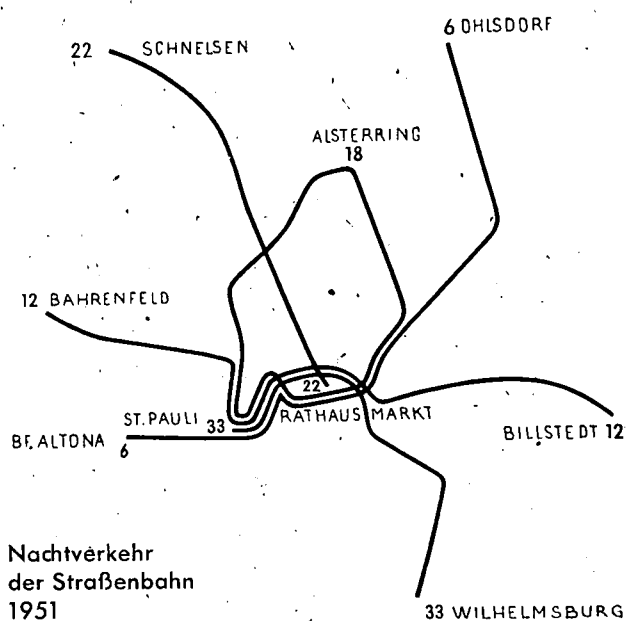
Von einer mittleren Verkehrsdichte wird man bei den Linien 27, 16, 6, 14 und 33 sprechen können. Die „27“, die die Gegend der Elbchaussee bei Neumühlen/Övelgönne quer mit Harvestude verbindet, bietet Umsteigemöglichkeit auf die Linien 6, 31, 30, 12, 14, 16, 3, 33, 22, 18, 9 und berührt die U-Bahnhöfe Schlump und Hallerstraße. Die „16“ fährt die lange Strecke von Stellingen über die Innenstadt nach Horn und ist abschnittsweise

weit stärker besetzt als im km-Durchschnitt. Ein gleiches ist von der „6“ zu sagen, die auf ihrer besonders langen Strecke von Nordost nach West oft überfüllt ist; sie ist übrigens die einzige Linie, die über Reeperbahn-Nobistor führt. Die längste Linienführung (23,9 km) hat die „33“, die von Langenfelde nach Harburg fährt; sie steht mit der Fahrgastzahl an 4. Stelle, der Verkehrsdichte je km nach (die lange Strecke beeinflusst den km-Durchschnitt) jedoch erst an 10. Stelle. Bemerkenswert ist noch die Fahrgastzahl der Linie 9, die auf der zweitlängsten Linienstrecke vom Flughafen in die

Innenstadt hinein und in anderer Richtung nach Bramfeld wieder. herausführt; in der Verkehrsdichte je km nimmt sie unter den Linien aber erst den 12. Platz ein.

Außer der „14“, die von St. Pauli-Landungsbrücken durch Eimsbüttel nach Groß Borstel fährt und eine mittlere Verkehrsdichte aufweist, werden die übrigen 8 Linien, die überwiegend den Charakter von Querverbindungen haben, bedeutend weniger genutzt; am markantesten ist noch die Linienführung Winterhude — Berliner Tor — Freihafen, auf der in der „35“ etwa 600 000 Fahrgäste im Monat gezählt werden.

In den Frequenzzahlen der einzelnen Linien ist auch der „Spät- und Nachtverkehr“ eingerechnet; der bei z. T. veränderter Linienführung von den Linien 3, 6, 12, 18, 22 und 33 wahrgenommen wird; die Linie 6 fährt ihre ständige Strecke (aber nur von Ohlsdorf bis Bahnhof Altona), die Linien 12, 18 und 33 werden über St. Pauli geleitet.



Nachtverkehr
der Straßenbahn
1951

Damit sollen die Ausführungen über die Straßenbahn zunächst beendet sein. In einem späteren Abschnitt wird bei den Beförderungstarifen und den Betriebseinnahmen der HHA auf die Straßenbahn wieder zurückgekommen werden.

Der Mensch vergift schnell. Die folgende Übersicht möge deshalb am Schlusse dieses Abschnittes noch in die Erinnerung rufen, wie die Linienführung der Straßenbahn vor dem Kriege und zumeist Jahrzehnte hindurch gewesen war.

Straßenbahn-Linienführung im Jahre 1938

Linie

- 1 Bramfeld — Gartenstadt — Wendemuthstraße — Steindamm — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Rödingsmarkt — Millerntor — Schulterblatt — Gärtnerstraße — Martinistraße
- 2 Horner Rennbahn — Sievekingsallee — Bürgerweide — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Hoheluftchaussee — Lokstedt — Niendorf
- 3 Bei den St. Pauli-Landungsbrücken — Davidstraße — Neuer Pferdemarkt — Lindenallee — Bismarckstraße — Lattenkamp

Linie

- 4 Jüthornstraße — Steindamm — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Millerntorplatz — Reeperbahn — Königstraße — Bf. Altona — Friedensallee — Bahrenfelder Marktplatz
- 5 Süderstraße — Amsinckstraße — Meßberg — Schauenburger Straße — Rödingsmarkt — Karl-Muck-Platz — Feldstraße — Schulterblatt — Lappenbergsallee — Langenfelder Damm
- 6 Ohlsdorf — Barmbek — Mundsburger Brücke — Lange Reihe — Hauptbahnhof — Lombardsbrücke — Karl-Muck-Platz — Reeperbahn — Hamburger Berg (St. Pauli)
- 7 Stadtpark — Mundsburger Brücke — Lange Reihe — Hauptbahnhof — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Rödingsmarkt — Bei den St. Pauli-Landungsbrücken — Hohenzollernring — Övelgönne
- 8 Farmsen — Straßburger Platz — Barmbeker Markt — Lange Reihe — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Stephansplatz — Grindelallee — Lehmweg — Eppendorfer Marktplatz — Gr. Borstel
- 9 Barmbek Neuer Schützenhof — Mühlendamm — Steindamm — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Rödingsmarkt
- 11 Rathausmarkt — Stephansplatz — Schröderstiftstraße — Fruchtallee — Eimsbütteler Marktplatz — Lappenbergsallee — Langenfelder Damm
- 12 Zollvereinsstraße — Billh. Röhrendamm — Amsinckstraße — Meßberg — Rödingsmarkt — Karl-Muck-Platz — Neuer Pferdemarkt — Stresemannstraße — Trabrennbahn
- 13 Schurzallee-Nord — Hammer Landstraße — Steinstraße — Rathausmarkt — Rödingsmarkt — Große Bergstraße — Bf. Altona — Bleickenallee — Bernadottestraße — Kl. Flottbeker Weg
- 14 Billbrook — Süderstraße — Hammer Landstraße — Spaldingstraße — Meßberg — B. d. St. Pauli-Landungsbrücken — Davidstraße — Hein-Hoyer-Straße — Neuer Pferdemarkt — Schulterblatt — Gärtnerstraße — Martinistraße
- 16 Billstedt — Hammer Landstraße — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Stephansplatz — Bundesstraße — Osterstraße — Stellingen Hagenbeck
- 17 Horner Rennbahn — Bürgerweide — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Millerntorplatz — Neuer Pferdemarkt — Weidenallee — Osterstraße — Müggenkampstraße — Langenfelder Damm
- 18 Ringlinie: Winterhuder Marktplatz — Eppendorfer Landstraße — Rothenbaumchaussee — Stephansplatz — Rathausmarkt — Mönckebergstraße — Lange Reihe — Hofweg — Goldbekplatz
- 19 Barmbek Neuer Schützenhof — Mühlendamm — Berliner Tor — Heidenkampsweg — Großmannplatz — Billbrook
- 21 Drosselstraße — Pfenningsbusch — v.-Essen-Straße — Ritterstraße — Saling — Sievekingdamm — Ausschläger Weg — Großmannplatz — Billhorner Deich — Zollvereinsstraße — Hanseatenhalle
- 22 Dammwiesenstraße — Steindamm — Mönckebergstraße — Rathausmarkt — Hoheluftchaussee — Lokstedt — Niendorf — Schnelsen
- 23 Lindleystraße — Amsinckstraße — Dovenfleet — Bei den St. Pauli-Landungsbrücken — St. Pauli Hafensstraße — St. Pauli Fischmarkt
- 24 Rennbahnstraße — Rödingsmarkt — Karl-Muck-Platz — Rentzelstraße — Grindelallee — Lehmweg — Eppendorfer Krankenhaus — Tarpenbekstraße
- 25 Beim Hammer Marktplatz — Sievekingdamm — Spaldingstraße — Meßberg — Schauenburgerstraße — Rödingsmarkt — Millerntor — Gilbertstraße — Holstenstraße — Kaltenkirchener Bahnhof — Friedhöfe Altona
- 26 Georgsplatz — Stephansplatz — Karl-Muck-Platz — Millerntor — Bei den St. Pauli-Landungsbrücken — Meßberg — Burchardstraße — Steintorwall

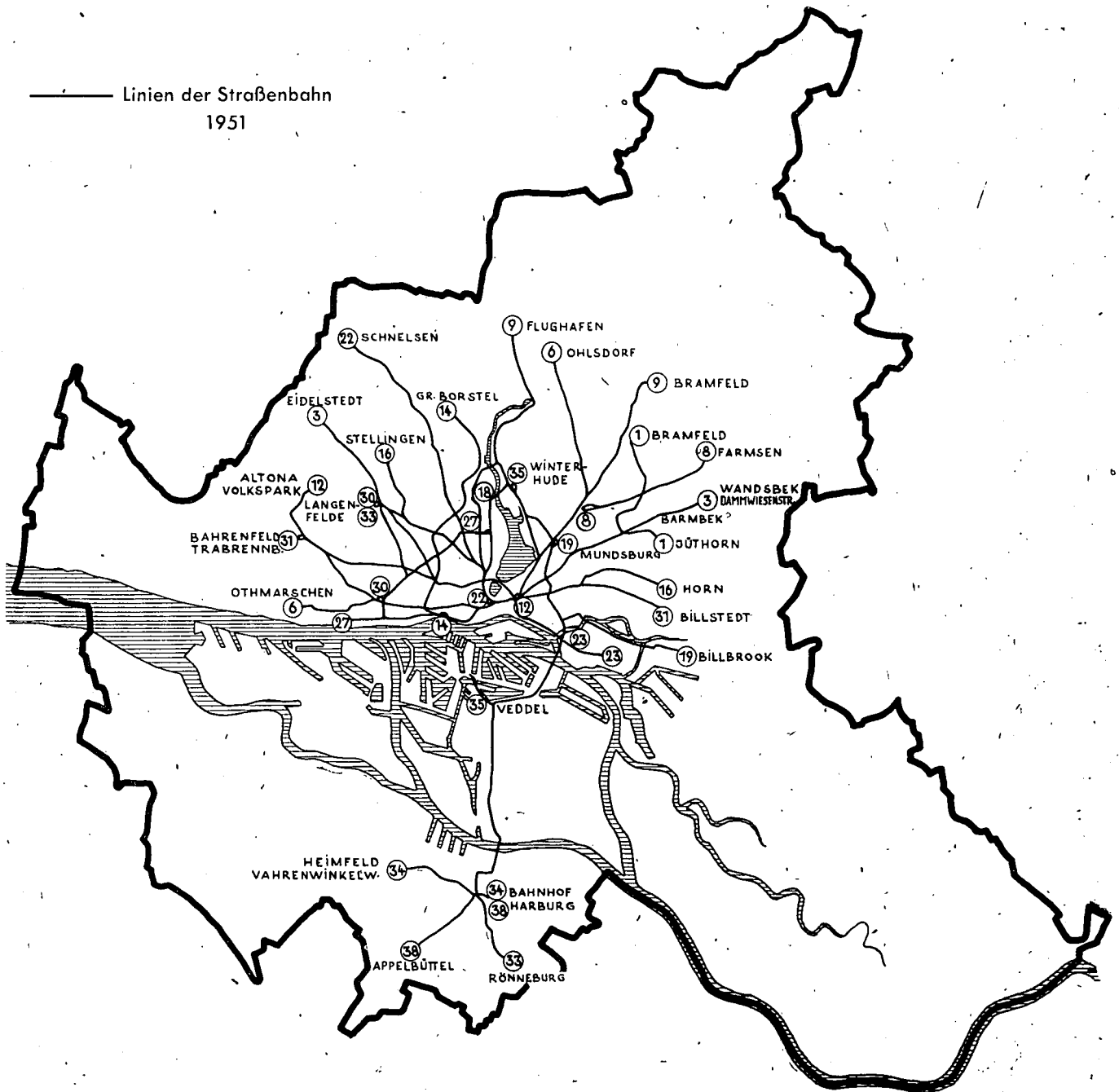
Linie

- 27 Diagonalstraße — Hammer Landstraße — Burgstraße — Landwehr — Wartenau — Winterhuder Weg — Mühlenkamp — Maria-Louisen-Straße — Mittelweg — Beim Schlump — Allee — Neues Rathaus Altona
- 28 Rathausmarkt — Stephansplatz — Mittelweg — Winterhude — Alsterdorfer Straße — Ohlsdorf bzw. Flughafen
- 29 Eimsbütteler Marktplatz — Alsenstraße — Allee — Bahnhof Altona — Palmaille — Dosestraße — Bernstorffstraße — Juliusstraße — Schulterblatt
- 30 St. Pauli Hafensstraße — Altona Blücherstraße — Thedestraße — Holstenstraße — Kieler Straße — Eidelstedt
- 31 Horn Hammer Landstraße — Steinstraße — Rathausmarkt — Millerntor — Reeperbahn — Große Bergstraße — Bahnhof Altona — Bahrenfelder Steindamm — Trabrennbahn — Volkspark Bahrenfeld

Linie

- 32 Bostelbek — Stader Straße — Buxtehuder Straße — Neue Straße — Bahnhof Harburg
- 33 Rönneburg — Harburg — Wilhelmsburg — Veddel — Amsinckstraße — Hauptbahnhof — Lombardsbrücke — Stephansplatz — Jungiusstraße — Schröderstiftstraße — Fruchtallee — Lappenbergsallee — Kieler Straße — Eidelstedt
- 34 Bahnhof Harburg — Schwarzenbergstraße — Alter Postweg — Heimfelder Straße — Vahrenwinkelweg
- 35 Freihafen — Harburger Chaussee — Elbbrücke — Billhorner Brückenstraße — Heidenkampsweg — Mühlendamm — Winterhuder Weg — Mühlenkamp — Goldbekplatz
- 38 Bahnhof Harburg — Bremer Straße — Neuer Friedhof — Appelbüttel

Das Netz der Straßenbahnen wurde schließlich vor dem Kriege noch durch mehrere in die Hamburger Innenstadt führende Omnibuslinien ergänzt, worüber im übernächsten Abschnitt zu lesen ist.



2. Hoch- und Untergrundbahn (U-Bahn) und Walddörferbahn (W-Bahn)

Der Hamburger nennt sie alle kurz Hochbahn, obgleich das große „U“ an den Stationen der Hoch- und Untergrundbahn (entsprechend dem Berliner Vorbild) darauf hindeutet, daß offiziell der entgegengesetzte Sprachgebrauch gewollt ist. Unter Fachleuten spricht man nur von der U-Bahn und bezieht darin auch die Walddörferbahn mit ein, denn der Untergrundverkehr ist das Charakteristikum. Von einer **Gesamtstrecke** von 68,8 km entfallen allerdings nur 11,7 km auf die **Tunnelstrecken**.

Folgende **Linien** sind zu nennen: Zunächst der Ring (Barmbek — Hauptbahnhof — St. Pauli-Landungsbrücken — Kellinghusenstraße — Barmbek), der als erste Linie im Jahre 1912 eröffnet wurde (nachdem die elektrischen Straßenbahnen schon bald 20 Jahre in Betrieb waren). Vom Ring zweigt am Schlump die kurze Hellkamper Linie ab, die 1913/14 erbaut wurde. 1914 wurde die Strecke Kellinghusenstraße — Ohlsdorf, 1915 die Strecke Hauptbahnhof — Rothenburgsort in Betrieb genommen. Die Walddörferbahn Barmbek — Volksdorf wurde 1920 eröffnet und im nächsten Jahr über Volksdorf bis Ohlstedt und über Volksdorf bis Groß-Hansdorf weitergeführt. Im Jahre 1921 wurde die sogenannte Langenhorner Bahn von Ohlsdorf bis Ochsenzoll fertig, und im Jahre 1929 war die besonders schwierig zu bauende Tunnelstrecke Jungfernstieg — Kellinghusenstraße vollendet, so daß die Züge im sog. Langenhorner Verkehr über Jungfernstieg — Kellinghusenstraße (Anschluß an den Ring) — Ohlsdorf — Flughafen nach Ochsenzoll durchlaufen konnten. Die **Planzeichnung** unterrichtet näher über die Linienführung. Sie läßt auch erkennen, daß die Walddörferbahn auf ihrer Abzweigung nach Groß-Hansdorf — Schmalenbek, das bis 1937 eine hamburgische Exklave war, von Buchenkamp an im schleswig-holsteinischen Gebiet fährt.

Die Strecke Hauptbahnhof — Rothenburgsort hat durch das Bombardement im Jahre 1943 so stark gelitten, daß sie abgetragen werden soll. Im übrigen sind die Bahnanlagen der U- und W-Bahn wieder intakt, nachdem die stark zerstört gewesene Ringstrecke zwischen Hauptbahnhof und Barmbek nach jahrelanger Arbeit 1950 wieder in Betrieb genommen werden konnte.

Die **Gesamtstrecke** von 68,8 km (Länge der Bahnkörper, also hin **oder** zurück) entfällt mit

- 17,487 km auf den Ring,
- 2,619 km auf die Abzweigung Schlump — Hellkamp,
- 17,691 km auf die Strecke Jungfernstieg—Ochsenzoll,
- 12,482 km auf die Walddörferbahn Barmbek — Volksdorf (die in Barmbek auf den Ring übergeleitet wird),
- 7,708 km auf die Fortführung Volksdorf — Ohlstedt — Wohldorf,
- 10,799 km auf die Fortführung Volksdorf — Groß-Hansdorf.

Alle Strecken sind in Betrieb (das eingleisig ausgebaut, aber von der HHA nie benutzte Stück Groß-Hansdorf — Beimoor ist an einen Industriebetrieb verpachtet und zählt nicht mehr zur Strecke).

Die gesamte **Gleislänge** (Streckenlänge und Gleislänge jeweils einschl. Rangiergleise usw.) der U- und W-Bahn beläuft sich auf 146,226 km. Fast alle Strecken werden doppelgleisig geführt mit Ausnahme der Strecke Buchenkamp — Groß-Hansdorf und der Kleinbahnstrecke Ohlstedt — Wohldorf.

Die **Linienführung** ergibt sich aus dem bereits gesagten. Offiziell spricht man jetzt von 5 **Linien**:

Ring	17,487 km
Schlump — Hellkamp	2,470 km
Jungfernstieg — Ochsenzoll	17,120 km
Ring — Groß-Hansdorf	40,381 km
Ring — Ohlstedt und Kleinbahn bis Wohldorf	36,761 km
	zusammen 114,219 km

Die **Linienlänge** erscheint hiernach beträchtlich größer als die **Streckenlänge**, weil die beiden Linien der Walddörferbahn über den Ring weiterlaufen und die Strecke Barmbek — Volksdorf hier zweimal zu zählen ist (andererseits sind Rangiergleise usw. nicht mitgezählt).

Die Zahl der **Haltestellen (Bahnhöfe)** beträgt unter Einrechnung der 3 Haltestellen der Kleinbahn nach Wohldorf auf der U- und W-Bahn insgesamt 60. Die durchschnittliche **Haltestellenentfernung** beläuft sich bei der U-Bahn auf 912 m, ist also dreimal so groß wie bei der Straßenbahn. Auf der eigentlichen Walddörferbahn (Barmbek — Volksdorf usw.) ist der Abstand der Haltestellen noch beträchtlich größer, nämlich im Durchschnitt 1609 m.

Gegenüber dem Jahre 1938 hat sich in der **Streckenlänge**, der **Gleislänge**, der **Linienführung** und der **Zahl der Bahnhöfe** nichts verändert, abgesehen von dem Ausfall der Strecke Hauptbahnhof — Rothenburgsort.

Die durchschnittliche **Reisegeschwindigkeit** bei der U-Bahn (ohne W-Bahn) bemißt sich auf 26,7 km/Std., bei der Walddörferbahn (ohne den Ringverkehr) auf 33,9 km/Std. Gegenüber 1938 ist die **Durchschnittsgeschwindigkeit** etwas zurückgegangen; sie betrug damals auf der U-Bahn 28,3, auf der W-Bahn 35,4 km/Std. Die leichte Abnahme liegt nicht an einer verminderten **Fahrtgeschwindigkeit**, sondern ist in einer längeren **Abfertigungszeit** der Züge auf den Stationen infolge des größeren Andranges der Fahrgäste begründet.

Im Vergleich zur Straßenbahn (17,0 km/Std.) verkehrt die **U-Bahn um 57 v. H., die W-Bahn um 99 v. H. schneller**. Neben motorischen Unterschieden spielt die größere Haltestellenentfernung bei der U-Bahn, noch mehr bei der W-Bahn eine Rolle, vor allem ist aber die Straßenbahn durch den Straßenverkehr gehemmt.

Der **Wagenbestand** der U-Bahn und der W-Bahn (alle Wagen können als Triebwagen fahren, so daß die Unterscheidung zwischen Trieb- und Beiwagen entfällt) betrug im Jahre 1938 zusammen 383 Wa-

gen. Die Schäden durch den Luftkrieg sind weit geringer als bei der Straßenbahn; die U-Bahn-Wagen konnten zum Teil in Tunneln abgestellt werden. Groß waren aber in den folgenden Jahren die Abgänge durch Verschleiß der stark überlasteten U-Bahn- und W-Bahn-Wagen; bis zum Jahre 1948 war der Bestand auf 276 heruntergegangen. Er hat sich aber inzwischen durch Neubau und Wiederinstandsetzung auf 346 erhöht. Der Ausfall gegenüber 1938 liegt also jetzt bei knapp 10 v. H.

Die Stichaufnahmen ergaben im einzelnen:

	1. 12. 1938	1. 7. 1951
Gesamtzahl der Wagen	383	346
davon a) in Betrieb	340	312
b) in Betriebsreserve	6	10
c) in Ausbesserung	37	24

Danach waren in beiden Zeitpunkten etwa 90 v. H. der Wagen in Betrieb.

Die U-Bahn fuhr im Jahre 1938 17 162 312 **Wagenkilometer** (Nutzkilometer), im Jahre 1950 waren es 21 227 466, mithin 23,7 v. H. mehr. Die W-Bahn hat im inneren Verkehr, d. h. auf den von Barmbek in die Walddörfer hinausführenden Strecken (die Fahrt über den Ring ist der U-Bahn zugerechnet) ihre Leistungen aber noch wesentlich stärker gesteigert: von 3 513 063 auf 7 209 919 Wagenkilometer, also auf reichlich das Doppelte. Für U- und W-Bahn zusammen (die Wagen können jederzeit ausgetauscht werden) ergibt sich eine Steigerung der wagenkilometrischen Leistung um 37,5 v. H. — **im ausgesprochenen Gegensatz zur Straßenbahn**, die im Jahre 1950 26,2 v. H. weniger Wagenkilometer gefahren ist als im Jahr 1938.

Dabei war, wie vor kurzem gesagt, der Wagenpark der U- und W-Bahn 1950 um 10 v. H. kleiner als vor dem Kriege. **Der einzelne U- oder W-Bahn-Wagen lief im Jahre 1938 (383 Wagen) durchschnittlich 53 983 km, dagegen im Jahre 1950 (346 Wagen) 82 189 km, also durchschnittlich bald 30 000 km mehr (52,2 v. H.).** Ein gleiches war bei den Straßenbahnen nicht festzustellen, deren jährliche Beanspruchung mit rd. 44 000 km je Wagen ziemlich unverändert blieb.

Die Zahl der **Sitz- und Stehplätze** in den U- und W-Bahn-Wagen wurde vor dem Kriege mit durchschnittlich 92 je Wagen angenommen. Da inzwischen einige Wagen neuen Typs hinzugekommen sind, wird für das Jahr 1950 mit 95 Plätzen je Wagen (ohne Kleinbahn) gerechnet. Die Zahl der **Platzkilometer** beträgt also für 1938 das 92fache, für 1950 einschl. Kleinbahn rund das 94,5fache der Wagenkilometerzahl:

	U-Bahn	W-Bahn (einschl. Kleinb.)	U- u. W-Bahn zusammen	
1938	1 578 932 704	323 201 796	1 902 134 500	Platz-
1950	2 016 609 270	681 512 653	2 698 121 923	km
1950	+ 437 676 566	+ 358 310 857	+ 795 987 423	Platz-
gegen-				km
über 1938	+ 27,7	+ 110,9	+ 41,8	
in v. H.				

Ebenso wie im Straßenbahnbetrieb mußte die HHA bei der Hoch- und Untergrundbahn und in stärkerem Maße bei der Walddörferbahn damit rechnen, daß die Fahrgäste im Durchschnitt längere

Strecken fahren als vor den Kriegszerstörungen. Im Jahre 1938 wurden als „**durchschnittliche Beförderungslänge je Person**“ für die U-Bahn 5,0 km, für die W-Bahn im Durchgangsverkehr 12,0 km in Ansatz gebracht. Da diese Durchschnittswerte längst überholt waren, wurden im Jahre 1950 neue ermittelt. Seit dem 1. Oktober 1950 wird bei der U-Bahn mit 6,280 km, bei der W-Bahn mit 16,280 km gerechnet. Ähnlich wie bei der Straßenbahn rechnet die HHA für das Jahr 1950 im ganzen noch mit hiervon abweichenden Übergangswerten, und zwar bei der U-Bahn mit einer durchschnittlichen Reiselänge von 6,101 km, bei der W-Bahn mit 12,91 km. Bei der U-Bahn ist die Abweichung von dem Durchschnittswert per 1. 10. 1950 nicht sehr erheblich. Bei der W-Bahn hingegen ist es z. B. für den Grad der Platzausnutzung sehr wesentlich, ob für 1950 mit 16,280 oder nur mit 12,91 km mittlerer Reiselänge gerechnet wird. Gegen diesen niedrigen Durchschnittswert, für 1950 spricht, daß sich die Reiselänge je Fahrgast schon seit der Zeit der Kriegszerstörungen ausgedehnt hat.

Folgen wir dennoch zunächst den 1950er Durchschnitten, wie sie in der Betriebsstatistik der HHA praktisch angewandt werden. Die Berechnungen bei der W-Bahn werden aber außer mit 12,91 auch mit 16,280 km mittlerer Reiselänge durchzuführen sein.

Platzkilometer geteilt durch die Reiselänge ergibt, ebenso wie bei der Straßenbahn, das **Platzangebot** und bei dessen voller Ausnutzung theoretisch die Vollfrequenz:

	Platz- kilometer	Durchschnittl. Reiselänge	Vollfrequenz
1938	1 578 932 704	5,000 km	315 786 541 Pers.
1950	2 016 609 270	6,101 km	330 537 499 Pers.
1950	+ 437 676 566	+ 1,101 km	+ 14 750 958 Pers.
gegen-			
über 1938	+ 27,7	+ 22,0	+ 4,7
in v. H.			

	Platz- kilometer	Durchschnittl. Reiselänge	Vollfrequenz
1938	323 201 796	12,00 km	26 933 483 Pers.
1950	681 512 653	12,91 km	52 789 516 Pers.
1950	+ 358 310 857	+ 0,91 km	+ 25 856 033 Pers.
gegen-			
über 1938	+ 110,9	+ 7,6	+ 96,0
in v. H.			

Fassen wir die Zahlen zusammen: Von 1938 auf 1950 hat sich auf U- und W-Bahn insgesamt trotz Rückgangs der Wagenzahl um 10 v. H. die Zahl der **Wagenkilometer um 37,5 v. H.**, die Zahl der **Platzkilometer um 41,8 v. H. erhöht**, während praktisch, unter Berücksichtigung der größer gewordenen Reisestrecken die **Verkehrskapazität** der U-Bahn um 4,7 v. H., die der Walddörferbahn um 96,0 v. H., die Kapazität beider Bahnen durchschnittlich **um 11,8 v. H. gestiegen** ist (1938: 342,7 Mill., 1950: 383,3 Mill. Personen).

Auf der U-Bahn könnten, unter Einbezug der größeren Reiselänge, 1950 rund 14,75 Millionen Menschen zusätzlich einmal im Jahr 6,101 km fahren. Umgerechnet auf einen Berufstätigen, der

etwa 600mal im Jahr (alltäglich zweimal) eine solche Strecke fahren muß, bedeutet dies, daß etwa 24 600 Berufstätige zusätzlich fahren konnten.

Die Platzkapazität der W-Bahn bot im Jahre 1950 bei einer durchschnittlichen Reiselänge von 12,91 km Raum für zusätzlich 25,9 Mill. Fahrten. Bei 300 Hin- und Rückfahrten im Jahr errechnet sich hieraus eine zusätzliche Fahrgelegenheit für 43 000 Berufstätige. Legt man aber die per 1. 10. 1950 ermittelte Reiselänge zugrunde, dann sind es nicht 43 000, sondern 25 000 Berufstätige, die gegenüber 1938 zusätzlich fahren konnten.

Dem größeren Platzangebot der U- und W-Bahn, das durch dichtere Zugfolge, somit durch häufigeren Einsatz der Wagen vor allem auf der W-Bahn erreicht worden ist, steht die Bevölkerungszunahme in den Außenbezirken gegenüber, wie sie bereits in den einleitenden Ausführungen zahlenmäßig umschrieben worden ist. Sie ist freilich anteilmäßig auch der Straßenbahn, der S-Bahn und dem Omnibusverkehr zuzurechnen.

Wieviel Personen sind auf der U- und der W-Bahn in Wirklichkeit befördert worden?

Die Ermittlung dieser Zahlen gestaltet sich noch schwieriger als bei der Straßenbahn. Erstens weil eine Trennung zwischen U- und W-Bahn sich daran stößt, daß die W-Bahn auch über den Ring läuft. (Z. B. kann man mit einer Fahrkarte bis zur 10. Haltestelle im reinen Ringverkehr von Mundsburg über Barmbek bis Sternschanze oder in anderer Richtung über Hauptbahnhof bis St. Pauli fahren, man kann aber auch von Mundsburg über Barmbek auf die Walddörferstrecke bis Volksdorf gelangen.) Zweitens kann der Fahrgast, der einen „Übersteige“-Fahrschein löst, von der U- oder W-Bahn auf die Straßenbahn, den Omnibus oder das Alsterschiff oder umgekehrt von einem dieser Verkehrsmittel auf die U- oder W-Bahn „übersteigen“. Schließlich ergeben sich auch aus den Sammelkarten, den Wochen- und den Zeitkarten für die U- und W-Bahn verkehrsstatische Probleme besonderer Art.

Aus den hier angedeuteten Gründen läßt sich die Zahl der von der U- und W-Bahn tatsächlich beförderten Personen nur annäherungsweise dadurch errechnen, daß die im Gesamtbetrieb der HHA verkauften Fahrtausweise auf der Grundlage der Ergebnisse aus den von Zeit zu Zeit stattfindenden Verkehrszählungen auf die U- und W-Bahn umgeschlüsselt werden.

Hiernach wird in der Verkehrsstatistik der HHA die Zahl der von der U-Bahn und der W-Bahn beförderten Personen wie folgt ausgewiesen:

Es sind gefahren auf den Strecken

	der U-Bahn	der W-Bahn (Barmb.-Walddörfer)
1938	70 636 415 Pers.	8 220 880 Pers.
1950	115 046 543 Pers.	25 980 133 Pers.
1950 gegen- über 1938 in v. H.	+ 44 410 128 Pers. + 62,9	+ 17 759 253 Pers. + 216,0

Auf der U-Bahn hat also der Verkehr um fast $\frac{2}{3}$ zugenommen, auf der W-Bahn hat er sich verdreifacht.

Mit der Steigerung der Verkehrsfrequenzen ging die Zunahme der durchschnittlichen Reiselänge einher. Personenzahl mal Reiselänge ergibt die **Personenkilometer**:

U-Bahn			
	Personen	durchschnittl. Reiselänge	Personen- kilometer
1938	70 636 415	5,000 km	353 182 075
1950	115 046 543	6,101 km	701 915 805
1950 gegen- über 1938 in v. H.	+ 44 410 128 + 62,9	+ 1,101 km + 22,0	+ 348 733 730 + 98,7
W-Bahn			
	Personen	durchschnittl. Reiselänge	Personen- kilometer
1938	8 220 880	12,00 km	98 650 560
1950	25 980 133	12,91 km	335 402 088
1950 gegen- über 1938 in v. H.	+ 17 759 253 + 216,0	+ 0,91 km + 7,6	+ 236 751 528 + 240,0

Die Leistung der U-Bahn war im Jahre 1950 demnach **fast doppelt so groß** als im Jahre 1938, die Leistung der W-Bahn war bald **das $\frac{3}{2}$ fache**.

Und wie war die **durchschnittliche Besetzung** der Wagenzüge? Im Jahre 1938 wäre auf der U-Bahn bei einer durchschnittlichen Reiselänge von 5 km Platz für 315 786 541 Personen gewesen; als tatsächlich befördert weist die Betriebsstatistik 70 636 415 Personen aus (diese und folgende Zahlen waren bereits genannt). Die Platzkapazität war demnach nur zu 22,4 v. H. ausgenutzt. Im Jahre 1950 war das Angebot: 330 537 499 Plätze zu je 6,101 km. 115 046 543 Personen sind durchschnittlich 6,101 km gefahren. Die Ausnutzung des Platzangebots errechnete sich also auf 34,8 v. H.

Das gleiche für die W-Bahn.

1938	Platzangebot	26 933 483	bei einer durchschnittl. beförd. Person.	8 220 880	Reiselänge von 12 km	das Platzangebot war ausgenutzt zu 30,5 v. H.
1950	Platzangebot	52 789 516	bei einer durchschnittl. beförd. Person.	25 980 133	Reiselänge v. 12,91 km	das Platzangebot war ausgenutzt zu 49,2 v. H.

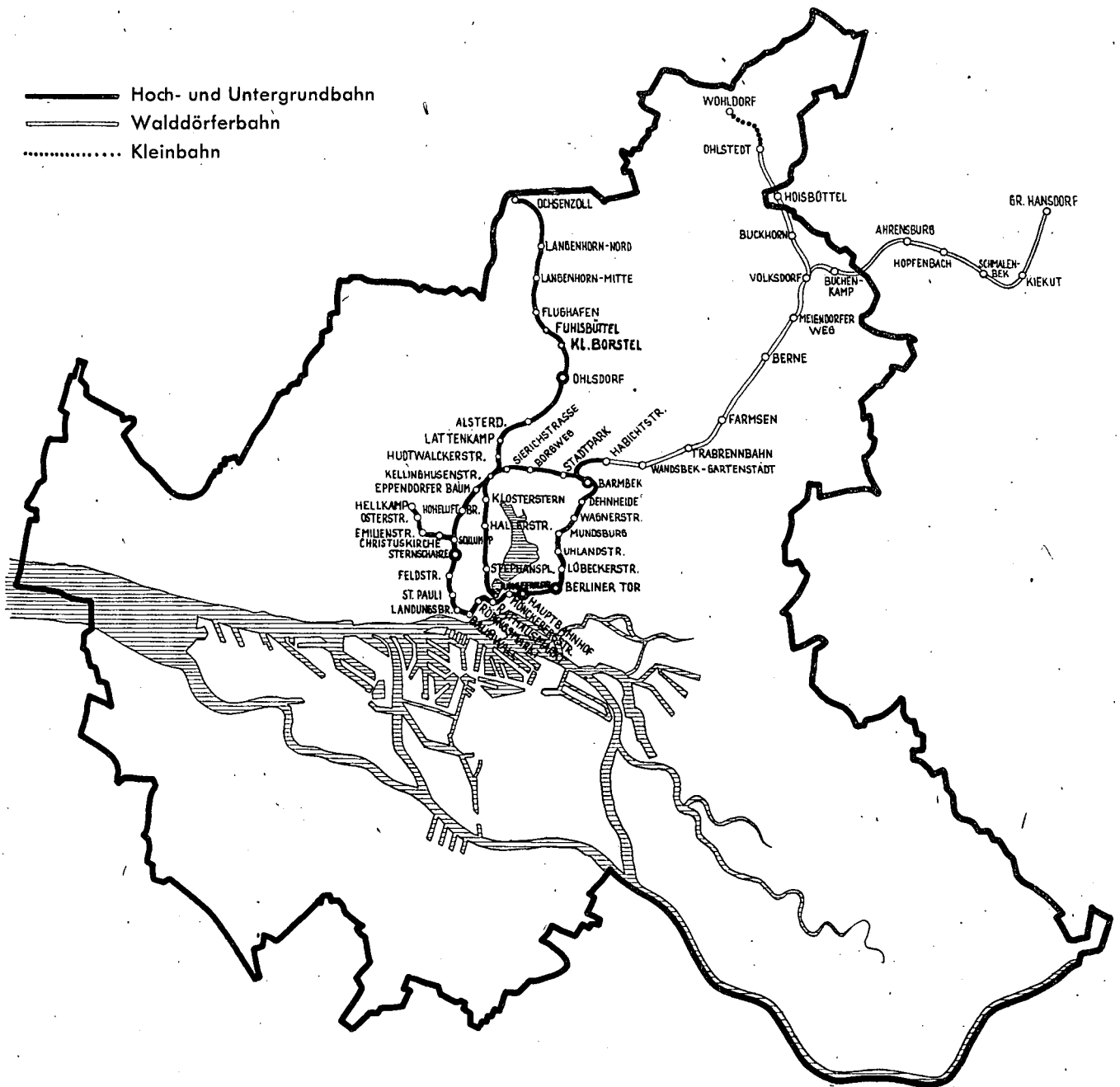
Legt man aber wiederum nicht 12,91, sondern 16,280 km als Maßstab für die mittlere Reiselänge an (wie es für das laufende Jahr 1951 ohne weiteres zu geschehen hat), dann steigt der v.-H.-Satz der Platzausnutzung im Jahr 1950 wesentlich, nämlich von 49,2 auf 61,8 v. H. Man sieht hieraus, wie wichtig es verkehrsstatisch ist zu wissen, welche Entfernungen die Reisenden durchschnittlich fahren.

Also auch im Hoch- und Untergrundbahnverkehr war vor dem Kriege die durchschnittliche Besetzung der Bahnen im Verhältnis zum Fassungsvermögen nicht groß. Sie war bei der U-Bahn (22,4 v. H.) sogar noch geringer als bei der Straßenbahn (28,4 v. H.); bei der W-Bahn (30,5 v. H.) ging sie über die Platzausnutzung der Straßenbahn etwas hinaus. Das hat sich vor allem bei der W-Bahn geändert. Auf je 100 Sitz- und Stehplätze kamen in der W-Bahn im Jahre 1950 49 Fahrgäste (oder nach anderer Berechnung sogar 62) gegenüber knapp 31 vor dem Kriege. In der U-Bahn hingegen hat sich diese Durchschnittszahl von nur 22 auf nur 35 erhöht. Die Walddörferbahn ist also weitaus am stärksten besetzt.

Was schon im Abschnitt Straßenbahn über die mangelnde Wirklichkeitsnähe solcher Durchschnittsberechnungen gesagt wurde, gilt in vollem Umfang auch für die U- und W-Bahn, die wie alle anderen Nahverkehrsmittel mit einem in den einzelnen Verkehrszeiten und auf den einzelnen Teilstrecken immer wieder wechselnden Verkehrsbedarf zu rechnen hat.

Bei der Beurteilung der Frequenzziffern darf man ihre gedankliche Ausgangsbasis nicht außer acht lassen. Sie beziehen sich auf eine ständige volle Ausnutzung der 92 (im Jahre 1938) und der 95 (im Jahre 1950) Sitz- und Stehplätze, die das reguläre Fassungsvermögen der Wagen darstellen. Von 95 Plätzen sind aber nur gut $\frac{1}{3}$ Sitzplätze. Die übrigen sind Stehplätze. Der für 1950 errechnete Ausnutzungsgrad der U-Bahn von 34,8 v. H. bedeutet also, daß im rechnerischen Durchschnitt

aller Verkehrszeiten und der Gesamtstrecke fast alle Sitzplätze in den Wagen beansprucht wären, die Sitzplätze für die Fahrgäste aber (immer im Durchschnitt) auch ausgereicht haben. Bei der W-Bahn besagt ein Ausnutzungsgrad von 49,2 v. H., daß im rechnerischen Durchschnitt $\frac{2}{3}$ der Fahrgäste sitzen konnten, wogegen der mit höherer Reiselänge (16,280 km.) berechnete Nutzungsgrad von 61,8 v. H. zu der Folgerung führt, daß nur die Hälfte der Fahrgäste einen Sitzplatz bekam. Wenn schon im rechnerischen Durchschnitt ein Drittel oder gar die Hälfte der Fahrgäste stehen mußte, leuchtet es ohne weiteres ein, daß die Bahn zeitweise, wie der Hamburger sagt, „gerammelt voll“ war. Wer nicht gerade zu den Hauptverkehrszeiten fahren muß, sollte seine Fahrt in eine andere Tageszeit legen. Er fährt dann bequemer, weil die Verkehrsdichte dann wesentlich unter den statistischen Durchschnitten liegt.



3. Kraftomnibusse

Während im Jahre 1950 282 Millionen Menschen die Straßenbahn und 141 Millionen Menschen die Hoch- und Untergrundbahn nebst Walddörferbahn benutzten, beförderten die Kraftomnibusse der HHA rd. 24 Millionen Fahrgäste. Die Bedeutung der Omnibusse kommt ziffermäßig nahe an die Frequenz der Walddörferbahn heran.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat sich der Omnibusverkehr wesentlich umgestaltet. Alle Linien, die früher ins Stadttinnere führten, sind weggefallen; auch Nachtomnibusse fahren nicht mehr. Dagegen ist der Verkehr in den jetzt stark besiedelten Außenbezirken weiter entwickelt worden.

Die HHA verfügte am 1. Juli 1938 über 154 Wagen (Motorwagen und Anhänger). 41 Wagen gingen im Luftkrieg verloren. Heute beläuft sich der Bestand auf 112 Fahrzeuge; in Betrieb waren am 1. Juli 1951, 77 Wagen, gegen 111 am 31. Juli 1938. 12 Wagen bildeten im Juli 1951 die Betriebsreserve und 23 waren am Stichtag in Reparatur oder standen zur Reparatur heran.

Es gibt jetzt 15 Kraftomnibus- (Bus-) und zwei Oberleitungsomnibus- (Obus-) Linien, die zum großen Teil Anschluß an andere Verkehrsmittel haben. Die Linienführung, die z. T. unwesentlich über das Hamburger Gebiet hinausgeht, und die Anschlüsse (diese in Klammern) sind folgende:

Linie	Linienlänge
B Bramfeld, Berner Chaussee (Endstation Straßenbahnlinie 9) — Bergstedt (über S-Bf. Poppenbüttel)	9,2 km
C Bf. Poppenbüttel (S-Bahn) — Volksdorf (W-Bahn)	5,5 „
D Bf. Fuhsbüttel (U-Bahn) — Tannenhof (über S-Bf. Poppenbüttel)	11,6 „
E Bf. Rahlstedt (Bundesbahn) — Volksdorf (W-Bahn)	6,5 „
F Bf. Rahlstedt (Bundesbahn) — Tonndorf (Endstation Straßenbahnlinie 3)	4,6 „
G Billstedt (Endstation Straßenb.-Linie 31) — Boberg, Fernsicht	5,3 „
H Wandsbek, Dammwiesenstraße (Endstation Straßenbahnlinie 3) — Jenfeld — Barsbüttel — Willinghusen	7,0 „
J Ohlsdorf, Friedhof-Haupteingang (Straßenbahnlinie 6, S-Bahn, U-Bahn Ohlsdorf) — Kapelle 13	3,3 „
L Bahrenfeld, Stadionstraße (Straßenbahnlinie 12) — Schenefeld	5,2 „
M Iserbrook (S-Bahn) — Waldenau	7,0 „
N Bahrenfeld, Trabrennbahn (Straßenbahnlinie 12 und Endstation Straßenbahnlinie 31) — Falkenstein (über S-Bf. Othmarschen und S-Bf. Blankenese)	11,4 „
O Bahrenfeld, Trabrennbahn (Linien 12 und 31, wie bei N) — Osdorf — Iserbrook (S-Bf.) — Blankenese (S-Bf.)	7,9 „
A 7 Harburg, Jägerstr. (Straßenbahnlinie 33) — Sinstorf — Fleestedt	3,7 „

Linie	Linienlänge
A 10 Wilhelmsburg, Veringplatz (Straßenbahnlinie 33) — Neuhof, Vulkanstraße	4,1 „
A 11 Bf. Veddel (Bundesbahn, Straßenbahnlinien 33, 35) — Georgswerder — Kirchdorf — Kornweide (Straßenbahnlinie 33)	7,3 „
O 2 Bf. Harburg (Bundesbahn, Straßenbahnlinie 33, Endstation Straßenbahnlinien 34 und 38) — Bostelbek	4,9 „
O 4 Bf. Harburg (Anschlüsse wie bei O 2) — Eißendorf	3,2 „

Die Linien B, C und D treffen sich in Poppenbüttel, so daß von dem einen Bus auf den andern umgestiegen werden kann. Das gleiche gilt von den Linien F und H in Tonndorf, F und E in Rahlstedt (auch Bundesbahn), M und O in Iserbrook, O und N in Blankenese, L und M in Schenefeld und O 2 und O 4 in Harburg (Bf.).

Die Gesamtstrecke, die heute von Omnibussen der HHA befahren wird, beläuft sich auf 107,7 km. Daß es sich um einen ausgesprochenen Randverkehr handelt, wird durch die Planzeichnung im Abschnitt D auch augenfällig zum Ausdruck gebracht.

Wie war es vor dem Kriege? Es gab, wie schon erwähnt, damals einen Tagbetrieb und einen Nachtbetrieb.

Im Tagbetrieb verkehrten 1938 regelmäßig die Autobuslinien:

Linie	Linienlänge
B Hamburg-Hbf. — Moorfleet — Spadenland	12,6 km
D Barmbek — Bramfeld — Wellingsbüttel	7,3 „
E Rödingsmarkt — Fuhsbüttel — Hummelsbüttel	14,5 „
F Telemannstraße — Rahlstedt — Meiendorf	21,4 „
G Wandsbek — Billstedt — Havighorst	11,7 „
H Wandsbek — Jenfeld — Barsbüttel	8,1 „
J Friedhof, Ringlinie	4,4 „
K Neumühlen — Osdorf-West	11,3 „
L Hamburg-Hbf. — Schenefeld	17,6 „
M Brande — Waldenau	11,7 „
N Hamburg-Hbf. — Falkenstein	18,7 „
O Millerntor — Blankenese	11,1 „
4 Jüthorn — Jenfeld — Tonndorf	4,1 „
16 Koppelstraße — Kieler Straße	2,2 „
36 Harburg-Bf. — Eißendorf	3,1 „
37 Wilhelmsburg — Neuhof — Vulkanstraße	4,2 „
39 Marmstorf — Harburg — Sinstorf	8,8 „
40 Veddel — Kirchdorf — Elbbrücke-Nord	7,9 „
	180,7 km

Durch die hamburgische Innenstadt führten also die Linien B, E, F, L, N und O, die das Stadtzentrum insbesondere mit den Marschländern, mit Fuhsbüttel, mit Wandsbek, Rahlstedt und Meiendorf, mit Schenefeld und mit den Elbvororten verbanden.

Im Nachtverkehr (der heute von 6 Straßenbahnlinien wahrgenommen wird) waren vor dem Kriege 9 Bus-Linien eingesetzt. Bis auf eine berührten alle St. Pauli. Die Linienführung war folgende:

Linie	Linienlänge
P Eppendorf bzw. St. Pauli — Meiendorf — Volksdorf	29,2 km
Q Eppendorf — Uhlenhorst — St. Pauli — Eppendorf	17,7 „
R Eppendorf — Eimsbüttel — St. Pauli — Eppendorf	17,7 „
S St. Pauli — Ohlsdorf — Wellingsbüttel bzw. Ochsenzoll	24,5 „
U Billstedt — Horn — Rathausmarkt bzw. St. Pauli	10,5 „
V Veddel — Lange Mühren	4,6 „
L Millerntor — Schenefeld	14,8 „
N Millerntor — Falkenstein	15,9 „
O Millerntor — Blankenese	13,7 „
	148,6 km

Im Jahre 1938 legten die Autobusse im Tag- und Nachtverkehr 7 358 572 Wagenkilometer zurück (davon 6,08 Millionen im Tagverkehr, 0,85 Mill. im Nachtverkehr und 0,43 Mill. km im Sonder- und Ausflugsverkehr). Im Jahre 1950 betrug die **Betriebsleistung** insgesamt 3 988 009 km. Sie war also um 45,8 v. H. geringer; hinter dem Tagverkehr von 1938 blieb sie um 38,7 v. H. zurück. Der zeitliche Vergleich der Betriebs-Wagenkilometer besagt aber wenig, weil die Omnibusse jetzt in ihrer Linienführung eine ganz andere Struktur haben, die **Gesamtstrecke** der Linien auch von 329 auf 107 km zurückgegangen ist.

Obleich die wagenkilometrische Leistung erheblich zurückgegangen ist, hat sich die **Zahl der Fahrgäste** sehr stark erhöht. Im Tagverkehr wurden 1938 11 617 508 Personen befördert (im Nachtverkehr außerdem 1 374 094). Im Jahre 1950 waren es 21 844 232, also fast doppelt so viel. Im Obusbetrieb wurden 1950 2 491 624 Personen befördert.

Berücksichtigt man, daß 1938 111, aber 1951 nur 77 Wagen (uns bekannte Stichtagszahlen) in Betrieb waren, dann errechnet sich, daß vor dem Kriege je Wagen durchschnittlich 104 662, im Jahre 1950 dagegen 283 691 Personen befördert wurden. Also fast eine **Verdreifachung der Beförderungsleistung je Fahrzeug**.

Die Zahl der **Sitz- und Stehplätze** je Wagen wurde im Jahre 1938 mit durchschnittlich 48, im Jahre 1950 mit durchschnittlich 55 angenommen. Die Zahl der Platzkilometer errechnete sich für 1938 auf 353 211 456 und für 1950 auf 203 372 956. Die durchschnittliche **Reiselänge** je Person wurde vor dem Kriege mit 5,95 km, für 1950 (bei einem wesentlich anderen Liniennetz) mit 3,375 km angenommen. Platzkilometer geteilt durch Reiselänge ergibt wiederum die **Vollfrequenz**, deren Zahl sich für 1938 somit auf 59 363 270 und für 1950 auf 60 258 654 errechnet. Aus den Personenkilometern (1938 = 77 300 032 und 1950 = 73 733 936) und den Platzkilometern oder aus der Zahl der beförderten Personen und der normalen Vollfrequenz leitet sich (wir wissen es von der Straßenbahn und Hochbahn) die Berechnung der **Platzausnutzung** ab. Sie betrug im Jahre 1938 21,9 v. H. und im Jahre 1950 36,3 v. H. einschl. Mietwagen. Demnach war die

durchschnittliche Platzausnutzung der Kraftomnibusse vor dem Kriege ähnlich so wie bei der U-Bahn (22,4 v. H.), aber geringer als bei der Straßenbahn (28,4 v. H.) und bei der W-Bahn (30,5 v. H.). Im Jahre 1950 deckte sich der Ausnutzungsgrad der Autobusse etwa mit dem der U-Bahn (35,8 v. H.), wogegen das Platzangebot bei der Straßenbahn zu 62,7, bei der W-Bahn zu 49,2 v. H. ausgenutzt war. Eine durchschnittliche Besetzung von 36,3 v. H. aller Sitz- und Stehplätze in den Omnibussen kann durchaus eine zeitweise Überfüllung, wie sie auch tatsächlich zu verzeichnen ist, in sich schließen. Was in dieser Beziehung in den vorangegangenen Abschnitten gesagt wurde, gilt auch hier.

4. Alsterschiffahrt

Die Alsterschiffahrt war in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren vollkommen stillgelegt, erst im Frühjahr 1948 wurde sie endgültig wieder aufgenommen. Es verkehren **2 Linien**: die eine führt vom Jungfernstieg über Rabenstraße — Uhlenhorster Fährhaus, Leinpfad nach dem Winterhuder Fährhaus, die zweite — bis zum Uhlenhorster Fährhaus auf dem gleichen Weg — nach Mühlenkamp. Vor dem Kriege fuhren die Schiffe über Winterhuder Fährhaus hinaus bis Ohlsdorf und über Mühlenkamp hinaus bis Bachstraße und Stadtpark. Es gab weiter die Linie Jungfernstieg — Barmbek, die sich an das linke Alsterufer hielt, Schwanewik ansteuerte und durch den Kuhmühlenteich und den Eilbekkanal bis von-Essen-Straße fuhr. Die Linie ist eingestellt, denn Hohenfelde, Eilbek und Süd-Barmbek, in denen einst die Stammgäste dieser Linie wohnten, sind durch den Krieg zerstört. Schließlich ist noch die **Fähre** vom Uhlénhorster Fährhaus zum Harvestehuder Ufer zu erwähnen, die wieder ihre alte Bahn zieht.

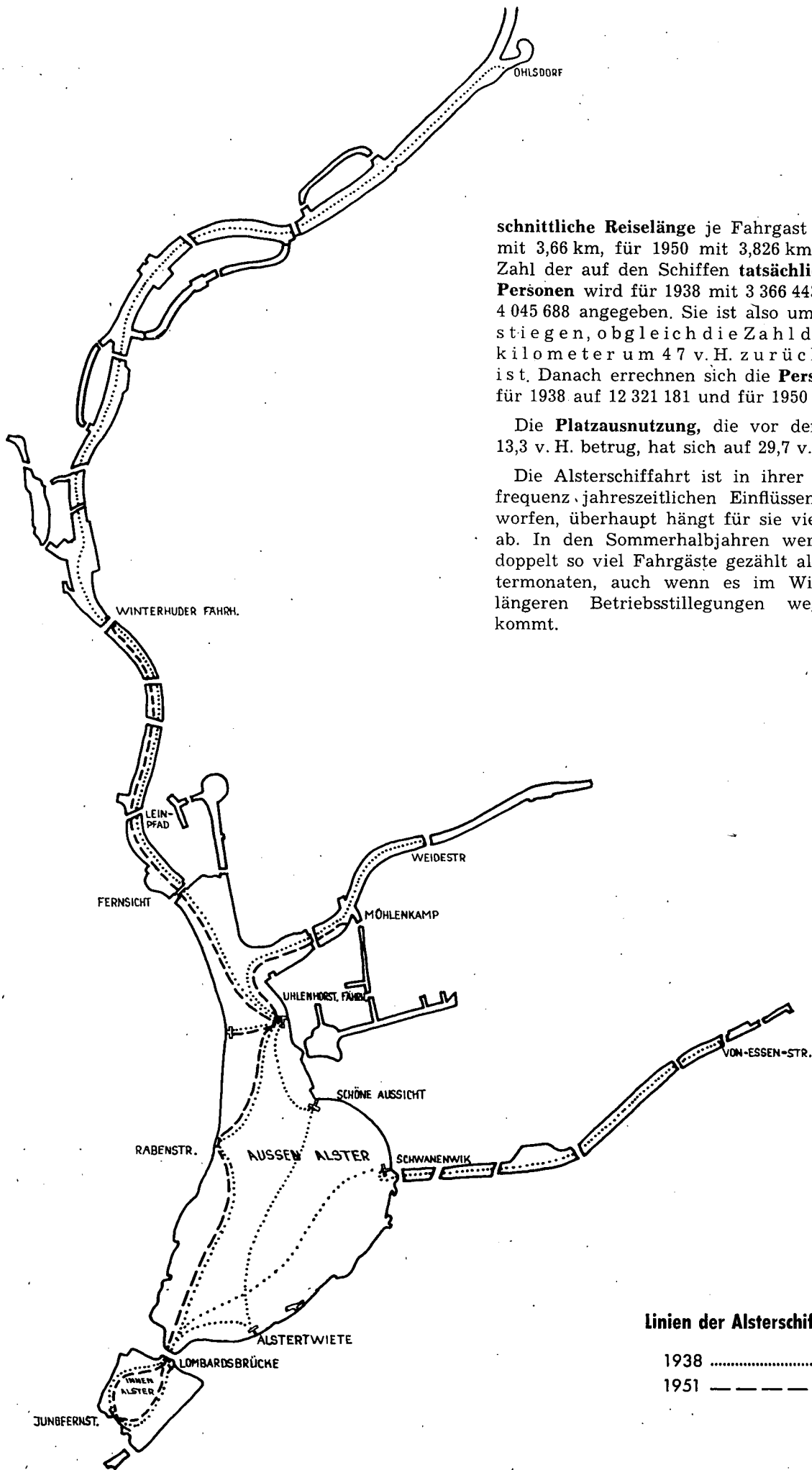
Neben dem Linienbetrieb führt die HHA regelmäßig **Rundfahrten** mit besonderer Reiseroute durch. Im Sommer gibt es sonnabends auch „**Lampionfahrten**“ unter dem Motto: „Mondnacht auf der Alster“.

Der **Schiffspark** umfaßt heute 16 Schiffe, gegen 26 im Jahr 1938. In Betrieb sind jetzt 12.

Die Dampfer können laut Deklaration 217, die Motorschiffe 178 und die Barkassen 118 Personen fassen. Die durchschnittliche **Platzzahl** wurde 1938 mit 167, im Jahr 1950 mit 177 angenommen.

Der Linienverkehr hat für die Bevölkerung der angrenzenden Wohngebiete eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Denn der Wasserweg stellt für einen Teil des nördlichen Stadtgebiets eine angenehme Verbindung auf kurzer Strecke mit der Innenstadt dar; die **Reisegeschwindigkeit** ist mit 12,7 km/Std. selbstverständlich wesentlich geringer als auf den anderen Verkehrsmitteln.

Die Schiffe fuhren im Jahre 1938 552 958 km, im Jahre 1950 bei verkleinertem Liniennetz 294 088 km. Dies sind die sog. **Schiffskilometer**, die den Wagenkilometern entsprechen. Mit den schon genannten durchschnittlichen Platzzahlen (167 bzw. 177) multipliziert, ergeben sich für 1938 92 500 191 und für 1950 52 109 873 **Platzkilometer**. Die durch-



schnittliche Reiselänge je Fahrgast wird für 1938 mit 3,66 km, für 1950 mit 3,826 km beziffert. Die Zahl der auf den Schiffen **tatsächlich beförderten Personen** wird für 1938 mit 3 366 443, für 1950 mit 4 045 688 angegeben. Sie ist also um 20 v. H. gestiegen, obgleich die Zahl der Schiffskilometer um 47 v. H. zurückgegangen ist. Danach errechnen sich die **Personenkilometer** für 1938 auf 12 321 181 und für 1950 auf 15 478 195.

Die **Platzausnutzung**, die vor dem Kriege nur 13,3 v. H. betrug, hat sich auf 29,7 v. H. erhöht.

Die Alsterschiffahrt ist in ihrer Beförderungsfrequenz, jahreszeitlichen Einflüssen stark unterworfen, überhaupt hängt für sie viel vom Wetter ab. In den Sommerhalbjahren werden mehr als doppelt so viel Fahrgäste gezählt als in den Wintermonaten, auch wenn es im Winter nicht zu längeren Betriebsstillegungen wegen Eisgangs kommt.

Linien der Alsterschiffahrt

1938
 1951 - - - - -

II. Fahrpreise und Betriebseinnahmen

1. Fahrpreise

Im Tarifsystem der HHA gibt es bei allen Verkehrsmitteln die Dreistufung der Fahrtausweise in Einzelfahrscheine, Wochen- und Monatskarten.

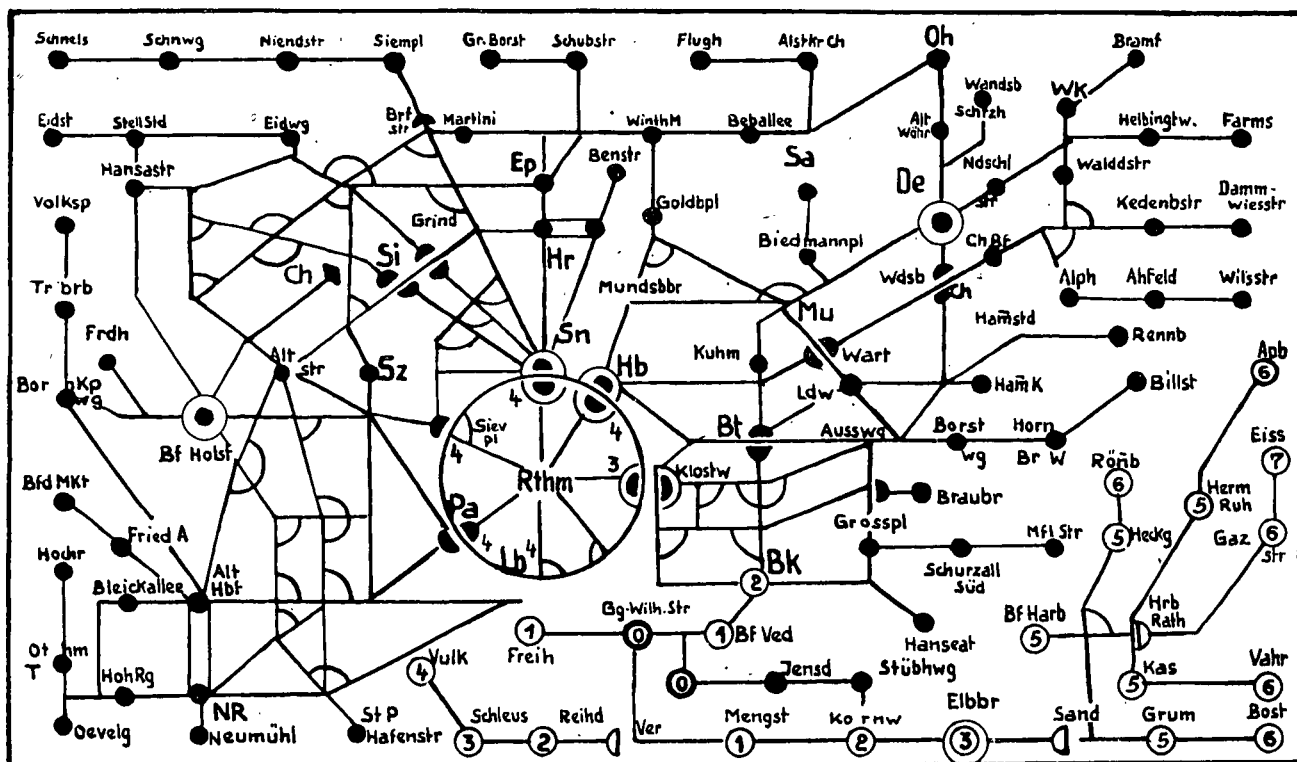
a) Einzelfahrscheine

Bei der Straßenbahn wurde vor dem Kriege nach „Teilstrecken“ unterschieden: 1 Teilstrecke kostete 15, 2 Teilstrecken 20 und eine Fahrt darüber hinaus 25 Rpf. Die Teil-

strecken waren nach den örtlichen Gegebenheiten abgesteckt. Man fuhr z. B. für 15 Rpf. von Mundsburger Brücke bis Hauptbahnhof oder von Hauptbahnhof bis Millerntor, man zahlte 20 Rpf. für die Strecke Eppendorfer Baum — Dammtor. Stieg der Fahrgast eine Haltestelle vor der Zahlgrenze ein oder stieg er eine Haltestelle später aus, so mußte er statt 15 20 oder statt 20 25 Rpf. zahlen. Jede „angebrochene“ Teilstrecke galt für voll.

In dem nachstehenden kleinen Plan sind die damaligen Teilstrecken des Straßenbahnnetzes markiert.

Teilstreckenplan 1937



Im Jahre 1944 wurde der Teilstreckentarif aufgegeben. Jede Fahrt, einerlei wie lang, kostete von da an 20 Rpf. An diesem Prinzip hat auch die Tarifreform vom 1. Oktober 1950 festgehalten, als sie den einheitlichen Fahrpreis von 20 Rpf. einheitlich auf 25 Dpf. erhöhte. Der Kurzfahrer zahlt also heute 10 Pfennig mehr als vor dem Kriege, die „mittlere Reiselänge“ ist um 5 Pfennig teurer; wer längere Strecken fährt, zahlt aber nicht mehr als in der Vorkriegszeit. Dies hat praktische Wirksamkeit nicht nur in den verhältnismäßig seltenen Fällen, daß ein Fahrgast eine lange Linienstrecke (z. B. Eidelstedt — Wandsbek, Langenfelde — Harburg) von Anfang bis Ende befährt, sondern die tarifliche Gleichstellung mit der Vorkriegszeit verwirklicht sich bei allen Entfernungen, die länger sind als 2 einstige Teilstrecken. Solche Streckenabschnitte sind z. B. Friedens-eiche (Eppendorf) — Dammtor, Winterhuder Markt-platz — Dammtor, Hoheluftbrücke — Rathausmarkt, Alte Wöhr (Barmbek) — Hauptbahnhof, Wandsbek — Rathausmarkt, Sievekingplatz — Hohenzoller-ning usw.

Voraussetzung für den Vergleich zwischen den früheren und den jetzigen Einzelfahrscheinen ist aber das „Geradausfahren“, denn wer auf eine andere Straßenbahnlinie umsteigt, muß heute in jedem Falle 30 Dpf. zahlen, auch wenn er z. B. in 8 + 3 Fahrminuten vom Funkhaus zur Musikhalle fährt (die Fahrt der „6“ von Ohlsdorf bis Othmarschen für 25 Dpf. dauert 1 Stunde 17 Minuten). Vor dem Kriege war „zweimal Umsteigen“ in den 20 und in den 25 Pfennigen eingeschlossen; der nur für 1 Teilstrecke geltende 15-Pfennig-Fahrschein konnte — das ist wohl selbstverständlich — nur geradeaus benutzt werden.

Neu ist seit dem 1. Oktober 1950, daß der Fahrgast für 35 Pfennige zweimal umsteigen kann, oder korrekter ausgedrückt: daß er gegen einen 35-Pfennig-Fahrschein zweimal um- oder zweimal über- oder einmal um- und einmal übersteigen kann, denn dieser Fahrschein berechtigt, verschiedene Verkehrsmittel zu benutzen. Bei einer solchen zusammenhängenden Benutzung von Straßenbahn, Hochbahn, Omnibus oder Alsterschiff hätte der Fahrgast vor dem Kriege für zwei Verkehrsmittel

den Übergangsschein von 30 Pfennigen lösen müssen, für ein drittes Verkehrsmittel hätte er aber je nach Streckenlänge gesondert zu zahlen gehabt. Das zweimalige Umsteigen innerhalb des Straßennetzes kostete früher freilich nur 25 Pfennige.

Auch bei der U-Bahn stuften sich im Jahre 1938 die Preise der Einzelfahrscheine in 15, 20 und 25 Rpf ab. Für 15 Rpf konnten die Fahrgäste bis zur 3., für 20 Rpf bis zur 5. Haltestelle fahren, darüber hinaus zahlten sie 25 Rpf. Im Jahre 1944 wurde die Differenzierung durch den Einheitspreis von 20 Rpf ersetzt. Die Tarifreform vom 1. Oktober 1950 macht aber wieder einen Entfernungsunterschied: bis zur 10. Haltestelle kostet es jetzt 25, darüber hinaus 30 Dpf. Die Ringlinie hat 23 Haltestellen, somit — von dem jeweiligen Abgangsbahnhof gesehen, der bei der Fahrpreisabstufung nicht mitzählt — 11 Haltestellen in jeder Fahrrichtung. Die 30 Dpf werden im reinen Ringverkehr daher verhältnismäßig selten fällig. Anders liegt es bei Weiterfahrt auf der Langenhorner Linie und in Richtung Hellkamp. Die Langenhorner Bahn hat 15 Haltestellen; vom Jungfernstieg gelangt man für 25 Dpf bis zum Bahnhof Fuhsbüttel.

Die W-Bahn wird heute tarifarisch ebenso behandelt wie die U-Bahn; sie ist praktisch nur noch ein Streckenabschnitt des gesamten Hoch- und Untergrundbahnnetzes. Der Einzelfahrschein kostet auch hier 25 Dpf bis zur 10. Haltestelle und 30 Dpf darüber hinaus. Es bleibt gleich, ob es sich um eine Fahrt auf der eigentlichen Walddörferbahn-Strecke oder um eine Fahrt auf der W- und der U-Bahn handelt.

Vor dem Kriege wurde bei der W-Bahn, außer nach 4 Entfernungszonen, zwischen dem inneren Verkehr, dem Nachbarverkehr und dem Durchgangsverkehr unterschieden. Im inneren Verkehr betragen die Fahrpreise 15 Rpf (1 Haltestelle), 25 Rpf (bis 3 Haltestellen), 30 Rpf (bis 6 Haltestellen) und 35 Rpf bei längeren Fahrten. Im Falle des sogenannten Nachbarverkehrs (über Barmbek bis Borgweg oder Wagnerstraße) wurden 5 Rpf, im Falle des Durchgangsverkehrs (einer beliebigen Haltestelle der U-Bahn oder der Straßenbahn) 10 Rpf auf die eben genannten Zonenpreise aufgeschlagen (es wurden die Haltestellen der W- und U-Bahn gezählt). Von Volksdorf bis Rathausmarkt kostete damals eine Fahrt 45 Rpf, heute nur 30 Dpf, oder ein anderes Beispiel: von Groß-Hansdorf bis Farmsen betrug der Fahrpreis im Jahre 1938 35 Rpf, heute beträgt er 25 Dpf (der höchste Preis von 30 Pfennigen würde erst in „Gartenstadt“ fällig). Preislich ungünstiger für das Publikum sind auf der W-Bahn heute nur die wohl seltenen Fahrten von einer Haltestelle zur anderen, die früher 15, heute 25 Pfennige kosten.

Die Omnibusse der HHA, die ja auch für die Walddörfer von besonderer Bedeutung sind, fahren heute eine beliebig lange Strecke „geradeaus“ für 25 Dpf, und beim Umsteigen auf einen anderen Bus sind 30 Dpf zu zahlen. Für 35 Dpf kann man vom Bus auf die Straßenbahn, die U- oder W-Bahn (oder umgekehrt) übersteigen, was schon oben erwähnt wurde. Nur der Omnibus J auf dem Ohls-

dorfer Friedhof ist in diesem Um- und Übersteigertarif nicht eingeschlossen. Hier gilt nur ein Einheitsstarif für Erwachsene und Kinder zu 25 Dpf.

Im Jahre 1938 gab es einen 20-Rpf-Schein für 1 Teilstrecke. Für 2 Teilstrecken mußten 25, für 3—4 Teilstrecken 30, für 5 Teilstrecken 35 und für jede weitere Teilstrecke 5 Pfennige mehr gezahlt werden. Alle Fahrscheine von 25 Rpf an berechtigten zum zweimaligen Umsteigen, freilich nur im Omnibusverkehr. Beim Übergang auf die U- und W-Bahn, die Straßenbahn und die Alsterschiffe wurden 5 Pfennige aufgeschlagen.

Die Alsterschiffe hatten vor dem Kriege einen Einheitsfahrpreis von 20 Rpf, der sich durch die Tarifreform vom 1. Oktober 1950 auf 25 Dpf erhöht hat. Die Fährre beim Uhlenhorster Fährhaus nahm früher 10 Rpf, heute 15 Dpf. Auch die Alsterschiffe sind in den Um- und Übersteigertarif mit eingeschlossen.

An Stelle von Einzelfahrscheinen kann der Fahrgast, der sich nicht für eine Zeitkarte entschließt, heute eine Sammelkarte für 2 DM lösen, die für 9 Fahrten auf allen Verkehrsmitteln der HHA in gleicher Weise wie der Einzelfahrschein zu 25 Dpf berechtigt; die Einzelfahrt — bei der Straßenbahn mit beliebiger Entfernung, bei der Hochbahn bis zur 10. Haltestelle — kostet hier also 22,2 Dpf. Der Preis der Einzelfahrt auf Sammelkarte vor dem Kriege war bei beliebiger Entfernung 22,5 Rpf, bei Fahrten bis zur 5. Haltestelle der U-Bahn oder auf 2 Teilstrecken der Straßenbahn betrug der Preis jedoch nur 18 Rpf je Fahrt.

Was bisher über die Fahrpreise gesagt wurde, bezog sich auf den Tagverkehr. **Von abends 23 Uhr bis morgens 4.30 Uhr** sind auf allen Verkehrsmitteln der HHA doppelte Fahrpreise zu zahlen, also 50, 60 oder 70 Pfennige. Die HHA unterscheidet freilich zwischen dem Spätverkehr (bis 1 Uhr), an dem noch fast alle Verkehrsmittel beteiligt sind, und dem Nachtverkehr (von 1 Uhr bis 4.30 Uhr), der nur, wie schon früher erwähnt, von einigen Linien der Straßenbahn wahrgenommen wird. Verkehrstariflich besteht zwischen Spät- und Nachtverkehr kein Unterschied. Wochen- oder Monatskarten-Inhaber werden von der Verdoppelung des Fahrpreises nicht betroffen. Ihre Zeitkarten haben spät und nachts die gleiche Gültigkeit wie am Tage, was vielen Berufstätigen zugute kommt, die spät oder nachts zur Arbeit fahren oder von ihrer Arbeitsstätte zurückkommen.

Vor dem Kriege kostete bei der Straßenbahn und der Hochbahn der Einzelfahrschein im Verkehr nach 23 Uhr je nach Entfernung 20, 25 oder 30 Rpf. Die Nachtomnibusse berechneten für 1—2 Teilstrecken 30 Pfennige, für jede weitere Teilstrecke 10 Pfennige mehr.

Soweit die Einzelfahrscheine.

b) Wochenkarten

Die Wochenkarte, die zu 12 Fahrten an den Werktagen berechtigt, kostet seit Oktober 1950 für alle Verkehrsmittel 2,40 DM. Mit ihr kann man fahren wie mit einem 35-Pfg-Schein. Man kann z. B. mit der „6“ von Othmarschen bis Millerntor

fahren, auf die Hochbahn übersteigen und dann mit dem Omnibus von Volksdorf bis Sasel gelangen. Das ist eine Entfernung von etwa 25 km, bei 12 Fahrten eine Strecke von 300 km. Dieses Beispiel erscheint zugespitzt; es hat aber in nicht wenigen Fällen auch praktische Bedeutung, und andere ähnliche Beispiele liegen auf der Hand. In der Mehrzahl der Fälle wird natürlich nur eine kürzere Strecke gefahren und auch meistens nur „geradeaus“ — es sei an die „durchschnittliche Beförderungslänge je Person“ in Abschnitt 1 erinnert.

2,40 : 12 ergibt einen Einzelfahrpreis von 20 Pfennigen. Im Jahre 1938 kostete die vergleichbare Wochenkarte, das heißt die Karte, die für 12 Fahrten beliebiger Entfernung bei zweimaligem Umsteigen gegolten hat, 2,50 RM, also 10 Pfg mehr, obgleich sie, im Gegensatz zu der heutigen, nicht auf der Walddörferbahn und den Autobussen gültig war. Unter Einschluß der W-Bahn betrug der Preis 2,70, bei Einbezug der Autobusse war der Spitzenpreis 4,60 RM. Es gab jedoch, anders als heute, vor dem Kriege auch Wochenkarten für kürzere Entfernungen, und zwar zu 1,70 (W-Bahn 1. Zone), zu 1,80 (U-Bahn bis zur 10. Haltestelle oder 4 Teilstrecken der Straßenbahn) usw. Das Wochenkarten-System, überhaupt das damalige Fahrpreis-System, war recht kompliziert.

Im Jahre 1944 wurde aus der Wochenkarte eine echte Zeitkarte gemacht, die für beliebig häufige Fahrten von beliebigen Entfernungen auf allen Verkehrsmitteln gültig war und ausschl. Walddörferbahn 2,30 Mark, einschl. W-Bahn 2,50 Mark kostete. Sie hat unverändert bis zur Tarifreform im Oktober 1950 gegolten.

c) Monatskarten

Es bleibt noch die Monatskarte zu erwähnen. Als Monatsnetzkarte, gültig für das gesamte Netz der Straßenbahn, die U-Bahn und die Alsterschiffahrt, jedoch nicht für den inneren Verkehr der Walddörferbahn, kostete sie vor dem Kriege 28 RM. Seit Oktober 1950 ist der Preis für die gleiche Karte, aber erweitert auf die Benutzung der W-Bahn, 22 DM. Außer der Monatsnetzkarte gibt es besondere Monatskarten jeweils für die Straßenbahn (einschl. der Obusse in Harburg), die U-Bahn und W-Bahn gemeinsam, die Kraftomnibusse und für die Alsterschiffahrt. Der Preis beträgt seit Oktober 1950 für die Straßenbahnkarte 14 DM, für die U- und W-Bahn zusammen ebenfalls 14 DM, für die Omnibusse und für die Alsterschiffe je 11 DM.

Im Jahre 1938 waren diese Monatskarten teurer. Für die Straßenbahn gab es an sich nur Monatskarten jeweils für eine einzelne Linie, die „2“, die „18“ usw. oder eine Monatskarte für den Verkehr auf allen Linien in der Innenstadt (Hauptbahnhof, Dammtor, Landungsbrücken, Hafen). Sie kostete 17 RM. Wer eine weitere Linie benutzen wollte, mußte eine Zusatzkarte von 5 RM lösen, entsprechend gab es eine Zusatzkarte für die Innenstadt. Die U-Bahn führte eine Monatskarte für ihr gesamtes Netz, deren Preis ebenfalls 17 RM war. Die W-Bahn unterteilte nach 3 Zonen und berechnete im inneren Verkehr für die Monatskarte 11, 13 und 15 RM, im Nachbarverkehr (bis Borgweg oder Wagnerstraße) 13, 15 und 17 RM und im Durchgangsverkehr 18, 20 und 22 RM. Die Bewohner der Walddörfer zahlten also 22 RM (gegen jetzt 14 DM) für ihre Monatskarte, wenn sie auf der U-Bahn etwa bis zur Innenstadt weiterfahren.

Übersicht 1

Auszug aus den Tarifen 1938 und 1950

Einzelfahrscheine	Straßenbahn	
	1938 RM	1. 10. 1950 DM
Tagverkehr vor 23 Uhr		
kürzeste Strecke (1 Teilstr.)	0,15	0,25
5 Haltestellen (2 Teilstr.)	0,20	0,25
darüber hinaus	0,25	0,25
darüber hinaus mit Umsteigen	0,25	0,30
Nachtverkehr nach 23 Uhr		
kürzeste Strecke (1 Teilstr.)	0,20	0,50
5 Haltestellen (2 Teilstr.)	0,25	0,50
darüber hinaus	0,30	0,50
darüber hinaus mit Umsteigen	0,30	0,60
Wochenkarten, 12 Fahrten		
Übergangswochenkarten	2,50	2,40
Monatskarten	17,00¹⁾	14,00²⁾
	Alsterschiffe	
Einzelfahrscheine, belieb. Entf.	0,20	0,25
Monatskarten	12,50	11,00
	Autobus	
kürzeste Strecke (1 Teilstr.)	0,20	0,25
Wochenkarten, 12 Fahrten, belieb. Entf. mit Übergang auf Hoch- u. Straßenbahn	4,60	2,40
Monatskarten	9,00/18,00	11,00

¹⁾ nur gültig auf einer Linie
²⁾ für das gesamte Straßennetz

Einzelfahrscheine	U-Bahn	
	1938 RM	1. 10. 1950 DM
Tagverkehr vor 23 Uhr		
kürzeste Strecke	0,15	0,25
bis zur 10. Haltestelle	0,25	0,25
über 10 Haltestellen	0,25	0,30
Nachtverkehr nach 23 Uhr		
kürzeste Strecke	0,20	0,50
bis zur 10. Haltestelle	0,30	0,50
über 10 Haltestellen	0,30	0,60
Wochenkarten, 12 Fahrten		
bis zur 10. Haltestelle	1,80	(2,40)
über 10 Haltestellen	2,20	(2,40)
Übergangswochenkarten	2,50	2,40
Monatskarten	17,00¹⁾	14,00²⁾
	Walddörferbahn	
Einzelfahrscheine		
bis 3 Haltestellen	0,25	0,25
bis 6 Haltestellen	0,30	0,25
darüber hinaus (auch über 10)	0,35	0,30
über 10 Haltestellen und Übergang auf U-Bahn	0,45	0,30
Wochenkarten (einschließl. U-Bahn)		
12 Fahrten	2,70	2,40
Monatskarten (einschl. U-Bahn)	22,00	14,00

¹⁾ ohne Walddörferbahn
²⁾ mit Walddörferbahn

Monatskarten für den Gesamtbetrieb der HHA
1938: 28,00 RM 1950: 22,00 DM

	Hochbahn	Straßenbahn
1. Einzelfahrscheine:		
a) Tagverkehr vor 23 Uhr:		
bis zur 3. Haltest. (Hochb.) od. für 1 Teilstr. (Straßenb.) ohne Umsteigen	Rpf. 15	Rpf. 15
bis zur 5. Haltest. (Hochb.) od. bis 2 Teilstr. (Straßenb.) mit Umsteigen	20	20
darüber hinaus mit Umsteigen	25	25
beliebige Entfernung ohne Umsteigen für Erwerbslose	10	10
beliebige Entfernung m. Umsteigen f. Kinder bis z. vollendeten 14. Jahr	10	10
b) Nachtverkehr nach 23 Uhr:		
bis zur 3. Haltest. (Hochb.) od. für 1 Teilstr. (Straßenb.) ohne Umsteigen	20	20
bis zur 5. Haltest. (Hochb.) od. bis 2 Teilstr. (Straßenb.) mit Umsteigen	25	25
darüber hinaus (Straßenbahn mit Umsteigen)	30	30
belieb. Entfernung Strb. m. Umsteig. f. Kinder b. z. vollendeten 14. Jahr	10	10
c) Übergangsverkehr (beliebige Entfernung)		
zwischen Hochbahn und Straßenbahn		
Alsterdampfer	30	30
Vorortbahn II. Klasse	35	—
Vorortbahn III. Klasse	30	—
Tagautobuslinien bis 2 Teilstrecken	30	30
Tagautobuslinien bis 4 Teilstrecken	35	35
jede weitere Teilstrecke 5 Rpf. Zuschlag		
zur Hafenfähre	30	30
Rückfahrkarten v. Finkenwerder (werden nur auf d. Fähre ausgegeben)	90	90
2. Sammelkarten (ohne Umsteigeberechtigung):		
zu 5 Fahrten vor 23 Uhr, gültig f. 5 Haltest. (Hochb.) od. 2 Teilstr. (Strb.)	} 90	} 90
zu 5 Fahrten nach 23 Uhr, gültig f. 3 Haltest. (Hochb.) od. 1 Teilstr. (Strb.)		
zu 4 Fahrten vor 23 Uhr, gültig f. beliebige Entfernung		
zu 4 Fahrten nach 23 Uhr, gült. bis 5 Haltest. (Hochb.) od. 2 Teilstr. (Strb.)		
3. Wochenkarten:		
bis zur 10. Haltest. (Hochb.) od. 4 Teilstr. (Strb. ohne Umsteig.), 12 Fahrt.	RM 1,80	RM 1,80
beliebige Entfernung mit Umsteigen 12 Fahrt.	2,20	2,20
Vorzugswochenkarten belieb. Entfernung m. Umsteigen 6—12 Fahrten	—,60 1,20	—,60 1,20
für Hansestadt Hamburg mit zweimaligem Umsteigen	—	2,50
Übergangswochenkarten	2,50	2,50
4. Schreberkarten:		
für 12 Fahrten im Monat	2,20	2,20
5. Monatskarten:		
Hochbahn: Für das gesamte Netz	17,—	—
Straßenbahn: Eine Linie oder die Innenstadt	—	17,—
Straßenbahn: Zusatzkarte für eine weitere Linie	—	5,—
Straßenbahn: Zusatzkarte für die Innenstadt	—	5,—
Monatsnetzkarten:		
Groß-Hamburg. Gültig für das gesamte Netz der Straßenbahn, die Hochbahn und die Alsterschiffahrt, ausschließlich Sonderfahrten	28,— RM	

Autobus		Autobus (Fortsetzung)	
1. Einzelfahrscheine:		c) mit Straßenbahnebenverkehr ohne Übergang	
a) Tagverkehr	Rpf.	1—2 Teilstrecken	RM 2,50
1 Teilstrecke	20	3—6 Teilstrecken	3,20
2 Teilstrecken mit zweimalig. Umsteig.	25	7—8 Teilstrecken	3,90
3—4 Teilstreck. mit zweimalig. Umsteig.	30	9 und mehr Teilstrecken	4,60
5 Teilstrecken mit zweimalig. Umsteig.	35	1—2 Teilstrecken } mit Übergang	3,20
jede weitere Teilstrecke 5 Rpf. mehr		3—6 Teilstrecken } auf Hochb. u. Strb.	3,90
Kinder 1—5 Teilstr. mit zweimal. Umstg.	15	7 u. mehr Teilstr. } belieb. Entfernung	4,60
Kind. 6 u. mehr Teilstr. m. zweim. Umst.	20	d) Vorzugswochenkarten	
Übergang Hochb./Straßenb./Alsterschiffe		1—5 Teilstrecken ohne Übergang	1,50
bis 2 Autobus-Teilstrecken	30	beliebige Entfernung mit Übergang	1,80
bis 4 Autobus-Teilstrecken	35	e) Schülerwochenkarten	
jede weitere Teilstrecke 5 Rpf. mehr		1—5 Teilstrecken ohne Übergang	1,50
von Tagautobuslinie J (Friedhofslinie)	35	beliebige Entfernung mit Übergang	1,80
b) Nachtverkehr:		f) Schülerwochennebenkarten	Rpf.
1—2 Teilstrecken	30	1—5 Teilstrecken ohne Übergang	75
3 Teilstrecken	40	beliebige Entfernung mit Übergang	90
4 Teilstrecken	50	3. Monatskarten je nach Fahrtdänge	RM 9,— bis 18,—
jede weitere Teilstrecke 10 Rpf. mehr		Zusatzkarte zu einer Monatskarte	
		Straßenbahn und Hochbahn	7,—
		Schülermonatskarten je nach Fahrtdänge	4,50 bis 11,25
2. Wochenkarten		Alsterschiffahrt	
(12 Fahrten, 2 Fahrten je Werktag)		1. Einzelfahrscheine:	Rpf.
a) ohne Straßenbahn-Nebenverkehr ohne Übergang	RM	Einheitsfahrpreis	20
1—2 Teilstrecken	1,80	Erwerbslose	10
3 Teilstrecken	2,20	Kinder	10
4 Teilstrecken	2,50	Übergangsfahrscheine a. Hochb. u. Strb.	30
5 Teilstrecken	2,90	Übergangsfahrsch. a. Autob. b. 2 Teilstr.	30
6 Teilstrecken	3,20	Fahrscheine für die Fähre	10
7—8 Teilstrecken	3,90	2. Sammelkarten 5 Fahrten ohne Umsteigen	80
9 und mehr Teilstrecken	4,60		RM
b) 1—2 Teilstrecken	2,50	3. Wochenkarten 12 Fahrten	1,55
3 Teilstrecken } mit Übergang	2,90	Vorzugswochenkarten (12 Fahrten)	1,20
4 Teilstrecken } auf Hochb. u. Strb.	3,20	4. Monatskarten	12,50
5—6 Teilstrecken } belieb. Entfernung	3,90		
7 u. mehr Teilstr. }	4,60		

Walddörferbahn	Innerer Verkehr		Nachbarverkehr		Durchgangsverkehr		
	Rückfahrkarten		über Barmbek mit d. Haltestell. Borgweg u. Wagnerstr. Rückfahrkarten		mit einer beliebig. Haltestelle d. Hoch- und Straßenbahn Rückfahrkarten		
a) Einzelfahrscheine:							
Nahzone (1 Haltestelle)	15 Rpf.	20 Rpf.	—	—	—	—	—
I. Zone (bis 3 Haltestellen)	25 „	35 „	30 Rpf.	45 Rpf.	35 Rpf.	50 Rpf.	70 Rpf.
II. Zone (bis 6 Haltestellen)	30 „	45 „	35 „	55 „	40 „	60 „	80 „
III. Zone (darüber hinaus)	35 „	55 „	40 „	65 „	45 „	70 „	90 „
Erwerbslosenfahrtschein	15 „	—	—	—	—	45 „	—
Kinderfahrtschein	10 „	—	15 „	—	15 „	—	—
Nach 23.00 Uhr gelten die Fahrpreise für die III. Zone als Einheitsfahrpreise Rückfahrkarten von den Walddörfern nach der Stadt und zurück am gleichen Tage							
b) Wochenkarten:	Innerer Verkehr		Nachbarverkehr		Durchgangsverkehr		
	12 Fahrten	14 Fahrten	12 Fahrten	14 Fahrten	12 Fahrten	14 Fahrten	
I. Zone	1,70 RM	2,— RM	2,— RM	2,30 RM	2,20 RM	2,50 RM	
II. Zone	2,— „	2,30 „	2,20 „	2,50 „	2,40 „	2,70 „	
III. Zone	2,20 „	2,50 „	2,40 „	2,70 „	2,70 „	3,— „	
Vorzugswochenkarten	1,50 „	—	1,70 „	—	1,90 „	—	
c) Schülerwochenkarten:							
I. Zone	1,20 RM	—	1,20 RM	—	1,20 RM	—	
II. Zone							
III. Zone							
Schülerwochennebenkarten	0,60 „	—	0,60 „	—	0,60 „	—	
d) Schreberkarten (Preise wie Wochenkarten zu 12 Fahrten)							
e) Monatskarten:							
I. Zone	11,— RM		13,— RM		18,— RM		
II. Zone	13,— „		15,— „		20,— „		
III. Zone	15,— „		17,— „		22,— „		

Übersicht 3

Tarife der HHA ab 1. 10. 1950

Einzelfahrtausweise:		DM
Für Erwachsene, ohne Um- und Übersteigen beliebige Entfernung auf Straßenbahn oder Obus oder Kraftomnibus oder Alsterschiffahrt, auf der U- und Walddörferbahn bis zur 10. Haltestelle		0,25
Für Erwachsene, beliebige Entfernung auf U- und Walddörferbahn. Auf Straßenbahn/Obus/Kraftomnibuslinie A 7 oder Kraftomnibus oder Alsterschiffahrt beliebige Entfernung mit einmaligem Umsteigen		0,30
Für Erwachsene auf allen Verkehrsmitteln beliebige Entfernung mit zweimaligem Um- oder Übersteigen oder einmaligem Um- und einmaligem Übersteigen		0,35
Für Kinder, beliebige Entfernung auf der U- und Walddörferbahn		0,15
Für Kinder, auf allen Verkehrsmitteln beliebige Entfernung mit zweimaligem Um- oder Übersteigen oder einmaligem Um- und einmaligem Übersteigen		0,15
Für Erwachsene und Kinder auf der Sonder-Kraftomnibuslinie J		0,25
Für Erwachsene und Kinder auf der Alsterfähre		0,15
Tages-Rückfahrtausweise Hadag/HHA, gültig auf allen Verkehrsmitteln (ausschließlich Sonderlinien) beliebige Entfernung mit zweimaligem Um- oder Übersteigen oder einmaligem Um- und einmaligem Übersteigen		0,90
Sammelfahrtausweise:		
Für Erwachsene, neun Fahrten, ohne Um- und Übersteigen, beliebige Entfernung auf Straßenbahn oder Obus oder Kraftomnibus oder Alsterschiffahrt. Auf der U- und Walddörferbahn bis zur 10. Haltestelle (Sonderlinien ausgeschlossen).		2,—
Für Erwerbslose, 10 Werktags-Fahrten innerhalb von 4 Wochen, auf allen Verkehrsmitteln (ausschließlich Sonderlinien), beliebige Entfernung mit zweimaligem Um- oder Übersteigen oder einmaligem Um- und einmaligem Übersteigen sowie Benutzung der Hafenfähre. Im Spätbetrieb ungültig		2,—
Im Spät- und Nachtbetrieb von 23.00 bis 4.30 Uhr:		
Nur für Einzel- und Sammelfahrtausweise (ausschließlich Hadag/HHA) doppelter Tarif.		
Wochenfahrtausweise:		
Für 12 Fahrten (2 Fahrten je Wochentag) auf allen Verkehrsmitteln (ausschließlich Sonderlinien) beliebige Entfernung mit zweimaligem Um- oder Übersteigen oder einmaligem Um- und einmaligem Übersteigen sowie Benutzung der Hafenfähren		2,40
Monatsfahrtausweise:		
Gültig auf Straßenbahn, Obus und Kraftomnibuslinie A 7 (ausschließlich Sonderlinien)		14,—
Gültig auf der U- u. Walddörferbahn (ausschließlich Sonderfahrten)		14,—
Gültig auf Kraftomnibus ausschließlich Linie A 7 und Sonderlinien		11,—
Gültig auf Alsterschiffahrt ausschließlich Rund- und Sonderfahrten		11,—
Gültig auf dem Gesamtnetz ausschließlich Sonderlinien		22,—
Zusatzwertmarke in Verbindung mit Monatsfahrtausweis DM 14,—		8,—
Zusatzwertmarke in Verbindung mit Monatsfahrtausweis DM 11,—		11,—
Für Schüler, gültig auf dem Gesamtnetz ausschließlich Sonderlinien		7,—
Für Schüler (Geschwister), gültig auf dem Gesamtnetz ausschließlich Sonderlinien		4,—

Diese und andere bereits erwähnte Tariftatsachen verdienen festgehalten zu werden, denn sie sind im Bewußtsein der Bevölkerung überdeckt worden durch die im Jahre 1944 eingeführte, für das gesamte Verkehrsnetz der HHA gültige Monatskarte von 10/11 Mark.

In der Übersicht 1 sind die wichtigsten Positionen des letzten Vorkriegstarifs vom 18. Oktober 1937 und des Tarifs vom 1. Oktober 1950 noch einmal einander gegenübergestellt. Voll inhaltlich ist der Vorkriegstarif als Übersicht 2 und der Tarif von Oktober 1950 als Übersicht 3 in dieser Arbeit abgedruckt.

2. Zahl der verkauften Einzelfahrscheine, Wochen- und Monatskarten, Zahl der beförderten Personen

Es dürfte von besonderem Interesse sein, wie sich die Änderung des Fahrpreissystems vom 1. Oktober 1950 auf den Umsatz der Fahrtausweise und damit auf die Betriebseinnahmen der HHA ausgewirkt hat. Das tritt am klarsten heraus durch einen Vergleich der letzten 12 Monate vor und der ersten 12 Monate nach der Tarifreform.

In diesen beiden Zeitabschnitten waren die Umsätze im Gesamtbetrieb der HHA wie folgt:

Zahl der verkauften Einzel-	v. 1. 10. 1949 bis 30. 9. 1950	v. 1. 10. 1950 bis 30. 9. 1951	1950/51 zu 1949/50	
			mehr od. weniger absolut	v. H.
fahrscheine	146 457 751	169 543 667	+23 085 916	+15,8
Wochenkarten	8 771 807	6 935 995	-1 835 812	-20,9
Monatskarten	1 432 814	990 507	-442 307	-30,9

Es ist also sowohl bei den Wochen- als bei den Monatskarten ein wesentlicher Rückgang festzustellen. Vor der Tarifänderung gab es (Jahreszahlen: 12) 119 401 Monatskarteninhaber, nachher nur 82 542, d. h. 36 859 Personen haben auf die Monatskarte verzichtet. Die Zahl der Wochenkarteninhaber (Jahreszahl: 52) hat sich von 168 689 auf 133 385 vermindert, so daß 35 304 Personen von der Wochenkarte zurückgetreten sind. Zusammen sind 72 163 Personen nach der Tarifreform aus dem Zeitkartenverhältnis ausgeschieden. Wieweit die Zunahme der Einzelfahrscheine einen Verkehrsausgleich gebracht hat, ist schwerlich zu sagen. Es sind 1950/51 rd. 23,1 Millionen Einzelfahrscheine mehr ausgegeben worden als im Zeitabschnitt 1949/50, d. i. das 320fache von 72 163. Wenn diese 72 163 Personen „Gelegenheitsfahrer“ gewesen sein sollten, obgleich sie eine Monats- oder Wochenkarte besaßen, so mag ihr Wechsel von der Zeitkarte auf den Einzelfahrschein keinen Verkehrsausfall bedeutet haben. Aber im allgemeinen wird doch wohl anzunehmen sein, daß die Zeitkarten auch tatsächlich „ausgenutzt“ worden sind. 320 Fahrten im Jahr sind aber keine volle Ausnutzung. Mindestens wird 600mal (werktäglich einmal hin und zurück), vielleicht auch bedeutend häufiger gefahren worden sein. Damit wird schon sichtbar, daß ein effektiver Verkehrsausfall eingetreten ist.

Die HHA berechnet bekanntlich die Verkehrsfrequenz nach der „Zahl der beförderten Personen“, die sie aus einer Reihe von Faktoren schlüsselt. Für die letzten 12 Monate vor der Tarifreform wurde die Wochenkarte mit 15—22 Fahrten und für die ersten 12 Monate nach der Tarifreform mit

15—16 Reisen (weil auf andere Verkehrsmittel übergestiegen werden kann und sehr oft übergestiegen wird) bewertet. Die Monatskarte wird mit etwa 80 (U- und W-Bahn) oder mit etwa 100 (Straßenbahn) Reisen in Ansatz gebracht. Bei der Netzkarte wird heute eine etwa 160fache Benutzung unterstellt, und der neue 35-Pfennig-Fahrschein geht (der Übersteigeberechtigung wegen) mit 2½ bis 3 Reisen in die Statistik ein. Die Zahl der „Reisen“ ist statistisch identisch mit der „Zahl der beförderten Personen“.

Nach dieser Berechnungsmethode (es sind nicht alle Einzelheiten erwähnt worden) ergibt sich für den **Gesamtbetrieb der HHA ein Verkehrsrückgang von 471,4 auf 418,4 Millionen Fahrgäste**. Das bedeutet eine Abnahme der Verkehrsfrequenz um rund 11 v. H. Zu einem ähnlichen Ergebnis würde auch eine sinnmäßige Berechnung über die Zahl der verkauften Fahrtausweise führen.

Das gilt für den Gesamtbetrieb der HHA. Eine Aufgliederung der Zahlen nach den einzelnen Verkehrsmitteln begegnet wiederum der Schwierigkeit, daß ein Teil der Fahrtausweise auf mehreren Verkehrsmitteln gültig war und gültig ist. Vollends traf dies in der Zeit vor dem 1. Oktober 1950 auf

die Wochen- und Monatskarten zu, und insoweit konnte nur durch eine Verkehrszählung der Verkehrsanteil der Straßenbahn, Hochbahn usw. ermittelt werden. Das ist auch jetzt noch zutreffend für die Einzelfahrschein zu 35 Dpf und die Sammelkarte, vor allem aber für die Wochen- und Netzkarte. Bei den Ausführungen über die Fahrpreise sind diese Überschneidungen im einzelnen dargelegt, es braucht hier nicht wiederholt zu werden.

Unter den heutigen Tarifverhältnissen lassen sich auf die einzelnen Verkehrsmittel die Fahrtausweise für 25 und 30 Pfennige und die Monatskarten, soweit sie nicht Netzkarten sind, ohne weiteres aufgliedern. Der Anteil der Monatskarten ist allerdings recht groß. Im August 1951 wurden ausgegeben:

Monatsnetzkarten der HHA	29 278
Monatskarten der Straßenbahn	30 450
Monatskarten der U- und W-Bahn	9 374
Monatskarten der Omnibusse	97
Monatskarten der Alsterschiffahrt	51
	69 251

Die Betriebsstatistik der HHA gelangt unter Berücksichtigung aller Faktoren zu der folgenden Aufteilung der Gesamtzahl zunächst der Fahrtausweise.

Übersicht 4

HHA	Einzelfahrtausweise		Wochenfahrtausweise		Monatsfahrtausweise	
	verkauft in jeweils 12 Monaten					
	vor	nach	vor	nach	vor	nach
	der Änderung des Fahrpreistarifs am 1. Oktober 1950					
Straßenbahn	90 614 680	102 457 974	5 840 536	3 630 880	987 854	692 613
U- u. W-Bahn	45 081 141	55 533 094	2 372 814	2 640 374	363 756	268 695
Kraftomnibusse	7 757 849	8 146 143	457 211	588 394	60 179	23 915
O-Busse	1 107 761	1 794 582	36 908	51 678	5 132	2 565
Alsterschiffahrt	1 896 320	1 611 874	64 338	24 669	15 893	2 719
insgesamt	146 457 751	169 543 667	8 771 807	6 935 995	1 432 814	990 507
	in v. H.-Anteilen					
Straßenbahn	61,9	60,4	66,6	52,3	68,9	69,9
U- u. W-Bahn	30,8	32,7	27,1	38,1	25,4	27,1
Kraftomnibusse	5,3	4,8	5,2	8,5	4,2	2,4
O-Busse	0,7	1,1	0,4	0,7	0,4	0,3
Alsterschiffahrt	1,3	1,0	0,7	0,4	1,1	0,3
insgesamt	100	100	100	100	100	100

Trotz der starken absoluten Umschichtungen sind die Prozentanteile bei den Einzelfahrtausweisen und Monatskarten nahezu unverändert geblieben. Anders bei den Wochenkarten. Früher, als sie für alle Verkehrsmittel beliebig oft galten, wurden sie zu zwei Dritteln der Straßenbahn zugezählt, nach der Tarifreform hingegen errechnete man (aus den blauen und roten Stempeln auf den abgelaufenen, von Zeit zu Zeit wieder eingezogenen Wochenkarten), daß die Wochen-Fahrtausweise nur reichlich zur Hälfte der Straßenbahn zuzurechnen seien.

Es muß dahingestellt bleiben, ob der Verkehr auf Wochenkarten tatsächlich nur bei der Straßenbahn und Alsterschiffahrt abgenommen hat und ob er bei der U- und W-Bahn und den Omnibussen tatsächlich so gestiegen ist, wie es sich in der Über-

sicht darstellt. Die Möglichkeit, daß die Zahlen aus 1949/50 für das eine Verkehrsmittel zu hoch, für das andere zu niedrig ausgefallen waren, ist nicht von der Hand zu weisen (da die „allround“-Wochenkarte von damals für eine Aufschlüsselung ihrer Benutzung keine Anhaltspunkte bot). Allerdings ist es durchaus denkbar, daß die Straßenbahn in der Tat die größere Einbuße gehabt hat, weil unter den Fahrgästen der Straßenbahn der Anteil derjenigen, die nicht unbedingt fahren müssen und sich bei erhöhten Fahrpreisen mehr zurückhalten, wohl am größten ist.

Wie die vorstehende Übersicht Zahl und Art der Fahrtausweise auf die einzelnen Verkehrsmittel zerlegt, gliedert die nachstehende Übersicht die Zahl der beförderten Personen auf.

HHA	Beförderte Personen in jeweils 12 Monaten			
	v o r		n a c h	
	der Änderung des Fahrpreistarifs am 1.10.1950			
	Personen	v. H.	Personen	v. H.
Straßenbahn	299 395 439	63,51	241 825 522	57,80
U- u. W-Bahn	142 546 008	30,24	147 169 679	35,17
Kraftomnibusse	22 445 374	4,76	23 442 090	5,60
Obusse	2 314 138	0,49	3 419 325	0,82
Alsterschiffe	4 710 143	1,00	2 546 768	0,61
insgesamt	471 411 102	100	418 403 384	100

Zum Schluß noch eine kleine historische Übersicht über den Umsatz an Wochen- und Monatskarten. Aus der Übersicht 5 ist ersichtlich, daß die Abnahme in der Zahl der Monatskarten nicht etwa erst im Oktober 1950 eingesetzt hat, sondern schon unmittelbar nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948. Im letzten vollen

„Reichsmark“-Monat, im Mai 1948, hatte die HHA nicht weniger als 316 807 Monatskarten ausgegeben, das heißt etwa jeder vierte erwachsene Hamburger besaß eine solche. Mit der Währungsreform ging die Zahl schlagartig zurück. Im Juli 1948 war sie mit 234 950 um bald 82 000 geringer als im Mai (dabei war das Publikum nur in etwa 6000 Fällen von der Monatskarte auf die Wochenkarte übergegangen). Den immerhin noch 234 950 Monatskarten vom Juli 1948 standen im September 1950, also kurz vor der Tarifänderung, nur noch 95 391 gegenüber. Das Publikum war zum größten Teil wieder zur Wochenkarte zurückgekehrt, denn die Zahl der Wochenkarten stieg in der gleichen Zeit von 277 680 auf 773 368 — ein Zeichen, daß die pekuniären Verhältnisse sehr vieler Fahrgäste nach der Währungsreform eine großzügige Vorausbezahlung für einen Monat nicht mehr gestatteten. Heute sind nur rd. 72 500 Monatskarten in Benutzung.

Übersicht 5.

Verkaufte Fahrkarten im Gesamtbetrieb der HHA

Monat	Einzelfahrscheine	Sammelkarten	Erwerbslosenkarten	Einzelfahrscheine insgesamt	Wochenkarten	Monatskarten
		umgerechnet auf Einzelfahrten				
1948						
Mai	21 043 486	.	.	21 043 486	250 802	316 807
Juli	14 473 055	.	.	14 473 055	277 680	234 950
August	15 278 885	.	.	15 278 885	442 769	196 599
September	14 207 719	.	.	14 207 719	442 150	207 495
Oktober	14 005 940	.	.	14 005 940	473 470	208 667
November	12 837 859	.	.	12 837 859	486 746	212 483
Dezember	14 187 464	.	.	14 187 464	522 109	207 257
1949						
Januar	12 806 329	.	.	12 806 329	528 544	204 698
Februar	11 357 225	.	.	11 357 225	507 463	196 957
März	12 378 822	.	.	12 378 822	564 374	193 105
April	13 383 617	.	.	13 383 617	529 601	181 003
Mai	12 976 014	.	.	12 976 014	580 712	184 541
Juni	12 791 052	.	.	12 791 052	552 096	173 319
Juli	13 932 265	.	.	13 932 265	605 022	158 732
August	13 929 825	.	.	13 929 825	689 053	128 560
September	12 740 711	.	.	12 740 711	698 630	133 388
Oktober	12 586 694	.	.	12 586 694	743 093	137 599
November	11 592 632	.	.	11 592 632	741 372	138 673
Dezember	12 819 327	.	.	12 819 327	758 871	136 892
1950						
Januar	11 014 071	.	.	11 014 071	757 234	133 918
Februar	10 304 112	.	.	10 304 112	668 722	130 544
März	11 752 186	.	.	11 752 186	731 622	126 443
April	12 061 208	.	.	12 061 208	687 837	116 450
Mai	12 734 886	.	.	12 734 886	720 757	116 265
Juni	12 357 013	.	.	12 357 013	693 678	111 209
Juli	13 470 210	.	.	13 470 210	722 462	94 752
August	13 493 618	.	.	13 493 618	772 791	94 678
September	12 271 794	.	.	12 271 794	773 368	95 391
Oktober	11 437 638	1 646 928	.	13 084 566	653 175	91 404
November	11 079 737	1 740 699	.	12 820 436	624 726	96 808
Dezember	12 496 676	2 018 340	.	14 515 016	567 340	93 694
1951						
Januar	10 756 601	2 023 290	351 430	13 131 321	610 318	91 413
Februar	10 024 716	1 828 215	311 500	12 164 431	570 133	88 830
März	11 495 185	2 158 344	316 200	13 969 729	590 409	86 572
April	11 200 966	2 205 063	305 880	13 711 909	587 032	80 487
Mai	12 993 458	2 401 677	302 090	15 697 225	550 559	76 692
Juni	12 115 124	2 208 492	272 860	14 596 476	553 983	77 002
Juli	13 149 188	2 189 547	268 890	15 607 625	521 824	65 590
August	12 950 087	2 285 892	295 840	15 531 819	559 242	69 251
September	12 212 894	2 233 980	266 240	14 713 114	547 254	72 494

Die Entwicklung von Juli 1948 bis September 1950 bestand also in einer Verlagerung von der Monats- zur Wochenkarte — ganz im Gegensatz zu der Zeit nach dem 1. Oktober 1950, in der Wochen-

und Monatskartenbezug rückläufig gewesen sind. Man wird allerdings nicht außer acht lassen dürfen, daß die Verkehrsfrequenz unter der Geltung des noch aus der Kriegszeit stammenden summarischen Tarifs außergewöhnlich groß war.

Übersicht 6

Beförderte Personen

Jahr/Monat	U-Bahn	W-Bahn	Straßenbahn	Omnibus	O-Bus	Alsterschiffahrt
1949						
Juli	10 470 711	2 580 387	26 617 212	1 806 167	153 560	543 778
August	10 198 644	2 479 123	27 124 958	1 862 480	186 777	582 140
September	9 958 657	2 368 647	26 934 508	1 843 841	185 279	543 815
Oktober	10 242 096	2 380 411	27 823 413	1 928 636	195 784	495 886
November	9 844 077	2 309 734	25 351 197	1 810 345	182 927	278 982
Dezember	10 110 867	2 329 675	26 320 005	1 931 604	201 791	289 114
	60 825 052	14 447 977	160 171 293	11 183 073	1 106 118	2 733 715
1950						
Januar	9 428 892	2 172 261	25 483 729	1 896 028	199 515	276 439
Februar	8 515 013	1 945 728	22 940 187	1 714 426	178 389	209 616
März	9 457 719	2 198 827	25 192 941	1 863 222	193 055	301 684
April	9 170 724	2 054 826	23 628 316	1 813 410	182 439	342 483
Mai	9 521 619	2 234 281	24 735 898	1 883 254	191 548	426 418
Juni	9 264 313	2 187 583	23 980 528	1 805 674	182 838	429 576
Juli	10 099 894	2 236 984	24 409 691	1 927 764	202 413	550 515
August	10 476 662	2 289 423	25 076 752	1 950 598	200 421	673 569
September	9 987 937	2 086 462	24 452 782	1 920 413	203 018	435 861
Oktober	9 639 682	2 142 845	20 357 362	1 644 144	174 875	210 794
November	9 458 449	2 107 371	20 254 552	1 600 372	278 460	174 812
Dezember	10 025 639	2 323 542	21 461 113	1 824 927	304 653	13 921
	115 046 543	25 980 133	281 973 851	21 844 232	2 491 624	4 045 688
1951						
Januar	9 944 687	2 411 876	19 439 404	1 918 821	291 769	10 483
Februar	9 228 848	2 346 187	17 943 401	1 827 094	260 551	10 947
März	10 284 472	2 603 099	19 731 830	2 069 911	294 883	206 390
April	9 696 227	2 478 421	20 434 352	1 925 912	256 812	210 931
Mai	10 431 621	2 689 326	20 781 044	2 143 738	323 312	338 146
Juni	10 023 178	2 386 258	20 225 460	2 106 553	320 971	335 184
	59 609 033	14 915 167	118 555 491	11 992 029	1 748 298	1 112 081
Juli	9 769 016	2 410 436	20 247 711	2 112 220	305 166	374 029
August	10 144 146	2 458 283	20 842 548	2 163 115	309 735	365 604
September	9 781 869	2 384 201	20 106 745	2 105 283	298 138	295 527

3. Betriebseinnahmen

Es liegt nicht im Wesen dieser Arbeit, auf die Finanzstruktur der HHA einzugehen. Dies bliebe insbesondere dem Rechnungshof der Hansestadt Hamburg vorbehalten, der bereits in den eingangs erwähnten Gutachten die Finanzlage der HHA zum Gegenstand seiner Untersuchungen gemacht hat. Das Statistische Landesamt will vielmehr lediglich des Zusammenhanges wegen in Anschluß an die bisher gebotenen Daten die Einnahmen aus dem Fahrbetrieb darstellen, wie sie sich im Wechsel des Fahrpreissystems und der Verkehrsfrequenz ergeben haben. Die Frage der Rentabilität des Unternehmens wird damit in keiner Weise behandelt.

Die Tarifreform vom 1. Oktober 1950 brachte vor allem (vgl. Abschnitt II 1) die Erhöhung des Preises für einen Einzelfahrschein von 20 auf 25 Dpf, eine Heraufsetzung des Preises der Monatskarten (unter Einschränkung ihres Geltungsbereichs) von 10 auf zumeist 14 DM, die Einführung einer Monatsnetz-karte zu 22 DM (gegen 10/11 DM vorher) und eine an sich nur geringe Verteuerung der Wochenkarte

(von zumeist 2,30 auf 2,40 DM), deren Gültigkeit aber auf 12 Fahrten begrenzt wurde.

Den einnahmesteigernden Positionen des neuen Fahrpreistarifs stand nach dem 1. Oktober 1950 der Verkehrsrückgang von 11 v. H. gegenüber. Wie haben sich diese entgegengesetzt wirkenden Faktoren per saldo ausgewirkt?

Die HHA hat in den ersten 12 Monaten nach der Tarifreform rd. 10,3 Mill. DM mehr eingenommen als in den 12 Monaten vorher. Sie erzielte in der Zeit vom 1. Oktober 1949 bis 30. September 1950 aus ihrem gesamten Fahrbetrieb eine Einnahme von 61 462 790 DM, wogegen sich in der Zeit vom 1. Oktober 1950 bis 30. September 1951 die Betriebseinnahme auf 71 812 691 DM stellte. Das bedeutet, daß die Tarifreform trotz der mit ihr ursächlich verbundenen Verkehrsabnahme einen Einnahmezuwachs von 16,8 v. H. auslöst hat.

Da hierbei von den noch aus der Zeit vor der Währungsreform stammenden abnormen Verhältnissen ausgegangen ist, sei ein Vergleich mit dem

letzten Vorkriegsjahr hinzugefügt: **Im Jahre 1938** bezifferten sich die Einnahmen aus dem Personenverkehr auf **46 916 575 RM**. Von Oktober 1950 bis September 1951 lagen die Betriebseinnahmen demnach um rund 25 Millionen oder um 53 v. H. höher.

Diese Erhöhung auf der Einnahmeseite um mehr als die Hälfte kann selbstverständlich nicht isoliert gesehen werden; wie jedes andere Unternehmen ist auch die Hamburger Hochbahn A. G. in ihrer Ausgabewirtschaft dem vollen Druck der Verschlechterung des Geldwertes ausgesetzt. Als Arbeitgeber von über 9000 Angestellten und Arbeitern ist für ihren Etat von großem Gewicht, daß die Preisindexziffer für die Lebenshaltung von 1938 bis September 1951 um 82,5 v. H. gestiegen ist. Und bei ihren umfangreichen Materialkäufen muß sie davon ausgehen, daß z. B. der Gesamtindex der Preise industrieller Produkte von 1938 bis Juli 1951 um 121 v. H. gestiegen ist, daß speziell die Indexziffer für Eisen, Stahl und NE-Metalle um 160, die für Maschinen- und Fahrzeugbau um 95 und die für Produkte der Sägerei-, Holz- und Papierindustrie wie des Druckgewerbes um 171 v. H. gestiegen ist. Dahinter bleibt die Erhöhung der Einnahmen mit 53 v. H. beträchtlich zurück.

Ob die Einnahmenerhöhung der HHA gegenüber 1938 überhaupt eine Auswirkung des Fahrpreistarifs vom Oktober 1950 ist, kann sehr wohl in Frage gestellt werden; denn dieser Tarif ist, abgesehen freilich vom Einzelfahrschein, in manchen wesentlichen Punkten für das Publikum nicht ungünstiger, teilweise sogar günstiger als der Vorkriegstarif. Den Ausschlag wird vielmehr die starke Zunahme des Verkehrs auf allen Verkehrsmitteln der HHA gegeben haben. Es sei nur daran erinnert, daß von 1938 auf 1950 die Zahl der beförderten Personen bei der Straßenbahn um 70,3 v. H., bei der U-Bahn um 62,9 v. H. und bei der Walddörferbahn noch weit mehr gestiegen ist (Ziffern, die sich allerdings um den Verkehrsrückgang nach dem 1. Oktober 1950 etwas abschwächen).

Läßt man diese Verkehrssteigerungen auf sich wirken, so wird verständlich, daß in der Betriebsstatistik der HHA die Durchschnittsentgelte „je Beförderungsfall“ ziemlich konstant geblieben sind. Die Übersicht 7 enthält eine solche Zusammenstellung. Danach haben sich wohl die durchschnittlichen Entgelte von September auf Oktober 1950 merklich erhöht (bei der Straßenbahn und der U-Bahn von 13 auf 18 Dpf.). Von 1938 auf 1951 sind aber kaum größere Unterschiede vorhanden.

Übersicht 7

Einnahmen aus dem Personenverkehr in RM/DM

Monat Jahr	Verkehrseinnahmen in RM/DM je											
	Beför- derungs- fall	Betriebs- wagen- km	Beför- derungs- fall	Betriebs- wagen- km	Beför- derungs- fall	Betriebs- wagen- km	Beför- derungs- fall	Betriebs- wagen- km	Beför- derungs- fall	Betriebs- wagen- km	Beför- derungs- fall	Betriebs- schiffs- km
	U-Bahn		W-Bahn		Straßenbahn		Kraftomnibus		O-Bus		Alsterschiffahrt	
1938	0,17	0,69	0,12	0,28	0,18	.	0,27	0,48	—	—	0,16	1,00
1946	0,16	1,63	0,10	0,82	0,17	1,31	0,16	1,52	—	—	0,14	1,13
1947	0,15	1,67	0,09	0,79	0,16	1,37	0,16	1,58	—	—	0,16	1,83
1948 ¹⁾	0,15	1,52	0,09	0,76	0,17	1,38	0,17	1,61	—	—	0,16	2,35
1948 ²⁾	0,14	0,97	0,11	0,46	0,14	1,15	0,14	1,15	—	—	0,13	2,04
1949	0,13	0,88	0,11	0,43	0,13	1,05	0,14	0,93	0,15	1,26	0,13	2,08
dav. Okt.	0,13	0,82	0,10	0,42	1,04	1,04	0,13	0,87	0,14	1,26	0,12	2,15
Nov.	0,13	0,84	0,10	0,42	0,13	1,02	0,14	0,88	0,15	1,19	0,13	1,58
Dez.	0,13	0,85	0,10	0,40	0,13	1,02	0,14	0,92	0,15	1,31	0,13	1,49
1950												
Januar	0,13	0,79	0,10	0,35	0,13	0,98	0,13	0,86	0,14	1,23	0,12	1,43
Februar	0,14	0,81	0,10	0,36	0,13	0,99	0,14	0,86	0,15	1,23	0,13	1,65
März	0,13	0,80	0,10	0,36	0,13	0,96	0,13	0,83	0,14	1,17	0,13	1,73
April	0,14	0,84	0,11	0,37	0,13	1,00	0,14	0,88	0,15	1,24	0,13	1,65
Mai	0,14	0,77	0,11	0,38	0,13	0,98	0,14	0,86	0,15	1,24	0,14	2,08
Juni	0,13	0,77	0,10	0,38	0,13	0,93	0,14	0,82	0,15	1,18	0,16	2,19
Juli	0,13	0,66	0,10	0,39	0,13	0,93	0,14	0,84	0,14	1,22	0,16	2,71
August	0,13	0,69	0,10	0,40	0,13	0,93	0,13	0,82	0,14	1,17	0,15	3,00
September	0,13	0,68	0,09	0,37	0,13	0,94	0,13	0,84	0,14	1,23	0,14	1,99
Oktober	0,18	0,89	0,11	0,43	0,18	1,06	0,17	0,90	0,19	1,36	0,19	1,70
November	0,18	0,88	0,11	0,32	0,18	1,05	0,17	0,84	0,19	1,44	0,18	1,47
Dezember	0,18	0,93	0,11	0,37	0,18	1,11	0,18	0,90	0,19	1,71	0,15	1,43
1951												
Januar	0,17	0,93	0,11	0,40	0,18	0,99	0,17	0,90	0,19	1,48	0,14	1,25
Februar	0,17	0,98	0,10	0,41	0,18	1,03	0,17	0,92	0,20	1,48	0,15	1,52
März	0,17	0,97	0,10	0,40	0,18	1,02	0,16	0,93	0,20	1,52	0,17	1,60
April	0,17	0,94	0,10	0,39	0,18	1,06	0,16	0,89	0,20	1,38	0,19	1,75
Mai	0,17	0,94	0,10	0,39	0,18	1,02	0,16	0,90	0,17	1,48	0,20	2,31
Juni	0,17	0,93	0,10	0,33	0,18	1,02	0,16	0,88	0,17	1,47	0,21	2,10
Juli	0,17	0,93	0,10	0,35	0,18	1,02	0,17	0,89	0,18	1,40	0,22	2,56
August	0,17	0,97	0,10	0,36	0,18	1,05	0,17	0,89	0,18	1,40	0,22	2,45
September	0,17	0,97	0,10	0,36	0,18	1,08	0,17	0,91	0,18	1,44	0,21	2,06

¹⁾ bis 20. Juni 1948

²⁾ ab 21. Juni 1948

Übersicht 8

Einnahmen aus dem Personenverkehr in RM/DM

Jahr/Monat	U-Bahn	W-Bahn	Straßenbahn	Kraftomnibus	O-Bus	Alsterschifffahrt	HHA insgesamt
1938	11 791 458	976 410	30 073 526	3 524 879	—	550 302	46 916 575
1946	19 049 500	4 704 876	43 228 838	2 036 494	—	4 835	69 024 543
1947	22 063 111	4 787 259	45 285 049	2 834 399	—	217 039	75 186 857
1948 ¹⁾	12 294 022	2 396 764	23 842 638	1 571 697	—	256 948	40 362 069
1948 ²⁾	8 742 769	1 725 216	24 044 747	1 588 433	—	291 170	36 392 335
1949	15 885 971	3 020 695	42 268 002	2 998 519	205 341	648 821	65 027 349
dav. Oktober	1 287 172	246 242	3 524 753	254 745	28 162	60 786	5 401 860
November	1 303 738	235 275	3 356 165	248 350	26 645	36 645	5 206 818
Dezember	1 348 961	243 512	3 521 478	270 348	30 078	38 399	5 452 776
1950							
Januar	1 249 931	211 830	3 294 922	253 020	28 788	34 516	5 073 007
Februar	1 164 387	196 007	3 060 419	234 905	26 288	27 175	4 709 181
März	1 272 746	222 219	3 292 181	250 393	27 908	39 504	5 104 951
April	1 259 226	216 998	3 179 638	250 402	27 155	46 214	4 979 633
Mai	1 293 354	235 645	3 297 998	258 121	28 367	60 059	5 173 544
Juni	1 248 515	227 119	3 160 473	245 086	26 802	67 798	4 975 793
Juli	1 339 831	224 914	3 184 389	262 088	29 116	89 382	5 129 720
August	1 390 888	223 380	3 236 602	259 166	28 399	100 503	5 238 938
September	1 318 859	195 770	3 156 911	255 837	29 124	60 068	5 016 569
Oktober	1 746 192	233 286	3 649 086	283 615	32 956	39 178	5 984 313
November	1 712 496	226 797	3 621 368	273 027	53 316	31 893	5 918 897
Dezember	1 814 511	259 345	3 900 535	318 818	58 595	2 029	6 353 833
1951							
Januar	1 707 279	264 959	3 471 876	323 669	56 570	1 506	5 825 859
Februar	1 593 774	245 477	3 269 556	304 294	52 126	1 618	5 466 845
März	1 727 157	263 464	3 503 071	336 646	57 944	35 923	5 924 205
April	1 645 655	253 687	3 599 818	315 884	51 675	39 355	5 906 074
Mai	1 782 023	281 755	3 711 658	357 147	55 879	68 622	6 257 084
Juni	1 695 612	233 070	3 581 208	346 376	55 390	70 513	5 982 169
Juli	1 668 445	240 047	3 628 506	364 856	54 391	83 888	6 040 133
August	1 726 225	243 594	3 718 304	372 061	55 038	79 947	6 195 169
September	1 661 276	233 536	3 591 087	356 669	53 260	62 282	5 958 110

1) bis 20. 6. 1948

2) ab 21. 6. 1948

Abschließend läßt sich noch aus der Übersicht 8 ersehen, wie sich betriebsstatistisch die Gesamteinnahmen der HHA auf ihre einzelnen Verkehrsmittel aufteilen. Was über die Schwierigkeit einer solchen Zerlegung der Gesamtzahlen im Abschnitt A II 2 gesagt worden ist, gilt auch hier.

Dennoch sei auch an dieser Stelle der Vergleich zwischen den 12 Monaten vor und den 12 Monaten nach der Tarifreform gezogen. Er führt zu folgender Aufteilung der uns schon bekannten Gesamtsummen der Einnahmen:

Übersicht 9

Einnahmen aus dem Personenverkehr

Zeitraum	U-Bahn	W-Bahn	Straßenbahn	Kraftomnibus	O-Bus	Alsterschifffahrt	HHA zusammen
	in DM						
Okt. 1949 bis Sept. 1950 in v. H.	15 477 608 25,18	2 678 911 4,36	39 265 929 63,88	3 042 461 4,95	336 832 0,55	661 049 1,08	61 462 790 100,00
Okt. 1950 bis Sept. 1951 in v. H.	20 480 645 28,52	2 979 017 4,15	43 246 073 60,22	3 953 062 5,50	637 140 0,89	516 754 0,72	71 812 691 100,00
Okt. 1950 bis Sept. 1951 mehr (+) oder weniger (-) gegenüb. Okt. 1949 bis Sept. 1950 in v. H.	+ 5 003 037 + 32,32	+ 300 106 + 11,20	+ 3 980 144 + 10,14	+ 910 601 + 29,93	+ 300 308 + 89,16	- 144 295 - 21,83	+ 10 349 901 + 16,80

B. Der Fährverkehr der Hafendampfschiffahrt A.G.

Aus dem Straßenbahnnetz führen 4 Linien unmittelbar an das Hafengebiet heran, nämlich die Linien 31 (zwischen Pinnasberg und Rödingsmarkt), 14 (St. Pauli-Landungsbrücken), 33 (Elbbrücken) und 35 (Veddel-Wilhelmsburg); ferner hält sich die Linie 27 vom Altonaer Rathaus bis Höhenzollernring nahe an das Ufer der Hafenecke. Die Autobuslinie N berührt auf ihrer langen Strecke den Schiffsanlegeplatz Teufelsbrücke via Finkenwerder. Vor allem sind es aber die Bahnhöfe der U-Bahn Landungsbrücken und Baumwall, die mit einem Massenverkehr unmittelbar dem Hafen vorgelagert sind.

Aus den Verkehrsmitteln der HHA kann man mit der Wochenkarte (für andere Fahrtausweise gilt es nicht) auf die Hafenfähren, die von der Hafendampfschiffahrt A. G. (Hadag) betrieben werden, „übersteigen“, ebenso wie man mit der Wochenkarte von der Straßenbahn auf die U-Bahn oder von der W-Bahn auf den Autobus überwechselt; für den umgekehrten Weg, vom Hafen zur Stadt, gilt das gleiche; denn zwischen der HHA und der Hadag besteht eine Tarifgemeinschaft. Sie hat ihren Beweggrund darin, daß vom rechten zum linken Ufer die Fährschiffe der Hadag an die Verkehrsmittel der HHA und vom linken zum rechten Ufer die letzteren an die ersteren „anschließen“. Es sind durchgehende Strecken, die im „Übersteigeverkehr“ gefahren werden, und zwar in der Hauptsache im Berufsverkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Der Rechnungshof der Hansestadt sagt in einem seiner Hadag-Gutachten, „daß es sich bei dem Berufsverkehr der Hafenfähren nicht eigentlich um die zusätzliche Überwindung von Strecken handelt, um die die Arbeitsstätten weiter von den Wohnungen der Beschäftigten entfernt sind, sondern in der Hauptsache um die verkehrsmäßige Überwindung des gleichen, den durchgehenden Landverkehr verhindernden Flusses, der den auf dem anderen Ufer belegenen Hafen- und Industriebetrieben die standortbedingte Existenzgrundlage bietet“.

Die Hadag befährt im Hafen ein **Liniennetz** von insgesamt 200,6 km Länge (immer hin und zurück gerechnet).

Es sind

	hin u. zurück
die Linien von den St. Pauli-Landungsbrücken	
nach Finkenwerder	17,6 km
und Harburg	29,6 „
vom Baumwall nach Reiherstieg	10,4 „
und der Schiffseinsatz für die Arbeiterbeförderung von verschiedenen Brücken am rechten Elbufer	
zur Deutschen Werft	16,5 „
zur Howaldt-Werft	6,6 „
zum Diestelquai	18,8 „
zum Petroleumhafen (Eurotank)	13,2 „
zum Kraftfahrzeug-Reparaturwerk der britischen Besatzungsmacht (R.E.M.E) in Finkenwerder, Neß	20,9 „
sowie die Große Hafenfahrt	26,0 „
die Fähre Finkenwerder—Teufelsbrücke	4,4 „

	hin u. zurück
und weiter die Fähre I ab Hafentor über Amerikahöft zum O'swaldkai	8,0 „
Fähre II ab Gr. Grasbrook über Amerikahöft nach Baakenhöft	8,0 „
Fähre III ab Sandtorhöft n. Kamerunweg	2,0 „
Fähre IV ab Sandtorhöft nach Argentinienbrücke	3,6 „
Fähre VII ab St. Pauli Fähre VII über Tollerort zum Roßhöft	8,4 „
Fähre VIII ab Roßhöft n. Ellerholzschleuse	4,4 „
und schließlich die Jollenführer West und Ost, die je nach Bedarf, die Verbindung zwischen den im Strom liegenden Seeschiffen u. dem Ufer der Nordelbe herstellen, rd.	2,2 „
zusammen 200,6 km	

Der Hafen ist nicht das einzige Betätigungsfeld der Hadag. Das Unternehmen betreibt außerdem, von den St. Pauli-Landungsbrücken ausgehend, einen Unterelbe-Verkehr auf den Linien Hamburg—Stade—Wischhafen und Hamburg—Cuxhaven, außerdem die Linie Cuxhaven—Brunsbüttelkoog. In der Saison fahren die Schiffe der Hadag auch in See bis auf die Höhe von Helgoland. Der Unterelbeverkehr soll hier aber außer Betracht bleiben, wengleich ihm für den hamburgischen Ausflugsverkehr eine große Bedeutung zukommt.

Für den Einsatz innerhalb des Hafens standen bei Beginn des letzten Krieges 40 Dampfer, 4 Motorschiffe und 9 Barkassen zur Verfügung. Die Luftangriffe auf Hamburg haben diese Flotte hart getroffen. Außer mehreren Totalverlusten wurden fast alle Schiffe schwer beschädigt. Trotzdem ist es der Hadag gelungen, den **Schiffspark** wieder aufzubauen, allerdings zumeist nur in durchgreifender Reparatur der zu einem großen Teil überalterten Schiffseinheiten. Heute, nachdem sich, wie wir noch sehen werden, die Verkehrsstruktur gewandelt hat, stehen für den Hafendienst 42 Dampfer, 6 Motorschiffe und 10 Barkassen bereit. Das **Durchschnittsalter** des Schiffsparks beläuft sich bei den Dampfern auf 36, den Motorschiffen auf 14 und bei den Barkassen auf 18 Jahre. Das **Fassungsvermögen** der Schiffe insgesamt betrug im Jahre 1938 25 124, im Jahre 1950 28 636 Plätze. Das Platzangebot ist durch Um- und Neubau immerhin um 14 v. H. gestiegen.

Die Hadag **beförderte** im Jahre 1938 im Hafengebiet rd. 15½ Millionen Menschen. Es wird überraschen, daß das Jahr 1950 eine nicht viel niedrigere Zahl aufweist, wo doch der Seeschiffverkehr und damit der Warenumsatz im Hafen kaum mehr als die Hälfte des Vorkriegsvolumens erreicht hat. Der dadurch bedingte Beförderungsausfall für die Fährschiffe konnte auch nicht etwa im industriewirtschaftlichen Verkehr aufgeholt werden, zumal die Wertindustrie weit weniger Leute beschäftigt als früher. Die Erklärung für die ziemlich gleich gebliebene Gesamtfrequenz ist vielmehr darin zu suchen, daß die Wohnbevölkerung im Raum zwischen Köhlbrand und Süderelbe und in der weiteren Umgebung von Harburg nach den

Luftangriffen auf Hamburg weit zahlreicher geworden ist, und daß die meisten der Zugezogenen ihre Arbeitsstätten auf dem nördlichen Elbufer oder im Hafenbereich haben. Besonders stark war der Bevölkerungszuwachs in Waltershof (1939: 313, 1950: 3800 Einwohner) und in Finkenwerder (6318 : 15 293).

Wie sehr sich der Verkehr umgeschichtet hat, lassen die nachstehenden Verkehrszahlen der einzelnen Betriebszweige erkennen:

Betriebszweige	Befördert sind	
	1938	1950
Fähren	11 559 862 Pers.	4 003 369 Pers.
Jollenführer	269 851 „	110 318 „
Gr. Hafenrundfahrt	368 745 „	106 294 „
Finkenwerder	2 105 355 „	7 011 420 „
Harburg	1 275 562 „	3 642 283 „
Zusammen	15 579 375 Pers.	14 873 684 Pers.
Dazu Reiherstieg (die Linie wurde erst am 1. 8. 1939 aus privater Hand übernommen)		624 053 Pers.
		15 497 737 Pers.

Die Fähren und Jollen, die die Umschlagsarbeiter, die Werftarbeiter und die Arbeiter der Freihafenindustrien an ihre Arbeitsstätten bringen und die Seeleute mit Hamburgs „Küste“ verbinden, haben zusammen mehr als $\frac{3}{5}$ (62,1 v. H.) ihres Verkehrs eingebüßt. Allerdings mag ein Teil dieser Einbuße sich nur auf die Finkenwerder und die Harburger Linie verlagert haben, mit denen gleichfalls Arbeitsstätten im Hafen zu erreichen sind; aber der markante Einschnitt in die Struktur der Hafenschifffahrt bleibt bestehen. Der Verkehr auf der Finkenwerder und der Harburger Linie hat sich verdreifacht.

Die Ermittlung der Fahrgastzahlen hat auch bei der Hadag — wir kennen es zur Genüge von der HHA — ihre methodischen Schwierigkeiten. Abgesehen von den Einzelfahrscheinen, die sich nach ihrer Numerierung statistisch leicht auswerten lassen, führt auch die Hadag für den inneren Verkehr im Hafen Wochen- und Monatskarten, die allerdings nicht entscheidend zu Buch schlagen. Ein sehr großer Teil der Fahrgäste fährt aber im „Übersteigeverkehr“ auf Wochenkarten der HHA; die Hadag ist also darauf angewiesen, ihren Verkehrsanteil durch periodische Zählungen festzustellen.

Betriebswirtschaftlich genügt es bekanntlich nicht, die Beförderungsleistung nur in der Zahl der beförderten Personen auszudrücken. Auch im Hafenverkehr fahren viele Fahrgäste nicht die gesamte Linienstrecke ab. Streckenlänge und Reiselänge decken sich nur bei den Fähren, deren Ziel bestimmte Arbeitsstätten sind, zu denen die Schiffe die Arbeiter hinfahren, um sie nach Arbeitsschluß wieder abzuholen (z. B. zur Deutschen Werft und zurück). Das geht ohne Zwischenstationen vor sich. Entsprechend liegt es bei der Großen Hafenrundfahrt — wer sich in St. Pauli einschiffet, kommt auch dort wieder an Land.

Anders ist es aber bei den Fähren I—IV, VII und VIII und bei den Finkenwerder-, Harburger- und Reiherstieg-Linien. Sie haben

unterwegs viele Anlegeplätze, wo aus- und eingestiegen werden kann. Welche Entfernungen im Durchschnitt befahren werden, wird betriebswirtschaftlich aus dem Rückfluß der Einzelfahrscheine und aus Beobachtungen des Zeitkartenverkehrs ermittelt. Die so gewonnene „mittlere Reiselänge“ ist linienweise in der Übersicht 10 (Spalte 6) genannt.

Sie wird von der Hadag für die Fähren I—IV, VII und VIII auf 65 v. H. der Fahrstrecke bemessen. Sie beträgt z. B. für die Fähre I, die in jeder Richtung 4 km befährt, je 2,6 km. Auf der Finkenwerder Linie ist die mittlere Reiselänge wesentlich höher, und zwar 85 v. H. der Fahrstrecke, weil die meisten Fahrgäste von St. Pauli oder Altona bis Finkenwerder durchfahren. Auf der Harburger Linie ist der Wechsel der Passagiere wiederum größer, die mittlere Reiselänge also geringer, nämlich nur 55 v. H. der Fahrstrecke; denn die Zwischenstationen Neuhof, Waltershof, Altenwerder, Moorburg haben einen erheblichen Anteil an dem Verkehr dieser Linien. Schließlich kennt auch die Reiherstieg-Linie auf ihrer 5,2 km langen Strecke zwischen Baumwall und Reiherstieg-Hafen, an der wichtige Industriewerke liegen, ein häufiges Kommen und Gehen der Fahrgäste, so daß die durchschnittliche Reiselänge nur 55 v. H. des Schiffsweges beträgt.

Über die Zahl der beförderten Personen und die mittlere Reiselänge gelangen wir — methodisch sei immer an die Ausführungen über die HHA erinnert — zu den **Personenkilometern**. Im gesamten Hafenbetrieb der Hadag sind im Jahre 1950 — die Berechnung ist 1950 zum ersten Male gemacht worden — 96 483 758 Personenkilometer gefahren worden. Dies ist das Produkt aus der uns schon bekannten Zahl von 15 497 737 Beförderungsfällen und der mittleren Reiselänge (im gewogenen Durchschnitt aller Linien, der sich auf 6,23 km stellt).

Nun wird erst richtig sichtbar, welchen Verkehrsanteil die einzelnen Linien haben. Nicht die Befördertenanzahl allein, sondern diese multipliziert mit den „gereisten“ Kilometern ergibt die Beförderungsleistung von Linie zu Linie.

Die Übersicht 10 enthält, nach Linien aufgliedert, neben der erwähnten Spalte 6 (mittlere Reiselänge) in den Spalten 7a und 8a die Zahl der Beförderungsfälle und die der Personenkilometer. Die Zahlenreihen besagen, daß im Jahr 1950 zuzurechnen waren

	von 100 im Hafendienst beförderten Personen	von 100 der Hadag gefahrenen Personen- kilometern
den Fähren I—IV, VII, VIII, den Jollenführern und der Reiherstieglinie	28,11	8,92
den 5 Fähren mit den Zielen Deutsche Werft, Neß, Die- stelquai, Eurotank, Ho- waldtwerft	13,27	17,52
der Finkenwerder-Linie und der Fähre Finkenwerder- Teufelsbrücke	34,43	38,02
der Harburger Linie	23,50	34,09
der Gr. Hafenrundfahrt	0,69	1,45

Auf die Finkenwerder und die Harburger Linie entfallen demnach, gemessen an den Personenkilometern, zusammen 72,1 v. H. der gesamten Beförderungsleistung; 17,5 v. H. entfallen auf die Fährverbindungen zu einzelnen Großbetrieben (davon allein 14,9 v. H. auf die Deutsche Werft und das britische Kraftfahrzeug-Reparaturwerk am Neß). Nur knapp 9 v. H. sind dem Fährbetrieb im engeren Sinne eigen, der vorzugsweise der eigentlichen Hafendarbeit dient. Hier weicht der Anteil an den gefahrenen Personenkilometern (8,92) stark ab von dem Anteil an der Zahl der beförderten Personen (28,11 v. H.), weil die Entfernungen zu den Arbeitsplätzen der Hafendarbeiter an den Kaischuppen usw. durchweg kürzere sind als die Strecken, die vor allem auf der Finkenwerder und Harburger Linie befahren werden.

Soweit die Verkehrs nachfrage und ihre Befriedigung. Wie war nun das Verkehrsangebot im Jahre 1950?

Bleiben wir bei der Übersicht 10. Die Spalte 1 nennt für die einzelnen Betriebszweige die Entfernungen hin oder die Entfernungen zurück; das Doppel ist die uns bekannte Streckenlänge. Die Spalten 2a und 2b führen die Tourenzahlen auf, sie besagen also, wie oft die Schiffe hin und wie oft sie zurückgefahren sind. Auf der Finkenwerder Linie gibt es z. B. 40 Touren am Tag, d. h. je 20 Hin- und 20 Rückfahrten. Die Fähre VII hat zusammen 50 Abfahrten von St. Pauli und von Roßhöft; die Fähre IV auf kurzer Strecke sogar 74 (wohlverstanden: 37mal hin, 37mal zurück).

Aus der Vervielfachung der Fahrstrecken mit den Tourenzahlen ergeben sich die gefahrenen **Schiffskilometer** (Spalte 3). Die Schiffskilometer wiederum vervielfacht mit der Zahl der Sitz- und Stehplätze auf den Schiffen (Spalte 4) ergibt die Zahl der **Platzkilometer** (Spalte 5).

Die **Zahl der Plätze** richtet sich selbstverständlich nach der Größe der Schiffe; die Harburger Dampfer sind durchschnittlich auf 750 Plätze bemessen, die Finkenwerder auf 635, die Fähren I bis IV, VII und VIII auf 256, die Große Hafenrundfahrt auf 525 usw.

Im Jahr 1950 wurden im gesamten Hafenbetrieb der Hadag 906 071 Schiffskilometer und 416 142 324 Platzkilometer gebucht. Die erste Zahl verhält sich zur zweiten wie 1:459 (genau 459,3). Das Platzangebot der Hadag im Hafen umfaßte somit (im Durchschnittswert gesehen) 459 „schwimmende Plätze“ auf einer Jahresroute von 906 071 km oder auf einer Tagesroute von 2482 km (bei 365 Tagen).

Wie weit ist von diesem Platzangebot Gebrauch gemacht worden? Die Antwort leitet sich aus der Zahl der beförderten Personen mal mittlere Reise-länge, also aus der uns bekannten Zahl der Personenkilometer ab. Es waren im Jahre 1950 96 483 758 (Spalte 8a). Platzkilometer geteilt durch Personenkilometer zeigen den Nutzungsgrad an.

Auf je 1 km Fahrstrecke bezogen, sind 416 Millionen Platzkilometer = 416 Millionen angebotene Plätze, und 96 Millionen Personenkilometer sind = 96 Millionen besetzte Plätze. Würden die Fahrgäste von Kilometer zu Kilometer

zu wechseln haben (diese gedankliche Zuspitzung sei einmal erlaubt), dann wäre das Verhältnis zwischen Platz- und Personenkilometern vollends sinnfälliger.

96,48 Millionen sind 23,19 v. H. von 416,14 Millionen; demnach ist 23,19 v. H. der Grad der Ausnutzung der Beförderungsgelegenheiten (Spalte 9). Von je 416 Plätzen sind 96 genutzt und 320 ungenutzt oder von 100 Plätzen sind 23 besetzt und 77 unbesetzt — dies im Durchschnitt aller Strecken, aller Tage und aller Tageszeiten im Kalenderjahr 1950.

Wir kennen die **Kapazitätsausnutzung** der Verkehrsmittel der HHA. Sie errechnete sich im Jahr 1950 für die Straßenbahn auf 62,7 v. H., für die U-Bahn auf 34,8, die Walddörferbahn auf 49,2, für die Autobusse auf 36,7 und für die Alsterschiffahrt auf 29,7 v. H. Der Nutzungsgrad der Hafenschiffe der Hadag bleibt mit 23,19 v. H. dagegen zurück. Das liegt im Wesen des Hafenverkehrs, der verhältnismäßig noch weit mehr als bei den Verkehrsmitteln zu Lande auf den Berufsverkehr eingestellt ist. Vor Arbeitsbeginn und unmittelbar nach Arbeitsschluß sind alle Schiffe mehr oder weniger voll besetzt. Während der übrigen Tageszeiten ist die Besetzung aber oft nur sehr gering. Eine Ausnahme machen die Finkenwerder Schiffe, die auch in den Zwischenzeiten gut besetzt sind und einen durchschnittlichen Nutzungsgrad von 43,53 v. H. erzielen. Andererseits sind die mit römischen Ziffern benannten Fähren, immer im Durchschnitt gesehen, sehr wenig ausgenutzt; die bekannte Fähre VII (Hans Leip hat sie als Titel für einen Roman gewählt) hebt sich mit 14,64 v. H. ihrer Platzkapazität geradezu vorteilhaft heraus. Bei den Werkfähren wird sogar jeweils eine Tour (morgens die Zurück-, nachmittags die Hin-Tour) fast leer gefahren, soweit die Schiffe nicht auf anderen Linien eingesetzt werden können, wie es vor allem mit den Neß-Fähren geschieht. Die Spalte 9 der Übersicht 10 bringt die Nutzungsgrade im einzelnen.

Der mit der Art des Verkehrs verbundene geringe Nutzungsgrad auf den meisten Strecken des Hafendienstes der Hadag stellt für das Unternehmen eine große finanzielle Vorbelastung dar, der sich das Unternehmen nicht entziehen kann; denn die Hadagdient einer Verkehrsaufgabe, die im Gesamtinteresse des Hafens liegt, und die Befahrung auch unrentabler Strecken ist für sie unabweisbar.

Die statistisch leider etwas verwickelten Ausführungen über die Schiffs-, die Platz- und Personenkilometer schließen hiermit ab. Diese Berechnungen für das Jahr 1950 sind zum ersten Male eigens für diese Abhandlung von der Hadag gemacht worden. Damit liegt nunmehr eine Zahlenbasis vor, die detaillierte vergleichende Betrachtungen in künftigen Jahren ermöglicht.

In der Verkehrsstatistik der Hafenschiffahrt stand bislang die Berechnung nach **Fahrstunden** (Spalte 10) oben („Dampfstunden“ sagte man früher). Sie ist betriebswirtschaftlich von einem

gewissen Wert, obgleich Veränderungen der Geschwindigkeit und des Fassungsvermögens der Schiffe außer Ansatz bleiben. Die Fahrstunden liegen auch für 1938 vor, so daß wir in den Zeitvergleich, der durch die Abhandlung hindurchzieht, wieder eintreten können.

Im Jahr 1938 belief sich die Zahl der Fahrstunden auf 183 778, im Jahr 1950 dagegen auf 124 572. Sie ist also um 59 206 oder um etwa $\frac{1}{3}$ zurückgegangen. Dieser auffallend starke Rückgang rührt fast allein von den Fähren und Jollenführern her, die früher, als der Hafen voll in Betrieb war, einen weit dichteren Fahrplan hatten. Auf der Finkenwerder Linie dagegen ist der

Schiffseinsatz um 30 v. H. vergrößert worden, auf der Harburger Linie war er allerdings — immer nach Fahrstunden gerechnet — 1950 um 10 v. H. geringer als vor dem Kriege.

Bei den Fähren hat, obschon die Fahrstundenzahl um bald 40 v. H. zurückgegangen ist, die Zahl der beförderten Personen je Fahrstunde von 119 auf 77 abgenommen. Bei der Finkenwerder Linie dagegen ist trotz verstärkten Schiffseinsatzes die Zahl der je Fahrstunde Beförderten von 89 auf 229 gestiegen. Auch die Harburger Linie weist eine erhebliche Steigerung dieser Verhältniszahl auf.

Folgende Zahlentafel gibt weiteren Aufschluß:

Betriebszweig	Beförderte Personen	Fahrstunden	Personen je Fahrstunde	Beförderte Personen	Fahrstunden	Personen je Fahrstunde	Sp 6 gegenüber Sp. 3 mehr oder weniger in v. H.
	1 9 3 8			1 9 5 0			
	1	2	3	4	5	6	
Fähren ¹⁾	11 559 862	97 186	119	4 627 422	59 972	77	— 35
Jollenführer	269 851	35 045	8	110 318	13 449	8	—
Finkenwerder	2 105 355	23 601	89	7 011 420	30 649	229	+ 157
Gr. Hafenrundfahrt	368 745	8 501	43	106 294	12 918	36	— 26
Harburg	1 275 562	19 445	66	3 642 283	17 584	207	+ 214
zusammen	15 579 375	183 778	Ø 85	15 497 737	124 572	Ø 124	+ 46

¹⁾ 1950 einschl. Reiherstieg

Übersicht 10

Personenbeförderung im Hafendienst der Hadag im Jahre 1950

Betriebszweig	Fahrstrecke hin oder zurück	Zahl der Touren (Zahl der Abfahrten von beiden Endpunkten der Linie)		Zahl der Schiffs-km (Spalte 1 × Spalte 2b)	Durchschnittl. Platzangebot je Tour	Zahl der Platz-km (Spalte 3 × Spalte 4)	Mittlere Reise-länge	Zahl der beförderten Personen		Zahl der Personen-km (Spalte 6 × Spalte 7)		Nutzungs-grad (Sp. 8a : Sp. 5)	Geleistete Fahrstunden		
		km	im Tages-durchschn.					im Jahr	km	überhaupt	v. H.			überhaupt	v. H.
Fähre I	4,0	48	17 520	70 080	256	17 940 480	2,6	629 708	4,06	1 637 241	1,72	9,13	46 318		
Fähre II	4,0	46	16 790	67 160	256	17 192 960	2,6	158 340	1,02	411 684	0,43	2,39			
Fähre III	1,0	70	25 550	25 550	256	6 540 800	0,65	783 864	5,06	509 512	0,54	7,79			
Fähre IV	1,8	74	27 010	48 618	256	12 446 208	1,17	946 177	6,10	1 107 027	1,16	8,89			
Fähre VII	4,2	50	18 250	76 650	256	19 622 400	2,73	1 051 960	6,79	2 871 851	3,02	14,64			
Fähre VIII	2,2	64	23 360	51 392	256	13 156 352	1,43	52 704	0,34	75 367	0,08	0,57			
Reiherstieg	5,2	22	8 030	41 756	244	10 188 464	2,85	624 053	4,03	1 778 551	1,87	17,46			
Jollenführer	1,1	44	16 060	17 666	30	529 980	0,85	110 318	0,71	93 770	0,10	17,69		8 220	
Finkenwerder	8,8	40	14 600	128 480	635	81 584 800	7,04	5 044 420	32,55	35 512 717	37,34	43,53	20 648		
Finkenwerder/ Teufelsbrücke	2,2	44	16 060	35 332	280	9 892 960	2,2	291 786	1,88	641 929	0,68	6,49			
Harburg	14,8	32	11 680	172 864	750	129 648 000	8,9	3 642 283	23,50	32 416 319	34,09	25,00		16 969	
Deutsche Werft	8,25	20	6 200	51 150	670	34 270 500	8,25	782 988	5,05	6 459 651	6,79	18,85	3 385		
Ness (R.E.M.E.)	10,45	4	1 460	15 257	680	10 374 760	10,45	736 126	4,75	7 692 517	8,09	74,15	2 349		
Diestelquai	9,4	6	1 900	17 860	430	7 679 800	9,4	80 600	0,52	757 640	0,80	9,67	1 540		
Eurotank	6,6	6	1 460	9 636	535	5 155 260	6,6	75 500	0,49	498 300	0,52	9,87	825		
Howaldt	3,3	20	6 200	20 460	510	10 434 600	3,3	380 616	2,46	1 256 038	1,32	12,04	2 553		
Gr. Hafenrundf.	26,0	—	2 160	56 160	525	29 484 000	26,0	106 294	0,69	2 763 644	1,45	9,37	2 933		
insgesamt	113,30	580	214 290	906 071	459	416 142 324	6,23	15 497 737	100	96 483 758	100	23,19	124 572		

¹⁾ unproduktiv

Wir kommen zu den **Fährpreisen**. Die Hadag hat am 1. Oktober 1950 ihrem Fährtarif eine neue Fassung gegeben. Bis dahin galt der Tarif vom 4. 9. 1944, dessen mit ihm weitgehend übereinstimmender Vorläufer ein Tarif vom 1. 6. 1942 war. Der letzte Vorkriegstarif trägt das Datum 5. 11. 1934.

Der Bereich der meisten Linien bildet nach dem gegenwärtigen Tarif eine einzige Tarifzone, die als **Nahzone** bezeichnet wird. Nur auf der Finkenwerder, der Harburger und der Reiherstieg Linie werden 2 Zonen, eine Nah- und eine Fernzone, unterschieden. Die **Fernzone** beginnt, jeweils aus beiden Fahrrichtungen, auf der Finkenwerder Strecke bei Athabaskahöft, auf der Harburger Strecke bei Neuhof am Köhlbrand und auf der Reiherstieg-Linie bei Neuhof am Reiherstieg. Wer aus der Hamburger oder aus entgegengesetzter Richtung über einen dieser Anlegeplätze hinausfährt, zahlt den Preis der Fernzone.

Die Zonenregelung ist 1942 eingeführt und seitdem beibehalten worden. Vor dem Kriege war das System differenzierter, wie sich überhaupt der Fährtarif von 1934 nicht ohne weiteres mit dem heutigen vergleichen läßt. Deshalb sei der Tarif von 1944 dem von 1950 hier gegenübergestellt.

Fährtarif	1944 RM	1950 DM
Einzelfahrt, Nahzone	0,15	0,20
Einzelfahrt, Fernzone	0,30	0,30
Wochenkarte, 12 Fahrten	1,70	1,90
Monatskarte	7,—	11,—
Übersteige-Rückfahrtschein	—	—,90

Die ersten 4 Fahrtausweise gelten nur für den Verkehr innerhalb des Hafensbetriebs; sie sind mit Fahrtberechtigung auf Straßenbahn, Hochbahn usw. nicht gekoppelt. Anders der in dieser Form neue Übersteige-Rückfahrtschein zu 90 Pfennigen, den die Bewohner der linkselbischen Gebiete — die erste Fahrt muß von dort aus auf einem Hadag-Schiff angetreten werden — auf den Verkehrsmitteln der HHA jetzt ähnlich wie einen 35-Pfg.-Fahrtschein benutzen können. Er lehnt sich an die frühere Finkenwerder - Einwohner - Rückfahrkarte an, die bis 1933 1 Mark, dann ebenfalls 90 Pfennige kostete. Außerdem gab es bis 1942 einen Übergangs-Fahrtschein für 30 Pfennige.

Aus der Gegenüberstellung der Tarife von 1944 und 1950 ist zu entnehmen, daß die Fahrten zwischen dem rechten Elbufer und Finkenwerder oder Altenwerder, Moorburg, Harburg oder Rethedüppel und Rethedüppel am Reiherstieg (Fernzone) im Preise nicht erhöht worden sind; die vielen Bewohner der linkselbischen Gebiete zahlen nach wie vor 30 Pfennig (die Fahrt nach Finkenwerder kostete vor dem Kriege 35 Pfennige).

Zu den Positionen, die sich erhöht haben, ist zu bemerken, daß sich die Erhöhungen im Rahmen der Tarifänderungen halten, die die HHA im Oktober 1950 vorgenommen hat. In Beziehung zur Vorkriegszeit ist zu sagen, daß der Einzelfahrpreis bei der Hadag, der jetzt auf 20 Pfennig gestellt ist, nicht erst seit 1944, sondern schon vor dem Kriege 15 Pfennige betragen hatte. Auch der Wochenkartenpreis von 1,70 RM kam schon im Fährtarif von 1934 vor (für die damalige Arbeiter-

Sammelkarte); daneben gab es 1934 eine Wochenkarte nach Finkenwerder für 2,60 RM (heute 1,90 DM). Die Monatskarte hingegen ist seit 1942 (mit 7 RM) eingeführt worden. Ihr Preis ist am 1. Oktober 1950 am stärksten erhöht worden; er steht jetzt in dem gleichen Verhältnis zum Wochenkartenpreis wie bei der Straßenbahn und Hochbahn.

Nach dem „Haustarif“ der Hadag und nach Einzelvereinbarungen bei Sonderfahrten (diese werden gleich noch einmal erwähnt) wickelt sich jedoch nur ungefähr die Hälfte des Hafenvverkehrs ab. Zur anderen Hälfte ist der Verkehr auf den Fährschiffen ein Übersteigeverkehr von und zu den Verkehrsmitteln der HHA. Hierfür wird die Wochenkarte der HHA benutzt, die, wie wir wissen, bei 12 Fahrten mit Übersteigeberechtigung 2,40 DM kostet (vor dem 1. Oktober 1950 bei beliebiger Benutzung 2,30 DM).

Eine Verkoppelung von Zeitkarten der Hamburger Hochbahn A. G. mit dem Hafendienst der Hafen-Dampfschiffahrt A. G. ist durch den Tarif vom 4. 9. 1944 zum ersten Male geschaffen worden: sowohl mit der Wochen- als mit der Monatskarte der HHA konnte beliebig oft auch auf den Fährschiffen der Hadag gefahren werden. Diese Verknüpfung ist bei der Monatskarte wieder gelöst worden. Für die Wochenkarte ist sie, wie gesagt, bestehen geblieben.

Welche **Fahrtausweise** im Hafenvverkehr der Hadag benutzt werden, zeigen z. B. folgende Zahlen aus den Monaten Juli—September der Jahre 1950 und 1951:

Art der Fahrtausweise	Beförderungsfälle im Monatsdurchschnitt					
	vom 1. 7. bis 30. 9. 1950	in v. H. der Haustarifs		vom 1. 7. bis 30. 9. 1951	in v. H. der Haustarifs	
Einzelfahrtsch.	418 078	60,9	30,6	472 109	57,7	30,0
Wochenkarten (Hadag)	105 452	15,3	7,7	172 252	21,1	10,9
Monatskarten (Hadag)	30 740	4,5	2,3	3 420	0,4	0,2
zusammen	554 270	.	.	647 781	.	.
Charter- und Sonderverk.	132 669	19,3	9,7	169 758	20,8	10,8
Hadag-Haustarif zus.	686 939	100	.	817 539	100	.
Wochenkarten der HHA	678 679	.	49,7	756 147	.	48,1
Gesamt-beförderung	1 365 618	.	100	1 573 686	.	100

Die Hadag- und die HHA-Wochenkarten sind mit 12 Fahrten, die Hadag-Monatskarten mit 60 Fahrten in Ansatz gebracht. Wieviele Wochenkarten der HHA im Hafendienst der Hadag benutzt worden sind, ist aus den Ergebnissen von Stichzählungen abgeleitet worden. Im Charter- und Sonderverkehr (Werkfahrten, Vereinsfahrten usw.) wird nicht gegen individuelle Fahrtausweise der Beförderten, sondern auf Grund pauschaler Preisvereinbarungen mit den Auftraggebern gefahren.

Die letzte Verkehrszählung bei der Hadag fand vom 26. — 31. August 1951 statt. Die Verkehrszählungen sind maßgebend für die Verrechnung mit der HHA. Von September 1944, dem Zeitpunkt der Einführung des Übersteigeverkehrs auf Wochenkarten, bis 30. September 1950 erhielt die Hadag von der HHA eine monatliche Pauschalabgeltung von 50 000 RM/DM. Seitdem ist die Hadag mit 48 v. H. an dem Erlös aus den HHA-Wochenkarten beteiligt, die (nach den Verkehrszählungen) im Übersteigeverkehr auf die Hadag-Schiffe benutzt werden. Die Vergütung verändert sich also von Zählung zu Zählung. Seit Oktober 1950 betrug sie im Durchschnitt von 12 Monaten rd. 74 800 DM monatlich. Die neue Regelung ist somit für die Hadag um rd. 300 000 DM im Jahr günstiger als die vorangegangene. Die oben bei dem Haustarif der Hadag erwähnten grünen Rückfahrtscheine werden zu 48 v. H. für die Hadag und zu 52 v. H. für die HHA zwischen den beiden Gesellschaften verrechnet.

Der in der Übersicht gewählte Zeitvergleich — 3. Quartal 1950/3. Quartal 1951 — gibt auch ein Bild davon, ob etwa die Änderung des HHA-Tarifs und des Hadag-Haustarifs vom 1. Oktober 1950 einen Einfluß auf die Verkehrsfrequenz im Hafendienst ausgeübt hat. Der Augenschein lehrt, daß der Hafendienst eine Verkehrseinbuße nicht erlitten hat. Es war dies auch nicht anzunehmen, schon weil die Verkehrsstruktur im Hafen eine ganz andere ist als bei den Verkehrsmitteln zu Lande. Wer auf seinem täglichen Arbeitsweg die Elbe überqueren muß, kann nicht beliebig von der Wasserfahrt zurücktreten, und der Nicht-Berufsverkehr, vor allem der Ausflugsverkehr, war von der Tariferhöhung kaum betroffen, weil die Fahrten nach Finkenwerder und Harburg (Fernzone) preislich gleich geblieben sind.

Die Verkehrsfrequenz ist sogar größer geworden, sowohl im Hafendienst selbst als im Übersteigeverkehr. Es fuhr im Tagesdurchschnitt (ohne Charter- und Sonderverkehr, der gleichfalls zugenommen hat) auf

	Einzel- fahr- schein	Woch- karte der Hadag	Mon- karte der HHA	Wochen- karte der HHA	Zus.
vom 1. 7.—30. 9. 1950	13 633	4056	1024	26 104	44 817
vom 1. 7.—30. 9. 1951	15 395	6626	114	29 082	51 217
1951 mehr od. wenig.	+1 762	+2570	+910	+2 978	+6 400

Die Steigerung des Verkehrs vom 3. Quartal 1950 auf das 3. Quartal 1951 belief sich also auf 6400 Personen am Tag oder auf rd. 14 v. H. Sie tritt mehr oder weniger bei allen Fahrtscheingattungen hervor (nur die Monatskarte der Hadag macht eine Ausnahme, was aber unwesentlich ist). Diese Verkehrsbelebung dürfte Ausdruck auch für eine begrenzte wirtschaftliche Belebung im Hafen und in der Hafendindustrie sein.

Die **Betriebseinnahmen** der Hadag im Hafendienst stellten sich im Jahr 1950 auf 2 218 700 DM. Sie blieben um fast 630 000 Mark hinter den Einnahmen im Jahr 1938 zurück, denn das Jahr 1938 brachte im Hafendienst 2 855 190 RM. Die 1950er Einnahme war freilich noch durch die Tarif- und Verrechnungsregelung aus der Kriegszeit negativ beeinflusst. Inzwischen sind die Einnahmen aus dem Fährverkehr gestiegen: vom 1. 10. 1950 bis 30. 9. 1951 wurden 2 798 034 DM erzielt gegen 2 101 582 DM in der Zeit vom 1. 10. 49 bis 30. 9. 1950. Immerhin ist damit noch kaum die Vorkriegsebene erreicht. Das liegt — bei einer insgesamt etwa gleich gebliebenen Verkehrsfrequenz — außer an hauseigenen Tariftatsachen (wie sie in vergleichender Betrachtung oben dargelegt worden sind) an der Einführung des Übersteigeverkehrs zu Bedingungen, die im Ergebnis für die Hadag ungünstiger sind als die Erträge, die dem Unternehmen vor dem Kriege aus dem Wechsel der Fahrgäste zwischen Land- und Wasserfahrzeug zuflossen.

In der Betriebsstatistik der Hadag wurden denn auch im Jahr 1938 als Einnahme je Beförderungsfall 18 Pfennige errechnet, während die gleiche Berechnung für 1950 nur auf 14 Pfennige ausläuft. Die Ausgaben je Beför-

Übersicht 11

Der Verkehr auf den Hafendampfschiffen (Hafenfähren einschl. Reiherstieg-, Finkenwerder und Harburger Linie sowie Große Hafenrundfahrt)

Monate	1939	1946	1947	1948	1949	1950
Beförderte Personen						
Januar	1 288 906	672 810	674 702	906 826	1 155 795	1 099 619
Februar	1 143 509	623 067	617 231	909 744	1 088 555	1 182 462
März	1 376 695	713 547	728 761	988 613	1 167 030	1 219 523
April	1 266 900	784 472	849 493	1 050 393	1 223 219	1 200 284
Mai	1 487 021	868 485	951 160	1 166 852	1 231 078	1 378 751
Juni	1 544 252	825 163	985 151	1 105 723	1 275 093	1 358 001
Juli	1 549 915	906 901	983 013	1 390 138	1 364 394	1 405 607
August	1 584 621	956 704	1 065 402	1 427 100	1 357 610	1 429 749
September	1 366 607	926 471	925 733	1 376 899	1 252 434	1 261 497
Oktober	1 188 474	878 953	1 043 835	1 153 851	1 209 285	1 423 268
November	1 121 375	809 534	890 127	1 109 618	1 144 112	1 284 555
Dezember	1 093 977	733 371	948 547	1 164 838	1 133 365	1 254 421
zusammen	16 012 252	9 699 478	10 663 155	13 750 595	14 601 970	15 497 737

derungsfall haben sich seitdem aber wesentlich erhöht, von 21 auf 37 Pfennige. So erklärt sich, daß die Hansestadt Hamburg im Rechnungsjahr 1950 der Hafen-Dampfschiffahrt A. G. einen **Zuschuß** von 3 421 000 DM, der also wesentlich höher war als die Betriebseinnahmen der Hadag im Hafendienst, aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu zahlen hatte. In der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 21. Februar 1950 heißt es, daß „die bisher niemals genügend gewürdigte Vorbelastung“ der Hadag verursacht sei durch die komplizierte Gestaltung des Hafens, die unrentable Streuung des Verkehrs, den Mangel an hinreichend unterschiedlichen Schiffstypen und durch den hochgradigen

Stoßbedarf bei nur zwei täglichen Verkehrsspitzen; auch dürfte der „Sozialcharakter der Fährtarife“ nicht übersehen werden. In einem vorangegangenen Gutachten hatte der Rechnungshof von „einer konstitutionellen Unrentabilität der Hafenfähren“ geschrieben, „die als Tatbestand sowie als Ursache und Begründung der Zuschußbedürftigkeit des Hafenfährbetriebes ein für allemal Geltung und Anerkennung fordert“. Bei den Aufwendungen Hamburgs für den Hafen, denen im übergebietlichen **Finanzausgleich** ein großer Gewinn zukommt, darf der ständige Zuschußbedarf der Hafen-Dampfschiffahrt A. G. nicht außer acht gelassen werden.

C. Der Stadt- und Vorortverkehr der Bundesbahn

Die Bundesbahn betreibt in Hamburg und im Nahverkehr von und nach Hamburg einen sog. S-Bahnverkehr auf folgenden Strecken:

a) im elektrischen Betrieb	Streckenlänge
Poppenbüttel—Sülldorf	35,5 km
b) im Dampftrieb	
Sülldorf—Wedel	6,3 km
Hamburg-Hbf.—Neugraben	21,8 „
Hamburg-Hbf.—Friedrichsruh	27,1 „
Hamburg-Hbf.—Ahrensburg	21,5 „
Altona—Elmshorn	30,0 „
	142,2 km

Der elektrische Betrieb wurde am 29. Januar 1908 auf der Strecke Ohlsdorf—Blankenese eröffnet; am 12. März 1924 kam die Strecke Ohlsdorf—Poppenbüttel und am 14. Mai 1950 die Strecke Blankenese—Sülldorf hinzu.

Zum größten Teil handelt es sich um alte Bahnkörper, die bis zur Elektrifizierung des Verkehrs mit Dampfzügen befahren wurden. 1865/66 wurde die „Verbindungsbahn“ (die Straße An der Verbindungsbahn erinnert daran) zwischen dem früheren Klostertorbahnhof und dem Altonaer Bahnhof, 1867 die Strecke Altona—Blankenese geschaffen, 16 Jahre später, 1883, folgte die Anschlußstrecke Blankenese—Wedel. Dagegen wurde die Verbindung nach Ohlsdorf erst im Jahre 1906 für den Personenverkehr aufgenommen, der dann im Jahre 1918 auf die noch im ersten Weltkrieg fertiggestellte Strecke Ohlsdorf—Poppenbüttel ausgedehnt worden ist.

Am ältesten ist die Strecke Bergedorf—Hamburg (Berliner Bf), das wichtigste Teilstück der heutigen S-Bahn Hamburg—Friedrichsruh; sie wurde am 16. Mai 1842 eröffnet (8 Jahre nach der Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahn Nürnberg—Fürth). 2 Jahre darauf, 1844, entstand die Strecke Altona—Elmshorn, die bis Kiel weiterführte. Erst 21 Jahre später, 1865, wurde der Verkehr auf der Lübecker Strecke (über Ahrensburg zunächst bis Oldesloe) eröffnet. Hamburg und Harburg erhielten 1883 eine gemeinsame Eisenbahnverbindung.

Die elektrisch betriebene Bahn durchfährt seit der Schaffung Groß-Hamburgs (1937) ausschließ-

lich hamburgisches Gebiet; im allgemeinen Sprachgebrauch ist sie die „S-Bahn“; die Dampfzüge pflegt man „Vorortbahn“ oder schlechthin „Eisenbahn“ zu nennen. Eine nur hamburgische Strecke fährt der Dampfzug über Harburg nach Neugraben. Der Vorortzug nach Friedrichsruh im schleswig-holsteinischen Kreis Lauenburg verläßt hinter Bergedorf, der nach Ahrensburg im Kreise Stormarn hinter Rahlstedt und der nach Elmshorn im Kreise Pinneberg hinter Eidelstedt das Gebiet der Hansestadt. Im Anschluß an die elektrische S-Bahn wird innerhalb der hamburgischen Grenze die Strecke von Sülldorf bis Rissen und über Hamburg hinaus die Strecke von Rissen bis Wedel in Holstein einstweilen noch mit Dampfzügen betrieben.

Die S-Bahn (im engeren Sinne) führt aus den Elbvororten über Altona zum Hauptbahnhof, von dort über Hasselbrook (Eilbek/Hamm) nach Barmbek und über Ohlsdorf weiter nach Poppenbüttel. Die **durchschnittliche Reisegeschwindigkeit** der elektrischen Züge betrug im Jahre 1950, genau so wie vor dem Kriege, **32,8 km je Stunde**. Sie ist geringer als die der Dampfzüge, weil die Bahn häufiger „hält“. Mit den Dampfzügen fuhr man vor dem Kriege 37,5 km, im Jahre 1950 **35,4 km in der Stunde** (hier scheint sich die gerade für diese Züge charakteristische Überalterung der Fahrzeuge auszudrücken).

Im elektrischen Betrieb begann kurz vor dem Kriege die Umstellung auf moderne Triebwagen für Gleichstromschiene. Im Jahre 1950 setzte sich der **Wagenbestand** aus 55 „alten“ Wechselstromviertelzügen (2 Wagen) und 43 „neuen“ Gleichstromhalbzügen (3 Wagen) zusammen. Im Jahre 1938 war nur der ältere Typus mit 145 Viertelzügen vertreten. Durch den Luftkrieg gingen vier Gleichstromhalbzüge verloren.

Die elektrischen Triebviertelzüge für Oberleitung haben 250, die Halbzüge für Stromschiene 530 Sitz- und Stehplätze. Die Gesamtzahl der **Sitz- und Stehplätze** betrug danach für 1938 36 250, für 1950 36 540. Das Fassungsvermögen des Wagenparks ist also fast unverändert geblieben.

Auf ihrer 35,5 km langen Strecke, die fahrplanmäßig zumeist in 1 Std. 5 Min. durchfahren wird, berührt die elektrisch betriebene S-Bahn **25 Bahnhöfe**. 4 von ihnen sind zugleich (auf anderen Bahnsteigen) Stationen der Dampfzüge der S-Bahn, und zwar der Hauptbahnhof als Ausgangs- und Endstation der Strecken Neugraben, Friedrichsruh und Ahrensburg, der Bf. Hamburg-Altona in gleicher Eigenschaft für die Elmshorner Züge, der Bf. Berliner Tor als erste Station der Strecken Hbf. nach Friedrichsruh und der Bf. Hasselbrook jetzt als 1. Station der vom Hbf. nach Ahrensburg führenden Züge.

Die **Verkehrsfrequenz** der einzelnen Bahnhöfe wird durch besondere Verkehrszählungen ermittelt, die wegen des erforderlichen Kostenaufwandes nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden. Die Ergebnisse der letzten 5 Zählungen, soweit sie in zeitlicher Kontinuität dem Statistischen Landesamt vorliegen, sind in den folgenden Übersichten zusammengestellt. Es sind die Zahlen der von den einzelnen Stationen abgefahrenen Personen. Leider kann hier bei den

4 Bahnhöfen, wo sich mehrere Linien des S-Bahnverkehrs treffen, kein Unterschied nach den einzelnen Strecken gemacht werden. Die Zahlen der vom Hauptbahnhof abgefahrenen Personen enthalten sowohl die Fahrgäste der elektrischen S-Bahn als die der Dampfzüge nach Harburg und Neugraben, nach Bergedorf und Friedrichsruh und nach Ahrensburg; die Altonaer Zahlen enthalten auch den Elmshorner Verkehr.

Immerhin sind die Übersichten aufschlußreich. Der Nahverkehr ist im allgemeinen ein Verkehr „hin und zurück“. Er bewegt sich überwiegend von der Peripherie zum Zentrum und am gleichen Tage von innen nach außen wieder zurück. Die Zahl der von den „Außen“-Bahnhöfen abgefahrenen Personen kennzeichnet die Struktur des Verkehrs in ausreichendem Maße, so daß über die Verknotung der Zahlen aus dem gesamten S-Bahnverkehr, insbesondere im Hbf. Hamburg und im Bf. Hamburg-Altona, hinweggesehen werden kann.

Nun zunächst die Zahlen für die Stationen der elektrisch betriebenen Bahn:

Übersicht 12.

Elektrisch betriebene S-Bahn

Bahnhof und Endstation	... Personen führen von den in der Vorspalte aufgeführten Bahnhöfen ab am				
	26. 6. 1951 (Dienstag)	12. 7. 1949 (Dienstag)	10. 9. 1936 (Donnerstag)	22. 11. 1934 (Donnerstag)	16. 2. 1933 (Donnerstag)
km					
0,0 Poppenbüttel . . .	6 301	9 089	3 186	2 111	1 629
1,5 Wellingsbüttel . . .	3 619	4 865	1 509	936	641
2,7 Hoheneichen . . .	2 642	3 323	1 385	1 091	458
3,7 Kornweg . . .	3 989	5 020	1 939	1 512	1 198
5,9 Ohlsdorf . . .	7 336	10 424	5 361	5 541	5 292
7,4 Rübenkamp . . .	3 035	2 989	1 524	1 189	1 510
8,5 Stadtpark . . .	5 412	4 492	3 337	3 277	3 755
9,9 Barmbek . . .	7 993	10 620	13 573	14 085	16 396
11,5 Friedrichsberg . . .	8 162	6 724	8 451	9 147	11 260
12,1 Wandsb. Chauss. . .	5 526	6 777	6 898	6 676	8 167
12,9 Hasselbrook ¹⁾ . . .	7 174	4 816	11 566	11 937	13 559
14,2 Landwehr . . .	4 571	5 030	9 825	10 747	13 952
15,6 Berliner Tor ¹⁾ . . .	10 856	11 582	11 872	12 507	14 461
17,1 Hamburg-Hbf. ¹⁾ . . .	66 036	62 801	45 109	44 997	50 927
18,5 Dammtor . . .	31 330	33 265	18 997	20 501	24 676
20,2 Sternschanze . . .	17 242	20 676	13 159	14 191	16 968
21,4 Holstenstraße . . .	10 480	12 106	9 804	9 739	11 846
23,5 Hbg.-Altona ¹⁾ . . .	28 976	36 649	19 481	19 852	22 212
25,8 Bahrenfeld . . .	9 032	9 833	3 850	3 783	4 598
27,3 Othmarschen . . .	12 349	14 714	6 121	6 388	6 622
29,0 Klein-Flottbek . . .	4 972	6 795	2 270	1 772	2 138
30,3 Hochkamp . . .	5 471	6 935	2 087	1 890	1 852
32,4 Blankenese . . .	14 496	20 007	7 788	6 936	6 897
34,1 Iserbrook . . .	2 144	—	—	—	—
35,5 Sülldorf . . .	1 462	1 547	431	354	329
zusammen	280 606	311 079	209 523	211 159	241 343
Dampfbetrieb:					
38,2 Rissen	4 022	3 948	1 595	1 065	996
44,5 Wedel	3 192	3 923	1 366	1 412	1 136
zusammen	7 214	7 871	2 961	2 477	2 132

¹⁾ Einschl. des Verkehrs im Dampfbetrieb der S-Bahn (siehe Text).

Mit einer Tagesfrequenz von 280 606 Fahrgästen ergab die letzte Zählung vom 26. Juni 1951 eine um rund 71 000 höhere Zahl als die Zählung vom 10. September 1936 (der letzten Vorkriegszählung, deren einschlägige

Zahl dem Statistischen Landesamt vorliegt). Aber die Gesamtzahl mag hier zurücktreten, über die Gesamtfrequenzen wird später in zeitlicher Geschlossenheit zu sprechen sein. Hier sei vielmehr herausgehoben, wie sehr sich **der Verkehr auf den**

Außenstrecken verstärkt hat. Auf den Bahnhöfen von Poppenbüttel bis Stadtpark sind am Stichtag 1936 18 241 Personen, am Stichtag 1951 dagegen 32 334 Personen abgefahren, d. s. 77 v. H. mehr. Auf den Stationen der westlichen Ortsteile ist die Frequenz aber noch stärker gestiegen: von den Bahnhöfen Bahrenfeld bis Sülldorf fuhr am Zähltag 1936 22 547 Personen ab, gegen 49 926 am Zähltag 1951 (also + 121 v. H.). (Daß 1936 im September, 1951 im Juni gezählt worden ist, dürfte keinen grundlegenden Unterschied bedeuten, da in beiden Jahren an einem Wochentag, Donnerstag bzw. Dienstag, gezählt worden ist; überdies war der 26. Juni 1951 ein total verregneter Tag, so daß kaum ein Ausflugverkehr aufkam.)

Der Zuwachs aus den nordöstlichen und westlichen Streckenabschnitten liegt somit bei etwa 41 400 „abgefahrenen Personen“; von dieser Zahl ist der Verkehrsrückgang abzusetzen, den die in den zerstörten Stadtteilen liegenden Bahnhöfe zu verzeichnen haben. Auf den Stationen Barmbek bis Berliner Tor wurden nämlich am Stichtag 1951 zusammen rd. 17 900 Personen weniger gezählt als am Stichtag 1936, so daß sich das Plus von 41 400 auf 23 500 vermindert.

Dem gesteigerten Verkehr von außen steht bei dem Pendelcharakter des Stadt- und Nahverkehrs selbstverständlich auch eine Verkehrszunahme auf der elektrischen S-Bahn in umgekehrter Richtung gegenüber. Hieraus erklärt sich, vielleicht ungefähr zur Hälfte, daß von den Bahnhöfen Hauptbahnhof bis Altona im gesamten S-Bahnverkehr am Stichtag 1951 nahezu 47 500 Personen mehr abgefahren sind als am Stichtag 1936, während dieser Zuwachs zur 2. Hälfte aus der Verkehrssteigerung aus dem Dampfbetrieb herrühren dürfte.

So etwa dürften im großen ganzen die Verkehrszählungen auszudeuten sein. Die Zahlen werden hierunter noch einmal zusammengefaßt.

Übersicht 13

Zahl der an den Stichtagen abgefahrenen Personen

Strecken bzw. Bahnhöfe	26. 6. 1951	10. 9. 1936	Veränderungen 1951 gegen 1936 (+ oder -)
Poppenbütt.—Stadtpark	32 334	18 241	+ 14 093
Barmbek—Berliner Tor	44 282	62 185	- 17 903
Hauptbahnhof	66 036	45 109	+ 20 927
Dammtor	31 330	18 997	+ 12 333
Sternschanze	17 242	13 159	+ 4 083
Holstenstraße	10 480	9 804	+ 676
Altona	28 976	19 481	+ 9 495
Hauptbahnhof—Altona	154 064	106 550	+ 47 514
Bahrenfeld—Sülldorf	49 926	22 547	+ 27 379
zusammen	280 606	209 523	+ 71 083

Wie sich der Verkehr auf den mit **Dampfzügen** betriebenen Strecken der S-Bahn auf Grund der Verkehrszählungen darstellt, zeigt die **Übersicht 14**.

Auf der **Elmshorner Strecke** prägt sich die Verkehrszunahme, die hier wie überall im wesentlichen eine Folge der Kriegszerstörungen in Ham-

burg ist, darin aus, daß von Stichtag zu Stichtag (immer von 1936 auf 1951) die Zahl der von den 7 Bahnhöfen Eidelstedt bis Elmshorn abgefahrenen Personen um rund 11 500 oder um etwa 120 v. H. gestiegen ist.

Auf den Streckenabschnitten Tiefstack — Friedrichsruh fuhr am Stichtag 1951 rd. 13 700 Personen mehr ab, als am Stichtag 1936, d. h., daß sich der Verkehr hier ebenfalls um 89 v. H. erhöht hat.

Der Verkehr auf der Strecke Hamburg Hbf. — Neugraben läßt sich nur im Abschnitt Hbf. bis Harburg zeitlich vergleichen, weil die Strecke Hamburg — Neugraben erst im Jahre 1938 in den S-Bahnverkehr einbezogen worden ist. Wie die Übersicht zeigt, ist die Zahl der abgefahrenen Personen auf den Bahnhöfen Veddel, Wilhelmsburg und Harburg gestiegen; verhältnismäßig am größten ist die Zunahme für den Bahnhof Veddel, nachdem die Kriegszerstörungen in diesem Gebiet zu einem großen Teil beseitigt worden sind. Der Bahnhof Harburg zählte im S-Bahnverkehr etwa 2000 abgefahrte Personen mehr als vor dem Kriege, was allerdings weniger mit Harburg selbst, das durch den Krieg sehr gelitten hat, als mit dem **Autobus-Anschlußverkehr** im Zusammenhang stehen wird.

Für die Strecke nach Ahrensburg, deren Verkehr auch ohne Zweifel erheblich größer geworden ist, hat das Statistische Landesamt keine Möglichkeiten eines Vergleichs mit der Vorkriegszeit, weil die Verbindung nach Ahrensburg, ebenso wie die Strecke Harburg — Neugraben, erst am 1. 10. 1938 eine S-Bahnstrecke geworden ist.

Die Verkehrszählungen haben neben den eben besprochenen lokalen Details bereits eine Vorstellung von dem Umfang der Gesamtfrequenz im Stadt- und Vorortverkehr vermittelt. Die Gesamtfrequenz wird nicht nur an den weit auseinanderliegenden Zähltagen, sondern laufend betriebsstatistisch festgestellt. Die Unterlagen dafür bilden die Zahlen der verkauften **Einzelkarten und Zeitkarten**. Die Umrechnung der verkauften Fahrtausweise auf die Zahl der beförderten Personen ist bei der S-Bahn einfacher als im Betrieb der HHA, weil es bei der S-Bahn einen **Übersteigerverkehr** nicht gibt. (Daß der Fahrgast mit der gleichen Fahrkarte von der elektrisch betriebenen Bahn auf den Dampfzug umsteigen kann, zählt nicht hierher; es hat statistisch nur die Folge, daß an Hand der verkauften Fahrkarten nicht zwischen den beiden Betriebsarten und den 6 Strecken unterschieden werden kann.)

Die S-Bahn zählt die **Einzelfahrkarten immer als 1 Fahrt** und bewertet die **Monatskarten mit 60**, die **Teilmonatskarten (Wochenkarten) mit 14 Fahrten**. Die Zahl der Fahrten ist dann identisch mit der **Zahl der Fahrgäste**.

Weil schon seit langem nach der gleichen Berechnungsmethode verfahren worden ist, liegt eine vergleichbare Gesamtzahl der beförderten Personen in langer Zeitreihe vor. Die **Übersicht 15** bringt monatsweise die Zahlen für 1938 und für 1948 bis 1951.

Übersicht 14

Dampfzüge

Bahnhof und Endstation	Zahl der am				
	26. 6. 1951 (Dienstag)	12. 7. 1949 (Dienstag)	10. 9. 1936 (Donnerstag)	22. 11. 1934 (Donnerstag)	16. 2. 1933 (Donnerstag)
	von den in der Vorspalte aufgeführten Bahnhöfen abgefahrenen Personen				
km					
0,0 Hamburg-Hbf. 1)	. 1)	. 1)	. 1)	. 1)
1,5 Berliner Tor 1)	. 1)	. 1)	. 1)	. 1)
3,5 Rothenburgsort	1 542	1 314	2 475	2 273	2 657
5,3 Tiefstack	2 053	1 953	532	461	425
7,9 Billw.-Moorfleet	3 297	3 788	1 117	622	502
11,1 Mittl. Landweg	971	1 052	366	94	297
16,6 Hbg.-Bergedorf	13 962	14 907	7 389	6 893	7 278
20,3 Reinbek	3 779	3 604	1 822	1 565	1 571
22,6 Wohltorf	923	989	506	392	286
25,3 Aumühle	1 876	2 874	764	612	654
27,1 Friedrichsruh	692	774	381	341	454
zusammen	29 095	30 755	15 352	13 253	14 124
0,0 Hamburg-Hbf. 1)	. 1)	—	—	—
4,2 Hasselbrook 1)	. 1)	—	—	—
5,7 Hbg.-Wandsbek	2 012	1 385	—	—	—
8,7 Wandsbek-Ost	1 920	1 856	—	—	—
12,3 Hbg.-Rahlstedt	5 143	5 432	—	—	—
21,5 Ahrensburg	2 508	3 234	—	—	—
zusammen	11 583	11 907	—	—	—
0,0 Hamburg-Hbf. 1)	. 1)	. 1)	. 1)	. 1)
4,2 Veddel	2 431	1 516	1 485	1 783	2 125
6,5 Hbg.-Wilhelmsb.	1 931	1 939	1 453	—	—
12,0 Hbg.-Harburg	8 963	9 102	7 350	7 177	6 919
13,4 Hbg.-Untereibe	2 597	2 448	—	—	—
19,2 Hbg.-Hausbruch	1 758	2 270	—	—	—
21,8 Hbg.-Neugraben	3 635	3 950	—	—	—
zusammen	21 315	21 225	10 288	8 960	9 044
0,0 Hbg.-Altona 1)	. 1)	. 1)	. 1)	. 1)
5,5 Hbg.-Eidelstedt	828	968	725	1 346	1 164
6,9 Elbgaustraße	1 949	1 933	907	—	—
11,3 Halstenbek	1 510	1 678	1 019	819	742
15,3 Pinneberg	5 614	5 939	2 633	2 286	2 080
18,6 Prisdorf	623	578	279	212	218
22,5 Tornesch	3 838	3 420	1 389	1 274	1 089
30,0 Elmshorn	6 612	6 593	2 483	2 423	2 137
zusammen	20 974	21 109	9 435	8 360	7 430

1) Für die einzelnen Strecken liegen keine Zahlen vor. Insgesamt abgefahrene Personen siehe Übersicht 12.

Übersicht 15

Zahl der im Gesamtbetrieb der S-Bahn beförderten Personen

Monat	1938	1948	1949	1950	1951
Januar	8 204 554	14 673 983	12 534 829	11 365 746	10 974 412
Februar	7 001 067	14 168 033	11 121 723	10 274 665	10 051 025
März	7 605 055	15 422 016	11 099 635	10 705 152	10 442 293
April	7 724 801	14 895 926	11 763 681	10 718 151	10 384 472
Mai	7 928 930	17 510 552	12 075 843	11 732 884	11 666 881
Juni	7 992 005	14 414 321	11 210 721	10 744 943	10 221 510
Juli	7 861 336	11 440 989	11 628 579	11 414 486	10 718 730
August	8 103 729	11 674 499	11 468 686	11 290 077	10 365 945
September	7 922 631	12 005 603	11 348 558	10 210 949	10 797 196
Oktober	8 541 436	12 548 498	12 046 164	12 922 259	.
November	8 122 778	11 822 781	10 822 585	10 660 520	.
Dezember	8 256 460	11 507 938	10 980 776	10 731 120	.
zusammen	95 264 782	162 085 139	138 101 760	132 770 952	Jan. bis Sept. 51 95 622 464

Eine beträchtliche Verkehrssteigerung seit der Vorkriegszeit kommt in der Übersicht 15 zum Ausdruck. Von 1938 auf 1950 hat die Zahl der **beförderten Personen** im gesamten (elektrischen und Dampf-) S-Bahnbetrieb **von 95,3 auf 132,8 Millionen Personen** zugenommen, das ist eine Steigerung um rd. 40 v. H.

Dabei war die Entwicklung nach dem Währungsschnitt anfangs sehr, später noch leicht rückläufig. Die unnatürliche Verkehrsausweitung in der letzten Reichsmarkzeit hatte der S-Bahn im 1. Halbjahr 1948 91,1 Millionen Fahrgäste zugeführt, gegen knapp 70 bzw. 66 bzw. 64 Millionen in den 1. Halbjahren 1949/51.

Die **Tarifreform vom 1. Oktober 1950** — die S-Bahn hat ihre Fahrpreise zur gleichen Zeit umgestellt wie die HHA, wovon noch näher gesprochen werden wird — hat sich bei der S-Bahn auf die Verkehrsfrequenz nicht in der Weise ausgewirkt wie bei der HHA, die bekanntlich nach der Währungsreform einen Verkehrsrückgang um 11 v. H. zu verzeichnen gehabt hat. Das mag daran liegen, daß die ehemals gültigen Zeitkarten sich in dem vielmaschigen Verkehrsnetz der HHA besonders günstig nutzen ließen und deshalb häufiger gekauft worden sind als die Zeitkarten der S-Bahn. Um so größer war bei der HHA dann der Rückschlag, als die Tarifierhöhung kam.

Auf der gesamten S-Bahn (im elektrischen und im Dampfbetrieb) wurden von Oktober 1949 bis September 1950 132 306 578, von Oktober 1950 bis September 1951 129 936 363 Personen befördert. Die Frequenz war also in den ersten 12 Monaten nach der Tarifreform nur um 2 v. H. geringer als in den 12 vorhergegangenen Monaten. Ob diese Abnahme überhaupt mit der Tarifreform zusammenhängt, kann bei dem ganzen Verlauf der monatlichen Frequenzahlen zweifelhaft sein (so war schon die Frequenz im 2. Halbjahr 1949 um 3,8 v. H. niedriger, als im 2. Halbjahr 1948). Um aber die Zahlen weiter ausdeuten zu können, fehlt es bei der Zahl der verkauften Fahrtausweise, die der Berechnung der Zahl der beförderten Personen zugrunde liegt, an der Aufgliederung nach Einzelkarten und Zeitkarten.

Die Verkehrsleistung der S-Bahn prägt sich anschaulich in den (durch einfache Division aus den Jahreszahlen abgeleiteten) **tagesdurchschnittlichen Frequenzahlen** aus. Je Tag (Wochentage und Sonntage sind nicht unterschieden) betrug im elektrischen und Dampfbetrieb der S-Bahn

im Durchschnitt des Jahres	die Zahl der beförderten Personen je Tag	Ergebnisse der Verkehrszählungen
1926	236 620	
1927	244 058	3. 2. 27: 253 101
1928	259 478	
1929	270 380	
1930	291 275	
1931	281 886	
1932	259 384	
1933	241 265	16. 2. 33: 271 360
1934	231 710	22. 11. 34: 242 939
1935	226 004	
1936	234 457	10. 9. 36: 243 939
1937	243 889	
1938	260 999	
1946	456 048	

im Durchschnitt des Jahres	die Zahl der beförderten Personen je Tag	Ergebnisse der Verkehrszählungen
1947	468 456	
1948	442 855	
1949	378 361	12. 7. 49: 398 023
1950	363 592	
1951 Jan.—Sept.	350 265	26. 6. 51: 362 455

Die **Verkehrszunahme** seit der Vorkriegszeit, die wir soeben auf 40 v. H. errechnet haben, hat sich bei einem fast gleich gebliebenen **Fassungsvmögen des Wagenparks** vollzogen (1938: 36 250, 1950: 36 540 Sitz- und Stehplätze). Aber hierauf kommt es nicht allein an, sondern auch auf die Häufigkeit des Wagenumlaufs, die Dichte der Zugfolge.

Bei der elektrischen S-Bahn sind 2 „neue“ Halbzüge (je 3 aneinandergeschaltete Wagen) = 1 Zug, ebenso 4 „alte“ Viertelzüge (je 2 Wagen). Im Dampfbetrieb verkehren die gewöhnlichen Personenzüge der Bundesbahn, sie sind auch die statistischen Zugeinheiten.

Die elektrische und Dampf-S-Bahn fuhr im Jahre 1938 6 312 400, im Jahre 1950 5 279 500 **Zugkilometer**. Nach Zugkilometern berechnet, ist die Verkehrsleistung somit um 16,4 v. H. zurückgegangen. Es fragt sich aber, ob unterschiedlich lange Züge eingesetzt worden sind; auf die Zahl der „Achsen“ kommt es an.

Die Zahl der **Achskilometer** belief sich im Jahre 1938 auf 139 979 000, für 1950 auf 137 982 000. Die „achskilometrische Leistung“ ist also im Gegensatz zu der „zugkilometrischen“ nur um 1 1/2 v. H. gesunken. Aus dieser Divergenz leitet sich der Schluß ab, daß im Jahre 1950 längere Züge gefahren worden sind als im Jahre 1938. Es läßt sich dies auch in der durchschnittlichen Zahl der Achsen je Zug ausdrücken (Achskm : Zugkm); die Achsenzahl der Züge errechnete sich vor dem Kriege auf 22, 1950 jedoch auf 26, also 4 Achsen je Zug mehr, d. i. auf der S-Bahn z. B. bei den „neuen“ Zügen ein Wagen, im Dampfbetrieb sind es 2. Durch den verstärkten Wageneinsatz hat die S-Bahn sich bemüht, den Verkehrszuwachs zu bewältigen.

Eine **dichtere Besetzung der Züge** ist aber unvermeidbar geblieben, wiewohl auch schon vor dem Kriege in den Hauptverkehrszeiten die S-Bahn teilweise überfüllt war. Vergleichszahlen über den Grad der Platzausnutzung liegen nicht vor.

Die S-Bahn rechnet zur Zeit (hier immer für die elektrische und die Dampfbahn) mit einer „**mittleren Reiseweite**“ je Person von 12,00 km (die 1. Tarifzone reicht bis zu 15 km). Je Zug und je 12 km beförderte die S-Bahn im Durchschnitt aller Tage und Tageszeiten im Juli 1951 257,7 Personen und im Durchschnitt der Monate Januar bis Juli 1951 268,14 Personen.

Der elektrische und der Dampfbetrieb, so sehr sie sich im äußeren Bild unterscheiden mögen, bilden auch im **Fahrpreistarif** eine Einheit. Auf allen Strecken gelten die gleichen Fahrkarten, und der Übergang von einer zur anderen Strecke ist an sich für den Fahrpreis ohne Belang. Ob jemand

mit einer entsprechenden Fahrkarte 10 km auf der elektrischen S-Bahn fährt, oder ob er die 10 km in Teilstrecken etwa auf der elektrischen S-Bahn und auf der „Dampf“-Strecke Altona — Elmshorn zurücklegt, ist tariflich gleichgültig. Allein auf die Entfernung kommt es an. Der Tarif ist immer ein Zonentarif gewesen; nur war vorübergehend, vom 1. August 1944 bis 30. September 1950, die Zahl der Zonen auf 2 beschränkt worden. Bis dahin aber waren die Strecken in 10 Zonen unterteilt. Seit dem 1. Oktober 1950 sind es 6.

Anders als bei den Verkehrsmitteln der HHA führt die S-Bahn eine 2. und eine 3. Klasse. Sie paßt sich hierin dem Fernverkehr der Bundesbahn an. Die HHA hatte in der ersten Zeit nach der Eröffnung der Hoch- und Untergrundbahn damit Versuche gemacht, sie aber bald wieder aufgegeben.

Einen Überblick über die Fahrpreise vor dem Kriege (und bis 1944) sowie in der Zeit vor und nach der Tarifreform vom 1. Oktober 1950 soll durch die folgende Übersicht 16 gegeben werden:

Übersicht 16

Fahrpreise der S-Bahn

Entfernung km	3. Klasse			2. Klasse		
	Vorkriegs- tarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt. 1950 DM	Vorkriegs- tarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt. 1950 DM

Einzelfahrkarten

über 1—8	0,15	} 0,20	} 0,25	0,20	} 0,40	} 0,40	
über 8—15	0,20			0,30			
„ 15—22	0,30	} 0,30 ¹⁾	} 0,40	0,45	} 0,60 ¹⁾	0,60	
„ 22—29	0,40			0,55		0,60	0,80
„ 29—35	0,50			0,75		0,75	1,20
„ 35—41	0,60	} 1,00	} 1,00	0,90	} 1,50	1,20	
„ 41—47	0,70			1,05		1,20	
„ 47—53	0,80			1,20		1,50	
„ 53—59	1,00			1,50		1,80	
„ 59—65	1,20	} 1,25	} 1,25	1,80	} 1,90	1,90	

Monatskarten

über 1—8	7,00	} 9,00	} 9,00	9,00	} 18,00	} 18,00	
über 8—15	9,50			12,00			12,50
„ 15—22	12,00	} 12,00 ¹⁾	} 15,50	16,00	} 24,00 ¹⁾	24,00	
„ 22—29	14,50			19,50		23,00	31,00
„ 29—35	17,00			26,50		30,50	36,00 ¹⁾
„ 35—41	20,00	} 18,00 ¹⁾	} 18,00 ¹⁾	30,50	} 35,00 ¹⁾	36,00 ¹⁾	
„ 41—47	23,00			35,00 ¹⁾		35,00 ¹⁾	
„ 47—53	} 26,00 ¹⁾			} 26,00 ¹⁾		} 26,00 ¹⁾	} 26,00 ¹⁾
„ 53—59							
„ 59—65	26,00 ¹⁾	26,00 ¹⁾	26,00 ¹⁾	26,00 ¹⁾	26,00 ¹⁾	26,00 ¹⁾	

Teilmonatskarten (Wochenkarten)

über 1—8	2,00	} 2,30	} 2,30	2,40	} 4,60	} 4,60	
über 8—15	2,50			3,30			3,30
„ 15—22	3,30	} 3,50 ¹⁾	} 4,30	4,30	} 7,00 ¹⁾	7,00	
„ 22—29	4,10			5,40		5,40	8,60
„ 29—35	4,80			6,30		6,30	} 10,00 ¹⁾
„ 35—41	5,60	7,40	7,40				
„ 41—47	6,40	8,50	8,50				
„ 47—53	} 7,50 ¹⁾	} 5,00 ¹⁾	} 5,00 ¹⁾	} 10,00 ¹⁾			
„ 53—59					7,50 ¹⁾	7,50 ¹⁾	7,50 ¹⁾
„ 59—65	7,50 ¹⁾	7,50 ¹⁾	7,50 ¹⁾	7,50 ¹⁾	7,50 ¹⁾	7,50 ¹⁾	

¹⁾ gültig für das gesamte Netz

Von Bedeutung ist für den Verkehrsträger wie auch für das Publikum, daß die ehemaligen Zonen 1 und 2 zu einer Zone, der jetzigen 1. Zone, zusammengelegt sind. Das entspricht im Prinzip der Tarifregelung bei der Straßenbahn, nur mit dem graduellen Unterschied, daß die einstigen 15- und selbst die 20-Pfennig-Strecken der Straßenbahn wesentlich kürzer gewesen waren als 8 km, der Streckenlänge der ehemaligen 1. Zone der S-Bahn. Die 1. Zone der S-Bahn reichte früher z. B. von Barmbek bis Hauptbahnhof oder von Hauptbahnhof bis Hmb.-Altona, von Hamburg-Hbf.

bis Wilhelmsburg oder von Altona bis Eidelstedt. Es waren keine Kurzstrecken wie die „Teilstrecken“ der Straßenbahn. Von der Erhöhung des Fahrgeldes von 15 auf jetzt 25 Pfennige sind also verhältnismäßig viele Fahrgäste betroffen. Allerdings ist wegen der größeren Streuung der Wohnbevölkerung auf die Außenbezirke die „mittlere Reiseweite“ jetzt 12 km, und es werden heute weit mehr Fahrgäste über die ersten 8 km hinaus fahren als früher. Sie würden vor dem Kriege auf gleicher Strecke 20 Pfennige bezahlt haben, während sie heute 25 Pfennige zahlen.

Die heutige 1. Zone (25 Pfennige in der 3., 40 Pfennige in der 2. Klasse), die eine Strecke bis zu 15 km umschließt, reicht z. B. von Barmbek bis Altona oder von Hauptbahnhof bis Hochkamp oder auf der Elmshorner Strecke von Altona bis Halstenbek und auf der Ahrensburger Strecke von Hauptbahnhof bis Rahlstedt.

Nach Zonen gegliederte Zahlen der Fahrgäste liegen dem Statistischen Landesamt für die neuere Zeit nicht vor. An dem Zählungstage 22. November 1934 teilte sich die Zahl der an diesem Tage die S-Bahn benutzenden Personen auf die damaligen 10 Zonen (die Zonen 2 — 4 waren etwas anders gestaltet als im Jahre 1938) wie folgt auf:

Übersicht 17

Zonen	Zahl der Fahrgäste					Gesamtdurchschnitt der Reiselänge in km.
	mit			zusammen	v. H.	
	Monats-	Wochen-	Einzel-			
Karten						
Zähltag: 22. 11. 1934						
1. Zone (1 —8 km) . . .	56 123	12 921	75 334	144 378	59,44	4,76
2. „ (8,1—17 km) . . .	19 077	8 269	34 904	62 250	25,62	11,09
3. „ (17,1—23 km) . . .	7 653	5 319	14 167	27 139	11,17	17,39
4. „ (23,1—29 km) . . .	1 140	1 033	3 006	5 179	2,13	24,92
5. „ (29,1—35 km) . . .	399	336	1 719	2 454	1,01	31,08
6. „ (35,1—41 km) . . .	251	161	913	1 325	0,55	36,69
7. „ (41,1—47 km) . . .	6	19	101	126	0,05	43,05
8. „ (47,1—53 km) . . .	8	7	44	59	0,02	48,55
9. „ (53,1—59 km) . . .	—	—	29	29	0,01	53,02
10. „ (59,1—65 km) . . .	—	—	—	—	—	—
zusammen	84 657	28 065	130 217	242 939	100	8,70
v. H.	34,85	11,55	53,60	100	—	—

Demnach blieben damals rd. $\frac{2}{3}$ aller Fahrgäste in der 1. Zone. 85 v. H. der Reisenden fuhr nicht über 17 km hinaus; durchschnittlich legten sie nur etwa 11 km zurück, blieben insoweit also innerhalb der 1. Zone von heute und innerhalb der 2. Zone von 1938. Nur 15 v. H. der Fahrgäste entfielen auf die höheren Zonen, davon 11 v. H. auf die 3. Zone. Entfernungen von mehr als 35 km wurden auf der S-Bahn nur selten zurückgelegt; sie kommen auch nur durch Kombination zweier Strecken zustande (z. B. Elmshorn — Altona — Hauptbahnhof — Friedrichsruh).

Durch die Kriegszerstörungen in Hamburg wird sich das Bild zugunsten der längeren „Reiseweite“ verändert haben.

Seit der Tarifreform vom 1. Oktober 1950 mit ihren 6 Zonen, in die sich die Einzelfahrkarten auch tatsächlich abstufen, gelten für die Zeitkarten, d. h. für die Monats- und Teilmonats- (Wochen-) karten praktisch nur 4 Zonen; denn die 4., 5. und 6. Zone sind fahrpreismäßig zusammengezogen.

Die **Zeitkarten** werden von der S-Bahn für bestimmte Streckenabschnitte ausgegeben, die an den Bahnhöfen beginnen, wo die Karten gelöst werden. Von dieser Station an zählt für die Zonenabstufung die Entfernung. Wer zum Beispiel von Ohlsdorf regelmäßig in die innere Stadt zu fahren hat, erhält eine Monatskarte von Ohlsdorf bis Sternschanze, auch wenn er sie vielleicht nur bis Hbf. braucht; denn von Ohlsdorf ab endet beim Bahnhof Sternschanze entfernungsmäßig die 1. Zone. Dieses System ist für das Publikum günstiger als eine früher gültig gewesene starre Zonen-

einteilung, bei der z. B. ein Fahrgast, der immer Hasselbrook einstieg und zur Innenstadt fuhr, eine Monatskarte von Barmbek aus lösen mußte, obgleich er die Strecke Hasselbrook — Barmbek nie befuhr und lieber eine in der entgegengesetzten Richtung weiterreichende Monatskarte bei gleichem Preis erhalten hätte.

Daß die Monatskarten nicht schlechthin für die Zone 1, für die Zone 2 usw. ausgestellt werden können — wie es bei den Einzelfahrkarten der Fall ist —, sondern an einen bestimmten Streckenabschnitt gebunden werden müssen, ergibt sich ohne weiteres daraus, daß sie nicht „gelocht“ werden, was bei den häufigen Fahrten auf die gleiche Karte kaum möglich wäre.

Die Zeitkarten der 3. Klasse haben sich durch die Tarifänderung vom 1. Oktober 1950 kaum verteuert, zum Teil sind sie sogar billiger geworden, was aus der Übersicht 16 ersichtlich ist. Ungünstiger als vor dem Kriege schneiden vor allem, ebenso wie bei den Einzelfahrkarten, die Kurzfahrer (bis 8 km) ab, die früher in der 3. Klasse 7 Mark im Monat zahlten; dagegen fährt man bei einer Reiseweite von 8—15 km heute um 50 Pfennige im Monat billiger als damals, denn der im August 1944 eingeführte summarische Preis von 9,00 DM für 1—15 km ist bestehen geblieben. Der Preis der früheren 2., jetzigen 3. Zone (15 bis 22 km) ist auch gegenüber der Vorkriegszeit heute noch der gleiche. Der Preis der nächsten Zone (22—29 km) betrug vor dem Kriege 14,50, in der Zwischenzeit 12, jetzt 15,50 Mark, ist also gegenüber der Vorkriegszeit um 7 v. H. gestiegen. Für Fahrten über 29 km gibt es jetzt — es wurde schon

angedeutet — nur noch eine Karte, die 18 Mark kostet und die wie eine Netzkarte für alle Strecken und beliebigen Streckenabschnitte der S-Bahn gültig ist. Sie ist wohl um 6 Mark teurer als die vergleichbare Karte der Zwischenzeit, ist aber erheblich günstiger gegenüber der Vorkriegszeit. Die Übersicht 16 zeigt das im einzelnen.

Es geht daraus auch hervor, daß die Einzel- und die Zeitkarten 2. Klasse im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege wesentlich mehr im Preis erhöht worden sind als die Fahrkarten der 3. Klasse.

Die Teilmonatskarten (Wochenkarten) leiten sich in ihren Preisen im allgemeinen von denen der Monatskarten ab.

Die Übersicht 18 stellt nun noch dar, was die Einzelfahrt bei 60maliger Benutzung der Monatskarte und bei 14maliger Benutzung der Teilmonatskarte kostet und früher gekostet hat (60 bzw. 14 sind die Häufigkeitswerte, die in der Betriebsstatistik der S-Bahn verwandt werden). Weiter stellt diese Übersicht dar, wie oft der Preis der Einzelfahrkarten in den Preisen der Zeitkarten enthalten ist.

Übersicht 18

Entfernung km	3. Klasse			2. Klasse		
	Vorkriegs- tarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt. 1950 DM	Vorkriegs- tarif RM	Aug 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt 1950 DM

Preis der Einzelfahrt bei 60 Fahrten im Monat Monatskarten

über 1—8	0,12	} 0,15	} 0,15	0,15	} 0,30	} 0,30	
8—15	0,16			0,21			
„ 15—22	0,20	} 0,20	} 0,26	0,27	} 0,40	} 0,40	
„ 22—29	0,24			0,325			
„ 29—35	0,28			0,38			
„ 35—41	0,33	} 0,20	} 0,30	0,44	} 0,40	} 0,60	
„ 41—47	0,38			0,51			
„ 47—53	} 0,43	} 0,20	} 0,30	} 0,58	} 0,40	} 0,60	
„ 53—59							
„ 59—65							

Preis der Fahrt bei 14 Fahrten je Woche Wochenkarten

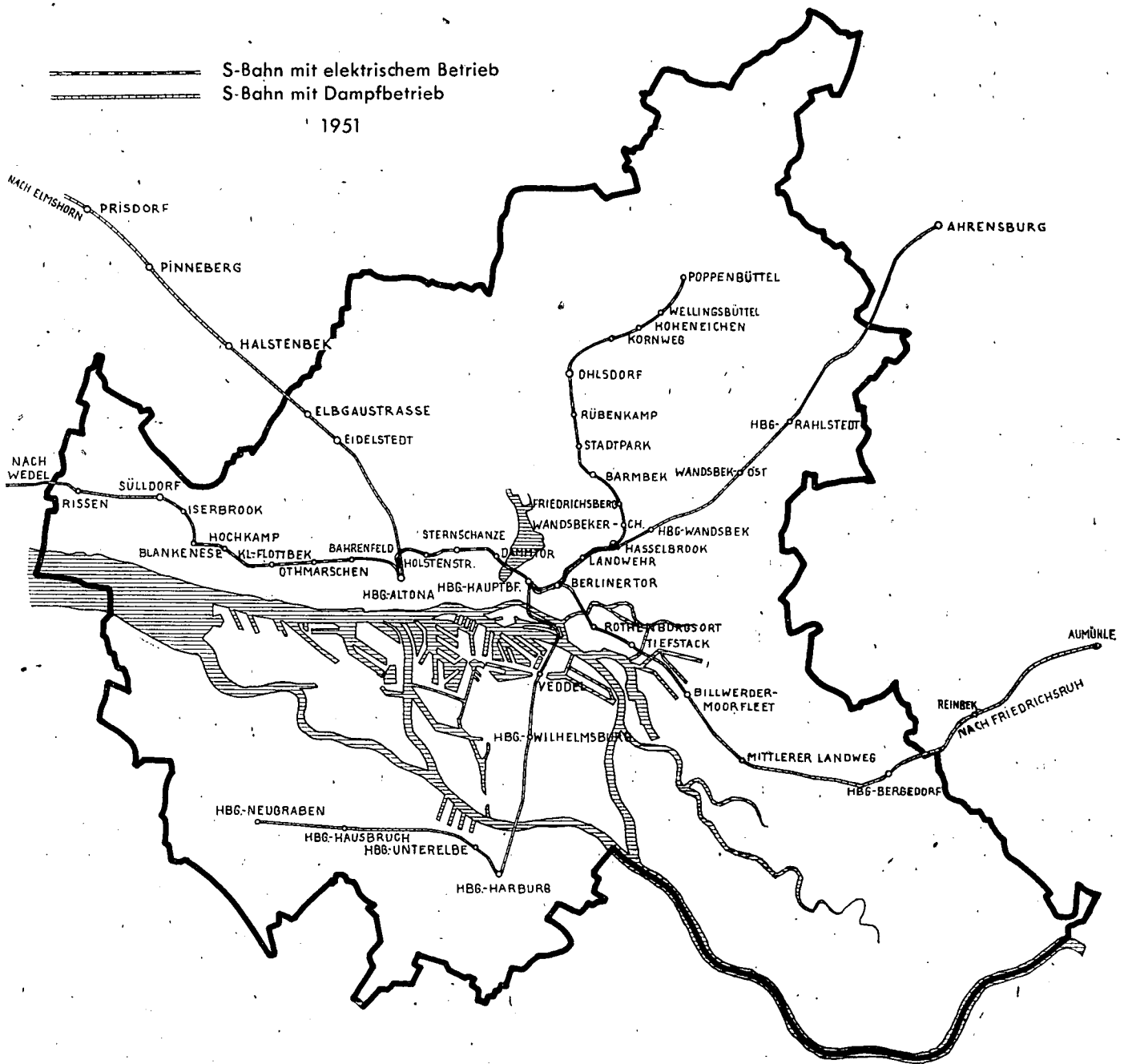
über 1—8	0,14	} 0,16	} 0,16	0,17	} 0,33	} 0,33	
8—15	0,18			0,235			
„ 15—22	0,24	} 0,25	} 0,31	0,31	} 0,50	} 0,50	
„ 22—29	0,29			0,385			
„ 29—35	0,34			0,45			
„ 35—41	0,40	} 0,25	} 0,36	0,53	} 0,50	} 0,71	
„ 41—47	0,46			0,61			
„ 47—53	} 0,54	} 0,25	} 0,36	} 0,71	} 0,50	} 0,71	
„ 53—59							
„ 59—65							

Wieviele Einzelfahrkarten konnte man für den Preis einer Monatskarte kaufen?

über 1—8	47	} 45	} 36	45	} 45	} 45
8—15	47			42		
„ 15—22	40	} 40	} 24	35	} 40	} 39
„ 22—29	36			32		
„ 29—35	34			31		
„ 35—41	33	} 40	} 18	29	} 40	} 30
„ 41—47	33			30		
„ 47—53	32	} 40	} 14	29	} 40	} 24
„ 53—59	26			23		
„ 59—65	22			20		

Wieviele Einzelfahrkarten konnte man für den Preis einer Wochenkarte kaufen?

über 1—8	13	} 11	} 9	12	} 11	} 11
8—15	12			11		
„ 15—22	11	} 11	} 6	10	} 11	} 11
„ 22—29	10			9		
„ 29—35	9			8		
„ 35—41	9	} 11	} 5	8	} 11	} 8
„ 41—47	9			8		
„ 47—53	9	} 11	} 4	8	} 11	} 6
„ 53—59	7			6		
„ 59—65	6			5		



D. Die Nebenbahnen (nichtbundeseigenen Eisenbahnen) und Kraftomnibusse (diese, soweit sie nicht zur HHA gehören)

Wie die S-Bahn auf ihren 5 „Dampf“-Strecken über den hamburgischen Raum hinaus- und von außen nach Hamburg hineinfährt, um dem lebhaften Nahverkehr zu dienen, der zumeist ein Pendelverkehr der Werktätigen ist, wickelt sich ein ähnlicher Verkehr in anderen Richtungen auf Privateisenbahnen und Autobussen ab. Als Verkehrsträger sind in erster Linie zu nennen:

- die Eisenbahn-Gesellschaft Altona — Kaltenkirchen — Neumünster A. G.,
- die Bergedorf — Geesthachter Eisenbahn A. G.,
- die Südstormarnsche Kreisbahn.

1. Der Verkehr auf der Bahn Altona — Kaltenkirchen — Neumünster

Die „Kaltenkirchener“ ist die älteste unter den drei nichtbundeseigenen Eisenbahnen; schon im Jahre 1884 wurde sie eröffnet. Sie durchfährt von

Altona bis Neumünster eine **Strecke von 67,0 km**. Nach etwa 10 km, hinter Schnelsen, verläßt sie das Hamburger Gebiet und führt, etwa 10—20 km nord-östlich der S-Bahnstrecke Altona — Elmshorn, in den schleswig-holsteinischen Landkreis Pinneberg und weiter in die Kreise Segeberg und Neumünster. Die Linienführung ist folgende:

Entfernung	Station	Entfernung	Station
0,0 km	Hbg.-Altona	25,0 km	Tanneneck
2,8	„ Hbg.-Stellingen	29,7	„ Ulzburg
4,5	„ Hbg.-Eidelstedt	34,4	„ Kaltenkirchen
6,5	„ Hbg.-Eidelst.-Ost	39,5	„ Nützen
8,9	„ Hbg.-Schnelsen	41,9	„ Lentförden
10,5	„ Burgwedel	44,9	„ Neues Kurhaus
12,4	„ Bönningstedt	47,0	„ Bad Bramstedt
15,8	„ Hasloh	51,8	„ Wiemersdorf
18,2	„ Elsensee	56,4	„ Großenaspe
20,2	„ Quickborn	61,5	„ Boostedt
22,7	„ Ellerau	67,0	„ Neumünster-Süd

Für die Bahn ist es ungünstig, daß sie weder in Hamburg noch in Neumünster vollen Anschluß an die Bundesbahn hat. So liegt der Ausgangsbahnhof der AKN in Altona an der Kaltenkirchener Straße wohl nahe am Bahnhof Holstenstraße, aber doch etliche Minuten entfernt. Mit der Bundesbahn wird jedoch gegenwärtig über die Einmündung der „Kaltenkirchener“ in die Bundesbahnhöfe Holstenstraße bis Hamburg-Hauptbahnhof (über Eidelstedt) und andererseits in den Hauptbahnhof Neumünster verhandelt.

An dem **Aktienkapital** der Eisenbahn-Gesellschaft Altona — Kaltenkirchen — Neumünster ist die Hansestadt Hamburg zu 61 v. H. beteiligt; 25,4 v. H. ist in schleswig-holsteinischem Besitz (Neumünster, Bad Bramstedt, die Kreise Pinneberg und Segeberg und verschiedene Landgemeinden), und zu 13,6 v. H. ist das Kapital in Privathänden.

Die Bahn dient sowohl dem Personen- als dem Güterverkehr. Das Unternehmen verfügt gegenwärtig über folgenden **Fahrzeugbestand**: 11 Dampflokomotiven, 1 Diesellokomotive, 7 Triebwagen, 7 Post- und Gepäckwagen, 126 Güter- und Spezialwagen und 43 Personenwagen.

Die durchschnittliche **Reisegeschwindigkeit** beträgt etwa 50 km in der Stunde.

Die Zahl der im Gesamtverkehr **beförderten Personen**, die rechnerisch aus der Zahl der verkauften Einzelfahrkarten und Zeitkarten (Wochenkarten = 12, Monatskarten = 50 Fahrten) abgeleitet wird, betrug

im Jahre 1936 . . .	723 000	im Jahre 1948 . . .	3 883 328
1937 . . .	869 000	1949 . . .	3 169 842
1938 . . .	917 000	1950 . . .	2 449 982

Die **Verkehrsfrequenz** der „Kaltenkirchener“ hat demnach jetzt ein weit größeres Ausmaß als in der letzten Vorkriegszeit. Dabei war auch schon vor dem Kriege die Zahl verhältnismäßig stark ansteigend, weil sich die Besiedlung des Verkehrsbereiches ausdehnte und der frühere Reichsarbeitsdienst bei Bad Bramstedt ein großes Lager unterhielt. Gegenüber diesem schon erweiterten Verkehrsvolumen wurden im Jahre 1950 mehr als 2½mal so viel Fahrgäste gezählt. Allerdings ist die Frequenz seit **1950 wieder abfallend** und nach den bis 30. September 1951 vorliegenden Zahlen setzt sich der Rückgang fort (jeweils von Januar bis September wurden im Jahre 1950 1 825 558, im Jahre 1951 1 705 319 Personen befördert).

Ähnlich wie bei den Verkehrsmitteln der HHA und der S-Bahn ist der Verkehrszuwachs der „Kaltenkirchener“ hauptsächlich durch die Evakuierung zahlreicher Hamburger aus ihren früheren Wohngebieten verursacht; außerdem werden auch viele Heimatvertriebene, die in den von der Bahn durchfahrenen Landkreisen untergebracht sind, die Bahn nach Hamburg benutzen. Andererseits dürfte sich die neuere Abnahme in der Verkehrsfrequenz damit erklären, daß ein Teil der Evakuierten inzwischen ein Unterkommen in Hamburg gefunden hat.

An der Altonaer Kopfstation der Kaltenkirchener Bahn und an ihren übrigen 4 auf Hamburger Gebiet liegenden Bahnhöfen (Stellingen, Eidelstedt Bundesbahnhof und Eidelstedt-Ost, Schnelsen) kamen im Jahre 1938 241 347, im Jahre 1950 916 760 Personen mit der Bahn an (ermittelt aus den Zielbezeichnungen auf den Fahrkarten). Das ist eine Steigerung um 280 v. H., also bald auf das vierfache des Vorkriegsverkehrs, während der Gesamtverkehr auf der „Kaltenkirchener“ nur um 167 v. H. gestiegen ist (von 917 000 auf rd. 2 450 000).

Es kamen an

im Jahre	Altona	Stellingen	in Eidelstedt Bundesb. Ost		Schnelsen
1938 . . .	180 164	12 013	11 446	10 343	27 381 Pers.
1950 . . .	699 938	29 199	36 804	72 470	78 349 Pers.

Vergleichsmaterial für die außerhamburgischen Bahnhöfe liegt leider nicht vor, da es im Jahre 1943 durch Feuer vernichtet wurde. Aber die eben vorgeführten Ankunftsdaten der Hamburger Stationen dürften bereits deutlich zeigen, daß es sich bei dem Anwachsen des Verkehrs hauptsächlich um in Hamburg Arbeitende handelt, die nach ihrer Evakuierung ihre Wohnquartiere außerhalb, zumeist im Kreise Pinneberg, aufgeschlagen haben.

Die an sich hohen Jahreszahlen dürfen natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich, gemessen an Straßenbahn, Hochbahn und S-Bahn, um einen relativ kleinen Verkehrsfluß handelt. Es wird dies deutlicher, wenn man die Jahreszahlen in **Tageszahlen** umsetzt. Je Tag (Werktage und Sonntage, so unterschiedlich sie auf dieser Bahn verkehrsmäßig sind, lassen sich hier nicht unterscheiden) kamen an in

i. Jahre	Altona	Stellingen	Eidelstedt	Schnelsen
1938 . . .	494	33	60	75 Pers.
1950 . . .	1918	80	299	215 Pers.

Immerhin sind diese Verkehrszunahmen für den begrenzten Beförderungsraum der Bahn doch recht beträchtlich. Dies zeigt sich auch daran, daß z. B. von der Station Quickborn, die, 20 km von Hamburg entfernt, an der Peripherie der durch Hamburg beeinflussten Siedlungsgebiete liegt, im Jahre 1950 tagesdurchschnittlich 1330 Personen abgefahren sind, von denen der weitaus größte Teil in Richtung Altona zur Arbeit fuhr — ein Verkehr, wie er in diesem Umfang der kleinen Gemeinde Quickborn vor den Zerstörungen in Hamburg fremd gewesen war.

Die Eisenbahn-Gesellschaft Altona — Kaltenkirchen — Neumünster A. G. hatte bis 15. Oktober 1951 den gleichen **Fahrpreistarif** wie die Bundesbahn für ihren allgemeinen Verkehr, und zwar 6,0 Pfg. je km für die Einzelkarte 3. Klasse (Abteile 2. Klasse werden nicht regelmäßig geführt). Dieser Preis gilt für das Unternehmen auch heute noch, denn die AKN ist der Tarifierhöhung der Bundesbahn vom 15. 10. 1951 von 6 auf 6,9 Pfg. im Personenverkehr nicht gefolgt. Die Einzelfahrkarten, für die dieser Normaltarif gilt, spielen aber bei der „Kaltenkirchener“ nicht die entscheidende Rolle, sondern überwiegend benutzen die Fahrgäste Zeit-

karten, hauptsächlich die Arbeiterwochenkarte und die ermäßigte Rückfahrkarte für den Preis von 3,2 Pfennige je km (mit einer Gültigkeitsdauer von 4 Tagen), die in etwa dem S-Bahnfahrpreis der Bundesbahn angeglichen ist. Die Preise für die Zeitkarten entsprechen ebenfalls der Regelung bei der Bundesbahn. Sie richten sich nach der Reiselänge jeweils im individuellen Fall; Zonenabstufungen wie die S-Bahn kennt die „Kaltenkirchener“ nicht. Eine Arbeiter-Wochenkarte von Quickborn nach Altona und zurück (unbegrenzte Fahrtzahl) kostet z. B. 4,40 DM. Die Gesellschaft weist durch ihre Betriebsstatistik aus, daß z. B. im September 1951 nur 28 v. H. der beförderten Personen zum Normaltarif (6 Pfennige je km) fuhren, daß also die große Mehrzahl der Fahrgäste auf verbilligte Zeitkarten zum sog. Sozialtarif und auf verbilligte Rückfahrkarten befördert wurde, ein Zeichen, welches hohen Anteil der Pendelverkehr der vor allem in Hamburg Berufstätigen an der Verkehrsfrequenz der Bahn hat.

Die Einnahmen der Gesellschaft aus dem Personenverkehr beliefen sich im Jahre 1950 auf 1 041 476 DM gegenüber einer Einnahme von 416 969 RM im Jahre 1938.

2. Die Verkehrsmittel der Bergedorf — Geesthachter Eisenbahn A. G.

Die Gesellschaft betreibt seit dem Jahre 1906, ihrem Gründungsjahr, eine Eisenbahnverbindung zwischen dem hamburgischen Bergedorf und der bis zum Jahre 1938 zum Land Hamburg gehörigen, seitdem zum schleswig-holsteinischen Landkreis Lauenburg zählenden Stadt Geesthacht. In Bergedorf schließt die Bahn örtlich nahe an die Bundesbahn und damit an die S-Bahnstrecke Hamburg — Friedrichsruh an. Zum Betriebsbereich der „Bergedorf — Geesthachter“ kam im Jahre 1912 die neu geschaffene Vierländer Bahn und im Jahre 1928 die ebenfalls neu gebaute Marschländer Bahn hinzu.

Der Streckenverlauf der 3 Bahnen ist folgender:

Berged.-Geesthachter Bahn		Vierländer Bahn	
Entferng.	Stationen	Entferng.	Stationen
0,0 km	Bergedorf BGE	0,0 km	Bergedorf BGE
1,6 „	Bergedorf Süd	1,6 „	Bergedorf Süd
3,7 „	Holtenklynke	3,4 „	Pollhof
6,2 „	Börnsen	6,2 „	Curslack-Neueng.
8,8 „	Escheburg	9,3 „	Kirchwerder-Nord
11,4 „	Besenhorst	11,3 „	Zollensp.-Querweg
13,0 „	Düneberg	12,4 „	Zollenspieker
13,9 „	Geesthacht		

Marschländer Bahn	
Entferng.	Stationen
0,0 km	Hamburg-Billbrook
2,5 „	Billw.-Moorfleth
3,2 „	Moorfleth
5,1 „	Tatenberg
7,7 „	Ochsenwerder
10,1 „	Oortkaten
12,3 „	Fünfhausen
14,8 „	Kirchwerder-Howe
18,1 „	Zollenspieker-Querweg
18,9 „	Zollenspieker

Die Strecken sind miteinander verbunden, so daß von der einen Bahn auf die

andere rangiert werden kann: die „Bergedorf — Geesthachter“ und die Vierländer Bahn haben den Bahnhof Bergedorf BGE gemeinsam, die Vierländer Bahn und die Marschländer Bahn benutzen wiederum den gleichen Bahnhof in Zollenspieker.

Auf allen Strecken werden sowohl Personen als auch Güter befördert (die Marschbahn fährt allerdings über Zollenspieker hinaus eine Strecke bis Borghorst, nur für den Güter- und Expressgutverkehr). Über den Bestand an Schienenfahrzeugen für die 3 Bahnen unterrichten folgende Zahlen:

	Jahre	
	1938	1951
Dampflokomotiven	13	10
Diesellokomotiven	—	3
Triebwagen	2	4
Triebwagenbeiwagen	2	2
Personenwagen	31	31
Post- und Gepäckwagen	5	6
Güterwagen und Spezialwagen	90	111

Die Übersicht läßt schon erkennen, daß dem Güterverkehr eine wesentliche Rolle zukommt. Das spiegelt sich auch, um es vorweg zu nehmen, in den Einnahmen der Gesellschaft wieder, die im Jahre 1950 bei den 3 Bahnen im Güterverkehr rd. 1 178 000 DM, im Personenverkehr rd. 710 000 DM betragen haben.

Die Zahl der beförderten Personen, wieder für die 3 Bahnen zusammengezogen, belief sich 1938 auf 2 242 881, 1950 auf 2 482 462. Sie ist wiederum errechnet aus den Einzelfahrkarten und dem 12fachen der Wochenkarten und dem 50fachen der Monatskarten. Die Frequenz hat sich also um etwa 10 v. H. erhöht. Auf den einzelnen Bahnen war dies aber unterschiedlich. Auf der Bergedorf — Geesthachter Strecke und auf der Marschbahn ist ein kleiner Rückgang, auf der Vierländer Bahn eine verhältnismäßig große Zunahme im Personenverkehr eingetreten. Die Übersicht 19 weist das im einzelnen aus. Am anschaulichsten läßt sich die Entwicklung vielleicht an der tagesdurchschnittlichen Frequenz erkennen. Es fuhren durchschnittlich je Tag (Jahreszahlen: 365) mit der

im Jahre	auf den 3 Strecken insgesamt		
	Bergedorf-Geesthachter Bahn	Vierländer Bahn	Marschländer Bahn
1938 . . .	4279	421	1445
1950 . . .	3994	1543	1265

Die Verkehrszunahme im ganzen rührt also daher, daß auf der Strecke Bergedorf — Zollenspieker täglich etwa 1100 Personen mehr fahren als in der Vorkriegszeit, wo allerdings der Verkehr auf dieser Strecke sehr gering war.

Die Bergedorf — Geesthachter Eisenbahn A. G. war bereits vor dem Kriege nicht nur ein Eisenbahnunternehmen, sondern hatte sich schon dem Kraftomnibus zugewandt. Mit ihren Omnibussen beförderte sie im Jahre 1938 täglich etwa 3500 Personen. Diesen Betriebszweig hat das Unternehmen weiter ausgebildet. Die BGE unterhält heute ein Autobusnetz mit einer Linienstrecke von insgesamt 170 km, wovon 144 km zum Hamburger Gebiet zählen.

Die Linienführung gilt im besonderen den hamburgischen Marsch- und Vierlanden und lehnt sich zum Teil mehr oder weniger an die Strecke der Marschbahn und der Vierländer Bahn an. Ebenso wird die Strecke Bergedorf — Geesthacht auf der neben dem Schienenweg verlaufenden Landstraße auch mit Omnibussen befahren. Die Kraftomnibuslinien der BGE haben den Marsch- und Vierlanden eine weit größere Verkehrsdichte gegeben, als es der Eisenbahnverkehr vermocht hätte, der durch sie wirksam ergänzt wird. Die Omnibusse haben dieses südöstliche Randgebiet, das die Gemüsekammer Hamburgs ist, enger an die zentralen Bezirke der Großstadt und deren Arbeitsstätten herangebracht; sie haben Bergedorf mit dem umliegenden Landgebiet stärker verflochten und darüber hinaus schnelle Verbindungen nach Lauenburg und in die Gegend des Sachsenwaldes geschaffen. Dafür bestand nach dem Kriege eine dringende Notwendigkeit, denn auch im Raum von Bergedorf sind seit den Zerstörungen in Hamburg viele Menschen untergekommen, die weite Wege zu ihren Arbeitsstätten haben.

Die Zahl der mit Omnibussen der BGE beförderten Personen ist von 1 289 000 im Jahre 1938 auf 3 848 000 im Jahre 1950 gestiegen; sie hat sich also reichlich verdreifacht. Im vergangenen Jahr benutzten werktäglich wohl etwa 12 000 Personen die Autobusse der „Bergedorf — Geesthachter“. Dahinter trat die Beförderung auf den Eisenbahnstrecken der BGE wesentlich zurück.

Dies drückt sich auch in den Einnahmen der Gesellschaft aus. Im Personenverkehr auf der Eisenbahn wurden 1938 577 700 RM, 1950 710 500 DM erzielt, während die Einnahmen aus dem Autobusverkehr 1938 382 700 RM, 1950 aber 1 471 500 DM betragen.

Im Eisenbahnverkehr der BGE wird ein Fahrpreis von 6 Pfg. je km in der 3. Klasse erhoben (die 2. Klasse wird nur teilweise geführt). Das entsprach bis zum 14. Oktober 1951 dem allgemeinen Tarif der Bundesbahn. Der Fahrpreis-erhöhung bei der Bundesbahn von 6 auf 6,9 Pfg. je km ist die BGE nicht gefolgt. Rückfahrkarten zu einem Grundpreis von 3,2 Pfg. je km wie bei der „Kaltenkirchener“ gibt es bei der „Bergedorf — Geesthachter“ nicht.

Für den Autobusverkehr werden die Fahrpreise ebenfalls nach Kilometern berechnet; der km-Preis beträgt wie im Eisenbahnverkehr 6 Dpf. Danach kostet z. B. eine Fahrt mit dem Autobus von Bergedorf nach Zollenspieker 0,80 DM; von Kirchwerder Howe nach Hamburg ZOB (Zentral-Omnibusbahnhof am Hauptbahnhof) 1,40 DM und von Bergedorf bis Lauenburg 1,70 DM. Im Omnibusbetrieb werden in den wichtigsten Verbindungen Rückfahrkarten mit 20 % Ermäßigung ausgegeben. Einzelfahrkarten werden aber im Eisenbahnwie im Autobusverkehr weit weniger verwendet als die preisermäßigten Zeitkarten, d. s. hauptsächlich die Wochenkarten. Auch hier kommt dadurch zum Ausdruck, daß es sich hauptsächlich um einen Berufsverkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte handelt. Nach der Betriebs-

statistik der BGE wickelt sich der Verkehr etwa zu 20 v. H. auf Einzelfahrkarten ab; vier Fünftel aller Fahrgäste im Eisenbahn- und Autobusbetrieb fahren auf verbilligte Wochen- und Monatskarten. Wochenkarten für die eben beispielsweise genannten 3 Autobusstrecken (Einzelfahrpreise 0,80 DM, 1,40 DM, 1,70 DM) kosten 4,00 DM, 7,00 DM, 8,50 DM.

Abschließend sei hier noch das Liniennetz der Kraftomnibusse der „Bergedorf — Geesthachter“ vorgeführt:

Linie	km
1 Lauenburg — Tesperhude — Edmundstal — Geesthacht — Escheburg — Bergedorf — Billstedt — Hamburg ZOB	43,4
Fahrzeit 1 Stunde 35 Minuten (Berührt auf der Strecke Geesthacht—Bergedorf die gleichen Orte wie die Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn)	
2 Bergedorf — Curslack — Neuengamme — Howe — Warwisch — Kirchwerder — Zollenspieker — Krauel	19,1
Fahrzeit etwa 40 Minuten (Rings um die Vierländer Eisenbahn)	
13 Zollenspieker — Kirchwerder — Howe — Warwisch — Fünfhausen — Ochsenwerder — Tatenberg — Moorfleet — Hamburg ZOB	24,5
Fahrzeit etwa 1 Stunde (Entlang der Marschländer Bahn)	
3 Bergedorf — Holtenklynke — Horst — Alten-gamme	16,4
Fahrzeit etwa 40 Minuten	
14 Bergedorf — Billwerder — Mittlerer Landweg — Allermöhe	10,0
Fahrzeit 30 Minuten	
4 Bergedorf — Lohbrügge — Billstedt — Ham-burg ZOB	15,0
Fahrzeit 40 Minuten	
5 Bergedorf — Wentorf	5,0
Fahrzeit 18 Minuten	
6 Bergedorf — Lohbrügge — Reinbek — Glinde oder Reinbek — Schönningstedt — Ohe	10,6
Fahrzeit bis Ohe 35 Minuten	
15 Ringlinie Bergedorf	5,1
Fahrzeit 20 Minuten	
7 Stadtverkehr in Bergedorf vom Bahnhof über Sternwarte — Friedhof	3,6
Fahrzeit 13 Minuten	
7 Stadtverkehr in Bergedorf vom Bahnhof über Holtenklynker Straße nach Curslack	6,0
Fahrzeit 20 Minuten	
8 Stadtverkehr von Bergedorf-Bahnhof nach Lohbrügge	4,1
Fahrzeit 15 Minuten	
17 Stadtverkehr Bergedorf (Nettelburg)	5,3
Fahrzeit 20 Minuten	
11 Bergedorf-Bahnhof — Kiebitzbraak	12,7
Fahrzeit 40 Minuten	
12 Bergedorf — Allermöhe — Reitbrook — Fünf-hausen	9,8
Fahrzeit 25 Minuten	

3. Die Südstormarnsche Kreisbahn und ihre Omnibuslinien

Die Verwaltung dieser Verkehrsbetriebe hat ihren Sitz in Hamburg-Billstedt. Die Kreisbahn wurde im Jahre 1907, der Omnibusbetrieb im Jahre 1928 eröffnet. Die Kreisbahn befördert Personen und Güter.

Die Strecken beider Betriebszweige liegen nur zu einem geringen Teil auf hamburgischem Gebiet. Die Kleinbahn und die Autobusse erschließen den an Hamburg im Osten

angrenzenden südlichen Teil des schleswig-holsteinischen Landkreises Stormarn, dienen hier dem inneren Verkehrsbedarf und tragen zur verkehrsmäßigen Verflechtung des schleswig-holsteinischen Nachbargebiets mit der Hansestadt bei.

Die Kreisbahn hat ihren Ausgangspunkt in Tiefstack an der S-Bahn Strecke Hamburg—Friedrichsruh, wodurch die Verbindung mit dem Hamburger Verkehrsnetz gegeben ist. Sie führt auf ihrer 34 km langen Strecke von Hamburg-Tiefstack nach Trittau nur wenige Kilometer durch Hamburger Gebiet. Die Streckenführung ist folgende:

0,0 km . . .	Hamburg-Tiefstack
2,5 km . . .	Hamburg-Billbrook
4,3 km . . .	Hamburg-Billstedt
8,2 km . . .	Boberg-Havighorst
12,3 km . . .	Glinde
15,7 km . . .	Willinghusen-Stemwarde
18,1 km . . .	Stellau
20,2 km . . .	Langeloh
22,6 km . . .	Papendorf
25,3 km . . .	Siek
27,5 km . . .	Hoisdorf
29,8 km . . .	Lütjensee
32,3 km . . .	Grönwohld
34,2 km . . .	Trittau-Süd

In Trittau besteht Anschluß an die Bundesbahn nach Oldesloe und nach Schwarzenbek.

Der seit 1928 entwickelte Omnibusbetrieb unterhält 6 Linien. Die Linien 1 und 2 führen von Hamburg ZOB nach Trittau; die erste anfangs auf der Lübecker Chaussee über Wandsbek, Rahlstedt, Großensee; die zweite auf der Ausfallstraße nach Bergedorf über Billstedt nach Glinde (wo sie die Südstormarnsche Kreisbahn kreuzt) und weiter über Witzhave und Grande. Zumeist verläuft die Linie 2 etwa 5 km südlich der Linie 1, bis sie sich in Trittau dann wieder treffen.

Die Linien 3a, b und c verbinden den Bahnhof Ahrensburg auf der Lübecker- und S-Bahnstrecke mit dem Bahnhof Siek der „Südstormarnschen“ (3a), mit dem W-Bhf. Hoisdorf (3b) und mit dem W-Bhf. Volksdorf (3c). Die Linie 4 führt von dem 9 km östlich von Trittau gelegenen Ort Köthel über Trittau, Lütjensee (Bhfe. der „Südstormarnschen“), Groß-Hansdorf (W-Bahn) nach Ahrensburg.

Wie man sieht, handelt es sich bei diesen Omnibuslinien sowohl um eine interne Verkehrsversorgung von Südstormarn, als auch um eine verkehrsmäßige Verknüpfung Südstormarns mit den Bahnhöfen der Walddörfer und der S-Bahn wie auch um Anschlüsse an die Südstormarnsche Kreisbahn, die ihrerseits wiederum in Tiefstack an die S-Bahnstrecke anschließt. Die Linien 1 und 2 schaffen außerdem die unmittelbare Autobusverbindung quer durch Südstormarn zwischen Hamburg und Trittau.

Die gesamte Linienlänge ist auf 134,3 km vermessen. Es verkehren mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 40 km 23 Omnibusse mit 10 Anhängern. Die Linienführung ist im einzelnen folgende:

Linie		km
1	Hamburg-ZOB — Wandsbek — Großensee bzw. Lütjensee — Trittau	35,0
	Fahrzeit etwa 1 Stunde 10 Minuten	
2	Hamburg-ZOB — Billstedt — Oststeinbek — Glinde — Neu-Schönningstedt — Stemwarde — Witzhave — Grande — Trittau	36,3
	Fahrzeit 1 Stunde 25 Minuten	
3a	Ahrensburg Bhf. — Schmalenbek-Siek Bhf.	7,4
	Fahrzeit 20 Minuten	
3b	Ahrensburg Bhf. — Bünningstedt — Timmerhorn — Hoisdorf	15,9
	Fahrzeit 50 Minuten	
3c	Ahrensburg Bhf. — Siedlung Hagen — Volksdorf	10,3
	Fahrzeit 40 Minuten	
4	Köthel — Hamfelde — Trittau — Groß-Hansdorf Bhf. — Ahrensburg Bhf.	28,0
	Fahrzeit 1 Stunde 10 Minuten	

Die Zahl der auf der Kreisbahn beförderten Personen (errechnet aus den Einzelfahrschein, dem 12fachen der Wochenkarten und dem 50fachen der Monatskarten) stellte sich im Jahre 1938 auf 318 947, im Jahre 1950 auf 714 380. Sie hat sich also mehr als verdoppelt. Auf die Tagesfrequenz bezogen, bedeutet es, daß vor dem Kriege täglich rd. 875, im Jahre 1950 aber täglich etwa 1960 Personen auf der Eisenbahnstrecke Hamburg-Tiefstack — Trittau fuhr. Gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 59 532 im Jahre 1950 liegen die Zahlen im Jahre 1951 allerdings spürbar niedriger, was auf eine rückläufige Tendenz schließen läßt. Es fuhr in diesem Jahr mit der Kreisbahn:

Januar . . .	53 507 Pers.	Juni . . .	35 272 Pers.
Februar . . .	46 748 Pers.	Juli . . .	36 511 Pers.
März . . .	47 206 Pers.	August . . .	32 352 Pers.
April . . .	45 797 Pers.	September	31 968 Pers.
Mai . . .	37 324 Pers.		

Die Frequenz im Omnibusverkehr hingegen ist weiter angestiegen. Die monatsdurchschnittliche Zahl der Fahrgäste betrug im Jahre 1950 198 931, von Januar bis September 1951 219 666. Im ganzen war die Zahl der Personen, die im Jahre 1950 auf den 6 Omnibuslinien befördert wurden, über 3 1/2 mal so groß als vor dem Kriege; es wurden nämlich im vergangenen Jahr 2 387 171 Personen befördert gegen nur 627 499 im Jahre 1938. Also auch hier, in dem östlich an Hamburg angrenzenden Raum eine starke Verkehrsbelebung, die wiederum zu einem großen Teil mit der „Neuansiedlung“ von Hamburgern, die ihre Wohnung im Stadtgebiet verloren haben, zusammenhängt.

Auf der Kreisbahn gilt der Zeitkartentarif der Bundesbahn und ein einfacher Fahrpreis von jetzt 5,0 Pf. je km (bis 15. Oktober 1951 4,0 Pf.). Im Kraftomnibusverkehr beträgt der einfache Fahrpreis 5 — 6 Pf. je km. Die Zeitkartenpreise sind noch nach dem Stand von 1936 und nach Zonen gestaffelt. Kreisbahn- und Omnibustarif berücksichtigen besonders den Berufs- und Schülerverkehr, aber auch den Ausflugsverkehr durch ermäßigte Rückfahrkarten nach Hamburg und nach dem Ausflugsgebiet Großensee, Lütjensee, Trittau.

Die **Betriebseinnahmen** der Gesellschaft betragen im Jahre 1950 1 810 348 DM gegen 644 726 RM im Jahre 1938. Diese Steigerung fast auf das Dreifache ist zum weitaus größten Teil der Ausweitung des Omnibusverkehrs zuzuschreiben. Daß der Einnahmenerhöhung eine beträchtliche Ausgabener-

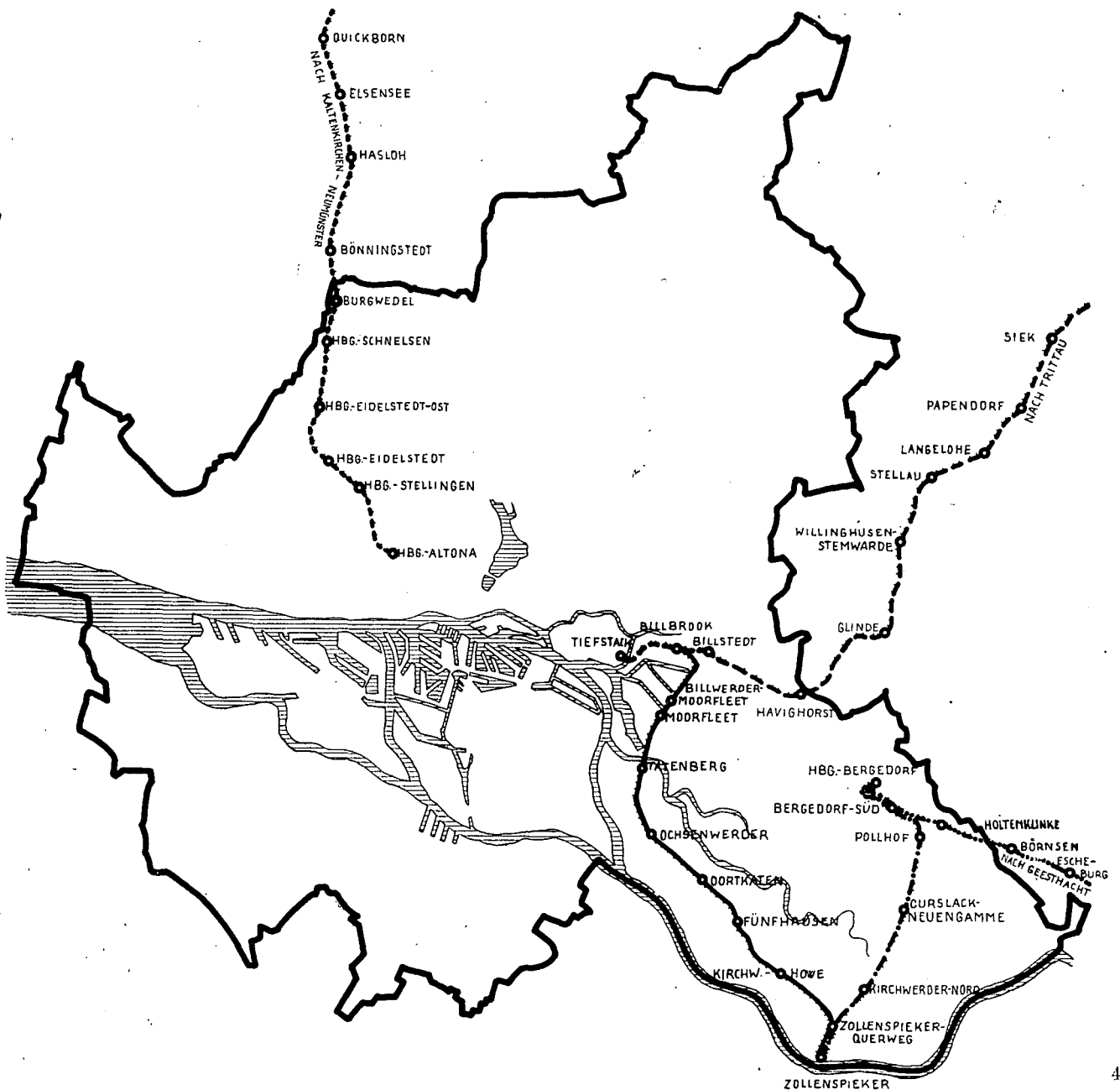
höhung gegenübersteht — das gilt natürlich auch für die übrigen Nebenbahnen und Omnibusbetriebe — ist selbstverständlich. Was in dieser Beziehung im Abschnitt HHA gesagt worden ist, hat sinngemäß auch hier Bedeutung. Es soll hier nicht weiter vertieft werden.

Übersicht 19 **Der Personenverkehr der nichtbundes eigenen Eisenbahnen**

Jahr	Zahl der beförderten Personen						
	Altona-Kaltenkirchen-Neumünster-Eisenbahn	Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn	Vierländer Bahn	Marschländer Bahn	Autobusse der BGE	Südstormarnsche Kreisbahn	Autobusse der Südstormarnschen Kreisbahn
1938 . . .	917 000	1 561 817	153 705	527 359	1 289 389	318 947	627 499
1950 . . .	2 449 982	1 457 705	563 106	461 651	3 848 561	714 380	2 387 171

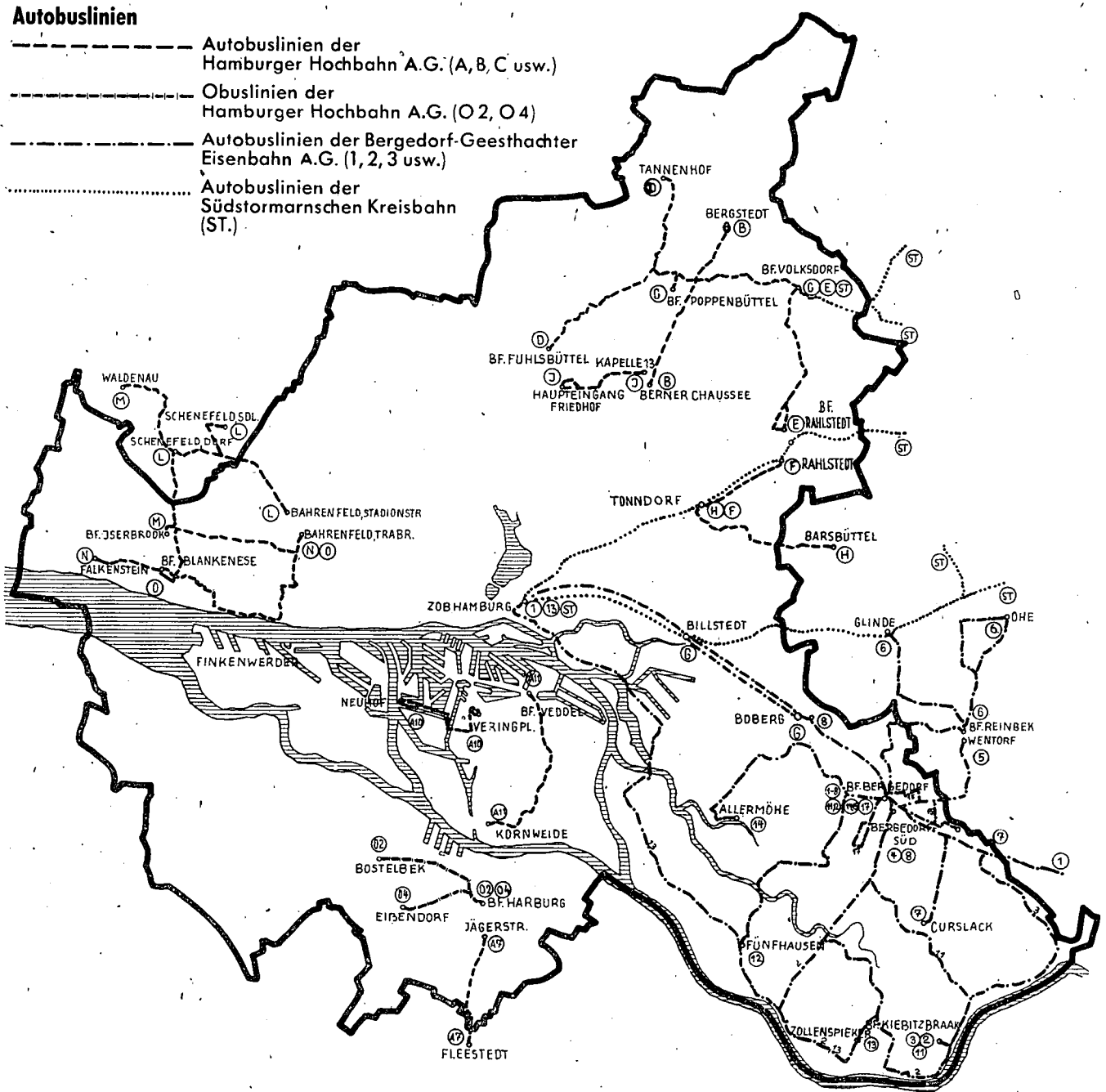
- Kaltenkirchener Bahn
- Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn
- ===== Hamburger Marschbahn
- Vierländer Bahn
- Südstormarnsche Kreisbahn

Nichtbundes eigene Eisenbahnen



Autobuslinien

- Autobuslinien der Hamburger Hochbahn A.G. (A, B, C usw.)
- Obuslinien der Hamburger Hochbahn A.G. (O2, O4)
- Autobuslinien der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn A.G. (1, 2, 3 usw.)
- Autobuslinien der Südstormarnschen Kreisbahn (ST.)



4. Kraftomnibuslinien der Bundesbahn und der Bundespost

Über den Omnibusverkehr der Hamburger Hochbahn A. G. ist in Abschnitt A 3 dieser Arbeit gesprochen worden. Außer den HHA-Omnibussen und dem eben behandelten Omnibusverkehr der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn A. G. und der Süd-Stormarnschen Kreisbahn fahren im Hamburger Verkehrsraum die Omnibuslinien der Bundesbahn und der Bundespost.

Es gibt auch eine Reihe einzelner privatwirtschaftlicher Unternehmungen, die Personenbeförderung mit Autobussen betreiben; bei diesem Verkehr handelt es sich aber nicht um ständig befahrene Linien, sondern begrifflich um einen Gelegenheitsverkehr, weil durchweg nur bei ausreichender Betei-

ligung oder in besonderem Auftrage gefahren wird. Überdies ist der privatwirtschaftliche Autobusverkehr im allgemeinen nicht dem Nahverkehr zuzurechnen. Er spielt eine besondere Rolle in der Reisezeit. Sein Hamburger Start ist der ZOB, der Zentral-Omnibus-Bahnhof am Hamburger Hauptbahnhof.

Hbg.-ZOB ist auch der Ausgangspunkt sämtlicher Autobuslinien der Deutschen Bundesbahn. Sie stellen einen sogenannten Überlandverkehr dar, soweit sie nicht als Fernverbindungen zu bezeichnen sind. Ihre Bedeutung für den Hamburger Nahverkehr liegt hauptsächlich in der Verbindung mit den Landkreisen Pinneberg, Stade und Harburg; die Autobusse haben teilweise Anschluß an die Dampfzüge der S-Bahn und an das Straßennetz der HHA.

Die **Deutsche Bundesbahn** befährt u. a. folgende Kraftomnibuslinien:

- Hbg.ZOB — Soltau = 75 km, 1 Std. 50 Min.
 Hbg.ZOB — Neustadt (Holst.) = 99,9 km, 2 Std.
 Hbg.ZOB — Wintermoor (Krankenhaus) — Bispingen — Munster (Lager) = 87,5 km, 2 Std. 25 Min.
 Hbg.ZOB — Maschen — Stelle — Salzhausen — Amelinghausen — Sottorf = 66,6 km, 1 Std. 50 Minuten
 Hbg.ZOB — Altona — Pinneberg — Elmshorn — Horst — Steinburg — Itzehoe — Heide (Holstein) = 113,7 km, 3 Std. 30 Min.
 Hbg.ZOB — Bad Bramstedt — Dorotheental — Brokenlande — Neumünster — Kiel = 100,0 km, 2 Std. 25 Min.
 Hbg.ZOB — Lübeck = 67 km, 1 Std. 20 Min.
 Hbg.ZOB — Hannover = 165 km, 3 Std. 35 Min.
 Hbg.ZOB — Harburg — Buxtehude — Stade — Bremerhaven = 135 km, 3 Std. 45 Min.
 Hbg.ZOB — Harburg — Sprötze — Wintermoor — Schneverdingen — Tewel = 86,8 km, 2 Std. 15 Min.
 Hbg.ZOB — Bremen = 120 km, 2 Std. 15 Min.
 Hbg.ZOB — Harburg — Tötensen — Nenndorf — Dibbersen — Steinbek — Tostedt — Rotenburg — Verden (Aller) — Visselhövede = 127 km, 3 Std. 15. Min.

Als Verkehrsbereich der **Postomnibusse** ist vor allem das verkehrsmäßig erst wenig aufgeschlossene Alte Land zu nennen, sodann der Landkreis Harburg. Aber auch nördlich und östlich von Hamburg verkehren Autobusse der Bundespost. 5 Post-

linien fahren von Hbg.-ZOB ab, bei 6 Linien liegt der Stadtteil Harburg im Liniennetz. Meistens sind Anschlüsse an das hamburgische Verkehrsnetz gegeben. Nachstehend die Linienführung:

- Hbg.ZOB — Lübeck — Eutin — Kiel = 147,7 km, 3 Std. 30 Min.
 Schulau, Fähre — Wedel — Uetersen = 13,9 km, 40 Min.
 Hbg.ZOB bzw. Ochsenzoll — Glashütte, Tangstedt — Heidkrug — Bad Segeberg = 56 km, 1 Std. 15 Min.
 Stade — Twielenfleth — Steinkirchen — Jork — Königreich — Cranz = 27 km, 1 Std. 15 Min.
 Steinkirchen — Neuenkirchen — Horneburg — Harsefeld = 19,8 km, 35' Min.
 Buxtehude — Neukloster — Jork — Lühe — Mittelnkirchen = 19,0 km, 1 Std.
 Hbg.ZOB bzw. Harburg — Moorburg — Francop — Neuenfelde — Hove — Königreich — Jork = 40,9 km, 1 Std. 35 Min.
 Hbg.ZOB bzw. Harburg — Hittfeld — Bendestorf — Jesteburg — Hanstedt — Egestorf — Evendorf = 55,2 km, 2 Std.
 Hbg.-Harburg — Neuland — Fünfhausen — Bullenhausen — Over = 11,7 km, 40 Min.
 Hbg.ZOB bzw. Harburg — Appelbüttel — Dibbersen — Tostedt = 43,3 km, 1 Std. 35 Min.
 Harburg — Bostelbek — Hausbruch — Emmetal — Ehestorf = 11 km, 35 Min.
 Harburg — Neugraben — Fischbek — Elstorf — Hollenstedt = 36,4 km, 1 Std. 30 Min.
 Hamburg bzw. Bergedorf — Wentorf — Schwarzenbek — Mölln — Ratzeburg = 67,4 km, 2 Std. 30 Min.
 Aumühle — Friedrichsruh — Kuddewörde — Grander Mühle — Trittau = 15 km, 35 Min.

E. Der Droschkenverkehr

Beginnen wir mit der Wiedergabe von Zahlen aus alten Aufzeichnungen; aus einer Zeit, da in Hamburg noch keine elektrische Straßenbahn fuhr und hauptsächlich Pferdebahnen und Dampfbahnen den Verkehr „bewältigten“. Damals hatten auch die **Pferdedroschken** einen imponierenden Verkehrsanteil. Schon ihre Zahl läßt darauf schließen, die in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts im alten Hamburger Gebiet um 900 herum lag. Die Polizeibehörde empfand sogar das statistische Bedürfnis, die Zahl der Droschkenfahrgäste zu schätzen. Sie schätzte je für 1874 und 1878 mehr als 4 1/2 Millionen. Das ergibt allerdings je Droschke und Tag nur 14 Fahrgäste, aber für den Droschkenpark im ganzen doch immerhin 12 300 Fahrgäste je Tag. Die Polizeibehörde setzte auf Grund der Gewerbeordnung die „Taxe“ fest. Diese betrug z. B. nach einem Reglement von 1884 „für eine Fahrt bis zu 800 Meter Wegelänge 30 Pfennige und für jede ferneren angefangenen 400 Meter 10 Pfennige“. Es war der Preis für eine „Belegung“ der Droschke bis zu 4 Fahrgästen (die sich in ihn brüderlich teilen konnten). Eine fünfte Person konnte auf dem Bock für 30 Pfennig mitfahren (ohne daß nach der Entfernung gestaffelt wurde); der Platz neben dem Kutscher war auch nicht zu verachten, denn „der Kutscher hatte während des Dienstes auf öffentlichen Straßen eine Livree in polizeilich genehmigter Form zu tragen“.

Zur Förderung der Preisklarheit wurden seit 1884 die Droschken nach und nach mit einem Taxanom-Apparat versehen, von dessen Fahrpreisscheibe Kutscher, Fahrgast oder Fahrgesellschaft (ohne den Fünften, der schlechthin 30 Pfennige zahlte) den endgültigen Fahrpreis ablesen konnten.

Aber trotz Taxanom — die Droschken mußten unterliegen, als 1894 die elektrische Straßenbahn aufkam und mit dem raschen Wachsen der hamburgischen Bevölkerung der mehr individuell geartete Verkehr zum Massenverkehr wurde. Die Einwohnerzahl Hamburgs hatte 1884 etwa 1/2 Million erreicht, sie stieg bis 1900 auf 750 000, und 1910 war die volle Million überschritten. Die Massenbeförderung gab dem Verkehrsbild das Gepräge.

Für den Individual-Verkehr blieben die Droschken aber von Bedeutung. Obendrein kam im Jahre 1906 die **Motordroschke** auf, die nicht nur mit einer Pferdestärke fuhr. Anfangs waren es nur wenige motorisierte (sie wurden mit elektrischem Motor betrieben), aber im Jahre 1910 waren es schon 153, denen damals noch 1100 Pferdedroschken gegenüberstanden. Die Zahl der Pferdedroschken ging jedoch in den nächsten Jahren rapide zurück, die Konkurrenz des schnellen Kraftfahrzeugs war nicht zu ertragen. Die motorisierten Droschken nannte man in Hamburg übrigen „Hedags“ nach der „Hamburger Elektrischen Drosch-

ken-Automobil-Gesellschaft“, die sie in Regie hatte. Schließlich fand die Polizei die ehrwürdige Pferdroschke, einst eine wichtige „Trägerin“ des Verkehrs, als geradezu verkehrsstörend. Die letzten Droschkenkutscher, die es nach dem ersten Weltkrieg noch einmal gewagt hatten, ihr Gewerbe wiederaufzunehmen, mußten sich 1924/26 zurückziehen.

In den Jahren 1925/26 besorgten rd. 650 Kraftdroschken in Hamburg den Verkehrsdienst per Taxe. Dann aber ist durch planmäßige Neuzulassungen in großem Stil der Bestand von einem zum anderen Jahr rundweg verdoppelt worden: in allen Jahren von 1927 bis 1934 waren in Hamburg (alten Gebietsumfangs!) 1200 bis 1300, zumeist fast 1300 Kraftdroschken zugelassen. Im Jahre 1935 schlug die Entwicklung um: Durch Verwaltungsmaßnahmen wurde der Bestand wieder an das Niveau von 1925/26 herangebracht; es blieben nur gut 700 Fahrzeuge im Verkehr. Nach der Schaffung Groß-Hamburgs waren es im Jahre 1938 (also einschließlich Altona, Harburg, Wandsbek usw.) etwa 850.

In der Kriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren war das Kraftdroschken-gewerbe in Hamburg auf eine Art Notdienst beschränkt. Als für das Gewerbe nach der Währungsreform 1948 wieder Raum war, füllte sich der Droschkenpark schnell wieder auf. 441 Kraftdroschken waren am Jahresende 1948 in Betrieb, Ende 1949 waren es bereits 817, womit der Bestand vom Jahre 1938 beinahe wieder erreicht war. Die Neuzulassungen hielten aber unvermindert an — es hatten sich die Prinzipien der Gewerbefreiheit insoweit durchgesetzt, als die Zulassung nicht mehr von einem verkehrswirtschaftlichen Bedürfnis abhängig gemacht wurde —, so daß am Jahres-schluß 1950 die Zahl der in Hamburg betriebenen Kraftdroschken sich auf 1215 erhöht hatte. Inzwischen ist die Zahl weiter angestiegen: am 1. Oktober 1951 waren 1332 Kraftdroschken in Hamburg in Betrieb.

Damit ist in Groß-Hamburg ein Bestand erreicht worden, wie er in Hamburg alten Gebietsumfangs in den Jahren 1928 bis 1934 zu verzeichnen gewesen war. Das heißt, verhältnismäßig war die Zahl der Kraftdroschken in den Jahren 1928/34 noch größer als in der Gegenwart: auf eine Kraftdroschke entfielen im Durchschnitt der Jahre 1928/34 951 Einwohner, während im Jahresdurchschnitt 1950 das Verhältnis 1 : 1321 und am 1. Oktober 1951 1 : 1238 war. Demgegenüber errechnete sich für die Jahre 1935/38, als etwa die Hälfte der Zulassungen aus den vorangegangenen Jahren wieder zurückgezogen worden war, daß erst auf 1816 Einwohner ein Kraftfahrzeug kam.

Auf das Verhältnis zwischen Kraftdroschkenbestand und Bevölkerungszahl kommt es nicht allein an, wenn zu beurteilen ist, ob zu viel oder zu wenig Kraftdroschken im Verkehr sind oder ob die Zahl gerade ausreicht. Insbesondere ist es für die Gegenwart von einschneidender Bedeutung, daß viele Menschen gerade aus den Bevölkerungskreisen, die früher einkommens- und gewohnheits-

mäßig bei mannigfachen Gelegenheiten eine „Taxe“ benutzten, durch die wirtschaftliche Umwälzung in der Kriegs- und Nachkriegszeit sozial herabgedrückt worden sind. Andererseits haben Viele aus wohlhabenden Kreisen sich inzwischen einen eigenen Personenkraftwagen angeschafft.

Als im Jahre 1927 der Droschkenbestand von 650 auf über 1200 erhöht wurde, gab es in Hamburg (ohne „Taxen“) erst rd. 6000 Personenkraftwagen und 3 Jahre darauf, im Juli 1930, etwa 11 500. Als später die Motorisierung wesentlich weiter vorgeschritten war, als im Jahre 1935 18 500 Personenkraftwagen gezählt wurden, eben dann wurde die drastische Verminderung des Kraftdroschkenbestandes von rd. 1300 auf 700 verfügt. Von diesem Wendepunkt an bis zum Kriegsbeginn hat aber der PKW-Bestand noch enorm zugenommen; bis zum Jahre 1938 war er auf 38 500 (in Groß-Hamburg) gestiegen. Wenn auch jetzt dieser Bestand noch nicht wieder ganz erreicht worden ist — am 1. Oktober 1951 waren in Hamburg 33 500 PKWs (immer ohne „Taxen“) zugelassen —, so sind wir doch nicht mehr sehr weit davon entfernt.

Man muß sich des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des allgemeinen Personenkraftfahrzeugverkehrs und dem Kraftdroschkenbestand bewußt bleiben, zumal wenn, was schon in naher Zeit sehr wohl möglich ist, die Zahl der PKWs noch beträchtlich größer werden sollte.

Wollte man die „Taxen“-Statistik vertiefen, müßten Anschreibungen über die Zahl der Fahrgäste oder noch besser: über die Zahl der gefahrenen Personenkilometer gemacht werden (ähnlich wie bei den Massenverkehrsmitteln). Aber daran ist praktisch wohl kaum zu denken.

Einen gewissen Einblick in das zeitliche Auf und Ab der Nachfrage vermag allerdings die Geschäftsstatistik der Auto-Ruf G. m. b. H. zu geben. Der „Auto-Ruf“ schafft bekanntlich die Möglichkeit, über die Fernsprechzentrale der Gesellschaft eine „Taxe“ von einem dem Besteller nahe gelegenen Standplatz herbeizurufen. Mit 20 „Signalapparaten“ fing die Gesellschaft im Jahre 1911 an. Vor dem letzten Kriege verfügte sie über 80 „Automaten“; heute sind 53 in Betrieb. Die Zahl der telefonischen Vermittlungen einer „Taxe“ durch die Auto-Ruf G. m. b. H. wurde für das Jahr 1938 mit 980 300, für das Jahr 1950 mit 691 023 registriert. Auf je 1 Kraftdroschke kamen also im Jahre 1938 1148 „Auto-Ruf“-Bestellungen, im Jahre 1950 hingegen 569, somit nur $\frac{1}{2}$ soviel. Ob dieser Rückgang von 50 v. H. auch Ausdruck für einen Beschäftigungsrückgang je Kraftdroschke in etwa gleichem Ausmaß ist, muß eine offene Frage bleiben, eben weil über die Gesamtzahl der Fahrgäste keine weiteren Anhaltspunkte vorliegen. In dem Rückgang der Telefonbestellungen liegt aber zumindest ein beachtliches Symptom, obschon die Zahl der mit Autoruf versehenen Standplätze noch um ein Drittel hinter den Vorkriegsverhältnissen zurückbleibt.

Damit kommen wir zu dem letzten Merkmal der „Taxen“-Statistik, zu der Zahl der zugelassenen Standplätze überhaupt. Es war von jeher gewerblich und verkehrspolizeilich verpönt, daß die Droschken, wenn sie „frei“ waren, im Verkehrsfluß langsam nah dem Kantstein fahrend, Fahrgäste suchten (im Gewerbe nennt man das „litzen“). Schon die polizeiliche Droschkenordnung vom 23. April 1884 verbot „das Umherfahren in den Straßen, um Fahrgäste anzuwerben“. Die Zahl der Standplätze ist somit von großer Wichtigkeit. Sie betrug im Jahre 1937 bei einer Droschkenzahl von 885 (in Groß-Hamburg) 465; seitdem haben sich beide Zahlen in umgekehrter Richtung verändert: für 1215 Kraftdroschken im Jahr 1950 waren nur 231 Standplätze zur Verfügung. Die starke Zunahme des Gesamtverkehrs im Hamburger Straßennetz, die zwingende Notwendigkeit, Parkplätze für den allgemeinen Autoverkehr freizuhalten, hat die Verkehrspolizei veranlaßt, die Zahl der Standplätze für Kraft-

droschken niedrig zu halten. Vom Gewerbe aus gesehen, dürfte dies ein Nachteil sein, denn auch Gelegenheit macht „Taxigäste“.

Übersicht 20

Die Zahl der Kraftdroschken und Standplätze in den Jahren 1927 bis 1938 und 1948 bis 1951 (bis 1936 für Hamburg alten Gebietsumfangs)

Jahr	Zahl der		Jahr	Zahl der	
	Kraftdroschken	Standplätze		Kraftdroschken	Standplätze
1927	1 229	206	1935	709	337
1928	1 263	222	1936	711	354
1929	1 281	272	1937	885	465
1930	1 288	303	1938	854	.
1931	1 295	315	1948	441	.
1932	1 291	324	1949	817	85
1933	1 289	329	1950	1 215	231
1934	1 286	334	1951	1 332	252

Übersicht 21

Die Zahl der Droschken-Halteplätze in Hamburg (nach dem Stand vom 25. 10. 1951)

Gebiet	Hauptstände		Anschlußposten (Res.-Posten für die Hauptstände)	Stände bei besonderen Veranstaltungen	Zusätzliche Nachtposten	Zusammen
	insgesamt	davon mit Autoruf				
Abschnitt I Langenhorn, Fuhlsbüttel, Lokstedt, Niendorf, Gr. Borstel, Eppendorf, Winterhude	26	11	7	2	—	35
Abschnitt II Eimsbüttel, Harvestehude, Rothenbaum	28	11	2	4	1	35
Abschnitt III Altstadt, Neustadt, St. Pauli	39	9	11	9	7	66
Abschnitt IV Borgfelde, St. Georg, Hohenfelde, Uhlenhorst, Eilbek, Barmbek	33	12	11	—	3	47
Abschnitt V Hamm, Horn, Billstedt, Rothenburgsort	4	3	1	—	—	5
Abschnitt VI Stellingen, Eidelstedt, Bahrenfeld, Flottbek, Nienstedten, Blankenese, Rissen	16	4	4	3	—	23
Abschnitt VII Altona	8	5	3	2	1	14
Abschnitt VIII Heimfeld, Harburg, Neugraben	9	4	2	—	1	12
Abschnitt IX Bergedorf	1	1	—	—	—	1
Abschnitt X Wandsbek, Farmsen, Volksdorf, Wellingsbüttel, Poppenbüttel	10	5	1	1	—	12
Abschnitt XI Veddel, Wilhelmsburg	2	2	—	—	—	2
zusammen	176	67¹⁾	42	21	13	252

¹⁾ davon 53 in Betrieb

Der heutige gültige **Fahrpreistarif** der Kraftdroschken ist im hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22 vom 3. Juli 1951 abgedruckt. Er ist mit allen Fahrpreisdifferenzierungen (Grund-

gebühr von 80 Pfennig vorweg, dann 10 Pfennig für je 125—220 m oder 2,5 Minuten Wartezeit) und allen Nebenbestimmungen zu umfangreich, um hier wiedergegeben zu werden.

Kraftdroschken gibt es in der Hafenstadt Hamburg nicht nur zu Lande, es gibt sie auch zu Wasser. **Wasserdroschken** nennt man sie; in Wirklichkeit sind es kleine Barkassen. „Here are the tax-boats for everybody“ heißt die beschilderte Anpreisung für Ausländer an der Hamburger „Küste“. Die Standorte der Wasserdroschken sind: Meßberg, St. Pauli-Uhrturn, Rosenbrücke, Fähre VII, Schaartor, Steinhöft, Altona Landungsbrücken, Neumühlen.

Am 1. Oktober 1951 waren 74 Wasserdroschken im Hamburger Hafen zugelassen. Sie haben einen Fahrpreistarif nach Zeitstunden. Der seit dem 19. Oktober 1951 gültige Tarif lautet:

	von 6—20 Uhr je Stunde	von 20—6 Uhr je Stunde
	(bei halben Stunden und angebrochenen halben Stunden die Hälfte)	
1—4 Personen	7,95 DM	10,25 DM
jede weitere Person	1,10 DM	1,65 DM

Abschluß

Einen so vielgliederigen Zahlenstoff wie den hier behandelten in eine Zusammenfassung drängen zu wollen, würde nur auf eine wahrscheinlich ermüdende Wiederholung zahlreicher Einzelkenntnisse hinauslaufen, von denen wiederum viele ihre Bedingtheiten haben, die ebenfalls wiederholend genannt werden müßten. Darauf sei deshalb zugunsten der Einzeldarstellungen verzichtet. Jedoch lockt es den Statistiker, in einem runden Zahlenausdruck zu sagen, wieviel Menschen täglich in und um Hamburg auf Schienenbahnen, Omnibussen und Schiffen „unterwegs“ sind. Dies soll dem Leser hier noch vor Augen geführt werden.

Es stellt sich freilich gleich die hemmende Frage ein: Wie soll bei den Zeitkarten gezählt werden? Die **Hamburger Hochbahn A. G.** bringt bei ihren Verkehrsmitteln die **Wochenkarten**, weil „übergestiegen“ werden kann, mit 15—16 Fahrten in Ansatz, die **S-Bahn** bewertet sie mit 14, die **Hadag**, die „**Altona-Kaltenkirchener**“, die „**Bergedorf-Geesthachter**“ und die „**Süd-Stormarnsche**“ rechnen mit 12 Fahrten. Und die **Monatskarte** zählt für die **U- und W-Bahn** etwa 80, bei der **Straßenbahn** etwa 100, bei der **Hadag** und der **S-Bahn** = 60 und bei den **3 Nebenbahnen** = 50 Fahrten. Die **Monats-Netzkarte** der **HHA** geht mit einer etwa 160fachen Benutzung in die Statistik ein. Der **HHA-„Übersteiger“** zu 35 Pfg., um diese Gattung des Einzelfahrscheins noch zu nennen, wird mit 2—3 Fahrten bewertet, weil mit ihm auf 2 bis 3 verschiedenen Verkehrsmitteln gefahren werden kann. Da die Zahl der Fahrten oder der „Reisen“ (wie es offiziell heißt) statistisch immer mit der Zahl der beförderten Personen identisch ist, wird der „Übersteigende“ so gezählt, als ob er 2- bis 3mal statistisch neu in die Erscheinung trete.

Die verschiedenen Berechnungsarten sollen hier nicht kritisch gegeneinander abgewogen werden. Dazu ist hier nicht der Raum. Aber daß die Unterschiede bestehen, muß an dieser Stelle — wo für das hamburgische Verkehrsnetz die Gesamtzahl der Beförderten zu nennen ist — doch hervorgehoben werden. Die Verkehrsträger gründen ihre Berechnungsmethoden auf Verkehrszählungen und auf allgemeine Erfahrungen. Z. B. ist für die höhere statistische Bewertung der Straßenbahn-Monatskarte geltend zu machen, daß das Netz der Straßenbahnen mehr zu Gelegenheitsfahrten anregt als die Streckenführung der elektrischen **S-Bahn**. Aber wir wollen uns hier nicht wieder mit Einzelheiten befassen. So wie die Verkehrszahlen aus der Betriebsstatistik der Verkehrsunternehmen hervorgehen, sollen sie hier zur Addition kommen. Nachstehend die Daten für das Jahr 1950 und aus 1951 die für den Monat September:

Verkehrsunternehmen	Beförderte Personen (Zahl der Fahrten)	
	1950	September 1951
HHA	451 382 071	34 971 763
Hadag	15 497 737	1 474 605
S-Bahn	132 770 952	10 797 196
AKN	2 449 982	196 000
BGE		
Eisenbahn	2 482 462	152 000
Omnibus	3 848 561	386 000
Südst. Kreisbahn		
Eisenbahn	714 380	31 968
Omnibus	2 387 171	217 384
insgesamt	611 533 316	48 226 916

Jahres- und Monatszahlen sind die Größenordnungen, mit denen die Verkehrsstatistik hauptsächlich arbeitet. Eine lebendige Anschauung vom Umfang des Verkehrs vermitteln sie ohne weiteres nicht. Wohl aber, wenn man sie in Tageszahlen umsetzt.

Werktage und Sonntage bringen allerdings unterschiedliche Verkehrsfrequenzen, aber darüber soll hinweggesehen werden (die Unterschiede darf man auch nicht überschätzen).

Die Ingesamt-Zahl von 1950 durch 365 geteilt, ergibt eine tagesdurchschnittliche Frequenz von 1 675 434 Beförderungsfällen, die Ingesamt-Zahl vom Monat September 1951 ergibt einen **Tagesdurchschnitt von 1 607 564 Fahrten** (der Verkehrsrückgang bei der Straßenbahn nach der Tarifreform vom Oktober 1950 deutet sich auch hier an).

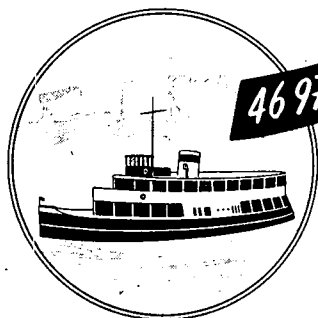
Also rund 1,6 Mill. Beförderungsfälle „ereignen“ sich täglich. 1,6 Mill. — das ist auch die Einwohnerzahl Hamburgs nach der letzten Volkszählung (genau 1 605 606). Man könnte also sagen: Jeder Hamburger fährt täglich einmal. Aber diese Aussage wäre rechnerisch zu grob. Sie geht auch am Leben vorbei. Wer fährt, fährt meistens zweimal oder noch mehr; er fährt hin und zurück. Die Bevölkerung ist überdies sehr ungleich am Verkehr beteiligt. Die Berufstätigen, soweit sie nicht auf ihrem Wohngrundstück oder in einiger Nähe davon arbeiten, benutzen die öffentlichen Verkehrsmittel durchweg regelmäßig. Die Hausfrauen, die Kinder und die alten Leute fahren im allgemeinen

nicht viel. Im übrigen reicht bekanntlich das Einflußgebiet der Verkehrsunternehmen über die hamburgischen Grenzen hinaus — wir haben gesehen, welche gesteigerte Bedeutung dies seit den Zerstörungen im Hamburger Kerngebiet hat.

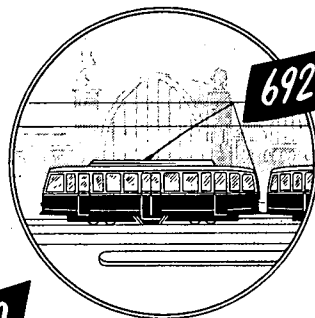
Wenn wir davon ausgehen, daß im allgemeinen jeweils zweimal — hin und zurück — gefahren wird, dann sind in Hamburg täglich 800 000 Menschen „unterwegs“. Vielleicht ist die Zahl übersteigert; denn wenn im rechnerischen Durchschnitt der einzelne Beteiligte jeweils nicht 2, sondern $2\frac{1}{2}$ Fahrten machen sollte, wenn z. B. jeder Zweite jeweils nicht zweimal, sondern dreimal fährt (das „Übersteigen“ hier nicht gesondert gerechnet), dann sind an 1,6 Mill. Beförderungsfällen natürlich erheblich weniger, nämlich „nur“ 640 000 Menschen beteiligt. Rund 650 000 bis 800 000 dürften die Grenzwerte sein. **650 000 bis 800 000 Menschen sind demnach auf hamburgischen Nahverkehrsmitteln tagesein tagaus in Bewegung.** Gemessen an dem Bevölkerungsstand Hamburgs und seiner Umgebung im Umkreis von 20 bis 30 km, bedeutet dies, das jeder zweite bis dritte Einwohner täglich ein öffentliches Nahverkehrsmittel benutzt.

Dr. Urban

Täglich werden befördert:



46 970

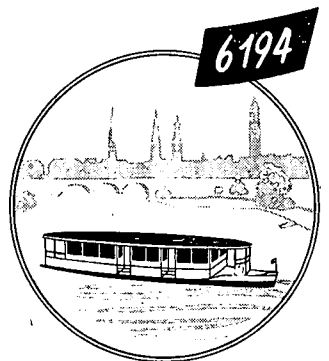


692 912

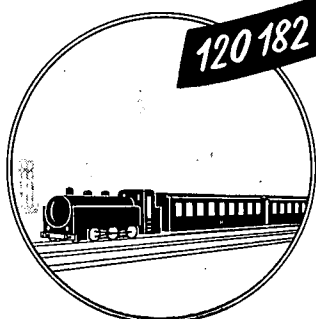
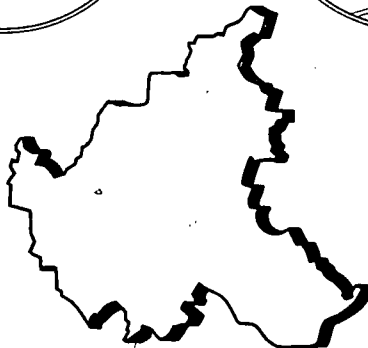


421 415

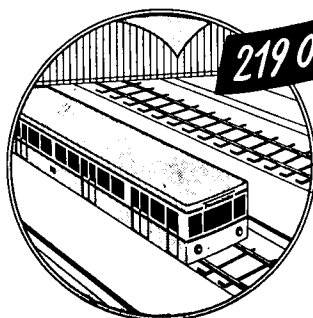
*insgesamt
(TAGESDURCHSCHNITT NOVEMBER 1951)
1 609 808*



6194



120 182



219 008

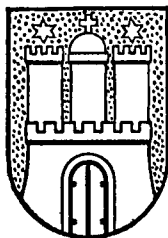


103 127

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 15. Januar 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 2

INHALT: 1. Die Kleingartensiedlungen im Gebiet der Hansestadt Hamburg
2. Die Haus- und Kleingärten in der Hansestadt Hamburg

Die Kleingartensiedlungen im Gebiet der Hansestadt Hamburg

(Ergebnisse der Volkszählung vom 13. September 1950)

- Dauerbewohner, Parzellen, Wohnungen und Gebäude -

Vor dem zweiten Weltkriege war das dauernde Bewohnen der Wohnlauben oder anderer Gebäude in Kleingärten in Hamburg, wie im übrigen Reichsgebiet, grundsätzlich verboten und nur in Ausnahmefällen gestattet. Jeder Kleingärtner mußte außerhalb des Kleingartens eine ständige Wohnung haben und durfte im allgemeinen in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 15. April nicht in seiner Wohnlaube übernachten.¹⁾

Diese Einschränkungen ließen sich nicht mehr aufrechterhalten, nachdem während des Krieges zahlreiche Wohnungen in der Stadt durch Luftangriffe zerstört waren.²⁾ Die Kleingärtner, die ihre Wohnung verloren hatten und glückliche Besitzer einer Sommerlaube waren, verlegten zum großen Teil ihre ständige Wohnung in ihren Kleingärten. Durch Ausbau der Sommerlauben zu ständigen, winterfesten Wohnungen oder durch Errichtung von Behelfsheimen in den Kleingärten konnte in vielen Fällen eine Dauerwohnung geschaffen werden. Viele der dort zunächst nur behelfsmäßig untergebrachten Familien wohnen auch heute noch dort. Es ist nicht damit zu rechnen, daß bald eine Rückwanderung in die Stadt in größerem Umfange einsetzen wird, vielmehr versuchen die Kleingärtner noch immer durch Verbesserung ihrer Gebäude und Wohnungen die Voraussetzungen für dauerndes Verbleiben unter ausreichenden Wohnverhältnissen zu schaffen.

Der Bau von Behelfsheimen oder anderen Notgebäuden sowie die Umwandlung und der Ausbau von Sommerlauben zu Dauerwohngebäuden ist während des Krieges und nach dem Kriege vielfach ohne baupolizeiliche Genehmigung und häufig ohne Berücksichtigung der baupolizeilichen Vorschriften

geschehen, so daß die dadurch gewonnenen Gebäude und Wohnungen auch heute noch oft den Charakter von Primitivbauten und -wohnungen haben. Durch schärfere Handhabung der baupolizeilichen Vorschriften und mit Unterstützung der im August 1949 gegründeten Wohnungsgenossenschaft „Sozialer Wohnungsbau Hamburg“ sind die Wohnverhältnisse in den Kleingärten in den letzten Jahren aber erheblich verbessert worden; ein weiterer Zugang von Not- oder Behelfswohnungen in Kleingärten wird hierdurch für die Zukunft unterbunden.

Der Umfang, den die Besiedlung der Kleingärten mit Dauerbewohnern seit 1943 angenommen hat, ist erstmals im Laufe des Jahres 1949 durch eine Erhebung des Amtes für Wohnungswesen ermittelt worden. Durch diese Erhebung sollten alle Behelfs- und Primitivbauten in der Hansestadt Hamburg festgestellt werden, sie beschränkte sich also nicht nur auf die Kleingärten, sondern umfaßte auch die Behelfsheime, Wohnunterkünfte, Schnellbauwohnungen usw. außerhalb von Kleingärten. Nach dieser Erhebung sind im Gebiet der Hansestadt Hamburg in organisierten Kleingartenvereinen 24 156 be-

¹⁾ S. Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung v. 31. 7. 1919 (R.G.Bl. 1919, S. 1371), Gesetz zur Änderung der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung v. 26. 6. 35 (R.G.Bl. 1935, S. 809) und Änderungsgesetz hierzu v. 2. 8. 1940 (R.G.Bl. 1940, S. 1074), Hamburgische Verordnungen: Baupolizeiverordnung v. 14. 6. 1938 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1938, S. 69) und Verordnung der Landherrenschaft v. 10. 6. 1931 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt v. 28. 6. 1931, S. 156).

²⁾ Aufhebung der einschränkenden Verordnungen: Erlaß des Reichsarbeitsministers v. 22. 10. 1943 (R.A.Bl. 1943 v. 5. 11. 1943, S. 527) und Erlasse des Reichswohnungskommissars v. 27. 6. 1944 (Deutsches Wohnungshilfswerk 1944 Nr. 11, S. 10) und v. 14. 7. 1944 (Deutsches Wohnungshilfswerk 1944 Nr. 13, S. 4).

wohnte Bauten mit 73 541 Dauerbewohnern und 192 bewohnte Gebäude mit 636 Dauerbewohnern in nicht organisierten Kleingärten gezählt worden. Hierzu kommen noch 293 bewohnte Gebäude mit 929 Dauerbewohnern, die in der Kleingartenvereinigung „Bundesbahn—Landwirtschaft“ zusammengefaßt sind. Bei den organisierten Kleingärten handelt es sich um Kleingartenvereine, die dem Landesbund Hamburg der Kleingärtner angehören und deren Gärten in geschlossener Form liegen, oder in Kolonien zusammengefaßt sind. Zu den unorganisierten gehören Kleingärten mit Einzelpachtverträgen, deren Kolonien zwar ebenfalls in geschlossener Form liegen, aber keine Vereine bilden. Hausgärten, in denen z. T. ebenfalls Behelfsbauten errichtet sind, gelten in diesem Zusammenhang nicht als Kleingärten.

1. Die Kleingartenvereine und Kleingartenparzellen

Im Rahmen der Volkszählung konnten nur die Kleingärten, die zu organisierten, d. h. in Kleingartenvereinen zusammengeschlossenen Kleingartensiedlungen gehören, gesondert, erfaßt werden.

Bei der Volkszählung bestanden in Hamburg **309 Kleingartenvereine**, von denen viele aus mehreren Kolonien gebildet wurden; die Zahl der Kolonien dieser Vereine, soweit sie im Gebiet der Hansestadt Hamburg gelegen sind, betrug im September 1950 793 Kolonien. Diese Vereine und Kolonien umfaßten **56 381 Kleingartenparzellen**.¹⁾ Die meisten Parzellen weist der Kleingartenverein „Horner Geest e. V.“ mit 1154 auf, dagegen ist im

¹⁾ In diesen Zahlen sind 10 Vereine mit 13 Kolonien und 1353 Parzellen der Kleingartenvereinigung „Bundesbahn—Landwirtschaft“ enthalten.

Übersicht 1

Die Parzellen und Gebäude in den Kleingartensiedlungen

Bezirke Ortsämter	Parzellen	Gebäude in Kleingärten	Auf 100 Parzellen kommen Gebäude	Von den Gebäuden in Kleingärten waren				
				Wohngebäude davon			unbewohnte Nichtwohngebäude	
				Dauerbauten überhaupt	v. H.	Behelfs- bauten überhaupt	überhaupt	v. H.
1 Hamburg-Mitte	12 807	8 070	63	744	9,22	7 198	128	1,59
<i>davon im</i>								
O.A. Billstedt	7 573	5 546	73	562	10,13	4 912	72	1,30
O.A. Veddel-Rothenburgsort	1 346	946	70	90	9,51	847	9	0,95
O.A. Finkenwerder	3 284	1 107	34	64	5,78	1 027	16	1,45
Restgeb. des Bezirks	604	471	78	28	5,94	412	31	6,58
2 Altona	5 788	2 421	42	196	8,10	2 209	16	0,66
<i>davon im</i>								
O.A. Blankenese	1 244	823	66	89	10,81	722	12	1,46
Restgeb. des Bezirks	4 544	1 598	35	107	6,70	1 487	4	0,25
3 Eimsbüttel	7 312	2 790	38	215	7,71	2 549	26	0,93
<i>davon im</i>								
O.A. Lokstedt	4 079	1 452	36	98	6,75	1 343	11	0,76
O.A. Stellingen	3 130	1 330	42	115	8,65	1 200	15	1,13
Restgeb. des Bezirks	103	8	8	2	25,00	6	—	—
4 Hamburg-Nord	9 310	3 683	40	347	9,42	3 304	32	0,87
<i>davon im</i>								
O.A. Barmbek-Uhlenhorst	1 199	643	54	70	10,89	563	10	1,56
O.A. Fuhlsbüttel	1 589	553	35	53	9,58	494	6	1,08
Restgeb. des Bezirks	6 522	2 487	38	224	9,01	2 247	16	0,64
5 Wandsbek	11 078	7 865	71	797	10,13	6 982	86	1,09
<i>davon im</i>								
O.A. Bramfeld	5 093	3 377	66	336	9,95	3 024	17	0,50
O.A. Alstertal	772	521	67	22	4,22	495	4	0,77
O.A. Walddörfer	170	142	84	10	7,04	132	—	—
O.A. Rahlstedt	64	48	75	10	20,83	38	—	—
Restgeb. des Bezirks	4 979	3 777	76	419	11,09	3 293	65	1,72
6 Bergedorf	1 923	788	41	49	6,22	733	6	0,76
<i>davon im</i>								
O.A. Vier- und Marschlande	851	697	82	41	5,88	650	6	0,86
Restgeb. des Bezirks	1 072	91	8	8	8,79	83	—	—
7 Harburg	8 163	2 196	27	148	6,74	2 022	26	1,18
<i>davon im</i>								
O.A. Wilhelmsburg	3 884	930	24	50	5,38	865	15	1,61
Restgeb. des Bezirks	4 279	1 266	30	98	7,74	1 157	11	0,86
Hansestadt Hamburg insges.	56 381	27 813	49	2 496	8,97	24 997	320	1,15

Verein „Horner Marsch e. V.“ die Zahl der Bewohner mit 2782 Personen am größten. In manchen Vereinen erreicht die Zahl der Bewohner die Einwohnerzahlen größerer Gemeinden, oder ganzer Hamburger Stadtteile. So hat der Verein „Horner Geest e. V.“ mehr Bewohner als die Hamburger Stadtteile Curslack oder Altengamme oder die Gemeinde Maschen.

Die Bebauungsdichte der Parzellen ist in den Kleingartenvereinen sehr unterschiedlich. Viele Parzellen sind unbebaut, in manchen Kleingartenvereinen weist aber jede Parzelle ein Gebäude aus, und in einigen Vereinen sind sogar Parzellen mit mehr als einem Gebäude vorhanden. Von den beiden oben genannten größten Kleingartenvereinen hat der Verein „Horner Marsch e. V.“ auf 100 Parzellen 83 Gebäude und „Horner Geest e. V.“ 55 Gebäude.

Man kann wohl annehmen, daß eine Kleingartenparzelle in der Regel nur von einem Haushalt ausgenutzt wird. Bei 56 381 Parzellen und einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,48 Personen kann man die Zahl der Personen, die am Kleingartenbau in organisierten Vereinen interessiert sind auf **rund 140 000 Personen oder 8,7 v. H. der Hamburger Bevölkerung** schätzen. Dies ist aber nur ein geringer Teil der Bevölkerung, der am Gartenbau interessiert ist, da die Zahl der Hausgärten weit größer ist als die der Parzellen in organisierten Kleingärten. Hierüber wird in dem folgenden Aufsatz in diesem Heft noch näher berichtet.

Übersicht 2

Die bewohnten Behelfsbauten in Kleingartensiedlungen nach Gebäudearten

Bezirke Ortsämter	Zahl der bewohnten Behelfsbauten in Kleingartensiedlungen		Von den bewohnten Behelfsbauten in Kleingartensiedlungen waren							
			bewohnte Behelfsheime				bewohnte Wohnlauben		Sonstige	
			über 30 qm		unter 30 qm					
überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	
1 Hamburg-Mitte	7 198	28,79	3 726	51,76	2 574	35,76	816	11,34	82	1,14
<i>davon im</i>										
O.A. Billstedt	4 912	19,65	2 576	52,44	1 799	36,62	489	9,96	48	0,98
O.A. Veddel-Rothenburgsort	847	3,38	497	58,68	298	35,18	45	5,31	7	0,83
O.A. Finkenwerder	1 027	4,11	393	38,27	344	33,49	268	26,10	22	2,14
Restgeb. des Bezirks	412	1,65	260	63,11	133	32,28	14	3,40	5	1,21
2 Altona	2 209	8,84	1 112	50,34	592	26,80	478	21,64	27	1,22
<i>davon im</i>										
O.A. Blankenese	722	2,89	315	43,63	162	22,44	234	32,41	11	1,52
Restgeb. des Bezirks	1 487	5,95	797	53,60	430	28,92	244	16,41	16	1,07
3 Eimsbüttel	2 549	10,20	1 225	48,06	881	34,56	407	15,97	36	1,41
<i>davon im</i>										
O.A. Lokstedt	1 343	5,37	600	44,67	493	36,71	228	16,98	22	1,64
O.A. Stellingen	1 200	4,80	622	51,83	385	32,08	179	14,92	14	1,17
Restgeb. des Bezirks	6	0,03	3	50,00	3	50,00	—	—	—	—
4 Hamburg-Nord	3 304	13,22	1 833	55,48	1 045	31,63	363	10,99	63	1,90
<i>davon im</i>										
O.A. Barmbek-Uhlenhorst	563	2,25	346	61,46	172	30,55	39	6,93	6	1,06
O.A. Fuhlsbüttel	494	1,98	255	51,62	158	31,98	71	14,37	10	2,03
Restgeb. des Bezirks	2 247	8,99	1 232	54,83	715	31,82	253	11,26	47	2,09
5 Wandsbek	6 982	27,93	3 577	51,23	2 147	30,75	1 136	16,27	122	1,75
<i>davon im</i>										
O.A. Bramfeld	3 024	12,10	1 627	53,80	892	29,50	446	14,75	59	1,95
O.A. Alstertal	495	1,98	262	52,93	109	22,02	120	24,24	4	0,81
O.A. Walddörfer	132	0,53	63	47,73	33	25,00	35	26,51	1	0,76
O.A. Rahlstedt	38	0,15	14	36,84	21	55,26	3	7,90	—	—
Restgeb. des Bezirks	3 293	13,17	1 611	48,92	1 092	33,16	532	16,16	58	1,76
6 Bergedorf	733	2,93	309	42,15	255	34,79	149	20,33	20	2,73
<i>davon im</i>										
O.A. Vier- und Marschlande	650	2,60	265	40,77	230	35,39	136	20,92	19	2,92
Restgeb. des Bezirks	83	0,33	44	53,01	25	30,12	13	15,66	1	1,21
7 Harburg	2 022	8,09	889	43,97	606	29,97	463	22,90	64	3,16
<i>davon im</i>										
O.A. Wilhelmsburg	865	3,46	411	47,51	322	37,23	112	12,95	20	2,31
Restgeb. des Bezirks	1 157	4,63	478	41,31	284	24,55	351	30,34	44	3,80
Hansestadt Hamburg insges.	24 997	100	12 671	50,69	8 100	32,40	3 812	15,25	414	1,66

2. Die Gebäude und Wohnungen in Kleingartensiedlungen

Auf den 56 381 Kleingartenparzellen sind 27 813 Gebäude gezählt worden, davon waren 27 493 Wohngebäude; das bedeutet, daß 14,8 v. H. der Gesamtgebäude Hamburgs oder 18,1 aller Wohngebäude im Gebiet der organisierten Kleingärten liegt. Diese Zahlen beweisen die große Bedeutung, die der Besiedlung der Kleingärten im Hinblick auf die bestehende große Wohnungsnot zukommt. Die Hauptmasse der Gebäude, nämlich 25 317 oder rd. 91,0 v. H. sind Behelfsbauten. Die Zahl der Dauerbauten beträgt 2 496 Gebäude oder rd. 9,0 v. H. Relativ gering ist der Anteil der Nichtwohngebäude, es handelt sich hierbei um 320 unbewohnte Gebäude oder rd. 1,2 v. H., ein Beweis, daß die Besiedlung der Kleingärten in erster Linie zu Wohnzwecken durchgeführt worden ist und die gewerbliche Nutzung von Gebäuden und Räumen verhältnismäßig gering ist (s. Übersicht 1).

Gliedert man die Behelfsbauten nach ihrer Art, so zeigt sich, daß sich hierunter 12 671 oder rd. 50 v. H. Behelfsheime mit über 30 qm Wohnfläche und 8 100 oder rd. 32 v. H. Behelfsheime mit unter 30 qm befinden. Weitere 3 812 oder 15,2 v. H. der Wohngebäude sind Wohnlauben und 414 oder 1,6 v. H. Behelfsbauten bestehen aus Baracken, Nissenhütten und anderen behelfsmäßig zum Wohnen hergerichteten Bauwerken (s. Übersicht 2).

Nach den Richtlinien für die Wohnungszählung sind die Behelfsheime mit über 30 qm Wohnfläche zu den Normal- oder Dauerbauten gezählt worden. Rechnet man danach die in den Kleingartensiedlungen gezählten 12 671 Behelfsbauten dieser Art den 2 496 Dauerbauten zu, dann stehen 15 167 oder 54,5 v. H. Dauer- oder Normalbauten nur noch 12 646 oder 45,5 v. H. Behelfsbauten gegenüber. Obgleich ein Teil der größeren Behelfsheime noch einen sehr primitiven Charakter aufweist, kann man aus diesen Zahlen doch darauf schließen, daß die Wohnverhältnisse in den Kleingartensiedlungen bereits weitgehend eine Normalisierung erreicht haben und das Stadium des Behelfs nahezu überwunden ist. Durch laufende Verbesserungen und den An- und Ausbau der Behelfsbauten mit unter 30 qm Wohnfläche und der Wohnlauben, sowie durch Errichtung weiterer Normalbauten werden sich die Wohnverhältnisse im Kleingartengebiet aber noch weiter verbessern.

Vergleicht man diese Angaben mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung, wie sie im Heft 29 dieser Zeitschrift veröffentlicht sind, so zeigt sich, daß von 25 785 „Sonstigen Normalgebäuden“, die in der Hauptsache aus Behelfsheimen mit über 30 qm Wohnfläche bestehen, etwa die Hälfte (12 671 Gebäude oder 49,1 v. H.) in organisierten Kleingärten gelegen ist; das gleiche trifft auch für die 16 101 kleineren Behelfsheime mit unter 30 qm Wohnfläche zu, bei denen 8 100 oder etwas über 50 v. H. zu organisierten Kleingartenvereinen gehören. Bei den Wohnlauben ist dieser Anteil noch größer, denn von den 6 382 Wohnlauben, die überhaupt bei der Ge-

bäudezählung als bewohnt erfaßt sind, liegen 3 812 oder etwa 60 v. H. in organisierten Kleingärten. Bei den übrigen Gebäudearten ist der Anteil weit aus geringer.

Übersicht 3

Der Anteil der Behelfsbauten in den Kleingartensiedlungen an der Gesamtzahl der bewohnten Behelfsbauten in der Hansestadt Hamburg

Gebäudearten der bewohnten Behelfsbauten	bewohnte Behelfsbauten lt. Gebäudezählung in Hamburg	davon lagen in den Kleingartensiedlungen	
		überhaupt	v. H.
Behelfsheime über 30 qm	25 785	12 671	49,14
Behelfsheime unter 30 qm	16 101	8 100	50,31
Wohnlauben	6 382	3 812	59,73
Wohnbaracken	3 025	365	12,07
Nissenhütten	1 586	1	0,06
Bunker	143	21	14,69
Wohnwagen	441	19	4,31
Wohnschiffe	201	4	1,99
Sonstige	2 040	4	0,20
Bewohnte Behelfsbauten überhaupt	55 704	24 997	44,87

Fast alle bewohnten Gebäude in Kleingartensiedlungen enthalten entsprechend ihrer geringen Größe nur eine Wohnung. Bei einer Zahl von 27 493 bewohnten Gebäuden sind nur 27 789 Wohnungen gezählt worden, der Unterschied beträgt also nur 296. Der Anteil dieser Wohnungen in Kleingartensiedlungen an dem Gesamtbestand der Wohnungen in Hamburg beträgt 7,2 v. H. (s. Übersicht 4). Von den Notwohnungen in Notgebäuden, deren Gesamtzahl in Hamburg 37 161 ausmacht, entfällt aber ein weit größerer Teil auf die Kleingartensiedlungen. Wenn man nach den Grundsätzen der Wohnungszählung die Behelfsheime mit über 30 qm Wohnfläche nicht als Notgebäude zählt, obgleich sie trotz ihrer Größe vielfach noch den Charakter von Behelfsbauten haben, verbleiben noch rund 15 000 Notwohnungen in kleinen Behelfsheimen oder anderen Gebäudearten; das bedeutet, daß mehr als ein Drittel (40 v. H.) aller Notwohnungen in Notgebäuden, die im Gebiet der Hansestadt Hamburg festgestellt sind, im Gelände der organisierten Kleingartenvereine gelegen ist.

3. Die Bewohner und Haushaltungen in den Kleingartensiedlungen

In den 27 789 Wohnungen, die in organisierten Kleingärten gezählt worden sind, wohnten, wie Übersicht 5 zeigt, am 13. September 1950 insgesamt 84 689 Personen. Demnach hatten 5,3 v. H. der gesamten Wohnbevölkerung Hamburgs auf dem Gelände der Kleingartenvereine Wohnung oder Unterkunft gefunden. Die Bedeutung dieser Zahl kommt noch besser zum Ausdruck, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie größer ist als die Einwohnerzahl von Göttingen (rd. 78 000) oder Neumünster (rd. 73 000).

Die Gesamtzahl der Haushaltungen in Kleingärten betrug 32 522, oder 5,0 v. H. der Haushalts-

Wohnungen und Wohndichte in den Kleingartensiedlungen

Bezirke Ortsämter	Wohngebäude in Kleingarten- siedlungen	v. H. der Wohn- gebäude des Gebiets	Auf 1 Wohnge- bäude in Kleingarten- siedlungen entfallen ... Personen	Wohnungen in Kleingarten- siedlungen	v. H. der Wohnungen des Gebiets	Auf 1 Wohnung	
						entfallen ... Personen in Kleingarten- siedlungen	in Hamburg überhaupt
1 Hamburg-Mitte	7 942	35,6	3,19	7 990	12,6	3,17	3,79
<i>davon im</i>							
O.A. Billstedt	5 474	51,7	3,19	5 511	31,6	3,17	3,63
O.A. Veddel-Rothenburgsort	937	37,2	3,54	944	15,6	3,52	3,45
O.A. Finkenwerder	1 091	37,7	2,92	1 094	22,6	2,91	3,85
Restgebiet des Bezirks	440	7,0	3,12	441	1,3	3,11	3,91
2 Altona	2 405	10,5	2,98	2 418	3,9	2,97	4,29
<i>davon im</i>							
O.A. Blankenese	811	7,6	3,22	815	4,9	3,21	4,61
Restgebiet des Bezirks	1 594	13,0	2,86	1 603	3,5	2,84	4,17
3 Eimsbüttel	2 764	15,1	2,99	2 787	4,7	2,97	4,21
<i>davon im</i>							
O.A. Lokstedt	1 441	17,9	2,95	1 451	12,9	2,93	3,95
O.A. Stellingen	1 315	28,1	3,04	1 328	16,9	3,02	3,72
Restgebiet des Bezirks	8	0,1	2,50	8	0,02	2,50	4,38
4 Hamburg-Nord	3 651	15,8	3,08	3 687	4,2	3,05	4,02
<i>davon im</i>							
O.A. Barmbek-Uhlenhorst	633	11,3	3,02	639	2,4	2,99	3,74
O.A. Fuhlsbüttel	547	7,0	3,36	549	3,6	3,35	4,31
Restgebiet des Bezirks	2 471	25,3	3,04	2 499	5,5	3,01	4,09
5 Wandsbek	7 779	20,5	3,07	7 946	15,0	3,01	4,07
<i>davon im</i>							
O.A. Bramfeld	3 360	51,4	3,08	3 426	40,0	3,02	3,62
O.A. Alstertal	517	6,3	2,97	519	5,2	2,96	4,14
O.A. Walddörfer	142	3,1	2,96	142	2,4	2,96	4,64
O.A. Rahlstedt	48	0,9	3,31	48	0,7	3,31	4,58
Restgebiet des Bezirks	3 712	27,5	3,10	3 811	17,9	3,01	3,89
6 Bergedorf	782	8,2	2,83	783	4,4	2,83	4,52
<i>davon im</i>							
O.A. Vier- und Marschlande	691	14,2	2,83	692	11,2	2,82	4,79
Restgebiet des Bezirks	91	1,9	2,87	91	0,8	2,88	4,37
7 Harburg	2 170	12,3	3,04	2 178	5,1	3,03	3,92
<i>davon im</i>							
O.A. Wilhelmsburg	915	18,2	3,00	918	6,9	2,99	3,85
Restgebiet des Bezirks	1 255	9,9	3,08	1 260	4,3	3,06	3,96
Hansestadt Hamburg insges.	27 493	18,1	3,09	27 789	7,2	3,06	4,06

zahl Hamburgs; eine Haushaltung umfaßte also durchschnittlich 2,6 Personen. Die Durchschnittsgröße der Haushaltungen in Kleingartensiedlungen lag geringfügig über der durchschnittlichen Haushaltsgröße in Hamburg, die 2,48 Personen betrug. (Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1951, Heft 27). Diese Abweichung ist auf den geringen Anteil von Einpersonen-Haushaltungen in Kleingärten zurückzuführen, da infolge der vorwiegenden Bebauung mit Behelfsheimen und der geringen Größe der Wohnungen von den Wohnungsinhabern nur selten Untermietparteien aufgenommen werden konnten. Bei einer Betrachtung des Mietverhältnisses findet diese Tatsache ihre Bestätigung. Es überwiegt bei weitem die Zahl der Eigentümer- bzw. Hauptmieterhaushaltungen. Von den 32 522 Haushaltungen waren nur 4518 oder 13,9 v. H. Untermieterhaushaltungen, gegenüber einem Anteil von

39,2 v. H. für alle Hamburger Haushaltungen. Die durchschnittliche Belegung der Wohnungen in Kleingartensiedlungen bleibt deshalb auch mit 3,06 Personen niedriger als der Hamburger Durchschnitt, der 4,06 Personen je Wohnung beträgt. Jedes Wohngebäude in den Kleingärten ist mit durchschnittlich 3,09 Personen belegt.

4. Die Versorgungsanschlüsse der Gebäude in Kleingartensiedlungen

Der Anschluß der Gebäude in Kleingartensiedlungen an das Netz der Versorgungsanlagen ist, wie Übersicht 6 zeigt, recht unterschiedlich vorhanden. Während die Energieversorgung (Strom) in nahezu allen, nämlich 26 851 Gebäuden oder 96,5 v. H. hergestellt ist, haben 9913 Gebäude oder 35,6 v. H. Wasseranschluß und nur 1334 Gebäude oder 4,8 v. H. Gasanschluß.

5. Die Verteilung der Kleingartensiedlungen auf die Gebietsteile der Hansestadt Hamburg

Wie bei der Aufbereitung der Volks-, Wohnungs- und Gebäudezählung ist auch bei der Auszählung der Kleingartensiedlungen eine weitgehende gebietliche Gliederung vorgenommen worden. Sämtliche Übersichten sind nach allen Ortsteilen, in denen Kleingartensiedlungen gelegen

sind, aufbereitet; aus Raumgründen wird auf eine Wiedergabe der Ortsteilergebnisse zumeist verzichtet und nur eine Gliederung nach Bezirken und Ortsämtern gebracht.

Übersicht 1 zeigt, daß die Bezirke Hamburg-Mitte und Wandsbek am stärksten mit Kleingartensiedlungen durchsetzt sind. Fast die Hälfte, nämlich 42 v. H. aller Kleingartenparzellen

Übersicht 5

Die Wohnbevölkerung, die Zahl der Haushaltungen und das Mietverhältnis in den Kleingartensiedlungen nach Ortsteilen

Stadtteile ¹⁾ Bezirke Ortsämter ¹⁾	In den Ortsteilen Nr.		Dauerbewohner der Kleingartensiedlungen	v. H. der Wohnbevölkerung des Gebiets	Haushaltungen in Kleingartensiedlungen	v. H. der Haushaltungen des Gebiets	Auf eine Kleingartenhaushaltung entfallende Personen	Von den Haushaltungsvorständen in den Kleingartensiedlungen waren		
	neu	alt						Hauseigentümer bzw. Hauptmieter überhaupt	Untermieter überhaupt	v. H.
Bezirk 1 Hamburg-Mitte										
Hamm-Nord	124	509	41	0,5	15	0,5	2,7	12	3	20,0
Hamm-Mitte	126	511	145	11,8	55	12,1	2,6	47	8	14,5
Hamm-Süd	127	512	1 187	47,4	451	47,6	2,6	401	50	11,1
Horn	129	515	4 154	28,1	1 535	28,2	2,7	1 306	229	14,9
Horn	130	514	4 294	31,8	1 709	35,4	2,5	1 490	219	12,8
Billstedt	131	516	2 202	9,2	840	9,4	2,6	719	121	14,4
Billbrook	132	411 b	6 816	59,8	2 468	56,0	2,8	2 048	420	17,0
Billw.-Ausschlag	133	411 a	2 313	37,4	864	38,6	2,7	733	131	15,2
Veddel	135	409 b	776	8,7	287	8,5	2,7	230	57	19,9
Kl. Grasbrook	136	409 a	58	1,9	18	1,5	3,2	18	—	—
Waltershof	138	312 a	3 184	83,8	1 273	86,8	2,5	1 096	177	13,9
Finkenwerder	139	312 b	2	0,01	1	0,01	2,0	1	—	—
Bezirk 1 Hamburg-Mitte			25 172	10,4	9 516	9,3	2,6	8 101	1 415	14,9
davon im										
O.A. Billstedt			17 466	27,5	6 552	27,8	2,7	5 563	989	15,1
O.A. Veddel-Rothenburgsort			3 147	14,7	1 169	14,5	2,7	981	188	16,1
O.A. Finkenwerder			3 186	16,7	1 274	18,8	2,5	1 097	177	13,9
Restgebiet des Bezirks			1 373	1,0	521	0,8	2,6	460	61	11,7
Bezirk 2 Altona										
Altona-Nord	209	701	467	4,4	206	4,3	2,3	177	29	14,1
Ottensen	210	710	11	0,1	3	0,1	3,7	3	—	—
Ottensen	211	711	14	0,1	5	0,1	2,8	4	1	20,0
Bahrenfeld	214	716	2 575	16,9	1 018	17,0	2,5	847	171	16,8
Bahrenfeld	215	715	1 252	8,3	511	8,2	2,5	437	74	14,5
Bahrenfeld	216	714	38	0,3	15	0,3	2,5	13	2	13,3
Gr.-Flottbek	217	719	60	0,4	26	0,4	2,3	19	7	26,9
Othmarschen	218	720	242	1,8	105	2,0	2,3	94	11	10,5
Lurup	219	727	2 237	15,7	833	16,3	2,7	696	137	16,4
Osdorf	220	726	265	2,6	98	2,7	2,7	79	19	19,4
Sülldorf	225	724	112	2,8	46	3,3	2,4	41	5	10,9
Bezirk 2 Altona			7 273	2,7	2 866	2,6	2,5	2 410	456	15,9
davon im										
O.A. Blankenese			2 614	3,3	977	3,3	2,7	816	161	16,5
Restgebiet des Bezirks			4 659	2,4	1 889	2,3	2,5	1 594	295	15,6
Bezirk 3 Eimsbüttel										
Eimsbüttel	309	209	12	0,1	6	0,1	2,0	4	2	33,3
Rotherbaum	311	213	4	0,02	2	0,02	2,0	2	—	—
Harvestehude	313	212	4	0,02	3	0,03	1,3	3	—	—
Lokstedt	317	101	2 068	14,0	851	14,0	2,4	754	97	11,4
Niendorf	318	103	1 844	10,6	724	10,6	2,5	609	115	15,9
Schnelsen	319	102	334	2,7	113	2,3	3,0	94	19	16,8
Eidelstedt	320	717	903	6,6	331	6,6	2,7	282	49	14,8
Stellingen	321	718	3 101	19,6	1 219	19,2	2,5	1 065	154	12,6
Bezirk 3 Eimsbüttel			8 270	3,3	3 249	3,0	2,5	2 813	436	13,4
davon im										
O.A. Lokstedt			4 246	9,6	1 688	9,5	2,5	1 457	231	13,7
O.A. Stellingen			4 004	13,6	1 550	13,6	2,6	1 347	203	13,1
Restgebiet des Bezirks			20	0,01	11	0,01	1,8	9	2	18,2

¹⁾ Nur soweit hierin Kleingartensiedlungen vorhanden sind

Stadtteile ¹⁾ Bezirke Ortsämter ¹⁾	In den Ortsteilen Nr		Dauerbewohner der Kleingartensiedlungen	v. H. der Wohnbevölkerung des Gebiets	Haushaltungen in Kleingartensiedlungen	v. H. der Haushaltungen des Gebiets	Auf eine Kleingartenhaushaltung entfallen ... Personen	Von den Haushaltungsvorständen in den Kleingartensiedlungen waren		
	neu.	alt						Hauseigentümer bzw. Hauptmieter überhaupt	Untermieter überhaupt	v. H.

Bezirk 4 Hamburg-Nord

Hoheluft-Ost	402	118	21	0,3	8	0,2	2,6	6	2	25,0
Eppendorf	405	115	80	0,5	35	0,5	2,3	31	4	11,4
Gr.-Borstel	406	108	3 313	21,5	1 228	19,8	2,7	1 076	152	12,4
Alsterdorf	407	107	738	4,9	301	5,7	2,5	258	43	14,3
Winterhude	408	109	2 767	15,9	1 041	13,1	2,7	913	128	12,3
Winterhude	409	110	360	1,9	150	1,8	2,4	131	19	12,7
Winterhude	410	111	126	1,2	48	1,0	2,6	47	1	2,1
Winterhude	411	112	108	0,7	49	0,7	2,2	42	7	14,3
Uhlenhorst	415	614	10	0,1	3	0,1	3,3	3	—	—
Barmbek-Süd	419	610	57	1,3	26	1,5	2,2	23	3	11,5
Barmbek-Süd	421	609	8	0,3	5	0,5	1,6	4	1	20,0
Barmbek-Süd	422	608	8	0,5	4	0,7	2,0	4	—	—
Barmbek-Süd	423	607	23	0,5	8	0,5	2,9	7	1	12,5
Dulsberg	424	606	32	0,7	14	0,8	2,3	12	2	14,3
Dulsberg	425	605	525	5,8	198	6,0	2,7	165	33	16,7
Barmbek-Nord	426	604	614	14,8	236	14,6	2,6	199	37	15,7
Barmbek-Nord	427	603	8	0,1	3	0,1	2,7	3	—	—
Barmbek-Nord	428	602	248	2,7	104	2,8	2,4	87	17	16,3
Barmbek-Nord	429	601	376	2,6	159	2,8	2,4	134	25	15,7
Ohlsdorf	430	106	861	4,5	331	4,3	2,6	283	48	14,5
Fuhlsbüttel	431	105	543	2,6	209	2,4	2,6	180	29	13,9
Langenhorn	432	104	434	1,5	174	1,7	2,5	151	23	13,2
Bezirk 4 Hamburg-Nord			11 260	3,1	4 334	2,9	2,6	3 759	575	13,3
davon im										
O.A. Barmbek-Uhlenhorst			1 909	1,9	760	1,9	2,5	641	119	15,7
O.A. Fuhlsbüttel			1 838	2,7	714	2,7	2,6	614	100	14,0
Restgebiet des Bezirks			7 513	4,0	2 860	4,3	2,6	2 504	356	12,4

Bezirk 5 Wandsbek

Eilbek	502	504	2	0,2	1	0,3	2,0	1	—	—
Wandsbek	508	005	1287	13,4	474	12,6	2,7	415	59	12,4
Wandsbek	509	007	2870	31,0	1126	32,0	2,5	995	131	11,6
Marienthal	510	003	192	3,9	80	4,8	2,4	76	4	5,0
Marienthal	511	004	1137	16,1	445	17,0	2,6	362	83	18,7
Jenfeld	512	009	2129	20,9	781	26,7	2,7	646	135	17,3
Tonndorf	513	008	2685	19,9	1 081	20,3	2,5	928	153	14,2
Farmsen	514	011	1088	7,7	448	8,7	2,7	379	69	15,4
Bramfeld	515	010a	4517	18,5	1651	18,0	2,7	1489	162	9,8
Steilshoop	516	010b	5818	88,4	2268	89,2	2,6	1956	312	13,8
Sasel	518	019	878	6,4	335	6,5	2,6	297	38	11,3
Hummelsbüttel	520	017	660	13,6	257	14,4	2,6	228	29	11,3
Lemsahl-Mellingstedt	521	015	106	3,5	37	3,4	2,9	33	4	10,8
Bergstedt	524	014	289	7,1	118	8,0	2,5	101	17	14,4
Volksdorf	525	020	25	0,2	11	0,2	2,3	10	1	9,1
Rahlstedt	526	021	159	0,5	53	0,4	3,0	49	4	7,5
Bezirk 5 Wandsbek			23 942	10,8	9 166	11,1	2,6	7 965	1 201	13,1
davon im										
O.A. Bramfeld			10 335	33,3	3 919	33,4	2,6	3 445	474	12,1
O.A. Alstertal			1 538	3,7	592	3,8	2,6	525	67	11,3
O.A. Walddörfer			420	1,5	166	1,7	2,5	144	22	13,3
O.A. Rahlstedt			159	0,5	53	0,4	3,0	49	4	7,5
Restgebiet des Bezirks			11 490	13,0	4 436	13,8	2,6	3 802	634	14,3

Bezirk 6 Bergedorf

Lohbrügge	601	901	173	1,1	72	1,3	2,4	61	11	15,3
Bergedorf	603	903	89	0,5	34	0,5	2,6	29	5	14,7
Billwerder	611	908	1 941	43,8	788	49,8	2,5	689	99	12,6
Moorfleet	612	909a	13	0,8	6	1,2	2,2	5	1	16,7
Bezirk 6 Bergedorf			2 216	2,7	900	3,1	2,5	784	116	12,9
davon im										
O.A. Vier- u. Marschlande			1 954	6,4	794	8,8	2,5	694	100	12,6
Restgebiet des Bezirks			262	0,5	106	0,5	2,5	90	16	15,1

¹⁾ Nur soweit hierin Kleingartensiedlungen vorhanden sind

Stadtteile ¹⁾ Bezirke Ortsämter ¹⁾	In den Ortsteilen Nr.		Dauerbewohner der Kleingartensiedlungen	v. H. der Wohnbevölkerung des Gebiets	Haushaltungen in Kleingartensiedlungen	v. H. der Haushaltungen des Gebiets	Auf eine Kleingartenhaushaltung entfallen ... Personen	Von den Haushaltungsvorständen in den Kleingartensiedlungen waren		
	neu	alt						Hauseigentümer bzw. Hauptmieter überhaupt	Untermieter überhaupt	v. H.
Bezirk 7 Harburg										
Harburg	701	804	15	0,1	8	0,2	1,9	8	—	—
Harburg	702	803	325	1,9	133	1,9	2,4	112	21	15,8
Neuland	703	810a	952	36,0	353	38,6	2,7	309	44	12,5
Gut Moor	704	810b	111	37,1	35	38,0	3,2	34	1	2,9
Wilstorf	705	807	320	2,0	123	1,9	2,6	110	13	10,6
Rönneburg	706	809a	21	1,0	7	1,0	3,0	7	—	—
Marmstorf	709	808	63	1,8	25	1,9	2,5	20	5	20,0
Eißendorf	710	806	1 818	11,4	684	11,3	2,7	596	88	12,9
Heimfeld	711	805	236	1,1	86	1,1	2,7	76	10	11,6
Wilhelmsburg	712	801	1 377	3,9	510	3,9	2,7	449	61	12,0
Georgswerder	713	802a	1 318	8,6	527	9,8	2,5	451	76	14,4
Bezirk 7 Harburg			6 556	3,8	2 491	4,0	2,6	2 172	319	12,8
davon im										
O.A. Wilhelmsburg			2 695	5,2	1 037	5,5	2,6	900	137	13,2
Restgebiet des Bezirks			3 861	4,1	1 454	4,1	2,7	1 272	182	12,5
Hansestadt Hamburg insges.			84 689	5,3	32 522	5,0	2,6	28 004	4 518	13,9

¹⁾ Nur soweit hierin Kleingartensiedlungen vorhanden sind

liegen in diesen beiden Bezirken. Im Bezirk Hamburg-Mitte ragt besonders das Ortsamt Billstedt mit 7573 Kleingartenparzellen hervor; es weist damit unter den Ortsämtern weitaus am meisten Kleingartenparzellen auf. Im Bezirk Wandsbek umfaßt das Ortsamt Bramfeld 5093 Parzellen. Außer diesen beiden Ortsämtern heben sich noch im Bezirk Eimsbüttel das Ortsamt Lokstedt mit 4079 Parzellen und im Bezirk Harburg das Ortsamt Wilhelmsburg mit 3884 Parzellen heraus. Beim Bezirk Hamburg-Nord entfallen fast zwei Drittel der Kleingartenparzellen dieses Bezirks auf das „Restgebiet“, also auf die Stadtteile Groß Borstel, Eppendorf, Alsterdorf und Winterhude. Auch im Bezirk Altona liegt die Hauptmasse der Kleingartensiedlungen nicht in den Außengebieten, sondern in den Randgebieten Bahrenfeld und Othmarschen.

Die Kleingartenparzellen der Bezirke Hamburg-Mitte und Wandsbek weisen auch die größte **Bebauungsdichte** auf. Auf 100 Kleingartenparzellen kommen im Bezirk Hamburg-Mitte 63, im Bezirk Wandsbek sogar 71 Gebäude. Die niedrigste Bauungsdichte haben die Restgebiete des Bezirks Bergedorf und des Bezirks Eimsbüttel. Dieser geringe Anteil ist im Bezirk Bergedorf auf das Vorhandensein einer großen Zahl von Kleingartenparzellen zurückzuführen, die nur als Grabeland Verwendung finden, während die Kleingärten im Bezirk Eimsbüttel in der Stadt liegen und zum größten Teil unbewohnt sind.

Die Übersicht 2 gibt einen Überblick über den Stand, den der Behelfsheimbau in den einzelnen Bezirken und Ortsämtern erreicht hat. Sie läßt auch erkennen, in welchen Bezirken in erster Linie durch An- und Ausbau eine Verbesserung herbeigeführt werden mußte. Der Anteil der Behelfs-

heime mit über 30 qm ist nach dieser Auszählung mit 61,4 v. H. am höchsten im Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst und am niedrigsten mit 36,8 v. H. im Ortsamt Rahlstedt, in dem allerdings nur sehr wenig Behelfsheime in Kleingartensiedlungen gelegen sind. Die Behelfsheime unter 30 qm Wohnfläche treten anteilmäßig in den Ortsämtern Wilhelmsburg (37,2 v. H.) und Lokstedt (36,7 v. H.) am stärksten hervor; am wenigsten tritt diese Gebäudeart im Ortsamt Blankenese in Erscheinung, das dafür im Rahmen seiner Behelfsbauten den höchsten Anteil an Wohnlauben mit 32,4 v. H. aufweist.

Am klarsten tritt die Bedeutung, die die Kleingartenbesiedlung für die einzelnen Gebietsteile erlangt hat, bei einer Betrachtung der Übersichten 4 und 5 in Erscheinung. Der Anteil der **Wohngebäude** im Kleingartengebiet, der durchschnittlich 18,1 v. H. ausmacht, beträgt im Ortsamt Bramfeld 51,4 v. H. und im Ortsamt Billstedt 51,7 v. H. Von den **Wohnungen** in Billstedt entfallen 31,6 v. H. und in Bramfeld sogar 40 v. H. im Ortsamtsbezirk auf Wohnungen in Kleingärten.

In Übersicht 5 ist die Zahl der **Dauerbewohner** und die Zahl der **Haushaltungen** in ihrer gebietlichen Verteilung auf die Bezirke, Ortsämter und Ortsteile dargestellt, soweit in diesen Kleingartensiedlungen gelegen sind.

Von den **84 689 Dauerbewohnern** in Kleingärten wohnen allein 25 172 oder 29,7 v. H. im Bezirk Hamburg-Mitte und 23 942 oder 28,2 v. H. im Bezirk Wandsbek. Diese beiden Bezirke vereinigen also über die Hälfte oder 58 v. H. aller Kleingartenbewohner auf sich. Die Zahl der Kleingartenbewohner im Bezirk Hamburg-Mitte übersteigt die Einwohner-

Übersicht 6

Die Versorgungsanschlüsse der Gebäude
in Kleingartensiedlungen

Bezirk Ortsämter	Von den Gebäuden in Kleingartensiedlungen waren versorgt mit					
	Strom		Gas		Wasser	
	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.
1 Hamburg-Mitte	7 715	95,6	100	1,2	3 005	37,2
davon im						
O.A. Billstedt . . .	5 342	96,3	62	1,1	1 897	34,2
O.A. Veddel- Rothenburgsort	943	99,7	21	2,2	660	70,0
O.A. Finkenwerd.	998	90,2	1	0,1	306	27,6
Restgeb. d. Bezirks	432	91,7	16	3,4	142	30,1
2 Altona	2 367	97,8	80	3,3	1 592	65,8
davon im						
O.A. Blankenese .	811	98,5	—	—	435	52,9
Restgeb. d. Bezirks	1 556	97,4	80	5,0	1 157	72,4
3 Eimsbüttel	2 735	98,0	76	2,7	909	32,6
davon im						
O.A. Lokstedt . . .	1 427	98,3	28	1,9	163	11,2
O.A. Stellingen .	1 300	97,7	45	3,4	799	55,6
Restgeb. d. Bezirks	8	100,0	3	37,5	7	87,5
4 Hamburg-Nord	3 581	97,2	394	10,7	1 512	41,1
davon im						
O.A. Barmbek- Uhlenhorst . . .	626	97,4	181	28,1	515	80,1
O.A. Fuhlsbüttel .	529	95,7	68	12,3	200	36,2
Restgeb. d. Bezirks	2 426	97,5	145	5,8	797	32,0
5 Wandsbek	7 740	98,4	649	8,3	1 771	22,5
davon im						
O.A. Bramfeld . . .	3 348	99,1	295	8,7	767	22,7
O.A. Alstertal . . .	508	97,5	2	0,4	133	25,5
O.A. Walddörfer .	140	98,6	44	31,0	11	7,7
O.A. Rahlstedt . .	48	100,0	4	8,3	6	12,5
Restgeb. d. Bezirks	3 696	97,9	304	8,0	854	22,6
6 Bergedorf	747	94,8	9	1,1	93	11,8
davon im						
O.A. Vier- und Marschlande . .	669	96,0	1	0,1	82	11,8
Restgeb. d. Bezirks	78	85,7	8	8,8	11	12,1
7 Harburg	1 966	89,5	26	1,2	1 031	46,9
davon im						
O.A. Wilhelmsbg.	834	89,7	6	0,6	318	34,2
Restgeb. d. Bezirks	1 132	89,4	20	1,6	713	56,3
Hansestadt Hamburg insges.	26 851	96,5	1 334	4,8	9 913	35,6

zahl der Stadt Husum (24 911), die Kleingartenbewohner im Bezirk Wandsbek die der Stadt Heide (22 175). Im Bezirk Hamburg-Mitte liegen, wie Übersicht 5 zeigt, die größten Kleingartensiedlungen mit den höchsten Bewohnerzahlen vor allem in den Ortsteilen 138 (Waltershof), 132 (Billbrook), 129 und 130 (Horn) und 127 (Hamm-Süd); im Bezirk Wandsbek in den Ortsteilen 516 (Steilshoop), 515 (Bramfeld), 513 (Tonndorf) und 509 (Wandsbek). Im Ortsteil 516 (Steilshoop) sind nicht weniger als 88 v. H. der Bevölkerung Kleingartenbewohner. Die absolut größte Zahl an Dauerbewohnern wohnt jedoch mit 6816 Personen im Ortsteil 132 (Billbrook) in Kleingärten.

Die Kleingartensiedlungen, die innerhalb von Stadtteilen mit dichter Bebauung liegen, sind, wie Übersicht 6 zeigt, am weitgehendsten an das Netz der Versorgungsanlagen angeschlossen. Die Kleingartenvereine des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst haben zu 80,1 v. H. Anschluß an die Wasser- und zu 28,1 v. H. an die Gasversorgung. Dieser günstigen Versorgung am nächsten kommt das Ortsamt Fuhlsbüttel. In der Energieversorgung (Strom) bestehen in den einzelnen Gebietsteilen kaum Unterschiede, den niedrigsten Stand mit rund 90 % erreichen hier die Kleingartenvereine des Bezirks Harburg. Der Gasanschluß ist in nennenswertem Umfang nur in den stadtnahen Kleingartensiedlungen vorhanden, eine Ausnahme hiervon bildet nur das Ortsamt Walddörfer, das bei allerdings relativ wenig Kleingartenparzellen, eine Gasversorgung von 31 v. H. zeigt. Die Wasserversorgung ist auch in den Rand- und Außengebieten sehr unterschiedlich hergestellt, so ist z. B. im Ortsamt Lokstedt eine Versorgung von 11,2 v. H., im Ortsamt Stellingen dagegen eine von 55,6 v. H. angezählt worden.

Beck

Die Haus- und Kleingärten in der Hansestadt Hamburg

(Weitere Ergebnisse der Volks- und Berufszählung)

Bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 wurden die bewirtschafteten Bodenflächen unter 0,5 ha (5000 qm), die ganz oder teilweise als Garten, Acker, Wiese und Weide genutzt werden, nicht berücksichtigt¹⁾. Diese Kleinflächen — in der Hauptsache Haus- und Kleingärten — wurden erst durch einen besonderen Abschnitt (G) der Haushaltungsliste (d. h. den allgemeinen Erhebungsbogen der Volks- und Berufszählung), am 13. September 1950 ermittelt. Die ausschließlich als Ziergärten, Parks oder Anlagen verwendeten, also nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Bodenflächen blieben außer Betracht.

Daß diese Haus- und Kleingärten nicht nur einen ideellen Wert, sondern auch eine nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Bedeutung haben, bedarf kaum einer besonderen Erwähnung. Ein nicht geringer Teil des Gemüses, des Obstes und der Kartoffeln, den die Hamburger Haushaltungen verzehren, wird Jahr für Jahr in hiesigen Gärten geerntet. Die „Kleinbetriebe“, die häufig auch mit Kleintierhaltung, vereinzelt sogar mit Großviehhaltung verbunden sind, tragen außerdem zur zusätzlichen Befriedigung des

¹⁾ vgl. „Hamburg in Zahlen“ Heft 8, Jg. 1951.

Fleisch- und Eierbedarfs bei. Sie bewirken damit einmal eine merkliche Verbesserung und Verbilligung der Lebenshaltung, zum anderen eine Entlastung des Marktes für die genannten Erzeugnisse. In vielen Fällen werden diese Kleinflächen aber auch zum Zwecke des Erwerbs bewirtschaftet und bilden zum Teil sogar die Haupterwerbsquelle des Inhabers.

Die nachfolgenden Zahlen geben jedoch keinen Aufschluß über das eigentliche Kleingartenwesen, da die im September 1950 durchgeführte Zählung ausschließlich auf das Merkmal der Flächengrößen abgestellt war und die Klein- oder Schrebergärten zusammen mit den Hausgärten in einer Summe erfaßte. Es wurde aber im Rahmen der Volkszählung die Zahl der organisierten Kleingarteninhaber ermittelt, die 56 381 beträgt¹⁾. Sie bewirtschaften insgesamt etwa 2800 ha kleingärtnerisch benutztes Pachtland, wovon sich der überwiegende Teil in der Hand des Staates befindet. Wie groß die Zahl der nicht organisierten Kleingärtner ist, läßt sich nicht genau feststellen.

1. Zahl und Umfang der Kleinflächen

Die Gesamtzahl der bei der Volks- und Berufszählung im September 1950 ermittelten bewirtschafteten Bodenflächen unter 0,5 ha (Haus- und Kleingärten, landwirtschaftliche und gärtnerische Kleinbetriebe) beliefen sich für die Hansestadt Hamburg auf rd. 133 500 Fälle, während auf land- und forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe mit 0,5 ha und mehr Betriebsfläche nur rd. 4800 Betriebe entfielen. Man darf hierbei aber nicht außer acht lassen, daß für die Umgrenzung des Kleinflächenbegriffes die Einheit der Bewirtschaftung maßgebend war. Jede Kleinfläche wurde daher dort gezählt, von wo aus ihre Bewirtschaftung erfolgte. Wenn z. B. in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen gelegene Flächen von einer Hamburger Haushaltung bewirtschaftet wurden, so wurden diese Flächen Hamburg zugerechnet. Auch bei der örtlichen Verteilung der Kleinflächen innerhalb des hamburgischen Gebiets muß man beachten, daß die bewirtschafteten Flächen häufig in anderen Stadt- oder Gebietsteilen liegen als die Gebietsteile, von denen aus sie bewirtschaftet werden. Nur dadurch erklärt es sich, daß in den dicht bebauten Stadtteilen der inneren Stadt eine größere Zahl von Kleinflächen nachgewiesen wurden.

Da diese Kleinflächen und Betriebe ausnahmslos mit einer Haushaltung in Verbindung stehen und andererseits Haushaltungen mit mehr als einer Kleinfläche oder einem landwirtschaftlichen Betrieb verhältnismäßig selten vorkommen, so ergibt sich bei einem Vergleich der Betriebszahl mit der Gesamtzahl der Haushaltungen (rd. 645 000), daß reichlich ein Fünftel aller Haushaltungen an der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung des hamburgischen Grund und Bodens in größerem oder kleinerem Umfange unmittelbar beteiligt sind, d. h. durch die Kleinflächen ist etwa jeder 5. Haushalt der Hansestadt Hamburg bodenverbunden, während jeder 125. Haushalt einen landwirtschaftlichen Betrieb betreut.

Wirtschaftseinheiten	Zahl	Auf je 100 Haushaltungen kommen	Gesamtausmaß in ha
Kleinflächen unter 0,5 ha . .	133 530	20,7	9 149
land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 ha und mehr	4 791	0,8	33 572
zusammen . . .	138 321	21,5	42 721

Die große Zahl der Kleinflächen erklärt sich aus der Verbreitung der Schrebergärten- und Siedlungsbewegung, wobei zu beachten ist, daß auch ein Teil der Erwerbsgartenbaubetriebe unter diese Kleinflächen fallen dürfte.

Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 0,5 ha und mehr überdecken 33 572 ha, d. s. etwa 45 v. H. der Gesamtfläche Hamburgs. Auf die Kleinflächen entfallen 9149 ha, d. s. 12,3 v. H. des erwähnten Gesamtareals; der Rest kommt auf die nicht zu den Betrieben und Kleinflächen gehörigen Flächen, wie bebaute und zerstörte Grundstücke, Straßen, Wege, Öd- und Unland, Gewässer u. dgl.

Werden die Kleinflächen nach dem Umfang ihrer bewirtschafteten Einzelflächen in Größenklassen eingeteilt, so zeigt sich, daß 107 000, also annähernd vier Fünftel eine Fläche unter 1000 qm besitzen. Zumeist handelt es sich dabei um ausgesprochene Haus-, Klein- oder Schrebergärten, die von den Inhabern zu ihrer Erholung und zur zusätzlichen Befriedigung des Haushaltsbedarfs bewirtschaftet werden. Die Gesamtausdehnung dieser kleinsten Bodenflächen macht mit 5018 ha etwa 55 v. H. der Gesamtfläche der Haushaltungen mit Kleinflächen aus. Auch die Größenklasse von 1000 bis unter 5000 qm, in der die „Betriebe“ mit kleingärtnerischem Gepräge noch durchaus überwiegen, hat rd. 26 800 Einheiten aufzuweisen. In dieser Größenklasse werden häufig die Kleinflächen schon erwerbsmäßig landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt, wobei auch die Viehhaltung bereits eine größere Rolle spielt.

Entsprechend den regionalen Gegebenheiten, wie Bebauungsdichte, Fläche des verfügbaren Landes und sozialen Struktur der Bevölkerung ist die Zahl, der Umfang und die Größe der Kleinflächen in den einzelnen Gebietsteilen sehr unterschiedlich, wie Übersicht 1 zeigt. Es sei hierbei aber nochmals hervorgehoben, daß im Rahmen dieser Betrachtung nicht die Lage des Landes, sondern der Wohnbezirk des Bewirtschafters zugrunde gelegt ist. Sowohl nach der Zahl der Haushaltungen mit Kleinflächen als auch nach der Ausdehnung steht der **Bezirk Wandsbek an erster Stelle**; rd. ein Viertel aller Kleinflächen und rd. ein Drittel der Gesamtausdehnung entfallen auf diesen Bezirk. Die verhältnismäßig geringste Zahl der Kleinflächen hat der Bezirk Bergedorf, der nur 6,3 v. H. aller Kleinflächen aufweist.

¹⁾ vgl. vorstehenden Aufsatz in diesem Heft.

Übersicht 1

**Die Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe
unter 0,5 ha Gesamtfläche 1950**

Bezirke	Zahl der Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe			Fläche der Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe			Durch- schnittliche Fläche je Betrieb qm	Von den Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe haben eine Gesamtfläche von			
	überhaupt	v. H. aller Betriebe	auf je 100 Haus- haltungen	überhaupt ha	v. H. der Gesamt- fläche	auf je 100 Haus- haltungen ha		unter 1000 qm		1000 bis unter 5000 qm	
								Betriebe v. H.	Fläche v. H.	Betriebe v. H.	Fläche v. H.
Hbg.-Mitte . . .	17 693	13,3	17,3	1 046	11,4	1,0	591	89,1	74,4	10,9	25,6
Altona	17 103	12,8	15,4	1 045	11,4	0,9	611	83,3	59,6	16,7	40,4
Eimsbüttel . . .	16 727	12,5	15,4	1 194	13,1	1,1	714	78,9	54,2	21,1	45,8
Hbg.-Nord . . .	20 346	15,2	13,7	1 143	12,5	0,8	562	89,0	72,3	11,0	27,7
Wandsbek	34 454	25,8	41,9	2 778	30,4	3,4	806	69,7	43,1	30,3	56,9
Bergedorf	8 437	6,3	29,3	731	8,0	2,5	866	72,0	37,8	28,0	62,2
Harburg	18 770	14,1	29,9	1 212	13,2	1,9	646	81,8	55,4	18,2	44,6
Hansestadt Hamburg insg.	133 530	100	20,7	9 149	100	1,4	685	79,9	54,8	20,1	45,2

Die Bodenverbundenheit der Bevölkerung kann am besten im Vergleich zu der Zahl der Haushaltungen demonstriert werden. Während in dem Bezirk Hamburg-Nord von je 100 Haushaltungen nicht einmal 14 v. H. eine Kleinfläche besitzen, steigt dieser Anteil in dem Bezirk Wandsbek auf über 40 v. H. In den Randgebieten sind etwa zwei Fünftel aller Haushaltungen — in Steilshoop und Waltershof sogar vier Fünftel aller Familien — Inhaber von Kleinflächen, in den Stadtteilen der inneren Stadt dagegen besitzt nur jeder 30. Haushalt einen Garten. Das ist verständlich, denn hier fehlt es natürlicherweise an Grabeland, so daß der hausnahe Garten eine Seltenheit ist; der weite Weg in die Randgebiete wird aber von vielen gescheut.

Bemerkenswert sind die Unterschiede in der durchschnittlichen Größe, die in den einzelnen Gebietsteilen auf jede Kleinfläche entfallen. So stehen den Besitzern von Kleinflächen des Bezirks Bergedorf, obwohl sie die geringste Gesamtfläche bewirtschaften, durchschnittlich 866 qm je Betrieb zur Verfügung, denen des Bezirks Hamburg-Nord dagegen nur 562 qm. In den rein ländlichen Gebietsteilen, wie Altengamme, Kirchwerder, Curslack, Moorburg und Francop betrug die durchschnittliche Größe einer Kleinfläche sogar über 1000 qm. Es handelt sich hier in erster Linie um gärtnerische Kleinbetriebe unter 0,5 ha, die hier auch herangezogen wurden. Die Größe der Kleinflächen liegt im Gesamtdurchschnitt bei 685 qm.

Gliedert man die Haushaltungen mit Kleinflächen in den einzelnen Bezirken nach ihrer Größe, so ist eine besondere Häufung der Kleinflächen von weniger als 1000 qm vor allem in Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord festzustellen. Dies dürfte in erster Linie auf die Klein- und Schrebergartenanlagen zurückzuführen sein. In Bergedorf, wo die kleinfäuerliche Betriebsweise überhaupt das Gepräge der Landwirtschaft bestimmt, sind die bewirtschafteten Bodenflächen von 1000 bis unter 5000 qm zahlreicher und der Fläche nach, gegenüber der Größenklasse unter 1000 qm, durchaus vorherrschend. In Bergedorf

entfallen 62,2 v. H. der Gesamtfläche aller Kleingärten und Kleinbetriebe auf diese Größenklasse. Auch in Wandsbek beträgt der Anteil weit über die Hälfte der Gesamtfläche.

2. Entwicklung gegenüber 1939

Die Gesamtzahl der Kleinflächen ist seit 1939 von 115 000 auf 133 500 gestiegen, hat also **insgesamt um 18 500 Einheiten** (gegenüber 1939 um rd. 37 000) **zugenommen**. Diese Zunahme ist ausschließlich auf den starken Zuwachs von Kleinflächen unter 1000 qm zurückzuführen; bei den Kleinflächen von 1000 bis unter 5000 qm trat dagegen eine Abnahme um 4000 Betriebe ein. **Die Gesamtfläche zeigt gegenüber der Vorkriegszeit im großen und ganzen nur eine verhältnismäßig geringe Veränderung**. Lediglich innerhalb der beiden Größenklassen sind Verschiebungen eingetreten. Die durchschnittliche Größe der bewirtschafteten Bodenflächen unter 0,5 ha, die vor dem Kriege 792 qm betrug, ist dementsprechend auf 685 qm zurückgegangen.

Übersicht 2

**Die Haus- und Kleingärten einschl.
landwirtschaftlicher Kleinbetriebe 1950 und 1939**

Größenklassen nach der Gesamtfläche	Zahl		Gesamtfläche ha		Zu- oder Abnahme 1950 gegenüber 1939 in v. H.	
	1950	1939	1950	1939	Be- triebe	Gesamt- fläche
unter 1000 qm	106 752	84 072	5 018	4 008	+27,0	+25,2
1000 bis unter 5000 qm	26 778	30 910	4 131	5 102	-13,4	-19,0
zusammen . . .	133 530	114 982	9 149	9 110	+16,1	+ 0,4

Als Grund für dieses außerordentliche Anwachsen der Kleinflächen ist vor allem der Drang der Bevölkerung hervorzuheben, durch Bewirtschaftung einer — wenn auch geringen — Landfläche einen Zuschuß an Nahrungsmitteln zum Haushaltsbedarf zu gewinnen. Besonders stark trat

dieses Bestreben in den Jahren der Zwangsbewirtschaftung hervor und fand auch weitgehende Förderung durch Gründung von Schrebergartenkolonien und Kleinsiedlungen (Behelfsheime) mit Landzugabe. Weiterhin sind die Veränderungen auf die Verschiebungen zwischen den einzelnen Größenklassen zurückzuführen. Wenn nun die Gesamtfläche sich nicht verändert hat, so muß darauf hingewiesen werden, daß einmal Flächen von Kleingärten dem Bau von Häusern, Industrieanlagen, Straßen u. dgl. zugeführt wurden, zum anderen früher genutzte Flächen durch den Krieg noch zerstört sind.

Übersicht 3

Die Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe unter 0,5 ha nach den Besitzverhältnissen 1950

Größenklassen nach der Gesamtfläche	Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe		darunter haben							
	Zahl	Gesamtfläche ha	eigenes Land				gepachtetes Land ¹⁾			
			Zahl	v. H.	Fläche ha	v. H.	Zahl	v. H.	Fläche ha	v. H.
unter 1000 qm	106 752	5 018	21 139	19,8	1 212	24,2	86 404	80,9	3 806	75,8
1000 bis unter 5000 qm	26 778	4 131	19 661	73,4	2 929	70,9	9 038	33,8	1 202	29,1
zusammen . . .	133 530	9 149	40 800	30,6	4 141	45,3	95 442	71,5	5 008	54,7

¹⁾ einschl. der Betriebe, die Deputatland bewirtschaften.

Unterscheidet man die Kleinflächen nach der Größe ihrer Gesamtfläche in Größenklassen unter 1000 qm und 1000 bis unter 5000 qm, so ist die Pacht bei den aller kleinsten Flächen, den eigentlichen Klein- und Schrebergärten, verhältnismäßig am häufigsten. Hier sind mehr als vier Fünftel aller Kleinflächen Pachtbetriebe, und auch von der Gesamtfläche entfällt 76 v. H. auf gepachtetes Land. Die Kleinflächen von 1000 bis unter 5000 qm, die ebenfalls noch in größerem Umfang kleingärtnerisch genutzt werden, bestehen in viel größerem Ausmaß, zu rd. drei Vierteln aus Eigenland, während das Pachtland nur 30 v. H. der Gesamtfläche ausmacht.

Die Bewirtschaftung von Kleinflächen im Haupt- und Nebenberuf kommt naturgemäß selten vor. Von den 133 500 Kleinflächen bildeten 379 Betriebe die Haupterwerbsquelle ihrer Inhaber (Gartenbaubetriebe, Geflügelfarmen), während 7416 Betriebe von Inhabern im Nebenberuf bewirtschaftet wurden. Die übrigen 125 700 Kleinbetriebe bewirtschaften Haus- oder Kleingartenflächen zumeist nur zur Selbstversorgung. Der größte Anteil der haupt- und nebenberuflichen Inhaber liegt in der Größenklasse von 1000 bis unter 5000 qm, da die Kleinflächen unter 1000 qm nur in wenigen Fällen für einen Haupt- oder Nebenberuf ausreichen. Als Bewirtschafter im Hauptberuf wurden nachgewiesen Betriebsinhaber, die einen landwirtschaftlichen Beruf (z. B. als Landwirt, Gärtner, Geflügelzüchter) selbständig ausüben; die Gruppe der Bewirtschafter im Nebenberuf enthält alle übrigen Betriebsinhaber, soweit sie Gartengewächse zum Zwecke des Verkaufs anbauen.

3. Die Besitz- und Bewirtschaftungsverhältnisse

Die Besitzverhältnisse bei den Kleinflächen unterscheiden sich von denen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 0,5 ha und mehr Betriebsfläche in der Hauptsache dadurch, daß das Pachtverhältnis noch verbreiteter ist. Von den 133 500 Inhabern mit Kleinflächen haben 95 000 (71,5 v. H.) gepachtetes Land und 41 000 (30,6 v. H.) Eigenland. Hierunter fallen Betriebe, bei denen sowohl das eine wie auch das andere Besitzverhältnis, oder nur eines von beiden, vorliegt. Der Gesamtumfang besteht zu 5000 ha aus Pachtland und zu 4100 ha aus Eigenland.

Übersicht 4

Die Bewirtschaftung der Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe 1950

Größenklassen nach der Gesamtfläche	Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftl. Kleinbetriebe insgesamt Zahl	darunter werden bewirtschaftet			
		im Hauptberuf		im Nebenberuf	
		Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
unter 1000 qm	106 752	33	0,03	2 872	2,7
1000 bis unter 5000 qm	26 778	346	1,3	4 544	17,0
zusammen . . .	133 530	379	0,3	7 416	5,6

Die Zahl der Betriebe, die die Haupterwerbsquelle des Inhabers bilden, ist in Gebieten mit besonders intensiver Wirtschaftsweise, z. B. Gemüse- und Obstbaugebieten, verhältnismäßig groß. So wurden in den Bezirken Bergedorf, Harburg und Wandsbek zahlreiche hauptberuflich geleitete Betriebe ermittelt.

4. Die Bodennutzung

Die Kleinflächen erhalten ihre wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung in der Hauptsache durch die Verwendung als Gartenland. Von der bewirtschafteten Gesamtfläche (9149 ha) entfallen, auf

	Fläche in ha	v. H.
Haus- und Kleingärten	7 031	76,8
Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenland)	401	4,4
Wiese und Weide	317	3,5

Der Rest von 1400 ha entfällt auf bebaute Flächen, Wegeland und sonstige landwirtschaftlich nicht nutzbare Flächen.

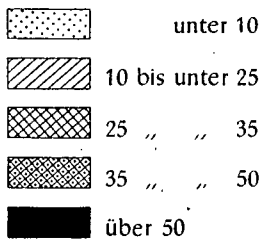
Die Verteilung der Kleinbetriebe mit Garten-, Acker- und Grünland auf die einzelnen Bezirke und Stadtteile ist in nachstehender Tabelle wiedergegeben. Zum Verständnis dieser Zahlen sei bemerkt, daß jede Haushaltung mit Kleinflächen, die unter einem dieser drei Nutzungszeige gezählt worden ist, gleichzeitig auch unter einem zweiten und dritten Nutzungszeig mitgezählt sein

kann. Demzufolge ergibt eine Summenbildung aller der Haushaltungen, die an einem oder mehreren Nutzungszeigen beteiligt sind, nicht die Gesamtzahl aller Haushaltungen mit bewirtschafteten Flächen — 133 530 —, sondern eine höhere Zahl. Trotzdem ist aus ihnen zu ersehen, daß diejenigen Haushaltungen, die eine kleine A c k e r fläche bzw. Wiese oder Weide besitzen, in der Regel auch noch einen G a r t e n bewirtschaften.

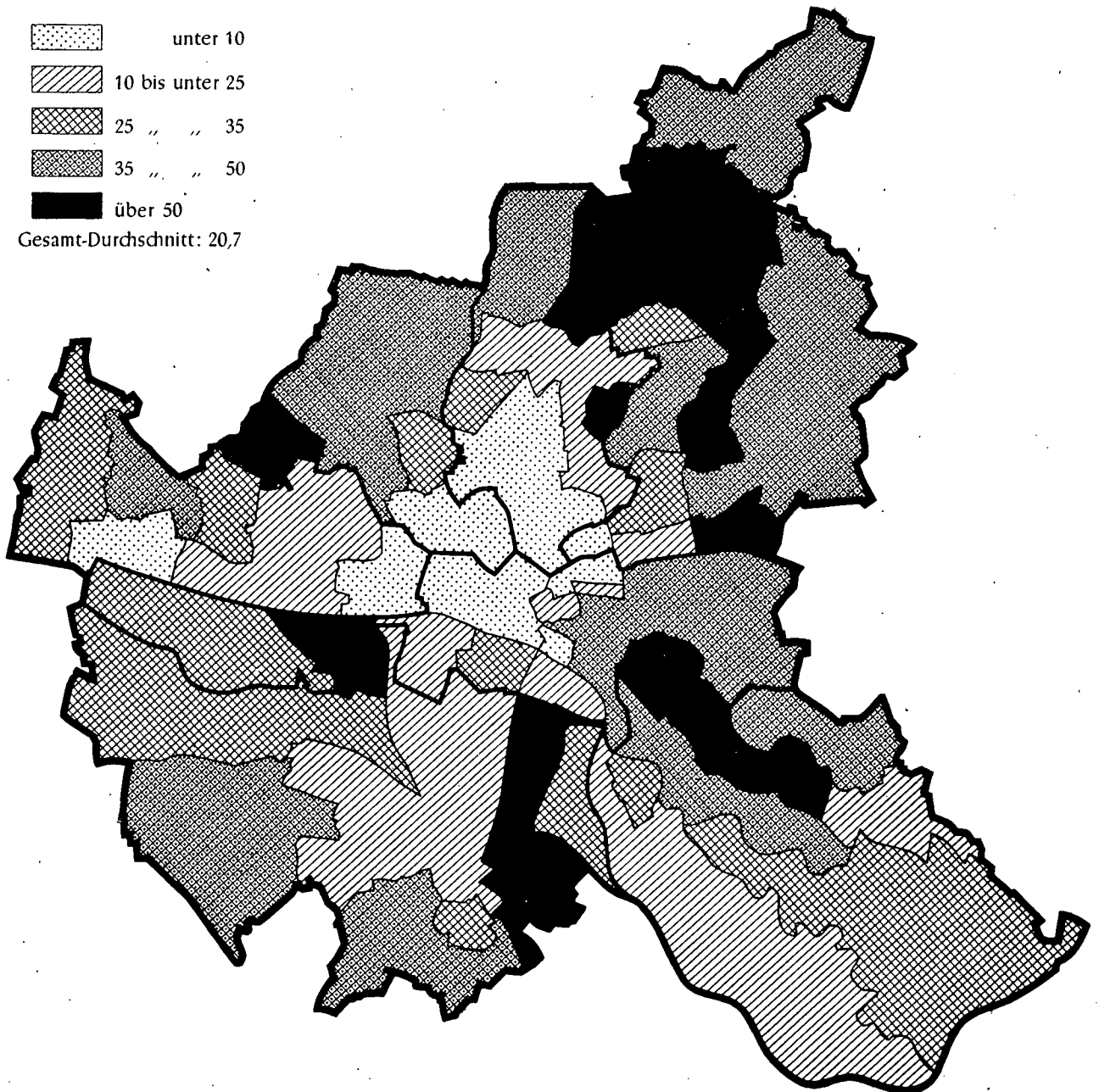
H o h m a n n
Dipl.-Volkswirt

Haus- und Kleingärten 1950

Von 100 Haushaltungen haben Haus- und Kleingärten einschl. landwirtschaftlicher Kleinbetriebe unter 0,5 ha Gesamtfläche



Gesamt-Durchschnitt: 20,7



**Die Haushaltungen mit bewirtschafteten Bodenflächen unter 0,5 ha Gesamtfläche
in der Hansestadt Hamburg am 13. September 1950**

Stadtteile Bezirke	Haus- haltungen insgesamt	Davon mit bewirtschafteten Bodenflächen unt. 0,5 ha				Von der Gesamtfläche entfallen auf					
		Zahl		Fläche		Haus- u. Kleingärten		Ackerland		Wiesen und Weiden	
		insgesamt	auf je 100 Haus- haltungen	insgesamt in ha	im Durch- schnitt auf 1 Haushaltg. qm	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bezirk 1 Hamburg-Mitte											
Hmb. Altstadt	4 268	142	3,3	10,9	768	141	9,2	3	0,3	3	0,4
Neustadt	13 864	517	3,7	32,7	633	505	27,4	8	0,7	14	1,2
St. Pauli	25 209	830	3,2	51,4	619	797	42,3	23	1,6	20	2,3
St. Georg	10 362	278	2,7	17,9	644	272	14,6	4	0,2	5	0,6
Klostertor	1 750	61	3,5	4,0	656	56	3,2	5	0,3	3	0,1
Hammerbrook	662	66	10,0	2,5	379	66	2,5	—	—	—	—
Borgfelde	1 410	56	4,0	3,9	696	55	2,8	1	0,2	3	0,4
Hamm-Nord	4 287	343	8,0	18,7	545	341	16,3	3	0,1	6	0,5
Hamm-Mitte	1 004	102	10,2	4,4	431	99	3,8	4	0,3	1	0,0
Hamm-Süd	1 125	436	38,8	18,5	424	432	15,8	5	0,1	5	0,0
Horn	10 266	4 070	39,6	236,5	581	4 006	201,7	65	4,9	37	2,2
Billstedt	8 933	3 858	43,2	273,5	709	3 734	224,2	158	8,7	120	6,6
Billbrook	4 411	2 225	50,4	138,4	622	2 212	110,2	40	2,5	27	1,9
Billw. Ausschlag	2 238	1 006	45,0	48,4	481	995	39,9	9	0,3	11	0,3
Rothenburgsort	934	37	4,0	1,7	460	36	1,4	1	0,0	—	—
Veddel	3 393	601	17,7	28,7	478	597	25,5	3	0,2	11	0,5
Kl. Grasbrook	1 173	365	31,1	14,7	403	359	13,6	10	0,3	13	0,2
Steinwerder	317	61	19,2	2,3	377	61	2,2	—	—	—	—
Waltershof	1 467	1 136	77,4	62,1	547	1 133	52,2	3	0,1	16	1,1
Finkenwerder	5 307	1 503	28,3	75,0	499	1 460	65,1	44	4,1	18	1,7
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	102 380	17 693	17,3	1 046,2	591	17 357	873,9	389	24,9	313	20,0
davon											
unter 1000 qm		15 772	15,4	778,3	494	15 593	680,6	213	8,9	134	3,1
1000 bis unter 5000 qm		1 921	1,9	267,9	1 395	1 764	193,3	176	16,0	179	16,9

Bezirk 2 Altona

Altona-Altstadt	16 727	578	3,5	32,9	569	574	29,3	3	0,3	13	1,1
Altona-Nord	12 410	994	8,0	46,8	471	989	42,2	9	0,6	11	0,6
Ottensen	23 779	1 654	7,0	78,4	474	1 637	71,7	21	1,5	14	0,8
Bahrenfeld	16 846	3 996	23,7	187,9	470	3 949	162,8	62	5,8	32	1,6
Gr. Flottbek	6 494	850	13,1	45,6	537	833	37,5	14	1,2	11	0,8
Othmarschen	5 378	727	13,5	41,2	567	700	32,1	13	1,1	11	1,0
Lurup	5 098	2 955	58,0	240,0	812	2 861	181,8	96	7,5	129	9,6
Osdorf	3 593	945	26,3	73,9	782	946	56,1	24	3,2	22	1,6
Nienstedten	3 780	544	14,4	31,0	570	541	25,8	10	0,8	6	0,6
Blankenese	9 800	974	9,9	56,8	583	943	41,4	38	2,5	9	0,7
Iserbrook	2 860	1 216	42,5	81,6	671	1 199	62,2	31	2,7	22	1,4
Sülldorf	1 413	640	45,3	43,2	675	619	33,1	34	3,5	5	0,4
Rissen	3 084	1 030	33,4	85,2	827	1 027	55,7	15	1,4	20	5,9
Bezirk 2 Altona	111 262	17 103	15,4	1 044,5	610	16 818	831,7	370	32,1	305	26,1
davon											
unter 1000 qm		14 243	12,8	623,3	437	14 108	547,0	166	7,0	93	2,6
1000 bis unter 5000 qm		2 860	2,6	421,2	1 473	2 710	284,7	204	25,1	212	23,5

Bezirk 3 Eimsbüttel

Eimsbüttel	40 212	3 053	7,6	165,3	541	3 006	147,6	42	3,0	41	3,5
Rotherbaum	17 262	507	2,9	29,2	576	498	25,7	11	0,8	9	0,5
Harvestehude	13 886	438	3,2	28,0	639	429	22,5	5	0,4	11	0,9
Hoheluft-West	8 494	631	7,4	34,7	550	616	29,9	17	1,2	11	0,8
Lokstedt	6 062	2 005	33,1	117,9	588	1 987	88,9	27	4,0	38	2,8
Niendorf	6 836	3 258	47,7	301,3	925	3 187	212,7	108	11,0	203	16,2
Schnelsen	4 812	2 136	44,4	211,6	991	2 087	151,1	81	8,4	180	15,0
Eidelstedt	5 051	2 202	43,6	155,6	707	2 154	121,1	95	9,4	51	3,4
Stellingen	6 340	2 497	39,4	150,4	602	2 453	118,3	48	4,8	42	2,3
Bezirk 3 Eimsbüttel	108 955	16 727	15,4	1 194,0	714	16 417	917,8	434	43,0	586	45,4
davon											
unter 1000 qm		13 192	12,2	646,7	490	13 053	557,3	172	7,5	171	5,1
1000 bis unter 5000 qm		3 535	3,2	547,3	1 548	3 364	360,5	262	35,5	415	40,3

Stadtteile Bezirke	Haus- haltungen insgesamt	Davon mit bewirtschafteten Bodenflächen unt. 0,5 ha				Von der Gesamtfläche entfallen auf					
		Zahl		Fläche		Haus- u. Kleingärten		Ackerland		Wiesen und Weiden	
		insgesamt	auf je 100 Haus- haltungen	insgesamt in ha	im Durch- schnitt auf 1 Haushaltg. qm	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Bezirk 4 Hamburg-Nord

Hoheluft-Ost	8 179	549	6,7	30,0	546	540	26,7	8	0,4	4	0,3
Eppendorf	22 031	1 544	7,0	88,4	573	1 520	73,0	16	1,8	35	3,9
Gr. Borstel	6 189	1 901	30,7	115,6	608	1 878	97,0	32	3,2	34	1,8
Alsterdorf	5 252	1 188	22,6	61,9	521	1 185	50,9	4	0,3	6	0,7
Winterhude	39 917	3 585	9,0	196,4	548	3 530	177,3	53	5,2	35	2,7
Uhlenhorst	8 072	286	3,5	18,1	633	282	14,7	2	0,1	10	0,9
Hohenfelde	4 041	120	3,0	8,2	633	120	6,5	2	0,1	4	0,5
Barmbek-Süd	8 529	590	6,9	31,5	534	574	26,4	16	1,0	5	0,2
Dulsberg	5 035	562	11,2	28,4	505	560	26,5	4	0,3	2	0,1
Barmbek-Nord	14 730	1 762	12,0	87,5	497	1 744	78,5	23	1,3	24	1,3
Ohlsdorf	7 635	1 869	24,5	84,9	454	2 648	144,0	58	4,9	73	4,1
Fuhlsbüttel	8 605	2 058	23,9	102,1	496	2 055	85,5	9	0,5	25	0,8
Langenhorn	10 039	4 332	43,2	290,3	670	3 477	163,9	63	3,7	57	2,4
Bezirk 4											
Hamburg-Nord	148 254	20 346	13,7	1 143,3	562	20 113	970,9	290	22,8	314	19,7
davon											
unter 1000 qm		18 118	12,2	825,8	456	17 998	745,5	162	6,8	123	2,7
1000 bis unter 5000 qm		2 228	1,5	317,5	1 425	2 115	225,4	128	16,0	191	17,0

Bezirk 5 Wandsbek

Eilbek	2 603	133	5,1	6,3	474	132	5,8	—	—	—	—
Wandsbek	11 920	3 536	29,7	161,9	458	3 504	135,5	38	5,1	28	1,9
Marienthal	4 282	968	22,6	56,1	580	955	44,9	26	1,9	15	0,9
Jenfeld	2 929	1 564	53,4	110,9	709	1 553	89,1	8	1,1	44	2,1
Tonndorf	5 319	2 070	38,9	130,6	631	2 038	100,9	48	3,6	54	3,6
Farmsen	5 161	2 750	53,3	220,7	803	2 735	170,1	33	2,6	89	5,9
Bramfeld	9 189	4 309	46,9	319,8	742	4 229	244,3	104	11,2	140	9,0
Steilshoop	2 542	2 067	81,3	106,1	513	2 066	90,3	2	0,1	7	0,3
Wellingsbüttel	4 048	1 392	34,4	119,6	859	1 369	83,3	28	2,3	57	4,8
Sasel	5 180	2 815	54,3	326,4	1 160	2 763	225,4	78	8,3	196	21,9
Poppenbüttel	4 533	2 489	54,9	208,1	836	2 442	141,0	60	4,2	127	7,6
Hummelsbüttel	1 783	924	51,8	73,0	790	919	50,1	22	2,0	39	2,8
Lemsahl-											
Mellingstedt	1 099	557	50,7	73,7	1 323	544	47,6	22	3,4	38	5,0
Duvenstedt	940	468	48,8	55,6	1 188	448	37,2	18	2,3	32	4,0
Wohld.-Ohlstedt	1 501	597	39,8	62,9	1 054	581	43,5	36	4,8	36	4,7
Bergstedt	1 474	840	57,0	89,3	1 063	829	61,6	30	2,6	49	5,1
Volkisdorf	4 948	1 960	39,6	172,3	879	1 928	130,4	37	2,8	74	5,6
Rahlstedt	12 847	5 015	39,0	485,0	967	4 906	344,7	166	17,4	249	22,6
Bezirk 5											
Wandsbek	82 298	34 454	41,9	2 778,3	806	33 941	2 045,7	756	75,7	1 274	107,8
davon											
unter 1000 qm		23 999	29,2	1 195,7	498	23 802	999,3	246	10,3	272	7,8
1000 bis unter 5000 qm		10 455	12,7	1 582,6	1 514	10 139	1 046,4	510	65,4	1 002	100,0

Bezirk 6 Bergedorf

Lohbrügge	5 601	2 051	36,6	141,1	688	1 940	105,7	73	6,4	107	10,4
Bergedorf	14 256	3 406	23,9	240,8	707	3 340	193,8	97	8,7	141	11,8
Curslack	857	274	32,0	40,9	1 493	254	26,2	40	10,0	24	1,7
Altengamme	701	190	27,1	33,4	1 758	160	19,2	50	10,5	21	1,8
Neuengamme	1 070	307	28,7	44,5	1 449	266	26,4	52	13,5	16	0,9
Kirchwerder	2 498	569	22,8	103,7	1 823	423	45,6	194	54,3	12	1,0
Ochsenwerder	901	199	22,1	20,5	1 030	185	15,1	20	3,7	9	0,5
Reitbrook	182	53	29,1	6,1	1 151	48	3,3	7	2,2	9	0,5
Alermöhe	438	165	37,7	17,5	1 061	147	12,2	21	3,8	10	0,8
Billwerder	1 583	994	62,8	63,3	637	968	50,0	34	2,2	36	2,6
Moorfleet	493	175	35,5	12,5	714	171	10,6	7	0,0	3	0,1
Tatenberg	102	32	31,4	3,9	1 219	29	2,7	5	1,0	1	0,1
Spadenland	156	22	14,1	2,6	1 182	19	1,6	3	1,0	—	—
Bezirk 6 Bergedorf	28 838	8 437	29,3	730,8	866	7 950	512,4	603	117,3	389	32,2
davon											
unter 1000 qm		6 078	21,1	275,7	453	5 922	245,1	133	5,7	100	4,0
1000 bis unter 5000 qm		2 359	8,2	455,1	1 929	2 028	267,3	470	111,6	289	28,2

Stadtteile Bezirke	Haus- haltungen insgesamt	Davon mit bewirtschafteten Bodenflächen unt. 0,5 ha				Von der Gesamfläche entfallen auf					
		Zahl		Fläche		Haus- u. Kleingärten		Ackerland		Wiesen und Weiden	
		insgesamt	auf je 100 Haus- haltungen	insgesamt in ha	im Durch- schnitt auf 1 Haushaltg. qm	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha	Zahl	Fläche in ha
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bezirk 7 Harburg											
Harburg	11 032	1 768	16,0	85,4	483	1 728	73,5	45	3,6	35	1,8
Neuland	915	559	61,1	45,6	816	524	30,8	44	3,4	53	5,2
Gut Moor	92	51	55,4	3,8	745	49	2,5	2	0,2	2	0,2
Wilstorf	6 437	1 948	30,3	87,2	448	1 894	69,0	80	3,7	43	1,2
Rönneburg	728	302	41,5	24,5	811	283	17,1	35	3,9	24	1,7
Langenbek	227	92	40,5	8,6	935	85	5,3	9	0,8	10	1,1
Sinstorf	851	341	40,1	27,1	795	318	17,0	30	2,2	21	1,5
Marmstorf	1 291	524	40,6	48,9	933	507	32,6	33	3,3	35	3,5
Eißendorf	6 060	2 250	37,1	153,8	684	2 243	113,0	48	3,2	89	6,6
Heimfeld	7 561	1 602	21,2	95,4	596	1 564	72,9	103	6,2	71	5,1
Wilhelmsburg	13 123	3 109	23,7	143,1	460	3 035	120,8	104	5,0	105	7,6
Georgswerder	5 366	2 958	55,1	204,5	691	2 793	155,1	115	8,6	179	13,8
Moorwerder	367	104	28,3	13,0	1 250	99	8,1	11	1,5	19	1,9
Altenwerder	816	262	32,1	20,5	782	246	14,8	30	2,4	13	1,4
Moorburg	707	144	20,4	22,8	1 583	120	15,7	44	4,7	20	1,4
Hausbruch	1 904	676	35,5	55,2	817	647	31,9	57	7,6	41	3,6
Neugr.-Fischbek	3 601	1 592	44,2	127,5	801	1 521	68,4	123	16,8	74	7,0
Francop	219	68	31,1	9,0	1 324	61	6,4	14	1,8	5	1,1
Neuenfelde	1 139	344	30,2	30,5	887	311	20,6	49	5,3	5	0,1
Cranz	297	76	25,6	5,5	724	69	3,5	4	1,5	2	0,4
Bezirk 7 Harburg	62 733	18 770	29,9	1 211,9	646	18 097	879,0	980	85,7	846	66,2
davon											
unter 1000 qm		15 350	24,5	672,1	438	15 039	580,5	432	17,0	280	6,9
1000 bis unter 5000 qm		3 420	5,4	539,8	1 578	3 058	298,5	548	68,7	566	59,3
Hansestadt											
Hamburg insges.	644 720	133 530	20,7	9 149,0	685	130 693	7 031,4	3 822	401,5	4 027	317,4
davon											
unter 1000 qm		106 752	16,6	5 017,6	470	105 515	4 355,3	1 524	63,2	1 173	32,2
1000 bis unter 5000 qm		26 778	4,1	4 131,4	1 543	25 178	2 676,1	2 298	338,3	2 854	285,2

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Die Wohnbevölkerung der Hansestadt Hamburg am 13. September 1950
im Gebiet der einzelnen Landeskirchen und Kirchengemeinden
nach der Religionszugehörigkeit

Landeskirchen Propsteien Kirchengemeinden	Wohn- bevölke- rung überh.	d a v o n								Ohne Angabe
		Evange- lische Landes- kirche	Freikirchliche evange- lische Gemeinden		Römisch- Katho- lische Kirche	Rom- freie Katho- lische Kirche	Israeli- tische Religion	Andere Volks- u. Welt- religi- onen	Freire- ligiöse und Frei- denker	
			inages.	Bund ev. freik. Gemein- den						

I Kirchengemeinden der

Hamburgischen Landeskirche

St. Petri	3 977	3 031	27	1	4	416	6	2	-	454	41
St. Nicolai	3 070	2 403	13	2	2	261	4	2	-	365	22
St. Katharinen	5 198	3 808	51	-	29	320	1	-	-	975	43
St. Jacobi	5 097	4 011	49	8	6	366	3	5	2	602	59
St. Michaelis	23 661	18 308	177	18	47	1 829	20	18	1	3 021	287
St. Pauli-Süd	33 085	25 852	241	21	95	2 719	29	19	16	3 897	312
St. Pauli-Nord	20 375	15 939	137	31	36	1 561	122	17	3	2 366	230
Christuskirche	40 556	31 985	677	120	163	2 434	26	32	8	4 989	405
Apostelkirche	20 782	16 391	236	34	95	1 055	10	6	3	2 869	212
St. Stephanus	32 213	25 151	360	19	65	915	3	11	3	3 572	210
St. Johannis Harvestehude	20 824	15 921	189	19	65	2 888	114	71	31	3 381	217
St. Andreas	33 603	26 337	413	79	65	2 351	60	294	33	3 837	278
Markuskirche	37 180	29 570	480	48	113	2 038	25	34	2	4 805	226
St. Johannis Eppendorf	61 061	48 585	801	54	181	3 572	274	70	35	7 302	422
Gross Borstel	15 869	12 441	134	19	39	1 001	27	5	1	2 111	149
Matthäuskirche	65 404	50 734	564	93	181	4 019	66	31	39	9 418	533
Nord-Winterhude	21 848	17 088	167	10	57	357	67	12	5	3 032	120
Alsterdorf-Ohlsdorf	20 305	15 635	205	53	55	1 050	11	7	-	2 628	769
Fuhlsbüttel	34 258	26 864	410	38	71	1 693	18	23	4	5 026	220
Klein Borstel	4 728	3 677	87	4	39	266	2	-	1	662	33
Langenhorn	28 278	21 111	284	26	107	1 509	10	4	1	5 105	254
St. Gertrud	17 239	13 374	161	23	48	1 689	15	16	10	1 848	126
Uhlenhorst	17 156	13 545	149	24	26	999	30	16	6	2 297	114
Eilbek	1 793	1 435	24	-	18	97	1	-	-	216	20
Eilbek Versöhnungskirche	4 896	3 992	46	5	4	291	2	4	1	538	22
Alt-Barmbek	12 054	9 361	169	13	30	722	8	5	1	1 703	85
West-Barmbek	6 421	4 911	45	6	20	366	3	-	2	1 040	54
Nord-Barmbek	17 274	13 480	203	14	103	971	9	4	1	2 456	150
Hartzloh	18 472	13 940	169	22	82	875	6	3	2	3 344	133
Dulsberg	13 422	10 330	110	5	48	795	4	2	-	2 072	109
St. Georg	21 684	16 634	151	18	34	2 349	38	23	9	2 335	145
Borgfelde	3 053	2 397	49	3	27	188	1	1	-	399	17
St. Annen	4 594	3 763	34	7	14	274	4	-	-	484	35
Hbg.-Hamm	10 925	8 764	107	12	36	688	5	2	1	1 309	49
Süd-Hamm	6 353	4 921	57	3	33	398	5	2	-	896	79
Hbg.-Horn	32 235	24 400	359	76	122	2 584	87	10	4	4 444	347
St. Thomas	8 653	6 488	51	6	28	559	35	1	-	1 421	98
Veddel	8 908	6 453	49	3	33	555	4	-	-	1 753	94
Bergedorf	34 338	27 519	333	50	164	2 408	12	5	-	3 815	246
Altengamme	2 376	2 200	7	1	6	62	-	-	-	98	9
Kirchwerder	8 556	7 919	56	2	31	171	1	-	-	368	40
Neuengamme	4 155	3 771	9	1	5	179	3	1	-	165	27
Curslack	2 736	2 483	4	-	1	120	1	-	-	123	5
Allermöhe	2 245	2 015	32	3	22	95	1	4	-	88	10
Billwerder	4 429	3 467	50	2	39	248	1	-	-	616	47
Nettelburg	2 653	1 774	17	-	14	162	-	1	-	667	32
Moorfleet	9 030	6 915	63	16	13	742	52	1	2	1 138	117
Ochsenwerder	4 872	4 496	13	4	6	144	1	-	-	200	18
Moorburg	2 226	2 105	1	-	1	33	-	-	-	77	10
Finkenwerder	15 293	12 685	131	18	71	671	119	-	-	1 591	96
Hamburgische Landeskirche zus.	829 413	650 379	8 351	1 079	2 598	53 055	1 341	765	228	107 918	7 376

II Kirchengemeinden der Evangelisch-Lutherischen

Landeskirche Schleswig-Holstein
a) Propstei Altona

Haupt-Gemeinde	7 668	6 061	64	5	29	471	9	-	-	987	76
St. Johannis	27 301	21 373	289	49	110	1 773	9	9	4	3 604	240
St. Petri	10 909	8 648	110	14	44	631	7	5	2	1 425	83
Friedens	11 694	8 991	138	42	53	910	5	5	-	1 530	113
Paulus	11 183	8 791	123	35	25	687	1	3	3	1 498	77
Christians	20 515	16 560	162	29	95	1 230	9	5	1	2 395	153
Kreuz	31 134	24 298	300	40	138	1 950	14	11	-	4 394	167
Oster	19 863	15 455	152	29	76	1 207	5	7	1	2 887	149
Christus	13 642	11 267	119	25	36	782	7	9	3	1 377	78
Luther	22 175	17 309	171	26	65	1 258	14	5	1	3 239	178
Melanchthon	8 860	7 061	75	8	34	471	17	3	-	1 169	64
Propstei Altona zusammen	184 944	145 814	1 703	302	705	11 370	97	62	15	24 505	1 378

Fortsetzung siehe Rückseite

Fortsetzung

Die Wohnbevölkerung der Hansestadt Hamburg am 13. September 1950
im Gebiet der einzelnen Landeskirchen und Kirchengemeinden
nach der Religionszugehörigkeit

Landeskirchen Propsteien Kirchengemeinden	Wohn- bevölke- rung Überh.	d a v o n								
		Evange- liche Landes- kirche	Freikirchliche evange- liche Gemeinden		Römisch- Katho- liche Kirche	Rom- freie Katho- liche Kirche	Israeli- tische Religion	Andere Volks- u. Welt- religi- onen	Freire- ligiöse und Frei- denker	Ohne Angabe
			inges.	Bund ev. freik. Gemein- den						

b) Propstei Pinneberg

Blankenese	36 049	29 310	496	148	220	2 046	20	17	4	3 933	223
Rissen	8 525	6 986	50	3	24	417	7	3	1	1 006	55
Eidelstedt	13 603	10 807	248	48	155	725	11	1	-	1 710	101
Gross Flottbek	13 241	10 832	108	15	41	700	16	5	2	1 497	81
Lokstedt	17 095	13 280	202	34	62	1 231	6	4	7	2 216	149
Lurup	14 260	10 639	293	12	224	817	4	3	1	2 299	204
Nienendorf	15 031	11 938	169	14	69	743	6	2	1	1 987	185
Nienstedten	9 338	7 866	48	8	18	514	5	3	-	785	117
Osdorf	10 168	8 096	82	14	29	734	2	2	1	1 147	104
Schnelsen	12 267	9 650	176	12	74	658	3	6	1	1 652	121
Stellingen	19 409	15 508	191	22	79	801	14	7	1	2 717	170
Propstei Pinneberg zusammen	168 986	134 912	2 063	330	995	9 386	94	53	19	20 949	1 510

c) Propstei Stormarn

Billstedt	23 911	17 565	269	28	176	2 671	7	3	-	3 192	204
Lohbrügge	15 081	11 701	188	38	96	889	4	3	1	2 131	164
Wandsbek-Christuskirche	19 483	15 847	132	26	26	1 093	7	2	4	2 246	152
Wandsbek-Kreuzkirche	46 656	36 477	262	42	101	2 733	12	4	1	6 752	415
Rahlstedt	33 611	26 338	268	46	100	1 840	12	6	2	4 903	242
Farmsen-Berne	15 401	11 381	80	19	29	714	9	1	-	3 081	135
Bramfeld	31 575	23 605	234	40	74	1 318	5	6	-	6 081	326
Wellingsbüttel	10 403	8 020	150	19	84	470	12	6	-	1 646	99
Sasel	13 626	9 813	142	26	54	596	5	1	2	2 941	126
Poppenbüttel	12 492	9 083	110	27	16	572	6	1	1	2 615	104
Wohldorf-Ohlstedt	10 120	8 011	112	54	14	438	-	7	-	1 469	83
Bergstedt	4 053	3 072	23	1	1	160	-	-	-	744	54
Volksdorf	13 551	10 269	132	5	34	650	14	3	3	2 370	110
Propstei Stormarn zusammen	249 963	191 182	2 102	371	805	14 144	93	43	14	40 171	2 214

III Kirchengemeinden der Evangelisch-Lutherischen

Landeskirche Hannover

Superintendentur Harburg-Wilhelmsburg

Dreifaltigkeit	13 966	10 859	140	50	51	975	4	1	-	1 831	156
St. Johannis	20 140	14 689	291	128	103	1 483	5	1	3	3 444	224
St. Paulus	21 240	16 445	192	59	78	1 654	17	3	-	2 777	152
Wilstorf	15 384	10 655	234	85	87	1 342	3	1	-	3 057	92
Luther	15 013	10 805	165	44	83	927	4	1	2	2 937	172
Wilhelmsburg-Bahnhof	9 848	8 505	58	1	40	593	-	-	-	621	71
Neuhof	3 025	2 245	14	1	3	185	-	-	-	549	32
Reiherstieg	27 790	16 632	425	39	202	6 560	12	2	3	3 982	174
Sinstorf	7 689	5 853	66	31	22	444	1	1	-	1 215	109
Kirchdorf	9 778	7 249	114	6	90	807	1	1	-	1 469	137
Altenwerder	2 553	2 394	23	17	3	41	-	-	-	73	22
Neugraben	17 081	12 947	167	17	98	1 042	913	2	1	1 921	88
Neuenfelde	5 715	5 416	26	-	15	130	-	-	-	126	17
Superintendentur Harburg-Wilhelmsburg zusammen	169 222	124 694	1 915	478	875	16 183	960	13	9	24 002	1 446

IV Die Wohnbevölkerung der Hansestadt Hamburg nach

Landeskirchen und Propsteien

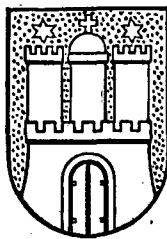
Hamburgische Landeskirche	829 413	650 379	8 351	1 079	2 598	53 055	1 341	765	228	107 918	7 376
Schleswig-Holst. Landeskirche	603 893	471 908	5 868	1 003	2 505	34 900	284	158	48	85 625	5 102
darunter:											
Propstei Altona	184 944	145 814	1 703	302	705	11 370	97	62	15	24 505	1 378
Propstei Pinneberg	168 986	134 912	2 063	330	995	9 386	94	53	19	20 949	1 510
Propstei Stormarn	249 963	191 182	2 102	371	805	14 144	93	43	14	40 171	2 214
Hannoversche Landeskirche	169 222	124 694	1 915	478	875	16 183	960	13	9	24 002	1 446
zusammen	602 528	424 981	16 134	2 560	5 978	104 138	2 585	936	285	217 545	13 924
Schiffsbevölkerung	3 078	2 562	18	-	13	348	-	-	-	122	28
Hansestadt Hamburg insgesamt	605 606	427 543	16 152	2 560	5 991	104 486	2 585	936	285	217 667	13 952

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 18. Januar 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 3



Die Ausstattung der Normal- und Notwohnungen

(Weitere Ergebnisse der Wohnungszählung vom 13. September 1950)

Mit der Wohnungszählung war eine Gebäudeerhebung verbunden, in der der Grundstückseigentümer Angaben über den Anschluß der Wohnungen an das Strom-, Gas- und Wassernetz, die Art der Raumbeheizung und das Vorhandensein eines Badezimmers zu machen hatte.

Von den 336 413 Normalwohnungen sind nur 1775 oder 0,5 v. H. nicht an das elektrische **Stromnetz** angeschlossen; ein sehr kleiner Teil dieser Wohnungen — das Hamburger Gaswerk zählt nur noch 67 Wohnungen — wird ausschließlich mit Gas beleuchtet. 31 000 Wohnungen oder rd. 9 v. H. haben keinen **Wasseranschluß** und 71 000 oder rd. 20 v. H. besitzen keinen **Gasanschluß** (s. Übersicht 1).

Bei den Notwohnungen ist die Versorgung mit Strom-, Gas- und Wasseranschluß sehr viel schlechter als bei den Normalwohnungen. Von den insgesamt 49 969 Notwohnungen haben allerdings nur 3571 oder 7 v. H. keinen Anschluß an das **Stromnetz**, dagegen hat **nur jede zweite Notwohnung einen Anschluß an das Wassernetz und nicht einmal jede vierte einen Gasanschluß.**

Von den Normalwohnungen sind 117 669 oder nur 35 v. H. mit einem **Badezimmer** ausgestattet. (Diese Zahlen bedürfen jedoch einer gewissen Einschränkung, da manche Grundstückseigentümer auch dann ihre Wohnungen als mit Bad ausgestattet bezeichnet haben, wenn keine vollständige Badeeinrichtung, sondern nur ein Duschraum vorhanden war. Leider war bei der Erhebung eine derartige Unterscheidung nicht vorgesehen.) In den letzten Jahrzehnten ist hinsichtlich der Versorgung der Wohnungen mit Bad ein beachtlicher

Fortschritt erzielt worden, denn **im Jahre 1910 waren nur 21 v. H. und im Jahre 1925 nur 25,5 v. H. aller Hamburger Wohnungen** mit einem Bad ausgestattet. Es ist fraglich, ob sich die Zahl und der Anteil der Wohnungen mit einem eigenen vollständig eingerichteten Badezimmer in nächster Zeit wesentlich erhöhen wird, da man sich im Rahmen des mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbaus aus Kostengründen vielfach auf die Anlage von Duschbecken oder Gemeinschaftsbädern beschränkt.

Die Mehrzahl aller Normalwohnungen, nämlich 263 375 Wohnungen oder 78 v. H., wird noch durch Öfen in den Wohnräumen geheizt. Ein Fünftel aller Normalwohnungen — 66 551 oder 19,8 v. H. — ist an eine **Zentralheizung**, die für das gesamte Gebäude eingerichtet ist, und 912 Wohnungen sind an eine **Fernheizung** angeschlossen. Nur 9521 oder 2,8 v. H. weisen eine eigene **Sammelheizung** (Etagenheizung) für die Wohnung auf. Die Gesamtzahl der Heizungsanlagen einschließlich der Ofenheizung übersteigt die Zahl der vorhandenen Wohnungen um 3946 oder rd. 1 v. H. Dies erklärt sich daraus, daß manche Wohnungen zusätzlich mit Ofenheizung ausgerüstet sind, weil die vorhandene Sammelheizung noch nicht wieder benutzbar ist oder aus Ersparnisgründen stillgelegt wurde.

Unter den 49 969 Notwohnungen sind nur 1447 Wohnungen mit **Bad** ausgestattet. Wie viele Notwohnungen an **Sammelheizungen** angeschlossen sind, ist nicht ermittelt. Man kann aber annehmen, daß nicht alle Notwohnungen **Ofenheizung** aufweisen, da immerhin 9802 Notwohnungen in Normalwohngebäuden liegen und sich hierunter 5015 ausgebauten Kellerwohnungen befinden.

Die Ausstattung der Normalwohnungen und der Notwohnungen ist in den einzelnen Gebietsteilen, wie Übersicht 1 zeigt, sehr unterschiedlich¹⁾. Die **Stromversorgung** gehört in allen Gebietsteilen zumeist zur selbstverständlichen Ausstattung, dagegen ist der Anschluß der Wohnungen an das **Gas- und Wassernetz** in den locker bebauten Außenbezirken der Stadt erheblich ungünstiger als in dem dicht besiedelten Innenbezirk der Hansestadt Hamburg. Dies erklärt sich vornehmlich daraus, daß der Bau einer elektrischen Oberleitung geringere Kapitalinvestitionen als der Bau einer unterirdischen frostsicheren Gas- oder Wasserleitung erfordert. Außerdem konnte die Erweiterung des Rohrnetzes in den Außengebieten mit der Ausdehnung des Versorgungsgebietes infolge der Eingemeindung zahlreicher, zumeist dünn besiedelter Vororte und ländlicher Gemeinden in das hamburgische Staatsgebiet sowie mit der Zunahme der Bebauung und Besiedlung in den Außengebieten infolge der Kriegsschäden der Innenstadt nicht Schritt halten. Im Bezirk Wandsbek — und hier wiederum besonders in den Walddörfern und Rahlstedt — befinden sich anteilmäßig am wenigsten mit Gas und Wasser ausgestattete Normalwohnungen. Es ist zu beachten, daß in diesen Gebieten auch die Zahl und der Anteil der Einfamilienhäuser und der größeren Behelfsheime unter den Normalwohngebäuden besonders groß ist. Wo Gas und Wasser fehlen, kommt der Elektrizität naturgemäß eine besonders große Bedeutung als Energie- und Wärmequelle zu.

Eine Gliederung der Normal- und Notwohnungen nach der **Gebäudeart** zeigt die Übersicht 2. Der Bestand an Normalwohnungen in Mehr- und Einfamilienhäusern beträgt 90 v. H. sämtlicher Normalwohnungen, und ihre Ausstattungsverhältnisse beeinflussen die Hamburger Wohnverhältnisse dementsprechend nicht unwesentlich. Die Mehrfamilienhäuser, vorwiegend in dichtbesiedelten Stadtteilen gelegen, sind am besten mit Versorgungsanschlüssen ausgestattet. 99,6 v. H. aller Normalwohnungen in Mehrfamilienhäusern sind mit Strom, 97,2 v. H. mit Wasser und 89,3 v. H. mit Gas versorgt. Bei den größtenteils am Stadtrand gelegenen Einfamilienhäusern, Bauernhäusern und sonstigen Normalwohngebäuden fehlen vielfach die Voraussetzungen für die Ausstattung mit Gas und Wasser. Die Gründe dafür wurden bereits genannt. Der Anteil der Wasseranschlüsse schwankt bei

diesen Gebäudearten zwischen 54,7 und 80,4 v. H. und bei der Gasversorgung zwischen 17,6 und 64,8 v. H. Die Nichtwohngebäude dienen hauptsächlich gewerblichen Zwecken und sind deswegen größtenteils an das Strom-, Gas- und Wassernetz angeschlossen. Die in diesen Gebäuden befindlichen Normalwohnungen sind entsprechend ausgestattet.

Im Gegensatz zur besseren Energie- und Wasserversorgung der Mehrfamilienhäuser verfügen die Einfamilienhäuser anteilmäßig über eine bessere Ausstattung mit Badezimmern. Das mag auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die Mehrzahl der Mehrfamilienhäuser vor 1918 gebaut wurde. In dieser Zeit hat man die Wohnungen seltener mit einem Bad ausgestattet. Die Einfamilienhäuser sind zum großen Teil erst nach dem ersten Weltkrieg gebaut worden. Die Normalwohnungen in sonstigen Normalwohngebäuden, die in der Hauptsache mit geringen Mitteln während der Kriegszeit oder nach 1945 errichtet worden sind und zumeist den Charakter von Behelfsheimen haben, verfügen nur in Ausnahmefällen über ein Badezimmer.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigt die Art der Raumbeheizung in den verschiedenen Gebäudearten. Hierbei ist zu beachten, daß die Einfamilienhäuser, Bauernhäuser und „sonstigen“ Normalwohngebäude zumeist nur eine Wohnung umfassen. Jede dritte Wohnung in Einfamilienhäusern hat eine Sammelheizung; bei den Mehrfamilienhäusern ist es erst jede fünfte Wohnung. Die Versorgung der Normalwohnungen in Nichtwohngebäuden mit einer Sammelheizung ist schon auf Grund der Tatsache, daß diese Gebäude größtenteils zentral beheizt werden, außerordentlich günstig. Allerdings ist der Anteil der 4623 Wohnungen dieser Art an der Gesamtzahl der vorhandenen Normalwohnungen mit 1,4 v. H. sehr gering. In den sonstigen Normalwohngebäuden und einer kleinen Zahl von Bauernhäusern werden die Räume fast ausschließlich durch Öfen geheizt.

Die Notwohnungen zeigen bei allen Gebäudearten hinsichtlich der Ausstattung mit Strom, Gas und Wasser eine schlechtere Versorgung als die Normalwohnungen. Es gibt zahlreiche Notwohnungen in Mehr- und Einfamilienhäusern und in Nichtwohngebäuden, bei denen die Versorgungsanschlüsse fehlen, obgleich sie im Gebäude selbst vorhanden sind. Die nicht an das Strom-, Gas- und Wassernetz angeschlossenene Notwohnungen in den sonstigen Normalwohngebäuden und in Notwohngebäuden sind wohl die am schlechtesten ausgestatteten Wohnungen in der Hansestadt Hamburg.

¹⁾ Die gleichen Ergebnisse liegen auch für die 106 Stadtteile vor; sie werden aus Raum- und Kostengründen erst im „Quellenwerk“ veröffentlicht.

Übersicht 1

Die Ausstattung der Normal- und Notwohnungen in den Bezirken und Ortsämtern

Bezirke Ortsämter	Normalwohnungen									Notwohnungen			
	insgesamt	darunter Wohnungen mit							insgesamt	darunter Wohnungen mit			
		Anschluß an das			Bade- zimmer	Ofen-	Zentral- heizung	Etagen-		Fern-	Strom- netz	Gasnetz	Wasser- netz
Strom- netz	Gasnetz	Wasser- netz											
a) Absolute Zahlen													
1 Hamburg Mitte	51 950	51 666	37 870	47 682	13 420	46 105	4 370	792	865	11 388	10 519	2 419	6 269
<i>davon im</i>													
O.A. Billstedt . . .	13 065	12 984	6 606	10 141	2 681	12 258	794	97	4	4 384	4 104	216	1 598
O.A. Veddel- Rothenburgsort	4 617	4 600	3 103	4 336	1 218	3 855	467	298	1	1 431	1 286	141	790
O.A. Finkenwerd.	3 821	3 802	2 336	3 455	1 237	3 685	124	30	—	1 024	922	68	430
Restgeb. d. Bezirks	30 447	30 280	25 825	29 750	8 284	26 307	2 985	367	860	4 549	4 207	1 994	3 451
2 Altona	56 003	55 599	46 324	53 467	18 382	42 850	11 345	2 647	4	6 688	6 230	2 098	4 249
<i>davon im</i>													
O.A. Blankenese .	14 002	13 917	8 571	12 249	5 281	9 872	3 826	697	1	2 542	2 357	423	1 375
Restgeb. d. Bezirks	42 001	41 682	37 753	41 218	13 101	32 978	7 519	1 950	3	4 146	3 873	1 675	2 874
3 Eimsbüttel	53 278	52 924	45 265	49 198	20 299	41 247	11 472	904	3	6 167	5 618	2 270	3 427
<i>davon im</i>													
O.A. Lokstedt . . .	9 096	8 993	5 067	5 887	2 777	7 285	1 664	287	—	2 117	1 778	156	399
O.A. Stellingen .	6 414	6 328	4 095	5 812	1 499	5 308	837	277	—	1 461	1 313	177	796
Restgeb. d. Bezirks	37 768	37 603	36 103	37 499	16 023	28 654	8 971	340	3	2 589	2 527	1 937	2 232
4 Hamburg-Nord	78 717	78 556	68 766	76 183	39 840	53 460	24 701	1 886	14	8 498	8 020	2 495	4 644
<i>davon im</i>													
O.A. Barmbek- Uhlenhorst . . .	23 538	23 498	21 087	23 336	11 597	18 169	5 045	596	13	3 014	2 853	1 239	2 103
O.A. Fuhsbüttel .	13 338	13 274	10 745	12 272	7 467	8 093	5 075	532	—	1 966	1 812	374	1 033
Restgeb. d. Bezirks	41 841	41 784	36 934	40 575	20 776	27 198	14 581	758	1	3 518	3 355	882	1 508
5 Wandsbek	43 363	43 069	27 562	30 281	14 804	32 857	10 074	1 409	8	9 535	8 972	1 543	3 245
<i>davon im</i>													
O.A. Bramfeld . . .	6 493	6 420	2 985	4 487	1 281	5 695	558	292	2	2 058	1 967	221	590
O.A. Alstertal . .	8 289	8 235	5 327	6 196	2 939	5 916	2 329	247	—	1 680	1 552	299	646
O.A. Walddörfer .	5 128	5 088	2 807	2 329	2 380	3 352	1 879	92	1	718	663	116	114
O.A. Rahlstedt . .	6 382	6 344	4 525	3 160	2 105	4 820	1 667	175	—	822	754	154	181
Restgeb. d. Bezirks	17 071	16 982	11 918	14 109	6 099	13 074	3 641	603	5	4 257	4 036	753	1 714
6 Bergedorf	16 340	16 242	13 119	15 076	3 378	13 913	2 070	478	9	1 609	1 510	236	633
<i>davon im</i>													
O.A. Vier- und Marschlande . .	5 162	5 122	3 049	4 396	555	4 787	409	20	4	1 028	977	69	297
Restgeb. d. Bezirks	11 178	11 120	10 070	10 680	2 823	9 126	1 661	458	5	581	533	167	336
7 Harburg	36 762	36 582	26 027	33 479	7 546	32 943	2 519	1 405	9	6 084	5 569	738	3 174
<i>davon im</i>													
O.A. Wilhelmsbg.	11 472	11 422	8 828	10 673	2 022	10 471	485	523	1	1 867	1 699	215	809
O.A. Süderelbe . .	4 728	4 694	3 830	3 940	753	4 434	296	53	—	1 170	1 127	71	862
Restgeb. d. Bezirks	20 562	20 466	16 369	18 866	4 771	18 038	1 738	829	8	3 047	2 743	452	1 503
Hansestadt Hamburg insges.	336 413	334 638	264 933	305 366	117 669	263 375	66 551	9 521	912	49 969	46 438	11 799	25 641

b) Verhältniszahlen

1 Hamburg Mitte	100	99,45	72,90	91,78	25,83	88,75	8,41	1,52	1,67	100	92,37	21,24	55,05
<i>davon im</i>													
O.A. Billstedt . . .	100	99,38	50,56	77,62	20,52	93,82	6,08	0,74	0,03	100	93,61	4,93	36,45
O.A. Veddel- Rothenburgsort	100	99,63	67,21	93,91	26,38	83,50	10,11	6,45	0,02	100	89,87	9,85	55,21
O.A. Finkenwerd.	100	99,50	61,14	90,42	32,37	96,44	3,25	0,79	—	100	90,04	6,64	41,99
Restgeb. d. Bezirks	100	99,45	84,82	97,71	27,21	86,40	9,80	1,21	2,82	100	92,48	43,83	75,86
2 Altona	100	99,28	82,72	95,47	32,82	76,51	20,26	4,73	0,01	100	93,15	31,37	63,53
<i>davon im</i>													
O.A. Blankenese .	100	99,39	61,21	87,48	37,72	70,50	27,32	4,98	0,01	100	92,72	16,64	54,09
Restgeb. d. Bezirks	100	99,24	89,89	98,14	31,19	78,52	17,90	4,64	0,01	100	93,42	40,40	69,32

(Fortsetzung)

Bezirke Ortsämter	Normalwohnungen									Notwohnungen			
	insgesamt	darunter Wohnungen mit							insgesamt	darunter Wohnungen mit			
		Anschluß an das			Bade- zimmer	Ofen-	Zentral- heizung	Etagen-		Fern-	Strom- netz	Gasnetz	Wasser- netz
Strom- netz	Gasnetz	Wasser- netz											
3 Eimsbüttel <i>davon im</i>	100	99,34	84,96	92,34	38,10	77,42	21,53	1,70	0,01	100	91,10	36,81	55,57
O.A. Lokstedt . . .	100	98,87	55,71	64,72	30,53	80,09	18,29	3,16	—	100	83,99	7,37	18,85
O.A. Stellingen . . .	100	98,66	63,84	90,61	23,37	82,76	13,05	4,32	—	100	89,87	12,11	54,48
Restgeb. d. Bezirks	100	99,56	95,59	99,29	42,42	75,87	23,75	0,90	0,01	100	97,61	74,82	86,21
4 Hamburg-Nord <i>davon im</i>	100	99,80	87,36	96,78	50,61	67,91	31,38	2,40	0,02	100	94,38	29,36	54,65
O.A. Barmbek- Uhlenhorst . . .	100	99,83	89,59	99,14	49,27	77,19	21,43	2,53	0,05	100	94,66	41,11	69,77
O.A. Fuhlsbüttel . . .	100	99,52	80,56	92,01	55,98	60,68	38,05	3,99	—	100	92,17	19,02	52,54
Restgeb. d. Bezirks	100	99,86	88,27	96,97	49,65	65,00	34,85	1,81	—	100	95,37	25,07	42,87
5 Wandsbek <i>davon im</i>	100	99,32	63,56	69,83	34,14	75,77	23,23	3,25	0,02	100	94,10	16,18	34,03
O.A. Bramfeld . . .	100	98,88	45,97	69,11	19,73	87,71	8,59	4,50	—	100	95,58	10,74	28,67
O.A. Alstertal . . .	100	99,35	64,27	74,75	35,46	71,37	28,10	2,98	—	100	92,38	17,80	38,45
O.A. Walddörfer . . .	100	99,22	54,74	45,42	46,41	65,37	36,64	1,79	0,02	100	92,34	16,16	15,88
O.A. Rahlstedt . . .	100	99,40	70,90	49,51	32,98	75,52	26,12	2,74	—	100	91,73	18,73	22,02
Restgeb. d. Bezirks	100	99,48	69,81	82,65	35,73	76,59	21,33	3,53	—	100	94,81	17,69	40,26
6 Bergedorf <i>davon im</i>	100	99,40	80,29	92,26	20,67	85,15	12,67	2,93	0,06	100	93,85	14,67	39,34
O.A. Vier- und Marschlande . . .	100	99,23	59,07	85,16	10,75	92,74	7,92	0,39	0,08	100	95,04	6,71	28,89
Restgeb. d. Bezirks	100	99,48	90,09	95,54	25,25	81,64	14,86	4,10	0,04	100	91,74	28,74	57,83
7 Harburg <i>davon im</i>	100	99,51	70,80	91,07	20,53	89,61	6,85	3,82	0,02	100	91,54	12,13	52,17
O.A. Wilhelmsbg. O.A. Süderelbe . . .	100	99,56	76,95	93,04	17,63	91,27	4,23	4,56	0,01	100	91,00	11,52	43,33
O.A. Süderelbe . . .	100	99,28	17,55	83,33	15,93	93,78	6,26	1,12	—	100	96,32	6,07	73,68
Restgeb. d. Bezirks	100	99,53	79,61	91,75	23,20	87,72	8,45	4,03	0,04	100	90,02	14,83	49,33
Hansestadt Hamburg insges.	100	99,47	78,75	90,77	34,98	78,29	19,78	2,83	0,27	100	92,93	23,61	51,31

Übersicht 2

Die Ausstattung der Normal- und Notwohnungen nach der Gebäudeart

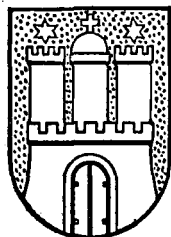
Ausstattung	Wohnungen insgesamt		davon in											
			Bauernhäusern		Einfamilien- häusern		Mehrfamilien- häusern		sonstig. Normal- wohngebäuden		Not- wohngebäuden		Nichtwohn- gebäuden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Normalwohnungen	336 413	100	1 856	100	58 407	100	244 838	100	26 689	100	—	—	4 623	100
<i>darunter sind versorgt mit</i>														
Strom	334 638	99,47	1 833	98,76	57 998	99,30	243 944	99,63	26 264	98,41	—	—	4 599	99,48
Gas	264 933	78,75	688	37,07	37 862	64,82	218 675	89,31	4 698	17,60	—	—	3 010	65,11
Wasser	305 366	90,77	1 358	73,17	46 960	80,40	238 087	97,24	14 610	54,74	—	—	4 351	94,12
Bad	117 669	34,98	321	17,30	23 535	40,29	90 840	37,10	1 517	5,68	—	—	1 456	31,49
Ofen- Heizung	263 375	78,29	1 761	94,88	40 774	69,81	192 255	78,52	26 177	98,08	—	—	2 408	52,09
Zentral- „	66 551	19,78	103	5,55	18 906	32,37	45 111	18,42	384	1,44	—	—	2 047	44,28
Etagen- „	9 521	2,83	6	0,32	1 013	1,37	8 327	3,40	92	0,34	—	—	83	1,80
Fern- „	912	0,27	1	0,05	9	0,02	686	0,28	—	—	—	—	216	4,67
Notwohnungen	49 969	100	6	100	425	100	9 197	100	174	100	37 161	100	3 006	100
<i>darunter sind versorgt mit</i>														
Strom	46 438	92,93	5	83,33	392	92,24	8 995	97,80	130	74,71	34 152	91,99	2 764	91,95
Gas	11 799	23,61	3	50,00	225	52,94	7 049	76,64	17	9,77	3 358	9,04	1 147	38,16
Wasser	25 641	51,31	4	66,67	325	76,47	8 532	92,77	70	40,23	14 582	39,24	2 128	70,79

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 7. Februar 1952



Jahrgang 1952 — Heft Nr. 4

- INHALT: 1. Die Küchen in Hamburg
2. Wohnungen, die von einer Wohnpartei allein bewohnt werden
3. Die Nichtwohngebäude nach Gebäudearten

Die Küchen in Hamburg

(weitere Ergebnisse der Wohnungszählung vom 13. September 1950)

Vorbemerkung

Im Rahmen der Wohnungszählung vom 13. September 1950 wurde der Küchenfrage eine weitaus größere Bedeutung beigemessen, als es bei den bisherigen Wohnungszählungen der Fall gewesen war. Nicht nur der Frage der Ausstattung der Wohnungen mit den verschiedenen Arten von Kochgelegenheiten, sondern auch der gemeinsamen Nutzung ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Der totale Verlust von nahezu der Hälfte aller Wohnungen in Hamburg während des letzten Krieges hatte zur Folge, daß eine sehr große Zahl von Wohnungen mit mehreren Wohnparteien belegt werden mußte. Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung hatten nur 215 711 Wohnparteien das Glück, eine selbständige Wohnung allein zu bewohnen. **418 359 Parteien** waren dagegen genötigt, **mit anderen Parteien in einer Wohnung** zusammenzuleben. Bei diesen Parteien teilten sich **im Durchschnitt rd. 2,5 Parteien in eine Wohnung**. Diese Zahlen lassen deutlich die gegenwärtige Wohnungsnot erkennen.

Die bittere Notwendigkeit dieses engen Zusammenlebens auf verhältnismäßig kleinem Raum wird dadurch noch unerträglicher, daß in den meisten Wohnungen, die mit mehreren Wohnparteien belegt sind, nur eine einzige ausgebaute bauplanmäßig vorgesehene Küche zur Verfügung steht. Es ergibt sich somit die Zwangslage, daß in unzähligen Fällen mehrere selbständige Haushaltungen sich in die Benutzung einer Küche teilen müssen, soweit es nicht möglich ist, einen der verfügbaren Räume als Notküche herzurichten oder in einem der Räume eine behelfsmäßige Kochgelegenheit anzubringen oder überhaupt auf die eigene Bereitung einer warmen Mahlzeit in der Wohnung zu verzichten. Die Möglichkeit zur Einrichtung einer Notküche ist

aber nur selten, zumeist nur in Einfamilienhäusern oder in Großwohnungen, gegeben, da hierfür eine gute Ausstattung der Wohnungen mit Nebenräumen die Voraussetzung ist.

Eine alte Erfahrung der praktischen Wohnungspolitik ist es, daß bei der Einweisung von mehreren Wohnparteien in eine gemeinsame Wohnung die Möglichkeit der Schaffung einer eigenen Kochgelegenheit für jede Wohnpartei oft wichtiger ist als die Belegungsdichte, da eine eigene Kochgelegenheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben mehrerer Wohnparteien in einer Wohnung bildet. Wenn die Schaffung einer eigenen Kochgelegenheit für jede Wohnpartei nicht möglich ist, wird die Atmosphäre des Zusammenlebens dadurch entscheidend bestimmt, ob und in welcher Weise sich die Parteien über die Benutzung der vorhandenen Kochgelegenheiten geeinigt haben. Bei der Wohnungszählung von 1950 war deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, die Ausstattung der Wohnungen und die Versorgung der Wohnparteien mit Küchen und anderen Kochgelegenheiten zu untersuchen.

1. Zahl und Art der Küchen

Bei der Wohnungszählung vom 13. September 1950 wurden in Hamburg **insgesamt 394 439 Küchen** gezählt. Als Küchen im Sinne der Zählung gelten nicht nur die bauplanmäßig vorgesehenen und voll ausgebauten **Küchen**, sondern auch die bauplanmäßig vorgesehenen oder nachträglich ausgebauten **Kochnischen** sowie die als **Notküchen** hergerichteten Räume, die ehemals zu anderen Zwecken bestimmt waren (z. B. Mädchenzimmer, Badezimmer u. a. m.). Dagegen sind Wohnräume, in denen eine **behelfsmäßige Kochgelegen-**

heit eingerichtet ist und die weiterhin als Wohn- oder Schlafräume benutzt werden, nicht als Küchen gezählt worden.

Die Küchen gliedern sich nach ihrer Art und Größe wie folgt:

1. Vollausgebaute Küchen 351 654
darunter mit einer Fläche von
bis einschl. 10 qm 210 684
über 10 qm 140 970
2. ausgebaute Kochnischen 13 269
3. als Notküchen hergerichtete Räume 29 516
- Küchen insgesamt 394 439

2. Wohnungen und Küchen

Die Gesamtzahl der Küchen ist etwas größer als die Zahl der Wohnungen, denn bei der Wohnungszählung sind einschl. der Notwohnungen insgesamt

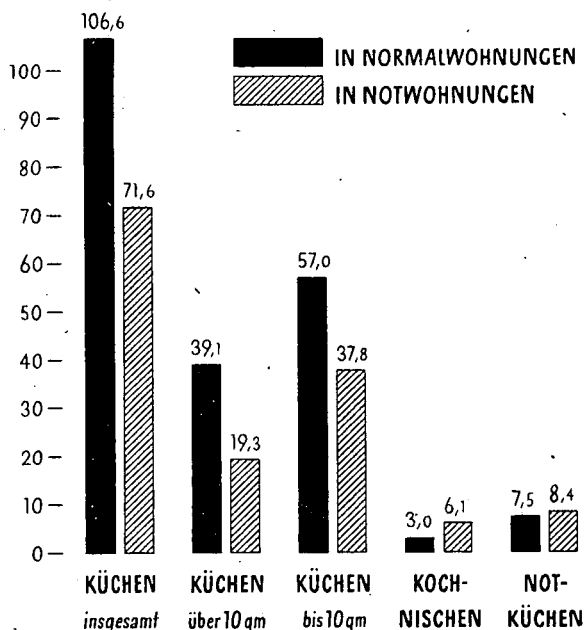
386 382 Wohnungen ermittelt. **Auf 100 Wohnungen kommen im Gesamtdurchschnitt 102,1 Küchen**, von denen 91 vollausgebaute Küchen, 3,4 Kochnischen und 7,6 Notküchen sind. Unterscheidet man die Küchen nach der Art der Wohnungen, in denen sie liegen, d. h. nach Normal- und Notwohnungen, und vergleicht diese Zahlen mit dem entsprechenden Wohnungsbestand, so zeigt sich, daß die Notwohnungen weit schlechter mit Küchen ausgestattet sind als die Normalwohnungen, denn in 100 Normalwohnungen sind 106,6 Küchen, in 100 Notwohnungen aber nur 71,6 Küchen aller Art gezählt. Bei einer Gliederung der Küchen nach ihrer Art zeigt sich, daß auch die Qualität der Küchen in den Notwohnungen ungünstiger ist als in den Normalwohnungen; vollausgebaute Küchen sind hier weit seltener, Kochnischen und Notküchen aber relativ häufiger (s. Übersicht 1).

Übersicht 1 Die Küchen und Kochnischen in Normal- und Notwohnungen

Art der Küchen	Küchen in						Auf 100 Normalwohnungen kommen . . .	Auf 100 Notwohnungen . . .	Auf 100 Wohnungen insgesamt
	Normalwohnungen		Notwohnungen		Wohnungen insgesamt				
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ausgebaute Küchen über 10 qm	131 320	36,61	9 650	26,97	140 970	35,74	39,03	19,31	36,48
bis 10 qm	191 817	53,48	18 867	52,74	210 684	53,41	57,02	37,76	54,53
Ausgebaute Küchen zusammen	323 137	90,09	28 517	79,71	351 654	89,15	96,05	57,07	91,01
Ausgebaute Kochnischen	10 190	2,84	3 079	8,61	13 269	3,37	3,03	6,16	3,43
Notküchen	25 338	7,07	4 178	11,68	29 516	7,48	7,53	8,36	7,64
Küchen und Kochnischen zus.	358 665	100	35 774	100	394 439	100	106,61	71,59	102,08

Die Ausstattung der Normal- und Notwohnungen mit Küchen

KÜCHEN AUF 100 WOHNUNGEN



Bei der Wohnungszählung sind leider im Tabellenprogramm keine Spalten vorgesehen, wieviele Wohnungen mehrere Küchenarten (Küche, Kochnische, Notküche) haben und wieviele Wohnungen über keine Küche verfügen. Nach den Richtlinien für die Erfassung und Abgrenzung der selbständigen Wohnungen als Zählereinheit ist allerdings das

Vorhandensein einer bauplanmäßig vorgesehenen Küche oder Kochnische ein wesentliches Merkmal. In der Praxis gibt es jedoch auch selbständige Wohnungen im Sinne der Wohnungszählung, die nur über eine Notküche verfügen und sogar Wohnungen, die keine dieser Küchenarten aufweisen.

Die bauplanmäßig vorgesehene Küche oder Kochnische entspricht in der Regel der „vollausgebauten Küche oder Kochnische“ der Wohnungszählung. Die Gesamtzahl dieser Küchen und Kochnischen erreicht aber mit 364 923 nicht ganz die Zahl der ermittelten Wohnungseinheiten, sie bleibt vielmehr um rd. 21 000 hinter der Zahl der Wohnungen zurück. Dabei ist noch zu beachten, daß manche Wohnungen — insbesondere in ländlichen Gegenden — auch zwei vollausgebaute Küchen haben und andere außer einer vollausgebauten Küche auch noch eine Kochnische aufweisen können. Die Zahl dieser Fälle kann im Gebiet der Hansestadt Hamburg aber nur gering sein. Immerhin kann man hieraus entnehmen, daß **rd. 22 000 Wohnungen** in Hamburg keine vollausgebaute Küche, oder Kochnische, sondern **nur eine Notküche** haben oder sogar über **keine dieser Küchenarten** verfügen. Letzteres wird vor allem häufig bei Notwohnungen der Fall sein, da hier auf 100 Wohnungen im ganzen nur 71,6 Küchen, Kochnischen oder Notküchen gezählt sind. Von den 49 969 Notwohnungen in Hamburg dürften demnach **rd. 14 000** weder über eine ausgebaute Küche oder Kochnische, noch über eine Notküche verfügen. Es gibt aber auch einige Normalwohnungen, die keine dieser Küchenarten aufweisen, trotzdem aber mit Recht als selbständige Wohnungen anerkannt sind, weil sie im

übrigen alle Merkmale einer abgeschlossenen Wohnung aufweisen. Die Zahl der vollausgebauten Küchen und Kochnischen ist bei den Normalwohnungen um **nur 3086** oder 0,9 v. H. geringer als die Zahl der Wohnungen.

Besonders bedauerlich ist, daß die Ergebnisse der Wohnungszählung nicht die Zahl der Wohnungen ausweisen, die außer einer vollausgebauten Küche auch noch eine Notküche enthalten. Die Zahl der hier nachgewiesenen Notküchen (29 516, davon 25 338 in Normalwohnungen) gibt hierüber keinen genauen Aufschluß, da in manchen Wohnungen — vor allem in großen Einfamilienhäusern und in anderen Großwohnungen — häufig auch mehrere Notküchen eingerichtet sind; andererseits gibt es auch viele Wohnungen — zumeist zwar Notwohnungen, bisweilen aber auch Normalwohnungen (z. B. ausgebaute Dachgeschoßwohnungen) —, die nur Notküchen enthalten. Man kann aber immerhin annehmen, daß **mindestens 20 000 Normalwohnungen außer einer vollausgebauten Küche noch eine Notküche enthalten.**

3. Die Küchen nach Gebäudearten

Bedeutende und charakteristische Unterschiede in der Ausstattung der Wohnungen mit Küchen zeigen sich, wenn man die Küchen und Wohnungen nicht nur nach Normal- und Notwohnungen, sondern auch nach der Art des Gebäudes gliedert, in dem die Wohnungen liegen (s. Übersicht 2). Es ergibt sich dann, daß die Wohnungen, die in Einfamilienhäusern liegen, besser mit Küchen ausgestattet sind als die Wohnungen in den übrigen Gebäudearten; denn auf 100 Wohnungen

kommen hier durchschnittlich 123 Küchen aller Art gegenüber nur 102 Küchen bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Bei den Wohnungen in Einfamilienhäusern ist der Bestand an vollausgebauten Küchen relativ hoch — sie werden hierin nur von den Bauernhäusern übertroffen, in denen häufig zwei vollausgebaute Küchen (eine Sommer- und eine Winterküche) zu einer Wohnung gehören. Vor allem fällt aber bei den Wohnungen in Einfamilienhäusern der hohe Bestand an Notküchen auf, der bei dieser Gebäudeart über 21 auf 100 Wohnungen gegenüber nur 7,6 im Gesamtdurchschnitt ausmacht. Von allen Notküchen (29 516) entfällt fast die Hälfte (12 731) auf Wohnungen, die in Einfamilienhäusern liegen; berücksichtigt man nur die Normalwohnungen, so ist der Anteil dieser Gebäudeart an den Notküchen noch größer. Diese Häufung der Notküchen in Einfamilienhäusern erklärt sich aus der baulichen Struktur und der relativ großen Raumzahl der Wohnungen in Einfamilienhäusern, die oft nicht nur die Aufnahme weiterer Wohnparteien, sondern auch den Umbau eines ursprünglich anderen Zwecken dienenden Raumes zu einer Notküche für die aufgenommene Wohnpartei erleichtert. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß nach den Richtlinien der Wohnungszählung in der Regel das ganze Einfamilienhaus nur als eine Wohnung gezählt ist, auch wenn es von mehreren Wohnparteien bewohnt wird; dies gilt vor allem dann, wenn es nur eine vollausgebaute Küche enthält. In Hamburg sind **in 53 443 Einfamilienhäusern 58 832 Wohnungen gezählt, in denen 57 647 vollausgebaute Küchen und 2108 ausgebaute Kochnischen** ermittelt sind; außerdem verfügen sie **über 12 731 Notküchen.**

Übersicht 2

Die Küchen und Kochnischen in Normal- und Notwohnungen nach der Art der Gebäude

Gebäudeart	Zahl der Wohnungen	davon sind						auf 100 Wohnungen kommen			
		darin Küchen	ausgebaute Küchen			Kochnischen	Notküchen	ausgebaute Küchen	Kochnischen	Notküchen	Küchen insgesamt
			über 10 qm	bis 10 qm	zusammen						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Normalwohnungen											
Einfamilienhäuser . . .	58 407	72 134	24 689	32 676	57 365	2 098	12 671	98,22	3,59	21,69	123,50
Bauernhäuser	1 856	2 125	1 191	694	1 885	32	208	101,56	1,72	11,21	114,49
Mehrfamilienhäuser . . .	244 838	252 919	94 038	140 931	234 969	6 604	11 346	95,97	2,70	4,63	103,30
Sonst. Normalwohngeb.	26 689	26 836	9 299	15 566	24 865	1 264	707	93,17	4,74	2,65	100,56
Nichtwohngebäude . . .	4 623	4 651	2 103	1 950	4 053	192	406	87,67	4,15	8,78	100,60
Gebäude insgesamt . . .	336 413	358 665	131 320	191 817	323 137	10 190	25 338	96,05	3,03	7,53	106,61
Notwohnungen											
Einfamilienhäuser	425	352	126	156	282	10	60	66,35	2,35	14,12	82,82
Bauernhäuser	6	4	—	3	3	—	1	50,00	—	16,67	66,67
Mehrfamilienhäuser . . .	9 197	7 174	2 150	3 538	5 688	352	1 134	61,85	3,83	12,33	78,01
Sonst. Normalwohngeb.	174	108	25	50	75	6	27	43,10	3,45	15,52	62,07
Notwohngebäude	37 161	26 712	6 928	14 778	21 706	2 588	2 418	58,41	6,96	6,51	71,88
Nichtwohngebäude . . .	3 006	1 424	421	342	763	123	538	25,38	4,09	17,90	47,37
Gebäude insgesamt . . .	49 969	35 774	9 650	18 867	28 517	3 079	4 178	57,07	6,16	8,36	71,59
Wohnungen insgesamt											
Einfamilienhäuser	58 832	72 486	24 815	32 832	57 647	2 108	12 731	97,99	3,58	21,64	123,21
Bauernhäuser	1 862	2 129	1 191	697	1 888	32	209	101,40	1,72	11,22	114,34
Mehrfamilienhäuser . . .	254 035	260 093	96 188	144 469	240 657	6 956	12 480	94,73	2,74	4,91	102,38
Sonst. Normalwohngeb.	26 863	26 944	9 324	15 616	24 940	1 270	734	92,84	4,73	2,73	100,30
Notwohngebäude	37 161	26 712	6 928	14 778	21 706	2 588	2 418	58,41	6,96	6,51	71,88
Nichtwohngebäude . . .	7 629	6 075	2 524	2 292	4 816	315	944	63,13	4,13	12,37	79,63
Gebäude insgesamt . . .	386 382	394 439	140 970	210 684	351 654	13 269	29 516	91,01	3,43	7,64	102,08

Bei allen Wohnungen in Normalwohngebäuden ist die Zahl der Küchen aller Art etwas größer als die der Wohnungen. Dagegen kommen bei den Notwohngebäuden auf 100 Wohnungen nur rund 72 Küchen aller Art und bei den Nichtwohngebäuden nicht ganz 80 Küchen auf 100 Wohnungen. Außerdem ist zu beachten, daß in beiden Gebäudearten der Anteil der Notküchen relativ hoch ist; besonders gilt dies für die Nichtwohngebäude. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß es sich hier zum großen Teil um Wohnungen handelt, die durch Umbau von Geschäfts-, Büro- oder Gewerberäumen entstanden sind, so daß hier bauplanmäßig vorgesehene Küchen fehlen. Besonders schlecht ist die Ausstattung mit Küchen bei den Notwohnungen in Nichtwohngebäuden, wo auf 100 Wohnungen insgesamt nur 47 Küchen aller Art ermittelt sind, wovon mehr als ein Drittel aus Notküchen besteht.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Größe der vollausgebauten Küchen in den Wohnungen der verschiedenen Gebäudearten recht beachtliche Unterschiede aufweist. Der Anteil der großen Küchen mit über 10 qm Fläche ist bei den Wohnungen in Einfamilienhäusern und Bauernhäusern größer als bei den Wohnungen in den übrigen Gebäudearten. Die vollausgebauten Küchen der Wohnungen in sonstigen Normalwohngebäuden und Notwohngebäuden haben überwiegend nur eine Fläche von unter 10 qm.

4. Wohnparteien und Küchen

Die schwierigen Wohnverhältnisse, die sich aus der Belegung der meisten Wohnungen durch mehrere Wohnparteien ergeben, kommen vor allem bei einem Vergleich des Küchenbestandes mit der Zahl der Wohnparteien in den verschiedenen Wohnungs- und Gebäudearten zum Ausdruck. Bei der Wohnungszählung am 13. September 1950 sind in Hamburg 634 070 Wohnparteien ermittelt, davon 575 672 Parteien in Normalwohnungen und 58 398 Parteien in Notwohnungen. **Der Bestand an Wohnparteien ist also um 239 631 oder 37,8 v. H. größer als der Bestand an Küchen aller Art.** Auf 100 Parteien kommen durchschnittlich nur 62,2 Küchen. Dies gilt nahezu in gleicher

Weise für die Normal- und Notwohnungen. Berücksichtigt man jedoch die Art und Größe der Küchen, so zeigen sich hierin charakteristische Unterschiede. Den Wohnparteien in Normalwohnungen stehen in größerem Maße große Küchen mit über 10 qm Fläche zur Verfügung, die Wohnparteien in Notwohnungen müssen sich dagegen relativ häufiger mit Kochnischen und Notküchen begnügen.

Auch bei einer Gliederung der Wohnparteien und Küchen nach Gebäudearten tauchen bemerkenswerte Unterschiede auf. Relativ am meisten Küchen stehen den Parteien in den „sonstigen Normalwohngebäuden“ zur Verfügung; hier kommen auf 100 Wohnparteien rd. 84 Küchen aller Art. Die relativ gute Versorgung der Wohnungen in „sonstigen Normalwohngebäuden“ wird verständlich, wenn man bedenkt, daß es sich hierbei fast ausschließlich um Behelfsheime mit 30 und mehr qm Fläche handelt, in denen wegen ihrer geringen Größe und Raumzahl in 82 von 100 Fällen nur eine Wohnpartei wohnt; daraus erklärt sich auch die geringe Zahl der Notküchen in diesen Gebäuden (s. Übersicht 2). Demgegenüber teilen die Wohnparteien in Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern weit häufiger die Wohnungen mit anderen Parteien; der Anteil der in einer Wohnung allein wohnenden Parteien beträgt bei den Einfamilienhäusern nur 41,3 v. H. und in den Mehrfamilienhäusern 51,1 v. H. Trotz der relativ reichlichen Ausstattung der Wohnungen mit Küchen (vergl. Übersicht 2) kommen in den Einfamilienhäusern auf 100 Wohnparteien nur 61 Küchen aller Art; das gleiche gilt für die Mehrfamilienhäuser, in denen die Ausstattung der Wohnungen mit Küchen zwar schlechter ist als in Einfamilienhäusern, weil hier relativ seltener Notküchen eingebaut werden konnten, deren Wohnungen aber auch in geringerem Maße durch zweite oder weitere Wohnparteien belegt sind. Verhältnismäßig günstig ist der Bestand der Küchen zur Parteienzahl in den Bauernhäusern, da auch hier der Anteil der in einer Wohnung allein wohnenden Parteien mit 56,8 v. H. relativ groß und außerdem die Ausstattung der Wohnungen mit Küchen gut ist, denn manche Wohnungen in Bauernhäusern verfügen über zwei vollausgebaute Küchen.

Übersicht 3

Die Versorgung der Wohnparteien mit Küchen und Kochnischen in Normal- und Notwohnungen nach der Art der Gebäude

Gebäudeart	Zahl der Wohnparteien in			auf 100 Wohnparteien in								
	Normal- wohnungen	Not- wohnungen	Wohnungen insgesamt	Normalwohnungen			Notwohnungen			Wohnungen insgesamt		
				vollaus- gebaute Küchen	Koch- nischen	Not- küchen	vollaus- gebaute Küchen	Koch- nischen	Not- küchen	vollaus- gebaute Küchen	Koch- nischen	Not- küchen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Einfamilienhäuser . . .	118 555	485	119 040	48,39	1,77	10,69	58,14	2,06	12,37	48,43	1,77	10,69
Bauernhäuser	2 987	6	2 993	63,11	1,07	6,96	50,00	—	16,67	63,08	1,07	6,98
Mehrfamilienhäuser . . .	416 017	11 881	427 898	56,48	1,59	2,73	47,87	2,96	9,54	56,24	1,63	2,92
Sonst. Normalwohngeb.	31 911	193	32 104	77,92	3,96	2,22	38,86	3,11	13,99	77,69	3,96	2,29
Notwohngebäude	—	42 310	42 310	—	—	—	51,30	6,12	5,71	51,30	6,12	5,71
Nichtwohngebäude . . .	6 202	3 523	9 725	65,35	3,10	6,55	21,66	3,49	15,27	49,52	3,24	9,71
Gebäude insgesamt . . .	575 672	58 398	634 070	56,13	1,77	4,40	48,83	5,27	7,15	55,46	2,09	4,66

5. Die Versorgung der Wohnungsinhaber- und Untermieterparteien mit Küchen

Vorstehend war bemerkt worden, daß die Zahl der Wohnparteien um 239 631 größer ist als die Zahl der Küchen. Die Zahl der Wohnparteien ohne Küchen ist aber noch etwas größer, da 1004 Küchen in leerstehenden Wohnungen gelegen sind. Infolgedessen sind im ganzen **240 635 Wohnparteien ohne Küche** gezählt. Das bedeutet, daß 38 v. H. aller Wohnparteien keine Küche haben. Unterscheidet man nun die Wohnparteien nach Wohnungsinhabern und Untermietern und untersucht, wieviele Küchen diesen beiden Gruppen zur Verfügung stehen, dann zeigt sich, daß von den 240 635 Wohnparteien ohne Küche nicht weniger als 222 325 Parteien oder 92,4 v. H. Untermieterparteien sind. Das bedeutet, daß **von allen Untermieterparteien**, deren Gesamtzahl **248 861** beträgt, **rd. 90 v. H. über keine Küche** der genannten Arten, also auch nicht über ausgebaute Kochnischen oder Notküchen verfügen. Demgegenüber sind von den 385 209 Wohnungsinhaber-Parteien, die in Hamburg gezählt sind, nicht weniger als 366 899 im Besitz einer Küche; 345 756 Wohnungsinhaber oder 89,8 v. H. sind sogar im Besitz einer vollausgebauten Küche. **Nur 18 310 Wohnungsinhaber-Parteien, d. h. 4,8 v. H.** dieser Gruppe haben weder eine vollausgebaute Küche, noch eine aus-

gebaute Kochnische, noch eine Notküche. Hiervon sind aber die meisten, nämlich 14 593, Inhaber von Notwohnungen.

Die schlechten Wohnverhältnisse der Untermieter-Parteien, die in ihrer geringen Versorgung mit Küchen zum Ausdruck kommen, werden dadurch noch besonders beleuchtet, daß von der geringen Küchenzahl, die ihnen überhaupt zur Verfügung steht, die Hauptmasse (19 121 oder 72 v. H.) aus Notküchen besteht. Die Zahl der vollausgebauten Küchen, die sich im Besitz von Untermieter-Parteien befinden, beträgt nur 4950. Die weit schlechtere Versorgung der Untermieter-Parteien mit Küchen gegenüber den Wohnungsinhabern lassen folgende Verhältniszahlen erkennen:

Hundert Wohnungsinhaber verfügen durchschnittlich über 89,7 vollausgebaute Küchen, 2,8 Kochnischen und 2,7 Notküchen, insgesamt also über 95,2 Küchen aller Art. Demgegenüber verfügen 100 Untermieter-Parteien durchschnittlich nur über 2,0 vollausgebaute Küchen, 1,0 Kochnischen und 7,7 Notküchen, insgesamt also über 10,7 Küchen aller Art.

Auch hier zeigt die Gliederung der Wohnparteien mit Küchen nach Normal- und Notwohnungen wieder, daß die Küchenverhältnisse der Wohnparteien bei beiden Personengruppen in Not-

Übersicht 4

Die Versorgung der Wohnungsinhaber- und Untermieterparteien mit Küchen

Art der Versorgung mit Küchen	Wohnparteien in					
	Normalwohnungen		Notwohnungen		Wohnungen insgesamt	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
	1	2	3	4	5	6
Wohnparteien insgesamt						
mit						
ausgebauten Küchen über 10 qm	130 939	22,75	9 620	16,47	140 559	22,17
bis 10 qm	191 355	33,24	18 792	32,18	210 147	33,14
ausgebauten Küchen zusammen	322 294	55,99	28 412	48,65	350 706	55,31
ausgebauten Kochnischen	10 158	1,76	3 073	5,26	13 231	2,09
Notküchen	25 329	4,40	4 169	7,14	29 498	4,65
Küchen insgesamt	357 781	62,15	35 654	61,05	393 435	62,05
ohne Küchen	217 891	37,85	22 744	38,95	240 635	37,95
zusammen	575 672	100	58 398	100	634 070	100
Wohnungsinhaber-Parteien						
mit						
ausgebauten Küchen über 10 qm	128 700	38,36	9 557	19,23	138 257	35,89
bis 10 qm	188 812	56,28	18 687	37,59	207 499	53,87
ausgebauten Küchen zusammen	317 512	94,64	28 244	56,82	345 756	89,76
ausgebauten Kochnischen	7 771	2,31	2 995	6,03	10 766	2,80
Notküchen	6 503	1,94	3 874	7,79	10 377	2,69
Küchen insgesamt	331 786	98,89	35 113	70,64	366 899	95,25
ohne Küchen	3 717	1,11	14 593	29,36	18 310	4,75
zusammen	335 503	100	49 706	100	385 209	100
Untermieter-Parteien						
mit						
ausgebauten Küchen über 10 qm	2 239	0,93	63	0,72	2 302	0,93
bis 10 qm	2 543	1,06	105	1,21	2 648	1,06
ausgebauten Küchen zusammen	4 782	1,99	168	1,93	4 950	1,99
ausgebauten Kochnischen	2 387	0,99	78	0,90	2 465	0,99
Notküchen	18 826	7,84	295	3,39	19 121	7,68
Küchen insgesamt	25 995	10,82	541	6,22	26 536	10,66
ohne Küchen	214 174	89,18	8 151	93,78	222 325	89,34
zusammen	240 169	100	8 692	100	248 861	100

wohnungen erheblich schlechter sind als in Normalwohnungen. So haben in Normalwohnungen nahezu 99 v. H. aller Wohnungsinhaber eine Küche, in Notwohnungen aber nur 70 v. H. Außerdem ist die Qualität der Küchen der Wohnungsinhaber in Normalwohnungen bedeutend besser als die der Inhaber von Notwohnungen, von denen ein großer Teil nur über Notküchen verfügt. Bei den Untermieter-Parteien in Normalwohnungen beträgt der Anteil der Kücheninhaber 10,8 v. H., in Notwohnungen dagegen nur 6,2 v. H.

Wenn man die verschiedenen Wohnverhältnisse und insbesondere die Versorgung mit Küchen bei den Wohnungsinhaber- und Untermieter-Parteien gerecht beurteilen will, muß man aber auch die verschiedene Größe der Wohnparteien bei beiden Gruppen berücksichtigen. Die Parteien der Wohnungsinhaber sind mit durchschnittlich 2,83 Personen je Partei viel größer als die Untermieter-Parteien, die nur 1,93 Personen aufweisen. Noch wichtiger aber ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß von den 248 861 Untermieter-Parteien nicht weniger als **115 225 Parteien oder 46,3 v. H. nur aus einer Person** bestehen, wogegen von den 385 209 Parteien der Wohnungsinhaber nur **58 024 oder 15,1 v. H. Einzelpersonen** sind. Das bedeutet, daß bei den Untermieter-Parteien ein echter Bedarf an einer eigenen Küche in geringerem Maß vorliegt.

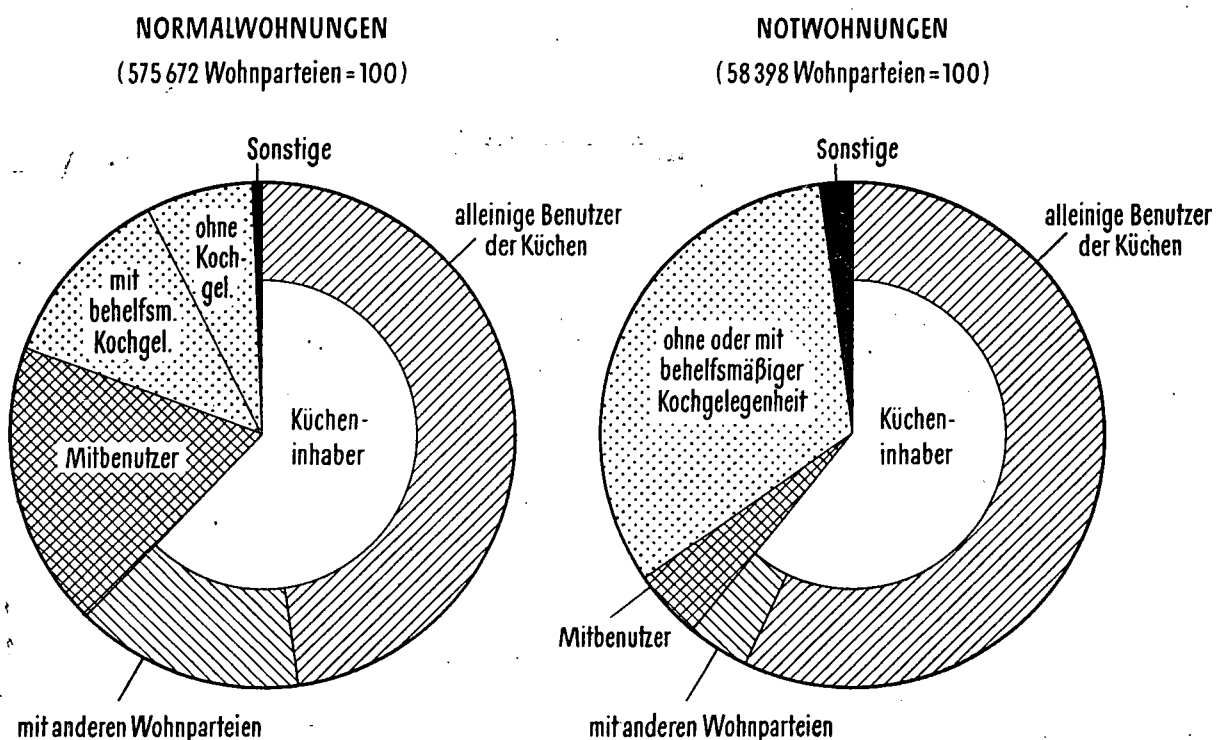
6. Die Versorgung der Wohnparteien ohne Küchen mit anderen Kochgelegenheiten

Um das Küchenproblem in seiner vollen Bedeutung für die Beurteilung der gegenwärtigen Wohnverhältnisse zu erfassen, genügt es aber nicht nur festzustellen, wieviele Wohnparteien über eine

eigene Küche verfügen und wievielen Wohnparteien eine solche fehlt, sondern man muß untersuchen, in welchem Umfang die vorhandenen Küchen von den Wohnparteien genutzt werden und in welcher Weise die Parteien ohne eigene Küche mit Kochgelegenheiten versorgt sind. Denn die Feststellung, daß 240 635 Wohnparteien nicht Besitzer einer vollausgebauten Küche, Kochnische oder einer Notküche sind, bedeutet nicht, daß allen diesen Parteien keine Möglichkeit gegeben ist, in ihrer Wohnung zu kochen. Vielmehr benutzt ein großer Teil von ihnen die Küche einer anderen Partei, die Kücheninhaber ist, mit. Andere Wohnparteien verfügen über eine behelfsmäßige Kochstelle in ihren Räumen. Die Zahl der Mitbenutzer von Küchen beträgt nicht weniger als 1 066 70 Parteien, wovon die Hauptmasse, nämlich 104 123 in Normalwohnungen und nur 2547 in Notwohnungen wohnt. Dies hat zur Folge, daß ein wesentlicher Teil der Kücheninhaber seine Küche nicht allein benutzen kann. Wie die Wohnungszählung ergeben hat, handelt es sich insgesamt um 87 135 von 393 435 Kücheninhabern, also um 22,1 v. H. aller Kücheninhaber. Danach genießen also immerhin noch **306 300 Kücheninhaber oder 77,9 v. H.** den großen Vorzug, ihre **Küchen allein benutzen** zu können, ohne darin eine andere Wohnpartei dulden zu müssen. Es sind dies 90 589 Parteien mehr, als die Zahl der Parteien ausmacht, die das Glück hat, allein eine Wohnung zu bewohnen, denn wie einleitend bemerkt wurde, waren dies nur 215 711 Wohnparteien.

Die Küchen, die von mehreren Wohnparteien benutzt werden, sind naturgemäß überwiegend vollausgebaute Küchen in Normalwohnungen, da die

Prozentuale Gliederung der Wohnparteien in Normal- und Notwohnungen nach der Art der Kochgelegenheit



Kochnischen und Notküchen wegen ihrer geringen Größe für eine Benutzung durch mehrere Parteien in der Regel ungeeignet sind. Es ist auch zu beachten, daß die meisten Notküchen deshalb eingerichtet sind, um die aufgenommene Untermieter-Partei aus der eigenen Küche herauszuhalten, in-

dem man ihr eine eigene Kochgelegenheit verschaffe, soweit dies baulich möglich war.

Die Gliederung und der Anteil der von mehreren Parteien benutzten Küchen geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor:

in	Von mehreren Parteien benutzte Küchen, und zwar							
	vollausbauete				Küchen insges.			
	überh.	Küchen v. H. ¹⁾	Kochnischen überh.	Kochnischen v. H. ¹⁾	Notküchen überh.	Notküchen v. H. ¹⁾	überh.	v. H. ¹⁾
Normalwohnungen	81 878	25,4	781	7,7	2 243	8,9	84 902	23,7
Notwohnungen	1 955	6,9	120	3,9	158	3,8	2 233	6,3
Wohnungen insgesamt	83 833	23,9	901	6,8	2 401	8,1	87 135	22,1

¹⁾ v. H. des jeweiligen Bestandes.

Immerhin zeigt die Übersicht, daß auch eine relativ große Zahl der Notküchen in Normalwohnungen von mehreren Parteien benutzt wird; dies erklärt sich daraus, daß häufig in einer Wohnung mehrere Untermieterparteien aufgenommen werden mußten. Die Zahl der Küchen entspricht hierbei

der Zahl der Kücheninhaber. Teilt man auch die Parteien, die die Küche einer anderen Partei mitbenutzen, nach der Art der Küchen auf, so erhält man folgendes Bild über die Belastung der von mehreren Parteien benutzten Küchen:

in	Mitbenutzer (Wohnparteien) von				bei den von mehreren Parteien benutzten Küchen entfallen auf 1 Küche Benutzer (Parteien) bei			
	vollausbaueten Küchen		Notküchen	Küchen überh.	vollausbaueten Küchen		Notküch.	
	Küchen	Kochnischen			Küchen	Kochnischen		
Normalwohnungen	100 612	870	2 641	104 123 ¹⁾	2,23	2,11	2,18	
Notwohnungen	2 188	128	231	2 547	2,12	2,07	2,46	
Wohnungen insgesamt	102 800	998	2 872	106 670	2,23	2,11	2,20	

¹⁾ Hiervon verfügen 4315 Parteien außerdem noch über eine behelfsmäßige Kochstelle in ihren Räumen.

Die 106 670 Mitbenutzer von Küchen umfassen aber nur einen Teil (rd. 44,5 v. H.) der 240 635 küchenlosen Wohnparteien; es verbleiben immer noch 133 965 Parteien, die sich eine andere behelfsmäßige Kochgelegenheit, zumeist in ihren Wohnräumen, verschaffen oder überhaupt auf eine eigene Kochgelegenheit verzichten müssen. Hierbei handelt es sich um 113 768 Parteien in Normalwohnungen und 20 197 Parteien in Notwohnungen. Man kann annehmen, daß dies wohl ausschließlich Untermieter-Parteien sind, obgleich wohl in manchen Fällen eine Wohnungsinhaberpartei — zumal wenn sie aus einer Einzelperson besteht — die vorhandene Küche den Untermieter-Parteien überlassen und sich selbst mit einer behelfsmäßigen

Kochgelegenheit begnügt hat. Von den 113 768 Parteien in Normalwohnungen, die weder Kücheninhaber noch Mitbenutzer einer Küche sind, besitzen 68 532 oder 60,2 v. H. eine andere behelfsmäßige Kochgelegenheit, d. h., sie kochen in der Regel in ihren Wohnräumen. 45 236 Wohnparteien oder 7,9 v. H. aller Parteien in Normalwohnungen haben nach den Angaben im Wohnungsbogen aber überhaupt keine Kochstelle, auch keine behelfsmäßige in ihren Räumen. Es dürfte sich hierbei wohl überwiegend um Einzelpersonen handeln, die nach den Grundsätzen früherer Volkszählungen der Haushaltung des Wohnungsinhabers oder Hauptmieters zuzurechnen, nach den

Übersicht 5

Die Wohnparteien nach der Art der Kochgelegenheit

Art der Kochgelegenheit	Zahl der Wohnparteien in					
	Normalwohnungen		Notwohnungen		Wohnungen insgesamt	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
	1	2	3	4	5	6
1. Inhaber einer eigenen Küche	357 781	62,1	35 654	61,0	393 435	62,1
und zwar						
einer vollausbaueten Küche	322 294	56,0	28 412	48,6	350 706	55,3
einer „ Kochnische	10 158	1,7	3 073	5,3	13 231	2,1
einer Notküche	25 329	4,4	4 169	7,1	29 498	4,7
2. Mitbenutzer einer Kochgelegenheit	104 123	18,1	2 547	4,4	106 670	16,8
und zwar						
einer vollausbaueten Küche	100 612	17,5	2 188	3,8	102 800	16,2
einer „ Kochnische	870	0,1	128	0,2	998	0,2
einer Notküche	2 641	0,5	231	0,4	2 872	0,4
3. Benutzer einer behelfsmäßigen Kochstelle	68 532	11,9	18 922	32,4	128 915	20,3
4. Wohnparteien ohne Kochgelegenheit	41 461	7,2				
5. Wohnparteien ohne eigenen Wohnraum	3 775	0,7	1 275	2,2	5 050	0,8
Insgesamt	575 672	100	58 398	100	634 070	100

Grundsätzen der letzten Volkszählung aber als selbständige Haushaltung oder Wohnpartei auszuweisen waren; hierunter befinden sich 3775 Parteien ohne eigenen Wohnraum. Für die 20197 Parteien in Notwohnungen, die keine Kücheninhaber und auch nicht Mitbenutzer einer Küche sind, ist nicht festgestellt worden, wieviele von ihnen über eine behelfsmäßige Kochstelle verfügen und wieviele ohne eigene Kochgelegenheit sind. Man kann annehmen, daß bei diesen in besonders beschränkten Wohnverhältnissen lebenden Parteien ein geringerer Teil die Möglichkeit hat, in seinen Wohnräumen eine eigene Kochstelle einzurichten, als dies bei den in Normalwohnungen untergebrachten Parteien der Fall ist.

7. Die Versorgung der Heimatvertriebenen mit Küchen und anderen Kochgelegenheiten

In der Übersicht 6 ist die Versorgung der heimatvertriebenen Wohnparteien mit Küchen und anderen Kochgelegenheiten dargestellt. Bei der Wohnungszählung von 1950 sind im Gebiet der Hansestadt Hamburg insgesamt 39 524 Wohnparteien ermittelt, deren Vorstand ein Heimatvertriebener ist; als Heimatvertriebene gelten im Sinne der Zählung alle Personen, deren Wohnsitz am 30. September 1939 in den verlorenen deutschen Ostgebieten oder im Ausland gelegen war. Diese Wohnparteien sind in höherem Maße Untermieter als die übrigen Wohnparteien, und sie sind auch in größerem Maße in Notwohnungen untergebracht.

Wohnparteien

	Heimatvertriebene		übrige		insgesamt	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
insgesamt	39 524	100	594 546	100	634 070	100
davon Untermieter	25 949	65,65	222 912	37,49	248 861	39,25
dav. Inhab. v. Wohnungen	13 575	34,35	371 634	62,51	385 209	60,75

Von den 39 524 heimatvertriebenen Wohnparteien sind nur 12 987 oder rd. 33 v. H. Inhaber einer eigenen Küche. Das bedeutet, daß der Anteil der Kücheninhaber bei den Heimatvertriebenen nur ungefähr halb so groß ist wie bei den übrigen Wohnparteien. Die Zahl der Wohnparteien, die Mitbenutzer einer anderen Küche sind, beträgt bei den Heimatvertriebenen im ganzen 10 139, sie ist also nicht viel geringer als die der Kücheninhaber.

Von den Heimatvertriebenen, die in Normalwohnungen untergebracht sind, sind weiterhin 7340 Parteien gezählt, die nur eine behelfsmäßige Kochstelle haben und 5628 Parteien, die über keine Kochgelegenheit verfügen. Von den 6275 in Notwohnungen lebenden heimatvertriebenen Wohnparteien haben im ganzen 3430, d. h. also mehr als 50 v. H., keine oder nur eine behelfsmäßige Kochgelegenheit. 40 v. H. dieser Parteien sind Inhaber einer eigenen Küche und nur 5 v. H. Mitbenutzer einer Küche.

Übersicht 6

Die Heimatvertriebenen-Wohnparteien nach der Art der Kochgelegenheit

Art der Kochgelegenheit	Zahl der Wohnparteien in					
	Normalwohnungen		Notwohnungen		Wohnungen insgesamt	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
	1	2	3	4	5	6
1. Inhaber einer eigenen Küche	10 471	31,5	2 516	40,1	12 987	32,8
und zwar						
einer vollausgebauten Küche	8 200	24,7	1 787	28,5	9 987	25,3
einer „ Kochnische	582	1,7	300	4,8	882	2,2
einer Notküche	1 689	5,1	429	6,8	2 118	5,3
2. Mitbenutzer einer Kochgelegenheit	9 810	29,5	329	5,2	10 139	25,7
und zwar						
einer vollausgebauten Küche	9 400	28,3	285	4,5	9 685	24,5
einer „ Kochnische	172	0,5	14	0,2	186	0,5
einer Notküche	238	0,7	30	0,5	268	0,7
3. Benutzer einer behelfsmäßigen Kochstelle	7 340	22,1	3 201	51,0	15 652	39,6
4. Wohnparteien ohne Kochgelegenheit	5 111	15,4				
5. Wohnparteien ohne eigenen Wohnraum	517	1,5	229	3,7	746	1,9
Insgesamt	33 249	100	6 275	100	39 524	100

8. Die Küchen

in Keller- und Dachgeschoßwohnungen

Eine besondere Beachtung verdient die Ausstattung der Keller- und Dachgeschoßwohnungen mit Küchen, da diese Wohnungen in ihrer Größe und Qualität nicht ohne weiteres mit den übrigen Wohnungen vergleichbar sind. Bei der Wohnungszählung vom 13. September 1950 sind in Hamburg insgesamt 9414 bewohnte Kellerwohnungen und 18 367 bewohnte Dachgeschoßwohnungen festge-

stellt, die aber je nach ihrer Lage, der Gebäudeart und ihrer Ausstattung mit Versorgungsanschlüssen sehr verschieden zu bewerten sind. Wie im Heft 29, Jahrgang 1951, näher ausgeführt ist, sind alle Kellerwohnungen der Gruppe der Notwohnungen zugerechnet, gleichgültig, ob es sich um ausgebauten Kellerwohnungen in Normalgebäuden oder um behelfsmäßig hergerichtete Kellerwohnungen handelt. Dagegen sind die zum dauernden Wohngebrauch geeigneten Dachgeschoßwohnungen

Die Küchen in bewohnten Keller- und Dachgeschoßwohnungen

Art der Küchen	Zahl der Küchen in									
	Kellerwohnungen						Dachgeschoßwohnungen			
	ausgebaute überhaupt v. H.		behelfsmäßige überhaupt v. H.		in Gebäuderesten überhaupt v. H.		normale überhaupt v. H.		behelfsmäßige überhaupt v. H.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Vollausgebaute Küchen über 10 qm	2 030	38,6	418	25,6	306	29,7	4 697	27,7	75	10,0
bis 10 qm	2 790	53,1	744	45,5	440	42,7	10 573	62,3	204	27,2
Vollausgebaute Küchen zusammen	4 820	91,7	1 162	71,1	746	72,4	15 270	90,0	279	37,2
Vollausgebaute Kochnischen	147	2,8	99	6,1	59	5,7	840	5,0	105	14,0
Notküchen	292	5,5	373	22,8	225	21,9	859	5,0	366	48,8
Küchen insgesamt	5 259	100	1 634	100	1 030	100	16 969	100	750	100
Wohnungen insgesamt	5 290		2 327		1 797		16 945		1 422	
Auf 100 Wohnungen kommen Küchen	99,4		70,2		57,3		100,1		52,7	

Übersicht 8

Die Ausstattung der bewohnten Keller- und Dachgeschoßwohnungen mit Küchen

Art der Wohnungen	Zahl der Wohnungen	auf 100 Wohnungen kommen					Küchen insgesamt	
		vollausgebaute Küchen			vollaussge baute Koch- nischen	Notküchen		
		über 10 qm	bis 10 qm	zusammen				
1	2	3	4	5	6	7		
Ausgebaute Kellerwohnungen	5 290	38,4	52,7	91,1	2,8	5,5	99,4	
Behelfsmäßige Kellerwohnungen ¹⁾	4 124	17,6	28,7	46,3	3,8	14,5	64,6	
Normale Dachgeschoßwohnungen	16 945	27,7	62,4	90,1	5,0	5,0	100,1	
Behelfsmäß. Dachgeschoßwohnungen	1 422	5,3	14,3	19,6	7,4	25,7	52,7	

¹⁾ einschl. der Kellerwohnungen in Gebäuderesten

den Normalwohnungen, die behelfsmäßig ausgestatteten Dachgeschoßwohnungen aber den Notwohnungen zugerechnet. Zur normalen Ausstattung einer Wohnung gehört in erster Linie das Vorhandensein einer vollausgebauten Küche oder Kochnische; in gewissen Fällen genügt auch das Vorhandensein einer Notküche, um eine Dachgeschoßwohnung als normale Wohnung zu bezeichnen, wenn sie im übrigen nach Größe und Ausstattung die Merkmale einer normalen Wohnung aufweist. Bei der Beurteilung, ob die Dachgeschoßwohnung zum dauernden Wohngebrauch geeignet ist, ist naturgemäß dem subjektiven Ermessen des Wohnungsinhabers ein weiter Spielraum gelassen.

Die Übersichten 7 und 8 lassen erkennen, daß die ausgebauten Kellerwohnungen und die normalen Dachgeschoßwohnungen im allgemeinen nicht schlechter mit Küchen ausgerüstet sind als die übrigen Normalwohnungen. Nach der Ausstattung mit Küchen zu urteilen, wäre es gerechtfertigt gewesen, die meisten ausgebauten Kellerwohnungen den Normalwohnungen zuzurechnen, zumal auch der Anteil der vollausgebauten Küchen hier recht groß ist. Dagegen sind die behelfsmäßig hergerichteten Kellerwohnungen und Dachgeschoßwohnungen im allgemeinen Durchschnitt nicht besser mit Küchen aller Art ausgestattet als die übrigen Notwohnungen. Auf 100 Wohnungen kommen bei den behelfsmäßigen Kellerwohnungen insgesamt nur 70,2 Küchen aller Art und bei den behelfsmäßigen Dachgeschoßwohnungen 52,7 Küchen aller Art; demgegenüber waren bei sämtlichen Notwohnungen auf 100 Wohnungen 71,6 Küchen gezählt. Das zeigt, daß die Ausstattung der behelfsmäßigen

Dachgeschoßwohnungen noch erheblich schlechter ist als die der übrigen Notwohnungen; das gleiche gilt auch für Kellerwohnungen in Gebäuderesten, wo nur 57,3 Küchen auf 100 Wohnungen gezählt sind. Bemerkenswert ist ferner der hohe Anteil der Notküchen am Gesamt-Küchenbestand der behelfsmäßigen Keller- und Dachgeschoßwohnungen; bei letzteren besteht nahezu die Hälfte aller Küchen aus Notküchen.

9. Die Küchenverhältnisse in den einzelnen Gebietsteilen Hamburgs

Die bisher genannten Zahlen sind jeweils Durchschnittszahlen für die Hansestadt Hamburg insgesamt. Die Ergebnisse einer Auswertung nach Stadtteilen und Ortsämtern zeigen, daß zwischen den einzelnen Gebietsteilen nicht nur zahlenmäßige Unterschiede in der Ausstattung der Wohnungen mit Küchen, sondern auch in der qualitativen Zusammensetzung der Küchen bestehen, die zum Teil recht erheblich sind (vgl. Übersicht 9).

Der Bestand an Küchen im Vergleich zum Bestand an Normalwohnungen ist am größten in Gr. Flottbek, Othmarschen, Blankenese, Harvestehude, Rotherbaum, Walddörfer, Rahlstedt und in den Vierlanden, d. h. in Stadt- und Gebietsteilen, die in besonders hohem Maße mit Einfamilienhäusern und Bauernhäusern bebaut sind. Der hohe Küchenbestand erklärt sich in diesen Gebieten vor allem aus den zahlreichen Notküchen. Besonders gering ist der Küchenbestand dagegen in Borgfelde und Hamm-Mitte, wo auf 100 Wohnungen weniger als 100 Küchen gezählt sind. Berücksichtigt man lediglich den Bestand an vollausgebauten

Küchen, so fallen neben dem Stadtteil Borgfelde auch die Stadtteile Altstadt und Hammerbrook mit einem sehr geringen Küchenbestand auf. In den beiden zuletzt genannten Stadtteilen wird dieser Mangel aber weitgehend durch eine besonders große Zahl von Kochnischen ausgeglichen. Notküchen sind relativ am seltensten in Hammerbrook, Hamm-Nord und Hamm-Mitte, Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Dulsberg. Es handelt sich hierbei zumeist um Stadtteile, die relativ zahlreiche Kleinwohnungen aufweisen und deren Wohnungsbestand in besonders hohem Maße erst nach dem Kriege durch Neubau oder Wiederaufbau entstanden ist.

Die Unterschiede in der Ausstattung mit Küchen sind bei den Notwohnungen zwischen den einzelnen Stadtteilen bedeutend größer als bei den Normalwohnungen. So ist z. B. in Hoheluft-West und Harvestehude die Küchenzahl mit 92,5 bzw. 90,4 sehr hoch, während sie in der Altstadt nur 36,8, Dulsberg 43,0 und Groß Borstel 43,5 beträgt. In der Altstadt sind außerdem mehr als ein Drittel der Küchen in Notwohnungen Notküchen, d. h., die Küchenverhältnisse müssen hier als sehr schlecht bezeichnet werden. Diese großen Unterschiede liegen u. a. in der Verschiedenartigkeit der einzelnen Arten der Notwohnungen begründet. So erklären sich die hohen Küchenzahlen in Hoheluft-West und Harvestehude daraus, daß hier der Anteil der normalen Kellerwohnungen an der Gesamtzahl der Notwohnungen sehr hoch ist; wie aus Übersicht 8 zu ersehen war, unterscheiden sich diese Notwohnungen in ihrer Küchenausstattung kaum von den Normalwohnungen. Die Qualität der Küchen in Notwohnungen ist besonders gut in Groß Flottbek, Harvestehude und Süderelbe, wo im Durchschnitt jede zweite Küche eine vollausgebaute Küche über 10 qm ist.

Die Versorgung der Wohnparteien mit Küchen ist, soweit es sich um Normalwohnungen handelt, am günstigsten in den Gebieten, die überwiegend Kleinwohnungen aufweisen, und hier wieder vor allem in den vom Luftkrieg stark betroffenen Stadtteilen, wo die Gebäude größtenteils erst nach 1945 wieder aufgebaut worden sind. Da die Wohnungen vom Wohnungsamt nach Möglichkeit so vergeben werden, daß sie von einer Wohnpartei ausgelastet sind, ist die Belegung der nach 1945 erstellten Wohnungen mit

Wohnparteien naturgemäß sehr viel geringer als die der unzerstört gebliebenen Wohnungen. Relativ wenig Küchen stehen den Wohnparteien in den Gebieten mit überwiegend Einfamilienhäusern und Großwohnungen zur Verfügung, u. a. in Harvestehude, Rotherbaum und Uhlenhorst. Infolge der starken Belegung der Wohnungen mit Untermietern hat hier im Durchschnitt nur jede zweite Wohnpartei eine eigene Küche.

Die Wohnparteien, die Mitbenutzer von Küchen sind, sitzen vor allem in den Stadtteilen Eppendorf, Hoheluft, Harvestehude, Rotherbaum und Uhlenhorst, d. h., in Stadtteilen, die verhältnismäßig wenig zerstört sind und relativ viele Küchen mit über 10 qm Fläche aufweisen. Beachtenswert ist der hohe Anteil der Mitbenutzer von Küchen in Harvestehude, Rotherbaum und Uhlenhorst deshalb, weil in diesen Stadtteilen verhältnismäßig viele Wohnungen auch Notküchen aufweisen.

Die Wohnparteien, die überhaupt keine Kochgelegenheit haben, sind recht zahlreich in der Neustadt, in St. Pauli und St. Georg. In der Neustadt und in St. Pauli sind auch die Wohnparteien ohne eigenen Wohnraum ziemlich stark vertreten.

Abschließend kann gesagt werden, daß die **Küchenverhältnisse** in Normalwohnungen mit Ausnahme der City, wo die Mehrzahl der Wohnungen ein ziemlich hohes Baualter und dementsprechend eine noch verhältnismäßig einfache Ausstattung hat, **in den Gebieten mit überwiegend kleineren Wohnungen größtenteils besser sind als in Wohngebieten mit Einzelhäusern und Großwohnungen.**

Die Gunst der räumlichen Verhältnisse gestattete zwar in den letzteren Gebieten innerhalb einer Wohnung häufiger die Schaffung einer zweiten oder auch weiteren Küche — hauptsächlich Notküchen —, demgegenüber weisen diese Wohnungen aber auch eine erheblich stärkere Belegung mit Untermieter-Wohnparteien auf, so daß hier trotz der hohen Küchenzahl der Anteil der Wohnparteien, die eine eigene Küche besitzen, geringer ist.

Ausführlichere Zahlenangaben über die Küchenverhältnisse in den einzelnen Stadt- und Gebietsteilen werden in dem in Kürze erscheinenden Quellenwerk über die Wohnungszählung 1950 abgedruckt.

Dr. Ide/Stünkel

Wohnungen, die von einer Wohnpartei allein bewohnt werden

Von den 386 382 Wohnungen, die am 13. September 1950 gezählt sind, waren 215 711 Wohnungen oder 55,8 v. H. nur von einer Wohnpartei allein bewohnt. Der Anteil dieser Wohnungen ist bei den Normalwohnungen und den Notwohnungen aber sehr verschieden. Von den 336 413 Normalwohnungen waren 173 182 Wohnungen oder nur 51,5 v. H. von einer Partei allein bewohnt, von den 49 969 Notwohnungen aber 42 529 oder 85,1 v. H. In der folgenden Übersicht 1 sind

diese Wohnungen nach ihrer Raumzahl gegliedert. Wie diese Übersicht erkennen läßt, ist von den Kleinwohnungen mit bis 3 Räumen der überwiegende Teil nur von einer Partei bewohnt. Hierbei ist zu beachten, daß auch die Küchen und die nur notdürftig benutzbaren Räume in die Raumzahl eingerechnet sind. Bei den nächsten Raumgrößen fällt dieser Anteil aber stark ab; große Wohnungen sind nur selten von einer Partei allein bewohnt.

Übersicht 1

**Wohnungen,
die von einer Wohnpartei allein bewohnt werden**

Zahl der Räume	Zahl und Anteil der Wohnungen					
	Normalwohnungen überh. v. H. ¹⁾		Notwohnungen überh. v. H. ¹⁾		Wohnungen insgesamt überh. v. H. ¹⁾	
0 — 1	3 592	92,1	13 928	92,4	17 520	92,3
2	29 138	88,4	18 735	89,4	47 873	88,8
3	89 682	72,8	8 156	77,3	97 838	73,2
4	40 741	39,2	1 524	54,8	42 265	39,6
5	6 939	16,0	154	32,2	7 093	16,2
6 u. mehr	3 090	10,6	32	25,8	3 122	10,7
Zus.	173 182	51,5	42 529	85,1	215 711	55,8

¹⁾ Anteil an der Gesamtzahl der in dieser Größe vorhandenen Wohnungen

In der nächsten Übersicht sind die Wohnparteien, die das Glück haben, eine Wohnung allein zu bewohnen, nach ihrer Größe, d. h. nach der Personenzahl dargestellt. Von den 634 070 in Wohnungen untergebrachten Wohnparteien sind es nur 215 711 oder etwas mehr als ein Drittel. Der Zahl nach sind diese zumeist Wohnparteien mit 2 bis 4 Personen; unter den alleinigen Inhabern einer Wohnung befinden sich sogar 15 077 Wohnparteien, die nur aus einer Person bestehen. Beachtet man aber die Relativzahlen, so erkennt man, daß der Anteil der Wohnparteien, die allein eine Wohnung für sich zur Verfügung haben, um so kleiner ist, je geringer die Personenzahl der Wohnpartei ist; mit zunehmender Personenzahl steigt also der Anteil der alleinigen Wohnungsinhaber.

Übersicht 3

**Wohnparteien, die allein eine Normalwohnung bewohnen, nach der Größe der Wohnung
(gewichtete Raumzahl)**

Einziges Wohnparteien mit . . . Personen	Einziges Wohnparteien insg.	davon Wohnparteien in . . . bewohnten Räumen						
		1/2	1	2	3	4	5	6 und mehr
1	8 722	17	2 306	5 048	1 220	112	18	1
2	51 585	16	1 756	20 550	27 348	1 762	136	17
3	48 486	4	671	12 283	29 110	5 961	406	51
4	37 180	3	270	6 323	20 580	8 919	929	156
5	16 712	2	60	1 986	7 697	5 525	1 160	282
6	6 319	1	14	508	2 285	2 364	799	348
7	2 474	—	5	178	770	871	380	270
8 und mehr	{ Zahl der Wohnparteien Zahl der Personen	{ — —	{ 2 16	{ 74 646	{ 419 3 600	{ 566 4 909	{ 281 2 478	{ 362 3 300
Gesamtzahl der	{ Wohnparteien Personen	{ 43 89	{ 5 084 9 346	{ 46 950 123 159	{ 89 429 286 751	{ 26 080 110 010	{ 4 109 20 956	{ 1 487 9 500

kleinere Räume und Küchen geringer. Die Zahl der von den Parteien bewohnten Räume ist deshalb im allgemeinen größer als die Zahl der gewichteten Räume. Bei Beurteilung dieser Übersicht, insbesondere der Ausstattung von kleinen Wohnparteien mit relativ großen Wohnungen, muß man berücksichtigen, daß die Wohnungszählung nur den Zustand an einem Stichtage wiedergibt. Manche Wohnungen

Übersicht 2

**Wohnparteien, die allein eine Wohnung bewohnen
(einziges Wohnparteien)**

Zahl der Personen	Zahl und Anteil der Wohnparteien in					
	Normalwohnungen überh. v. H. ¹⁾		Notwohnungen überh. v. H. ¹⁾		Wohnungen insgesamt überh. v. H. ¹⁾	
1 Person	8 722	5,5	6 355	45,3	15 077	8,7
2 Personen	51 585	29,1	15 586	79,1	67 171	34,1
3 Personen	48 486	39,9	10 002	81,2	58 488	43,7
4 Personen	37 180	51,3	6 114	85,3	43 294	54,3
5 Personen	16 712	58,8	2 742	86,4	19 454	61,5
6 Personen	6 319	61,6	987	86,7	7 306	64,1
7 Personen	2 474	64,2	415	87,0	2 889	66,8
8 u. mehr Pers.	1 704	66,2	328	87,2	2 032	68,9
Wohnparteien zus.	173 182	30,1	42 529	72,8	215 711	34,0

¹⁾ Anteil an der Gesamtzahl der in dieser Größe vorhandenen Wohnparteien

Tiefere Einblicke in die Wohnverhältnisse dieser durch den alleinigen Besitz einer Wohnung begünstigten Parteien vermittelt die Übersicht 3, in der die Wohnparteien sowohl nach ihrer Größe als auch nach der Raumzahl, die ihnen zur Verfügung stehen, gegliedert sind; die Zahl der Parteien entspricht hierbei der Zahl der Wohnungen, die von einer Partei allein bewohnt werden. Es handelt sich hierbei nicht um die Zahl der Räume, sondern um die sog. gewichtete Raumzahl, bei der die Räume nach Art und Größe verschieden gewertet sind; normale Wohnräume und Küchen mit über 10 qm Fläche sind hierbei = 1 gewertet,

waren an diesem Tage nur deshalb von einer einzigen Partei bewohnt, weil das Wohnungsamt die bisher von einer zweiten Partei bewohnten Räume noch nicht wieder vergeben hatte oder die eingewiesene zweite Partei noch nicht eingezogen war. Die Wohnverhältnisse vieler „Alleinbesitzer“ von Wohnungen waren infolgedessen in Wirklichkeit ungünstiger als sie hiernach erscheinen.

Dr. I d e

Die Nichtwohngebäude nach Gebäudearten in der Hansestadt Hamburg

(weitere Ergebnisse der Wohnungszählung 1950)

Bei der Wohnungszählung am 13. September 1950 sind im Gebiet der Hansestadt Hamburg insgesamt 187 958 Gebäude festgestellt worden; hiervon waren 151 885 Wohngebäude verschiedener Art und nur 36 073 Gebäude, die hauptsächlich nicht für Wohnzwecke¹⁾, sondern für gewerbliche oder andere Zwecke bestimmt waren. Die Zahl der Nichtwohngebäude ist also verhältnismäßig gering, sie umfaßt nur 19,19 v. H. aller Gebäude im Gebiet der Hansestadt Hamburg.

In der folgenden Tabelle sind nun die Nichtwohngebäude nach der Art ihres hauptsächlichsten Verwendungszweckes gegliedert. Diese Gliederung mußte leider recht grob ausfallen, da von den Ausfüllungspflichtigen häufig nur allgemeine Bezeichnungen verwendet sind. Außerdem ist zu bedenken, daß es an einem einheitlich verwendbaren Maßstab für die Größe der Nichtwohngebäude fehlt, da keine Angaben über die Nutzfläche oder den umbauten Raum bzw. die Zahl und Größe der gewerblich genutzten Räume vorlagen; die Zahl der von den einzelnen Arbeitsstätten genutzten Räume, die in der Spalte 5 auf der Innenseite der Gebäudeliste vermerkt werden sollte, bietet allein kein verwendbares Kriterium. So mußten in der Tabelle große und kleine Gebäude, wenn sie der gleichen Art waren, ohne weiteres zusammenge-rechnet werden. Dies mindert den Erkenntniswert der Ergebnisse. Immerhin dürfte es von Wert sein, erstmalig nach dem Kriege einigermaßen vollständige Zahlen über die vorhandenen Nichtwohngebäude nach ihrer Art zu erhalten. Ein Vergleich mit Vorkriegszahlen ist leider nicht möglich.

Bemerkenswert ist bei den Ergebnissen der Gebäudezählung von 1950 die große Zahl der Behelfsbauten unter den Nichtwohngebäuden. Sie beträgt mit 10 097 Gebäuden nahezu ein Drittel aller Nichtwohngebäude. Ihr Anteil beläuft sich bei manchen Gebäudearten aber auf mehr als die Hälfte der Gebäude. Dies ist besonders bei reinen Ladengebäuden und Verkaufsständen der Fall, da diese überwiegend behelfsmäßigen Charakter aufweisen. Weiterhin ist die Zahl der Behelfsbauten bei Lagerschuppen und anderen Schuppen absolut und relativ sehr hoch.

Von den 36 073 Nichtwohngebäuden enthält ein kleiner Teil, und zwar 5033 oder 13,95 v. H., auch eine oder mehrere Wohnungen. Die Gesamtzahl der Wohnungen in Nichtwohngebäuden ist mit 7629 Wohnungen aber gering; sie umfaßt nur 1,97 v. H. des Gesamtwohnungsbestandes. In der Hauptsache liegen diese Wohnungen in Geschäfts- oder Betriebsgebäuden oder Büro- oder Kontorgebäuden, außerdem in Schulgebäuden, wo es sich in der Hauptsache um Dienstwohnungen von Hausmeistern oder Schuldienern handelt. In Behelfsbauten finden sich bei den Nichtwohngebäuden im ganzen nur 573 Wohnungen.

Dr. I d e

¹⁾ Wie schon früher betont wurde, ist es allerdings zweifelhaft, ob es bei der Zählung gelungen ist, alle Nichtwohngebäude vollständig zu erfassen, vor allem dann, wenn auf einem Grundstück außer dem Hauptgebäude noch Nebengebäude vorhanden waren, in denen sich weder ein selbständiger Betrieb noch eine selbständige Wohnung befand.

Weiterhin ist es fraglich, ob die Unterscheidung zwischen bewohnten Nichtwohngebäuden und Wohngebäuden in allen Fällen in gleicher Weise vorgenommen ist, wenn es sich um Gebäude handelte, die sowohl Wohnzwecken als auch gewerblichen Zwecken dienten; die subjektive Entscheidung nach den hauptsächlichsten Verwendungszwecken durch die Ausfüllungspflichtigen dürfte oft recht verschieden ausgefallen sein.

Ferner ist bedauerlich, daß eine Heraushebung der Wohngebäude, die zum wesentlichen Teil auch Nichtwohnzwecken dienen, nicht vorgesehen war.

Unbewohnte Nichtwohngebäude und bewohnte Nichtwohngebäude mit den darin befindlichen Wohnungen und Wohnparteien

Gebäudeart	Nichtwohngebäude								
	insgesamt	darunter waren							
		unbewohnte		bewohnte					
		Normalgebäude	Not- oder Behelfsbauten	Normalgebäude			Not- oder Behelfsbauten		
				Zahl	Wohnungen	Wohnparteien	Zahl	Wohnungen	Wohnparteien
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Gewerbliche Gebäude	22 195	13 297	5 625	2 895	4 255	5 342	378	378	418
davon									
Fabriken und Werkhallen	2 724	2 164	135	415	598	725	10	10	10
Werkstätten	4 549	3 103	920	444	510	612	82	82	82
Gewerbliche Gebäude verschiedener Art	998	837	69	87	131	172	5	5	5
Geschäfts- und Betriebsgebäude	1 993	1 009	252	685	1 075	1 447	47	47	60
Büro- und Kontorhäuser	1 840	804	408	590	1 051	1 306	38	38	50
Ladengebäude und Verkaufsstände	3 247	992	2 101	99	106	119	55	55	56
Gaststätten	241	123	49	63	106	134	6	6	6
Lagergebäude und Lagerschuppen	4 156	2 291	1 441	303	447	546	121	121	133
Wäschereien und Waschküchen	268	200	48	16	16	18	4	4	4
Tankstellen	160	147	9	4	4	4	—	—	—
Garagegebäude	2 019	1 627	193	189	211	259	10	10	12
Landwirtschaftliche Gebäude	6 488	5 247	919	288	300	365	34	34	40
davon									
Wirtschaftsgebäude	275	217	36	22	22	27	—	—	—
Ställe	4 356	3 471	625	230	236	282	30	30	36
Scheunen	607	445	137	25	30	39	—	—	—
Gewächshäuser	1 123	1 064	49	8	9	14	2	2	2
Geräteschuppen	127	50	72	3	3	3	2	2	2
Verwaltungsgebäude	621	245	78	287	582	788	11	13	13
darunter									
Polizeigebäude	26	7	7	11	21	25	1	1	1
Feuerwachen	24	10	2	11	32	33	1	3	3
Gebäude für Erziehung, Unterricht und Sport	835	211	133	455	930	1 357	36	36	46
davon									
Schulgebäude	506	72	58	355	785	1 159	21	21	27
Universitätsgebäude	17	4	10	3	5	7	—	—	—
Gebäude für Sportzwecke	219	95	38	77	114	159	9	9	12
Kinder- und Jugendheime	93	40	27	20	26	32	6	6	7
Kirchliche Gebäude									
Kirchen, Gemeindehäuser und dgl.	147	82	10	46	79	135	9	9	12
Friedhofsgebäude									
Kapellen, Leichenhäuser und dgl.	39	31	1	7	8	11	—	—	—
Gebäude für kulturelle Zwecke									
Museen, Theater, Lichtspielhäuser und dgl.	67	39	7	20	45	60	1	1	4
Bahn- und Postgebäude	239	158	15	65	215	286	1	2	2
Sonstige Gebäude	3 295	1 340	1 798	121	130	168	36	38	39
davon									
Pförtnerhäuser	122	95	15	11	11	12	1	1	1
Bedürfnisanstalten	149	94	47	7	7	7	1	1	1
Schuppen und Remisen	1 741	580	1 144	10	10	12	7	7	7
Unterstell- und Abstellgebäude	139	60	76	1	1	2	2	4	4
Holzlauben und Buden	291	80	200	5	5	5	6	6	7
Sonstige	853	431	316	87	96	130	19	19	19
Schiffe¹⁾	62	1	33	—	—	—	28	32	33
zusammen	33 988	20 651	8 619	4 184	6 544	8 462	534	543	607
Anstalten	2 085	854	916	287	512	622	28	30	34
insgesamt	36 073	21 505	9 535	4 471	7 056	9 084	562	573	641

¹⁾ Es handelt sich hierbei um Werkstättenschiffe, Lieger und Schuten mit festem Standort

Die Dauerbewohner, Parzellen und Gebäude
in den Kleingartenvereinen der Hansestadt Hamburg.

Stand 13.9.1950

Name des Kleingartenvereins	Zahl der				Name des Kleingartenvereins	Zahl der			
	Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner		Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner
Alsterdorf e.V.	10	544	290	918	An der Osterbeck e.V.	-	15	9	27
Alsterkamp e.V.	-	90	88	267	Athabaska e.V.	-	300	136	376
Alsterkanal e.V.	4	175	43	101	Aufbau v.1945 e.V.	-	412	371	1186
Alsterkrug e.V.	6	359	184	575	Bahnhof Tiefstak e.V.	-	84	68	175
Alte Landesgrenze e. V.	-	99	30	75	Bahrenfeld e.V.	4	240	99	276
Alte Mühle e.V.	3	164	155	484	Bahrenfeld-Alten- heim e.V.	-	150	89	242
Altona Nord II e.V.	6	409	113	302	Barentinkoppel e.V.	-	59	52	170
Am Ammernweg v.1947 e.V.	2	127	93	334	Barmbeker Schweiz	-	125	64	165
Am Aßmannkanal von 1947 e.V.	-	65	1	2	Baumkamp e.V.	-	88	43	128
Am Bornkamp e.V.	5	125	23	72	Beerental e.V.	-	98	84	283
Am Bremer Tor e.V.	-	50	11	32	Bergedorfer Schre- bergartenverein e.V.	7	500	31	89
Am Bollweg e.V.	-	40	15	47	Bergkoppel e.V.	-	92	57	158
Ameise e.V.	-	17	5	20	Bergstedt e.V.	-	71	53	157
Am Engelbeck e.V.	-	35	4	8	Berufsschule v 1921 e.V.	-	74	13	39
Am Fuerberg v.1922 e.V.	2	65	26	71	Billbrook e.V.	-	352	302	847
Am Fuhrenkamp e.V.	4	104	59	182	Bille IV e.V.	-	126	93	281
Am Grenzbach e.V.	-	101	50	139	Billerhude v.1921 e.V.	-	522	472	1551
Am Häselberg e.V.	2	202	87	263	Billtal e.V.	-	114	88	263
Am Heegen e.V.	-	12	10	25	Billwerder Aus- schlag v.1916 e.V.	2	34	25	88
Am Industriekanal e.V.	-	159	118	372	Birkenhain e.V.	18	462	106	300
Am Stadtpark v.1928 e.V.	-	138	47	140	Birkenredder e.V.	-	110	75	237
Am Steinlager e.V.	-	9	-	-	Blaue Brücke v.1932 e.V.	-	54	36	117
Am See e.V.	-	204	160	503	Blumenacker e.V.	-	85	5	8
Am weißen Berge e.V.	2	100	-	-	Boben de Möhl von 1948 e.V.	-	52	49	132
Am Winsberg e.V.,	18	650	454	1354	Borgweg e.V.	10	272	78	226
An der Kaiser- Friedrich-Str.e.V.	-	102	29	89	Bramberg e.V.	-	182	96	319
An der Lesserstr. e.V.	-	42	10	33					

Name des Kleingartenvereins	Zahl der				Name des Kleingartenvereins	Zahl der			
	Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner		Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner
Brandheide e.V.	-	72	-	-	Falkenberg e.V.	-	92	67	175
Bremerstraße e.V.	-	51	13	32	Farmsener Moor e.V.	-	137	126	395
Brödermannsweg e.V.	-	22	15	41	Farmsener-Tegelweg e.V.	-	60	53	234
Broockkamp e.V.	-	253	115	369	Femerling v.1920 eV	-	50	31	227
Brummerkatzen v.1920 e.V.	10	701	203	574	Fieckendorf v.1900 e.V.	5	370	234	678
Diekmoor e.V.	-	399	89	249	Finkenwerder e.V.	-	973	2	2
Die Sandhasen e.V.	3	244	196	573	Flughafen e.V.	-	102	59	167
Döhrnkamp e.V.	5	196	65	181	Flurhöhe e.V.	3	217	149	507
Dradenau e.V.	-	331	183	628	Forsthofhöe e.V.	-	102	56	142
Dreeangel e.V.	3	125	79	236	Fortschrittliche Vereinigung v.1922 e.V.	4	365	427	1272
Drei Wege e.V.	-	110	70	211	Fortschritt und Schönheit e.V.	-	91	47	120
Dulsberg v.1932 eV	18	397	249	819	Freie Gartengemein- schaft v.1932 e.V.	-	88	34	111
Eckerkoppel e.V.	-	88	69	204	Freude e.V.	-	91	43	119
Eden e.V.	-	233	95	280	Friedrichstal e.V.	-	204	55	171
Eichenallee e.V.	5	213	2	2	Früh auf v.1920 eV	-	430	149	466
Eidelstedt-Nord e.V.	3	63	54	186	Fuchsberg e.V.	1	49	47	313
Eidelstedt-Süd e.V.	-	77	57	106	Fürstenmoor e.V.	-	184	17	53
Eilbek-Hohenfelde e.V.	10	117	55	140	Fuhlsbüttel e.V.	-	379	186	558
Eimsbüttel e.V.	14	929	268	713	Funkturm e.V.	-	66	11	25
Einigkeit e.V.	-	79	14	37	Gartenbauverein der Eisenbahner v.1915 e.V.	-	224	39	113
Einigkeit v.1950 e.V.	-	226	90	187	Gartenfreunde am Forsthof e.V.	-	125	44	131
Eintracht e.V.	3	123	36	93	Gedeih gut e.V.	2	131	35	94
Eisenbahn-Landwirt- schaft e.V.	13	1353	330	1041	Goldbeck e.V.	6	193	62	190
Eissendorfer Schul- land e.V.	-	177	69	204	Grandburn e.V.	-	133	87	271
Elf Buchen v.1946 e.V.	-	98	13	32	Grandweg e.V.	-	101	19	61
Eppendorf v.1904 eV	-	174	49	136	Griesenwärder e.V.	-	246	112	333
Erdenglück e.V.	2	328	317	1098	Grode Wisch v.1922 e.V.	-	95	66	193
Erdkampsweg e.V.	-	63	33	97	Groot Osterfeld e.V.	2	169	33	98
Erdsegen e.V.	-	81	19	55	Gr.Borstel e.V.	15	472	93	272
Erica Hayn e.V.	-	34	7	21	Großer Kamp e.V.	-	67	36	109
Erlengrund e.V.	6	360	111	337	Grüner Deich v.1922 e.V.	-	63	19	54
Ernst-Albers-Str. v.1919 e.V.	-	78	59	275					
Es blüht e.V.	2	83	42	127					

Name des Kleingartenvereins	Zahl der				Name des Kleingartenvereins	Zahl der			
	Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner		Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner
Grüner Weg v.1920 e.V.	-	376	231	706	Im Vahrenwinkel e.V.	-	146	82	260
Gute Ernte v.1928 e.V.	-	89	17	53	Jachthafen e.V.	-	59	21	52
Gut Grün v.1931 e.V.	-	209	182	559	Jenfeld e.V.	6	254	306	1081
Habichthof e.V.	4	309	235	768	Jenfelder Geest e.V.	-	53	43	118
Haferweg e.V.	10	320	92	246	Kiekenkaten e.V.	9	418	176	528
Hainholz e.V.	-	48	20	58	Kiesgrube e.V.	2	143	85	240
Hmb.Moorfleth v.1918 e.V.	-	414	404	1477	Kirchdorf e.V.	-	40	4	12
Hammerhof v.1914 e.V.	6	351	111	290	Klein Alsterkamp e.V.	-	67	45	124
Hammer Redder e.V.	-	28	10	25	Klein Borstel e.V.	3	93	43	108
Hammerstraße e.V.	-	49	9	17	Kleingärtner Klein- Flottbek e.V.	2	84	7	19
Hammonia e.V.	-	259	132	375	Kleingärtnerstolz von 1932 e.V.	3	203	59	183
Hamm u.Horn v.1911 e.V.	10	731	484	1436	Kleingartenbauverein f.staatl.Angestell- te u.Arbeiter e.V.	-	63	44	148
Harvestehude-Rother- baum v.1922 e.V.	-	36	-	-	Kleinsiedler an der Osterbek e.V.	2	340	235	741
Heidhofsweg e.V.	-	13	11	112	Klein Uglei e.V.	-	153	83	233
Heimat e.V.	-	255	133	383	Kleverkamp e.V.	-	47	18	36
Heimgarten e.V.	2	49	46	148	Kühlbrand e.V.	3	279	122	357
Heimgartenbund Altona e.V.	25	846	92	245	Kolonie der Garten- freunde e.V.	-	94	15	48
Hellbrook e.V.	-	254	188	592	Kultur e.V.	-	99	-	-
Hermannstal e.V.	6	219	157	524	Kolonie Ostende e.V.	-	275	243	777
Hinschgrund v.1933 e.V.	4	259	143	404	Langenhorn Süd e.V.	6	127	63	185
Hörgensweg e.V.	-	48	49	191	Laubengartenverein von 1913 e.V.	-	80	66	191
Hoffnung e.V.	-	199	20	68	Laubenkolonie am Wasserwerk e.V.	-	97	52	144
Holstenhof e.V.	-	91	85	297	Lehmkoppel e.V.	3	344	280	910
Hoppenstedt e.V.	-	33	29	100	Letzter Heller e.V.	8	193	68	189
Horner Brook e.V.	2	315	241	673	Lohbrügge v.1926 e.V.	8	180	5	15
Horner Geest e.V.	18	1154	633	1935	Lohkoppel e.V.	-	63	16	50
Horner Marsch e.V.	7	1043	873	2782	Lohkoppel e.V.	-	92	84	266
Horn Nord e.V.	5	320	184	510	Lot uns in Ruh e.V.	-	78	50	142
Horst e.V.	-	310	165	488	Lug ins Land v.1932 e.V.	4	54	61	234
Hüttenbesitzer von 1912 e.V.	-	152	106	305					
Hummelsbüttel e.V.	-	47	37	102					

Name des Kleingartenvereins	Zahl der				Name des Kleingartenvereins	Zahl der			
	Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner		Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner
Lurup e.V.	5	154	49	163	Ost-Wandsbek e.V.	-	32	14	47
Lurup Kiebitzmoor e.V.	-	130	122	437	Paradies e.V.	-	53	11	35
Luthergrund e.V.	-	126	43	138	Penzweg e.V.	-	119	56	186
Maakenwerder e.V.	6	388	163	455	Pfeilshof e.V.	-	182	135	394
Maiglöckchen e.V.	-	116	47	129	Phönix e.V.	-	143	1	2
Mittlerer Landweg e.V.	-	145	138	389	Quellental v.1933 e.V.	-	35	33	106
Moorfleth e.V.	-	175	147	410	Rahlstedt e.V.	-	64	53	159
Moorfleth v.1920 e.V.	-	45	5	13	Reiherhoop v.1917 e.V.	-	273	45	144
Moorkamp e.V.	-	82	5	9	Reiherhoop ² v.1919 e.V.	-	198	56	131
Moorwettern e.V.	-	153	79	234	Rönneburg v.1922 e.V.	-	89	1	4
Moorwiese e.V.	3	145	32	97	Rotehaus e.V.	-	32	2	3
Morgenpracht v.1912 e.V.	3	225	116	346	Roter Brückenhof e.V.	-	69	28	113
Morgenröte e.V.	4	313	207	624	Rothenburgsort e.V.	-	134	103	295
Mühlenfeld e.V.	-	90	9	28	Rückersweg e.V.	-	166	141	478
Mühlenwärder e.V.	-	403	175	457	Rugenbergen e.V.	-	305	185	526
Naturfreunde e.V.	-	189	109	331	Sandkuhle e.V.	3	128	52	173
Neues Stadionsge- lände e.V.	-	190	169	578	Schießstand e.V.	-	132	79	228
Neuland v.1944 e.V.	-	242	209	684	Schlump v.1922 e.V.	4	67	8	20
Neuland e.V.	-	99	81	196	Schmachthagen e.V.	-	200	110	316
New-York-Hamburger Gummi-Waren Comp. e.V.	-	153	115	362	Schmuckshöhe e.V.	-	111	47	139
Niedergeorgswärder von 1921 e.V.	-	296	117	367	Schnelsen e.V.	-	78	74	284
Nienkamp e.V.	-	150	21	51	Schreber Barmbeck von 1919 e.V.	1	372	250	727
Nord Barmbeck e.V.	-	255	96	374	Schreber Uhlen- horst e.V.	1	146	77	229
Nord Wandsbek von 1920 e.V.	-	602	375	1076	Schreber von Nord- Winterhude e.V.	-	278	72	218
Oberbillwärder e.V.	2	300	-	-	Schreberfreunde Helbingshof v. 1919/32 e.V.	2	220	135	353
Ohlsdorf e.V.	-	408	258	812	Schreberfreunde Wandsbek e.V.	-	132	109	290
Ohlsdorferstraße e.V.	-	79	11	25	Schrebergarten- stiftung am Stadt- park e.V.	-	98	21	63
Op SchulzensEck von 1932 e.V.	-	73	16	45	Schreberstolz von 1946 e.V.	-	69	39	115
Osdorf Mitte von 1932 e.V.	2	61	50	177					
Osterbohm e.V.	-	206	8	21					

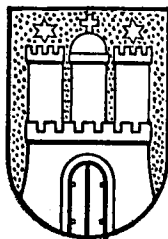
Name des Kleingartenvereins	Zahl der				Name des Kleingartenvereins	Zahl der			
	Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner		Kolo- nien	Par- zel- len	Ge- bäude	Dauer- bewoh- ner
Seefrieden e.V.	-	171	123	354	Veddel, Peute und Umgegend e.V.	10	499	328	980
Selbsthilfe e.V.	5	265	157	450	Veermoor e.V.	-	47	19	56
Solidarität e.V.	-	203	88	246	Verein der Hoch-u. Straßenbahner e.V.	-	44	24	67
Sommerfreude e.V.	-	72	18	53	Verein d. Pächter am Strandpark-Zie- gelsee e.V.	-	146	136	447
Sophienstraße e.V.	-	162	85	253	Vereinigung Eimsbü- teler Kleingärtner von 1919 e.V.	14	596	255	666
Sorgenfrei e.V.	5	281	138	426	Vereinigung d. Städt. Kleingärtner Groß- Altona e.V.	46	1045	380	1028
Spannskamp e.V.	-	73	30	90	Vielohkoppel e.V.	-	24	20	50
Spargelkoppel e.V.	-	235	60	180	Volkspark e.V.	-	185	110	294
Stadion e.V.	5	312	136	436	Volkswohl e.V.	-	81	57	163
Steilshop e.V.	-	264	170	484	Voßberg-Farmsen e.V.	-	123	95	299
Steilshoper Höh von 1913 e.V.	-	406	238	693	Waldfrieden u. klei- ne Waldecke v. 1947 e.V.	2	153	110	323
Steinfurth v. 1932 e.V.	4	194	119	387	Waldschänke e.V.	-	144	99	349
Steinwerder e.V.	10	261	90	170	Waldwinkel an der Collau e.V.	5	189	80	238
Stellingen e.V.	-	144	59	155	Wandsbek-Garten- stadt v. 1921 e.V.	-	84	65	194
Stellingen-Langen- felde e.V.	7	225	71	203	Wasserturm e.V.	-	99	46	125
Stellinger Moor e.V.	-	108	76	234	Wehlrög e.V.	3	97	26	71
Stölphensee e.V.	-	123	99	302	Westende v. 1934 e.V.	-	61	49	151
Stubbenkamp e.V.	-	94	19	27	Wettern e.V.	-	166	22	75
Tanga e.V.	-	41	33	137	Wigmannskoppel von 1946 e.V.	-	42	31	89
Tanneneck e.V.	-	108	103	294	Wiesengrund v. 1930 e.V.	-	109	55	141
Tarpenbeck e.V.	7	151	23	57	Wilhelm Präffke e.V.	-	147	123	387
Tarpenbeckufer e.V.	-	155	14	36	Wilhelmsburg v. 1918 e.V.	-	259	76	216
Tarpenhöh e.V.	-	230	120	372	Wilstorf e.V.	-	136	13	31
Tidekanal e.V.	-	80	81	259	Winterhuder Feldhal- e e.V.	-	38	4	7
Tiefenstaken e.V.	1	93	61	183	Wittes-Koppel e.V.	-	81	31	88
Tiefland e.V.	-	50	11	28	Wittkamp e.V.	-	55	24	87
Tiefstacksüd e.V.	-	207	193	639					
Tonndorf-Lohe e.V.	-	94	61	198					
Traun e.V.	-	56	40	111					
Uhlenbrook e.V.	-	181	84	226					
Unsere Scholle e.V.	-	128	36	109					
Unterer Landweg von 1932 e.V.	-	136	125	540					
Up de Bünthe e.V.	-	109	26	65					
Up de Högen e.V.	-	122	38	107					

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 8. Februar 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 5



Sterblichkeit und Todesursachen in der Hansestadt Hamburg

Inhalt

Der Rückgang der Sterblichkeit / Überalterung und Sterblichkeit
Die Gestorbenen nach Alter und Geschlecht / Die Todesursachen im allgemeinen
Einige wichtige Todesursachen

Die Ergebnisse der Todesursachenstatistik sind mit abhängig von der Art der Fragestellung nach der Todesursache sowie den Möglichkeiten einer einwandfreien Feststellung der Ursache, die den Tod eines Menschen tatsächlich herbeigeführt hat. Der Arzt, der den Tod eines Menschen festzustellen hat, muß nämlich auf dem Totenschein die Fragen nach: Grundleiden, Begleitkrankheiten, nachfolgender Krankheit und die Frage: welches der genannten Leiden den Tod unmittelbar herbeigeführt hat, beantworten. Die Ursache, die bei einem Gestorbenen den Tod unmittelbar herbeigeführt hat, wird in Hamburg ausschließlich von Ärzten festgestellt und auf dem Totenschein vermerkt. Nachdem der Tod beim Standesamt amtlich beurkundet worden ist, gehen der Totenschein und die standesamtliche Sterbefallzählkarte an das zuständige Gesundheitsamt. Sind die Angaben auf der Zählkarte unklar oder ungenau, so werden sie durch einen beamteten Arzt des Gesundheitsamtes an Hand des Totenscheines oder durch Rückfrage bei dem betreffenden Arzt berichtigt oder ergänzt. Erst dann kommen die Zählkarten zur statistischen Aufbereitung in das Statistische Landesamt. Die statistische Auswertung ist also abhängig von der Diagnose, die der Arzt gestellt hat, und seiner Bereitwilligkeit, alle Angaben über die Todesursachen gewissenhaft und lückenlos zu machen. Aber auch der tüchtigste Mediziner ist manchmal nicht in der Lage, zu erkennen, welche Ursache nun tatsächlich den Tod herbeigeführt hat, insbesondere, wenn er zu einem Toten gerufen wird, den er vorher nicht behandelt hat. In manchen Fällen würde also nur eine Obduktion die wirkliche Todesursache erkennen lassen.

Wenn man für Hamburg feststellen kann, daß die Sterbeziffern für „Altersschwäche“ und „unbe-

stimmte Todesursachen“, also Gruppen, die auch aus Verlegenheit gewählt werden, gerade in den Jahren 1946 und 1947 besonders hoch liegen, so wird dies mit auf die verworrenen Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren, nicht aber nur auf ein wirkliches Ansteigen dieser „Krankheiten“ zurückzuführen sein. Auch der Arzt hatte in jenen schweren Jahren andere Sorgen und Nöte, als sich große Gedanken über die wirkliche Ursache zu machen, die den Tod eines Menschen herbeigeführt hatte, besonders wenn er in höherem Lebensalter starb. Es können also falsche Schlußfolgerungen entstehen, wenn man die Ergebnisse der Todesursachenstatistik nicht kritisch zu lesen versteht. Das ist übrigens bei jeder Statistik der Fall.

Der Rückgang der Sterblichkeit

Erst wenn man sich einmal die Sterblichkeitsverhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten kurz vergegenwärtigt, gewinnt man eine rechte Vorstellung davon, was es bedeutet, wenn wir heute feststellen können, daß die durchschnittliche Sterbeziffer in den europäischen Ländern und den USA im Jahre 1950 zwischen 7 und 13 je 1000 Einwohner liegt. Im ganzen Mittelalter, ja bis ins 18. Jahrhundert hinein, war die Sterblichkeit in den deutschen Städten so groß, daß jede Stadt zu langsamem Tode verurteilt gewesen wäre, wenn sie nicht dauernden Kräftezustrom von außen erhalten hätte¹⁾. Die Zahl der geborenen Kinder in den einzelnen Familien war zwar weit höher als heute, aber nur wenige Kinder überlebten ihre Eltern, denn ein verhältnismäßig großer Teil starb bereits in frühem Kindesalter. Dies waren die

¹⁾ Heinrich Reincke: Bevölkerungsprobleme der Hansestädte in: Hansische Geschichtsblätter 1951, 70. Jahrgang.

Sterblichkeitsverhältnisse bis um 1800 in normalen Jahren, während in den Jahren der großen Volksseuchen („Schwarzer Tod“) oft sogar mehr als die Hälfte der Einwohner dahingerafft wurde.

Erst im 19. Jahrhundert begannen die Geburtenüberschüsse die Regel, die Sterbeüberschüsse die Ausnahme zu werden¹⁾. Im Durchschnitt der Jahre 1821/85 wurden z. B. im damaligen Staat Hamburg auf 1000 Einwohner 34,7 Geborene und „nur noch“ 26,2 Gestorbene gezählt²⁾. Das war ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der hohen Sterblichkeit in den vorhergehenden Jahrhunderten, in denen „ein 60er, ja ein 50er schon als Greis galt“³⁾. Uns Heutigen wiederum erscheint eine Sterbeziffer von 26 auf 1000 Einwohner, die für das 19. Jahrhundert als ein großer Fortschritt angesehen werden mußte, noch als außerordentlich hoch, denn seit der Jahrhundertwende ist die Sterbeziffer — nur mit Unterbrechungen in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren — stetig weiter gesunken und hat in den Jahren 1948 und 1949 mit 10,1 den bisher überhaupt tiefsten Stand in Hamburg erreicht. Nachdem sich die Verhältnisse nach dem Kriege wieder zu normalisieren begannen (Ernährung, Kleidung, Hygiene, Wohnung), liegt die durchschnittliche Gesamtsterblichkeit in Hamburg in allen Jahren seit 1948 sogar trotz der verschlechterten Altersstruktur der Bevölkerung unter dem Vorkriegsstand. Bei der männlichen Bevölkerung ging die Sterbeziffer von 19,2 auf 11,4 je 1000 männliche Einwohner und bei der weiblichen Bevölkerung von 15,7 auf 9,6 je 1000 weibliche Einwohner, also jeweils um 39 v. H. seit der Jahrhundertwende, zurück.

¹⁾ Heinrich Reincke: Bevölkerungsprobleme der Hansestädte in: Hansische Geschichtsblätter 1951, 70. Jahrgang.

²⁾ Statistisches Handbuch für den Hamburgischen Staat, 1891, S. 51 ff.

Übersicht 1

Die Zahl der Gestorbenen auf 1000 Einwohner in der Hansestadt Hamburg

Jahr	männlich	weiblich	zusammen
1821/85			26,2
1889	25,8	20,9	23,3
1900	19,2	15,7	17,4
1914	13,9	12,0	12,9
1925	12,1	10,5	11,3
1933	11,6	10,4	11,0
1939	13,8	11,8	12,8
1945	20,2	13,0	16,3
1946	18,2	11,7	14,7
1947	15,5	11,1	13,1
1948	11,4	9,0	10,1
1949	11,3	9,1	10,1
1950	11,4	9,6	10,5

Übersicht 2

Die Sterblichkeit in den Ländern des Bundesgebiets 1945 bis 1950

Land	Zahl der Sterbefälle auf 1000 der Bevölkerung im Jahre					
	1945	1946	1947	1948	1949	1950
Hamburg	16,3	14,7	13,1	10,1	10,1	10,5
Schleswig-Holstein	21,1	14,5	11,7	9,1	8,8	9,5
Niedersachsen			11,7	9,4	9,2	9,6
Nordrhein-Westfalen			11,8	9,6	9,9	10,4
Bremen	18,3	12,7	10,5	9,1	9,2	9,9
Hessen		11,6	11,5	10,5	10,6	10,6
Württemberg-Baden	16,1	12,2	11,1	10,5	10,2	10,2
Bayern		13,0	11,9	11,0	10,6	10,8
Rheinland-Pfalz			13,1	12,9	11,7	11,1
Baden	18,6	13,8	12,8	11,8	11,3	11,0
Württemberg-Hohenzollern	17,9	13,0	12,2	11,6	11,2	10,7
Bundesgebiet		12,4	11,6	10,3	10,2	10,4
West-Berlin		23,0	19,2	11,6	13,2	12,3

¹⁾ Stadt Bremen.

Übersicht 3

Die Allgemeine Sterblichkeit in einigen europäischen und außereuropäischen Ländern

(auf 1000 Einwohner)

Land	Durchschnitt				1939	1945	1946	1948	1949	1950
	1921/25	1926/30	1931/35	1936/38						
Bundesgebiet ¹⁾	13,0	11,3	10,8	11,4	12,1		12,4	10,3	10,2	10,4
Österreich	15,8	14,5	13,8	13,5	15,3	25,6	13,4	12,1	12,6	12,1
Belgien	13,5	13,7	12,9	12,9	13,8	14,6	13,3	12,6	12,9	12,4
Dänemark	11,3	11,1	10,9	10,7	10,1	10,5	10,2	8,6	8,9	9,2
Spanien	20,2	17,9	16,3	18,2	18,4	12,1	12,8	10,9	11,4	10,8
Frankreich	17,2	16,8	15,7	15,3	15,5	16,1	13,3	12,4	13,7	12,6
Italien	17,4	16,0	14,1	14,1	13,4	13,9	12,0	10,5	10,4	9,7
Norwegen	11,5	11,0	10,3	10,2	10,1	9,7	9,4	8,9	9,0	8,9
Niederlande	10,6	9,9	8,9	8,7	8,6	15,3	8,5	7,4	8,1	7,5
England u. Wales	12,1	12,1	12,0	12,1	12,1	11,4	11,5	10,9	11,7	11,7
Schweden	12,1	12,1	11,6	11,8	11,5	10,8	10,5	9,8	10,0	10,0
Schweiz	12,5	12,1	11,8	11,4	11,8	11,6	11,3	10,8	10,6	10,1
USA	11,7	11,7	10,9	11,1	10,6	10,6	10,0	9,9	9,7	9,6
Argentinien	14,2	13,2	12,0	11,9	11,0	10,3	9,6			
Canada	11,2	11,1	9,8	9,9	9,7	9,4	9,4	9,3	9,2	9,0
Chile	30,3	25,8	24,2	23,5	23,1	20,0	17,2	17,4	18,1	15,7
Mexiko	25,5	25,5	24,8	23,6	23,0	19,5	19,4	16,7	17,9	
Japan	22,0	19,5	17,9	17,3	17,4	29,2	17,6	11,9	11,6	11,0

¹⁾ 1921—1938 Schätzungen

Dieser für Hamburg festgestellte Rückgang der Sterblichkeit ist auch in den übrigen Ländern des Bundesgebiets (Übersicht 2) sowie in den meisten europäischen und außereuropäischen Ländern (Übersicht 3) zu beobachten. Die günstige Entwicklung wurde zwar auch in einigen anderen Ländern während der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre unterbrochen, aber im Jahre 1950 liegt die Sterbeziffer in allen Ländern niedriger als vor dem Kriege.

Überalterung und Sterblichkeit

Das stetige Absinken der allgemeinen Sterblichkeit seit der Jahrhundertwende ist um so bemerkenswerter, als man infolge der ständig fortschreitenden Überalterung der Bevölkerung vielmehr ein Ansteigen der Sterbeziffer hätte erwarten müssen, da die Sterbeintensität unter den alten Leuten naturgemäß erheblich größer ist als bei der übrigen Bevölkerung. In welchem Ausmaß nämlich die Überalterung der Bevölkerung als Folge der gesunkenen Geburtenhöhe, der hohen Menschenverluste unter der männlichen Bevölkerung im heiratsfähigen Alter während der beiden Weltkriege und der längeren Lebensdauer der Menschen überhaupt fortgeschritten ist, zeigt sich daran, daß **der Anteil der alten Leute im Alter von 65 und mehr Jahren, der im Jahre 1900 in Hamburg nur 3,8 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachte, über 5,7 v. H. im Jahre 1925 auf 8,7 im Jahre 1939 stieg und bei der Volkszählung im Jahre 1950 bereits 10,9 v. H. erreicht hat.** Dieser Anteil der alten Leute wird auch weiterhin steigen, und zwar — wie eine Vorabrechnung der Bevölkerungsentwicklung für Hamburg in den nächsten 15 Jahren auf Grund der Volkszählungsergebnisse 1950 ergab — bis auf **über 15 v. H. im Jahre 1965.** D. h. also, **der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung wird dann etwa viermal so groß sein wie um die Jahrhundertwende!**

Die durchschnittliche Sterbeziffer der hamburgischen Gesamtbevölkerung, die im Jahre 1950 nur 10,5 a. T. betrug, wäre also noch beträchtlich niedriger, wenn die hamburgische Bevölkerung im Jahre 1950 die **gleiche Altersstruktur** gehabt hätte **wie vor 40 Jahren.** Legt man nämlich dann die Sterbeziffern des Jahres 1950 in den einzelnen Altersgruppen zugrunde, so wären nicht 16 667, sondern nur 9401 Personen gestorben, und damit würde die durchschnittliche Sterbeziffer der hamburgischen Gesamtbevölkerung von 1950 **nicht 10,5, sondern nur noch 5,9 je 1000 Einwohner** betragen haben!

Wie die Sterblichkeit (z. B. an Krebs und Herzkrankheiten) seit dem Jahre 1933 in Hamburg verlaufen wäre, wenn die Bevölkerung sich in ihrer altersmäßigen Zusammensetzung seit 1933 nicht verändert hätte, ist aus der Übersicht 4 und dem beigegebenen Schaubild zu ersehen. Es wurde die Bevölkerung in den Vergleichsjahren nach der prozentualen Altersgliederung von 1933 umgerechnet und in den einzelnen Altersgruppen jeweils die für das betreffende Jahr auf 10 000 berechnete Krebssterbeziffer zugrunde

gelegt. Dadurch ergab sich die angenommene Gesamtzahl der Krebssterbefälle und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die jeweilige durchschnittliche Sterbeziffer, wenn die Bevölkerung sich in ihrer Altersstruktur seit 1933 nicht verändert haben würde. Aus den so errechneten Ergebnissen ist zu ersehen, daß dann die durchschnittliche Krebssterbeziffer nur im Jahre 1950 den Vorkriegsstand um 1 v. H. überschreiten, in allen übrigen Vergleichsjahren aber unter dem Stande von 1933 liegen würde. Die durchschnittliche Sterbeziffer für Herzkrankheiten würde unter Ausschaltung der Veränderung in der Altersstruktur der Bevölkerung zwar in den Jahren 1939, 1946, 1947 und 1950 über dem Stand von 1933 liegen, aber nur bis 18 v. H. gegenüber bis über 50 v. H. bei der tatsächlichen Altersstruktur.

Übersicht 4

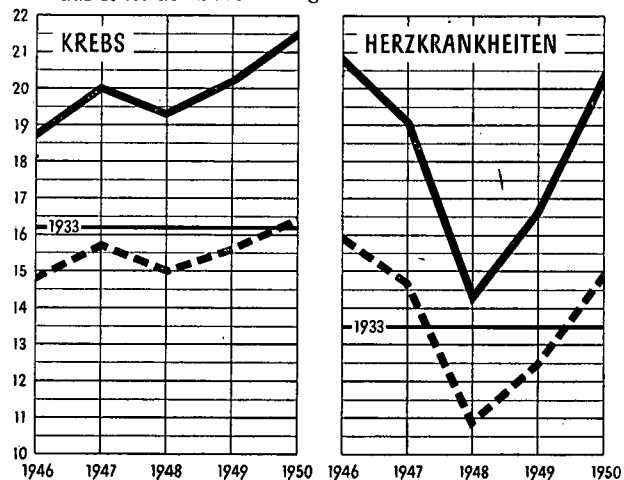
Die tatsächliche Zahl der Gestorbenen an Krebs und Herzkrankheiten und die Zahl der Gestorbenen an Krebs und Herzkrankheiten unter Berücksichtigung des Altersaufbaues wie im Jahre 1933

Jahr	Tatsächliche Zahl	unter Berücksichtigung des Altersaufbaues 1933	Auf 10 000 der Bevölkerung	
			Tatsächlich	unter Berücksichtigung des Altersaufbaues 1933
Gestorbene an Krebs				
1933	1 968	1 968	16,2	16,2
1939 ¹⁾	2 954	2 605	17,3	15,2
1946	2 634	2 088	18,7	14,8
1947	2 863	2 252	20,0	15,7
1948	2 886	2 248	19,3	15,0
1949	3 106	2 412	20,2	15,6
1950	3 418	2 615	21,5	16,4
Gestorbene an Herzkrankheiten				
1933	1 639	1 639	13,5	13,5
1939 ¹⁾	3 106	2 696	18,2	15,7
1946	2 926	2 236	20,8	15,9
1947	2 748	2 102	19,1	14,7
1948	2 139	1 633	14,3	10,9
1949	2 566	1 931	16,6	12,5
1950	3 228	2 363	20,3	14,9

¹⁾ Ab 1939 Groß-Hamburg.

Sterbefälle an Krebs und Herzkrankheiten 1946 — 1950

auf 10 000 der tatsächlichen Bevölkerung ———
auf 10 000 der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Altersaufbaues wie 1933 - - - - -
auf 10 000 der Bevölkerung im Jahre 1933 ———



Erst in diesem starken Rückgang der Sterbeziffer kommen die großen Fortschritte, die durch die verbesserten hygienischen Verhältnisse, die systematisch ausgebaute Volksgesundheitsfürsorge und die praktische Anwendung von Erkenntnissen der medizinischen Forschung in der jüngsten Vergangenheit erzielt worden sind, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

Um die Zahl der Gestorbenen in den einzelnen Todesursachengruppen richtig werten zu können, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, ob es sich um Krankheiten gehandelt hat, die jedes Alter bedrohen können (z. B. Infektionskrankheiten, Lungenentzündung), oder ob es Krankheiten waren, die überwiegend nur in bestimmten Altersgruppen auftreten, wie z. B. Krebs, Hirnblutungen und Krankheiten der Kreislauforgane im höheren Lebensalter oder Darmkatarrh im frühesten Kindesalter. Ändert sich nun die Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung nach dem Alter, so wird sich auch die Sterbeintensität an denjenigen Krankheiten, die wesentlich an das Lebensalter gebunden sind, ändern. Ist also, um ein Beispiel zu nennen, der Anteil der über 40 Jahre alten Personen von 26 v. H. im Jahre 1910 auf 45 v. H. der Gesamtbevölkerung im Jahre 1950 gestiegen, wie in Hamburg, dann werden auch mehr Menschen sterben, weil die Sterbenswahrscheinlichkeit mit höherem Lebensalter größer wird. Und da es sich um Menschen im krebgefährdeten Alter handelt, wird auch die Zahl der Todesfälle an Krebs größer sein als vor 40 Jahren. Wenn aber diese Zahlen dann so ausgedeutet werden, wie es noch kürzlich auf einer Tagung zur Erforschung und Bekämpfung des Krebses geschah¹⁾, daß „im Jahre 1890 jeder 38. Sterbefall, im Jahre 1932 jeder 6. Sterbefall auf Krebs als Todesursache zurückzuführen sei“, so führt eine solche Interpretation der Krebssterblichkeit zu völlig falschen Vorstellungen. Nicht nur die Bevölkerung, die diese Darstellungsweise durch die Tagespresse erfuhr, wird beunruhigt, sondern auch der Arzt gewinnt ein Bild, das der Wirklichkeit in keiner Weise entspricht. Die Ergebnisse der Krebssterblichkeit in der Hansestadt Hamburg sagen jedenfalls etwas ganz anderes aus, als ein derartiger Vergleich vermuten läßt.

Die Gestorbenen in Hamburg nach Alter und Geschlecht

Bei einer Untersuchung über die Sterblichkeit der hamburgischen Bevölkerung in dem Zeitraum von 1919 bis 1932 wurde u. a. festgestellt, daß die Sterblichkeit in allen Altersschichten gegenüber der Zeit vor dem 1. Weltkrieg abgenommen hatte. Diese Entwicklung hat sich auch weiterhin fortgesetzt. **In allen Altersschichten beider Geschlechter der hamburgischen Bevölkerung, und zwar bis ins höchste Lebensalter hinein, lag die Sterblichkeit im Jahre 1950 niedriger als in den Vorkriegsjahren 1933 und 1939.**

Seit dem Jahre 1910 hat die Sterblichkeit in einigen Altersgruppen sogar ganz beträchtlich abgenommen. So ist die Säuglingssterblichkeit auf ein Viertel zurückgegangen und die Sterbeziffer

der Kinder im Alter von 1 bis 5 Jahren sogar auf ein Zehntel des Jahres 1910, und zwar bei beiden Geschlechtern. Aber auch in allen übrigen Altersgruppen liegen die Sterbeziffern, bezogen auf die jeweils Lebenden der gleichen Altersgruppe, bei beiden Geschlechtern im Jahre 1950 beträchtlich unter dem Stand vor 40 Jahren. Mit zunehmendem Alter verringert sich natürlicherweise der Rückgang der Sterblichkeit, aber selbst bei den über 70jährigen beiderlei Geschlechts beträgt der Rückgang noch 22 v. H.

Aus der Entwicklung der Sterbeziffern nach dem Geschlecht und einzelnen Altersgruppen seit dem Jahre 1910 wird also deutlich, wie in der durchschnittlichen Sterbeziffer für sämtliche Altersgruppen (bei den Männern von 15,0 auf 11,4 a. T. und bei den Frauen von 12,8 auf 9,6 a. T.) das wirkliche Ausmaß des Rückganges der Sterblichkeit durch das Gewicht der stärker besetzten höheren Altersgruppen überdeckt wird. Erkenntnisse über den tatsächlichen Rückgang der Sterblichkeit können also nicht aus der durchschnittlichen Gesamtsterbeziffer gewonnen werden, wenn die Bevölkerung sich in ihrem Altersaufbau, wie es in den vergangenen Jahrzehnten geschehen ist, grundlegend verändert. Ein leichtes Ansteigen der Sterbeziffer in den höheren Altersschichten, wie es z. B. bei den über 50jährigen Frauen und über 60jährigen Männern von 1949 auf 1950 in Hamburg der Fall war, zeichnete sich bereits in der durchschnittlichen Gesamtsterbeziffer ab, obgleich in allen übrigen Altersgruppen ein weiterer Rückgang eingetreten war.

Aus der Übersicht 5 ist die Entwicklung der Sterblichkeit in Hamburg seit dem Jahre 1910 zu ersehen, und zwar in den Volkszählungsjahren 1910, 1925, 1933, 1939, 1946 und 1950 sowie in den Jahren 1947 bis 1949. Für alle diese Jahre liegen Zahlen über die Gliederung der hamburgischen Bevölkerung nach dem Alter und Geschlecht vor, so daß es möglich ist, die Zahl der Sterbefälle zur Zahl der Lebenden des gleichen Alters und Geschlechts in Beziehung zu setzen. Erst dadurch lassen sich — wie oben bereits ausgeführt wurde — Erkenntnisse über die Entwicklung der Sterblichkeit in den vergangenen 40 Jahren gewinnen.

Die Sterblichkeit ist seit jeher beim weiblichen Geschlecht niedriger als beim männlichen, und zwar in allen Altersgruppen. Der Knabenüberschuß unter den Neugeborenen — es entfallen etwa 105 bis 110 Knaben auf 100 Mädchen — wird bereits durch die größere Sterblichkeit unter den männlichen Säuglingen erheblich vermindert und weiter allmählich ausgeglichen, so daß bei normaler Bevölkerungsentwicklung die Zahl der Männer und der Frauen unter den 20jährigen etwa gleich groß ist. Infolge der höheren Sterblichkeit bei den Männern in allen Altersgruppen entsteht dann mit zunehmendem Alter ein ständig größer werdender Frauenüberschuß, falls nicht durch Zu- oder Fortzüge die Struktur der Bevölkerung geändert wird.

¹⁾ Bericht über die Krebsarbeitstagung vom 5.—7. Oktober 1951 in Berlin (Ärztliche Praxis 3. Jg., Nr. 49, S. 4).

Übersicht 5

Die Gestorbenen in der Hansestadt Hamburg nach Altersgruppen und Geschlecht

(1910, 1925, 1933, 1939 und 1946 bis 1950)

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	Gestorbene in den Jahren								
	1910	1925	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950
Absolute Zahlen									
a) männlich									
0—1	1 951	769	491	860	1 000	685	536	433	440
1—5	598	189	92	263	282	183	148	113	61
5—15	285	135	101	203	199	206	135	113	98
15—20	177	136	51	108	123	121	85	63	58
20—25	238	276	147	88	177	164	134	117	75
25—30	228	222	179	206	140	144	101	101	99
30—40	571	457	432	553	509	432	368	251	236
40—50	734	713	615	897	927	830	758	742	623
50—60	916	1 042	1 015	1 688	1 484	1 385	1 213	1 276	1 239
60—70	898	1 326	1 499	2 571	2 476	2 337	1 835	1 977	2 132
70 und mehr	899	1 409	2 102	3 846	4 386	3 689	2 633	2 992	3 454
zusammen	7 495	6 674	6 724	11 283	11 703	10 176	7 946	8 178	8 515
b) weiblich									
0—1	1 453	617	360	623	739	508	380	347	322
1—5	552	160	75	197	234	153	101	84	48
5—15	274	109	53	156	149	120	93	75	57
15—20	145	146	69	63	94	67	46	35	35
20—25	202	217	142	89	127	143	102	81	68
25—30	201	245	164	169	142	133	118	87	80
30—40	440	503	440	494	391	322	293	250	212
40—50	451	601	569	756	671	616	577	493	505
50—60	617	796	845	1 274	1 076	1 042	906	897	983
60—70	814	1 073	1 219	2 081	1 563	1 642	1 373	1 533	1 726
70 und mehr	1 352	1 856	2 670	4 588	3 746	3 884	3 192	3 538	4 116
zusammen	6 501	6 323	6 606	10 490	8 932	8 630	7 181	7 420	8 152
Verhältniszahlen ²⁾									
a) männlich									
0—1	161,8	88,1	71,7	58,3	106,3	69,4	54,8	45,4	48,8
1—5	15,0	5,9	3,3	5,1	7,5	4,9	4,0	3,0	1,6
5—15	3,1	1,8	1,3	2,1	2,1	2,1	1,3	1,0	0,9
15—20	3,9	2,8	1,6	1,8	3,0	2,9	1,9	1,5	1,3
20—25	5,0	5,2	2,8	2,4	5,5	4,6	3,1	2,4	1,4
25—30	4,4	4,6	3,1	2,9	4,8	4,3	2,5	2,1	2,0
30—40	6,6	5,0	4,2	3,5	5,9	5,0	4,2	2,8	2,6
40—50	11,8	8,2	7,0	7,6	8,1	7,1	6,1	5,9	4,8
50—60	24,5	17,0	13,6	16,0	15,9	14,7	12,5	13,0	12,4
60—70	47,0	39,3	33,8	35,5	35,8	33,4	25,4	26,9	28,4
70 und mehr	106,0	105,4	104,7	103,3	129,3	107,2	70,4	75,0	82,3
zusammen	15,0	12,1	11,6	13,8	18,2	15,5	11,4	11,3	11,4
b) weiblich									
0—1	130,0	74,3	57,0	44,1	84,1	56,3	42,1	39,5	37,9
1—5	14,2	5,3	2,8	4,0	6,5	4,3	2,9	2,3	1,3
5—15	3,0	1,5	0,7	1,7	1,6	1,3	0,9	0,7	0,5
15—20	3,0	2,8	2,0	1,1	2,2	1,6	1,1	0,9	0,8
20—25	4,0	3,8	2,5	2,0	2,5	2,8	2,0	1,5	1,3
25—30	4,2	4,1	2,6	2,2	3,1	2,7	2,1	1,4	1,2
30—40	5,4	4,5	3,6	3,0	3,2	2,7	2,6	2,3	1,9
40—50	7,7	6,8	5,6	5,0	5,0	4,5	4,2	3,5	3,4
50—60	15,2	13,0	11,0	11,2	9,3	8,8	7,4	7,2	7,6
60—70	32,0	28,1	25,6	26,5	21,1	21,6	17,3	18,6	20,1
70 und mehr	95,4	84,6	92,5	96,1	85,0	85,3	64,6	67,5	74,1
zusammen	12,8	10,5	10,4	11,8	11,7	11,1	9,0	9,1	9,6

1) Ab 1939 Groß-Hamburg

2) Auf 1000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe. Die im ersten Lebensjahr Gestorbenen sind auf die Lebendgeborenen des Zeitraumes bezogen, aus dem sie stammen.

Die Sterblichkeit unter der hamburgischen Bevölkerung liegt in den Jahren 1948 bis 1950 in fast allen Altersgruppen unter dem Vorkriegsstand des Jahres 1939, und zwar bei beiden Geschlechtern. In den meisten Altersgruppen, nämlich bei den 1- bis 60jährigen männlichen Personen und bei den 0-, bis 50jährigen weiblichen Personen, ist die Sterbeziffer seit 1948 von Jahr zu Jahr stetig abgesunken, so daß für diese Altersgruppen im Jahre 1950 der bisher überhaupt niedrigste Stand erreicht wurde. Lediglich die Sterbeziffern für die höheren Altersgruppen beider Geschlechter sind im Jahre 1950 leicht angestiegen, liegen aber immer noch beträchtlich unter der Vorkriegshöhe. Die

Sterbeintensität ist also in sämtlichen Altersgruppen beider Geschlechter niedriger als vor dem Kriege.

In welchem Ausmaß sich die Altersgliederung der Gestorbenen in Hamburg seit Beginn des 20. Jahrhunderts verändert hat, ist aus der Übersicht 6 zu ersehen. Während im 1. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts rund ein Viertel aller Gestorbenen dem Säuglingsalter entstammte, so waren von den Gestorbenen des vergangenen Jahres nur 5 v. H. Säuglinge. Dagegen waren im Jahre 1950 fast die Hälfte aller Gestorbenen im Alter von 70 und mehr Jahren gegenüber nur rd. 16 v. H. zu Beginn des Jahrhunderts.

Übersicht 6

Zahl der Gestorbenen in der Hansestadt Hamburg nach Altersgruppen
(in v. H. der Gesamtzahl der Sterbefälle)

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	1904/08	1910	1925	1929/32	1933	1939	1946	1947	1948	1949	1950
0—1	26,9	24,3	10,7	7,8	6,4	6,9	8,4	6,3	6,1	5,0	4,7
1—5	8,0	8,2	2,7	2,0	1,3	2,1	2,5	1,8	1,6	1,3	0,8
5—15	3,3	4,0	1,9	1,9	1,2	1,6	1,7	1,7	1,5	1,2	1,0
15—20	8,1	2,3	2,2	7,2	0,9	0,8	1,1	1,0	0,9	0,6	0,6
20—25		3,1	3,8		2,2	0,8	1,5	1,6	1,6	1,3	0,9
25—30	7,0	3,1	3,6	6,5	2,6	1,7	1,4	1,5	1,4	1,2	1,1
30—40		7,2	7,4		6,5	4,8	4,3	4,0	4,4	3,2	2,7
40—50	8,9	8,5	10,1	9,3	8,9	7,6	7,7	7,7	8,8	7,9	6,8
50—60	10,4	11,0	14,1	14,3	14,0	13,6	12,4	12,9	14,0	13,9	13,3
60—70	11,7	12,2	18,5	19,9	20,3	21,4	19,6	21,2	21,2	22,5	23,1
70 und mehr	15,7	16,1	25,0	31,1	35,7	38,7	39,4	40,3	38,5	41,9	45,0
zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Die Todesursachen im allgemeinen

Nachdem sich die hamburgische Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht seit der Jahrhundertwende so stark verändert hat, daß im Jahre 1950 rd. 80 v. H. aller Gestorbenen im Alter von 50 und mehr Jahren standen, so haben diejenigen Todesursachen heute zahlenmäßig ein stärkeres Gewicht, die vor allem in diesem Lebensalter zum Tode führen, d. h. Krebs, Altersschwäche, Krankheiten des Herzens und Hirnblutungen.

Bei einem Vergleich mit der Vergangenheit ist außerdem zu bedenken, daß infolge der Fortschritte der medizinischen Wissenschaft im Laufe des letzten halben Jahrhunderts, man denke nur an die verfeinerten Operationsmethoden oder an die Erfindung der Sulfonamide und des Penicillins, viele Menschen, die in früheren Jahren frühzeitig an einer Krankheit wie z. B. Lungenentzündung gestorben sind, heute geheilt werden und dann erst in einem Alter, das z. B. als krebsgefährdet gilt, sterben.

Hinzu kommt weiter, daß alle Erkenntnisse, die die Todesursachenstatistik vermittelt, abhängig sind von der Fähigkeit und Möglichkeit des Arztes, die richtige Diagnose zu stellen. Wenn „Altersschwäche“ und „unbestimmte Todesursachen“ heute seltener ausgewiesen werden als früher, so bedeutet dies nicht nur, daß andere Alterskrankheiten wie z. B. Kreislaufstörungen, Hirnblutungen oder Krebs früher weniger häufig den Tod herbei-

führten, sondern unter Umständen auch, daß der Arzt heute besser als früher in der Lage ist, die wirkliche Todesursache zu erkennen.

In welchem Ausmaß bei gewissen Krankheitsgruppen auch die unterschiedliche Diagnose des Arztes die Höhe der Sterbeziffern mitbeeinflusst haben wird, zeigt folgendes Beispiel an einigen Todesursachen bei den über 70jährigen Gestorbenen.

Jahr	Im Alter von 70 und mehr Jahren starben auf 10000 Lebende					
	männliche Personen an			weibliche Personen an		
	Krebs	Altersschwäche	unbestimmte Ursachen	Krebs	Altersschwäche	unbestimmte Ursachen
1946	108,8	181,6	82,8	99,8	133,1	52,2
1950	150,8	62,2	23,4	125,0	78,7	20,4

Einer verhältnismäßig niedrigen Krebssterbeziffer im Jahre 1946 bei beiden Geschlechtern stehen verhältnismäßig hohe Sterbeziffern für „Altersschwäche“ und „unbestimmte Todesursachen“ gegenüber. Im Jahre 1950 dagegen haben die Sterbeziffern für „Altersschwäche“ und „unbestimmte Todesursachen“ bei beiden Geschlechtern teilweise den bisher überhaupt niedrigsten Stand erreicht; während die Krebssterbeziffer verhältnismäßig hoch liegt. Es ist somit nicht unwahrscheinlich, daß in früheren Jahren u. a. auch Krebssterbefälle in den Gruppen „Altersschwäche“ und „unbestimmte Todesursachen“ enthalten waren. Auch das ist bei einem Vergleich mit früheren Jahren zu berücksichtigen.

Nr. des ausführl. Todesursachen-Verz. von 1938	Todesursachen	Gestorbene in den Jahren													
		1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	1950
1—44	I. Übertragbare Krankheiten	1 998	1 766	2 155	2 158	2 197	2 473	2 300	1 766	2 626	2 251	1 913	1 528	1 217	914
1—2	dar. Typhus und Paratyphus	14	6	10	9	2	8	14	8	79	68	34	22	14	7
8	Scharlach	28	11	26	36	71	207	161	40	88	8	9	12	7	—
9	Keuchhusten	32	22	84	103	37	36	49	77	107	90	31	60	15	20
10	Diphtherie	205	187	262	294	242	251	388	274	508	416	215	100	24	16
13	Tbc der Atmungsorgane	1 043	979	990	1 049	1 082	1 195	1 030	747	1 045	1 008	1 020	919	707	578
14—22	Tbc anderer Organe	136	128	135	164	166	167	164	120	171	174	137	98	86	51
30	Syphilis	193	159	151	123	218	254	172	124	154	189	137	147	69	126
33	Grippe	156	109	198	171	166	87	82	90	77	39	90	39	61	23
35	Masern	17	9	65	20	10	26	26	29	60	13	14	3	5	4
45—57	II. Krebs und andere Gewächse	3 206	3 253	3 224	3 308	3 346	3 582	2 868	2 312	2 607	2 824	3 031	3 077	3 232	3 550
45—55	dar. Krebs u. a. bösart. Gewächse	2 874	2 880	2 954	2 961	3 016	3 276	2 662	2 176	2 440	2 634	2 863	2 886	3 106	3 418
58—71	III. Andere allgem. Krankheiten	644	610	551	516	486	355	327	197	336	328	261	203	221	235
61	dar. Zuckerkrankheit	447	406	357	340	344	249	218	132	172	185	142	114	141	133
72—76	IV. Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	249	244	254	223	163	172	166	115	168	126	134	140	161	157
77—79	V. Chronische Vergiftungen	21	13	28	27	21	13	15	20	30	10	4	9	9	3
80—89	VI. Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	2 713	2 175	2 215	2 202	1 813	2 284	1 811	1 261	1 728	2 121	2 005	1 716	1 986	2 359
83 a	dar. Hirnblutung	2 043	1 611	1 583	1 638	1 499	1 702	1 412	980	1 194	1 624	1 665	1 426	1 716	2 069
90—103	VII. Krankheiten der Kreislauforgane	3 506	4 190	4 660	4 847	3 989	3 211	2 971	2 406	3 046	3 553	3 226	2 621	3 052	3 861
90—95	dar. Krankheiten des Herzens	2 556	2 785	3 106	3 572	3 126	2 604	2 429	1 932	2 284	2 926	2 748	2 139	2 566	3 228
104—114	VIII. Krankheiten der Atmungsorgane	1 711	1 703	1 825	2 546	2 222	2 175	2 009	1 223	1 654	1 665	1 752	1 132	1 137	1 020
106	dar. Bronchitis	174	138	179	184	163	145	163	94	56	124	178	93	110	107
107—109	Lungenentzündung	1 228	1 230	1 279	1 950	1 698	1 698	1 475	796	1 206	1 116	1 164	699	729	562
115—129	IX. Krankheiten d. Verdauungsorgane	1 312	1 090	1 250	1 251	1 123	1 347	1 252	876	1 769	1 506	1 155	833	842	891
117	dar. Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre	188	147	141	184	164	193	174	135	212	184	148	119	113	114
119	Darmkatarrh b. u. 1-jährigen	251	157	226	212	98	112	155	124	475	251	164	49	55	44
121	Blinddarmentzündung	102	105	101	80	65	67	70	32	46	30	44	36	37	49
124—127	Krankheiten der Leber- und Gallenwege	349	314	359	288	279	272	237	121	279	242	250	234	339	362
130—139	X. Krankh. d. Harn- u. Geschlechtsorg.	745	693	716	673	611	700	502	435	560	584	564	526	570	570
130—132	dar. Nierentzündung	384	295	245	229	239	255	175	191	200	240	214	199	221	214
140—150	XI. Krankheiten der Schwangerschaft und des Kindbetts	98	74	69	80	66	79	65	38	62	86	64	39	43	30
151—153	XII. Krankh. d. Haut u. d. Zellgewebes	57	61	81	64	74	87	62	108	235	260	154	50	30	13
154—156	XIII. Krankheiten der Knochen und Bewegungsorgane	40	37	49	30	27	61	47	33	62	59	54	42	26	20
157	XIV. Angeborene Mißbildung	134	102	170	202	180	166	129	90	92	84	86	90	70	83
158—161	XV. Bes. Krankh. d. ersten Lebenszeit	706	657	622	607	612	664	547	508	620	731	529	426	412	438
158	dar. angeborene Lebensschwäche	67	78	83	69	91	90	58	99	145	130	88	34	30	24
159	Frühgeburt	533	491	359	384	346	423	381	307	357	475	353	294	267	292
162	XVI. Altersschwäche	1 125	1 513	1 590	1 615	1 334	1 141	964	684	1 336	1 234	1 028	627	653	703
163—198	XVII. Äußere Einwirkungen	1 477	1 605	1 701	1 488	2 067	2 048	1 831	1 261	1 968	2 082	1 945	1 485	1 389	1 349
163—164	dar. Selbstmord	752	738	753	530	499	553	585	378	486	507	515	495	596	597
165—168	Mord und Totschlag	17	18	25	22	17	36	20	16	61	49	37	25	25	17
169—195	Verunglückungen	706	847	919	824	937	846	846	682	1 330	1 505	1 393	955	765	733
199—200	XVIII. Unbestimmte Todesursachen	600	633	613	736	572	846	1 111	921	912	1 131	901	583	548	471
1—200	Gestorbene insgesamt	20 342	20 419	21 773	22 573	20 903	21 404	18 977	14 254	19 811	20 635	18 806	15 127	15 598	16 667

Nr. des ausführl. Todesursachen-Verz. von 1938	Todesursachen	Gestorbene auf 10000 der Gesamtbevölkerung													
		1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	1950
	I. Übertragbare Krankheiten	12,0	10,5	12,6	12,7	12,9	14,6	16,5	16,4	21,6	16,0	13,3	10,2	7,9	5,7
1—44	dar. Typhus und Paratyphus	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,7	0,5	0,2	0,1	0,1	0,0
8	Scharlach	0,2	0,1	0,2	0,2	0,4	1,2	1,2	0,4	0,7	0,1	0,1	0,1	0,0	—
9	Keuchhusten	0,2	0,1	0,5	0,6	0,2	0,2	0,4	0,7	0,9	0,6	0,2	0,4	0,1	0,1
10	Diphtherie	1,2	1,1	1,5	1,7	1,4	1,5	2,8	2,5	4,2	3,0	1,5	0,7	0,2	0,1
13	Tbc der Atmungsorgane	6,2	5,8	5,8	6,2	6,4	7,1	7,4	6,9	8,6	7,2	7,1	6,1	4,6	3,6
14—22	Tbc anderer Organe	0,8	0,8	0,8	1,0	1,0	1,0	1,2	1,1	1,4	1,2	1,0	0,7	0,6	0,3
30	Syphilis	1,2	0,9	0,9	0,7	1,3	1,5	1,2	1,1	1,3	1,3	1,0	1,0	0,4	0,8
33	Grippe	0,9	0,6	1,2	1,0	1,0	0,5	0,6	0,8	0,6	0,3	0,6	0,3	0,4	0,1
35	Masern	0,1	0,1	0,4	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,5	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
45—57	II. Krebs und andere Gewächse	19,2	19,4	18,9	19,4	19,7	21,1	20,5	21,4	21,5	20,1	21,0	20,6	21,0	22,3
45—55	dar. Krebs u. a. bösart. Gewächse	17,2	17,1	17,3	17,4	17,7	19,3	19,1	20,2	20,1	18,7	19,9	19,3	20,2	21,5
58—71	III. Andere allgem. Krankheiten	3,9	3,6	3,2	3,0	2,9	2,1	2,3	1,8	2,8	2,3	1,8	1,4	1,4	1,5
61	dar. Zuckerkrankheit	2,7	2,4	2,1	2,0	2,0	1,5	1,6	1,2	1,4	1,3	1,0	0,8	0,9	0,8
72—76	IV. Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	1,5	1,5	1,5	1,3	1,0	1,0	1,2	1,1	1,4	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0
77—79	V. Chronische Vergiftungen	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0
80—89	VI. Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	16,2	13,0	13,0	12,9	10,7	13,5	13,0	11,7	14,2	15,1	13,9	11,5	12,9	14,8
83 a	dar. Hirnblutung	12,2	9,6	9,3	9,6	8,8	10,0	10,1	9,1	9,8	11,5	11,6	9,5	11,1	13,0
90—103	VII. Krankheiten der Kreislauforgane	21,0	24,9	27,3	28,4	23,5	18,9	21,3	22,3	25,1	25,3	22,4	17,5	19,8	24,3
90—95	dar. Krankheiten des Herzens	15,3	16,6	18,2	20,9	18,4	15,4	17,4	17,9	18,8	20,8	19,1	14,3	16,6	20,3
104—114	VIII. Krankheiten der Atmungsorgane	10,2	10,1	10,7	14,9	13,1	12,8	14,4	11,3	13,6	11,8	12,2	7,6	7,4	6,4
106	dar. Bronchitis	1,0	0,8	1,0	1,1	1,0	0,9	1,2	0,9	0,5	0,9	1,2	0,6	0,7	0,7
107—109	Lungenentzündung	7,4	7,3	7,5	11,4	10,0	10,0	10,6	7,4	9,9	7,9	8,1	4,7	4,7	3,5
115—129	IX. Krankheiten d. Verdauungsorgane	7,9	6,5	7,3	7,3	6,6	7,9	9,0	8,1	14,6	10,7	8,0	5,6	5,5	5,6
117	dar. Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre	1,1	0,9	0,8	1,1	1,0	1,1	1,2	1,3	1,7	1,3	1,0	0,8	0,7	0,7
119	Darmkatarrh b. u. 1jährigen ¹⁾	92,3	55,8	77,6	69,0	34,0	44,2	74,1	93,5	345,1	128,6	87,8	26,0	30,2	25,3
121	Blinddarmentzündung	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,3	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3
	Krankheiten der Leber- und Gallenwege	2,1	1,9	2,1	1,7	1,6	1,6	1,7	1,1	2,3	1,7	1,7	1,6	2,2	2,3
124—127	X. Krankh. d. Harn- u. Geschlechtsorg.	4,5	4,1	4,2	3,9	3,6	4,1	3,6	4,0	4,6	4,2	3,9	3,5	3,7	3,6
130—139	dar. Nierenentzündung	2,3	1,8	1,4	1,3	1,4	1,5	1,3	1,8	1,6	1,7	1,5	1,3	1,4	1,3
140—150	XI. Krankheiten der Schwangerschaft und des Kindbetts²⁾	2,4	1,8	1,6	1,9	1,6	1,9	1,9	1,4	2,2	2,6	1,9	1,2	1,3	0,9
151—153	XII. Krankh. d. Haut u. d. Zellgewebes	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	1,0	1,9	1,8	1,1	0,3	0,2	0,1
154—156	XIII. Krankheiten der Knochen und Bewegungsorgane	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,3	0,3	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1
157	XIV. Angeborene Mißbildung	0,8	0,6	1,0	1,2	1,1	1,0	0,9	0,8	0,8	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
158—161	XV. Bes. Krankh. d. ersten Lebenszeit¹⁾	259,6	233,4	213,5	197,6	212,2	262,2	261,6	383,0	450,5	374,5	283,1	226,4	226,5	252,0
158	dar. angeborene Lebensschwäche	24,6	27,7	28,5	22,5	31,6	35,5	27,7	74,6	105,3	66,6	47,1	18,1	16,5	13,8
159	Frühgeburt	196,0	174,4	123,2	125,0	120,0	167,1	182,2	231,4	259,4	243,4	188,9	156,2	146,8	168,0
162	XVI. Altersschwäche	6,7	9,0	9,3	9,5	7,8	6,7	6,9	6,3	11,0	8,8	7,1	4,2	4,2	4,4
163—198	XVII. Äußere Einwirkungen	8,8	9,6	10,0	8,7	12,2	12,1	13,1	11,7	16,2	14,8	13,5	9,9	9,0	8,5
163—164	dar. Selbstmord	4,5	4,4	4,4	3,1	2,9	3,3	4,2	3,5	4,0	3,6	3,6	3,3	3,9	3,8
165—168	Mord und Totschlag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1
169—195	Verunglückungen	4,2	5,0	5,4	4,8	5,5	5,0	6,1	6,3	11,0	10,7	9,7	6,4	5,0	4,6
199—200	XVIII. Unbestimmte Todesursachen	3,6	3,8	3,6	4,3	3,4	5,0	8,0	8,5	7,5	8,0	6,3	3,9	3,6	3,0
1—200	Gestorbene insgesamt	121,8	121,6	127,7	132,3	123,0	126,3	135,8	132,1	163,2	146,7	130,5	101,2	101,2	104,7

¹⁾ Auf 10 000 der Lebendgeborenen berechnet²⁾ Auf 10 000 der weibl. Bevölkerung im Alter von 15—45 Jahren

Es sei hier zunächst ein allgemeiner Überblick über die Krankheiten, die die Ärzte bei der hamburgischen Bevölkerung als Todesursache festgestellt haben, in ihrer Entwicklung seit dem Jahre 1937 gegeben (vgl. Übersicht 7a und 7b). Auf einige wichtige Todesursachengruppen wird später im einzelnen eingegangen. Wenn man die Durchschnittsterbeziffern für die einzelnen Todesursachen betrachtet, die also — abgesehen von den unter 1jährigen bei bestimmten Krankheiten — den Durchschnitt aus sämtlichen Altersgruppen der Bevölkerung wiedergeben, so ist folgendes festzustellen: entsprechend dem Rückgang der Sterbeziffer von 1937 bis 1950 weisen folgende größere Krankheitsgruppen im Jahre 1950 eine niedrigere Sterbeziffer aus als 1937: die Übertragbaren Krankheiten, darunter besonders die Tuberkulose; ferner Andere Allgemeine Krankheiten, darunter besonders die Zuckerkrankheit; Krankheiten der Nerven- und Sinnesorgane; Krankheiten der Atmungsorgane, darunter besonders Lungentzündung; Krankheiten der Verdauungsorgane, insbesondere Darmkatarrh bei den unter 1jährigen; Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane; Krankheiten der ersten Lebenszeit, darunter angeborene Lebensschwäche und Frühgeburt; Altersschwäche und die unbestimmten Todesursachen. Dagegen war von 1937 zu 1950 ein Ansteigen der durchschnittlichen Sterbeziffer zu beobachten bei Krebs und anderen Gewächsen sowie den Krankheiten der

Kreislauforgane, darunter des Herzens. In der Gruppe „Äußere Einwirkungen“ war die Sterbeziffer für die Verunglückungen etwas höher, dagegen die Selbstmordziffer niedriger als vor dem Kriege.

Inwieweit die Entwicklung der Sterbeintensität einzelner Krankheiten durch die Überalterung beeinflusst ist, wird im folgenden bei den einzelnen Krankheitsgruppen näher untersucht.

Einige wichtige Todesursachen

Bei der Errechnung der durchschnittlichen Sterbeziffern wird die Zahl der Sterbefälle einer bestimmten Todesursache zur Gesamtbevölkerung aller Altersklassen in Beziehung gesetzt. Dadurch wird das Ergebnis von der jeweiligen altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung beeinflusst. Das wirkt sich besonders kraß aus bei allen Todesursachen, die überwiegend in einem bestimmten Lebensalter auftreten, wie z. B. Krebs, Hirnblutungen, Kreislaufstörungen und Altersschwäche. Hier wird die tatsächliche Entwicklung überdeckt, wenn der Anteil der überhaupt nicht von einer solchen Krankheit Betroffenen, also hier der jüngeren und mittleren Altersgruppen, sich grundlegend ändert, wie es ja seit der Jahrhundertwende der Fall ist. Bezieht man dagegen die an einer bestimmten Krankheit Gestorbenen nur auf die lebende Bevölkerung in den einzelnen Alters-

Übersicht 8

Die Sterblichkeit an Tuberkulose aller Formen in der Hansestadt Hamburg¹⁾ nach Geschlecht und Altersgruppen 1933, 1939, 1946 — 1950

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	männlich							weiblich						
	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950
0—1	7	5	13	6	1	6	2	5	10	6	6	2	4	2
1—5	17	22	35	21	17	12	5	16	21	22	20	9	15	4
5—15	11	16	23	19	8	8	7	12	17	22	24	15	10	9
15—20	15	15	32	19	26	8	9	29	20	28	16	14	8	5
20—25	55	18	68	59	49	27	12	62	32	29	44	38	23	17
25—30	54	55	30	44	30	21	21	48	42	37	33	42	18	23
30—40	114	121	110	109	75	48	40	95	102	53	67	58	39	21
40—50	87	164	156	149	122	118	78	44	74	43	59	61	52	38
50—60	73	140	166	161	162	114	84	38	46	47	49	38	34	25
60—70	60	99	122	120	126	105	94	41	35	41	41	36	33	29
70 und mehr	27	40	71	62	53	50	58	24	31	28	29	35	40	46
zusammen	520	695	826	769	669	517	410	414	430	356	388	348	276	219
auf 10 000²⁾														
0—1	11,3	3,6	15,0	6,8	1,1	6,5	2,2	8,7	7,4	7,4	7,2	2,3	4,7	2,3
1—5	6,1	4,2	9,3	5,6	4,6	3,1	1,3	6,0	4,3	6,1	5,6	2,6	4,2	1,1
5—15	1,5	1,6	2,4	1,9	0,8	0,7	0,6	1,6	1,8	2,4	2,5	1,5	0,9	0,8
15—20	4,7	2,6	7,7	4,5	6,0	1,9	2,1	8,5	3,4	6,6	3,8	3,4	2,0	1,2
20—25	10,7	5,0	21,1	16,7	11,4	5,5	2,3	10,8	7,1	5,6	8,6	7,3	4,4	3,2
25—30	9,3	7,6	10,2	13,2	7,3	4,4	4,2	7,7	5,5	8,1	6,6	7,5	3,0	3,6
30—40	11,1	7,7	12,7	12,6	8,5	5,4	4,4	7,8	6,2	4,4	5,7	5,1	3,5	1,9
40—50	9,8	13,8	13,7	12,7	9,8	9,3	6,0	4,3	4,9	3,2	4,3	4,4	3,7	2,6
50—60	9,8	13,3	17,8	17,1	16,7	11,6	8,4	5,0	4,0	4,1	4,1	3,1	2,7	1,9
60—70	13,5	13,7	17,7	17,2	17,5	14,3	12,5	8,6	4,5	5,5	5,4	4,5	4,0	3,4
70 und mehr	13,5	10,7	20,9	18,0	14,2	12,5	13,8	8,3	6,5	6,4	6,4	7,1	7,6	8,3
zusammen	8,9	8,5	12,9	11,7	9,6	7,1	5,5	6,5	4,8	4,7	5,0	4,4	3,4	2,6

¹⁾ Ab 1939 Groß-Hamburg; 1933 Hamburgisches Staatsgebiet

²⁾ Auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe berechnet

gruppen, aus der sie stammen, erst dann kommt man zu Erkenntnissen. Das soll im folgenden an den Ergebnissen für einige wichtige Todesursachen nachgewiesen werden:

In der Gruppe der „übertragbaren Krankheiten“, deren Häufigkeit in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist, haben die Sterbefälle an Tuberkulose das größte Gewicht. Diese Volkskrankheit, von der beide Geschlechter in jedem Lebensalter betroffen werden, **hat in fast allen Altersgruppen beider Geschlechter im Jahre 1950 den bisher überhaupt niedrigsten Stand erreicht.** Besonders hervorzuheben ist der starke Rückgang der Tbc-Sterbeziffer bei den 20- bis 25jährigen Männern von 11,1 im Jahre 1933 auf 4,4 im Jahre 1950, also um 60 v. H., und bei den 20- bis 25jährigen Frauen von 10,8 auf 3,2, also um 70 v. H. Nur für die über 70jährigen Männer und Frauen ist die Tbc-Sterbeziffer 1950 etwa gleich hoch wie im Jahre 1933; in allen übrigen Altersgruppen beider Geschlechter liegt sie 1950 jedoch, und z. T. beträchtlich, unter dem Vorkriegsstand. **In den einzelnen Altersgruppen ist im allgemeinen beim männlichen Geschlecht eine etwas höhere Tbc-Sterbeziffer festzustellen als beim weiblichen,** insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren 1946 und 1947 bei den über 20jährigen (Übersicht 8).

Die Zahl der Krebssterbefälle ist bei den unter 30 Jahre alten Personen so gering, daß sie für Schlußfolgerungen nicht ausreicht. Seit jeher steigt die Krebssterbeziffer bei den über 30jährigen beider Geschlechter mit zunehmendem Alter an. Während sie bei den 30- bis 60jährigen Männern stets niedriger liegt als bei den Frauen in den entsprechenden Altersgruppen, ist die Krebssterblichkeit bei den über 60jährigen unter den Frauen geringer. Nach der durchschnittlichen Sterbeziffer für Krebs ergibt sich für 1950 bei den Männern eine Zunahme um 42 v. H. und bei den Frauen eine Zunahme um 27 v. H. gegenüber 1933. Aus der Entwicklung dieser Durchschnittssterbeziffern läßt sich jedoch nicht feststellen, in welcher Richtung die Krebssterblichkeit tatsächlich verlaufen ist. Auf Grund der errechneten Durchschnittssterbeziffer für Krebs seit dem Jahre 1933 müßte man annehmen, daß die Krebssterblichkeit bei den Frauen seit 1933 stetig von 16,9 bis auf 21,4 im Jahre 1950, also um 27 v. H., angestiegen sei. **Tatsächlich liegen die Verhältnisse jedoch so, daß — im Vergleich zu 1933 — im Jahre 1946 nur bei den 30- bis 50jährigen, im Jahre 1948 nur bei den 40- bis 50jährigen, 1949 nur bei den 30- bis 40jährigen und 1950 nur bei den 30- bis 40- und über 70jährigen Frauen jeweils eine geringe Zunahme von etwa 5 bis 11 v. H. eingetreten ist. In allen übrigen Altersklassen dagegen ist die Krebssterblichkeit zurückgegangen.**

Unter den Männern tritt Krebs als Todesursache nur in den Altersgruppen der 40- bis 60jährigen in allen Vergleichsjahren und bei den 60- bis 70jährigen in den Jahren 1949 und 1950 häufiger auf als im Jahre 1933; in allen übrigen Altersgruppen jedoch ist die Sterblichkeit an Krebs gegen-

über 1933 zurückgegangen. Auch hier täuscht also die durchschnittliche Sterbeziffer eine Entwicklung vor, die erfreulicherweise nicht bestätigt wird.

Dies ist das Ergebnis, wenn man annimmt, daß in den früheren Vergleichsjahren Krebs in gleicher Weise als Todesursache erkannt worden wäre wie heute. Da aber zweifellos auch in den Gruppen „Altersschwäche“ und „unbestimmte Todesursachen“ mehr oder weniger Krebssterbefälle verborgen gewesen sind, wird die leichte Zunahme der Krebssterblichkeit in einigen Altersklassen seit 1933 in Wirklichkeit noch geringer gewesen sein, als die Vergleichszahlen erkennen lassen (Übersicht 9).

Wegen der geringen Zahl der Sterbefälle an Hirnblutungen in den unteren Altersgruppen vermitteln erst die Zahlen der im Alter von 40 und mehr Jahren Gestorbenen Erkenntnisse. Ebenso wie bei den Sterbefällen an Krebs würde man auch bei den Sterbefällen an Hirnblutungen auf Grund der Entwicklung der durchschnittlichen Sterbeziffern zu falschen Schlußfolgerungen kommen. Danach wäre die Sterblichkeit an Hirnblutungen bei den Frauen von 10,5 im Jahre 1933 auf 14,0 im Jahre 1950, also um 33,3 v. H., gestiegen. Tatsächlich ist aber nur in der Altersgruppe der über 70jährigen Frauen ein leichtes Ansteigen um 6 v. H., in allen übrigen Altersgruppen jedoch ein Rückgang festzustellen. Bei den Männern liegt die Sterbeziffer für Hirnblutungen sogar in sämtlichen Altersgruppen und allen Vergleichsjahren niedriger als im Jahre 1933 (Übersicht 10).

Auch die Herzkrankheiten treten als Todesursache überwiegend erst in höherem Lebensalter häufiger auf. Unter den Männern ist 1950 bei den über 50jährigen, unter den Frauen jedoch erst bei den über 60jährigen eine Zunahme der Sterblichkeit an Herzkrankheiten gegenüber dem Vorkriegsjahr 1933 eingetreten. Auch in den dazwischenliegenden Vergleichsjahren lag die Sterbeziffer für Herzkrankheiten bei den über 50jährigen Männern durchweg höher als 1933, bei den Frauen jedoch vor allem erst im Alter von 70 und mehr Jahren. Während aus der durchschnittlichen Gesamtsterbeziffer für Herzkrankheiten bei den männlichen Personen von 1933 (13,6) auf 1950 (22,3) eine Zunahme von 64 v. H. „errechnet“ wird, ist tatsächlich nur in den Altersgruppen der über 50jährigen überhaupt eine Zunahme eingetreten, und sie liegt nur zwischen 27 v. H. und 31 v. H. Bei den Frauen würde sich bei einem Vergleich der durchschnittlichen Gesamtsterbeziffern 1933 und 1950 eine Zunahme von 39 v. H. ergeben. Tatsächlich hat aber die Sterblichkeit nur bei den 60- bis 70jährigen Frauen um 3 v. H. und bei den über 70jährigen um knapp 20 v. H. zugenommen (Übersicht 11).

Die Zahlen über die an Lungentzündung in der Hansestadt Hamburg Gestorbenen sind in den einzelnen Altersgruppen durchweg so gering, daß sie nicht ausreichen, um die Entwicklung dieser Todesursache aufzuzeigen. Es sei daher hier lediglich festgestellt, daß im Jahre 1950 in den Altersgruppen der über 40jährigen beider

Übersicht 9

**Die Sterblichkeit an Krebs und anderen bösartigen Gewächsen in der Hansestadt Hamburg¹⁾
nach Geschlecht und Altersgruppen 1933, 1939, 1946 — 1950**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	männlich							weiblich						
	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950
0—1	—	—	1	1	1	—	1	—	—	—	1	2	—	—
1—5	4	2	4	4	2	5	3	2	—	4	1	2	1	1
5—15	3	3	3	3	3	6	4	1	3	4	2	4	3	6
15—20	—	2	4	2	5	2	5	2	3	2	1	—	—	1
20—25	5	—	2	1	4	6	4	2	3	—	2	5	4	3
25—30	5	9	3	7	2	1	7	5	12	6	5	8	5	8
30—40	26	31	26	20	22	18	21	58	71	64	42	45	55	57
40—50	56	105	98	125	93	110	117	139	197	197	185	198	176	181
50—60	179	285	247	287	263	322	270	254	339	324	320	343	319	369
60—70	303	457	441	461	429	508	549	290	430	395	439	424	419	484
70 und mehr	309	514	369	454	491	561	633	325	488	440	500	540	585	694
zusammen	890	1 408	1 198	1 365	1 315	1 539	1 614	1 078	1 546	1 436	1 498	1 571	1 567	1 804
auf 10 000²⁾														
0—1	—	—	1,2	1,1	1,1	—	1,1	—	—	—	1,2	2,3	—	—
1—5	1,4	0,4	1,1	1,1	0,5	1,3	0,8	0,8	—	1,1	0,3	0,6	0,3	0,3
5—15	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5	0,3	0,1	0,3	0,4	0,2	0,4	0,3	0,5
15—20	—	0,3	1,0	0,5	1,1	0,5	1,1	0,6	0,5	0,5	0,2	—	—	0,2
20—25	1,0	—	0,6	0,3	0,9	1,2	0,8	0,3	0,7	—	0,4	1,0	0,8	0,6
25—30	0,9	1,2	1,0	2,1	0,5	0,2	1,4	0,8	1,6	1,3	1,0	1,4	0,8	1,2
30—40	2,5	2,0	3,0	2,3	2,5	2,0	2,3	4,8	4,3	5,3	3,6	4,0	5,0	5,1
40—50	6,3	8,9	8,6	10,7	7,5	8,7	9,0	13,7	13,1	14,6	13,6	14,3	12,4	12,4
50—60	24,0	27,0	26,4	30,4	27,1	32,9	27,0	33,1	29,7	28,1	27,1	28,1	25,5	28,5
60—70	68,2	63,0	63,8	66,0	59,5	69,2	73,2	61,0	54,8	53,3	57,8	53,4	50,9	56,3
70 und mehr	154,0	138,0	108,8	131,9	131,3	140,6	150,8	112,6	102,2	99,8	109,8	109,3	111,5	125,0
zusammen	15,3	17,2	18,7	20,7	18,8	21,2	21,7	16,9	17,3	18,8	19,3	19,8	19,2	21,4

1) Ab 1939 Groß-Hamburg; 1933 Hamburgisches Staatsgebiet

2) Auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe berechnet

Übersicht 10

**Die Sterblichkeit an Hirnblutungen in der Hansestadt Hamburg¹⁾
nach Geschlecht und Altersgruppen 1933, 1939, 1946 — 1950**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	männlich							weiblich						
	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950
0—1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1—5	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—
5—15	1	2	1	—	1	1	—	—	—	—	—	1	1	—
15—20	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
20—25	—	—	—	—	1	—	—	2	2	1	1	1	1	1
25—30	—	—	2	—	2	2	2	1	1	2	1	1	2	1
30—40	4	8	3	6	14	9	3	2	2	5	3	5	4	4
40—50	21	17	20	15	10	9	17	25	22	23	15	17	12	20
50—60	72	93	65	51	57	65	75	57	75	70	72	63	66	76
60—70	202	219	183	200	168	192	234	175	205	210	224	180	232	260
70 und mehr	374	405	519	455	368	465	552	404	532	518	620	536	653	824
zusammen	674	744	795	728	621	743	883	666	839	829	937	805	973	1 186
auf 10 000²⁾														
0—1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1—5	—	—	0,3	0,3	—	—	—	—	—	—	—	0,3	0,6	—
5—15	0,1	0,2	0,1	—	0,1	0,1	—	—	—	—	—	0,1	0,1	—
15—20	—	—	0,2	—	—	—	—	—	—	—	0,2	—	—	—
20—25	—	—	—	—	0,2	—	—	0,3	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
25—30	—	—	0,7	—	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,4	0,2	0,2	0,3	0,2
30—40	0,4	0,5	0,3	0,7	1,6	1,0	0,3	0,2	0,1	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
40—50	2,4	1,4	1,8	1,3	0,8	0,7	1,3	2,5	1,5	1,7	1,1	1,2	0,8	1,4
50—60	9,7	8,8	7,0	5,4	5,9	6,6	7,5	7,4	6,6	6,1	6,1	5,2	5,3	5,9
60—70	45,5	30,2	26,5	28,6	23,3	26,2	31,2	36,8	26,1	28,3	29,5	22,7	28,2	30,2
70 und mehr	186,3	108,8	153,0	132,2	98,4	116,6	131,5	140,0	111,4	117,5	136,2	108,4	124,5	148,4
zusammen	11,6	9,1	12,4	11,1	8,9	10,2	11,8	10,5	9,4	10,8	12,1	10,1	11,9	14,0

1) Ab 1939 Groß-Hamburg; 1933 Hamburgisches Staatsgebiet

2) Auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe berechnet

Übersicht 11

**Die Sterblichkeit an Herzkrankheiten in der Hansestadt Hamburg¹⁾
nach Geschlecht und Altersgruppen 1933, 1939, 1946 — 1950**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	männlich							weiblich						
	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950
0—1	2	7	11	8	1	4	4	2	6	9	6	6	—	2
1—5	2	—	6	2	3	1	—	—	2	5	2	2	2	—
5—15	4	4	5	7	—	5	3	3	6	7	2	4	3	3
15—20	3	4	3	3	5	2	3	4	5	7	3	4	3	2
20—25	6	5	5	6	5	2	2	11	6	2	4	5	2	2
25—30	4	11	11	11	3	7	5	14	8	1	5	5	6	1
30—40	30	45	46	34	34	22	19	31	40	20	15	22	10	14
40—50	70	113	77	70	79	91	79	54	79	52	51	56	58	51
50—60	141	269	157	178	144	202	249	115	192	111	131	98	127	167
60—70	230	473	438	381	316	393	493	209	406	262	254	239	273	391
70 und mehr	299	649	934	761	493	562	806	405	776	757	814	615	791	932
zusammen	791	1 580	1 693	1 461	1 083	1 291	1 663	848	1 526	1 233	1 287	1 056	1 275	1 565
auf 10 000²⁾														
0—1	3,2	5,1	12,7	9,1	1,1	4,4	4,4	3,5	4,5	11,0	7,2	6,9	—	2,3
1—5	0,7	—	1,6	0,5	0,8	0,3	—	—	0,4	1,4	0,6	0,6	0,6	—
5—15	0,5	0,4	0,5	0,7	—	0,5	0,3	0,4	0,6	0,8	0,2	0,4	0,3	0,3
15—20	0,9	0,7	0,7	0,7	1,1	0,5	0,7	1,2	0,9	1,7	0,7	1,0	0,7	0,5
20—25	1,2	1,4	1,6	1,7	1,2	0,4	0,4	1,9	1,3	0,4	0,8	1,0	0,4	0,4
25—30	0,7	1,5	3,7	3,3	0,7	1,5	1,0	2,2	1,0	0,2	1,0	0,9	1,0	0,2
30—40	2,9	2,9	5,3	3,9	3,9	2,5	2,1	2,5	2,4	1,7	1,3	1,9	0,9	1,2
40—50	7,9	9,5	6,7	6,0	6,4	7,2	6,1	5,3	5,2	3,9	3,7	4,0	4,1	3,5
50—60	18,9	25,5	16,8	18,9	14,8	20,6	24,9	15,0	16,8	9,6	11,1	8,0	10,1	12,9
60—70	51,8	65,3	63,4	54,5	43,8	53,6	65,7	44,0	51,8	35,3	33,4	30,1	33,2	45,4
70 und mehr	149,0	174,3	275,4	221,1	131,9	140,9	192,1	140,4	162,6	171,7	178,8	124,4	150,8	167,8
zusammen	13,6	19,3	26,4	22,2	15,5	17,8	22,3	13,3	17,1	16,1	16,6	13,3	15,6	18,5

¹⁾ Ab 1939 Groß-Hamburg; 1933 Hamburgisches Staatsgebiet²⁾ Auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe berechnet

Übersicht 12

**Die Sterblichkeit an Lungentzündung in der Hansestadt Hamburg¹⁾
nach Geschlecht und Altersgruppen 1933, 1939, 1946 — 1950**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	männlich							weiblich						
	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950	1933	1939 ¹⁾	1946	1947	1948	1949	1950
0—1	34	83	117	62	62	51	47	22	69	98	53	51	35	36
1—5	10	34	16	14	13	8	6	8	23	21	4	5	2	4
5—15	1	4	1	1	3	1	2	1	6	7	3	1	2	—
15—20	3	5	8	3	1	1	1	—	1	2	2	2	2	—
20—25	1	4	6	3	2	2	—	3	2	2	3	1	1	5
25—30	2	10	2	2	2	3	1	1	7	2	4	1	3	—
30—40	8	24	7	22	8	4	1	5	17	9	8	7	3	1
40—50	14	48	29	40	27	19	14	14	26	16	27	18	7	7
50—60	21	86	64	76	42	32	23	24	54	34	42	23	31	21
60—70	35	140	125	149	68	72	49	35	109	61	79	44	67	47
70 und mehr	97	236	260	299	148	172	134	199	291	229	268	170	211	163
zusammen	226	674	635	671	376	365	278	312	605	481	493	323	364	284
auf 10 000²⁾														
0—1	54,9	60,5	134,7	70,6	65,8	55,6	51,2	38,2	51,4	120,2	63,8	58,5	40,9	41,9
1—5	3,6	6,6	4,3	3,8	3,5	2,1	1,6	3,0	4,7	5,9	1,1	1,4	0,6	1,1
5—15	0,1	0,4	0,1	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1	0,6	0,8	0,3	0,1	0,2	—
15—20	0,9	0,9	1,9	0,7	0,2	0,2	0,2	—	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	—
20—25	0,2	1,1	1,9	0,9	0,5	0,4	—	0,5	0,4	0,4	0,6	0,2	0,2	0,9
25—30	0,3	1,4	0,7	0,6	0,5	0,6	0,2	0,2	0,9	0,4	0,8	0,2	0,5	—
30—40	0,8	1,5	0,8	2,5	0,9	0,4	0,1	0,4	1,0	0,7	0,7	0,6	0,3	0,1
40—50	1,6	4,0	2,5	3,4	2,2	1,5	1,1	1,4	1,7	1,2	2,0	1,3	0,5	0,5
50—60	2,8	8,2	6,8	8,1	4,3	3,3	2,3	3,1	4,7	2,9	3,6	1,9	2,5	1,6
60—70	7,9	19,3	18,1	21,3	9,4	9,8	6,5	7,4	13,9	8,2	10,4	5,5	8,1	5,5
70 und mehr	48,3	63,4	76,7	86,9	39,6	43,1	31,9	69,0	61,0	51,9	58,9	34,4	40,2	29,4
zusammen	3,9	8,2	9,9	10,2	5,4	5,0	3,7	4,9	6,8	6,3	6,4	4,1	4,5	3,4

¹⁾ Ab 1939 Groß-Hamburg; 1933 Hamburgisches Staatsgebiet²⁾ Auf 10 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe berechnet

Geschlechter die Sterbeziffer an Lungenentzündung in allen Altersgruppen niedriger liegt als im Jahre 1933. Sie hat in diesen Altersgruppen den bisher überhaupt niedrigsten Stand seit 1933 erreicht. Die Abnahme gegenüber 1933 ist besonders groß bei den über 70jährigen Personen und hier wiederum unter den Frauen, bei denen die Sterbeziffer an Lungenentzündung im Jahre 1950 sogar um über 57 v. H. niedriger lag als im Jahre 1933.

Bei den Säuglingen beider Geschlechter war die Sterbeziffer für Lungenentzündung in den Vergleichsjahren jedoch höher als 1933, insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren 1946 bis 1948. Sie erreichte in den beiden letzten Jahren 1949 und 1950 für die weiblichen Säuglinge wieder fast den Stand von 1933, für die männlichen Säuglinge wurde 1950 sogar der Stand von 1933 unterschritten (Übersicht 12).

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß „Altersschwäche“ auch, und zwar früher mehr als heute, als Todesursache angegeben wird, wenn für den Arzt die wirkliche Krankheit, die den Tod gerade bei den über 70jährigen herbeigeführt hat, nicht eindeutig festzustellen war, und

daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß sich in dieser Gruppe früher häufiger als heute u. a. auch Krebssterbefälle verborgen haben. Wenn man feststellt, daß z. B. in Hamburg die Sterbeziffer für Altersschwäche bei den über 70jährigen Männern 181,6 im Jahre 1946, bei den Frauen 192,5 im Jahre 1939 betrug, dagegen in den Jahren 1948 bis 1950 bei den Männern zwischen 53 und 62, bei den Frauen zwischen 74 und 85 liegt, so ist eine so starke Abnahme sicherlich nicht nur durch den Rückgang dieser „Todesursache“, sondern auch durch die bessere Diagnostik mit bedingt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Todesursache Altersschwäche z. B. im Lande Niedersachsen in den Jahren 1947 bis 1949 etwa 3- bis 4mal so häufig bei den über 70jährigen vorgekommen sein wird wie in Hamburg. Vielmehr lassen diese großen Unterschiede vermuten, daß in der Großstadt im allgemeinen die wirkliche Todesursache besser erkannt wird als auf dem Lande und daher hier die auch als Verlegenheitsdiagnose gewählte Gruppe „Altersschwäche“ immer mehr durch Erkennen der wahren Todesursachen ersetzt wird. Durchweg erscheint Altersschwäche als Todesursache häufiger bei Frauen als bei Männern (Übersicht 13).

Übersicht 13

Die Sterblichkeit an Altersschwäche in der Hansestadt Hamburg¹⁾ nach dem Geschlecht 1933, 1939, 1946 — 1950

Altersgruppe	1933		1939		1946		1947		1948		1949		1950	
	Zahl	auf 10000	Zahl	auf 10000	Zahl	auf 10000	Zahl	auf 10000	Zahl	auf 10000	Zahl	auf 10000	Zahl	auf 10000
männlich														
70 und mehr	179	89,2	574	154,1	616	181,6	429	124,6	197	52,7	248	62,2	261	62,2
weiblich														
70 und mehr	371	128,6	919	192,5	587	133,1	567	124,5	418	84,6	390	74,4	437	78,7

Auf 10 000 = auf 10 000 lebende Männliche bzw. Weibliche im Alter von 70 und mehr Jahren bezogen
¹⁾ Ab 1939 Groß-Hamburg; 1933 Hamburgisches Staatsgebiet

Übersicht 14

Die an unbestimmten Todesursachen¹⁾ Gestorbenen in der Hansestadt Hamburg (1933, 1939, 1946 — 1950)

Jahr	Altersgruppe der Gestorbenen von . . . bis unter . . . Jahren							
	60 - 70				70 und darüber			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	Zahl	auf 10000 ²⁾	Zahl	auf 10000 ²⁾	Zahl	auf 10000 ²⁾	Zahl	auf 10000 ²⁾
1933 ³⁾	68	15,3	55	11,6	70	34,9	103	35,7
1939 ⁴⁾	90	12,4	81	10,3	119	32,0	134	28,1
1946	195	28,2	83	11,2	281	82,8	230	52,2
1947	174	24,9	75	9,9	196	56,9	171	37,6
1948	108	15,0	56	7,1	115	30,8	112	22,7
1949	84	11,4	56	6,8	141	35,3	120	22,9
1950	92	12,3	35	4,1	98	23,4	113	20,4

- ¹⁾ Nr. 199 und 200 des internat. Todesursachenverzeichnisses
²⁾ Auf 10 000 = auf 10 000 Lebende der gleichen Altersgruppe berechnet
³⁾ Hamburgisches Staatsgebiet
⁴⁾ Ab 1939 Groß-Hamburg

Da es dem Arzt in Einzelfällen ohne Obduktion nicht möglich ist, die Ursache, die den Tod unmittelbar herbeigeführt hat, festzustellen, insbesondere, wenn er den Gestorbenen vorher nicht behandelt hat, muß es in der Sterbestatistik für diese Fälle eine Gruppe „unbestimmte Todesursachen“ geben. In dieser Gruppe dürften also nur wenige Sterbefälle gezählt werden. Nun zeigt sich aber, daß die Höhe der Sterbeziffern dieser Gruppe in den einzelnen Jahren teilweise beträchtlich voneinander abweicht. Sie liegen durchweg in den Jahren 1946 und 1947 am höchsten, und der stetige Rückgang, der seit 1933 in dieser Gruppe

festzustellen war, setzt sich erst wieder seit dem Jahre 1948 fort. Wenn z. B. im Jahre 1933 von rd. 25 000 lebenden Frauen im Alter von 60 bis 70 Jahren 55, im Jahre 1950 aber von rd. 86 000 nur 35 an „unbekannten Todesursachen“ gestorben sein sollen, so deutet diese Entwicklung darauf hin, daß auch dieser Gruppe in früheren Jahren Sterbefälle zugeordnet wurden, bei denen man heute eine bestimmte Todesursache feststellt, so daß damit für gewisse Krankheiten die Vergleichszahlen für frühere Jahre zu niedrig ausgewiesen worden sind (Übersicht 14).

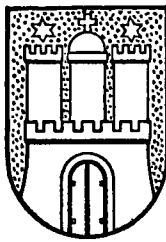
Dr. Heinsohn

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 11. Februar 1952



Jahrgang 1952 — Heft Nr. 6

INHALT: 1. Die Entwicklung der Baukosten in Hamburg
2. Der Wohnungsbau 1951 und der Bauüberhang am 31. Dezember 1951

Die Entwicklung der Baukosten in Hamburg

In dem letzten Bericht über die Baukosten von Oktober 1950 bis April 1951 ist in dieser Zeitschrift (Heft 20, Jahrg. 1951) dargelegt worden, daß der Bau eines Hauses wie des „Indexhauses“ — ein städtisches Reihenhauses mit 6 Wohnungen zu 2 Zimmern mit Kammer, Küche und Abort mit Bad — im Jahre 1936 43 000 RM kostete, aber im April 1951 mit 97 000 DM finanziert werden mußte. Darin prägte sich zugleich die Steigerung der Indexziffer der Baukosten aus, wenn man den Index auf das Jahr 1936 = 100 basiert. Die Indexziffer für April 1951 lautete demnach 225,2. **Das Bauen kostete im Frühjahr 1951 2 $\frac{1}{2}$ mal so viel als im Jahresmittel 1936.**

Inzwischen sind im Juli und im Oktober 1951 die Baukosten statistisch neu erhoben worden; die nächste Erhebung hat das Statistische Bundesamt auf den Februar verschoben; ihre Ergebnisse werden kaum vor Mitte März vorliegen, einem allerdings recht sachdienlichen Termin, weil bald darauf die neue Bausaison beginnt.

Jedoch ist die Entwicklung der Baukosten von Frühjahr bis Herbst 1951 markant genug, um über diese Periode hiermit einen eigenen Bericht zu geben — einen Bericht, der sich auch auf November und Dezember und die erste Januarhälfte erstrecken wird, soweit das Statistische Landesamt über Einzelangaben aus dieser Zeit verfügt.

Das Bauen hat sich wieder verteuert. Am 20. April 1951 war der Baukostenindex, wie schon gesagt, 225,2, am 20. Oktober 1951 war er 244,1; im Juli lag er dazwischen, bei 232,3. Von April auf Juli ist er somit um 3,2 v. H., von Juli auf Oktober

um 5,1 v. H. gestiegen. Vom April ausgehend, ergibt sich bis Oktober eine Steigerung um 8,4 v. H.; also fast genau um ein Zwölftel. **Das Indexmodell, das im April für 97 000 DM zu bauen war, kostete im Juli rd. 100 000 und im Oktober rd. 105 000 DM.**

Von April bis Oktober ist von den Baumaterialien das Bauholz am meisten im Preise gestiegen: Balken um etwa 30 v. H., Fußbodenbretter um 15, Schalbretter für Dachschalung um 24, für Betonschalung um 34 und Dachlatten um 23 v. H. Das nach dem Mengenschema der Indexberechnung in das Modellhaus einzubauende Holz kostete im April 12 836 DM, im Juli 13 148, im Oktober 16 000 DM; **von April bis Oktober hat sich also der Aufwand für Holz im gewogenen Mittel um 24,6 v. H. erhöht.**

Die nächsthöhere Preissteigerung findet sich bei Baueisen: Formeisen ist um etwa 11, Stabeisen um 8 v. H. teurer geworden; der absolute Betrag, der für das Indexhaus aufzuwenden ist, hat sich von 2538 DM im April auf 2782 DM im Oktober erhöht.

Die dem Grade nach folgende Preiserhöhung ist die für Portland-Zement, der sich im Vergleich zum April um 5,6 v. H. verteuert hat. Die Ausgabe für Zement erschien im Indexschema im Oktober mit 1669 gegen 1580 DM im April. Kalk, Gips, Sand und Betonkies haben sich nur unwesentlich, teils nach oben, teils nach unten, im Preise verändert; im Indexschema gewogen, errechnet sich ein Aufwand für diese 4 Materialien von 3480 DM im April und von 3490 DM im Oktober, also eine durchschnittliche Preiserhöhung um nur 0,3 v. H.

Die Ziegeleierzeugnisse, deren Wertanteil an dem gemauerten Haus durch das Bauholz überstuft worden ist, sind im ganzen von April bis Oktober so gut wie **unverändert im Preise** geblieben. Die Indexberechnung nach dem Mengenschema wies als Kostenaufwand für April 12 374, für Oktober 12 335 DM aus. Dabei haben sich die Kalksandsteine um 4 v. H. und die Deckensteine um knapp 8 v. H. im Preise erhöht, wogegen die Hintermauerungssteine um 2 v. H. und die Dachpfannen um 4 v. H. billiger geworden sind; das hat sich im gewogenen Mittel praktisch ausgeglichen.

Alle Baustoffe zusammengenommen führen zu einer Gruppenindexziffer im Oktober 1951 von 289,0 gegen 261,3 im April und 263,7 im Juli 1951 (immer Jahresdurchschnitt 1936 = 100). **Von April bis Oktober beträgt die Verteuerung der Baumaterialien im gewogenen Mittel also 10,6 v. H.** Den Ausschlag haben die Holzpreise gegeben.

Das Verhältnis der absoluten Zahlen untereinander möge das noch weiter verdeutlichen:

Aufwand für Baustoffe zum Bau des „Indexhauses“:

	April 1951		Oktober 1951	
	DM	v. H.	DM	v. H.
Mauersteine und Dachziegel	12 374	37,7	12 336	34,0
Zement	1 580	4,8	1 669	4,6
Kalk, Sand, Gips, Kies . . .	3 480	10,6	3 490	9,6
Bauholz	12 836	39,1	16 001	44,1
Baueisen	2 538	7,8	2 783	7,7
	32 808	100	36 279	100

Das Bauholz hat danach am Steinhaus einen um 30 v. H. höheren Wertanteil als die Mauersteine nebst Dachpfannen. 1936 war bei gleichen Mengen die Ausgabe für Holz um 20 v. H. niedriger als die für Ziegel, es lag also umgekehrt.

Die **Erdabfuhr** nach Ausschachtung des Baugrundes, ein weiterer, wenn auch nur kleiner Kostenfaktor in der Baukalkulation, hat sich von April bis Oktober um 13,5 v. H. verteuert.

Für die **Ausstattung des Rohbaus** zum bezugsfertigen Haus ist etwa halb so viel aufzuwenden wie für den Rohbau. Für das Indexhaus waren für den Ausbau im Jahresdurchschnitt 1936 13 600 RM erforderlich, dagegen im April 1951 29 000, im Juli 29 900 und im Oktober 1951 31 200 DM. Die Kosten sind also im Vergleich zu 1936 bis April 1951 um 112, bis Oktober um 129 v. H. gestiegen, gegen 145 v. H. beim Rohbau.

Von April bis Oktober 1951 beläuft sich die Verteuerung der Ausbauarbeiten auf 7,7 v. H. Dies im gewogenen Durchschnitt zahlreicher Positionen „fertiger Einzelarbeiten“. Unter ihnen haben am meisten Gewicht die Leistungen der Tischler (Lieferung und Einbau von Geschoßtreppen, Fenstern und Türen), die etwa 30 v. H. der Ausbaukosten ausmachen; die Tischlerarbeiten sind von April bis Oktober um durchschnittlich 7 v. H. teurer geworden. Bei den Klempner- und Mechanikerarbeiten, die (wenn auch Badeeinrichtungen eingebaut werden) zu einem Viertel an den Ausbaukosten beteiligt sind, ergibt sich im gewogenen Durchschnitt eine Verteuerung um 7,5 v. H.; bei den einzelnen Objekten liegt es unterschiedlich: um 9—10 v. H. verteuert haben sich Wasserleitungsrohre und Ausgußbecken, um gut 8 v. H. Zinkblechbelag, Abflußrohre und Badeeinrichtung, jedoch um nur 2 v. H. die Aborteinrichtung (entscheidend ist im allgemeinen, welches Material benötigt wird). Die **Elektrotechniker** berechneten im Oktober knapp 5 v. H. mehr und die **Maler** für Leimfarbenanstrich 13 und für Ölfarbenanstrich zwischen 6 und 9 v. H. mehr als im April. Am meisten sind Kachelöfen im Preis gestiegen; die Rechnungen der **Töpfer** waren im Oktober um 15 v. H. höher als im April. Unverändert im Preis ist die **Verglasung** geblieben.

Das Indexschema faßt in der nächsten Gruppe die vom Bauunternehmer zu zahlenden **Löhne und Gehälter**, die sozialen Aufwendungen, die Geschäftskosten und Betriebssteuern und den **Wagnis- und Gewinnzuschlag** zusammen. Hier werden insbesondere die Löhne der Maurer, Zimmerer, Gipser, Dachdecker und der Bauhilfsarbeiter verrechnet, also die eigentlichen Bauarbeiterlöhne (zum Unterschied von den Löhnen der Tischler, Klempner, Maler usw., die in den Preisen der eben besprochenen handwerklichen Einzelarbeiten enthalten sind).

Von April auf Juli 1951 hat sich der Index dieser Gruppe von 185,3 auf 196,3, also um 5,9 v. H. erhöht, von Juli bis Oktober hat er sich nicht weiter verändert. Die Steigerung von April auf Juli ist durch eine **Erhöhung der Tariflöhne**, die vom 15. Juni an wirksam wurde, ausgelöst worden. Es haben sich erhöht die Stundenlöhne der

Maurer	von 1,66 auf 1,86 DM
Gipser	von 1,91 auf 2,14 DM
Zimmerer	von 1,68 auf 1,86 DM
Bauhilfsarbeiter	von 1,41 auf 1,58 DM
Dachdecker	von 1,83 auf 1,98 DM
Dachdecker-Hilfsarbeiter	von 1,41 auf 1,67 DM
Poliere (ab 1. 5. 51)	von 2,20 auf 2,36 DM

Für das Indexhaus sind in der Indexberechnung die Arbeitsstunden und damit die Tariflöhne wie folgt in Ansatz gebracht:

	Arbeitsstunden	tarifliche Lohnsumme	
		April 1951	Juli 1951
		DM	
Maurer	4 000	6 640	7 440
Gipser	800	1 528	1 712
Zimmerer	1 200	2 016	2 232
Bauhilfsarbeiter	3 400	4 794	5 372
Dachdecker	950	274,50	297
Dachdecker-Hilfsarbeit.	100	141	167
Polier	300	660	708
		16 053,50	17 928

Im gewogenen Mittel des Indexschemas betrug die Lohnerhöhung somit 11,7 v. H. Wenn sich dennoch die Indexziffer der Gruppe Löhne + Unkosten + Verdienst nur um 5,9 v. H. erhöht hat, so ist dies darin begründet, daß im April 1951 noch ein Zuschlag für Minderleistung in Höhe von 5 v. H. kalkuliert worden ist, der aus der Zeit der Ernährungsnot und der vielen Berufsumschulungen stammte; er ist seit Juli fallengelassen.

Die lohnbedingten Zuschläge für soziale Leistungen, anteilige Gehälter, Bürokosten usw. belaufen sich in der Indexberechnung auf etwa 50 v. H., die allgemeinen Geschäftsunkosten auf 10 v. H.; für Wagnis und Gewinn sind 6 v. H., für Umsatzsteuer 4 v. H. in Ansatz gebracht. Alles in allem wird nach dem Indexschema hierfür mit einem Aufschlag von durchweg 72 v. H. auf die tariflichen Stundenlöhne gerechnet. Die Indexgruppe Löhne + Unkosten + Verdienst mündete im April 1951 mit 29 180 DM, im Juli und Oktober mit 30 900 DM aus.

Die Kosten für Planung und Bauleitung wie auch die baupolizeilichen Gebühren werden üblicherweise prozentual auf die Baukosten im engeren Sinne bezogen; die Planungs- und Bauleitungskosten werden mit 7,2 v. H., die baupolizeilichen Gebühren mit 0,5 v. H. der Rohbau- und Ausbaukosten berechnet. Sie verändern sich also in dem gleichem Maße, wie sich die Preise der Baustoffe, der fertigen Einzelarbeiten und die Löhne verändern.

Zinsen für Baugeld werden nur für den zur Herstellung des Hauses erforderlichen kurzfristigen Kredit in den Index eingerechnet. Der Kredit ist auf 40 v. H. der Bausumme für 6 Monate veranschlagt, und zwar zu einem Zinssatz von 12 v. H. p. a. Der Zinssatz ist von April bis Oktober 1951 der gleiche geblieben. Da sich aber die Bausumme erhöht hat, sind auch die Zinskosten entsprechend gestiegen.

Das **Schlußergebnis** war bereits vorweggenommen: von April bis Oktober 1951 hat sich die Indexziffer der Baukosten im Wohnungsbau um 8,4 v. H.

erhöht. Sie lag, wie ebenfalls schon gesagt, im Oktober 1951 um rd. 144 v. H. über dem Preisstand von 1936.

Um Vergleiche noch weiter zurück zu ermöglichen, hat das Statistische Landesamt die Berechnungen auch auf der **Basis 1928/30** und auf der **Basis 1913** durchgeführt. Gegenüber dem Preisstand im Durchschnitt der Jahre 1928/30 lagen die Baukosten im Oktober 1951 um 83,6 v. H., gegenüber dem Preisstand im Jahre 1913 um 221,7 v. H. höher. **Das Bauen war also im Herbst 1951 in Hamburg 3,2mal so teuer als vor dem ersten Weltkrieg.**

Was hat sich noch seit Oktober verändert? In methodischer Form kann dies nicht gesagt werden, weil die nächste Preiserhebung erst im Februar sein wird. Nach einzelnen Informationen, die das Statistische Landesamt bis Mitte Januar erhalten hat, scheint, im ganzen betrachtet, die Aufwärtsbewegung der Baukosten sich wohl verlangsamt zu haben, aber noch nicht zum Stillstand gekommen zu sein.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage am Bauholzmarkt beruhigt, und auch die Baustoffe aus Erden haben sich im Preise nicht nennenswert verändert. Für Form- und Stabeisen war Mitte Januar bei steigender Tendenz etwa 5 v. H. mehr zu zahlen als im Oktober. Vor allem scheinen sich aber im Ausbaugewerbe die Preiserhöhungen für Holz, Metall und andere Materialien jetzt verstärkt auszuwirken. Fast alle „fertigen Einzelarbeiten“ haben sich weiter verteuert: Gasrohr, Wasserrohr um etwa 4 v. H., Abortbecken, Badeeinrichtung, Ausgußbecken um 4—5 v. H., die Elektrotechnikerarbeiten um 2, die Töpferarbeiten um 3 v. H. Die Maler berechnen für Ölfarbenanstrich 5, für Leimfarbenanstrich 2 bis 3 v. H. mehr. Für Tapezieren wird etwa 10 v. H. mehr in Rechnung gestellt. Die Stundenlöhne der Facharbeiter und Hilfsarbeiter im Baugewerbe sind ab 1. Dezember 1951 um 3 Pf erhöht worden, z. B. der Maurerlohn von 1,86 auf 1,89, der Bauhilfsarbeiterlohn von 1,58 auf 1,61 DM. Die Erhöhung von 1½ — 2 v. H. überträgt sich auf die Positionen, die prozentual auf die Löhne bezogen werden (Unkosten + Verdienst), und auf die Kosten der Planung und Bauleitung, die baupolizeilichen Gebühren und die Zinskosten, da diesen Kostenelementen die Bausumme, zu denen auch die Lohnsumme gehört, zugrundegelegt wird.

Das Statistische Landesamt glaubt danach annehmen zu dürfen, daß eine **Baukosten-Indexziffer für Januar 1952 noch um etwa 2 v. H. höher liegen würde als der letzte Oktober-Index.**

Dr. Urban/Jüterbock

Übersicht 1

Die Preise wichtiger Baustoffe und handwerklicher Bauarbeiten in Hamburg

Waren und Leistungen	Mengen- einheit	1936	1950	1951			Veränderung Oktober 1951 gegen			
		Jahres- durch- schnitt	Oktober	April	Juli	Oktober	Juli 1951	April 1951	Oktober 1950	Durch- schnitt 1936
		RM	DM	DM	DM	DM	v. H.			
I. Baustoffe z. Verarbeitung										
Hintermauerungssteine	1000 St.	34,55	73,70	83,90	82,60	82,05	÷ 0,7	÷ 2,2	+11,3	+137,5
Kalksandsteine	1000 St.	24,30	54,20	58,75	60,80	61,20	+ 0,7	+ 4,2	+12,9	+151,9
Deckensteine	1000 St.	63,40	183,40	201,65	201,65	205,00	+ 1,7	+ 1,7	+11,8	+223,3
Hydraulischer Kalk	1 t	27,00	59,50	68,50	68,50	69,50	+ 1,5	+ 1,5	+16,8	+157,4
Stückerkalk	1 t	33,50	52,50	57,50	57,50	57,50	—	—	+ 9,5	+ 71,6
Portland-Zement	1 t	37,00	59,50	79,00	79,20	83,45	+ 5,4	+ 5,6	+40,3	+125,5
Baugips	1 t	34,00	55,50	70,50	69,00	69,00	—	÷ 2,1	+24,3	+102,9
Mauersand	1 cbm	4,15	6,85	7,30	7,35	7,35	—	+ 0,7	+ 7,3	+ 77,1
Betonkies	1 cbm	7,45	11,35	12,20	12,10	12,10	—	÷ 0,8	+ 6,6	+ 62,4
Balken, Kantholz	1 cbm	60,65	150,40	180,00	183,75	234,60	+27,7	+30,3	+56,0	+286,8
Fußbodenbretter	1 qm	2,30	6,10	7,75	7,95	8,90	+11,9	+14,8	+45,9	+287,0
Sockelleisten	1 m	0,21	0,51	0,65	0,67	0,72	+ 7,5	+10,8	+41,2	+242,9
Schalbretter für										
Dachschalung	1 cbm	45,00	163,45	219,30	225,75	272,20	+20,6	+24,1	+66,5	+504,9
Betonschalung	1 cbm	45,00	130,10	158,65	164,70	212,00	+28,7	+33,6	+63,0	+371,7
Dachlatten	1 m	0,15	0,40	0,47	0,48	0,58	+20,8	+23,4	+45,0	+286,7
Formeisen	1 t	188,00	429,00	476,00	476,00	527,50	+10,8	+10,8	+23,0	+180,6
Stabeisen	1 t	193,50	487,50	555,00	555,00	600,00	+ 8,1	+ 8,1	+23,1	+210,1
Dachpfannen	1000 St.	108,85	234,85	260,35	252,95	248,65	÷ 1,7	÷ 4,5	+ 5,9	+128,4
First- und Gratziegel	100 St.	42,60	70,15	76,94	77,46	76,84	÷ 0,8	÷ 0,1	+ 9,5	+ 80,4
II. Erdabfuhr	1 cbm	1,50	4,75	4,80	5,20	5,45	+ 4,8	+13,5	+14,7	+263,3
III. Fertige Einzelarbeiten										
Dachrinne	1 m	4,45	12,10	13,35	13,60	14,25	+ 4,8	+ 6,7	+17,8	+220,2
Regenabfallrohr	1 m	2,85	8,70	9,40	9,65	9,90	+ 2,6	+ 5,3	+13,8	+247,4
Zinkblechbelag	1 qm	7,55	25,65	27,05	27,80	29,30	+ 5,4	+ 8,3	+14,2	+288,1
Abflußrohr	1 m	8,30	17,00	20,00	20,55	21,65	+ 5,4	+ 8,3	+27,4	+160,8
Wasserleitungsrohr	1 m	3,25	6,00	7,10	7,45	7,80	+ 4,7	+ 9,9	+30,0	+140,0
Wasserhähne	1 St.	2,10	5,25	7,15	7,15	7,15	—	—	+36,2	+240,5
Gasrohr	1 m	3,40	6,95	7,95	8,15	8,40	+ 3,1	+ 5,7	+20,9	+147,1
Elektrische Brennstelle	1 St.	5,80	13,25	15,00	15,55	15,70	+ 1,0	+ 4,7	+18,5	+170,7
Aborteinrichtung	1 St.	46,90	102,00	114,25	114,45	116,60	+ 1,9	+ 2,1	+14,3	+148,6
Badeeinrichtung	1 St.	226,20	509,35	596,30	611,95	645,50	+ 5,5	+ 8,3	+26,7	+185,4
Ausgußbecken	1 St.	25,10	53,35	62,00	64,50	67,60	+ 4,8	+ 9,0	+26,7	+169,3
Küchenherde	1 St.	68,00	122,35	134,40	137,05	145,55	+ 6,2	+ 8,3	+19,0	+114,0
Kachel-Zimmeröfen	1 St.	103,60	170,10	179,35	184,60	212,40	+15,1	+18,4	+24,9	+105,0
Eiserne Zimmeröfen	1 St.	45,00	74,15	84,15	87,15	96,95	+11,2	+15,2	+30,7	+115,4
Geschoßtreppen	1 Steig.	13,80	28,95	35,10	36,35	38,50	+ 5,9	+ 9,7	+33,0	+179,0
Fenster mit Beschlag	1 St.	45,97	88,05	98,00	99,10	104,80	+ 5,8	+ 6,9	+19,0	+128,0
Türen	1 St.	36,25	68,10	74,95	76,75	79,25	+ 3,3	+ 5,7	+16,4	+118,6
Verglasung	1 qm	4,35	5,95	6,10	6,05	6,10	+ 0,8	—	+ 2,5	+ 40,2
Anstrich mit Leimfarbe	1 qm	0,20	0,34	0,37	0,40	0,42	+ 5,0	+13,5	+23,5	+110,0
Anstrich mit Ölfarbe										
auf Putz	1 qm	0,75	1,10	1,25	1,35	1,37	+ 1,5	+ 9,6	+24,5	+ 82,7
Anstrich mit Ölfarbe										
auf innere Holzfl.	1 qm	1,29	2,25	2,55	2,65	2,70	+ 1,9	+ 5,9	+20,0	+109,3
Anstrich mit Ölfarbe										
auf äußere Holzfl.	1 qm	1,41	2,25	2,55	2,70	2,75	+ 1,9	+ 7,8	+22,2	+ 95,0
Anstrich a. Holzfußboden	1 qm	0,70	1,60	1,85	1,95	2,00	+ 2,6	+ 8,1	+25,0	+185,7
Tapeten auf Makulatur	1 Rolle	1,79	4,34	4,74	4,74	4,84	+ 2,1	+ 2,1	+11,5	+170,4
Linoleumbelag	1 qm	4,85	10,90	10,97	12,16	12,21	+ 0,4	+11,3	+12,0	+151,8

Übersicht 2

Die Entwicklung der Baukosten des „Indexhauses“ in Hamburg

Waren und Leistungen	1936	1950	1951			Veränderung Oktober 1951 gegen			
	Jahres- durchschnitt 1936	Oktober	April	Juli	Oktober	Juli 1951	April 1951	Oktober 1950	Durch- schnitt 1936
	RM	DM	DM	DM	DM	v. H.			
I. Baustoffe, frei Bau . . .	12 554,45	28 131,58	32 807,44	33 108,06	36 278,46	+ 9,6	+10,6	+29,0	+189,0
darunter:									
Mauersteine	2 764,00	5 896,00	6 712,00	6 608,00	6 564,00	÷ 0,7	÷ 2,2	+11,3	+137,5
Kalk	726,00	1 344,00	1 512,00	1 512,00	1 524,00	+ 0,8	+ 0,8	+13,4	+109,9
Zement	740,00	1 190,00	1 580,00	1 584,00	1 669,00	+ 5,4	+ 5,6	+40,3	+125,5
Schnittholz, Balken	2 062,10	5 113,60	6 120,00	6 247,50	7 976,40	+27,7	+30,3	+56,0	+286,8
Baueisen	951,00	2 262,00	2 538,00	2 538,00	2 782,50	+ 9,6	+ 9,6	+23,0	+192,6
Dachziegel	489,80	1 056,82	1 171,57	1 138,28	1 118,93	÷ 1,7	÷ 4,5	+ 5,9	+128,4
II. Erdabfuhr	255,00	807,50	816,00	884,00	926,50	+ 4,8	+13,5	+14,7	+263,3
III. Handwerkerarbeiten . . .	11 393,40	22 539,25	25 346,65	26 059,00	27 446,10	+ 5,3	+ 8,3	+21,8	+140,9
darunter:									
Klempnerarbeiten	1 557,60	3 573,65	4 079,35	4 197,60	4 392,40	+ 4,6	+ 7,7	+22,9	+182,0
Sanitäre Installationen	1 814,30	4 041,55	4 697,30	4 809,90	5 045,80	+ 4,9	+ 7,4	+24,8	+178,1
Elektr. Installationen	266,80	609,50	690,00	715,30	722,20	+ 1,0	+ 4,7	+18,5	+170,7
Ofensetzerarbeiten	1 921,20	3 220,20	3 463,50	3 560,40	4 003,80	+12,5	+15,6	+24,3	+108,4
Bautischlerarbeiten	3 929,70	7 601,55	8 577,10	8 763,70	9 182,90	+ 4,8	+ 7,1	+20,8	+133,7
Glaserarbeiten	348,00	476,00	488,00	484,00	488,00	+ 0,8	—	+ 2,5	+ 40,2
Malerarbeiten	1 195,50	2 169,00	2 453,50	2 594,50	2 663,90	+ 2,7	+ 8,6	+22,8	+122,8
Tapéziererarbeiten	214,80	520,80	568,80	568,80	580,80	+ 2,1	+ 2,1	+11,5	+170,4
IV. Löhne einschl. Zuschlag f. Unkosten u. Verdienst	15 743,00	29 400,00	29 179,50	30 900,00	30 900,00	—	+ 5,9	+ 5,1	+ 96,3
darunter:									
Tariflöhne und Lohn- nebenkosten (einschl. Minderleistung)	10 600,00	16 960,10	16 980,10	17 957,00	17 957,00	—	+ 5,8	+ 5,9	+ 69,4
Minderleistung	—, —	1 400,00	1 389,50	—, —	—, —				
V. Baukosten (Summe I-IV)	39 945,85	80 878,33	88 149,59	90 951,06	95 551,06	+ 5,1	+ 8,4	+18,1	+139,2
VI. Planung u. Bauleitung . . .	2 596,48	5 823,24	6 346,77	6 548,48	6 879,68	+ 5,1	+ 8,4	+18,1	+165,0
VII. Baupolizeilich. Gebühren	159,78	404,39	440,75	454,76	477,76	+ 5,1	+ 8,4	+18,1	+199,0
VIII. Zinsen für Baugeld des Bauherrn	399,46	1 617,57	2 115,59	2 182,83	2 293,23	+ 5,1	+ 8,4	+41,8	+474,1
IX. Gesamtbaukosten	43 101,57	88 723,53	97 052,70	100 137,13	105 201,73	+ 5,1	+ 8,4	+18,6	+144,1

Übersicht 3

Die Indexziffern der Baukosten im Wohnungsbau

1. Für Hamburg (Basis: 1936 = 100)

Indexgruppe	Ø 1936	Oktober 1949	1 9 5 0				1 9 5 1			
			Januar	April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober
1. Baustoffe, frei Bau	100	232,1	227,4	222,2	217,6	224,1	244,8	261,3	263,7	289,0
2. Erdabfuhr	100	346,7	326,7	326,7	320,0	316,7	316,7	320,0	346,7	363,3
3. Fertige Einzelarbeiten	100	215,0	209,7	199,5	194,5	197,8	209,8	222,5	228,7	240,9
4. Löhne + Unkosten + Verdienst	100	180,4	180,3	180,3	180,3	186,7	185,3	185,3	196,3	196,3
5. Baukostensumme (I—IV)	100	207,6	204,4	199,9	196,9	202,5	211,8	220,7	227,7	239,2
6. Kosten für Planung u. Bauleitung	100	229,9	226,4	221,4	218,2	224,3	234,6	244,4	252,2	265,0
7. Baupolizeiliche Gebühren	100	259,5	255,5	249,9	246,2	253,1	264,8	275,8	284,6	299,0
8. Zinsen für Baugeld des Bauherrn	100	415,2	408,8	399,8	393,9	404,9	423,6	529,6	546,4	574,1
9. Gesamtindex	100	211,1	207,8	203,2	200,2	205,8	215,4	225,2	232,3	244,1

2. Übertragung der Hamburger Entwicklung der Baukosten-Indexziffer seit 1936 auf die Indexziffern mit der Basis 1928/30 = 100 für Hamburg und 1913 = 100 für das Deutsche Reich

Gebiet	Basis	1936	Oktober 1949	1 9 5 0				1 9 5 1			
				Januar	April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober
Hamburg	1928/30=100	75,2	158,7	156,3	152,8	150,6	154,8	162,0	169,4	174,7	183,6
Deutsches Reich	1913=100	131,8	278,2	273,9	267,8	263,9	271,2	283,9	296,8	306,2	321,7

Der Wohnungsbau im Kalenderjahr 1951 und der Wohnungsbau-Überhang am 31. Dezember 1951 in der Hansestadt Hamburg

(Vorläufige Ergebnisse)

Um die interessierten Kreise der Verwaltung und Wirtschaft rechtzeitig über den Bau-erfolg des Jahres 1951 und den Stand der Wohnungsbau-tätigkeit am Jahresende zu unterrichten, werden die Ergebnisse der ersten Auszählung in einem kurzen Bericht bekanntgegeben. Die endgültigen Zahlen werden demnächst in einer ausführlichen Abhandlung veröffentlicht; sie können noch geringfügig von den vorläufigen Zahlen abweichen.

Das Kalenderjahr 1951 schließt mit einem Brutto-zugang von rund **27 000 neuerstellten Wohnungen** ab. **Der Reinzugang** wird nach Abzug der Abgänge durch Abbruch, Brand, Um-, An- und Ausbau auf **etwa 26 000 Wohnungen beziffert**. Das ist das gleiche Ergebnis wie im sogenannten Rekordjahr 1950. Die Befürchtungen, die man am Anfang des Jahres und auch noch in den ersten Monaten hinsichtlich der Baufertigstellung hegte, haben sich demnach nicht bestätigt. Trotzdem darf das erfreuliche Ergebnis aber nicht über die tatsächlichen Verhältnisse im Wohnungsbausektor hinwegtäuschen. Die Bauleistung eines Jahres muß in einem größeren Zusammenhang betrachtet werden, da die Beobachtung einzelner Abschnitte zu Trugschlüssen führen kann. Die Statistik erfaßt die Bauvorhaben deshalb bereits mit den erteilten Baugenehmigungen und verfolgt den Ablauf der Bautätigkeit über die Baubeginne bis zur Baufertigstellung und ermittelt am Ende des Jahres den Bauüberhang. Erst in diesem Zusammenhang kann man sich ein zuverlässiges Bild

über das Baugeschehen und schließlich den Bau-erfolg eines Jahres machen.

Die Auswirkungen der finanziellen und versorgungsmäßigen Schwierigkeiten zeichneten sich im Laufe des Jahres in steigendem Maße ab. Bereits in der ersten Hälfte des Jahres wurden 1313 Wohnungen weniger begonnen und 568 weniger genehmigt als im ersten Halbjahr 1950; diese negative Entwicklung verschärfte sich im weiteren Verlaufe des Jahres immer mehr, so daß in der 2. Hälfte des Jahres 4786 Wohnungen oder 30 v. H. weniger begonnen und 6477 Wohnungen oder 38 v. H. weniger genehmigt wurden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. **Insgesamt sind danach im Kalenderjahr 1951 6099 Wohnungen oder 23 v. H. weniger begonnen und 7045 Wohnungen oder 23 v. H. weniger genehmigt als im Vorjahre.** Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag in einer beachtlichen **Schrumpfung des Bauüberhangs** gegenüber 1950/1951. Durch eine Gegenüberstellung mit den vergleichbaren Zahlen der vorjährigen Überhangserhebung (siehe Übersicht) kommt man zu dem betrüblichen Ergebnis, daß wir mit einem um 3143 Wohnungen oder 18,4 v. H. geringeren Bauüberhang an im Baubefindlichen Wohnungen in das neue Jahr hineingehen als im Vorjahre. Dagegen ist der Überhang an genehmigten Wohnungen, die aber noch nicht begonnen sind, um 2910 oder 34,6 v. H. höher als 1950/51. Diese Zahlen kennzeichnen die wirklichen Verhältnisse, die augenblicklich im Wohnungsbau vorherrschen.

Der Wohnungsbau-Überhang am 31. Dezember 1951
(ohne Wohnungen in Nichtwohngebäuden)

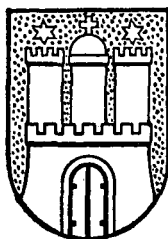
Baumaßnahme	Wohnungen					
	insgesamt		im Bau befindlich		genehmigt aber noch nicht begonnen	
	Ende 1951	Ende 1950	davon bereits unter Dach		Ende 1951	Ende 1950
			Ende 1951	Ende 1950		
Neubau	8 370	7 636	4 563	4 677	5 667	2 658
Wiederaufbau	5 219	9 201	3 169	4 325	5 353	5 640
Wiederherstellung	357	252	220	196	302	114
Um-, An-, Ausbau	219	¹⁾	186	¹⁾	150	¹⁾
Insgesamt	14 165	17 089	8 138	9 198	11 472	8 412

¹⁾ Im Bauüberhang 1950/51 wurden die Um-, An- und Ausbaumaßnahmen nicht berücksichtigt.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 13. Februar 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 7

Die Preise in Hamburg 1938-1951

Am Jahresschluß 1948, 6 Monate nach der Währungsreform, war die Bekleidung um nicht weniger als 225 v. H., der Hausrat um 148, die Ernährung um 78 v. H. teurer als im Jahre 1938. Im Laufe des Jahres 1949 gingen die Preise allmählich zurück, und die Entspannung setzte sich

auch in der ersten Jahreshälfte 1950 fort; dann aber, „seit Korea“, begannen die Preise sich wieder nach oben zu entwickeln.

Die Indexrechnung hat für Hamburg im einzelnen folgende Ergebnisse gebracht:

1938 = 100

Ausgabegruppen	D e z e m b e r				Durchschnitt			
	1948	1949	1950	1951	Juni bis Dez. 1948	Jahr 1949	Jahr 1950	Jahr 1951
Ernährung	178,2	163,7	157,6	184,5	161,8	169,0	156,2	172,8
Genußmittel	325,4	310,3	293,3	292,5	414,6	312,2	303,8	294,1
Miete	100,0	100,0	101,9	103,6	100,0	100,0	101,9	102,3
Heizung und Beleuchtung	152,7	149,1	153,8	162,3	142,1	149,7	149,9	158,3
Bekleidung	325,0	243,8	223,2	238,8	302,8	266,9	225,8	240,4
Reinigung und Körperpflege	156,9	148,9	150,7	162,6	144,7	154,9	146,3	160,4
Bildung und Unterhaltung	141,8	146,3	145,0	155,6	138,7	142,8	143,4	158,2
Hausrat	248,1	200,7	186,8	224,6	242,7	217,1	188,9	212,9
Verkehr	113,2	109,1	115,5	133,5	113,1	110,1	109,5	132,0
Gesamtlebenshaltung	179,6	162,7	157,9	175,1	172,3	168,0	157,2	169,3
Gesamtlebenshaltung ohne Miete	194,6	174,5	168,5	188,6	185,9	180,8	167,6	181,9

Ein wesentliches Merkmal dieser Entwicklung ist das **Aufrücken der Nahrungsmittelpreise**. Ihr Stand wird freilich von dem der Bekleidung und dem des Hausrats noch merklich übertroffen (die Genußmittel scheiden hier aus, weil sie mit hohen Verbrauchssteuern belastet sind), aber der Abstand hat sich seit der Währungsreform nach und nach verringert. **Der Bekleidungsindex überstieg nämlich den Ernährungsindex im 2. Halbjahr 1948 um 87 v. H., im Jahre 1949 um 58, 1950 um 45, 1951 um 39 v. H.** Auch auf den Index für Hausrat bezogen, zeigt sich in etwa dieselbe Tendenz: dieser Index lag in den vier Zeitabschnitten um 50, um 28, um 21 und um 23 v. H. über dem Ernährungsindex.

Als im Jahre 1948 die Währungsreform kam, blieben fast alle wichtigen Nahrungsmittel an amtliche Höchst- und Festpreise gebunden, eine Ausnahme machten nur Obst, Gemüse und Eier. Inzwischen sind die meisten amtlichen Preisregelun-

gen aufgehoben worden. Im Jahre 1951 waren von allen Ernährungsgütern auf der Verbrauchsstufe nur noch Zucker, das sog. Konsumbrot, Backhefe, Butter und Milch preisgebunden.

Nicht alle Nahrungsmittel sind im Laufe der letzten Jahre (1949 bis 1951) teurer geworden. Billiger geworden sind (in Jahresdurchschnitten) **Eier**, die 1949 47 Pf., 1951 24 Pf. (Größe B) kosteten, **Geflügel**, das in der gleichen Zeit um etwa $\frac{1}{3}$ im Preise zurückgegangen ist, **Margarine**, die sich um etwa 10 v. H. und **Käse**, der sich im Durchschnitt der Sorten um rd. 25 v. H. verbilligt hat. Billiger geworden ist die **Marmelade**, ebenfalls um 25 v. H., billiger sind von den Gemüsen **Rotkohl** (1949: 34, 1951: 16 Pf. je $\frac{1}{2}$ kg), **Rosenkohl** (78 : 55), **Palerbsen** (36 : 29), inländische **Tomaten** (91 : 66) und **Äpfel**, die um etwa 40 v. H. im Preise verloren haben. Um 40 v. H. im Preis ermäßigt hat sich auch der **Bienenhonig**.

Wenig verändert (um 3 v. H. erhöht) haben sich von 1949 auf 1951 im Jahresdurchschnitt und im Durchschnitt der Arten und Sorten die Preise für **Fische und Fischwaren**, die Preise für **Zucker und Kunstthong**, die um 2 bis 4 Pf. je ½ kg angezogen haben, und der Preis für **Vollmilch**, der je Liter 1949 um 1 Pf. höher lag als 1951.

Preiserhöhungen, die ins Gewicht fallen, sind von 1949 auf 1951 bei **Brot und Nahrungsmitteln**, bei **Butter**, bei **Kalb- und Hammelfleisch**, ferner bei **Bohnen, Linsen und Trockenfrüchten** zu verzeichnen. **Rindfleisch** war im Jahresdurchschnitt 1951 nur unwesentlich teurer als 1949, ebenso **Schweinefleisch**.

Jahresdurchschnittliche Berechnungen geben jedoch von den Preisverhältnissen im Jahre 1951 oft kein treffendes Bild, weil sie anfängliche Preisenkungen und spätere Preiserhöhungen eibebnen. Es kommt bei manchen Waren vielmehr auf den Preisstand in den letzten Monaten des Jahres an.

Besondere Sorge machten den Hausfrauen im vorigen Jahr die **Fleischpreise**. Schon zu Beginn des Jahres waren **Schweine-, Kalb- und Hammelfleisch** teurer als im Jahr zuvor. **Rindfleisch** war anfangs billiger, stieg aber im Frühjahr über die Vorjahrspreise hinaus und blieb in diesem Abstand bis zum Jahresschluß. Im Dezember 1951 war Rindfleisch in den Läden um 40—60 Pf., Schweinefleisch um etwa 20, Kalbfleisch um 50, Hammelfleisch um reichlich 10 Pf. je ½ kg teurer als im Dezember 1950. Bei Wurstwaren hielt sich die Verteuerung zumeist zwischen 15—30 Pf.

Die Steigerung der Lädenpreise für Fleisch und Fleischwaren ist durch den nachstehend wiedergegebenen Verlauf der Lebendviehpreise am Hamburger Viehmarkt ausgelöst worden.

Viehpreise im Monatsdurchschnitt auf dem Viehmarkt, unter Berücksichtigung aller Marktstage

(Preis in DM für 50 kg Lebendgewicht)

	Ochsen Kl. A.	Schweine Kl. C. 100-120 kg	Kälber Kl. B.	Hammel Kl. B.
1950 Dezember	76,80	126,50	109,60	77,50
1951 Januar	78,80	132,90	104,20	85,70
Februar	75,50	135,20	109,30	97,50
März	78,90	131,20	112,90	101,40
April	82,00	120,40	100,90	101,80
Mai	87,10	109,90	106,60	92,50
Juni	88,40	110,60	110,00	91,80
Juli	83,90	119,90	118,10	90,00
August	80,90	125,30	123,60	91,30
September	80,90	139,70	131,50	90,00
Oktober	87,00	140,40	133,60	91,80
November	92,70	132,10	133,20	89,50
Dezember	99,80	130,50	141,00	91,20

Die Entwicklung der Fleischpreise hat im Berichtsjahr zu der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung wesentlich beigetragen. Im ungewogenen Durchschnitt der einzelnen Fleischstücke (soll heißen: bei einfacher Addition der Preise für Beefsteak, Querrippe usw. oder für Schweinebauch, Schweinesacken usw.) ist **Rindfleisch heute um 128 v. H., Schweinefleisch um 143, Kalbfleisch um 96**

und Hammelfleisch um 105 v. H. teurer als im Jahre 1938. Bei Wurstwaren beträgt der Preisaufstieg, ebenfalls im einfachen Durchschnitt, 94 v. H.

Alles in allem: Die **Fleischnahrung** ist heute weit über doppelt so teuer als vor dem Kriege. In der Skala der Preisumschichtungen seit der Vorkriegszeit steht das Rindfleisch auf gleicher Ebene wie die Oberkleidung, die sich (nach gleicher Berechnungsart) seit 1938 um 123 v. H. gehoben hat. Andere **industrielle Konsumgüter** sind allerdings stärker im Preis gestiegen (Leibwäsche, Hauswäsche, Schuhe, Haushaltswaren), andere aber auch weniger (Möbel und Elektrogeräte), oder sie halten mit der Preiserhöhung für Rindfleisch etwa die Waage (Kohlen und Briketts). Im Vergleich zu den Schweinefleischpreisen haben sich Oberkleidung und Feuerung aber weniger stark im Preise erhöht.

Im Februar 1951 wurden die **Getreidepreise** amtlich erhöht. Das hatte eine Erhöhung der **Brotpreise** um fast 23 v. H. zur Folge. So stieg das Schwarzbrot von 45 auf 57 Pf. (je kg), das Mischbrot von 55 auf 68, das Weizenfeinbrot von 60 auf 73 und das Weizenbrot von 70 auf 83 Pf. Damit die minderbemittelte Bevölkerung dieser einschneidenden Verteuerung ausweichen kann, wurde den Bäckern zur Pflicht gemacht, ein Konsumbrot für 50 Pf. je kg zu führen; der Preis wird durch Subventionen gestützt.

Die Erhöhung der Getreidepreise brachte zwangsläufig eine Erhöhung der **Nahrungsmittelpreise**: Haferflocken stiegen von 47 auf 50, später auf 59, Graupen von 43 auf 45, später auf 50, Nudeln von 57 auf 62, zeitweise auf 66 Pf.

Im Juni 1951 wurde der **Butterpreis** erhöht, von 2,91 auf 3,17 DM je ½ kg. Der **Milchpreis** hingegen blieb in Hamburg bis September unverändert, weil Hamburg eine höhere Preisforderung der Landwirtschaft nicht anerkannte. Im September wurde der Preis für Vollmilch in Hamburg auf Anordnung des Bundesernährungsministers von 34 auf 38 Pf. und der Preis für Magermilch von 14 auf 16 Pf. je Liter erhöht.

Die Reihe der Preiserhöhungen im Jahre 1951 ist damit aber noch nicht beendet. Vor allem ist noch der **Zucker** zu nennen, der nach Erhöhung des Rübenpreises im Oktober 1951 einen um 9 Pf. erhöhten Verbraucherpreis erhalten hat.

Als Massennahrungsmittel ist die **Kartoffel** preispolitisch besonders zu beachten. Als sie im Herbst 1949 aus der Preisbindung entlassen wurde, bildete sich ein Verbraucherpreis (immer für gelbe Sorten) von durchschnittlich 7,2 Pf. im Oktober und 7,6 Pf. im November heraus, für Dezember wurden 8,5 notiert. 1950/51, vom Herbst zum Frühjahr, waren die Preise für Winterkartoffeln meistens niedriger als 1949/50; im Dezember 1950 wurden z. B. nur 7,1 Pf. erreicht gegen 8,5 zwölf Monate zuvor. Seit Herbst 1951 zeigt der Markt ein anderes Bild, weil wegen der gedrückten Preise in der vorangegangenen Saison die Anbaufläche verringert worden war und weil die gestiegenen Schweinepreise einen gesteigerten Anreiz zur Verfütterung der Kartoffeln geben. Speisekartoffeln kosteten in den Läden

(durchschnittlich je $\frac{1}{2}$ kg) im Oktober 1951 8,3, im November 8,6, im Dezember 9,4 Pf. gegen 7,2, 7,2, 7,1 Pf. im vierten Quartal 1950. **Die 1951er Preise sind die höchsten unter den seit der Währungsreform für diese drei Monate verzeichneten.** Es bleibt abzuwarten, wie die Preise bis zum Anschluß an die nächste Frühkartoffelsaison verlaufen.

Die **Gemüsepreise** liegen in den Jahresdurchschnitten 1951 und 1950 im allgemeinen nur wenig auseinander. Es fällt aber stark auf, daß **nach der neuen Ernte der Wintergemüse** die Preise, fühlbar für Erzeuger und Verbraucher, angezogen haben. **Am meisten fällt heute wohl der Möhrenpreis auf** — 23 Pf. wurden in früheren Jahren allenfalls erst im ausgehenden Winter, wenn Einlagerung und Schwund die Gestehungskosten hinaufgesetzt hatten, von den Hausfrauen gefordert.

Bei den **Fischpreisen** errechnet sich durch einfache Addition der Preise von 16 Arten und Sorten 1950/51 ein Preisanstieg im Durchschnitt von etwa 18 v. H.; er schwächt sich auf 12 v. H. ab, wenn man die so gut wie gleichgebliebenen Preise für das Filet vom Frischfisch einbezieht.

Hat aber etwa die Verteuerung von Fleisch in den letzten Monaten des Jahres 1951 stärker auf die Fischpreise gewirkt, als es die Jahresdurchschnitte ausdrücken? Vergleichen wir die Preise von **Dezember zu Dezember** oder zugleich von **November zu November** (bei den schwankenden Fischpreisen darf die Vergleichsbasis nicht zu eng sein), dann zeigt eine solche Einzelbetrachtung, daß in den letzten Monaten des Jahres 1951 die Fischpreise **stärker angezogen haben**, als es nach den Jahresdurchschnitten den Anschein hatte (z. B. sind Kabeljau um 9 statt 5, Seelachs um 9 statt 2, Rotbarsch um 4 statt 1 Pf. je $\frac{1}{2}$ kg gestiegen). Der Absatz hatte sich gefestigt, ein kausaler Zusammenhang mit der Steigerung der Fleischpreise ist nicht von der Hand zu weisen.

Das Niveau der Fischpreise lag Ende 1951 (bei einfacher Durchschnittsrechnung) um etwa 75 v. H. und im Durchschnitt des Jahres 1951 um 56 v. H. über dem durchschnittlichen Preisniveau des Jahres 1938. Die konkurrierende Ware, das Fleisch, hält weit größeren Abstand.

Die **Preisindexziffer** für die Ausgabegruppe **Ernährung** ist im Jahre 1951 anhaltend gestiegen. Sie betrug (1938 = 100) im Januar 160,8, im April 171,5, im Juli 175,3, im Oktober 178,1 und im Dezember 184,5. Die Dezember-Indexziffer von 1950 lautete auf 157,6. In den dazwischen liegenden 12 Monaten hat sich also die Ernährung nach der Wägung im Indexschema um 26,9 Indexpunkte, d. h. um 17,1 v. H. verteuert. In Jahresdurchschnitten gesehen, erscheint die Verteuerung geringer. Aber dem Vergleich von Dezember zu Dezember ist bei der Eigenart des Preisverlaufs der Vorzug zu geben. Auf den neuesten Preisstand kommt es an.

Die Ausgaben für Nahrungsmittel, das zeigt die Statistik der Haushaltsrechnungen, beanspruchen reichlich 50 v. H. des Nettoeinkommens, über das die große Masse der Arbeitnehmer verfügt; in

Haushaltungen mit höheren Einkommen verringert sich der Anteil, bei kleinen und kleinsten Einkommen, wie bei Arbeitslosen, Sozialrentnern und Unterstützungsempfängern geht er wesentlich über den Satz von 50 v. H. hinaus. Die soziale Bedeutung der Nahrungsmittelpreise dürfte rechtfertigen, daß sie in dieser Arbeit ausführlicher behandelt werden als die Preise für den übrigen Lebensbedarf, dem sich die Arbeit jetzt zuwendet.

Zu den Nahrungsmitteln kommen die **Genußmittel**: Bohnenkaffee und echter Tee, Bier, Spirituosen und Tabak. Zwischen Ernährung und Genuß stehen Schokolade und andere Kakao- und Zuckererzeugnisse. Abgesehen von den Süßigkeiten sind alle Genußmittel erheblich mit Verbrauchssteuern belastet; sie bestimmen weitgehend die Preislage. Außerdem kommt es auf die Weltmarktnotierungen für Rohkaffee, Tee, Rohtabak und Rohkakao an.

Die Verbraucherpreise für Kaffee und Tee haben im Laufe des Jahres 1951 weiter angezogen. Im Jahresmittel lagen sie um 7—8 v. H. über dem Preisstand vom Vorjahr. Kaffee war im Dezember 1951 um 600, Tee um rd. 300 v. H. teurer als im Dezember 1938 — Kaffee kostet also das 7fache, Tee das 4fache.

Bier ist, auch infolge der Steuersenkung vom Herbst 1950, im Durchschnitt um 17,5 v. H. billiger geworden; es liegt um gut 70 v. H. über dem Preisstand von 1938. Die Preise für Spirituosen sind im Jahre 1951 im großen ganzen unverändert geblieben. Seit 1948 sind die Spirituosen nach und nach stark im Preise zurückgegangen. Eine 0,7-Liter-Flasche einfacher 38prozentiger Branntwein kostete im Juni 1948 20 DM, im Januar 1949 12,30, im Juni 1949 7,70, im Juni 1950 5,75, im Juni 1951 5,70 DM. Spirituosen sind heute noch um rd. 180 v. H. teurer als vor dem Kriege.

Pfeifentabak ist durch eine steuerliche Vergünstigung in den unteren Preisklassen im Herbst 1951 durchschnittlich um 9 v. H. billiger geworden. **Tabakwaren** kosten heute im allgemeinen noch mehr als das 3fache dessen, was der Raucher vor dem Kriege zu zahlen hatte. Er ist zu einem der besten Steuerzahler geworden.

Von der Unruhe der Preise fast unberührt blieb, weil gesetzlich geregelt, die **Wohnungsmiete**. Verändert hat sie sich nur insofern, als ab Oktober 1951 eine Erhöhung der Sielgebühren von den Mietern übernommen werden mußte. Seitdem beträgt der — freilich nur auf Altbauten bezogene — Index 103,6. Im Jahresmittel 1950 und von Januar bis September 1951 war er 101,9 (immer 1938 = 100).

Gas und Lichtstrom sind 1951 im Preise absolut gleichgeblieben. Anders ist es beim **Hausbrand**: im Jahresmittel 1950 stand die Indexziffer noch auf 171,4, im Jahresmittel 1951 hat sie sich auf 200,5 gehoben. Dabei errechnete sich sogar für November und Dezember eine Ziffer von 214,4, weil Kohlen und Briketts ab November 1951 abermals teurer geworden sind. Von 1950 im Jahresmittel bis zum Jahresschluß 1951 **haben sich Heizung und Beleuchtung insgesamt um rd. 8 v. H. verteuert.**

Die Preise für **Wohnungsausstattung** zogen im Laufe des Jahres langsam, aber mit einer gewissen Stetigkeit an. Im Dezember 1951 lagen Holzmöbel und Metallbetten um etwa 20 v. H., Oberbetten um 25, Auflegematratten um 10 v. H. über dem Preisstand vom Dezember 1950. Damit haben diese Einrichtungsgegenstände Preise erreicht, die im Durchschnitt **reichlich 90 v. H. über den letzten Vorkriegspreisen** liegen.

Diese Preisaufstockung um 90 v. H., so sehr sie bei der Größe der Objekte ins Gewicht fällt, bleibt, verhältnismäßig gesehen, erheblich hinter den Preissteigerungen bei Glas-, Porzellan- und Steingutwaren und metallenen Haus- und Küchengeräten zurück. Diese Gegenstände kosten gegenüber 1938 das 3fache und zum Teil mehr, nachdem sie sich im Laufe des Jahres 1951 weiter verteuert haben. Glas-, Porzellan- und Steingutwaren zogen im Laufe des Jahres 1951 um etwa 17 v. H., Eimer, Wannen, Töpfe usw. um etwa 20 v. H. im Preise an.

Teurer wurden auch **Elektro-Haushaltswaren**; sie lagen im Dezember 1951 um 12 v. H. über dem Preisstand von Dezember 1950 und um 85 v. H. über dem Preisstand von 1938. Teurer wurden **Korbwaren** um 10 v. H. (von Dezember 1950 auf Dezember 1951), **Öfen** um 25 v. H., und der unentbehrliche **Wecker**, der in einfacher Ausführung zum Jahresende 1950 für etwa 5 DM zu haben war, am Jahresende 1951 aber 7 — 8 DM kostete.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Billiger wurden allein die **Glühbirnen**, nämlich um 9,5 v. H.

Die **Preisindexziffer für Hausrat insgesamt** stellte sich im Durchschnitt des Jahres 1951 auf 212,9 gegen 188,9 im Jahresdurchschnitt 1950, ist also, im Jahresmittel betrachtet, um 12,7 v. H. gestiegen. Sie betrug aber im Dezember 1951 224,6 gegen 186,8 im Dezember 1950, hat sich also **von einem zum anderen Jahresschluß um 20,2 v. H. erhöht**.

Wir kommen zum persönlichen Bedarf, zunächst zur **Bekleidung**. Es ist schwer, für die Preisbewegung einen Sammel Ausdruck zu finden. Die **Preisindexziffer**, die im gewogenen Durchschnitt ihres Mengenschemas aussagt, was sich verändert hat, betrug im Jahresmittel 1949 (immer 1938 = 100) 266,9, im Mittel 1950 225,8, im Mittel 1951 240,4. Der Preisstand für Bekleidung, der sich von 1949 auf 1950 gesenkt hatte, hat sich also 1951 wieder gehoben. Er lag aber im Jahresdurchschnitt 1951 noch um 26,5 Indexpunkte oder um 10 v. H. unter der Preisebene 1949. Im Vergleich zu 1950 lag er um 14,6 Punkte oder um 6,5 v. H. höher.

Im Laufe des Jahres 1951 stieg die Ziffer von 227,3 im Januar auf 245,9 im Mai. Von Mai bis Juli veränderte sie sich nicht, **von August bis Dezember ging der Index langsam zurück**. Er lautete im Dezember auf 238,8 gegen 223,2 im Dezember 1950. **Von Dezember auf Dezember** ist der Index um 15,6 Punkte oder **um 7,0 v. H. gestiegen** (gegen 6,5 v. H. beim Vergleich der Jahresdurchschnitte).

Im einzelnen war es folgendermaßen:

Ober- und Unterbekleidung für Herren ist von 1950 auf 1951 durchschnittlich um fast 9 v. H. teurer geworden, **Ober- und Unterbekleidung für**

Damen ist im Preise durchschnittlich so gut wie unverändert geblieben, **Kinderbekleidung** hat sich nur wenig, um 2 v. H., im Preis erhöht.

Schuhwaren kosteten 1951 durchgehend 12,5 und **Schuhreparaturen** 4,6 v. H. mehr als 1950.

Gegenüber dem Jahresmittel 1949, dem ersten vollen Jahr nach der Währungsreform, waren im Jahre 1951 **nur die Schuhwaren teurer** (um 5 v. H.). **Wesentlich billiger** war die **Bekleidung für Frauen** (um 23 v. H.) und die für **Kinder** (um 11 v. H.).

Eine eindeutige Verteuerung liegt bei den **Wirk- und Strickwaren** vor. Der Männerpullover (maschinengestrickt, ohne Ärmel), für den in der Preisstatistik 1950 ein Durchschnittspreis von 14,10 DM ermittelt wurde, kam nach der gleichen Berechnung für 1951 auf 16,00, der Frauenpullover (ebenfalls maschinengestrickt, mit langen Ärmeln) erhöhte sich im Durchschnittspreis von 17,20 auf 21 DM. Die kunstseidenen Damenstrümpfe blieben im Preise fast gleich, Männersocken wurden um etwa 50 Pf. teurer.

Schließlich hat im Laufe des Jahres 1951 auch die **Hauswäsche** im Preise fühlbar angezogen, und zwar um rd. 15 v. H.

Der **Preisindex für Reinigung und Körperpflege** betrug im Jahresmittel 1951 160,4 gegen 146,3 im Mittel 1950, er ist also um 9,6 v. H. gestiegen. In dieser Ausgabegruppe sind bei den meisten Positionen für 1951 höhere Preise registriert worden als für 1950. Die Herrenfriseure haben im April 1951 ihre Preise für Rasieren durchweg um 10, die für Haarschneiden um 20 Pf. erhöht. Im Damensalon ist es aber im allgemeinen bei den früheren Preisen geblieben. Seifen haben sich im Durchschnitt um einige Pfennige je verkaufsbliche Mengeneinheit verteuert, Waschpulver um 5 Pf. je 250 g.

Um 6,8 v. H. hat sich der **Preisindex** für die Ausgabegruppe **Bildung und Unterhaltung** erhöht, von 143,4 auf 152,2, und zwar hängt dies hauptsächlich mit den höheren Papierpreisen zusammen.

Bei den **Verkehrsausgaben** sind die Preise für **Fahrräder** nicht unwesentlich gestiegen. Ein Herrenfahrrad kostete im Dezember 1950 durchschnittlich 148, jetzt 165 DM. Die **Bereifung** ist heute noch um 1 DM teurer als vor einem Jahr, nachdem inzwischen die Preise zeitweilig noch höher gelegen hatten.

Die Bundesbahn hat im Oktober 1951 den Normaltarif in der **Fernfahrt** von 6,0 auf 6,9 Pf. in der 3. Klasse erhöht, die **Arbeiter-Wochenkarte** wurde bereits im Januar 1951 im Preis heraufgesetzt (3,10 auf 4,50 DM).

Die **Straßenbahn** in Hamburg hat im Jahre 1951 ihre am 1. Oktober 1950 eingeführten Tarife nicht verändert. Im Index 1951 kommt die Straßenbahnfahrt aber, zumal nur die Fahrt auf Einzelfahrschein berücksichtigt wird, mit einem höheren Betrage in Ansatz, weil im Jahre 1950 der höhere Einzelfahrtspreis erst ab Oktober gegolten hat.

Der **Preisindex für Verkehr** hat sich, in Jahresdurchschnitten gesehen, von 109,5 im Jahre 1950 auf 132,0 im Jahre 1951 **erhöht, somit um 20,5 v. H.**

Und nun die Zusammenfassung der Indexziffern für die einzelnen Ausgabengruppen zur Preisindexziffer für die gesamte Lebenshaltung:

Von 1950 auf 1951, jeweils im Jahresmittel, hat sich die Indexziffer folgendermaßen entwickelt:

für	
Ernährung	+ 10,6 v. H.
Wohnungsmiete	+ 0,4 v. H.
Heizung und Beleuchtung	+ 5,6 v. H.
Bekleidung	+ 6,5 v. H.
Reinigung und Körperpflege	+ 9,6 v. H.
Bildung und Unterhaltung	+ 6,8 v. H.
Hausrat	+ 12,7 v. H.
Verkehr	+ 20,5 v. H.

Dagegen hat sich die Indexziffer für Genußmittel um 3,2 v. H. ermäßigt.

Für die gesamte Lebenshaltung ergibt sich im Jahresmittel eine Erhöhung der Preisindexziffer um 7,7 v. H., von 157,2 auf 169,3 (1938 = 100); bleibt die Miete außer Ansatz, beträgt die Erhöhung 8,5 v. H.

Im allgemeinen sind die Preise im Jahre 1951 nach und nach gestiegen, der Jahresdurchschnitt spiegelt also insoweit nicht die Verteuerung nach

dem neuesten Stande wider. Deshalb sind in der Arbeit oft Dezember 1950 und Dezember 1951 miteinander verglichen. Von einem zum anderen Jahresschluß hat sich die Indexziffer erhöht:

für	
Ernährung	+ 17,1 v. H.
Wohnungsmiete	+ 1,7 v. H.
Heizung und Beleuchtung	+ 5,5 v. H.
Bekleidung	+ 7,0 v. H.
Reinigung und Körperpflege	+ 7,9 v. H.
Bildung und Unterhaltung	+ 7,3 v. H.
Hausrat	+ 20,2 v. H.
Verkehr	+ 15,6 v. H.
und die Indexziffer für	
Genußmittel	um 0,3 v. H. gesenkt.

Die gesamte Lebenshaltung hat sich von Dezember 1950 auf Dezember 1951 um 10,9 v. H. verteuert; oder um 11,9 v. H., wenn die Miete außer Ansatz bleibt.

Die Indexziffer für die gesamte Lebenshaltung, im Dezember 1951 175,1, erreichte im Januar 1952 176,5. Das ist genau der Indexstand von Januar 1949. Wir sind somit auf die besonders hohe Preisebene vor 3 Jahren wieder zurückgelangt.

Dr. Urban / Scholz

Übersicht 1

Ladenverkaufspreise 1938, 1948 — 1951

Bezeichnung der Waren	Ladenverkaufspreise für ½ kg oder angegebene Menge in Rpf/Dpf									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Brot										
Mischbrot, 1500 g	48	58	69	74	99	83	102	102	102	102
Roggenschrotbrot, 1500 g	36	52	58	61	82	68	85	85	85	85
Weizenfeinbrot, 1500 g	57	81	81	85	107	90	110	110	110	110
Weißbrot, 1000 g	64	58	59	62	81	70	83	83	83	83
Rundstücke, 500 g	36	35	42	45	66	57	68	68	68	68
Milch										
Vollmilch, 1 Liter	23	31	36	33	35	34	34	34	38	38
Entrahmte Frischmilch, 1 Liter	10	20	24	16	15	14	14	14	16	16
Eier										
Deutsche Frischeier, Größe B	12	44	47	23	24	24	21	19,5	26	32
Rindfleisch, I. Qualität										
Querrippe	90	122	197	180	198	184	180	198	200	228
Hochrippe	97	126	201	189	206	190	186	208	209	234
Blatt, Bug ohne Knochen	114	137	223	214	233	216	214	234	237	255
Klufschale	115	146	230	206	224	207	201	220	230	246
Beefsteak	153	192	285	258	281	260	258	281	285	311
Rollfleisch	128	163	252	235	253	236	233	254	257	280
Gulasch	101	134	217	203	220	199	199	220	224	248
Ochsenhack	80	117	200	178	189	179	177	184	192	211
Beefsteakhack	120	147	223	212	230	215	213	227	235	255
Nieren	87	100	168	173	192	182	179	188	192	213
Stückenfleisch	32	39	54	50	53	49	50	52	50	60
Knochen	18	22	27	32	39	35	34	37	38	48
Schweinefleisch										
Schinken mit Knochen	89	113	213	198	228	223	224	205	239	240
Nacken im Stück	95	114	217	208	232	231	226	217	242	242
Karbonade	109	137	235	222	243	240	234	234	258	249
Filet (Mürbebraten)	158	199	294	275	299	291	290	288	313	313
Bauch	82	116	214	197	215	223	216	185	225	234
Hack	95	136	226	219	239	236	234	228	245	250
Leber	133	184	262	251	273	268	263	259	274	297
Frischer fetter Speck	84	—	279	196	211	220	211	188	217	228
Geräucherter fetter Speck	106	—	333	223	237	253	241	211	236	258
Ger. mag. Speck mit Knochen	112	—	329	222	238	249	239	212	240	258
Flomen	89	—	285	193	208	218	212	184	211	227

Bezeichnung der Waren	Ladenverkaufspreise für ½ kg oder angegebene Menge in Rpf/Dpf									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Kalbfleisch, I. Qualität										
Keule mit Knochen	135	145	178	214	253	240	236	244	265	278
Rücken mit Nieren	135	149	179	215	252	239	237	243	264	276
Steak (Schnitzel)	223	258	302	302	349	330	316	340	366	391
Brust, Bauch	110	120	151	185	219	203	202	208	234	241
Frikassee	108	119	152	180	214	199	198	204	225	238
Leber	193	244	267	271	304	297	276	298	308	339
Knochen	15	16	18	26	31	27	30	29	28	38
Hammelfleisch, I. Qualität										
Keule mit Knochen	115	136	193	189	224	197	227	233	220	228
Rücken (Nierenstück)	122	140	195	186	220	193	225	230	216	220
Brust, Bauch	92	115	179	172	205	177	207	233	200	202
Talg, roh	53	50	179	121	130	120	129	136	132	131
Gefrierrindfleisch										
Querrippe	65	—	—	142	158	138	142	158	166	·
Hochrippe mit Knochen	75	—	—	150	164	145	152	163	168	·
Blatt, Bug, ohne Knochen	95	—	—	173	189	—	172	191	201	·
Roastbeef	121	—	—	168	178	166	165	176	180	·
Beefsteak	120	—	—	200	218	198	200	219	229	·
Rollfleisch	105	—	—	180	200	180	179	201	211	·
Gulasch	85	—	—	166	178	165	161	181	191	·
Roßfleisch										
Suppenfleisch	59	80	121	118	129	118	121	132	130	139
Gulasch	69	90	138	136	145	135	140	145	145	154
Rollfleisch	80	99	146	148	162	150	153	163	162	172
Beefsteak	91	105	151	156	167	157	160	166	168	178
Bratenfleisch	77	98	143	140	154	142	147	155	154	162
Rauchfleisch	106	121	163	168	192	166	180	196	197	211
Hack	58	65	122	106	123	103	121	124	125	129
Knochen	15	21	28	25	27	26	27	27	25	29
Geflügel										
Mastgans, junge	106	559	381	205	231	216	200	228	—	255
Suppenhühner	100	550	391	211	248	261	263	265	212	268
Brathühner	112	603	362	232	267	274	272	270	236	293
Wurstwaren										
Feine Leberwurst	119	193	272	247	270	265	265	259	271	287
Kalbsleberwurst	183	206	290	263	288	285	285	276	288	303
Thüringer Rotwurst	156	185	273	236	253	253	252	242	252	267
Berliner Fleischwurst	133	175	253	231	255	251	252	240	253	271
Jagdwurst	134	176	253	232	256	252	249	242	259	277
Gekochte Mettwurst	144	182	303	261	278	276	274	265	278	295
Streichmettwurst	124	192	302	261	269	268	267	254	271	286
Grobe Mettwurst	174	160	340	283	299	292	293	290	302	319
Sülze	102	123	252	129	140	119	121	141	138	159
Kalbsbratwurst	90	132	182	176	190	179	182	183	197	208
Grützwurst	51	68	81	62	65	62	63	64	65	71
Kochwurst	130	179	276	248	264	261	260	253	262	284
Fette, Käse										
Deutsche Markenbutter	160	224	256	273	304	290	291	298	316	316
Margarine, mittlere Sorte	98	112	122	108	110	106	110	110	110	110
Schweineschmalz, ausländisches	108	131	163	149	181	161	178	175	176	209
Schweineschmalz, inländisches	108	—	329	214	230	234	233	214	225	250
Kokosfett in Platten	88	—	144	141	141	140	141	140	140	140
Bayr. Emmentaler, 45 % Fettgeh.	142	—	310	261	255	260	256	250	249	265
Dänischer Gouda, 45 % Fettgeh.	114	—	272	196	214	218	225	206	203	222
Tilsiter Käse, 30 % Fettgehalt	90	176	196	136	153	150	160	150	143	160
Tilsiter Käse, 45 % Fettgehalt	121	—	260	194	213	217	224	205	199	222
Schmelzkäse, 20 % Fettgehalt	—	144	176	77	95	91	92	96	96	97
Limburger Käse, 20 % Fettgeh.	62	154	155	100	108	108	112	107	100	110
Harzer Käse	53	100	127	74	85	79	84	83	81	89

Bezeichnung der Waren	Ladenverkaufspreise für ½ kg oder angegebene Menge in Rp/ Dpf									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Kolonialwaren										
Kaffee-Ersatz-Mischung, gep.	43	45	58	63	87	72	86	90	90	90
Zucker (Melis), weiß, billigste Sorte	38	57	58	57	60	57	57	57	57	66
Zucker, Kristall-Raffinade	40	59	59	59	62	59	59	59	59	68
Erbsen, gelbe, ungeschälte	35	53	65	51	53	50	52	51	51	67
Erbsen, grüne, ungeschälte	34	51	66	45	49	44	45	46	46	62
Bohnen, weiße, rund	23	27	29	38	49	44	46	47	47	60
Linzen	30	—	65	81	88	86	87	87	88	92
Weizenmehl, lose, meistgek. Type	22	23	27	29	42	32	39	42	42	42
Weizengrieß	26	26	29	31	43	34	41	45	45	45
Graupen, mittel	26	28	33	34	48	38	45	49	50	50
Haferflocken, lose	26	34	40	41	55	43	50	58	59	59
Wassernudeln, lose	39	45	50	52	63	56	59	66	65	62
Makkaroni, lose	44	47	52	54	64	57	60	67	67	64
Pflaumen, getrocknet	58	73	69	79	144	119	139	142	151	155
Rosinen	55	71	82	114	113	107	110	113	109	124
Marmelade, Mehrfrucht-, lose	49	93	95	75	71	69	69	70	72	72
Kunsthonig, gepackt	43	78	83	79	87	79	81	84	90	98
Bienenhonig, inländ., im Glas	135	191	481	296	290	276	280	284	287	323
Speisesalz	13	13	15	15	16	15	16	16	16	16
Frische Fische, Salz- und Räucherfische										
Schellfisch, mittlere Größe	36	49	46	43	51	52	50	52	48	48
Kabeljau, mittlere Größe	23	32	32	31	36	30	32	28	37	44
Seelachs	17	32	36	31	33	27	27	26	36	41
Fischfilet vom Kabeljau	35	76	72	59	59	48	—	47	62	76
Fischfilet vom Rotbarsch	46	—	86	83	83	76	97	70	94	105
Rotbarsch	19	36	35	35	36	35	40	33	38	43
Hering, grün	16	27	30	32	31	31	33	37	26	26
Schollen, mittel	46	52	46	44	52	65	52	57	44	—
Dorsch, mittlere Größe	27	40	29	28	32	26	30	—	32	39
Salzheringe, inländische	31	47	44	47	52	49	49	51	53	54
Bücklinge	42	61	66	64	68	73	63	76	60	68
Rotbarsch, geräuchert	59	—	103	98	107	97	113	95	119	126
Heringssalat	90	96	101	103	129	116	117	134	137	130
Fleischsalat	130	—	201	189	211	200	204	220	218	202
Kartoffeln, Gemüse und Obst										
Kartoffeln, gelbe	4,7	7,9	7,9	8,1	8,2	8,5	7,3	8,3	7,6	9,4
Weißkohl	7,5	12	11	12	10	7	7	13	12	10
Rotkohl	9	30	34	15	16	11	12	—	13	15
Wirsingkohl	10	16	14	14	13	8	8	12	20	15
Rosenkohl	38	84	78	49	55	61	81	—	40	38
Blumenkohl, 1 Kopf, inländischer	33	99	46	43	57	—	—	82	55	66
Blumenkohl, 1 Kopf, ausländisch.	45	—	77	82	78	61	77	57	—	66
Steckrüben	5,5	10	8	7	8	6,5	6,5	—	9	8
Möhren	10	17	15	17	17	11	10	16	24	23
Spinat	20	32	23	31	28	—	—	30	24	28
Brechbohnen	28	74	53	28	57	—	—	79	45	—
Palerbsen	28	30	36	32	29	—	—	—	45	—
Zwiebeln	15	28	27	31	25	18	14	32	24	38
Tomaten, ausländische	40	59	53	63	66	43	—	112	26	68
Tomaten, inländische	36	99	91	55	66	—	—	145	21	—
Eßäpfel, mittlere Preislage	32	63	75	45	48	44	46	—	42	55
Kochäpfel	24	43	52	24	26	21	25	—	23	25
Zitronen, 1 Stück	7	—	13	16	18	10	14	27	20	17
Apfelsinen, 1 Pfund	39	—	56	77	77	45	41	—	135	60
Konserven										
Sauerkohl	12	24	21	26	24	16	19	20	34	30
Junge Erbsen, ½ Dose	75	160	141	99	131	124	123	119	141	158
Mirabellen, ½ Dose	115	290	264	152	150	158	154	144	141	159
Genußmittel										
Lagerbier, Preis für 5/20 Liter	20	33	43	40	33	33	33	33	33	33
Lagerbier, Preis für 10/20 Liter	35	60	79	74	62	62	62	62	62	62
Branntwein, einfacher, 38 0/0, 1 Flasche 0,7 Liter	200	1731	863	585	567	560	570	570	565	565
Zigaretten, mittlere Sorte, 1 Stück	4	15	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5
Tabak, billigster Feinschnitt, 50 g	50	299	175	175	170	175	175	175	168	160
Bohnenkaffee, geröstet	235	2235	1401	1487	1596	1519	1547	1586	1632	1645

Bezeichnung der Waren und Leistungen	Kleinverkaufspreise und Preise für Leistungen in RM/DM									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Heizung und Beleuchtung										
Braunkohlenbriketts frei Keller/ Boden, 50 kg	1,81	2,62	2,82	2,93	3,16	3,03	3,07	3,19	3,15	3,33
Steinkohle, rheinisch-westfälische, frei Keller/Boden, 50 kg	1,94	3,60	4,07	4,26	4,83	4,75	4,75	4,82	4,80	5,02
Gas ¹⁾ , bei Abnahme von 22 cbm im Monat, 1 cbm	0,16	0,184	0,233	0,233	0,233	0,233	0,233	0,233	0,233	0,233
Gasmessermiete, monatlich	0,30	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60
Elektr. Strom, Haushaltstarif, Grundgebühr je Monat für 2 Zim- mer und Küche	2,20	2,33	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
Strompreis je kWh	0,08	0,09	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10
Petroleum, 1 Liter	0,39	0,39	0,40	0,47	0,56	0,48	0,53	0,52	0,62	0,63
Streichhölzer, 1 Paket	0,32	1,00	1,10	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

¹⁾ Von Sept. 1948 bis 1951 Durchschnitt aus dem Preis für 1—10 cbm = 20 Dpf. und für mehr als 10 cbm = 26 Dpf.

Bezeichnung der Waren	Ladenverkaufspreise für 1 Stück, 1 Paar, 1 Meter in RM/DM									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Oberkleidung										
1 Straßenanzug für Herren, woll- haltig, Gr. 48, dreiteilig	65,75	—	121,77	126,96	141,95	134,85	139,30	144,50	143,80	143,45
1 Sportanzug für Herren, wollhal- tig, Gr. 48, mittl. Qual., zweiteilig	51,50	105,58	109,71	110,85	119,89	113,80	117,80	121,05	120,90	122,55
1 Winterlodenjoppe, Gr. 48, mittl. Qualität	19,90	54,93	69,70	58,99	66,15	61,20	64,80	66,85	68,40	68,35
Herreneinzelhose, wollhaltig, mitt- lere Qualität, Gr. 48	14,80	36,00	32,82	28,93	31,82	28,90	30,55	32,45	33,00	33,70
1 Arbeitsanzug, zweiteilig, Gr. 48 (Schlosseranzug)	7,70	27,07	21,27	17,93	19,60	18,30	19,65	19,95	19,85	19,30
1 Herrenhut, Wollfilz	6,40	14,19	13,83	12,36	13,72	12,15	13,15	14,00	14,20	14,25
1 Damenkleid aus Kunstseide, Gr. 44, einfacher Druck	15,60	48,05	42,51	34,20	28,48	29,40	29,80	31,10	25,70	25,70
1 Damenkleid aus wollhaltigem Stoff, Gr. 44	20,30	55,48	49,91	41,37	42,27	41,25	44,35	43,25	41,10	39,40
1 Damenkleid aus Baumwoll/Zell- woll-Musseline	8,70	32,11	27,08	22,11	17,37	18,05	18,40	17,15	16,15	16,95
1 Sportbluse, Kunstseide, weiß, kurze Ärmel, Gr. 44, einf. Ausfüh. 1 Kittelschürze m. halben Ärmeln, aus Baumwollgewebe	5,60	16,98	16,06	10,81	10,14	10,20	10,35	10,35	9,40	9,35
1 Knabenanzug f. 12jähr. Knaben aus wollhaltigem Sportstoff	4,90	21,73	17,87	12,82	12,61	12,10	12,45	12,60	12,95	12,65
1 Mädchenkleid für 7jähr. Mädchen, aus wollhaltigem Stoff	24,60	45,96	51,22	51,02	51,65	51,25	51,60	52,30	51,60	50,80
Mädchenkleid aus Baumwoll/Zell- woll-Musseline	10,60	23,13	23,63	19,40	19,14	18,15	18,55	19,45	19,65	18,85
Mädchenkleid aus Baumwoll/Zell- woll-Musseline	6,10	18,76	14,18	11,77	11,80	12,60	12,60	11,70	10,30	11,50
Leibwäsche										
Oberhemd für Herren aus Pope- line, Gr. 39	6,95	22,65	23,52	20,81	21,20	20,80	21,45	21,45	20,95	20,70
Sporthemd für Herren, Gr. 39, mittlere Qualität	4,30	16,94	13,33	10,05	10,27	9,75	10,15	10,40	10,35	10,30
Unterhemd für Herren, Gr. 5, wollgemischt, langer Ärmel	3,55	8,78	8,13	8,00	8,66	8,00	8,60	8,85	8,80	8,80
Unterhose für Herren, Gr. 5, lange Form, mittlere Qualität	2,65	6,61	7,12	6,48	6,98	6,50	6,95	7,15	7,15	6,95
Damen-Taghemd aus Kunstseide, gewirkt, mit Träger, Gr. 44	1,60	5,38	5,47	3,53	3,26	3,25	3,30	3,30	3,20	3,20
Damen-Schlüpfer aus Kunstseide, mittelschwere Ware, Gr. 44	1,65	4,74	4,70	3,37	3,30	3,25	3,30	3,30	3,25	3,30

Bezeichnung der Waren und Leistungen	Ladenverkaufspreise für 1 Stück, 1 Paar, 1 Meter in RM/DM									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Wirkwaren und Strickwaren										
Pullover für Herren, maschinen- gestrickt, ohne Ärmel, Gr. 48 . . .	7,15	15,69	16,96	14,11	15,98	14,95	15,60	16,20	16,20	16,45
Pullover für Damen, maschinen- gestrickt, lange Ärmel, Gr. 44 . . .	9,00	24,37	20,19	17,19	20,94	18,50	19,60	21,95	21,55	21,65
Herren-Socken, Wolle, maschinen- gestrickt, mittlere Qualität, Gr. 11 .	1,80	3,90	4,23	3,44	3,95	3,65	3,85	4,00	4,05	4,00
Damen-Strümpfe, Kunstseide, Gr. 9 1/2, mittlere Qualität	1,58	8,65	6,84	3,73	3,84	3,80	3,90	3,85	3,85	3,75
Kinder-Strümpfe, Gr. 7, lange, wollhaltige	2,00	4,10	4,64	4,53	4,74	4,65	4,65	4,75	4,80	4,75
Kinder-Strümpfe, Gr. 9, lange, Baumwolle mit Zellwolle	1,20	3,24	4,61	3,14	3,38	2,95	3,25	3,50	3,50	3,45
Hauswäsche										
Bettwäschestoff, Linon, 80 cm br., 1 Meter	0,79	2,44	2,45	1,98	2,24	1,95	2,25	2,35	2,25	2,15
Bettbezug aus Linon mit Knöpfen und Knopflöchern	5,50	15,35	18,00	15,28	17,82	15,20	18,05	18,65	18,00	17,25
Bettlaken, Haustuch, gebleicht . . .	3,80	12,43	13,45	10,26	12,07	10,80	12,45	12,65	11,95	11,65
Handtuch, Gerstenkorn, etwa 48×100 cm, einfache Qualität	0,60	2,07	2,33	1,75	1,91	1,65	1,90	2,00	2,00	1,85
Geschirrtuch, reinleinen	0,90	3,51	2,81	2,40	2,53	2,35	2,45	2,55	2,60	2,55
Schuhwaren										
Herren-Straßenschuhe, Gr. 42, Rindbox, durchgenäht	8,90	24,53	26,49	23,05	27,57	25,50	27,40	28,30	27,60	27,85
Herren-Straßenschuhe, Gr. 42, Boxkalf, 1. Qual., rahmengenäht . .	15,50	29,52	35,80	32,64	36,67	35,00	36,95	38,00	36,25	36,65
Damen-Straßenschuhe, Gr. 38, Rindbox, durchgenäht	8,70	24,23	24,61	21,77	24,74	24,40	25,30	25,10	24,40	24,50
Damen-Straßenschuhe, Gr. 38, Boxkalf, 1. Qual., rahmengenäht . .	11,50	29,70	32,26	30,50	33,92	32,35	33,90	34,65	33,75	33,55
Kinderstiefel, Gr. 35, Rindbox, durchgenäht	7,50	19,40	20,52	18,57	21,52	19,95	21,45	22,40	21,60	21,15
Arbeitsschuhe für Männer, Gr. 42, Leder mit Ledersohle	9,70	24,96	27,72	24,43	26,38	25,55	27,30	27,00	25,85	25,70
Gummischuhe, Damenüberschuhe, Gr. 39, halbhoch	6,40	10,51	10,64	10,51	11,06	10,55	10,85	10,85	11,15	11,80
Schuhreparaturen										
Besohlen mit Absätzen für Herrenschuhe, Ledersohle, genag. Besohlen mit Absätzen für Herrenschuhe, Gummisohle, gekl. Besohlen mit Absätzen für Damenschuhe, Ledersohle, genäht Besohlen mit Absätzen für Damenschuhe, Gummisohle, gekl. Besohlen mit Absätzen f. Kinder- schuhe, Ledersohle, genagelt Besohlen mit Absätzen f. Kinder- schuhe, Gummisohle, geklebt	4,15	10,02	10,56	9,51	10,19	9,80	10,15	10,30	10,25	10,25
	3,85	7,43	7,83	7,35	7,58	7,40	7,50	7,60	7,65	7,65
	3,40	8,72	8,94	7,88	8,12	7,80	7,95	8,25	8,10	8,10
	2,95	5,65	5,93	5,58	5,83	5,80	5,80	5,80	5,85	5,85
	3,15	6,90	6,83	6,15	6,45	6,25	6,50	6,50	6,45	6,40
	2,35	5,13	4,98	4,80	5,05	4,90	5,00	5,10	5,05	5,05
Lederwaren										
Aktentasche, Vollrindleder, ein- fache Ausführung	9,75	47,99	34,59	23,06	23,48	22,50	23,35	23,90	23,65	23,40
Betten und Matratzen										
Metallbett mit Zugfeder- matratze, Winkeleisenrahmung	18,70	37,23	35,38	32,14	35,17	32,20	33,35	34,75	35,80	38,80
Oberbett mit 3 kg Halbdaunen, mittlere Qualität	45,35	129,29	108,58	81,65	92,85	80,65	88,35	93,65	95,45	98,30
See- oder Alpengrasmatratze, garniert, Drellbezug	25,95	65,47	61,63	48,02	51,26	47,35	51,20	52,05	51,30	52,85
Auflegematratze, dreiteilig, mit Federeinlage	80,00	163,50	132,86	116,03	119,26	111,15	118,85	120,65	121,00	122,00
Schlafdecke, Wolldecke, mittlere Qualität	13,50	28,00	24,54	24,71	30,23	25,55	29,60	30,50	31,15	33,00

Übersicht 1 (Fortsetzung)

Bezeichnung der Waren und Leistungen	Ladenverkaufspreise für 1 Stück und Preise für Dienstleistung in RM/DM									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Möbel										
Küchentisch, Kiefer oder Tanne, einfache Ausführung	19,05	50,07	40,27	40,47	49,93	45,40	49,85	50,15	50,30	53,10
Küchenstuhl, Buche, einfache Aus- führung, naturlasiert	6,25	12,56	13,29	11,86	13,88	12,95	13,85	14,05	13,85	14,30
Kleiderschrank, Buche, gebeizt, 2tür., ohne Wäschefach, 120 cm br.	98,00	216,58	197,47	156,07	161,48	151,05	159,20	161,45	163,80	170,00
Glas-, Porzellan- und Steingutwaren										
Teller, Porzellan, glattweiß, 24 cm Durchmesser	0,34	1,31	1,23	1,03	1,10	0,99	1,02	1,10	1,16	1,20
Teller, Steingut, glattweiß, etwa 23 cm Durchmesser	0,15	1,01	0,80	0,52	0,58	0,51	0,53	0,58	0,61	0,63
Tasse mit Untertasse, Porzellan, mittlere Stärke, glattweiß	0,24	1,34	1,19	0,88	0,92	0,85	0,88	0,89	0,95	1,00
Kaffeekanne, Porzellan, glattweiß, 2 Liter Inhalt	1,80	4,34	6,55	4,77	5,13	4,70	4,80	5,00	5,40	5,65
Schüssel, Steingut, weiß, rund, tief, 21,5 cm Durchmesser	0,48	1,42	1,45	1,29	1,45	1,30	1,40	1,45	1,50	1,55
Konservenglas, Rillenglas mit Deckel und Ring, 1 Liter Inhalt	0,30	0,72	0,54	0,50	0,55	0,52	0,52	0,55	0,58	0,58
Dessertteller, Kompotteller, gepreßt	0,18	0,44	0,39	0,34	0,38	0,35	0,37	0,38	0,40	0,40
Haushaltswaren										
Fleischtopf mit Deckel, 24 cm Durchmesser, emailliert	2,20	5,53	5,98	6,00	6,89	6,30	6,65	7,00	7,05	7,15
Schmortopf mit Deckel, reines Aluminium, unbordiert	2,35	5,20	4,51	3,75	5,00	4,10	4,50	5,15	5,30	5,40
Waschtopf, Eisen, verzinkt, ohne Ring, 42 cm Durchmesser	4,75	11,00	13,27	13,05	16,93	15,75	16,95	17,05	16,95	17,35
Eimer, verzinkt, 28 cm Durch- messer, 9—10 Liter Inhalt	1,25	4,33	4,06	3,28	4,29	3,80	4,20	4,40	4,35	4,40
Wanne, oval, verzinkt, Eisenblech, 70 cm Längen-Durchmesser	4,95	11,08	11,90	11,05	14,36	13,50	14,55	14,30	14,25	14,75
Schüssel, emailliert, tief, 34 cm oberer Durchmesser	2,50	4,18	4,13	3,93	4,30	4,05	4,05	4,20	4,50	4,60
Wecker, einfache Ausführung, rund, Zifferblatt 9,5 Durchmesser	3,50	17,23	9,53	5,26	7,24	5,70	7,10	7,45	7,60	7,65
1 Glühbirne, 40 Watt	0,90	1,40	1,46	1,18	1,17	1,10	1,14	1,25	1,25	0,95
1 Haushaltsbügeleisen, vernickelt, normale Ausführung	6,50	13,92	12,08	10,36	10,95	10,50	10,50	10,95	11,10	11,60
1 Radioröhre, Type AK 2	8,85	26,50	23,13	20,17	17,60	17,60	17,60	17,60	17,60	17,60
1 Wäschekorb, eckig, weiße Weide mit Stoßleiste	5,25	16,61	16,61	15,16	16,48	15,70	16,30	16,65	16,40	16,85
1 Dauerbrandofen, 60 cbm Raum- leistung, Guß, emailliert	85,00	136,65	124,82	119,38	136,32	125,85	126,80	136,30	140,20	147,50
Reinigung und Körperpflege										
Grüne Seife, lose, 500 g	0,22	—	0,84	0,61	0,64	0,62	0,65	0,65	0,64	0,62
Kernseife, Konsumware, 200-g-St. Feinseife, parfümiert, Konsum- ware, 100-g-Stück	0,15	0,76	0,96	0,42	0,45	0,43	0,45	0,46	0,45	0,45
Rasierseife, unverpackt, 50-g-Stück Waschpulver (Seifenpulver) 250-g-Packung	0,20	0,32	0,39	0,41	0,45	0,43	0,44	0,45	0,45	0,45
1 Scheuertuch, mittl. Sorte, grau, 50×60 cm	0,24	0,26	0,32	0,32	0,37	0,34	0,36	0,37	0,37	0,37
Schuhcreme, schwarz, 1 Dose	0,26	1,01	1,04	0,63	0,90	0,67	0,91	0,99	0,88	0,89
Rasieren für Männer	0,18	0,28	0,33	0,34	0,39	0,35	0,39	0,40	0,40	0,40
Haarschneiden f. Männer, halblang	0,25	0,30	0,35	0,36	0,46	0,40	0,40	0,48	0,48	0,48
Haarschneiden f. Knaben, halblang	0,70	0,85	0,90	1,00	1,13	1,00	1,00	1,18	1,18	1,18
Dauerwelle, heiße	0,50	0,68	0,75	0,75	0,87	0,75	0,80	0,90	0,90	0,90
Wannenbad, ohne Seife u. Wäsche	6,80	8,03	9,05	8,93	8,92	9,00	8,75	8,95	8,95	8,95
Sonstiges										
Lackfarbe, hell, 1/2 kg	0,60	0,80	0,80	0,83	0,92	0,90	0,90	0,93	0,93	0,93
Lithopon in Öl, 1/2 kg	0,81	2,02	1,85	1,67	1,66	1,67	1,64	1,64	1,65	1,67
Bleimennige, trocken, 1/2 kg	0,36	0,89	0,88	0,85	0,90	0,86	0,89	0,90	0,91	0,94
Brennsprit in Flaschen, 1 Liter (ausschl. Flasche und Pfand)	0,79	1,80	1,83	1,70	1,87	1,83	1,88	1,88	1,86	1,86
	0,58	1,83	1,25	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Übersicht 1 (Fortsetzung)

Bezeichnung der Waren und Leistungen	Ladenverkaufspreise und Preise für Leistungen in RM/DM									
	Jahresdurchschnitt					Monatsdurchschnitt				
	1938	1948	1949	1950	1951	Januar 1951	März 1951	Juni 1951	Sept. 1951	Dez. 1951
Bildung und Unterhaltung										
Packung Briefpapier, holzfrei, 25 Bogen, 25 Briefumschläge	1,40	2,41	2,63	2,15	2,56	2,10	2,45	2,65	2,68	2,75
Schulheft, Din A 5, einfach liniert, 1 Heft	0,12	0,16	0,19	0,18	0,25	0,22	0,24	0,27	0,26	0,26
Tageszeitung, 1 Monatsbezug	1,80	2,35	2,80	3,45	3,70	3,70	3,70	3,70	3,70	3,70
Illustrierte Zeitschrift	0,20	0,40	0,40	0,40	0,48	0,40	0,40	0,50	0,50	0,50
Kinoplatz, Abendvorstellung, zweitbilligster Platz	0,95	1,20	1,20	1,16	1,19	1,15	1,20	1,20	1,20	1,20
Rundfunkgebühr, monatlich	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Verkehr										
Herrenfahrrad mit Bereifung	69,25	163,05	162,60	149,90	167,31	149,80	170,00	171,20	168,60	164,70
Fahrradbereifung, bestehend aus 2 Decken und 2 Schläuchen	8,35	17,36	15,92	14,83	19,77	20,30	20,80	20,25	19,20	18,20
Straßenbahnfahrt, billigste Einzel- fahrt für einen Erwachsenen	0,15	0,20	0,20	0,21	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
Wohnungsmiete										
Mietpreis für eine Zweizimmer- wohnung mit Küche, Altbauwoh- nung, vor dem 1. Juli 1918 erbaut	35,40	35,40	35,40	36,08	36,23	36,08	36,08	36,08	36,08	36,68

Übersicht 2

Hamburger Preisindexziffer für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerfamilien
(4-köpfige Arbeitnehmerfamilie mit 1 Kind unter 14 Jahren)

Verbrauchsschema 1949

Ausgabengruppe	1951											
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	Januar / März 1949 = 100											
Ernährung	90,0	90,3	93,9	96,0	97,0	97,3	98,1	96,4	96,8	99,7	102,4	103,3
Genußmittel	91,9	92,2	92,3	92,4	92,6	92,6	92,8	92,3	92,3	91,6	91,6	91,7
Miete	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	103,6	103,6	103,6
Heizung und Beleuchtung	102,2	102,4	102,8	103,2	103,6	103,6	103,6	103,5	103,9	104,1	106,5	106,5
Bekleidung	76,0	78,7	80,2	81,6	82,2	82,1	81,9	81,3	80,6	80,3	80,2	79,9
Reinigung und Körperpflege	96,5	97,6	98,7	103,6	104,3	104,0	103,8	103,7	103,5	103,5	103,6	103,6
Bildung und Unterhaltung	103,2	104,3	106,2	109,0	109,2	109,6	109,5	109,4	109,7	109,7	109,7	110,0
Hausrat	82,0	85,3	88,0	89,7	90,3	90,7	91,2	91,6	92,0	92,8	94,4	95,2
Verkehr	114,7	117,7	118,2	118,4	118,4	118,3	118,2	117,9	117,7	120,5	119,8	119,7
Gesamt-Lebenshaltung	91,2	92,1	94,3	95,9	96,5	96,7	97,0	96,1	96,2	97,6	98,9	99,3
Gesamt-Lebenshaltung ohne Miete	90,1	91,2	93,5	95,3	96,0	96,2	96,5	95,6	95,7	97,0	98,4	98,9
	1938 = 100											
Ernährung	160,8	161,3	167,7	171,5	173,3	173,7	175,3	172,1	172,9	178,1	182,9	184,5
Genußmittel	293,3	294,1	294,3	294,6	295,4	295,4	296,1	294,3	294,3	292,3	292,3	292,5
Miete	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	103,6	103,6	103,6
Heizung und Beleuchtung	155,8	156,1	156,7	157,3	158,0	158,0	158,0	157,9	158,4	158,6	162,3	162,3
Bekleidung	227,3	235,2	239,9	243,9	245,9	245,7	244,8	243,0	241,1	240,0	239,7	238,8
Reinigung und Körperpflege	151,5	153,2	154,9	162,6	163,7	163,3	163,0	162,8	162,5	162,4	162,6	162,6
Bildung und Unterhaltung	146,0	147,6	150,3	154,1	154,4	155,0	154,9	154,8	155,1	155,2	155,2	155,6
Hausrat	193,3	201,2	207,7	211,7	213,1	213,9	215,1	216,1	217,1	218,8	222,7	224,6
Verkehr	128,0	131,5	131,8	132,1	132,1	132,0	131,8	131,5	131,3	134,4	133,7	133,5
Gesamt-Lebenshaltung	160,7	162,5	166,2	169,1	170,3	170,5	171,0	169,5	169,7	172,1	174,4	175,1
Gesamt-Lebenshaltung ohne Miete	171,8	173,9	178,3	181,8	183,1	183,4	184,1	182,3	182,5	185,0	187,8	188,6

Übersicht 3

Die Bewegung der Preisindizes in den einzelnen Ausgabengruppen im Jahresdurchschnitt 1949, 1950 und 1951 (Verbrauchsschema 1949)

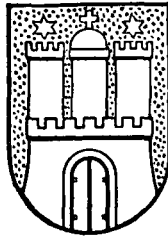
Waren- und Ausgabengruppen	1. Vierteljahr 1949 = 100			1938 = 100			Veränderungen in v. H.	
	Jahresdurchschnitt			Jahresdurchschnitt			Jahresdurchschnitt 1951 gegen	
	1949	1950	1951	1949	1950	1951	1949	1950
Brot und Mehl	101,0	111,8	134,7	136,6	151,2	182,2	+ 33,4	+ 20,5
Nährmittel und Hülsenfrüchte	98,4	99,3	124,4	137,9	139,2	174,3	+ 26,4	+ 25,2
Zucker und Süßwaren	100,4	98,8	102,5	156,8	154,3	160,2	+ 2,2	+ 3,8
Marmelade, Bienen-, Kunsthonig	84,9	62,8	61,0	229,7	169,7	164,9	÷ 28,2	÷ 2,8
Milch, Käse	98,2	75,9	77,8	198,0	153,1	156,9	÷ 20,8	+ 2,5
Fette	99,7	97,2	103,9	139,8	136,3	145,6	+ 4,1	+ 6,8
Fleisch und Wurst	121,8	114,4	125,2	200,4	188,2	205,9	+ 2,7	+ 9,4
Fische	96,8	87,5	91,1	163,8	148,3	154,1	÷ 5,9	+ 3,9
Eier	81,8	39,0	41,5	395,1	188,2	200,4	÷ 49,3	+ 6,5
Trockenfrüchte	118,6	151,6	201,5	133,5	170,8	227,0	+ 70,0	+ 32,9
Kartoffeln	93,5	95,8	97,0	167,5	171,5	173,7	+ 3,7	+ 1,3
Gemüse und Obst	71,3	55,3	59,0	205,6	159,3	170,1	÷ 17,3	+ 6,8
I. Ernährung insgesamt	94,6	87,5	96,8	169,0	156,2	172,8	+ 2,2	+ 10,6
Tabakwaren	100,5	100,6	99,8	321,8	322,3	319,8	÷ 0,6	÷ 0,8
Bohnenkaffee	100,4	106,8	114,4	595,0	632,5	678,1	+ 14,0	+ 7,2
Bier	104,2	97,6	81,4	218,5	204,6	170,8	÷ 21,8	÷ 16,5
Branntwein	64,3	41,8	40,4	450,0	292,3	282,4	÷ 37,2	÷ 3,4
II. Genußmittel insgesamt	97,9	95,2	92,2	312,2	303,8	294,1	÷ 5,8	÷ 3,2
III. Wohnungsmiete	100,0	101,9	102,3	100,0	101,9	102,3	+ 2,3	+ 0,4
Hausbrand	94,6	95,1	111,2	170,5	171,4	200,5	+ 17,6	+ 17,0
Gas und Lichtstrom	100,0	100,0	100,0	141,2	141,2	141,2	—	—
IV. Heizung und Beleuchtung insgesamt	98,2	98,3	103,8	149,7	149,9	158,3	+ 5,7	+ 5,6
Ober- und Unterkleidung								
a) für Herren	91,2	80,7	87,8	253,9	224,7	244,4	÷ 3,7	+ 8,8
b) für Damen	84,8	65,2	65,0	297,0	228,4	227,5	÷ 23,4	÷ 0,4
c) für Kinder	90,2	78,7	80,3	230,5	201,1	205,2	÷ 11,0	+ 2,0
Wolle und Hauswäsche	95,0	80,4	93,4	291,2	246,5	286,2	÷ 1,7	+ 16,1
Schuhwaren	91,7	85,8	96,6	244,3	228,8	257,4	+ 5,4	+ 12,5
Schuhreparaturen	95,1	86,9	91,0	240,0	219,5	229,6	÷ 4,3	+ 4,6
Sonstige Lederwaren	74,5	48,2	49,1	355,1	236,8	241,1	÷ 32,1	+ 1,8
V. Bekleidung insgesamt	89,3	75,5	80,4	266,9	225,8	240,4	÷ 9,9	+ 6,5
VI. Reinigung und Körperpflege	98,6	93,2	102,2	154,9	146,3	160,4	+ 3,6	+ 9,6
VII. Bildung und Unterhaltung	101,0	101,4	108,3	142,8	143,4	153,2	+ 7,3	+ 6,8
VIII. Hausrat insgesamt	92,0	80,1	90,3	217,1	188,9	212,9	÷ 1,9	+ 12,7
darunter Möbel und Betten	92,3	80,0	90,2	181,6	157,4	177,4	÷ 2,3	+ 12,7
Haushaltungsgegenstände	91,7	80,2	90,4	289,7	253,4	285,6	÷ 1,4	+ 12,7
IX. Verkehr	98,7	98,1	118,3	110,1	109,5	132,0	+ 19,9	+ 20,5
X. Gesamtlebenshaltung mit Miete	95,3	89,1	96,0	168,0	157,2	169,3	+ 0,8	+ 7,7
Gesamtlebenshaltung ohne Miete	94,8	87,9	95,4	180,8	167,6	181,9	+ 0,6	+ 8,5

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

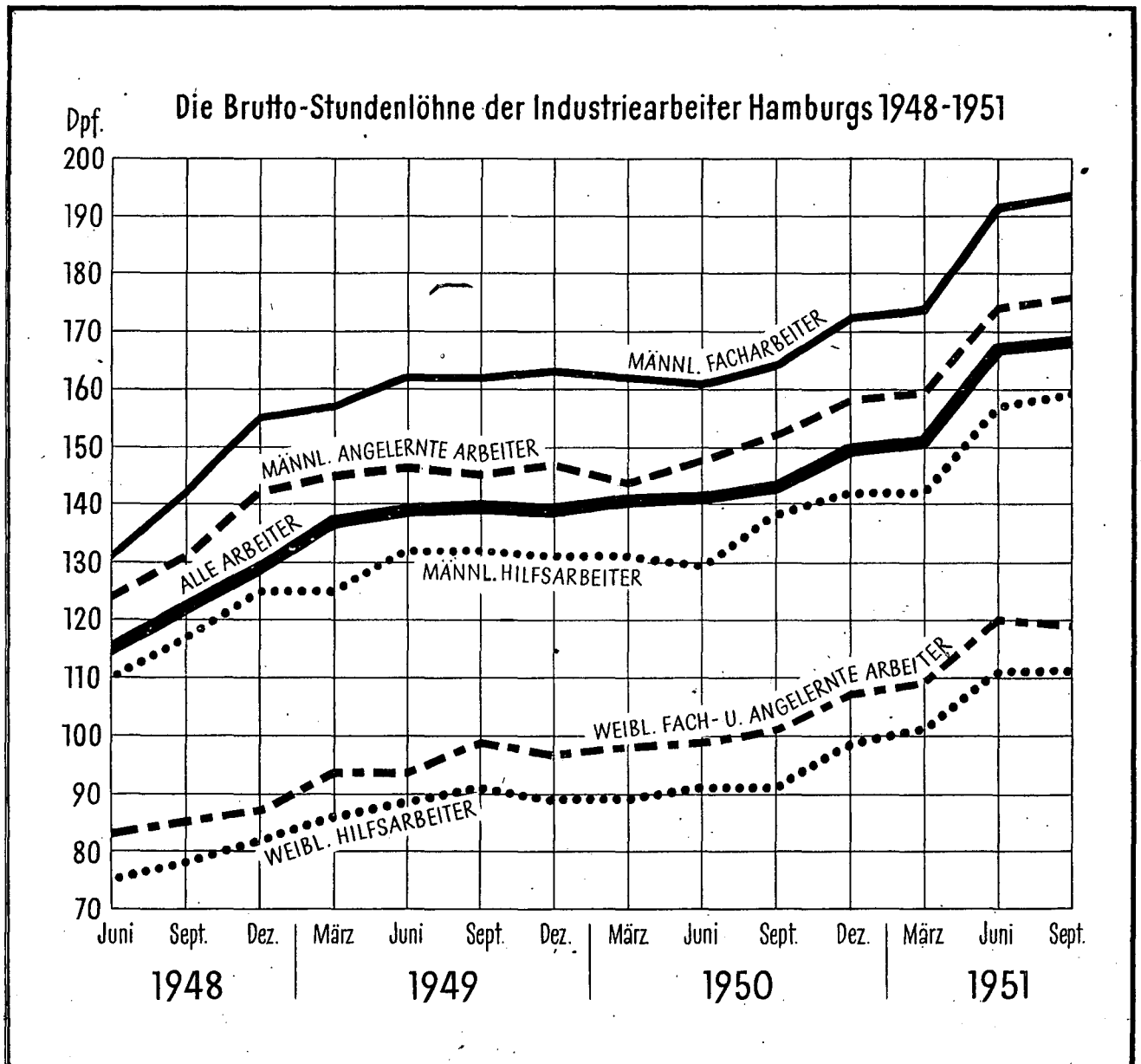
Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 15. Februar 1952



Jahrgang 1952 — Heft Nr. 8

Lohnniveau und Arbeitszeit in der Industrie Hamburgs



Bei dem fortlaufenden Steigen der Lebenshaltungskosten werden zuverlässige Unterlagen über die Höhe der in den einzelnen Wirtschafts- und Verwaltungszweigen gezahlten Löhne und Gehälter zu einem immer dringlicheren Bedürfnis. Insbesondere kann ein Vergleich der Entlohnung in der Gegenwart zur Vergangenheit sowie der Entlohnung wichtiger Berufe untereinander erkenntnisvolle Aufschlüsse für Tarifvereinbarungen und sonstige Untersuchungen geben und eigentümliche Entwicklungstendenzen klarlegen. Deshalb soll in diesem Beitrag ein Überblick über die tatsächliche Höhe der Löhne in der Industrie nach der Währungsreform im Vergleich zum Jahre 1938 gegeben werden. In einem weiteren Heft wird die Entwicklung der Beamten- und Angestelltenbezüge sowie der Arbeiterlöhne des hamburgischen Staates und der Gehälter in der privaten Wirtschaft näher erörtert werden.

Es erscheint zunächst zweckmäßig, daß die begrifflichen und methodischen Grundlagen der Lohn-Erhebungen nochmals kurz angegeben werden, um eine mißverständliche Benutzung auszuschalten¹⁾. Die in dieser Zeitschrift laufend veröffentlichten durchschnittlichen Effektivlöhne sind das Ergebnis einer vierteljährlichen repräsentativen Erhebung, bei der ein großer Teil der Industriebetriebe und **rd. 37 v. H. aller Arbeiter Hamburgs** berücksichtigt werden. Aus den Angaben der geleisteten Arbeitsstunden und der insgesamt gezahlten Bruttolohnsumme, die für mindestens 4 Wochen von den Berichtsstellen angegeben werden müssen, werden Durchschnittsergebnisse errechnet. Die **Stundenverdienste** für die einzelnen Leistungsgruppen der verschiedenen Gewerbebezüge werden jeweils durch die Division der gesamten Bruttolohnsumme durch die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden gewonnen. Die Bruttolohnsumme setzt sich zusammen aus dem Grundlohnsatz und den verschiedenen Zuschlägen (z. B. Akkordzuschlägen, Erschwerniszulagen, Zuschlägen für Mehr-, Über-, Nacht- und Sonntagsarbeit u. dergl.). Die **Wochenverdienste** werden in der Weise berechnet, daß die angegebene Bruttolohnsumme zunächst auf eine Woche umgerechnet und dann durch die Arbeiterzahl geteilt wird. Die **wöchentliche Arbeitszeit** erhält man, wenn man die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden gleichfalls für eine Woche umrechnet und dann durch die Zahl der Arbeiter dividiert.

Die errechneten Durchschnittsverdienste verstehen sich je Kopf der Gesamtbelegschaft. Es ist zu berücksichtigen, daß solche Durchschnitte die reinen Lohnveränderungen nicht mit der gleichen Genauigkeit wiedergeben wie die für die einzelnen Leistungsgruppen berechneten, da Verschiebungen in der Zusammensetzung der Belegschaft nach Qualifikation, Alter und Geschlecht, durch einen Wandel der Beschäftigungslage und Lohnformen die Durchschnittsergebnisse in der gleichen Weise wie eigentliche Lohnänderungen beeinflussen können. So kann z. B. von einer Erhebung zur anderen der **Arbeitsverdienst im Durchschnitt** bei den

Männern wie auch bei den Frauen steigen, für den Durchschnitt aller Arbeiter aber trotzdem fallen, wenn der Anteil der weniger verdienenden Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter durch Neueinstellung verhältnismäßig stark zugenommen hat.

Bei der Berechnung von **Indexziffern der Arbeitsverdienste** wird durch Anwendung der Verkettungsmethode der große Einfluß von Umschichtungen bei den Leistungsgruppen (z. B. mehr Männer, weniger Frauen) und bei den Gewerbegruppen (z. B. mehr Bauarbeiter, weniger Metallarbeiter), die in Zeiten betrieblicher Umstellungen, vieler Entlassungen oder Neueinstellungen häufiger vorkommen als in Zeiten stabiler Verhältnisse, weitgehend ausgeschaltet. Die weiteren Einflüsse können allerdings nicht ausgeschlossen werden, da die Lohnsummenstatistik eine Isolierung dieser Merkmale nicht zuläßt.

1. Die Entwicklung der Löhne nach dem zweiten Weltkrieg

In den ersten Kriegsjahren haben sich die Verdienste der Arbeiter durch Zunahme der Überstunden und durch Vergrößerung der Zahl der am Akkord- und Stücklohn beteiligten Arbeiter erheblich gesteigert und erreichten ihren Höhepunkt in den Jahren 1941/43. Infolge des Bombenkrieges und der Betriebsverlagerungen ergab sich bis zum Kriegsende ein merkliches Absinken der Verdienste.

In der Nachkriegszeit zerfällt die Entwicklung der Arbeitsverdienste in der Industrie in mehrere deutlich voneinander zu unterscheidende Abschnitte.

Anfangs erzwang die herrschende Mangellage die grundsätzliche Beibehaltung des Lohn- und Preisstops bis zur Wiederherstellung gesunder Produktions- und Konsumverhältnisse. Es wurde jedoch versucht, durch Einzelmaßnahmen krasse Lohn- und Preisunebenheiten aus der Kriegswirtschaft zu beseitigen. Auf der Lohnseite wurde das Prinzip des Lohnstops insofern durchbrochen, als

1. der Lohnstop für die Verdienste je Stunde bis zur 50-Pfennig-Grenze, später bis zu 75 Pfennig nach oben aufgehoben wurde,
2. bestimmten Industrien (z. B. Nahrungs- und Genußmittel-Industrie, Bekleidungsindustrie), die an den Vergünstigungen der Rüstungswirtschaft nicht teilgenommen hatten, begrenzte Lohnerhöhungen gestattet wurden.

Wenige Wochen vor der Währungsreform wurde der Lohnstop so weit gelockert, daß 15prozentige Lohnerhöhungen durch die Tarifvertragsparteien vereinbart werden konnten.

Stark sind bis zur Währungsreform die Stundenverdienste für männliche Hilfsarbeiter und für Frauen gestiegen, da in den ersten Nachkriegsjahren die Löhne der verhältnismäßig niedrig bezahlten Arbeitergruppen den Lohnsätzen der Facharbeiter immer mehr angeglichen wurden. Daher haben sich die Verdienste in der Konsumgüter-Industrie, die ziemlich viel Frauen beschäftigt, im

¹⁾ vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1949, Heft 1.

allgemeinen mehr erhöht, als in den übrigen Gewerben. Diese Nivellierungstendenzen sind darauf zurückzuführen, daß in Zeiten steigender Preise die Lohn- und Gehaltsempfänger mit niedrigem Einkommen zunächst am stärksten davon betroffen sind, denn bei diesen Kreisen ist schon bei verhältnismäßig geringer Preissteigerung der Punkt erreicht, der eine Gefährdung des Existenzminimums darstellt.

Trotz der Erhöhung der Stundenlöhne haben sich die **Wochenverdienste** der Industriearbeiter **in den ersten drei Jahren nach dem Kriege** gegenüber der Vorkriegszeit **nur unwesentlich verändert**, da der Zusammenbruch der Industrieproduktion sich sofort in einem Rückgang der Arbeitszeit auszuwirken begann. Die wöchentliche Arbeitszeit ist infolge Krankheit, Betriebsstillegungen u. dergl. im Durchschnitt aller Arbeiter in den Jahren 1946/48 auf 39 Stunden zurückgegangen.

Das Jahr 1948 brachte bedeutende Änderungen auf dem Gebiet der Lohnpolitik. Nach der Währungsreform (20. 6. 1948) haben sich durch den Fortfall der Kompensationen (Naturalentlohnungen) und durch die Aufhebung des Lohn- und Preisstops die Verhältnisse grundlegend gewandelt (vgl. Übersicht 1).

Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste aller Arbeiter, die im Juni 1948 114,7 R/Dpf oder 129,4 v. H. des Vorkriegsstandes (September 1938) erreicht hatten, stiegen innerhalb von zwei Jahren, bis Juni 1950, auf 140,9 Dpf und lagen damit **um 57,7 v. H. über dem Vorkriegsstand**.

Die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste folgten etwa dieser Bewegung, jedoch verglichen mit der Vorkriegszeit — infolge der nicht so starken Zunahme der Arbeitszeit — in etwas geringerer Höhe. Sie lagen im Juni 1948 mit 45,46 R/DM zwar nur um ein geringes über dem Vorkriegsstand, stiegen jedoch bis Juni 1950 auf 67,87 DM und bewegten sich damit **um 49,0 v. H. über dem Stand von September 1938**.

Die Steigerung der Stundenverdienste erklärt sich zum größten Teil aus den mehrmaligen Erhöhungen der Tariflohnsätze in fast allen Gewerbegruppen. Eine weitere Ursache liegt in dem Tempo der Wiederausdehnung des Stücklohnsystems nach der Währungsreform. Auch sind die Arbeiter durch erworbene Geschicklichkeit in höhere Lohnstufen aufgerückt. Ferner wurden zum Teil erhebliche Überstunden geleistet, die mit einem Aufschlag zu vergüten sind.

Übersicht 1

Die Entwicklung der Verdienste und Wochenarbeitszeit in der Industrie Hamburgs 1948 — 1951

Zeit	Durchschnittliche Brutto-		Indexzziffer der Brutto-		Durchschnittliche Wochenarbeitszeit	Zahl der Arbeiter ¹⁾	
	Stunden-	Wochen-	Stunden-	Wochen-		beschäftigt	arbeitslos
	Dpf	DM	September 1938 = 100		Std.	in 1000	
1948							
Juni	114,7	45,46	129,4	100,8	39,7	360,0	8,2
September	122,2	52,08	138,1	115,4	42,5	361,4	15,4
Dezember	128,9	57,46	148,6	130,6	44,7	373,9	13,9
1949							
März	137,2	62,94	151,9	137,1	45,9	373,6	25,8
Juni	139,5	65,81	156,3	145,3	47,2	370,9	35,8
September	139,9	66,77	157,2	147,8	47,7	364,8	42,7
Dezember	139,7	65,57	157,2	145,6	46,9	362,3	52,5
1950							
März	140,7	66,72	156,3	146,2	47,4	.	67,5
Juni	140,9	67,87	157,7	149,0	48,2	380,4	75,3
September	143,0	69,85	160,9	154,8	48,8	.	63,9
Dezember	150,1	71,82	168,8	159,1	47,8	380,9	77,8
1951							
März	151,3	73,61	170,5	163,4	48,6	.	75,7
Juni	167,2	81,34	187,4	179,7	48,6	389,6	74,8
September	168,4	81,33	189,1	179,7	48,3	.	75,5
Dezember ²⁾	—	—	—	—	—	.	87,6

¹⁾ nach Angaben des Landesarbeitsamtes Hamburg.

²⁾ die nächste Erhebung findet erst im Februar 1952 statt (wegen der neuen Lohnstrukturerhebung im November 1951).

Die dritte Phase der Lohnentwicklung steht seit Mitte 1950 (Ausbruch der Korea-Krise) unter verschiedenen Einflüssen, wie z. B. Störungen in der Preisbewegung, der Rohstoffversorgung und der Absatzlage, die sich auf die Produktionsdispositionen und auch auf den Arbeiterstand auswirkten; hierzu kommen die nicht unerheblichen

Erhöhungen der Tariflohnsätze. Inwieweit die Faktoren einzeln auf die Verdienstenwicklung eingewirkt haben, kann nicht näher ermittelt werden.

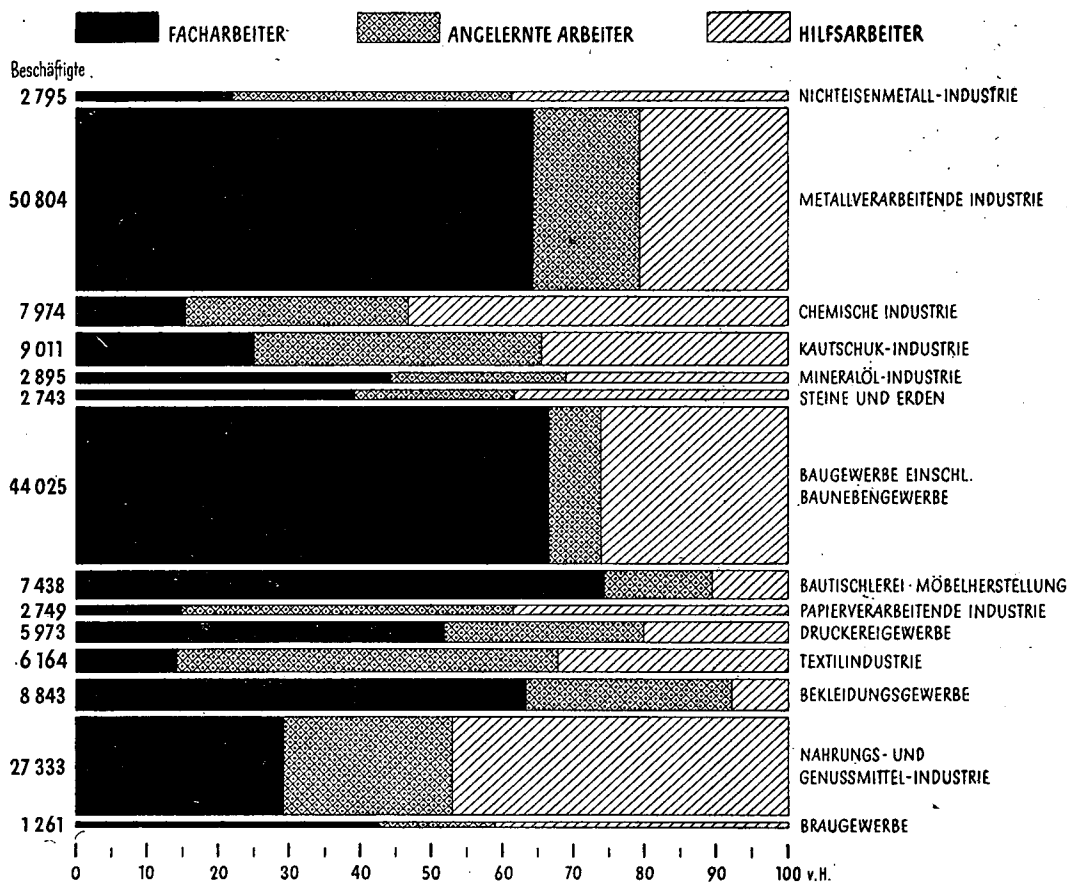
Der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst stieg von 140,9 Dpf im Juni 1950 auf 167,2 Dpf im Juni 1951. Diese Steigerung wirkte

sich wegen der gleichzeitigen Arbeitszeitverlängerung auch auf die Wochenverdienste aus. Diese erhöhten sich in der gleichen Zeit von 67,87 DM auf 81,34 DM. Die Bewegung der Verdienste verlangsamte sich im 3. Quartal 1951 erheblich. Zwar sind die Stundenverdienste noch leicht gestiegen, das Lohnniveau der Wochenverdienste ist bei gleichzeitiger geringer Abnahme der Wochenarbeitszeit unverändert geblieben.

Über die für die Beurteilung der Durchschnittsverdienste bedeutsame Gliederung der Arbeiterschaft der einzelnen Gewerbegruppen in Fach-, angelernte- und Hilfsarbeiter lieferte das Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1950 das untenstehende Bild. Die Gewerbegruppen mit geringer Beschäftigtenzahl sind hier unberücksichtigt geblieben. Bei der Metallverarbeitenden Industrie, beim Baugewerbe, bei der Bautischlerei und Möbelherstellung, beim Druck- und Bekleidungsgerber

sind mehr als die Hälfte aller Arbeiter Facharbeiter. Dagegen sind bei der NE-Metallindustrie, Chemischen Industrie, Papierverarbeitenden- und Textil-Industrie nur ein Viertel oder weniger aller beschäftigten Facharbeiter. In den beiden zuletzt genannten Industrien überwiegen, ebenso in der NE-Metallindustrie, die angelernten Arbeiter. Die Gruppe der Hilfsarbeiter ist am stärksten in der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie und in der Chemischen Industrie vertreten. Von der Gesamtzahl aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter werden etwa 51 v. H. als Facharbeiter, 20 v. H. als angelernte Arbeiter und 29 v. H. als Hilfsarbeiter entlohnt. Dieser hohe Anteil an Facharbeitern, besonders in den „hochbezahlten“ Zweigen der Metallverarbeitenden Industrie und des Baugewerbes, der schon ein Drittel aller Arbeiter Hamburgs ausmacht, beeinflusst den Gesamt-Durchschnittsverdienst beachtlich.

Zusammensetzung der Arbeiterschaft in Hamburg 1950¹⁾



1) Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung am 13. 9. 1950.

Wie die nachfolgende Übersicht 2 zeigt, waren die Lohnerhöhungen in den einzelnen Gewerbegruppen durchaus nicht einheitlich. Bei diesem Vergleich ist — wie eingangs bereits erwähnt — zu beachten, daß die Angaben in Gesamtsummen für die einzelnen Leistungsgruppen erfaßt werden. Die Gruppen umfassen somit jeweils alle berufszugehörigen Arbeiter ohne Unterscheidung nach Alter und Leistung. Für die Beurteilung der Lohnhöhe in den einzelnen Gewerben ist deren Struktur von besonderer Bedeutung.

Die an der Heraufsetzung der unteren Löhne bis zur Währungsreform unmittelbar beteiligten

Gewerbegruppen (Bekleidungsgerber, Schuhindustrie, Bautischlerei usw.) zeigen vom Juni 1948 bis September 1951 eine wesentlich schwächere Zunahme als diejenigen der übrigen Gewerbegruppen. Auffallend ist die außerordentliche überdurchschnittliche Verdienststeigerung im Baugewerbe sowohl der Stunden- als auch der Wochenverdienste.

Aus dem Titelblatt-Schaubild ist zu entnehmen, daß die Stundenverdienste in den Leistungsgruppen seit der Währungsreform im großen und ganzen die gleiche Tendenz aufweisen. Im Gesamtdurchschnitt aller Gewerbegruppen er-

Übersicht 2

**Die Zunahme der durchschnittlichen Brutto-Stunden- und Brutto-Wochenverdienste
Juni 1948 bis September 1951
(nach Gewerbegruppen)**

Gewerbegruppen	Juni 1948				September 1951				Die prozentuale Zunahme liegt			
	unter dem Durchschnitt aller Gewerbegruppen		über dem Durchschnitt aller Gewerbegruppen		unter dem Durchschnitt aller Gewerbegruppen		über dem Durchschnitt aller Gewerbegruppen		unter dem Durchschnitt aller Gewerbegruppen		über dem Durchschnitt aller Gewerbegruppen	
	je Stunde R/Dpf	je Woche R/DM	je Stunde R/Dpf	je Woche R/DM	je Stunde Dpf	je Woche DM	je Stunde Dpf	je Woche DM	je Stunde von Hundert	je Woche von Hundert	je Stunde von Hundert	je Woche von Hundert
Nichteisenmetall-Industrie	—	—	138,9	52,39	—	—	188,0	95,61	35,3	—	—	82,5
Gießerei-Industrie	—	—	136,4	53,40	—	—	181,3	88,96	32,9	66,6	—	—
Metallverarbeitende Industrie	—	—	120,1	46,94	—	—	170,5	83,94	42,0	78,8	—	—
Chemische Industrie ¹⁾	107,4	43,17	—	—	164,7	78,14	—	—	—	—	53,4	81,0
Steine und Erden	—	—	126,5	53,87	165,0	—	—	84,40	30,4	56,7	—	—
Glasindustrie	95,4	42,66	—	—	139,6	74,13	—	—	46,3	73,8	—	—
Baugewerbe einschl. Baunebengew.	—	—	130,9	48,06	—	—	198,9	95,95	—	—	51,9	99,6
Sägeindustrie	—	—	117,0	47,10	141,6	67,76	—	—	21,0	43,9	—	—
Bautischlerei, Möbelherstellung u. s. Holzwaren	—	45,04	125,1	—	150,0	68,93	—	—	19,9	53,0	—	—
Papierverarbeitende Industrie	91,4	34,87	—	—	119,7	58,17	—	—	31,0	66,8	—	—
Buchdruckgewerbe	—	—	134,9	56,84	—	—	172,1	81,42	27,6	43,2	—	—
Flachdruckgewerbe	—	—	146,0	58,36	—	—	—	81,38	12,1	39,4	—	—
Textilindustrie	76,2	30,19	—	—	126,3	52,67	—	—	—	74,5	65,7	—
Bekleidungsindustrie	95,6	35,70	—	—	116,4	52,37	—	—	21,8	46,7	—	—
Ledererzeugende Industrie	—	—	117,2	47,69	166,6	50,61	—	—	42,2	6,1	—	—
Lederverarbeitende Industrie	111,9	41,84	—	—	139,1	60,66	—	—	24,3	45,0	—	—
Schuhindustrie	102,9	33,81	—	—	123,9	48,35	—	—	20,4	43,0	—	—
Nahrungs- u. Genußmittel-Ind.	101,8	41,82	—	—	140,7	68,27	—	—	38,2	63,2	—	—
Braugewerbe	—	—	122,2	59,09	—	—	178,3	99,58	45,9	68,5	—	—
Kunststoffverarbeitung	112,0	43,26	—	—	146,3	67,93	—	—	30,6	57,0	—	—
Gesamtdurchschnitt	114,7	45,46	114,7	45,46	168,4	81,33	168,4	81,33	46,8	78,9	46,8	78,9

¹⁾ einschl. Kautschuk- und Mineralölindustrie.

höhten sich am stärksten die **Stundenverdienste** der am höchsten liegenden **männlichen Facharbeiter**, und zwar vom **Juni 1948 bis September 1951 um 47,6 v. H.** Dann folgen die am schlechtesten bezahlten weiblichen Hilfsarbeiter, die um 46,5 v. H. zugenommen haben.

Über die **Nivellierung der Einkommen** der Industriearbeiter ist zu sagen, daß die Spannen zwischen den Löhnen der weiblichen und männlichen Hilfsarbeiter und der männlichen Facharbeiter vom September 1946 bis Juni 1948 um 4,7 bzw. 2,0 v. H. geringer geworden sind. Aus den Ergebnissen der letzten Erhebung ist aber zu entnehmen, daß die Nivellierung der Löhne in der Industrie vorerst zum Abschluß gekommen ist. Inwieweit diese Nivellierungstendenzen auch auf die Gehälter zutreffen, soll später untersucht werden.

Die Spannen zwischen den durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten für die verschiedenen Leistungsgruppen

Leistungsgruppen	September 1946		Juni 1948		September 1951	
	Brutto-Stundenlohn Rpf	v. H. v. Facharb.-Verdienst ¹⁾	Brutto-Stundenlohn R/Dpf	v. H. v. Facharb.-Verdienst	Brutto-Stundenlohn Dpf	v. H. v. Facharb.-Verdienst
weibliche Hilfsarbeiter	63,3	52,7	75,3	57,4	110,3	57,0
männliche Hilfsarbeiter	98,6	82,0	110,2	84,0	158,6	81,9
männliche Facharbeiter	120,2	100,0	131,2	100,0	193,6	100,0

¹⁾ Die entsprechenden Zahlen für September 1938 (früheres Reichsgebiet) betragen für weibliche Hilfsarbeiter 51,4 v. H., für männliche Hilfsarbeiter 77,2 v. H.

Die Zunahme der **Nominaleinkommen** besagt noch nichts darüber, wie sich die **Kaufkraft**, die vom Einkommen und von den Preisen abhängt, verändert hat. Denn dafür ist nicht das **Nominaleinkommen**, sondern in erster Linie das **Realeinkommen** entscheidend.

Um die **Entwicklung der Reallohne** festzustellen, müßte die **Bewegung der Wochenverdienste** mit den im **Lebenshaltungsindex** zum Ausdruck kommenden **Kleinhandelspreisen** verglichen werden. Hierbei muß von den **Nettoverdiensten** ausgegangen werden, da auch die **Preisindexziffer** für die **Lebenshaltungskosten** die **direkten Steuern** und die **Beiträge zur Sozialversicherung** nicht berücksichtigt. Eine **Reallohnberechnung** auf dieser Basis ist jedoch nicht befriedigend durchzuführen, weil einmal die **Nettoverdienste** der Arbeiter nicht laufend ermittelt werden, zum anderen der **Lebenshaltungskostenindex** — wie wiederholt in dieser Zeitschrift erwähnt — **erhebliche Mängel aufweist**¹⁾. Es handelt sich da um **Probleme**, die **statistisch lösbar** sind und deren **Lösung** im **Interesse des sozialen Friedens** ganz anders von den **Sozialpartnern** und der **Bundesstatistik** in der **zurückliegenden Zeit** hätte **vorangetrieben** werden müssen.

Andererseits darf bei der Frage des **Reallohnes** nicht übersehen werden, daß sich die **soziale Lage der Arbeiterschaft** eines Landes **nicht allein nach der Höhe des Reallohns** des einzelnen Arbeiters bemißt, sondern nach der **Gesamtheit der Arbeitskommens- und Lebensverhältnisse** der Arbeiter,

¹⁾ vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1951, Heft 3.

wozu auch die Arbeitslosen gehören. Bis Ende vorigen Jahres hat sich die Zahl der Arbeitslosen (nur Arbeiter) in Hamburg auf 87 600 erhöht, d. h. rd. ein Sechstel aller Arbeiter sind arbeitslos und leben von Unterstützungen. Abgesehen von den moralischen Schäden, die mit dem Brachliegen von Zehntausenden von Arbeitskräften verbunden sind, wird die materielle Lage der Arbeiterschaft durch lang anhaltende Beschäftigungslosigkeit außerordentlich verschlechtert.

2. Die Arbeitszeit der Industriearbeiter

Die Länge der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit ist ein wichtiger Gradmesser der jeweiligen allgemeinen Produktionsverhältnisse und für die Arbeits- und Sozialpolitik sowie für die Charakteristik der Lohnlage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Deshalb soll im folgenden zur Abrundung und Ergänzung des bisher gewonnenen Bildes auch die Arbeitszeit näher betrachtet werden.

Seit etwa 30 Jahren beträgt die tarifliche Arbeitszeit in der Industrie 48 Stunden in der Woche, während sie vor dem ersten Weltkrieg mit 54 bis 60 Stunden angegeben wurde. Der Staat versuchte Anfang der dreißiger Jahre, in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit, die gesetzliche Arbeitszeit auf dem Verordnungswege (Notverordnungen) herabzusetzen; doch war der Erfolg dieser Aktion nicht erheblich. Das Einsetzen des Rückganges der Arbeitszeit erfolgte erst später. Auch in der Textilindustrie erzielten die in den Jahren 1934 und 1935 wegen der Rohstoffschwierigkeiten erlassenen Verordnungen zur Herabsetzung der Arbeitszeit nicht den gewünschten Zweck. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, daß sich die Arbeitszeit nur bis zu einer hauptsächlich durch die Betriebsunkosten bestimmten Grenze verringern läßt.

Die tarifliche Norm der 48-Stunden-Woche wurde in den Jahren 1937/38 etwa eingehalten. In

den folgenden Jahren nahm die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit immer mehr zu und erreichte in den Kriegsjahren in einigen Industrien sogar 60 Stunden und mehr in der Woche. Nach dem zweiten Weltkrieg trat eine starke Arbeitszeitverkürzung ein, und bis zur Währungsreform bewegte sich die Arbeitszeit im ganzen, abgesehen von den vorübergehenden saisonmäßigen Schwankungen, durchschnittlich bei 39 Stunden wöchentlich. Seit Mitte des Jahres 1948 ergab sich im Zusammenhang mit der um diese Zeit einsetzenden Belebung der Produktion ein Anstieg der Zahl der beschäftigten Arbeiter und insbesondere auch der wöchentlichen Arbeitszeit.

Im September 1951 betrug die Wochenarbeitszeit 48,3 Stunden gegenüber 39,7 Stunden im Jahre 1948. Am stärksten ist sie von der Währungsreform bis Ende 1948 gestiegen. **Im Dezember 1948 lag der Durchschnitt der wöchentlichen Arbeitszeit in der Industrie bereits bei 45 Stunden.** Die Industrie scheint in diesen Monaten bestrebt gewesen zu sein, durch Verlängerung der Arbeitszeit möglichst bald wieder zu einer im Vergleich zur Krise günstigeren Unkostengestaltung zu gelangen. Die Kurzarbeit, ein Hauptmerkmal der überwundenen Wirtschaftskrise, hatte sicherlich anteilmäßig höhere Unkosten zur Folge. Ferner waren besonders in den ersten Monaten nach der Währungsreform die Betriebe zum Teil technisch nicht in der Lage, den erhöhten Anforderungen sogleich in vollem Umfang durch Arbeitereinstellungen Rechnung zu tragen. Daher wurde in den einzelnen Betrieben vor allem erst einmal die Arbeitszeit der bereits beschäftigten Arbeiter erhöht.

Im Jahre 1949 betrug die Wochenarbeitszeit etwa 47 Stunden, in den Jahren 1950 und 1951, abgesehen von den saisonalen Schwankungen, sogar 48 1/2 Stunden. Ausschlaggebend für das Ansteigen der Arbeitszeit seit 1950 dürfte die Entwicklung in den Produktionsgüter-Ind-

Übersicht 3

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Industriearbeiter in wichtigen Gewerbegruppen (in Stunden)

Zeit	Produktionsgüterindustrie	darunter					Konsumgüterindustrie	darunter						
		Nichteisenmetallindustrie	Gießereiindustrie	Metallverarbeitende Industrie	Baugewerbe	Steine und Erden		Chemische Industrie	Kautschukindustrie	Mineralölindustrie	Bautischlerei, Möbelerstell. u. sonst. Holzwaren	Buchdruckgewerbe	Textilindustrie	Nährs- und Genußmittelindustrie
1948 Juni	38,3	37,7	39,1	39,1	36,7	42,4	41,4	40,2	.	.	36,0	42,1	39,6	46,2
September	42,0	45,1	41,5	42,7	40,7	44,6	42,9	43,5	.	.	39,3	45,3	42,2	44,2
Dezember	43,7	45,7	46,4	46,9	39,6	46,3	46,7	47,0	.	.	44,9	49,3	43,7	47,5
1949 März	45,5	49,6	45,0	47,0	44,0	46,2	46,5	47,8	.	.	45,3	46,7	43,4	46,1
Juni	47,6	49,9	46,9	47,6	47,6	49,8	46,6	48,1	.	.	45,9	47,3	43,7	46,1
September	47,2	49,6	44,0	48,1	45,9	53,7	48,3	49,7	.	.	47,5	49,3	44,2	49,3
Dezember	46,2	49,3	47,6	48,3	44,0	49,7	47,9	48,4	.	.	48,0	50,8	44,0	48,0
1950 März	48,2	50,9	48,9	49,4	47,0	49,2	46,4	48,3	44,4	52,5	45,8	47,5	44,3	46,1
Juni	48,9	50,3	50,1	49,4	48,3	50,2	47,1	49,2	45,3	52,9	47,6	47,3	44,5	46,6
September	49,0	49,6	49,7	49,2	48,7	50,7	48,6	49,5	48,0	51,4	46,8	49,9	45,3	49,2
Dezember	47,7	49,1	48,4	49,7	44,9	52,6	48,0	48,6	48,5	54,0	47,8	49,5	45,2	47,4
1951 März	48,9	48,8	51,1	49,6	47,9	51,9	48,2	48,4	48,1	51,0	46,6	48,0	45,9	48,5
Juni	49,2	50,3	51,4	49,8	48,1	55,4	47,8	48,8	46,7	51,7	45,8	47,3	45,4	48,3
September	48,9	50,8	49,1	49,2	48,2	51,2	47,3	48,4	46,0	49,0	46,0	47,3	41,7	48,5

dustrien sein; mit rund 49 Stunden in den Jahren 1950/51 wurde wöchentlich über 3 Stunden länger gearbeitet als im Jahre 1949. Am stärksten ist die Arbeitszeit in der Gewerbegruppe Steine und Erden und in der Gießerei-Industrie gestiegen.

In den Konsumgüter-Industrien hat sich die Arbeitszeit im Jahre 1951 im ganzen gesehen vermindert. In verschiedenen Industrien ist, vor allem wegen des schleppenden Absatzes, mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter auch die Arbeitszeit zurückgegangen.

Seit September 1950 wird vierteljährlich die Zahl der geleisteten zuschlagpflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden gesondert erhoben. Dadurch ist für diesen Teil der Arbeitszeit, der der maßgebende Faktor für die laufende Anpassung der Arbeitszeit an die Produktionsverhältnisse ist, eine getrennte Feststellung der Entwicklung möglich. Die Zahl der Über-

stunden ist im Gesamtdurchschnitt aller Industriegruppen seit September 1950 im großen und ganzen unverändert geblieben.

In der Woche werden je Arbeiter 2 Überstunden geleistet. In den einzelnen Gewerbegruppen ist die Entwicklung jedoch sehr verschieden, wie die Übersicht 4 zeigt. Am meisten Mehrarbeit wurde von den männlichen Arbeitern geleistet, am wenigsten von den Arbeiterinnen. Dies erklärt sich einmal aus den sozialrechtlichen Beschränkungen der Frauenarbeit; auch können die verheirateten Arbeiterinnen wegen ihrer häuslichen Verpflichtungen dem Betriebe nicht in demselben Maße zur Verfügung stehen wie die Männer.

Bemerkenswert ist, daß in sämtlichen Industrien Überzeiten vorkamen, und daß die Gewerbegruppen, die die höchsten Arbeitszeiten aufzuweisen haben, im allgemeinen auch die meisten Überstunden leisten.

Übersicht 4

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit und die darin enthaltenen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden September 1950 — September 1951

Gewerbegruppen	September 1950			Dezember 1950			März 1951			Juni 1951			September 1951		
	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit			Durchschnittliche Wochenarbeitszeit			Durchschnittliche Wochenarbeitszeit			Durchschnittliche Wochenarbeitszeit			Durchschnittliche Wochenarbeitszeit		
	insgesamt	dar. bezahlte Über-, Sonn- und Feiertagsstunden	Anteil in v.H.	insgesamt	dar. bezahlte Über-, Sonn- und Feiertagsstunden	Anteil in v.H.	insgesamt	dar. bezahlte Über-, Sonn- und Feiertagsstunden	Anteil in v.H.	insgesamt	dar. bezahlte Über-, Sonn- und Feiertagsstunden	Anteil in v.H.	insgesamt	dar. bezahlte Über-, Sonn- und Feiertagsstunden	Anteil in v.H.
Nichteisenmetall-Industrie	49,6	3,5	7,1	49,1	6,0	12,2	48,8	4,7	9,6	50,3	3,7	7,4	50,8	4,5	8,9
Gießerei-Industrie	49,7	2,9	5,8	48,4	3,4	7,0	51,1	3,5	6,8	51,4	3,0	5,8	49,1	2,9	5,9
Metallverarbeitende Ind.	49,2	2,0	4,1	49,7	1,9	3,8	49,6	1,7	3,4	49,8	2,1	4,2	49,2	2,1	4,3
Chemische Industrie	49,5	2,6	5,3	48,6	2,0	4,1	48,4	2,0	4,1	48,8	2,5	5,1	48,4	1,6	3,3
Kautschuk-Industrie	48,0	1,4	2,9	48,5	1,5	3,1	48,1	1,5	3,1	46,7	0,9	1,9	46,0	0,8	1,7
Mineralöl-Industrie	51,4	4,3	8,4	54,0	7,8	14,4	51,0	4,4	8,6	51,7	4,1	7,9	49,9	2,7	5,4
Steine und Erden	50,7	4,6	9,1	52,6	5,5	10,5	51,9	5,1	9,8	55,4	7,5	13,5	51,2	4,9	9,6
Glasindustrie	50,9	3,9	7,7	51,1	4,6	9,0	50,6	3,6	7,1	49,3	2,5	5,1	53,1	6,4	12,1
Baugewerbe einschl. Baubengewerbe	48,7	3,0	6,2	44,9	2,7	6,0	47,9	2,3	4,8	48,1	1,9	4,0	48,2	2,0	4,1
Sägeindustrie	49,4	2,9	5,9	48,5	4,0	8,2	50,2	4,8	9,6	48,7	2,0	4,1	47,8	2,1	4,4
Bautischlerei, Möbelherstellung u. s. Holzwaren	46,8	0,9	1,9	47,8	2,3	4,8	46,6	1,6	3,4	45,8	0,5	1,1	46,0	0,4	0,9
Papierverarbeitende Industrie	49,3	3,0	6,1	48,1	3,2	6,7	48,2	1,3	2,7	49,0	1,7	3,5	48,6	2,0	4,1
Buchdruckgewerbe	49,9	2,5	5,0	49,5	3,0	6,1	48,0	1,3	2,7	47,3	1,1	2,3	47,3	1,0	2,1
Flachdruckgewerbe	53,6	5,0	9,3	50,0	3,5	7,0	51,1	2,6	5,1	49,1	2,3	4,7	49,7	3,3	6,6
Textilindustrie	45,3	0,4	0,9	45,2	0,8	1,8	45,9	0,5	1,1	45,4	0,5	1,1	41,7	0,5	1,2
Bekleidungsindustrie	45,9	1,3	2,8	46,3	2,2	4,8	48,1	2,0	4,2	46,6	1,0	2,1	45,0	0,7	1,6
Ledererzeugende Industrie	48,4	0,5	1,0	51,1	1,1	2,2	51,2	1,1	2,1	30,2	0,1	0,3	30,4	0,3	1,0
Lederverarbeitende Industrie	44,6	1,5	3,4	47,0	2,0	4,3	47,5	1,5	3,2	47,1	1,5	3,2	43,6	1,4	3,2
Nahrungs- und Genußmittel-Industrie	49,2	2,9	5,9	47,4	3,0	6,3	48,5	2,5	5,2	48,3	2,1	4,3	48,5	2,3	4,7
Braugewerbe	51,1	2,9	5,7	50,3	2,7	5,4	51,5	3,7	7,2	53,4	5,7	10,7	55,8	8,1	14,5
Kunststoffverarbeitende Industrie	48,5	1,6	3,3	45,7	1,2	2,6	49,2	1,2	2,4	47,6	0,4	0,8	46,4	0,7	1,5
Alle Gewerbegruppen	48,8	2,4	4,9	47,8	2,4	5,0	48,6	2,0	4,1	48,6	2,0	4,1	48,3	2,0	4,1
davon:															
Männl. Facharbeiter	49,6	2,6	5,2	48,3	2,5	5,2	49,4	2,3	4,7	49,8	2,4	4,8	49,0	2,2	4,5
Männl. angel. Arbeiter	49,5	3,1	6,3	49,4	3,8	7,7	49,4	2,4	4,9	49,5	2,4	4,8	49,1	2,5	5,1
Männl. Hilfsarbeiter	49,4	2,7	5,5	47,8	2,3	4,8	49,2	2,4	4,9	48,1	2,0	4,2	49,0	2,2	4,5
Alle männlichen Arbeiter	49,5	2,8	5,7	48,4	2,7	5,6	49,3	2,3	4,7	49,4	2,3	4,7	49,0	2,3	4,7
Weibl. Fach- und angel. Arbeiter	46,3	1,1	2,4	45,5	1,7	3,7	46,6	1,1	2,4	45,6	0,6	1,3	44,8	0,7	1,6
Weibliche Hilfsarbeiter	46,9	1,5	3,2	46,2	1,2 ¹⁾	2,6	46,3	0,9	1,9	46,3	0,8	1,7	46,7	1,5	3,2
Alle weiblichen Arbeiter	46,6	1,3	2,8	45,9	1,5	3,3	46,4	1,0	2,2	46,0	0,7	1,5	45,9	1,1	2,4

¹⁾ Berichtigte Zahl

3. Die Löhne in der Industrie im September 1951

Nach den Ergebnissen der Lohnsummenerhebung trat im September 1951 gegenüber Juni 1951 bei teilweise leicht steigenden Löhnen in der Produktionsgüter-Industrie und vereinzelt nachgebenden Löhnen in der Konsumgüter-Industrie keine wesentliche Veränderung des Gesamtniveaus der tatsächlichen Verdienste ein. Bei einem geringfügigen Rückgang der wöchentlichen Arbeitszeit (0,6 v. H.) und einer gegenüber der Entwicklung im ersten Halbjahr 1951 wesentlich schwächeren Zunahme der Stundenverdienste (0,7 v. H.), haben sich die Wochenverdienste für die industrielle Arbeiterschaft Hamburgs insgesamt kaum verändert.

Im Vergleich mit dem gleichen Berichtszeitraum des Vorjahres haben sich im Durchschnitt aller Gewerbegruppen die Brutto-Stundenverdienste von 143,0 Dpf um 17,8 v. H. auf 168,4 Dpf, die Brutto-Wochenverdienste von 69,85 DM um 16,4 v. H. auf 81,33 DM erhöht, während die wöchentliche Arbeitszeit von 48,8 Stunden um 1,0 v. H. auf 48,3 Stunden zurückgegangen ist. Dieser Rückgang der Arbeitszeit läßt den Schluß zu, daß die Erhöhung der Verdienste der Industriearbeiter seit September 1950 vorwiegend auf tarifliche Lohnerhöhungen zurückzuführen ist.

Während die tariflichen Stundenlohnsätze im 2. Quartal 1951 in fast allen Industriegruppen erhöht worden sind, wurden sie im 3. Quartal 1951 nur für einige Zweige folgender Gewerbegruppen geändert:

Tarifverträge in der Zeit vom 1. 7.—30. 9. 1951

Gewerbegruppen und Fabrikationszweige	Form der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens
Holzverarbeitende Industrie	Lohnvereinbarung	1. 7. 1951
Fischindustrie	Lohntarifvertrag	1. 7. 1951 ¹⁾
Kalksandsteinindustrie	Tarifvertrag	20. 8. 1951 ¹⁾
Betonsteingewerbe	Tarifvertrag	27. 8. 1951
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	Lohntarifvereinbarung	1. 9. 1951
Brot- und Backwaren-Industrie und Bäckerhandwerk	Lohnvereinbarung	16. 9. 1951 ¹⁾
Schlachterhandwerk und Fleischwaren-Industrie	Teuerungszulage	bis 30. 9. 1951

¹⁾ Lohnwoche, in die der angegebene Stichtag fällt.

Im Gesamtdurchschnitt der Industrie sind die **Brutto-Stundenverdienste gegenüber Juni 1951 um 1,2 Dpf auf 168,4 Dpf im September 1951 gestiegen**. Diese Zunahme kam vor allem den männlichen Arbeitskräften zugute, da die Verdienste der weiblichen Arbeitskräfte um ein geringes zurückgingen. Bei einigen Gewerbegruppen, die eine Erhöhung der Stunden- bzw. Wochenverdienste aufweisen, war eine geringfügige Zunahme der Arbeits- oder der Mehrarbeitsstunden bzw. die Tariflohnerhöhungen die Ursache. Bei den Gewerbegruppen, bei denen diese Erklärung für die Verdiensterhöhung nicht zutrifft, sind Verschiebungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach der Seite der höher entlohnten Arbeitskräfte als Ursache der Verdiensterhöhung anzusehen.

Von nennenswerter Bedeutung sind die Steigerungen der Brutto-Stundenverdienste im 3. Quartal 1951 in den folgenden Gewerbegruppen:

Baugewerbe	+ 6,1 Dpf oder 3,2 v. H.
Steine und Erden	+ 4,6 Dpf oder 2,9 v. H.
Papierverarbeitende Industrie	+ 4,2 Dpf oder 3,6 v. H.
Mineralöl-Industrie	+ 4,2 Dpf oder 2,3 v. H.
Glasindustrie	+ 3,9 Dpf oder 2,9 v. H.

Dagegen ist die Abnahme der Brutto-Stundenverdienste verhältnismäßig groß im Buchdruckgewerbe (4,2 v. H.), im Bekleidungs-gewerbe (2,3 v. H.) und in der Leder-verarbeitenden Industrie (1,8 v. H.).

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, die nach einem Nachkriegs-Höchststand von 48,8 Stunden (im Bund sogar 49,1 Stunden) im September 1950 bis zum Dezember 1950 vorwiegend saisonbedingt abgesunken war, holte im ersten Halbjahr 1951 den Verlust teilweise auf und ging im September 1951 auf 48,3 Stunden zurück. Im

Durchschnitt aller Industriegruppen ist jedoch keine Änderung in der Zahl der durchschnittlich je Arbeiter und Woche geleisteten zuschlagspflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden eingetreten. Der Rückgang der wöchentlichen Arbeitszeit wirkte sich nicht auf alle Gewerbegruppen gleichmäßig aus. Die stärksten Arbeitszeitverkürzungen traten auf:

Gesamte Wochenarbeitszeit

Steine und Erden	— 4,2 Stunden
Textilindustrie	— 3,7 Stunden
Lederverarbeitende Industrie	— 3,5 Stunden
Gießerei-Industrie	— 2,3 Stunden

Überstunden

Steine und Erden	— 2,6 Stunden
Mineralöl-Industrie	— 1,4 Stunden

In der Industrie Steine und Erden wurde damit die im 2. Quartal eingetretene erhebliche Zunahme der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit bis September 1951 wieder ausgeglichen; in der Textilindustrie und in der Leder-verarbeitenden Industrie scheint der durch die schlechte Absatzlage verursachte Tiefstand der Arbeitszeiten noch nicht überwunden zu sein.

Eine Zunahme der Arbeitszeit zeigte dagegen im Laufe des 3. Quartals nur die NE-Metallindustrie, das Flachdruckgewerbe und in höherem Maße die Glasindustrie und das Braugewerbe. Der Grund für die Erhöhung der Gesamtarbeitszeit in diesen Gruppen lag in der Vermehrung der Überstundenarbeit.

Im Hinblick auf die rückläufige Arbeitszeit und die wenig veränderten Stundenverdienste haben sich die Brutto-Wochenverdienste im Gesamtdurchschnitt nicht verändert. In den einzelnen Gewerbegruppen verlief die Entwicklung

jedoch nicht einheitlich. Die stärkste Abnahme der Wochenverdienste zeigen die folgenden Gewerbegruppen:

Lederverarbeitende Industrie	— 9,1 v. H.
Textil-Industrie	— 8,8 v. H.
Bekleidungsgewerbe	— 5,6 v. H.
Steine und Erden	— 5,0 v. H.
Buchdruckgewerbe	— 4,3 v. H.

Während also ein Teil der Gewerbegruppen im 3. Quartal 1951 eine Zunahme der Wochenverdienste aufweist, zeigt ein anderer aus den bereits bei der Betrachtung der Stundenverdienste und der Wochenarbeitszeiten erwähnten Gründen einen Rückgang.

H o h m a n n,
Dipl.-Volkswirt

Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste und Brutto-Wochenverdienste und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie der Hansestadt Hamburg Juni 1948 bis September 1951

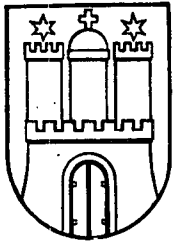
Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Juni 1951 Dpf	September 1951		Juni 1948 RM	Juni 1951 DM	September 1951		Juni 1948 Stunden	Juni 1951 Stunden	September 1951	
			in Dpf	+ oder — in v.H. gegen Juni 1951			in DM	+ oder — in v.H. gegen Juni 1951			in Stunden	+ oder — in v.H. gegen Juni 1951
1. Nichteisenmetall-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	143,2	192,4	193,6	+ 0,6	56,13	93,51	94,87	+ 1,5	39,2	48,6	49,0	+ 0,8
Männliche angelernte Arbeiter	151,1	192,4	193,8	+ 0,7	61,09	98,80	100,95	+ 2,2	40,4	51,4	52,1	+ 1,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	123,8	164,2	168,1	+ 2,4	42,72	80,74	83,35	+ 3,2	34,5	49,2	49,6	+ 0,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	138,9	186,0	188,3	+ 1,2	52,39	93,52	95,76	+ 2,4	37,7	50,3	50,9	+ 1,2
Alle Arbeiter	138,9	185,7	188,0	+ 1,2	52,39	93,31	95,61	+ 2,5	37,7	50,3	50,8	+ 1,0
2. Gießerei-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	148,3	195,4	199,7	+ 2,2	57,61	98,68	97,23	— 1,5	38,8	50,5	48,7	— 3,6
Männliche angelernte Arbeiter	137,0	185,2	186,1	+ 0,5	53,43	97,98	89,98	— 8,2	39,0	52,9	48,3	— 8,7
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,9	155,5	156,0	+ 0,3	43,43	78,90	78,50	— 0,5	40,3	50,8	50,3	— 1,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	136,4	179,7	181,5	+ 1,0	53,40	92,36	89,08	— 3,6	39,1	51,4	49,1	— 4,5
Alle Arbeiter	136,4	179,6	181,3	+ 0,9	53,40	92,27	88,96	— 3,6	39,1	51,4	49,1	— 4,5
3. Metallverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	129,1	183,4	182,3	— 0,6	50,14	92,71	90,32	— 2,6	38,8	50,6	49,5	— 2,2
Männliche angelernte Arbeiter	118,1	164,8	165,1	+ 0,2	46,31	81,30	80,10	— 1,5	39,2	49,3	48,5	— 1,6
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,0	142,3	144,1	+ 1,3	42,13	68,44	69,44	+ 1,5	39,8	48,1	48,2	+ 0,2
Alle männlichen Arbeiter . . .	125,1	176,1	175,7	— 0,2	48,77	88,21	86,53	— 1,9	39,0	50,1	49,2	— 1,8
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	86,5	131,0	131,8	+ 0,6	31,18	62,73	63,24	+ 0,8	36,1	47,9	48,0	+ 0,2
Weibl. Hilfsarbeiter	75,9	119,5	122,6	+ 2,6	31,09	55,93	60,85	+ 8,8	41,0	46,8	49,6	+ 6,0
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,8	121,9	124,4	+ 2,1	31,11	57,32	61,33	+ 7,0	40,0	47,0	49,3	+ 4,9
Alle Arbeiter	120,1	171,2	170,5	— 0,4	46,94	85,28	83,94	— 1,6	39,1	49,8	49,2	— 1,2
davon:												
Eisen- und Metallwarenherstellung												
Männliche Facharbeiter . . .	·	180,3	181,6	+ 0,7	·	88,44	88,68	+ 0,3	·	49,0	48,8	— 0,4
Männliche angelernte Arbeiter	·	173,6	176,6	+ 1,7	·	83,78	87,54	+ 4,5	·	48,3	49,6	+ 2,7
Männliche Hilfsarbeiter . . .	·	138,3	143,6	+ 3,8	·	69,16	70,60	+ 2,1	·	50,0	49,2	— 1,6
Alle männlichen Arbeiter . . .	·	169,5	172,6	+ 1,8	·	83,01	84,81	+ 2,2	·	49,0	49,1	+ 0,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	·	133,9	135,9	+ 1,5	·	61,98	62,90	+ 1,5	·	46,3	46,3	± 0
Weibl. Hilfsarbeiter	·	124,5	124,3	— 0,2	·	55,62	56,63	+ 1,8	·	44,7	45,5	+ 1,8
Alle weiblichen Arbeiter . . .	·	125,3	125,4	+ 0,1	·	56,15	57,19	+ 1,9	·	44,8	45,6	+ 1,8
Alle Arbeiter	·	149,6	152,0	+ 1,6	·	70,29	72,25	+ 2,8	·	47,0	47,5	+ 1,1
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau einschl. Eisen- und Stahlkonstruktionsbau												
Männliche Facharbeiter . . .	·	184,1	182,9	— 0,7	·	93,27	90,82	— 2,6	·	50,7	49,7	— 2,0
Männliche angelernte Arbeiter	·	164,5	164,3	— 0,1	·	81,06	79,61	— 1,8	·	49,3	48,5	— 1,6
Männliche Hilfsarbeiter . . .	·	143,5	145,7	+ 1,5	·	68,62	69,90	+ 1,9	·	47,8	48,0	+ 0,4
Alle männlichen Arbeiter . . .	·	176,8	176,4	— 0,2	·	88,62	86,97	— 1,9	·	50,1	49,3	— 1,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	·	123,5	123,1	— 0,3	·	57,92	57,52	— 0,7	·	46,9	46,7	— 0,4
Weibl. Hilfsarbeiter	·	121,8	120,6	— 1,0	·	54,55	57,29	+ 5,0	·	44,8	47,5	+ 6,0
Alle weiblichen Arbeiter . . .	·	122,3	121,4	— 0,7	·	55,57	57,37	+ 3,2	·	45,4	47,3	+ 4,2
Alle Arbeiter	·	176,4	176,0	— 0,2	·	88,36	86,72	— 1,9	·	50,1	49,3	— 1,6

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Juni 1951 Dpf	September 1951		Juni 1948 RM	Juni 1951 DM	September 1951		Juni 1948 Stunden	Juni 1951 Stunden	September 1951	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951			in DM	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951
Elektrotechnische Industrie												
Männliche Facharbeiter	181,4	179,9	- 0,8		91,71	89,62	- 2,3		50,6	49,8	- 1,6	
Männliche angelernte Arbeiter	164,1	165,0	+ 0,5		81,89	80,39	- 1,8		49,9	48,7	- 2,4	
Männliche Hilfsarbeiter	134,9	137,6	+ 2,0		66,57	67,99	+ 2,1		49,4	49,4	± 0	
Alle männlichen Arbeiter	175,0	173,9	- 0,6		88,14	86,25	- 2,1		50,4	49,6	- 1,6	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	132,1	133,1	+ 0,8		63,44	64,89	+ 2,3		48,0	48,8	+ 1,7	
Weibl. Hilfsarbeiter	117,9	123,3	+ 4,6		56,60	64,18	+ 13,4		48,0	52,1	+ 8,5	
Alle weiblichen Arbeiter	121,2	125,3	+ 3,4		58,18	64,33	+ 10,6		48,0	51,3	+ 6,9	
Alle Arbeiter	156,7	156,0	- 0,4		77,63	78,34	+ 0,9		49,5	50,2	+ 1,4	
Feinmechanische und optische Industrie												
Männliche Facharbeiter	174,4	177,3	+ 1,7		86,07	83,09	- 3,5		49,3	46,9	- 4,9	
Männliche angelernte Arbeiter	159,4	159,6	+ 0,1		79,88	74,19	- 7,1		50,1	46,5	- 7,2	
Männliche Hilfsarbeiter	136,6	134,0	- 1,9		66,95	63,22	- 5,6		49,0	47,2	- 3,7	
Alle männlichen Arbeiter	169,2	169,9	+ 0,4		83,63	79,61	- 4,8		49,4	46,9	- 5,1	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	127,9	126,7	- 0,9		63,10	58,86	- 7,5		49,3	46,1	- 6,5	
Weibl. Hilfsarbeiter	107,3	108,6	+ 1,2		51,97	50,62	- 2,6		48,4	46,6	- 3,7	
Alle weiblichen Arbeiter	114,9	114,3	- 0,5		56,06	53,06	- 5,4		48,8	46,4	- 4,9	
Alle Arbeiter	160,3	160,5	+ 0,1		79,05	75,10	- 5,0		49,3	46,8	- 5,1	
4. Chemische Industrie												
Männliche Facharbeiter	184,1	184,6	+ 0,3		96,52	93,33	- 3,3		52,4	50,6	- 3,4	
Männliche angelernte Arbeiter	170,2	170,6	+ 0,2		86,97	85,36	- 1,9		51,1	50,0	- 2,2	
Männliche Hilfsarbeiter	158,8	157,5	- 0,8		76,75	77,70	+ 1,2		48,3	49,3	+ 2,1	
Alle männlichen Arbeiter	170,3	169,9	- 0,2		85,79	84,84	- 1,1		50,4	49,9	- 1,0	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	114,2	114,8	+ 0,5		53,37	51,66	- 3,2		46,7	45,0	- 3,6	
Weibl. Hilfsarbeiter	108,0	107,5	- 0,5		50,42	49,85	- 1,1		46,7	46,4	- 0,6	
Alle weiblichen Arbeiter	108,6	108,2	- 0,4		50,70	50,04	- 1,3		46,7	46,2	- 1,1	
Alle Arbeiter	145,6	145,1	- 0,3		71,09	70,17	- 1,3		48,8	48,4	- 0,8	
5. Kautschuk-Industrie												
Männliche Facharbeiter	213,5	213,8	+ 0,1		105,08	103,64	- 1,4		49,2	48,5	- 1,4	
Männliche angelernte Arbeiter	191,0	191,8	+ 0,4		89,99	89,86	- 0,1		47,1	46,8	- 0,6	
Männliche Hilfsarbeiter	155,1	156,5	+ 0,9		70,89	71,70	+ 1,1		45,7	45,8	+ 0,2	
Alle männlichen Arbeiter	200,2	201,2	+ 0,5		96,29	95,85	- 0,5		48,1	47,6	- 1,0	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	142,8	140,3	- 1,8		66,72	62,35	- 6,5		46,7	44,4	- 4,9	
Weibl. Hilfsarbeiter	121,1	122,7	+ 1,3		52,04	52,75	+ 1,4		43,0	43,0	± 0	
Alle weiblichen Arbeiter	134,1	133,4	- 0,5		60,50	58,55	- 3,2		45,1	43,9	- 2,7	
Alle Arbeiter	170,4	172,4	+ 1,2		79,59	79,24	- 0,4		46,7	46,0	- 1,5	
6. Mineralöl-Industrie												
Männliche Facharbeiter	196,4	202,2	+ 3,0		103,25	101,77	- 1,4		52,6	50,3	- 4,4	
Männliche angelernte Arbeiter	175,5	181,4	+ 3,4		90,69	90,13	- 0,6		51,7	49,7	- 3,9	
Männliche Hilfsarbeiter	168,1	171,9	+ 2,3		83,83	85,05	+ 1,5		49,9	49,5	- 0,8	
Alle männlichen Arbeiter	185,6	189,1	+ 1,9		96,24	94,45	- 1,9		51,9	49,9	- 3,9	
Alle Arbeiter	184,0	188,2	+ 2,3		95,17	93,90	- 1,3		51,7	49,9	- 3,5	
7. Steine und Erden												
Männliche Facharbeiter	130,6	171,0	+ 2,9	57,87	101,61	89,64	- 11,8	44,3	59,4	51,0	- 14,1	
Männliche angelernte Arbeiter	132,4	153,8	+ 5,1	60,39	81,31	84,88	+ 4,4	45,6	52,9	52,5	- 0,8	
Männliche Hilfsarbeiter	122,3	154,3	+ 3,0	49,85	82,46	78,18	- 5,2	40,8	53,4	49,2	- 7,9	
Alle männlichen Arbeiter	126,5	160,6	+ 2,8	53,87	89,06	84,53	- 5,1	42,6	55,5	51,2	- 7,7	
Alle Arbeiter	126,5	160,4	+ 2,9	53,87	88,85	84,40	- 5,0	42,6	55,4	51,2	- 7,6	
8. Glasindustrie												
Männliche Facharbeiter	110,8	166,8	+ 1,0	55,80	87,34	92,03	+ 5,4	50,3	52,4	54,6	+ 4,2	
Männliche angelernte Arbeiter	112,5	147,4	+ 0,1	55,56	73,36	78,22	+ 6,6	49,4	49,8	53,1	+ 6,6	
Männliche Hilfsarbeiter	92,9	131,9	+ 3,3	40,83	64,85	71,03	+ 9,5	43,9	49,1	52,1	+ 6,1	
Alle männlichen Arbeiter	101,9	145,5	+ 2,5	47,56	73,01	79,21	+ 8,5	46,7	50,2	53,1	+ 5,8	
Weibl. Hilfsarbeiter	63,2	95,6	+ 5,8	23,54	44,15	53,28	+ 20,7	37,2	46,2	52,7	+ 14,1	
Alle weiblichen Arbeiter	64,4	96,9	+ 6,1	24,16	44,47	54,49	+ 22,5	37,5	45,9	53,0	+ 15,5	
Alle Arbeiter	95,4	135,7	+ 2,9	42,66	66,82	74,13	+ 10,9	44,7	49,3	53,1	+ 7,7	

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 RpF	Juni 1951 Dpf	September 1951		Juni 1948 RM	Juni 1951 DM	September 1951		Juni 1948 Stunden	Juni 1951 Stunden	September 1951	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951			in DM	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951
9. Baugewerbe einschl. Baunebengewerbe												
Männliche Facharbeiter	135,6	202,2	207,7	+ 2,7	49,80	98,19	100,09	+ 1,9	36,7	48,6	48,2	- 0,8
Männliche angelernte Arbeiter	132,3	189,3	201,4	+ 6,4	49,25	94,53	101,08	+ 6,9	37,2	49,9	50,2	+ 0,6
Männliche Hilfsarbeiter	116,3	169,0	171,2	+ 1,3	42,23	77,91	81,63	+ 4,8	36,3	46,1	47,7	+ 3,5
Alle männlichen Arbeiter	130,9	193,5	199,4	+ 3,2	48,06	93,00	96,26	+ 3,5	36,7	48,1	48,3	+ 0,4
Alle Arbeiter	130,9	192,8	198,9	+ 3,2	48,06	92,74	95,95	+ 3,5	36,7	48,1	48,2	+ 0,2
10. Sägeindustrie												
Männliche Facharbeiter	123,9	167,7	175,9	+ 4,9	48,84	82,48	84,13	+ 2,0	39,4	49,2	47,8	- 2,8
Männliche angelernte Arbeiter	149,8	154,3	+ 3,0	72,97	72,79	- 0,2	48,7	47,2	- 3,1
Männliche Hilfsarbeiter	104,8	132,9	133,6	+ 0,5	45,13	64,46	64,14	- 0,5	43,0	48,5	48,0	- 1,0
Alle männlichen Arbeiter	117,0	146,1	148,7	+ 1,8	47,10	71,21	71,05	- 0,2	40,3	48,7	47,8	- 1,8
Alle Arbeiter	117,0	139,1	141,6	+ 1,8	47,10	67,77	67,76	± 0	40,3	48,7	47,8	- 1,8
11. Bautischlerei, Möbelherstellung und sonstige Holzwaren												
Männliche Facharbeiter	136,7	172,2	171,9	- 0,2	52,40	78,43	79,17	+ 0,9	38,3	45,6	46,0	+ 0,9
Männliche angelernte Arbeiter	128,4	143,1	143,7	+ 0,4	48,95	66,59	66,37	- 0,3	38,1	46,5	46,2	- 0,6
Männliche Hilfsarbeiter	107,3	126,3	126,5	+ 0,2	38,22	59,86	58,71	- 1,9	35,6	47,4	46,4	- 2,1
Alle männlichen Arbeiter	129,1	160,2	160,0	- 0,1	48,62	73,71	73,81	+ 0,1	37,7	46,0	46,1	+ 0,2
Weibl. Hilfsarbeiter	68,1	105,9	106,0	+ 0,1	13,35	47,71	47,96	+ 0,5	19,6	45,1	45,3	+ 0,4
Alle weiblichen Arbeiter	72,9	106,1	106,3	+ 0,2	16,58	47,57	48,09	+ 1,1	22,8	44,9	45,2	+ 0,7
Alle Arbeiter	125,1	149,4	150,0	+ 0,4	45,04	68,36	68,93	+ 0,8	36,0	45,8	46,0	+ 0,4
12. Papierverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter	137,4	185,8	189,1	+ 1,8	59,10	94,74	97,44	+ 2,8	43,0	51,0	51,5	+ 1,0
Männliche angelernte Arbeiter	138,5	171,0	169,8	- 0,7	55,90	86,12	86,06	- 0,1	40,4	50,4	50,7	+ 0,6
Männliche Hilfsarbeiter	109,2	146,6	151,8	+ 3,5	44,41	74,31	77,99	+ 5,0	40,7	50,7	51,4	+ 1,4
Alle männlichen Arbeiter	123,2	163,2	166,7	+ 2,1	51,16	82,80	85,55	+ 3,3	41,5	50,7	51,3	+ 1,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	81,1	109,9	113,4	+ 3,2	30,03	53,80	54,43	+ 1,2	37,0	48,9	48,0	- 1,8
Weibl. Hilfsarbeiter	69,7	87,4	87,1	- 0,3	25,29	41,92	41,31	- 1,5	36,3	48,0	47,4	- 1,3
Alle weiblichen Arbeiter	75,9	101,1	104,3	+ 3,2	27,84	49,10	49,83	+ 1,5	36,7	48,6	47,8	- 1,6
Alle Arbeiter	91,4	115,5	119,7	+ 3,6	34,87	56,66	58,17	+ 2,7	38,1	49,0	48,6	- 0,8
13. Buchdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter	156,9	216,1	210,1	- 2,8	65,73	104,11	100,81	- 3,2	41,9	48,2	48,0	- 0,4
Männliche angelernte Arbeiter	135,7	191,2	188,2	- 1,6	56,29	93,25	92,53	- 0,8	41,5	48,8	49,2	+ 0,8
Männliche Hilfsarbeiter	154,7	154,3	- 0,3	74,45	74,91	+ 0,6	48,1	48,5	+ 0,8
Alle männlichen Arbeiter	153,8	208,3	203,4	- 2,4	64,42	100,44	97,92	- 2,5	41,9	48,2	48,1	- 0,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	92,2	112,3	109,2	- 2,8	39,50	50,44	49,50	- 1,9	42,9	44,9	45,3	+ 0,9
Weibl. Hilfsarbeiter	76,0	73,6	- 3,2	35,20	34,80	- 1,1	46,3	47,3	+ 2,2
Alle weiblichen Arbeiter	90,2	105,9	103,4	- 2,4	38,53	47,79	47,19	- 1,3	42,7	45,1	45,6	+ 1,1
Alle Arbeiter	134,9	179,7	172,1	- 4,2	56,84	85,05	81,42	- 4,3	42,1	47,3	47,3	± 0
14. Flachdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter	162,8	221,6	223,1	+ 0,7	66,96	110,06	115,82	+ 5,2	41,1	49,7	51,9	+ 4,4
Männliche Hilfsarbeiter	171,5	161,1	- 6,1	90,86	81,21	- 10,6	53,0	50,4	- 4,9
Alle männlichen Arbeiter	159,2	206,0	203,9	- 1,0	64,62	103,64	105,43	+ 1,7	40,6	50,3	51,7	+ 2,8
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	111,7	117,0	+ 4,7	52,83	58,41	+ 10,6	47,3	49,9	+ 5,8
Weibl. Hilfsarbeiter	95,3	93,4	- 2,0	45,12	42,67	- 5,4	47,4	45,7	- 3,6
Alle weiblichen Arbeiter	102,1	101,1	- 1,0	48,33	47,47	- 1,8	47,3	47,0	- 0,6
Alle Arbeiter	146,0	165,7	163,6	- 1,3	58,36	81,41	81,38	± 0	40,0	49,1	49,7	+ 1,2
15. Textilindustrie												
Männliche Facharbeiter	118,7	171,2	169,4	- 1,1	50,95	84,29	73,66	- 12,6	42,9	49,2	43,5	- 11,6
Männliche angelernte Arbeiter	104,6	155,2	158,4	+ 2,1	43,61	76,75	70,59	- 8,0	41,7	49,4	44,6	- 9,7
Männliche Hilfsarbeiter	89,3	144,0	142,8	- 0,8	37,92	73,02	70,86	- 3,0	42,5	50,7	49,6	- 2,2
Alle männlichen Arbeiter	106,2	157,3	157,0	- 0,2	45,00	78,22	71,67	- 8,4	42,4	49,7	45,7	- 8,0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	64,1	123,8	121,2	- 2,1	24,58	54,02	48,16	- 10,8	38,3	43,6	39,7	- 8,9
Weibl. Hilfsarbeiter	63,7	103,9	104,3	+ 0,4	25,27	47,61	44,64	- 6,2	39,7	45,8	42,8	- 6,6
Alle weiblichen Arbeiter	64,0	118,2	116,4	- 1,5	24,71	52,29	47,22	- 9,7	38,6	44,2	40,6	- 8,1
Alle Arbeiter	76,2	127,2	126,3	- 0,7	30,19	57,75	52,67	- 8,8	39,6	45,4	41,7	- 8,1

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Juni 1951 Dpf	September 1951		Juni 1948 RM	Juni 1951 DM	September 1951		Juni 1948 Stunden	Juni 1951 Stunden	September 1951	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951			in DM	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Juni 1951
16. Bekleidungs-gewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	117,7	164,4	160,0	- 2,7	47,65	81,26	64,92	- 20,1	40,5	49,4	40,6	- 17,8
Männliche angelernte Arbeiter	131,2	158,4	157,3	- 0,7	52,33	80,06	79,74	- 0,4	39,9	50,5	50,7	+ 0,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	117,6	135,2	133,6	- 1,2	44,44	62,94	65,89	+ 4,7	37,8	46,5	49,3	+ 6,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	120,5	158,3	154,2	- 2,6	47,92	78,09	70,11	- 10,2	39,8	49,3	45,5	- 7,7
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,6	110,8	111,3	+ 0,5	31,27	50,65	49,22	- 2,8	36,5	45,7	44,2	- 3,3
Weibl. Hilfsarbeiter	82,3	97,4	94,9	- 2,6	29,69	44,57	43,72	- 1,9	36,1	45,8	46,1	+ 0,7
Alle weiblichen Arbeiter . . .	84,3	106,4	105,6	- 0,8	30,68	48,67	47,36	- 2,7	36,4	45,7	44,9	- 1,8
Alle Arbeiter	95,6	119,2	116,4	- 2,3	35,70	55,50	52,37	- 5,6	37,4	46,6	45,0	- 3,4
17. Leder- verarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	123,6	152,4	152,9	+ 0,3	45,84	73,49	67,00	- 8,8	37,1	48,2	43,8	- 9,1
Alle männlichen Arbeiter . . .	121,0	149,4	149,1	- 0,2	45,24	72,21	65,95	- 8,7	37,4	48,3	44,2	- 8,5
Alle Arbeiter	111,9	141,7	139,1	- 1,8	41,84	66,70	60,66	- 9,1	37,4	47,1	43,6	- 7,4
18. Nahrungs- und Genussmittel- Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	110,1	178,1	181,3	+ 1,8	54,25	93,66	93,60	- 0,1	49,3	52,6	51,6	- 1,9
Männliche angelernte Arbeiter	.	165,6	166,6	+ 0,6	.	82,13	82,64	+ 0,6	.	49,6	49,6	± 0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,2	154,7	157,0	+ 1,5	50,72	75,77	79,12	+ 4,4	47,8	49,0	50,4	+ 2,9
Alle männlichen Arbeiter . . .	109,6	164,8	166,6	+ 1,1	53,59	82,82	84,27	+ 1,8	48,9	50,3	50,6	+ 0,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	77,9	112,7	113,7	+ 0,9	34,44	50,02	53,08	+ 6,1	44,2	44,4	46,7	+ 5,2
Weibl. Hilfsarbeiter	60,6	109,6	105,5	- 3,7	25,76	51,66	48,34	- 6,4	42,5	47,1	45,8	- 2,8
Alle weiblichen Arbeiter . . .	63,3	111,0	108,9	- 1,9	27,07	50,91	50,30	- 1,2	42,8	45,9	46,2	+ 0,7
Alle Arbeiter	101,8	141,7	140,7	- 0,7	41,82	68,43	68,27	- 0,2	41,1	48,3	48,5	+ 0,4
19. Braugewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	113,3	170,4	170,3	- 0,1	54,20	89,87	91,47	+ 1,8	47,9	52,7	53,7	+ 1,9
Männliches Fahrpersonal . . .	143,6	215,8	222,0	+ 2,9	71,29	113,35	119,92	+ 5,8	49,6	52,5	54,0	+ 2,9
Männliche angelernte Arbeiter	112,2	164,9	163,5	- 0,8	54,45	79,70	78,09	- 2,0	48,5	48,3	47,7	- 1,2
Männliche Hilfsarbeiter . . .	101,8	159,1	160,3	+ 0,8	47,63	87,54	94,52	+ 8,0	46,8	55,0	59,0	+ 7,3
Alle männlichen Arbeiter . . .	122,2	176,7	178,4	+ 1,0	59,09	94,44	99,63	+ 5,5	48,3	53,5	55,9	+ 4,5
Alle Arbeiter	122,2	176,6	178,3	+ 1,0	59,09	94,38	99,58	+ 5,5	48,3	53,4	55,8	+ 4,5
20. Kunststoff- verarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	154,0	186,7	193,9	+ 3,9	63,98	89,78	96,16	+ 7,1	41,5	48,1	49,6	+ 3,1
Männliche angelernte Arbeiter	144,1	180,0	175,2	- 2,7	61,24	91,39	84,04	- 8,0	42,5	50,8	48,0	- 5,5
Männliche Hilfsarbeiter . . .	134,4	152,1	151,5	- 0,4	49,48	70,94	67,18	- 5,3	36,8	46,6	44,3	- 4,9
Alle männlichen Arbeiter . . .	141,6	176,0	172,7	- 1,9	55,69	85,42	81,36	- 4,8	39,3	48,5	47,1	- 2,9
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,8	135,2	129,1	- 4,5	35,01	64,47	61,31	- 4,9	40,8	47,7	47,5	- 0,4
Weibl. Hilfsarbeiter	74,1	115,0	116,3	+ 1,1	27,25	53,54	52,62	- 1,7	36,8	46,6	45,2	- 3,0
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,4	118,9	119,0	+ 0,1	29,31	55,62	54,39	- 2,2	37,8	46,8	45,7	- 2,4
Alle Arbeiter	112,0	146,0	146,3	+ 0,2	43,26	69,45	67,93	- 2,2	38,6	47,6	46,4	- 2,5
Alle Gewerbe- gruppen												
Männliche Facharbeiter . . .	131,2	191,7	193,6	+ 1,0	52,17	95,52	94,83	- 0,7	39,8	49,8	49,0	- 1,6
Männliche angelernte Arbeiter	123,8	173,9	176,2	+ 1,3	49,07	86,07	86,43	+ 0,4	39,7	49,5	49,1	- 0,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	110,2	156,7	158,6	+ 1,2	43,85	75,39	77,78	+ 3,2	40,0	48,1	49,0	+ 1,9
Alle männlichen Arbeiter . . .	126,1	181,4	183,5	+ 1,2	50,11	89,64	89,95	+ 0,3	39,8	49,4	49,0	- 0,8
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	83,1	120,0	119,5	- 0,4	31,63	54,68	53,56	- 2,0	38,1	45,6	44,8	- 1,8
Weibl. Hilfsarbeiter	75,3	110,2	110,3	+ 0,1	29,58	51,10	51,54	+ 0,9	39,7	46,3	46,7	+ 0,9
Alle weiblichen Arbeiter . . .	78,6	114,8	114,4	- 0,3	30,71	52,78	52,46	- 0,6	39,1	46,0	45,9	- 0,2
Alle Arbeiter	114,7	167,2	168,4	+ 0,7	45,46	81,34	81,33	± 0	39,7	48,6	48,3	- 0,6

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



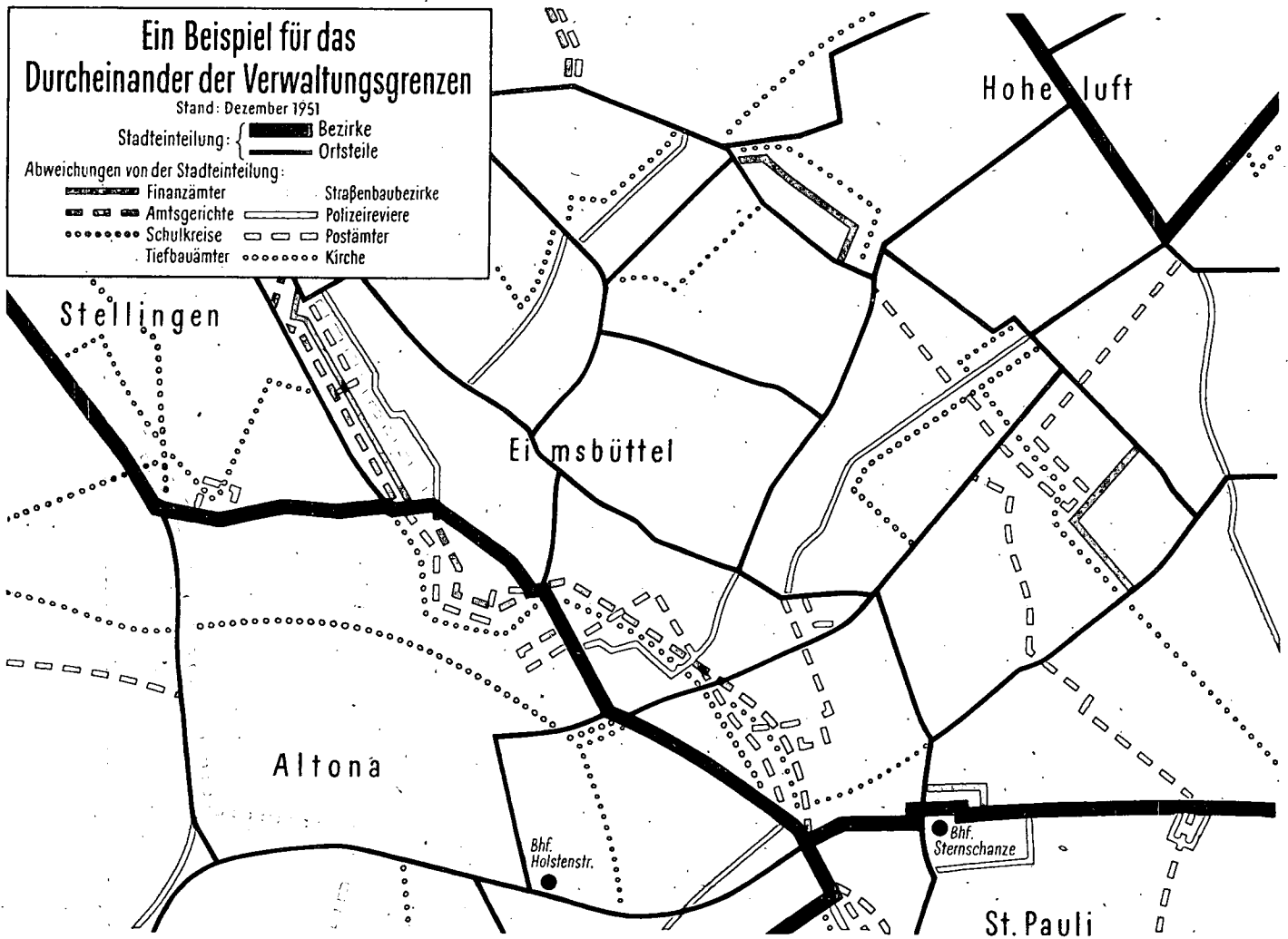
Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

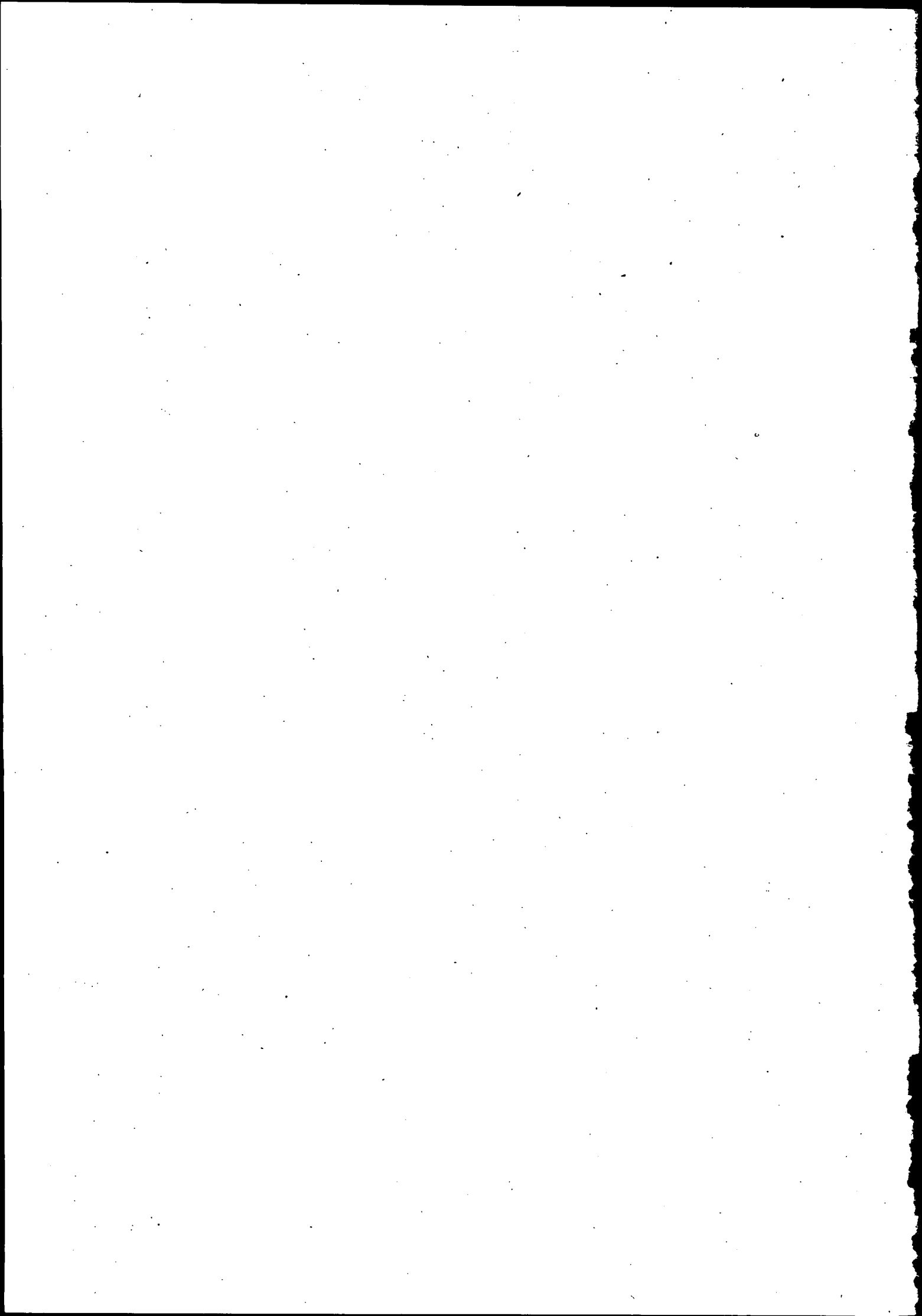
Jahrgang 1952

Hamburg, den 1. März 1952

Heft Nr. 9



Stadteinteilung Hamburgs

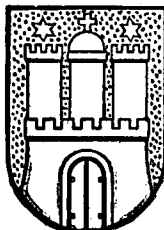


Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 1. März 1952

Jahrgang 1952 – Heft Nr. 9



Die Gebietseinteilung der Hansestadt Hamburg

INHALT

I. Geschichtlicher Rückblick auf die früheren Gebietseinteilungen (bis zum Groß-Hamburg-Gesetz):	Seite
Das Stadtgebiet (Innenstadt)	136
Das Landgebiet	138
Die Einteilung in besondere Verwaltungsbezirke	141
II. Das Groß-Hamburg-Gesetz	143
III. Die neue Gebietseinteilung	149
IV. Angleichung der Verwaltungsgrenzen an die neue Gebietseinteilung	154
V. Sonstige Probleme:	
Änderung von Bezirksgrenzen und von Zuständigkeiten der Bezirksämter ..	159
Vergleich mit der Bezirkseinteilung Berlins	160
Einheitliche Benennung der Gebietseinheiten in den Großstädten	161
Bezeichnung der Postbezirke	161
Die Landesgrenze	162

Durch die Presse ging vor einiger Zeit die Mitteilung, daß der Senat eine neue Gebietseinteilung für die Hansestadt Hamburg beschlossen hat. Diese Gebietseinteilung ist in einer Bekanntmachung des Senats vom 11. Mai 1951 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil I, Nr. 16 vom 18. Mai 1951) veröffentlicht worden. Sie ist an die Stelle der Gebietseinteilung aus dem Jahre 1938 (Hamburgisches Verordnungsblatt Nr. 44) getreten. Die Bekanntmachung vom 11. Mai 1951 hat bisher in der Öffentlichkeit und auch bei den Behörden und größeren Organisationen noch nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient, obwohl sie Ordnung schaffen will auf einem Gebiet, auf dem jetzt ein großes Durcheinander ist (s. Titelblatt).

Es liegt daher nahe, hier in einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamts diese neue

Gebietseinteilung zu erläutern, da das Statistische Landesamt die federführende Dienststelle für die Gebietseinteilungen Hamburgs ist, in einer besonderen Abteilung die Einteilung Hamburgs in Wahlkreise, Stimmbezirke und Zählbezirke bearbeitet und das amtliche Straßen- und Gebietsverzeichnis herausgibt.

Einer solchen Beschreibung und Erläuterung der neuen Gebietseinteilung soll ein geschichtlicher Rückblick vorangestellt werden, der dem praktischen Bedürfnis Rechnung trägt, die Entwicklung bis auf die heutige Zeit an einer Stelle kurz zusammengefaßt überblicken zu können. Zugleich wird dieser geschichtliche Rückblick zum besseren Verständnis der neuen Gebietseinteilung und insbesondere der ihr vom Senat gegebenen Zielsetzung dienen.

I. Geschichtlicher Rückblick auf die früheren Gebietseinteilungen (bis zum Groß-Hamburg-Gesetz)

Das Stadtgebiet (Innenstadt)

Diese geschichtlichen Aufzeichnungen lehnen sich an die Schriften von F. H. Neddermeyer (1832), C. F. Gaedechens (1880) und W. Melhop (1895) in ihren Topographien der Freien und Hansestadt Hamburg an unter weiterer Heranziehung der „Hamburgische Gesetze und Verordnungen“, herausgegeben von Dr. Albert Wulff, Band 1 (Auflage 3/1930).

Aus den Topographien ist zu entnehmen, daß in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts (wahrscheinlich im Jahre 1216) die beiden an der Alster nebeneinander entstandenen Städte, die erzbischöfliche Altstadt und die gräfliche Neustadt, zu einer Stadt vereinigt wurden, wodurch sich zunächst deren natürliche Gebietseinteilung in die Altstadt und die Neustadt ergab. Die kleinen topographischen Einheiten, aus denen sich die Stadt entwickelt hatte, blieben zwar noch lange in einzelnen Straßenzügen, Stadtvierteln und kleinen Inseln (z. B. Cremon- und Grimm-Insel) erkennbar, aber durch bauliche Maßnahmen, die die beiden Stadtteile immer mehr zusammenwachsen ließen, gingen sie allmählich in größeren Einheiten auf. Für die politische Einteilung und für die Verwaltungseinteilung diente darauf für längere Zeit die ebenfalls im 13. Jahrhundert vorgenommene Einteilung in **Kirchspiele** als Grundlage, als älteste in die Kirchspiele von St. Petri, St. Nicolai, St. Catharinen und St. Jacobi, deren Bereiche allerdings zum Teil weit über die Stadtgrenzen hinausgingen; zu ihnen kamen im 17. Jahrhundert das St. Michaelis-Kirchspiel und später weitere hinzu. Diese Kirchspielbezirke galten für die Kurien der Bürgerschaft, als Wahlbezirke für alle bürgerlichen Ämter der Stadt, als Wehr-, Wach- und Feuerlöschbezirke, als Schul-, Steuer- und Baupolizeibezirke. Sie waren als die eigentlichen Bausteine der Gesamtstadt anzusehen.

So stark war der gemeinschaftsbildende Charakter der Kirchspiele, daß selbst die Schlachten der Straßenjugend in Hamburg kirchspielweise ausgetragen wurden. Die Kirchspiele waren also nicht nur als Schöpfungen der kirchlichen Organisation, sondern auch als Lebensgemeinschaften zu verstehen¹⁾.

Aus der anfangs stark bäuerlichen Siedlung entstand, besonders nach dem Freibrief Friedrich Barbarossas (1189) und der Entscheidungsschlacht bei Bornhöved (1227), durch die die Zugehörigkeit Hamburgs zu Deutschland entschieden worden war, eine kräftig sich aufwärtsentwickelnde Handelsstadt. Die Ringmauern um die Stadt mußten in der wechselvollen Geschichte Hamburgs aus kriegsbedingten Ursachen mehrfach erneuert, verstärkt und erweitert werden, aber nicht zuletzt sprachen hierfür die trotz mehrfacher Rückschläge dennoch rasch fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und die starke Zunahme ihrer Einwohner, die den Ring immer wieder sprengten. Diese Ausweitung des Walles bereitete insofern keine Schwierigkeiten, als die Stadt außerhalb der Ringmauer bereits damals bedeutende Ländereien besaß, worüber im nächsten Abschnitt berichtet wird. Die Stadt weitete sich im Zuge dieser Entwicklung auch in das Marschgebiet der Elbe aus, und es folgte die Verlegung des ursprünglich an der Alster gegründeten Hamburger Hafens an die Elbe, die damit die Lebensader Hamburgs wurde.

Das innere Wachstum der Stadt hatte inzwischen eine weitere Unterteilung der Kirchspielbezirke in **Quartiere** notwendig gemacht, von denen jedes eine Abteilung bewaffneter Bürger zu stellen hatte. Im Jahre 1619 wurde die Stadt innerhalb des Walles für die Bürgerwache in **5 Regi-**

¹⁾ „Das städtebauliche Wesen und Werden Hamburgs bis zum Ausgang der Hansezeit“ von Heinrich Reincke (in „Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Hansestadt Hamburg“, Bd. III, 1951, S. 57).

menter eingeteilt, die nach den 5 Kirchspielen bezeichnet wurden. Jedes Regiment (Kirchspiel) wurde nach der Anzahl der gestellten Compagnien bewaffneter Bürger in Compagnie-Bezirke unterteilt. Zunächst waren es 10 Compagnie-Bezirke in jedem Regiment (insges. 40 alt- und 10 neustädtische). Diese gleichmäßige Belastung der Kirchspiele konnte durch die starke Zuwanderung in das Kirchspiel St. Michaelis auf die Dauer nicht beibehalten werden. St. Michaelis stellte bereits 1680 6 zusätzliche Compagnien, die auf die 4 alten Regimenter verteilt wurden, so daß die Regimentsbezirke nicht mehr mit den Kirchspielen zusammenfielen.

Die Ausdehnung des Festungswalles hatte inzwischen (im 17. Jahrhundert) dazu geführt, das westlich der Alster in den erweiterten Festungsring einbezogene Gebiet mit Neustadt zu benennen und dem alten Teil der Stadt, der sich aus der erzbischöflichen Altstadt und der gräflichen Neustadt entwickelt hatte, die Gesamtbezeichnung Altstadt zu geben.

Von einer Beschreibung der Einteilung der Stadt während der Besetzung durch die Franzosen für die besonderen Zwecke der Besatzungsmacht kann in diesem Zusammenhang abgesehen werden, weil sie später nicht mehr maßgebend blieb.

Nach dem Ende der Besetzungszeit durch die Franzosen wurde am **22. Dezember 1814** für das an die Stelle der alten Bürgerwache getretene Bürgermilitär (Bürgergarde) eine **neue allgemeine Gebiets-einteilung der Stadt** (Altstadt und Neustadt) in 6 Bataillonsbezirke mit je 8 Compagniebezirken durchgeführt. St. Georg, das 1679 in den Festungsgürtel einbezogen worden war, hatte sich inzwischen zur Vorstadt St. Georg entwickelt und bildete den 7. Bataillonsbezirk mit 3 vorstädtischen und 3 ländlichen (außerhalb des Wallgrabens) Compagnie-Bezirken. Diese Einteilung, die später noch einige Änderungen erfuhr, galt auch für andere Behörden, so daß die Steuerbezirke, die Wahlbezirke u. a. mit den Bezirken des Bürgermilitärs zusammenfielen.

Bis 1866 wurde durch die Offiziere des Bürgermilitärs halbjährlich eine Umfrage zur Ermittlung der Dienstpflichtigen in den Bezirken, in welchen die Einwohner zum Dienst verpflichtet waren, gehalten (zugleich Vorläufer der Volks- und Wohnungszählungen). Auch für die Personalsteuern wurden mündliche Umfragen durch die Offiziere und Feldwebel des Bürgermilitärs veranstaltet. Die Stadteinteilung für Militärzwecke fand also eine vielseitige Verwendung. Für kirchliche Zwecke, das Hypothekenwesen und die Teilung der erbgesessenen Bürgerschaft verblieb es weiterhin bei der Einteilung nach den Kirchspielen und für die Armen-Ordnung und für das Bauwesen bei den für sie eingeführten Sondereinteilungen. Aus dem Bild Nr. 1 ist zu entnehmen, daß schon damals (um 1830) eine einheitliche Verwaltungseinteilung fehlte (siehe Bild Nr. 1 am Schluß des Heftes). Die Verwaltungsgrenzen wurden ohne Rücksicht aufeinander festgelegt. Seitdem ist über ein Jahrhundert vergangen. Hamburg hat inzwischen 1,7 Millionen Einwohner erreicht. Die Zahl der Behörden

nahm entsprechend zu, und gleichzeitig hat sich das Durcheinander der Verwaltungsgrenzen verbreitert und vertieft.

Nach dem Abbau des Festungsgürtels von 1820 bis etwa 1832, nach umfangreichen Abtretungen angrenzender Ländereien des Klosters St. Johannis und der Hospitäter St. Georg und zum Heiligen Geist um 1830 an die Stadt, nach dem großen Brande von 1842 und der Aufhebung der sog. Torsperre (31. 12. 1860) änderte sich das Bild der Stadt und an ihren Grenzen völlig durch die zahlreichen baulichen Maßnahmen. Eine neue Begrenzung wurde erforderlich, und auch die Gebietseinteilung mußte nach der Aufhebung des Bürgermilitärs und der danach bisher zu Grunde gelegten Bezirks- und Compagnie-Einteilung neu geregelt werden. Dies geschah durch das **Gesetz vom 15. Juli 1874**. Zunächst für die Steuerbehörde und für statistische Zwecke, später aber für weitere Behörden mit maßgebend, wurde eine Gebietseinteilung der Stadt (heutigen Innenstadt) beschlossen, die folgende 5 Teile vorsah: 1. Altstadt-Norderteil, 2. Altstadt-Süderteil, 3. Neustadt-Norderteil, 4. Neustadt-Süderteil und 5. St. Georg. Die frühere Vorstadt St. Georg gehörte ab 1. 8. 1868 zur Stadt; für sie wurde nun eine Aufteilung in Geestteil und Marschteil vorgesehen durch eine Linie vom Klostertor längs des Hühnerpostens, Besenbinderhofs und Strohhauses bis zum Berlinertor. Diese Grenzziehung zeigt, daß man auch damals die natürlichen Grenzen suchte und benutzte. Besonders deutlich ersieht man das auch bei der neuen Grenze zwischen Altstadt und Neustadt, die von der Lombardsbrücke bis zum Steinhöft durch die Binnenalster und Kanäle hindurchführte. Und ebenso wie heute hat man der klaren natürlichen Grenze zuliebe Berichtigungen der alten Einteilung auf sich genommen und damals Neuerwall, Admiralitätstraße, Steinhöft und Baumwall von der Altstadt nach der Neustadt hinzugeschlagen. Die außerdem im Gesetz vom 15. Juli 1874 vorgesehene Einteilung in die Vorstadt St. Pauli, in 15 Vororte und 4 Landherrenschaften wird auf Seite 140 beschrieben.

Der eigentliche Kern der Stadt machte in der Folgezeit, besonders nach dem Zollanschluß (1888) und durch die Sanierung der Altstadt nach der Cholera-Epidemie, aber auch mitbeeinflusst durch geschichtliche Ereignisse, die technische Entwicklung und wirtschaftliche Fortschritte, weitere große Wandlungen und eine kräftige Aufwärtsbewegung durch. Nachdem die Entwicklung dahin gegangen war, daß die Vorstadt St. Pauli, die Vororte und der östlich vom Köhlbrand belegene Teil der Marschlande mit der Stadt einen einheitlichen Komplex darstellten, wurde durch das **Gesetz vom 22. Juni 1894** (Amtsblatt Seite 371) deren Vereinigung mit der Stadt durchgeführt; damit bestand das Stadtgebiet mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 1894 aus 20 Stadtteilen, und zwar den 3 alten Stadtteilen (Altstadt, Neustadt, St. Georg), der ehemaligen Vorstadt St. Pauli, den 15 ehemaligen Vororten und dem neu hinzugekommenen

Stadtteil Veddel (s. Übersicht Nr. 3 auf Seite 140). Der Begriff „Stadtteil“ trat also einheitlich an die Stelle der bisherigen Stadtteile, Vorstädte und Vororte. Die Einteilung der Altstadt und Neustadt, von St. Pauli und St. Georg in Norderteil und Süderteil fiel weg, doch sollte eine Unterteilung gewisser Stadtteile für Verwaltungszwecke noch geprüft und veranlaßt werden. Dies geschah mit der **Bekanntmachung des Senats vom 10. Dezember 1894** (Amtsblatt Seite 579). Für Verwaltungszwecke und für statistische Veröffentlichungen wurden die 4 Stadtteile Altstadt, Neustadt, St. Georg und St. Pauli in je 2 Unterteile zerlegt.

Durch zwei **Gesetze vom 23. Dezember 1912** (Amtsblatt Seite 1085 und Seite 1109) wurden weitere Teile des Landgebiets an die Stadt angeschlossen. Hierfür war maßgebend, daß in weiteren Gemeinden die gesamten Verhältnisse einen derartig städtischen Charakter angenommen hatten, daß sie aus dem Rahmen der auf einfache ländliche Verhältnisse zugeschnittenen landherrlichen Verwaltung herausgetreten waren. Ferner wurde die Eingemeindung des für die Hafenerweiterung zunächst in Betracht kommenden Gebiets und des durch Aufhöhung für die Bebauung und die Aufnahme von Industrieanlagen besonders hergerichteten Teils der Billniederung für zweckmäßig gehalten. Für die gebietspolitische Einteilung wurde nun das Gesetz, betreffend den Anschluß einzelner Teile des Landgebiets an die Stadt Hamburg, vom 23. 12. 1912 grundlegend; es besagte, daß die eigentliche Stadt Hamburg in **Stadtteile** und **Vororte** eingeteilt wird. Diese **Vororte** sind hier zu nennen, weil sie im Gegensatz zu den 1871/1874 gebildeten Vororten Teile des Stadtgebiets waren, die aber eine Sonderstellung hatten. Diese lag darin, daß die städtische Rechtsordnung und Verwaltung zunächst in diesem neu an die Stadt angeschlossenen Gebiet nur mit gewissen Einschränkungen eingeführt wurden. Vororte wurden die bisherigen Landgemeinden Groß Borstel, Alsterdorf, Ohlsdorf, Fuhlsbüttel und Langenhorn unter Beibehaltung ihrer Namen. Aus der bisherigen Landgemeinde Klein Borstel mit Struckholt wurde der Vorort Klein Borstel und aus dem von der Landgemeinde Billwärder an der Bille abgetrennten Gebiet der Vorort Billbrook gebildet. Ferner wurden durch das genannte zweite Gesetz vom 23. 12. 1912 die bisherigen Elbinseln Mühlenwärder und Waltershof nebst Pagensand mit dem Stadtteil Steinwärder unter dem Namen **Steinwärder-Waltershof** vereinigt.

Durch ein **Gesetz vom 10. September 1919** (Amtsblatt, Seite 1555) wurden die bisherigen Landgemeinden Finkenwärder und die Elbinseln Große und Kleine Dradenau als Vorort **Finkenwärder** an die Stadt angeschlossen, um Finkenwärder seiner Bestimmung als Hafengebiet zuzuführen, wobei aus Zweckmäßigkeitsgründen zugleich die Elbinseln mit eingemeindet wurden.

In einem weiteren **Gesetz vom 3. Oktober 1923** (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 1189) wurde ein Teil der Landgemeinde **Moorfleth**, der baureif gemacht worden war und dessen industrielle

Besiedlung eingesetzt hatte, an die Stadt angeschlossen und teils dem Vorort Billbrook zugeteilt, teils zu einem neuen Vorort Moorfleth-Stadt umgestaltet.

Geringfügige Grenzveränderungen an Stadtteilen und Vororten, veranlaßt durch die Alster-Kanalisation, wurden durch die **Bekanntmachung über Änderung von Grenzen einzelner Stadtteile und Vororte vom 19. September 1923** (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 1115) vorgenommen.

Dies war in großen Zügen die Entwicklung des Stadtgebiets bis zum Groß-Hamburg-Gesetz, die dahin geführt hatte, daß sich die Stadt immer mehr in das anschließende Landgebiet ausweitete, bis sie im Jahre 1937 erneut und in entscheidender Weise ihre Grenzen sprengte. Das Groß-Hamburg-Gesetz bedeutet in dieser Hinsicht einen besonderen Markstein in der geschichtlichen Entwicklung Hamburgs.

Die Aufgliederung des Stadtgebiets in Stadtteile und Vororte am 31. März 1937 (vor Inkrafttreten des Groß-Hamburg-Gesetzes) zeigt die Übersicht Nr. 4 auf Seite 141.

Das Landgebiet

Schon verhältnismäßig früh in ihrer Geschichte besaß die Stadt Hamburg außerhalb ihres Festungsgürtels umfangreiche Ländereien, zu denen sie im Laufe der Zeit planmäßig weitere hinzuwarb, um dadurch ihren Hafen und ihre Wasserwege nach der Nordsee und der Ostsee zu sichern. Um mit dem geschichtlichen Zeitabschnitt zu beginnen, von dem ab die geschilderte Entwicklung des Stadtgebiets (Innenstadt) aufgezeigt wurde, sollen zunächst die Ortschaften im hamburgischen Landgebiet genannt werden, die im 13. und 14. Jahrhundert zu Hamburg kamen oder bereits zu Hamburg gehörten, wobei die Ortschaften, die nur vorübergehend Pfand- oder Privatbesitz gewesen waren, im allgemeinen unberücksichtigt geblieben sind. In diesem Zusammenhang ist noch erwähnenswert, daß der schiffbare Lauf der Alster bis zum Jahre 1310 von Hamburg erworben wurde.

Bis zum Jahre 1400 sind so als zu Hamburg gehörig, wenn auch zum Teil zunächst noch in Privatbesitz, Klosterbesitz, Hospitalbesitz, etwa zu nennen: der Hamburger Berg, das Hospital St. Georg, Bargesch, Borgfeld, Hammerbrok, die Papenhude (später Uhlenhorst), Heimhude, Eilbek, die Gegend vor dem Dammtor bis zum Isebek, Odersfelde (später Herwerdeshude), das Gebiet zum Heiligen Geist, Eimsbüttel, Eppendorf, Groß-Borstel, Bilsen, Fuhlsbüttel, Langenhorn, Klein-Borstel, Ohlsdorf, ein Teil von Alsterdorf, Winterhude, Barmbek, Hohenfelde, Hamm, Horn, Billhorn, Billwärder, Ochsenwärder, Moorwärder, Glindesmoor (Moorburg); ferner das Schloß Ritzebüttel mit den dazu gehörigen Dörfern einschl. des späteren Cuxhaven.

Im 15. Jahrhundert kamen hinzu die Walddörfer, Wohldorf, Ohlstedt, Volksdorf, Farmsen, Schmalenbek, ein Teil von Hoisbüttel, Groß-Hansdorf, ferner das Schloß Bergedorf mit den Vierlanden und Geesthacht (von Hamburg und Lübeck bis 1867 gemeinschaftlich verwaltet); außerdem die nördliche Hälfte Finkenwärders.

Aus Gaedechens Historischer Topographie ist zu entnehmen, daß Hamburg zu **Ende des 16. Jahrhunderts** wie folgt eingeteilt war:

Übersicht 1

- Die Stadt** innerhalb des Wallgrabens
- Die Landherrenschaft Hamburgerberg**
oder die Gegend vor dem Millern- und Dammthor bis zur klösterlichen Grenze
- Die Landherrenschaft Hamm und Horn**
Borgesch und Borgfeld
Hammerbrook bis zum Ausschlagerweg
Kuhmühle, Papenwärder usw.
Hamm
Horn
Fuhlsbüttel
- Die Landherrenschaft der Walddörfer**
Wohldorf mit Ohlstedt
Volksdorf
Farmsen
Schmalenbek und Groß-Hansdorf
Hamburgischer Teil von Hoisbüttel
- Die Landherrenschaft von Bill- und Ochsenwärder**
Billwärder und Billwärder Ausschlag
Ochsenwärder, Tatenberg und Spadenland
Moorwärder
Roß
Dradenau
Rugenbergen
Moorburg mit der Kattwiek usw.
Finkenwärder
Grasbrook mit Grandeswärder
- Das Amt Ritzebüttel**
- Gebiet des Klosters St. Johannis**
Harvestehude und Grindel
Eimsbüttel, Rosenhof und Schäferkamp
Eppendorf
Winterhude
Ohlsdorf
Großborstel
Bilsen
- Gebiet des Hospitals St. Georg**
Langenhorn
Klein-Borstel
Berne
Die Gärten beim Hospital
- Gebiet des Hospitals zum Heiligen Geist**
Barmbek
Eilbek und Hohenfelde
- Das Amt Bergedorf** (mit Lübek gemeinschaftlich 1420—1867).

Diese Darstellung zeigt, daß die im Besitz der Stadt befindlichen Ortschaften des Hamburg umgebenden Landgebiets unter der Bezeichnung „Landherrenschaft“ zusammengefaßt und gegliedert waren. Die Verwaltung des Landgebiets war patriarchalisch geordnet, unter dem Landherrschaften standen die von ihm ernannten Vögte und Höfteleute.

Aus der folgenden geschichtlichen Entwicklung ist als ein Ereignis von besonderer Bedeutung der **Gottorper Vergleich** (1768) hervorzuheben, der in politischer Hinsicht das wichtige Ergebnis zeitigte, daß Dänemark bzw. das Haus Holstein

die Reichsunmittelbarkeit Hamburgs anerkannten. Hamburg mußte durch diesen Vergleich eine Reihe von Dörfern, die es in Pfandbesitz hatte (z. B. Sande, Lohbrügge, Meiendorf, Sasel, Alsterdorf), an Holstein zurückgeben, erwarb aber endgültig die gleichfalls an Hamburg verpfändeten Gebiete Reitbrook, Krauel, die Nettelburg, Teile in Kurslak und in Billwärder und erhielt neu hinzu sämtliche Elbinseln zwischen Billwärder und Finkenwärder, nämlich die Kalte Hofe, die Peute, die Muggenburg, die große und kleine Veddel, den Grevenhof, Ellernholz und zahlreiche Wärder und Sande. Hierdurch erhielt Hamburg zum Ausbau seines Hafens und für Industriezwecke den Raum, der etwa für ein Jahrhundert ausreichte, bis Hamburg dann genötigt war, wegen des weiteren Ausbaus seines Hafens und der Abtretung des hierfür erforderlichen Gebiets an Preußen heranzutreten, was lange Zeit jedoch ohne Erfolg blieb.

Um das Jahr 1830 wurden in Veranlassung der Trennung der landesobrigkeitlichen Rechte und Funktionen von den Verwaltungen der drei geistlichen Stifte, dem Kloster St. Johannis und den Hospitälern St. Georg und zum Heiligen Geist, umfangreiche Ländereien von diesen an die Stadt abgetreten und daraufhin wurde am **22. Oktober 1830** das ganze Vorstädte- und Landgebiet in 3 Landherrenschaften, nämlich in die Landherrenschaften der Vorstädte, der Geestlande und der Marschlande neu eingeteilt. Die Grenzen der Vorstadt St. Georg (mit der Vorstadt Stadtdeich und einem Teil des Hammerbrooks und dem Bullerdeich) und der im Westen der Stadt gebildeten Vorstadt Hamburgerberg, die als früherer westlicher Teil der Landherrenschaft Hamburgerberg zunächst diesen Namen führte und 1833 nach der dort erbauten Kirche in Vorstadt St. Pauli umbenannt wurde, wurden genau festgestellt, sämtliche Geest-Dörfer und Distrikte sowie der äußere Hammerbrook zu der Landherrenschaft der Geestlande und die Marschländereien und der Grasbrook unter der Landherrenschaft der Marschlande vereinigt.

Übersicht 2

Die Landherrenschaften seit 1830

Landherrnschaft der Geestlande (21 Vogtschaften):

Alsterdorf	Harvestehude
Barmbek	Horn
Borstel, groß	Langenhorn
Borstel, klein	Ohlsdorf
Eimsbüttel	Ohlstedt
Eppendorf	Rothenbaum
Farmsen	Schmalenbek
Fuhlsbüttel	Volksdorf
Hamm	Winterhude
Hansdorf	Wohldorf

Landherrnschaft der Marschlande (11 Vogtschaften):

Billwärder an der Bille	Moorburg
u. Elbe mit 8 Quartieren	Ochsenwärder
Billwärder-Ausschlag	mit 5 Quartieren
Elbinseln und Grasbrook	Reitbrook
Finkenwärder	Spadenland und
Krauel	Tatenberg

Das Amt Ritzebüttel mit den beiden Distrikten Groden und Döse blieb, wie bisher, unter einer besonderen Verwaltung und das Amt Bergedorf unter der gemeinschaftlichen Verwaltung mit Lübeck bis Ende 1867, als es in den alleinigen Besitz von Hamburg übergang und eine eigene Landherrenschaft bildete. Die Landherrenschaften der Walddörfer (oder die Waldherrenschaften) und die Landherrenschaften von Hamm und Horn sowie von Billwärder und Ochsenwärder wurden aufgehoben. Vgl. „Sammlung der Verordnungen der freyen Hanse-Stadt Hamburg“ 1832, Band XI, S. 240. — Die Vorstadt Hamburgerberg (später St. Pauli) bildete für steuerliche Zwecke den 8. Steuerdistrikt; die Pflicht, in der Bürgergarde zu dienen, bestand auf dem Hamburgerberg noch nicht.

Das der Stadt zunächst gelegene Landgebiet wurde in seiner Entwicklung wesentlich gefördert, nachdem 1860 die Torsperre aufgehoben und 1865 ein großer Teil des Landgebiets in die Accise-Linie einbezogen worden war. Durch die verstärkte Bebauung und den wirtschaftlichen Aufschwung hatten die Ortschaften in der Nähe der Stadt einen vorstädtischen Charakter angenommen. Bei der Einführung der **Landgemeinde-Ordnung 1871** wurden sie deshalb aus dem Landgebiet ausgesondert und den städtischen Behörden zwar unterstellt, aber das in der Stadt geltende Recht wurde nicht vollen Umfangs auf sie angewandt. Sie erhielten die Bezeichnung „Vorort“, um ihre Sonderstellung gegenüber den Stadtteilen und den Landgemeinden zum Ausdruck zu bringen. Die Landgemeinden wurden der Landgemeinde-Ordnung vom 12. Juni 1871 unterstellt, die ihnen in gewissem Umfang die Selbstverwaltung gab. Dieser grundsätzlichen Neuregelung durch die Landgemeinde-Ordnung folgte nun bald durch das schon erwähnte **Gesetz vom 15. Juli 1874** über die Landgrundsteuer eine neue Gebietseinteilung, die außer dem Stadtgebiet (Altstadt, Neustadt, St. Georg) das übrige Landgebiet in die Vorstadt St. Pauli, in 15 Vororte und die 4 Landherrenschaften der Geestlande, der Marschlande, Bergedorf und Ritzebüttel aufgliederte.

Übersicht 3

Die Gebietseinteilung, vom 15. Juli 1874

Die Stadt: Altstadt, Neustadt, St. Georg (ab 1. 8. 1868 zur Stadt gehörig)

Vorstadt St. Pauli

Die Vororte: 1. Rotherbaum, 2. Harvestehude, 3. Eimsbüttel, 4. Eppendorf, 5. Winterhude, 6. Uhlenhorst, 7. Barmbek, 8. Eilbek, 9. Hohenfelde, 10. Borgfelde, 11. Hamm, 12. Horn, 13. Billwärder Ausschlag, 14. Steinwärder, 15. Kleiner Grasbrook

Landherrenschaft der Geestlande: Groß-Borstel, Alsterdorf, Ohlsdorf, Fuhlsbüttel, Klein-Borstel und Struckholt, Langenhorn, Farmsen mit Berne, Volksdorf, Wohldorf-Ohlstedt, Groß-Hansdorf-Schmalenbek

Landherrenschaft der Marschlande: Billwärder an der Bille, Moorfleeth, Allermöhe, Reitbrok, Ochsenwärder, Spadenland, Tatenberg, Moorwärder, Moorburg, Finkenwärder, ohne Gemeindeverband die Vogtei der Elbinseln und Ost-Krauel — seit 1875 zur Landherrenschaft Bergedorf gehörig —

Landherrenschaft Bergedorf: Stadt Bergedorf; Landgemeinden: Neuengamme (mit West-Krauel), Kirchwärder, Altengamme, Curslak, Geesthacht

Landherrenschaft Ritzebüttel: 1. Cuxhaven (1872 aus den Flecken Ritzebüttel und Cuxhaven gebildet), 2. Groden, 3. Döse, 4. Süder- und Westerwisch, 5. Stickenbüttel, 6. Sahlenburg, 7. Duhnen, 8. Holte und Spangen, 9. Arensch und Berensch, 10. Gudendorf, 11. Oxstedt, 12. Insel Neuwerk

Durch das gleichfalls bereits erwähnte **Gesetz vom 22. Juni 1894** wurden die Vorstadt St. Pauli und die 15 Vororte nebst dem östlich vom Köhlbrand belegenen Teil der Landherrenschaft der Marschlande in das Stadtgebiet miteinbezogen, so daß die Gebietseinteilung nunmehr keine Vorstädte und Vororte mehr kannte, sondern nur noch die Einteilung in Stadtgebiet — unterteilt in 20 Stadtteile — und in Landgebiet — unterteilt in die 4 Landherrenschaften und weiter unterteilt in Landgemeinden — (s. Übersicht Nr. 3 aus dem Jahre 1874) vorsah.

Diese Einteilung wurde aber mit dem **Gesetz vom 23. Dezember 1912**, durch das weitere Teile des Landgebiets an die Stadt angeschlossen wurden, wieder verlassen, und es wurde, wie erwähnt, die Bezeichnung „Vorort“ wieder eingeführt, jetzt aber für Teile des Stadtgebiets, die bisher zum Landgebiet gehörten, während die Vororte von 1871/1874 bis 1894 in der ihnen zugewiesenen Sonderstellung weder zum Stadtgebiet noch zum Landgebiet zählten. In einem **zweiten Gesetz vom 23. Dezember 1912** und in den **Gesetzen vom 10. September 1919** und **3. Oktober 1923** wurden noch weitere Teile des Landgebiets an die Stadt angeschlossen, die schon früher genannt worden sind.

Unter dem 2. Januar 1924 wurden für die Gemeinden des Landgebiets eine Hamburgische Städteordnung (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 21) und eine Hamburgische Landgemeindeordnung (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 34) erlassen; letztere trat an die Stelle der Landgemeinde-Ordnung von 1871. Durch die Städteordnung wurde Geesthacht zur Stadt erhoben und mit den bisherigen Städten Bergedorf und Cuxhaven aus der Landgemeinde-Ordnung herausgenommen; ihrer andersartigen staatsrechtlichen Stellung wegen wurden diese 3 Städte unter ein besonderes Recht, die „Städteordnung“, gestellt. Cuxhaven, mit dem 1905 die Gemeinde Döse vereinigt worden war, war durch Gesetz vom 14. Januar 1907 (Amtsblatt, Seite 24) aus einem „Flecken“ in eine Stadtgemeinde umgewandelt worden, aber die Landgemeinde-Ordnung blieb bis zum Erlaß der Städteordnung 1924, ebenso wie für die Stadt Bergedorf, das Grundgesetz.

Durch das **Verwaltungs-Aufbau-Gesetz vom 19. November 1926** wurden die bisherigen 4 Landherrenschaften zu einer Landherrenschaft zusammengefaßt, die zuständig war für die Verwaltung aller Angelegenheiten des Landgebiets. Demzufolge wurden durch die Dritte Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz die Gebietsbezeichnungen „Geestlande“, „Marschlande“, „Bergedorf“, „Geesthacht“, „Vierlande“ und „Ritzebüttel“ eingeführt.

Zum Schluß dieses Abschnittes ist noch erwähnenswert, daß durch **Gesetz vom 6. Februar 1935** die Gemeinden Groden mit Abschnede, Westerwisch und Süderwisch, Stickenbüttel, Duhnen und Neuwerk mit Schaarhorn in die Stadt Cuxhaven eingemeindet worden sind.

Die Gliederung des Landgebiets am 31. März 1937 (vor dem Groß-Hamburg-Gesetz) zeigt die nachstehende Übersicht Nr. 4.

Übersicht 4

Gliederung des Staatsgebiets der Freien und Hansestadt Hamburg am 31. März 1937

A. Das Stadtgebiet:

a) Stadtteile:

- | | |
|-----------------|---|
| 1. Altstadt | 14. Borgfelde |
| 2. Neustadt | 15. Hamm |
| 3. St. Georg | 16. Horn |
| 4. St. Pauli | 17. Billwärder Ausschlag
(mit Kalte Hofe) |
| 5. Eimsbüttel | 18. Steinwärder-
Waltershof |
| 6. Rotherbaum | 19. Kleiner Grasbrook
(mit Niedernfelde
und Klütjenfelde) |
| 7. Harvestehude | 20. Veddel (mit Peute u.
Kleiner und Großer
Veddel) |
| 8. Eppendorf | |
| 9. Winterhude | |
| 10. Barmbeck | |
| 11. Uhlenhorst | |
| 12. Hohenfelde | |
| 13. Eilbeck | |

b) Vororte:

- | | |
|--------------------------------------|---|
| 1. Groß Borstel | 6. Alsterdorf |
| 2. Fuhlsbüttel | 7. Billbrook |
| 3. Langenhorn | 8. Moorfleth-Stadt |
| 4. Klein Borstel
(und Struckholt) | 9. Finkenwärder
(mit Kleiner und
Großer Dradenau) |
| 5. Ohlsdorf | |

B. Das Landgebiet:

a) Geestlande:

- | | |
|----------------------|--------------------------------------|
| Gemeinden: | 3. Wohldorf-Ohlstedt |
| 1. Farmsen mit Berne | 4. Groß-Hansdorf und
Schmalenbeck |
| 2. Volksdorf | |

b) Marschlande

- | | |
|---------------------------|-----------------|
| Gemeinden: | 5. Tatenberg |
| 1. Billwärder an d. Bille | 6. Ochsenwärder |
| 2. Moorfleth | 7. Reitbrook |
| 3. Allermöhe | 8. Moorwärder |
| 4. Spadenland | 9. Moorburg |

c) Bergedorf:

Stadt Bergedorf

d) Geesthacht:

Stadt Geesthacht

e) Vierlande:

- | | |
|---------------|------------------------------------|
| Gemeinden: | 3. Neuengamme
(und West Krauel) |
| 1. Curslack | 4. Kirchwärder |
| 2. Altengamme | 5. Ost Krauel |

f) Ritzebüttel:

- | | |
|-------------------------|----------------------|
| Stadt Cuxhaven | |
| Gemeinden: | 3. Holte und Spangen |
| 1. Berensch und Arensch | 4. Oxstedt |
| 2. Gudendorf | 5. Sahlenburg |

Es konnten im Rahmen dieser Abhandlung nur die wesentlichen Etappen der geschichtlichen Entwicklung behandelt werden, so daß die Zwischenstadien, die gleicherweise einzelne Änderungen in den Gebietseinteilungen herbeiführten, unberücksichtigt bleiben mußten. Dies beeinträchtigt jedoch nicht den Gesamtüberblick, der über die früheren Gebietseinteilungen gegeben werden sollte.

Die Einteilung in besondere Verwaltungsbezirke

Die bisherigen Darlegungen haben sich hauptsächlich auf die gebietspolitischen Einteilungen bezogen, während die verwaltungsmäßigen Gliederungen nur gelegentlich gestreift werden konnten.

Neben den Gebietseinteilungen nach den Kirchspielen und für die Bürgerwache wurden Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts die ersten Sondereinteilungen für einzelne Verwaltungsbehörden vorgenommen, und zwar auf Grund der 1788 erlassenen Armen-Ordnung und Einrichtung einer Allgemeinen Armen-Anstalt die Einteilung in **Armen-Bezirke** (5 Hauptbezirke mit je 12 Quartieren und ein 6. Hauptbezirk mit 8 Quartieren, die so abgegrenzt wurden, daß auf jedes Quartier ungefähr die gleiche Anzahl betreuter Familien entfiel), sowie 1810 für das Bauwesen in 5 **Baubezirke** (für den nördlichen, mittleren, südlichen, östlichen und westlichen Teil der Stadt). Wegen dieser Neueinteilung für die Allgemeine Armen-Anstalt sah man sich veranlaßt, Namensschilder für die Straßen und Nummernschilder für die Häuser einzuführen, um den Armenpflegern ihre Geschäfte zu erleichtern und die Bücher und Tabellen des Armen-Kollegiums übersichtlich ordnen zu können. Dies geschah zugleich zu dem Zweck, erkennen zu lassen, zu welchem Regiment und welcher Compagnie jedes Haus gehörte. Die Häuser wurden nach Gaedecheus deshalb mit einem Blechschild von der Farbe der Fahne des betreffenden Regiments und mit dessen Anfangsbuchstaben (die zugleich die Anfangsbuchstaben der Kirchspiele waren) P (rot), N (blau), C (gelb), J (weiß), M (grün), einer römischen Zahl für die Compagnie (I, II, III usw.) und einer arabischen Zahl (in jedem Compagnie-Bezirk fortlaufend mit Nummer 1 beginnend) als Hausnummer versehen¹⁾.

Später sind die Organisation der Verwaltung und ihre Gliederung durchweg in besonderen Gesetzen geregelt worden, abgesehen von den Fällen, in denen die erwähnten Gesetze über Gebietseinteilungen (so z. B. die Gesetze vom 22. Juni 1894 und vom 23. Dezember 1912) zugleich

¹⁾ Im Jahre 1833 erhielten die Stadt und die Vorstädte neue Straßenschilder und Hausnummern, schwarz auf weißem Grund. Jeder Haus- und Hofeingang erhielt seine Nummer, jede Straße mit Nr. 1 anfangend, die eine Seite fortlaufend hinunter und an der anderen Seite wieder hinauf. An den Straßenecken wurden unter den Straßennamen kleine Bleche mit den Anfangsbuchstaben des betreffenden Kirchspiels und der Bezeichnung des Bataillons und der Compagnie des Bürgermilitärs befestigt.

Nach dem großen Brande wurden durch eine Verordnung vom 26. 6. 1843 die Namen der Straßen erneut festgestellt und den Häusern einer Straßenseite die geraden, der anderen die ungeraden Zahlen zugeteilt. Die Angaben der Kirchspiele und der Bataillone und Compagnien des Bürgermilitärs unterblieben nunmehr.

Änderungen über die Zuständigkeiten der Behörden enthielten (z. B. Neueinteilung der Steuerdistrikte und Wahlbezirke). Solche besonderen Gesetze waren das **Gesetz über die Organisation der hamburgischen Verwaltung vom 15. Juni 1863**, das später durch das **Revidierte Gesetz über die Organisation der Verwaltung vom 2. November 1896** ersetzt wurde. An seine Stelle trat nach zahlreichen inzwischen erfolgten Änderungen das **Gesetz über den Aufbau der Verwaltung vom 19. November 1926** (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 751). Daneben wurden die Organisation und die Gliederung neu gebildeter Behörden und Ämter in eigenen Sondergesetzen geregelt (z. B. Gesundheitsbehörde, Arbeitsamt, Wohlfahrtsamt u. a.), oder es wurden Verwaltungsgebiete vom Reich übernommen (z. B. Zollverwaltung, Teile der Steuerverwaltung, Wasserstraßenverwaltung, Arbeitsvermittlung und Erwerbslosen-Fürsorge), deren örtliche Aufgliederung von den zuständigen Reichsstellen erfolgte.

Dadurch hatte die **hamburgische Verwaltung** zu jener Zeit, wie der Senat in seiner Begründung zu dem Gesetz über den Aufbau der Verwaltung vom 19. 11. 1926 ausführte, **in ihrer ganzen Einteilung, inneren Gliederung und Zuständigkeitsregelung den Charakter des Unorganischen, Zufälligen und Systemlosen angenommen**. Das Verwaltungsaufbaugesetz von 1926 wurde deshalb bewußt nur als Rahmengesetz erlassen und dem Senat die Gliederung und Zuständigkeitsregelung der Behörden im Verordnungswege überlassen. Aber in der Folgezeit kam es noch nicht zu einer entscheidenden Änderung in der Handhabung der Gebiets- und Verwaltungseinteilungen, vor allem wohl deshalb nicht, weil die Behörden damals eine Vereinheitlichung ihrer Verwaltungsgliederungen noch nicht als wirklich dringende Notwendigkeit empfanden, vielmehr die Vielgestaltigkeit ihrer Bedürfnisse und die Schwierigkeiten einer Umstellung für ausschlaggebend hielten, um die einmal beschlossene Einteilung als sachlich berechtigt beizubehalten. Im Hintergrund stand wohl auch die Überzeugung, daß alle Verwaltungsgrenzen an der Zerrissenheit des Hamburger Gebiets mit seinen Exklaven in Preußen nichts ändern konnten (Farmsten, Volkendorf, Wohldorf-Ohlstedt, Groß Hansdorf-Schmalenbeck, Moorburg, Geesthacht, Amt Ritzbüttel).

Um die Bevölkerung von Zeit zu Zeit über die jeweiligen Gebietseinteilungen der Behörden zu unterrichten, erschienen — wenn auch nur lückenhaft — die nachfolgenden Veröffentlichungen:

Bis zum Jahre 1878 wurden Angaben über Verwaltungsbezirkseinteilungen zusammen mit dem Personalverzeichnis im **Staatshandbuch** veröffentlicht. Von 1879 bis 1908 geschah dies im Zusammenhang mit dem alphabetischen **Straßenverzeichnis** in einem besonderen Abschnitt des Staatshandbuchs, so z. B. im Staats-

handbuch von 1908 mit Angaben über die Zugehörigkeit zu Stadtteilen, Landherrenschaften, Wahlbezirken, Kirchspielen, Steuerbezirken, Schulbezirken, Polizeibezirken, Baupolizei-Distrikten, Standesamtsbezirken, Kreisen und Bezirken der Wohnungspflege, Armenkreisen und -bezirken, Hauptzollamtsbezirken, Bestellpostanstalten. Vom Jahre 1909 ab wurde das inzwischen weiter ausgebauten **Straßenverzeichnis** in kurzen Zwischenräumen als selbständige Veröffentlichung des Statistischen Amtes herausgegeben; es enthielt in gleicher Weise die Angaben über die Zugehörigkeit der Straßen zu den Distrikten, Bezirken usw. der verschiedenen Behörden. Die letzte derartige umfangreiche Bekanntgabe von Gebietseinteilungen der Behörden erfolgte mit dem **Straßenverzeichnis** von 1917. Die späteren amtlichen **Straßenverzeichnisse** aus den Jahren 1925, 1930, 1931 und 1936 brachten diese Bezirkseinteilungen nicht mehr, abgesehen von den Angaben der Bestellpostanstalten, sowie 1936 auch der Standesämter, Polizeiwachen und Kirchengemeinden, weil sie teils noch nicht abgeschlossen waren oder unregelmäßigen Änderungen unterlagen. Erst das amtliche **Gebiets- und Straßenverzeichnis** von 1939, das erste und bis vor kurzem einzige nach der Schaffung Groß-Hamburgs und der Gebietseinteilung von 1938, enthielt wieder in einem besonderen Abschnitt die Straßen mit Angabe der Kreise, Bezirke, Ortsteile und der Bezirkseinteilungen einer Reihe von Behörden. Das nunmehr vom Statistischen Landesamt neu herausgegebene amtliche **Straßen- und Gebietsverzeichnis** vom 30. Juni 1951 beschränkt sich in dieser Hinsicht auf Angaben über die Bezirke, Stadtteile, Ortsteile, Zustellpostämter, Finanzämter und Standesamtsbezirke, als die von der Bevölkerung am meisten benötigten Angaben. Die Aufnahme weiterer Behörden war räumlich nicht möglich und hätte außerdem die zur Zeit laufenden Bemühungen um Angleichung der Verwaltungsgrenzen an die neue Gebietseinteilung unterbunden, indem die alten Verwaltungsgrenzen durch den Abdruck sanktioniert und verewigt worden wären.

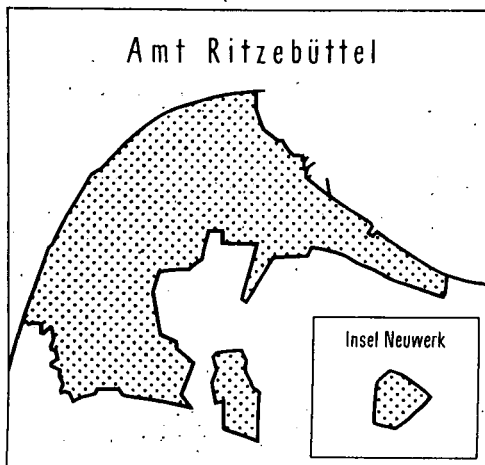
Bevor mit der Schilderung des Zeitabschnittes der Schaffung Groß-Hamburgs fortgefahren wird, ist hier abschließend der **hamburgisch-preußische Staatsvertrag von 1928** kurz zu erwähnen, der nach langjährigen Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg, die gleich nach dem ersten Weltkrieg einsetzten, zustande kam. Durch diesen Vertrag sollte für den Groß-Hamburger Wirtschaftsraum eine einheitliche städtebauliche, wirtschaftliche und verkehrstechnische Entwicklung angestrebt werden; außerdem wurde eine Hafengemeinschaft für neu zu erschließende Hafengebiete gegründet. Es braucht jedoch auf diesen Vertrag nicht weiter eingegangen zu werden, weil er für das zu behandelnde Thema ohne Bedeutung ist, da er keine territorialen Änderungen brachte und nicht zu einer neuen Gebietseinteilung führte. Dies geschah erst durch das **Groß-Hamburg-Gesetz**.

II. Das Groß-Hamburg-Gesetz und die weitere Entwicklung bis auf die heutige Zeit






Die Schaffung Groß-Hamburgs wurde schon als ein besonderer Markstein in der geschichtlichen Entwicklung Hamburgs bezeichnet, und dies mit gutem Recht; denn durch das **Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937** (Reichsgesetzblatt I, Seite 91) wurde das unorganische Gebilde im Groß-Hamburger Wirtschaftsraum durch eine großzügige territoriale Regelung bereinigt; ob in ausreichender und im einzelnen befriedigender Weise, ist hier nicht zu erörtern. Mit zwei althamburgischen Städten (Hamburg und Bergedorf) und 17 althamburgischen Landgemeinden gingen am 1. April 1937 drei preußische Stadtkreise (Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg) und 27 preußische Land-

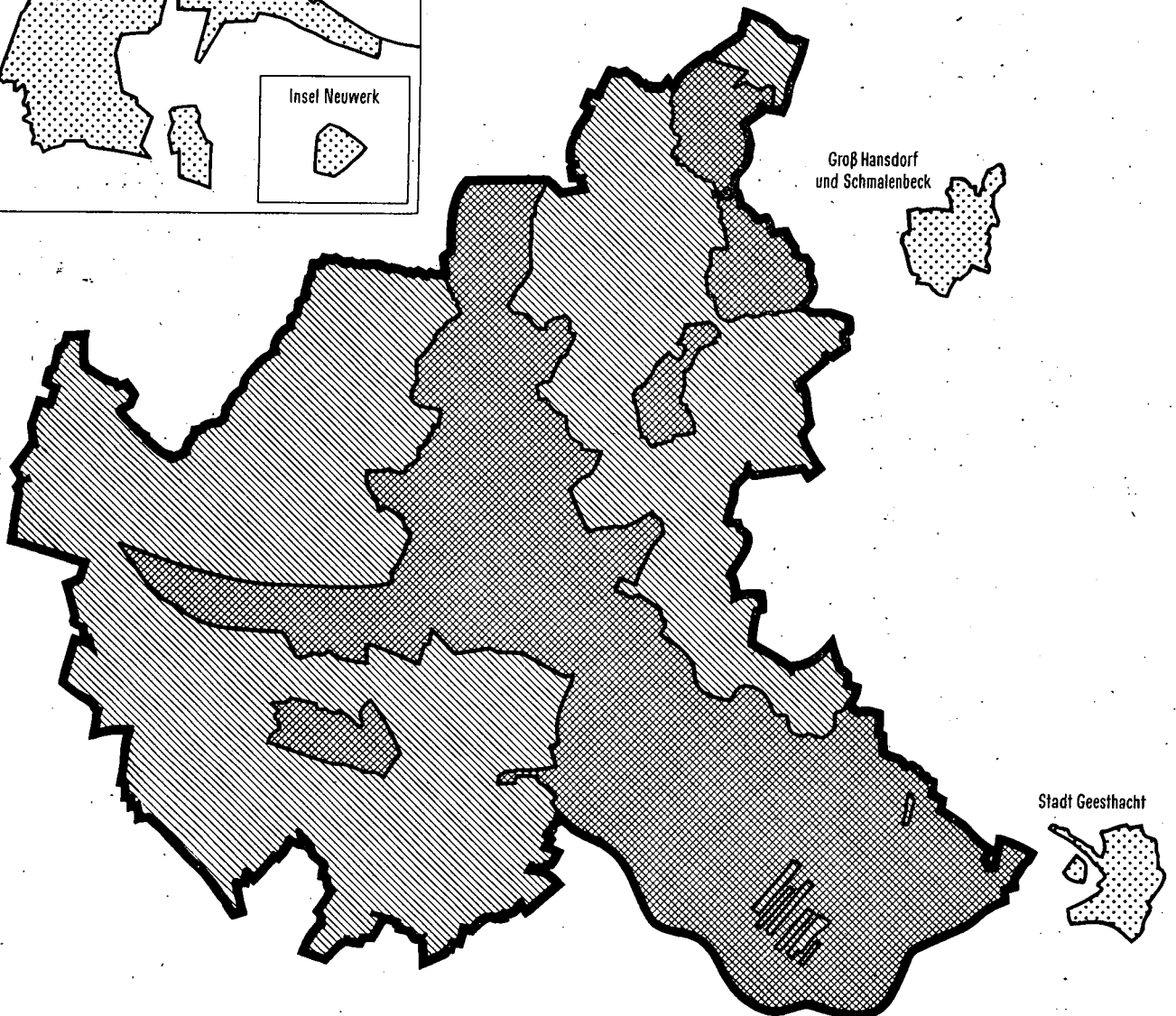
gemeinden nebst zwei Gemeindeteilen auf Hamburg über und wurden am 1. April 1938 zu der Einheitsgemeinde „Hansestadt Hamburg“ zusammengefaßt. Die Zuständigkeiten Hamburgs in den übernommenen ehemals preußischen Gebiets- teilen für die Zeit vom 1. April 1937 bis zum 31. März 1938 waren durch die Dritte Durchführungsverordnung zum Groß-Hamburg-Gesetz vom 13. 3. 37 (RGBl. I, S. 303) geregelt. Die territorialen Veränderungen brachten Hamburg einen Zuwachs um rund 80 % der bisherigen Fläche auf rd. 74 660 ha und eine Vermehrung der Bevölkerung um rund 40 % auf rd. 1 669 000 Einwohner.

Bild Nr. 2



GEBIET DES LANDES HAMBURG

-   vor dem Groß-Hamburg-Gesetz am 31.3.1937
-  am 1.4.1937 von Preußen auf das Land Hamburg übergegangen
-  am 1.4.1937 von Hamburg auf das Land Preußen übergegangen
-  neue Landesgrenze am 1.4.1937



Übersicht 5

Gebietsveränderungen am 1. 4. 1937

A Von Preußen gingen auf Hamburg über:

3 Städte, 27 Gemeinden, 2 Gemeindeteile, nämlich:

- a) **Stadtkreis Altona** } Regierungsbezirk
Stadtkreis Wandsbek } Schleswig
Stadtkreis Harburg-Wilhelmsburg
Regierungsbezirk Lüneburg
- b) **Gemeinden:**
- | | |
|----------------------|--|
| Bergstedt | } Landkreis Stormarn,
Regierungsbezirk
Schleswig |
| Billstedt | |
| Bramfeld | |
| Duvenstedt | |
| Hummelsbüttel | |
| Lemsahl-Mellingstedt | |
| Lohbrügge | |
| Poppenbüttel | |
| Rahlstedt | |
| Sasel | |
| Steilshoop | } Landkreis Pinneberg,
Regierungsbezirk Schleswig |
| Wellingsbüttel | |
| Lokstedt | } Landkreis Stade,
Regierungsbezirk Stade |
| Cranz | |
| Altenwerder | } Landkreis Harburg,
Regierungsbezirk
Lüneburg |
| Finkenwerder | |
| Fischbeck | |
| Francop | |
| Gut Moor | |
| Kirchwerder | |
| Langenbeck | |
| Marmstorf | |
| Neuenfelde | |
| Neugraben | |
| Neuland | |
| Rönneburg | |
| Sinstorf | |

c) Gemeindeteile:

Die rechts der Elbe gelegenen Teile der Gemeinde Over (Landkreis Harburg, Regierungsbezirk Lüneburg)

Der Wohnplatz Kurslack im Achterschlag (Teil der Gemeinde Börnsen, Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig)

B Von Hamburg gingen auf Preußen über:

2 Städte 6 Gemeinden:

- a) Stadt Geesthacht
Stadt Cuxhaven
- b) **Gemeinden:** Groß-Hansdorf und Schmalenbeck
Berensch und Arensch
Gudendorf
Holte und Spangen
Oxstedt
Sahlenburg

Anmerkung zu A und B:

Ein Jahr später, am 1. April 1938, erfolgte der Zusammenschluß aller Gemeinden zur Einheitsgemeinde „Hansestadt Hamburg“.

Durch das **Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg vom 9. Dezember 1937** (Reichsgesetzblatt I, Seite 1327), das am 1. April 1938 in Kraft trat, erhielt Hamburg eine staatsrechtliche Stellung besonderer Art im damaligen Reich. Seine reichsunmittelbare Einheitsverwaltung wurde in einen staatlichen Verwaltungsbezirk und eine Selbstverwaltungskörperschaft (Einheitsgemeinde) aufgeteilt, die in der Spitze zu einer Einheitsbehörde (Reichsstatthalter) zusammengefaßt wurden. Bisher waren in Hamburg die staatlichen und gemeindlichen Aufgaben stets einheitlich durch die hamburgische Verwaltung wahrgenommen worden; jetzt wurden sie auf Wunsch des Reichs, nach ihren Funktionen getrennt, auf den staatlichen Sektor (vgl. § 2 des Gesetzes und den **Erlaß über die Organisation der Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg vom 1. April 1938** — Hamburgisches Verordnungsblatt, Seite 4 —) und auf den gemeindlichen Sektor verteilt. Für den letzteren galt nunmehr mit einigen Abweichungen die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (Reichsgesetzblatt I, Seite 49). Die Gemeindeverwaltung gliederte sich gemäß dem Organisationserlaß vom 1. April 1938 in 7 zentrale Ämter und 19 zentrale Fachverwaltungen. Die **Hauptsatzung vom 15. März 1938** (Hamburgisches Verordnungsblatt, Seite 1) schrieb die Zusammenfassung der vorwiegend ländlichen Teile des Stadtgebiets zu einem „Landbezirk“ vor, der 49 Gemeinden oder Gemeindeteile umfaßte. Diese Gebietsteile erhielten einen ihrer überwiegend ländlichen Eigenart angepaßten Selbstverwaltungskörper in der Landbezirksverwaltung, an deren Spitze der „Landbezirksbürgermeister“ und als dessen Vertreter der „Landherr“ standen. Sie wurden mit Wirkung vom 1. Oktober 1938 in zunächst 7, später 8 Hauptdienststellen und 26 Dienststellen gegliedert, denen weitgehend durch genaue Zuständigkeitsregelungen alle laufenden Angelegenheiten der Verwaltung übertragen wurden. Diese Dekonzentration von Verwaltungsaufgaben im Landgebiet sollte die Nachteile der sonst stark zentralistisch geführten Verwaltung ausgleichen und diesem Landbezirk eine volksnahe Verwaltung geben. Dies waren die wesentlichsten, hier erwähnenswerten Grundzüge der neuen Verfassung und Verwaltung von 1938.

Die bedeutende Vergrößerung des Gebiets und der Zusammenschluß einer so großen Anzahl von Gemeinden mit zum Teil verschiedenem Recht und unterschiedlicher Verwaltungsorganisation zu einer Einheitsgemeinde mußten naturgemäß Veranlassung zu einer neuen Gebietseinteilung geben, die durch die **Bekanntmachung über die Gebietseinteilung der Hansestadt Hamburg vom 26. Oktober 1938** mit ihrer **Änderung vom 8. Dezember 1938** (Hamburgisches Verordnungsblatt, Seiten 207 und 265) erfolgte und am 1. April 1939 in Kraft trat. Über diese Gebietseinteilung und die im Zusammenhang damit vorgenommenen Grenzveränderungen findet sich eine eingehende Darstellung in der Monatsschrift des Statistischen Amtes der Hansestadt Hamburg Nr. 8 vom 1. No-

vember 1938, auf die hier Bezug genommen werden darf. Aber um den Zusammenhang zu wahren, muß einiges daraus angeführt werden.

In Übereinstimmung mit der Hauptsatzung legte die Bekanntmachung die Einteilung in **Stadtbezirk** und **Landbezirk** (als Verwaltungsbezirke) fest. Im übrigen wurde die Einheitsgemeinde Hansestadt Hamburg in 10 Kreise, 110 Bezirke und 178 Ortsteile, als Gebietseinheiten, eingeteilt.

Die **10 Kreise** bildeten hiernach die größten Gebietseinheiten. Ihre Abgrenzung erfolgte nicht nach Stadt- und Landbezirk getrennt, sondern durchschnitt mehrfach diese Einteilung bei den Kreisen 3, 7, 8 und 10.

Die nächsten Gebietseinheiten waren die **110 Bezirke**, von denen 66 auf den Stadtbezirk und 44 auf den Landbezirk entfielen. Bei der Neueinteilung war angestrebt worden, die bisherigen „Stadtteile“ und „Gemeinden“, die im Laufe vieler Jahrzehnte zu festen Gebietsbegriffen geworden waren, nach Möglichkeit zu erhalten; ihre Bezeichnung wurde jedoch in „Bezirke“ und „Ortsteile“ geändert. Vier Stadtteile wurden als selbständige Gebietsteile aufgelöst (St. Georg-Süd, Klein Borstel, Moorfleth-Stadt, Klein Flottbek) und einige Stadtteile in ihrem Umfang wesentlich verändert, während der Kern ihres Gebiets und sein Name erhalten blieben; teilweise wurden auch neue, schon eingebürgerte Namen, z. B. Hoheluft (bisher Teil von Eppendorf), Rothenburgsort (bisher Teil von Billwärder-Ausschlag) geschaffen.

Die **178 Ortsteile** stellten die kleinsten Gebiets-einheiten dar. Ein Bezirk umfaßte überwiegend zwei oder mehr Ortsteile; teilweise aber auch nur einen Ortsteil. Die Bezirks- und Ortsteilsgrenzen deckten sich in jedem Fall.

Sämtliche Gebietseinheiten wurden **numeriert**: die Kreise von 1 bis 10 (fortlaufend), die Bezirke von 1 bis 110 (fortlaufend) und die Ortsteile von 101 bis 021; die Ortsteile wurden innerhalb der Kreise fortlaufend numeriert in der Weise, daß die erste Ziffer der Ortsteilnummer ihre Zugehörigkeit zum Kreis angab (Kreis 10 = 0). Die Ortsteile trugen außer der Nummer auch einen **Namen**, der überwiegend den alten Stadtteils- und Gemeindepnamen angepaßt oder nach wichtigen und bekannten Straßennamen innerhalb der Ortsteile geprägt worden war; in Einzelfällen wurden auch besonders konstruierte Namen oder Personennamen gewählt (vgl. Übersicht 6).

In den weniger besiedelten Außengebieten konnten die alten Gemeindegrenzen im allgemeinen erhalten bleiben. Sonst ergaben sich kleinere Grenzveränderungen dort, wo klare und sichtbare Grenzen geschaffen werden mußten. Einige wesentlichere Grenzveränderungen mußten dagegen an der ehemaligen Landesgrenze zur Neuabgrenzung zwischen althamburgischen und ehemals preußischen Gebietsteilen vorgenommen werden. Hierzu wurde bestimmt, daß bis zur Rechtsvereinheitlichung die ehemaligen Landesgrenzen für die Geltung des bisherigen Landes- und Ortsrechts maßgebend bleiben sollten. Diese Rechtsvereinheitlichung konnte bisher noch nicht vollumfänglich durchgeführt werden, aber durch das

Gesetz über Rechtsvereinheitlichung vom 15. Juni 1950 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 131) ist ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden, indem es generell die Einführung des hamburgischen Rechts in den früher preußischen Gebietsteilen vorschreibt, soweit nicht noch in diesem Gesetz weiterhin Ausnahmen vorgesehen sind.

Von wesentlichem Interesse und deshalb hier herauszustellen ist die **Vorschrift** in der Bekanntmachung über diese Gebietseinteilung, daß die **Gebietseinteilung für die Staats- und Gemeindeverwaltung mit Wirkung vom 1. April 1939 verbindlich sein sollte**. Dieses damals schon gesteckte Ziel ist nicht erreicht worden. Das erwähnte amtliche Gebiets- und Straßenverzeichnis vom 1. Mai 1939 bringt außer der gebietspolitischen Einteilung weiterhin in größerer Zahl Angaben über die abweichende Gliederung der Reichsverwaltungen in Hamburg und von hamburgischen Behörden, und so ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.

Nur verhältnismäßig kurze Zeit bestand Groß-Hamburg, als der zweite Weltkrieg begann, der verhinderte, daß Groß-Hamburg bisher die ihm zugedachte und erwartete Entwicklung nehmen konnte. Dies wird nun erst mit der Überwindung der Kriegsfolgen möglich sein.

Die Kriegsauswirkungen wurden Anlaß zu grundsätzlichen Änderungen in der Verwaltungsorganisation, die an Stelle der zunächst stark zentralistisch ausgerichteten Verwaltung eine **Dezentralisation der Verwaltungsaufgaben** herbeiführen sollten. Nach den schweren Luftangriffen auf Hamburg Juli/August 1943 wurde es infolge der großen Zerstörungen im Stadtgebiet und der immer stärker anwachsenden Betreuungsaufgaben der Verwaltung für die Bevölkerung dringend notwendig, die Verwaltung so zu gestalten, „daß sie jeder möglichen Situation gewachsen sein würde“. Im August 1943 wurde deshalb die unverzügliche „Dezentralisation“ der Gemeindeverwaltung angeordnet. Dies geschah durch die Einrichtung von **23 Ortsämtern** nach dem Vorbild der schon erwähnten Hauptdienststellen des Landbezirks. Letztere wurden dabei ebenfalls in Ortsämter umgewandelt; in einigen Randgebieten wurden außerdem an die Weisungen der Ortsämter gebundene **Ortsdienststellen** eingerichtet. Die Ortsamtsbezirke wurden unter Berücksichtigung der Gebietseinteilung vom 26. Oktober 1938 in der Weise abgegrenzt, daß die in ihnen vorhandenen „Bezirke“ und „Ortsteile“ geschlossen erfaßt wurden. Die Ortsämter bildeten die „Regionale Verwaltung“ und wurden als solche der damaligen Hauptverwaltung unterstellt. Im November 1943 wurde beschlossen, die Ortsämter zu „Kreisverwaltungen“ zusammenzufassen.

Durch den **Erlaß über die Neuordnung der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg vom 10. Juli 1944** nebst seinen Durchführungsbestimmungen (Hbg. VOBl. S. 37) wurde die im August 1943 eingeleitete und inzwischen weiter entwickelte Dezentralisation auf Grund der gesammelten Erfahrungen und der damaligen Notwendigkeiten des Krieges zu einem vorläufigen Abschluß gebracht.

Übersicht 6

Die 10 Kreise, 110 Bezirke und 178 Ortsteile

Stand: 1. IV. 1939

Die Bezirke und ihre Ortsteile, die zum Landbezirk gehören, sind durch einen Stern hinter dem Namen des Bezirks gekennzeichnet. Außerdem werden am Schlusse der Übersicht diese Ortsteile noch einmal besonders aufgeführt mit Angabe der zuständigen Hauptdienststellen und Dienststellen der Verwaltung des Landbezirks.

	Bezirke	Ortsteile Nr.		Bezirke	Ortsteile Nr.			
Kreis 1	1 Lokstedt	101	Kreis 5	38 Hohenfelde	{ 501 502			
	2 Schnelsen	102		39 Eilbeck	{ 503 504 505 506			
	3 Niendorf	103			40 Hamm-Nord	{ 507 508 509		
	4 Langenhorn	104				41 Hamm-Mitte	{ 510 511	
	5 Fuhlsbüttel	105					42 Hamm-Süd	{ 512 513
	6 Ohlsdorf	106			43 Horn	{ 514 515		
	7 Alsterdorf	107				44 Billstedt	{ 516	
	8 Groß Borstel	108		Kreis 6	45 Barmbeck-Nord		{ 601 602 603 604	
	9 Winterhude-Nord	{ 109 110				46 Barmbeck-Südost	{ 605 606 607 608	
		10 Winterhude-Süd			{ 111 112 113 114		47 Barmbeck-Südwest	{ 609 610 611 612
	11 Eppendorf				{ 115 116 117	48 Uhlenhorst		{ 613 614
					12 Hoheluft		{ 118 119 120 121	Kreis 7
Kreis 2		13 Eimsbüttel-West	{ 201 202 203 204			50 Altona-Mitte	{ 707 708 709	
	14 Eimsbüttel-Mitte		{ 205 206 207 208				51 Altona-Süd	
			15 Eimsbüttel-Ost			{ 209 210		
					16 Harvestehude	{ 211 212	53 Bahrenfeld	
17 Rotherbaum	{ 213 214	54 Eidelstedt 55 Stellingen	{ 719 720					
	Kreis 3		18 St. Pauli-Nord		{ 301 302 303 304	56 Flottbek-Othmarschen	{ 721	
19 Neustadt-Nord		{ 305 306 307			57 Nienstedten*		{ 722 723	
		20 Altstadt-West		{ 308		58 Blankenese*	{ 724 725	
				21 Altstadt-Ost	{ 309 a		59 Sülldorf* 60 Rissen* 61 Osdorf* 62 Lurup*	
22 Altstadt-Süd		{ 309 b	Kreis 8		63 Wilhelmsburg 64 Georgswerder 65 Moorwärder*	{ 801 802 a 802 b		
		23 Neustadt-Süd		{ 310		66 Harburg	{ 803 804	
24 St. Pauli-Süd				{ 311 a	67 Heimfeld		{ 805	
		25 Steinwärder		{ 311 b		68 Billbrook	{ 401 402	
26 Waltershof				{ 312 a	29 Borgfelde		{ 403	
		27 Finkenwärder*		{ 312 b		30 Hammerbrook	{ 404 405 406 407	
Kreis 4	28 St. Georg			{ 401 402	31 Klostertor		{ 408 a	
		32 Klostertorhafen		{ 408 b		33 Kleiner Grasbrook	{ 409 a	
	34 Veddel			{ 409 b	35 Rothenburgsort		{ 410	
		36 Billwärder Ausschlag		{ 411 a		37 Billbrook	{ 411 b	
	37 Billbrook			{ 411 b				

	Bezirke	Ortsteile Nr.
Noch: Kreis 8	68 Eißendorf	806
	69 Wilstorf	807
	70 Marmstorf*	808
	71 Rönneburg*	809 a
	72 Langenbeck*	809 b
	73 Sinstorf*	809 c
	74 Neuland*	810 a
	75 Gut Moor*	810 b
	76 Moorburg*	811 a
	77 Francop*	811 b
	78 Altenwerder*	812
	79 Fischbeck*	813 a
	80 Neugraben*	813 b
	81 Cranz*	814 a
82 Neuenfelde*	814 b	
Kreis 9	83 Lohbrügge*	901
	84 Bergedorf*	{ 902 903
	85 Curslack*	904
	86 Altengamme*	905
	87 Neuengamme*	906
	88 Kirchwärder*	907
	89 Billwärder*	908
	90 Moorfleth*	909 a
	91 Allermöhe*	909 b

	Bezirke	Ortsteile Nr.
Noch: Kreis 9	92 Reitbrook*	909 c
	93 Spadenland*	910 a
	94 Tatenberg*	910 b
	95 Ochsenwärder*	910 c
	Kreis 10	
	96 Wandsbek-West	{ 008 009
	97 Wandsbek-Ost	{ 010 a 010 b
	98 Bramfeld	011
	99 Steilshoop	012
	100 Farmsen	013
	101 Wohldorf-Ohlstedt*	014
	102 Duvenstedt*	015
	103 Bergstedt*	016
	104 Lemsahl-Mellingstedt*	017
	105 Poppenbüttel*	018
	106 Hummelsbüttel*	019
	107 Wellingsbüttel*	020
	108 Sasel*	021
	109 Volksdorf*	
	110 Rahlstedt*	

Sonderübersicht über die Ortsteile des Landbezirks

geordnet nach den Nummern sowie nach Hauptdienststellen und Dienststellen der Verwaltung des Landbezirks

Ortsteile	Dienststellen
Hauptdienststelle Finkenwärder (Sitz Finkenwärder)	
312b Finkenwärder	Finkenwärder
Hauptdienststelle Blankenese (Sitz Blankenese)	
721 Nienstedten	} Blankenese
722 Blankenese-Nord	
723 Blankenese-Süd	
724 Sülldorf	
725 Rissen	Rissen
726 Osdorf	Osdorf
727 Lurup	Lurup
Hauptdienststelle Süderelbe (Sitz Neugraben)	
802b Moorwärder	Moorwärder
808 Marmstorf	} Marmstorf
809a Rönneburg	
809b Langenbeck	
809c Sinstorf	
810a Neuland	} Neuland
810b Gut Moor	
811a Moorburg	
811b Francop	} Altenwerder
812 Altenwerder	
813a Fischbeck	} Neugraben
813b Neugraben	
814a Cranz	} Neuenfelde
814b Neuenfelde	
Hauptdienststelle Bergedorf (Sitz Bergedorf)	
901 Lohbrügge	} Bergedorf
902 Bille	
903 Brink	

Ortsteile	Dienststellen
Hauptdienststelle Vier- und Marschlande (Sitz Neuengamme)	
904 Curslack	} Neuengamme
906 Neuengamme	
905 Altengamme	
907 Kirchwärder	
908 Billwärder	} Allermöhe
909a Moorfleth	
909b Allermöhe	
909c Reitbrook	} Ochsenwärder
910a Spadenland	
910b Tatenberg	
910c Ochsenwärder	
Hauptdienststelle Walddörfer (Sitz Volksdorf)	
012 Wohldorf-Ohlstedt	} Ohlstedt
013 Duvenstedt	
014 Bergstedt	} Bergstedt
015 Lemsahl-Mellingstedt	
020 Volksdorf	Volksdorf
Hauptdienststelle Alstertal (Sitz Sasel)	
016 Poppenbüttel	Poppenbüttel
017 Hummelsbüttel	Hummelsbüttel
018 Wellingsbüttel	Wellingsbüttel
019 Sasel	Sasel
Hauptdienststelle Rahlstedt (Sitz Rahlstedt)	
021 Rahlstedt	Rahlstedt

Die Gemeindeverwaltung wurde nunmehr in die Zentralverwaltung und die Regionale Verwaltung gegliedert. Zur Zentralverwaltung gehörten die Hauptverwaltung, die Fachverwaltungen, die Kriegsämter und die selbständigen ständigen Ämter. Zur Regionalen Verwaltung gehörten **6 Kreisverwaltungen** (durch die großen Zerstörungen war die Zahl der Kreise von 10 auf 6 zusammengefaßt worden, nämlich in die Kreise 1, 4, 7, 8, 9 und 10), **23 Ortsämter mit 32 Ortsdienststellen und 116 Ausgabestellen**. Die Kreisverwaltungen einesteils Durchführungstellen der Zentralverwaltung, vor allem aber „selbständige, unter alleiniger Verantwortung ihrer Leiter nach zentral gegebenen fachlichen Weisungen mit eigener Initiative arbeitende Verwaltungsstellen“ sein. Die Fachverwaltungen und die Ämter hatten auf ihren Fachgebieten gegenüber den Kreisverwaltungen das Aufsichts- und Weisungsrecht. **Die Landbezirksverwaltung wurde aufgehoben, aber die Gebieteinteilung in Stadtbezirk und Landbezirk wurde intern noch beibehalten**, schon wegen des zum Teil unterschiedlichen Rechts und der zunächst noch unterschiedlichen, und zwar größeren Zuständigkeiten und Aufgaben der Ortsämter und Ortsdienststellen im Landgebiet. Bei der Hauptverwaltung wurde für die Regionale Verwaltung ein Beirat und bei den Ortsämtern wurden Ortsälteste zur ehrenamtlichen Beratung berufen.

Die Organisationserlasse nannten diese Maßnahmen damals „Dezentralisation“. Demgegenüber wird von dem Verfasser des Gutachtens über die Neuordnung der kommunalen Verwaltung der Hansestadt Hamburg, Dr. Mulert (1948), die Auffassung vertreten, daß es sich nur um eine sehr weitgehende Dekonzentration mit einigen Zügen echter Dezentralisation gehandelt habe (Dekonzentration = zentrale Fachbehörden mit Außenstellen). Diese Kennzeichnung trifft wohl das Richtige; immerhin, es war damit ein Schritt in Richtung auf eine Dezentralisation der Gemeindeverwaltung getan worden. Neben der sich mehrenden Erkenntnis, daß eine so große Stadt nicht auf die Dauer zentral verwaltet werden kann, war es der Krieg, der ihn in erster Linie zur Auslösung brachte, aber er war auch zugleich der Grund dafür, die zentralistische Führung auf wesentlichen Aufgabengebieten zwecks einheitlicher Lenkung noch beizubehalten.

Das Kriegsende sah die hamburgische Verwaltung in der geschilderten Organisationsform, wobei noch nachzutragen wäre, daß der staatliche Sektor dazu übergegangen war, zahlreiche Zuständigkeiten kommissarisch durch die Gemeindeverwaltung mit wahrnehmen zu lassen, um sich im wesentlichen auf Aufgaben der Reichsverteidigung zu konzentrieren. Es zeigte sich schon damals eine Entwicklung an, die besondere Staatsverwaltung wesentlich einzuschränken oder ganz aufzulösen. Dies geschah als eine der ersten Maßnahmen gleich nach Kriegsende.

Durch die **vorläufige Verfassung der Hansestadt Hamburg vom 15. Mai 1946** (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 51), die das Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg

vom 9. Dezember 1937 außer Kraft setzte, wurde Hamburg wieder ein deutsches Land, blieb aber gleichzeitig eine Einheitsgemeinde. Die Aufgaben des Landes und der Gemeinde werden von nun ab wieder einheitlich wahrgenommen. Durch einen **Erlaß vom 6. Juli 1945** wurden 4 von den bestehenden 6 Kreisverwaltungen aufgehoben. Es blieben die Kreisverwaltung 8 (mit den Ortsämtern Harburg, Wilhelmsburg und Süderfelde — Finkenwerder wurde später herausgenommen und selbständiges Ortsamt —) und die Kreisverwaltung 9 (mit den Ortsämtern Bergedorf und Vier- und Marschlande); die übrigen Ortsämter in den aufgelösten Kreisverwaltungen blieben bestehen. Durch eine **Anordnung vom 8. November 1945** wurden die Ortsämter Eppendorf und Winterhude zum Ortsamt Eppendorf-Winterhude und die Ortsämter Barmbeck-Nord und Uhlenhorst zum Ortsamt Barmbeck-Uhlenhorst zusammengeschlossen. Nach dem schon zitierten Gutachten von Dr. Mulert trat in den ersten Jahren nach dem Krieg zunächst eine rückläufige Bewegung von der Dezentralisation zu einer verstärkten Zentralisierung ein.

Am **9. Juli 1947** wurde das **Gesetz über Verwaltungsbehörden** (Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 25) erlassen, das zur Zeit die Grundlage für die hamburgische Verwaltungsorganisation bildet. Danach führt der Senat die Verwaltung und kann zur Durchführung der Senatsaufgaben Senatskommissionen bilden oder Senatsämter einrichten, die ihm unterstehen. Im übrigen werden die Verwaltungsaufgaben Fachbehörden zur selbständigen Erledigung übertragen. Für die Regionale Verwaltung wurde ein Senatsamt eingerichtet und mit der Aufsicht über die noch bestehen gebliebenen 2 Kreisverwaltungen 8 und 9 und über die 18 Ortsämter sowie 32 Ortsdienststellen beauftragt.

Die Regionale Verwaltung hatte damit aber noch nicht ihre endgültige Gestaltung gefunden. In grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem schon mehrfach erwähnten Gutachten von Dr. Mulert und vielfachen Stellungnahmen aus Parlament, Behörden und politisch interessierten Kreisen der Öffentlichkeit bekannte sich der Senat im Jahre 1949 zu einer dezentralisierten Verwaltung auf der Basis einer Bezirksverwaltung. Dieser Grundsatz ist in dem **Gesetz über die Bezirksverwaltung in der Hansestadt Hamburg vom 21. September 1949** (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 223) als künftige Verwaltungsform für Hamburg nunmehr endgültig festgelegt worden; nach § 6 sind alle Aufgaben, die ihrer Natur nach örtlich erledigt werden können, den Bezirksämtern zur eigenen Durchführung zu übertragen. Es besteht jedoch insofern eine gewisse Einschränkung einer allgemeinen und unabhängigen Dezentralisation, als dem Senat das unbeschränkte Aufsichtsrecht über die Bezirksämter vorbehalten ist und die Fachbehörden in einigen gesetzlich geregelten Fällen Einzelanweisungen erteilen können. In der **Ersten Durchführungsverordnung** zu diesem Gesetz vom **21. Sep-**

tember 1950 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 53) hat der Senat die Verwaltungsaufgaben bestimmt, die von den Bezirksämtern wahrzunehmen sind, worin aber noch nicht eine abschließende Regelung gesehen zu werden braucht. Durch das Gesetz wurden 7 Bezirke geschaffen und weiter vorgesehen, daß in bestimmten Teilen der Bezirke, in denen dies im Interesse der Bevölkerung zweckmäßig ist, Ortsämter einzurichten sind. Somit wird der Bezirk grundsätzlich durch die Bezirksämter verwaltet und nur in Teilgebieten (im allgemeinen in den Außengebieten ihres Bezirks) lassen diese ihre Tätigkeit durch

Ortsämter ausüben. 15 Ortsämter sind bisher gebildet worden, daneben bestehen Außenstellen.

Damit ist der geschichtliche Abriss abgeschlossen. Es mußte bei der Darstellung der neueren Zeit etwas näher auf die Verwaltungsorganisation eingegangen werden, um besonders die Entwicklung zur Dezentralisation der hamburgischen Verwaltung herauszustellen, weil diese Dezentralisation ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung sowohl für die gebietspolitische Einteilung als auch für die Forderung des Senats auf Angleichung der Verwaltungseinheiten an die Gebietseinheiten ist.

III. Die neue Gebietseinteilung

Infolge der im Kriege und in der Nachkriegszeit durchgeführten Maßnahmen zur Neuordnung der hamburgischen Verwaltung — vergl. Abschnitt II — war die Gebietseinteilung von 1938 bereits seit längerem überholt, aber sie befand sich formell noch in Geltung. Nachdem der organisatorische Aufbau der 7 Bezirksämter und die Übertragung der ihnen zugewiesenen Aufgaben im wesentlichen abgeschlossen sowie die Grenzen dieser Bezirke einschließlich ihrer Ortsämter festgelegt worden waren, war dies der geeignete Zeitpunkt, eine neue Gebietseinteilung zu beschließen.

Die entsprechende **Bekanntmachung des Senats vom 11. Mai 1951** teilt das Gebiet der Hansestadt Hamburg neu in Bezirke, Stadtteile und Ortsteile, als nunmehrige Gebietseinheiten, ein und folgt insofern grundsätzlich der Regelung von 1938, durch die eine Einteilung in Kreise, Bezirke und Ortsteile vorgenommen worden war. Hierbei hat sich freilich der Begriff „Bezirk“ geändert. Während man früher einen „Stadtteil“ darunter verstand, ist nunmehr, wie in Berlin, eine Zusammenfassung mehrerer Stadtteile daraus geworden. Die Einteilung des Gebiets in einen Stadtbezirk und einen Landbezirk bestand seit 1944 nur intern noch fort, weil damals unter anderem auch die Folgerung daraus gezogen worden war, daß Hamburg seit dem 1. April 1938 eine Einheitsgemeinde bildet. Deshalb und wegen der seither durchgeführten weitgehenden Rechtsvereinheitlichung im Gesamtgebiet der Einheitsgemeinde, die auch der Tatsache Rechnung trägt, daß der städtische Charakter in immer weitere Teile der Randgebiete vorgedrungen ist, wurde die Abgrenzung eines besonderen Landbezirks nicht mehr für tunlich gehalten. Dabei wird keineswegs verkannt, daß noch Gebietsteile mit ausgesprochen oder vornehmlich ländlicher Struktur erhalten geblieben sind und für nicht absehbare Zeit diesen Charakter behalten werden, aber für diese soll jetzt die dezentralisierte Verwaltung in ihren Bezirksämtern und Ortsämtern die Gewähr bieten, daß ihre besonderen Interessen fach- und sachgemäß wahrgenommen werden.

Als **größte Gebietseinheiten** bestimmte der Senat die durch das Gesetz über die Bezirksverwaltung vom 21. September 1949 an Stelle der früheren Kreise geschaffenen **7 Bezirke**, nämlich: 1. Hamburg-Mitte, 2. Altona, 3. Eimsbüttel, 4. Hamburg-

Nord, 5. Wandsbek, 6. Bergedorf, 7. Harburg. Diese sind damit zugleich Verwaltungsbezirke und Gebietseinheiten. Eine weitere **Unterteilung** ist in **106 Stadtteile und 179 Ortsteile** erfolgt.

Wie schon erwähnt, werden als **Stadtteile** die bisherigen Bezirke bezeichnet, von denen ein Teil bereits vor 1938 diese Bezeichnung geführt hatte; statt 110 Bezirke gibt es künftig 106 Stadtteile, die ihre historischen Gebietsnamen weiterführen. Diese Umbenennung ergab sich einmal zwangsläufig dadurch, daß die 7 großen Gebietseinheiten durch das Gesetz vom 21. September 1949 die Bezeichnung „Bezirk“ erhalten haben, zum anderen wurde damit einem Wunsche der Bevölkerung auf Beibehaltung historischer Gebietsbezeichnungen und -namen, die im Bewußtsein der Bevölkerung fortleben, entsprochen. Die alten historischen Gebietsnamen erleichtern im übrigen dem ortskundigen Leser von statistischen Darstellungen und Veröffentlichungen, sich ohne Karte über die Lage dieser Gebietseinheiten zu orientieren. Zu Stadtteilen sind überwiegend zwei oder mehrere benachbarte Ortsteile zusammengefaßt worden, während in den mehr ländlichen Bezirken im allgemeinen ein einzelner Ortsteil, der einen historischen Namen führt, zugleich einen Stadtteil bildet. Stadtteile sind hier nach die Ortsteile oder Zusammenfassungen benachbarter Ortsteile mit historischem Namen, deren Wesensmerkmal die annähernde Gleichartigkeit ihrer Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Siedlungsstruktur ist. Dies ist für statistische Darstellungen bedeutungsvoll, hat sich aber auch sonst für zahlreiche Bedürfnisse der Verwaltung als zweckmäßig erwiesen.

Die **Ortsteile** sind wieder — wie 1938 — die kleinsten Gebietseinheiten, die der Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Tiefengliederung des Gebiets für Verwaltungs- und statistische Zwecke entsprechen. Sie konnten ihre Bezeichnung beibehalten, mußten aber neu numeriert werden, weil ihre bisherige Numerierung nach Wegfall der Kreiseinteilung überholt war und zu Irrtümern Anlaß gab. Die neuen Nummern sind in Anlehnung an die den einzelnen Bezirken erteilten Nummern gewählt worden (z. B. im Bezirk 1 — Hamburg-Mitte — haben die Ortsteile die Nummern 101 bis 139, im Bezirk 2 — Altona — die Nummern 201 bis 226 usw.), wodurch ihre örtliche Lage leicht feststellbar ist.

Gebietseinteilung der Hansestadt Hamburg vom 11. Mai 1951

Bezirk	Ortsamt	Stadtteil	Ortsteil Nr.			
			neu	alt		
Hamburg-Mitte	—	Hamburg-Altstadt	101	309a		
		" "	102	308		
	—	" "	103	309b		
		Neustadt	104	310		
	—	—	" "	105	305	
			" "	106	307	
			" "	107	306	
			St. Pauli	108	304	
			" "	109	301	
			" "	110	302	
			" "	111	303	
			" "	112	311a	
			St. Georg	113	402	
			" "	114	401	
	—	—	Klostertor	115	408a	
			" "	116	408b	
	—	—	Hammerbrook	117	407	
			" "	118	406	
	—	—	" "	119	405	
			Borgfelde	120	404	
	—	—	" "	121	403	
			Hamm-Nord	122	507	
	—	—	" "	123	508	
			" "	124	509	
	—	—	Hamm-Mitte	125	510	
			" "	126	511	
	—	—	Hamm-Süd	127	512	
			" "	128	513	
	Billstedt	—	Horn	129	515	
			" "	130	514	
			Billstedt	131	516	
			" "	132	411b	
			Veddel-Rothenburgsort	133	411a	
			" "	134	410	
			" "	135	409b	
			" "	136	409a	
			" "	137	311b	
			Finkenwerder	138	312a	
" "			139	312b		
Altona			—	Altona-Altstadt	201	709
				" "	202	708
	" "	203		707		
	" "	204		705		
	" "	205		706		
	" "	206		704		
	—	—		Altona-Nord	207	703
				" "	208	702
				" "	209	701
	—	—		Ottensen	210	710
				" "	211	711
				" "	212	712
				" "	213	713
				" "	214	716
	—	—		Bahrenfeld	215	715
				" "	216	714
	Blankenese	—		Groß Flottbek	217	719
				Othmarschen	218	720
				Lurup	219	727
				" "	220	726
				" "	221	721
				" "	222	723
" "			223	722a		
" "			224	722b		
" "			225	724		
" "			226	725		
Eimsbüttel	—	Eimsbüttel	301	201		
		" "	302	202		
		" "	303	203		
		" "	304	204		
		" "	305	205		
		" "	306	206		

Bezirk	Ortsamt	Stadtteil	Ortsteil Nr.		
			neu	alt	
noch Eimsbüttel		Eimsbüttel	307	207	
		"	308	208	
		"	309	209	
		"	310	210	
	—	Rotherbaum	311	213	
	—	"	312	214	
	—	Harvestehude	313	212	
		"	314	211	
		Hoheluft-West	315	120	
		"	316	121	
		Lokstedt	317	101	
	"	Niendorf	318	103	
	"	Schnelsen	319	102	
	Stellingen	Eidelstedt	320	717	
	"	Stellingen	321	718	
Hamburg-Nord	—	Hoheluft-Ost	401	119	
	—	"	402	118	
	—	Eppendorf	403	116	
		"	404	117	
		"	405	115	
	—	Groß Borstel	406	108	
	—	Alsterdorf	407	107	
	—	Winterhude	408	109	
		"	409	110	
		"	410	111	
		"	411	112	
		"	412	113	
		"	413	114	
		Barmbek-Uhlenhorst	Uhlenhorst	414	613
	"	"	"	415	614
	"	"	Hohenfelde	416	501
	"	"	"	417	502
	"	"	Barmbek-Süd	418	612
	"	"	"	419	610
	"	"	"	420	611
	"	"	"	421	609
	"	"	"	422	608
	"	"	"	423	607
	"	"	Dulsberg	424	606
	"	"	"	425	605
	"	"	Barmbek-Nord	426	604
	"	"	"	427	603
	"	"	"	428	602
	"	"	"	429	601
	"	Fuhlsbüttel	Ohlsdorf	430	106
	"	"	Fuhlsbüttel	431	105
	"	"	Langenhorn	432	104
	Wandsbek	—	Eilbek	501	503
		"	502	504	
		"	503	505	
		"	504	506	
—		Wandsbek	505	001	
		"	506	006	
		"	507	002	
		"	508	005	
		"	509	007	
—		Marienthal	510	003	
		"	511	004	
—		Jenfeld	512	009	
—		Tonndorf	513	008	
—		Farmsen	514	011	
		Bramfeld	Bramfeld	515	010a
		"	Steilshoop	516	010b
		Alstertal	Wellingsbüttel	517	018
		"	Sasel	518	019
		"	Poppenbüttel	519	016
		"	Hummelsbüttel	520	017
		Walddörfer	Lemsahl-Mellingstedt	521	015
		"	Duvenstedt	522	013
		"	Wohldorf-Ohlstedt	523	012
	"	Bergstedt	524	014	
	"	Volksdorf	525	020	
	Rahlstedt	Rahlstedt	526	021	

Bezirk	Ortsamt	Stadtteil	Ortsteil Nr.	
			neu	alt
Bergedorf	—	Lohbrügge	601	901
	—	Bergedorf	602	902
		"	603	903
	Vier- und Marschlande	Curslack	604	904
	" "	Altengamme	605	905
	" "	Neuengamme	606	906
	" "	Kirchwerder	607	907
	" "	Ochsenwerder	608	910c
	" "	Reitbrook	609	909c
	" "	Allermöhe	610	909b
	" "	Billwerder	611	908
	" "	Moorfleet	612	909a
	" "	Tatenberg	613	910b
	" "	Spadenland	614	910a
Harburg	—	Harburg	701	804
	—	"	702	803
	—	Neuland	703	810a
	—	Gut Moor	704	810b
	—	Wilstorf	705	807
	—	Rönneburg	706	809a
	—	Langenbek	707	809b
	—	Sinstorf	708	809c
	—	Marmstorf	709	808
	—	Eißendorf	710	806
	—	Heimfeld	711	805
	Wilhelmsburg	Wilhelmsburg	712	801
	"	Georgswerder	713	802a
	"	Moorwerder	714	802b
	Süderelbe	Altenwerder	715	812
	"	Moorburg	716	811a
	"	Hausbruch	717	813b
	"	Neugraben-Fischbek	718	813a
	"	Francop	719	811b
	"	Neuenfelde	720	814b
"	Cranz	721	814a	

Es möchte die Frage gestellt werden, warum die **Ortsamtsbezirke** nicht auch zu Gebietseinheiten bestimmt worden sind. Das war nicht möglich, weil die Ortsamtsbezirke nur einen Teil des Gebiets innerhalb der 7 Bezirke umfassen, während der übrige Teil unmittelbar von den Bezirksämtern verwaltet wird; für eine einheitliche Gebiets-einteilung lassen sie sich deshalb nicht heranziehen, sie bilden besondere „Verwaltungseinheiten“.

Die **Grenzen** der neuen Gebietseinteilung sind von den hierzu berufenen Organen festgesetzt und in der Anlage 2 zur Bekanntmachung des Senats vom 11. Mai 1951 genau beschrieben worden; aus einer gleichfalls der Bekanntmachung (als Anlage 1) beigefügten Übersicht, die auch hier eingefügt wird, — s. Übersicht Nr. 7 und das Bild Nr. 3 am Schluß des Heftes. — ergibt sich die Gebietseinteilung im einzelnen. Bei der Festlegung der Grenzen ist an dem Grundsatz festgehalten worden, als Grenze vornehmlich wichtige Straßen, Kanäle und andere Wasserläufe, Eisenbahnen, öffentliche Anlagen usw. zu wählen, die eine eindeutige und sichtbare Grenzföhrung zulassen. Soweit Straßen, Eisenbahndämme oder Wasserläufe die Grenze bilden, verläuft die Grenze in deren Mitte. Dabei werden Bahnhöfe, Inseln und in der Mitte der Straße liegende Baulichkeiten stets ganz zu einem Gebietsteil genommen.

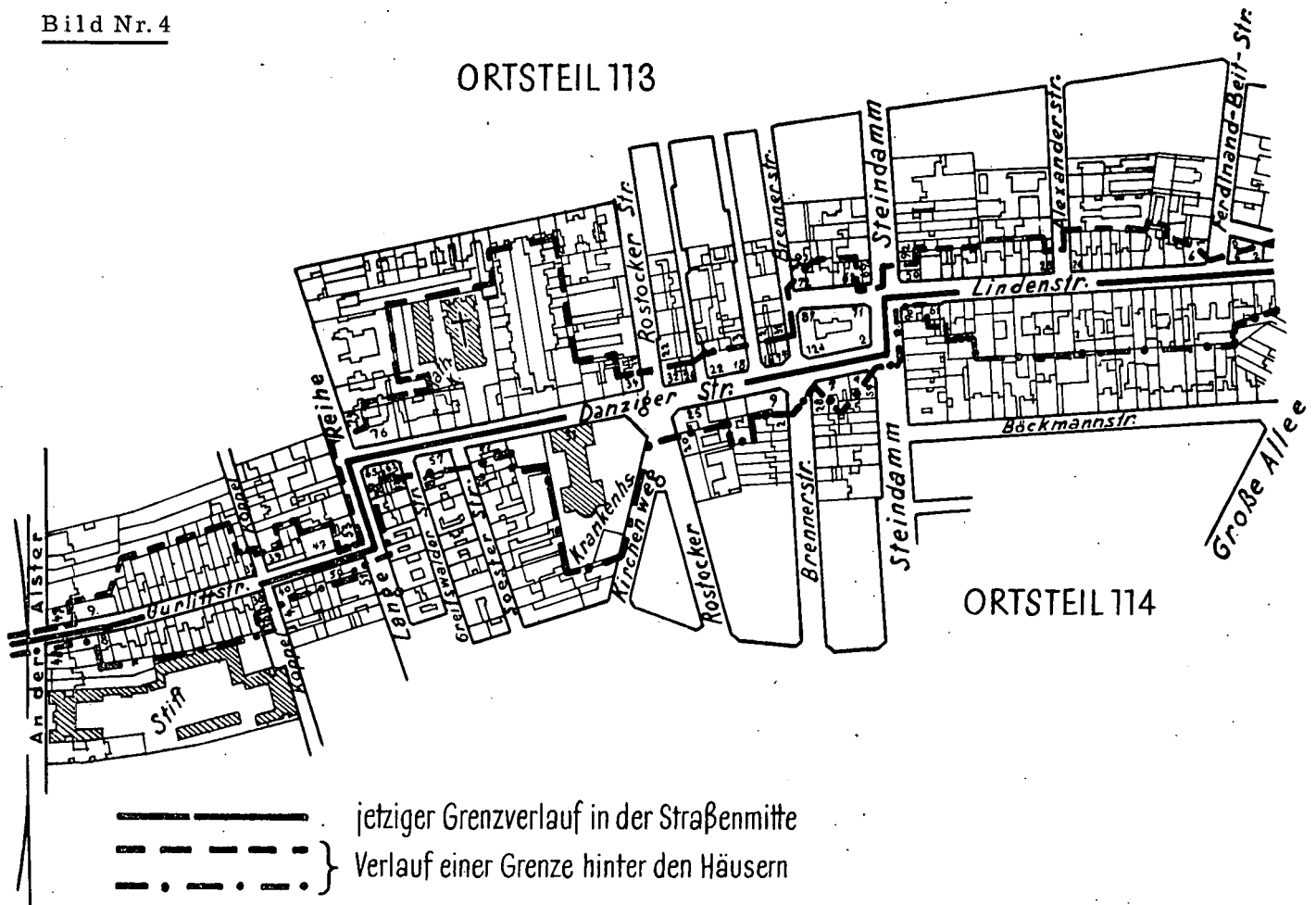
Die Grenzziehung durch die Mitte der Straßen hat des öfteren Kritik gefunden,

weil nicht verstanden wurde, daß etwa ein Bezirksamt für die Anwohner der einen Straßenseite und ein anderes Bezirksamt für die Anwohner der zweiten Straßenseite zuständig sein soll. Das Statistische Landesamt hat aber auf Grund seiner langen Erfahrungen in Gebietseinteilungen gewichtige Gründe für eine solche Grenzföhrung anzuföhren, die hiermit der Öffentlichkeit einmal mitgeteilt werden sollen. Die Hauptgesichtspunkte sind folgende:

1. Bei jeder Gebietseinteilung muß angestrebt werden, daß die Grenzen der Gebietsteile nicht nur in den vorhandenen Karten unzweideutig eingezeichnet werden können, sondern daß die Grenzen auch für die Bevölkerung möglichst klar erkennbar sind. Nur dann ist es möglich, daß bei Wahlen und Volkszählungen sowie bei vielen anderen Verwaltungsarbeiten eine vollständige Erfassung und eindeutige Zuteilung der Bevölkerung zu den einzelnen Gebietsteilen erzielt wird. Deshalb ist, wie in zahlreichen anderen Großstädten, auch in Hamburg seit langen Jahren, insbesondere aber seit der Gebietseinteilung von 1938, der Grundsatz aufgestellt worden, Grenzen von Gebietsteilen im bebauten Stadtgebiet nicht hinter den Häusern, sondern durch die Straßenmitten verlaufen zu lassen.

Die nachfolgende Skizze zeigt, wie unmöglich eine Grenzziehung hinter den Häusern sein würde; sie ist ein beliebig herausgegriffenes Beispiel.

ORTSTEIL 113



ORTSTEIL 114

- Dieser Grundsatz ist gerade in stark zerstörten Gebietsteilen von besonderer Bedeutung, zumal hier bei einer späteren Bepflanzung der geräumten Grundstücksflächen vielfach die bisherigen Grundstücksgrenzen verändert, überbaut oder durch Anlage von Grünflächen, Parkplätzen oder dergleichen nicht mehr erkennbar sein werden.
- Das gleiche trifft zu bei Straßen mit Baulücken, wo die Grenze hinter den Grundstücken vollkommen in der Luft hängen würde.
- Die richtige Zuteilung der Eckgrundstücke würde sehr unklar sein, da Eckhäuser gewöhnlich nach 2 Seiten in verschiedenen Straßen mit Nachbarhäusern zusammengebaut sind. Es wären 2 Brandmauern solcher Eckgebäude an verschiedenen Straßen vorhanden, die als Weiterführung des Grenzverlaufs in Frage kämen. In zahllosen Fällen müßte dann entschieden werden, welche dieser beiden Möglichkeiten zu benutzen ist.
- Weitere Schwierigkeiten bereiten die Hinterhäuser, die in den meisten Fällen an die Häuser der parallel verlaufenden Straßen stoßen, und die Nebenbauten auf den Hinterhöfen und in den Gärten (Garagen, Ställe, Werkstätten usw.). In der letzten Zeit sind hinter den Häusern auch vielfach Behelfsbauten neu entstanden, deren richtige Zuteilung nicht möglich sein würde, da sie vielfach über keine eigenen Hausnummern verfügen. Es kommt bisweilen sogar vor, daß

Hintergebäude auf der Grenze von verschiedenen Grundstücken, die zu verschiedenen Straßen gehören, errichtet sind, wenn beide Grundstücke demselben Eigentümer gehören.

- Für die Berücksichtigung der Straßenmitten als Gebietsgrenzen spricht weiterhin der Umstand, daß nur dann Baublöcke, die an verschiedenen Straßen liegen, nicht durch die Gebieteinteilung zerschnitten werden, was z. B. für die Durchführung von Volkszählungen von Bedeutung ist.
- Bei langen Straßen wird allgemein anerkannt, daß sie nach Stimmbezirken, Zählbezirken, Ortsämtern und Bezirksämtern aufgeteilt werden müssen. Ebenso wenig wird abgelehnt werden können, daß auch die beiden Straßenseiten miteinander zu verschiedenen Bezirken, Stimmbezirken usw. hinzugeschlagen werden.

Diese Gründe müssen als stichhaltig anerkannt werden. In bebauten Gebietsteilen sind die Grenzen in die Mitte der Straßen zu verlegen (ohne daß dieser Grundsatz allgemein starr angewandt wird). In den Randgebieten der Stadt sowie in den ländlich bebauten Gebietsteilen können dagegen vielfach Straßenmitten nicht als Grenzen von Gebietsteilen verwendet werden, da eine solche Grenzführung für die Bevölkerung der einen Straßenseite oft zu weiten Wegen führen würde. Aber auch in diesen Fällen muß angestrebt werden, daß die Grenzen nicht wild durch das Gelände verlaufen und außerdem sowohl auf den Karten als auch im Gelände klar erkennbar sind.

Nach der Festlegung der Grenzen aus Anlaß der Bezirkseinteilung sind nur noch verhältnismäßig geringfügige Grenzveränderungen vorgenommen worden und dies auch nur, wo es sich um zwingende Notwendigkeiten handelte. In der Öffentlichkeit wird hin und wieder die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Grenzziehung erörtert. Änderungswünsche sind sehr gründlich zu prüfen; denn die Verwaltung und mindestens ebenso sehr die Öffentlichkeit haben ein Interesse daran, daß die Grenzen nicht so häufig geändert werden, nicht zuletzt auch wegen der nicht unerheblichen Kosten, der vermehrten Arbeit und der Erschwerung für Vergleichsmöglichkeiten mit der bisherigen Entwicklung der betreffenden Gebietsteile. Es ist nun einmal das Wesen einer Grenze, daß sie trennt, und daß Bewohner durch eine Grenze an den Rand des Gebietsteils gerückt werden, und so ergeben sich immer leicht verschiedene Meinungen, welche Regelung die beste wäre. Nachdem die Grenzen der einzelnen Gebietseinheiten in Hamburg von den dazu berufenen Organen nach gründlichster Prüfung unter Beteiligung aller interessierten Stellen erst 1949/1950 bestimmt worden sind, sollten sie nun solange belassen bleiben, bis sich etwa hier oder dort Unzuträglichkeiten solcher Art ergeben, daß sie im Einzelfall nur durch eine Grenzänderung abgestellt werden könnten; sonst sollten erst längere Erfahrungen abgewartet werden, wo und wie etwas besser geregelt werden kann. **Es ist die Absicht, daß die Gebietseinteilungen, zunächst die Stadt- bzw. Ortsteile, aber auch die Bezirke, wieder zu feststehenden Gebietsbegriffen für die Bevölkerung werden.** Das schließt häufigere Änderungen der Grenzen nach vielleicht wechselnden Bedürfnissen aus. Im Rahmen der städtebaulichen Gesamtplanung für das künftige Stadtbild Hamburgs wird zu gegebener Zeit sowieso Gelegenheit zu einer Prüfung sein, ob einzelne Grenzziehungen auf Grund der eingetretenen Entwicklung und der gemachten Erfahrungen zu berichtigen sind.

Diese Ausführungen beziehen sich auf Einzelwünsche an Grenzänderungen und haben nichts mit der in jüngster Zeit aus Kreisen der Bürgerschaft und der Bezirksausschüsse aufgeworfenen Frage zu tun, ob sich eine neue Aufteilung der Bezirke empfiehlt und die Dezentralisation der hamburgischen Verwaltung noch zu erweitern ist (insbes. bezüglich der Finanzhoheit und Machtbefugnisse über das Personal). Es

IV. Angleichung der Verwaltungsgrenzen an die neue Gebietseinteilung

Der geschichtliche Abriß hat aufgezeigt, wie sich schon bald nach der Vereinigung von Altstadt und Neustadt zu einer Stadt (im 13. Jahrhundert) aus bestimmten Ordnungsgründen das Bedürfnis nach einer Einteilung des Stadtgebietes geltend machte, und wie dieses Bedürfnis mit dem Wachsen der Stadt immer stärker und vielseitiger wurde. Er zeigte aber weiter, daß die Gebietsgliederungen nicht einheitlich, sondern je nach ihrer Zweckbe-

würde zu weit vom Thema wegführen, an dieser Stelle zu dieser Frage Stellung zu nehmen. **Für die Arbeit in der Verwaltung muß bis zu einer etwaigen anderweitigen Entscheidung davon ausgegangen werden, daß die Bezirke in ihrer Abgrenzung festliegen.** Vgl. die weiteren Ausführungen auf Seite 159.

Zum vorläufigen Abschluß der neuen Gebietseinteilung gehörte auch die **Herausgabe des neuen Amtlichen Straßen- und Gebietsverzeichnisses**, das nach dem Stand vom 30. Juni 1951 vom Statistischen Landesamt kürzlich veröffentlicht wurde. Sein Erscheinen ließ so lange auf sich warten, weil erst die große Umbenennungsaktion von Straßennamen durchgeführt werden mußte, die zunächst eine Folge der Zusammenlegung von 5 Städten und 44 Gemeinden zu Groß-Hamburg war, der dann aber nach Beendigung des Krieges eine weitere Aktion zwecks Umbenennung und Neubenennung einer großen Zahl von Straßen folgte. In dem jetzt vorliegenden Verzeichnis finden sich außer dem Hauptverzeichnis der Straßennamen auch die Lage der Straßen (mit Post-, Finanzämtern usw.), ferner die einzelnen Bezirke und Ortsteile mit ihren Straßen, eine Gegenüberstellung der umbenannten Straßen mit den alten und neuen Namen, ein Verzeichnis sämtlicher Kleingartenvereine und die Standesamtsbezirke.

Es ist nun nicht die Absicht, daß die neue Gebietseinteilung das Schicksal ihrer Vorgängerinnen teilen soll, zwar Gebietseinheiten festgelegt zu haben, die aber letztlich nur die schon vorhandenen Einteilungen wiederum um eine weitere vermehren. Deshalb ist in Ziffer 6 der Bekanntmachung angeordnet worden, daß die regionale Gliederung der einzelnen Verwaltungszweige dieser neuen Gebietseinteilung anzugleichen ist. Wie ernst dies diesmal gemeint ist, geht daraus hervor, daß jegliche Abweichungen von der Gebietseinteilung nunmehr der ausdrücklichen Genehmigung des Senats bedürfen. **Das Ziel ist, daß es in naher Zukunft nur noch eine grundlegende Gebietseinteilung geben soll, die sowohl für die Bevölkerung als auch für die Behörden festumrissene geographische Gebietseinheiten schafft, die der Bevölkerung zum Bewußtsein gebracht werden und an die sich die Bevölkerung gewöhnt, weil sie durch die Verwaltung zum Leben erweckt werden.** Im nächsten Abschnitt soll dies des näheren begründet werden.

stimmung unterschiedlich erfolgten, so daß sich in der Hauptsache **zwei verschiedene Einteilungssysteme** entwickelt haben, die gebietspolitischen Einteilungen und die Einteilungen in Verwaltungseinheiten. Für die ersteren waren staatsrechtliche Gesichtspunkte (u. a. wegen des unterschiedlichen Rechts für Stadtgebiet, Landgebiet, Vorort und neuerdings wegen der Bildung einer Einheitsgemeinde) und solche städtebaulicher

Art maßgebend, wobei man sich mehr an die historisch gewachsenen Ortskerne hielt und vornehmlich die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der einzelnen Gebietsteile berücksichtigte. Es wurden Abgrenzungen in Stadtbezirk, Landherrenschaft, Landbezirk usw. (dies nach der neuen Gebietseinteilung nun nicht mehr) vorgenommen und größere und kleinere Gebietseinheiten gebildet mit Gebietsbezeichnungen, wie Stadtteil, Vorstadt, Vorort, Bezirk, Ortsteil usw.

Verwaltungseinheiten (Verwaltungsbezirke) entstanden zuerst für kirchliche und militärische Zwecke und dann als Sondereinteilungen seit 1788 für das Armenwesen und andere städtische Verwaltungszweige. Der Grund für die Sondereinteilungen war wohl zum Teil der Mangel an entsprechend kleinen Gebietseinheiten im damaligen gebietspolitischen Einteilungssystem, aber es wurde auch mehr und mehr Übung, die Grenze der Verwaltungseinheiten nur nach den jeweiligen Bedürfnissen der einzelnen Behörden zu ziehen, so daß sich mit der Zeit zahlreiche Überschneidungen der Gebietseinheiten mit den Verwaltungseinheiten sowie der Verwaltungseinheiten untereinander, sowohl der größeren als auch der kleinen und kleinsten, ergaben, die eine große Unübersichtlichkeit zur Folge hatten.

Diese unterschiedliche Handhabung in den Gebietsgliederungen war schon früher in der kleineren Stadt in ihren Auswirkungen recht störend, bei der heutigen Größe der Stadt und den dadurch vermehrten Tiefengliederungen ergibt sich jedoch ein Wirrwarr an Grenzziehungen, den beispielsweise das Titelblatt und die nachstehende Kartenskizze (Bild Nr. 5) in drastischer Weise veranschaulichen.

Es kann durchaus zugegeben werden, daß diese Entwicklung sich bis zu einem gewissen Grad zwangsläufig ergab, und daß sie schwer aufzuhalten gewesen war, nachdem sie einmal diesen Weg genommen hatte. Dies beweisen die geschilderten vergeblichen Bemühungen nach Erlass des Verwaltungsaufbaugesetzes im Jahre 1926 und bei der Gebietseinteilung von 1938; bei der letzteren mag allerdings der bald darauffolgende Krieg hierfür als Ursache mit anzusprechen sein. Wie dem auch sei, es bedarf keiner weiteren Begründung, daß dieser Zustand im Interesse der Verwaltung und der Bevölkerung dringend der Abhilfe bedarf. Es ist ein gleiches oder ähnliches Problem auch in anderen, wenn nicht in allen Großstädten geworden, und einige Städte haben schon die ihrer Art gemäßen Reformen durchgeführt. Wenn auch das Grundproblem das gleiche ist, so sind das Wachstum der einzelnen Städte und die Entwicklung ihrer Verwaltungsorganisationen doch im Vergleich mit der Entwicklung des Stadtstaates Hamburg zu unterschiedlich gewesen, um etwa einfach kopieren zu können (siehe das Beispiel der Berliner Gebietseinteilung auf Seite 160).



Die Schwierigkeit einer allseitig befriedigenden Lösung liegt darin, daß man, um es ganz einfach auszudrücken, nicht von vorn anfangen und die Stadt dann nach städtebaulicher Planung in größere, mittlere und kleine Einheiten unterteilen

kann, die nach bevölkerungspolitischen, wirtschaftlichen, sozialen, baulichen und Verkehrsgesichtspunkten in sich geschlossene Teile der Stadt (durch Grünflächen getrennt) bilden würden und in dieser Gestaltung den verschiedensten Bedürfnissen der einzelnen Behörden gerecht werden könnten. Jetzt ist die Aufgabe zu lösen, diesem Idealbild in anderer Weise nahe zu kommen. Der Zeitpunkt hierfür ist deshalb günstig gewählt, weil durch Groß-Hamburg die Stadt sozusagen territorial neu gebildet wurde, woraus erst jetzt nach dem Kriege die richtigen und notwendigen Folgerungen gezogen werden können. Durch die im Jahre 1949 beschlossene Dezentralisation der hamburgischen Verwaltung wurde diese Verwaltungsform erstmalig endgültig für die Zukunft festgelegt. Und schließlich ist der Wiederaufbau der Stadt nach den großen Zerstörungen in seinem jetzigen Stadium ein dritter Gesichtspunkt, der eine Reform der Gebietseinteilungen im gegenwärtigen Augenblick dringlich machte. Von diesen drei Gesichtspunkten ist die Dezentralisation der Verwaltung der Hansestadt Hamburg der entscheidendste. Bejaht man diese Dezentralisation, dann muß, um ihr zum vollen Erfolg zu verhelfen, auch die weitestgehende Übereinstimmung ihrer regionalen Gliederung mit derjenigen der anderen Behörden erreicht werden. Die Bezirksverwaltung bietet in ihrer regionalen Gliederung die zweckmäßigste Grundlage auch für die Aufgliederung anderer Behörden. Nachdem für sie feststehende regionale Verwaltungsbezirke geschaffen worden sind, war somit der Weg zu einer Vereinheitlichung der verschiedenen behördlichen Gebietsgliederungen geebnet. **Die Dezentralisation in der seit 1949 durchgeführten Form hat erst die Voraussetzung für eine enge und einander fördernde Zusammenarbeit in der Unterstufe mit den anderen Verwaltungen mit regionalem Unterbau geschaffen, wodurch nun ganz selbstverständlich das Bedürfnis nach gleichen Grenzen stärker werden muß, um zu einheitlichen Erkenntnissen und Maßnahmen in den örtlichen Instanzen zu kommen.**


Durch das Gesetz über die Bezirksverwaltung (1949) wurde das Gebiet der Stadt Hamburg in die nach eingehenden Überlegungen der in Frage kommenden Stellen damals für am geeignetsten gehaltenen sieben kommunalen Verwaltungsbezirke unterteilt. Innerhalb dieser zu Gebietseinheiten bestimmten Verwaltungsbezirke sind die historisch gewachsenen Stadtteile und Ortsteile ebenfalls geeignete Gebietseinheiten mittleren und kleinen Umfangs, um für Verwaltungszwecke als Verwaltungsbezirke zu Grunde gelegt werden zu können. **Gerade die Vielzahl der kleinen Gebietseinheiten (Ortsteile) gestattet eine so weitgehende Aufgliederung, daß sie eine geeignete Grundlage geben, auf der sich für alle Verwaltungszweige und darüber hinaus auch für die großen Organisationen eine ihren besonderen Aufgaben angepaßte Gebietseinteilung aufbauen lassen sollte.** So sind die schon genannten 15 Ortsamtsbezirke aus geschlossenen Stadtteilen und Ortsteilen der einzelnen Bezirke gebildet worden. In gleicher oder ähnlicher Weise können die Ortsteile bzw. Stadtteile für die verschiedensten

Ein Beispiel für das Durcheinander der Verwaltungsgrenzen

Stand: Dezember 1951

Stadteinteilung: {  Bezirke
 Ortsteile

Abweichungen von der Stadteinteilung:

- | | |
|--|---|
|  Finanzämter |  Straßenbaubezirke |
|  Amtsgerichte |  Polizeireviere |
|  Schulkreise |  Postämter |
|  Tiefbauämter |  Kirche |



Bedürfnisse der anderen Verwaltungsstellen entweder geschlossen zusammengelegt oder aber auch in Ausnahmefällen weiter unterteilt werden, wenn dabei Grenzüberschneidungen vermieden werden. Soweit die Behörden große Bezirksgliederungen benötigen, sollen sie sich an die 7 Bezirke halten. Wo Abweichungen hiervon in Einzelfällen auf die Dauer unvermeidbar sein sollten, sollen benachbarte Bezirke oder in sich geschlossene Teile eines Bezirks mit einem benachbarten Bezirk als Verwaltungseinheiten zusammengefaßt werden können. Das Wesentliche ist mithin, bei der regionalen Aufgliederung von den kleinsten Gebietseinheiten auszugehen, die durch Zusammenfassung geschlossener Ortsteile zunächst zu Stadtteilen und darüber hinaus bis zum Bezirk zur Bildung größerer Verwaltungsbezirke führen. Eine Unterteilung der Ortsteile soll allerdings immer nur **innerhalb** ihrer Grenzen erfolgen.

Sollte der Gesetzgeber später von der ihm vorbehaltenen Möglichkeit Gebrauch machen, die Zahl der Bezirke zu vermehren, so wird nach den vorstehenden Richtlinien dabei unbedingt zu vermeiden sein, daß Ortsteilsgrenzen geändert werden, vielmehr wird in einem solchen Falle der neue Bezirk aus mehreren geschlossenen Ortsteilen bzw. Stadtteilen zu bilden sein. Das gleiche müßte gelten, wenn die Bezirkseinteilung noch einmal einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen werden und diese zu Änderungen in der Bezirkseinteilung führen sollte (vgl. Seite 160).

Die Grenzziehung durch die Mitte der Straßen — s. Abschn. III — wird von einigen wenigen Behörden als einer Angleichung hinderlich empfunden; ein Ausweg hierzu kann durch innerorganisatorische Maßnahmen gefunden werden, so daß es z. B. nicht nötig ist, etwa zwei Beamte in dieselbe Straße zu schicken, was gelegentlich als Gegenargument angeführt wird.

Dies sind die Grundsätze, nach denen bei der Durchführung der Angleichung verfahren werden soll (vergl. **Durchführungserlaß vom 21. Mai 1951** in den Mitteilungen für die Verwaltung der Hansestadt Hamburg, Nr. 11 vom 28. 5. 1951). Die hamburgischen Behörden, die eine abweichende regionale Aufgliederung vorgenommen hatten, sind darin ersucht worden, bis zum 30. September 1951 anzugleichen oder begründete Ausnahmeanträge zu stellen, falls ihnen die Durchführung in der angegebenen Frist oder in der beschlossenen Form nicht möglich erscheint. Derartige Ausnahmeanträge werden vom Statistischen Landesamt im Einvernehmen mit dem Organisationsamt und dem Amt für Bezirksverwaltung mit Sorgfalt geprüft und vom Senat endgültig entschieden werden, wobei die Richtschnur sein wird, die dringend angestrebte Gleichmäßigkeit der örtlichen Verwaltungseinheiten in absehbarer Zeit zu erreichen. Es wird erwartet, daß die Bundesbehörden in Hamburg, die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und größere Organisationen sich gleicherweise von der Notwendigkeit überzeugen lassen, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der von ihnen Betreuten dem Beispiel zu folgen; das Tempo der Angleichung

mag hierbei im einzelnen Fall verschieden sein. Wenn Finanzamtsbezirke, Gerichtsbezirke, Polizeibezirke, Baubezirke, Baupolizeibezirke, Gesundheitsamtsbezirke, Schulaufsichtsbezirke, Wohlfahrtsbezirke, Standesamtsbezirke, Postbezirke usw. in ihren größeren und kleineren Gebietseinheiten eines Tages mit den Bezirken der Bezirksverwaltung übereinstimmen werden und damit das Bestreben Hand in Hand geht, deren Dienststellen, wo immer es möglich ist, örtlich oder sogar räumlich zusammenzufassen, ihnen jedenfalls eine für die Bevölkerung günstige Lage zu geben, dann wird das, was **das Ziel jeder einheitlichen Dezentralisation ist, nämlich in sich geschlossene kommunale Verwaltungsbezirke** zu schaffen, in denen sich ein Heimatgefühl der Einwohner wieder stärker entwickeln kann, erreicht werden. Das wird selbst in den eng bebauten Gebieten der inneren Stadt mit ihrer zum Teil gemischten Bauweise möglich sein, wo sich noch immer ein gewisser Zusammenhalt der Einwohner und ihre Bindung an die Eigentümlichkeiten ihres Ortskerns und an seine historische Entwicklung erhalten haben.

Die Bevölkerung wird die dann mögliche größere Übersichtlichkeit über die gesamte Verwaltungsorganisation und den sich hierdurch von selbst ergebenden engeren Kontakt mit allen behördlichen Dienststellen, an die sie sich zu wenden hat, dankbar begrüßen und feststellen, daß sie durch eine in solcher Weise volksnahe Verwaltung besser betreut wird. Das bedeutet für die Bevölkerung Vorteile, die nicht nur ideeller, sondern in mancher Hinsicht auch materieller Natur sind.

Die Behörden ihrerseits werden die stärkere Verbundenheit mit der von ihnen zu betreuenden Bevölkerung ebenso dankbar empfinden, da ihre gesamte Arbeit volksnäher und dadurch günstig beeinflußt und vertieft wird.

Je mehr die Vorteile einer so weitgehenden Vereinheitlichung allgemein erkannt werden, desto größer wird das Bestreben sein, die Schwierigkeiten einer Umstellung in Kauf zu nehmen. Dabei sollen die Schwierigkeiten keineswegs unterschätzt werden, denn es bedeutet Verzicht auf eine gewachsene Tradition, und die notwendigen büromäßigen und organisatorischen Änderungen werden zum Teil gewiß nicht gering sein, aber das höhere Ziel und die dadurch zu erreichenden Vereinfachungen und Verbesserungen rechtfertigen die Opfer, die von den einzelnen Verwaltungszweigen zunächst gebracht werden müssen.

Die Vereinfachungen und Verbesserungen werden zahlreich sein und zu Einsparungen führen können. Es braucht nur auf die durch engere und bessere Zusammenarbeit der Behörden in allen ihren Unterstufen möglichen Rationalisierungsmaßnahmen organisatorischer und technischer Art hingewiesen zu werden, um die Auffassung zu vertreten, daß die zunächst aufzuwendenden Kosten, die nicht einmal bei allen Behörden entstehen werden, in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aufgewogen sein werden.

Für die planende Arbeit der Behörden werden die statistischen Erhebungen an Wert gewinnen, weil sie dann auf einheitlichen Grundlagen beruhen und so unmittelbar vergleichbar werden. Sonderauszählungen und komplizierte Umrechnungen, wie sie jetzt nach Volkszählungen für Kirchengemeinden, Finanzamtsbezirke usw. immer angefordert wurden, werden vermieden. Auf fast allen Arbeitsgebieten wird man leichter und schneller zu einheitlichen Ergebnissen und demgemäß zu übereinstimmenden Maßnahmen kommen.

Es bleibt noch die Frage zu beantworten, ob diese vom Standpunkt einer vernünftigen Verwaltungsorganisation geforderten Maßnahmen auch mit den Grundgedanken der hamburgischen Landesplanung für die künftige Gestaltung der Stadt übereinstimmen. Das kann nach einem im Jahre 1947 in den Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Heft 2—3, erschienenem Aufsatz des damaligen Leiters des Landesplanungsamtes Hamburg bejaht werden. Die Arbeiten des Landesplanungsamtes werden aber nach dessen Worten „noch ihre Zeit benötigen“, weil sie als Ziel haben, „mangels eines gegenständlichen Vorbildes durch ein verantwortungsvolles Tasten nach der möglichen Bestform einer modernen Stadt zu streben“. Dabei wird — ebenfalls nach den Gedankengängen in dem Aufsatz — die städtebauliche Planung die historische Entwicklung des Stadtkörpers aus ehemals klar voneinander getrennten ländlichen Vororten berücksichtigen müssen und so zu einer Untergliederung in Stadtteile kommen, die sich zwanglos aus den Eigenarten in der Struktur der einzelnen Stadtteile (aus der Form der Grundstückerschließung, der Art der Bebauung, dem Vorherrschen bestimmter Erwerbszweige, Resten der Landschaft oder dergleichen) ergeben. Da die durch die Gebieteinteilung vom 11. 5. 51 durchgeführte Einteilung in Stadtteile bzw. Ortsteile grundsätzlich nach gleichen Gesichtspunkten vorgenommen wurde, kann abschließend hierzu gesagt werden, daß die Planungen des Landesplanungsamtes durch die angestrebte Ordnung im Gebieteinteilungssystem nur gefördert werden.

Die Arbeiten zur Vereinheitlichung der Verwaltungsgrenzen haben begonnen. Erwartungsgemäß zeigen sich Schwierigkeiten, aber vereinzelt auch Sonderverhältnisse, die nicht in das Einteilungsschema hineinpassen. Es sind dies zunächst die **Gemarkungen** (Vermessungsbezirke). Sie sind vor ca. 80 bis 100 Jahren festgelegt und seither nur in wenigen Fällen und auch nur unwesentlich geändert worden. Diese Grenzziehungen wurden nach topographischen und nicht nach bevölkerungspolitischen oder rein verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten vorgenommen und befinden sich gemäß gesetzlicher Vorschrift in Übereinstimmung mit den Grundbuchbezirken und den Liegenschaften. Topographische Grenzen lassen sich mit den

nach anderen Gesichtspunkten gebildeten Grenzen nicht in eine dauernde Beziehung und Übereinstimmung bringen; ihrem Wesen nach können sie nicht sog. „fließenden“ Grenzen angepaßt werden. Verwaltungsbezirksgrenzen und Gemarkungsgrenzen können, weil sie grundverschieden sind, nebeneinander bestehen, ohne sich gegenseitig zu stören. Deshalb hat der Senat ihre Angleichung nicht verfügt.

Eine besondere Situation ist auch bei der Einteilung Hamburgs für die Wahlen zum Bundestag in 8 **Wahlkreise** gegeben, da sich die 8 Wahlkreise natürlich nicht mit den 7 Bezirken decken können, zumal sie eine annähernd gleichgroße Einwohnerzahl aufweisen sollen, während die Einwohnerzahlen der Bezirke stark auseinandergehen. Die Festlegung der Grenzen der Wahlkreise geschah auf Vorschlag des Statistischen Landesamts durch den Landeswahlausschuß. Dabei bildeten immerhin die 7 Bezirke die Grundlage, und es wurde darauf geachtet, daß wenigstens die Grenzen der Ortsteile (auch der Ortsämter und der Außenstellen) von den Wahlkreisen nicht durchschnitten wurden. Ferner gibt es bei Wahlen außer den Wahlkreisgrenzen auch noch die Grenzen der kleinen **Stimmbezirke** (Wahllokalbezirke). Diese Stimmbezirke gelten aus wahltechnischen, aber auch aus psychologischen Gründen für alle Wahlen. Sie werden auf Vorschlag des Statistischen Landesamtes im Benehmen mit den Parteien und den Bezirksämtern festgelegt. Die Einwohnerzahlen innerhalb der Stimmbezirke werden vom Statistischen Landesamt laufend verfolgt und bei Überschreiten der Einwohnerzahl in einem Stimmbezirk über die festgelegte Richtzahl hinaus wird eine Unterteilung des betreffenden Stimmbezirks vorgenommen. Das ist besonders erwähnenswert, weil von diesen ständigen Aufteilungen der Stimmbezirke die Städteinteilung völlig unberührt bleibt. Es handelt sich hier geradezu um ein Musterbeispiel für Verwaltungsgrenzen im Rahmen der Gebieteinteilung. Jeder Ortsteil ist in Stimmbezirke aufgeteilt, jeder Stimmbezirk wiederum in Oberzählbezirke und jeder Oberzählbezirk in Zählbezirke. Keine Ortsteilsgrenze wird somit durch Stimmbezirke, Oberzählbezirke oder Zählbezirke durchschnitten. Das zeigt aber gleichzeitig, daß jede Änderung eines Ortsteils, mag sie noch so harmlos aussehen, Auswirkungen auf die Wahl- und Zähltechnik haben würde und die Vergleichbarkeit der Wahl- und Zählergebnisse mit früheren in der betreffenden Stadtgegend unterbunden wäre.

Die Beseitigung des Wirrwarrs der vielen sich überschneidenden Grenzen der Gebiets- und Verwaltungseinheiten ist ein Stück Verwaltungsreform, das lohnt, mit Tatkraft in Angriff genommen und durchgeführt zu werden. Die Gebieteinteilung vom 11. Mai 1951 hat hierfür das Stichwort gegeben. In einem späteren Aufsatz soll darüber berichtet werden, welches Ergebnis die jetzt eingeleiteten Maßnahmen hatten.

V. Sonstige Probleme

Änderung von Bezirksgrenzen und von Zuständigkeiten der Bezirksämter

Im Abschnitt III ist darauf hingewiesen worden, daß in einzelnen Kreisen der Bürgerschaft und der Bezirksausschüsse zur Zeit diskutiert wird, ob die Zuständigkeiten und Machtbefugnisse für die Bezirksämter zu erweitern sind, und ob sich eine Neuaufteilung der Bezirke empfiehlt. Nach Abschluß des eigentlichen Themas soll hierauf noch kurz eingegangen werden, weil die Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Grenzen durch diese Fragen zum Teil berührt werden.

Was zunächst die Frage der Zuständigkeiten und Machtbefugnisse betrifft, so können hierzu, um im Rahmen des Themas zu bleiben, nur einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht werden. Wer diese Frage zur Erörterung stellt, muß bedenken, daß die hamburgische Bezirksverwaltung sich immer verpflichtet fühlen muß, in Wahrnehmung der örtlichen Interessen doch zugleich das Ganze im Auge zu haben, was Hamburg und seinen Hauptlebensadern, dem Hafen, dem Welthandel und seiner Industrie dient. Dies ist nicht anders denkbar und entspringt denselben Motiven, die Hamburg veranlassen, seine besondere staatsrechtliche Struktur als Land zu verteidigen. Die Bezirksverwaltung wird deshalb, auch bei einer an sich weitgehenden Aufteilung der Aufgaben auf die örtlichen Instanzen zur selbständigen Erledigung, doch nicht einer ständigen Lenkung durch die hamburgischen Zentralinstanzen entbehren können, und der Senat wird sich immer ein Aufsichtsrecht — wenn auch mit der Zeit auf Grund von Erfahrungen vielleicht mit gewissen Einschränkungen — vorbehalten müssen. Insofern ergibt sich zwangsläufig ein Unterschied zwischen einem Land mit zahlreichen Stadt- und Landgemeinden und einem Stadtstaat von der geschilderten besonderen Struktur Hamburgs, der zudem eine räumlich geschlossene Einheitsgemeinde darstellt. Für diese Lenkung besteht das dem Senat unmittelbar unterstellte Amt für Bezirksverwaltung, das aus seiner engen Zusammenarbeit mit den übrigen Senatsämtern und den Fachbehörden den Bezirksämtern die entsprechenden Richtlinien vermittelt.

Des weiteren wird man sich der in der Presse mitgeteilten Worte des Präsidenten des Senats nach seinen kürzlichen Besichtigungsfahrten durch die Bezirke erinnern müssen, wonach Hamburg mit seiner Bezirksverwaltung einen großen Versuch gestartet hat, den man auch außerhalb Hamburgs mit lebhaftem Interesse verfolgt. In dem Wort „Versuch“ kommt zum Ausdruck, daß der Senat sich klar darüber ist, noch nicht in allem die endgültige Regelung für die Bezirksverwaltung gefunden zu haben, vielmehr diese für entwicklungsfähig hält und nach ausreichenden Erfahrungen auch zu Änderungen bereit sein wird. Sehr entscheidend ist hiernach; ob schon jetzt ausgereifte Vorschläge vorliegen, oder ob es besser ist, noch weitere Erfahrungen

nach der erst verhältnismäßig kurzen Zeit seit Einführung der Bezirksverwaltung (1949) zu sammeln. Es spricht manches dafür, diesen letzten Weg zu wählen, um den inneren Aufbau der Bezirksverwaltung, der in personeller und sachlicher Hinsicht noch nicht vollends abgeschlossen ist, nicht durch Einzelmaßnahmen zu stören. Dies werden die politischen Instanzen nach sehr ernster Abwägung des Für und Wider zu entscheiden haben.

Die Frage einer grundsätzlich neuen Einteilung des Gebiets bedarf, selbst für den Fall einer positiven Einstellung hierzu, gleichfalls sehr eingehender Überlegungen und Prüfungen. Die Gesichtspunkte, die 1949 für die Abgrenzung der Bezirke maßgebend waren, werden in dem Gutachten von Dr. Mulert wie folgt angegeben:

„Die Neueinteilung der regionalen Verwaltung in sieben bzw. acht Bezirksämter ist keine willkürliche. Sie ist nicht a priori festgelegt worden, weil man glaubte, daß eine Unterteilung des Hamburger Gebiets in Anlehnung an Flächengröße und Bevölkerungszahl in sieben oder acht regionale Bezirke angemessen wäre. Dies würde den Verhältnissen Gewalt antun und niemals zu einer lebendigen und wirklichkeitsnahen Verwaltung führen, die allein Ziel einer Neuordnung sein kann. In allen großen Städten der Welt, in Berlin, in London, in New York u. a., ist die Bezirkseinteilung historisch gewachsen und unter Berücksichtigung eines mehr oder minder starken Eigenlebens der örtlichen Bevölkerung festgelegt worden. Eine Neueinteilung der regionalen Verwaltung Hamburgs wird also auch die historische Entwicklung und die lebendige, gewachsene Einheitlichkeit der Ortsbezirke in Rücksicht ziehen. Der neu geschaffene Bezirk muß hinsichtlich seiner inneren Zusammengehörigkeit, nach seiner wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Lage und nach dem Verbundenheitsgefühl seiner Einwohnerschaft versprechen, ein eigenständiges kommunales Gebilde mit einem gewissen Ausgleich der Interessen, Wünsche und Forderungen seiner Bevölkerung zu werden.“

An anderer Stelle fügt Dr. Mulert noch hinzu:

„Der vorherrschende Zug des Verkehrs zum Stadtinneren charakterisiert das Hamburger Wirtschaftsleben. Diese Tatsache war deshalb ein wichtiger Faktor für die organische Neuaufteilung des Hamburger Gebiets.“

Nach einem ersten Vorschlag des Senats von zunächst 11 Bezirken entschied sich die Bürgerschaft nach lebhaften Erörterungen aller interessierten Kreise für die jetzt bestehenden 7 Bezirke. Man erkennt hieraus, daß Wert darauf gelegt worden ist, die Bezirke aus den angeführten Gesichtspunkten nicht zu klein, sondern möglichst leistungsfähig zu machen. Nachdem man sich erst vor kurzer Zeit entschieden hat, sollte nun an eine grundsätzlich andere Regelung erst herangetreten werden, wenn man gewiß ist, etwas wirklich Besseres und etwas, was auch für lange Zeit Bestand haben wird, an die Stelle der jetzigen Ordnung setzen zu können. Dabei sollte vor allem auch das künftige Stadtbild Hamburgs nach den Planungen des Landesplanungsamtes wesentlich mitbestimmend sein.

Auch bei Beschränkung der Änderungswünsche auf Einzelfälle muß vor Änderungen, die nicht gründlich überlegt und nach allen Seiten hin überprüft worden sind, gewarnt werden. Gründe, die zum Teil für eine Neuabgrenzung einzelner Bezirke angeführt werden, sind die unterschiedliche Einwohnerzahl und Flächengröße der Bezirke. Diese Gründe allein können jedoch nach den vorherigen Ausführungen für eine neue Aufteilung größerer Bezirke nicht entscheidend sein. Bezüglich der Einwohnerzahl muß auch beachtet werden, daß der weitere Wiederaufbau der Stadt und deren künftige wirtschaftliche Entwicklung noch mancherlei Verschiebungen unter den Bezirken zur Folge haben werden, deren Ausmaß erst später übersehen werden kann. Handelt es sich als Grund für einen Änderungswunsch zur Zeit nur um die größere Einwohnerzahl oder größere Fläche eines Bezirks, so sollte versucht werden, den etwa notwendigen Ausgleich — mindestens zunächst, bis etwas Grundsätzliches beschlossen werden kann — durch Verstärkung des betreffenden Bezirksamts, besonders in personeller Hinsicht, oder durch Einrichtung weiterer Außenstellen zu schaffen. Jede Einzelmaßnahme wird außerdem leicht weitere Wünsche hervorrufen, die dann die Bezirkseinteilung immer wieder zur Diskussion stellen würden. Beispielsweise würde eine Aufteilung des Bezirksamts Hamburg-Nord Schrittmacher für ähnliche Wünsche aus Blankenese und den Vier- und Marschlanden sein. Außerdem würde dabei wahrscheinlich die Frage der Zugehörigkeit des angrenzenden Stadtteils-Eilbek (ob zum Bezirksamt Wandsbek oder Hamburg-Mitte oder Hamburg-Nord) erneut aufgerollt werden.

Welches hiernach auch immer die Beweggründe sein mögen, auf alle Fälle muß eine Ungewißheit darüber, ob schon in naher Zeit mit Änderungen in der Bezirkseinteilung zu rechnen ist, vermieden werden. Die Verwaltung muß hierin klar sehen, weil sonst die im Gange befindlichen Maßnahmen zur Angleichung der regionalen Gliederungen der einzelnen Verwaltungszweige an die Gebietseinheiten nicht mit Erfolg weitergeführt werden können. Auch die Bezirksämter und Bezirksausschüsse würden in ihrer Aufgabe gehemmt werden, den ihnen anvertrauten Bezirken möglichst kurzfristig eine feste Form zu geben, damit sie sich zu geschlossenen Kommunalgebieten entwickeln, die sich in ihrer inneren Gestaltung dem Idealbild einer volksnahen Verwaltung nähern.

Vergleich mit der Bezirkseinteilung Berlins

Als ein Beispiel, wie eine andere Großstadt ihre Gebietseinteilung vorgenommen hat, wird an Hand eines Aufsatzes von Dr. Schlier in „Berliner Statistik“, Heft 7 vom Juli 1950, diejenige Berlins hier angeführt. Groß-Berlin ist in 20 Verwaltungsbezirke als größte Gebietseinheiten eingeteilt. Innerhalb dieser gibt es die Ortsteile, die als Verwaltungseinheiten zwar im allgemeinen keine größere Bedeutung mehr haben, aber von früher her in der Vorstellung der Bevölkerung noch lebendig sind. Sie bilden regionale Zwischengliederungen

zwischen den Verwaltungsbezirken und den neu geschaffenen kleinsten Gebiets-einheiten, den Blöcken. Mit der Blockeinteilung wollte Berlin möglichst kleine Einheiten bilden, um auf deren Grundlage die Gliederung der einzelnen Verwaltungszweige aufzubauen. Damit sollte die Angleichung der innerbezirklichen Einteilung der Verwaltungszweige wesentlich gefördert und erleichtert werden. Innerhalb eines Ortsteils (bzw. innerhalb eines jeden in Ortsteile gegliederten Verwaltungsbezirks) wurde die Blocknumerierung für sich durchgeführt, so daß Blöcke, Ortsteile und Verwaltungsbezirke sich ohne jegliche Überschneidungen klar ineinander fügen, und zwar bildet jede von 3 oder mehr, im allgemeinen von 4 Straßen, eingeschlossene Fläche einen Block. So entstanden durchweg kleine Blöcke, jedoch in den aufgelockerten Außensiedlungen, in Außenbezirken mit größeren landwirtschaftlich genutzten Flächen, im Bereich des Tempelhofer Feldes (Volkspark Hasenheide, Sportplatz Neukölln u. a.) sowie in Laubengelände und bei den Friedhöfen ergaben sich großflächige Blöcke. Diese Blockeinteilung ist zunächst für West-Berlin in vollem Umfange, aber auch für den östlichen Sektor in provisorischer Form, durchgeführt worden: West-Berlin besitzt 7793 Wohnblöcke, die wiederum in 25 285 Zählgebiete mit je 1 oder mehreren Zählbezirken zerfallen. Bisher ist lediglich eine Angleichung der Stimmbezirke, Zählgebiete und Zählbezirke an die Blockeinteilung erfolgt.

Die Blocknumerierung beginnt im Ortsteil Neukölln mit „1“, genauer gesagt mit „14 1 001“, wobei „14“ den Verwaltungsbezirk Neukölln, „1“ den Ortsteil Neukölln und „001“ den Block bezeichnet.

In Ergänzung zur Blocknumerierung wurde ferner eine Straßennumerierung vorgenommen, wodurch es möglich ist, noch über die Blockeinteilung hinausgehende Unterteilungen, entsprechend der Zahl der die Blöcke begrenzenden Straßenzüge, zu erreichen. Als Grund wird hierfür angegeben, daß auf diese Weise die Straßen mit ihren zugehörigen Grundstücken im ganzen zusammengefaßt und so die Struktur eines wichtigen Straßenzuges untersucht werden könne. Insgesamt wurden für West-Berlin 5668 Straßen durchnumeriert. Hierbei ergaben sich Schwierigkeiten, weil 230 Straßen mehrere Verwaltungsbezirke berühren, und 115 Straßen wohl innerhalb eines Verwaltungsbezirks bleiben, aber mehrere Ortsteile durchziehen. Man half sich folgendermaßen: die Numerierung der Bezirks-Durchgangsstraßen wurde innerhalb des ganzen Stadtgebiets einheitlich gestaltet; für diese Straßen wurden die Nummern 1 bis 399 vorgesehen, vor die noch die Verwaltungsbezirks- und Ortsteilsnummern gesetzt wurden. Für die Ortsteils-Durchgangsstraßen, die innerhalb der Verwaltungsbezirke durchgezählt werden, sind die Nummern 401 bis 499 bestimmt worden und für die Straßen innerhalb eines Ortsteils die Nummern 501 bis 999.

Berlin glaubt sogar an die Möglichkeit einer Kopplung der Block- und Straßennumerierung, z. B.

wird in Neukölln der Block 167 von der Kienitzer-, Oder-, Aller- und Lichtenrader Straße eingefasst, die die Straßennummern 14 1 666, 14 1 622, 14 1 501 und 14 1 600 tragen, wobei die stets wiederkehrende 14 1 den Verwaltungsbezirk und den Ortsteil (wie bei der Blocknumerierung) wiedergibt. Der genannte Block 167 könnte somit in die vier Straßenabschnitte 167 666, 167 622, 167 501 und 167 600 aufgelöst werden. Diese Konstruktionen erscheinen uns mehr mathematisch als wirklichkeitsbedingt, sie sind letzten Endes technische Hilfsmittel für gelegentliche Auszählungen, aber keine Bestandteile einer Stadteinteilung.

Ein Vergleich der Berliner mit der Hamburger Gebietseinteilung führt zu dem Ergebnis, daß für Hamburg die Gebietseinteilung vom 11. Mai 1951 die zweckmäßigere ist. Hamburg hat in seinen Ortsteilen die natürlichen kleinsten Gebietseinheiten, während die Ortsteile Berlins zu groß sind, um dort zu kleinsten Einheiten bestimmt werden zu können. Deshalb war Berlin genötigt, sich durch die Blockeinteilung solche kleinsten Gebietseinheiten erst zu schaffen. Die Berliner Blöcke sind im allgemeinen wohl kleiner als die hamburgischen Ortsteile, aber soweit in Hamburg das Bedürfnis nach einer Unterteilung der Ortsteile besteht (z. B. für Wahlen und Zählungen) hat Hamburg diese in den Stimmbezirken, Oberzähl- und Zählbezirken (vgl. S. 158). Diese Unterteilung seiner kleinsten Gebietseinheiten bietet für Hamburg den Vorteil, nicht ein starres, sondern ein bewegliches System zu haben. Die Unterteilung wird nach Richtzahlen durchgeführt, die sich aus den praktischen Erfahrungen ergeben haben. Für die Stimmbezirke ist die Zahl der Wahlberechtigten und für die Oberzählbezirke und die Zählbezirke die Zahl der Haushaltungen und Betriebe unter Berücksichtigung des dem Wahlvorstand bzw. den Zählern und Oberzählern Zumutbaren maßgebend. Diese Untereinteilungen der Ortsteile werden mithin stets den in der Praxis sich ergebenden Notwendigkeiten angepaßt.

Dieses Beispiel zeigt, was auch schon auf Seite 155 erwähnt wurde, daß die Verhältnisse in den einzelnen Großstädten zu unterschiedlich sind, um einfach übernehmen zu können, was sich an anderer Stelle durchaus bewähren mag.

Etwas anders ist es mit der nun folgenden Anregung.

Einheitliche Benennung der Gebietseinheiten in den Großstädten

Die Gebietseinheiten werden in den Großstädten verschieden benannt. In Hamburg sind die „Bezirke“ der Oberbegriff und die „Stadtteile“ (bzw. „Ortsteile“) der Unterbegriff, während es in Frankfurt am Main gerade umgekehrt ist. In Berlin ist, wie in Hamburg, der „Bezirk“ der Oberbegriff und „Ortsteile“ sowie „Blöcke“ sind untergeordnet. In Bonn gibt es 3 Stadtzonen (Stadtkern, Zwischenring, Außenring), die sich in Stadtteile und diese wiederum in Stadtbezirke gliedern. Weitere Beispiele sind: München ist in Stadtbezirke und Gebietsteile, Nürnberg in

Stadtbezirke und Stadtdistrikte, Köln in statistische Bezirke und statistische Ortsteile und Hannover in Stadtteile und statistische Bezirke aufgliedert.

Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für den Deutschen Städtetag, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und den Versuch zu machen, durch entsprechende Anregungen an die Städte hierin eine einheitliche Ordnung herbeizuführen. Das jetzige Durcheinander der Begriffe führt zu Mißverständnissen bei statistischen Vergleichen und auch sonst zu Schwierigkeiten und Irrtümern. Das Statistische Bundesamt dürfte deshalb gleichermaßen an einer Klärung der Begriffe interessiert sein, zumal bei der Ausarbeitung des Tabellenprogramms großer Zählungen immer wieder die Frage eine Rolle spielt, für welche Gebietsteile der Großstädte Auszählungen erfolgen sollen.

Bezeichnung der Postbezirke

Die Postbezirke werden in Hamburg teils mit Nummern und teils mit Ortsnamen bezeichnet. Dies hat sich historisch entwickelt, indem früher lediglich die Postbezirke, die zum Stadtgebiet gehörten, numeriert wurden, während die außerhalb des Stadtgebiets gelegenen Postbezirke Ortsnamen erhielten. Die Bezeichnung mit Ortsnamen führt jetzt aber zu Mißverständnissen, weil Widersprüche zu den offiziellen Stadtteilsbezeichnungen entstehen. So ist zum Beispiel das Postamt in Groß Flottbek zuständig für Groß Flottbek und Teile von Bahrenfeld, Othmarschen, Osdorf, Lurup und Nienstedten. Wenn nun die Bevölkerung in diesem Postamtsgebiet Hamburg-Groß Flottbek als Wohngegend angibt (entsprechend der Bezeichnung des Postamts), so verursacht dies Schwierigkeiten und Irrtümer. Diese lassen sich nur vermeiden, wenn die Post auf die Bezeichnung ihrer Postämter mit Ortsnamen verzichtet. Nachdem Hamburg eine Einheitsgemeinde geworden und das ganze Gebiet einheitlich eingeteilt worden ist, ist im übrigen eine unterschiedliche Bezeichnung der Postämter nicht mehr zeitgemäß und abänderungsbedürftig. Deshalb wird man daran denken müssen, die Postämter im Gesamtgebiet der Hansestadt Hamburg allgemein zu numerieren. Hierfür empfiehlt sich entweder die fortlaufende Numerierung in Fortsetzung der schon jetzt im früheren Stadtgebiet bestehenden Nummern oder die Hinzufügung der Himmelsrichtung zum Stadtnamen, wobei Himmelsrichtung und Bezirk identisch sein könnten, z. B. Hamburg-W (= Bezirk Altona) oder Hamburg-S (= Bezirk Harburg). Man könnte auch daran denken, die Anfangsbuchstaben der Bezirksnamen dem Stadtnamen hinzuzufügen, z. B. Hamburg-M (= Bezirk Mitte), Hamburg-A (= Bezirk Altona) usw. Die Numerierung könnte dann innerhalb der einzelnen Bezirke oder fortlaufend erfolgen. Auch wäre eine Numerierung in Anpassung an die Ortsteilsnummern möglich, die gleichzeitig die örtliche Lage des Postamts und seine Bezirkszugehörigkeit erkennen ließe.

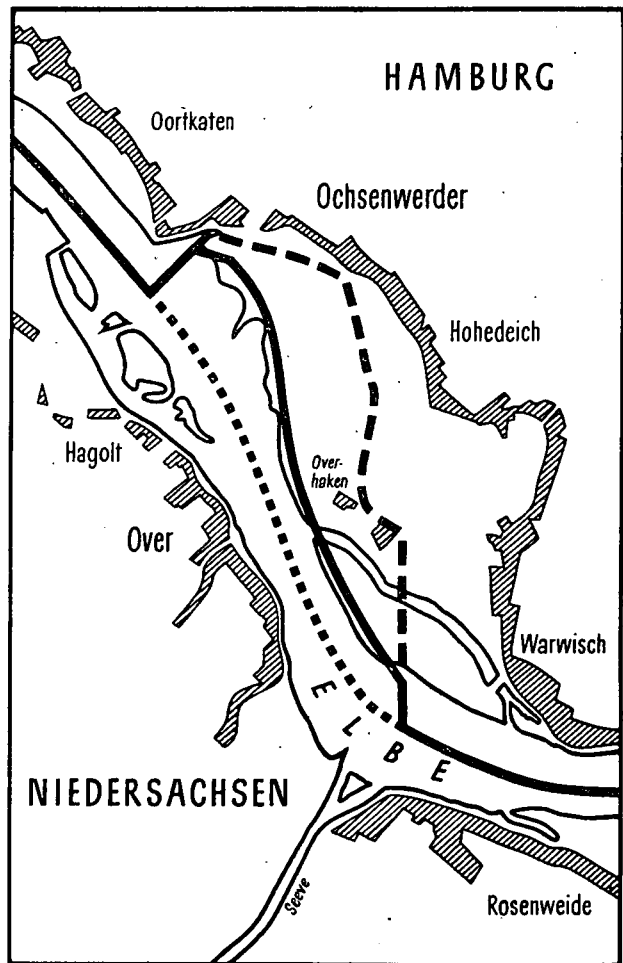
Die Landesgrenze

Zum Schluß soll nun noch ein Blick auf die Grenze geworfen werden, die das Gebiet der Hansestadt Hamburg in seinem Gesamtumfange bestimmt — die Landesgrenze. Ihr Verlauf hat sich historisch entwickelt und ist dabei durch mancherlei Zufälligkeiten, je nach den Gegebenheiten des Einzelfalles, mit beeinflußt worden. So ist es erklärlich, daß die Grenze nicht allgemein geradlinig verläuft und sich überall klar abzeichnet, sondern manchmal recht eigenartige Verzahnungen und Einbuchtungen aufweist, sowohl in das Hamburger Gebiet als auch in die Nachbarländer hinein. Dadurch kommt es vor, daß Grundstücke, die eine wirtschaftliche Einheit bilden, teils auf Hamburger Gebiet und teils auf dem Gebiet des Nachbarlandes liegen, oder daß ein schmaler Weg eine kurze Strecke in das Gebiet des Nachbarlandes vorspringt, wobei der Weg im Eigentum des einen Landes ist und die daran angrenzenden Flächen sich im Eigentum des benachbarten Landes befinden. Eine Anzahl solcher „Unebenheiten“ ließe sich anführen; sie sind vom Vermessungsamt im einzelnen festgestellt, um zu gegebener Zeit zur Sprache gebracht werden zu können. Soweit hierdurch nicht besondere Schwierigkeiten entstehen, es sich mithin mehr oder weniger um „Schönheitskorrekturen“ handeln würde, wird einer Abänderung zur Zeit nicht das Wort geredet, zumal bei einer Änderung der Landesgrenze nach Artikel 29 des Grundgesetzes verfahren werden muß. Vielleicht bieten sich in der Zukunft einmal Gelegenheiten, in vereinfachter Form zu Verbesserungen dieser Teile der Landesgrenze zu kommen. Auf zwei Fälle soll aber besonders hingewiesen werden, die einer baldigen Änderung bedürfen.

Als „kurios“ muß der Grenzverlauf am Elbestrom bei Ochsenwerder zwischen den früheren Wohnplätzen Warwisch und Oortkaten bezeichnet werden, wie er katastermäßig festgelegt worden ist. Als Folge des Groß-Hamburg-Gesetzes gingen im Jahre 1937 die „rechts der Elbe gelegenen Teile der Gemeinde Over“ auf Hamburg über. Infolge einer zu engen Auslegung des Gesetzes ist die neue Landesgrenze an die damalige Katastergrenze gelegt worden, obgleich diese starre Grenze wegen Veränderung der Uferlinie durch Anlandungen schon damals nicht mehr die Linie des gewöhnlichen Wasserstandes angab. Inzwischen haben die Anlandungen zugenommen, so daß bei Zugrundelegung der Katastergrenze die Anlandungen nicht auf hamburgischem Gebiet liegen, sondern zu Over im niedersächsischen Landkreis Harburg gehören würden. Dies ist aber zweifellos nicht im Sinne des Gesetzes; denn es würden auf diese Weise „rechts der Elbe gelegene Teile von Over“ nicht, wie es das Gesetz sagt, zu Hamburg gehören, sondern dem Lande Niedersachsen zufallen. Das Vermessungsamt in Hamburg-Bergedorf bemüht sich seit einiger Zeit, diese Rechtsfrage mit dem Regierungspräsidenten in Lüneburg (Katasterverwaltung) zu klären, bevor eine Grundbucheintragung erfolgt. Es wird angestrebt, eine Einigung dahingehend zu erzielen, daß als Landesgrenze auch an dieser Stelle die Strommitte gilt,

wie es im übrigen Elblauf bereits der Fall ist. Diese Regelung würde auch dem Grundsatz des Völkerrechts entsprechen, nachdem bei Grenzflüssen die Staatsgrenzen auf der gedachten Mittellinie der Flüsse verlaufen. Da es sich lediglich um eine vernunftgemäße Auslegung des Groß-Hamburg-Gesetzes und nicht um eine eigentliche Grenzänderung zwischen zwei Ländern handelt, braucht nicht nach Artikel 29 des Grundgesetzes verfahren zu werden, vielmehr darf ein baldiges Einverständnis der verhandelnden Dienststellen erhofft werden, um nicht aus einer kleinen Ursache noch unverhältnismäßige und schließlich von keiner Seite gewollte Wirkungen eintreten zu lassen.

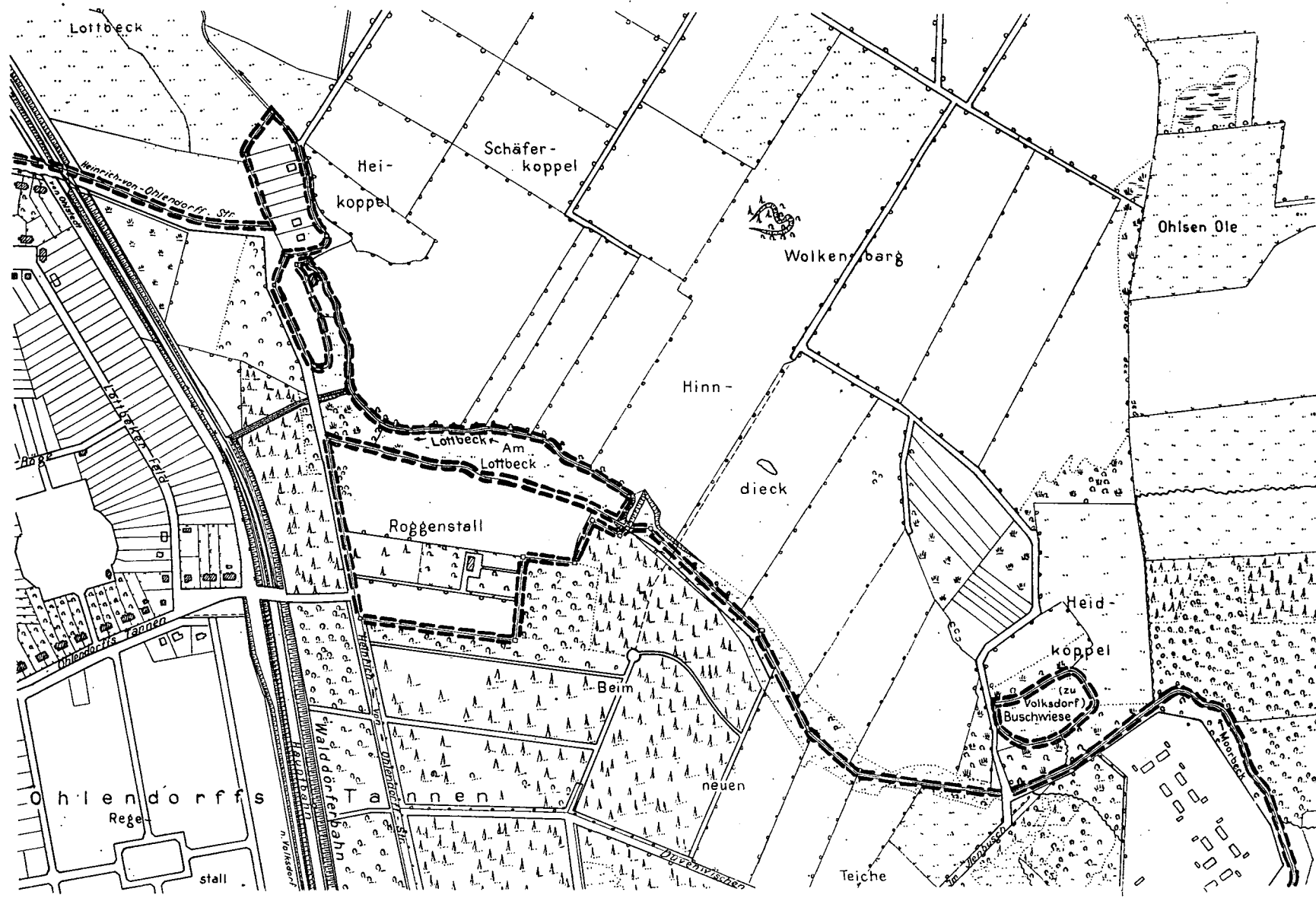
Bild Nr. 6



Grenzverlauf zwischen Ochsenwerder und Over

- Grenzverlauf vor dem Gr.-Hamburg-Gesetz
- Katastermäßig festgelegte Grenze
- Vorschlag für die Grenzregelung
= Mitte des Elbestroms

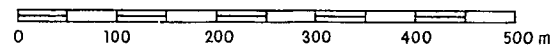
Der zweite Fall eines recht sonderbaren und änderungsbedürftigen Grenzverlaufs ist die Landesgrenze bei Volksdorf, wo Gebietsteile von Hoisbüttel (Land Schleswig-Holstein, Kreis Stormarn) an drei Stellen in hamburgisches Staatsgebiet hineinspringen, so daß die Landesgrenze hier in Spirallinie verläuft und die hamburgische Wald-dörferbahn am Bahnhof Hoisbüttel auf einer Länge von rund 550 Meter auf schleswig-holsteinischem



——— LANDESGRENZE

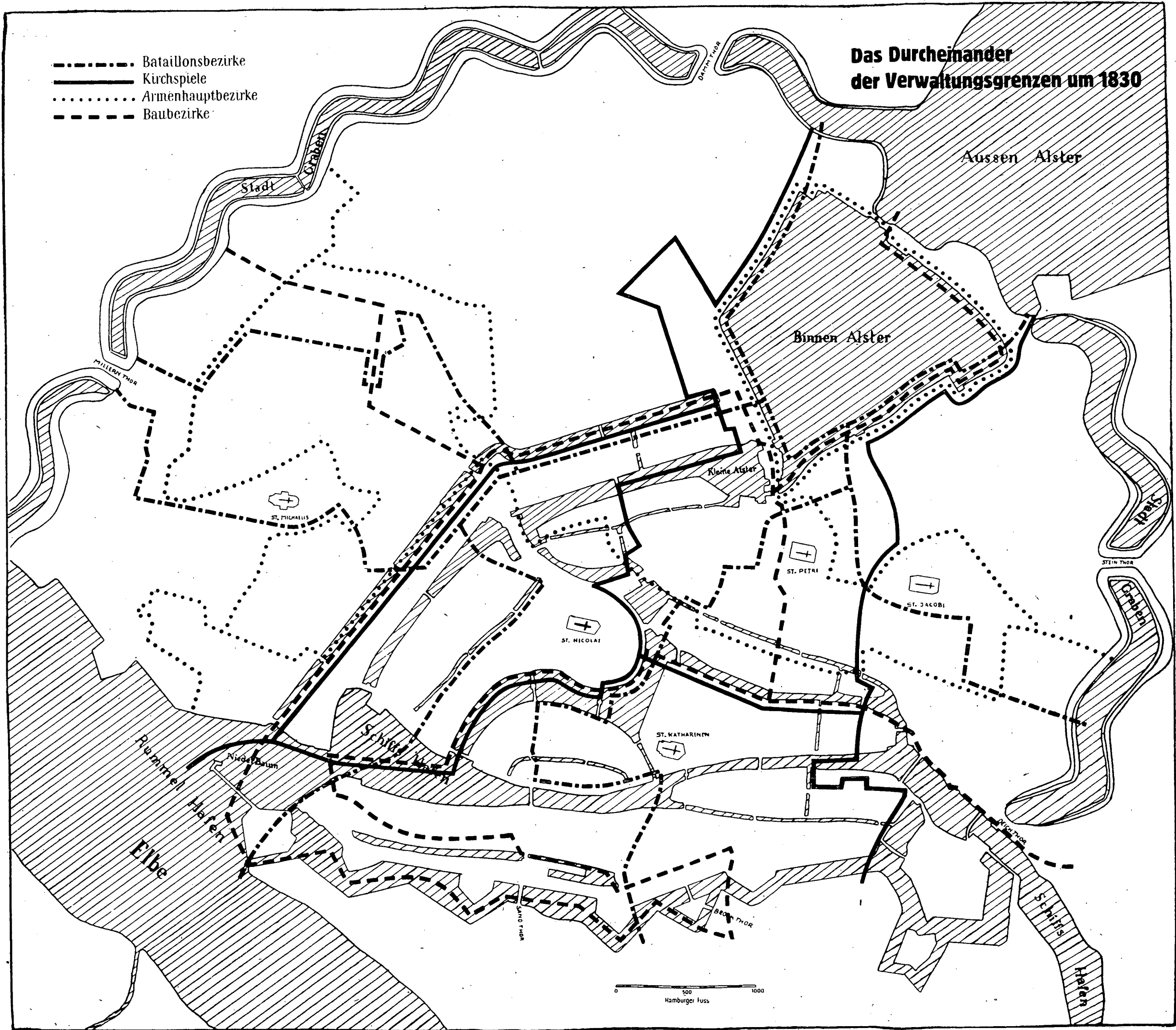
ORTSTEIL 525 (Volksdorf)

1:5000



- Bataillonsbezirke
- Kirchspiele
- Armenhauptbezirke
- - - - Baubezirke

Das Durcheinander der Verwaltungsgrenzen um 1830

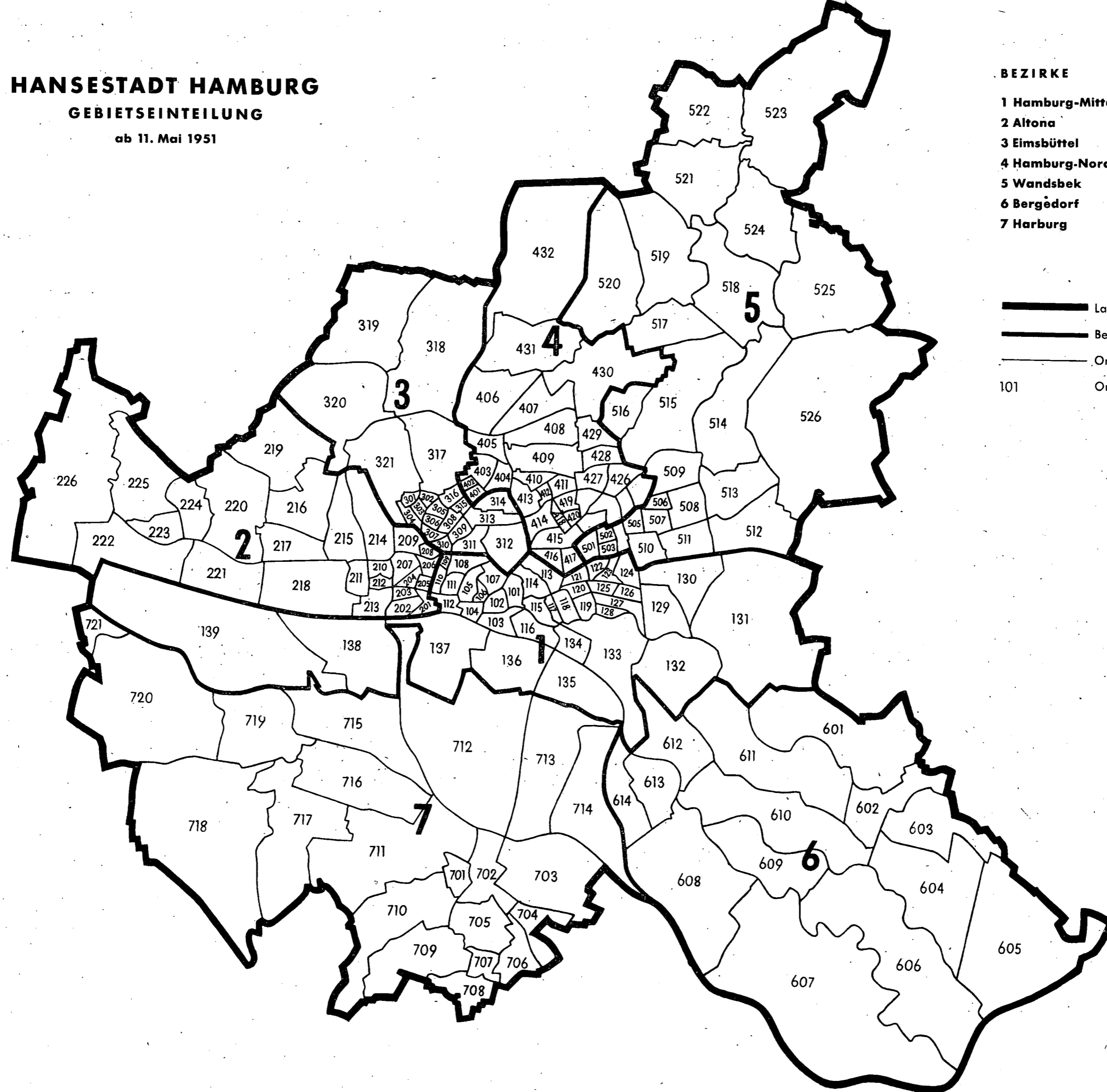


0 500 1000
Hamburger Fuss

HANSESTADT HAMBURG



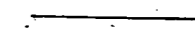
GEBIETSEINTEILUNG

ab 11. Mai 1951



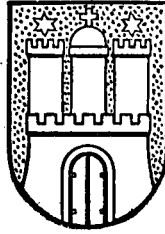
BEZIRKE

- 1 Hamburg-Mitte
- 2 Altona
- 3 Eimsbüttel
- 4 Hamburg-Nord
- 5 Wandsbek
- 6 Bergedorf
- 7 Harburg

-  Landesgrenze
-  Bezirksgrenzen
-  Ortsteilsgrenzen
- 101 Ortsteilsnummer

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

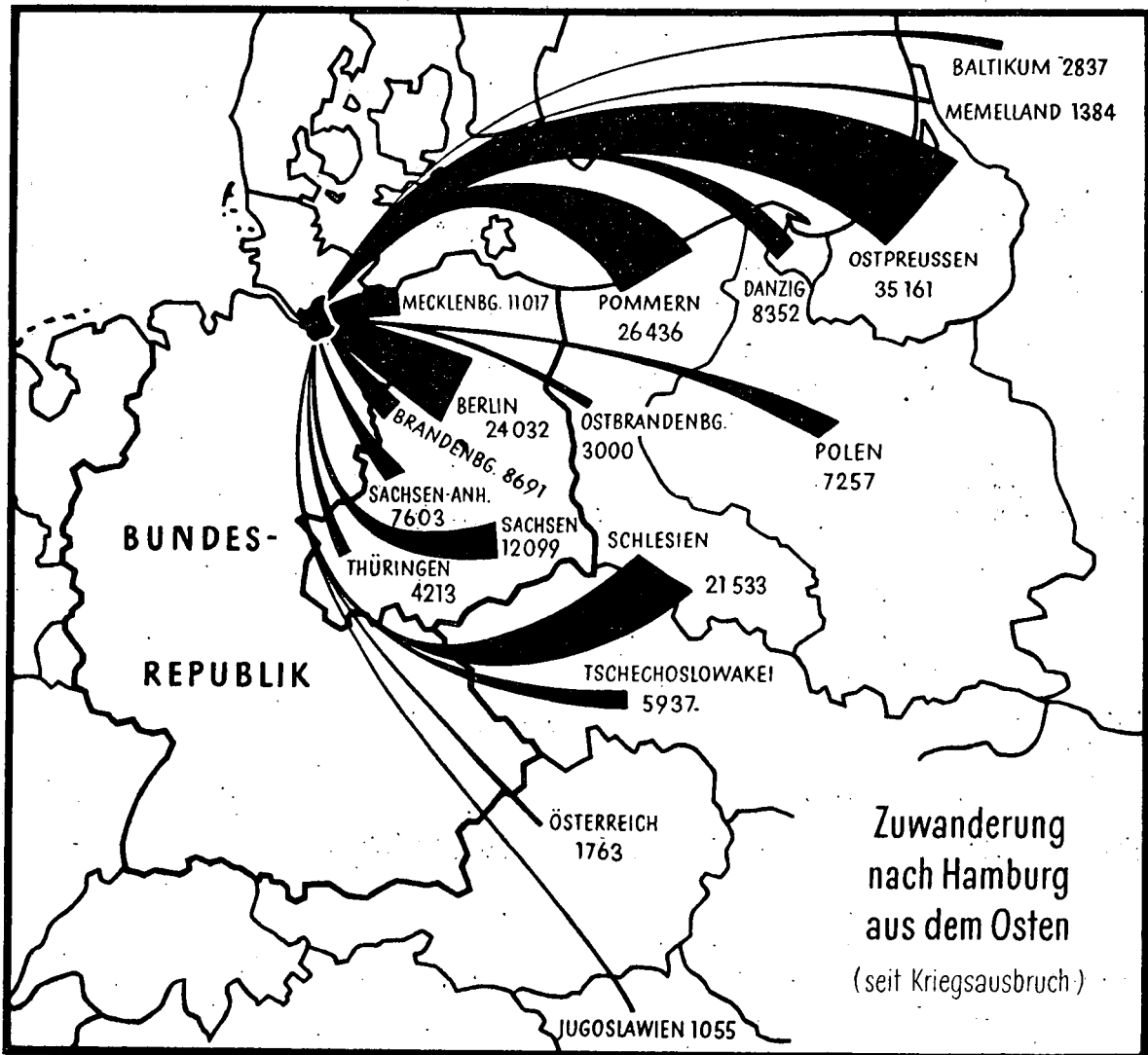


Hamburg, den 6. März 1952

Jahrgang 1952 – Heft Nr. 10

Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg nach ihrem Wohnsitz am 1. September 1939

(Ergebnisse der Volkszählung am 13. September 1950)



In und nach dem 2. Weltkrieg wurde die deutsche Bevölkerung zu einer „Völkerwanderung“ von einem bisher nicht gekannten Ausmaß gezwungen. Zunächst waren es Flucht und Evakuierung vieler Familien aufs Land infolge der Luftangriffe. So schätzte man die Einwohnerzahl Hamburgs, die bei Kriegsbeginn rd. 1,7 Mill. Personen betragen hatte, unmittelbar nach den Großangriffen im Juli/August 1943 auf nur noch etwa 800 000. Ein Teil der Menschen, die ihren Wohnsitz zunächst fluchtartig verlassen hatten, kehrte zwar im Laufe der Zeit zurück, aber Anfang Mai 1945 betrug die Einwohnerzahl Hamburgs immerhin erst wieder rd. 1,1 Mill. Personen. Als der Krieg auf seinem Höhepunkt angelangt war und sich immer mehr auf deutschem Boden abspielte, kam die Flucht großer Menschenmassen der deutschen Zivilbevölkerung, besonders aus dem Osten Deutschlands, hinzu. Darüber hinaus wurden Hunderttausende von Menschen auch noch nach Kriegsende aus ihrer Heimat vertrieben und suchten im Westen Deutschlands ein Unterkommen. Das Ergebnis dieser kriegsbedingten Völkerwanderung spiegelt sich in der Zusammensetzung der Bevölkerung der Hansestadt Hamburg nach ihrem Wohnort bei Kriegsausbruch wider.

Seit Mai 1945 ist die Einwohnerzahl Hamburgs um fast 500 000 Personen bis auf rd. 1,6 Millionen am Tage der Volkszählung 1950 gestiegen. Ein Teil der während des Krieges evakuierten und kriegsgefangenen Hamburger kehrte inzwischen zurück; daneben aber verlegten Deutsche aus allen Teilen innerhalb und außerhalb des ehemaligen Reichs-

gebiets ihren Wohnsitz in die Hansestadt Hamburg. Die Zuwanderung nach Hamburg war wegen der Zerstörung von mehr als der Hälfte aller Wohnungen infolge von Bombenangriffen der alliierten Luftwaffe begrenzt, und scharfe Zuzugsbestimmungen erlaubten zunächst nur einem bestimmten Personenkreis, nämlich vorwiegend Menschen, die im erwerbsfähigen Alter standen und einen „Mangelberuf“ ausübten, den Zuzug nach Hamburg. Nach und nach wurden die Zuzugsbestimmungen gelockert, so daß auch zunächst noch außerhalb der Stadt wohnende Familienangehörige nachgeholt werden konnten.

Die Ergebnisse dieser großen Wanderungsbewegung seit Ausbruch des Krieges lassen sich an den Zahlen, die bei den beiden Nachkriegs-Volkszählungen ermittelt wurden, ablesen, weil sowohl bei der Volkszählung 1950 als auch bei der Volkszählung 1946 die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 in die Haushaltsliste aufgenommen wurde. Für alle nach Kriegsausbruch geborenen Kinder war der Vorkriegswohnsitz des Vaters, bei unehelichen Kindern der Wohnsitz der Mutter maßgebend. Dadurch läßt sich also feststellen, wo die hamburgische Bevölkerung von 1946 und 1950 jeweils bei Kriegsausbruch ihren ständigen Wohnsitz gehabt hat. Die Ergebnisse der Volkszählung geben jedoch nur den Saldo der Bevölkerungsbewegung wieder; sie lassen dagegen nicht erkennen, welche Zwischenstationen die wandernden Menschen durchlaufen sind.

Übersicht 1

Die Wohnbevölkerung der Hansestadt Hamburg nach Herkunftsgebieten (13. September 1950)

Wohnort am 1. 9. 1939	männlich	weiblich	zusammen	in v. H.		
				männlich	weiblich	zusammen
Hamburg	630 650	728 635	1 359 285	83,8	85,4	84,7
Übriges Bundesgebiet	25 485	30 261	55 746	3,4	3,6	3,5
Berlin	12 076	11 956	24 032	1,6	1,4	1,5
Sowjetische Besatzungszone	21 864	21 759	43 623	2,9	2,5	2,7
Deutsche Ostgebiete unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung und Saargebiet	43 025	43 481	86 506	5,7	5,1	5,4
Ausland						
a) mit deutscher Muttersprache	14 745	14 730	29 475	2,0	1,7	1,8
b) mit nichtdeutscher Muttersprache	4 462	2 389	6 851	0,6	0,3	0,4
ohne Angabe	50	38	88	0,0	0,0	0,0
zusammen	752 357	853 249	1 605 606	100	100	100

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 hatten von den 1,6 Mill. Einwohnern der Hansestadt Hamburg **1 359 285 Personen oder 85 v. H. bereits bei Kriegsausbruch ihren ständigen Wohnsitz in Hamburg.** Es sind dies wohl überwiegend Personen, die seit Kriegsausbruch ununterbrochen

in Hamburg gewohnt haben; hierzu gehören aber auch Personen, die in der Zwischenzeit in einer anderen Gemeinde ansässig waren und dann hierher zurückgekehrt sind. 190 575 Personen oder 12 v. H. der Gesamtbevölkerung kamen aus Berlin, der sowjetischen Besatzungszone, den deutschen

Ostgebieten unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung, dem Saargebiet oder dem Ausland; der Rest, d. h. nur 55 746 Personen der hamburgischen Bevölkerung von 1950, hatten ihren Wohnsitz bei Kriegsbeginn im übrigen Bundesgebiet.

Aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1950 geht weiterhin hervor, daß außer den 1 359 285 Personen, die sowohl bei Kriegsausbruch als auch im September 1950 in Hamburg wohnten, **in den übrigen Ländern des Bundesgebiets noch 218 223 Personen gezählt sind, die ebenfalls bei Kriegsausbruch in Hamburg ansässig waren, jetzt aber im übrigen Bundesgebiet wohnen.** Die Gesamtzahl der im Bundesgebiet ansässigen „Hamburger“ beträgt demnach 1 577 508 Personen, wovon zur Zeit der Volkszählung, also im September 1950, rund 86 v. H. noch oder wieder in Hamburg wohnten, während 218 223 Personen oder rund 14 v. H. außerhalb Hamburgs ihren Wohnsitz hatten. Man kann diese Zahl aber nicht ohne weiteres den aus kriegsbedingten Gründen abgewanderten „Butenhamburgern“ gleichstellen und vor allem nicht mit der Zahl der Butenhamburger, die wieder nach Hamburg zurückkehren möchten, denen aber aus Wohnraumangel oder aus wirtschaftlichen Gründen die Erfüllung dieses Wunsches bisher versagt geblieben ist. Es ist beabsichtigt, den Personenkreis, der bei Kriegsausbruch in Hamburg wohnte, am Tage der Volkszählung aber in den übrigen westdeutschen Ländern, später näher nach Alter und Erwerbstätigkeit zu untersuchen, um vielleicht aus diesen Ergebnissen Rückschlüsse ziehen zu können über den Personenkreis, der voraussichtlich wieder nach Hamburg zurückkehren wird. Der jetzige Wohnsitz der noch auswärts wohnenden „Hamburger“ geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor.

Zahl der in den westdeutschen Ländern ansässigen Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in Hamburg hatten

		in v. H.
Baden	1 905	0,9
Bremen	2 461	1,1
Bremerhaven	1 050	0,5
Bayern	12 057	5,5
Berlin-West	2 316	1,1
Hessen	6 915	3,2
Nordrhein-Westfalen	16 140	7,4
Niedersachsen	61 510	28,2
Schleswig-Holstein	106 572	48,8
Württemberg-Baden	3 750	1,7
Rheinland-Pfalz	2 190	1,0
Württemberg-Hohenzollern	1 357	0,6
zusammen	218 223	100,0

Zugezogene aus den westdeutschen Ländern

Obgleich auch nach dem Kriege der ganz überwiegende Teil der in die Hansestadt Hamburg zugezogenen Menschen aus den Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen kam, so handelte es sich in der Nachkriegszeit hierbei doch zum größten Teil um Hamburger Rückkehrer sowie um „Flüchtlinge“ und „Heimatvertriebene“, also um Personen, die während und nach dem Kriege

zunächst in diesen beiden Ländern Zuflucht gesucht hatten und von dort in die nahegelegene Großstadt strebten. Daraus erklärt es sich, daß insgesamt nur 55 746 Personen oder 3,5 v. H. der hamburgischen Bevölkerung von 1950 bei Kriegsausbruch ihren ständigen Wohnsitz in den übrigen Ländern des Bundesgebiets hatten. Darunter wohnten am 1. September 1939 20 121 in Schleswig-Holstein, 13 957 in Niedersachsen und 10 692 in Nordrhein-Westfalen, also rd. 80 v. H. dieser Personengruppe in diesen 3 westdeutschen Ländern. Auch von diesen rd. 55 800 Personen, die bei Kriegsbeginn in westdeutschen Ländern gewohnt hatten, waren rd. 2500 im Besitz eines Flüchtlingsausweises; es handelt sich hierbei um Personen, die zwar bei Kriegsausbruch in Westdeutschland ansässig waren, jedoch während des Krieges aus beruflichen oder sonstigen Gründen in die Gebiete außerhalb der vier Besatzungszonen abgewandert waren und aus ihrer neuen „Heimat“ ebenfalls vertrieben wurden.

„Heimatvertriebene“ und Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin am 13. September 1950

Die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 wurde nicht nur gestellt, um einen Überblick zu erhalten, wie sich die Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung nach Herkunftgebieten infolge der Kriegsereignisse verändert hat, sondern insbesondere auch, um Zahlen über die sogenannten Heimatvertriebenen und Zugewanderten aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin zu erhalten, die für alle Länder als vergleichbar anerkannt werden und laufend auf den neuesten Stand fortgeschrieben werden können.

Nach dem Wohnsitzmerkmal wurden unter der hamburgischen Wohnbevölkerung bei der Volkszählung 1950 ermittelt:

- a) 86 506 zugewanderte Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den deutschen Ostgebieten unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung und im Saargebiet hatten und
- b) 29 475 zugewanderte Personen mit deutscher Muttersprache, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz außerhalb der Grenzen des ehemaligen Reichsgebiets von 1937 hatten.

Diese 115 981 Personen gelten im Rahmen der Bevölkerungsstatistik des Bundesgebiets als „Heimatvertriebene“; und diese Zahl wird nach dem Wohnsitzmerkmal bei Kriegsausbruch laufend fortgeschrieben. Wenn man als Merkmal den Wohnsitz am 1. September 1939 hierbei zugrundelegt, werden allerdings Personen mitgezählt, die zwar bei Kriegsausbruch in jenen Gebieten, aus denen die Heimatvertriebenen gekommen sind, ihren ständigen Wohnsitz hatten, aber nicht aus Kriegs- oder Kriegsfolgegründen von dort vertrieben oder geflüchtet waren, sondern aus anderen „normalen“ Gründen nach Kriegsausbruch ihren Wohnsitz in eine der vier „Besatzungs-

zonen“ verlegt hatten. Andererseits fehlen in dieser Zahl alle diejenigen Personen, die ihren ständigen Wohnsitz erst nach dem 1. September 1939 in diese Gebiete verlegt hatten und dann ebenfalls aus ihrer neuen Heimat vertrieben oder geflüchtet sind. Das kommt darin zum Ausdruck, daß von den 115 981 „Heimatvertriebenen“ nur 92 468 Personen oder 79,7 v. H. gleichzeitig im Besitz eines Flüchtlingsausweises waren, also auch nach den gesetzlichen Bestimmungen als Heimatvertriebene gelten. Außerdem waren aber auch 6932 Personen, die am 1. September 1939 in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin wohnten, 9356 Personen, die bei Kriegsausbruch in Hamburg wohnten und 2468 Personen, die am 1. September 1939 in den übrigen Ländern der Bundesrepublik wohnten, am Volkszählungstag im Besitz eines Flüchtlingsausweises, so daß insgesamt **111 224 Personen mit Flüchtlingsausweis** gezählt sind.

Die Inhaber von Flüchtlingsausweisen

Wohnort am 1. 9. 1939	Hamburger Einwohner	darunter mit Flüchtlings- ausweis
Hamburg	1 359 285	9 356
Übriges Bundesgebiet	55 746	2 468
Berlin	24 032	2 632
Sowjetische Besatzungszone	43 623	4 300
Deutsche Ostgebiete unter poln. oder sowjet. Verwaltung und Saargebiet	86 506	71 358
Ausland		
a) deutsche Muttersprache	29 475	21 110
b) nichtdeutsche	6 851	—
Ohne Angabe	88	—
zusammen	1 605 606	111 224

Würde man nun die Zahl derjenigen Personen, die im Besitz eines Flüchtlingsausweises sind, als Gesamtzahl für Heimatvertriebene zugrunde legen, so würde auch diese Zahl lückenhaft sein, weil die echten Heimatvertriebenen sich bisher nicht hundertprozentig um einen Flüchtlingsausweis bemüht haben. Vor allem würde die laufende Fortschreibung nach diesem Merkmal Schwierigkeiten bereiten, weil die anmeldenden Personen oft nicht in der Lage sind, darüber Auskunft zu geben, ob der Geborene oder Gestorbene nach den gesetzlichen Bestimmungen als „Heimatvertriebener“ gilt.

Weder die eine noch die andere Zahl gibt also einwandfrei die tatsächliche Gesamtzahl an „Heimatvertriebenen“ wieder. Aber jede dieser Zahlen kommt der Wirklichkeit sehr nahe. Da die Ausgangszahlen, die durch die Volkszählung 1950 ermittelt wurden, laufend fortgeschrieben werden sollen auf Grund der Zu- und Fortzüge, der Geburten und Sterbefälle, ist es notwendig, in der Bevölkerungsstatistik ein Merkmal bei der Erfassung dieses Personenkreises festzulegen, das bei allen Bevölkerungsvorgängen möglichst eindeutig erkennen läßt, um welchen Personenkreis es sich handelt. Daher wird künftig die Zahl derjenigen zugewanderten Personen mit deutscher Muttersprache, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz

in den Gebieten außerhalb der vier Besatzungszone hatten, als „Heimatvertriebene“ ausgewiesen. Die Frage nach dem Wohnsitz bei Kriegsausbruch kann sowohl auf den amtlichen Meldebelegen für Zu- und Fortzüge als auch auf den Zählkarten für Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen eindeutig beantwortet werden.

Übersicht 2

Die „Heimatvertriebenen“ in der Hansestadt Hamburg

(Zugewanderte mit deutscher Muttersprache, die ihren Wohnort am 1. September 1939 in den deutschen Ostgebieten unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung und im Saargebiet hatten)

Wohnort am 1. 9. 1939	Zugewanderte					
	über- haupt	v. H.	davon			
			männl.	v. H.	weibl.	v. H.
Deutsche Ostgebiete unt. poln. od. sowjet. Verwaltung und Saargebiet	86 506	74,6	43 025	74,5	43 481	74,7
davon						
Schlesien	21 533	18,6	11 109	19,2	10 424	17,9
Brandenburg	3 000	2,6	1 537	2,7	1 463	2,5
Pommern	26 436	22,8	13 110	22,7	13 326	22,9
Ostpreußen	35 161	30,3	17 081	29,6	18 080	31,1
Saargebiet	376	0,3	188	0,3	188	0,3
Ausland	29 475	25,4	14 745	25,5	14 730	25,3
davon						
Österreich	1 744	1,5	805	1,4	939	1,6
Tschechoslowakei	5 818	5,0	3 156	5,5	2 662	4,6
Polen	4 527	3,9	2 179	3,8	2 348	4,0
Sowjet-Union	337	0,3	158	0,2	179	0,3
Baltische Staaten	1 541	1,3	736	1,3	805	1,4
Memelland	1 377	1,2	612	1,0	765	1,3
Danzig	8 336	7,2	3 961	6,9	4 375	7,5
Jugoslawien	400	0,4	218	0,4	192	0,3
Rumänien	663	0,6	389	0,7	274	0,5
übriges Europa	2 470	2,1	1 211	2,1	1 259	2,2
Asien	942	0,8	521	0,9	421	0,7
Vereinigte Staaten	254	0,2	151	0,2	103	0,2
übrige Länder	1 066	0,9	648	1,1	418	0,7
„Heimatvertriebene“ zusammen	115 981	100	57 770	100	58 211	100

Von den 86 506 in Hamburg ansässigen „Heimatvertriebenen“, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den deutschen Ostgebieten unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung und im Saargebiet hatten, kamen 35 161 aus Ostpreußen, 26 436 aus Pommern und 21 533 aus Schlesien, also rd. 96 v. H. aus diesen drei ehemaligen preußischen Provinzen. Von sämtlichen „ostdeutschen Heimatvertriebenen“ waren 71 358 Personen oder 82,5 v. H. gleichzeitig im Besitz eines Flüchtlingsausweises.

29 475 Personen mit deutscher Muttersprache oder 25,4 v. H. sämtlicher „Heimatvertriebenen“ hatten ihren Wohnsitz bei Kriegsausbruch außerhalb der Grenzen des ehemaligen Reichsgebiets von 1937; davon waren 21 110 oder 72 v. H. auch im Besitz eines Flüchtlingsausweises. Rund 63 v. H. dieser „Heimatvertriebenen aus dem Ausland“ kamen aus Danzig, der Tschechoslowakei und Polen.

Außerdem wohnten am 13. September 1950 in Hamburg 67 655 Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin; davon waren bei Kriegsausbruch 24 032 Personen in Berlin und 43 623 in der Ostzone ansässig. Auch von diesen „Zugewanderten“ hatten 6932 oder 10,3 v. H. einen Flüchtlingsausweis. Sie sind also während des Krieges in die Gebiete außerhalb der vier Besatzungszonen verzogen und von dort aus vertrieben oder geflüchtet und gelten nach den gesetzlichen Bestimmungen als „Heimatvertriebene“.

Im Durchschnitt waren 49 v. H. der Zugewanderten, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs hatten, männliche Personen, und zwar überwog bei den Personen, die aus den übrigen Ländern des Bundesgebiets zuzogen, die Zahl der weiblichen, bei den Zugewanderten aus dem Ausland, die Zahl der männlichen Personen. Aus Berlin, der Ostzone und den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße kamen fast gleich viele Männer und Frauen.

Die „Heimatvertriebenen“ und „Zugewanderten“ nach ihrer Religionszugehörigkeit

Wohnort am 1. 9. 1939	Wohnbevölkerung	davon waren nach ihrer Religionszugehörigkeit							
		Angehörige der evangelischen Kirche in Deutschland		Angehörige der römisch-katholischen Kirche		Freireligiöse und Freidenker		Sonstige	
		Summe	in v. H. Sp. 1	Summe	in v. H. Sp. 1	Summe	in v. H. Sp. 1	Summe	in v. H. Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Bundesgebiet einschl. Hamburg	1 421 970	1 108 655	78,0	79 160	5,6	204 368	14,4	29 787	2,0
Deutsche Ostgebiete unter poln. od. sowjet. Verwaltung u. Saargebiet (= „Heimatvertriebene“)	115 981	85 988	74,1	21 182	18,3	6 008	5,2	2 803	2,4
Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin	67 655	54 900	81,1	4 144	6,1	7 291	10,8	1 320	2,0
Hansestadt Hamburg insgesamt	1 605 606	1 249 543	77,8	104 486	6,5	217 667	13,6	33 910	2,1

Bei einem Vergleich der hamburgischen Bevölkerung von 1939 und 1950 nach ihrer Religionszugehörigkeit (vgl. Hamburg in Zahlen, 1951, Nr. 30) wurde u. a. festgestellt, daß der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung seit dem Jahre 1939 größer geworden ist. Diese Zunahme ist ganz überwiegend auf die Zuwanderung der „Heimatvertriebenen“ zurückzuführen. Unter den „Heimatvertriebenen“ waren nämlich 18,3 v. H. Angehörige der römisch-katholischen Kirche, dagegen unter den Zugewanderten aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin nur 6,1 v. H. und unter der hamburgischen Bevölkerung von 1950, die am 1. September 1939 in Hamburg oder in den übrigen Ländern des Bundesgebiets wohnte, nur 5,6 v. H. Katholiken.

Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, das mit 11,3 v. H. Katholiken unter den „Heimatvertriebenen“ und 4,6 v. H. unter den Zugewanderten aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin den

niedrigsten Anteil von Katholiken ausweist, ist in allen übrigen Bundesländern der Anteil der Katholiken unter diesen beiden Personengruppen noch größer als in Hamburg. Es hat demnach den Anschein, daß abgesehen von der Lage der Gebiete, aus denen die Deutschen vertrieben wurden zu den „Flüchtlingsaufnahmeländern“ auch die Konfessionszugehörigkeit das Wanderungsziel der „Heimatvertriebenen“ mit beeinflußt hat.

Die hamburgische Bevölkerung nach Herkunftsgebieten 1946 und 1950

Die Einwohnerzahl der Hansestadt Hamburg, die bei der ersten Nachkriegsvolkszählung 1946 rd. 1,4 Millionen betrug, wuchs in den vier Jahren bis zur Volkszählung 1950 um rd. 200 000 Personen oder 14,2 v. H. an. Diese Bevölkerungszunahme ist fast ausschließlich auf einen Wanderungsgewinn zurückzuführen. Der gesamte Geburtenüberschuß in diesen vier Jahren machte nur 4000 aus.

Wohnort am 1. 9. 1939	Wohnbevölkerung		1946 / 1950	
	1946	1950	Zunahme (+) Abnahme (-)	in v. H.
Hamburg	1 277 733	1 359 285	+ 81 552	+ 6,4
Übriges Bundesgebiet	36 184	55 746	+ 19 562	+ 54,1
Berlin	14 149	24 032	+ 9 883	+ 69,8
Sowjetische Besatzungszone	18 303	43 623	+ 25 320	+ 138,3
Deutsche Ostgebiete unter poln. od. sowj. Verwaltung	41 122	86 506	+ 45 384	+ 110,4
Ausland	17 067	36 326	+ 19 259	+ 112,8
Ohne Angabe	1 600	88	- 1 512	- 94,5
Hansestadt Hamburg zusammen	1 406 158	1 605 606	+ 199 448	+ 14,2

Der Anteil der einzelnen Herkunftsgebiete an der Zusammensetzung der hamburgischen Bevölkerung hat sich seit der Volkszählung 1946 verändert. Die Zahl der „Hamburger“, die also bereits am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in der Hansestadt hatten, ist zwar infolge der Rückkehr von Kriegsgefangenen und Hamburger Evakuierten um rd. 82 000 größer geworden, aber an der Gesamtbevölkerung macht diese Gruppe nur noch 85 v. H. gegenüber 91 v. H. im Jahre 1946 aus. Die Zahl der nach Hamburg zugezogenen Personen ist für alle Herkunftsgebiete im Jahre 1950 größer als 1946. Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der Zugewanderten, die bei Kriegsausbruch ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone und in den Gebieten außerhalb der vier Besatzungszonen hatten. Sie kamen zum überwiegenden Teil nicht unmittelbar aus ihren Heimatgebieten nach Hamburg, sondern über die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen, wo sie sich zunächst nach der Vertreibung oder Flucht aufgehalten hatten. Durchweg waren es Menschen im arbeitsfähigen Alter aus „Mangelberufen“, denen auch schon in den ersten Nachkriegsjahren der Zuzug nach Hamburg gewährt wurde.

Personen mit nichtdeutscher Muttersprache

9892 Einwohner der Hansestadt Hamburg nannten bei der Volkszählung 1950 eine andere Sprache als Deutsch ihre Muttersprache. Davon hatten bei Kriegsausbruch 6851 ihren Wohnsitz im Ausland, die übrigen waren bereits in Hamburg (2741) oder in den sonstigen Gebieten des ehemaligen Reichsgebiets ansässig (300). Unter den aus dem Ausland

zugezogenen Personen mit nichtdeutscher Muttersprache befinden sich vor allem Polen, Balten und Jugoslawen, die als „Displaced Persons“ nach Auflösung der DP-Lager zur Wohnbevölkerung gerechnet werden.

Wohnort am 1. 9. 1939	Personen mit nichtdeutscher Muttersprache		
	männlich	weiblich	zusammen
H a m b u r g	1 160	1 581	2 741
Übriges Bundesgebiet . .	46	52	98
Berlin	53	47	100
Sowjet. Besatzungszone . .	25	23	48
Ostwärts Oder/Neiße und Saargebiet	25	29	54
Ausland	4 462	2 389	6 851
Insgesamt	5 771	4 121	9 892

„Heimatvertriebene“ und Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin in den Ländern des Bundesgebiets

Von den 47,5 Mill. Einwohnern des Bundesgebiets bei der Volkszählung 1950 waren rd. 7,9 Mill. oder fast 17 v. H. „Heimatvertriebene“. Außerdem hatten über 1,5 Mill. Personen oder 3,3 v. H. ihren Wohnsitz bei Kriegsausbruch in der sowjetischen Besatzungszone oder Berlin. Also rund ein Fünftel der westdeutschen Bevölkerung mit deutscher Muttersprache war bei Kriegsausbruch außerhalb der Grenzen des Bundesgebiets ansässig (vgl. Übersicht 3). In diesen Zahlen kommt das gewaltige Ausmaß der Wanderung deutscher Menschen von Ost nach West infolge des letzten Krieges deutlich zum Ausdruck.

Übersicht 3

„Heimatvertriebene“ und Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin in den Ländern des Bundesgebiets

Land	Wohnbevölkerung am 13. Sept. 1950	darunter waren				„Heimatvertriebene“ und Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin (Sp. 2 + 4)		Gesamtzahl der Personen mit Flüchtlingsausweis	in v. H. Sp. 1
		„Heimatvertriebene“ nach dem Wohnort am 1. 9. 1939		Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin		Personen	in v. H. Sp. 1		
		Personen	in v. H. Sp. 1	Personen	in v. H. Sp. 1				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
H a m b u r g	1 605 606	115 981	7,2	67 655	4,2	183 636	11,4	111 224	6,9
Schleswig-Holstein	2 594 648	856 943	33,0	133 918	5,2	990 861	38,2	907 637	35,0
Niedersachsen	6 797 379	1 851 472	27,2	369 425	5,4	2 220 897	32,6	1 926 323	28,3
Nordrhein-Westfalen . . .	13 196 176	1 331 959	10,1	378 891	2,9	1 710 850	13,0	1 372 330	10,4
Bremen	558 619	48 183	8,6	21 398	3,8	69 581	12,4	50 554	9,0
Hessen	4 323 801	720 583	16,7	165 686	3,8	886 269	20,5	674 488	15,6
Württemberg-Baden	3 907 848	649 597	16,6	94 319	2,4	743 916	19,0	645 412	16,5
Bayern	9 126 010	1 929 263	21,1	225 432	2,5	2 154 695	23,6	1 906 059	20,9
Rheinland-Pfalz	3 004 752	152 267	5,1	46 476	1,5	198 743	6,6	133 275	4,4
Baden	1 338 629	98 375	7,3	28 299	2,1	126 674	9,4	99 094	7,4
Württ.-Hohenzollern . . .	1 242 204	121 588	9,8	23 576	1,9	145 164	11,7	120 117	9,7
Bundesgebiet zus.	47 695 672	7 876 211	16,5	1 555 075	3,3	9 431 286	19,8	7 946 513	16,7

Die Bevölkerung in Hamburg nach ihrem Wohnsitz am 1. September 1939

Wohnort am 1. 9. 1939	1950			1946			1950			1946		
	nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939			nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939			vom Hundert			vom Hundert		
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
A. Deutschland												
Hamburg	1 359 285	630 650	728 635	1 277 733	575 963	701 770	84,66	83,82	85,39	90,87	89,75	91,81
Übriges Bundesgebiet	55 746	25 485	30 261	36 184	17 762	18 422	3,47	3,39	3,55	2,57	2,77	2,41
davon												
Schleswig-Holstein	20 121	8 964	11 157	11 435	5 301	6 134	1,25	1,19	1,31	0,81	0,83	0,80
Niedersachsen	13 957	6 429	7 528	9 239	4 658	4 581	0,87	0,85	0,88	0,66	0,72	0,60
Nordrhein-Westfalen	10 692	4 877	5 815	8 151	4 223	3 928	0,67	0,65	0,68	0,58	0,66	0,52
Bremen	2 405	1 215	1 190	1 517	746	771	0,15	0,16	0,14	0,11	0,12	0,10
Hessen	2 302	1 088	1 214	1 523	729	794	0,14	0,15	0,14	0,11	0,11	0,10
Württemberg-Baden	1 135	515	620	894	427	467	0,07	0,07	0,07	0,06	0,07	0,06
Bayern	2 788	1 295	1 493	2 004	959	1 045	0,17	0,17	0,18	0,14	0,15	0,14
Rheinland-Pfalz	1 324	625	699	955	493	462	0,08	0,08	0,08	0,07	0,08	0,06
Baden	733	349	384	332	162	170	0,05	0,05	0,05	0,02	0,02	0,02
Württemberg-Hohenzollern	278	124	154	134	64	70	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01
Lindau	11	4	7				0,00	0,00	0,00			
Berlin	24 032	12 076	11 956	14 149	7 245	6 904	1,50	1,60	1,40	1,01	1,13	0,90
Sowjetische Besatzungszone	43 623	21 864	21 759	18 303	9 383	8 920	2,72	2,91	2,55	1,30	1,46	1,17
davon												
Mecklenburg	11 017	5 340	5 677	5 519	2 735	2 784	0,69	0,71	0,66	0,39	0,43	0,36
Brandenburg,												
westlich der Oder/Neiße	8 691	4 374	4 317	4 326	2 256	2 070	0,54	0,58	0,51	0,31	0,35	0,27
Sachsen-Anhalt	7 603	3 781	3 822	3 122	1 631	1 491	0,47	0,50	0,45	0,22	0,25	0,20
Sachsen, einschl. Schlesien												
westlich der Oder/Neiße	12 099	6 228	5 871	3 900	2 015	1 885	0,76	0,83	0,69	0,28	0,31	0,25
Thüringen	4 213	2 141	2 072	1 436	746	690	0,26	0,29	0,24	0,10	0,12	0,09
Deutsche Ostgebiete unt. fremder												
Verwaltung und Saargebiet	86 506	43 025	43 481	41 122	21 603	19 519	5,39	5,72	5,10	2,93	3,37	2,55
davon												
Schlesien ostw. der Oder/Neiße	21 533	11 109	10 424	10 546	5 615	4 931	1,34	1,48	1,22	0,75	0,88	0,64
Brandenburg	3 000	1 537	1 463	1 515	764	751	0,19	0,20	0,17	0,11	0,12	0,10
Pommern	26 436	13 110	13 326	12 964	6 704	6 260	1,65	1,74	1,57	0,92	1,04	0,82
Ostpreußen	35 161	17 081	18 080	15 860	8 390	7 470	2,19	2,27	2,12	1,13	1,31	0,98
Saargebiet	376	188	188	237	130	107	0,02	0,03	0,02	0,02	0,02	0,01
B. Ausland	36 326	19 207	17 119	17 067	8 822	8 245	2,26	2,56	2,01	1,21	1,37	1,08
davon												
Schweiz	158	81	77	108	56	52	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Österreich	1 763	812	951	1 278	608	670	0,11	0,11	0,11	0,09	0,10	0,09
Tschechoslowakei	5 937	3 231	2 706	2 340	1 363	977	0,37	0,43	0,32	0,17	0,21	0,13
Polen	7 257	4 208	3 049	2 570	1 240	1 330	0,45	0,56	0,36	0,18	0,19	0,17
Sowjet-Union	813	401	412				0,05	0,05	0,05			
Ehem. baltische Staaten	2 837	1 511	1 326	1 485	646	839	0,18	0,20	0,16	0,11	0,10	0,11
Früheres Memelland	1 384	616	768	690	319	371	0,09	0,08	0,09	0,05	0,05	0,05
Früherer Freistaat Danzig	8 352	3 968	4 384	4 006	2 060	1 946	0,52	0,53	0,51	0,28	0,32	0,25
Ungarn	312	149	163	223	110	113	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Jugoslawien	1 055	828	227	263	158	105	0,07	0,11	0,03	0,02	0,02	0,01
Rumänien	735	435	300	321	204	117	0,05	0,05	0,04	0,02	0,03	0,02
Italien mit San Marino und												
Vatikan	217	120	97	155	97	58	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,01
Frankreich	419	210	209	299	164	135	0,03	0,04	0,03	0,02	0,03	0,02
Belgien	334	164	170	285	148	137	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Niederlande	945	439	506	768	388	380	0,06	0,06	0,06	0,05	0,06	0,05
Luxemburg	25	12	13	14	6	8	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Großbritannien	249	131	118	71	39	32	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00
Dänemark und Island	421	170	251	226	128	98	0,03	0,02	0,03	0,02	0,02	0,01
Andere europäische Länder	709	323	386	581	263	318	0,04	0,04	0,05	0,04	0,04	0,04
USA	269	159	110	217	132	85	0,02	0,02	0,01	0,02	0,02	0,01
Übriges Asien	461	277	184				0,03	0,03	0,02			
China und Japan	569	294	275				0,04	0,04	0,03			
Kanada	24	16	8				0,00	0,00	0,00			
Brasilien	72	43	29				0,00	0,00	0,00			
Argentinien	37	22	15				0,00	0,00	0,00			
Übrige amerikanische Länder	348	208	140	1 167	693	474	0,02	0,02	0,02	0,08	0,11	0,06
Südafrikanische Union	83	53	30				0,00	0,00	0,00			
Übriges Afrika	461	278	183				0,03	0,03	0,02			
Australien	33	20	13				0,00	0,00	0,00			
Ozeanien	47	28	19				0,00	0,00	0,00			
Ungeklärt und ohne Angabe	88	50	38	1 600	974	626	0,00	0,00	0,00	0,11	0,15	0,08
	1 605 606	752 357	853 249	1 406 158	641 752	764 406	100	100	100	100	100	100

**„Heimatvertriebene“
und Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin**
(Entwicklung vom 13. September 1950 bis 31. Dezember 1951¹⁾)

Jahr Monat	Stand am Monats- anfang	Zahl der				Zunahme (Sp. 3 + 4 - 5, 6)	Stand am Monatsende (Sp. 2 + 7)
		Zuzüge	Lebend- geborenen	Fortzüge	Ge- storbene		
1	2	3	4	5	6	7	8
Heimatvertriebene							
13. September 1950 (VZ)	115 981	868	66	289	23	622	116 603
Oktober	116 603	2 500	159	565	40	2 054	118 657
November	118 657	2 411	177	496	49	2 043	120 700
Dezember	120 700	1 769	161	536	43	1 351	122 051
1951							
Januar	122 051	1 921	166	690	56	1 341	123 392
Februar	123 392	1 398	153	459	55	1 037	124 429
März	124 429	1 735	176	639	49	1 223	125 652
April	125 652	2 215	155	635	57	1 678	127 330
Mai	127 330	1 701	209	657	50	1 203	128 533
Juni	128 533	1 795	189	634	47	1 303	129 836
Juli	129 836	2 165	189	770	43	1 541	131 377
August	131 377	1 910	187	713	52	1 332	132 709
September	132 709	2 052	190	624	46	1 572	134 281
Oktober	134 281	2 371	189	823	34	1 703	135 984
November	135 984	1 808	193	761	48	1 192	137 176
Dezember	137 176	1 202	209	478	56	877	138 053
Zugewanderte aus der sowj. Zone und Berlin							
13. September 1950 (VZ)	67 655	623	.. ²⁾	162	.. ²⁾	461	68 116
Oktober	68 116	1 535	..	373	..	1 162	69 278
November	69 278	1 331	..	356	..	975	70 253
Dezember	70 253	1 041	..	386	..	655	70 908
1951							
Januar	70 908	1 258	..	442	..	816	71 724
Februar	71 724	886	..	317	..	569	72 293
März	72 293	1 039	..	407	..	632	72 925
April	72 925	1 125	..	462	..	663	73 588
Mai	73 588	1 221	..	479	..	742	74 330
Juni	74 330	1 079	..	366	..	713	75 043
Juli	75 043	1 062	..	471	..	591	75 634
August	75 634	1 228	..	549	..	679	76 313
September	76 313	1 189	..	487	..	702	77 015
Oktober	77 015	1 328	..	540	..	788	77 803
November	77 803	1 079	..	519	..	560	78 363
Dezember	78 363	914	..	367	..	547	78 910

¹⁾ Fortschreibung nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939

²⁾ Zahlen über Lebendgeborene und Gestorbene liegen erst ab 1. 1. 1952 vor

Von der Volkszählung am 13. September 1950 bis **Ende Dezember 1951** ist die Bevölkerungszahl Hamburgs um weitere 52 432 Personen oder 3,3 v. H. auf **insgesamt 1 658 038 Einwohner** angewachsen. Die Zahl der „Heimatvertriebenen“ hat in dieser Zeit um 22 072 Personen oder 19,0 v. H., die Zahl der „Zugewanderten“ um 11 255 Personen oder 16,6 v. H. zugenommen. Demgegenüber hat sich die übrige Bevölkerung, die also bei Kriegsausbruch ihren Wohnort im Bundesgebiet hatte, um nur 19 105 Personen oder 1,3 v. H. vermehrt.

Das Anwachsen der hamburgischen Bevölkerung seit der Volkszählung 1950 beruhte ausschließlich auf einem Wanderungsgewinn, denn den 23 190

Gestorbene in diesen 15 Monaten standen nur 22 759 Lebendgeborene gegenüber. Der Wanderungsgewinn von insgesamt 52 863 Personen wurde überwiegend durch die Zuwanderung von „Heimatvertriebenen“ und Zugewanderten aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin hervorgerufen, denn die „Heimatvertriebenen“ waren mit 20 052 oder 38 v. H. und die „Zugewanderten“ mit 11 255 oder 21 v. H. am gesamten Wanderungsgewinn beteiligt. Wie schon bisher, kamen die „Heimatvertriebenen“ wieder vor allem aus den Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach Hamburg.

Dr. Heinsohn

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

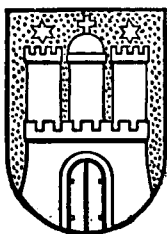
Continued

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 15. März 1952

Jahrgang 1952 – Heft Nr. 11



Die wirtschaftlichen Grundlagen der Hamburger Bevölkerung

(Weitere endgültige Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950)

I. Vorbemerkung

1. Die systematischen Grundlagen der Berufszählung

Die Angaben, die jeder erwerbstätige oder erwerbslose Hamburger bei der Berufszählung im September 1950 über den Geschäftszweig seines gegenwärtigen oder früheren Arbeitgebers machen mußte, lassen erkennen, wo die Lebensgrundlagen der Hamburger Bevölkerung liegen. Ausgehend von den in den einzelnen Arbeitsstätten erstellten Gütern und Dienstleistungen werden die dabei mitwirkenden Personen bei der Berufszählung nach 153 Wirtschaftszweigen (dreistellige Nummern) gegliedert; die Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit werden jeweils dem Wirtschaftszweig zugeteilt, in dem ihr Ernährer tätig ist oder — falls er zum Zeitpunkt der Zählung erwerbslos war — in dem er früher seinen Lebensunterhalt verdiente. Verwandte Wirtschaftszweige lassen sich zunächst zu 74 Wirtschaftsgruppen (zweistellige Nummern), diese wiederum zu 10 Wirtschaftsabteilungen (einstellige Nummern) zusammenfassen. Die Numerierung der Wirtschaftszweige erfolgt nach dem dekadischen System, so daß man aus der dreistelligen Nummer des Wirtschaftszweiges jederzeit erkennen kann, zu welcher Wirtschaftsgruppe (die beiden ersten Zahlen) und zu welcher Wirtschaftsabteilung (die erste Zahl) er gehört. Neben dem Wirtschaftszweig des Arbeitgebers wurde bei den Erwerbstätigen der tatsächlich ausgeübte, bei den Erwerbslosen der zuletzt ausgeübte Beruf ermittelt. Weiterhin wurde nach der Stellung im Beruf zwischen Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und abhängigen Arbeitnehmern unterschieden.

Alle Angaben der Berufszählung beziehen sich stets auf die in Hamburg wohnenden Einkommensträger mit ihren Angehörigen. Eine Gliederung der Wohnbevölkerung nach Wirtschaftszweigen, -gruppen oder -abteilungen läßt daher

noch keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die im Gebiet der Hansestadt Hamburg arbeitenden Personen mit ihren Angehörigen zu. Einmal verlassen täglich etwa 4000 Hamburger das Gebiet der Hansestadt, um in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen zu arbeiten (sog. Auspendler), zum anderen strömen jeden Tag aus diesen Ländern rd. 45 000 Personen nach Hamburg herein, um in Hamburger Betrieben ihrer Arbeit nachzugehen (sog. Einpendler). Im Rahmen der Berufszählung können daher zunächst nur Aussagen darüber gemacht werden, aus welchen Bereichen des Wirtschaftslebens die Wohnbevölkerung Hamburgs ihr Einkommen bezieht oder — sofern es sich um Erwerbslose handelt — früher bezogen hat. Darüber hinaus vermittelt sie einen Überblick über die Größe und die Gliederung des Hamburger Arbeitskräftepotentials. Eine solche Untersuchung läßt erkennen, welches Gewicht wirtschaftspolitische oder konjunkturelle Einwirkungen auf bestimmte Wirtschaftsbereiche für die Hamburger Bevölkerung haben und mit welchen Größenordnungen die Arbeitsmarktpolitik rechnen muß.

2. Das Verhältnis der Berufszählung zur Arbeitsstättenzählung und zur Arbeitsstatistik

Gleiche umfassende Erkenntnisse lassen sich weder aus der Arbeitsstättenzählung (sie fand wie die allgemeine Volks- und Berufszählung am 13. September 1950 statt) noch aus der laufend von den Arbeitsämtern durchgeführten Arbeitsstatistik gewinnen. Jede dieser Erhebungen verfolgt ihr eigenes Erkenntnisziel und erfaßt daher einen anderen Personenkreis. Die **Arbeitsstatistik** kommt hierbei der Berufszählung noch am nächsten. Sie ermittelt laufend alle in Hamburg wohnenden

abhängigen Arbeitnehmer, wobei zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen unterschieden wird. Selbständige und sog. mithelfende Familienangehörige werden nicht erfaßt, auch läßt sich aus der Arbeitsstatistik kein Überblick über die Angehörigen der abhängigen Arbeitnehmer gewinnen, die von diesen wirtschaftlich mit unterhalten werden. Die Wirtschaftszweigsystematik der Arbeitsstatistik entspricht im wesentlichen der bei der Berufszählung verwendeten, so daß der Kreis der abhängigen Beschäftigten beider Erhebungen auch in den einzelnen Wirtschaftszweigen, -gruppen und -abteilungen voll vergleichbar ist. Es ist daher möglich, die bei der Berufszählung für den September 1950 gewonnenen Ausgangsdaten mit Hilfe der laufend durchgeführten Statistik der Arbeitsämter wenigstens teilweise fortzuschreiben.

Die **Arbeitsstättenzählung** beschränkt sich hinsichtlich der erfaßten Personen auf die in Hamburger gewerblichen und behördlichen Arbeitsstätten am Zählungstag (13. September 1950) Beschäftigten, wobei hier die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen mit erfaßt werden. Bei der Arbeitsstättenzählung wird nicht unterschieden, ob die Beschäftigten in Hamburg wohnen oder ob sie außerhalb der Hansestadt ihren Wohnsitz haben und täglich als sog. „Einpender“ ihre Hamburger Arbeitsstätte aufsuchen. Die in landwirtschaftlichen Betrieben, bei der Besatzungsmacht oder im Haushalt beschäftigten Personen werden nicht mit erfaßt, die Angehörigen der Beschäftigten ebenfalls nicht ermittelt. Auch hier hat man die systematische Gliederung der Arbeitsstätten mit den Wirtschaftszweigen der Berufszählung abgestimmt. Für das gesamte Bundesgebiet lassen sich daher die Erwerbstätigen der Berufszählung (ohne Landwirtschaft, Besatzungsmacht und häusliche Dienste) ohne weiteres den aus der Arbeitsstättenzählung gewonnenen Unterlagen über die Betriebe, in denen sie tätig sind, gegenüberstellen. Man kann also beispielsweise feststellen, wieviele Betriebe und Unternehmungen in einem bestimmten Gewerbebezirk vorhanden sind, welche Gesellschaftsformen vorherrschen und wie sich die hier Beschäftigten beruflich und altersmäßig gliedern. Für die Hansestadt Hamburg setzt eine derartige Untersuchung allerdings voraus, daß von den in der Berufszählung für den betreffenden Wirtschaftszweig ausgewiesenen Erwerbstätigen einmal diejenigen abgesetzt werden, die außerhalb Hamburgs arbeiten und daß andererseits alle Erwerbstätigen hinzugezählt werden, die außerhalb Hamburgs wohnen, aber in der Hansestadt beschäftigt sind. Hierzu benötigt man die in den Statistischen

Landesämtern von Niedersachsen und Schleswig-Holstein angefertigten Lochkarten der in diesen Ländern wohnenden und in Hamburg arbeitenden Personen. Derartige Untersuchungen sind z. Z. noch nicht möglich, da die Aufbereitung der Berufszählung noch nicht entsprechend fortgeschritten ist.

3. Vergleichsmöglichkeiten mit früheren Zählungen

Bereits dieser kurze Überblick über die systematischen Grundlagen der Berufszählung und über das Verhältnis der Berufszählung zur Arbeitsstatistik und zur Arbeitsstättenzählung läßt eine Fülle von Gesichtspunkten erkennen, die bei der Auswertung und Besprechung der gewonnenen Unterlagen beachtet werden müssen. Er vermittelt aber auch ein Bild von den vielfältigen Möglichkeiten, die der auswertenden Statistik durch diese gegenseitige Verzahnung der drei Erhebungen erschlossen werden. Die Vorteile der systematischen Abstimmung zwischen Berufszählung, Arbeitsstättenzählung und Arbeitsstatistik wiegen so schwer, daß man ihretwillen bei den Richtlinien für die Aufbereitung einen Bruch mit der Vergangenheit vollzogen und eine neue Systematik geschaffen hat, deren Gliederung eine andere ist als 1933 und 1939. Ein Vergleich mit früheren Zählungen stößt daher auf Schwierigkeiten. Für Hamburg kommt hinzu, daß sich das Staatsgebiet durch die Eingliederung ehemals preußischer Gebiete mit einer andersartigen Wirtschaftsstruktur (vor allem Harburg und Wandsbek) im Jahre 1937 gegenüber den Berufszählungen von 1925 und 1933 wesentlich erweitert hat. Alle Vergleichszahlen mußten daher auf die heutige Systematik und, soweit Ergebnisse der Berufszählung von 1933 herangezogen wurden, auch auf den heutigen Gebietsstand umgerechnet werden.

Die vorliegende Veröffentlichung beschränkt sich auf die Gliederung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen sowie einigen wichtigen Wirtschaftszweigen. Die Ergebnisse liegen für die Erwerbspersonen nach 153 Wirtschaftszweigen vor. Eine vollständige Veröffentlichung in der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ verbietet sich aber aus räumlichen und kostenmäßigen Gründen. Das Statistische Landesamt ist jedoch gern bereit, Auskünfte zu erteilen, die über den Rahmen dieser Veröffentlichung hinausgehen. Außerdem werden die Ergebnisse der Berufszählung in einer weitergehenden sachlichen und regionalen Gliederung in einigen Monaten in einem besonderen Quellenwerk veröffentlicht werden.

II. Die Wohnbevölkerung und die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und -abteilungen

Für die Einkommensbildung der Hamburger Bevölkerung ist nach der Zahl der Erwerbspersonen und der von ihnen abhängigen nicht erwerbstätigen Personen der Wirtschaftsbereich **Industrie und Handwerk** am bedeutendsten. 521 000 Personen (Erwerbspersonen mit ihren Angehörigen) oder

32 v. H. der Gesamtbevölkerung haben hier ihre Lebensgrundlage. Zahlenmäßig an zweiter Stelle folgt mit 444 000 Personen oder nahezu 28 v. H. der Gesamtbevölkerung der Wirtschaftsbereich **Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr**. Zum Wirtschaftsbereich der **Dienst-**

leistungen aller Art einschließlich des Öffentlichen Dienstes zählen insgesamt 306 000 Erwerbspersonen und Angehörige ohne eigene Erwerbstätigkeit. Im Vergleich zu diesen Wirtschaftsbereichen sind **Land- und Forstwirtschaft und Fischerei** in Hamburg unbedeutend, da sie lediglich für 29 000 Personen, d. s. noch nicht einmal 2 v. H. der Gesamtbevölkerung, die Lebensgrundlage bilden. Etwa 34 000 Personen, fast nur **Erwerbslose** mit ihren Angehörigen, hatten in den Zählpapieren keinerlei

Angaben gemacht, aus denen auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich geschlossen werden könnte.

Der gesamte Personenkreis, der von einem Arbeitseinkommen (im Falle der Arbeitslosigkeit von der Arbeitslosenunterstützung oder der Arbeitslosenfürsorge) lebt, umfaßt somit insgesamt rd. 1 335 000 Personen. Ihm stehen die **Selbständigen Berufslosen** mit ihren Angehörigen mit rd. 271 000 Personen gegenüber. Es handelt sich hierbei in

Übersicht 1

Die Wohnbevölkerung der Hansestadt Hamburg nach Wirtschaftsbereichen und -Abteilungen 1950

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsabteilung	Wohnbevölkerung			davon					
				Einkommensträger			Angehörige ohne eigene Erwerbstätigkeit		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Absolute Zahlen									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15 901	13 563	29 464	12 614	6 654	19 268	3 287	6 909	10 196
Industrie und Handwerk	277 414	243 482	520 896	215 077	67 777	282 854	62 337	175 705	238 042
davon:									
Gewerbliche Urproduktion	13 846	11 812	25 658	9 992	1 016	11 008	3 854	10 796	14 650
Eisen- und Metallgewerbe	88 835	64 376	153 211	70 204	11 584	81 788	18 631	52 792	71 423
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallgewerbe)	96 684	116 893	213 577	72 955	52 233	125 188	23 729	64 660	88 389
Bau- und Ausbaugewerbe	78 049	50 401	128 450	61 926	2 944	64 870	16 123	47 457	63 580
Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr	218 734	225 153	443 887	165 712	74 899	240 611	53 022	150 254	203 276
davon:									
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	124 933	145 152	270 085	94 449	63 932	158 381	30 484	81 220	111 704
Verkehr	93 801	80 001	173 802	71 263	10 967	82 230	22 538	69 034	91 572
Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen	131 666	174 468	306 134	96 911	83 785	180 696	34 755	90 688	125 438
davon:									
Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	100 470	111 512	211 982	73 469	41 026	114 495	27 001	70 486	97 487
Dienstleistungen	31 196	62 956	94 152	23 442	42 759	66 201	7 754	20 197	27 951
Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	15 107	19 390	34 497	11 390	11 666	23 056	3 717	7 724	11 441
Wirtschaftsbereiche zusammen	658 822	676 056	1 334 878	501 704	244 781	746 485	157 118	431 275	588 393
Selbstständige Berufslose	93 535	177 193	270 728	77 867	117 949	195 816	15 668	59 244	74 912
Wohnbevölkerung insgesamt	752 357	853 249	1 605 606	579 571	362 730	942 301	172 786	490 519	663 305
Verhältniszahlen									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,1	1,6	1,8	2,2	1,9	2,0	1,9	1,4	1,5
Industrie und Handwerk	36,9	28,5	32,4	37,1	18,7	30,0	36,0	35,8	35,9
davon:									
Gewerbliche Urproduktion	1,8	1,4	1,6	1,7	0,3	1,1	2,2	2,2	2,2
Eisen- und Metallgewerbe	11,8	7,5	9,5	12,1	3,2	8,7	10,8	10,7	10,8
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallgewerbe)	12,9	13,7	13,3	12,6	14,4	13,3	13,7	13,2	13,3
Bau- und Ausbaugewerbe	10,4	5,9	8,0	10,7	0,8	6,9	9,3	9,7	9,6
Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr	29,1	26,4	27,6	28,6	20,6	25,5	30,7	30,6	30,7
davon:									
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	16,6	17,0	16,8	16,3	17,6	16,8	17,6	16,5	16,9
Verkehr	12,5	9,4	10,8	12,3	3,0	8,7	13,1	14,1	13,8
Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen	17,5	20,5	19,1	16,7	23,1	19,2	20,1	18,5	18,9
davon:									
Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	13,4	13,1	13,2	12,7	11,3	12,2	15,6	14,4	14,7
Dienstleistungen	4,1	7,4	5,9	4,0	11,8	7,0	4,5	4,1	4,2
Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	2,0	2,3	2,2	2,0	3,2	2,5	2,2	1,6	1,7
Wirtschaftsbereiche zusammen	87,6	79,3	83,1	86,6	67,5	79,2	90,9	87,9	88,7
Selbstständige Berufslose	12,4	20,7	16,9	13,4	32,5	20,8	9,1	12,1	11,3
Wohnbevölkerung insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

erster Linie um Sozialversicherungsrentner, pensionierte Beamte und vom eigenen Vermögen lebende Personen sowie um Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Auch die nicht im elterlichen Haushalt lebenden Studenten werden den Selbständigen Berufslosen zugerechnet. Das Einkommen, von dem alle diese aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen mit ihren Angehörigen leben, beruht meist auf einer früheren Erwerbstätigkeit, wie bei den Sozialversicherungsrentnern, oder auf Leistungen der Öffentlichen Fürsorge, wie bei den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern. Man kann daher den gesamten Personenkreis ohne Übertreibung auch als „Rentnerbevölkerung“ bezeichnen (vgl. zum Problem der Selbständigen Berufslosen auch „Hamburg in Zahlen“ Jahrgang 1951 Nr. 32 S. 6).

Der Prozentanteil der Erwerbspersonen ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und -abteilungen recht unterschiedlich. Die Gründe hierfür sind verschiedenster Art und lassen sich nicht immer aus den vorliegenden Übersichten ableiten. So ist z. B. in der Landwirtschaft auch heute noch bei überwiegend familienhafter Arbeitsverfassung in Klein- und Mittelbetrieben die Mitarbeit der im erwerbsfähigen Alter stehenden Familienmitglieder und der Ehefrauen im Betrieb des Familienvorstandes stark ausgeprägt. Da auch die mithelfenden Familienangehörigen zu den Erwerbspersonen zählen, ist der Anteil vor allem der weiblichen Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit in dieser Wirtschaftsabteilung gering. In der Landwirtschaft kommen daher auf 100 Erwerbspersonen rund 53 Angehörige. In anderen Wirtschaftsabteilungen, in denen die Mitarbeit der Familienangehörigen weniger üblich ist, wirken Altersgliederung, Anteil der Verheirateten, Kinderzahl sowie die soziale Schichtung auf die Erwerbsgewohnheiten ein und bestimmen das zahlenmäßige Verhältnis der Erwerbspersonen zu den Angehörigen.

Dort, wo viele ledige weibliche Erwerbspersonen vorhanden sind wie in der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen, die hauptsächlich das Gaststättenwesen und die Wirtschaftsgruppe „Häusliche Dienste“ umfaßt, ist der Anteil der Angehörigen besonders gering. 100 Erwerbspersonen haben hier lediglich 42 Angehörige zu versorgen. In anderen Wirtschaftsabteilungen wie in der gewerblichen Urproduktion (in Hamburg vor allem Energieversorgung) und im Verkehr ist die Belastung der Erwerbspersonen mit Angehörigen wesentlich stärker; hier kommen auf 100 Erwerbspersonen 133 bzw 111 Angehörige.

Für die Rentnerbevölkerung ist das Verhältnis der Einkommensträger zu den Angehörigen wesentlich günstiger. Man muß bedenken, daß infolge des hohen Durchschnittsalters dieses Personenkreises die Sorge für minderjährige Kinder im allgemeinen entfällt und daß weiterhin der Anteil der Verwitweten besonders hoch ist. 100 Einkommensträger haben daher nur für 38 Angehörige zu sorgen.

Infolge der unterschiedlichen Belastung mit Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit weicht die Verteilung der Erwerbspersonen auf

die einzelnen Wirtschaftsbereiche etwas von der Gliederung der Wohnbevölkerung ab, die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche bzw. -abteilungen ist jedoch die gleiche. An der Spitze stehen auch hier Industrie und Handwerk mit 283 000 Erwerbspersonen, wobei das Schwergewicht wie bei der Wohnbevölkerung im verarbeitenden Gewerbe liegt, das allein 125 000 Erwerbspersonen umfaßt. An zweiter Stelle folgen wiederum Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr mit etwa 241 000 Erwerbspersonen, von denen weit über die Hälfte auf den eigentlichen Handel entfällt. Von der Wirtschaftsentwicklung im Bereich der Dienstleistungen aller Art hängen schließlich 181 000 Erwerbspersonen ab; hiervon zählen 114 000 zur Wirtschaftsabteilung Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei sind mit 19 000 Erwerbspersonen nur geringfügig besetzt. 23 000 Erwerbspersonen konnten keinem bestimmten Wirtschaftsbereich zugeordnet werden¹⁾.

Obleich es heute keinen Bereich des Wirtschaftslebens mehr gibt, der ausschließlich Männern oder Frauen vorbehalten ist, so sind doch die einzelnen Wirtschaftsabteilungen für die Geschlechter von unterschiedlicher Bedeutung.

Nahezu 43 v. H. aller männlichen Erwerbspersonen entfallen auf Industrie und Handwerk, wobei sich keine allzugroßen Unterschiede in der Verteilung auf Eisen- und Metallgewerbe (70 000), Verarbeitende Gewerbe (73 000) und Bau- und Ausbaugewerbe (62 000) ergeben. 33 v. H. aller im Erwerbsleben stehenden Männer zählen zum Wirtschaftsbereich Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr, 19 v. H. zu den Dienstleistungen aller Art.

Für die weiblichen Erwerbspersonen ist an erster Stelle der Wirtschaftsbereich der Dienstleistungen aller Art mit über 34 v. H. der im Erwerbsleben stehenden Frauen zu nennen, es folgen Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr mit 30,6 v. H. Die Produktionswirtschaft tritt dagegen für die Frauen im Vergleich zu den männlichen Erwerbspersonen an Bedeutung erheblich zurück; immerhin entfallen nahezu 28 v. H. aller weiblichen Erwerbspersonen auf Industrie und Handwerk. Hier haben sich die Frauen vor allem das verarbeitende Gewerbe erobert.

¹⁾ Hinter dieser zunächst überraschend hohen Zahl verbirgt sich ein unterschiedlicher Personenkreis. Einmal sind hier diejenigen Arbeitslosen zu nennen, die bis 1945 bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beschäftigt waren und die keinen Wert darauf legten, die Art ihrer früheren Tätigkeit noch einmal ausdrücklich in ihren Zählpapieren anzugeben, zum anderen dürften zahlreiche ehemalige aktive Wehrmachtangehörige keine Angaben gemacht haben. Weiterhin haben viele Arbeitslose, die nach 1945 vorübergehend bei der Besatzungsmacht beschäftigt waren, dies ebenfalls nicht eingetragen. Spätheimkehrer, die vor ihrem Eintritt in die Wehrmacht noch in keinem Arbeitsverhältnis gestanden hatten, sowie Schulentlassene, die noch keine Stelle gefunden haben, kommen hinzu. Viele haben sich wohl auch nicht vorstellen können, daß die Frage nach dem früheren Arbeitgeber wichtige Rückschlüsse auf die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit zuläßt und aus Bequemlichkeit die Eintragung unterlassen. Soweit sich in der hohen Zahl der Erwerbspersonen „ohne Angabe“ Mißtrauen hinsichtlich der Geheimhaltung der Angaben ausdrückt, war es unbegründet. Trotz mancherlei Pressemeldungen über auswärtige Vorkommnisse ist kein einziger Fall bekannt geworden, in dem die Angaben in den Haushaltsangablisten zum Nachteil eines einzelnen verwendet worden sind.

III. Hamburg im Vergleich mit dem Bundesgebiet

Bereits dieser kurze Überblick läßt die wirtschaftliche Struktur der hamburgischen Bevölkerung und damit auch der hamburgischen Wirtschaft erkennen. Sie wird durch den besonderen Charakter Hamburgs als Stadtstaat und größter Hafen des Bundesgebiets geprägt. Auf eine verhältnismäßig starke Produktionswirtschaft ist ein überdimensionaler Handels-, Versicherungs- und Dienstleistungsapparat aufgepfropft, der nicht nur die in Hamburg selbst hergestellten Waren bewältigt, sondern vor allem auch die im weitgespannten wirtschaftlichen Hinterland Hamburgs erstellten Waren transportiert, versichert, finanziert und handelt, wobei die Ausstrahlungen weit über das Gebiet der Bundesrepublik hinausgehen. Das **Übergewicht von Handel, Geld, Verkehr und Dienstleistungen gegenüber der Produktionswirtschaft** zeigt sich bei der Wohnbevölkerung ebenso wie bei den eigentlichen Einkommensträgern, den Erwerbspersonen. Von 100 Erwerbspersonen entfallen 32 auf Handel, Geld- und Versicherungswesen sowie auf den Verkehr, 24 auf die Dienstleistungen aller Art. Diesen insgesamt 56 v. H. aller Erwerbspersonen stehen **nur 41 v. H. in der Produktionswirtschaft** gegenüber. Die Struktur der Wohnbevölkerung und auch der Erwerbspersonen weicht damit wesentlich von den für das gesamte Bundesgebiet ermittelten Zahlen ab. Von der Wohnbevölkerung entfielen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche bzw. Wirtschafts-

	in Hamburg im Bund ¹⁾ v. H. der Wohnbevölkerung	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,8	14,1
Industrie und Handwerk	32,4	39,0
davon:		
Gewerbliche Urproduktion	1,6	5,2
Eisen- und Metallgewerbe	9,5	10,7
Verarbeitende Gewerbe	13,3	15,2
Bau- und Ausbaugewerbe	8,0	7,9
Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr	27,6	14,1
davon:		
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	16,8	8,1
Verkehr	10,8	6,0
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen	19,1	14,2
davon:		
Öffentlicher Dienst u. Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	13,2	10,0
Dienstleistungen	5,9	4,2
Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	2,2	1,1
Wirtschaftsbereiche zusammen	83,1	82,5
Selbständige Berufslose	16,9	17,5
Insgesamt	100	100

Der Anteil der Rentnerbevölkerung ist in Hamburg etwa ebenso hoch wie im Bund. Dagegen ist der Anteil der Bevölkerungsteile, deren Lebensgrundlage im Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr liegt, beinahe doppelt so hoch wie im gesamten Bundesgebiet, wogegen der Anteil der zur Landwirtschaft ge-

¹⁾ Leider liegen für das Bundesgebiet noch keine endgültigen Zahlen vor, so daß auf die Ergebnisse der repräsentativen Vorauswertung der 100. Haushaltungslisten zurückgegriffen werden mußte. Die endgültigen Zahlen für das gesamte Bundesgebiet werden voraussichtlich erst Ende April d. J. vorliegen und kaum wesentliche Abweichungen zeigen.

hörenden Wohnbevölkerung nur etwa ein Achtel des für den gesamten Bund ermittelten Anteils beträgt.

Auch die Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und Wirtschaftsabteilungen zeigt entsprechende Abweichungen gegenüber dem Bundesgebiet. Von 100 Erwerbspersonen gehören zum Wirtschaftsbereich bzw. zur Wirtschaftsabteilung

	in Hamburg im Bund v. H. der Erwerbspersonen	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,6	22,2
Industrie und Handwerk	37,9	43,5
davon:		
Gewerbliche Urproduktion	1,5	4,7
Eisen- und Metallgewerbe	10,9	11,8
Verarbeitende Gewerbe	16,8	19,0
Bau- und Ausbaugewerbe	8,7	8,0
Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr	32,2	15,5
davon:		
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	21,2	10,0
Verkehr	11,0	5,5
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen	24,2	17,3
davon:		
Öffentlicher Dienst u. Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	15,3	10,6
Dienstleistungen	8,9	6,7
Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	3,1	1,5
	100	100

Der Anteil der Erwerbspersonen in Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr ist in Hamburg doppelt so groß wie im Bundesgebiet, und auch der Anteil der auf die Dienstleistungen aller Art einschließlich des Öffentlichen Dienstes entfallenden Erwerbspersonen ist um nahezu 40 v. H. höher als in der Bundesrepublik. Dagegen liegt der Prozentsatz der Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk um rd. 13 v. H., der in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei um über 88 v. H. niedriger als im Bund. Auf eine kurze Formel gebracht: **im Bundesgebiet ist ein klares Übergewicht der Produktionswirtschaft, d. h. also von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk festzustellen, in Hamburg dagegen ein Übergewicht von Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr sowie der Dienstleistungen aller Art.**

Die besondere Situation Hamburgs im Vergleich zum Bundesgebiet birgt manche Gefahren in sich. Das wirtschaftliche Schicksal eines sehr großen Teils der Hamburger Bevölkerung hängt im wesentlichen von der Größe und Aufnahmefähigkeit des wirtschaftlichen Hinterlandes der Hansestadt ab und von dem Maße, in dem der Tätigkeitsbereich Hamburger Kaufleute, Versicherungen, Banken, Transportunternehmen und Reedereien über die Grenzen des Hamburger Staatsgebietes und des Bundesgebietes hinausgreifen kann. Legt man einmal das für den Bund ermittelte Verhältnis zwischen Produktionswirtschaft und übrigen Wirtschaftsbereichen zugrunde, so hätte Hamburg bei rd. 302 000 Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk und in der Landwirtschaft nur rund 158 000 Erwerbspersonen in den übrigen Wirtschaftsbereichen haben dürfen. Die Übersicht 2 weist

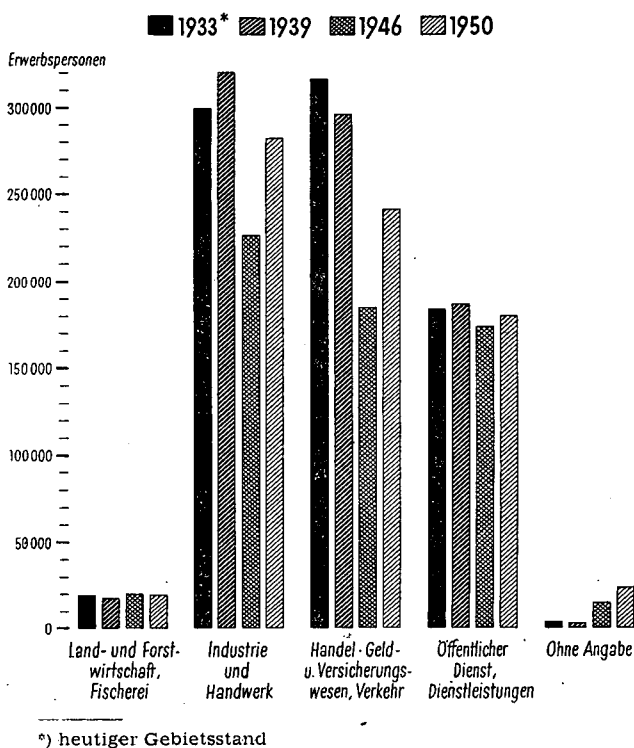
jedoch rd. 421 000 Erwerbspersonen in den Wirtschaftsbereichen Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr und Dienstleistungen aller Art aus. Man darf daher annehmen, daß 421 000 minus 158 000 = 263 000 Erwerbspersonen im wesentlichen davon abhängen, daß in Hamburg Waren und Güter gehandelt, versichert, finanziert und transportiert werden, die außerhalb Hamburgs — sei es im In- oder Ausland — erzeugt werden. Mit den wirtschaftlich abhängigen Angehörigen dürfte es sich um einen Personenkreis von insgesamt etwa 500 000 Männern, Frauen und Kindern handeln, d. s. rund

31 v. H. der gesamten Wohnbevölkerung. Selbstverständlich ist dies eine äußerst grobe Berechnung, aber sie läßt erkennen, in welchem Maße die Hamburger Bevölkerung davon abhängt, daß Handel, Geld- und Versicherungswesen und der Verkehr weit über die Grenzen Hamburgs hinausgreifen und hierfür in Hamburg zusätzlich ein beachtlicher Verwaltungsapparat benötigt wird. Alle Maßnahmen, die diesen Spielraum einengen oder ausweiten, berühren in irgendeiner Form das wirtschaftliche Schicksal von nahezu 500 000 Hamburger Einwohnern.

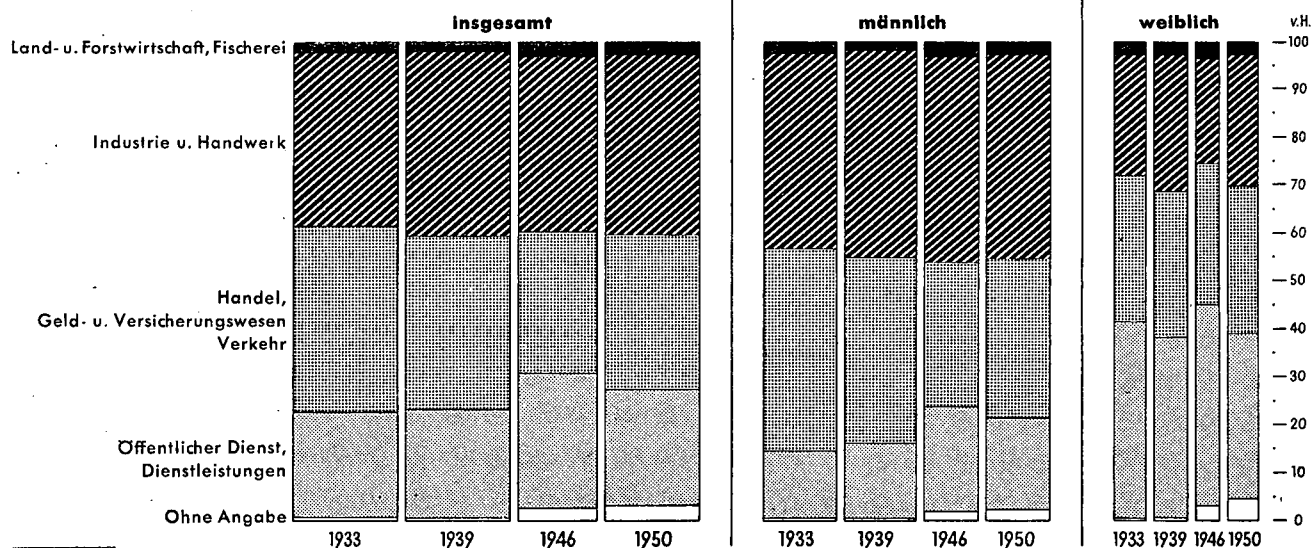
IV. Vergleich mit 1933

Die grundsätzliche Struktur des Hamburger Erwerbslebens, nämlich geringe Landwirtschaft, bedeutende gewerbliche Produktionswirtschaft mit dem Schwergewicht im verarbeitenden Gewerbe, Überwiegen von Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr sowie der Dienstleistungen aller Art, ist von den Ereignissen der letzten 20 Jahre verhältnismäßig wenig berührt worden. Im einzelnen haben sich jedoch beachtliche Wandlungen vollzogen. So ist seit 1933 ein Vordringen von Industrie und Handwerk auf Kosten von Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr festzustellen. Bereits vor dem Kriege wurden im Zuge der damaligen Wirtschaftspolitik zahlreiche Arbeitskräfte aus dem Handel in die gewerbliche Produktionswirtschaft hineingeschleust, in der sie auch nach dem Kriege verblieben sind. Seit 1939 sind daher Industrie und Handwerk der bedeutendste Wirtschaftsbereich in Hamburg mit rd. 39 v. H. (1939) bzw. nahezu 38 v. H. (1950) aller Erwerbspersonen. Der Anteil der Erwerbspersonen im Handel, Geld- und Versicherungswesen sowie im Verkehr ist seit 1933 von 38,6 auf 32,2 v. H. zurückgegangen. Neben der erwähnten Umlenkung von Arbeitskräften wirkt sich hierin auch der Verlust der deutschen Handelsflotte durch Krieg und Reparationen aus; eine Lücke, die durch den im Jahre 1950 anlaufenden Wiederauf-

Die Hamburger Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen



Die Verteilung der Hamburger Erwerbspersonen auf die Wirtschaftsbereiche 1933*), 1939, 1946 und 1950



bau noch nicht wieder geschlossen werden konnte. Der Anteil der Dienstleistungen aller Art ist seit 1933 von 22,3 auf 24,2 v. H. aller im Erwerbsleben stehenden Personen gestiegen. Hier hat sich die ständige Ausweitung der öffentlichen und halböffentlichen Aufgaben im Laufe der letzten 20 Jahre bemerkbar gemacht. Hiervon ist jedoch weniger die öffentliche Verwaltung, als vielmehr das Gesundheitswesen, die Fürsorge und Wohlfahrtspflege sowie das Gebiet der Rechts- und Wirtschaftsberatungen betroffen. Auch die ungewöhnlich hohe Zahl der bei der Besatzungsmacht im Jahre 1950 beschäftigten Personen prägt sich in diesem gestiegenen Anteil aus.

V. Vergleich mit 1939

Eine Gegenüberstellung der Erwerbspersonen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen 1939 und 1950 läßt ebenfalls erkennen, wie sehr das wirtschaftliche Geschehen der letzten Jahre durch politische Maßnahmen bestimmt worden ist. Die noch 1939 bestehende starke weltwirtschaftliche Verflechtung des Hamburger Wirtschaftslebens ist trotz erheblicher Bemühungen und beachtenswerter Erfolge im einzelnen nur teilweise wieder erreicht worden. Hinzu kommt die Abschnürung der Hansestadt von ihrem naturgegebenen wirtschaftlichen Hinterland infolge der Spaltung Deutschlands. Krieg und Nachkriegszeit haben Hamburg weiterhin seine hervorragende Stellung als nord- und südosteuropäischer Transithafen gekostet.

Wirtschaftsabteilung 8: Verkehr

Es ist daher nicht verwunderlich, daß vor allem im Verkehrswesen beachtliche Einbußen zu verzeichnen sind. Hier ist die Zahl der Erwerbspersonen gegenüber 1939 um rd. 42 400 oder 34 v. H. zurückgegangen. **Das Verkehrswesen hat damit die höchsten absoluten und relativen Verluste aller Wirtschaftsabteilungen aufzuweisen.** (S. Übersicht 3.)

Die Schrumpfung des Verkehrsvolumens, der Verlust der Handelsflotte durch den Krieg und durch die Ablieferung der noch einsatzfähigen größeren Einheiten in der Nachkriegszeit, der durch einschränkende Bestimmungen verzögerte Wiederaufbau der Handelsflotte (die wichtigsten Einschränkungen fielen erst im April 1951), haben die Zahl der Erwerbspersonen in der **See- und Küstenschiffahrt** seit 1939 um rd. 33 000 oder 70 v. H. zurückgehen lassen. Die **Binnenschiffahrt** wurde ähnlich hart getroffen. Hier macht sich die Abschnürung vom Hinterland durch die Zonen-grenze, die Behinderung des Ost-Westhandels sowie die politische Umgestaltung im südosteuropäischen Raum bemerkbar. 1939 gehörten rd. 12 500 Erwerbspersonen zum Wirtschaftszweig „Binnenschiffahrt“, 1950 dagegen nur noch 4800 — eine Abnahme um 61 v. H.! Zählt man zu den Erwerbspersonen die Angehörigen hinzu, so ist in **beiden Wirtschaftszweigen** durch Krieg und Kriegsfolgen rd. 81 000 Männern, Frauen und Kindern die **Lebensgrundlage entzogen** worden. **Schienebahnen und Straßenverkehr** wurden dagegen nur gering-

Um welche Größenordnungen es sich bei dieser Veränderung der Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche handelt, wird am ehesten klar, wenn man die Verhältnisse des Jahres 1933 auf die Erwerbspersonenzahl von 1950 überträgt. Wären die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche die gleichen geblieben wie 1933, so hätten beispielsweise in Industrie und Handwerk rd. 11 700 Erwerbspersonen weniger, dagegen in Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr rd. 39 500 Erwerbspersonen mehr vorhanden sein müssen, als es die Übersicht 2 für den September 1950 ausweist. Auch im Öffentlichen Dienst und im Bereich der Dienstleistungen aller Art hätten rd. 14 600 Erwerbspersonen weniger zu sein.

fügig betroffen. Die Minderung des Verkehrsvolumens hat sich auch auf die Verkehrsneben- und Hilfgewerbe, d. h. also auf **Speeditionen, Speicherhausbetriebe, Garagen und Reisebüros** ausgewirkt: Die Zahl der Erwerbspersonen ist hier von rd. 12 000 auf rd. 10 000, um rd. 17 v. H. zurückgegangen. Die Abnahme ist allerdings wesentlich geringer, als es die Einbußen in der See-, Küsten- und Binnenschiffahrt erwarten lassen. Man muß jedoch bedenken, daß der größte Teil der Verkehrsneben- und Hilfgewerbe der Seefahrt und auch der Binnenschiffahrt, d. h. also Stauereien, Umschlagbetriebe, Kaibetriebe, Schiffsmakler, Heuerstellen und dergleichen bereits zum Wirtschaftszweig See- bzw. Binnenschiffahrt gehört. Es wäre daher falsch, auf Grund der unterschiedlichen Abnahme heute von einer Übersetzung des Verkehrsneben- und -hilfgewerbes im Vergleich zur See- und Binnenschiffahrt zu sprechen. Die einzige beachtenswerte Zunahme an Erwerbspersonen im Verkehrswesen ist bei der **Bundespost** festzustellen. Hier sind heute bei einer Gesamtzahl von rd. 16 900 Erwerbspersonen rd. 2 000 Erwerbspersonen mehr vorhanden als 1939. Der Zugang ist fast nur bei den Frauen zu verzeichnen, so daß auf 100 Männer bei der Bundespost heute 50,90 Frauen kommen gegen nur 26,40 im Jahre 1939.

Infolge der unterschiedlichen Zu- und Abnahme in den einzelnen Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen ist die Struktur des Verkehrswesens heute eine andere als 1939. Das Schwerkgewicht liegt zwar immer noch im Schiffahrts-, Wasserstraßen- und Hafenwesen, aber der Anteil dieser Wirtschaftsgruppe ist seit 1939 von 51 v. H. auf 26 v. H. zurückgegangen. Dafür ist die Bundespost mit 20,5 v. H. an die zweite Stelle gerückt (ihr Anteil betrug 1939 nur 11,9 v. H.). An dritter Stelle folgt die **Bundesbahn**, die ebenfalls ihren Anteil wesentlich erhöhen konnte, mit 20,2 v. H. aller zum Verkehrswesen gehörenden Erwerbspersonen.

Wirtschaftsabteilung 6:

Handel, Geld- und Versicherungswesen

Zum Handel, Geld- und Versicherungswesen gehören insgesamt 158 000 Erwerbspersonen, davon 94 000 Männer und 64 000 Frauen. Gegenüber der

Übersicht 2

Die Erwerbspersonen in der Hansestadt Hamburg nach Wirtschaftsbereichen und Wirtschafts-
abteilungen nach den Berufszählungen vom 17. Mai 1939 und vom 13. September 1950

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsabteilung	Erwerbspersonen 1939			Erwerbspersonen 1950			Zu-(+) od. Abnahme(-) 1939-1950		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Absolute Zahlen									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	10 507	6 959	17 466	12 614	6 654	19 268	+ 2 107	- 305	+ 1 802
Industrie und Handwerk	245 272	75 017	320 289	215 077	67 777	282 854	-30 195	- 7 240	-37 435
davon:									
Gewerbliche Urproduktion	9 814	759	10 573	9 992	1 016	11 008	+ 178	+ 257	+ 435
Eisen- und Metallgewerbe	95 683	12 779	108 462	70 204	11 584	81 788	-25 479	- 1 195	-26 674
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallgewerbe)	85 078	58 239	143 317	72 955	52 233	125 188	-12 123	- 6 006	-18 129
Bau- und Ausbaugewerbe	54 697	3 240	57 937	61 926	2 944	64 870	+ 7 229	- 296	+ 6 933
Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr	218 661	78 282	296 943	165 712	74 899	240 611	-52 949	- 3 333	-56 332
davon:									
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	103 659	68 668	172 327	94 449	63 932	158 381	- 9 210	- 4 736	-13 946
Verkehr	115 002	9 614	124 616	71 263	10 967	82 230	-43 739	+ 1 353	-42 386
Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen	89 467	98 269	187 736	96 911	83 785	180 696	+ 7 444	-14 484	- 7 040
davon:									
Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	63 345	31 372	94 717	73 469	41 026	114 495	+10 124	+ 9 654	+19 778
Dienstleistungen	26 122	66 897	93 019	23 442	42 759	66 201	- 2 680	-24 138	-26 818
Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	1 033	1 307	2 340	11 390	11 666	23 056	+10 357	+10 359	+20 716
Erwerbspersonen insgesamt	564 940	259 834	824 774	501 704	244 781	746 485	-63 236	-15 053	-78 289
Verhältniszahlen									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,9	2,7	2,1	2,5	2,7	2,6	+ 20,1	- 4,4	+ 10,3
Industrie und Handwerk	43,4	28,9	38,8	42,8	27,6	37,9	- 12,3	- 9,7	- 11,7
davon:									
Gewerbliche Urproduktion	1,7	0,3	1,3	2,0	0,4	1,5	+ 1,8	+ 33,9	+ 4,1
Eisen- und Metallgewerbe	16,9	4,9	13,1	14,0	4,7	10,9	- 26,6	- 9,4	- 24,6
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallgewerbe)	15,1	22,4	17,4	14,5	21,3	16,8	- 14,2	- 10,3	- 12,6
Bau- und Ausbaugewerbe	9,7	1,3	7,0	12,3	1,2	8,7	+ 13,2	- 9,1	+ 12,0
Handel, Geld- und Versicherungswesen, Verkehr	38,7	30,1	36,0	33,0	30,6	32,2	- 24,2	- 4,3	- 19,0
davon:									
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	18,3	26,4	20,9	18,8	26,1	21,2	- 8,9	- 6,9	- 8,1
Verkehr	20,4	3,7	15,1	14,2	4,5	11,0	- 38,0	+ 14,1	- 34,0
Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen	15,8	37,8	22,8	19,4	34,3	24,2	+ 8,3	- 14,7	- 3,7
davon:									
Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	11,2	12,1	11,5	14,7	16,8	15,3	+ 16,0	+ 30,8	+ 20,9
Dienstleistungen	4,6	25,7	11,3	4,7	17,5	8,9	- 10,3	- 36,1	- 28,8
Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	0,2	0,5	0,3	2,3	4,8	3,1	+1002,6	+792,6	+885,3
Erwerbspersonen insgesamt	100	100	100	100	100	100	- 11,2	- 5,8	- 9,5

Vorkriegszeit ist eine Abnahme um insgesamt 14 000 Erwerbspersonen festzustellen. Die relative Abnahme der männlichen Erwerbspersonen war etwas stärker als die der weiblichen, so daß in der gesamten Wirtschaftsabteilung die Frauen heute mehr in Erscheinung treten als vor dem Kriege.

Eine Aufzählung der zu dieser Wirtschaftsabteilung gehörenden Wirtschaftsgruppen:

	Erwerbspersonen
Warenhandel und Verlagsgewerbe mit	137 000
Vermittlung und Werbung mit	5 000
Geld-, Bank- und Börsenwesen mit	7 000
Versicherungswesen mit	9 000

zeigt, welche unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche hier zusammengefaßt werden und wie die Gewichtsverteilung innerhalb der Wirtschaftsabteilung ist. (S. Übersicht 4.)

Im Warenhandel und Verlagsgewerbe steht an erster Stelle der Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln und Tabakwaren. Dieser Wirtschaftszweig umfaßt mit insgesamt 36 500 Erwerbspersonen nicht ganz ein Viertel aller zur Wirtschaftsabteilung gehörenden Erwerbspersonen. An zweiter Stelle folgt mit etwa 24 000 Erwerbspersonen der Handel mit Waren aller Art. Der Handel mit Textilien, Bekleidung, Ausstattungs- und Sportartikeln ist mit rd. 14 000 Erwerbspersonen der drittgrößte Wirtschaftszweig, dicht gefolgt vom Ein- und Ausfuhrhandel mit rd. 13 000 Erwerbspersonen.

Von den genannten Wirtschaftszweigen hat der Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln und Tabakwaren seit 1939 die

meisten Erwerbspersonen abgegeben. Es läßt sich nicht eindeutig feststellen, ob sich hierin eine Minderung des Handelsvolumens ausdrückt oder ob hier Anzeichen einer fortschreitenden Rationalisierung, vor allem im Einzelhandel vorliegen. Zum Teil wird diese starke Abnahme — es handelt sich um rd. 10 400 Erwerbspersonen — aber auch auf das Bestreben vieler Geschäftsleute zurückzuführen sein, in Zeiten, in denen die Konjunktur wieder zu ihrem Recht kommt, mit möglichst weit gestreutem Warensortiment den Wirtschaftsschwankungen besser begegnen zu können. Soweit zusätzliche Waren hineingenommen wurden, zählen die Betriebe heute zum Teil zum „Handel mit Waren aller Art“. Hier sind seit 1939 insgesamt rd. 14 600 Erwerbspersonen zugegangen. Neben der erwähnten Umlagerung aus anderen Wirtschaftszweigen dürfte bei der Zunahme dieses Wirtschaftszweiges aber auch das Vordringen des ambulanten Handels, von Einheitspreisgeschäften, Warenhäusern und Konsumvereinen eine Rolle spielen. Man muß weiterhin berücksichtigen, daß die zeitbedingt ungewöhnlich hohe Zahl von Handelsvertretern, die sich auf keine besondere Warengattung spezialisiert haben und je nach Wirtschaftslage die eine oder andere Ware vertreiben, ebenfalls in diesen Wirtschaftszweig gehört. Allerdings darf auch nicht vergessen werden, daß manche ungenauen Angaben in den Zählpapieren keine Zuteilung zu einem der übrigen 16 Wirtschaftszweige des Handels zuließen. Je weiter eine systematische Aufgliederung vorgenommen wird, um so eher versagen letzten Endes die Ausfüllungspflichtigen bei der Ausfüllung der Zählpapiere und sorgen schon auf diese Weise dafür, daß die Wünsche der Statistiker nach möglichst weitgehender Aufgliederung der gewonnenen Unterlagen nicht immer in Erfüllung gehen. Dennoch bleibt festzustellen, daß der Anteil der Erwerbspersonen im Wirtschaftszweig „Handel mit Waren aller Art“ seit 1939 von 5,7 auf 15,4 v. H. aller zur Wirtschaftsabteilung 6 gehörenden Erwerbspersonen gestiegen und damit der Handel mit Waren aller Art zum zweitgrößten Wirtschaftszweig der Abteilung geworden ist.

Die rd. 13 000 Erwerbspersonen im Ein- und Ausfuhrhandel vermitteln nur ein unvollkommenes Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges, der seit 1939 nahezu 8000 Erwerbspersonen verloren hat. Wenn man bedenkt, daß etwa mit diesem Personenkreis (die Pendelwanderung dürfte die Zahlen nur geringfügig verschieben) nach einer Untersuchung der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr im Jahre 1950 fast die Hälfte des gesamten Imports der Bundesrepublik abgewickelt wurde, so gibt dies eine ungefähre Vorstellung davon, in welchem Maße der Tätigkeitsbereich dieser Erwerbspersonen über das Staatsgebiet der Hansestadt Hamburg hinausgreift.

Gemessen an der Zahl der Erwerbspersonen folgt mit weitem Abstand hinter dem Ein- und Ausfuhrhandel der Wirtschaftszweig „Handel mit Gegenständen der Gesundheits- und Körperpflege, chemischen Erzeugnissen, Apotheken, Photohandel“. Hier ist seit 1939 die Zahl der Erwerbspersonen

von 7500 auf 9500 angestiegen. Die Hälfte des Zuges entfiel auf Frauen, so daß in diesem Wirtschaftszweig auf 100 Männer heute 66 Frauen kommen gegen 56 vor dem Kriege. An bedeutenden Wirtschaftszweigen sind noch zu nennen:

	Erwerbspers.	davon Frauen
Handel mit Baustoffen, Holz und Brennstoffmaterialien, Futter, Düngemittel und Saatgut	7382	1496
Papier-, Schreib-, Galanterie-, Leder- und Spielwaren	6070	2808
Handel mit Maschinen, Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbedarf, Fahrrädern und schließlich	4707	1106
Zeitungsverlag und -spedition . . .	2133	860
Verlagsgewerbe (ohne Presse) . . .	1930	962

Neben dem eigentlichen Warenhandel umfaßt die Wirtschaftsabteilung 6 aber auch noch die in der Wirtschaftsgruppe „Vermittlung und Werbung“ zusammengefaßten Hilfgewerbe des Handels. Es handelt sich um insgesamt rd. 5100 Erwerbspersonen, von denen rd. 3600 zum Wirtschaftszweig „Vermittlergewerbe, Wirtschaftswerbung, Auskunft, Versteigerungsgewerbe“ und rd. 1500 zum Wirtschaftszweig „Verleihgewerbe und sonstige Hilfgewerbe“ gehören. Bereits die Bezeichnung des erstgenannten Wirtschaftszweiges läßt erkennen, welcher unterschiedlicher Personenkreis hier zusammengefaßt wurde. Auskunftsteien, Anzeigenvermittler, Heiratsbüros, Wohnungsnachweisbüros, aber auch Grundstücksmakler, Häusermakler, Hypothekemakler und Versteigerer gehören hierzu. Dieser Wirtschaftszweig ist heute **mehr als doppelt so stark besetzt wie vor dem Kriege**. Im Wirtschaftszweig Verleihgewerbe ist dagegen die Zahl der Erwerbspersonen auf die Hälfte des Vorkriegsstandes zurückgegangen. Die einzelnen Betriebsbenennungen — vom Bootsverleih über den Gerüstverleih, Kostümverleih, den Verleih landwirtschaftlicher und gewerblicher Maschinen bis zur Promenadenstuhlvermietung — lassen die Vielfalt dieses Gewerbe-zweiges erkennen, vermitteln aber auch einen Eindruck von der Kleinarbeit, die mit der Aufbereitung und Auswertung einer Berufszählung verbunden ist.

Zur dritten großen Wirtschaftsgruppe innerhalb der Abteilung 6, dem **Geld-, Bank- und Börsenwesen**, gehören rund 7400 Erwerbspersonen, darunter 2500 Frauen. Diese Zahlen lassen keinesfalls die Bedeutung erkennen, die Hamburg im deutschen und internationalen Geldwesen gegenwärtig einnimmt; auch wird man hier aus Veränderungen der Erwerbspersonenzahlen — gegenüber 1939 ist eine Abnahme von 1200 Erwerbspersonen zu verzeichnen — keine Schlußfolgerungen auf den Umfang des Bankgeschäftes ziehen können. Bemerkenswert ist bei einem Vergleich mit 1939, daß zwar die Zahl der männlichen Erwerbspersonen stark zurückgegangen ist, die der weiblichen dagegen zugenommen hat. Die Frauen, die während des Krieges die Arbeitsplätze der Männer einnahmen, sind im Berufsleben verblieben. Auch die fortschreitende Rationalisierung: Einsatz von Buchungsmaschinen, Anwendung des Lochkartenverfahrens sowie mo-

Übersicht 3

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 8, Verkehr, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe / Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu- (+) oder Abnahme (-) 1939 - 1950						
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	
81 Deutsche Bundespost	11 191	5 696	16 887	20,5	11 718	3 094	14 812	11,9	-	527	+ 2 602	+ 2 075	- 4,5	+ 84,1	+ 14,0
82 Deutsche Bundesbahn	15 618	993	16 611	20,2	16 638	607	17 245	13,8	-	1 020	+ 386	- 634	- 6,1	+ 63,6	- 3,7
83 Schienenbahnen (ohne Deutsche Bundesbahn) einschl. Obusbetriebe	8 753	944	9 697	11,8	8 840	475	9 315	7,5	-	87	+ 469	+ 382	- 1,0	+ 98,7	+ 4,1
84 Straßenbahnverkehr (ohne Schienenbahnen und Obusbetriebe)	6 888	501	7 389	9,0	7 274	453	7 727	6,2	-	386	+ 48	- 338	- 5,3	+ 10,6	- 4,4
85 Schifffahrts-, Wasserstraßen- u. Hafengewesen davon	20 273	1 196	21 469	26,1	60 796	2 454	63 250	50,8	-	40 523	- 1 258	- 41 781	- 66,7	- 51,3	- 66,1
851 Verwaltung des Schifffahrts- und Wasserstraßen- wesen	2 462	120	2 582	3,1	3 253	121	3 374	2,7	-	791	- 1	- 792	- 24,3	- 0,8	- 23,5
854 See- und Küstenschifffahrt	13 374	700	14 074	17,1	45 536	1 874	47 410	38,1	-	32 162	- 1 174	- 33 336	- 70,6	- 62,6	- 70,3
857 Binnenschifffahrt	4 437	376	4 813	5,9	12 007	459	12 466	10,0	-	7 570	- 83	- 7 653	- 63,0	- 18,1	- 61,4
86 Luftverkehr	132	39	171	0,2	242	13	255	0,2	-	110	+ 26	- 84	- 45,5	+ 200,0	- 32,9
87 Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe	8 408	1 598	10 006	12,2	9 494	2 518	12 012	9,6	-	1 086	- 920	- 2 006	- 11,4	- 36,5	- 16,7
darunter															
871 Spedition und Lagerei	7 478	1 361	8 839	10,7	8 277	2 021	10 298	8,3	-	799	- 660	- 1 459	+ 9,7	- 32,7	- 14,2
Wirtschaftsabteilung 8: Verkehr	71 263	10 967	82 230	100	115 002	9 614	124 616	100	- 43 739	+ 1 353	- 42 386	- 38,0	+ 14,1	- 34,0	

Übersicht 4

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 6, Handel, Geld- und Versicherungswesen, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe / Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu- (+) oder Abnahme (-) 1939 - 1950						
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	
65/66 Warenhandel und Verlagsgewerbe	80 724	56 147	136 871	86,4	87 448	61 702	149 150	86,5	-	6 724	- 5 555	- 12 279	- 7,7	- 9,0	- 8,2
darunter															
651 Ein- und Ausfuhrhandel	8 594	4 723	13 317	8,4	14 546	6 742	21 288	12,4	-	5 952	- 2 019	- 7 971	- 40,9	- 29,9	- 37,4
652 Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Tabakwaren	19 618	16 903	36 521	23,1	25 535	21 431	46 966	27,3	-	5 917	- 4 528	- 10 445	- 23,2	- 21,1	- 22,2
653 Handel mit Textilien, Bekleidung, Ausstattungs- und Sportartikeln (einschl. Wäsche, Pelzwaren, Schuhe)	5 807	8 280	14 087	8,9	7 273	11 296	18 569	10,8	-	1 466	- 3 016	- 4 482	- 20,2	- 26,7	- 24,1
654 Handel mit Wohnbedarf, Musikinstrumenten, Rundfunkgeräten und Kunstgegenständen	2 191	906	3 097	2,0	2 742	1 102	3 844	2,2	-	551	- 196	- 747	- 20,1	- 17,8	- 19,4
655 Handel mit Eisen-, Metall-, Holz-, Glas- und Porzellanwaren, Beleuchtungsgegenständen und Elektroapparaten	4 223	1 956	6 179	3,9	4 965	2 227	7 192	4,2	-	742	- 271	- 1 013	- 14,9	- 12,2	- 14,1
657 Handel mit Gegenständen der Gesundheits- und Körperpflege, chem. Erzeugnissen; Apotheken, Photohandel	5 771	3 813	9 584	6,1	4 843	2 731	7 574	4,4	+	928	+ 1 082	+ 2 010	+ 19,2	+ 39,6	+ 26,5
658 Handel mit Druckereierzeugnissen, Papier-, Schreib-, Galanterie-, Leder- und Spielwaren	3 262	2 808	6 070	3,8	3 588	2 973	6 561	3,8	-	326	- 165	- 491	- 9,1	- 5,5	- 7,5
659 Handel mit Maschinen, Kraftfahrzeugen u. Kfz- Bedarf, Fahrrädern	3 601	1 106	4 707	3,0	4 236	1 298	5 534	3,2	-	635	- 192	- 827	- 15,0	- 14,8	- 14,9
662 Handel mit Baustoffen, Holz- und Brennmate- rialien, Futter-, Düngemitteln und Saatgut	5 886	1 496	7 382	4,7	7 746	2 106	9 852	5,7	-	1 860	- 610	- 2 470	- 24,0	- 29,0	- 25,1
667 Handel mit Waren aller Art	14 429	9 939	24 368	15,4	4 608	5 165	9 773	5,7	+	9 821	+ 4 774	+ 14 595	+ 213,1	+ 92,4	+ 149,3
668 Zeitungsverlag und -spedition	1 273	860	2 133	1,3	1 236	668	1 904	1,1	+	192	+ 229	+ 421	+ 3,0	+ 28,7	+ 12,0
669 Verlagsgewerbe (ohne Presse)	968	962	1 930	1,2	789	426	1 215	0,7	+	179	+ 536	+ 715	+ 22,7	+ 125,8	+ 58,8
67 Vermittlung und Werbung	3 272	1 827	5 099	3,2	3 206	1 716	4 922	2,9	+	66	+ 111	+ 177	+ 2,1	+ 6,5	+ 3,6
darunter															
671 Vermittlergewerbe, Wirtschaftswerbung, Aus- kunft, Versteigerungsgewerbe	2 319	1 248	3 567	2,2	1 155	485	1 640	1,0	+	1 164	+ 763	+ 1 927	+ 100,8	+ 157,3	+ 117,5
675 Verleihgewerbe u. sonst. Hilfgewerbe d. Handels	953	579	1 532	1,0	2 051	1 231	3 282	1,9	-	1 098	- 652	- 1 750	- 53,5	- 53,0	- 53,3
68 Geld-, Bank- und Börsenwesen (ohne Postscheck- und Postsparkassenwesen)	4 864	2 495	7 359	4,7	6 350	2 223	8 573	5,0	-	1 486	+ 272	- 1 214	- 23,4	+ 12,2	- 14,2
69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)	5 589	3 463	9 052	5,7	6 655	3 027	9 682	5,6	-	1 066	+ 436	- 630	- 16,0	+ 14,4	- 6,5
Wirtschaftsabteilung 6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	94 449	63 932	158 381	100	103 659	68 668	172 327	100	- 9 210	- 4 736	- 13 946	- 8,9	- 6,9	- 8,1	

derne Karteimittel haben zu einem Vordringen weiblicher Arbeitskräfte geführt. Im Geld-, Bank- und Börsenwesen kommen heute auf 100 Männer 51,3 Frauen gegenüber nur 35 im Jahre 1939.

Für das **Versicherungswesen** mit insgesamt 9000 Erwerbspersonen, darunter 3500 Frauen, gilt entsprechendes: Aus den Erwerbspersonenzahlen läßt sich nicht auf die wirtschaftliche Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Hansestadt schließen. Auch hier zeigt sich gegenüber 1939 eine Abnahme der männlichen Erwerbspersonen, aber ein Zugang weiblicher Arbeitskräfte; in der Vorkriegszeit kamen auf 100 Männer 45,5 Frauen, heute sind es dagegen 62.

Abschließend läßt sich über die Gliederung der Erwerbspersonen innerhalb der Wirtschaftsabteilung Handel, Geld- und Versicherungswesen sagen, daß sich im Verhältnis der einzelnen Wirtschaftsgruppen zueinander keine wesentlichen Änderungen ergeben haben, daß jedoch einzelne Wirtschaftszweige vor allem des Handels erhebliche Einbußen hinnehmen mußten.

Wirtschaftsabteilung 7: Dienstleistungen

In der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen ist eine Fülle verschiedenartiger Wirtschaftsgruppen — vom Wohnungs- und Grundstückswesen über Kunst, Theater, Film und Rundfunk bis zum Friseurgewerbe und zum privaten Begräbniswesen — zusammengefaßt. Insgesamt gehören 66 200 Erwerbspersonen, darunter 42 800 Frauen zu dieser Abteilung. Sie ist damit die einzige Wirtschaftsabteilung, in der die Frauen überwiegen, kommen doch hier auf 100 männliche Erwerbspersonen 182 weibliche. Gegenüber der Vorkriegszeit ist in der gesamten Wirtschaftsabteilung die Zahl der Erwerbspersonen um 26 800 zurückgegangen, und zwar sind 24 100 Frauen, aber nur 2700 Männer ausgeschieden. Das Übergewicht der Frauen ist daher nicht mehr ganz so stark wie noch im Jahre 1939, als auf 100 Männer sogar 256 weibliche Erwerbspersonen kamen. (Siehe Übersicht 5.)

Der Rückgang der Erwerbspersonen ist in erster Linie auf das Ausscheiden von r.d. 21 200 Hausgehilfinnen¹⁾ aus der Wirtschaftsgruppe **Häusliche Dienste** zurückzuführen. Sie umfaßte im September 1950 noch etwa 18 700 weibliche Erwerbspersonen. In der Hansestadt Hamburg kommen daher auf eine Hausgehilfin 34 Haushaltungen; 1939 waren es dagegen nur 15 Haushaltungen²⁾. Dieser Rückgang der weiblichen Erwerbspersonen in der Wirtschaftsgruppe Häusliche Dienste ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Einmal erlauben die Einkommensverhältnisse der meisten Haushaltungsvorstände

¹⁾ Hierunter werden sowohl die in die private Hausgemeinschaft aufgenommenen als auch die nicht in die Hausgemeinschaft aufgenommenen Arbeitnehmer verstanden.

²⁾ Bei diesem Vergleich muß man allerdings bedenken, daß der Haushaltsbegriff der Volkszählung von 1939 ein etwas anderer war als bei der Volkszählung 1950, da Untermieter 1939 überwiegend dem Haushalt des Vermieters zugerechnet wurden, wogegen 1950 Untermieter im allgemeinen als besondere Haushaltungen anzusehen waren. Diese Unterschiede sind jedoch für die oben angestellten Berechnungen ohne Belang.

bei allgemein großem Nachholbedarf an langlebigen Konsumgütern und hohen Lebenshaltungskosten heute nicht mehr die Beschäftigung einer ständigen oder auch nur stundenweise beschäftigten Hausgehilfin. Andererseits ist aber auch das Lohngefälle gegenüber anderen Wirtschaftszweigen derart, daß viele Hausgehilfinnen in andere Arbeitsverhältnisse ausgewichen sind. Es kommt hinzu, daß die Arbeitsbedingungen im Haushalt vielfach weit unter den in anderen Wirtschaftszweigen festgelegten Mindestnormen liegen.

Beträchtliche Einbußen sind auch im **Gaststättenwesen** gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten. Hier sind nahezu 7100 Erwerbspersonen weniger vorhanden als 1939, wobei sich die Abnahme etwa gleichmäßig auf beide Geschlechter verteilt. Die Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen erklärt sich ohne weiteres durch die Zerstörung zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe des Gaststättenwesens während des Krieges, ist doch nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung die Zahl der Arbeitsstätten im Gaststättenwesen seit 1939 von 6576 auf 3515 zurückgegangen. Das Bild der größtenteils wieder aufgebauten Hamburger Innenstadt täuscht leicht darüber hinweg, daß im Bombenkrieg ganze Stadtviertel in Trümmer sanken und damit auch zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet wurden, ohne daß in jedem Fall an anderer Stelle neue Arbeitsstätten entstanden sind.

Eine Zunahme an Erwerbspersonen ist dagegen in der Gruppe Kunst, Theater, Film und Rundfunkwesen, im Reinigungs-, Bewachungs- und Trägergewerbe sowie im privaten Bestattungsgewerbe zu verzeichnen.

Im Reinigungsgewerbe haben vor allem Wäschereien und Färbereien Arbeitskräfte aufgenommen. Hier sind Arbeiten, die früher in vielen Haushaltungen von der Hausfrau oder von einer Hausangestellten vorgenommen wurden, auf den gewerblichen Sektor verlagert worden; der Zugang im Reinigungsgewerbe ist in gewissem Sinne die Gegenbuchung für den Abgang an Erwerbspersonen in der Wirtschaftsgruppe Häusliche Dienste.

Diese unterschiedlichen Tendenzen — Abgänge in der einen, Zugänge in der anderen Wirtschaftsgruppe — haben zu einer völlig neuen Gewichtsverteilung geführt. In der Vorkriegszeit standen die häuslichen Dienste mit mehr als 43 v. H. aller Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen an erster Stelle. Sie haben ihren Platz an das Gaststättenwesen abgeben müssen und folgen heute an zweiter Stelle. Kunst, Theater, Schrifttum, Film, Rundfunkwesen und Schaustellergewerbe sind an die dritte Stelle aufgerückt.

Wirtschaftsabteilung 9: Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse

Die Zunahme der Erwerbspersonen in der Wirtschaftsabteilung Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse von 94 700 im Jahre 1939 auf 114 500 im Jahre 1950 scheint zu-

Übersicht 5

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 7, Dienstleistungen, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe / Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1939 - 1950					
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	überhaupt weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
71 Wohnungs- und Grundstückswesen, Vermögensverwaltung	1 062	790	1 852	2,8	2 130	1 614	3 744	4,0	- 1 068	- 824	- 1 892	- 50,1	- 51,1	- 50,5
72 Gaststättenwesen	8 942	11 028	19 970	30,2	12 513	14 595	27 108	29,1	- 3 571	- 3 567	- 7 138	- 28,5	- 24,4	- 26,3
73 Kunst, Schrifttum, Theater, Film und Rundfunkwesen, Schaustellungsgewerbe; private Forschung	5 799	3 885	9 684	14,6	3 558	3 279	6 837	7,3	+ 2 241	+ 606	+ 2 847	+ 63,0	+ 18,5	+ 41,6
74 Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten	690	384	1 074	1,6	940	420	1 360	1,5	- 250	- 36	- 286	- 26,6	- 8,6	- 21,0
75 Nachrichten-, Schreib- u. Übersetzungsbüros	481	364	845	1,3	536	288	824	0,9	- 55	+ 76	+ 21	- 10,3	+ 26,4	+ 2,5
76 Photographisches Gewerbe	472	534	1 006	1,5	376	367	743	0,8	+ 96	+ 167	+ 263	+ 25,5	+ 45,5	+ 35,4
77 Friseurgewerbe	2 772	3 077	5 849	8,9	3 665	3 191	6 856	7,4	- 893	- 114	- 1 007	- 24,4	- 3,6	- 14,7
78 Reinigungs-, Bewachungs- u. Trägergewerbe, privates Bestattungswesen	2 983	3 979	6 962	10,5	1 928	3 254	5 182	5,6	+ 1 055	+ 725	+ 1 780	+ 54,7	+ 22,3	+ 34,3
darunter														
781 Wäscherei, Färberei und Chemische Reinigung	1 583	3 733	5 316	8,0	796	2 879	3 675	4,0	+ 787	+ 854	+ 1 641	+ 98,9	+ 29,7	+ 44,7
79 Häusliche Dienste	241	18 718	18 959	28,6	476	39 889	40 365	43,4	- 235	- 21 171	- 21 406	- 49,4	- 53,1	- 53,0
Wirtschaftsabteilung 7: Dienstleistungen	23 442	42 759	66 201	100	26 122	66 897	93 019	100	- 2 680	- 24 138	- 26 818	- 10,3	- 36,1	- 28,8

Übersicht 6

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 9, Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe / Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1939 - 1950					
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	überhaupt weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
91 Öffentliche Verwaltung	28 781	7 526	36 307	31,7	29 947	8 158	38 105	40,2	- 1 166	- 632	- 1 798	- 3,9	- 7,7	- 4,7
davon														
911 Öffentliche Verwaltung (einschl. Rechtspflege, Finanz- und Arbeitsverwaltung)	21 938	6 890	28 828	25,2	24 911	7 400	32 311	34,1	- 2 973	- 510	- 3 483	- 11,9	- 6,9	- 10,8
915 Polizei	6 843	686	7 479	6,5	5 036	758	5 794	6,1	+ 1 807	- 122	+ 1 685	+ 35,9	- 16,1	+ 29,1
92 Besatzungsmächte und ausländ. Vertretungen	20 659	4 886	25 545	22,3	9 986	1 130	11 116	11,8	+ 10 673	+ 3 756	+ 14 429	+ 106,9	+ 332,4	+ 129,8
darunter														
921 Besatzungsdienststellen (auch Haushaltungen)	20 565	4 784	25 299	22,1	9 898 ¹⁾	1 116 ¹⁾	11 009 ¹⁾	11,6	+ 10 672	+ 3 618	+ 14 290	- 107,9	- 324,2	+ 129,8
93 Politische und wirtschaftl. Organisationen	1 278	1 219	2 497	2,2	1 396	759	2 155	2,3	- 118	+ 460	+ 342	- 8,5	+ 60,6	+ 15,9
94 Rechts- und Wirtschaftsberatung	3 372	2 625	5 997	5,2	2 726	1 928	4 654	4,9	+ 646	+ 697	+ 1 343	+ 23,7	+ 36,2	+ 28,9
davon														
941 Rechtsberatung	1 240	1 341	2 581	2,2	1 105	781	1 886	2,0	+ 135	+ 560	+ 695	+ 12,2	+ 71,7	+ 36,9
945 Wirtschaftsberatung	2 132	1 284	3 416	3,0	1 621	1 147	2 768	2,9	+ 511	+ 137	+ 648	+ 31,5	+ 11,9	+ 23,4
95 Kirchen, weltanschauliche Vereinigungen	847	570	1 417	1,2	908	635	1 543	1,6	- 61	- 65	- 126	- 6,7	- 10,2	- 8,2
96 Erziehung, Wissenschaft, Kultur	5 600	5 042	10 642	9,3	6 181	5 352	11 533	12,2	- 581	- 310	- 891	- 9,4	- 5,8	- 7,7
97 Fürsorge und Wohlfahrtspflege	1 035	4 165	5 200	4,6	1 187	1 740	2 927	3,1	- 152	+ 2 425	+ 2 273	- 12,8	+ 139,4	+ 77,7
98 Sozialversicherung	1 747	797	2 544	2,2	1 856	728	2 584	2,7	- 109	+ 69	- 40	- 5,9	- 9,5	- 1,5
99 Gesundheitswesen und Hygiene	10 150	14 196	24 346	21,3	9 158	10 942	20 100	21,2	+ 992	+ 3 254	+ 4 246	+ 10,8	+ 29,7	+ 21,1
darvon														
991 Gesundheitswesen	7 094	13 858	20 952	18,3	5 775	10 572	16 347	17,2	+ 1 819	+ 3 286	+ 4 605	+ 22,8	+ 31,1	+ 28,2
995 Veterinärwesen, öffentliches Bestattungswesen, Straßenreinigung	3 056	388	3 894	3,0	3 383	870	3 753	4,0	- 327	- 32	- 359	- 9,7	- 8,6	- 9,6
Wirtschaftsabteilung 9: Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	73 469	41 026	114 495	100	63 345	31 372	94 717	100	+ 10 124	+ 9 654	+ 19 778	+ 16,0	+ 30,8	+ 20,9

1) Wehrmacht und Arbeitsdienst

nächst all denen Recht zu geben, die von einer fortschreitenden Übersetzung der staatlichen Bürokratie sprechen. Man muß jedoch bedenken, daß der öffentliche Dienst nur einen Teil der Wirtschaftsabteilung ausmacht und daß die Betonung richtiger auf „Dienstleistungen im öffentlichen Interesse“ liegen müßte. Das gesamte öffentliche und private Gesundheitswesen, Universität und Schulen, Kirchen und weltanschauliche Vereinigungen, aber auch die Wirtschaftsverbände und Interessentenvertretungen sowie die bei der Besatzungsmacht beschäftigten Personen gehören zu dieser Abteilung. Allzuleicht wird bei der Beurteilung der Erwerbspersonenzahlen auch vergessen, daß, wenn zusätzliche Aufgaben entstehen, auch zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden.

Deutlicher als alle Worte sprechen folgende Zahlen:

Zugänge an Erwerbspersonen haben bei einem Vergleich mit 1939 aufzuweisen:

	Erwerbs- personen	in v. H. von 1939
Besatzungsmacht	+ 14 290	+ 129,8
(verglichen mit Wehrmacht)		
Gesundheitswesen	+ 4 605	+ 28,2
Fürsorge und Wohlfahrtspflege	+ 2 273	+ 77,7
Polizei	+ 1 685	+ 29,1
Rechts- und Wirtschaftsberatung	+ 1 343	+ 23,9

Die Erwerbspersonen des Wirtschaftszweiges „**Besatzungsmächte**“ sind mit den für 1939 in den Wirtschaftszweigen „Wehrmacht“ und „RAD“ ermittelten Zahlen verglichen worden. Hierzu gehörte einmal das Stammpersonal aller in Hamburg stationierten Truppenteile und militärischen Dienststellen, d. h. also die aktiven Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und die Wehrmachtbeamten im Truppendienst und in den technischen und sonstigen Sonderdiensten. Daneben wurden aber auch alle Zivilarbeiter und Zivilangestellten vom Waffenschlosser über das Küchenpersonal bis zur Stenotypistin und zur Scheuerfrau erfaßt. Im ganzen handelte es sich damals um rund 11 000 Personen, darunter 1100 Frauen. Zum Wirtschaftszweig „Besatzungsmacht“ gehörten dagegen im September 1950 mehr als doppelt so viel, nämlich 25 300 Erwerbspersonen; hierunter befanden sich 4700 Frauen. Vergleicht man diesen Bestand mit den Ergebnissen der Volkszählung 1946, so zeigt sich hier allerdings eine Abnahme um rd. 4000 Personen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß es sich hierbei ausschließlich um ziviles, zumeist deutsches Hilfspersonal der Besatzungsmacht handelt.

Auch die Zugänge im Gesundheitswesen sind beachtlich. Im September 1950 gehörten zu diesem Wirtschaftszweig 20 900 Erwerbspersonen, 1939 waren es dagegen 16 300. Alle Ärzte, Krankenanstalten, Sanatorien, ob staatlich oder privat, aber auch Heilpraktiker und Masseure mit dem zugehörigen Personal sind hier eingeordnet. Die relative Zunahme gegenüber 1939 ist bei den weiblichen Erwerbspersonen wesentlich stärker als bei den männlichen. Man wird annehmen dürfen, daß dieser Zugang von Erwerbspersonen in erster Linie durch die infolge der Kriegszerstörung eingetrete-

nen Dezentralisierung vieler Krankenhäuser bedingt ist. Erst die weitere Aufbereitung der Berufszählung kann darüber Auskunft geben, ob überwiegend Heil- und Pflegepersonal oder sonstige Arbeitskräfte zugegangen sind. (S. Übersicht 6.)

In der Fürsorge- und Wohlfahrtspflege, zu der im September 1950 rund 5200 Erwerbspersonen gehörten, schlägt vor allen das Personal in Altersheimen, Stiften und Betreuungsstellen aller Art zu Buch. Kinderheime und Verbände der Wohlfahrtspflege, die heute wieder einen beachtlichen Personenkreis umfassen, gehören ebenfalls zu dieser Wirtschaftsgruppe. In dieser Wirtschaftsgruppe ist heute eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, die es 1939 überhaupt nicht oder wenigstens nicht im gleichen Umfange gab: Flüchtlingsbetreuung, Kriegsbeschädigtenfürsorge u. a. mehr.

Bei der Polizei ist der Zugang an Erwerbspersonen weniger auf eine Vergrößerung der uniformierten Einheiten als vielmehr auf eine Vermehrung der Aufgaben auf dem Gebiete der Verwaltungs- und Kriminalpolizei zurückzuführen, die zum Teil mit den weitgehenden Kriegszerstörungen, aber auch mit der Änderung der Wirtschaftsordnung zusammenhängen.

Die Zunahme der Erwerbspersonen in der Wirtschaftsgruppe „Rechts- und Wirtschaftsberatung“, d. h. also, bei Rechtsanwälten, Steuerberatern, Bücherrevisoren und dgl. dürfte sich ohne weiteres aus der fortschreitenden Komplizierung des gesamten Wirtschafts- und Steuerrechts erklären.

Abgänge an Erwerbspersonen weisen demgegenüber folgende Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige auf:

	Erwerbs- personen	in v. H. von 1939
Öffentliche Verwaltung, einschl.		
Rechtspflege, Finanz- und		
Arbeitsverwaltung	— 3483	— 10,8
Erziehung, Wissenschaft, Kultur	— 891	— 7,7
Veterinärwesen, Bestattungswesen,		
Straßenreinigung	— 359	— 9,6

Die öffentliche Verwaltung im engeren Sinne hat damit gegenüber der Vorkriegszeit weit mehr Erwerbspersonen freigesetzt, als man angesichts der Abnahme der Gesamtbevölkerung erwarten konnte. Von einer Hypertrophie der öffentlichen Verwaltung kann auch dann keine Rede sein, wenn man die gesamte Polizei — Gewerbepolizei, Baupolizei, Veterinärpolizei, Einwohnermeldeamt und uniformierte Polizei sowie die Kriminalpolizei — in den Vergleich mit 1939 einbezieht. Auch dann ergibt sich immer noch eine Abnahme von 1800 Erwerbspersonen gegenüber der Vorkriegszeit. Wenn die gesamte Wirtschaftsabteilung „Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse“ gegenüber 1939 einen Zugang von 19 800 Erwerbspersonen zu verzeichnen hat, so ist dies in erster Linie auf die hohe Zahl der bei der Besatzungsmacht Be-

schäftigten zurückzuführen. Die Zugänge in den übrigen Wirtschaftszweigen beruhen auf einer **Ausweitung der Aufgaben**.

Auf die Hamburger Produktionswirtschaft und damit auch auf die Erwerbspersonenzahlen in den betreffenden Wirtschaftsabteilungen haben seit 1939 eine ganze Reihe verschiedenartiger Faktoren eingewirkt.

An erster Stelle sind auch hier die politischen Ereignisse zu nennen. Kriegszerstörungen und Demontagen, Produktionsverbote und Produktionsbeschränkungen haben zu einer erheblichen Umschichtung der Erwerbspersonen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsabteilungen geführt. Neben diesen letzten Endes wirtschaftsfremden Kräften wirkten sich aber auch Momente aus, die dem Ablauf des Wirtschaftsprozesses innewohnen. Die Aufnahme neuer Fertigungsmethoden, der technische Fortschritt sowie Rationalisierungsmaßnahmen machten ihren Einfluß auf die Zahl und die Gliederung der Erwerbspersonen geltend. Auch macht sich für viele arbeitsintensive Fertigungsbetriebe das im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet wesentlich höhere Hamburger Lohnniveau erschwerend bemerkbar. Die Standortnachteile, die sich daraus für ganze Wirtschaftszweige ergeben, wiegen viel schwerer als 1939, als Kostenerwägungen im Zuge der damaligen Vollbeschäftigungs- und Rüstungspolitik immer stärker zurücktraten. Diese für das Erwerbsleben der Hamburger Wohnbevölkerung ungünstigen Faktoren werden andererseits teilweise durch Standortvorteile überdeckt, denn in Hamburg sind vor allem für exportintensive, aber auch für einige binnenmarktorientierte Gewerbebezüge besonders günstige Standortbedingungen gegeben.

Es ist außerordentlich schwer, diese teilweise gegenläufigen Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu verfolgen und, von der statistisch erkennbaren Wirkung her — nämlich der Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen gegenüber 1939 — auf die Ursachen der Veränderungen zu schließen. Die Berufszählung kann hier nur Anhaltspunkte geben.

Wirtschaftsabteilung 2: Eisen- und Metallgewerbe

Eine der am stärksten von Demontagen, Produktionsverboten und Produktionsbeschränkungen betroffenen Wirtschaftsabteilungen ist das Eisen- und Metallgewerbe. Wenn auch inzwischen viele dieser Einschränkungen gefallen sind, so sind doch auch heute noch die Nachwirkungen klar zu erkennen. Die Zahl der Erwerbspersonen dieser Wirtschaftsabteilung ist seit 1939 von 108 500 auf 81 800 zurückgegangen. Wie in vielen anderen Wirtschaftsabteilungen war die relative Abnahme der männlichen Erwerbspersonen stärker als die der weiblichen, da die schwerindustriellen Wirtschaftsgruppen innerhalb der Abteilung am stärksten betroffen wurden. (S. Übersicht 7.)

Die größten Demontageschäden hatte in Hamburg der **Schiffbau** zu tragen. Er umfaßte vor dem Kriege 31 800 Erwerbspersonen, zum Zeitpunkt der Volkszählung am 13. 9. 1950 waren es dagegen nur

noch 13 700 — ein Verlust von 18 100 Erwerbspersonen oder 57 v. H. des Bestandes von 1939. Wenn man zu den Erwerbspersonen die wirtschaftlich abhängigen Angehörigen hinzuzählt, ist hier **rund 36 700 Männern, Frauen und Kindern die Lebensgrundlage entzogen** worden. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Schiffbau entsprechende Fernwirkungen in den Zuliefererbetrieben der Werften gehabt hat.

Diese Sekundärwirkungen zeigen sich deutlich im **Maschinen- und Apparatebau**. Hier ist die Zahl der Erwerbspersonen seit der Vorkriegszeit um 4800 auf 18 900 zurückgegangen. Die Kapazitätseinbußen im Schiffbau haben sich auf den Bau von Schiffsmaschinen, Hilfsmotoren aller Art sowie auf die endlose Reihe der übrigen Zuliefererbetriebe — vom Kühlmaschinenbau über die Herstellung von Lüftungsanlagen bis zum Bau hydraulischer Winden — ausgewirkt und hier zu einem Absinken der Erwerbspersonenzahlen geführt.

Auch die Wirtschaftsgruppe **Feinmechanik und Optik** — in Hamburg weitgehend auf die Herstellung nautischer Instrumente spezialisiert — wurde hart getroffen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit weist diese Gruppe heute nahezu 2200 Erwerbspersonen weniger auf; dies bedeutet einen Rückgang um 35 v. H.

Bemerkenswert ist auch der Rückgang der Erwerbspersonen im **Straßenfahrzeugbau**. Dieser Wirtschaftszweig umfaßt sowohl die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern, als auch den Karosseriebau, die Herstellung von Kraftfahrzeugzubehör und die Vielzahl der Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten mit dem dazugehörigen Personal. Gegenüber der Vorkriegszahl ist die Zahl der Erwerbspersonen von rd. 15 000 auf rd. 8500 abgesunken. Aus den Unterlagen der Berufszählung läßt sich nicht eindeutig feststellen, welches die Gründe dieser Abnahme um 43,6 v. H. im einzelnen gewesen sind und welche Betriebe innerhalb des Wirtschaftszweiges vor allem getroffen worden sind. Die Zerstörung vieler kleiner Kraftfahrzeugwerkstätten während des Krieges, die Rationalisierung im Reparaturwesen (Austauschmotoren an Stelle umständlicher und zeitraubender Reparaturen) mögen sich hier ausgewirkt haben.

Einige Wirtschaftsgruppen des Eisen- und Metallgewerbes, wie die **Elektrotechnik** und die **Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung**, haben an Bedeutung für das Hamburger Erwerbsleben gewonnen. Erstaunlich ist vor allem der Zugang an Erwerbspersonen in der **Elektrotechnik**. Die für den September 1950 ermittelte Zahl von rd. 13 000 Erwerbspersonen liegt um rd. 34 v. H. über dem Vorkriegsstand. Die relative Zunahme der weiblichen Erwerbspersonen war hier wesentlich stärker als die der männlichen, da die Elektrotechnik im Laufe der letzten Jahre in immer stärkerem Maße zu Fertigungen und zu Fertigungsmethoden übergegangen ist, die in erster Linie den Einsatz weiblicher Arbeitskräfte erfordern.

Übersicht 7

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 2, Eisen- und Metallgewerbe und -verarbeitung, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe / Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1939-1950					
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	überhaupt weiblich	zusammen	männlich	v. H. weiblich	zusammen
21 Eisen- und Stahlerzeugung (Eisenschaffende Industrie einschl. Walzwerke und Eisen- und Stahlgießerei)	1 164	118	1 282	1,6	1 270	216	1 486	1,4	- 106	- 98	- 204	- 8,3	- 45,4	- 13,7
22 NE-Metallerzeugung und -gießereien	2 853	230	3 083	3,8	2 921	250	3 171	2,9	- 68	- 20	- 88	- 2,3	- 8,0	- 2,8
23 Stahl- und Waggonbau	4 386	353	4 739	5,8	4 020	348	4 368	4,0	+ 366	+ 5	+ 371	+ 9,1	+ 1,4	+ 8,5
darunter														
231 Stahl- und Eisenkonstruktionsbau (einschl. Kesselbau)	4 195	324	4 519	5,5	3 938	340	4 278	3,9	+ 257	- 16	+ 241	+ 6,5	- 4,7	+ 5,6
24 Maschinen- und Apparatebau	16 970	1 942	18 912	23,1	21 042	2 698	23 740	21,9	- 4 072	- 756	- 4 828	- 19,4	- 28,0	- 20,3
darunter														
241 Allgemeiner Maschinenbau	15 599	1 647	17 246	21,1	20 474	2 684	23 108	21,3	- 4 875	- 987	- 5 862	- 23,8	- 37,5	- 25,4
25 Schiffbau (einschl. Bootsbau)	13 305	394	13 699	16,7	30 910	936	31 846	29,4	- 17 605	- 542	- 18 147	- 57,0	- 57,9	- 57,0
26 Straßenfahrzeug- und Luftfahrzeugbau	8 107	617	8 724	10,7	14 054	1 379	15 433	14,2	- 5 947	- 762	- 6 709	- 42,3	- 55,3	- 43,5
darunter														
261 Straßenfahrzeugbau	7 872	614	8 486	10,4	13 681	1 366	15 047	13,9	- 5 809	- 752	- 6 561	- 42,5	- 55,1	- 43,6
27 Elektrotechnik	9 242	3 801	13 043	15,9	7 410	2 325	9 735	9,0	+ 1 832	+ 1 476	+ 3 308	+ 24,7	+ 63,5	+ 34,0
28 Feinmechanik und Optik	3 310	754	4 064	5,0	4 893	1 342	6 235	5,7	- 1 583	- 588	- 2 171	- 32,4	- 43,8	- 34,8
29 Eisen-, Stahl- und Metallwarenfertigung	10 867	3 375	14 242	17,4	9 163	3 285	12 448	11,5	+ 1 704	+ 90	+ 1 794	+ 18,6	+ 2,7	+ 14,4
darvon														
291 Metallwarenindustrie	6 251	3 214	9 465	11,6	5 115	3 177	8 292	7,6	+ 1 136	+ 37	+ 1 173	+ 22,2	+ 1,2	+ 14,1
297 Schlosserei und Schmiederei	4 616	161	4 777	5,8	4 048	108	4 156	3,9	+ 568	+ 53	+ 621	+ 14,0	+ 49,1	+ 14,9
Wirtschaftsabteilung 2: Eisen- u. Metallgewerbe	70 204	11 584	81 788	100	95 683	12 779	108 462	100	- 25 479	- 1 195	- 26 674	- 26,6	- 9,4	- 24,6

Übersicht 8

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 3/4, Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallgewerbe), 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1939-1950					
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	überhaupt weiblich	zusammen	männlich	v. H. weiblich	zusammen
31 Mineralölverarbeitung u. Kohlewertstoffind.	3 826	397	4 223	3,4	3 145	1 576	4 721	3,3	+ 681	- 1 179	- 498	+ 21,7	- 74,8	- 10,5
32/33 Allgemeine chemische Industrie	8 908	5 858	14 766	11,8	11 931	5 981	17 912	12,5	- 3 023	- 123	- 3 146	- 25,3	- 2,1	- 17,6
34 Kunststoffverarbeitung	314	207	521	0,4	42	27	69	0,1	+ 272	+ 180	+ 452	+ 647,6	+ 666,7	+ 655,1
35 Gummi- und Asbestverarbeitung	5 355	4 682	10 037	8,0	5 965	4 400	10 365	7,2	- 610	+ 282	- 328	- 10,2	+ 6,4	- 3,2
36 Feinkeramische und Glasindustrie	870	338	1 208	1,0	692	316	1 008	0,7	+ 178	+ 22	+ 200	+ 25,7	+ 7,0	+ 19,8
37 Sägerei und Holzbearbeitung	840	168	1 008	0,8	1 245	390	1 635	1,1	- 405	- 222	- 627	- 32,5	- 56,9	- 38,3
38 Holzverarbeitung (einschl. Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen)	11 046	1 168	12 214	9,7	10 569	1 043	11 612	8,1	+ 477	+ 125	+ 602	+ 4,5	+ 12,0	+ 5,2
39 Papierzeugung und -verarbeitung, Druckereigewerbe	6 210	4 889	11 099	8,9	6 130	4 797	10 927	7,6	+ 80	+ 92	+ 172	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,6
41 Ledererzeugung- und -verarbeitung	3 480	823	4 303	3,4	4 476	1 078	5 554	3,9	- 996	- 255	- 1 251	- 22,3	- 23,7	- 22,5
42 Textilerzeugung	2 157	5 364	7 521	6,0	2 437	4 206	6 643	4,6	- 280	+ 1 158	+ 878	- 11,5	+ 27,5	+ 13,2
43 Bekleidungsindustrie	4 842	13 761	18 603	14,9	7 136	15 267	22 403	15,6	- 2 294	- 1 506	- 3 800	- 32,1	- 9,9	- 17,0
44 Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuckwaren und Bearbeitung von Edelsteinen	881	181	1 062	0,8	818	254	1 072	0,7	+ 63	- 73	- 10	+ 7,7	- 28,7	- 0,9
45 Mühlengewerbe, Nähr- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe	9 490	4 894	14 384	11,5	10 924	6 375	17 299	12,1	- 1 434	- 1 481	- 2 915	- 13,1	- 23,2	- 16,9
46 Fleisch- u. Fischverarbeitung, Milchverarbeitung, Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	9 262	5 212	14 474	11,6	13 498	8 262	21 760	15,2	- 4 236	- 3 050	- 7 286	- 31,4	- 36,9	- 33,5
47 Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee-, Tee- und Gewürzverarbeitung, Eisgewinnung und Frosterei	1 539	1 628	3 167	2,5	1 452	1 246	2 698	1,9	+ 87	+ 382	+ 469	+ 6,0	+ 30,7	+ 17,4
48 Getränkeherstellung	2 514	588	3 102	2,5	2 577	397	2 974	2,1	- 63	+ 191	+ 128	- 2,4	+ 48,1	+ 4,3
49 Tabakwarenherstellung	1 421	2 075	3 496	2,8	2 041	2 624	4 665	3,3	- 620	- 549	- 1 169	- 30,4	- 20,9	- 25,1
Wirtschaftsabteilung 3/4: Verarbeitende Gewerbe	72 955	52 233	125 188	100	85 078	58 239	143 317	100	- 12 123	- 6 006	- 18 129	- 14,2	- 10,3	- 12,6

Die Gliederung der gesamten Wirtschaftsabteilung Eisen- und Metallgewerbe hat infolge dieser unterschiedlichen Zu- und Abnahme der Erwerbspersonen in den einzelnen Wirtschaftsgruppen heute ein anderes Gesicht als vor dem Kriege. Der Maschinen- und Apparatebau ist mit 23 v. H. der Erwerbspersonen des Eisen- und Metallgewerbes an die Spitze gerückt. Die Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallwarenherstellung hat sich dem personellen Umfang nach vom 4. auf den 2. Platz vorgearbeitet und umfaßt nunmehr 17,4 v. H. Der Schiffbau, der vor dem Kriege mit 29,4 v. H. die bedeutendste Gruppe bildete, ist auf den 3. Platz verwiesen worden und liegt mit einem Anteil von 16,7 v. H. nur noch knapp vor der Elektrotechnik.

Wirtschaftsabteilung 3/4: Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallgewerbe)

Die Produktionswirtschaft Hamburgs wird in erster Linie durch das Verarbeitende Gewerbe bestimmt. Hier wird über die Einkommensbildung von rd. 125 000 Erwerbspersonen entschieden, die mit ihren Angehörigen zusammen etwa 214 000 Personen oder rd. 13,3 v. H. der gesamten Wohnbevölkerung ausmachen. Der Struktur des Hamburger Verarbeitenden Gewerbes entsprechend (bedeutendes Textil- und Bekleidungsgewerbe) ist der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen mit 42 v. H. verhältnismäßig hoch und liegt erheblich über dem Bundesdurchschnitt, der in dieser Abteilung 37,9 v. H. beträgt. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat die Zahl der Erwerbspersonen um rd. 18 000 abgenommen, wobei die relative Abnahme der männlichen Erwerbspersonen etwas stärker als die der weiblichen Erwerbspersonen gewesen ist. Infolgedessen haben die Frauen ihre Stellung im Verarbeitenden Gewerbe erheblich festigen können. (S. Übersicht 8.)

Rund 18 600 Erwerbspersonen dieser Wirtschaftsabteilung, darunter 13 700 Frauen, sehen im **Bekleidungsgewerbe** die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Existenz. In Hamburg sind vor allem Schneiderei und Wäschenäherei von Bedeutung, wogegen Mützen-, Hut- und Putzmacherei sowie die übrigen Bekleidungshilfsgewerbe bedeutend zurücktreten. Im Bekleidungsgewerbe hat sich offenbar das gegenüber anderen Ländern des Bundesgebietes wesentlich höhere Hamburger Lohnniveau ungünstig ausgewirkt, hat doch allein der besonders arbeitsintensive Wirtschaftszweig „Herstellung von Bekleidungszubehör, Bekleidungshilfsgewerbe“ seit 1939 3700 Erwerbspersonen oder 75 v. H. des damaligen Bestandes abgegeben.

In engem Zusammenhang mit dem Bekleidungsgewerbe ist das **Textilgewerbe** zu nennen, das in erster Linie die Erwerbspersonen in Spinnereien und Webereien umfaßt. Gegenüber 1939 ist ein nicht unbeträchtlicher Zugang weiblicher Erwerbspersonen festzustellen. Da gleichzeitig die Zahl der männlichen Erwerbspersonen etwas zurückgegangen ist, kommen in dieser Wirtschaftsgruppe auf 100 männliche heute 249 weibliche Erwerbspersonen gegenüber 173 vor dem Kriege.

Der zweite große Komplex im Verarbeitenden Gewerbe sind die **Mineralölverarbeitung**, die **Gummi- und Asbestverarbeitung** sowie die **Allgemeine Chemische Industrie**; Wirtschaftsgruppen, die überwiegend standortbedingt sind und in denen verhältnismäßig wenige Großbetriebe für das wirtschaftliche Schicksal der Erwerbspersonen von entscheidender Bedeutung sind. Die Erwerbspersonenzahlen in der Mineralölverarbeitung (rd. 4200) und in der Gummi- und Asbestverarbeitung (rd. 10 000) lassen die wirtschaftliche Bedeutung dieser Wirtschaftsgruppen nur unvollkommen erkennen. Die angesichts der umfangreichen Kriegsschäden gegenüber der Vorkriegszeit verhältnismäßig wenig zurückgegangenen Erwerbspersonenzahlen deuten darauf hin, daß der größte Teil der Schäden zum Zeitpunkt der Berufszählung im September 1950 bereits behoben war.

Die Wirtschaftsgruppe **Allgemeine Chemische Industrie** ist im Vergleich zu den erstgenannten Gruppen mit rd. 14 800 Erwerbspersonen wesentlich stärker besetzt. Aus der etwas farblosen Bezeichnung ist nicht zu ersehen, daß es sich hier einmal um die Erwerbspersonen in den Großbetrieben der chemischen Grundindustrie, zum anderen aber auch um die Personen in den teilweise handwerklichen Betrieben der Kunststoff- und chemisch-technischen Fertigung handelt. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Zahl der Erwerbspersonen in der gesamten Wirtschaftsgruppe um rd. 3100 Personen (darunter 3000 Männer) zurückgegangen, so daß die weiblichen Erwerbspersonen in der Allgemeinen Chemischen Industrie heute wesentlich stärker hervortreten als 1939.

Auf die Wirtschaftsgruppe **Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speisefettherstellung, Zuckerindustrie** entfallen rd. 14 500 Erwerbspersonen, das sind etwa 7300 Personen oder 33,5 v. H. weniger als im Jahre 1939. Zu erwähnen ist in dieser Wirtschaftsgruppe die in letzter Zeit viel genannte **Fischindustrie**, in der die Zahl der Erwerbspersonen seit der Vorkriegszeit von 6281 auf 4323 oder um 31,2 v. H. zurückgegangen ist.

Weitere Einzelheiten vor allem über die Zahl der Erwerbspersonen in der Wirtschaftsgruppe **Mühlengewerbe, Bäckerei- und Süßwarengewerbe**, über die Hamburger Erwerbspersonen in der **Holzverarbeitung, der Papiererzeugung und -verarbeitung** sowie im **Druckereigewerbe** sind der Übersicht 8 zu entnehmen, die ein eindrucksvolles Bild von der Vielfalt der Wirtschaftsabteilung „Verarbeitende Gewerbe“ und von der Bedeutung einzelner Gewerbegruppen für das Hamburger Erwerbsleben vermittelt.

Wirtschaftsabteilung 5: Bau- und Ausbaugewerbe

Das verhältnismäßig hohe Bauvolumen des Jahres 1950 prägt sich auch in der Zahl der Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung Bau- und Ausbaugewerbe aus. Sie lag mit rd. 64 900 um nahezu 7000 Erwerbspersonen über dem Vorkriegsstand.

Übersicht 9

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 5, Bau- und Ausbaugewerbe, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe / Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1939 - 1950					
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	überhaupt weiblich	zusammen	männlich	v. H. weiblich	zusammen
53 Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros	3 096	744	3 840	5,9	2 457	324	2 781	4,8	+ 639	+ 420	+ 1 059	+ 26,0	+129,6	+ 38,1
54 Hoch- und Tiefbau	36 816	1 224	38 040	58,6	30 588	1 158	31 746	54,8	+ 6 228	+ 66	+ 6 294	+ 20,4	+ 5,7	+ 19,8
darunter														
541 Hoch- und Tiefbau (einschl. Isolierschutzbau)	36 370	1 207	37 577	57,9	30 447	1 153	31 600	54,5	+ 5 923	+ 54	+ 5 977	+ 19,5	+ 4,7	+ 18,9
55 Zimmerei und Dachdeckerei	2 349	60	2 409	3,7	4 294	163	4 457	7,7	- 1 945	- 103	- 2 048	- 45,3	- 63,2	- 46,0
56 Bauinstallation, Klempnerei und Elektroinstallation	9 617	484	10 101	15,6	7 427	1 156	8 583	14,8	+ 2 190	- 672	+ 1 518	+ 29,5	+ 58,1	+ 17,7
57 Ausbaugewerbe (Glaseri, Malerei, Ofensetzeri, u. ä.)	9 558	414	9 972	15,4	9 615	364	9 979	17,2	- 57	+ 50	- 7	- 0,6	+ 13,7	- 0,1
59 Bauhilfsgewerbe (Schornsteinfegergewerbe, Gerüstbaubetriebe)	490	18	508	0,8	316	75	391	0,7	+ 174	- 57	+ 117	+ 55,1	- 76,0	+ 29,9
Wirtschaftsabteilung 5: Bau- u. Ausbaugewerbe .	61 926	2 944	64 870	100	54 697	3 240	57 937	100	+ 7 229	- 296	+ 6 933	+ 13,2	- 9,1	+ 12,0

Übersicht 10

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 1, Gewerbliche Urproduktion, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe / Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1939 - 1950					
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	überhaupt weiblich	zusammen	männlich	v. H. weiblich	zusammen
11 Steinkohlengewinnung und -verarbeitung	160	4	164	1,5
12 Braunkohlengewinnung und -verarbeitung	68	2	70	0,6
13 Erzbergbau (auch Aufbereitung)	19	6	25	0,2
14 Salzbergbau und Salinen	10	3	13	0,1
15 Sonstiger Bergbau (einschl. Erdölgewinnung, Gewinnung u. Aufber. v. Torf- u. Bernst.)	314	28	342	3,1	274	20	294	2,8	+ 40	+ 8	+ 48	+ 14,6	+ 40,0	+ 16,3
17 Abbau von Steinen und Erden, Baustoff und Keramische Industrie	1 854	244	2 098	19,1	2 296	181	2 477	23,4	- 442	+ 63	- 379	- 19,3	+ 34,8	- 15,3
darunter														
177 Ziegelindustrie, Herstellung sonst. künstl. Steine, Betonwaren und Betonsteinwerkindustrie	1 076	115	1 191	10,8	1 411	61	1 472	13,9	- 335	+ 54	- 281	- 23,7	+ 88,5	- 19,1
19 Energiewirtschaft, Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerke	7 567	729	8 296	75,4	7 244	558	7 802	73,8	+ 323	+171	+ 494	+ 4,5	+ 30,6	+ 6,3
Wirtschaftsabteilung 1: Gewerbl. Urproduktion .	9 992	1 016	11 008	100	9 814	759	10 573	100	+ 178	+257	+ 435	+ 1,8	+ 33,9	+ 4,1

Übersicht 11

Die Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 0, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, 1950 und 1939

Wirtschaftsgruppe	Erwerbspersonen 1950				Erwerbspersonen 1939				Zu-(+) oder Abnahme(-) 1939 - 1950					
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.	männlich	überhaupt weiblich	zusammen	männlich	v. H. weiblich	zusammen
03 Landwirtschaft und Tierzucht	4 402	3 258	7 660	39,8	4 027	3 308	7 335	42,0	+ 375	- 50	+ 325	+ 9,3	- 1,5	+ 4,4
04 Forst- und Jagdwirtschaft	150	13	163	0,8	57	11	68	0,4	+ 93	+ 2	+ 95	+ 163,2	+ 18,2	+ 139,7
05 Gärtnerei	7 085	3 363	10 448	54,2	5 609	3 615	9 224	52,8	+ 1 476	- 252	+ 1 224	+ 26,3	- 7,0	+ 13,3
08 Hochsee- und Küstenfischerei	872	17	889	4,6	699	16	715	4,1	+ 173	+ 1	+ 174	+ 24,7	+ 6,3	+ 24,3
09 Binnenfischerei	105	3	108	0,6	115	9	124	0,7	- 10	- 6	- 16	- 8,7	- 66,7	- 12,9
Wirtschaftsabt. 0: Land- u. Forstwirtsch., Fischerei	12 614	6 654	19 268	100	10 507	6 959	17 466	100	+ 2 107	- 305	+ 1 802	+ 20,1	- 4,4	+ 10,3

Wenn man bedenkt, daß 1938 nur ein Bruttozugang von rd. 8400 Wohnungen, 1950 dagegen ein solcher von 27 200 zu verzeichnen war, so ist ein gewisser Rationalisierungserfolg im Bauwesen unverkennbar; da die Zahl der Erwerbspersonen nur um 12 v. H., die der Bruttozugänge an Wohnungen jedoch um 224 v. H. über der Vorkriegszeit lag.

Erhebliche Zugänge gegenüber 1939 waren bei den **Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros** zu verzeichnen, aber auch der **Hoch- und Tiefbau** umfaßt heute rund 6300 Erwerbspersonen mehr als in der Vorkriegszeit. In der Wirtschaftsgruppe **Zimmerei- und Dachdeckerei** ist dagegen die Zahl der Erwerbspersonen erheblich zurückgegangen. Dies dürfte mit der Anwendung neuer holzsparender Baumethoden und der Verwendung genormter und vorgefertigter Bauelemente zusammenhängen; allerdings bestehen auch in dieser Wirtschaftsgruppe erhebliche Vergleichsschwierigkeiten mit der Vorkriegszeit, so daß man gewisse Umrechnungsfehler mit in Kauf nehmen muß. (Siehe Übersicht 9.)

Wirtschaftsabteilung 1: Gewerbliche Urproduktion

In der gewerblichen Urproduktion ist in Hamburg in erster Linie die **Energiewirtschaft** mit den Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerken zu nennen. Die hierzu gehörenden Erwerbspersonen machen rund 75,4 v. H. der gesamten Wirtschaftsabteilung aus. Mit weitem Abstand folgte der Abbau von Steinen und Erden und die Baustoff- und keramische Industrie mit rd. 2100 Erwerbspersonen. Gegenüber 1939 sind nur unwesentliche Veränderungen eingetreten. (Siehe Übersicht 10.)

Wirtschaftsabteilung 0: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wenn auch die Wirtschaftsabteilung Land-, Forstwirtschaft und Fischerei für Hamburg im Gegensatz zum Bundesgebiet nur von untergeordneter Bedeutung ist, so zeigt doch eine Aufgliederung der hierzu gehörenden Erwerbspersonen einige Besonderheiten. Das Schwergewicht dieser Abteilung liegt in Hamburg eindeutig in der Wirtschaftsgruppe **Gärtnerei**, die mehr als die Hälfte der zur Wirtschaftsabteilung gehörenden Personen umfaßt. Hier finden rund 10 400 Erwerbspersonen ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage; in der eigentlichen **Landwirtschaft** sind es dagegen nur 7700. Die Wirtschaftsgruppen **Forst- und Jagdwirtschaft** und **Binnenfischerei** sind für Hamburg völlig unbedeutend. Dagegen weist die Übersicht 11 in

der **Hochsee- und Küstenfischerei** rund 900 Erwerbspersonen aus. Auch hier darf man nicht in den Fehler verfallen, von der verhältnismäßig geringen Zahl der Erwerbspersonen auf die wirtschaftliche Bedeutung der Fischerei im Rahmen der Hamburger Gesamtwirtschaft zu schließen. Man muß weiterhin berücksichtigen, daß es sich hierbei ja nur um Erwerbspersonen handelt, die in Hamburg selbst wohnen. Die Besatzungen von Fischereifahrzeugen, die für Hamburger Reedereien fahren oder deren Heimathafen Hamburg ist, sind daher nicht vollzählig im Rahmen der Berufszählung erfaßt worden. Das Bordpersonal Hamburger Seefahrzeuge wurde im Rahmen einer Sonderauswertung der sogenannten Schiffslisten bereits im vorigen Jahre ermittelt; die Ergebnisse sind in der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1951, Nr. 15, veröffentlicht, auf die hier verwiesen sei.

Recht unterschiedlich ist die Verteilung der Geschlechter auf die Wirtschaftsgruppen dieser Abteilung. Die **Frauen** sind anteilmäßig am stärksten in der Landwirtschaft und Tierzucht vertreten. Dies erklärt sich aus der verhältnismäßig hohen Zahl der weiblichen mithelfenden Familienangehörigen, vor allem der Ehefrauen. Auf 100 männliche Erwerbspersonen kommen daher in der Landwirtschaft etwa 74 weibliche. In der Gärtnerei ist der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen wesentlich geringer. Hier ist man bereits weitgehend von der familienhaften Arbeitsverfassung der Landwirtschaft abgegangen.

Die besondere Struktur der Wirtschaftsabteilung zeigt das Schwergewicht in der Gärtnerei (mit verhältnismäßig geringem Anteil weiblicher Erwerbspersonen) und einem höheren Anteil der Hochsee- und Küstenfischerei als im übrigen Bundesgebiet. Das Fehlen von Forst- und Jagdwirtschaft bedingt im ganzen einen wesentlich geringeren Anteil der Frauen in dieser Wirtschaftsabteilung als im Bundesgebiet. Von 100 Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung sind in Hamburg 35 weiblich, im Bund dagegen 51.

Im Vergleich mit 1939 ist ein Zugang an Erwerbspersonen in der Wirtschaftsgruppe Gärtnerei festzustellen. Hier hat die Zahl der männlichen Erwerbspersonen zugenommen, die der weiblichen ist dagegen etwas zurückgegangen. Man wird annehmen können, daß dieser Rückgang der weiblichen Erwerbspersonen in erster Linie durch eine Abnahme der mithelfenden Familienangehörigen bedingt ist.

Sobotschinski / Dr. Glammann

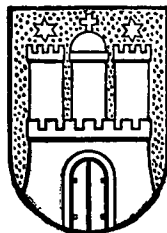
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 20. März 1952



Jahrgang 1952 — Heft Nr. 12

Der Dommarkt in Hamburg 1951

Der vorweihnachtliche Jahrmarkt in Hamburg hat eine vielhundertjährige Geschichte. Er trägt den Namen der einstigen Domkirche am Speersort, die 1806 abgebrochen wurde. Um den Dom herum, einem großen Backsteinbau aus dem Mittelalter, und in den Kreuzgängen und Vorräumen der Kirche hatten viele Generationen von Hamburgern ihren Weihnachtsmarkt erlebt. Als das Bauwerk nicht mehr stand, verteilte sich der Markt, an dem der Name Dom haften blieb, auf die Altstadt und die Neustadt und den Hamburger Berg; von der Steinstraße bis zum Zeughausmarkt und dem Spielbudenplatz, über den Großneumarkt und den Gänsemarkt zog sich die Veranstaltung hin. Ursprünglich ein Verkaufsmarkt mit Volksbelustigungen, hatte sich der alte Weihnachtsmarkt im Laufe der Zeit zu einem ausgesprochenen Vergnügungsmarkt entwickelt.

Erst um die Jahrhundertwende wurde der Dom wieder „zentralisiert“; er fand im Jahre 1900 eine neue Stätte auf dem Heiligengeistfeld, das in einer Ausdehnung von 200 000 qm zwischen St. Pauli und Neustadt liegt. Von Straßenbahnen ringsum flankiert, bot das Feld dem Dom günstige Verkehrsverbindungen, zumal im Jahre 1912 die U-Bahn mit den Stationen St. Pauli und Feldstraße hinzukam.

14mal hatte der Dom hier stattgefunden, als der erste Weltkrieg ausbrach. Von 1914 bis 1923, bis zum Ende der Nachkriegswirren und der Inflation, blieb das Heiligengeistfeld leer. Im Jahre 1924 wurde der Dom zu neuem Leben erweckt, aber er trat wieder nur in eine begrenzte Lebensphase, die zudem in mehreren Jahren durch eine große Arbeitslosigkeit in Hamburg überschattet war. Von 1939 bis 1947 hat der zweite Weltkrieg und die Not der ersten Nachkriegsjahre die Veranstaltung nicht zugelassen. Der Dommarkt 1951 war der 4. Dom seit dem letzten Kriege und der 33. auf dem Heiligengeistfeld.

Das Feld steht für den Dom nicht mehr in früherem Umfang zur Verfügung. An der Ecke Millernator und an der Ecke Sievekingplatz sind Sportplätze eingerichtet, zwei große Flaktürme stehen im Gelände, an der Westseite hat das Aufräumungs-

amt einen größeren Lagerplatz. Für Ausstellungen und Jahrmärkte bleiben seitdem 110 000 qm verfügbar.

Dafür hat das Gelände aber in der Qualität gewonnen. Hamburg hat erhebliche Anstrengungen gemacht, das Feld nach dem Kriege wieder herzurichten. Es mußten die Wohnbaracken entfernt und deren Bewohner anderweitig untergebracht werden, Gewerbebetriebe mußten gegen eine Entschädigung ihre Behelfsunterkünfte freigeben; es mußten große Erd- und Bauschuttmassen abgeräumt werden, die dort abgelagert waren. Für den Neubau von rd. 400 Wohnungen für die ehemaligen Heiligengeistfeld-Bewohner wendete Hamburg etwa 3,3 Millionen DM auf; Abbruch, Abräumen des Bauschuttes, Umzugskosten, Entschädigungen usw. erforderten etwa 230 000 DM. Für die Herrichtung des Feldes (Abräumung, Planierung, Straßenbau) waren rd. 250 000 DM aufzubringen. Die Arbeiten galten freilich nicht nur den Domveranstaltungen, sondern auch der Landwirtschaftlichen Ausstellung 1951, und sie sollen auch künftigen Ausstellungen zugute kommen, soweit diese nicht auf dem eigentlichen Hamburger Ausstellungsgelände von „Planten un Blomen“ am Dammtor stattfinden.

Besonderen Wert hat Hamburg darauf gelegt, das Heiligengeistfeld mit zweckmäßig angelegten Straßen zu durchziehen. Der Straßenführung ist die Form eines Rundlaufs mit 4 Zugangstraßen gegeben worden, was allen Dombesuchern platzmäßig die gleichen geschäftlichen Möglichkeiten bieten soll. Die Straßen in einer Gesamtlänge von rd. 1500 m haben eine 20 bis 25 cm starke Unterlage aus 5000 cbm Mauerbrocken und Ziegelschutt und eine 5 cm starke Oberlage aus etwa 1000 cbm Schlacke erhalten. Weitere 3000 cbm Schlacke wurden für die Ausbesserung der Flächen verwandt. Für die Wasserläufe beiderseits der Wege sind 360 cbm Pflastergranit verwendet worden. Da es in Hamburg zur Domzeit „manchmal“ regnet, sind solide gebaute Straßen für das Domgeschäft sehr wichtig; die Dombesucher brauchen nicht mehr, wie in früheren Jahrzehnten, „im Matsch herumzulaufen“. Auch sorgt die Bau-

behörde während der Domzeit für die tägliche Reinigung und die Unterhaltung der Wege, 12 Leute sind dabei beschäftigt.

Der Dommarkt 1951 wurde am Sonnabend, dem 17. November, 14 Uhr, durch ein Mitglied des Hamburger Senats eröffnet und am Sonntag, dem 16. Dezember, 24 Uhr, geschlossen. Er dauerte **also 30 Tage**. Tägliche Domstunden waren von 14 bis 23 Uhr, sonnabends und sonntags bis 24 Uhr.

Im letzten Jahre war der Dom mit **rd. 350 Geschäften** besetzt. Es gab sie in allen Größenordnungen — vom Bauchladen (dem Ein-Mann-Geschäft mit Spielwaren und Luftballons) bis zum großen Fahrunternehmen, und es waren alle Fachsparten vertreten. Was der Hamburger Dom 1951 geboten hat, möge folgende Übersicht zeigen:

Fahrgeschäfte:

- 14 Karussells, davon 9 Kinderkarussells
- 2 „Achtbahnen“
- 3 Benzinfahrzeugbahnen
- 1 Bobbahn „Bobschleife“
- 2 „Geisterbahnen“
- 2 Luftschaukeln
- 1 „Luftscooter“ (der Fahrgast regelt die Fahrhöhe selbst)
- 3 „Raketenbahnen“
- 1 „Raupenbahn“
- 2 „Riesenräder“
- 4 „Scooter“ (Avus-Bahnen, elektr. Autos z. Selbststuern)
- 1 „Schlange“
- 2 „Spinnen“
- 1 „Teufelskutsche“
- 1 „Walzerfahrt“

40

Schaugeschäfte:

- 1 „Abnormitätenschau“
- 1 „Damenringkämpfe“
- 1 „Eisschau“
- 1 „Flohziirkus“
- 1 „Kraftmenschenschau Tarzano“
- 1 „Liliputschau“
- 1 „Puppentheater“
- 1 „Rotor“
- 3 „Tierschauen“
- 2 „Todeswandfahrer“
- 1 „Wunderland — Märchenschau“

14

Belustigungsgeschäfte:

- 1 „Kreisel“
- 1 „Lachkabinett“
- 1 „Lustiges Hofbräuhaus“
- 1 „Rotierende Tonnen“
- 1 „Teufelsrad“
- 1 „Wackelbank“

6

Spielgeschäfte:

- 25 Geschäfte mit Losverkauf
- 26 Geschäfte ohne Losverkauf

51

Schießbuden:

- 27 „Schießbuden“
- 1 „Basuka“ (kleine Gummibälle werden mit Preßluft geschossen)

28

Verkaufsgeschäfte:

- 29 Wurststände, davon 2 Pferdewurst-Stände
- 16 Kuchenstände
- 16 Mandelbrennereien
- 58 Zuckerbäcker
- 13 Tabakstände
- 14 übrige Verkaufsgeschäfte (Brühe, Brötchen, Aale usw.)
- 40 Bauchläden (überwiegend Handel mit Spielzeug und Luftballons)

186

Fotogeschäfte:

- 4 Geschäfte

Gaststätten:

- 9 Gaststätten
- 1 Gaststätte mit Bar
- 1 Gaststätte mit Verkaufsgeschäft

11

Außerdem befanden sich auf dem Dommarkt noch 17 kleinere Stände, die u. a. von Drehorgel- und Harmonikaspielern, Glücksbriefverkäufern, vom „Liebesthermometer“, vom „Haut den Lukas“ und einem Silhouettenschneider besetzt waren.

Ein Jahrmarkt in dieser Besetzung bedeutet einen großen Einsatz von Betriebskapital.

Die auf dem Dom eingesetzten Geschäfte repräsentierten in ihrer Gesamtheit einen **Kapitalwert von rd. 5 825 000 DM**. Auf die einzelnen Sparten verteilte sich diese Summe wie folgt:

	DM	v. H.
Fahrgeschäfte	2 383 000	40,9
Verkaufsgeschäfte	1 650 000	28,3
Schaugeschäfte	726 000	12,5
Spielgeschäfte	470 000	8,1
Gaststätten	327 000	5,6
Schießbuden	136 000	2,3
Belustigungsgeschäfte	120 000	2,1
Fotogeschäfte	13 000	0,2
	5 825 000	100

Wie zu erwarten, stehen in dieser Reihe die Fahrgeschäfte weitaus an der Spitze; sie umfaßten zwei Fünftel des auf dem Dom arbeitenden Kapitals. Technisch oft großartig entwickelt, stellt das moderne Fahrgeschäft zugleich einen sehr erheblichen Anlagewert dar. Das gilt in Abstufungen auch für die mittleren und kleineren Betriebe, hinunter bis zum altüberlieferten Kinderkarussell; denn auch die kleineren Geschäfte müssen mit der technischen Entwicklung Schritt halten und sich dem wechselnden Geschmack anpassen, wenn sie im Wettbewerb bestehen wollen.

Wer Neues bringt, hat die besten Chancen. Unter diesem Gesetz des Jahrmarktes stehen auch die Schaugeschäfte und die Belustigungsgeschäfte; auf sie, deren Anzahl halb so groß war wie die der Fahrgeschäfte, entfiel ein Siebtel des „Domkapitals“. Reiht man die Spielgeschäfte und die Schießbuden an und schließt damit den Kreis der eigentlichen Vergnügungsbetriebe, dann umfaßte der Wert aller dieser Geschäfte **fast zwei Drittel des auf dem Dom eingesetzten Kapitals**.

Das restliche Drittel gehörte den Verkaufsgeschäften nebst den Gaststätten — etwa 2 Mill. DM Kapital (zumeist wohl Anlage- und Umlaufvermögen) wurde durch sie verkörpert. Durchweg handelt es sich auch hier um „zünftiges“ Jahrmarktkapital; denn die meisten dieser Geschäfte ziehen mit den Vergnügungsbetrieben von Ort zu Ort. Sie sind in ihrer ganzen Aufmachung Geschäfte „nach Schaustellerart“.

Der Wert der 186 Verkaufsgeschäfte des Doms 1951 verteilte sich auf die Branchen wie folgt:

	DM	v. H.
Zuckerbäcker	685 000	41,5
Kuchenstände	401 000	24,3
Wurststände	381 000	23,1
Mandelbrennereien	65 000	3,9
Tabakstände	34 000	2,1
Übrige Verkaufsgeschäfte	71 000	4,3
Bauchhändler	13 000	0,8
	1 650 000	100

Viele Geschäfte, die auf dem Dommarkt 1951 vertreten waren, sind mit dem Hamburger Dom schon seit langem verbunden. Von 261 Geschäften, die sich darüber geäußert haben, waren 101 schon seit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg regelmäßig auf dem Dom, 33 von ihnen beschickten den Dom schon vor 1900, als er noch nicht auf dem Heiligengeistfeld stattfand. Eine **Waffel- und Zuckerbäckerei war zum 113. Male vertreten, also seit 1821; eine Schießbude zum 70. Male (seit 1854), eine andere zum 55., eine dritte zum 50. Male.** Das domälteste Fahrgeschäft hat 40 und ein Unternehmer mit 5 Fahrgeschäften 39 Domveranstaltungen hinter sich. Ein Bauchladen war zum 62. Male, 3 Bauchläden waren zum 42. Male im Domgeschäft. 30mal waren eine Tierschau und eine Gaststätte auf dem Heiligengeistfeld. 54 Geschäfte waren erst 4mal (seit 1948) und weniger auf dem Platz, weitere 54 Geschäfte 5- bis 9mal.

Zu einem ganz überwiegenden Teil haben die Domgeschäfte ihren **Heimatsitz in Hamburg.** Von 290 Geschäftsinhabern, die diese Frage beantwortet haben, sind es 220, die Hamburg als ihren Wohnort oder/und als ihren Geschäftssitz angegeben haben. 20 von ihnen waren vor Ausbruch des letzten Krieges außerhalb Hamburgs ansässig gewesen. Von den 70 Geschäften, die nicht in Hamburg ansässig sind, haben 24 ihren ständigen Sitz in Schleswig-Holstein, 17 in Niedersachsen, 15 in Bremen, 10 in Bayern und 4 in anderen Ländern Westdeutschlands. Zu 95 v. H. gehören die Veranstalter (die sich an der Umfrage beteiligten) also zum niederdeutschen Raum.

Die Zahl der **Flüchtlinge** unter den 290 Geschäftsinhabern (für etwa 60 liegen wohlverstanden keine Angaben vor) betrug 24.

Von 302 Dombeschickern, für die Angaben über die **Staatsangehörigkeit** vorliegen, besitzen 287 die deutsche Staatsangehörigkeit. Die übrigen 15 Dombeschicker waren: 1 Staatenloser, 1 Holländer (Fotograf), 1 Japaner (Bauchladenhändler), 1 Chinese (Mandelbrenner) und 11 Italiener, die ausnahmslos das Bauchladengeschäft betreiben, das sich in ihren Familien forterbt.

Von 252 Geschäften, für die angegeben worden ist, **wo sie vor dem Dom eingesetzt** waren, kamen 106 vom Bremer Freimarkt; 54 hatten an kleineren Veranstaltungen in verschiedenen äußeren Stadtteilen Hamburgs teilgenommen, bevor sie zum Dom zogen; 14 waren zuletzt auf dem Geesthacher, 13 auf dem Möllner Jahrmarkt und 33 auf anderen Jahrmärkten in Schleswig-Holstein gewesen; 18 kamen von niedersächsischen und 9 von nordrhein-westfälischen Veranstaltungen. Nur 3 Dombeschicker waren von westdeutschen Jahrmärkten außerhalb der britischen Zone zugereist. 2 Schaugeschäfte kamen aus England, vom Festival of Britain.

Die **Transportkosten vom letzten Marktort zum Dom** beliefen sich für die gleichen 252 Geschäfte nach ihren Angaben auf zusammen 36 712 DM. Die Fahrgeschäfte sind hieran mit 12 935, die Schaugeschäfte mit 6546 und die Verkaufsgeschäfte mit 10 181 DM beteiligt.

Auf dem Hamburger Dom 1951 — die folgenden Angaben beziehen sich, im Gegensatz zu den vori-

Übersicht 1

Fachrichtung	Gesamtzahl		Geschäfte, die während der ganzen Domzeit ihren Umsatz zur statistischen Auswertung meldeten					
	der Geschäfte	der beschäftigten Personen (einschl. Inhaber)	Zahl dieser Geschäfte		Zahl der in ihnen beschäftigten Pers. (einschl. Inh.)		Umsatz dieser Geschäfte währd. der ganzen Domzeit	
			Insgesamt	v. H.	Insgesamt	v. H.	Insgesamt DM	je Beschäftigten DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Fahrgeschäfte . . .	40	194	13	32,5	66	34,0	103 592	1 570
Schaugeschäfte . . .	14	94	8	57,1	55	58,5	76 880	1 398
Spielgeschäfte:								
a) mit Losverkauf . .	25	186	7	28,0	61	32,8	35 450	581
b) ohne Losverkauf . .	26	80	8	30,8	24	30,0	24 493	1 021
Belustigungsgesch. .	6	22			keine Angaben			
Fotogeschäfte	4	10	2	50,0	4	40,0	1 937	484
Gaststätten	11	140			keine Angaben			
Schießbuden	28	90	14	50,0	44	48,9	22 167	504
Verkaufsgeschäfte:								
a) Wurstbuden	29	115	10	34,5	46	40,0	79 422	1 727
b) Kuchenbuden . . .	16	100	10	62,5	73	73,0	94 740	1 298
c) Mandelbrennereien	16	33	4	25,0	8	24,2	3 950	494
d) Zuckerbäcker . . .	58	167	28	48,3	90	53,9	78 861	876
e) Tabakbuden	13	27	10	76,9	20	74,1	54 194	2 710
f) übr. Verkaufsgesch.	14	43	-3	21,4	8	18,6	9 628	1 204
g) Bauchläden	40	40	33	82,5	33	82,5	8 178	248
Verkaufsgeschäfte zusammen	186	525	98	52,7	278	53,0	328 973	1 183
übrig. Dombeschicker	17	17			keine Angaben			
Insgesamt	357	1 358	150	42,0	532	39,2	593 492	1 116

Übersicht 2

Die Veränderungen im Tagesumsatz auf dem Hamburger Dom 1951 in Meßziffern ausgedrückt¹⁾
(Umsatz vom 1. Sonntag = 100)

Fachrichtung	1. Woche (vom 17. Nov. bis 24. Nov. 1951)								2. Woche (vom 25. Nov. bis 1. Dez. 1951)								3. Woche (vom 2. Dez. bis 8. Dez. 1951)								4. Woche (vom 9. Dez. bis 16. Dez. 1951)							
	Sbd.	Stg.	Mo.	Di.	Mi. ²⁾	Do.	Fr.	Sbd.	Stg. ³⁾	Mo.	Di.	Mi.	Do.	Fr.	Sbd.	Stg.	Mo.	Di.	Mi.	Do.	Fr.	Sbd.	Stg.	Mo.	Di.	Mi.	Do.	Fr.	Sbd.	Stg.		
Fahrgeschäfte	18,2	100	28,8	51,4	57,9	26,2	40,2	41,0	72,8	25,9	25,5	15,7	18,6	42,3	114,0	116,4	31,0	16,6	17,1	18,6	21,3	65,1	58,6	22,9	25,6	24,7	25,5	24,5	45,6	67,6		
Schaugeschäfte	49,3	100	31,1	57,6	52,8	27,9	36,0	37,1	69,5	23,9	30,8	7,1	15,6	36,8	99,7	110,2	32,4	18,2	15,1	16,2	16,0	67,5	52,4	23,2	31,4	31,0	31,3	28,1	44,9	52,6		
Spielgeschäfte:																																
a) mit Losverkauf . . .	39,5	100	40,2	52,3	71,9	17,7	27,2	27,3	112,0	22,9	13,1	7,5	14,5	25,6	84,1	156,4	18,6	8,1	5,0	8,2	10,2	42,6	42,8	11,8	12,8	11,6	13,0	10,3	30,9	24,8		
b) ohne Losverkauf . . .	55,1	100	23,9	37,2	37,8	38,5	24,9	37,2	84,1	17,8	24,5	17,1	22,2	48,0	102,5	65,5	25,6	15,8	11,9	11,9	21,4	48,5	45,7	14,1	9,8	10,5	14,0	12,9	32,7	38,5		
Fotogeschäfte	15,1	100	24,5	25,5	48,4	14,6	25,8	15,1	62,9	19,7	18,3	5,9	10,9	23,5	58,6	119,0	27,0	17,4	9,6	11,0	21,2	45,8	54,0	20,3	24,6	53,9	50,0	37,7	63,8	99,4		
Schießbuden	62,3	100	28,9	44,1	47,1	29,1	33,4	36,6	81,8	30,2	22,8	14,3	21,7	38,7	99,4	100,4	26,0	17,0	15,3	22,7	27,3	39,9	56,1	20,2	18,7	19,4	22,7	25,6	39,5	63,2		
Verkaufsgeschäfte:																																
a) Wurstbuden	48,7	100	24,8	33,1	47,8	22,2	28,0	24,4	73,4	19,2	17,9	16,2	18,4	24,7	67,5	84,7	25,9	14,6	13,1	13,5	20,3	44,9	60,5	21,6	24,0	24,2	22,0	24,6	34,9	58,7		
b) Kuchenbuden	44,8	100	39,0	51,8	55,4	34,8	41,8	31,4	72,4	36,9	33,1	18,3	24,4	42,7	77,6	91,7	39,7	18,0	21,7	24,0	21,8	52,2	59,5	28,1	27,9	37,2	32,4	28,1	30,7	55,5		
c) Mandelbrennereien . .	34,4	100	27,5	39,8	48,3	22,7	26,7	16,5	82,9	15,8	16,1	19,7	6,1	49,8	66,2	68,4	40,0	15,6	6,5	6,6	10,9	31,0	31,0	10,7	14,6	13,2	13,2	19,0	23,0	31,7		
d) Zuckerbäcker	47,8	100	29,1	37,2	44,4	28,0	32,0	31,3	64,9	27,6	25,7	16,1	19,5	34,3	69,8	78,5	25,1	15,6	15,0	15,4	16,7	42,0	43,1	20,3	18,7	22,8	20,6	21,9	34,1	38,1		
e) Tabakhändler	47,3	100	25,7	43,1	51,0	24,1	31,2	24,8	66,5	20,4	19,9	11,2	13,4	26,4	54,1	81,5	21,1	15,8	12,6	13,8	16,3	33,4	33,9	16,9	15,6	20,0	20,8	18,9	24,5	46,8		
f) übr. Verkaufsgesch.	57,7	100	31,7	35,3	54,1	27,0	27,9	25,4	55,8	14,1	14,9	10,4	14,2	22,9	45,9	57,9	18,4	13,8	14,4	15,5	22,0	26,1	41,6	15,2	16,6	13,2	17,6	19,8	29,7	66,8		
g) Bauchläden	33,3	100	24,9	30,3	31,4	25,9	25,0	8,7	60,0	15,8	15,1	0,8	9,5	19,2	54,6	71,1	11,8	10,4	1,6	10,1	3,5	25,6	16,1	9,8	11,4	14,6	14,8	8,3	13,2	36,5		
Verkaufsgeschäfte zusammen	46,8	100	29,7	40,5	49,0	27,3	32,8	27,2	68,8	25,4	23,6	15,1	18,5	31,4	66,8	82,6	27,5	15,7	15,1	16,4	18,3	42,4	48,3	21,2	21,2	25,3	23,4	22,9	30,6	49,7		
insgesamt	43,0	100	30,1	44,9	51,7	27,1	33,6	31,2	73,3	25,0	24,1	13,8	18,2	34,3	81,8	95,7	27,9	15,7	14,6	16,2	18,4	49,0	50,2	20,7	22,0	24,3	23,6	22,6	35,1	51,4		

1) Ohne Belustigungsgeschäfte und Gaststätten

2) Bußtag ab 18.00 Uhr geöffnet

3) Totensonntag ab 18.00 Uhr geöffnet

gen, wieder auf alle Geschäfte — waren (einschließlich Inhaber) **1358 Personen beschäftigt**, unter ihnen 640 Familienangehörige. Männliche und weibliche Personen waren etwa je zur Hälfte beteiligt. In der Zahl 1358 sind 300 Personen (123 Männer und 177 Frauen) enthalten, die auf dem Dom eine vorübergehende Beschäftigung gefunden hatten.

150 von 357 Geschäften haben über ihre **täglichen Umsätze** Auskunft gegeben, also 42 v. H. der Betriebe; in ihnen waren knapp zwei Fünftel aller „Domleute“ beschäftigt. Dieser Berichtskreis ist methodisch nicht ausreichend, um aus den Angaben folgern zu können, wie hoch der Gesamtumsatz auf dem Dom war, zumal die Berichterstatter nicht planmäßig im Sinne einer statistischen Repräsentation haben ausgewählt werden können (so sind zwei Fachsparten, die Belustigungsgeschäfte und die Gaststätten, überhaupt nicht vertreten). (Siehe Übersicht 1.)

Jedoch glaubt das Statistische Landesamt, daß aus dem immerhin umfangreichen Material aus 150 Geschäften mit genügender Zuverlässigkeit zu entnehmen ist, in welchem Verhältnis die gesamten Domumsätze im zeitlichen Ablauf von Tag zu Tag und von Woche zu Woche zueinander gestanden haben (vgl. Übersicht 2). Die (von den 150 Geschäften gemeldeten) Umsätze des 1. Domtages, der im allgemeinen den Höhepunkt bildete, sind = 100 gesetzt. Abweichungen nach unten, teilweise auch nach oben besagen also, um wieviel der Umsatz an den einzelnen Tagen prozentual niedriger oder höher lag als am 1. Sonntag. Diese Aussage wird als ziemlich allgemein gültig für das gesamte Domgeschäft angesehen werden können, denn von guten und schlechten Tagen werden mehr oder weniger alle Geschäfte berührt worden sein. (Siehe Übersicht 2.)

Der 1. Sonntag (Meßziffer 100) war von allen Domtagen der beste. Er hob sich auch vom 2. und zumal vom 4. Sonntag stark ab. Nur der **3. Sonntag**, der gleich auf den Gehaltstag folgte, reichte mit einer Umsatzmeßziffer von 95,7 nahe an ihn heran; an diesem Tag erzielten die Fahr- und die Schau-geschäfte, vor allem aber die Losverkäufer mehr als am 1. Sonntag.

Die Werk-tage fielen in allen Wochen gegen die Sonntage erheblich ab; die Son-nabende hoben sich wohl meistens heraus, aber ein echtes Wochenendgeschäft gab es nur am 3. Sonnabend, der auf den Monatsersten fiel. Gliedert man die Umsätze vom Sonntag, dem 18. November, bis Sonnabend, dem 15. Dezember (ohne Eröffnungs- und Schlußtag), nach den Tagen der Woche auf und setzt man die 4 Sonntagsergebnisse = 100, dann ergibt sich als Umsatzmeßziffer für

montags	33,5	donnerstags	26,7
dienstags	33,4	freitags	34,1
mittwochs	32,7	sonnabends	61,7

Also von **montags bis freitags** lagen die Umsätze kaum über einem Drittel der Sonntagsumsätze, donnerstags betragen sie nur ein reichliches Viertel; dabei waren in der 1. Woche der Dienstag

Übersicht 3

Das Wetter während der Domzeit

Beobachtungen des Meteorologischen Amtes tageszeitlich ab 14 Uhr

Zeit	Bewölkung	Regen und Schauer ab 14 bis 24 Uhr					Wind bis Stärke
		14-16 Uhr	16-18 Uhr	18-20 Uhr	20-22 Uhr	22-24 Uhr	
15. November 1951	☉				☁	☁	5
16. November 1951	☉					☁	5
17. November 1951	☉				☁	☁	5
Sonntag 18. November 1951	☉						5
19. November 1951	☉						5
20. November 1951	☉	☁					5
21. November 1951	☉		☁			☁	8
22. November 1951	☉	☁			☁		8
23. November 1951	☉	☁	☁	☁		☁	5
24. November 1951	☉						5
Sonntag 25. November 1951	☉					☁	5
26. November 1951	☉	☁					5
27. November 1951	☉						5
28. November 1951	☉	☁	☁	☁	☁		5
29. November 1951	☉		☁		☁	☁	5
30. November 1951	☉						5
1. Dezember 1951	☉					☁	8
Sonntag 2. Dezember 1951	☉	☁	☁				8
3. Dezember 1951	☉						5
4. Dezember 1951	☉	☁					8
5. Dezember 1951	☉		☁		☁	☁	8
6. Dezember 1951	☉				☁		5
7. Dezember 1951	☉	☁					5
8. Dezember 1951	☉						5
Sonntag 9. Dezember 1951	☉	☁	☁	☁	☁	☁	5
10. Dezember 1951	☉		☁		☁		5
11. Dezember 1951	☉		☁				3
12. Dezember 1951	☉						3
13. Dezember 1951	☉						3
14. Dezember 1951	☉						0
15. Dezember 1951	☉		☁				5
Sonntag 16. Dezember 1951	☉		☁				3

Zeichenerklärung:

☁	Regen und Schauer
☁	starker Regen und starke Schauer
☉	3/4 bedeckt
0	Windstille
3	Wind bis Stärke 3 (sehr leichte bis leichte Brise)
5	Wind bis Stärke 5 (schwacher bis frischer Wind)
8	Wind bis Stärke 8 (frischer bis stürmischer Wind)

und der Mittwoch dadurch begünstigt, daß am Mittwoch ein Feiertag war, und zwar der Bußtag, an dem allerdings der Dom erst um 18 Uhr begann. Sonnabends beliefen sich die Umsätze im Durchschnitt auf reichlich drei Fünftel der Umsätze an den Sonntagen, aber zu diesem Sonnabend-Ergebnis hat der 1. Dezember überdurchschnittlich beigetragen.

Eine andere Gegenüberstellung: Die Umsätze der 1. Woche verhielten sich zu den Umsätzen der 2. Woche wie 100 : 84,9, zu denen der 3. Woche wie 100 : 74,6 und zu denen der 4. Woche wie 100 : 62,3.

Im Vergleich zu den Umsätzen der 1. Woche waren hiernach die der 2. um 15,1, die der 3. um 24,4 und die der 4. Woche um 37,7 v. H. niedriger. **Von Woche zu Woche sank der Umsatz ab.** Die 1. Woche war eindeutig die beste.

Bei den einzelnen Sparten trat dieselbe Tendenz auf: Bei den Fahrgeschäften war der Umsatz der 2. Woche um 8,9, in der 3. um 17,2 und in der 4. Woche um 34 v. H. niedriger als in der 1. Woche. Bei den Schaugeschäften gingen die Umsätze gegenüber der 1. Woche um 17,3, 13,5 und 29,5 v. H. zurück. Am ausgeprägtesten war aber der Rückgang bei den Verkaufsgeschäften, nämlich um 22,9, 33,7 und in der 4. Woche um 44,1 v. H. Die Fotogeschäfte machten eine Ausnahme; in der 4. Woche ließ sich wohl mancher noch zu Weihnachten fotografieren.

Die im Laufe der Domzeit abfallende Tendenz der Umsätze dürfte sich zu einem Teil durch die Erfahrung erklären, daß wohl jede Veranstaltung mit der Zeit an Anziehungskraft einbüßt. Bei einer Veranstaltung im Freien, wie dem Dommarkt, darf aber auch die **Wetterlage** nicht übersehen werden, zumal nicht im November und Dezember. Temperaturmäßig lag sie für den Dom 1951 günstig: in der Zeit vom 15. 11. bis 16. 12. 1951 schwankten die Temperaturen zwischen + 2,9 und + 7,5 Grad Celsius. Aber es hat oft geregnet. Nur 10 Tage waren gänzlich regenfrei. Vonmäßigem Regen oder leichten Schauern konnte man an 9 Tagen sprechen, an 11 Tagen fiel starker Regen oder kamen starke Schauer herunter. Allerdings hat es meistens nicht während der ganzen Domstunden geregnet. Stark verregnete Tage waren der 23. und der 28. November, der 5. und noch mehr der 9. Dezember, d. h.

der Sonntag, mit dem die 4. Domwoche begann. Wenn man das schlechte Wetter berücksichtigt, ist es beachtenswert, daß an diesem Sonntage immerhin noch die Hälfte dessen umgesetzt wurde, was der 1. Sonntag brachte. Im übrigen war aber das Wetter der 4. Woche wesentlich günstiger als das der 2. und 3. Woche, wie denn auch die Umsatzziffern der 4. Woche an mehreren Tagen höher lagen als in den beiden Vorwochen. In der Übersicht 3 sind die Beobachtungen des **Meteorologischen Amtes** in Hamburg für die Domtage zusammengestellt.

Noch einige Zahlen aus anderen Bereichen:

An **Platz- und Standgebühren** (in kleinerem Umfange auch Erlaubnisgebühren) kamen laut Angabe des Gewerbeamtes rd. 65 000 DM auf, bald die Hälfte entfiel hiervon auf die Fahrgeschäfte. Zur **Lustbarkeitssteuer** wurden 145 Domgeschäfte herangezogen. Das Aufkommen betrug rd. 19 100 DM (Fahrgeschäfte 9200, Schau- und Belustigungsgeschäfte 3600, Spielgeschäfte 3600, Schießbuden 2700 DM), **Gemeindegetränkesteuer** hatten 13 Domgeschäfte zu zahlen; die Steuer wurde auf 4800 DM errechnet.

Für die **Wasserversorgung** stand dem Dommarkt ein Rohrnetz von 3700 m, für die **Gasversorgung** ein Netz von 2270 m zur Verfügung. Es wurden 11 000 cbm Wasser und 12 000 cbm Gas verbraucht. Für die Versorgung mit **elektrischem Strom**, an der 310 Domgeschäfte teilnahmen, waren 32 000 m Kabel über der Erde und 2700 m Kabel unter der Erde vorhanden. Verbrauch wurden während der Domzeit 400 512 kWh, die Dombeschicker hatten dafür 81 297 DM zu zahlen.

Diese erste Arbeit über den Hamburger Dom stellt einen Versuch dar, über den größten Jahrmarkt in Hamburg statistische Aufzeichnungen zu machen. München bringt alljährlich über sein Oktoberfest ebenfalls Zahlen. Wieweit eine solche Statistik gelingen kann, hängt davon ab, in welchem Umfange verwertbares Zahlenmaterial vorliegt. Daß schon beim ersten Male in Hamburg der größte Teil der Dombeschicker hieran mitgearbeitet hat, scheint die Annahme zu rechtfertigen, daß eine Darstellung in Zukunft auf eine erweiterte Zahlengrundlage wird rechnen können.

Dr. Urban

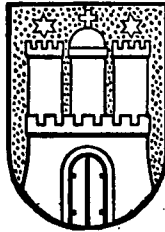
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 25. März 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 13



Der Obstbau in der Hansestadt Hamburg

Ergebnisse der Obstbaumzählung 1951

Vorbemerkung

Die große Bedeutung des Obstbaues sowohl für die Gesamtheit als auch für den einzelnen macht es erforderlich, daß die Staatsführung in Abständen von mehreren Jahren Obstbaumzählungen durchführen läßt, um zuverlässige Unterlagen für die Errechnung der kommenden sowie der tatsächlichen Obsternte zu gewinnen; denn genaue Kenntnisse über Art und Umfang der Obsternte bilden die Grundlage für Planungen und andere volkswirtschaftliche und handelspolitische Maßnahmen auf dem Gebiete der Obstversorgung. Die Abstimmung zwischen Eigenproduktion, Bedarf und Einfuhr an Obst ist sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher von großer Wichtigkeit und beeinflußt in erheblichem Maße die Devisenlage.

Als brauchbare Unterlage für die Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des Obstbaues und zur einwandfreien Feststellung der Höhe der gesamten Obsternte konnten die Ergebnisse der letzten im Jahre 1946/47 im Gebiet der Bundesrepublik durchgeführten Obstbaumzählung nicht mehr angesprochen werden, da sich seit dieser Zeit der Obstbaumbestand erheblich geändert hat. Es kommt weiter hinzu, daß diese Zählung — die auf Vorschlag der Militärregierung durchgeführt werden mußte — kein zuverlässiges Bild des tatsächlichen Umfangs des Obstbaues erbracht hat, weil sie in die Zeit der Zwangsbewirtschaftung und der Ablieferungsverpflichtungen fiel. Aus diesem Grunde fand auf Anordnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 22. Juni 1951 im Herbst 1951 eine allgemeine Zählung der Obstbäume und der Beerensträucher im gesamten Bundesgebiet statt.

Da, wie schon erwähnt, die Obstbaumzählung die Grundlage für die alljährlich vorzunehmende Obstertragsermittlung bildet, war es erforderlich, die Obstbäume nicht nur zu zählen, sondern sie auch in „ertragfähige“, „noch nicht ertragfähige“ und „abgängige“ einzuordnen. Weiterhin wurden die Obstbäume aus marktwirtschaftlichen Gründen nach dem Standort unterschieden, und zwar in

Standortgruppe A:

Obstbäume und Beerensträucher in Haus- und Kleingärten einschließlich Schrebergärten,

Standortgruppe B:

Obstbäume und Beerensträucher auf Ackerland, auf Wiesen und Weiden sowie in geschlossenen Obstpflanzungen (Plantagen),

Standortgruppe C:

Obstbäume an Straßen und öffentlichen Wegen, Eisenbahndämmen, Kanälen.

Eine Aufteilung nach der Baumform wurde nur bei Apfel- und Birnbäumen vorgenommen, und zwar nach Hochstämmen, Halb- und Viertelstämmen, Buschbäumen, Spindeln und Spalieren.

Nachdem durch die Obstbaumzählung von 1951 umfassende Grundlagen für die Beurteilung der Menge, der Art und des Standortes der Obstkulturen im Bundesgebiet gewonnen sind, ist eine derart weitgehende Erhebung wie im Jahre 1951 in den nächsten Jahren nicht mehr notwendig. Sie kann wesentlich eingeschränkt werden durch Herausnahme stark überbauter Gebiete mit offensichtlich nur spärlichen Baumbeständen, durch Beschränkung der Zählung auf die dem Erwerb dienenden Pflanzungen und Verzicht auf Feststellung der Baumbestände in Haus- und Kleingärten, da von diesen nur bei reichlichen Ernten Obst gewerbsmäßig verkauft wird.

Der Bestand an Obstbäumen

Der hamburgische Obstbau ist gekennzeichnet durch den Kleinanbau in Haus-, Klein- und Schrebergärten sowie durch den Plantagenanbau in reinen Obstbaubetrieben im hamburgischen Teil des Alten Landes. Die Obstbaumzählung im Jahre 1951 ergab einen Bestand von insgesamt 2 421 718 Obstbäumen, von denen mehr als drei Viertel aller Bäume in Haus- und Kleingärten stehen. Unter den verschiedenen Baumarten bilden die Apfelbäume mit rd. 1,1 Mill. Stück oder 47 v. H. des Gesamtbestandes die größte Gruppe; ihre Zahl wird von keiner anderen Obstbaumart auch nur zur Hälfte erreicht. Diese Bevorzugung ist vor allem auf die verhältnismäßig große Widerstandskraft der Apfelbäume gegenüber rauhern klimatischen Einflüssen, ihre große Anspruchslosigkeit an den Boden und auch auf die große Haltbarkeit und Verwertbarkeit ihrer Früchte zurückzuführen. Recht bedeutend ist aber auch die Zahl der Birn-

bäume, Pflaumen- und Zwetschenbäume. Diese drei am stärksten vertretenen Arten machen mehr als vier Fünftel des hamburgischen Obstbaumbestandes aus. Hervorzuheben wären nur noch die Sauerkirschen, die rd. 11 v. H. des Gesamtbestandes ausmachen.

Im Vergleich mit den Angaben der letzten Vorkriegszählung vom Jahre 1938 hat die Zählung im Jahre 1951 einen **rund 419 000 Bäume (= 21 v. H.) höheren Obstbaumbestand** ergeben. Diese starke Zunahme dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Erhebungstechnik der letzten Obstbaumzählung gegenüber der Vorkriegszählung vervollkommenet worden ist. Neben der Zunahme aus erhebungstechnischen Gründen ist in der Zeit zwischen den beiden letzten Obstbaumzählungen aber auch eine echte Vermehrung der Obstbaumbestände eingetreten. Zu nennen sind vor

allem die Neuanpflanzungen in den Kleingartensiedlungen und Plantagen, die die Verluste an Obstbäumen durch Frostschaden einiger kalter Winter (1939/40, 1940/41 und 1946/47) nicht nur wieder ersetzt, sondern überschritten haben.

Bei den einzelnen Obstarten zeigt sich jedoch eine unterschiedliche Entwicklung. Die höchste absolute und relative Zunahme seit 1938 weisen die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Apfelbäume auf, welche um rd. 409 000 oder 56 v. H. gestiegen sind. Verhältnismäßig sehr stark haben sich auch die Anpflanzungen von Mirabellen- und Reneklobenbäumen vermehrt, und zwar um rd. 5300 Bäume oder 37 v. H. Eine stärkere Abnahme ist demgegenüber bei den Pfirsichbäumen, Aprikosen- und Sauerkirschbäumen eingetreten.

Übersicht 1

Die Zahl der Obstbäume 1938 und 1951

Obstart	1951		1938		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) 1938/51	
	Zahl der Bäume	v. H. des Gesamtbestandes	Zahl der Bäume	v. H. des Gesamtbestandes	Zahl	v. H.
Äpfel	1 146 114	47,3	736 844	36,8	+ 409 270	+ 55,5
Birnen	434 553	17,9	397 942	19,9	+ 34 611	+ 8,7
Quitten	19 481	0,8	19 742	1,0	- 261	- 1,3
Süßkirschen	72 023	3,0	68 407	3,4	+ 3 616	+ 5,3
Sauerkirschen	268 842	11,1	306 466	15,3	- 37 624	- 12,3
Pflaumen u. Zwetschen	409 920	16,9	392 449	19,6	+ 17 471	+ 4,5
Mirabellen u. Renekloben	19 685	0,8	14 353	0,7	+ 5 332	+ 37,1
Aprikosen	2 086	0,1	2 547	0,1	- 461	- 18,1
Pfirsiche	45 198	1,9	57 760	2,9	- 12 562	- 21,7
Walnüsse	5 816	0,2	6 584	0,3	- 768	- 11,7
Obstbäume insgesamt	2 421 718	100	2 003 094	100	+ 418 624	+ 20,9

Durch die ungleichmäßigen Veränderungen im Bestande der einzelnen Obstarten sind auch im Anteil der verschiedenen Obstbaumarten am Gesamtbestand Verschiebungen gegenüber 1938 zu verzeichnen. Insbesondere ist der Anteil der Apfelbäume am Gesamtbestand, der 1938 nur 36,8 v. H. betrug, auf 47,3 v. H. gestiegen, während der Anteil der Sauerkirschbäume von 15,3 auf 11,1 v. H. zurückgegangen ist. Das Verhältnis der einzelnen Obstarten zueinander hat sich seit der Vorkriegszeit also auf Kosten des Steinobstes zu Gunsten des Kernobstes verschoben.

Standorte der Obstbäume

Da der Obstbau nicht an bestimmte betriebswirtschaftliche, technische oder kapitalmäßige Voraussetzungen gebunden ist, kann er überall dort, wo geeigneter Boden zur Verfügung steht, betrieben werden. Dennoch sind die Bäume je nach ihrem Standort hinsichtlich ihrer Ertragsfähigkeit und ihres Verwendungszwecks ganz verschieden zu beurteilen.

Der Anteil des Haus- und Kleingartenobstbaues ist in Hamburg mit seinen ausgedehnten Kleingartensiedlungen recht beträchtlich. Für die regelmäßige Belieferung der Märkte kommt aber der Obstbau dieser Gruppe wenig in Betracht. **Gut drei Viertel aller Obstbäume** stehen, wie bereits erwähnt, in Haus- und Kleingärten, und nur knapp ein Viertel befinden sich auf dem Areal von landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betrieben. Völlig bedeutungslos ist im Hamburger Gebiet der Obstbaumbestand an öffentlichen Straßen, an

Eisenbahndämmen und Kanälen. Die einzelnen Baumarten weichen jedoch mehr oder weniger stark von dieser Gesamtverteilung ab; so sind beinahe die Hälfte aller hochstämmigen Apfelbäume und 40 v. H. aller Pflaumen- und Zwetschenbäume sowie 32 v. H. aller hochstämmigen Birnbäume in den Landwirtschafts- und Erwerbsgartenbau-Betrieben zu finden, wogegen Aprikosen-, Pfirsich-, Quitten- sowie Spalier- und Spindelobstbäume überwiegend in Haus- und Kleingärten gezogen werden. (Vergl. Übersicht 2).

Im Rahmen der Obstbaumzählung sind die organisierten Kleingärten, d. h. die in Kleingartenvereinen zusammengeschlossenen Kleingartensiedlungen gesondert erfaßt worden. Insgesamt wurden hier 629 448 Obstbäume gezählt, d. h. **26 v. H. der Obstbäume Hamburgs stehen im Gebiet der Kleingartensiedlungen**. Vergleicht man die Obstbaumzahl mit der Gesamtzahl der Kleingarten-Parzellen (56 381), so ergibt sich, daß **jede Parzelle im Durchschnitt 11 Obstbäume besitzt**.

Unter Berücksichtigung des Baumbestandes der einzelnen Standortgruppen zeigen sich in den einzelnen Bezirken und Stadtteilen bestimmte Gebiete, die sich durch einen besonders hohen Bestand an Bäumen in Plantagen, Obstgärten usw. (Standortgruppe B) auszeichnen und die regelmäßig erhebliche Mengen an Obst erzeugen und über den eigenen Bedarf hinaus auf den Markt bringen. Hierzu gehören in erster Linie der Hamburger Teil des Alten Landes mit den Stadtteilen Francop, Neuenfelde, Cranz, Altenwerder und Finkenwerder. Wie unterschiedlich jedoch

STRÄUCHERN NACH DER OBSTBAUMZÄHLUNG

Beilage zu Heft 13/1952

in der Hansestadt Hamburg

Kleingärten einschl. Schrebergärten
auf Wiesen und Weiden, sowie in geschlossenen Obstpflanzungen (Plantagen)
Eisenbahndämmen, Kanälen

b ä u m e										Auf 100 Einwohner entfallen ... Obstbäume	B e e r e n o b s t			Orts- teil Nr.	Stadtteile Besirke
Obstbäume entfallen auf											Johan- nis- beeren Zahl der	Stachel- beeren Sträucher	Him- beeren qm		
Pflaumen- und Zwetschenbäume		Mirabellen- u. Rennelodenbäume		Aprikosenbäume		Pfirsichbäume		Walnußbäume							
Über- haupt	dar- ertrag- fähig	Über- haupt	dar- ertrag- fähig	Über- haupt	dar- ertrag- fähig	Über- haupt	dar- ertrag- fähig	Über- haupt	dar- ertrag- fähig						
Hamburg-Mitte															
7 544	6 681	350	324	39	30	1384	1115	40	34	210	50 569	28 580	7 392	129/30	Horn
5 480	4 623	136	115	77	69	1017	799	46	36	204	25 685	14 030	3 663	131	Billstedt
463	378	-	-	-	-	194	150	2	2	137	17 572	19 176	10 444	132	Billbrook
380	317	18	18	4	4	38	33	1	1	21	3 318	3 478	780	133/37	Veddel-Bothenburgsart
4 121	3 537	196	170	17	14	939	749	15	13	755	21 547	12 494	4 983	138	Waltershof
43 453	33 971	742	648	2	2	178	122	273	209	621	8 128	5 101	16 281	139	Pinkenwerder
1 162	1 067	48	42	15	11	243	222	33	30	8	9 434	7 281	2 354	101/28	Restgebiet des Bez.
62 603	50 574	1490	1317	154	130	3993	3190	410	325	109	136 253	90 140	45 897		Bezirk 1 Hamburg-Mitte zus. davon
22 874	19 662	855	764	153	129	3875	3114	178	154	73	135 420	88 213	31 797		Standortgruppe A
16 029	13 803	761	699	84	69	3291	2 618	50	44	54	106 809	60 292	19 019		darunter in Kleingartensiedlungen
39 729	30 912	635	553	1	1	118	76	232	171	36	833	1 927	14 100		Standortgruppe B
Altona															
6 666	5 878	218	192	53	44	1435	1151	109	90	131	37 849	23 803	6 234	214/16	Bahrenfeld
2 497	2 294	159	143	21	20	632	489	101	98	126	11 662	6 757	3 710	217	Groß Flottbek
2 093	1 771	200	193	52	44	730	479	149	126	157	15 885	8 325	7 339	218	Othmarschen
6 631	6 001	246	223	45	31	1416	1212	67	54	346	29 831	17 184	4 977	219	Lurup
2 571	2 360	159	153	15	13	494	421	87	63	201	13 293	7 279	4 632	220	Osdorf
1 232	1 121	134	124	22	17	373	299	89	68	125	6 779	4 123	1 982	221	Nienstedten
1 933	1 738	115	108	22	13	479	373	117	100	84	12 825	7 579	3 528	222/23	Blankenese
3 543	3 224	250	236	94	75	711	598	206	174	229	14 484	7 808	2 119	224/25	Sülldorf-Iserbrook
2 997	2 782	481	463	16	16	510	434	134	119	332	13 602	6 646	3 399	226	Rissen
611	548	34	28	4	4	261	242	5	5	12	5 026	4 618	1 380	201/13	Restgebiet des Bez.
30 774	27 717	1996	1863	344	277	7041	5 698	1 064	897	98	161 236	94 122	39 300		Bezirk 2 Altona zusammen davon
30 521	27 499	1993	1860	344	277	7020	5 685	1 017	851	97	160 880	93 971	39 008		Standortgruppe A
8 542	7 611	433	362	63	46	2218	1788	29	22	22	45 929	29 681	13 585		darunter in Kleingartensiedlungen
154	127	3	3	-	-	19	11	3	2	1	356	151	292		Standortgruppe B
Eimsbüttel															
8 363	7 338	738	663	81	60	1549	1 275	88	79	368	39 217	23 301	16 389	317	Lokstedt
9 680	8 596	613	569	59	41	1496	1 211	139	122	372	42 069	22 996	16 170	318	Niendorf
5 898	5 185	436	386	55	41	861	685	167	134	289	21 651	11 660	5 666	319	Schnelsen
5 230	4 311	256	184	59	50	983	830	58	45	259	23 601	16 788	6 030	320	Eidelstedt
6 853	6 195	427	384	27	23	1480	1 238	51	42	295	30 533	19 722	9 422	321	Stellingen
358	336	26	24	2	2	126	122	12	12	2	2 180	2 038	1 506	301/16	Restgebiet des Bez.
36 382	31 961	2496	2 210	283	217	6 495	5 361	515	434	95	159 271	96 505	55 183		Bezirk 3 Eimsbüttel zus. davon
36 378	31 961	2496	2 210	283	217	6489	5 361	515	434	95	159 131	96 407	54 498		Standortgruppe A
14 620	13 017	1109	999	34	25	2 692	2 321	34	29	34	76 542	46 293	25 400		darunter in Kleingartensiedlungen
4	-	-	-	-	-	6	-	-	-	0	140	98	685		Standortgruppe B
Hamburg-Nord															
6 510	5 415	400	344	41	30	1595	1 211	63	48	312	37 115	22 080	12 192	406	Groß Borstel
2 776	2 600	161	157	31	30	711	624	27	26	148	16 371	10 452	4 939	407	Alsterdorf
995	809	31	23	12	8	180	150	23	19	10	8 339	6 270	1 600	414/29	Barmbek-Uhlenhorst
2 692	2 487	156	148	14	13	687	578	33	30	118	16 572	9 785	5 558	430	Ohlsdorf
3 353	3 046	208	177	28	25	764	641	84	79	141	22 477	12 994	7 493	431	Fuhlsbüttel
8 088	6 708	510	455	80	68	1 221	922	96	82	215	46 241	23 742	12 209	432	Langenhorn
3 542	3 048	272	246	33	29	854	767	55	45	20	29 173	22 279	8 730	401/05 408/13	Restgebiet des Bez.
27 956	24 113	1738	1550	239	203	6 012	4 893	381	329	63	176 288	107 602	52 721		Bezirk 4 Hamburg-Nord zus. davon
27 912	24 086	1738	1550	239	203	6 008	4 889	381	329	63	175 570	107 424	52 676		Standortgruppe A
16 698	13 476	894	768	103	85	3850	2 929	58	45	33	106 814	61 812	29 489		darunter in Kleingartensiedlungen
42	27	-	-	-	-	4	4	-	-	0	718	178	45		Standortgruppe B

DER BESTAND AN OBSTBÄUMEN UND BEEREN

im September/Oktober 1951

Standortgruppe A = Obstbäume und Beerensträucher in Haus- und
 " B = Obstbäume und Beerensträucher auf Ackerland
 " C = Obstbäume an Straßen und öffentlichen Wegen.

Stadtteile Bezirke	Orts- teil Nr.	von der Gesamtzahl der											
		Zahl der Obstbäume (alle Baumformen)		Apfelbäume		Birnbäume		Südkirschbäume		Sauer- u. Halbsauer- kirschbäume		Quittenbäume	
		über- haupt	dar- ertrag- fähig	über- haupt	dar- ertrag- fähig	über- haupt	dar- ertrag- fähig	über- haupt	dar- ertrag- fähig	über- haupt	dar- ertrag- fähig	über- haupt	dar- ertrag- fähig
Bezirk 1													
Horn	129/30	59 362	51 796	27 533	23 631	11 803	10 341	1 731	1 530	8 509	7 714	429	396
Billstedt	131	48 707	40 586	23 014	18 588	10 113	8 795	1 586	1 331	6 980	5 994	258	236
Billbrook	132	15 666	12 901	8 520	7 111	2 792	2 135	1 575	1 330	2 071	1 757	49	38
Veddel-Rothenburgsort	133/37	4 462	3 619	1 532	1 205	1 240	978	210	171	912	791	127	101
Waltershof	138	28 701	24 635	13 058	11 069	5 230	4 561	910	802	3 990	3 524	225	196
Finkenwerder	139	94 978	69 191	33 845	21 378	13 020	9 901	517	450	2 384	1 972	564	538
Restgebiet des Bez.	101/28	11 716	10 899	4 680	4 318	3 360	3 178	297	270	1 775	1 666	103	95
Bezirk 1 Hamburg-Mitte zus.		263 592	213 627	112 182	87 300	47 558	39 889	6 826	5 884	26 621	23 418	1 755	1 600
davon													
Standortgruppe A		177 657	151 626	79 522	66 660	36 691	31 686	6 691	5 790	25 415	22 406	1 403	1 261
darunter in Kleingartensiedlungen		129 571	111 649	61 258	52 144	23 622	20 647	3 959	3 434	19 514	17 276	1 003	915
Standortgruppe B		85 927	61 993	32 652	20 632	10 867	8 203	135	94	1 206	1 012	352	339
Bezirk 2													
Bahrenfeld	214/16	55 165	46 924	23 325	19 228	12 353	10 809	1 127	993	9 456	8 149	423	390
Größ Flottbek	217	19 188	17 206	8 707	7 734	3 466	3 194	353	298	2 933	2 612	339	324
Othmarschen	218	21 058	17 240	9 299	7 404	4 977	4 263	556	484	2 727	2 228	275	248
Lurup	219	49 297	44 638	20 213	18 140	8 628	7 717	1 558	1 436	10 072	9 429	421	395
Osdorf	220	20 430	18 271	9 496	8 328	3 477	3 165	615	564	3 283	2 984	233	220
Nienstedten	221	11 685	10 230	5 551	4 792	2 415	2 195	255	219	1 448	1 248	166	147
Blankenese	222/23	19 871	17 290	9 740	8 454	3 766	3 288	595	492	2 847	2 485	257	239
Sülldorf-Iserbrook	224/25	28 336	23 782	12 883	10 459	5 567	4 580	1 471	1 276	3 275	2 854	336	306
Rissen	226	26 657	22 906	12 671	10 402	5 815	5 031	1 178	1 101	2 496	2 210	359	348
Restgebiet des Bez.	201/13	15 095	14 301	8 047	7 671	4 591	4 340	149	136	1 332	1 273	61	54
Bezirk 2 Altona zusammen		266 782	232 788	119 932	102 612	55 055	48 582	7 837	6 999	39 869	35 472	2 870	2 671
davon													
Standortgruppe A		263 712	230 087	118 033	100 941	54 845	48 409	7 810	6 976	39 260	34 919	2 869	2 670
darunter in Kleingartensiedlungen		61 178	53 201	24 790	21 181	11 747	10 280	1 201	1 063	11 520	10 267	635	581
Standortgruppe B		2 573	2 239	1 836	1 608	165	128	12	8	380	351	1	1
Bezirk 3													
Lokstedt	317	54 194	46 311	22 113	18 591	11 331	9 738	896	735	8 409	7 259	626	573
Niendorf	318	64 834	55 834	29 659	25 065	11 818	10 328	1 830	1 597	8 967	7 776	573	529
Sohnelsen	319	35 391	29 029	14 850	11 536	6 513	5 486	1 719	1 395	4 442	3 774	450	407
Eidelstedt	320	35 277	29 684	14 349	11 705	6 385	5 573	1 395	1 292	6 262	5 421	300	273
Stellingen	321	46 619	41 004	18 357	15 675	9 321	8 286	844	755	8 838	8 015	421	391
Restgebiet des Bez.	301/16	3 914	3 676	1 233	1 130	1 470	1 394	117	111	514	492	56	53
Bezirk 3 Eimsbüttel zus.		240 229	205 538	100 561	83 702	46 838	40 805	6 801	5 885	37 432	32 737	2 426	2 226
davon													
Standortgruppe A		239 944	205 538	100 365	83 702	46 838	40 805	6 801	5 885	37 353	32 737	2 426	2 226
darunter in Kleingartensiedlungen		86 930	76 952	35 283	30 618	15 984	14 367	1 355	1 249	15 019	13 584	800	743
Standortgruppe B		285	-	196	-	-	-	-	-	79	-	-	-
Bezirk 4													
Groß Borstel	406	48 126	40 083	23 323	19 481	7 640	6 285	1 125	915	7 012	5 977	417	377
Alsterdorf	407	22 308	20 831	10 520	9 801	3 868	3 643	490	453	3 537	3 317	187	180
Barmbek-Uhlenhorst	414/29	9 810	8 787	4 079	3 653	2 664	2 468	234	207	1 517	1 380	75	70
Ohlsdorf	430	22 776	20 485	10 928	9 730	3 880	3 506	521	485	3 662	3 319	203	189
Fuhlsbüttel	431	29 479	26 033	13 777	12 072	5 602	5 028	1 088	962	4 203	3 657	372	346
Langenhorn	432	60 679	47 195	29 304	22 241	11 060	8 659	2 075	1 691	7 721	5 928	524	441
Restgebiet des Bez.	(481/05 408/13)	32 416	29 732	13 702	12 753	7 495	7 029	927	792	5 266	4 788	270	235
Bezirk 4 Hamburg-Nord zus.		225 594	193 146	105 633	89 731	42 809	36 618	6 460	5 505	32 918	28 366	2 048	1 838
davon													
Standortgruppe A		224 666	192 348	104 966	89 151	42 080	36 495	6 416	5 477	32 878	28 330	2 048	1 838
darunter in Kleingartensiedlungen		117 285	94 506	56 009	44 832	17 465	14 156	2 231	1 685	19 121	15 798	856	732
Standortgruppe B		912	789	664	580	126	122	38	22	38	34	-	-

Obstbaumarten	Obstbäume insgesamt Stück	davon stehen auf Standortgruppe							
		A: (Haus- und Kleingärten)				B: (Ackerland, Wiesen und Weiden, Obstpflanzungen)		C: (öffentl. Straßen u. Wege, Eisenbahndämme, Kanäle)	
		insgesamt Stück	v. H.	darunter in Kleingartensiedlungen Stück	v. H.	Stück	v. H.	Stück	v. H.
Apfelbäume überhaupt . davon	1 146 114	865 457	75,5	291 434	25,4	279 203	24,4	1 454	0,1
Hochstämme	350 131	180 905	51,7	36 009	10,3	167 922	47,9	1 304	0,4
Halb- u. Viertelstämme	391 891	340 455	86,9	127 015	32,4	51 286	13,1	150	0,0
Buschbäume	267 914	216 655	80,9	88 177	32,9	51 259	19,1	.	.
Spindelbüsche und Spindeln	91 207	83 260	91,3	30 376	33,3	7 947	8,7	.	.
Spaliere	44 971	44 182	98,2	9 857	21,9	789	1,8	.	.
Birnbäume überhaupt . davon	432 553	360 184	83,3	108 512	25,1	71 552	16,5	817	0,2
Hochstämme	178 843	120 842	67,6	24 333	13,6	57 314	32,0	687	0,4
Halb- u. Viertelstämme	156 592	147 185	94,0	53 447	34,1	9 277	5,9	130	0,1
Buschbäume	60 158	55 530	92,3	21 014	34,9	4 628	7,7	.	.
Spindeln	21 710	21 510	99,1	6 625	30,5	200	0,9	.	.
Spaliere	15 250	15 117	99,1	3 093	20,3	133	0,9	.	.
Quittenbäume	19 481	18 055	92,7	4 758	24,4	1 426	7,3	.	.
Süßkirschbäume	72 023	64 041	88,9	14 180	19,7	7 948	11,0	24	0,1
Sauerkirschbäume	268 842	255 590	95,1	99 544	37,0	12 436	4,6	816	0,3
Pflaumen- und Zwetschenbäume	409 920	246 350	60,1	88 163	21,5	163 090	39,8	480	0,1
Mirabellen- und Reneklobenbäume	19 685	16 074	81,6	5 125	26,0	3 575	18,2	36	0,2
Aprikosenbäume	2 086	2 047	98,1	481	23,1	39	1,9	—	—
Pfirsichbäume	45 198	42 312	93,6	16 992	37,6	2 883	6,4	3	0,0
Walnußbäume	5 816	5 081	87,4	259	4,5	651	11,2	84	1,4
Obstbäume insgesamt .	2 421 718	1 875 191	77,4	629 448	26,0	542 803	22,4	3 724	0,2
dagegen 1938	2 003 094	1 622 404	81,0	.	.	374 161	18,7	6 529	0,3

Obstbaumarten	Obstbäume insgesamt Stück	d a v o n					
		ertragsfähig		noch nicht ertragsfähig		abgängig	
		Stück	v. H.	Stück	v. H.	Stück	v. H.
Apfelbäume	1 146 114	918 302	80,1	204 282	17,8	23 530	2,1
Birnbäume	432 553	370 560	85,7	52 798	12,2	9 195	2,1
Quittenbäume	19 481	17 766	91,2	1 356	7,0	359	1,8
Süßkirschbäume	72 023	61 506	85,4	8 731	12,1	1 786	2,5
Sauer- und Halbsauer- kirschbäume	268 842	233 822	87,0	27 034	10,0	7 986	3,0
Pflaumen- und Zwetschenbäume	409 920	339 575	82,8	64 348	15,7	5 997	1,5
Mirabellenbäume	7 810	6 923	88,7	759	9,7	128	1,6
Reneklobenbäume	11 875	10 561	88,9	1 103	9,3	211	1,8
Aprikosenbäume	2 086	1 647	79,0	369	17,7	70	3,3
Pfirsichbäume	45 198	36 000	79,6	7 685	17,0	1 513	3,4
Walnußbäume	5 816	4 863	83,6	842	14,5	111	1,9
Obstbäume insgesamt	2 421 718	2 001 525	82,7	369 307	15,2	50 886	2,1
davon							
Standortgruppe A (in Haus- und Kleingärten einschl. Schreber- gärten)	1 875 191	1 604 555	85,6	227 493	12,1	43 143	2,3
darunter in Kleingartensiedlungen	629 448	533 760	84,8	85 028	13,5	10 660	1,7
Standortgruppe B (auf dem Acker- land, auf Wiesen u. Weiden sowie in Obstpflanzungen, -plantagen)	542 803	393 545	72,5	141 574	26,1	7 684	1,4
Standortgruppe C (an Straßen und öffentlichen Wegen, Eisenbahn- dämmen, Kanälen)	3 724	3 425	92,0	240	6,4	59	1,6

in diesen Gebieten der Anbau der Hauptobstarten in der Standortgruppe B ist, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung:

Von 100 Obstbäumen entfallen auf

	Äpfel	Birnen	Süß- kirsch.	Sauer- kirsch.	Pflaumen und Zwetsch.
Francop	52,4	9,4	0,4	0,7	36,2
Neuenfelde	46,5	7,7	3,4	0,6	40,8
Cranz	36,8	16,4	7,2	0,3	38,5
Altenwerder	42,1	13,9	0,1	1,7	39,4
Finkenwerder	35,7	13,1	0,1	1,0	48,4

Der erwerbsmäßige Anbau spielt auch im Bezirk Bergedorf eine bedeutende Rolle. Hervorzuheben sind die Stadtteile Kirchwerder, Neuengamme, Curslack und Ochsenwerder.

Ertragsfähigkeit der Obstbäume

Bei der Aufgliederung nach jüngeren „noch nicht ertragsfähigen“, nach „ertragsfähigen“, d. h. nach solchen, die bereits regelmäßig Ernten erwarten lassen und nach „abgängigen“ Bäumen, also nach

solchen, die am Ende ihrer Ertragsfähigkeit stehen, kann auf die Nachwuchsverhältnisse und damit auch auf die zu erwartende Tendenz der Obstproduktion geschlossen werden.

Wie die Übersicht 3 zeigt, sind bei allen Obstarten die **Bäume im ertragfähigen Alter weitaus in der Mehrzahl** (82,7 v. H.). Der Anteil dieser Gruppe ist im Durchschnitt bei den Quitten mit 91,2 v. H. und bei den Renekloden und Mirabellen am größten, bei den Aprikosen, Pfirsichen und Äpfeln (80,1 v. H.) dagegen am geringsten. Im Gegensatz hierzu ist der Anteil an noch nicht ertragfähigen Bäumen bei den zuletzt genannten 3 Obstarten verhältnismäßig hoch. Der Anteil an abgängigen Obstbäumen am Gesamtbestand (2,1 v. H.) ist nur gering.

Die Verteilung der Bäume in ihrer Gliederung nach ertragfähigen, noch nicht ertragfähigen und abgängigen Bäumen auf die Standortgruppen deckt sich nicht mit derjenigen des gesamten Baumbestandes. Von den noch nicht ertragfähigen Bäumen befinden sich verhältnismäßig mehr Obstbäume in der Standortgruppe B (Plantagen usw.) und relativ weniger Bäume in Haus- und Kleingärten. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß in der Standortgruppe B die intensivste Obstwirtschaft getrieben und deshalb besonderer Wert auf Neupflanzungen und auf die Ausmerzungen von nicht mehr ertragfähigen Bäumen gelegt wird. Die relativ meisten abgängigen Obstbäume stehen in Kleingärten, in welchen die Obstbäume teilweise nicht als ausgesprochene Nutzpflanzen betrachtet werden.

Gegenüber der Zählung vom Jahre 1938 hat sich das Verhältnis der jüngeren, noch nicht ertragfähigen und der ertragfähigen Bäume erheblich verschoben. Vom Gesamtbestand an Obstbäumen waren:

	ertragfähig	noch nicht ertragfähig	abgängig
1951	82,7 v. H.	15,2 v. H.	2,1 v. H.
1938	72,3 v. H.	25,7 v. H.	2,0 v. H.

Die Zahl der ertragfähigen Obstbäume befindet sich seit dem Jahre 1938 im Ansteigen und ebenfalls ihr Anteil am Gesamtbaumbestand, der von 72,3 v. H. im Jahre 1938 auf 82,7 v. H. im letzten Jahre gewachsen ist. Als hinreichende Erklärung hierfür dürfte wohl die Tatsache anzusehen sein, daß gerade in den beiden letzten Jahrzehnten vielfach ein Wechsel von Hoch- und Halbstämmen zu den kleineren Baumformen stattgefunden hat, die schon wenige Jahre nach der Pflanzung Ertrag bringen.

Durch den jetzt günstigen Anteil der ertragfähigen Obstbäume am Gesamtbestand sind wir Nutznießer früherer Jahre, die mit ihren Bestrebungen zur Förderung des Kleingartenbaues auch eine Förderung des Obstbaues mit sich brachten. Dieses vom Gesichtspunkt größerer Ernten erfreuliche Bild wird aber wesentlich getrübt durch die Feststellung, daß dieser Erhöhung gleichzeitig eine absolute und auch relative Abnahme des Nachwuchses gegenübersteht, d. h., daß bald wieder die Gefahr der Überalterung des Obstbaumbestandes droht.

Die Obstbaumdichte

In der Verteilung der Obstbaumbestände nach Gebietsteilen treten naturgemäß die Außenbezirke stärker hervor. Mit über 650 000 Obstbäumen steht der Bezirk Wandsbek an der Spitze,

es folgt der Bezirk Harburg mit 520 000 Bäumen. Allein in diesen beiden Bezirken stehen zusammen rd. 1,2 Mill., das sind nahezu die Hälfte aller Obstbäume. Auf die anderen Bezirke entfallen im Durchschnitt je 250 000 Obstbäume.

Diese Zahlen besagen jedoch über die obstbauliche Bedeutung eines Gebietes nur wenig. Erst wenn man die Zahl der Bäume zur Zahl der Einwohner (Obstbaumdichteziffer) eines Gebietes in Beziehung setzt, treten die eigentlichen Obstgebiete, die über die Selbstversorgung hinaus als **Obstüberschußgebiete** zu werten sind, deutlicher hervor. Die größte Bestandsdichte ist, wie aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich wird, in **Harburg** und in **Bergedorf** (je 301 Obstbäume auf je 100 Einwohner) und in Wandsbek (297) zu verzeichnen. Die geringste Bestandsdichte ist in Hamburg-Nord (63) festzustellen. Vergleicht man die Obstbaumdichte 1938 mit der von 1951, dann zeigt sich deutlich, wie stark sich die Versorgungslage für Hamburg durch die Zunahme der Baumbestände und die Abnahme der Bevölkerung verändert hat. **Während 1938 rund 119 Obstbäume auf je 100 Einwohner entfielen, sind es heute 151.**

Obstbaumdichte nach Bezirken

Bezirk	Obstbaumbestand	Auf je 100 Einwohner entfallen
		Obstbäume
Hamburg-Mitte	263 592	109
Altona	266 782	98
Eimsbüttel	240 229	95
Hamburg-Nord	225 594	63
Wandsbek	658 152	297
Bergedorf	248 141	301
Harburg	519 228	301
insgesamt 1951	2 421 718	151
dagegen 1938	2 003 094	119

Allerdings können die nach Bezirken gebrachten Zahlen kein genaues Bild über die tatsächlichen Obstbauverhältnisse vermitteln, da auf die Begrenzung nach Bezirken örtliche Verschiedenheiten in den großen Zahlen untergehen. Einen bedeutend besseren Überblick über die regionale Verschiedenheit der Obstbauintensität in Hamburg gibt die beigefügte Tabelle über die Obstbaumzahlen und -dichte in den einzelnen Stadtteilen.

Von den Stadtteilen haben den größten Obstbaumbestand insgesamt je 100 Einwohner die Gebiete **Francop** mit 8396, **Neuenfelde** mit 4453, **Tatenberg** mit 1281 und **Cranz** mit 1279 Obstbäumen.

Ein Vergleich der in der Hansestadt Hamburg gewonnenen Ergebnisse mit den entsprechenden Zahlen des Bundes aus dem Jahre 1951 ist in folgender Zusammenstellung vorgenommen:

Obstbaumarten	Zahl der ertragfähigen Bäume			
	in Hamburg		im Bund ¹⁾	
	1000 St.	v. H.	1000 St.	v. H.
Apfelbäume	918,3	45,9	43 283	48,9
Birnbäume	370,6	18,5	14 091	15,9
Quittenbäume	17,8	0,9	307	0,3
Süßkirschbäume	61,5	3,1	4 060	4,6
Sauerkirschbäume	233,8	11,6	3 622	4,1
Pflaumen- und Zwetschenbäume	339,6	17,0	17 320	19,6
Mirabellen- und Reneklodenbäume	17,5	0,9	1 551	1,8
Aprikosenbäume	1,6	0,1	185	0,2
Pfirsichbäume	36,0	1,8	3 204	3,6
Walnußbäume	4,8	0,2	861	1,0
Insgesamt	2 001,5	100	88 484	100

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Hiernach sind im gesamten Bundesgebiet rd. 88,5 Mill. ertragfähige Bäume festgestellt worden, davon in Hamburg rd. 2,0 Mill. Setzt man die Zahl der Bäume zur Einwohnerzahl in Beziehung, so ergibt sich, daß für das ganze Bundesgebiet im Durchschnitt auf je 100 Einwohner 180 ertragfähige Obstbäume entfallen, während in Hamburg auf je 100 Einwohner nur rd. 120 ertragfähige Bäume gegenüberstehen. Diese schlechtere Versorgung Hamburgs ist naturgemäß in erster Linie eine Folge der großstädtischen Bebauung großer Gebietsteile, in denen ein Anbau von Obstbäumen nicht möglich ist. Trotzdem umschließt das Gebiet der Hansestadt Hamburg in seinen Außengebieten eins der wichtigsten geschlossenen Obstbaugebiete im Bund. Auch im Verhältnis der Häufigkeit der einzelnen Obstarten weicht der Baumbestand Hamburgs bei einzelnen Arten von dem Baumbestand des Bundes wesentlich ab; besonders auffallend ist dieses bei den Sauerkirschen (11,6 v. H. in Hamburg und 4,1 v. H. im Bund) und bei den Birnen (18,5 v. H. gegen 15,9 v. H.) sowie bei den Quitten. Bei allen anderen Fruchtarten liegen die Anteile im Bund höher als in Hamburg.

Die Baumformen

Bei den Apfel- und Birnbäumen wurde bei der Obstbaumzählung neben der Gesamtzahl der vorhandenen Bäume auch die Baumform ermittelt. Wenn die Platzverhältnisse das Pflanzen von Hoch- und Halbstämmen nicht gestatten, können mit Busch-, Spindel- und Spalierbäumen auf verhältnismäßig kleinem Raum manchmal noch recht gute Resultate erzielt werden. Obwohl in den letzten Jahrzehnten viele Buschbäume, Spindeln und Spalier angepflanzt wurden, überwiegen bei den Apfel- wie auch bei den Birnbäumen weiterhin die Bestände auf Sämlingsunterlage. Noch immer ist der Hoch-, Halb- und Viertelstamm die wichtigste Baumform. **Insgesamt entfallen in Hamburg 65,7 v. H. der Apfelbäume auf Hoch-, Halb- und Viertelstamm, 23,4 v. H. auf Buschbäume und 11,9 v. H. auf Spindeln und Spalier.** Bei den Birnbäumen sind die Hoch-, Halb- und Viertelstämme noch stärker vertreten.

Berücksichtigt man jedoch die Standortgruppen, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Während die Hochstämme als die typische

Baumform (Äpfel 60,1 v. H., Birnen 80,1 v. H.) des Erwerbsobstbaus betrachtet werden kann, finden sich die anderen Baumformen infolge ihrer frühen Tragfähigkeit und geringen Raumbeanspruchung überwiegend in Haus- und Kleingärten.

Baumformen der Apfel- und Birnbäume 1951

Baumform	Anteile der verschiedenen Baumformen am Gesamtbestand der Apfel- und Birnbäume		
	insgesamt	darunter	
		in Haus- und Kleingärten	auf Ackerland usw., Plantagen
Äpfel			
Hochstämme	30,5	20,9	60,1
Halb- u. Viertelstämme	34,2	39,4	18,4
Buschbäume	23,4	25,0	18,4
Spindelbüsche und Spindeln	8,0	9,6	2,8
Spalier	3,9	5,1	0,3
Zusammen	100	100	100
Birnen			
Hochstämme	41,4	22,4	80,1
Halb- u. Viertelstämme	36,2	49,3	12,9
Buschbäume	13,9	19,4	6,5
Spindeln	5,0	6,1	0,3
Spalier	3,5	2,8	0,2
Zusammen	100	100	100

Die Veränderungen des Bestandes an den verschiedenen Baumformen seit dem Jahre 1938 können nicht festgestellt werden, da die Unterscheidung bei der Obstbaumzählung 1951 anders definiert war als bei der Zählung im Jahre 1938.

Der Bestand an Beerenobst

Die im September/Oktober 1951 durchgeführte Zählung erstreckte sich nicht nur auf die Obstbäume, sondern auch auf die verschiedenen Obststräucher, wie Johannisbeeren, Stachelbeeren und Himbeeren; die Erdbeeren werden dagegen im Rahmen der Gemüseanbauerhebung ermittelt. Bei den Johannis- und Stachelbeeren wurde die Zahl der Sträucher, bei den Himbeeren die Anbaufläche erfragt, aber unter Berücksichtigung der Standortgruppe A (Haus- und Kleingärten) und der Standortgruppe B (Plantagen).

Übersicht 4

Der Bestand an Beerensträuchern nach Standorten im Jahre 1951

Bezirk	Johannisbeeren ¹⁾			Stachelbeeren			Himbeeren		
	in Haus- und Kleingärten	auf dem Ackerland, in Obstpflanzungen	insgesamt	in Haus- und Kleingärten	auf dem Ackerland, in Obstpflanzungen	insgesamt	in Haus- und Kleingärten	auf dem Ackerland, in Obstpflanzungen	insgesamt
	Stück						qm		
Hamburg-Mitte	135 420	833	136 253	88 213	1 927	90 140	31 797	14 100	45 897
Altona	160 880	356	161 236	93 971	151	94 122	39 008	292	39 300
Eimsbüttel	159 131	140	159 271	96 407	98	96 505	54 498	685	55 183
Hamburg-Nord	175 570	718	176 288	107 424	178	107 602	52 676	45	52 721
Wandsbek	363 030	2 794	365 824	222 663	1 827	224 490	137 547	10 400	147 947
Bergedorf	76 141	51 610	127 751	63 387	158 047	221 434	29 108	37 788	66 896
Harburg	136 812	19 204	156 016	102 493	46 116	148 609	33 324	30 502	63 826
Hansestadt Hamburg insgesamt	1 206 984	75 655	1 282 639	774 558	208 344	982 902	377 958	93 812	471 770

¹⁾ Rote, weiße und schwarze

Die Zahl der Johannisbeersträucher war, wie aus der Übersicht 4 zu ersehen ist, mit 1,3 Millionen größer als die der Stachelbeersträucher, die sich auf 1 Million belief. Innerhalb der einzelnen Bezirke ergaben sich jedoch größere Unterschiede. In dem Bezirk Bergedorf waren im Gegensatz zu den übrigen Bezirken die Stachelbeersträucher in der Mehrzahl und im Bezirk Harburg ist die Zahl der beiden Beerenarten fast gleich groß. Die mit Himbeersträuchern bepflanzte Fläche belief sich auf insgesamt 0,5 Mill. Quadratmeter, wovon 148 000 qm oder 31,4 v. H. allein im Bezirk Wandsbek lagen. Es folgen Bergedorf und Harburg mit 67 000 bzw. 64 000 qm.

Die Mehrzahl aller Beerenobstarten steht in Haus- und Kleingärten. Im einzelnen entfallen auf

Beerenarten	Haus- und Kleingärten insgesamt	Kleingärten darunter in Kleingartensiedlungen	Ackerland, Wiesen und Weiden und Plantagen
Johannisbeeren	94,1	40,7	5,9
Stachelbeeren	78,8	32,4	21,2
Himbeeren	80,1	27,8	19,9

In Bergedorf und Harburg, wo Beerenobst häufig als **Unterkultur** in Hochstammanlagen anderer Obstarten angepflanzt werden, ist der Anteil des Bestandes in der Standortgruppe B (Wiesen und Weiden, Ackerland, Plantagen) erheblich größer als in den übrigen Bezirken.

Die **Bestandsdichte**, bezogen auf 100 Einwohner, beträgt in Hamburg durchschnittlich 80 Johannisbeersträucher, 61 Stachelbeersträucher und 29 qm an Himbeeranlagen. Die größte Bestandsdichte der Beerensträucher ist in Bergedorf mit 155 Johannisbeersträuchern, 269 Stachelbeersträuchern und 81 qm Himbeeren auf 100 Einwohner festgestellt worden.

Obstertrag und Obstverbrauch

Am Anfang dieses Beitrages ist darauf hingewiesen, daß die Zählung der Obstbäume u. a. auch Unterlagen für die Beurteilung der Versorgungslage an Obst zu liefern habe. So ist ein Vergleich des Obstertrages aus dem hamburgischen Baumbestande mit dem **Obstverbrauch** der Bevölkerung von großer Bedeutung. Bei den nachfolgend genannten Zahlen handelt es sich allerdings um geschätzte Annäherungswerte. Für die Schätzung der Obsternte wurde von den Ergebnissen der jährlichen Ernte-Ermittlungen (Durchschnittserträge je Baum) der ehrenamtlichen Obstberichterstatter ausgegangen. Die Gesamterträge wurden in der Weise errechnet, daß der geschätzte Baumertrag mit der Anzahl der ertragfähigen Obstbäume aus der neuen Obstbaumzählung vielfacht wurde.

Danach beträgt die gesamte Kernobsternte etwa 353 000 dz und die Steinobsternte 139 000 dz. **Je Kopf der Bevölkerung stehen somit im Wirtschaftsjahr 1951/52 aus der heimischen Produktion ungefähr 30 kg Obst (16,9 kg Äpfel, 5,1 kg Birnen, 2,6 kg Kirschen und 5,8 kg Pflaumen und Zwetschen) zur Verfügung.**

Geschätzte Gesamtoberträge in Hamburg 1951

Obstarten	Ertragfähige Bäume	Ertrag	
		je Baum kg	insgesamt dz
Äpfel	918 302	29,5	270 521
Birnen	370 560	22,2	82 112
Süßkirschen	61 506	21,4	13 162
Sauerkirschen	233 822	11,9	27 825
Pflaumen u. Zwetschen	339 575	27,2	92 364
Mirabellen und Renekloden	17 484	14,0	2 448
Aprikosen	1 647	4,6	76
Pfirsiche	36 000	8,5	3 060

In welchen Größenordnungen bewegt sich nun aber der **tatsächliche Obstverbrauch** der Bevölkerung? Die einzigen Daten hierüber enthalten die Erhebung über Haushaltsausgaben, die seitens des Statistischen Landesamtes in 135 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien im Jahre 1949/50 durchgeführt sind. Der pro-Kopf-Verbrauch an frischem Obst beträgt

Kernobst	18,06 kg
Steinobst	3,73 kg

Diese pro-Kopf-Verbrauchsmengen beziehen sich auf den Marktverbrauch derjenigen natürlichen Personen, die ihren Bedarf zum weitaus überwiegenden Teil durch Bezug über den Markt befriedigen. Berechnungen über den Verbrauch der Selbsterzeuger gibt es allerdings mangels einwandfreier statistischer Unterlagen nicht. Es kann aber angenommen werden, daß der Verzehr an frischem Obst bei der ausschließlich aus Eigenerzeugung versorgten Verbraucherschaft weit höher liegt als bei der ausschließlich über den Markt versorgten Verbraucherschaft. Wenn man davon ausgeht, daß die in den Haus- und Kleingärten geernteten Obstmengen ohne nennenswerten Marktabsatz von den bei der Volkszählung ermittelten 131 000 Haushaltungen mit Haus- und Kleingärten im wesentlichen selbst verbraucht werden, so ergibt sich, daß ein verhältnismäßig großer Bevölkerungsteil, d. h. **rund 1,2 Mill. Einwohner ihren Obstbedarf über den Markt decken müssen.** Für diesen Teil der Bevölkerung reichen die Obsterzeugnisse des hamburgischen Erwerbsgartenbaues nicht aus; es entfallen auf den Kopf dieses Bevölkerungsteils nur etwa 11 kg Obst.

Der Zufuhrbedarf des Konsumzentrums Hamburg dürfte in Jahren mit geringer Obsternte ansteigen, um umgekehrt in guten Jahren zu fallen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Verbrauch keine feste Größe darstellt, sondern in erster Linie von der Preisgestaltung und den Einkommensverhältnissen abhängt, ferner durch Aufklärungs- und Propaganda-Aktionen beeinflusst werden kann.

Wie hoch ist nun der **Produktionswert** der Obst- und Beerenernte? Auf Grund der durchschnittlichen Preise, die den Erzeugern loco Hof gezahlt wurden, ergibt sich als ungefährender **Gesamtwert der hamburgischen Obsternte** (einschließlich Haus- und Kleingärten) ein Betrag von 18 Mill. DM und der Beerenernte von 2,6 Mill. DM.

H o h m a n n , Dipl.-Volkswirt.

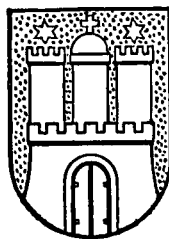
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 26. März 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 14



Die Benutzung der Pfandhäuser in Hamburg 1951

Bisher konnte in dieser Schriftenreihe nur über die **öffentlichen Leihhäuser** berichtet werden (vgl. Heft 24 vom Jahrgang 1950). So sprechend diese Zahlen auch sein mögen — bei der Bedeutung, die auch die **gewerblichen Pfandleihbetriebe** in Hamburg haben, muß die Statistik das Ganze umschließen, damit zur Anschauung kommt, in welchem Ausmaß die „Bank des kleinen Mannes“ in Anspruch genommen wird. Erstmals für 1951 ist das möglich. In Hamburg gab es am Jahresende 1951 26 gewerbliche Pfandleiher und 4 öffentliche Leihanstalten (die Leihanstalt in Harburg wurde am 1. März 1951 wiedereröffnet).

Die **Zahl der Verpfändungen in den gewerblichen und öffentlichen Pfandhäusern** betrug im Jahre 1951 **674 915**, die Gesamtsumme der **Pfanddarlehen 10 391 957 DM**. Die Zahlen teilen sich auf die Monate wie folgt auf:

	Zahl der Verpfändungen	v. H.	Summe der Darlehen DM	v. H.
Januar	51 992	7,7	800 590	7,7
Februar	48 210	7,1	754 192	7,3
März	54 958	8,1	839 366	8,1
April	57 725	8,6	891 765	8,6
Mai	60 427	9,0	955 334	9,2
Juni	58 070	8,6	879 769	8,5
Juli	59 624	8,8	892 936	8,6
August	58 051	8,6	885 138	8,5
September	55 109	8,2	836 156	8,0
Oktober	61 642	9,1	950 793	9,1
November	57 721	8,6	877 976	8,4
Dezember	51 386	7,6	827 942	8,0
zusammen	674 915	100,0	10 391 957	100,0

Von den 674 915 Verpfändungen entfielen nach den Übersichten 1 und 4 489 440 auf die gewerbliche und 185 475 auf die öffentliche Pfandleihe. Von 100 Menschen, die versetzen wollten, suchten also etwa 73 ein privates Leihhaus und 27 eine staatliche Leihanstalt auf. Hierbei wird zu berücksichtigen sein, daß sich die privaten Leihhäuser über das ganze Stadtgebiet verteilen.

Bei den Verpfändungen ist zwischen **Erstverpfändungen** und **Pfanderneuerungen** (nach Ablauf der 6monatigen Beleihungsfrist bei

den staatlichen und der 3monatigen Beleihungsfrist bei den privaten Leihhäusern) zu unterscheiden. Erneuerungen sind nämlich zunächst als Einlösung und dann als (Wieder-) Verpfändung gezählt. Bei den staatlichen Anstalten — für die privaten Leihhäuser liegen diese Angaben nicht vor — betrug der Anteil der Erneuerungen an der Gesamtzahl der Verpfändungen 21,8 v. H. und an der Gesamtsumme der Darlehen sogar 36,3 v. H. Die **Zahl der Erstverpfändungen in Hamburg dürfte sich im Jahre 1951 auf annähernd 550 000 belaufen haben.**

Der durchschnittliche Pfandbetrag war in den öffentlichen Leihhäusern 26,35 D-Mark, in den privaten 11,25 DM. Deshalb hat die staatliche Leihhausverwaltung, obgleich sie nur 27 v. H. aller Verpfändungen auf sich vereinigte, an dem Gesamtbetrag der Darlehen einen höheren Anteil als an der Zahl der Verpfändungen. Mit einer Beleihungssumme von fast 4,9 Mill. DM erreichte sie 47,0 v. H. der Gesamtsumme der Pfanddarlehen in Hamburg. Die Erklärung dürfte in erster Linie darin liegen, daß die gewerblichen Pfandleihbetriebe bei der Beschaffung von Betriebskapital den Schwierigkeiten des Kapitalmarktes gegenüberstehen.

Über die staatlichen Pfandleihanstalten liegen, wie schon in den Vorjahren, weitere betriebsstatistische Aufzeichnungen vor. Sie sind in den Übersichten 1, 2 und 3 zusammengestellt.

Übersicht 1 bringt die Aufteilung der Pfänder nach der Höhe der Pfandbeträge. Ähnlich wie im Jahre 1950 sind im Jahre 1951 44 v. H. der Pfänder mit Beträgen bis zu 10 DM und 27 v. H. mit 11 bis 20 DM beliehen worden. Diese Klein- und Kleinstkredite machten also gut $\frac{7}{10}$ der Fälle aus. In $\frac{2}{10}$ der Fälle wurden zwischen 20 und 50 DM ausgezahlt. Über 50 DM wurden bei 16 273 Verpfändungen gewährt, das sind 9 v. H. der Gesamtzahl 185 475.

Am meisten wurden wieder Kleidungsstücke und Wäsche versetzt (Übersicht 2).

47 v. H. der in den öffentlichen Pfandhäusern in Pfand gegebenen Gegenstände zählten zu diesen Warengattungen. Gegenüber den letzten Vorjahren ist deren Anteil ziemlich unverändert geblieben. Das trifft auch auf den Versatz von Wertgegen-

ständen zu, die als Gold- und Silberwaren usw. mit knapp $\frac{2}{5}$ an den Objekten beteiligt gewesen sind.

Die Pfandbilanz der staatlichen Leihhäuser war folgende:

Ende Dez. 1950	Bestand an Pfändern	70 836	darauf ruhende Darlehen	2 239 858 DM
Jan.—Dez. 1951	Verpfändungen	185 475	darauf ruhende Darlehen	4 887 239 DM
		256 311	darauf ruhende Darlehen	7 127 097 DM
Jan.—Dez. 1951	Eingelöste Pfänder	168 668	darauf ruhende Darlehen	4 655 780 DM
		87 643	darauf ruhende Darlehen	2 471 317 DM
Jan.—Dez. 1951	Verkaufte Pfänder	15 964	darauf ruhende Darlehen	407 191 DM
Ende Dez. 1951	Bestand an Pfändern	71 679	darauf ruhende Darlehen	2 064 126 DM

Übersicht 1

Die Verpfändungen in den staatlichen Pfandleihanstalten in Hamburg nach Darlehensbeträgen

Zeit	Zahl der Verpfändungen ¹⁾	Summe der Darlehensbeträge DM	Durchschnittlicher Darlehensbetrag je Pfand DM	Zahl der Verpfändungen, gegliedert nach der Höhe der Darlehensbeträge in DM							
				1-4	5-10	11-20	21-30	31-50	51-100	101-500	über 500
1951											
Januar	14 325	396 016	27,65	1 447	4 625	3 796	1 679	1 400	895	446	37
Februar	13 241	374 675	28,30	1 400	4 326	3 502	1 522	1 226	787	444	34
März	14 721	400 615	27,21	1 398	4 769	4 048	1 686	1 386	956	449	29
April	16 697	439 728	26,34	1 730	5 673	4 386	1 931	1 509	979	449	40
Mai	17 192	465 986	27,10	1 656	5 696	4 827	1 977	1 542	981	451	62
Juni	15 990	418 734	26,19	1 648	5 550	4 329	1 782	1 311	905	416	49
Juli	16 578	420 758	25,38	1 664	5 708	4 595	1 803	1 456	866	459	27
August	16 497	427 121	25,89	1 780	5 817	4 417	1 778	1 308	877	486	34
September	14 967	382 931	25,59	1 558	5 200	3 939	1 689	1 284	840	421	36
Oktober	16 677	422 439	25,33	1 812	5 856	4 415	1 829	1 403	897	420	45
November	15 335	375 332	24,48	1 588	5 394	4 242	1 687	1 237	759	400	28
Dezember	13 255	362 904	27,38	1 096	4 358	3 795	1 478	1 259	866	374	29
zusammen	185 475	4 887 239	26,35	18 757	62 972	50 291	20 841	16 321	10 608	5 215	450
v. H.	100	—	—	10,1	34,0	27,1	11,2	8,8	5,7	2,8	0,3
1952											
Januar	19 616	471 932	24,06	2 092	7 037	5 261	2 104	1 603	1 011	459	49
Februar	17 679	422 525	23,90	2 665	6 453	4 586	1 839	1 396	886	423	31

¹⁾ einschl. Erneuerungen

Übersicht 2

Die Verpfändungen in den staatlichen Pfandleihanstalten in Hamburg nach Warengattungen

Zeit	Zahl der Verpfändungen ¹⁾	Zahl der Fälle, in denen versetzt wurden				
		Betten	Kleidungsstücke	Leinen	Wertgegenstände	Sonstige Gegenstände
1951						
Januar	14 325	72	3 625	2 763	5 982	1 883
Februar	13 241	60	3 117	2 836	5 440	1 788
März	14 721	99	3 469	3 172	5 964	2 017
April	16 697	111	4 245	3 738	6 308	2 295
Mai	17 192	124	4 785	3 506	6 554	2 223
Juni	15 990	149	4 311	3 347	6 045	2 138
Juli	16 578	156	4 508	3 411	6 260	2 243
August	16 497	119	4 499	3 232	6 699	1 948
September	14 967	94	3 892	3 021	6 108	1 852
Oktober	16 677	101	4 488	3 371	6 575	2 142
November	15 335	116	4 057	3 284	6 002	1 876
Dezember	13 255	102	3 304	2 941	5 202	1 706
zusammen	185 475	1 303	48 300	38 622	73 139	24 111
v. H.	100	0,7	26,1	20,8	39,4	13,0
1952						
Januar	19 616	158	5 462	3 936	7 687	2 373
Februar	17 679	158	4 692	3 696	6 975	2 158

¹⁾ einschl. Erneuerungen

Die Verfallquote lag in den staatlichen Pfandleihanstalten im Jahre 1951 mit 8,6 v. H. günstig, vor allem gegenüber dem Jahre 1950, wo sie mit 16,1 v. H. bald doppelt so hoch war. 1949 hatte sie 10,2 v. H. betragen. Der Anteil der verfallenen Pfänder ist hier jedoch nicht auf Grund der einzelnen Verfalldaten errechnet — das wäre bei der Vielzahl der Fälle praktisch nicht möglich —, sondern aus dem Verhältnis der Zahl der verkauften Pfänder zu der Zahl der Verpfändungen unter Berücksichtigung des Pfandbestandes am Anfang und am Ende des jeweiligen Zeitraums. Dabei kann allerdings ein zeitlicher Überhang von bereits verfallenen, aber noch nicht versteigerten Pfändern (die bis zur Versteigerung noch zum Bestand zählen) zu Überschneidungen der Jahresergebnisse führen. Für eine Mehrzahl von Jahren gleicht sich das wiederum aus. So errechnet sich die Verfallquote für die Zeit vom 20. 6. 1948 bis 31. 12. 1951 auf 11,0 v. H. Also jedes 9. Pfand wurde nicht wiedeingelöst; diese Pfänder wurden, wie

gesetzlich geregelt, öffentlich versteigert (die Berechtigten haben bekanntlich einen befristeten Anspruch auf Auszahlung etwaiger Mehrerlöse; nach Fristablauf — 1 Jahr bei den staat-

lichen, 2 Jahre bei den privaten Leihhäusern — verfällt das Geld der Staatskasse).

Die Berechnung der Verfallquoten ergibt sich aus den nachstehenden Zahlen:

	Zahl der Pfänder				
	20. 6. 48 bis 31. 12. 48	Jahre			20. 6. 48 bis 31. 12. 51
	1949	1950	1951		
1. Anfangsbestand	2 589	85 499	94 064	70 836	2 589
2. Verpfändungen	119 016	172 013	158 568	185 475	635 072
Summe 1 + 2	121 605	257 512	252 632	256 311	637 661
3. Einlösungen	35 884	146 777	152 512	168 668	503 841
verbleiben	85 721	110 735	100 120	87 643	133 820
4. Verkäufe	-222	16 671	29 284	15 964	62 141
5. Endbestand	85 499	94 064	70 836	71 679	71 679
Verfallquote in v. H. (Anteil der Verkäufe an Summe von Anfangsbestand u. Verpfändungen abzüglich Endbestand)		10,2	16,1	8,6	11,0

Übersicht 3

Erneuerungen, Einlösungen, Versteigerungen und Gebühren in den staatlichen Pfandleihanstalten in Hamburg

Zeit	Erneuerungen (in Tab. 1, Sp. 2 enthalten)		Eingelöste Pfänder		Versteigerte Pfänder			Durchschnittl. Versteigerungserlös je Pfand DM	Verein- nahme Gebühren DM
	Zahl	Darlehen DM	Zahl	Darlehen DM	Zahl	Darlehen DM	Ver- steigerungserlös DM		
1951									
Januar	3 610	170 817	10 960	357 076	1 359	42 413	44 209	32,53	58 709
Februar	3 227	143 523	11 315	347 404	1 528	37 951	48 180	31,53	52 786
März	3 182	150 128	12 998	363 784	2 286	59 255	79 159	34,63	61 641
April	3 844	161 450	14 411	393 790	—	—	—	—	48 128
Mai	3 361	154 793	13 696	387 777	2 232	54 851	66 702	29,88	60 567
Juni	3 088	138 363	14 625	393 137	2 112	54 973	68 306	32,34	59 312
Juli	4 154	139 518	13 366	363 861	2 072	54 383	69 740	33,66	55 156
August	3 056	151 040	14 232	397 587	1 083	23 354	32 145	29,68	48 785
September	3 196	145 269	15 232	400 025	857	20 306	30 005	35,00	48 109
Oktober	3 412	150 511	16 012	424 815	651	17 302	25 398	39,00	50 138
November	3 295	135 947	15 250	388 468	982	21 586	35 810	36,47	48 374
Dezember	3 063	133 302	16 571	435 056	802	20 817	30 787	38,38	51 347
zusammen	40 488	1 774 661	168 668	4 655 780	15 964	407 191	530 441	33,23	643 052
1952									
Januar	4 031	174 804	12 905	385 994	863	17 945	27 349	31,69	50 748
Februar	3 841	159 841	14 448	387 446	1 131	23 788	34 056	30,11	49 977

Übersicht 4

Der Pfandverkehr der gewerblichen Pfandleihbetriebe in Hamburg im Jahre 1951

Monat	Verpfändungen	Summe der Darlehensbeträge DM	Durchschnittl. Darlehensbetrag je Pfand DM	Versteigerte Pfänder	Versteigerungserlös DM	Durchschnittl. Versteigerungserlös je Pfand DM
Januar	37 667	404 574	10,70	2 277	29 267	12,85
Februar	34 969	379 517	10,85	3 002	40 905	13,63
März	40 237	438 751	10,90	2 810	37 079	13,20
April	41 028	452 037	11,02	3 105	40 508	13,05
Mai	43 235	489 348	11,32	2 786	41 726	14,98
Juni	42 080	461 035	10,96	2 517	34 570	13,73
Juli	43 046	472 178	10,97	2 704	37 990	14,05
August	41 554	458 017	11,02	2 826	36 938	13,07
September	40 142	453 225	11,29	2 133	32 137	15,07
Oktober	44 965	528 354	11,75	2 708	41 095	15,18
November	42 386	502 644	11,86	2 849	42 028	14,75
Dezember	38 131	465 038	12,20	2 426	33 792	13,93
zusammen	489 440	5 504 718	11,20	32 143	448 035	13,94

Kehren wir zum Berichtsjahr zurück. Die 15 964 Pfänder, welche von den staatlichen Leihanstalten im Jahre 1951 zur **Versteigerung** kamen, waren mit 407 191 DM beliehen worden; sie brachten in der Versteigerung 530 441 DM. Durchschnittlich je Pfand betrug demnach das Darlehen 25,50 DM und der Verkaufserlös 33,23 DM; die Pfänder waren also zu gut $\frac{3}{4}$ ihres Versteigerungswertes beliehen worden.

Die gewerblichen Pfandleiher — siehe Übersicht 4 — brachten im Jahre 1951 32 143 Pfänder zur öffentlichen Versteigerung. Je Pfand wurden in den Versteigerungen durchschnittlich 13,94 DM erzielt — gegen, wie eben erwähnt, 33,23 DM in den Versteigerungen der staatlich beliehenen Pfänder. Diese Divergenz ist erheblicher als der uns schon bekannte Unterschied in den Pfandbeträgen (11,25 : 26,35 DM). Offenbar sind bei den Auktionen aus den staatlichen Häusern mehr ausgesprochene Wertgegenstände zum Verkauf gekommen, die den Durchschnitt beträchtlich beeinflussen haben.

Zum Abschluß seien noch die bei den Versteigerungen der öffentlichen Leihanstalten erzielten **Gold- und Silberpreise** mitgeteilt. Sie sind ermittelt aus den Erlösen von Pfändern, die keinen sogenannten Fassonwert hatten, sondern nur zu ihrem Edelmetallwert, dem Schmelzwert, verkauft worden sind, wie Trauringe und graviertes Bestecksilber.

M o n a t	1949		
	für 1 g 14 karät. Gold (585) DM	somit für 1 g Feingold (1000) DM	für 1 g Feinsilber (1000) Pfg.
Mai	4,40	7,60	10
Juni	4,30	7,40	9
Juli	4,20	7,20	8
August			9
September	4,40	7,60	9
Oktober	4,80	8,30	9
November			10
Dezember	4,70	8,10	9
	1950		
Januar	4,00	6,90	8
Februar	3,50	6,00	8
März			9
April	3,50	6,00	8
Mai	3,50	6,00	8
Juni	4,20	7,20	9
Juli			9
August	4,20	7,20	10
September	4,40	7,60	10
Oktober	3,40	5,90	10
November	3,60	6,20	11
Dezember	4,20	7,20	12
	1951		
Januar	5,00	8,60	10
Februar	4,60	7,90	11
März	4,20	7,20	13
April	4,20	7,20	12
Mai	4,10	7,10	12
Juni	3,50	6,00	12
Juli	3,40	5,90	11
August	3,30	5,70	11
September	4,00	6,90	11
Oktober	4,00	6,90	11
November	4,20	7,20	12
Dezember	4,00	6,90	11

Dr. Urban/Berger

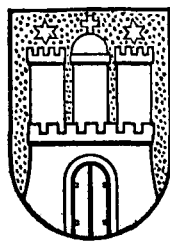
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 8. April 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 15



Die Erwerbspersonen in Hamburg nach der Lage ihrer Wohnung und Arbeitsstätte

Die moderne Entwicklung der Großstädte hat seit langem dazu geführt, daß Wohnung und Arbeitsstätte für den größten Teil der erwerbstätigen Bevölkerung nicht auf dem gleichen Grundstück, vielfach nicht einmal im gleichen Gebietsteil liegen, sondern oft räumlich weit voneinander entfernt gelegen sind. Infolgedessen sind Tausende von Erwerbspersonen gezwungen, täglich zwischen ihrer Wohnung und Arbeitsstätte hin- und herzupendeln. Diese tägliche Arbeitswanderung zu bewältigen, soweit hierbei größere Entfernungen überbrückt werden müssen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Nahverkehrs, über den im Heft 1/52 dieser Zeitschrift eingehend berichtet worden ist.

Ein weiteres Kennzeichen der modernen Großstadtentwicklung besteht aber darin, daß sich mit der Zeit besondere Arbeitszentren — zum Teil von überragender Bedeutung — herausgebildet haben, zu denen die dort Beschäftigten von allen Seiten und oft von weit her herbeiströmen. Die Zahl der hier Beschäftigten übertrifft oft die Zahl der im gleichen Gebiet wohnenden Erwerbspersonen um ein Vielfaches. Andere Stadtteile dagegen zeigen einen überwiegenden Wohncharakter; aus ihnen wandern täglich zahlreiche Erwerbspersonen, oft sogar die Mehrzahl der hier wohnenden, zu ihren Arbeitsstätten in anderen Gebietsteilen, um erst in den Nachmittagsstunden oder am Abend in ihre Wohnung zurückzukehren. Die Zahl der am Tage und in der Nacht anwesenden Bevölkerung ist infolgedessen in vielen Stadtteilen recht verschieden.

Die Volks- und Berufszählung von 1950 bietet die Möglichkeit, für Hamburg die Verteilung der Erwerbspersonen nach der Lage ihrer Wohnung und Arbeitsstätte¹⁾ zu untersuchen.

¹⁾ Die Lage der in der Haushaltsliste angegebenen Arbeitsstätte ist in manchen Fällen nicht mit der Lage des tatsächlichen Arbeitsplatzes identisch; dies gilt insbesondere für Bauarbeiter, die nicht die örtlichen Baustellen angeben, sondern den Sitz der Firma, bei der sie beschäftigt sind und die den von Fall zu Fall wechselnden örtlichen Einsatzplatz bestimmt. Ähnliches gilt vor allem auch für einen großen Teil der im Hafenbetrieb beschäftigten Erwerbspersonen sowie für zahlreiche im Transportgewerbe, der Spedition und im Lagereibetrieb beschäftigten Erwerbspersonen.

Da eine ähnliche Auszählung auch bei der Volks- und Berufszählung von 1939 durchgeführt worden ist, kann man zugleich ein zahlenmäßiges Bild darüber gewinnen, in welchem Maße sich der Charakter und die Bedeutung der einzelnen Gebietsteile der Hansestadt Hamburg als Wohngebiete oder Arbeitsgebiete infolge der Kriegsereignisse und der Kriegsfolgen gewandelt haben.

Bei der Volks- und Berufszählung von 1950 sind in Hamburg insgesamt 746 485 Erwerbspersonen gezählt worden; hiervon gehörten 2056 Erwerbspersonen zur Schiffsbevölkerung, die über keine ständige Wohnung an Land verfügen und auch an Bord des Schiffes, auf dem sie wohnen, beschäftigt sind. Es verbleiben also 744 429 Erwerbspersonen, die nach der Lage ihrer Wohnung und Arbeitsstätte in Hamburg zu untersuchen sind; hiervon waren 4647 außerhalb des Gebiets der Hansestadt Hamburg beschäftigt, so daß nur 739 782 Erwerbspersonen zugleich innerhalb Hamburgs wohnten und beschäftigt waren. Hier soll untersucht werden, in welcher Weise sich die sowohl in Hamburg wohnenden als auch in Hamburg beschäftigten Erwerbspersonen auf die einzelnen Gebietsteile verteilen, um den Charakter und die Bedeutung der einzelnen Gebietsteile als Wohngebiete oder Arbeitszentren herauszuschälen. Die Gesamtzahl der in Hamburg Beschäftigten erhöht sich aber durch Pendelwanderung von Arbeitskräften aus den Nachbarländern nicht unerheblich. Bei der Volks- und Berufszählung von 1950 sind insgesamt 49 626 in Hamburg beschäftigte Erwerbspersonen festgestellt worden, deren Wohnung außerhalb Hamburgs gelegen war, so daß die Zahl der in Hamburg Beschäftigten unter Einschluß der erwerbstätigen Schiffsbevölkerung insgesamt 791 464 Erwerbspersonen ausmacht. Über die Herkunft der von auswärts hereinkommenden Erwerbspersonen und das Arbeitsziel der auswärts beschäftigten Hamburger soll in einem späteren Aufsatz näher berichtet werden, desgleichen über Umfang, Herkunft und Ziel der innerstädtischen Pendelwanderung. Da die von auswärts hereinströmenden Arbeitskräfte

Übersicht 1

Die Verteilung der Erwerbspersonen nach Bezirken und Ortsämtern

Bezirk Ortsamt	1950					1939				
	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbs- personen kommen	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbs- personen kommen
	ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte			ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte		
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	Beschäftigte	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	Beschäftigte
Bezirk 1 Hamburg-Mitte . . .	120 592	16,20	300 259	40,34	249,0	221 249	27,66	389 286	48,67	175,9
<i>davon im</i>										
O. A. Billstedt	29 087	3,91	16 876	2,27	58,0	16 935	2,12	14 602	1,83	86,2
O. A. Veddel-Rothenburgsort	10 443	1,40	26 762	3,60	256,3	27 369	3,42	60 025	7,50	219,3
O. A. Finkenwerder	8 371	1,12	11 347	1,52	135,6	3 047	0,38	7 809	0,98	256,3
Restgebiet des Bezirks	72 691	9,77	245 274	32,95	337,4	173 898	21,74	306 850	38,36	176,5
Bezirk 2 Altona	126 155	16,95	95 908	12,88	76,0	102 705	12,84	89 925	11,24	87,6
<i>davon im</i>										
O. A. Blankenese	34 974	4,70	18 454	2,48	52,8	17 132	2,14	9 531	1,19	55,6
Restgebiet des Bezirks	91 181	12,25	77 454	10,40	84,9	85 573	10,70	80 394	10,05	93,9
Bezirk 3 Eimsbüttel	119 574	16,06	82 433	11,07	68,9	117 499	14,69	69 327	8,67	59,0
<i>davon im</i>										
O. A. Lokstedt	19 322	2,59	13 053	1,75	67,6	10 132	1,26	8 656	1,08	85,4
O. A. Stellingen	12 930	1,74	9 781	1,31	75,6	7 486	0,94	7 333	0,92	98,0
Restgebiet des Bezirks	87 322	11,73	59 599	8,01	68,3	99 881	12,49	53 338	6,67	53,4
Bezirk 4 Hamburg-Nord	167 584	22,51	110 086	14,79	65,7	194 466	24,31	106 830	13,36	54,9
<i>davon im</i>										
O. A. Barmbek-Uhlenhorst	48 613	6,53	40 425	5,43	83,2	119 883	14,99	58 725	7,34	49,0
O. A. Fuhlsbüttel	29 410	3,95	17 111	2,30	58,2	13 821	1,72	10 340	1,29	74,8
Restgebiet des Bezirks	89 561	12,03	52 550	7,06	58,7	60 762	7,60	37 765	4,73	62,2
Bezirk 5 Wandsbek	96 377	12,95	59 489	7,99	61,7	74 020	9,25	48 365	6,05	65,3
<i>davon im</i>										
O. A. Bramfeld	13 247	1,78	5 147	0,69	38,9	4 211	0,52	2 168	0,27	51,5
O. A. Alstertal	17 324	2,33	7 717	1,04	44,5	7 256	0,91	2 798	0,35	38,6
O. A. Walddörfer	11 638	1,56	5 594	0,75	48,1	4 946	0,62	2 676	0,33	54,1
O. A. Rahlstedt	14 304	1,92	7 222	0,97	50,5	7 225	0,90	3 652	0,46	50,5
Restgebiet des Bezirks	39 864	5,36	33 809	4,54	84,8	50 382	6,30	37 071	4,64	73,6
Bezirk 6 Bergedorf	37 436	5,03	28 681	3,85	76,6	26 946	3,37	21 827	2,73	81,0
<i>davon im</i>										
O. A. Vier- u. Marschlande	15 319	2,06	12 210	1,64	79,7	11 962	1,50	11 046	1,38	92,3
Restgebiet des Bezirks	22 117	2,97	16 471	2,21	74,5	14 984	1,87	10 781	1,35	72,0
Bezirk 7 Hamburg	76 711	10,30	62 926	8,45	82,0	62 989	7,88	58 567	7,32	93,0
<i>davon im</i>										
O. A. Wilhelmsburg	23 501	3,15	16 285	2,19	69,3	16 892	2,11	15 771	1,97	93,4
O. A. Süderelbe	11 696	1,57	7 171	0,96	61,3	6 841	0,86	5 107	0,64	74,7
Restgebiet des Bezirks	41 514	5,58	39 470	5,30	95,1	39 256	4,91	37 689	4,71	96,0
außerhalb Hamburgs	—	—	4 647	0,63	—	—	—	15 747	1,96	—
Hansestadt Hamburg insges.	744 429	100	744 429	100	—	799 874	100	799 874	100	—

nicht nach der Lage ihrer Arbeitsstätte genau bestimmt werden können, sind die für die Gebietsteile genannten Beschäftigtenzahlen aus der Berufszählung Mindestzahlen, die teils mehr oder weniger durch Zuwanderung von außerhalb erhöht werden.

In großen Umrissen geht die Verteilung der Erwerbspersonen nach der Lage ihrer Wohnung und der Lage ihrer Arbeitsstätten schon aus der Übersicht 1 hervor, in der zunächst nur die 7 Bezirke und 15 Ortsämter der Verwaltungsgliederung berücksichtigt worden sind. Bereits diese Übersicht läßt deutlich die verschiedene Schwerpunkt-lage der bevorzugten Wohngebiete oder Arbeitsgebiete der hamburgischen Bevölkerung erkennen. Als wichtigstes Wohngebiet hebt sich der Bezirk Hamburg-Nord heraus, in dem über 167 000 Erwerbspersonen, d. h. mehr als ein Fünftel aller in

Hamburg wohnenden Erwerbspersonen, ihre Wohnung haben. Dagegen ist der Bezirk Hamburg-Mitte das wichtigste Arbeitsgebiet, da hier über 300 000 Erwerbspersonen, d. h. über 40 v. H. der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen, ihre Arbeitsstätte haben. Der verschiedene Charakter der einzelnen Bezirke wird aber erst deutlich erkennbar, wenn man die Zahl der in dem Bezirk wohnenden mit der Zahl der dort beschäftigten Erwerbspersonen vergleicht. Es zeigt sich dann, daß nur im Bezirk Hamburg-Mitte mehr Erwerbspersonen beschäftigt sind als dort wohnen. Der Bezirk Hamburg-Mitte hebt sich deutlich als Arbeitsplatzschwerpunkt heraus, denn hier ist die Zahl der Beschäftigten durchschnittlich 2½mal so groß wie die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen. In allen übrigen 6 Bezirken dagegen wohnen mehr Erwerbspersonen als dort be-

Die Verteilung der Erwerbspersonen nach Stadtteilen

Stadtteil	1950					1939				
	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kommen Beschäftigte	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kommen Beschäftigte
	ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte			ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte		
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
Bezirk 1 Hamburg-Mitte										
Hamburg-Altstadt	5 135	0,69	101 570	13,64	1978,0	9 100	1,14	118 928	14,87	1306,9
Hamburg-Neustadt	15 291	2,05	64 797	8,70	423,8	28 637	3,58	77 681	9,71	271,3
St. Pauli	27 747	3,73	26 180	3,52	94,4	32 654	4,08	25 720	3,22	78,8
St. Georg	11 975	1,61	25 486	3,42	212,8	20 178	2,52	28 452	3,56	141,0
Klostertor	2 201	0,29	9 967	1,34	452,8	6 780	0,85	16 723	2,09	246,7
Hammerbrook	871	0,12	7 286	0,98	836,5	22 220	2,78	14 843	1,86	66,8
Borgfelde	1 622	0,22	2 567	0,35	158,3	12 198	1,52	5 709	0,71	46,8
Hamm-Nord	5 136	0,69	3 196	0,43	62,2	19 256	2,41	8 132	1,02	42,2
Hamm-Mitte	1 314	0,18	2 265	0,31	172,4	13 899	1,74	5 248	0,66	37,8
Hamm-Süd	1 399	0,19	1 960	0,26	140,1	8 976	1,12	5 414	0,68	60,3
Horn	12 825	1,72	3 913	0,53	30,5	9 746	1,22	2 650	0,33	27,2
Billstedt	10 825	1,45	5 206	0,70	48,1	6 126	0,77	3 864	0,48	63,1
Billbrook	5 437	0,73	7 757	1,04	142,7	1 063	0,13	8 088	1,01	760,9
Billwerder-Ausschlag	2 988	0,40	4 694	0,63	157,1	10 528	1,32	5 879	0,73	55,8
Rothenburgsort	1 155	0,16	2 720	0,37	235,5	11 109	1,39	5 423	0,68	48,8
Veddel	4 493	0,60	7 200	0,97	160,2	3 753	0,47	6 242	0,78	166,3
Kleiner Grasbrook	1 411	0,19	1 963	0,26	139,1	1 547	0,19	2 523	0,32	163,1
Steinwerder	396	0,05	10 185	1,37	2572,0	432	0,05	39 958	4,99	9249,5
Waltershof	1 625	0,22	1 437	0,19	88,4	196	0,02	1 061	0,13	541,3
Finkenwerder	6 746	0,91	9 910	1,33	146,9	2 851	0,36	6 748	0,84	236,7
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	120 592	16,20	300 259	40,34	249,0	221 249	27,66	389 286	48,67	175,9
Bezirk 2 Altona										
Altona-Altstadt	19 050	2,56	17 626	2,37	92,5	32 194	4,02	24 300	3,04	75,5
Altona-Nord	13 551	1,82	10 388	1,39	76,7	14 751	1,84	11 832	1,48	80,2
Ottensen	26 596	3,57	23 330	3,13	87,7	20 051	2,51	20 224	2,53	100,9
Bahrenfeld	18 964	2,55	16 623	2,23	87,7	11 676	1,46	16 735	2,09	143,3
Gr. Flottbek	6 939	0,93	3 468	0,46	50,0	3 647	0,46	2 158	0,27	59,2
Othmarschen	6 081	0,82	6 019	0,81	99,0	3 254	0,41	5 145	0,64	158,1
Lurup	6 057	0,81	1 679	0,23	27,7	3 073	0,38	642	0,08	20,9
Osdorf	4 822	0,65	2 526	0,34	52,4	1 965	0,25	1 215	0,15	61,8
Nienstedten	4 190	0,56	2 897	0,39	69,1	2 392	0,30	1 940	0,24	81,1
Blankenese	10 536	1,42	5 345	0,72	50,7	} 7 508	0,94	4 761	0,60	63,4
Iserbrook	3 980	0,53	3 246	0,44	81,6					
Sülldorf	1 710	0,23	684	0,09	40,0					
Rissen	3 679	0,50	2 077	0,28	56,5	1 467	0,18	642	0,08	43,8
Bezirk 2 Altona	126 155	16,95	95 908	12,88	76,0	102 705	12,84	80 925	11,24	87,6
Bezirk 3 Eimsbüttel										
Eimsbüttel	43 033	5,78	20 479	2,75	47,6	59 108	7,39	21 809	2,73	36,9
Rotherbaum	19 541	2,62	21 959	2,95	112,4	16 723	2,09	18 384	2,30	109,9
Harvestehude	15 797	2,12	12 631	1,69	80,0	11 467	1,43	8 249	1,03	71,9
Hoheluft-West	8 951	1,20	4 530	0,61	50,6	12 583	1,57	4 896	0,61	38,9
Lokstedt	6 622	0,89	7 645	1,03	115,4	3 507	0,44	5 301	0,66	151,2
Niendorf	7 456	1,00	3 042	0,41	40,8	3 453	0,43	1 459	0,18	42,3
Schnelsen	5 244	0,71	2 366	0,32	45,1	3 172	0,40	1 896	0,24	59,8
Eidelstedt	5 843	0,79	4 192	0,56	71,7	3 237	0,41	2 971	0,37	91,8
Stellingen	7 087	0,95	5 589	0,75	78,9	4 249	0,53	4 362	0,55	102,7
Bezirk 3 Eimsbüttel	119 574	16,06	82 433	11,07	68,9	117 499	14,69	69 327	8,67	59,0
Bezirk 4 Hamburg-Nord										
Hoheluft-Ost	8 342	1,12	6 349	0,85	76,1	8 799	1,10	5 699	0,71	64,8
Eppendorf	24 295	3,26	13 776	1,85	56,7	15 870	1,98	9 420	1,18	59,4
Gr. Borstel	6 891	0,92	3 158	0,43	45,8	2 137	0,27	2 547	0,32	119,2
Alsterdorf	6 604	0,89	5 007	0,67	75,8	3 334	0,42	2 435	0,31	73,0
Winterhude	43 429	5,83	24 260	3,26	55,9	30 622	3,83	17 664	2,21	57,7
Uhlenhorst	9 517	1,28	8 715	1,17	91,6	15 582	1,95	11 357	1,42	72,9
Hohenfelde	5 108	0,69	5 366	0,72	105,1	12 946	1,62	7 778	0,97	60,1
Barmbek-Süd	10 481	1,41	12 688	1,71	121,1	46 445	5,81	22 956	2,87	49,4
Dulsberg	6 297	0,85	2 395	0,32	38,0	12 235	1,53	1 985	0,25	16,2
Barmbek-Nord	17 210	2,31	11 261	1,51	65,4	32 675	4,08	14 649	1,83	44,8
Ohlsdorf	8 066	1,08	5 209	0,70	64,6	4 360	0,54	3 444	0,43	79,0
Fuhlsbüttel	9 146	1,23	5 349	0,72	58,5	4 476	0,56	2 895	0,36	64,7
Langenhorn	12 198	1,64	6 553	0,88	53,7	4 985	0,62	4 001	0,50	80,3
Bezirk 4 Hamburg-Nord	167 584	22,51	110 086	14,79	65,7	194 466	24,31	106 830	13,36	54,9

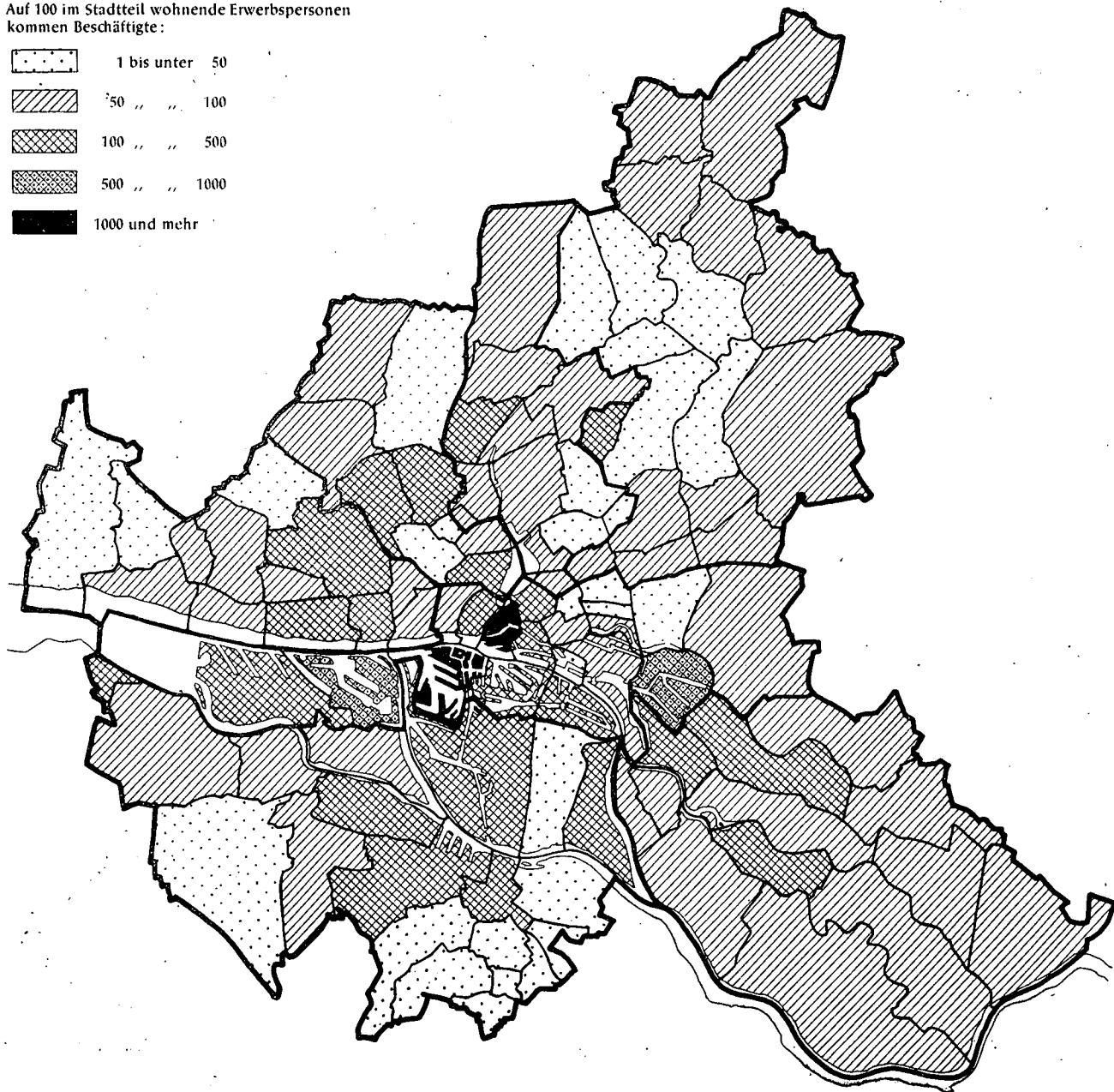
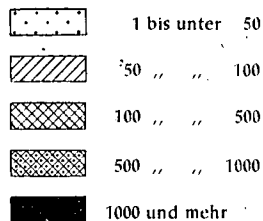
Übersicht 2 (Fortsetzung)

Stadtteil	1950					1939				
	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kommen	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kommen
	ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte			ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte		
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	Beschäftigte	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	Beschäftigte
Bezirk 5 Wandsbek										
Eilbek	3 225	0,43	5 237	0,70	162,4	23 581	2,95	14 390	1,80	61,0
Wandsbek	14 246	1,91	15 881	2,13	111,5	15 387	1,92	15 279	1,91	99,3
Marienthal	5 142	0,69	3 791	0,51	73,7	4 472	0,56	3 901	0,49	87,2
Jenfeld	5 921	0,80	3 680	0,50	62,2	1 551	0,19	1 107	0,14	71,4
Tonndorf	5 392	0,73	2 934	0,39	54,4	2 519	0,31	1 537	0,19	61,0
Farmsen	5 938	0,80	2 276	0,31	38,3	2 872	0,36	857	0,11	29,8
Bramfeld	10 482	1,41	4 530	0,61	43,2	4 074	0,51	2 001	0,25	49,1
Steilshoop	2 765	0,37	627	0,08	22,7	137	0,02	167	0,02	121,9
Wellingsbüttel	4 470	0,60	2 023	0,27	45,3	2 041	0,26	852	0,11	41,7
Sasel	5 516	0,74	2 252	0,30	40,8	2 378	0,30	850	0,11	35,7
Poppenbüttel	5 251	0,71	1 929	0,26	36,7	1 878	0,23	646	0,08	34,4
Hummelsbüttel	2 087	0,28	1 513	0,20	72,5	959	0,12	450	0,06	46,9
Lemsahl-Mellingstedt	1 269	0,17	499	0,07	39,3	467	0,06	269	0,03	57,6
Duvenstedt	1 171	0,16	671	0,09	57,3	562	0,07	334	0,04	59,4
Wohldorf-Ohlstedt	1 815	0,24	1 038	0,14	57,2	778	0,10	486	0,06	62,5
Bergstedt	1 694	0,23	745	0,10	44,0	580	0,07	304	0,04	52,4
Volksdorf	5 689	0,76	2 641	0,36	46,4	2 559	0,32	1 283	0,16	50,1
Rahlstedt	14 304	1,92	7 222	0,97	50,5	7 225	0,90	3 652	0,45	50,5
Bezirk 5 Wandsbek	96 377	12,95	59 489	7,99	61,7	74 020	9,25	48 365	6,05	65,3
Bezirk 6 Bergedorf										
Lohrbrügge	6 431	0,86	3 491	0,47	54,3	4 303	0,54	2 799	0,35	65,0
Bergedorf	15 686	2,11	12 980	1,75	82,7	10 681	1,33	7 982	1,00	74,7
Curslack	1 366	0,18	1 052	0,14	77,0	1 161	0,14	1 002	0,12	86,3
Altengamme	1 181	0,16	897	0,12	76,0	1 052	0,13	808	0,10	76,8
Neuengamme	1 846	0,25	1 575	0,21	85,3	1 568	0,20	1 345	0,17	85,8
Kirchwerder	4 700	0,63	3 954	0,53	84,1	4 139	0,52	3 745	0,47	90,5
Ochsenwerder	1 638	0,22	1 325	0,18	80,9	1 373	0,17	1 213	0,15	88,3
Reitbrook	394	0,05	384	0,05	97,5	311	0,04	437	0,05	140,5
Allermöhe	807	0,11	686	0,09	85,0	643	0,08	575	0,07	89,4
Billwerder	1 991	0,27	995	0,13	50,0	536	0,07	605	0,08	112,9
Moorfleet	827	0,11	742	0,10	89,7	677	0,08	824	0,10	121,7
Tatenberg	230	0,03	283	0,04	123,0	213	0,03	205	0,03	96,2
Spadenland	339	0,05	317	0,04	93,5	289	0,04	287	0,04	99,3
Bezirk 6 Bergedorf	37 436	5,03	28 681	3,85	76,6	26 946	3,37	21 827	2,73	81,0
Bezirk 7 Harburg										
Harburg	12 728	1,71	22 271	2,99	175,0	17 595	2,20	22 390	2,80	127,3
Neuland	1 218	0,16	525	0,07	43,1	699	0,09	253	0,03	36,2
Gut Moor	136	0,02	54	0,01	39,7	77	0,01	15	0,00	19,5
Wilstorf	7 068	0,95	3 145	0,42	44,5	5 268	0,66	2 466	0,31	46,8
Rönneburg	883	0,12	381	0,05	43,1	683	0,08	253	0,03	37,0
Langenbek	296	0,04	100	0,01	33,8	219	0,03	68	0,01	31,1
Sinstorf	1 062	0,14	403	0,05	37,9	368	0,05	263	0,03	71,5
Marmstorf	1 486	0,20	549	0,07	36,9	995	0,12	307	0,04	30,9
Eißendorf	6 965	0,94	1 872	0,25	26,9	5 657	0,71	1 434	0,18	25,3
Heimfeld	9 672	1,30	10 170	1,37	105,1	7 695	0,96	10 240	1,28	133,1
Wilhelmsburg	16 177	2,17	13 808	1,86	85,4	12 881	1,61	13 699	1,71	106,4
Georgswerder	6 695	0,90	1 926	0,26	28,8	3 456	0,43	1 379	0,17	39,9
Moorwerder	629	0,08	551	0,07	87,6	555	0,07	693	0,09	124,9
Altenwerder	1 117	0,16	724	0,10	64,8	933	0,12	662	0,08	71,0
Moorburg	1 049	0,14	651	0,09	62,1	1 007	0,13	1 156	0,14	114,8
Hausbruch	2 190	0,29	927	0,12	42,3	1 103	0,14	765	0,10	69,4
Neugraben-Fischbek	4 539	0,61	2 464	0,33	54,3	1 578	0,20	510	0,06	32,3
Francop	433	0,06	375	0,05	86,6	354	0,04	289	0,04	81,6
Neuenfelde	1 969	0,26	1 751	0,24	88,9	1 565	0,19	1 423	0,18	90,9
Cranz	399	0,05	279	0,04	69,9	301	0,04	302	0,04	100,3
Bezirk 7 Harburg	76 711	10,30	62 926	8,45	82,0	62 989	7,88	58 567	7,32	93,0
außerhalb Hamburgs	—	—	4 647	0,63	—	—	—	15 747	1,96	—
Hansestadt Hamburg insges.	744 429	100	744 429	100	—	799 874	100	799 874	100	—

Die Beschäftigten nach Stadtteilen in der Hansestadt Hamburg

1939

Auf 100 im Stadtteil wohnende Erwerbspersonen kommen Beschäftigte:



schäftigt sind. Der Wohncharakter tritt besonders im Bezirk Wandsbek hervor, wo auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen nur 62 dort Beschäftigte kommen. Ähnlich liegen die Verhältnisse aber auch in Hamburg-Nord und Eimsbüttel, die die volkreichsten Wohngebiete Hamburgs umschließen.

Eine Gliederung nach den 7 großen Bezirken vermag aber nur einen groben Einblick in die Schwerpunktverteilung nach Wohngebieten oder Arbeitszentren zu vermitteln. Schon die Ausgliederung der 15 Ortsämter und der dann verbleibenden Restgebiete der Bezirke in Übersicht 1 läßt erkennen, daß die Verhältnisse in dieser Beziehung innerhalb der Bezirke recht verschieden sind. Aber erst eine feinere Gliederung nach Stadtteilen, wie sie in der Übersicht 2 geboten wird, läßt den verschiedenen

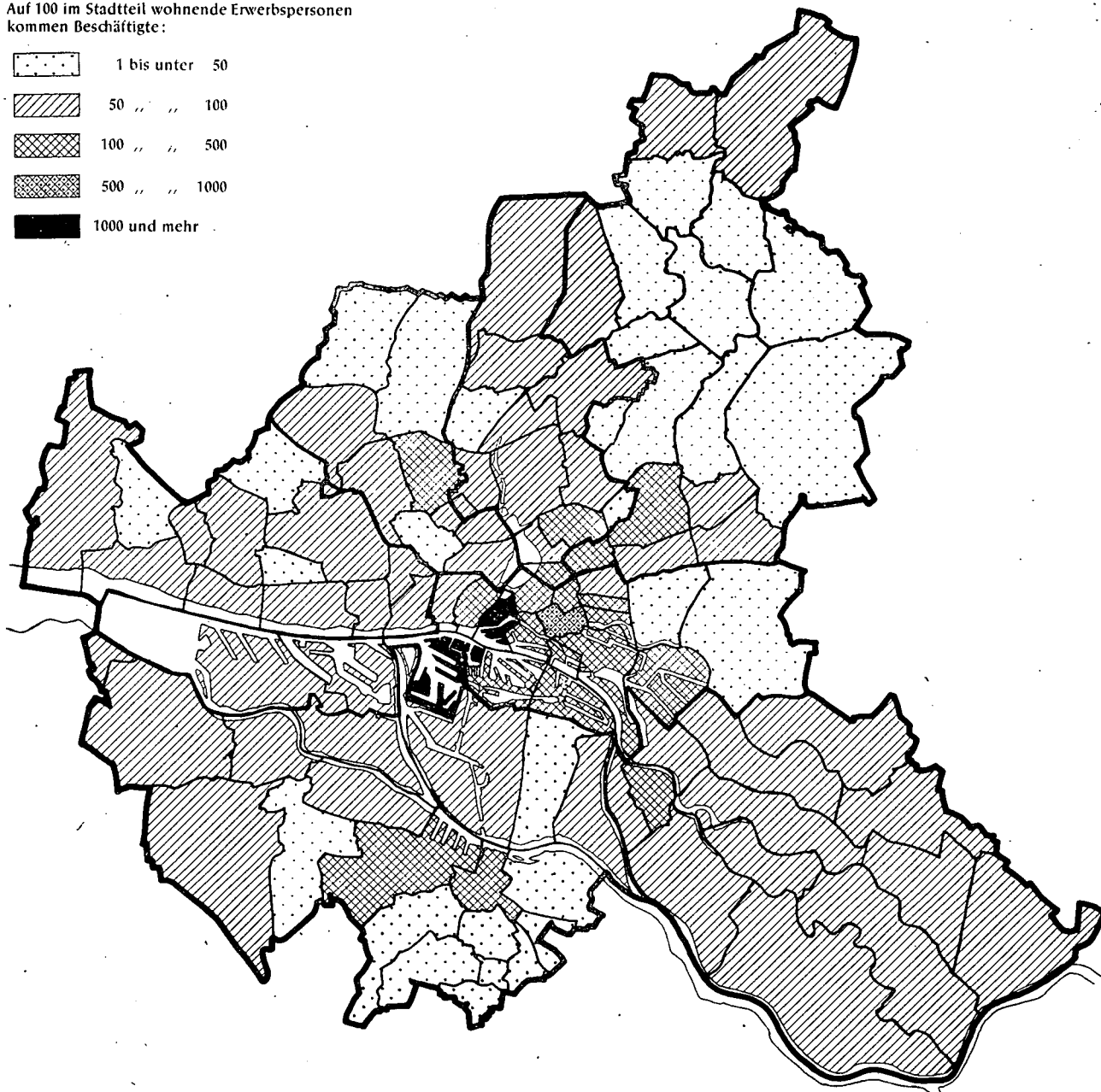
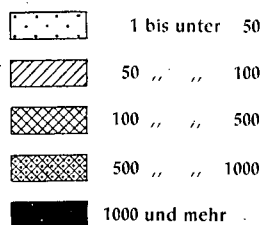
Charakter der einzelnen Gebiete deutlich hervortreten und erkennen, wo sich in Wirklichkeit die Arbeitsstätten der hamburgischen Erwerbspersonen zusammenballen.

Der Schwerpunkt der Arbeit nach der Zahl der Beschäftigten liegt im Stadtteil **Hamburg-Altstadt** mit 102 000 Beschäftigten. Als nächste folgen die Stadtteile Hamburg-Neustadt mit rund 65 000, St. Pauli mit rund 26 000 und St. Georg mit rund 25 000 Beschäftigten. Es handelt sich hierbei um die Innenstadt und die angrenzenden ältesten Hamburger Vororte. In diesem Gebiet sind im ganzen nicht weniger als 218 000 in Hamburg wohnende Erwerbspersonen beschäftigt; bei Einrechnung der von außerhalb hereinströmenden Erwerbspersonen dürften in diesem Gebiet etwa 250 000 Personen arbeiten. Neben diesen vier

Die Beschäftigten nach Stadtteilen in der Hansestadt Hamburg

1950

Auf 100 im Stadtteil wohnende Erwerbspersonen kommen Beschäftigte:

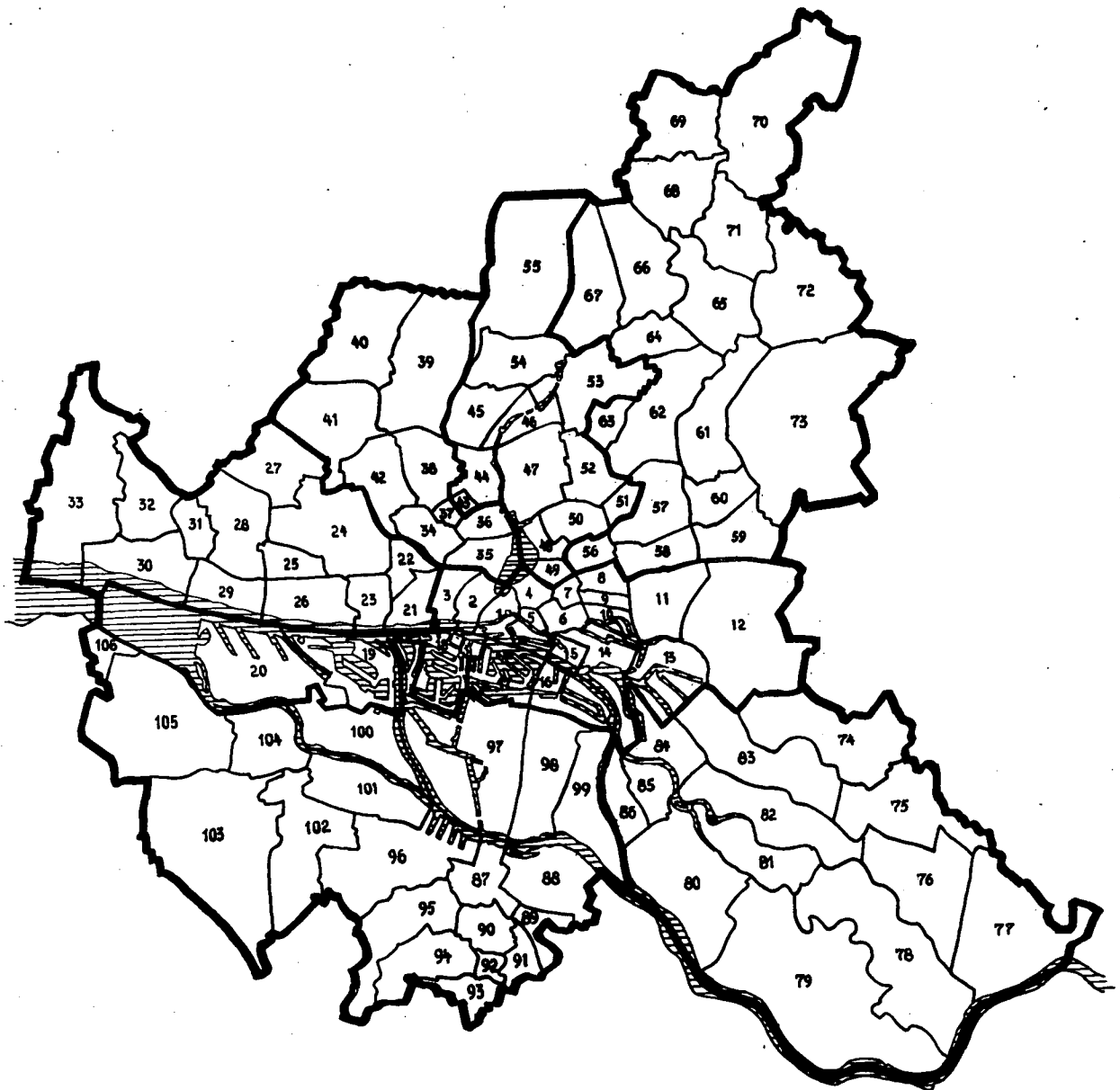


althamburgischen Stadtteilen sind nur noch in den Arbeitsstätten von fünf anderen Stadtteilen jeweils etwas mehr als 20 000 Erwerbspersonen beschäftigt, nämlich in Ottensen, Eimsbüttel, Rotherbaum, Winterhude und Harburg.

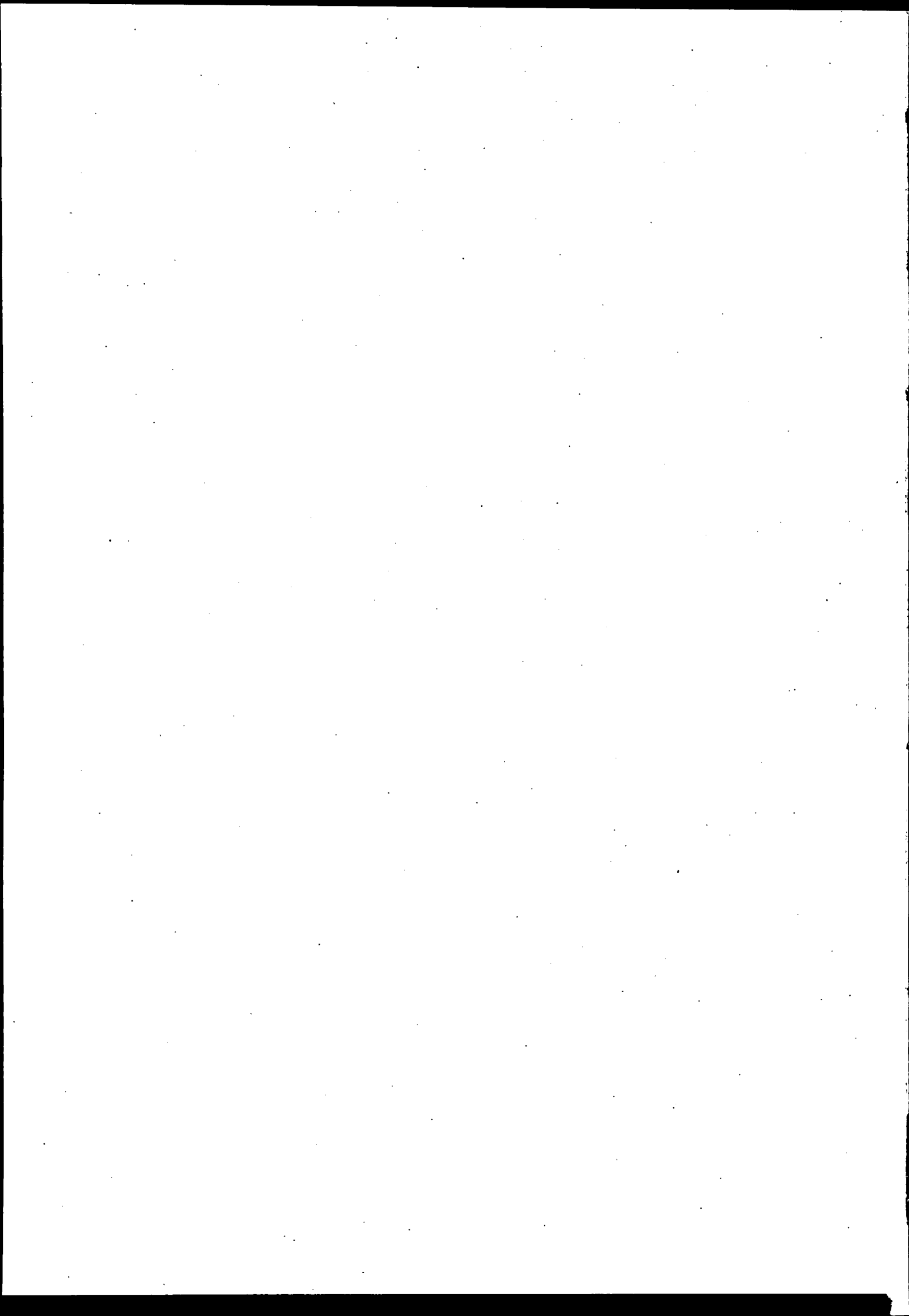
Als wichtigste Wohngebiete der hamburgischen Erwerbspersonen heben sich die Stadtteile Winterhude und Eimsbüttel mit je rund 43 000 dort wohnende Erwerbspersonen heraus. Mehr als 20 000 Erwerbspersonen wohnen außerdem nur noch in St. Pauli, Ottensen und Eppendorf. 3 Stadtteile, nämlich St. Pauli, Eimsbüttel und Ottensen, sind volkreiche Wohngebiete und weisen auch eine große Häufung von Arbeitsstätten auf. Um den

Charakter der Stadtteile näher zu bestimmen, ist es deshalb wichtig, festzustellen, ob die Zahl der dort beschäftigten oder die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen überwiegt. Es zeigt sich dann, daß in St. Pauli, Eimsbüttel und Ottensen die Zahl der dort beschäftigten Erwerbspersonen geringer ist als die Zahl der dort wohnenden. Berechnet man für alle Stadtteile, wieviele Beschäftigte auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kommen, so sieht man, daß von den 106 Stadtteilen im Jahre 1950 nur 24 ein Übergewicht an Erwerbspersonen aufweisen, die in dem betr. Stadtteil beschäftigt sind. Ordnet man diese nach der Höhe des relativen Übergewichts der Beschäftigten, so erhält man folgende Reihenfolge:

DIE STADTTTEILE DER HANSESTADT HAMBURG



Stadtteil	Nr.	Stadtteil	Nr.	Stadtteil	Nr.	Stadtteil	Nr.	Stadtteil	Nr.
Hmb.-Altstadt	1	Altona-Nord	22	Hoheluft-Ost	43	Wellingsbüttel	64	Tatenberg	85
Neustadt	2	Ottensen	23	Eppendorf	44	Sasel	65	Spadenland	86
St. Pauli	3	Bahrenfeld	24	Gr.Borstel	45	Poppenbüttel	66	Harburg	87
St. Georg	4	Gr.Flottbek	25	Alsterdorf	46	Hummelsbüttel	67	Neuland	88
Klosterter	5	Othmarschen	26	Winterhude	47	Lems-Mallingst.	68	Gut Moor	89
Hammerbrook	6	Lurup	27	Uhlenhorst	48	Duvenstedt	69	Wilstorf	90
Borgfelde	7	Osdorf	28	Hohenfelde	49	Wohldorf-Ohlst.	70	Rönneburg	91
Hamm-Nord	8	Nienstedten	29	Barmbek-Süd	50	Bergstedt	71	Langenbek	92
Hamm-Mitte	9	Blankenese	30	Dulsberg	51	Volksdorf	72	Sinstorf	93
Hamm-Süd	10	Iserbrook	31	Barmbek-Nord	52	Rahlstedt	73	Marmstorf	94
Horn	11	Sülldorf	32	Ohlsdorf	53	Lohbrügge	74	Eißendorf	95
Billstedt	12	Rissen	33	Fuhlsbüttel	54	Bergedorf	75	Heimfeld	96
Billbrook	13	Eimsbüttel	34	Langenhorn	55	Curslack	76	Wilhelmsburg	97
Billw.Ausschlag	14	Rotherbaum	35	Eilbek	56	Altengamme	77	Georgswerder	98
Rothenburgsort	15	Harvestehude	36	Wandsbek	57	Neuengamme	78	Moorwerder	99
Veddel	16	Hoheluft-West	37	Marienthal	58	Kirchwerder	79	Altenwerder	100
Kl. Grasbrook	17	Lokstedt	38	Jenfeld	59	Ochsenwerder	80	Moorburg	101
Steinwerder	18	Niendorf	39	Tonndorf	60	Reitbrook	81	Hausbruch	102
Waltershof	19	Schnelsen	40	Farmsen	61	Allermöhe	82	Neugr.-Fischbek	103
Finkenwerder	20	Eidelstedt	41	Bramfeld	62	Billwerder	83	Francop	104
Altona-Altstadt	21	Stellingen	42	Steilshoop	63	Moorfleet	84	Neuenfelde	105
								Cranz	106



Übersicht 3

24 Stadtteile, in denen im Jahre 1950 mehr Erwerbspersonen beschäftigt waren als dort wohnten

Stadtteil	Zahl der dort		relatives Übergewicht der Beschäftigten ¹⁾
	wohnenden Erwerbspersonen	beschäftigten	
* 1. Steinwerder	396	10 185	2 572
* 2. Altstadt	5 135	101 570	1 978
3. Hammerbrook	871	7 286	837
* 4. Klostertor	2 201	9 967	453
* 5. Neustadt	15 291	64 797	424
6. Rothenburgsort	1 155	2 720	235
* 7. St. Georg	11 975	25 486	213
* 8. Harburg	12 728	22 271	175
9. Hamm-Mitte	1 314	2 265	172
10. Eilbek	3 225	5 237	162
* 11. Veddel	4 493	7 200	160
12. Borgfelde	1 622	2 567	158
13. Billw.-Ausschlag	2 988	4 694	157
* 14. Finkenwerder	6 746	9 910	147
* 15. Billbrook	5 437	7 757	143
16. Hamm-Süd	1 399	1 960	140
* 17. Kl. Grasbrook	1 411	1 963	139
18. Tatenberg	230	283	123
19. Barmbek-Süd	10 481	12 688	121
* 20. Lokstedt	6 622	7 645	115
* 21. Rotherbaum	19 541	21 959	112
22. Wandsbek	14 246	15 887	112
23. Hohenfelde	5 108	5 366	105
* 24. Heimfeld	9 672	10 170	105

¹⁾ Beschäftigte auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen.

Von diesen 24 Stadtteilen, die im Jahre 1950 ein Übergewicht an beschäftigten Erwerbspersonen aufwiesen, liegen allein 14 Stadtteile im **Bezirk Hamburg-Mitte**. Zwar ist in einigen von ihnen die absolute Zahl der Beschäftigten nur klein, so daß man sie trotz des relativen Übergewichts der dort Beschäftigten über die dort wohnenden Erwerbspersonen nicht als Arbeitsschwerpunkte bezeichnen kann. Es handelt sich bei vielen von ihnen um Stadtteile, die vor dem Kriege überwiegend Wohngebiete waren; dies gilt vor allem für Hammerbrook, Hamm-Mitte und Hamm-Süd, Eilbek, Hohenfelde, Borgfelde sowie Barmbek-Süd. Diese Stadtteile sind durch Luftangriffe fast völlig zerstört. Nach dem Kriege sind hier nach und nach zahlreiche Betriebe wiederhergestellt, der planmäßige Wiederaufbau der Wohngebäude ist in diesem Gebiet aber bisher noch wenig gefördert worden. Das gegenwärtige Übergewicht der Beschäftigten in diesen Stadtteilen ist also weder durch ihre Lage noch ihre besondere Struktur begründet, sondern eine Folge der Kriegsereignisse. Die künftige Struktur dieser Stadtteile wird vornehmlich durch die von der Stadtplanung ausgearbeiteten Aufbaupläne bestimmt werden.

Untersucht man, welche Stadtteile vor dem Kriege ein Übergewicht an beschäftigten über die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen aufwiesen, so zeigt sich, daß von den oben genannten 24 Stadtteilen nur 13 auch bei der Berufszählung von 1939 bereits mehr beschäftigte als dort wohnende Erwerbspersonen aufwiesen; sie sind durch einen Stern (*) gekennzeichnet. Die übrigen 10 Stadtteile hatten damals den Charakter von Wohngebieten. Außer den 13 Stadtteilen, die sowohl vor als auch nach dem Kriege bevorzugte

Arbeitsschwerpunkte waren, sind im Jahre 1939 aber noch weitere 13 Stadtteile festgestellt worden, in denen damals mehr Erwerbstätige beschäftigt waren als dort wohnten.

Im folgenden seien die 26 Stadtteile genannt, in denen im Jahre 1939 ein Übergewicht an Beschäftigten festgestellt worden war, wieder geordnet nach dem relativen Grad dieses Übergewichts. Die Stadtteile, in denen nach dem Kriege dieses Übergewicht verloren gegangen ist, sind hier durch einen Kreis (o) besonders gekennzeichnet. Es handelt sich hierbei, wie z. B. bei Othmarschen, Bahrenfeld und Gr.-Borstel, zum Teil um Stadtteile, die während des Krieges verhältnismäßig wenig zerstört wurden und deshalb in der Lage waren, zahlreichen Ausgebombten Wohnung oder Unterkunft zu bieten, oder um stark mit Schrebergärten durchsetzte Randgebiete, in denen die Gartenlauben vielfach zu Dauerwohnungen ausgebaut und darüber hinaus zahlreiche Behelfsheime errichtet sind; hierunter sind vor allem Steilshoop und Waltershof zu nennen. Ein Vergleich der 13 Stadtteile, in denen sowohl 1939 als auch 1950 ein Übergewicht an Beschäftigten vorhanden war, läßt weiterhin erkennen, daß sich der Grad des Übergewichts und die Zahl der Beschäftigten in manchem dieser Stadtteile erheblich geändert hat. Dies ist weitgehend in der Zerstörung oder Demontage zahlreicher Betriebe begründet. Es gilt ganz besonders für Steinwerder, wo 1939 fast 40 000 Beschäftigte gezählt wurden und wo auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen über 9000 dort Beschäftigte kamen. Aber auch in der Altstadt ist die Zahl der Beschäftigten abgesunken; das relative Übergewicht über die Zahl der dort wohnenden Erwerbstätigen ist allerdings noch ge-

Übersicht 4

Stadtteile, in denen im Jahre 1939 mehr Erwerbspersonen beschäftigt waren als dort wohnten

Stadtteil	Zahl der dort		relatives Übergewicht der Beschäftigten ¹⁾
	wohnenden Erwerbspersonen	beschäftigten	
* 1. Steinwerder	432	39 958	9 250
* 2. Altstadt	9 100	118 928	1 307
* 3. Billbrook	1 063	8 088	761
o 4. Waltershof	196	1 061	541
* 5. Neustadt	28 637	77 681	271
* 6. Klostertor	6 780	16 723	247
* 7. Finkenwerder	2 851	6 748	237
* 8. Veddel	3 753	6 242	166
* 9. Kl. Grasbrook	1 547	2 523	163
o 10. Othmarschen	3 254	5 145	158
* 11. Lokstedt	3 507	5 301	151
o 12. Bahrenfeld	11 676	16 735	143
* 13. St. Georg	20 178	28 452	141
o 14. Reitbrook	311	437	141
* 15. Heimfeld	7 695	10 240	133
* 16. Harburg	17 595	22 390	127
o 17. Moorwerder	555	693	125
o 18. Steilshoop	137	167	122
o 19. Moorfleth	677	824	122
o 20. Gr.Borstel	2 137	2 547	119
o 21. Moorburg	1 007	1 156	115
o 22. Billwerder	536	605	113
* 23. Rotherbaum	16 723	18 384	110
o 24. Wilhelmsburg	12 881	13 699	106
o 25. Cranz	301	302	100
o 26. Stellingen	4 249	4 362	103

¹⁾ Beschäftigte auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen.

stiegen, da die Zahl der in der Altstadt wohnenden Erwerbspersonen infolge der Kriegszerstörungen noch stärker abgenommen hat als die Zahl der dort Beschäftigten. Man kann hieraus gleichzeitig entnehmen, daß in der Altstadt die zerstörten Betriebe in größerem Umfange wieder aufgebaut sind als die zerstörten Wohnungen. Das gleiche gilt auch für die Neustadt und andere Stadtteile. Bemerkenswert ist andererseits, daß in manchen Stadtteilen sich das Übergewicht der Beschäftigten infolge einer stärkeren Zunahme der Wohnbevölkerung vermindert hat. Dies gilt vor allem für Billbrook, wo 1939 auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen noch 761 dort Beschäftigte gezählt waren gegenüber nur 143 im Jahre 1950. Hier ist durch starke Besiedlung, besonders des Kleingartengebiets, trotz der Zerstörung zahlreicher Wohnungen die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen seit 1939 um das Fünffache angewachsen; der Wiederaufbau der Arbeitsstätten ist in diesem Gebiet hinter der Zunahme der Besiedlung zurückgeblieben, denn die Zahl der in Billbrook Beschäftigten war 1950 noch etwas geringer als vor dem Kriege. Der ursprüngliche Charakter dieses Stadtteils hat sich also infolge der Kriegsereignisse erheblich gewandelt.

Auch ein Vergleich der wichtigsten Wohngebiete bei beiden Zählungen läßt erkennen, in welchem Maße sich die Schwerpunktlage infolge des Krieges verlagert hat. Im Jahre 1939 waren noch 11 Stadtteile vorhanden, in denen mehr als 20 000 Erwerbspersonen wohnten, 1950 aber, wie bereits oben erwähnt, nur noch 5. Nach der Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen geordnet, handelte es sich 1939 um folgende Stadtteile:

	Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen		Auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kamen dort Beschäftigte	
	1939	1950	1939	1950
Eimsbüttel	59 108	43 033	37	48
Barmbek-Süd	46 445	10 481	49	121
Barmbek-Nord	32 675	17 210	45	65
St. Pauli	32 654	27 747	79	94
Altona-Altstadt	32 194	19 050	76	92
Winterhude	30 622	43 429	58	56
Neustadt	28 637	15 291	271	424
Eilbek	23 581	3 225	61	162
Hammerbrook	22 220	871	67	836
St. Georg	20 178	11 975	141	213
Ottensen	20 051	26 596	101	88

In fast allen dieser wichtigsten Wohnstadtteilen hat sich die Zahl der dort wohnenden stärker vermindert als die Zahl der dort beschäftigten Erwerbspersonen. Ganz besonders gilt dies für die fast völlig zerstörten Stadtteile Hammerbrook und Eilbek, in denen zwar zahlreiche Betriebe, aber nur wenige Wohnungen wiederhergestellt sind. Eine Ausnahme machen nur die verhältnismäßig wenig zerstörten Stadtteile Winterhude und Ottensen, wo die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen gestiegen ist und gleichzeitig das relative Gewicht der dort Beschäftigten abgenommen hat. Relativ noch größer als in Winterhude und Ottensen ist der Zuwachs der Wohnbevölkerung aber in vielen Stadtteilen des Randgebiets gewesen. Hier finden sich zahlreiche Stadtteile, in denen 1950 mehr als doppelt so viele Erwerbspersonen wohnen als vor

dem Kriege, aber auch mehr als doppelt so viele, als dort beschäftigt sind, so daß es sich hierbei um Gebiete handelt, die ganz überwiegend Wohncharakter haben. Infolge der zunehmenden Besiedlung ist hier auch das relative Gewicht der dort Beschäftigten seit 1939 durchweg gesunken; im einzelnen sei auf die Übersicht 2 verwiesen.

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß sowohl 1939 als auch noch 1950 der Arbeitsplatzschwerpunkt der hamburgischen Erwerbstätigen eindeutig im Bezirk Hamburg-Mitte gelegen ist. Es ist allerdings zu bemerken, daß die Zahl und der Anteil der hier Beschäftigten seit der Vorkriegszeit nicht unerheblich abgenommen hat. Im Jahre 1939 waren im Gebiet des Bezirks Hamburg-Mitte noch rund 389 000 Personen beschäftigt oder fast 49 v. H. aller in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen, 1950 aber nur noch rund 300 000 oder nur 40 v. H. Allerdings hat die Wohnbevölkerung in diesem Gebiet noch stärker abgenommen, denn 1939 wohnten hier rund 221 000 Erwerbspersonen oder fast 28 v. H., 1950 aber nur noch 120 000 oder rund 16 v. H. Immerhin bleibt zu beachten, daß alle anderen Bezirke auf Kosten des Bezirks Hamburg-Mitte eine absolute und relative Zunahme der Beschäftigten aufweisen. Die Konzentration der Beschäftigten auf den Bezirk Hamburg-Mitte und hier wieder auf einige wenige Stadtteile, die vor dem Kriege zu beobachten war, ist nach dem Kriege zwar nicht verschwunden, aber doch dadurch gemäßigt, daß außerhalb dieses Gebietes einige andere Stadtteile eine zunehmende Bedeutung als Arbeitsgebiete erlangt haben. Dies gilt insbesondere für den Bezirk Eimsbüttel, wo die Zahl der Beschäftigten um rund 13 000 Personen, und den Bezirk Wandsbek, wo deren Zahl um rund 11 000 gewachsen ist. Untersucht man die einzelnen Stadtteile nach der Zunahme der dort Beschäftigten, so sind besonders die Stadtteile Finkenwerder, Ottensen, Rissen, Rotherbaum, Harvestehude, Lokstedt, Eppendorf, Winterhude, Rahlstedt und Bergedorf mit einer Zunahme von mindestens 3000 Beschäftigten zu nennen; hierunter stehen Winterhude mit einer Zunahme von rund 6600 und Bergedorf mit rund 5000 an der Spitze. Fast durchweg handelt es sich hierbei aber um Stadtteile, die gleichzeitig eine noch größere Zunahme der dort wohnenden Erwerbspersonen erfahren haben, so daß die Zunahme der Beschäftigten weitgehend in engem Zusammenhang mit der Zunahme der Besiedlungsdichte steht.

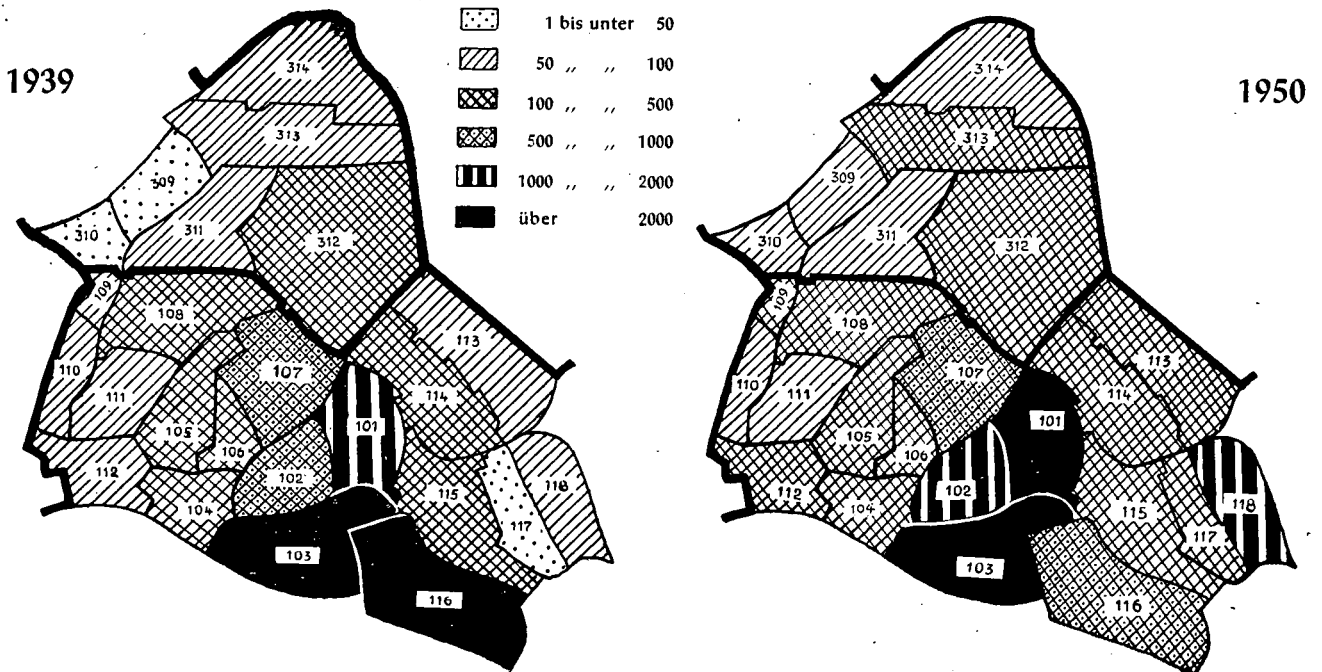
Die Gliederung des Gebiets der Hansestadt Hamburg nach 106 Stadtteilen vermittelt im allgemeinen einen ausreichenden Einblick in den Strukturwandel der Gebiete und die Veränderungen in der regionalen Verteilung der Erwerbspersonen nach Wohnung und Arbeitsstätte. In manchen Fällen ist aber auch diese Gliederung noch zu grob. Das gilt insbesondere für die Beurteilung der Verhältnisse in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtteilen. Der spezifische Charakter dieser Gebiete und die Veränderungen, die sich hierin seit der Vorkriegszeit vollzogen haben, werden erst deutlich, wenn man diese Stadtteile weiter nach Ortsteilen untergliedert, wie es in der Übersicht 5 geschehen ist. Es zeigt sich dann zunächst, daß die

Übersicht 5

Die Erwerbspersonen in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtteilen

Ortsteil	1950					1939				
	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kommen	Die Erwerbspersonen nach der Lage				Auf 100 dort wohnende Erwerbspersonen kommen
	ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte			ihrer Wohnung		ihrer Arbeitsstätte		
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	Beschäftigte	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	Beschäftigte
Hamburg-Altstadt	5 135	0,69	101 570	13,64	1 978,0	9 100	1,14	118 928	14,87	1 306,9
davon 101	1 915	0,26	64 548	8,67	3 370,7	4 429	0,55	71 126	8,89	1 605,9
102	2 962	0,40	30 606	4,11	1 033,3	4 613	0,58	41 803	5,23	906,2
103	258	0,03	6 416	0,86	2 486,8	58	0,01	5 999	0,75	10 343,1
Hamburg-Neustadt	15 291	2,05	64 797	8,70	423,8	28 637	3,58	77 681	9,71	271,3
davon 104	3 131	0,42	6 436	0,86	205,6	8 039	1,01	9 703	1,21	120,7
105	3 220	0,43	11 224	1,51	348,6	7 987	1,00	8 497	1,06	106,4
106	3 908	0,52	5 037	0,68	128,9	6 198	0,77	8 514	1,06	137,4
107	5 032	0,68	42 100	5,65	836,6	6 413	0,80	50 967	6,38	794,7
St. Pauli	27 747	3,73	26 180	3,52	94,4	32 654	4,08	25 720	3,22	78,8
davon 108	7 949	1,07	8 872	1,19	111,6	7 495	0,94	8 572	1,07	114,4
109	3 389	0,46	3 714	0,50	109,6	3 735	0,47	3 107	0,39	83,2
110	5 296	0,71	3 673	0,49	69,4	6 285	0,78	4 027	0,50	64,1
111	6 236	0,84	4 870	0,66	78,1	7 435	0,93	4 301	0,54	57,8
112	4 876	0,65	5 051	0,68	103,6	7 704	0,96	5 713	0,72	74,2
St. Georg	11 975	1,61	25 486	3,42	212,8	20 178	2,52	28 452	3,56	141,0
davon 113	4 203	0,57	6 252	0,84	148,8	9 355	1,17	8 473	1,06	90,6
114	7 772	1,04	19 234	2,58	247,5	10 823	1,35	19 979	2,50	184,6
Klosterter	2 201	0,29	9 967	1,34	452,8	6 780	0,85	16 723	2,09	246,7
davon 115	2 101	0,28	9 111	1,22	433,7	6 698	0,84	13 985	1,75	208,8
116	100	0,01	856	0,12	856,0	82	0,01	2 738	0,34	3 339,0
Hammerbrook	871	0,12	7 286	0,98	836,5	22 220	2,78	14 843	1,86	66,8
darunter 117	180	0,02	889	0,12	493,9	6 172	0,77	2 891	0,36	46,8
118	337	0,05	4 455	0,60	1 322,0	9 643	1,21	8 133	1,02	84,3
Eimsbüttel	43 033	5,78	20 479	2,75	47,6	59 108	7,39	21 809	2,73	36,9
darunter 309	7 475	1,00	3 778	0,51	50,5	5 650	0,71	2 304	0,29	40,8
310	4 666	0,63	3 065	0,41	65,7	7 888	0,99	3 916	0,49	49,6
Rotherbaum	19 541	2,62	21 959	2,95	112,4	16 723	2,09	18 384	2,30	109,9
davon 311	7 821	1,05	5 295	0,71	67,7	8 551	1,07	5 052	0,63	59,1
312	11 720	1,57	16 664	2,24	142,2	8 172	1,02	13 332	1,67	163,1
Harvestehude	15 797	2,12	12 631	1,69	80,0	11 467	1,43	8 249	1,03	71,9
davon 313	5 977	0,80	6 952	0,93	116,3	5 981	0,75	4 874	0,61	81,5
314	9 820	1,32	5 679	0,76	57,8	5 486	0,69	3 375	0,42	61,5

Die Schwerpunkte der Beschäftigung in der hamburgischen Innenstadt nach Ortsteilen



Zusammenballung von Arbeitskräften in der Altstadt recht ungleichmäßig verteilt ist. Der absoluten Zahl nach sind hier die Ortsteile 101 und 102 die wichtigsten Arbeitszentren. Beim Ortsteil 101 handelt es sich im wesentlichen um das Gebiet, das vom Glockengießerwall, Binnenalster, Gr. Bergstraße, Alter Fischmarkt, Brandstwierte und Zollkanal begrenzt wird, beim Ortsteil 102 um das westlich anschließende Gebiet, das durch Zollkanal und kleine Alster begrenzt wird und sowohl den Rathausmarkt als auch den Rödingsmarkt umschließt. Im Verhältnis zur Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen ist das Übergewicht der Beschäftigten außerdem besonders groß im Ortsteil 103, der südlich des Zollkanals den wichtigsten Teil der Lagerhäuser im Freihafengebiet um den Sandtorhof und Grasbrookhafen umfaßt; dieser Ortsteil ist fast ganz unbewohnt und lediglich mit Arbeitsstätten, vor allem Lagerhäusern, bebaut.

Diese Ortsteile 101 und 102 der Altstadt bilden den eigentlichen Kern der Hamburger City. Ihre Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte ist zwar durch die Vernichtung zahlreicher Arbeitsstätten etwas geschwächt, aber nach wie vor überragend. Daneben fällt nach der Zahl der Beschäftigten noch der zur Neustadt gehörende Ortsteil 107 ins Gewicht, wo 1950 über 42 000 Hamburger Erwerbspersonen beschäftigt waren. Es handelt sich hier um das von der Kleinen Alster, der Binnenalster, Dammtorbahnhof, Holstenglacis und Kaiser-Wilhelm-Straße begrenzte Gebiet, das die wichtigen Geschäftsstraßen Jungfernstieg, Neuer Wall, Alter Wall, Dammtorstraße, den Gänsemarkt, den Stephansplatz und Karl-Muck-Platz umschließt. Dieses Gebiet, das man der Hamburger City noch zurechnen muß, ist allerdings schon weit stärker mit Wohnungen durchsetzt als die Altstadt; auch hier ist infolge der Kriegszerstörungen die Zahl der Beschäftigten 1950 noch geringer als vor dem Kriege, das relative Übergewicht der Beschäftigten ist hier aber ebenso wie in der Altstadt erheblich gestiegen, da die Arbeitsstätten in größerem Maße wieder aufgebaut sind als die Wohnungen. Eine Zunahme an Beschäftigten findet sich in der Neustadt nur im Ortsteil 105, der das Gebiet um den Zeughausmarkt umschließt. In diesem zum Teil stark zerstörten Gebiet hat sich die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen um mehr als die Hälfte vermindert, die Zahl der dort beschäftigten Erwerbspersonen ist aber von rund 8500 auf über 11 000 angewachsen, sie hat sich also trotz der Zerstörungen um fast 40 v. H. vermehrt.

Arbeitsschwerpunkte von erheblicher Bedeutung bilden endlich noch der zwischen Hauptbahnhof und Lübecker Tor gelegene Ortsteil 114 im Stadt-

teil St. Georg, wo sich die Zahl der Beschäftigten trotz nicht unerheblicher Zerstörungen auf gleicher Höhe wie vor dem Kriege behauptet hat, sowie der zwischen Außenalster, Dammtor und Grindel gelegene Ortsteil 312 im Stadtteil Rotherbaum, der sich seit langen Jahren zum bevorzugten Gebiet für Hauptniederlassungen größerer Unternehmungen und Verwaltungen entwickelt.

Abschließend sei noch die Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Hafengebiet zusammenfassend betrachtet. Zum Hafengebiet gehören ohne Zweifel die Stadtteile Steinwerder, Waltershof, Kleiner Grasbrook, ferner die Ortsteile 103 (Altstadt-Süd) und 116 (Klostertorhafen). In diesem Gebiet waren 1939 über 52 000 in Hamburg wohnende Erwerbspersonen beschäftigt, 1950 dagegen nur noch fast 21 000. Den Hauptverlust trägt hieran infolge der Kriegszerstörungen und Demontagen Steinwerder, der Hauptsitz der Werftindustrie.

Diese für das **Hafengebiet** genannten Zahlen umfassen aber nicht die Gesamtzahl der tatsächlich im Hafen beschäftigten Personen, denn zahlreiche Arbeitsstätten, deren Personal mehr oder weniger regelmäßig im Hafen zur Arbeit angesetzt wird, sind nicht im Hafengebiet selbst, sondern in anderen Stadtteilen, namentlich in der Altstadt, Neustadt, St. Pauli und in Altona gelegen. Dieser Personenkreis kann im Rahmen der Berufszählung nicht nach dem Ort der tatsächlichen Arbeitsstelle, sondern nur nach dem Ort des den Einsatz regelnden Betriebes ausgezählt werden. Hierzu gehören vor allem auch die zahlreichen von der Gesamthafenbetriebsgesellschaft angesetzten Hafenanarbeiter (Gesamthafenarbeiter und Hafen-Einzelbetriebsarbeiter), deren Einsatz nach dem wechselnden Bedarf im Hafen für die Ent- und Beladung der aufkommenden oder ausgehenden Schiffe von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde starken Schwankungen unterworfen ist. Im September 1950 waren nach Angaben der Gesamthafenbetriebsgesellschaft rund 7900 Gesamthafenarbeiter und Hafen-Einzelbetriebsarbeiter angesetzt. Hierzu kommen noch die kurzfristig, je nach Bedarf angeforderten Erwerbslosen, deren Einsatz ebenfalls von der Gesamthafenbetriebsgesellschaft geregelt wird. Dieser gesamte Personenkreis ist je nach der Angabe in der Haushaltsliste nach der Lage der Gesamthafenbetriebsgesellschaft dem Ortsteil 102 oder dem Ortsteil der Firma, für die er am Tage der Zählung tatsächlich tätig war, zugerechnet worden. Es ist deshalb nicht möglich, aus der Berufszählung die Gesamtzahl der im Hafengebiet eingesetzten Erwerbspersonen zu gewinnen.

Dr. Ide/Sönnichsen.

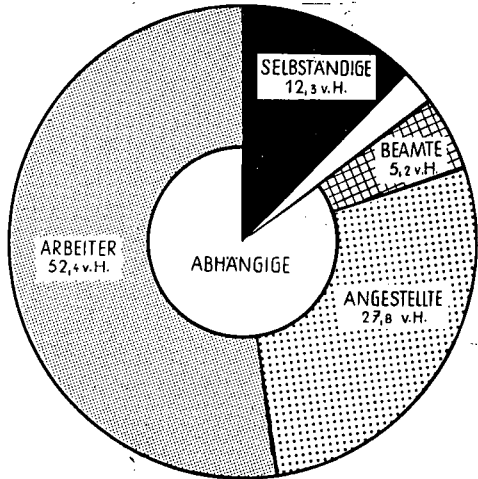
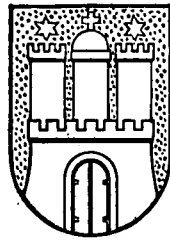
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

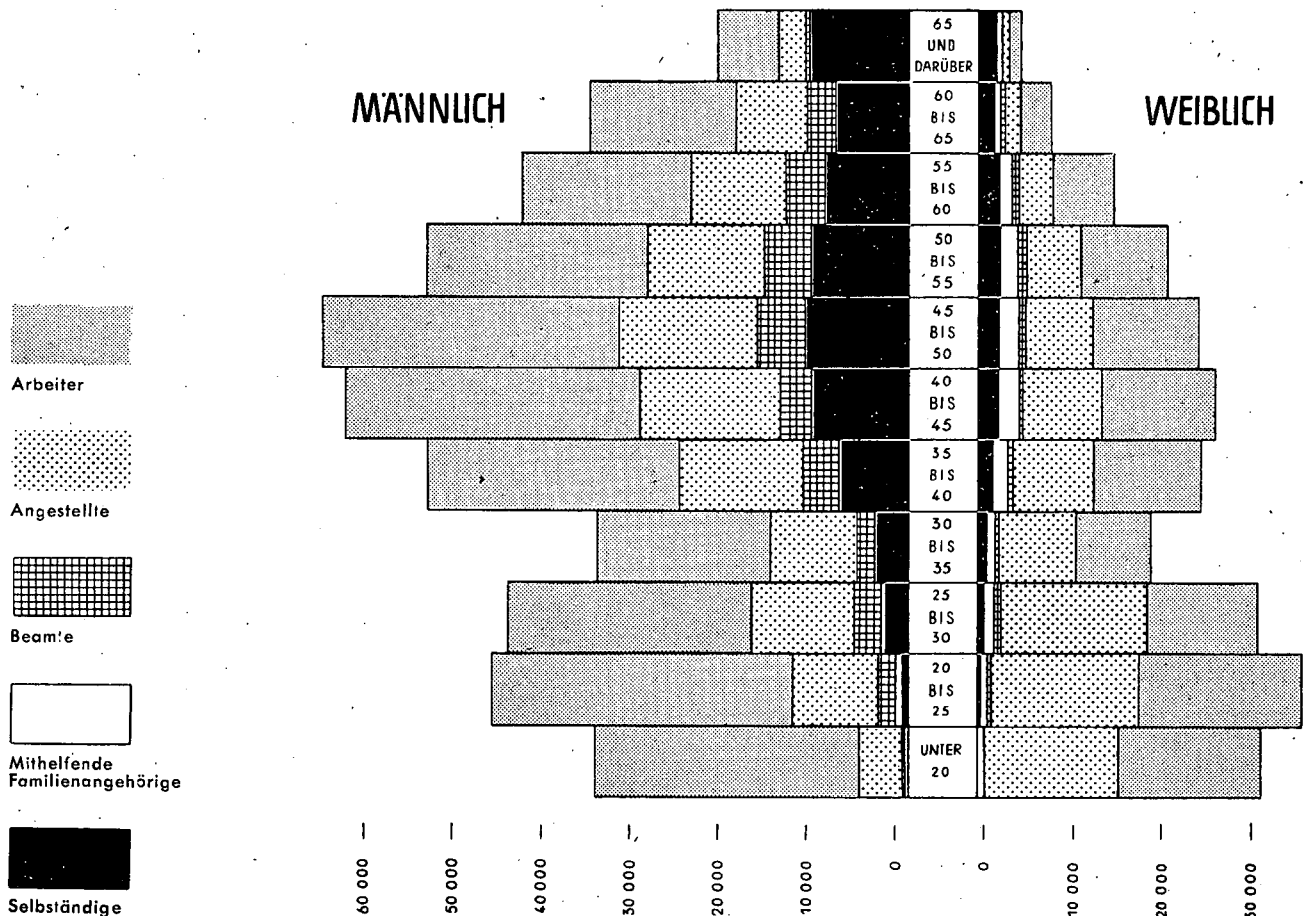
Hamburg, den 29. April 1952

Jahrgang 1952 – Heft Nr. 16



Soziale Gruppen in der Hansestadt Hamburg

Die Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf und nach dem Alter



Soziale Gruppen in der Hansestadt Hamburg

Die Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf

(Weitere endgültige Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950)

Die soziale Stellung ist ein vielfältiger Begriff, der von zahlreichen Faktoren bestimmt wird, die nach Zeit und Raum wechseln. Es ist daher sehr schwierig, sie unmittelbar statistisch zu erfassen. Erziehung, Bildungsniveau, Gruppenbewußtsein und soziale Wertung lassen sich nun einmal nicht durch Zahlen ausdrücken. Man begnügt sich daher in der amtlichen Statistik damit, im Rahmen der großen Volks- und Berufszählungen an ein objektiv faßbares Merkmal anzuknüpfen und die Bevölkerung nach der Stellung im Beruf zu gliedern. Hieraus lassen sich bei der Auswertung einige Rückschlüsse auf die soziale Gliederung ziehen. Man unterscheidet

Selbständige,
Mithelfende Familienangehörige,
Beamte,
Angestellte,
Arbeiter.

Der Inhalt dieser Begriffe ist in den Berufszählungen der letzten 25 Jahre nicht immer gleich geblieben. So zählte man bei der Berufszählung 1925 und 1933 zu den Selbständigen neben den Unternehmern auch Beamte und Angestellte in leitenden Stellungen, die in ihren Entschlüssen nur an wenige oder keine anderen Instanzen gebunden waren, wie leitende Direktoren, Behördenleiter, Geschäftsführer u. dgl. Da hierbei jedoch die wirtschaftlich und soziologisch bedeutsame Unterscheidung zwischen Arbeitgebern und abhängigen Arbeitnehmern völlig verwischt wurde und da weiterhin die auf subjektiven Angaben der Befragten beruhende Zuordnung der leitenden Angestellten erhebliche Fehlerquellen in sich barg, entschloß man sich, bei der Volks- und Berufszählung 1939 unter den Selbständigen nur noch tätige Eigentümer, Mit-eigentümer, Pächter, selbständige Gewerbetreibende, Handwerksmeister und freiberuflich Tätige auszuweisen. Damit wurde eine klare Trennung in Selbständige und Abhängige erreicht und der Aus-sagewert der gewonnenen Zahlen wesentlich erhöht. Auch bei der Berufszählung 1950 ist es bei dieser Regelung verblieben.

Darüber hinaus hat man versucht, die einzelnen Gruppen weiter zu unterteilen. So sieht die Aufbereitung der Berufszählung 1950 bei den Selbständigen eine Unterscheidung vor, ob es sich um selbständige Landwirte oder um selbständige Gewerbetreibende handelt. Bei beiden wird nach der Größe des Betriebes — bei den Landwirten gemessen an der Fläche, bei den gewerblichen Selbständigen gemessen an der Beschäftigtenzahl — unterschieden. Die in Hamburg verhältnismäßig zahlreichen Gartenbaubetriebe sind hierbei als gewerbliche Betriebe angesprochen worden, so daß bei selbständigen Gärtnern nach der Zahl der im Betrieb beschäftigten Personen gegliedert worden ist. Auch die Gruppen der Beamten und Angestellten sind weiter unterteilt worden. So wird bei den

Beamten zwischen den einzelnen Laufbahnen (einfacher und mittlerer, gehobener, höherer Dienst) unterschieden. Bei den Angestellten hat man die Angaben über die Krankenversicherung und die Angestelltenversicherung mit herangezogen, um zu einer weiteren Gruppierung zu gelangen. Es wird hierbei unterschieden, ob die Angestellten

- a) angestellten- und krankenversicherungspflichtig,
- b) nur noch angestelltenversicherungspflichtig,
- c) weder angestellten- noch krankenversicherungspflichtig

sind. Da die Versicherungspflicht von der Höhe des Bruttoeinkommens (ohne Kinder- und Familienzuschläge) abhängt, sind hierdurch bestimmte Rückschlüsse auf die Einkommenschichtung der Angestelltenschaft möglich, über die noch näher zu sprechen sein wird.

Die Schwierigkeiten hinsichtlich der Eingruppierung der Arbeitslosen hat man dadurch überwunden, daß die abhängigen Arbeitnehmer entsprechend ihrer zuletzt ausgeübten Tätigkeit gekennzeichnet wurden. Soweit ein früherer Selbständiger heute arbeitslos ist, wurde er als Angestellter, in einigen wenigen Fällen auch als Arbeiter eingeordnet. Hierfür war maßgebend, welche Stellung heute etwa angestrebt werden dürfte. Eine Ausgliederung der Erwerbslosen ist jederzeit möglich, so daß sich wichtige Aussagen über die Struktur der Arbeitslosigkeit machen lassen und — jedenfalls für den September 1950 — Erkenntnisse gewonnen werden können, die über die Möglichkeiten der Arbeitsstatistik der Landesarbeitsämter hinausgehen

Die wirtschaftliche Stellung der Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit ist in gleicher Weise wie die ihrer Ernährer bezeichnet worden. Es ist daher auch hier wieder eine Zuordnung der Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit zu den Personen möglich, von denen sie wirtschaftlich abhängen.

Alle Aussagen über die wirtschaftliche Stellung beziehen sich stets auf die in Hamburg wohnende Bevölkerung. Diese deckt sich nicht mit der in Hamburg arbeitenden Bevölkerung. Man muß bedenken, daß die Erwerbstätigen unter der Wohnbevölkerung zum Teil in Hamburg selbst, zum Teil außerhalb Hamburgs arbeiten. Auch strömen viele Erwerbstätige täglich aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein als sogenannte Einpendler in die Hansestadt ein, um hier ihrer Arbeit nachzugehen. Wer Auskünfte über die Gliederung der in Hamburg arbeitenden Bevölkerung nach der Stellung im Betrieb erhalten will, muß daher zu den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 13. 9. 1950 greifen. Die Stellung im Betrieb ist anders gegliedert als die Stellung im Beruf; vor allem wird bei den Arbeitern nach gelernten, angelernten oder ungelernten Kräften unterteilt, auch werden Lehrlinge und Volontäre gesondert ausge-

wiesen, wobei zwischen kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingen unterschieden wird. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Arbeitsstättenzählung nur einen Teil, wenn auch den für Hamburg wichtigsten, der Erwerbstätigen erfaßt, da sie die in der Landwirtschaft, bei der Besatzungsmacht und im Haushalt Beschäftigten nicht mit einbezogen hat. Aus der Arbeitsstättenzählung läßt

sich weiterhin kein Überblick über die Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit gewinnen, die von den Beschäftigten mit unterhalten werden. Auf die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung über die Gliederung der Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb wird in einer späteren Veröffentlichung in der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ noch näher eingegangen werden.

Die Erwerbspersonen nach sozialen Gruppen

Unter den 746 500 Hamburger Erwerbspersonen befinden sich etwa 91 400 (12,3 v. H.) Selbständige und rd. 17 300 (2,3 v. H.) mithelfende Familienangehörige. Diesen beiden Gruppen stehen rd. 637 800 abhängige Arbeitnehmer gegenüber, die etwa 85,4 v. H. aller Erwerbspersonen ausmachen. Unter den Arbeitnehmern sind die Arbeiter mit 391 000 Per-

sonen am stärksten vertreten, aber auch die Gruppe der Angestellten, die etwa 207 800 Personen umfaßt, ist sehr bedeutend. Die 39 000 Beamten fallen demgegenüber nur wenig ins Gewicht. Von 100 abhängigen Arbeitnehmern sind also 55 Arbeiter, 43 Angestellte und 2 Beamte.

Übersicht 1

Die Erwerbspersonen in der Hansestadt Hamburg nach der Stellung im Beruf
September 1950

Stellung im Beruf	männlich		weiblich		zusammen		von 100 Erwerbspersonen sind	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	männlich	weiblich
Selbständige	75 409	15,03	16 040	6,55	91 449	12,25	82,5	17,5
Mithelf. Familienangehörige	2 436	0,49	14 864	6,07	17 300	2,32	14,1	85,9
Beamte	34 031	6,78	4 893	2,00	38 924	5,21	87,4	12,6
Angestellte	116 482	23,22	91 308	37,30	207 790	27,84	56,1	43,9
Arbeiter	273 346	54,48	117 676	48,08	391 022	52,38	69,9	30,1
Erwerbspersonen insgesamt	501 704	100	244 781	100	746 485	100	67,2	32,8

Die Verteilung der Geschlechter auf die einzelnen sozialen Gruppen ist unterschiedlich. Bei den Beamten und den Selbständigen überwiegen die Männer bei weitem, wogegen bei den Arbeitern und Angestellten ihr Übergewicht wesentlich geringer ist. Die Frauen sind besonders stark unter den mithelfenden Familienangehörigen vertreten. Bemerkenswert ist der verhältnismäßig hohe Anteil weiblicher Erwerbspersonen bei den Angestellten (nahezu 44 v. H.). Dies liegt daran, daß sich die Frauen in viel stärkerem Maße als die Männer den typischen Angestelltenberufen zuwenden. Immerhin ist auch bei den Arbeitern der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen bedeutend. Hier haben sich die Frauen im Laufe der Zeit Bereiche des Wirtschaftslebens und vor allem auch der gewerblichen Produktion erobert, in denen der Arbeitsprozeß den besonderen weiblichen Fähigkeiten in starkem Maße entspricht; sie sind im Laufe der letzten Jahrzehnte, besonders unter dem Einfluß des Krieges und der fortschreitenden Arbeitsteilung, aber auch in Arbeitsgebiete eingedrungen, die vorher ausschließlich den männlichen Arbeitern vorbehalten waren.

Die Altersgliederung der sozialen Gruppen weist beträchtliche Unterschiede auf.

Bei den Selbständigen sind die Altersgruppen der unter 30jährigen nur gering besetzt, denn im allgemeinen macht man sich erst in höherem Lebensalter selbständig, sei es, daß zunächst in abhängiger Tätigkeit das erforderliche Eigenkapital erarbeitet wird, sei es, daß man erst ein-

mal in abhängiger Stellung die Kenntnisse erwirbt, die man später auf eigene Rechnung verwerten will, sei es, daß erst der Vater vom Geschäft zurücktreten muß, um es in die Hände des Sohnes oder Schwiegersohnes zu übergeben. Aus diesen Gründen sind bei den Selbständigen die Altersgruppen der über 40jährigen am stärksten besetzt. So stellen die 40—50jährigen mit rd. 26 600 Personen nahezu 30 v. H. aller Selbständigen, die 50—60jährigen fast 27 v. H. **Mehr als ein Viertel aller Selbständigen, nämlich 22 600 Personen, haben das 60. Lebensjahr überschritten. Hierunter befinden sich etwa 13 000 über 65 Jahre alte Personen.** Es handelt sich hierbei in erster Linie um Händler, Landwirte und Handwerker aller Art; aber auch zahlreiche Angehörige der sogenannten freien Berufe, wie Ärzte und Rechtsanwälte, verbleiben weit über das 65. Lebensjahr hinaus im Erwerbsleben. Einmal mag bei den Selbständigen die berufliche Leistungsfähigkeit länger erhalten bleiben als bei den abhängigen Arbeitnehmern, da mit zunehmendem Alter die Arbeitslast wenigstens teilweise auf Hilfskräfte abgewälzt werden kann, zum anderen darf man aber auch nicht vergessen, daß in vielen Fällen die Währungsreform die vorgesehene Altersversorgung (Lebensversicherung!) entwertete und daher die Selbständigen zu längerem Verbleiben im Erwerbsleben gezwungen hat als die Personen, deren Altersversorgung durch Pensionen oder Leistungen der Sozialversicherung gesichert ist. Der Anteil der über 65jährigen Selbständigen ist daher seit 1939 von 11 v. H. auf 14,2 v. H. angestiegen. Die weitere

Übersicht 2

Die Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf und nach Altersgruppen

September 1950

Altersgruppe	Absolute Zahlen					Verhältniszahlen				
	Selbständige	mithelfende Fam.-Angeh.	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Selbständige	mithelfende Fam.-Angeh.	Beamte	Angestellte	Arbeiter
i n s g e s a m t										
unter 20	20	1 200	84	15 877	49 983	0,02	6,94	0,22	7,64	12,78
20 bis unter 25	949	1 504	2 033	26 574	52 253	1,04	8,69	5,22	12,79	13,36
25 bis unter 30	3 280	1 674	3 683	27 897	40 153	3,59	9,68	9,46	13,43	10,27
30 bis unter 35	4 322	1 190	2 587	18 517	27 924	4,73	6,88	6,65	8,91	7,14
35 bis unter 40	9 227	2 012	4 419	23 094	40 625	10,09	11,63	11,35	11,12	10,39
40 bis unter 45	12 844	2 436	3 949	24 872	45 875	14,05	14,08	10,15	11,97	11,73
45 bis unter 50	13 784	2 239	6 024	23 220	45 497	15,07	12,94	15,48	11,17	11,64
50 bis unter 55	13 017	2 075	6 288	19 893	34 336	14,23	11,99	16,15	9,57	8,78
55 bis unter 60	11 378	1 410	5 551	14 626	25 898	12,44	8,15	14,26	7,04	6,62
60 bis unter 65	9 615	823	4 107	9 420	20 088	10,51	4,76	10,55	4,53	5,14
65 und darüber	13 013	737	199	3 800	8 390	14,23	4,26	0,51	1,83	2,15
zusammen	91 449	17 300	38 924	207 790	391 022	100	100	100	100	100
m ä n n l i c h										
unter 20	9	490	84	4 742	29 930	0,01	20,12	0,25	4,07	10,95
20 bis unter 25	712	621	1 889	9 710	33 960	0,95	25,49	5,55	8,34	12,42
25 bis unter 30	2 562	486	2 969	11 561	27 615	3,40	19,95	8,72	9,93	10,10
30 bis unter 35	3 455	218	2 167	9 721	19 583	4,58	8,95	6,37	8,35	7,16
35 bis unter 40	7 563	200	4 017	14 007	28 507	10,03	8,21	11,80	12,02	10,43
40 bis unter 45	10 650	168	3 607	15 892	33 089	14,12	6,90	10,60	13,64	12,11
45 bis unter 50	11 526	57	5 301	15 587	33 666	15,28	2,34	15,58	13,38	12,32
50 bis unter 55	10 706	50	5 366	13 750	24 512	14,20	2,05	15,77	11,80	8,97
55 bis unter 60	9 169	31	4 731	10 728	18 956	12,16	1,27	13,90	9,21	6,94
60 bis unter 65	7 979	40	3 717	7 617	16 496	10,58	1,64	10,92	6,54	6,03
65 und darüber	11 078	75	183	3 167	7 032	14,69	3,08	0,54	2,72	2,57
zusammen	75 409	2 436	34 031	116 482	273 346	100	100	100	100	100
w e i b l i c h										
unter 20	11	710	—	11 135	20 053	0,07	4,78	—	12,19	17,04
20 bis unter 25	237	883	144	16 864	18 293	1,48	5,94	2,94	18,47	15,55
25 bis unter 30	718	1 188	714	16 336	12 538	4,48	7,99	14,59	17,89	10,65
30 bis unter 35	867	972	420	8 796	8 341	5,40	6,54	8,58	9,63	7,09
35 bis unter 40	1 664	1 812	402	9 087	12 118	10,37	12,19	8,22	9,95	10,30
40 bis unter 45	2 194	2 268	342	8 980	12 786	13,68	15,26	6,99	9,84	10,87
45 bis unter 50	2 258	2 182	723	7 633	11 831	14,08	14,68	14,78	8,36	10,05
50 bis unter 55	2 311	2 025	922	6 143	9 824	14,41	13,62	18,84	6,73	8,35
55 bis unter 60	2 209	1 379	820	3 898	6 942	13,77	9,28	16,76	4,27	5,90
60 bis unter 65	1 636	783	390	1 803	3 592	10,20	5,27	7,97	1,98	3,05
65 und darüber	1 935	662	16	633	1 358	12,06	4,45	0,33	0,69	1,15
zusammen	16 040	14 864	4 893	91 308	117 676	100	100	100	100	100

Aufbereitung der Berufszählung wird erkennen lassen, in welchen Berufen die Überalterung der Selbständigen am stärksten ausgeprägt ist.

Bei den mithelfenden Familienangehörigen bestimmt die Altersgliederung der Frauen weitgehend das Gesamtbild. Das Schwergewicht liegt hier in der Altersgruppe der 40- bis 50jährigen. Bei den männlichen Mithelfenden sind dagegen gerade die unteren Altersgruppen wesentlich stärker besetzt; auf die Gruppe der 20- bis unter 30jährigen entfallen allein 45,4 v. H. aller männlichen Mithelfenden.

Bei den abhängigen Erwerbspersonen fällt die ungünstige Altersgliederung der Beamten, zu denen man bei der Berufszählung auch die Beamtenanwärter sowie die Beamten im Vorbereitungsdienst gerechnet hat, völlig aus dem Gesamtrahmen heraus. **41,4 v. H. aller Beamten haben das 50. Lebensjahr überschritten**, die Altersgruppe der 50- bis 60jährigen ist mit 30 v. H.

am stärksten besetzt. Rund 11 v. H. aller Beamten sind über 60 Jahre alt; mit ihrem Ausscheiden dürfte im Laufe der nächsten fünf Jahre zu rechnen sein. Die vergleichsweise geringe Besetzung der Jahrgänge der unter 30jährigen, die noch nicht einmal 15 v. H. aller Beamten ausmachen, läßt die Nachwuchsschwierigkeiten ahnen, die sich in den nächsten Jahren ergeben werden. **Das Problem der Beamtschaft ist damit — nicht zuletzt infolge der unzureichenden Besoldung der Nachwuchskräfte — wesentlich schwieriger als im Jahre 1939.** Damals hatten lediglich 32 v. H. aller Beamten das 50. Lebensjahr überschritten, und nur etwa 6 v. H. waren älter als 60 Jahre, wogegen die entscheidenden Nachwuchsjahrgänge der unter 30jährigen damals mehr als 19 v. H. der gesamten Beamtschaft umfaßten.

Ein wesentlich günstigeres Bild bietet dagegen die Altersgliederung der Angestellten und Arbeiter. Bei beiden Gruppen sind die Jahrgänge zwischen 20 und

30 Jahren am stärksten besetzt, und auch der Anteil der unter 20jährigen ist, vor allem bei den Arbeitern, recht beachtlich. Der verhältnismäßig geringe Anteil der 30- bis unter 40jährigen Männer läßt — etwas verwischt durch die Wanderungsgewinne der letzten Jahre — die Kriegsverluste erkennen. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der über 60jährigen bei den Angestellten geringer ist als bei den Arbeitern. Etwa 3800 Angestellte und 8400 Arbeiter haben das 65. Lebensjahr überschritten.

Die Altersgliederung der weiblichen Angestellten und der Arbeiterinnen weicht völlig von der der männlichen Arbeitskräfte ab. Die Altersgruppen der unter 30jährigen sind bei den Frauen anteilmäßig wesentlich stärker besetzt als bei den Männern. Auch heute noch ist für viele Frauen das Berufsleben lediglich ein Durchgangsstadium. Mit der Eheschließung, vielfach aber auch erst dann, wenn der eigene Haushalt durch gemeinsame Arbeit der Ehepartner mit dem Nötigsten versehen ist, scheiden zahlreiche Frauen wieder aus dem Erwerbsleben aus. Das zahlenmäßige Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Erwerbspersonen ist daher von Altersgruppe zu Altersgruppe verschieden. Die starke Bevorzugung der Angestelltenberufe durch die Frauen zeigt sich bei den Angestellten in dem Übergewicht der Frauen in den Altersgruppen der unter 30jährigen. Mit zunehmendem Alter wird dagegen das

Übergewicht der Männer immer spürbarer. Dies gilt sowohl für die Angestellten als auch für die Arbeiter.

Altersgruppe	Auf 100 männliche Angestellte kommen		Auf 100 männliche Arbeiter kommen	
	weibliche	weibliche	weibliche	weibliche
unter 20	234,8	67,0		
20 bis unter 30	156,1	50,1		
30 bis unter 40	75,4	42,5		
40 bis unter 50	52,8	36,9		
50 bis unter 60	41,0	38,6		
60 und darüber	22,6	21,0		

Das Schaubild auf der Umschlagseite vermittelt einen Überblick über die Gliederung der Erwerbspersonen in den einzelnen Altersgruppen nach der Stellung im Beruf. Weitere Einzelheiten sind der Übersicht 2 zu entnehmen.

Dieser kurze Gesamtüberblick zeigt bereits, daß es falsch wäre, die einzelnen sozialen Gruppen jeweils als homogen zu betrachten, und, dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend, von den Unternehmern, den Angestellten und den Arbeitern zu sprechen. Die genannten sozialen Gruppen sind in sich keinesfalls geschlossen.

1. Die Selbständigen

So reicht die Spannweite der Gruppe „Selbständige“ vom kleinen ambulanten Händler, der mit seinem Bauchladen durch die Straßen zieht, und vom freischaffenden Journalisten bis zum Inhaber eines großen Handels- oder Industriebetriebes.

Übersicht 3

Die Selbständigen in der Hansestadt Hamburg

September 1950

Selbständige		männlich		weiblich		zusammen		von 100 Selbständigen sind	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	männlich	weiblich
in landwirtschaftl. Betrieben mit ha bewirtschaftl. Fläche	unter 2	326	0,43	390	2,43	716	0,78	45,5	54,5
	2 bis unter 10	498	0,66	93	0,58	591	0,65	84,3	15,7
	10 bis unter 30	497	0,66	57	0,36	554	0,61	89,7	10,3
	30 und mehr	196	0,26	29	0,18	225	0,25	87,1	12,9
in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben mit Beschäftigten	Alleinschaffende	29 717	39,41	8 956	55,83	38 673	42,29	76,8	23,2
	2 bis 4	27 428	36,37	4 748	29,60	32 176	35,18	85,2	14,8
	5 bis 9	10 002	13,27	1 106	6,89	11 108	12,15	90,0	10,0
	10 bis 49	5 635	7,47	559	3,49	6 194	6,77	91,0	9,0
	50 und mehr	1 110	1,47	102	0,64	1 212	1,32	91,6	8,4
Selbständige insgesamt		75 409	100	16 040	100	91 449	100	82,5	17,5

Mehr als 42 v. H. aller Selbständigen, nämlich 38 700 Personen, gehören zu den Alleinschaffenden. Hier findet sich ein Teil der sogenannten „Freien Berufe“ (Journalisten, Ärzte, Rechtsanwälte), aber auch ein Teil der Einzelhändler und der kleinen Handwerker, die wie Flickschuster, Hausschneiderinnen, Friseurinnen u. dgl. vielfach auf der Grenze zwischen Heimarbeitern und Selbständigen stehen. Die rund 8100 Handwerker*) dürften etwa 21 v. H. aller Alleinschaffenden stellen. Die wirtschaftliche Lage dieses Personenkreises ist sehr unterschiedlich und vor allem bei jenen Selbständigen, die schwer von den Heimarbeitern abzugrenzen sind, z. T. recht ungünstig. Der Begriff der Selbständigkeit ist hier derart fragwürdig, daß in Zeiten der Vollbeschäftigung viele Selbständige aus dieser Gruppe in abhängige Stellungen mit höhe-

rem Einkommen hinüberwechseln. So stellt die Gruppe der Alleinschaffenden eines jener Reservoirs dar, aus denen bei steigender Beschäftigung der Arbeitsmarkt gespeist wird.

An zweiter Stelle stehen mit 32 200 Personen die Selbständigen, in deren Betrieb 2 bis 4 Personen beschäftigt sind. Einzelhändler der verschiedensten Art, Ärzte, soweit sie Sprechstundenhilfen beschäftigen, Rechtsanwälte, die bereits eine größere Praxis aufgebaut haben und zum mindesten eine Hilfskraft benötigen, gehören in erster Linie zu dieser Gruppe. Die Zahl der Handwerker dürfte nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung in dieser Gruppe mit etwa 8100 oder 25,2 v. H. anzusetzen sein. Die gesamte Gruppe macht etwa 35 v. H. aller Selbständigen aus.

Mit rd. 11 000 Personen folgen die Selbständigen, in deren Betrieb 5 bis 9 Personen tätig sind. Auch hier dürfte der Anteil der Handwerker noch recht

*) Geschätzt auf Grund der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung.

beachtlich sein. Die Zahl der Selbständigen weicht von der Anzahl der Betriebe dieser Größenklasse ab, da in zahlreichen Betrieben mehrere Betriebsinhaber vorhanden sind und weiterhin im Sinne der Berufszählung auch die Gesellschafter einer G. m. b. H. sowie die Komplementäre von Kommanditgesellschaften im allgemeinen zu den Selbständigen zählen. Die Zahl der Selbständigen, die 10 und mehr Beschäftigte in ihren Betrieben haben, geht deshalb ebenfalls weit über die Zahl der Betriebe dieser Größenordnung hinaus.

Der Anteil der weiblichen Selbständigen ist verhältnismäßig hoch bei den Alleinschaffenden. Hier schlagen die selbständigen Wäschenäherinnen, Hausschneiderinnen und Friseurinnen zu Buch, die ihre Tätigkeit vielfach im Hause der Kundschaft ausüben. Aber auch bei den Selbständigen mit 2 bis 4 Beschäftigten liegt der Anteil der weiblichen Selbständigen noch über dem Gesamtdurchschnitt aller gewerblichen Selbständigen.

Von den selbständigen Gewerbetreibenden sind die selbständigen Landwirte zu trennen. Es handelt sich hierbei um insgesamt etwa 2000 Personen. Der besonderen Struktur der Hamburger Landwirtschaft entsprechend, finden sich in dieser Gruppe in erster Linie Inhaber von Betrieben, deren Betriebsfläche kleiner als 10 ha ist. Bemerkenswert ist, daß in den Kleinstbetrieben mit einer bewirtschafteten Fläche von unter 2 ha mehr weibliche als männliche Selbständige anzutreffen sind. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß die Erträge eines derart kleinen Betriebes nicht für den Unterhalt einer Familie ausreichen und daß daher die Ehemänner häufig als abhängige Arbeitnehmer in anderen Wirtschaftsbereichen tätig sind.

2. Mithelfende Familienangehörige

In engem Zusammenhang mit den Selbständigen sind die mithelfenden Familienangehörigen zu nennen. Es handelt sich hierbei überwiegend um weibliche Familienangehörige, vor allem um Ehefrauen, denn unter den 17 300 Mithelfenden Hamburgs finden sich 14 900 weibliche Erwerbspersonen, von denen etwa 12 500 verheiratet sind. Die mithelfenden Familienangehörigen sind in allen Wirtschaftsabteilungen vertreten. Als Arbeitskräfte sind sie

jedoch nur für die Land- und Forstwirtschaft von Bedeutung, in der sie etwa ein Viertel aller Erwerbspersonen stellen. Dieser hohe Anteil der Mithelfenden läßt klar die auch heute noch familienhafte Arbeitsverfassung der Landwirtschaft erkennen.

Mithelfende Familienangehörige

	überhaupt	davon weiblich	
		überhaupt	davon verheiratet
in der Wirtschafts- abteilung Land- und Forstwirtschaft	5 079	3 941	2 876
außerhalb der Wirtschaft- schaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft	12 221	10 923	9 629
Zusammen	17 300	14 864	12 505

Ogleich die Gesamtzahl der Mithelfenden in den übrigen Wirtschaftsabteilungen weitaus höher ist, so ist doch ihr Anteil an den Erwerbspersonen der betreffenden Abteilungen zumeist verschwindend gering. Nur in der stark mit Kleinbetrieben durchsetzten Wirtschaftsabteilung Handel, Geld- und Versicherungswesen erreicht ihr Anteil etwa 4,5 v. H. In allen übrigen Wirtschaftsabteilungen ist er dagegen völlig unbedeutend.

3. Die Arbeiter

Ebenso uneinheitlich ist das Bild auf der Seite der Arbeitnehmer. Bereits die Gruppe der 391 000 Arbeiter weist in sich erhebliche Unterschiede auf. Neben hochqualifizierten Facharbeitern, deren Bezüge weit über das Einkommen der meisten unteren Angestellten- und Beamtengruppen hinausgehen, stehen ungelernete Hilfsarbeiter und Lehrlinge mit geringem Einkommen. Leider gestatten die Unterlagen der Berufszählung keine derartige Aufgliederung. Wenn man von den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung ausgeht (beschäftigte Arbeiter ohne Landwirtschaft, häusliche Dienste und Besatzungsmacht) und die dort ermittelten Anteile auf die Ergebnisse der Berufszählung überträgt, so wird man annehmen können, daß es in Hamburg etwa 159 000 gelernte, 106 000 angelernte und rd. 126 000 ungelernete Arbeiter gibt.

Übersicht 4

Die Arbeiter in der Hansestadt Hamburg

September 1950

(geschätzt auf Grund der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung)

	männlich		weiblich		zusammen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
gelernte Arbeiter (Facharbeiter)	145 000	53,2	14 000	11,9	159 000	40,7
angelernte Arbeiter	64 000	23,4	42 000	35,6	106 000	27,1
ungelernte Arbeiter (Hilfsarbeiter)	64 000	23,4	62 000	52,5	126 000	32,2
Arbeiter insgesamt	273 000	100	118 000	100	391 000	100

Der Ausbildungsgrad der männlichen und der weiblichen Arbeiter ist unterschiedlich. Mehr als die Hälfte der männlichen Arbeiter zählt zu den Facharbeitern, die Gruppen der angelernten und der ungelerneten Arbeitskräfte sind etwa gleich

stark. Bei den Frauen dagegen ist die Gruppe der Hilfsarbeiterinnen am stärksten besetzt, und nur etwa 12 v. H. aller Arbeiterinnen gehören zu den qualifizierten Fachkräften.

4. Die Angestellten

Bei den Angestellten liefert die Angabe über die Versicherungspflicht die Möglichkeit, weiter aufzugliedern. Etwa 164 700 Angestellte oder 79,3 v. H. unterliegen sowohl der Kranken- als auch der Angestelltenversicherungspflicht. Ihr Einkommen dürfte daher, falls sie beschäftigt sind, 375 DM im Monat nicht überschreiten. Diese untere Angestelltengruppe steht in vieler Hinsicht den Arbeitern sehr nahe, ja, ihre wirtschaftliche Lage ist teilweise schlechter als die mancher Arbeiter. Es wäre daher verfehlt, die gesamte Ange-

stellenschaft als eine Schicht anzusehen, deren Lebensführung über der des Arbeiters liegt. Auf jeden Fall wird man für die rd. 79 v. H. aller Angestellten, die kranken- und angestelltenversicherungspflichtig sind, erhebliche Einschränkungen in dieser Hinsicht machen müssen. Es kommt hinzu, daß die Stellung der unteren Angestelltengruppen im Produktionsprozeß in vieler Hinsicht der Lage der Arbeiter ähnelt. Auch hier hat die fortschreitende Arbeitsteilung dazu geführt, daß bestenfalls nur noch Teilbereiche eines Arbeitsprozesses übersehen werden, und daß die Arbeitsverrichtungen überwiegend rein mechanischer Art sind.

Übersicht 5

Die Angestellten in der Hansestadt Hamburg September 1950

Angestellte	männlich		weiblich		zusammen		von 100 Angestellten sind	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	männlich	weiblich
kranken- und angestelltenversicherungspflichtig	80 064	68,73	84 650	92,71	164 714	79,27	48,6	51,4
nicht kranken-, aber angestelltenversicherungspflichtig	23 027	19,77	4 439	4,86	27 466	13,22	83,8	16,2
weder kranken- noch angestelltenversicherungspflichtig	13 391	11,50	2 219	2,43	15 610	7,51	85,8	14,2
Angestellte insgesamt	116 482	100	91 308	100	207 790	100	56,1	43,9

Zu den mittleren Angestellten, die nur noch der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen und deren Einkommen daher zwischen 375 und 600 DM im Monat liegt, gehören rd. 27 500 Personen. Die wirtschaftliche Lage dieser Gruppe, die rd. 13 v. H. aller Angestellten ausmacht, ist etwas günstiger. Allerdings ist hiermit noch nicht gesagt, daß sie gehobene Funktionen im Wirtschaftsprozeß ausüben. Überall dort, wo die Höhe des Gehaltes mit zunehmendem Alter steigt wie im öffentlichen Dienst, aber auch in manchen anderen Wirtschaftszweigen, ist die Altersgliederung der Angestelltenschaft von Einfluß auf die zahlenmäßige Besetzung dieser Gruppe.

Schließlich sind noch die höheren Angestellten zu nennen, die weder kranken- noch angestelltenversicherungspflichtig sind. Ihr Einkommen dürfte daher, soweit sie beschäftigt sind, 600 DM im Monat übersteigen. Insgesamt handelt

es sich nur um rd. 15 600 Personen, d. s. etwa 7,5 v. H. aller Angestellten. Hierzu gehören in erster Linie wissenschaftliche Angestellte, technische Spezialisten und leitende kaufmännische Angestellte sowie die Spitzenfunktionäre der Wirtschaftsverbände und der Parteien. Von dieser Gruppe wird weitgehend der tatsächliche Wirtschaftsablauf bestimmt, und die Soziologen dürften, wenn sie von den „Managern“ der modernen Gesellschaft sprechen, zunächst an die Spitzenkräfte unter den höheren Angestellten gedacht haben.

5. Die Beamten

Auch die Beamtenschaft bietet kein geschlossenes Bild. Die in der Berufszählung vorgenommene Aufgliederung nach den einzelnen Laufbahnen läßt wie bei der Angestelltenschaft weitgehend auf die ausgeübten Funktionen schließen.

Übersicht 6

Die Beamten in der Hansestadt Hamburg September 1950

Beamte	männlich		weiblich		zusammen		von 100 Beamten sind	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	männlich	weiblich
des einfachen und mittleren Dienstes	22 051	64,80	2 095	42,81	24 146	62,03	91,3	8,7
des gehobenen Dienstes	9 032	26,54	2 460	50,28	11 492	29,53	78,6	21,4
des höheren Dienstes	2 948	8,66	338	6,91	3 286	8,44	89,7	10,3
Beamte insgesamt	34 031	100	4 893	100	38 924	100	87,4	12,6

Von den rd. 38 900 in Hamburg wohnenden Beamten zählen nach der Berufszählung etwa 24 100 (62 v. H.) zum einfachen und mittleren Dienst, 11 500 (30 v. H.) zum gehobenen Dienst und rd. 3300 (8 v. H.) zum höheren Dienst. In diesen Zahlen sind nicht nur die im Dienst der Hansestadt Hamburg

stehenden Beamten, sondern auch die Bundesbeamten sowie die Beamten der Körperschaften des öffentlichen Rechts enthalten. Bundesbahn und Bundespost stellen vor allem im einfachen und mittleren Dienst einen großen Anteil der hier erfaßten Beamten.

Hamburg im Vergleich mit dem Bundesgebiet

Die in kurzen Umrissen aufgezeigte soziale Schichtung der Hamburger Erwerbspersonen ist eine andere als die im gesamten Bundesgebiet. Die Unterschiede sind auf die im Vergleich zum Bund andersartige Wirtschaftsstruktur des Hamburger Stadtstaates zurückzuführen, in der die nicht produzierenden Bereiche wie Handel, Geld-, Bank- und Börsenwesen sowie die Dienstleistungen aller Art überwiegen. Von 100 Erwerbspersonen sind

	in Hamburg im Bund*)	
Selbständige	12,3	15,4
Mithelfende Familienangehörige	2,3	13,0
Beamte	5,2	4,0
Angestellte	27,8	15,7
Arbeiter	52,4	51,9

Am bedeutendsten ist der wesentlich höhere Anteil der Angestellten in Hamburg, der um rd. 77 v. H. über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dies rührt daher, daß in Hamburg gerade jene Wirtschaftsabteilungen stark vertreten sind, in denen der Anteil der Angestellten seit jeher besonders hoch ist: Handel, Geld- und Versicherungswesen, die in Hamburg nahezu 40 v. H. aller Angestellten umfassen, aber auch der öffentliche Dienst und die Dienstleistungen im öffentlichen Interesse, die rd. 24 v. H. aller Angestellten stellen. Es kommt hinzu, daß die einzelnen Wirtschaftsabteilungen in sich eine andere Struktur aufweisen als im Bund und daß innerhalb der Wirtschaftsabteilungen bereits der Anteil der Angestellten höher ist als in der Bundesrepublik. Von einer übermäßigen Bürokratisierung der Hamburger Wirtschaft kann deshalb nicht gesprochen werden, zumal unter den Angestellten ja nicht nur kaufmännische und Verwaltungsberufe, sondern auch technische Berufe vertreten sind.

Beträchtliche Unterschiede bestehen auch bei den Anteilen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft, in der der Anteil der Selbständigen und auch der Mithelfenden besonders hoch ist, hat in Hamburg kaum Bedeutung. Im Bundesgebiet stellt

*) Ergebnisse der Repräsentativ-Vorauswertung der 100. Haushaltungslisten.

dagegen die Landwirtschaft etwa 22 v. H. aller Erwerbspersonen und 39,4 v. H. aller Selbständigen. Es kommt hinzu, daß in Hamburg innerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft im Gegensatz zum Bundesgebiet das Schwergewicht in der Gärtnerei liegt, in der bei weitgehend gewerblicher Arbeitsverfassung der Anteil der Selbständigen und auch der mithelfenden Familienangehörigen geringer ist als in der eigentlichen Landwirtschaft. Man muß weiterhin bedenken, daß die Großstadtverhältnisse viel stärker zu einer exakten Kostenrechnung führen als in ländlichen Gebieten und daß in Hamburg schon aus diesem Grunde die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen wesentlich geringer ist; im Betrieb des Haushaltsvorstandes mithelfende Familienangehörige werden hier zumeist als Angestellte oder Arbeiter ausgewiesen, da reguläre Arbeitskräfte kostenmäßig klarer in Erscheinung treten und auch steuerlich auf der Ausgabenseite bei der Gewinnberechnung absetzbar sind. Dies gilt nicht nur für die mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft, sondern auch in den übrigen Wirtschaftsabteilungen. Wenn also in Hamburg der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen 12,3 v. H. ausmacht, im Bund dagegen 15,4 v. H. und wenn weiterhin der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen in Hamburg nur 2,3 v. H., im Bund dagegen 13,0 v. H. beträgt, so ist dies in erster Linie auf die geringe Bedeutung und die andersartige Gliederung der Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft zurückzuführen. Für die abweichenden Verhältnisse bei den mithelfenden Familienangehörigen dürften weiterhin auch steuerliche Erwägungen eine Rolle gespielt haben.

Aus dieser abweichenden Struktur der Hamburger Wirtschaft und des Hamburger Erwerbslebens ergibt sich die bemerkenswerte Folgerung, daß alle Maßnahmen, die die Angestelltenschaft in ihrer Gesamtheit betreffen, wie die künftige Gestaltung der Angestelltenversicherung, Tariffragen, Kündigungsschutz u. dgl., für Hamburg ein wesentlich stärkeres Gewicht als für das übrige Bundesgebiet haben.

Vergleich mit 1933 und 1939

Die Übersicht 7 läßt die Veränderungen erkennen, die sich für die einzelnen sozialen Gruppen seit 1933 ergeben haben. Im Laufe der letzten 20 Jahre ist die Gesamtzahl und auch der Anteil der Selbständigen zurückgegangen, der Anteil der abhängigen Arbeitnehmer dagegen ständig gestiegen. Ungewöhnlich große Einbußen sind auch bei den mithelfenden Familienangehörigen zu verzeichnen, deren Zahl von rd. 27 750 im Jahre 1933 auf 17 300 im Jahre 1950 zurückgegangen ist.

Die Veränderungen, die sich seit 1933 ergeben haben, beruhen auf den verschiedensten Ursachen. Einmal ist hier die Abnahme der Gesamtbevölkerung zu nennen, die auch zu einem Rückgang der Erwerbspersonen in den einzelnen sozialen Gruppen führte. Zum anderen hat sich aber auch eine soziale Umschichtung in großem Ausmaß vollzogen. Zahlreiche selbständige Existenzen sind im Laufe der Jahre vernichtet worden. Das Vordringen rationeller Kostenrechnungsmethoden sowie das Streben nach sozialer

Übersicht 7

Die Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf
1933, 1939, 1946, 1950

Stellung im Beruf	Wohnbevölkerung am 13. Juni 1933 ¹⁾			Ständige Bevölkerung am 17. Mai 1939 ²⁾			Ortsanwesende Bevölkerung am 29. Oktober 1946			Wohnbevölkerung am 13. September 1950			Zu- (+) oder Abnahme (-) 1939 gegenüber 1950		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Absolute Zahlen															
Selbständige	88 061	22 437	110 498	82 710	18 802	101 512	67 710	17 866	85 576	75 409	16 040	91 449	- 7 301	- 2 762	- 10 063
mithelf. Familienangeh.	4 129	23 621	27 750	2 516	28 583	31 099	1 311	9 894	11 205	2 436	14 864	17 300	- 80	- 13 719	- 13 799
Beamte	39 309	5 135	44 444	44 266	4 473	48 739	26 886	3 692	30 578	34 031	4 893	38 924	- 10 235	+ 420	- 9 815
Angestellte	125 188	73 242	198 430	121 544	74 851	196 395	99 632	80 651	180 283	116 482	91 308	207 790	- 5 062	+ 16 457	+ 11 395
Arbeiter	317 629	124 617	442 246	313 904	133 125	447 029	230 619	81 166	311 785	273 346	117 676	391 022	- 40 558	- 15 449	- 56 007
insgesamt	574 316	249 052	823 368	564 940	250 834	824 774	426 158	193 269	619 427	501 704	244 781	746 485	- 63 236	- 15 053	- 78 289
Verhältniszahlen															
Selbständige	15,33	9,01	13,42	14,64	7,24	12,31	15,89	9,24	13,82	15,03	6,55	12,25	- 8,83	- 14,89	- 9,91
mithelf. Familienangeh.	0,72	9,48	3,37	0,45	11,00	3,77	0,31	5,12	1,81	0,49	6,07	2,32	- 3,18	- 48,00	- 44,37
Beamte	6,84	2,06	5,40	7,84	1,72	5,91	6,31	1,91	4,94	6,78	2,00	5,21	- 23,12	+ 9,39	- 20,14
Angestellte	21,80	29,41	24,10	21,51	28,81	23,81	23,38	41,73	29,10	23,22	37,30	27,84	- 4,16	+ 21,99	+ 5,80
Arbeiter	55,31	50,04	53,71	55,56	51,23	54,20	54,11	42,00	50,33	54,48	48,08	52,38	- 12,92	- 11,60	- 12,53
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	- 11,19	- 5,79	- 9,49

¹⁾ Auf den heutigen Gebietsstand umgerechnet.

²⁾ Ohne die zum Wehr- und Arbeitsdienst Eingezogenen.

Sicherheit, vor allem nach einer gesicherten Altersversorgung, hat zu einem ungewöhnlich scharfen Absinken der mithelfenden Familienangehörigen geführt, ohne daß dieser Personenkreis aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist; sie sind zu den abhängigen Arbeitnehmern hinübergewechselt. Bemerkenswert ist bei einem Vergleich mit 1933 weiterhin das Vordringen der Angestelltenschaft sowie der Rückgang der Zahl der Arbeiter.

Die soziale Umschichtung 1933—1950

Stellung im Beruf	Zu-(+) oder Abnahme(-) an Erwerbspersonen	davon	
		Abgang infolge des Rückgangs der Wohnbevölkerung	Zu- oder Abgang infolge sozialer Umschichtung
Selbständige	-19 049	-10 320	- 8 729
mithelf. Familienangeh.	-10 450	- 2 593	- 7 857
Beamte	- 5 520	- 4 134	- 1 386
Angestellte	+ 9 360	-18 527	+27 887
Arbeiter	-51 224	-41 309	- 9 915

Hier ist versucht worden, das tatsächliche Gewicht dieser Veränderungen gegenüber 1933 näher zu untersuchen. Für jede soziale Gruppe ist, ausgehend von den Verhältnissen des Jahres 1933, berechnet worden, wie viele Erwerbspersonen eigentlich hätten vorhanden sein müssen, wenn in allen Gruppen eine gleichmäßige Schrumpfung des Erwerbslebens auf das im September 1950 erreichte Niveau der Gesamtzahl der Erwerbspersonen vonstatten gegangen wäre. Die Übertragung der Anteile von 1933 auf die Gesamtzahl der Erwerbspersonen von 1950 und der Vergleich der so gewonnenen Zahlen mit den tatsächlichen Veränderungen geben einen interessanten Einblick in die soziale Umschichtung, die sich im Laufe der letzten 20 Jahre vollzogen hat. So war beispielsweise bei den Angestellten infolge der geringeren Erwerbspersonenzahl eine Abnahme von 18 500 Personen zu erwarten; die Übersicht weist jedoch einen Zugang von 9400 Angestellten aus. Dies bedeutet, daß im September 1950 nahezu 28 000 Angestellte mehr im Erwerbsleben standen, als es bei gleichen Verhältnissen wie 1933 hätte der Fall sein dürfen.

Vergleich mit 1939

Die Tendenzen, die sich in den Jahren zwischen 1939 und 1950 auswirkten, waren anderer Art. Auch hier darf man nicht vergessen, daß die in der Übersicht 7 ausgewiesenen Veränderungen — Abnahme der Selbständigen, der Mithelfenden und der Arbeiter, Zunahme der Angestellten — nur den Saldo einer Entwicklung darstellen, die auf verschiedensten Ursachen beruht.

Im September 1950 wurden in der Hansestadt Hamburg rd. 10 100 Selbständige weniger gezählt als im Mai 1939. Die im September 1950 wesentlich geringere Einwohnerzahl ließ naturgemäß weniger Spielraum für Selbständige. Im Gegensatz zu der Entwicklung zwischen 1933 und 1939 hat sich hier nur eine geringfügige soziale

Ein Vergleich der Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950 mit denen des Jahres 1933 überdeckt jedoch die Tatsache, daß der gesamte Zeitraum zwei in ihren Auswirkungen auf die soziale Struktur der Erwerbspersonen völlig unterschiedliche Abschnitte umschließt. Die Veränderungen, die sich zwischen 1933 und 1939 ergeben haben, sind andere als die, die zwischen 1939 und 1950 eintraten. Es ist daher erforderlich, noch einmal kurz auf die sozialen Umschichtungen zwischen 1933 und 1939 einzugehen.

Zwischen den Berufszählungen vom 13. 6. 1933 und vom 17. 5. 1939 hat sich die Zahl der Hamburger Erwerbspersonen nur geringfügig verändert, so daß bereits die Zu- oder Abnahme in den einzelnen sozialen Gruppen das Ausmaß der sozialen Umschichtung erkennen läßt.

Zu- oder Abgang an Erwerbspersonen 1933—1939

Selbständige	- 8 986
mithelf. Familienangeh.	+ 3 349
Beamte	+ 4 295
Angestellte	- 2 035
Arbeiter	+ 4 783
insgesamt	+ 1 406

Der entscheidende Einbruch war bei den Selbständigen zu verzeichnen, deren Zahl damals um nahezu 9000 zurückging. Der Übergang von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung und zur Rüstungswirtschaft ließ manche Selbständigen, die sich nur mühsam in der Depression hatten behaupten können, in abhängige Stellungen mit höherem Einkommen ausweichen. Zum Teil stießen sie zur Arbeiterschaft, zum Teil wurden sie von der im Aufbau befindlichen Wehrmacht aufgesogen. Auch die Ausschaltung der jüdischen Mitbürger (der Anteil der Selbständigen war hier verhältnismäßig hoch) aus dem Wirtschaftsleben dürfte sich mit ausgewirkt haben. Der Wiederaufbau der Wehrmacht führte andererseits zu einer beachtlichen Ausweitung der Beamtenschaft, da die Berufssoldaten mit zu den Beamten gezählt wurden. Gleichzeitig ging die Zahl der Angestellten zurück, die der Arbeiter nahm dagegen zu.

Umschichtung vollzogen; die Abnahme der Selbständigen entsprach etwa dem, was auf Grund der geringeren Gesamtzahl der Erwerbspersonen zu erwarten war.

Auch die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen ist im Vergleich zu 1939 erheblich zurückgegangen. Wenn auch der ungewöhnliche Tiefstand des Jahres 1946 überwunden ist, so liegt doch die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen um etwa 13 800 unter dem Vorkriegsstand. Die Abnahme geht weit über das hinaus, was infolge der Abnahme der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonenzahl zu erwarten war. Die Gründe wurden bereits bei dem Vergleich mit 1933 erwähnt. Das durch die Steuerpolitik be-

günstige Vordringen kostenmäßigen Denkens auf der einen Seite, das Streben nach einer gesicherten Altersversorgung und nach einer gesicherten Entlohnung auf der anderen Seite hat zahlreiche mithelfende Familienangehörige zu abhängigen Arbeitnehmern werden lassen — eine Entwicklung, die in allen Wirtschaftsabteilungen zu verzeichnen war. Man darf allerdings auch nicht vergessen, daß die Erfassung der mithelfenden Familienangehörigen seit jeher besondere Schwierigkeiten bereitet. Diese Einschränkung vermag jedoch die allgemeine Tendenz nicht zu überdecken und auch nicht die Größenordnung der Abnahme zu verschieben.

Die zahlenmäßigen Veränderungen bei den abhängigen Erwerbspersonen, wie sie in der Übersicht 7 erscheinen, sagen verhältnismäßig wenig, wenn man bedenkt, daß gegenüber 1939 die Wohnbevölkerung Hamburgs beträchtlich abgenommen hat und auch die Zahl der Erwerbspersonen um rd. 76 000 zurückgegangen ist. Man kann nur in solchen Fällen von einer wirklichen sozialen Umschichtung sprechen, in denen die anteilmäßige Veränderung der sozialen Gruppe und die Richtung dieser Veränderung von der relativen Abnahme der Erwerbspersonen abweicht.

Übersicht 8

Die soziale Umschichtung 1939—1950

Stellung im Beruf	Zu- (+) oder Abnahme(-) an Erwerbspersonen	davon	
		Abgang infolge des Rückgangs der Wohnbevölkerung	Zu- oder Abgang infolge sozialer Umschichtung
männlich			
Selbständige	- 7 301	- 7 851	+ 550
mithelf. Familienangeh.	- 80	- 239	+ 159
Beamte	-10 235	- 4 201	+ 6 034
Angestellte	- 5 062	-11 537	+ 6 475
Arbeiter	-40 558	-29 796	-10 762
weiblich			
Selbständige	- 2 762	- 1 785	- 977
mithelf. Familienangeh.	-13 719	- 2 713	-11 006
Beamte	+ 420	- 425	+ 845
Angestellte	+16 457	- 7 105	+23 562
Arbeiter	-15 449	-12 637	- 2 812
zusammen			
Selbständige	-10 063	- 9 636	- 427
mithelf. Familienangeh.	-13 799	- 2 952	-10 847
Beamte	- 9 815	- 4 626	- 5 189
Angestellte	+11 395	-18 642	+30 037
Arbeiter	-56 007	-42 433	-13 574

So mußte beispielsweise bei den Beamten infolge der geringeren Gesamtzahl der Erwerbspersonen mit einem Rückgang um rd. 4600 Personen gerechnet werden. Die tatsächliche Abnahme betrug jedoch 9800 Personen. Dies bedeutet, daß rd. 5200 Beamte zusätzlich ausgeschieden und zum Teil in andere soziale Gruppen hinübergewechselt sein müssen. Im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Verwaltungsreformen sind vielfach Beamtenstellen mit Angestellten besetzt worden. Daneben hat die Untersuchung der Hamburger Wirtschaftsstruktur im Vergleich mit der Vorkriegszeit („Hamburg in Zahlen“, Jg. 1952 Nr. 11) aber auch ergeben, daß der

Umfang der öffentlichen Verwaltung trotz mancher gegenteiligen Meinungen heute geringer ist als in der Vorkriegszeit. Zahlreiche Beamte sind mit der Auflösung der deutschen Wehrmacht ausgeschieden. Alle diese Tendenzen wirken zusammen. Bemerkenswert ist, daß die Abnahme der Beamten ausschließlich die Zahl der männlichen Beamten trifft, wogegen die der weiblichen im Vergleich mit der Vorkriegszeit leicht zugenommen hat, obwohl auch hier eine Abnahme zu erwarten gewesen wäre. Die Beamtschaft dürfte von 1939 bis zum September 1950 rd. 850 weibliche Erwerbspersonen zusätzlich aufgenommen haben.

Bei den Arbeitern betrug die Abnahme gegenüber der Vorkriegszeit etwa 56 000 Erwerbspersonen. Sie war damit um rd. 13 600, nämlich um 10 800 männliche und 2800 weibliche Erwerbspersonen größer, als man infolge des Rückgangs der Wohnbevölkerung erwarten konnte. Die seit 1933 zu verfolgende Aufstiegtendenz, d. h. also die Umwandlung von Arbeiterberufen in Angestelltenberufe hat sich fortgesetzt. Viele Arbeiter haben aber auch den Beruf gewechselt und sind auf diesem Wege zu Angestellten aufgestiegen, mancher mag sich selbständig gemacht haben. Diesem gegenseitigen Austausch zwischen den sozialen Gruppen ist mit den Mitteln der Berufszählung nur sehr schwer beizukommen. Sie gibt nur die Ergebnisse einer Entwicklung wieder und läßt nur unvollkommen erkennen, was sich in dem zwischen den beiden Zählungen liegenden Zeitraum im einzelnen abgespielt hat.

Gewissermaßen als Gegenbuchung der Veränderungen, die sich bei den Arbeitern und Beamten vollzogen haben, erscheint bei den Angestellten in der Übersicht 8 ein Zugang von 11 400 Personen, obgleich auch hier infolge des Rückgangs der Gesamtzahl der Erwerbspersonen eine Abnahme von rd. 18 700 Angestellten zu erwarten war. Der Zugang weist darauf hin, daß die soziale Umschichtung ein ungewöhnliches Ausmaß angenommen hat. Insgesamt sind im Jahre 1950 rd. 30 000 Angestellte mehr vorhanden als zu erwarten war, wenn der Anteil der Angestelltenschaft an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen der gleiche geblieben wäre wie 1939. Den Hauptgewinn haben die weiblichen Angestellten davongetragen, denn von dem Zuwachs von 30 000 Angestellten kommen rd. 23 600 auf weibliche und 6400 auf männliche Angestellte. Das Hinüberwechseln von Arbeitern und mithelfenden Familienangehörigen in die Angestelltenschaft, aber auch das Absinken mancher Selbständigen ist für diese Umschichtung verantwortlich. Die Gründe sind verschiedenster Art und im Rahmen einer statistischen Untersuchung kaum erschöpfend darzustellen, zumal sich hier mehrere Tendenzen überschneiden. Vom einzelnen her mag das Streben nach der vermeintlichen Sicherheit des Angestellten-daseins eine gewisse Rolle gespielt haben. Aber auch innerhalb des Wirtschaftslebens haben sich Veränderungen vollzogen, die zu einer stärkeren Durchsetzung der Arbeitnehmer mit Angestellten führen. Im kaufmännischen Bereich sei nur die Ausweitung des Rechnungswesens innerhalb fast aller Wirtschaftszweige erwähnt. Daneben hat aber

auch die technische Entwicklung zu einem immer stärkeren Bedarf an technischen Spezialisten geführt, die zum größten Teil im Angestelltenverhältnis stehen. Auch das Hineinströmen weiblicher Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozess infolge einer gestiegenen Erwerbsintensität der Frauen (vgl. „Hamburg in Zahlen“ Jg. 1951 Nr 32) darf nicht vergessen werden. Gerade diese zusätzliche

Aufnahme weiblicher Arbeitskräfte hat weitgehend die Richtung und auch das Ausmaß der sozialen Umschichtung mitbestimmt. Dies geht aus der folgenden Aufstellung hervor. Sie läßt zugleich erkennen, aus welchen Gruppen die weiblichen Angestellten und Beamten kamen, die zusätzlich in den Wirtschaftsprozess eingegliedert wurden.

Soziale Umschichtung der weiblichen Erwerbspersonen

Abnahme der Selbständigen	977	Zugang an weiblichen Angestellten	23 562
Abnahme der Mithelfenden	11 006	Zugang weiblicher Beamter	845
Abnahme der Arbeiterinnen	2 812		
Neuzugang weiblicher Arbeitskräfte infolge höherer Erwerbsintensität	9 612 ¹⁾		
	24 407		24 407

¹⁾ Saldo aus der Abnahme der weiblichen Selbständigen, Mithelfenden und Arbeiterinnen einerseits und dem Zugang an weiblichen Angestellten und Beamten andererseits.

Über die freigesetzten weiblichen Selbständigen, Mithelfenden und Arbeiterinnen hinaus sind also auch die weiblichen Erwerbspersonen von der Angestelltenschaft, zum geringen Teil von der Beamtschaft, mit aufgesogen worden, die infolge einer gestiegenen Erwerbsintensität zusätzlich auf den Arbeitsmarkt strömten. (Zur Frage der weiblichen Erwerbsintensität 1939 und 1950 vgl. „Hamburg in Zahlen“ Jg. 1951, Heft Nr. 32). Die Momentaufnahme einer Bilanz läßt selbstverständlich nicht erkennen, welche Buchungsvorfälle sich vorher ereignet haben. Es ist also ohne weiteres denkbar, daß zwischen den einzelnen sozialen Gruppen ein wechselseitiger Austausch vonstatten gegangen ist. Daß Umschichtungen von dem oben beschriebenen Ausmaß zu Schwierigkeiten am weiblichen Arbeitsmarkt führen müssen, liegt auf der Hand.

Die soziale Umschichtung im Laufe der letzten 20 Jahre hat die Anteile der einzelnen Gruppen erheblich verschoben.

Es kommen auf 100 Selbständige:

Jahr	Mithelfende	Abhängige
	Familienangehörige	Arbeitnehmer
1933	25,1	620,0
1939	30,6	681,9
1946	35,7	610,7
1950	18,9	697,4

Im Vergleich zu 1939 ist bei etwa gleichbleibendem Anteil der Selbständigen der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen von 3,8 v. H. auf 2,3 v. H. abgesunken. Die abhängigen Arbeitnehmer haben erheblich an Bedeutung gewonnen. Auch innerhalb dieser Gruppe haben sich im Laufe der letzten 20 Jahre einige grundlegende Veränderun-

gen vollzogen. Die Angestelltenschaft ist gegenüber den Arbeitern und den Beamten erheblich vordrungen.

Es kommen auf 100 Arbeiter:

Jahr	Angestellte	Beamte
1933	44,9	10,0
1939	43,9	10,9
1946	57,8	9,8
1950	53,1	10,0

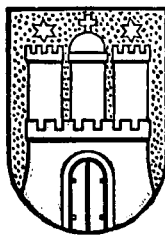
Im Jahre 1939 betrug der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen 23,8 v. H., im September 1950 war er dagegen auf rd. 28 v. H. gestiegen. Der Anteil der Arbeiter ist von 54 auf etwa 52 v. H. abgesunken. Am erstaunlichsten ist die Zunahme der weiblichen Angestellten. Sie machten vor dem Kriege rd. 29 v. H. aller weiblichen Erwerbspersonen aus, wogegen ihr Anteil im September 1950 auf 37,3 v. H. gestiegen war. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Angestellten hat ebenfalls zugenommen, so daß sie heute in viel stärkerem Maße als in der Vorkriegszeit das Bild der Angestelltenschaft mit bestimmen. Im Jahre 1933 kamen auf 100 männliche Angestellte nur 58,5 weibliche. Im Zuge der Vollbeschäftigungs- und Rüstungspolitik der folgenden Jahre, bei der man den Bedarf an Arbeitskräften zunächst durch eine Mobilisierung der nicht erwerbstätigen Frauen zu decken versuchte, gewannen die weiblichen Angestellten ständig an Boden. 1939 kamen daher auf 100 männliche 61,6 weibliche Angestellte. Dieses Vordringen der Frauen in den Angestelltenberufen hat sich unter den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten der Nachkriegszeit noch verstärkt, so daß im September 1950 in Hamburg auf 100 männliche 78,4 weibliche Angestellte kamen.

Sobotschinski, Dipl.-Volkswirt.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 5. Mai 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 17

Die Straßenverkehrsunfälle in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1938, 1946/1951

1. Die allgemeine Entwicklung der Verkehrsunfälle

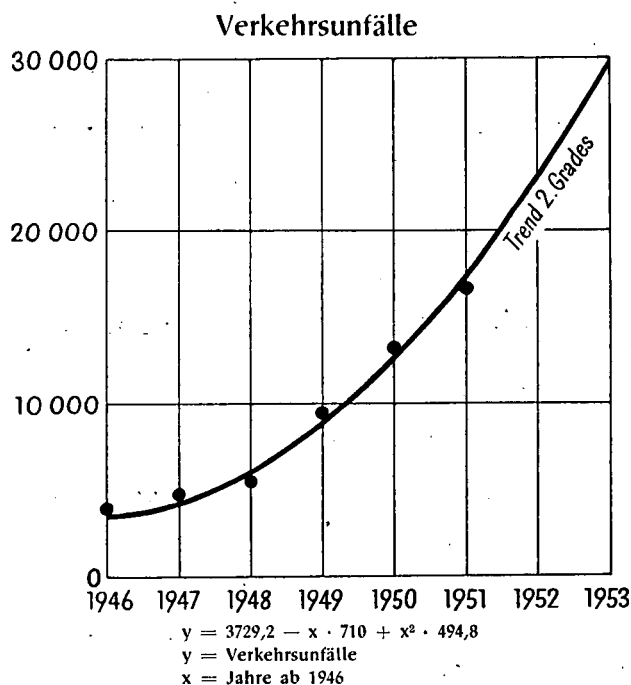
Die Unfallziffern im Straßenverkehr zeigen in der Nachkriegszeit eine Entwicklung, die mit Besorgnis betrachtet werden muß. Im Jahre 1951 wurden 17 196 Straßenverkehrsunfälle ermittelt (gegen 10 378 im Jahre 1938); die Unfälle liegen damit um 65,7 v. H. höher als im Jahre 1938. Unmittelbar nach dem Kriege lag die Unfallziffer allerdings niedriger als 1938, weil bedeutend weniger Kraftfahrzeuge vorhanden waren als im letzten Vorkriegsjahre. Seitdem zeigt sich aber eine ständige Zunahme der Unfälle; besonders seit dem Aufschwung der Wirtschaft nach der Währungsreform ist das Ansteigen der Unfallziffer beängstigend. Von 5841 Verkehrsunfällen im Jahre 1948 stieg die Unfallziffer auf 12 691 Unfälle im Jahre 1950. Die Unfälle haben sich also in zwei Jahren mehr als verdoppelt. Im Jahre 1951 ist mit 17 196 Unfällen rd. die dreifache Höhe des Jahres 1948 gegeben.

Wenn man die Entwicklung der letzten Jahre betrachtet, kann man sich nicht der Befürchtung verschließen, daß auch in den nächsten Jahren mit einer ähnlichen Zunahme der Verkehrsunfälle gerechnet werden muß. Man kann diese zu erwartende Zunahme mit großer Zuverlässigkeit berechnen, wenn man annimmt, daß sich der Umfang und die Dichte des Verkehrs, insbesondere des Kraftwagenverkehrs, in gleicher Weise steigert, wie in den letzten Jahren und sich im Verhalten der Verkehrsteilnehmer und in der Verkehrsregelung nichts ändert.

Unter dieser Annahme würden sich im Jahre 1952 rd. 23 000 und im Jahre 1953 rd. 30 000 Unfälle ereignen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

	Tatsächliche Unfälle	Trendwerte ¹⁾
1946	3 526	3 514,0
1947	4 361	4 288,4
1948	5 841	6 052,4
1949	8 877	8 806,0
1950	12 691	12 549,2
1951	17 196	17 282,0
1952	.	23 004,4
1953	.	29 716,4

Graphisch dargestellt ergibt sich in den ersten Jahren eine nur schwach ansteigende Parabel, die jedoch im Laufe der Jahre immer mehr ansteigt.



2. Kraftfahrzeugbestand und Verkehrsunfälle

Im Jahre 1946 waren die Kraftfahrzeuge mit 88,3 v. H. an allen Verkehrsunfällen beteiligt, im Jahre 1950 mit 92,1 und 1951 mit 92,5 v. H.; in stets steigendem Maße nimmt demnach die Beteiligung der Kraftfahrzeuge an den Verkehrsunfällen zu. Die steigenden Verkehrsunfälle können also in hohem Maße auf die zunehmende Motorisierung zurückgeführt werden, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß die Verkehrsunfälle nicht allein vom Hamburger Kraftfahrzeugbestand abhängig sind, sondern zum Teil durch die von auswärts nach und durch Hamburg kommenden Fahrzeuge

¹⁾ d. i. die Entwicklungstendenz unter Ausschaltung der Schwankungen.

verursacht werden. Insofern sind die Verkehrsunfälle, bezogen auf den Hamburger Kraftfahrzeugbestand, etwas überhöht. Jedoch muß diese Ungenauigkeit in Kauf genommen werden, weil keine Zahlen darüber vorliegen, wie hoch die Unfallziffern sind, die durch auswärtige Fahrzeuge verursacht werden.

Stellt man Kraftfahrzeugbestand und Verkehrsunfälle einander gegenüber, ergibt sich für die Vor- und Nachkriegszeit folgendes Bild:

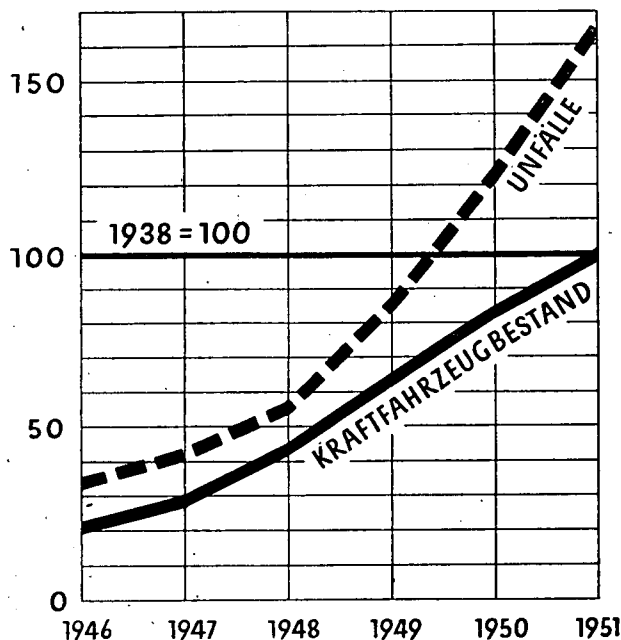
	Kraftfahrzeugbestand	Unfälle
1938	83 627	10 378
1946	17 291	3 526
1947	24 179	4 361
1948	35 905	5 841
1949	53 288	8 877
1950	70 094	12 691
1951	83 511	17 196

Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, ist nach dem Kriege mit dem Kraftfahrzeugbestand auch die Unfallhäufigkeit gestiegen, und zwar nicht parallel zum erhöhten Kraftfahrzeugbestand, sondern in den letzten Jahren zunehmend darüber hinaus. Es entfielen nämlich auf 1000 Kraftfahrzeuge

im Jahre	Unfälle
1946	204
1947	180
1948	163
1949	167
1950	181
1951	206

Im Jahre 1938 kamen 124 Unfälle auf je 1000 Kraftfahrzeuge, im Jahre 1951 dagegen 206.

Die Entwicklung der Unfälle und des Kraftfahrzeugbestandes



Die überproportionale Zunahme der Verkehrsunfälle in den letzten Jahren kann auf zwei Ursachen zurückgehen, einmal auf die Tatsache, daß bei einem geringen Kraftfahrzeugbestand eine Zunahme von 1000 Kraftfahrzeugen lange nicht die-

selben Auswirkungen auf die Verkehrsgefährdung zeigt wie eine Zunahme von 1000 Kraftfahrzeugen in einem bereits saturierten Zustand. Außerdem scheint die Fahrdisziplin stark nachgelassen und auch das verringerte Verkehrsgebiet zur Unfallhäufung beigetragen zu haben.

Eine Änderung kann nicht durch eine Einschränkung der Motorisierung erfolgen, denn das käme einem Rückschritt in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gleich. Die Abwehrmaßnahmen müßten in erster Linie bei den Verkehrsteilnehmern selbst einsetzen. Mehr als bisher wäre eine Rücksichtnahme auf die anderen Verkehrsteilnehmer erforderlich. Auch für die Polizei ergibt sich die Folgerung, alles nur Erdenkliche zu tun, um der Entwicklung im Straßenverkehr, die, wie eben ausgeführt, mit der Zunahme der Kraftfahrzeuge überproportional steigt, abzuwenden. Selbst wenn die jährlichen Unfälle derart wären, daß beispielsweise bei einem Zugang von 1000 Kraftfahrzeugen stets eine gleiche Zahl von Unfällen verursacht würde, ist damit eine Entwicklung gegeben, die unbefriedigend ist. Es muß vielmehr erreicht werden, daß die Unfälle trotz der steigenden Motorisierung nicht weiter ansteigen, sondern möglichst abnehmen.

Nach diesem allgemeinen Überblick über die vorherrschende Tendenz in der Entwicklung soll, soweit es mit Hilfe der Unfallstatistik möglich ist, das Verhalten der Verkehrsteilnehmer, welches bei der gestiegenen Motorisierung das bedenkliche Ansteigen der Unfallziffern verursachte, näher dargestellt werden.

3. Die Unfallursachen im einzelnen

Die Zahl der Unfallursachen liegt in den einzelnen Jahren geringfügig höher als die Zahl der Unfälle selbst, was darauf zurückzuführen ist, daß ein Unfall unter Umständen mehr als eine Ursache haben kann.

Die größte Zahl der Unfallursachen ist beim Fahrzeugführer selbst zu suchen. Seit 1946 steigt der Anteil der durch die Fahrzeugführer verursachten Unglücksfälle ständig an. Im Jahre 1951 wurden 15 194 Unfallursachen dem Fahrzeugführer zur Last gelegt, gegenüber nur 8072 im Jahre 1938, was auf ein Nachlassen der Fahrdisziplin zurückzuführen sein dürfte. War im Jahre 1938 bei 70,7 v. H. aller Unfallursachen der Fahrzeugführer schuldig, so ist im Jahre 1951 ein Anteil von 82,5 v. H. festzustellen.

Besonders zu erwähnen wäre als Unfallursache beim Fahrzeugführer das Nichtbeachten der Vorfahrt. Durch dieses Verkehrsdelikt wurden im Jahre 1938 2119 Unfälle verursacht, im Jahre 1951 dagegen 3018. Auch hier ergibt sich ein starkes Ansteigen von etwa 1948 an. Wurden im Jahre 1948 nur 1198 Unfälle durch Nichtbeachten der Vorfahrt verursacht, so bringt das Jahr 1949, wo 1801 solche Unfallursachen ermittelt wurden, eine Zunahme von 50,3 v. H. Das Jahr 1950 bringt mit 2626 solchen Unfallursachen einen weiteren Anstieg von 45,8, und das Jahr 1951 mit 3018 schließlich eine Zunahme von 14,9 v. H. Im Vergleich mit 1948 weist das Jahr 1951 rd. die 2½fache Höhe auf.

Die Unfallursache „Falsches Überholen“ verdient ebenfalls erwähnt zu werden. Der allgemeine Grundzug der Entwicklung, nämlich das ständige Ansteigen, ist auch hier festzustellen. Im Jahre 1946 wurde die Unfallursache „Falsches Überholen“ 439mal festgestellt, im Jahre 1951 dagegen 2338mal. Diese Unfallursache tritt damit 104 v. H. häufiger auf als im Jahre 1938. Aber auch gegenüber dem Vorjahr (1950), in dem die Ursache 1658mal festgestellt wurde, ergibt sich eine Steigerung von rd. 40 v. H. Damit steigt auch der Anteil an der Summe aller Unfallursachen an, nämlich von 10,4 v. H. im Jahre 1949 auf 11,5 v. H. im Jahre 1950 und schließlich auf 12,7 v. H. im Jahre 1951.

Schließlich zeigt auch die Unfallursache „Fahren unter Alkoholeinfluß“ in der Nachkriegszeit eine starke Zunahme. War im Jahre 1946 dies nur 50mal die Unfallursache, so ist im Jahre 1950 diese Unfallursache rd. 9mal so oft (441) vertreten. Im Jahre 1951 hat sich diese Unfallursache etwa verzweifelt (586). Im Vergleich mit dem Jahre 1938, in dem diese Unfallursache 299mal auftrat, ist eine **Verdoppelung** festzustellen, obwohl der Kraftfahrzeugbestand gleich groß war.

Auch alle übrigen Unfallursachen beim Fahrzeugführer zeigen seit 1946 ein ständiges, beinahe gesetzmäßiges Ansteigen. Fast alle Unfallursachen treten 1951 häufiger auf als im Jahre 1938. Eine Ausnahme bilden lediglich die Unfallursachen „Nichtbeachtung der Fahrtrichtungsanzeige“ und „Vorschriftswidriges Fahren an Straßenbahnhaltestellen“. Letztere Ursache zeigt in der Zeit von 1946 bis 1950 eine etwa gleichbleibende Tendenz. Im Jahre 1951 wurde jedoch diese Ursache nur 16mal ermittelt, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 66,0 v. H. und gegenüber 1938 eine Abnahme von 77,1 v. H. Demgegenüber werden durch das Nichtbeachten der Fahrtrichtungsanzeige in der Nachkriegszeit steigende Unfälle verursacht, wenn auch das Jahr 1951 mit 404 Fällen nur 77,4 v. H. des Standes von 1938 aufweist. Eine große Steigerung weist auch die Unfallursache „Übermäßige Geschwindigkeit“ seit 1946 auf. Sie stieg von 154 Fällen im Jahre 1946 auf 685 im Jahre 1951 oder um 344,8 v. H. Gegenüber 1938 ist damit eine **Steigerung von rd. 43 v. H.** zu verzeichnen.

Sehr undurchsichtig ist der Ursachenkomplex „Sonstige Ursachen bei Kraftfahrern“. Diese Kategorie schwillt seit 1946 ständig an. Wurde im Jahre 1946 in 186 Fällen diese Ursache ermittelt, so weist das Jahr 1951 in 3995 Fällen diese Unfallursache aus. An der Summe aller Unfallursachen gemessen, stieg der Anteil von 5,2 v. H. im Jahre 1946 bis auf 21,8 v. H. im Jahre 1951. Das Statistische Landesamt wird es sich angelegen sein lassen, diesen Komplex noch näher zu untersuchen.

„Der Radfahrer als Unfallursache“ tritt in der Nachkriegszeit auch immer mehr in Erscheinung. Seit 1948 haben sich die Unfallursachen durch Radfahrer bis zum Jahre 1950 etwa von Jahr zu Jahr verdoppelt. **Von 1950 auf 1951 ist eine Zunahme von 59,6 v. H. zu verzeichnen.**

Die durch „Fußgänger“ verursachten Verkehrsunfälle steigen im Vergleich zu den übrigen geringfügiger an. War im Jahre 1938 der Fußgänger noch in 12,6 v. H. Fällen die Unfallursache, so zeigt sich im Jahre 1951 eine Abnahme auf 11,7 v. H. Seit dem Jahre 1946, in dem der Fußgänger noch in 26,4 v. H. aller Fälle die Unfallursache war, ist eine ständige Abnahme des Anteils zu verzeichnen.

Die „Mängel der Straße“ waren im Jahre 1950 in 664 Fällen Unfallursache, im Jahre 1951 wurde diese Unfallursache jedoch nur 329mal festgestellt.

Zusammenfassend zeigt sich also, daß mit der steigenden Motorisierung, die Unfallursachen, die dem Kraftfahrzeugführer zur Last gelegt werden müssen, in besonderem Maße zunehmen. Demgegenüber steigen die Unfallursachen, die beim Fußgänger liegen, zwar auch an, jedoch in wesentlich geringerem Maße. Eine große Gefährdung ist ebenfalls in zunehmendem Umfang durch die Radfahrer gegeben. Ferner ergibt sich, daß die Fahrdisziplin im Jahre 1938 größer war, denn bei annähernd gleichem Kraftfahrzeugbestand in den Jahren 1938 und 1951 (rd. 83 500 Fahrzeuge) liegt die Unfallziffer im Jahre 1951 um rd. 65 v. H. höher als 1938 (Übersicht 1).

Nebenbei wäre vielleicht auch zu bemerken, daß die Verkleinerung des Verkehrsgebietes infolge Zerstörung ganzer Stadtteile die Unfallhäufigkeit ansteigen läßt.

4. Die an den Straßenverkehrsunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer

Die Zahl der beteiligten Verkehrsteilnehmer weist die doppelte Höhe auf wie die Unfälle selbst, weil ja in der Regel an einem Verkehrsunfall zwei Parteien beteiligt sind. Diese Zahlen zeigen also schlechthin, wer von den Verkehrsunfällen betroffen wird.

In der Nachkriegszeit zeigt sich, daß die Kraftfahrzeuge an den Straßenverkehrsunfällen in immer stärkerem Maße Anteil haben. Im Jahre 1951 waren 73,8 v. H. der an den Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer Kraftfahrzeuge. Besonders hoch ist hier der Anteil der Personenkraftwagen (33,2 v. H.). Die Krafträder waren mit 3015 Fahrzeugen oder einem Anteil von 8,8 v. H. vertreten.

Die unterschiedliche Beteiligung im Verlaufe der Jahre wird in Übersicht 2 verdeutlicht.

5. Personenschäden

Von besonderem Interesse sind an den Verkehrsunfällen die entstandenen Personenschäden. Im Jahre 1951 wurde bei 6582 Unfällen oder bei 38,3 v. H. aller Unfälle Personenschäden festgestellt. Gegenüber 1950 bedeutet dies eine Zunahme von 28,8 v. H. und gegenüber 1938 eine Steigerung von 19,5 v. H.

Die Unfälle des Jahres 1951, bei denen kein Personenschaden verursacht wurde (10 614) nahmen gegenüber 1950 um 40 v. H. und gegenüber 1938 um

Übersicht 1

Unfallursachen 1938 bis 1951

Unfälle durch	1938		1946		1947		1948		1949		1950		1951	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
Fahrzeuge (technische Mängel)	223	1,9	107	3,0	147	3,2	244	4,0	273	2,8	369	2,6	363	2,0
Fahrzeugführer	8 072	70,7	2 341	65,0	2 970	65,5	4 190	68,3	7 130	74,5	11 205	77,4	15 194	82,5
<i>davon durch</i>														
Nichtbeachtung der Vorfahrt	2 119	18,6	801	22,2	973	21,4	1 198	19,6	1 801	18,8	2 626	18,1	3 018	16,4
Falsches Einbiegen	756	6,6	203	5,6	303	6,7	445	7,2	755	7,9	1 089	7,5	1 461	7,9
Falsches Überholen	1 146	10,0	439	12,2	495	10,9	656	10,7	992	10,4	1 658	11,5	2 338	12,7
Nichtplatzmachen beim Ausweichen od. Überholtwerden	356	3,1	49	1,4	61	1,3	100	1,6	202	2,1	211	1,5	135	0,7
Nichtbeachtung der Verkehrsregelung	171	1,5	93	2,6	130	2,9	150	2,4	197	2,1	283	2,0	389	2,1
Nichtbeachtung der Fahrrichtungsanzeige	522	4,6	49	1,4	68	1,5	88	1,4	273	2,8	408	2,8	404	2,2
Vorschriftswidriges Fahren an Straßenb.-Haltestellen	70	0,6	50	1,4	48	1,1	43	0,7	42	0,4	47	0,3	16	0,1
Übermäßige Geschwindigkeit	480	4,2	154	4,3	250	5,5	350	5,7	428	4,5	501	3,5	685	3,7
Fahren unter Alkoholeinfluß	299	2,6	50	1,4	71	1,6	118	1,9	296	3,1	441	3,0	586	3,2
Sonstige Ursachen bei Kraftfahrern	534	4,7	186	5,2	313	6,9	649	10,7	1 343	14,0	2 524	17,4	3 995	21,8
Radfahrer	1 228	10,8	171	4,7	136	3,0	220	3,6	552	5,8	1 134	7,8	1 810	9,8
Führer eines anderen Fahrzeuges	391	3,4	96	2,6	122	2,7	173	2,8	249	2,6	283	2,0	357	1,9
Fußgänger	1 442	12,6	955	26,4	1 142	25,2	1 395	22,7	1 524	15,9	1 743	12,0	2 157	11,7
Andere Ursachen	1 701	14,8	208	5,6	275	6,1	310	5,0	655	6,8	1 158	8,0	707	3,8
<i>davon</i>														
Mängel der Straße	964	8,4	114	3,1	149	3,3	159	2,5	342	3,6	664	4,6	329	1,7
Witterungseinflüsse	325	2,8	33	0,9	54	1,2	61	1,0	145	1,5	257	1,8	144	0,8
Sonstige Ursachen	412	3,6	61	1,6	72	1,6	90	1,5	168	1,7	237	1,6	234	1,3
Zusammen	11 438	100	3 611	100	4 534	100	6 139	100	9 582	100	14 475	100	18 421	100
Außerdem nicht festgestellte Ursachen	284	—	123	—	105	—	94	—	178	—	212	—	140	—

Übersicht 2

An Straßenverkehrsunfällen beteiligte Verkehrsteilnehmer 1938 bis 1951

Am Unfall beteiligte Verkehrsteilnehmer	1938		1946		1947		1948		1949		1950		1951	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
Kraftfahrzeuge	13 635	66,7	4 586	63,1	5 909	66,3	8 140	67,8	12 974	72,0	18 659	73,2	25 283	73,8
<i>davon</i>														
Personenkraftwagen	6 941	34,0	1 076	14,8	1 424	16,0	2 326	19,4	4 556	25,2	7 622	29,9	11 404	33,2
Kraftomnibusse	184	0,9	58	0,8	79	0,9	102	0,8	196	1,1	232	0,9	301	0,9
Liefer- und Lastkraftwagen	3 966	19,4	2 045	28,2	2 740	30,9	3 799	31,6	5 746	31,9	7 605	29,8	9 184	26,8
Kraftwagen der Besatzungsmacht	—	—	1 104	15,2	1 261	14,1	1 078	9,0	915	5,1	890	3,5	916	2,7
Zugmaschinen und Sattelschlepper	314	1,5	140	1,9	178	1,9	265	2,2	395	2,2	407	1,6	361	1,1
Krafträder	2 165	10,6	154	2,1	207	2,3	536	4,5	1 131	6,3	1 846	7,3	3 015	8,8
Sonstige Kraftfahrzeuge	65	0,3	9	0,1	20	0,2	34	0,3	35	0,2	57	0,2	102	0,3
Straßenbahn (einschließlich Eisenbahn)	1 323	6,5	751	10,3	930	10,4	1 084	9,0	1 105	6,1	1 153	4,5	1 373	4,0
Bespannte Fuhrwerke	180	0,9	164	2,3	116	1,3	148	1,2	152	0,8	169	0,7	185	0,5
Fahrräder	3 183	15,7	454	6,3	386	4,3	586	4,9	1 442	8,1	2 862	11,2	4 309	12,6
Fußgänger	1 939	9,5	1 197	16,5	1 446	16,2	1 888	15,8	2 144	11,9	2 413	9,5	2 853	8,3
Sonstige Verkehrsteilnehmer	143	0,7	109	1,5	130	1,5	158	1,3	200	1,1	235	0,9	254	0,8
Beteiligte Verkehrsteilnehmer insgesamt	20 403	100	7 261	100	8 917	100	12 004	100	18 017	100	25 491	100	34 257	100

117,9 v. H. zu. Die Zunahme der Unfälle mit Personenschaden erfolgte also nicht in dem bei den übrigen Unfällen gegebenen Maß.

Der Tatbestand, daß bei einem Verkehrsunfall Personenschaden entstanden ist, bringt zum Ausdruck, daß eine oder mehrere Personen verletzt oder getötet wurden. Die Verletztensziffern sind demnach höher als die Zahlen über Personenschäden.

Im Jahre 1951 wurden 7387 Verletzte einschl. Kinder gezählt. Dies bedeutet gegenüber 1946 eine Zunahme von 183,9 v. H., gegenüber 1950 beträgt die Zunahme 27,3 v. H.; ein Vergleich mit 1938 zeigt eine Steigerung von 19,0 v. H. Die Zahlen der Verletzten sind beim männlichen Geschlecht naturgemäß höher als beim weiblichen, weil die Männer dem Verkehr mehr ausgesetzt sind als die Frauen. Besonders gefährdet sind die Kraftfahrer und die Insassen von Kraftfahrzeugen. Im Jahre 1951 wurden von insgesamt 4729 männlichen Verletzten (ohne Kinder) 2061 auf Kraftfahrzeugen verletzt. Bei den Frauen wurden 1951 dagegen nur 408 auf Kraftfahrzeugen verletzt, bei insgesamt 1775 weiblichen Verletzten (ohne Kinder).

Aber auch bei den Radfahrern und Fußgängern ist die Zahl der Verletzten bei den Männern höher als bei den Frauen. Dies hat sicherlich berufliche Gründe, weil die Männer in stärkerem Maße im Berufsleben stehen als die Frauen. Es wurden im

Jahre 1951 1513 verletzte Radfahrer und 1006 verletzte Fußgänger bei den Männern ermittelt; bei den Frauen dagegen 463 verletzte Radfahrer und 795 verletzte Fußgänger.

Andererseits kommt der wachsende Anteil der weiblichen Berufstätigen auch in den steigenden Ziffern der verletzten weiblichen Personen zum Ausdruck. Gegenüber 1946 stieg die Ziffer der bei den Straßenverkehrsunfällen verletzten weiblichen Personen um 197,8 v. H., während bei den Männern eine Zunahme um 182,5 v. H. zu verzeichnen war.

Auffallend hoch ist der Anteil der verletzten Kinder mit 890 im Jahre 1950 und 883 im Jahre 1951. Die Kinder sind also besonders stark im Straßenverkehr gefährdet. Von allen verletzten Kindern entfielen im Jahre 1951 645 oder 73 v. H. auf Fußgänger.

Die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Personen liegt in den Jahren 1950 und 1951 niedriger als im Jahre 1946. Gegenüber 1938 ist jedoch im Jahre 1951 eine Zunahme von 70 Getöteten zu verzeichnen. Bei den männlichen Erwachsenen beträgt die Zunahme 33, bei den Frauen 21 und bei den Kindern 16 Personen. Die Zahlen über die getöteten Personen sagen nur wenig, weil sie relativ klein sind; sie tragen zu sehr den Charakter der Zufälligkeit.

Übersicht 3

	1938	1946	1950	1951	Zu-(+) oder Abnahme(-) gegenüber			
					1938		1946	
					1950 v. H.	1951 v. H.	1950 v. H.	1951 v. H.
Straßenverkehrsunfälle insges.	10 378	3 526	12 691	17 196	+ 22,3	+ 65,7	+ 259,9	+ 387,7
davon mit Personenschaden	5 508	2 244	5 110	6 582	- 7,2	+ 19,5	+ 127,7	+ 193,3
ohne Personenschaden	4 870	1 282	7 581	10 614	+ 55,7	+ 117,9	+ 491,3	+ 727,9
Zahl der getöteten Personen insges.	99	260	138	169	+ 39,4	+ 70,7	- 46,9	- 35,0
davon männliche Erwachsene	71	122	65	104	- 8,5	+ 46,5	- 46,7	- 14,7
weibliche Erwachsene	17	71	48	38	+ 182,3	+ 123,5	- 32,4	- 46,5
Kinder	11	67	25	27	+ 127,3	+ 145,5	- 62,7	- 59,7
Zahl der verletzten Personen insges.	6 209	2 602	5 801	7 387	- 6,6	+ 19,0	+ 112,9	+ 183,9
davon männliche Erwachsene	4 120	1 674	3 566	4 729	- 13,4	+ 14,8	+ 113,0	+ 182,5
weibliche Erwachsene	1 385	596	1 345	1 775	- 2,9	+ 28,2	+ 125,7	+ 197,8
Kinder	704	332	890	883	+ 26,4	+ 25,4	+ 168,1	+ 166,0

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Personenschäden zwar absolut erheblich zugenommen haben, jedoch nicht im gleichen Maße wie die Verkehrsunfälle. Dies kommt besonders zum Ausdruck, wenn man die Unfälle mit Personenschaden — die Toten und Verletzten — auf 1000 Straßenverkehrsunfälle bezieht.

Auf 1000 Straßenverkehrsunfälle entfielen:

	Unfälle mit Personenschaden	Tote	Verletzte
1938	531	10	598
1946	636	74	738
1947	569	47	660
1948	510	31	578
1949	436	15	486
1950	403	11	457
1951	383	10	430

Das Absinken der Unfälle mit Personenschäden, bezogen auf 1000 Verkehrsunfälle, läßt vermuten, daß in stärkerem Maße als bisher jeder Unfall, auch wenn er nur geringen Sachschaden verursachte, erfaßt wurde.

6. Die Straßenverkehrsunfälle nach Wochentagen und Tagesstunden im Jahre 1951

Mit beginnender Arbeitszeit (6—8 Uhr) steigen in den Wochentagen die Verkehrsunfälle an und fallen erst wieder ab, wenn die Arbeitszeit beendet ist. Die wenigsten Unfälle ereignen sich wegen des geringen Verkehrs von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens. Die größte Unfallziffer (560) wurde am Sonntagabend von 12—14 Uhr festgestellt, die niedrigste am Donnerstag von 2—4 Uhr. Im einzelnen können die Unfallziffern an folgender Aufstellung verdeutlicht werden.

Übersicht 4

Die Straßenverkehrsunfälle nach Wochentagen und Tagesstunden im Jahre 1951

Wochentag	Unfälle überhaupt	davon in der Zeit von Uhr												
		0-2	2-4	4-6	6-8	8-10	10-12	12-14	14-16	16-18	18-20	20-22	22-24	ohne Zeitangabe
Sonntag . . .	1 019	38	35	32	36	91	134	130	148	124	113	74	64	—
Montag . . .	2 771	32	23	30	196	308	417	393	421	508	257	116	56	14
Dienstag . . .	2 786	23	22	15	173	324	399	412	443	534	282	91	60	8
Mittwoch . . .	2 746	28	20	21	201	355	412	393	399	463	270	114	57	13
Donnerstag . .	2 445	35	11	25	177	260	347	304	346	488	254	122	64	12
Freitag . . .	2 878	23	21	36	208	329	431	423	426	514	272	129	56	10
Sonnabend . .	2 551	37	31	32	165	280	419	560	428	261	166	104	58	10
Insgesamt . . .	17 196	216	163	191	1 156	1 947	2 559	2 615	2 611	2 892	1 614	750	415	67

7. Unfälle an den wichtigsten Verkehrspunkten

Erklärlicherweise treten die Verkehrsunfälle an Verkehrsknotenpunkten der Innenstadt und an Ausfahrtstraßen besonders häufig auf.

Die meisten Verkehrsunfälle ereigneten sich im Jahre 1951 am verkehrsreichen Stephansplatz (223). Mit einigem Abstand folgt die Unfallziffer am Loignyplatz (174); unwesentlich niedriger sind die Unfälle, die durch den starken Verkehrsstrom über die Lombardsbrücke verursacht werden (159). Am Hauptbahnhof (Glockengießerwall—Ferdinandstor—Ballindamm) ereigneten sich 158 Unfälle. Über 100 Verkehrsunfälle sind ferner am Rathausmarkt (116) und an der Ecke Esplanade—Neuer Jungfernstieg (120) zu verzeichnen. Genau 100 Unfälle ereigneten sich am Glockengießerwall—Georgsplatz. Im einzelnen ergaben sich an den wichtigsten Brennpunkten folgende Unfallziffern:

Übersicht 5

Unfallort	1949	1950	1951
Alsterglaci / Warburgstraße			
Überführung Esplanade	18	41	68
Berliner-Tor-Kreuzung	35	49	44
Deichtorplatz	27	40	65
Eppendorferweg / Hoheluft- chaussee	18	25	43
Esplanade / Neuer Jungfernstieg .	84	107	120
Gänsemarkt	35	63	69
Glockengießerwall / Georgsplatz .	45	69	100
Glockengießerwall / Ferdinandstor / Ballindamm	60	135	158
Hudtwalckerstraße / Bebelallee / Sierichstraße	26	33	43
Jungfernstieg / Ballindamm / Reesendamm	13	32	55
Karl-Muck-Platz	71	74	76
Landungsbrücken	16	21	42
Loignyplatz	81	119	174
Lombardsbrücke, Gesamt	63	86	159
Lombardsbrücke / An der Alster .	18	39	66
Lübecker Straße / Mühlendamm / Steinhauerdamm	30	41	41
Mönckebergstraße / Barkhof . .	12	34	45
Mundsburg-Kreuzung	34	34	48
Neuer Pferdemarkt, Gesamt . . .	45	53	67
Rathausmarkt	51	61	116
Steindamm / Lohmühlenstraße . .	11	10	48
Steintorplatz	31	54	61
Steintorwall / Mönckebergstraße .	53	53	88
Stephansplatz	179	186	223

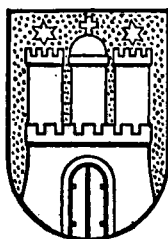
Bahler t, Dipl.-Volkswirt.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 10. Mai 1952



Jahrgang 1952 – Heft Nr. 18

INHALT: 1. Der Erwerbsgartenbau 1950
2. Der voraussichtliche Gemüseanbau 1952

Der Erwerbsgartenbau in der Hansestadt Hamburg

Weitere Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1950

Die ersten Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1950 sind bereits im Heft 17, Jahrgang 1951, dieser Zeitschrift veröffentlicht; es handelte sich dabei um die Zahl der Erwerbsgartenbau-, Feldgemüse- und bäuerlichen Obstbaubetriebe, gegliedert nach Betriebsgrößen, den Hauptarten der Bodennutzung und der Art und Größe der Unterglasanlagen. Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit einer Betrachtung der Besitz- und Personalverhältnisse sowie der maschinellen Ausstattung in den Erwerbsgartenbaubetrieben.

1. Die Besitzverhältnisse im Erwerbsgartenbau

Bei der Gartenbauerhebung wurde für jeden einzelnen Betrieb ermittelt, auf Grund welcher Besitzrechte die zum Betrieb gehörenden Flächen vom Betriebsinhaber genutzt werden. Im Betriebsbogen war zu diesem Zweck die Gesamtfläche des Betriebes nach zwei Besitzarten aufzuteilen, und zwar nach der eigenen Fläche und nach der gepachteten Fläche.

In der Hansestadt Hamburg ist der Betriebsinhaber nur zu etwa zwei Dritteln Eigentümer des Betriebes. Daneben spielen die Pachtverhältnisse eine beachtenswerte und nicht zu unterschätzende Rolle, denn von der Gesamtbetriebsfläche der Erwerbsgartenbaubetriebe der Hansestadt entfallen auf

eigene Flächen 4907 ha, d. s. 67,1 v. H. der Betriebsfl.
Pachtflächen 2403 ha, d. s. 32,9 v. H. der Betriebsfl.

Gliedert man die Betriebe nach ihrer Rechtsform, so müssen folgende Möglichkeiten berücksichtigt werden:

1. Die genutzte Betriebsfläche steht im Eigentum des Betriebsinhabers,
2. der Eigentümer von Grund und Boden hat weitere Flächen zugepachtet (gemischte Betriebe),
3. der Betrieb bewirtschaftet nur Pachtflächen.

Nach dieser Unterscheidung erhält man für die Hansestadt Hamburg

969 reine Eigenbetriebe, d. s. 31,5 v. H. aller Betriebe
745 reine Pachtbetriebe, d. s. 24,2 v. H. aller Betriebe
1361 gemischte Betriebe, d. s. 44,3 v. H. aller Betriebe

Von der Gesamtbetriebsfläche entfallen auf

reine Eigenbetriebe 3083 ha, d. s. 42,1 v. H. d. Betrfl.
reine Pachtbetriebe 1067 ha, d. s. 14,6 v. H. d. Betrfl.
gemischte Betriebe 3160 ha, d. s. 43,3 v. H. d. Betrfl.

Reine Eigenbetriebe sind im Durchschnitt größer als gemischte und reine Pachtbetriebe, denn das Durchschnittsausmaß beträgt bei

reinen Eigenbetrieben 3,2 ha
gemischten Betrieben 2,3 ha
reinen Pachtbetrieben 1,4 ha.

Aus der Übersicht 1 ist zu ersehen, daß die Pachtverhältnisse in erster Linie in den kleinen und mittleren Betrieben eine große Rolle spielen. Mit zunehmender Betriebsgröße nimmt der Anteil des Pachtlandes an der Gesamtbetriebsfläche ab. Bei den Betrieben bis unter 2 ha Betriebsfläche beträgt der Anteil des Pachtlandes in allen Größenklassen über 44 v. H., bei den Betrieben mit 5 bis unter 10 ha Fläche erreicht er noch 29 v. H. und bei den Betrieben mit 20 ha und mehr geht er nicht mehr über 16 v. H. hinaus. Die Landpacht ermöglicht also nicht nur den Eigentümern kleiner und

kleinster Flächen die zur wirtschaftlichen Betriebsführung notwendige Ergänzung ihrer Parzellen, sondern dient auch den mittleren und größeren Betrieben zur Abrundung der Betriebsfläche.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der Hansestadt Hamburg die Bedeutung des Pacht-

wesens nicht so sehr auf dem absoluten Umfang der Pachtfläche beruht, vielmehr auf der großen Zahl der vorkommenden Pachtverhältnisse. Von der Gesamtzahl der Betriebe haben nicht weniger als 2106 Betriebe, d. s. rd. 69 v. H., Land in Pacht, während das Pachtland nur rd. ein Drittel der Gesamtfläche ausmacht.

Übersicht 1

Die Erwerbsgartenbaubetriebe mit eigenem und gepachtetem Land in der Hansestadt Hamburg 1950

Größenklassen nach der Betriebsfläche	Erwerbsgartenbaubetriebe insgesamt		davon haben						
	Zahl der Betriebe	Betriebs- fläche ha	ausschl. eigenes Land		ausschl. gepachtetes Land		eigenes und gepachtetes Land		
			Zahl der Betriebe	Betriebs- fläche ha	Zahl der Betriebe	Betriebs- fläche ha	Zahl der Betriebe	eigenes Land ha	gepachtetes Land ha
unter 0,5 ha	340	111	138	44	125	39	77	12	16
0,5 bis unter 1 ha	945	666	243	172	306	214	396	107	173
1 bis unter 2 ha	1 106	1 479	314	426	213	274	579	391	388
2 bis unter 5 ha	429	1 280	153	460	81	234	195	333	253
5 bis unter 10 ha	120	835	55	379	6	42	59	214	200
10 bis unter 20 ha	100	1 388	50	690	9	126	41	369	203
20 ha und darüber	35	1 551	16	912	5	138	14	398	103
Hansestadt Hamburg insges.	3 075	7 310	969	3 083	745	1 067	1 361	1 824	1 336

2. Das Personal der Erwerbsgartenbaubetriebe

Bei der Erfassung der in den Gartenbaubetrieben lebenden Personen interessiert in der Hauptsache, in welchem Ausmaß diese den Betrieben als Arbeitskraft zur Verfügung stehen. Da es sich bei den hamburgischen Gartenbaubetrieben zum überwiegenden Teil um Familienbetriebe handelt, die von dem Betriebsinhaber mit seiner eigenen Familie bewirtschaftet werden, kommt der Familienarbeit im Rahmen der gartenbaulichen Arbeitsverfassung die größte Bedeutung zu. Auf die einzelnen Größenklassen von Betrieben verteilte sich das in ihnen ständig beschäftigte Personal wie folgt:

Größenklassen nach der Fläche der Gartengewächse	Von 100 ständig im Erwerbsgartenbau Beschäftigten sind		
	Betriebs- inhaber	mithelfende Familien- angehörige	familien- fremde Arbeitskräfte
unter 0,5 ha	33,4	42,7	23,9
0,5 bis unter 1 ha	31,9	48,9	19,2
1 bis unter 2 ha	24,4	48,0	27,6
2 bis unter 3 ha	19,5	39,6	40,9
3 ha und darüber	9,3	17,8	72,9
zusammen	26,8	44,2	29,0

Insgesamt waren in den 3075 Erwerbsgartenbaubetrieben 9618 Personen ständig beschäftigt, und zwar 5337 männliche und 4281 weibliche Personen. Davon entfallen nicht weniger als 6825 auf die Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen. Dabei

handelt es sich um sogenannte angelernte Arbeitskräfte, d. s. Personen, die zwar zum größten Teil keine Fachprüfung abgelegt haben, dafür aber in der Regel schon von jugendlichem Alter an in elterlichen Betrieben mitarbeiten und auf diese Weise berufsmäßig ohne Bedenken als vollwertige „Fachleute“ angesprochen werden müssen. Daß daneben auch der Wert einer besonderen Fachschulausbildung nicht verkannt wird, zeigen die weiter unten aufgeführten Zahlen. 2793 Personen waren familienfremde Arbeitskräfte aller Art einschl. Verwaltungs-, Rechnungs- und Aufsichtspersonal. Der Anteil der weiblichen Personen an der Gesamtzahl der ständig Beschäftigten ist in der Gruppe der Familienangehörigen erheblich höher (31,5 v. H.) als bei den familienfremden Arbeitskräften (8,3 v. H.).

— S. Übersicht 2 —

Um die Verschiedenheit der Gesamtzahl des ständigen Personals in den einzelnen Betrieben von gleicher Flächengröße festzustellen, wurde eine Kombination der Größengliederung nach der Fläche der Gartengewächse mit Größenklassen nach der gesamten Personalstärke der einzelnen Betriebe vorgenommen. Je nachdem wie in den gleichen Betriebsgrößen (nach der Fläche der Gartengewächse) die Beschaffenheit und Bearbeitung des Bodens oder besonders die Verteilung von Freiland-Nutzflächen sowie Unterglasflächen verschieden sind, wechselt auch der Bedarf an Arbeitskräften.

Übersicht 2

Die ständig beschäftigten Arbeitskräfte in den Erwerbsgartenbaubetrieben in der Hansestadt Hamburg 1950

Größenklassen nach der Fläche der Gartengewächse — Bezirke	Erwerb- gartenbau- betriebe insges.	Gesamtzahl der ständig ¹⁾ en Arbeitskräfte ²⁾		davon sind						Von den familienfremden Arbeitskräften sind			
		männlich	weiblich	Betriebsinhaber		Familienangehörige des Betriebsinhabers		Familienfremde Arbeitskräfte ²⁾		leitende Fachkräfte	Gärtner- gehilfen	Gärtner- lehrlinge	Arbeiter (auch Facharbeiter und sonstige Hand- werker)
				männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich				
Größenklassen:													
unter 0,10 ha	44	22	23	15	2	3	17	4	4	—	4	2	1
0,10 bis unter 0,25 ha	208	180	158	89	25	41	115	50	18	5	27	11	22
0,25 bis unter 0,5 ha	557	616	554	273	114	125	363	218	77	14	103	85	80
0,5 bis unter 1 ha	1 215	1 734	1 683	889	202	415	1 256	430	225	19	238	66	319
1 bis unter 2 ha	822	1 748	1 393	673	93	485	1 023	590	277	37	284	72	454
2 bis unter 3 ha	133	363	258	114	7	81	165	168	86	4	70	27	147
3 bis unter 5 ha	62	290	119	51	4	43	69	196	46	14	90	39	92
5 bis unter 10 ha	26	285	88	20	—	17	22	248	66	18	89	31	162
10 ha und darüber	8	99	5	7	—	6	1	86	4	9	23	21	34
zusammen	3 075	5 337	4 281	2 131	447	1 216	3 031	1 990	803	120	928	354	1 311
Bezirke:													
Hamburg-Mitte	84	96	92	42	19	30	69	24	4	1	10	6	10
Altona	81	228	100	62	6	27	51	139	43	8	68	51	42
Eimsbüttel	123	326	127	92	14	44	61	190	52	10	90	73	51
Hamburg-Nord	47	190	69	29	2	12	22	149	45	14	69	17	78
Wandsbek	242	689	330	176	18	76	161	437	151	33	179	103	254
Bergedorf	2 227	3 350	3 196	1 569	361	902	2 398	879	437	44	463	86	715
darunter:													
Vierlande	1 649	2 312	2 318	1 123	278	622	1 732	569	298	28	316	59	457
Marschlande	528	947	830	412	82	266	627	266	131	13	130	14	240
Harburg	271	458	367	161	27	125	269	172	71	10	49	18	161
Hansestadt Hamburg insgesamt . . .	3 075	5 337	4 281	2 131	447	1 216	3 031	1 990	803	120	938	354	1 311
Außerdem in Feldgemüse- u. bäuer- lichen Obstbaubetrieben	332	793	611	288	43	209	406	296	162	7	10	—	441

¹⁾ als ständig beschäftigt gilt, wer mehr als die Hälfte des Jahres im gleichen Betrieb tätig war

²⁾ einschl. Binderinnen, kaufmännisches und Rechnungspersonal

Größenklassen nach der Fläche der Gartengewächse	Von 100 Erwerbsgartenbaubetrieben entfallen auf Betriebe mit						Zahl der ständig beschäftigten Personen je 1 ha Fläche der Gartengewächse
	0	1	2	3-4	5-9	10 und mehr	
	ständig beschäftigten Personen (einschl. Betriebsinhaber)						
unter 0,10 ha	38,6	40,9	11,4	6,8	2,3	—	15,0
0,10 bis unter 0,25 ha . .	17,8	34,1	30,8	13,0	3,8	0,5	9,1
0,25 bis unter 0,5 ha . . .	6,1	32,5	35,4	19,2	6,3	0,5	5,7
0,5 bis unter 1 ha	0,8	10,0	36,2	45,6	6,8	0,6	3,9
1 bis unter 2 ha	0,7	2,9	13,8	61,3	20,0	1,3	2,9
2 bis unter 3 ha	—	2,3	4,5	39,8	50,4	3,0	2,0
3 bis unter 5 ha	—	3,2	8,1	32,3	43,5	12,9	1,8
5 ha und darüber	—	2,9	2,9	14,7	29,4	50,0	1,6
zusammen	3,3	13,7	27,0	41,4	12,9	1,7	3,2

Die vorstehende Zusammenstellung gibt in Prozentzahlen die Streuung der Betriebe mit gleichen Flächenzahlen, je nach ihrer Personalstärke an, wobei der weit überwiegende Teil der Betriebe mit 1 bis 4 ständig beschäftigten Personen arbeitet. Bei den Betrieben ohne ständige Arbeitskräfte dürfte es sich um landwirtschaftliche Betriebe handeln, die außer Feldgemüsebau auch noch gärtnerischen Anbau von kleinerem Umfang betreiben, der dann ebenso wie der Feldgemüsebau von den Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes mitversorgt wird. In den Hauptbestellungs- und -erntemonaten wird jedoch oft eine größere Anzahl nicht ständiger Arbeitskräfte beschäftigt. Daß sogar in den untersten Größenklassen Betriebe mit 5 und mehr ständig beschäftigten Personen vorkommen, erklärt sich daraus, daß hier neben sehr intensivem Freiland-Gartenbau Unterglasflächen in erheblichem Umfange vorhanden sind.

Setzt man die Zahl der ständigen Arbeitskräfte zur Fläche der Gartengewächse in Beziehung, so zeigt sich, daß um so mehr Personen je Flächeneinheit beschäftigt werden, je kleiner die Fläche der Gartengewächse ist. Die Beschäftigtenzahl je ha Fläche ist in den Betrieben unter 0,10 ha fast viermal so groß wie in den Betrieben von 0,5 bis unter 1 ha.

Außer den ständig beschäftigten Arbeitskräften wurde in den Erwerbsgartenbaubetrieben eine je nach dem Arbeitsbedarf wechselnde Zahl von Arbeitskräften vorübergehend beschäftigt. In den Sommermonaten Juni bis August wird die höchste Zahl vorübergehend beschäftigter Personen mit rd. je 1200 erreicht. Nach der Haupterntezeit und in den Wintermonaten dagegen wird die Zahl der nicht ständigen Arbeitskräfte immer kleiner.

Wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht, werden vorübergehend beschäftigte Arbeitskräfte, und vor allem die weiblichen, in verhältnismäßig stärkerem Grade von den größeren Betrieben (nach der Fläche der Gartengewächse gerechnet) herangezogen als in kleinen Betrieben. Im arbeitsreichen Monat Juli 1950 entfielen:

Auf Betriebe mit einer Fläche der Gartengewächse von	Erwerbs- garten- bau- betriebe	Ständig Beschäftigte ¹⁾ (einschl. Be- triebs- inhaber)	Vorübergehend Beschäftigte		
			ins- gesamt ²⁾	männ- lich	weib- lich
Grundzahlen					
unter 1 ha	2 024	4 970	803	500	303
1 bis unter 3 ha	955	3 762	331	169	162
3 ha und darüber	96	886	119	51	68
zusammen	3 075	9 618	1 253	720	533
in v. H.					
unter 1 ha	65,8	51,7	64,1	69,4	56,9
1 bis unter 3 ha	31,1	39,1	26,4	23,5	30,4
3 ha und darüber	3,1	9,2	9,5	7,1	12,7
zusammen	100	100	100	100	100

¹⁾ vgl. Anmerkung der Übersicht 2

²⁾ einschl. Betriebsinhaber und Familienangehörige des Betriebsinhabers

In der Größenklasse von 3 ha und mehr ist die Zahl der vorübergehend beschäftigten und besonders die der weiblichen Personen je Betrieb verhältnismäßig hoch. Auch werden in der Größenklasse von unter 1 ha im Verhältnis zur Zahl dieser Betriebe und zur Zahl der in ihnen ständig Beschäftigten viele Arbeitskräfte vorübergehend beschäftigt. Daß in den kleinsten Betrieben während der Haupterntezeit nicht genügend Familienangehörige ständig zur Verfügung stehen, dürfte in erster Linie mit der verhältnismäßig großen Unterglasfläche zusammenhängen.

Die folgende Zusammenstellung weist auf die Fachschulbildung der in den Erwerbsgartenbaubetrieben beschäftigten Personen hin. Im einzelnen handelt es sich dabei um Gartenbau- und Gartenbauhochschulen, Gärtnerlehranstalten und um landwirtschaftliche Fach- und Hochschulen:

Größenklassen nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche	Von den ständig im Erwerbsgartenbau beschäftigten Personen haben Fachschulbildung			
	Betriebsinhaber		Mithelfende Familien- angehörige u. familien- fremde Arbeitskräfte	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
unter 0,5 ha	36	1	34	6
0,5 bis unter 2 ha	111	1	90	5
2 bis unter 5 ha	33	1	35	2
5 bis unter 10 ha	15	—	10	3
10 bis unter 20 ha	11	—	9	6
20 ha und darüber	1	—	18	—
zusammen	207	3	196	22

3. Maschinenverwendung und Energieverbrauch

Bei den im Rahmen der Gartenbauerhebung erfragten Maschinenarten handelt es sich teils um Antriebs- oder Kraftmaschinen, teils um die für die Erleichterung und den Ersatz der Handarbeit besonders wichtigen Arbeitsmaschinen und schließlich um Geräte und technische Einrichtungen. Wenn in den folgenden Übersichten die Zahl der Betriebe festgehalten wird, in welchen die einzelnen Maschinen und Geräte verwendet werden, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß es sich nur um die Benutzung von Maschinen, nicht dagegen um eigene Maschinen des Betriebsinhabers handelt. So kann sich bei den technischen Ausstattungen die Zahl der Betriebe aus solchen, die eigene und aus solchen, die geliehene, gemietete oder genossenschaftliche Einrichtungen benutzen, zusammensetzen. —s. Übersicht 3—

Unter den einzelnen Betriebsgrößenklassen (nach der Fläche der Gartengewächse) ist die Maschinen-

verwendung in den größeren Betrieben im allgemeinen am stärksten, da bei ihnen die wirtschaftlichen Vorteile maschineller Arbeitsweise meist erheblich größer sind. So werden die einzelnen Maschinen bei dem größeren und länger andauernden Arbeitsbedarf besser ausgenutzt als im kleineren Betrieb; auch fällt die Einsparung menschlicher Arbeitskräfte im Wirtschaftserfolg des größeren Betriebes stärker ins Gewicht. Wenn sogar die kleinsten Betriebe fast alle Maschinenarten verwenden, so ist zu berücksichtigen, daß sich im Bereich der Hansestadt Hamburg ein beträchtlicher Prozentsatz solcher Betriebe mit Spezialkulturen befaßt, die einen verhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand bedingen. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist zu ersehen, welcher Prozentsatz an Betrieben innerhalb der einzelnen Größenklassen die verschiedenen Arten von Maschinen und Geräten verwendeten.

Von je 100 Erwerbsgartenbaubetrieben benutzen:

Maschinen und Geräte	Betriebe mit einer Fläche von ¹⁾					insges.
	unter 0,5 ha	0,5 bis unter 1 ha	1 bis unter 2 ha	2 bis unter 5 ha	5 ha und darüber	
Bodenfräsen bis 4 PS	4,4	13,6	25,7	33,3	29,4	15,8
Bodenfräsen über 4 PS	2,5	22,6	39,4	43,1	29,4	23,2
Einachsschlepper	0,4	4,8	16,7	21,5	11,8	7,9
Zweiachsschlepper	—	0,7	3,6	20,0	50,0	3,1
Obstbaum-Motorspritzen	7,2	21,8	17,0	22,6	35,3	16,9
Obstbaum-Karrenspritzen	3,8	11,5	14,2	19,5	38,2	11,0
Obstbaum-Rückenspritzen	16,3	27,0	34,0	41,0	85,3	27,6
Erddämpfer	1,6	0,9	1,7	3,6	11,8	1,6
Personenkraftwagen mit Anhänger	1,5	1,8	3,2	11,3	17,6	2,9
Lastkraftwagen	7,7	6,6	16,2	21,5	41,2	10,8
Verbrennungsmotoren	2,6	11,6	19,2	24,1	11,8	12,1
Elektromotoren	4,6	14,2	30,3	45,6	41,2	18,2
Wassermotoren ²⁾	4,7	6,3	10,1	11,3	2,9	7,2

¹⁾ Fläche der Gartengewächse

²⁾ einschl. Windmotoren

Die nachfolgende Zusammenstellung unterrichtet über die Zahl der Betriebe mit Lagerräumen und deren Fassungsvermögen.

Lagerräume	Erwerbsgartenbaubetriebe	Feldgemüse- und bäuerliche Obstbaubetriebe
Kohlscheunen		
Zahl der Betriebe	17	2
Zahl der Kohlscheunen	20	2
Fassungsvermögen dz	8 090	162
Obstlagerräume		
Zahl der Betriebe	190	241
Zahl der Obstlagerräume	218	269
Fassungsvermögen dz	19 363	64 114
Lagerräume mit künstl. Kälte		
Zahl der Betriebe	7	6
Zahl der Lagerräume	11	9
Fassungsvermögen dz	345	6 200

Unter diesen Einrichtungen kommt dem Obstlagerraum die größte Bedeutung zu. Die Zahl der Betriebe mit Verwendung von Obstlagerräumen ist mit 431 ausgewiesen. Ihre Benutzung dürfte sich in der Hauptsache auf die 386 bäuerlichen Obstbaubetriebe beschränken. Gebietsweise treten die obstbaulich bedeutenden Gebiete mit einer verhältnismäßig hohen Zahl von Betrieben mit Obstlagerräumen deutlich hervor, so vor allem die Ortsteile Finkenwerder, Neuenfelde, Moorburg, Altenwerder und Francop. Das Fassungsvermögen aller Lagerräume von Obst beläuft sich auf 83 477 dz. Auf einen Betrieb entfällt somit im Durchschnitt 194 dz Lagerraum.

Über die Versorgung der Erwerbsgartenbaubetriebe mit Wasser und Energie in den einzelnen Größenklassen unterrichtet die Übersicht 4.

Übersicht 3

**Die Verwendung von Maschinen und Geräten in den Erwerbsgartenbaubetrieben
in der Hansestadt Hamburg 1950**

Größenklassen nach der Fläche der Gartengewächse — Bezirke	Betriebe mit Verwendung von												
	Bodenfräsen		Einachs- schleppern	Zweiachs- schleppern	Motor- spritzen	Obstbaumspritzen		Erd- dämpfern	Personen- Kraftwagen mit Anhänger	Last- kraftwagen (auch leichte Lieferwagen)	Ver- brennungs- motoren	Elektro- motoren	Wasser- motoren ¹⁾
	bis 4 PS	über 4 PS				Karren- spritzen	Rücken- spritzen						
Zahl der Betriebe													
Größenklassen:													
unter 0,25 ha	4	1	—	—	7	4	43	2	5	19	3	8	12
0,25 bis unter 0,5 ha	32	19	3	—	51	27	89	11	7	43	18	29	26
0,5 bis unter 1 ha	165	274	58	8	265	140	328	11	22	80	141	172	76
1 bis unter 2 ha	211	324	137	30	140	117	279	14	26	133	158	249	83
2 bis unter 3 ha	41	60	28	24	24	29	54	3	15	22	34	64	14
3 bis unter 5 ha	24	24	14	15	20	9	26	4	7	20	13	25	8
5 bis unter 10 ha	6	7	3	14	9	9	22	4	4	11	4	11	1
10 ha und darüber	4	3	1	3	3	4	7	—	2	3	—	3	—
zusammen	487	712	244	94	519	339	848	49	88	331	371	561	220
Bezirke:													
Hamburg-Mitte	2	1	—	—	39	4	7	1	1	7	3	4	—
Altona	15	7	1	—	3	6	34	4	6	24	2	9	5
Eimsbüttel	16	8	2	2	8	10	42	11	9	47	2	10	11
Hamburg-Nord	3	4	1	1	—	3	23	5	1	13	1	2	1
Wandsbek	31	23	2	12	17	22	100	11	13	55	6	44	19
Bergedorf	383	628	190	71	411	268	606	16	44	139	304	419	181
darunter:													
Vierlande	234	401	71	14	341	209	460	15	25	43	203	245	106
Marschlande	146	223	119	55	67	54	130	—	17	91	99	169	73
Harburg	37	41	48	8	41	26	36	1	14	46	53	73	3
Hansestadt Hamburg insgesamt . . .	487	712	244	94	519	339	848	49	88	331	371	561	220

1) einschl. 10 Windmotoren

Übersicht 4

Die Versorgung der Erwerbsgartenbaubetriebe mit Wasser und Energie in der Hansestadt Hamburg 1950

Größenklassen nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche	Zahl der Erwerbsgartenbaubetriebe insgesamt	darunter haben									
		Beregnungs- oder Bewässerungsanlagen		Stromverbrauch		Verbrauch an Kohle, Koks, Benzin und Dieselöl					
		Zahl der Betriebe	Bewässerte Bodenfläche ha	Zahl der Betriebe	Licht- u. Kraftstrom kWh	Zahl der Betriebe	Kohle, Koks u.a. t	Benzin		Dieselöl	
						Zahl der Betriebe	hl	Zahl der Betriebe	hl		
unter 0,5 ha	519	87	17,0	428	115 221	205	3 513	111	1 129	1	4
0,5 bis unter 1 ha	1 026	304	118,9	863	318 547	372	4 447	473	1 020	10	4
1 bis unter 2 ha	945	465	216,4	834	452 708	484	7 255	710	2 378	21	145
2 bis unter 5 ha	368	185	178,7	344	275 615	144	4 462	269	1 567	31	356
5 bis unter 10 ha	123	52	38,6	123	103 900	36	1 468	81	421	35	564
10 bis unter 20 ha	76	29	29,8	76	78 938	20	259	46	257	19	289
20 ha und darüber	18	6	18,3	16	58 898	8	1 435	13	210	8	266
Hansestadt Hamburg insges.	3 075	1 128	617,7	2 684	1 403 827	1 269	22 839	1 705	6 982	125	1 628

Die Zahl der Betriebe, die Bewässerungsanlagen verwenden, ist mit 1128 oder mehr als einem Drittel aller Erwerbsgartenbaubetriebe verhältnismäßig hoch, und zwar sind sie am häufigsten in Betrieben der Größenklassen 0,5 bis unter 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zu finden.

Bei den Angaben über den Energieverbrauch mit Strom, Heizungs- und motorischen Betriebsstoffen darf man nicht außer acht lassen, daß hier wohl nicht immer die tatsächlichen Betriebsaufwendun-

gen wiedergegeben sind, sondern teilweise auch den Haushaltsbedarf mit einschließen.

4. Die Baumschulen in den Gartenbaubetrieben

Wenn auch unter den Gartengewächsen der Schwerpunkt bei der Gemüse- und Obstproduktion liegt, so besitzt die Hansestadt Hamburg doch eine größere Zahl von Spezialbetrieben. Im besonderen sind die Betriebe mit Anbau von Blumen und Zierpflanzen (vgl. Heft 17, Jg. 1951 dieser Zeitschrift) und die Baumschulen zu nennen.

Übersicht 5

Die Betriebe mit Baumschulflächen in der Hansestadt Hamburg 1950

Größenklassen nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche	Betriebe mit Baumschulflächen insgesamt		davon sind Betriebe mit Anzucht oder Vermehrung von									
			Obstbäumen und Obststräuchern				Obstveredlungsunterlagen	Zierbäumen und -sträuchern, Heckenpflanzen und Alleebäumen davon		Forstbaumpflanzen davon		Rosen
	insgesamt	davon			Laubhölzer	Nadelhölzer		Laubhölzer	Nadelhölzer			
		Kernobst	Steinobst	Beerenobst								
unter 0,5 ha	18	2	10	8	1	3	—	8	2	2	3	4
0,5 bis unter 1 ha	8	2	5	2	2	2	—	6	5	—	2	3
1 bis unter 2 ha	18	8	12	10	4	6	5	6	6	1	1	2
2 bis unter 5 ha	12	26	8	6	5	5	2	10	5	3	3	7
5 bis unter 10 ha	9	25	5	5	4	3	2	6	3	—	1	6
10 bis unter 20 ha	8	53	5	5	4	4	2	7	6	2	2	4
20 ha und darüber	8	48	6	6	6	5	4	6	5	—	—	2
Hansestadt Hamburg insges.	81	164	51	42	26	28	15	49	32	8	12	28

Bei der Gartenbauerhebung sind 81 Betriebe mit insgesamt 164 ha baumschulmäßig genutzter Fläche ermittelt. Nach der Größe ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche stellen die 26 Betriebe in der Größenklasse von 0,5 bis unter 2 ha den größten Anteil. Während mit zunehmender Größenklasse die Zahl der Betriebe sich verringert, erreicht die Baumschulfläche bei den Betrieben über 10 ha

landwirtschaftlicher Nutzfläche mit 101 ha die größte Ausdehnung. Die Baumschulen ziehen in der Hauptsache Zierbäume und -sträucher, Heckenpflanzen und Alleebäume heran. Eine bedeutende Zahl von Betrieben befaßt sich aber auch mit der Anzucht und Vermehrung von Obstbäumen und Obststräuchern sowie Rosenkulturen.

H o h m a n n , Dipl.-Volkswirt.

Der voraussichtliche Gemüseanbau¹⁾ in der Hansestadt Hamburg 1952

Bei den von der Erhebung im Februar erfaßten Gemüsearten ergibt sich für 1952 eine geplante Anbaufläche von insgesamt 2265 ha. Im Vergleich mit dem tatsächlichen Anbau 1951 lassen die Anbauabsichten der erwerbsmäßigen Gemüseanbauer für 1952 eine Ausweitung der Gesamtgemüsefläche um 92 ha (= 4,2 v. H.) erwarten. Die größten Erweiterungen sind bei Weiß-, Rot- und Blumenkohl, Möhren und Bohnen beabsichtigt, Einschränkungen

dagegen lediglich bei Frühwirsingkohl und Rosenkohl. Bei den anderen Gemüsearten sind keine ins Gewicht fallenden Anbauänderungen geplant.

Der Anbau von Erdbeeren weist in den letzten Jahren eine stetig steigende Tendenz auf. Nach der Erhebung ist mit einer Fläche der ertragfähigen Erdbeeren von rd. 256 ha gegenüber 243 ha im Vorjahr zu rechnen. Vor dem Kriege betrug die Anbaufläche an Erdbeeren sogar über 400 ha.

Gemüseart		Gemüseanbauflächen nach der Erhebung über den				Veränderungen Februar 1952 gegen Juli 1951		
		voraussichtlichen Anbau 1952 vom Februar 1952		endgültigen Anbau 1951 vom Juli 1951		(+)= Zunahme (-)= Abnahme		
		ha	a	ha	a	ha	a	in v. H.
Weißkohl	Frühweißkohl	85	43	81	86	+ 3	57	+ 4,4
	Herbstweißkohl	33	54	23	75	+ 9	79	+ 41,2
	Dauerweißkohl	99	15	88	49	+10	66	+ 12,0
Rotkohl	Frührotkohl	16	41	14	04	+ 2	37	+ 16,9
	Herbstrotkohl	20	28	16	91	+ 3	37	+ 19,9
	Dauerrotkohl	50	06	39	73	+10	33	+ 26,0
Wirsingkohl	Frühwirsingkohl	186	50	204	58	-18	08	- 8,8
	Herbstwirsingkohl	9	40	6	71	+ 2	69	+ 40,1
	Dauerwirsingkohl	5	15	1	38	+ 3	77	+273,2
Rosenkohl	175	01	188	34	-13	33	- 7,1	
Blumenkohl	Frühblumenkohl	210	31	211	06	- 0	75	- 0,4
	Mittelfrüher und Spätblumenkohl	160	03	144	53	+15	50	+ 10,7
Frühkohlrabi	22	85	22	30	+ 0	55	+ 2,5	
Kopfsalat	Frühjahrssalat	88	06	85	68	+ 2	38	+ 2,8
	Sommer- und Herbstsalat	50	12	48	73	+ 1	39	+ 2,9
Frühjahrsspinat ²⁾	107	58	104	72	+ 2	86	+ 2,7	
Möhren	frühe (auch Karotten)	60	26	52	68	+ 7	58	+ 14,4
	späte	90	03	74	05	+15	98	+ 21,6
Sellerie	187	41	196	13	- 8	72	- 4,4	
Porree (Lauch)	137	59	132	84	+ 4	75	+ 3,6	
Zwiebeln	Steck- (auch Scharlotten)	6	21	9	36	- 3	15	- 33,7
	Speisewiebeln ²⁾	3	18	4	28	- 1	10	- 25,7
Grüne Pflückerbse	15	33	14	26	+ 1	07	+ 7,5	
Grüne Pflückbohnen (auch Wachsbohnen)								
a) Buschbohnen (Frühjahrs- und Spätaussaat)	132	30	102	55	+29	75	+ 29,0	
b) Stangenbohnen (auch Prunk- und Feuerbohnen)	42	07	40	99	+ 1	08	+ 2,6	
Dicke Bohnen (Sau- oder Puffbohnen)	31	56	30	60	+ 0	96	+ 3,1	
Gurken	Einlegegurken	25	16	24	23	+ 0	93	+ 3,8
	Schälgurken	23	10	21	80	+ 1	30	+ 6,0
Tomaten	191	33	186	80	+ 4	53	+ 2,4	
Anbauflächen der erhobenen Gemüsearten zusammen		2 265	41	2 173	35	+92	06	+ 4,2
Erdbeeren (vorjährige und ältere Pflanzungen)		256	00	242	83	+13	17	+ 5,4

¹⁾ Die Erhebung bezieht sich nur auf den Freilandanbau und auf Flächen, deren Erträge für den Verkauf bestimmt sind.

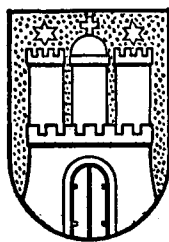
²⁾ Frühjahrsaussaat.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 24. Mai 1952



Jahrgang 1952 – Heft Nr. 19

Die Löhne in der Industrie Hamburgs im Februar 1952¹⁾

Die Gestaltung der tatsächlichen Stundenverdienste in der hamburgischen Industrie hat nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Lohnerhebungen auch im ersten Viertel des laufenden Jahres ihre seit Jahren aufwärtsweisende Entwicklungsrichtung beibehalten. Im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 1951, wo die Arbeitsverdienste verhältnismäßig stark zugenommen haben, verlangsamte sich jedoch seit Mitte v. J. die Erhöhung der Stundenverdienste zusehends.

In einigen Gewerbegruppen ist wie in den früheren Jahren eine saisonmäßig bedingte Verringerung der bisherigen ausgedehnten Wochen-Arbeitszeiten festzustellen; sie wirkte sich oft in einer leichten Minderung der Durchschnittswochenverdienste, hier und da auch durch Fortfall höher bezahlter Überstunden in geringeren Durchschnittsstundenverdiensten aus. Diese Tendenz wurde durch Tarifloohnerhöhungen in anderen Gewerben z. T. wieder mehr als ausgeglichen. Im Durchschnitt aller in den Kreis der Beobachtung einbezogenen Industriezweige ist bei einem Rückgang der Wochenarbeitszeit von 48,3 Stunden im September 1951 auf 47,6 Stunden im Februar 1952 und einer Zunahme des Stundenverdienstes von 168,4 Dpf auf 171,1 Dpf der Wochenverdienst wiederum unverändert geblieben.

Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit in Hamburg

Arbeitergruppe	Juni 1948	März 1949	März 1950	März 1951	Sept. 1951	Febr. 1952
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste in Dpf						
Männl.Arbeiter	126,1	148,5	152,8	165,2	183,5	186,2
Weibl.Arbeiter	78,6	89,6	93,4	104,4	114,4	116,5
Alle Arbeiter	114,7	137,2	140,7	151,3	168,4	171,1
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste in DM						
Männl.Arbeiter	50,11	68,76	73,96	81,50	89,95	90,51
Weibl.Arbeiter	30,71	39,47	41,08	48,46	52,46	51,55
Alle Arbeiter	45,46	62,94	66,72	73,61	81,33	81,41
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden						
Männl.Arbeiter	39,8	46,3	48,4	49,3	49,0	48,6
Weibl.Arbeiter	39,1	44,1	44,0	46,4	45,9	44,2
Alle Arbeiter	39,7	45,9	47,4	48,6	48,3	47,6

1. Brutto-Stundenverdienste

Die bereits erwähnte Zunahme der durchschnittlichen **Brutto-Stundenverdienste** um 2,7 Dpf oder 1,6 v. H. ist ein Durchschnitt für alle Gewerbegruppen. Im einzelnen sind jedoch erhebliche Unterschiede in der Entwicklung zu verzeichnen. Von nennenswerter Bedeutung sind die Erhöhungen in folgenden Gewerben:

Buchdruckgewerbe	+ 9,9 Dpf oder 5,8 v. H.
Gießerei-Industrie	+ 9,1 Dpf oder 5,0 v. H.
Metallverarbeitende Industrie	+ 7,7 Dpf oder 4,5 v. H.
Sägeindustrie	+ 5,3 Dpf oder 3,7 v. H.
Papierverarbeitende Industrie	+ 4,4 Dpf oder 3,7 v. H.

Tarifverträge und Schiedssprüche in der Zeit vom 1. 10. 1951 bis 29. 2. 1952

Gewerbegruppen und Fabrikationszweige	Form der Vereinbarung	Datum des Inkraft- tretens
Holzverarbeitende Industrie	Lohntarifvertrag	1. 10. 1951
Nordd. Handlungsmühlen	Tarifvereinbarung	1. 10. 1951
Braugewerbe	Tarifvereinbarung	12. 10. 1951
Futtermittelindustrie	Lohnvereinbarung	15. 10. 1951*)
Säge- und Hobelwerke	Tarifvereinbarung	1. 11. 1951
Mineralwasser-Industrie	Tariflohnabkommen	1. 11. 1951
Gewürzindustrie	Tariflohnabkommen	1. 11. 1951
Eisen- und Metallindustrie	Lohntarifvertrag	1. 11. 1951*)
Süßwarenindustrie	Lohntarifvertrag	5. 11. 1951*)
Zentralheizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungsbau	Lohntarifvertrag	15. 11. 1951*)
Wäscherei- und Reinigungs- Betriebe	Lohnvereinbarung	27. 11. 1951
Sperrholzindustrie	Lohntarifvertrag	1. 12. 1951
Baugewerbe	Schiedsspruch	1. 12. 1951
Ölmühlenindustrie	Tarifvereinbarung	3. 12. 1951
vorw. mont. Elektroindustrie	Lohntarifvertrag	3. 12. 1951*)
Rauch- und Schnupftabak- industrie	Tarifvereinbarung	1. 1. 1952
Margarine- und Kunstspeise fett-Industrie	Lohnvereinbarung	1. 1. 1952*)
Schlachterhandwerk und Fleischwarenindustrie	Lohnvereinbarung	21. 1. 1952*)
Betonsteingewerbe	Tarifvertrag	1. 2. 1952
Graphisches Gewerbe	Lohntarifvertrag	1. 2. 1952
Schälmaschinenindustrie	Tariflohnabkommen	1. 2. 1952*)
Leichtbauplattenindustrie	Zusatzvereinbarung	16. 2. 1952

*) Lohnwoche, in die der angegebene Stichtag fällt.

¹⁾ Die vierteljährlichen Lohnsummenerhebungen werden nunmehr in den Monaten Februar, Mai, August und November durchgeführt, da der bisherige Erhebungsmonat Dezember mit seinen Feiertagen und Arbeitsausfällen weniger geeignet war; außerdem lassen sich die neuen Erhebungsmonate besser in den Turnus der übrigen Statistiken einordnen.

Diese und die anderen Lohnerhöhungen erklären sich in erster Linie aus den in der Zeit von Oktober 1951 bis Februar 1952 zwischen den Sozialpartnern neu abgeschlossenen Tarifverträgen.

Auffallend ist, daß die Vielzahl neuer Tarifvereinbarungen sich nur unwesentlich auf den Durchschnittsstundenlohn aller Arbeiter ausgewirkt hat. Der Grund für den geringen Anstieg der Stundenverdienste dürfte zum großen Teil durch die Verminderung der Zuschläge aus zuschlagspflichtigen Mehrarbeitsstunden und der Zahl der am Akkord- und Stücklohn beteiligten Arbeiter sowie durch Gewichtsverlagerung zwischen den Leistungsgruppen bedingt sein.

2. Wochenarbeitszeit

Die durchschnittliche **Wochenarbeitszeit**, die im Durchschnitt des letzten Jahres 48,5 Stunden betragen hat, ging im Februar 1952 auf 47,6 Stunden zurück. Auch ist eine Senkung der durchschnittlich je Arbeiter und Woche geleisteten **zuschlagspflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden** eingetreten, und zwar von 2,0 Stunden im September 1951 auf 1,6 Stunden im Februar d. J. Der Rückgang der wöchentlichen Arbeitszeit wirkte sich nicht auf alle Gewerbezugruppen gleichmäßig aus. Stärkere Arbeitszeitverkürzungen weisen auf:

Gesamte Wochenarbeitszeit	Überstunden
Bautischlerei und Möbelherstellg. — 6,7 Std.	Braugewerbe — 6,3 Std.
Braugewerbe — 6,1 Std.	Glasindustrie — 4,2 Std.
Glasindustrie — 5,0 Std.	Steine und Erden — 3,1 Std.
Textilindustrie — 3,5 Std.	
Steine und Erden — 2,0 Std.	
Baugewerbe — 1,5 Std.	

Eine nennenswerte Zunahme der Arbeitszeit zeigte dagegen nur die Lederverarbeitende Industrie (+ 2,3 Std.), die Gießerei-Industrie (+ 1,7 Std.) und das Buchdruckgewerbe (+ 1,4 Std.). Bei den beiden letzten Industrien lag der Grund für die Erhöhung der Gesamtarbeitszeit in der Vermehrung der Überstundenarbeit.

3. Brutto-Wochenverdienste

Im Hinblick auf die rückläufige Arbeitszeit und die wenig veränderten Stundenverdienste haben sich die **Brutto-Wochenverdienste** im Gesamtdurchschnitt nicht verändert. In den einzelnen Gewerbegruppe verlief die Entwicklung jedoch nicht einheitlich. Am stärksten war die Zunahme der Wochenverdienste in der Zeit von September 1951 bis Februar 1952 bei folgenden Gewerbegruppen:

Gießerei-Industrie	+ 7,76 DM oder 8,7 v. H.
Buchdruckgewerbe	+ 7,20 DM oder 8,8 v. H.
Lederverarbeitende Industrie	+ 4,01 DM oder 6,6 v. H.
Sägeindustrie	+ 3,78 DM oder 5,6 v. H.
Flachdruckgewerbe	+ 3,46 DM oder 4,3 v. H.

Demgegenüber hat vor allem die Bautischlerei und Möbelherstellung, die Glasindustrie, das Braugewerbe und die Textilindustrie einen Rückgang der Wochenverdienste zu verzeichnen, der in erster Linie durch die erwähnte Verminderung der Wochenarbeitszeit und der Überstunden verursacht wurde.

An der Spitze der **Wochenverdienst-Skala** steht die männliche Arbeiterschaft des Graphischen Gewerbes mit 108,02 DM im Flachdruckgewerbe und mit 105,45 DM im Buchdruckgewerbe. Einen Wochenverdienst im Durchschnitt von über 95,— DM haben weiter noch die Arbeiter in der Gießerei-Industrie und in der Kautschuk-Industrie. Demgegenüber erhalten die Arbeiter in der Glasindustrie, in der Bautischlerei und Möbelherstellung, in der Textilindustrie, im Bekleidungs-gewerbe und in der Lederverarbeitenden Industrie weniger als 75,— DM in der Woche. Frauen verdienten mehr als 55,— DM wöchentlich in der Metallverarbeitenden Industrie, Kautschuk-Industrie und in der Kunststoffverarbeitenden Industrie, weniger als 45,— DM in der Woche in der Glas- und Textilindustrie.

4. Vergleich mit 1938

Die **Indexziffern** lassen die durchschnittlichen Veränderungen der individuellen Verdienste besser erkennen als ein Vergleich der absoluten Verdienste. Bei ihrer Berechnung werden Einflüsse des Strukturwandels bei der Arbeiterschaft auf die Verdienstdurchschnitte ausgeschaltet.

Indexziffern der Arbeitsverdienste und Arbeitszeit in Hamburg
(September 1938 = 100)

Arbeitergruppe	Jahresdurchschnitt				Sept. 1951	Febr. 1952
	1948	1949	1950	1951		
Brutto-Stundenverdienste						
Männl. Arbeiter	138,2	154,6	159,0	179,6	186,5	188,7
Weibl. Arbeiter	142,6	161,2	168,9	194,6	200,5	203,9
Alle Arbeiter	138,7	155,6	160,9	182,3	189,1	191,6
Brutto-Wochenverdienste						
Männl. Arbeiter	114,6	142,9	151,1	172,2	177,8	178,3
Weibl. Arbeiter	123,4	152,6	162,1	189,5	194,1	190,6
Alle Arbeiter	115,6	143,9	152,3	174,3	179,7	179,7
Wochenarbeitszeit						
Männl. Arbeiter	82,9	92,5	95,0	95,8	95,3	94,6
Weibl. Arbeiter	86,6	94,4	95,7	97,2	96,8	93,2
Alle Arbeiter	82,9	92,0	94,2	95,1	94,7	93,3

Die **Indexziffer für die Brutto-Stundenverdienste** stellt sich für den Durchschnitt des Monats Februar 1952 auf 191,6 (September 1938 = 100); sie hat gegenüber September 1951 um 1,3 v. H. angezogen. Die **Indexziffer für die Brutto-Wochenverdienste** ist unverändert geblieben. Dies ist hauptsächlich — wie bereits erwähnt — auf einen jahreszeitlich bedingten Rückgang der Wochenarbeitszeit um 1,5 v. H. zurückzuführen.

H o h m a n n , Dipl.-Volkswirt.

Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste und Brutto-Wochenverdienste und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie der Hansestadt Hamburg
 Juni 1948 bis Februar 1952

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Sept. 1951 Dpf	Februar 1952		Juni 1948 RM	Sept. 1951 DM	Februar 1952		Juni 1948 Stunden	Sept. 1951 Stunden	Februar 1952	
			in Dpf	+ oder - in v.H. gegen Sept. 1951			in DM	+ oder - in v.H. gegen Sept. 1951			in Stunden	+ oder - in v.H. gegen Sept. 1951
1. Nichteisenmetall-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	143,2	193,6	193,6	± 0	56,13	94,87	94,73	- 0,1	39,2	49,0	48,9	- 0,2
Männliche angelernte Arbeiter	151,1	193,8	193,3	- 0,3	61,09	100,95	97,44	- 3,5	40,4	52,1	50,4	- 3,3
Männliche Hilfsarbeiter . . .	123,8	168,1	168,4	+ 0,2	42,72	83,35	83,05	- 0,4	34,5	49,6	49,3	- 0,6
Alle männlichen Arbeiter . .	138,9	188,3	188,1	- 0,1	52,39	95,76	93,78	- 2,1	37,7	50,9	49,9	- 2,0
Alle Arbeiter	138,9	188,0	187,6	- 0,2	52,39	95,61	93,42	- 2,3	37,7	50,8	49,8	- 2,0
2. Gießerei-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	148,3	199,7	208,9	+ 4,6	57,61	97,23	103,80	+ 6,8	38,8	48,7	49,7	+ 2,1
Männliche angelernte Arbeiter	137,0	186,1	193,9	+ 4,2	53,43	89,98	100,34	+ 11,5	39,0	48,3	51,7	+ 7,0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,9	156,0	159,3	+ 2,1	43,43	78,50	81,61	+ 4,0	40,3	50,3	51,2	+ 1,8
Alle männlichen Arbeiter . .	136,4	181,5	190,6	+ 5,0	53,40	89,08	96,87	+ 8,7	39,1	49,1	50,8	+ 3,5
Alle Arbeiter	136,4	181,3	190,4	+ 5,0	53,40	88,96	96,72	+ 8,7	39,1	49,1	50,8	+ 3,5
3. Metallverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	129,1	182,3	190,2	+ 4,3	50,14	90,32	94,52	+ 4,7	38,8	49,5	49,7	+ 0,4
Männliche angelernte Arbeiter	118,1	165,1	171,8	+ 4,1	46,31	80,10	83,70	+ 4,5	39,2	48,5	48,7	+ 0,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,0	144,1	148,1	+ 2,8	42,13	69,44	72,03	+ 3,7	39,8	48,2	48,6	+ 0,8
Alle männlichen Arbeiter . .	125,1	175,7	182,9	+ 4,1	48,77	86,53	90,38	+ 4,4	39,0	49,2	49,4	+ 0,4
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	86,5	131,8	137,3	+ 4,2	31,18	63,24	63,55	+ 0,5	36,1	48,0	46,3	- 3,5
Weibl. Hilfsarbeiter	75,9	122,6	126,8	+ 3,4	31,09	60,85	55,05	- 9,5	41,0	49,6	43,4	- 12,5
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,8	124,4	129,2	+ 3,9	31,11	61,33	56,86	- 7,3	40,0	49,3	44,0	- 10,8
Alle Arbeiter	120,1	170,5	178,2	+ 4,5	46,94	83,94	87,13	+ 3,8	39,1	49,2	48,9	- 0,6
davon:												
Eisen- und Metallwarenherstellung												
Männliche Facharbeiter	181,6	188,6	+ 3,9	.	88,68	92,10	+ 3,9	.	48,8	48,8	± 0
Männliche angelernte Arbeiter	.	176,6	182,6	+ 3,4	.	87,54	86,47	- 1,2	.	49,6	47,3	- 4,6
Männliche Hilfsarbeiter	143,6	144,0	+ 0,3	.	70,60	69,32	- 1,8	.	49,2	48,1	- 2,2
Alle männlichen Arbeiter . .	.	172,6	179,7	+ 4,1	.	84,81	86,65	+ 2,2	.	49,1	48,2	- 1,8
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	135,9	139,6	+ 2,7	.	62,90	65,45	+ 4,1	.	46,3	46,9	+ 1,3
Weibl. Hilfsarbeiter	124,3	130,3	+ 4,8	.	56,63	57,89	+ 2,2	.	45,5	44,4	- 2,4
Alle weiblichen Arbeiter	125,4	131,4	+ 4,8	.	57,19	58,69	+ 2,6	.	45,6	44,7	- 2,0
Alle Arbeiter	152,0	158,9	+ 4,5	.	72,25	74,06	+ 2,5	.	47,5	46,6	- 1,9
Elektrotechnische Industrie												
Männliche Facharbeiter	179,9	185,9	+ 3,3	.	89,62	91,21	+ 1,8	.	49,8	49,1	- 1,4
Männliche angelernte Arbeiter	.	165,0	172,8	+ 4,7	.	80,39	83,71	+ 4,1	.	48,7	48,5	- 0,4
Männliche Hilfsarbeiter	137,6	141,7	+ 3,0	.	67,99	68,49	+ 0,7	.	49,4	48,3	- 2,2
Alle männlichen Arbeiter . .	.	173,9	180,2	+ 3,6	.	86,25	88,14	+ 2,2	.	49,6	48,9	- 1,4
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	133,1	139,7	+ 5,0	.	64,89	64,58	- 0,5	.	48,8	46,2	- 5,3
Weibl. Hilfsarbeiter	123,3	126,8	+ 2,8	.	64,18	54,29	- 15,4	.	52,1	42,8	- 17,9
Alle weiblichen Arbeiter	125,3	129,9	+ 3,7	.	64,33	56,58	- 12,0	.	51,3	43,6	- 15,0
Alle Arbeiter	156,0	164,0	+ 5,1	.	78,34	77,16	- 1,5	.	50,2	47,0	- 6,4
Feinmechanische und optische Industrie												
Männliche Facharbeiter	177,3	183,2	+ 3,3	.	83,09	88,09	+ 6,0	.	46,9	48,1	+ 2,6
Männliche angelernte Arbeiter	.	159,6	167,2	+ 4,8	.	74,19	78,64	+ 6,0	.	46,5	47,0	+ 1,1
Männliche Hilfsarbeiter	134,0	142,8	+ 6,6	.	63,22	68,32	+ 8,1	.	47,2	47,8	+ 1,3
Alle männlichen Arbeiter . .	.	169,9	177,1	+ 4,2	.	79,61	84,86	+ 6,6	.	46,9	47,9	+ 2,1
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	126,7	129,7	+ 2,4	.	58,36	60,29	+ 3,3	.	46,1	46,5	+ 0,9
Weibl. Hilfsarbeiter	108,6	114,7	+ 5,6	.	50,62	53,75	+ 6,2	.	46,6	46,8	+ 0,4
Alle weiblichen Arbeiter	114,3	121,3	+ 6,1	.	53,06	56,62	+ 6,7	.	46,4	46,7	+ 0,6
Alle Arbeiter	160,5	168,0	+ 4,7	.	75,10	80,18	+ 6,8	.	46,8	47,7	+ 1,9

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Sept. 1951 Dpf	Februar 1952		Juni 1948 RM	Sept. 1951 DM	Februar 1952		Juni 1948 Stunden	Sept. 1951 Stunden	Februar 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951			in DM	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau einschl. Eisen- und Stahlkonstruktionsbau												
Männliche Facharbeiter . . .	182,9	191,3	+ 4,6	90,82	95,43	+ 5,1	49,7	49,9	+ 0,4			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	164,3	171,0	+ 4,1	79,61	83,66	+ 5,1	48,5	48,9	+ 0,8			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	145,7	149,4	+ 2,5	69,90	72,79	+ 4,1	48,0	48,7	+ 1,5			
Alle männlichen Arbeiter . . .	176,4	183,7	+ 4,1	86,97	91,15	+ 4,8	49,3	49,6	+ 0,6			
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	123,1	129,4	+ 5,1	57,52	58,74	+ 2,1	46,7	45,4	- 2,8			
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	120,6	121,4	+ 0,7	57,29	51,07	- 10,9	47,5	42,1	- 11,4			
Alle weiblichen Arbeiter . . .	121,4	123,6	+ 1,8	57,37	53,10	- 7,4	47,3	42,9	- 9,3			
Alle Arbeiter	176,0	183,3	+ 4,1	86,72	90,81	+ 4,7	49,3	49,5	+ 0,4			
darunter:												
Schiffbau einschl. Schiffsmaschinenbau												
Männliche Facharbeiter . . .	182,1	191,8	+ 5,3	91,40	97,02	+ 6,1	50,2	50,6	+ 0,8			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	157,9	165,0	+ 4,5	77,68	82,80	+ 6,6	49,2	50,2	+ 2,0			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	137,1	144,9	+ 5,7	66,17	72,86	+ 10,1	48,3	50,3	+ 4,1			
Alle männlichen Arbeiter . . .	176,0	184,2	+ 4,7	87,88	93,03	+ 5,9	49,9	50,5	+ 1,2			
Alle Arbeiter	175,6	183,8	+ 4,7	87,71	92,81	+ 5,8	49,9	50,5	+ 1,2			
4. Chemische Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	184,6	185,2	+ 0,3	93,33	90,87	- 2,6	50,6	49,1	- 3,0			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	170,6	170,8	+ 0,1	85,36	80,33	- 5,9	50,0	47,0	- 6,0			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	157,5	158,7	+ 0,8	77,70	76,96	- 1,0	49,3	48,5	- 1,6			
Alle männlichen Arbeiter . . .	169,9	170,4	+ 0,3	84,84	82,23	- 3,1	49,9	48,2	- 3,4			
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	114,8	114,6	- 0,2	51,66	50,94	- 1,4	45,0	44,4	- 1,3			
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	107,5	110,7	+ 3,0	49,85	50,40	+ 1,1	46,4	45,5	- 1,9			
Alle weiblichen Arbeiter . . .	108,2	111,1	+ 2,7	50,04	50,46	+ 0,8	46,2	45,4	- 1,6			
Alle Arbeiter	145,1	147,0	+ 1,3	70,17	69,21	- 1,4	48,4	47,1	- 2,7			
5. Kautschuk-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	213,8	217,9	+ 1,9	103,64	108,12	+ 4,3	48,5	49,6	+ 2,3			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	191,8	193,7	+ 1,0	89,86	91,36	+ 1,7	46,8	47,2	+ 0,9			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	156,5	156,6	+ 0,1	71,70	74,41	+ 3,8	45,8	47,5	+ 3,7			
Alle männlichen Arbeiter . . .	201,2	203,5	+ 1,1	95,85	98,73	+ 3,0	47,6	48,5	+ 1,9			
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	140,3	140,6	+ 0,2	62,35	64,84	+ 4,0	44,4	46,1	+ 3,8			
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	122,7	122,9	+ 0,2	52,75	53,60	+ 1,6	43,0	43,6	+ 1,4			
Alle weiblichen Arbeiter . . .	133,4	133,7	+ 0,2	58,55	60,30	+ 3,0	43,9	45,1	+ 2,7			
Alle Arbeiter	172,4	173,0	+ 0,3	79,24	81,26	+ 2,5	46,0	47,0	+ 2,2			
6. Mineralöl-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	202,2	197,6	- 2,3	101,77	99,85	- 1,9	50,3	50,5	+ 0,4			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	181,4	182,6	+ 0,7	90,13	91,64	+ 1,7	49,7	50,2	+ 1,0			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	171,9	169,8	- 1,2	85,05	84,53	- 0,6	49,5	49,8	+ 0,6			
Alle männlichen Arbeiter . . .	189,1	187,7	- 0,7	94,45	94,38	- 0,1	49,9	50,3	+ 0,8			
Alle Arbeiter	188,2	187,2	- 0,5	93,90	94,08	+ 0,2	49,9	50,2	+ 0,6			
7. Steine und Erden												
Männliche Facharbeiter . . .	130,6	175,9	+ 3,8	57,87	89,64	+ 2,0	44,3	51,0	+ 2,0			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	132,4	161,6	+ 0,7	60,39	84,88	+ 4,8	45,6	52,5	+ 5,5			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	122,3	159,0	+ 0,1	49,85	78,18	+ 5,3	40,8	49,2	+ 5,3			
Alle männlichen Arbeiter . . .	126,5	165,1	+ 2,5	53,87	84,53	+ 1,6	42,6	51,2	+ 3,9			
Alle Arbeiter	126,5	165,0	+ 2,5	53,87	84,40	+ 1,5	42,6	51,2	+ 3,9			
8. Glasindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	110,8	168,4	+ 4,3	55,80	92,03	+ 12,8	50,3	54,6	+ 8,8			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	112,5	147,3	+ 2,0	55,56	78,22	+ 10,8	49,4	53,1	+ 9,0			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	92,9	136,3	+ 1,8	40,83	71,03	+ 8,4	43,9	52,1	+ 6,7			
Alle männlichen Arbeiter . . .	101,9	149,1	+ 1,7	47,56	79,21	+ 9,5	46,7	53,1	+ 7,9			
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	63,2	101,1	+ 2,5	23,54	53,28	+ 17,3	37,2	52,7	+ 15,2			
Alle weiblichen Arbeiter . . .	64,4	102,8	+ 2,8	24,16	54,49	+ 18,8	37,5	53,0	+ 16,4			
Alle Arbeiter	95,4	139,6	+ 0,6	42,66	74,13	+ 10,0	44,7	53,1	+ 9,4			

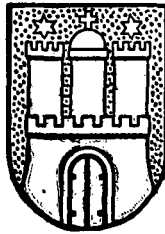
Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Sept. 1951 Dpf	Februar 1952		Juni 1948 RM	Sept. 1951 DM	Februar 1952		Juni 1948 Stunden	Sept. 1951 Stunden	Februar 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951			in DM	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951
9. Baugewerbe einschl. Baunebengewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	135,6	207,7	204,4	- 1,6	49,80	100,09	95,62	- 4,5	36,7	48,2	46,8	- 2,9
Männliche angelernte Arbeiter	132,3	201,4	187,3	- 7,0	49,25	101,08	88,68	- 12,3	37,2	50,2	47,3	- 5,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	116,3	171,2	172,4	+ 0,7	42,23	81,63	80,51	- 1,4	36,3	47,7	46,7	- 2,1
Alle männlichen Arbeiter	130,9	199,4	197,6	- 0,9	48,06	96,26	92,48	- 3,9	36,7	48,3	46,8	- 3,1
Alle Arbeiter	130,9	198,9	197,3	- 0,8	48,06	95,95	92,05	- 4,1	36,7	48,2	46,7	- 3,1
10. Sägeindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	123,9	175,9	185,5	+ 5,5	48,84	84,13	95,17	+ 13,1	39,4	47,8	51,3	+ 7,3
Männliche angelernte Arbeiter		154,3	155,9	+ 1,0		72,79	74,93	+ 2,9		47,2	48,1	+ 1,9
Männliche Hilfsarbeiter . . .	104,8	133,6	138,3	+ 3,5	45,13	64,14	66,27	+ 3,3	43,0	48,0	47,9	- 0,2
Alle männlichen Arbeiter	117,0	148,7	155,1	+ 4,3	47,10	71,05	75,65	+ 6,5	40,3	47,8	48,8	+ 2,1
Alle Arbeiter	117,0	141,6	146,9	+ 3,7	47,10	67,76	71,54	+ 5,6	40,3	47,8	48,7	+ 1,9
11. Bautischlerei, Möbelherstel- lung und sonstige Holzwaren												
Männliche Facharbeiter . . .	136,7	171,9	174,1	+ 1,3	52,40	79,17	77,24	- 2,4	38,3	46,0	44,4	- 3,5
Männliche angelernte Arbeiter	128,4	143,7	145,8	+ 1,5	48,95	66,37	53,86	- 18,8	38,1	46,2	37,0	- 19,9
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,3	126,5	130,0	+ 2,8	38,22	58,71	47,84	- 18,5	35,6	46,4	36,8	- 20,7
Alle männlichen Arbeiter	129,1	160,0	164,0	+ 2,5	48,62	73,81	69,05	- 6,4	37,7	46,1	42,1	- 8,7
Weibl. Hilfsarbeiter	68,1	106,0	109,2	+ 3,0	13,35	47,96	32,73	- 31,8	19,6	45,3	30,0	- 33,8
Alle weiblichen Arbeiter	72,9	106,3	109,4	+ 2,9	16,58	48,09	32,78	- 31,8	22,8	45,2	30,0	- 33,6
Alle Arbeiter	125,1	150,0	154,4	+ 2,9	45,04	68,93	60,71	- 11,9	36,0	46,0	39,3	- 14,6
12. Papierverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	137,4	189,1	192,6	+ 1,9	59,10	97,44	98,44	+ 1,0	43,0	51,5	51,1	- 0,8
Männliche angelernte Arbeiter	138,5	169,8	176,7	+ 4,1	55,90	86,06	91,70	+ 6,6	40,4	50,7	51,9	+ 2,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	109,2	151,8	156,7	+ 3,2	44,41	77,99	81,08	+ 4,0	40,7	51,4	51,7	+ 0,6
Alle männlichen Arbeiter	123,2	166,7	172,4	+ 3,4	51,16	85,55	88,85	+ 3,9	41,5	51,3	51,5	+ 0,4
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	81,1	113,4	114,5	+ 1,0	30,03	54,43	55,14	+ 1,3	37,0	48,0	48,1	+ 0,2
Weibl. Hilfsarbeiter	69,7	87,1	93,2	+ 7,0	25,29	41,31	43,90	+ 6,3	36,3	47,4	47,1	- 0,6
Alle weiblichen Arbeiter	75,9	104,3	107,3	+ 2,9	27,84	49,83	51,27	+ 2,9	36,7	47,8	47,8	± 0
Alle Arbeiter	91,4	119,7	124,1	+ 3,7	34,87	58,17	60,47	+ 4,0	38,1	48,6	48,7	+ 0,2
13. Buchdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	156,9	210,1	221,5	+ 5,4	65,73	100,81	108,21	+ 7,3	41,9	48,0	48,9	+ 1,9
Männliche angelernte Arbeiter	135,7	188,2	197,3	+ 4,8	56,29	92,53	106,29	+ 14,9	41,5	49,2	53,9	+ 9,6
Männliche Hilfsarbeiter . . .		154,3	161,9	+ 4,9		74,91	79,92	+ 6,7		48,5	49,4	+ 1,9
Alle männlichen Arbeiter	153,8	203,4	214,0	+ 5,2	64,42	97,92	105,45	+ 7,7	41,9	48,1	49,3	+ 2,5
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	92,2	109,2	111,2	+ 1,8	39,50	49,50	52,81	+ 6,7	42,9	45,3	47,5	+ 4,9
Weibl. Hilfsarbeiter		73,6	79,9	+ 8,6		34,80	37,56	+ 7,9		47,3	47,0	- 0,6
Alle weiblichen Arbeiter	90,2	103,4	106,8	+ 3,3	38,53	47,19	50,64	+ 7,3	42,7	45,6	47,4	+ 3,9
Alle Arbeiter	134,9	172,1	182,0	+ 5,8	56,84	81,42	88,62	+ 8,8	42,1	47,3	48,7	+ 3,0
14. Flachdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	162,8	223,1	225,3	+ 1,0	66,96	115,82	116,28	+ 0,4	41,1	51,9	51,6	- 0,6
Männliche Hilfsarbeiter . . .		161,1	162,1	+ 0,6		81,21	83,97	+ 3,4		50,4	51,8	+ 2,8
Alle männlichen Arbeiter	159,2	203,9	208,8	+ 2,4	64,62	105,43	108,02	+ 2,5	40,6	51,7	51,7	± 0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter		117,0	115,7	- 1,1		58,41	55,61	- 4,8		49,9	48,1	- 3,6
Weibl. Hilfsarbeiter		93,4	99,9	+ 7,0		42,67	49,32	+ 15,6		45,7	49,4	+ 8,1
Alle weiblichen Arbeiter		101,1	105,5	+ 4,4		47,47	51,58	+ 8,7		47,0	48,9	+ 4,0
Alle Arbeiter	146,0	163,6	167,7	+ 2,5	58,36	81,38	84,84	+ 4,3	40,0	49,7	50,6	+ 1,8
15. Textilindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	118,7	169,4	171,4	+ 1,2	50,95	73,66	75,04	+ 1,9	42,9	43,5	43,8	+ 0,7
Männliche angelernte Arbeiter	104,6	158,4	160,5	+ 1,3	43,61	70,59	67,19	- 4,8	41,7	44,6	41,9	- 6,1
Männliche Hilfsarbeiter . . .	89,3	142,8	142,3	- 0,4	37,92	70,86	72,39	+ 2,2	42,5	49,6	50,9	+ 2,6
Alle männlichen Arbeiter	106,2	157,0	157,0	± 0	45,00	71,67	71,23	- 0,6	42,4	45,7	45,4	- 0,7
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	64,1	121,2	123,4	+ 1,8	24,58	48,16	42,37	- 12,0	38,3	39,7	34,3	- 13,6
Weibl. Hilfsarbeiter	63,7	104,3	105,4	+ 1,1	25,27	44,64	42,11	- 5,7	39,7	42,8	40,0	- 6,5
Alle weiblichen Arbeiter	64,0	116,4	117,4	+ 0,9	24,71	47,22	42,29	- 10,4	38,6	40,6	36,0	- 11,3
Alle Arbeiter	76,2	126,3	128,4	+ 1,7	30,19	52,67	49,05	- 6,9	39,6	41,7	38,2	- 8,4

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Sept. 1951 Dpf	Februar 1952		Juni 1948 RM	Sept. 1951 DM	Februar 1952		Juni 1948 Stunden	Sept. 1951 Stunden	Februar 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951			in DM	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Sept. 1951
16. Bekleidungs-gewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	117,7	160,0	162,8	+ 1,8	47,65	64,92	73,98	+ 14,0	40,5	40,6	45,4	+ 11,8
Männliche angelernte Arbeiter	131,2	157,3	161,4	+ 2,6	52,33	79,74	76,44	- 4,1	39,9	50,7	47,3	- 6,7
Männliche Hilfsarbeiter . . .	117,6	133,6	141,9	+ 6,2	44,44	65,89	67,16	+ 1,9	37,8	49,3	47,3	- 4,1
Alle männlichen Arbeiter . . .	120,5	154,2	158,6	+ 2,9	47,92	70,11	73,64	+ 5,0	39,8	45,5	46,4	+ 2,0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,6	111,3	111,5	+ 0,2	31,27	49,22	50,13	+ 1,8	36,5	44,2	45,0	+ 1,8
Weibl. Hilfsarbeiter	82,3	94,9	101,6	+ 7,1	29,69	43,72	44,15	+ 1,0	36,1	46,1	43,5	- 5,6
Alle weiblichen Arbeiter . . .	84,3	105,6	107,9	+ 2,2	30,68	47,36	47,92	+ 1,2	36,4	44,9	44,4	- 1,1
Alle Arbeiter	95,6	116,4	119,7	+ 2,8	35,70	52,37	53,70	+ 2,5	37,4	45,0	44,9	- 0,2
17. Leder- verarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	123,6	152,9	152,1	- 0,5	45,84	67,00	70,14	+ 4,7	37,1	43,8	46,1	+ 5,3
Alle männlichen Arbeiter . . .	121,0	149,1	148,8	- 0,2	45,24	65,95	69,06	+ 4,7	37,4	44,2	46,4	+ 5,0
Alle Arbeiter	111,9	139,1	140,8	+ 1,2	41,84	60,66	64,67	+ 6,6	37,4	43,6	45,9	+ 5,3
18. Nahrungs- und Genußmittel- Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	110,1	181,3	186,1	+ 2,6	54,25	93,60	95,83	+ 2,4	49,3	51,6	51,5	- 0,2
Männliche angelernte Arbeiter		166,6	170,2	+ 2,2		82,64	84,11	+ 1,8		49,6	49,4	- 0,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,2	157,0	161,8	+ 3,1	50,72	79,12	80,81	+ 2,1	47,8	50,4	50,0	- 0,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	109,6	166,6	171,3	+ 2,8	53,59	84,27	86,15	+ 2,2	48,9	50,6	50,3	- 0,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	77,9	113,7	113,8	+ 0,1	34,44	53,08	52,58	- 0,9	44,2	46,7	46,2	- 1,1
Weibl. Hilfsarbeiter	60,6	105,5	107,2	+ 1,6	25,76	48,34	48,59	+ 0,5	42,5	45,8	45,3	- 1,1
Alle weiblichen Arbeiter . . .	63,3	108,9	109,9	+ 0,9	27,07	50,30	50,23	- 0,1	42,8	46,2	45,7	- 1,1
Alle Arbeiter	101,8	140,7	144,7	+ 2,8	41,82	68,27	69,75	+ 2,2	41,1	48,5	48,2	- 0,6
19. Brau- gewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	113,3	170,3	180,1	+ 5,8	54,20	91,47	91,04	- 0,5	47,9	54,0	50,6	- 6,3
Männliches Fahrpersonal . . .	143,6	222,0	220,2	- 0,8	71,29	119,92	111,52	- 7,0	49,6	53,7	50,6	- 5,8
Männliche angelernte Arbeiter	112,2	163,5	175,0	+ 7,0	54,45	78,09	86,00	+ 10,1	48,5	47,7	49,1	+ 2,9
Männliche Hilfsarbeiter . . .	101,8	160,3	161,8	+ 0,9	47,63	94,52	78,71	- 16,7	46,8	59,0	48,7	- 17,5
Alle männlichen Arbeiter . . .	122,2	178,4	183,2	+ 2,7	59,09	99,63	91,00	- 8,7	48,3	55,9	49,7	- 11,1
Alle Arbeiter	122,2	178,3	183,2	+ 2,7	59,09	99,58	90,96	- 8,7	48,3	55,8	49,7	- 10,9
20. Kunst- stoff- verarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	154,0	193,9	196,3	+ 1,2	63,98	96,16	93,36	- 2,9	41,5	49,6	47,6	- 4,0
Männliche angelernte Arbeiter	144,1	175,2	175,2	± 0	61,24	84,04	86,39	+ 2,8	42,5	48,0	49,3	+ 2,7
Männliche Hilfsarbeiter . . .	134,4	151,5	158,8	+ 4,8	49,48	67,18	75,98	+ 13,1	36,8	44,3	47,8	+ 7,9
Alle männlichen Arbeiter . . .	141,6	172,7	176,1	+ 2,0	55,69	81,36	85,14	+ 4,6	39,3	47,1	48,3	+ 2,5
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,8	129,1	138,6	+ 7,4	35,01	61,31	60,97	- 0,6	40,8	47,5	44,0	- 7,4
Weibl. Hilfsarbeiter	74,1	116,3	116,6	+ 0,3	27,25	52,62	54,93	+ 4,4	36,8	45,2	47,1	+ 4,2
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,4	119,0	120,8	+ 1,5	29,31	54,39	56,15	+ 3,2	37,8	45,7	46,5	+ 1,8
Alle Arbeiter	112,0	146,3	149,4	+ 2,1	43,26	67,93	70,83	+ 4,3	38,6	46,4	47,4	+ 2,2
Alle Gewer- begruppen												
Männliche Facharbeiter . . .	131,2	193,6	196,5	+ 1,5	52,17	94,83	95,62	+ 0,8	39,8	49,0	48,7	- 0,6
Männliche angelernte Arbeiter	123,8	176,2	177,0	+ 0,5	49,07	86,43	85,83	- 0,7	39,7	49,1	48,5	- 1,2
Männliche Hilfsarbeiter . . .	110,2	158,6	159,6	+ 0,6	43,85	77,78	77,37	- 0,5	40,0	49,0	48,5	- 1,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	126,1	183,5	186,2	+ 1,5	50,11	89,95	90,51	+ 0,6	39,8	49,0	48,6	- 0,8
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	83,1	119,5	120,8	+ 4,1	31,63	53,56	53,56	± 0	38,1	44,8	44,4	- 0,9
Weibl. Hilfsarbeiter	75,3	110,3	112,9	+ 2,4	29,58	51,54	49,84	- 3,3	39,7	46,7	44,1	- 5,6
Alle weiblichen Arbeiter . . .	78,6	114,4	116,5	+ 1,8	30,71	52,46	51,55	- 1,7	39,1	45,9	44,2	- 3,7
Alle Arbeiter	114,7	168,4	171,1	+ 1,6	45,46	81,33	81,41	+ 0,1	39,7	48,3	47,6	- 1,4

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 9. Juni 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 20

Die Mieten in Hamburg

Bei der Wohnungszählung vom September 1950 sind im Gegensatz zur Reichswohnungszählung vom Mai 1927 auch eingehende Erhebungen und Untersuchungen über die Mietverhältnisse und die Höhe der Wohnungsmieten durchgeführt worden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind aus vielen Gründen gerade gegenwärtig von großer Bedeutung, vor allem angesichts der Bemühungen, die Höhe der Mieten dem allgemeinen Preisniveau und der Erhöhung der Wohnungsbaukosten anzupassen.

1. Die Besitzverhältnisse der Wohnungen

Bei einer Gliederung der Wohnungen nach den Besitzverhältnissen unterscheidet man Eigentümerwohnungen, Mietwohnungen und mietfreie Wohnungen. Als **Eigentümerwohnungen** gelten alle Wohnungen, die vom Eigentümer selbst im eigenen Hause bewohnt werden. **Mietwohnungen** sind dagegen alle Wohnungen, für deren Benutzung zwischen dem Gebäudeeigentümer und dem Wohnungsinhaber ein bestimmtes Entgelt auf Grund eines Mietvertrages vereinbart ist; an Stelle einer Vereinbarung kann auch eine behördliche Festsetzung der Miete treten, ferner kann die Miete auch durch Dienstleistungen abgegolten werden. Unter den Mietwohnungen unterscheidet man weiterhin reine Mietwohnungen, Dienst- und Werkwohnungen, Berufs- und Geschäftsmietwohnungen und Stiftswohnungen. Die wichtigste und zahlreichste Gruppe sind die „reinen Mietwohnungen“; es handelt sich hierbei um Wohnungen, die ausschließlich zu Wohnzwecken vermietet sind, bei denen der Mietpreis also nicht, wie bei den Berufs- und Geschäftsmietwohnungen, durch die Überlassung bestimmter Räume zu gewerblichen Zwecken beeinflusst wird. Für Dienst- und Werkwohnungen sowie für Stifts liegen in der Regel Sondervereinbarungen vor, die von den üblichen Bedingungen für reine Mietwohnungen abweichen. Eine zahlenmäßig geringe Gruppe bilden die mietfreien Wohnungen, bei denen es sich überwiegend um Wohnungen handelt, die vom Hauseigentümer Verwandten oder Betriebsangehörigen kostenlos zur Benutzung überlassen sind.

Außerdem gibt es aber auch noch andere Wohnungen, die sich in dieses Schema nicht einfügen lassen. Bei diesen „sonstigen Wohnungen“ liegen zumeist überhaupt keine Vereinbarungen über die Benutzung zwischen dem Gebäudeeigentümer und dem Wohnungsinhaber vor. Es handelt sich hierbei überwiegend um Wohnungen in stark zerstörten Gebäuden (z. B. Ruinenkeller), in denen sich manche Haushaltungen mit Duldung des Eigentümers eingerichtet haben, ohne daß hiermit ein Benutzungsrecht begründet ist. Sie können deshalb auch nicht den „mietfreien“ Wohnungen gleichgesetzt werden, da bei diesen stets ein Benutzungsrecht des Wohnungsinhabers durch Vereinbarung zwischen den Parteien begründet ist. Die Zahl dieser sonstigen Wohnungen ist naturgemäß nur gering.

Die Gliederung der 386 382 Wohnungen, die in der Hansestadt Hamburg bei der Wohnungszählung im September 1950 festgestellt wurden, nach den genannten Besitz- oder Mietverhältnissen geht aus der **Übersicht 1** klar hervor. Dem überwiegend großstädtischen Charakter Hamburgs entsprechend liegt hier das Schwergewicht bei den Mietwohnungen, die allein nahezu drei Viertel aller Wohnungen ausmachen. Die reinen Mietwohnungen umfassen rund zwei Drittel aller vorhandenen Wohnungen. Zur Gruppe der Eigentümerwohnungen gehören in Hamburg dagegen nur rund ein Viertel aller Wohnungen.

Unterscheidet man die Wohnungen nach **Normal- und Notwohnungen**, so zeigen sich bei beiden Gruppen bemerkenswerte Unterschiede in der Gliederung nach dem Mietverhältnis. Der Anteil der Mietwohnungen ist bei den Notwohnungen weit geringer, der Anteil der Eigentümerwohnungen dagegen weit größer als bei den Normalwohnungen. Dies liegt daran, daß von den 49 969 Notwohnungen in Hamburg nicht weniger als 22 632 Wohnungen oder 45,3 v. H. aller Notwohnungen in Behelfsheimen und Wohnlauben gelegen sind. Diese Behelfsheime und Wohnlauben stehen zwar meistens auf fremdem, d. h. gepachtetem Grund, sie sind aber überwiegend Eigentum der darin wohnenden Haushaltungen.

Übersicht 1

Die Wohnungen nach dem Mietverhältnis
 (September 1950)

Mietverhältnis	Normalwohnungen		Notwohnungen		Wohnungen insgesamt	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Mietwohnungen insgesamt	257 106	76,4	25 767	51,6	282 873	73,2
davon						
reine Mietwohnungen	233 789	69,5	22 090	44,2	255 879	66,2
Dienst- und Werkwohnungen	5 019	1,5	1 215	2,5	6 234	1,6
Berufs- und						
Geschäftsmietwohnungen	14 799	4,4	2 316	4,6	17 115	4,4
Stiftswohnungen	3 499	1,0	146	0,3	3 645	1,0
Eigentümerwohnungen	75 714	22,5	20 129	40,3	95 843	24,8
mietfremde Wohnungen	3 482	1,1	3 145	6,3	6 627	1,7
sonstige Wohnungen	111	0,0	928	1,8	1 039	0,3
Wohnungen insgesamt	336 413	100	49 969	100	386 382	100

Dieses Beispiel der Notwohnungen läßt bereits deutlich erkennen, daß Zahl und Anteil der Eigentümerwohnungen oder Mietwohnungen in erster Linie von der baulichen Struktur, d. h. von der Art der Besiedlung der Gemeindefläche, abhängt. In Gemeinden mit zahlreichen Einfamilien- oder Bauernhäusern, die überwiegend und oft ausschließlich von den Gebäudeeigentümern bewohnt werden, ist die Zahl und der Anteil der Eigentümerwohnungen naturgemäß größer als in anderen Gemeinden, in denen diese Gebäudegruppen seltener sind. Aber auch die Häufigkeit der „sonstigen Normalwohngebäude“ beeinflusst den Anteil der Eigentümerwohnungen, da es sich bei diesen Gebäuden fast ausschließlich um größere Behelfsheime handelt, die ebenfalls überwiegend vom

Gebäudeeigentümer selbst bewohnt werden. In Hamburg sind diese Behelfsheime mit mehr als 30 qm Wohnfläche verhältnismäßig zahlreich. Wie die Übersicht 2 erkennen läßt, liegen von den 95 843 Eigentümerwohnungen rund 41 000 in Einfamilienhäusern und 21 000 in „sonstigen Normalwohngebäuden“ (d. h. in größeren Behelfsheimen) sowie 19 600 in Notwohngebäuden (d. h. meistens in kleineren Behelfsheimen oder Wohnlauben). Andererseits ist bemerkenswert, daß von den Wohnungen in Einfamilienhäusern immerhin mehr als ein Viertel selbständige Mietwohnungen sind. Das Schwergewicht der Mietwohnungen liegt jedoch in Mehrfamilienhäusern. Von den Wohnungen in dieser Gebäudeart sind nur 5 v. H. Eigentümerwohnungen.

Übersicht 2

Die Wohnungen nach Gebäudeart und Mietverhältnis
 (September 1950)

Gebäudeart	Wohnungen insgesamt	davon waren							
		Mietwohnungen		Eigentümerwohnungen		mietfreie Wohnungen		sonstige Wohnungen	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Einfamilienhäuser	58 832	16 857	28,6	40 948	69,6	990	1,7	37	0,1
Bauernhäuser	1 862	624	33,5	1 177	63,2	61	3,3	—	—
Mehrfamilienhäuser	254 035	238 875	94,0	12 616	5,0	2 437	1,0	107	—
sonstige Normalwohngebäude	26 863	5 430	20,2	20 971	78,1	450	1,7	12	—
Notwohngebäude	37 161	15 067	40,5	19 556	52,6	2 105	5,7	433	1,2
Nichtwohngebäude	7 629	6 020	78,9	575	7,5	584	7,7	450	5,9
zusammen	386 382	282 873	73,2	95 843	24,8	6 627	1,7	1 039	0,3

Übersicht 3

Die Mietwohnungen nach Gebäudeart und Mietverhältnis

Gebäudeart	Mietwohnungen insgesamt	davon waren							
		reine Mietwohnungen		Dienst- und Werkwohnungen		Berufs- und Geschäftsmietwohnungen		Stiftswohnungen	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Einfamilienhäuser	16 857	14 886	88,3	594	3,5	1 311	7,8	66	0,4
Bauernhäuser	624	563	90,2	22	3,5	39	6,3	—	—
Mehrfamilienhäuser	238 875	217 604	91,1	3 119	1,3	14 636	6,1	3 516	1,5
sonstige Normalwohngebäude	5 430	5 026	92,6	272	5,0	132	2,4	—	—
Notwohngebäude	15 067	14 054	93,3	560	3,7	390	2,6	63	0,4
Nichtwohngebäude	6 020	3 746	62,2	1 667	27,7	607	10,1	—	—
Mietwohnungen zusammen	282 873	255 879	90,5	6 234	2,2	17 115	6,0	3 645	1,3

Da die relative Häufigkeit der Eigentümer- bzw. Mietwohnungen weitgehend von der Gebäudeart bestimmt wird, die in den einzelnen Gemeinden vorherrschend ist, ist der Anteil der Eigentümerwohnungen in der Regel in kleinen Gemeinden relativ größer als in Großstädten. Infolgedessen weicht die Gliederung der Wohnungen nach dem Besitz- oder Mietverhältnis in dem überwiegend großstädtisch bebauten Gebiet der Hansestadt Hamburg von den Verhältnissen in den übrigen Ländern des Bundesgebiets erheblich ab. Dies zeigen folgende, der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 2, Jahrg. 1952, entnommene Anteilsziffern:

Land	Anteil der	
	Eigentümer- wohnungen an der-Gesamtzahl der Wohnungen	Miet- wohnungen
Hamburg	24,8	73,2
Nordrhein-Westfalen	31,0	66,7
Schleswig-Holstein	34,0	62,9
Bremen	36,5	61,3
Niedersachsen	42,2	54,8
Württemberg-Baden	42,6	53,3
Hessen	43,4	53,6
Baden	45,7	49,7
Bayern	47,7	50,2
Rheinland-Pfalz	53,9	41,8
Württemberg-Hohenzoll.	55,3	39,2
Bundesgebiet	40,3	56,7
West-Berlin	9,2	90,6

Bei diesem Vergleich ist bemerkenswert, daß der Anteil der Eigentümerwohnungen in Hamburg zwar erheblich geringer ist als in Bremen, aber weit größer als in West-Berlin. Der hohe Anteil der Eigentümerwohnungen in Bremen ist darauf zurückzuführen, daß im Raum der Stadt Bremen das Einfamilienhaus weit stärker bevorzugt ist als in Hamburg. Beim Vergleich mit West-Berlin muß man dagegen die dichtere Besiedlung des Raumes Groß-Berlin beachten, in dem bei annähernd gleicher Gebietsfläche vor dem Kriege eine doppelt so große Bevölkerung angesiedelt war als im Gebiet der Hansestadt Hamburg, so daß hier das Einfamilienhaus relativ seltener ist als in Hamburg; außerdem sind dort relativ weniger Behelfsheime

und Wohnlauben als ständige Normal- oder Notwohnungen ausgebaut als in Hamburg, da die Wohnungsnot in West-Berlin geringer ist als in Hamburg.

2. Das Mietaufkommen

Die Erfassung der reinen Miete im Rahmen einer Wohnungszählung bereitet stets große Schwierigkeiten, weil in der vom Wohnungsinhaber gezahlten Miete oft Beträge enthalten sind, die nicht einen Entgelt für die Raumbenutzung, sondern für andere Leistungen darstellen. Bei der Wohnungszählung sollte die Miete grundsätzlich vom Hauseigentümer und nicht vom Wohnungsinhaber angegeben werden, da der Wohnungsinhaber oft nicht ausreichend über die Berechnung und Zusammensetzung des von ihm als „Miete“ gezahlten Betrages unterrichtet ist; dem Hauseigentümer muß diese aber in der Regel bekannt sein. Zur Miete sollten nicht die Vergütungen für Möbelbenutzung, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Schönheitsreparaturen und andere zusätzliche Leistungen gerechnet werden, dagegen waren die auf den Mieter umgelegten Gebühren für die üblichen Nebenleistungen, wie Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppebeleuchtung und Schornsteinreinigung der Raummiete zuzuschlagen.

Die Erfassung der Miete ist bei der Wohnungszählung 1950 nicht für alle Mietwohnungen gelungen. Von den 282 873 Mietwohnungen lagen nur für 271 998 Wohnungen ausreichende Mietangaben vor, d. s. immerhin 96,2 v. H. Das monatliche Mietaufkommen für diese Wohnungen hat im ganzen rund 13 267 000 DM betragen; die Jahreseinnahme aus diesen Mieten beläuft sich demnach in Hamburg auf rund 159 Millionen DM. Rechnet man für die 10 875 Mietwohnungen, für die keine Mietangaben vorlagen, die gleiche Durchschnittsmiete, so erhöht sich das **monatliche Mietaufkommen aus Mietwohnungen in Hamburg auf rund 13 800 000 DM** und das **Jahresaufkommen auf rund 165 Mill. DM.**

Gliedert man die Wohnungen und das Mietaufkommen nach Normal- und Notwohnungen, so erhält man folgendes Bild:

Art der Mietwohnungen	Mietwohnungen ¹		Mietaufkommen		
	überhaupt	davon mit Mietangaben	überhaupt in 1000 DM	je Wohnung DM	je Raum DM
Normalwohnungen	257 106	248 886	12 694	51,00	13,95
Notwohnungen	25 767	23 112	573	24,79	11,95
Mietwohnungen insgesamt	282 873	271 998	13 267	48,78	13,85

Das durchschnittliche Mietaufkommen der Notwohnungen ist erklärlicherweise weit geringer als das der Normalwohnungen. Recht große Unterschiede in der durchschnittlichen Höhe des Mietaufkommens zeigen sich aber auch, wenn man die Wohnungen nach der Art der Gebäude, in denen sie liegen, gliedert. Die Wohnungsmiete der Normalwohnungen ist weitaus am höchsten bei den Wohnungen, die in Einfamilienhäusern liegen; sie beträgt hier durchschnittlich 63 DM. Die Zahl dieser Wohnungen ist jedoch nur gering, da die

meisten Wohnungen in Einfamilienhäusern Eigentümerwohnungen sind. Die Hauptmasse der Mietwohnungen liegt in Mehrfamilienhäusern, in denen die Durchschnittsmiete je Wohnung rund 51 DM beträgt.

Die Übersichten lassen weiterhin erkennen, daß die Durchschnittsmiete der Berufs- und Geschäftsmietwohnungen fast doppelt so hoch ist wie die der reinen Mietwohnungen. Bei allen diesen Untersuchungen ist aber zu beachten, daß die verschiedene Durchschnittsgröße der genannten Wohnungs-

Übersicht 4

Raumzahl, Mietaufkommen und Durchschnittsmieten der Mietwohnungen*)
(gegliedert nach Normal- und Notwohnungen, sowie nach dem Mietverhältnis)

Mietverhältnis	Zahl der Wohnungen	darin Räume	Monatliches Mietaufkommen in 1000 DM	durchschnittliche		
				Raumzahl je Wohnung	monatliche Miete (DM) je Wohnung	je Raum
Normalwohnungen						
reine Mietwohnungen	228 006	828 269	11 205	3,63	49,14	13,53
Dienst- und Werkwohnungen	3 968	14 363	145	3,62	36,54	10,10
Berufs- u. Geschäftsmietwohnungen	14 085	60 319	1 281	4,28	90,95	21,24
Stiftswohnungen	2 827	6 729	63	2,38	22,29	9,36
Normalwohnungen mit Mietangaben insgesamt	248 886	909 680	12 694	3,66	51,00	13,95
Notwohnungen						
reine Mietwohnungen	20 125	40 409	422	2,01	20,97	10,44
Dienst- und Werkwohnungen	779	1 768	18	2,27	23,11	10,18
Berufs- u. Geschäftsmietwohnungen	2 070	5 459	130	2,64	62,80	23,81
Stiftswohnungen	-138	333	3	2,41	21,74	9,01
Notwohnungen mit Mietangaben insgesamt	23 112	47 969	573	2,08	24,79	11,95

*) soweit für sie Mietangaben vorliegen

Übersicht 5

Raumzahl, Mietaufkommen und Durchschnittsmieten der normalen Mietwohnungen*)
(gegliedert nach Gebäudearten)

Gebäudeart	Zahl der Wohnungen	darin Räume	Monatliches Mietaufkommen in 1000 DM	durchschnittliche		
				Raumzahl je Wohnung	monatliche Miete (DM) je Wohnung	je Raum
Wohnungen in						
Einfamilienhäusern	15 199	64 311	957	4,23	62,96	14,88
Bauernhäusern	448	1 583	16	3,53	35,71	10,11
Mehrfamilienhäusern	225 261	820 546	11 440	3,64	50,79	13,94
sonstigen Normalwohngebäuden . . .	4 970	13 443	145	2,70	29,18	10,79
Nichtwohngebäuden	3 008	9 797	136	3,26	45,21	13,88
Normal- und Nichtwohngebäude insgesamt	248 886	909 680	12 694	3,66	51,00	13,95

*) soweit für sie Mietangaben vorliegen

gruppen die Höhe der Wohnungsmiete maßgeblich beeinflusst. Normalwohnungen enthalten zumeist mehr Räume als Notwohnungen, und Wohnungen der Einfamilienhäuser sind durchschnittlich größer als Wohnungen in Mehrfamilienhäusern; das gleiche gilt auch für Berufs- und Geschäftsmietwohnungen gegenüber reinen Mietwohnungen. Deshalb gibt die Durchschnittsmiete je Wohnung nur einen unvollkommenen Einblick in die verschiedenen Miethöhen dieser Wohnungsgruppen. Erst die Durchschnittsmiete je Raum läßt eine genauere Beurteilung der unterschiedlichen Miethöhe zu. Bei einer Raumzahl von 957 649 Räumen in den 271 998 Mietwohnungen, für die Mietangaben vorliegen, stellt sich in **Hamburg** die **durchschnittliche monatliche Miete je Raum auf 13,85 DM**. Dabei ist zu beachten, daß in die Zahl dieser Räume alle Wohnräume über 6 qm, sämtliche vollausgebauten Küchen sowie alle Zimmer über 6 qm, die nur gewerblich oder landwirtschaftlich benutzt werden, eingerechnet sind; Kochnischen, Notküchen sowie infolge Wohnraumnot zum Wohnen benutzte notdürftig hergerichtete Räume sind dagegen nicht

berücksichtigt. Bei normalen reinen Mietwohnungen beträgt in Hamburg die monatliche Durchschnittsmiete 13,53 DM je Raum, bei Berufs- und Geschäftsmietwohnungen jedoch 21,24 DM, also gut die Hälfte mehr. In den gesamten normalen Mietwohnungen beträgt sie durchschnittlich 13,95 DM je Raum, in Notwohnungen dagegen nur 11,95 DM.

Ein Vergleich dieser Durchschnittsmieten je Raum in Hamburg mit den Durchschnittsmieten je Raum der Normalwohnungen in den anderen Ländern des Bundesgebiets läßt erkennen, daß die Miete in Berlin mit 16,91 DM am höchsten ist; danach folgt aber Hamburg mit 13,95 DM bereits an zweiter Stelle, sogar noch vor Bremen, obgleich in Bremen der Typ des Einfamilienhauses, der in Hamburg besonders hohe Mieten aufweist, relativ häufiger ist als in Hamburg. Wie der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 2, Jg. 1952) zu entnehmen ist, ergibt sich für die Länder des Bundesgebiets folgende Reihenfolge für den durchschnittlichen Mietbetrag je Raum:

	Normal- wohnung	Not- wohnung
Berlin	16,91	16,88
Hamburg	13,95	11,94
Bremen	13,26	10,55
Württemberg-Baden	12,24	11,97
Nordrhein-Westfalen	11,41	9,99
Hessen	11,35	11,36
Bayern	10,30	7,57
Baden	9,96	11,96
Schleswig-Holstein	9,66	7,36
Rheinland-Pfalz	9,53	8,88
Niedersachsen	9,25	6,81
Württemberg-Hohenzollern	9,02	9,72

Die besonders große Höhe der Durchschnittsmieten in den 3 Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist natürlich in erster Linie eine Folge ihres überwiegend großstädtischen Charakters, denn wie die Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes weiterhin erkennen lassen, steigt in den Gemeinden mit wachsender Bevölkerungsgröße auch die Höhe der Durchschnittsmiete. Aber außer der Gemeindegröße, dem verschiedenen Anteil der Gebäudearten sowie der Normal- und Notwohnungen wird die Höhe der Durchschnittsmiete auch durch den verschiedenen Anteil der Altbau-, Neubau- und Nachkriegswohnungen am Gesamtwohnungsbestand stark beeinflusst.

3. Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten

Im Rahmen der Gebäudezählung sind alle Normal-Wohngebäude auf Grund des Baujahres, in dem sie errichtet sind, nach Altbauten, Neubauten und Nachkriegsbauten gegliedert. Für diese Gruppierung waren folgende Zeitabschnitte maßgebend:

- Altbauten = vor dem 1. 7. 1918 errichtet,
- Neubauten = zwischen dem 1. 7. 1918 und 1. 5. 1945 errichtet,
- Nachkriegsbauten = nach dem 1. 5. 1945 errichtet.

In diesen Gebäudearten wurde in Hamburg bei der Wohnungszählung folgender Wohnungsbestand ermittelt:

in Altbauten	172 414 Wohnungen = 50,4 v. H.
in Neubauten	138 366 Wohnungen = 40,5 v. H.
in Nachkriegsbauten	30 812 Wohnungen = 9,0 v. H.
Insgesamt also	341 592 Wohnungen in Normal- wohngebäuden.

Diese Gliederung der Wohnungen nach Altbau, Neubau und Nachkriegsbau ist auch für die Untersuchung über das Mietaufkommen und die Höhe der Wohnungsmieten bedeutsam. Im Rahmen dieser Untersuchung hat man allerdings die Wohnungen grundsätzlich nicht nach dem durch das Baujahr bestimmten Charakter des Gebäudes, sondern nach dem Charakter der vereinbarten oder festgesetzten Miete zu gliedern versucht. Bei der Mehrzahl der Mietwohnungen ist beides identisch, bei manchen Wohnungen weicht der Charakter der Miete aber von dem durch das Baujahr festgelegten Charakter des Gebäudes oder der Wohnung ab. Die

Fragestellung in der Gebäudeliste hat leider vielfach zu Mißverständnissen Anlaß gegeben, welche Angaben verlangt werden; die Frage lautete:

„Wann ist die Miete festgesetzt?“

- a) vor dem 1. 7. 1918 (als Altbau),
- b) zwischen dem 1. 7. 1918 und dem 1. 5. 1945 (als Neubau),
- c) nach dem 1. 5. 1945 (für neugebaute Wohnungen).

Der Zeitpunkt der Mietfestsetzung nach diesen Zeiträumen konnte aber sowohl von dem Charakter der Wohnung auf Grund des Baujahres als auch von dem Charakter der Miete abweichen; es war z. B. möglich, daß eine wiederhergestellte oder ausgebaut Wohnung in einem Altbaugebäude nach den Richtsätzen für Nachkriegsmieten vermietet war. Trotz dieser mißverständlichen Fragestellung dürfte es aber für die Hauptmasse der Mietwohnungen wohl gelungen sein, sie nach dem Charakter oder der Art ihrer Miete richtig zu gruppieren.

Für diese Untersuchung der Mietwohnungen nach Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten sind nur die reinen Mietwohnungen herangezogen, soweit für sie überhaupt Mietangaben vorlagen. Die Zahl der reinen Mietwohnungen beträgt laut Übersicht 1 insgesamt 255 879 Wohnungen; aber nur für 248 131 dieser Wohnungen lagen Mietangaben vor. Aber auch von dieser Gruppe sind bestimmte, nicht vollwertige Wohnungen bei der Untersuchung nach der Art der Miete unberücksichtigt geblieben. Es handelt sich hierbei zunächst um 20 125 Notwohnungen mit Mietangaben; ohne diese beträgt die Zahl der normalen Mietwohnungen mit Mietangaben 228 006 (s. Übersicht 4). Unter diesen sind aber auch die normalen Dachwohnungen (rd. 16 000) und die normalen Mietwohnungen, deren Miete wegen Kriegsschäden ermäßigt war (rd. 8000) unberücksichtigt geblieben, so daß für die Untersuchung nach der Art der Miete nur 203 705 reine Mietwohnungen mit Mietangaben übrig bleiben.

Bei diesen 203 705 Wohnungen beträgt das gesamte Mietaufkommen monatlich rd. 10,3 Mill. DM und die Durchschnittsmiete je Wohnung rd. 51 DM oder je Raum 13,69 DM. Die Durchschnittsmiete liegt hier begreiflicherweise höher als bei der Gesamtzahl der reinen Mietwohnungen, da die geringwertigeren Dachgeschoßwohnungen und die Wohnungen, deren Miete wegen Kriegsschäden ermäßigt war, unberücksichtigt geblieben sind. Dies geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Woh- nungen in Mill. DM	Monatl. Miet- aufkom. in Mill. DM	Monatliche Durchschnitts- miete (DM) je Wohnung	je Raum
alle Mietwohnungen	271 998	13,3	48,78	13,85
alle reinen Miet- wohnungen	248 131	11,6	46,86	13,38
darunter Normal- wohnungen	228 006	11,2	49,14	13,53

Die 203 705 Wohnungen zeigen folgende Gliederung nach Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten:

Mietart	Zahl der Wohnungen		monatliches Mietaufkommen in 1000 DM		Durchschnittsmiete	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	je Wohn. DM	je Raum DM
Altbaumieten	113 621	55,8	5 382	52,1	47,37	12,34
Neubaumieten	67 045	32,9	3 664	35,5	54,65	14,95
Nachkriegsmieten	23 039	11,3	1 283	12,4	55,69	17,55
zusammen	203 705	100	10 329	100	50,71	13,69

Man erkennt hieraus, daß über die Hälfte des monatlichen Mietaufkommens (5,4 Mill. DM) auf die Altbauwohnungen entfällt. Dieser Betrag und Anteil würde sich noch etwas erhöhen, wenn man auch die normalen Dachgeschoßwohnungen und die wegen Kriegsschaden in ihrer Miete ermäßigten Mietwohnungen berücksichtigen würde, da die Mehrzahl dieser Wohnungen in Altbauten liegen dürfte. Weiterhin ist zu beachten, daß auch die Berufs- und Geschäftsmietwohnungen, die Stiftswohnungen sowie die Dienst- und Werkswohnungen bei dieser Untersuchung außer acht gelassen sind. Würde man auch diese Wohnungsgruppen berücksichtigen, so dürfte sich nicht nur das Volumen des Mietaufkommens der Altbauwohnungen, sondern auch sein Anteil am Gesamtaufkommen nicht unwesentlich erhöhen.

Die Tabelle läßt weiterhin erkennen, daß die Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen erheblich teurer sind als die Altbaumietwohnungen. Bei der Beurteilung dieser verschiedenen Höhe der Durchschnittsmiete muß man noch beachten, daß die Altbauwohnungen durchschnittlich größer sind als die Neubau- und Nachkriegswohnungen. Berechnet man die Miete je Raum, so ergeben sich zwischen den genannten Gruppen relativ noch höhere Unterschiede in der Miethöhe; es zeigt sich dann, daß die Neubauwohnungen etwa um 20 v. H. und die Neustbauwohnungen etwa um 40 v. H. höhere Mieten je Raum verlangen als die Altbauwohnungen.

Übersicht 6

Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen*) nach Größe und Miethöhe

Wohnungen mit ... Räumen	Wohnungen		Monatliches Mietaufkommen in, DM	Monatl. Durchschnittsmiete je Wohnung in DM
	Zahl	v. H.		
Wohnungen insgesamt				
1 und 2	17 162	8,4	538 132	31
3	79 712	39,1	3 190 073	40
4	71 257	35,0	3 643 479	51
5	25 074	12,3	1 759 761	70
6 und mehr . . .	10 500	5,2	1 197 591	114
Wohnungen*) insgesamt	203 705	100	10 329 036	51
Altbaumieten				
1 und 2	7 168	6,3	190 315	27
3	41 344	36,4	1 378 261	33
4	40 188	35,4	1 809 296	45
5	17 126	15,1	1 138 950	67
6 und mehr . . .	7 795	6,8	864 768	111
Wohnungen*) insgesamt	113 621	100	5 381 590	47
Neubaumieten				
1 und 2	5 394	8,0	175 596	33
3	26 731	39,9	1 180 153	44
4	25 176	37,6	1 447 198	57
5	7 297	10,9	562 236	77
6 und mehr . . .	2 447	3,6	298 622	122
Wohnungen*) insgesamt	67 045	100	3 663 805	55
Nachkriegsmieten				
1 und 2	4 600	20,0	172 221	37
3	11 637	50,5	631 659	54
4	5 893	25,6	386 985	66
5	651	2,8	58 575	90
6 und mehr . . .	258	1,1	34 201	133
Wohnungen*) insgesamt	23 039	100	1 283 641	56

*) reine Mietwohnungen ohne Notwohnungen, ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist

Anteil der Altbau-, Neubau- und Neustbauwohnungen

mit 3 Räumen in der Mietpreislage von

BIS 25 DM



25-35 DM



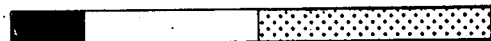
35-45 DM



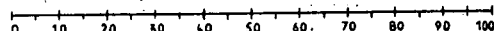
45-60 DM



60-75 DM



UBER 75 DM



■ ALTBAU □ NEUBAU ▨ NEUSTBAU

mit 4 Räumen in der Mietpreislage von

BIS 25 DM



25-35 DM



35-45 DM



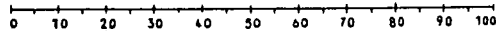
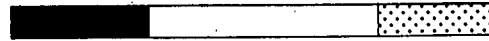
45-60 DM



60-75 DM



UBER 75 DM



■ ALTBAU □ NEUBAU ▨ NEUSTBAU

In der Übersicht 6 sind die Wohnungen zugleich nach der Art der Miete und nach den Wohnungsgrößen gegliedert. Betrachtet man die wichtigsten Wohnungsgrößen, d. h. die Wohnungen mit 3 und 4 Räumen (einschl. Küche), so ergeben sich folgende Durchschnittsmieten:

Art der Wohnungen	Wohnungen mit			
	3 Räumen		4 Räumen	
	je Wohnung	je Raum	je Wohnung	je Raum
Altbauwohnungen	33	11	45	11
Neubauwohnungen	44	15	57	14
Neustbauwohnungen	54	18	66	16

Man erkennt hieraus, daß bei beiden Wohnungsgrößen die Höhe der Durchschnittsmiete in gleichem Maße durch den Charakter der Wohnung beeinflußt wird.

Außer durch den Mietcharakter der Wohnung und die Wohnungsgröße (Raumzahl) wird die Höhe

der Durchschnittsmiete der Wohnungen aber auch durch Unterschiede in der Ausstattung erheblich beeinflußt. Um vergleichbare Mieten zu gewinnen, muß man deshalb die Wohnungen auch nach der Art ihrer Ausstattung gliedern. Bei der Wohnungszählung 1950 sind sie in folgender Weise nach der Ausstattung gruppiert:

- Wohnungen ohne Bad, ohne Zentralheizung
- Wohnungen mit Bad, ohne Zentralheizung
- Wohnungen ohne Bad, mit Zentralheizung
- Wohnungen mit Bad, mit Zentralheizung

Zunächst ist zu beachten, daß die oben genannten drei Wohnungsgruppen Altbau-, Neubau- und Neustbaumietwohnungen in recht verschiedenem Maße mit Bad und Zentralheizung ausgestattet sind. Der Anteil der am besten ausgestatteten Wohnungen, d. h. der Wohnungen mit Bad und mit Zentralheizung, ist bei den Neubauwohnungen weitaus am größten, bei den Altbauwohnungen aber am geringsten. Die folgenden Tabellen lassen das erkennen:

Wohnungen	Altbauwohnungen		Neubauwohnungen		Neustbauwohnungen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
a) ohne Bad, ohne Zentralheizung	86 809	76,4	26 247	39,2	9 035	39,2
b) mit Bad, ohne Zentralheizung	15 727	13,8	21 128	31,5	8 924	38,7
c) ohne Bad, mit Zentralheizung	1 584	1,4	3 034	4,5	1 083	4,7
d) mit Bad, mit Zentralheizung	9 501	8,4	16 636	24,8	3 997	17,4
zusammen	113 621	100	67 045	100	23 039	100

Gliedert man nun auch das Mietaufkommen und die daraus errechnete Durchschnitts-

miete in gleicher Weise, so erhält man folgendes Bild:

Wohnungen	Monatliches Mietaufkommen in 1000 DM in					
	Altbauwohnungen		Neubauwohnungen		Neustbauwohnungen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
a) ohne Bad, ohne Zentralheizung	3 173	59,0	1 018	27,8	376	29,3
b) mit Bad, ohne Zentralheizung	1 039	19,3	1 152	31,4	512	39,9
c) ohne Bad, mit Zentralheizung	113	2,1	185	5,1	70	5,5
d) mit Bad, mit Zentralheizung	1 057	19,6	1 309	35,7	325	25,3
zusammen	5 382	100	3 664	100	1 283	100

Wohnungen	Monatliche Durchschnittsmiete in DM in					
	Altbauwohnungen		Neubauwohnungen		Neustbauwohnungen	
	je Wohnung	je Raum	je Wohnung	je Raum	je Wohnung	je Raum
a) ohne Bad, ohne Zentralheizung	37	10	39	12	42	14
b) mit Bad, ohne Zentralheizung	66	14	55	14	57	17
c) ohne Bad, mit Zentralheizung	71	18	61	16	65	21
d) mit Bad, mit Zentralheizung	111	21	79	19	81	23
zusammen	47	12	55	15	56	18

Diese Untersuchung zeigt, daß die Höhe der Durchschnittsmiete also von verschiedenen Ursachen beeinflußt wird; sie wird durch die Art des Gebäudes, das Baualter der Wohnungen bzw. den Charakter der Miete, die Wohnungsgröße und die Wohnungsausstattung bedingt. Gliedert man die Wohnungen zugleich nach diesen verschiedenen Merkmalen, so erhält man das in der Übersicht 7 gezeigte Bild. Man kann hieraus unter anderem entnehmen, in welchem Maße bei den Wohnungen die durchschnittliche Höhe der Miete je Wohnung

oder je Raum durch den Charakter der Wohnungsmiete und durch die Ausstattung beeinflußt wird. Überraschenderweise läßt die Übersicht erkennen, daß nicht in allen Fällen die Neubau- und Neustbauwohnungen bei gleicher Raumzahl und Ausstattung höhere Durchschnittsmieten aufweisen als die Altbauwohnungen. Hier dürften sich noch andere, für die Miethöhe wichtige Faktoren auswirken, wie die Größe der Räume und die Lage der Wohnungen in bevorzugten teuren oder in weniger bevorzugten billigen Wohngebieten.

Durchschnittsmieten für reine Mietwohnungen*)

Ausstattung	Monatliche Durchschnittsmiete in DM und zwar						Insgesamt	
	Altbaumieten		Neubaumieten		Neustbaumieten		je Wohnung	je Raum
	je Wohnung	je Raum	je Wohnung	je Raum	je Wohnung	je Raum		
Wohnungen mit 1 und 2 Räumen								
ohne Bad, ohne Zentralheizung . . .	25	13	27	14	31	16	27	14
mit Bad, ohne Zentralheizung . . .	42	22	50	26	42	22	45	23
ohne Bad, mit Zentralheizung . . .	43	24	47	27	49	26	47	26
mit Bad, mit Zentralheizung . . .	59	33	45	24	53	27	50	26
Wohnungen insgesamt	27	14	33	17	37	19	31	16
Wohnungen mit 3 Räumen								
ohne Bad, ohne Zentralheizung . . .	31	10	37	12	43	14	33	11
mit Bad, ohne Zentralheizung . . .	50	17	45	15	55	18	49	16
ohne Bad, mit Zentralheizung . . .	63	21	53	18	63	21	58	19
mit Bad, mit Zentralheizung . . .	73	24	58	19	69	23	63	21
Wohnungen insgesamt	33	11	44	15	54	18	40	13
Wohnungen mit 4 Räumen								
ohne Bad, ohne Zentralheizung . . .	40	10	45	11	52	13	41	10
mit Bad, ohne Zentralheizung . . .	57	14	56	14	63	16	57	14
ohne Bad, mit Zentralheizung . . .	71	18	60	15	73	18	65	16
mit Bad, mit Zentralheizung . . .	88	22	71	18	90	23	76	19
Wohnungen insgesamt	45	11	57	14	66	17	51	13
Wohnungen mit 5 Räumen								
ohne Bad, ohne Zentralheizung . . .	53	11	51	10	56	11	53	11
mit Bad, ohne Zentralheizung . . .	69	14	67	13	75	15	69	14
ohne Bad, mit Zentralheizung . . .	80	16	75	15	78	16	77	15
mit Bad, mit Zentralheizung . . .	102	20	100	20	130	26	102	20
Wohnungen insgesamt	67	13	77	15	90	18	70	14
Wohnungen mit 6 und mehr Räumen								
ohne Bad, ohne Zentralheizung . . .	68	11	63	10	76	11	68	11
mit Bad, ohne Zentralheizung . . .	89	14	92	15	99	15	90	14
ohne Bad, mit Zentralheizung . . .	108	18	116	18	146	22	114	18
mit Bad, mit Zentralheizung . . .	141	21	147	22	173	26	144	21
Wohnungen insgesamt	111	17	122	19	133	20	114	17
Wohnungen insgesamt								
ohne Bad, ohne Zentralheizung . . .	37	10	39	12	42	14	37	11
mit Bad, ohne Zentralheizung . . .	66	14	55	14	57	17	59	15
ohne Bad, mit Zentralheizung . . .	71	18	61	16	65	21	65	18
mit Bad, mit Zentralheizung . . .	111	21	79	19	81	23	89	20
Wohnungen insgesamt	47	12	55	15	56	18	51	14

*) Normalwohnungen ohne Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist

4. Die Wohnungen nach Mietpreisstufen

Für die Beurteilung der Miethöhe reicht die Errechnung der Durchschnittsmiete nicht aus. Daneben ist es wichtig, zu untersuchen, wie viele Wohnungen in billiger, mittlerer und teurer Preislage zur Verfügung stehen. Deshalb wurden die im vorigen Abschnitt behandelten 203 705 reinen Mietwohnungen auch nach Mietpreisstufen ausgezählt, und zwar innerhalb der Gruppen der Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen. Zugleich wurden hierbei die Wohnungen nach der Größe, d. h. nach der Raumzahl, gegliedert. Auf eine weitere Unterteilung nach der Art der Ausstattung ist in diesem Zusammenhang aber verzichtet, da der Einfluß der verschiedenen Ausstattung schon ausreichend aus der verschiedenen Höhe der Durchschnittsmiete ersichtlich ist.

In der Übersicht 8 sind die Wohnungen nach 10 Mietpreisstufen gegliedert, von denen die niedrigste (unter 15 DM) und die beiden höchsten (120 bis 150 und über 150 DM) naturgemäß nur gering besetzt sind. Die Hauptmasse der Woh-

nungen kostet zwischen 25 und 60 DM im Monat; es sind dies im ganzen rd. 138 000 Wohnungen oder rd. 68 v. H. der hier untersuchten reinen Mietwohnungen.

Natürlich ist die Gliederung der Wohnungen nach Mietpreisstufen innerhalb der einzelnen Größengruppen verschieden. Berücksichtigt man hier die beiden wichtigsten Wohnungsgrößen, d. h. die Wohnungen mit 3 und 4 Räumen, zu denen rd. 150 000 oder rd. 74 v. H. der hier untersuchten Wohnungen gehören, so zeigt sich, daß von den rd. 80 000 Dreiraumwohnungen rd. 50 000 oder fast zwei Drittel zwischen 25 und 45 DM kosten; von den 71 000 Vierraumwohnungen liegen aber nur 31 000 oder 43 v. H. in dieser Mietpreislage; ebenso viele Wohnungen dieser Größe kosten zwischen 45 bis 75 DM. Aus der Übersicht 8 geht hervor, in welcher Weise sich das Schwergewicht nach Mietpreisstufen bei den kleineren oder größeren Wohnungen auf die billigeren oder teureren Mieten verlagert.

Übersicht 8

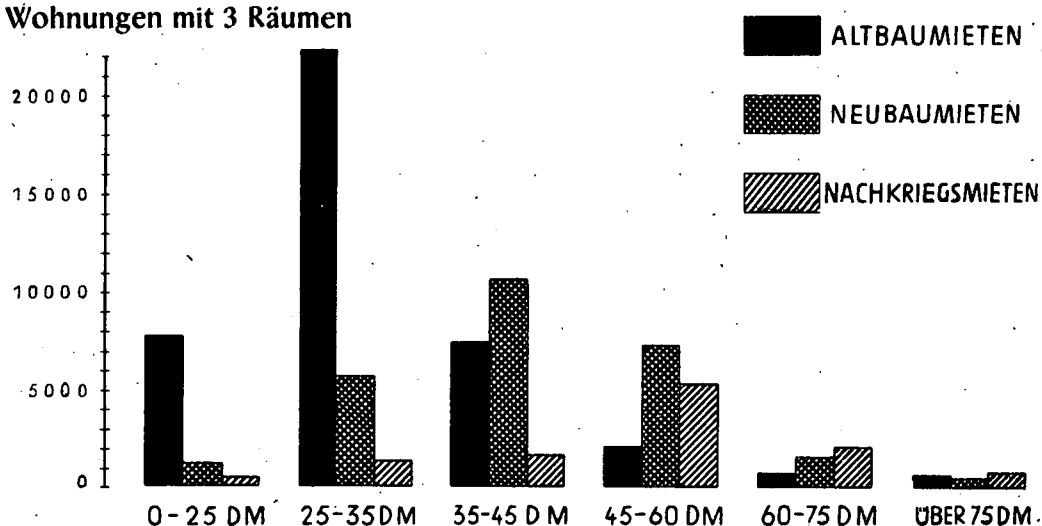
Mietpreisstufen für reine Mietwohnungen*)

Monatliche Miete in DM	Absolute Zahlen							Verhältniszahlen						
	Reine Miet- woh- nungen insgesamt	davon mit						Reine Miet- woh- nungen insgesamt	davon mit					
		1	2	3	4	5	6 u. mehr		1	2	3	4	5	6 u. mehr
W o h n r ä u m e n														
Wohnungen insgesamt														
bis 15	1 979	192	931	681	175	—	—	1,0	11,5	6,0	0,9	0,2	—	—
über 15 bis 25	16 795	452	5 042	8 935	2 185	155	26	8,2	27,2	32,5	11,2	3,1	0,6	0,2
" 25 " 35	45 907	448	5 034	29 191	10 531	626	77	22,5	27,0	32,4	36,6	14,8	2,5	0,7
" 35 " 45	46 167	364	2 678	20 375	20 345	2 219	186	22,7	21,9	17,3	25,6	28,5	8,8	1,8
" 45 " 60	45 861	174	1 255	14 656	21 566	7 402	808	22,5	10,5	8,1	18,4	30,3	29,5	7,7
" 60 " 75	23 042	14	305	4 166	10 166	6 910	1 481	11,3	0,8	2,0	5,2	14,3	27,6	14,1
" 75 " 90	9 676	10	166	970	3 567	3 364	1 599	4,8	0,6	1,1	1,2	5,0	13,4	15,2
" 90 " 120	7 952	5	61	571	1 933	2 930	2 452	3,9	0,3	0,4	0,7	2,7	11,7	23,4
" 120 " 150	3 596	1	21	107	561	1 000	1 906	1,8	0,1	0,1	0,1	0,8	4,0	18,2
" 150	2 730	1	8	60	228	468	1 965	1,3	0,1	0,1	0,1	0,3	1,9	18,7
Wohnungen insgesamt	203 705	1 661	15 501	79 712	71 257	25 074	10 500	100	100	100	100	100	100	100
Wohnungen mit Altbaumieten														
bis 15	1 355	125	591	511	128	—	—	1,2	17,6	9,1	1,2	0,3	—	—
über 15 bis 25	12 593	231	2 868	7 458	1 896	120	20	11,1	32,5	44,4	18,1	4,7	0,7	0,3
" 25 " 35	33 695	257	1 968	22 216	8 760	433	61	29,6	36,1	30,5	53,7	21,8	2,5	0,8
" 35 " 45	25 553	62	616	7 949	15 324	1 474	128	22,5	8,7	9,5	19,2	38,1	8,6	1,6
" 45 " 60	18 533	28	262	2 086	9 786	5 810	561	16,3	3,9	4,0	5,0	24,4	33,9	7,2
" 60 " 75	9 632	5	77	635	2 487	5 259	1 169	8,5	0,7	1,2	1,5	6,2	30,7	15,0
" 75 " 90	4 357	1	36	282	783	1 951	1 304	3,8	0,1	0,6	0,7	2,0	11,4	16,7
" 90 " 120	4 167	2	23	145	717	1 413	1 867	3,7	0,3	0,4	0,4	1,8	8,3	24,0
" 120 " 150	2 124	—	11	36	219	444	1 414	1,9	—	0,2	0,1	0,5	2,6	18,1
" 150	1 612	1	4	26	88	222	1 271	1,4	0,1	0,1	0,1	0,2	1,3	16,3
Wohnungen insgesamt	113 621	712	6 456	41 344	40 188	17 126	7 795	100	100	100	100	100	100	100
Wohnungen mit Neubaumieten														
bis 15	426	35	233	123	35	—	—	0,6	12,1	4,6	0,5	0,1	—	—
über 15 bis 25	3 000	73	1 562	1 114	217	29	5	4,5	25,3	30,6	4,2	0,9	0,4	0,2
" 25 " 35	9 332	105	1 820	5 669	1 547	177	14	13,9	36,3	35,6	21,2	6,2	2,4	0,6
" 35 " 45	16 819	39	800	10 649	4 564	715	52	25,1	13,5	15,7	39,8	18,1	9,8	2,1
" 45 " 60	19 428	21	458	7 258	9 991	1 466	234	29,0	7,3	9,0	27,2	39,7	20,1	9,6
" 60 " 75	9 292	5	133	1 500	5 830	1 530	294	13,8	1,7	2,6	5,6	23,2	21,0	12,0
" 75 " 90	3 883	8	72	223	1 969	1 344	267	5,8	2,8	1,4	0,8	7,8	18,4	10,9
" 90 " 120	2 876	2	19	165	782	1 369	539	4,3	0,7	0,4	0,6	3,1	18,8	22,0
" 120 " 150	1 141	1	6	20	186	485	443	1,7	0,3	0,1	0,1	0,7	6,6	18,1
" 150	848	—	2	10	55	182	599	1,3	—	0,0	0,0	0,2	2,5	24,5
Wohnungen insgesamt	67 045	289	5 105	26 731	25 176	7 297	2 447	100	100	100	100	100	100	100
Wohnungen mit Nachkriegsmieten														
bis 15	198	32	107	47	12	—	—	0,9	4,8	2,7	0,4	0,2	—	—
über 15 bis 25	1 202	148	612	363	72	6	1	5,2	22,4	15,5	3,1	1,2	0,9	0,4
" 25 " 35	2 880	86	1 246	1 306	224	16	2	12,5	13,0	31,6	11,2	3,8	2,5	0,8
" 35 " 45	3 795	263	1 262	1 777	457	30	6	16,5	39,9	32,0	15,3	7,8	4,6	2,3
" 45 " 60	7 900	125	535	5 312	1 789	126	13	34,3	18,9	13,6	45,7	30,4	19,4	5,0
" 60 " 75	4 118	4	95	2 031	1 849	121	18	17,9	0,6	2,4	17,5	31,4	18,6	7,0
" 75 " 90	1 436	1	58	465	815	69	28	6,2	0,2	1,5	4,0	13,8	10,6	10,9
" 90 " 120	909	1	19	261	434	148	46	3,9	0,2	0,5	2,2	7,4	22,7	17,8
" 120 " 150	331	—	4	51	156	71	49	1,4	—	0,1	0,4	2,6	10,9	19,0
" 150	270	—	2	24	85	64	95	1,2	—	0,1	0,2	1,4	9,8	36,8
Wohnungen insgesamt	23 039	660	3 940	11 637	5 893	651	258	100	100	100	100	100	100	100

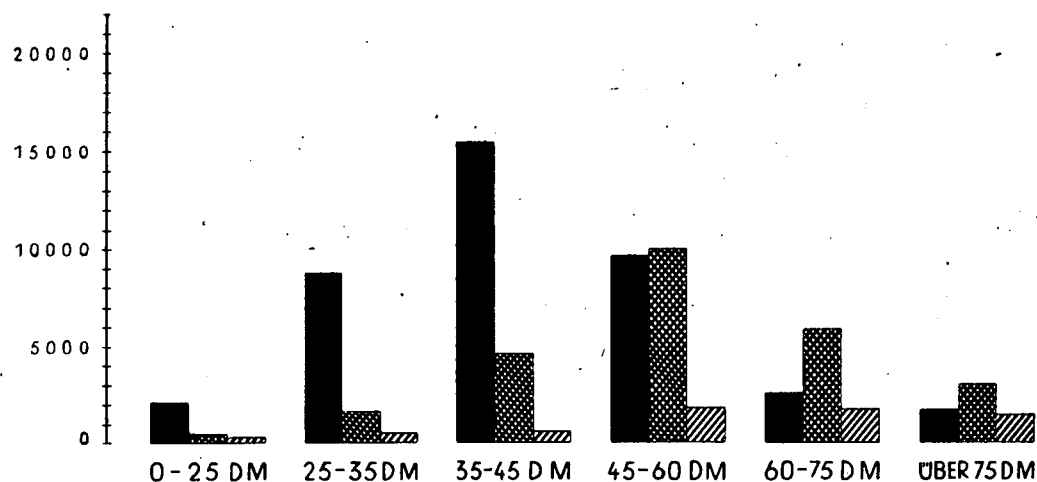
* ohne Notwohnungen, ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschädenermäßigt ist.

Die Wohnungen nach Mietpreisstufen

Wohnungen mit 3 Räumen



Wohnungen mit 4 Räumen



Berücksichtigt man nun die Gliederung der Wohnungen nach Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen, so zeigt sich weiterhin, daß auch diese Eigenschaft der Wohnungen sehr stark auf die Gliederung nach Mietpreisstufen einwirkt. Bei den 113 000 Altbaumietwohnungen weisen rd. 59 000 oder rd. 52 v. H. eine Miete zwischen 25 bis 45 DM auf. Bei den 67 000 Neubaumietwohnungen liegt das Schwergewicht aber bei den Mietpreisstufen von 35 bis 60 DM; diesen Stufen gehören rd. 36 000 Neubauwohnungen oder 54 v. H. dieser Wohnungsgruppe an. Bei den Nachkriegswohnungen verlagert sich das Schwergewicht zu noch höheren Mietpreisstufen; von den 23 039 Nachkriegswohnungen kosten rd. 12 000, also über die Hälfte, 45 bis 75 DM im Monat. Dabei ist noch zu beachten, daß unter den Nachkriegswohnungen sich relativ mehr kleine Wohnungen befinden als unter den anderen beiden Wohnungsgruppen, denn von den hier untersuchten Wohnungen umfassen unter den

	Altbau- wohnung. in v. H.	Neubau- wohnung. in v. H.	Nachkriegs- wohnung. in v. H.
1 bis 2 Räume	6,3	8,0	20,0
3 Räume	36,4	39,9	50,5
4 Räume	35,4	37,6	25,6
5 Räume	15,1	10,9	2,8
6 und mehr Räume	6,8	3,6	1,1

Vergleicht man nur die Vierraumwohnungen dieser Wohnungsgruppen nach den Mietpreisstufen, so zeigt sich deutlich, in welchem Maße der Charakter der Mietwohnungen die Gliederung nach Mietpreisstufen beeinflusst. Von hundert Wohnungen mit 4 Räumen liegen in den Mietpreisstufen bei

	Altbau- wohnung. in v. H.	Neubau- wohnung. in v. H.	Nachkriegs- wohnung. in v. H.
bis 25 DM	5,0	1,0	1,4
über 25 bis 45 DM	59,9	24,3	11,6
über 45 bis 60 DM	24,4	39,7	30,4
über 60 bis 75 DM	6,2	23,2	31,4
über 75 DM	4,5	11,8	25,2

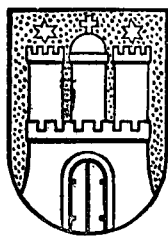
Hiermit soll die Betrachtung der Wohnungen nach der Miete zunächst abgeschlossen sein. In einem späteren Aufsatz sollen 94 661 reine Mietwohnungen, die lediglich von einem Hauptmieter, d. h. nur von einer Wohnpartei allein bewohnt werden, nach der durchschnittlichen Miethöhe noch besonders untersucht werden, da in den übrigen Ländern des Bundesgebietes lediglich diese Wohnungsgruppe hiernach aufbereitet ist. Weiterhin soll noch die Miethöhe in den verschiedenen Stadt- und Gebietsteilen der Hansestadt Hamburg untersucht werden.

Dr. Ide/Leutke

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 14. Juni 1952



Jahrgang 1952 — Heft Nr. 21

Zur nächsten Bundestagswahl

Das Wahlgesetz zum ersten Bundestag vom 15. Juni 1949 wurde vom Parlamentarischen Rat ausgearbeitet und galt, wie sein Name sagt, nur für die erste Wahl zum Bundestag. Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland soll ein neues Bundesgesetz das Nähere über die künftigen Bundestagswahlen regeln. Einige Probleme der nächsten Wahl sollen hier kurz gestreift werden.

Der Wahltag

Nach Artikel 39 des Grundgesetzes endet die Wahlperiode des Bundestages 4 Jahre nach dem ersten Zusammentritt. Die Neuwahl findet im letzten Vierteljahr der Wahlperiode statt. Der 1. Bundestag trat zum erstenmal am 12. September 1949 zur Wahl des Bundespräsidenten zusammen, so daß die Wahlperiode am 11. September 1953 beendet sein wird. Der neue Bundestag kann nicht vor dem Ende der Wahlperiode des letzten Bundestages, also frühestens am 12. September zusammentreten. Da er spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten muß, wäre frühester Wahltag der 13. August 1953. Der erste Sonntag nach diesem Termin fällt auf den 16. August 1953. Demnach kommen in der Zeit vom 13. August bis 11. September 1953 folgende Sonntage als Wahltage in Frage:

- 16. August
- 23. August
- 30. August
- 6. September

Falls der 6. September 1953 als Wahltag bestimmt würde, könnte der Gedanke auftauchen, ob nicht vielleicht gleichzeitig die Wahl zur Hamburger

Bürgerschaft und die Wahl der Bezirksverordneten stattfinden sollten. Eine solche Zusammenlegung von Wahlen hat immer ihre Vor- und Nachteile. Einesteils würde viel Geld und manche Organisationsarbeit gespart werden, anderenteils aber würde die Wahlhandlung kompliziert sowie Wahltag und Zusammentritt der neuen Bürgerschaft durch einen längeren Zeitraum getrennt werden. Die Wahlperiode der Bürgerschaft endet nämlich am 15. Oktober 1953. Letzten Endes werden in einem solchen Falle die Wünsche der Parteien und die Fassung des Wahlgesetzes zur hamburgischen Bürgerschaft den Ausschlag geben.

Sitze und Wahlkreise

Bei der ersten Bundestagswahl am 14. Aug. 1949 ist im Wahlgesetz bestimmt worden, daß der Bundestag aus mindestens 400 Abgeordneten besteht, die sich folgendermaßen auf die Länder verteilen:

Baden	11 Abgeordnete
Bayern	78 Abgeordnete
Bremen	4 Abgeordnete
H a m b u r g	13 Abgeordnete
Hessen	36 Abgeordnete
Niedersachsen	58 Abgeordnete
Nordrhein-Westfalen	109 Abgeordnete
Rheinland-Pfalz	25 Abgeordnete
Schleswig-Holstein	23 Abgeordnete
Württemberg-Baden	33 Abgeordnete
Württemberg-Hohenzollern	10 Abgeordnete

Die Landesregierungen sollten damals die ihren Ländern zugeteilten Sitze zwischen Wahlkreisen und Landesergänzungsvorschlägen im ungefähren Verhältnis von 60 zu 40 verteilen. Demzufolge wurden 242 Wahlkreise gebildet.

Inzwischen haben derartige Bevölkerungsver-schiebungen zwischen den Ländern stattgefunden (vor allem durch die Flüchtlingsumsiedlung), daß die obige Skala nicht mehr der Bevölkerungsverteilung entspricht. Für Hamburg würden bei der nächsten Bundestagswahl 14 statt bisher 13 Abgeordnete zu wählen sein, wenn die Gesamtzahl von 400 Abgeordneten unverändert bleibt. Wird das Verhältnis 60 zu 40 gemäß § 8 Absatz 2 des Wahlgesetzes beibehalten, so würden von diesen 14 Abgeordneten wiederum 8 Abgeordnete in Wahlkreisen zu wählen sein. Die Zahl der Wahlkreise würde sich also gegenüber 1949 nicht ändern. Auch in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Rheinland-Pfalz würde sich die Zahl der Sitze erhöhen, dagegen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern verringern.

Entsprechend der jeweiligen Bevölkerungsverteilung würden die Länder Anspruch auf folgende Abgeordnetenzahlen erheben können:

Länder	Verteilung der Abgeordneten		
	bei der ersten Bundestagswahl am 14. Aug. 1949	nach der Einwohnerzahl am 13. Sept. 1950 (Volkszählung)	nach der Einwohnerzahl am 31. Dez. 1951 (Fortschreibg.)
Baden	11	11	11
Bayern	78	77	76
Bremen	4	5	5
H a m b u r g	13	13	14
Hessen	36	36	36
Niedersachsen	58	57	55
Nordrhein-Westfalen	109	111	113
Rheinland-Pfalz	25	25	26
Schleswig-Holstein	23	22	21
Württemberg-Baden	33	33	33
Württemberg-Hohenzollern	10	10	10
Bundesgebiet	400	400	400

Es ist anzunehmen, daß diese Entwicklung bis zur nächsten Bundestagswahl noch weiter fortschreiten wird. Sollte ein anderes Wahlsystem eingeführt werden, dann wird sich die Zahl der Wahlkreise unter Umständen grundlegend ändern. Bei der ersten Bundestagswahl wurden 242 Wahlkreise gebildet, bei einer reinen Mehrheitswahl wären 400 Wahlkreise erforderlich und bei dem vom Bundesministerium des Innern befürworteten modifizierten Mehrheitswahlsystem 130 Wahlkreise.

Das Wahlsystem

Das Grundgesetz führt nur die demokratischen Merkmale der Bundestagswahlen auf, ohne das Wahlsystem zu bestimmen; deshalb wird der Kampf um das Wahlsystem bei der Beratung des neuen

Wahlgesetzes in voller Breite entbrennen und nochmals alles aufrollen, was schon so oft gesagt wurde. Vor allem handelt es sich um eine Entscheidung zwischen reiner Mehrheitswahl, reiner Verhältniswahl und kombiniertem Wahlsystem, wie es bei der letzten Bundestagswahl verwendet wurde (60 zu 40). Alle diese Wahlsysteme haben ihre Vorteile und Nachteile und werden deshalb nie hundertprozentig befriedigen; so repräsentiert die Verhältniswahl zweifellos das Prinzip der Gerechtigkeit. Ihre Vertreter behaupten, daß sie den demokratischen Gedanken verkörpern, daß Regierung und Parlament die Verschiedenheit in der Wählerschaft widerspiegeln sollen, daß die Interessen der politischen Minderheiten durch eine verhältnismäßige Vertretung im Parlament gewahrt werden müßten, und daß bei der Mehrheitswahl eine Regierung denkbar sei, die zwar die Mehrheit der Sitze, aber nicht die Mehrheit der Wähler hinter sich habe.

Diese Betonung des Gerechtigkeitsprinzips hat gerade in Deutschland, wo alles zur Weltanschauung wird, ihre ernste Seite. Demgegenüber wird von den Vertretern der Mehrheitswahl darauf hingewiesen, daß später die Abstimmungen im Parlament doch auch nur nach der Mehrheit erfolgen, und daß die Splitterparteien beim Verhältniswahlrecht das Zünglein an der Waage im Parlament bilden und so ein viel zu großes Gewicht erhalten, das ihrer Stimmen- und Sitzzahl nicht entspricht. Der Zweck der Wahl sei ein Parlament und eine Regierung, die nicht von vornherein durch einen Kompromiß gelähmt seien, sondern die wirklich regieren können. Darauf komme es an.

Aus der Fülle der Gründe und Gegenstände sollen nur diese Beispiele angeführt werden. Natürlich spielt es auch eine Rolle, ob Parteien bei dem einen oder anderen System besser abschneiden. Bisher war das Ergebnis solcher Auseinandersetzungen ein kombiniertes Wahlsystem (60 zu 40).

Welche Auswirkungen das Wahlsystem auf das Wahlergebnis hat, ist unter Zugrundelegung der gültigen Stimmen der letzten Bundestagswahlen in den nachfolgenden Tabellen dargestellt. Hierbei ist auch eine Umrechnung des Wahlergebnisses vom 14. August 1949 nach dem früheren Reichstagswahlgesetz vorgenommen worden. Bei den Reichstagswahlen entfiel früher 1 Sitz auf je 60 000 Stimmen einer Partei. Um auf 400 Abgeordnete im jetzigen Bundesgebiet zu kommen, mußte das Verhältnis 1:60 000 in 1:56 000 abgeändert werden, eine kleine Verschiebung, die einen aufschlußreichen Vergleich der einzelnen Wahlsysteme ermöglicht.

Die Sitzverteilung nach verschiedenen Wahlsystemen unter Zugrundelegung des Wahlergebnisses vom 14. August 1949

BW = Bundestagswahl vom 14. 8. 1949 (kombiniertes Wahlsystem)
 VW = reine Verhältniswahl

MW = reine Mehrheitswahl
 RW = früheres Reichstagswahlgesetz

Länder	Wahl-system	Sitze ins-gesamt	davon entfallen auf											
			CDU CSU	SPD	FDP BDV DVP	KPD	BP	DP	DKP DRP	RSF	SSW	WAV	ZP	Un.
Baden	BW	12	7	3	2									
	VW	11	6	3	2									
	MW	11	11	—	—									
	RW	9	5	2	2									
Bayern	BW	78	24	18	7	—	17						12	
	VW	78	23	18	7	3	16						11	
	MW	78	40	20	—	—	18						—	
	RW	84	25	19	7	4	17						12	
Bremen	BW	5	1	3	—				1					
	VW	4	1	1	1				1					
	MW	4	—	4	—				—					
	RW	5	1	2	1				1					
Hamburg	BW	13	3	6	2	1			1					
	VW	13	3	5	2	1			2					
	MW	13	5	6	2	—			—					
	RW	15	3	7	2	1			2					
Hessen	BW	36	9	13	12	2								
	VW	36	9	13	12	2								
	MW	36	5	19	12	—								
	RW	34	8	12	11	3								
Niedersachsen	BW	58	12	24	5	—			12	5	—			—
	VW	58	11	22	5	2			11	5	—			2
	MW	58	7	41	2	—			8	—	—			—
	RW	55	10	20	4	2			11	5	1			2
Nordrhein-Westfalen	BW	109	43	37	10	9								10
	VW	109	42	36	9	8				2	2			10
	MW	109	66	41	2	—				—	—			—
	RW	117	44	38	10	9				2	3			11
Rheinland-Pfalz	BW	25	13	7	4	1								
	VW	25	12	7	4	2								
	MW	25	18	7	—	—								
	RW	25	12	7	4	2								
Schleswig-Holstein	BW	23	8	8	2	—			3			1		1
	VW	23	8	8	2	—			3			1		1
	MW	23	11	10	—	—			—			—		2
	RW	22	8	7	2	1			3			1		—
Württemberg-Baden	BW	33	12	10	7	2								2
	VW	33	13	10	7	3								—
	MW	33	18	8	4	—								3
	RW	26	10	8	6	2								—
Württemberg-Hohenzollern	BW	10	7	2	1									
	VW	10	6	2	2									
	MW	10	9	1	—									
	RW	8	5	2	1									
Bundesgebiet	BW	402	139	131	52	15	17	17	5	—	1	12	10	3
	VW	400	134	125	53	21	16	17	7	2	1	11	12	1
	MW	400	190	157	22	—	18	8	—	—	—	—	—	5
	RW	400	131	124	50	24	17	17	7	4	1	12	13	—

CDU Christlich Demokratische Union
CSU Christlich Soziale Union
SPD Sozialdemokratische Partei
FDP Freie Demokratische Partei
BDV Bremer Demokratische Volkspartei
DVP Deutsche Volkspartei
KPD Kommunistische Partei
BP Bayern Partei

DP Deutsche Partei
DKP Deutsche Konservative Partei
DRP Deutsche Rechts-Partei
RSF Radikalsoziale Freiheitspartei
SSW Südschleswigscher Wählerverband
WAV Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
ZP Zentrumspartei
Un Unabhängige und Parteilose

Partei	Die Sitzverteilung nach verschiedenen Wahlsystemen			
	Bundestagswahl am 14. Aug. 1949 (kombiniert. Wahlsystem)	reine Verhältniswahl	reine Mehrheitswahl	früheres Reichstagswahlgesetz
CDU/CSU . . .	139	134	190	131
SPD	131	125	157	124
FDP/BDV/ DVP	52	53	22	50
KPD	15	21	—	24
BP	17	16	18	17
DP	17	17	8	17
DKP/DRP . . .	5	7	—	7
RSF	—	2	—	4
SSW	1	1	—	1
WAV	12	11	—	12
ZP	10	12	—	13
Un	3	1	5	—
zusammen . . .	402 ¹⁾	400	400	400

¹⁾ Die zwei zusätzlichen Sitze beruhen auf § 12 Abs. 3 des Wahlgesetzes; es handelt sich um Eaden und Bremen.

Außer den genannten Wahlsystemen wird bei den Beratung ein vom Bundesministerium des Innern bevorzugtes modifiziertes Mehrheitswahlsystem eine Rolle spielen. Bei diesem System wären in 130 Wahlkreisen je 3 Kandidaten zu wählen und nach dem d'Hondtschen System zu verteilen.

Das Wahlsystem wird im Mittelpunkt des Kampfes um ein neues Wahlgesetz stehen; denn vom Wahlsystem wird die Stärke der Fraktionen im künftigen Bundestag und damit die gesamte politische Entwicklung der Bundesrepublik in der zweiten Wahlperiode wesentlich abhängen.

Die Vorarbeiten für das Wahlgesetz sind angesichts der Kürze der Zeit noch wenig weit gediehen. Der parlamentarische Weg eines solchen Gesetzes mit den langwierigen Ausschußberatungen wird erfahrungsgemäß dreiviertel Jahre in Anspruch nehmen. Spätestens im Frühjahr aber müssen die Parteien wissen, nach welchen Grundsätzen sie ihre Kandidaten aufzustellen und ihre Wahlstrategie einzurichten haben. Das Bundesministerium des Innern hat schon vor einem halben Jahr dem Kabinett eine Reihe von Vorentwürfen vorgelegt. Die Koalitionsparteien haben ihrerseits einen kleinen Ausschuß eingesetzt, der zunächst die praktischen Wirkungen der verschiedenen Wahlsysteme untersuchen soll.

Dr. Kästner

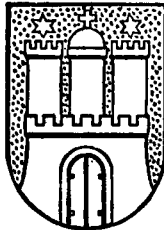
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 20. Juni 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 22



Die Selbständigen Berufslosen in der Hansestadt Hamburg

(Weitere endgültige Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950)

In den bisherigen Veröffentlichungen über die Ergebnisse der Berufszählung vom September 1950 sind verschiedentlich die „Selbständigen Berufslosen“ erwähnt worden. Unter dieser etwas verschwommenen Bezeichnung verbergen sich in erster Linie diejenigen, die aus persönlichen Gründen keinen Arbeitsplatz im Wirtschaftsleben ausfüllen können. Einmal handelt es sich um die infolge ihres Alters oder aus gesundheitlichen Gründen aus dem Erwerbsleben wieder ausgeschiedenen Personen wie

Altenteiler,
Beamte im Ruhestand,
Insassen von Alters- und Versorgungsheimen,
Sozialversicherungsrentner,
Erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte,
Insassen von Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Insassen von Anstalten für Körperbehinderte,

zum anderen um

Insassen von Straf- und Besserungsanstalten.

Die überhaupt noch nicht in das Erwerbsleben eingegliederten Personen, also Kinder, in Ausbildung befindliche Schüler sowie Studierende, sind im allgemeinen als Angehörige ohne eigene Erwerbstätigkeit dem Wirtschaftszweig, dem Beruf und der sozialen Stellung ihres Ernährers zugeordnet worden. Man hat sie nur dann in die Gruppe der Selbständigen Berufslosen eingereiht, wenn sie nicht in der Familie ihrer Eltern leben. Dieses Verfahren wurde — wie bereits bei früheren Berufszählungen — in erster Linie aus zählungstechnischen Gründen gewählt, da eine Zuordnung zu der wirtschaftlichen Stellung des Ernährers für alle in einer fremden Haushaltung lebenden Schüler und Studenten besondere Rückfragen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Ernährers erforderlich gemacht hätte.

Alle Selbständigen Berufslosen zählen im Sinne der Berufszählung zu den Einkommensträgern. Das Einkommen, von dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten, ist nicht etwa ein Arbeitseinkommen wie bei den Erwerbspersonen (bei Erwerbslosigkeit die Arbeitslosenunterstützung bzw. -fürsorge), sondern es fließt aus folgenden Quellen:

1. **eigenes Vermögen** (Altenteiler, Rentner),
2. **Einkommen auf Grund einer früheren Erwerbstätigkeit**, wobei eigene wirtschaftliche Vorleistungen erbracht wurden (Sozialversicherungsrentner, Beamte im Ruhestand¹⁾),
3. **Einkommen aus öffentlichen Mitteln ohne eigene Vorleistungen** (Unterstützungsempfänger, ein Teil der Anstaltsinsassen, Strafgefangene),
4. **Zuwendungen der Angehörigen** (Schüler und Studenten außerhalb ihrer Familie).

Die Definition der Selbständigen Berufslosen als „Einkommensträger“ ergibt zugleich die Abgrenzung dieses Personenkreises gegenüber der zweiten großen Gruppe der nicht in das Erwerbsleben eingegliederten Personen, den „Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit“. Hierunter werden nur diejenigen Personen verstanden, die über keinerlei eigene Einkünfte verfügen: weder aus Erwerb wie die Erwerbspersonen, noch aus Renten, Unterstützungen, Pensionen oder dem eigenen Vermögen wie die Selbständigen Berufslosen. Es handelt sich hierbei um die nichtverdienenden Ehefrauen und Kinder sowie die sonstigen Angehörigen, die im Haushalt ihres Ernährers leben, wobei der Ernährer eine Erwerbsperson, aber auch ein „Selbständiger Berufsloser“ sein kann.

¹⁾ Die Pension des Ruhestandsbeamten stellt wirtschaftlich gesehen nichts weiter dar als einen Ausgleich für Einbehalten während seiner Dienstzeit. Letzten Endes werden ihm Beträge zurückvergütet, die man an seiner Besoldung eingespart hat.

Nach den Ergebnissen der Berufszählung vom 13. September 1950 gibt es in Hamburg etwa **195 800 Selbständige Berufslose**. Von ihnen leben nur 5200 Personen, d. h. noch nicht einmal 3 v. H. vom eigenen Vermögen. Ferner werden 2600 nicht in ihrer Familie lebende Studenten

und Schüler (etwa 1,3 v. H. aller Selbständigen Berufslosen) von ihren Angehörigen mit unterhalten oder leben von Stipendien. Die übrigen 188 000 Personen beziehen ihr Einkommen entweder aus der Sozialversicherung oder aus öffentlichen Mitteln.

Übersicht 1

Die Selbständigen Berufslosen in der Hansestadt Hamburg 1939 und 1950

Selbständige Berufslose	Zahl und Geschlecht der Selbständigen Berufslosen								
	1950			1939			Zu- oder Abnahme 1939-1950		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Grundzahlen									
Vom eigenen Vermögen lebende									
Rentner, Altenteiler	5 241	1 753	3 488	11 391	4 968	6 423	- 6 150	- 3 215	- 2 935
Nicht in der Familie lebende									
Studierende und Schüler	2 599	1 874	725	2 076	1 511	565	+ 523	+ 363	+ 160
Sozialversicherungsrentner, Witwen- und Waisengeldempfänger	141 983	52 447	89 536	109 689	44 779	64 910	+ 32 294	+ 7 668	+ 24 626
Beamte im Ruhestand	18 067	15 084	2 983	14 001	11 887	2 114	+ 4 066	+ 3 197	+ 869
Unterstützungsempfänger	9 289	1 467	7 822	27 990	6 823	21 167	- 18 701	- 5 356	- 13 345
Anstaltsinsassen	10 414	5 069	5 345	14 877	7 691	7 186	- 4 463	- 2 622	- 1 841
davon									
Zöglinge in Anstalten für Erziehung u. Unterricht sowie in Waisenhäusern	1 870	936	934	1 875	1 010	865	- 5	- 74	+ 69
in Altersheimen und Versorgungsanstalten	5 464	1 948	3 516	6 295	2 945	3 350	- 831	- 997	+ 166
in Irrenanstalten u. Heimen f. Körperbehinderte	1 534	867	667	4 872	2 513	2 359	- 3 338	- 1 646	- 1 692
in Straf- und Besserungsanstalten	1 546	1 318	228	1 835	1 223	612	- 289	+ 95	- 384
Personen ohne Angabe einer Erwerbsquelle	8 223	173	8 050	766	23	743	+ 7 457	+ 150	+ 7 307
Insgesamt	195 816	77 867	117 949	180 790	77 682	103 108	+ 15 026	+ 185	+ 14 841
Verhältniszahlen									
Vom eigenen Vermögen lebende									
Rentner, Altenteiler	2,7	2,3	3,0	6,3	6,4	6,2	- 54,0	- 64,7	- 45,7
Nicht in der Familie lebende									
Studierende und Schüler	1,3	2,4	0,6	1,1	2,0	0,6	+ 25,2	+ 24,0	+ 28,3
Sozialversicherungsrentner, Witwen- und Waisengeldempfänger	72,5	67,3	75,9	60,7	57,6	62,9	+ 29,4	+ 17,1	+ 37,9
Beamte im Ruhestand	9,2	19,4	2,5	7,8	15,3	2,1	+ 29,0	+ 26,9	+ 41,1
Unterstützungsempfänger	4,8	1,9	6,7	15,5	8,8	20,5	- 66,8	- 78,5	- 63,1
Anstaltsinsassen	5,3	6,5	4,5	8,2	9,9	7,0	- 30,0	- 34,1	- 25,6
davon									
Zöglinge in Anstalten für Erziehung u. Unterricht sowie in Waisenhäusern	0,9	1,2	0,8	1,0	1,3	0,8	- 0,3	- 7,3	- 8,0
in Altersheimen und Versorgungsanstalten	2,8	2,5	3,0	3,5	3,8	3,3	- 13,2	- 33,9	- 5,0
in Irrenanstalten u. Heimen f. Körperbehinderte	0,8	1,1	0,5	2,7	3,2	2,3	- 68,5	- 65,5	- 71,7
in Straf- und Besserungsanstalten	0,8	1,7	0,2	1,0	1,6	0,6	- 15,8	+ 7,8	- 62,8
Personen ohne Angabe einer Erwerbsquelle	4,2	0,2	6,8	0,4	0,0	0,7	+ 973,5	+ 652,2	+ 983,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	+ 8,3	+ 0,2	+ 14,4

Die weitaus bedeutendste Gruppe unter den Selbständigen Berufslosen bilden die Sozialversicherungsrentner einschließlich der Witwen- und Waisengeldempfänger. Mit rund 142 000 Personen stellten sie nahezu drei Viertel aller Selbständigen Berufslosen. Mit weitem Abstand folgen rund 18 100 im Ruhestand lebende Beamte und etwa 10 400 Anstaltsinsassen¹⁾ — von den Insassen von

kommensverhältnisse der erfaßten Personen völlig unberücksichtigt. Unter den „ständigen Insassen“ konnten daher auch Erwerbspersonen sein. Außerdem war der Katalog der Anstalten der Volkszählung umfangreicher und z. T. anders gegliedert als in der Berufszählung.

Der hier im Rahmen der Berufszählung gebrauchte Begriff der „Anstaltsinsassen“ bedeutet dagegen, daß es sich nur um Personen handelt, die

a) in einem eng begrenzten Kreis von Anstalten (siehe Übersicht 1) als Insassen untergebracht sind, wobei nicht streng unterschieden wurde, ob die Unterbringung in Anstaltsräumen oder wie z. B. in vielen Altersheimen und -stiften in Stiftswohnungen erfolgt und

b) als Selbständige Berufslose von Renten, Unterstützungen, Pensionen u. dgl. — nicht von einem Arbeitseinkommen — leben.

Die Zahl der Anstaltsinsassen der Berufszählung (nur Selbständige Berufslose) liegt in Hamburg niedriger als in den etwa vergleichbaren Anstalten der Volkszählung.

Volkszählung:	12 439 ständige Insassen
Berufszählung:	10 414 Insassen von Anstalten
Differenz:	2 025 Personen

Die Differenz sind in erster Linie Personen, die Erwerbspersonen sind und daher in der Übersicht über die Selbständigen Berufslosen nicht erscheinen dürfen.

¹⁾ Die Zahl und auch die Gliederung der Anstaltsinsassen ist in der Berufszählung, auf der die vorliegende Arbeit beruht (Übersicht 1), eine andere als in der Volkszählung.

Mit der Volkszählung war eine Art „Anstaltszählung“ verknüpft, deren Ergebnisse bereits in „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1951, Nr. 33 veröffentlicht sind. Hierbei zählte man zu den Insassen Personen, die keine Unterkunft außerhalb der Anstalt haben und ständig als Insassen in Anstaltsräumen (nicht in Wohnungen) untergebracht sind. Die Anstaltszählung ging daher von der Stellung zur Anstalt aus und ließ die Ein-

Übersicht 2

Die Selbständigen Berufslosen in der Hansestadt Hamburg nach dem Alter im September 1950

Altersgruppe in Jahren	Selbständige Berufslose		davon										
			Vom eigenen Vermögen lebende Rentner, Altenteiler	Nicht in der Familie lebende Studie- rende u. Schüler	Sozialver- sicherungs- rentner, Witwen- u. Waisen- geld- empfänger	Beamte im Ruhe- stand	Unter- stützungs- empfänger (ohne Ar- beitslosen- unter- stützungs- empfänger)	Anstaltsinsassen				Personen ohne Angabe einer Erwerbs- quelle	
								Zöglinge in Anstalten für Erziehung u. Unterricht sowie in Waisen- häusern	in Alters- heimen u. Ver- sorgungs- anstalten	in Irren- anstalten u. Heimen für Körperbe- hinderte	in Straf- u. Bese- rungs- anstalten		
	insgesamt	v. H.											
männlich													
unter 15	1 339	1,72	—	135	—	—	—	—	874	—	232	—	98
15 bis unter 18	212	0,27	—	76	—	—	—	—	43	—	93	—	—
18 bis unter 20	125	0,16	—	32	11	—	—	4	5	29	37	7	—
20 bis unter 25	1 083	1,39	2	455	206	—	—	20	12	31	93	264	—
25 bis unter 30	1 680	2,16	2	819	491	6	—	22	2	27	61	250	—
30 bis unter 40	1 813	2,33	13	338	891	24	—	44	—	45	89	350	—
40 bis unter 45	1 079	1,39	15	19	731	32	—	39	—	51	55	156	—
45 bis unter 50	1 249	1,60	24	—	882	78	—	43	—	54	49	119	—
50 bis unter 60	5 093	6,54	74	—	3 277	1 273	—	113	—	156	58	142	—
60 bis unter 65	7 149	9,18	135	—	4 308	2 437	—	91	—	121	38	19	—
65 und darüber	57 045	73,26	1 488	—	41 650	11 234	—	1 091	—	1 434	62	11	75
Insgesamt . . .	77 867	100	1 753	1 874	52 447	15 084	1 467	936	1 948	867	1 318	173	
weiblich													
unter 15	931	0,79	—	66	—	—	—	—	651	—	136	—	78
15 bis unter 18	313	0,26	—	44	4	—	—	4	205	—	49	1	6
18 bis unter 20	301	0,26	1	39	16	—	—	11	74	68	25	5	62
20 bis unter 25	1 176	1,00	15	268	127	—	—	100	4	151	57	37	417
25 bis unter 30	1 904	1,61	18	206	538	1	—	293	—	104	41	59	644
30 bis unter 40	6 919	5,87	73	86	4 221	45	—	950	—	137	71	61	1 275
40 bis unter 45	5 038	4,27	85	10	3 375	47	—	545	—	90	58	18	810
45 bis unter 50	5 100	4,32	100	6	3 387	75	—	497	—	123	50	19	843
50 bis unter 60	18 769	15,91	573	—	13 962	673	—	1 279	—	310	82	22	1 868
60 bis unter 65	16 195	13,73	413	—	13 441	564	—	860	—	233	35	4	645
65 und darüber	61 303	51,98	2 210	—	50 465	1 578	—	3 283	—	2 300	63	2	1 402
Insgesamt . . .	117 949	100	3 488	725	89 536	2 983	7 822	934	3 516	667	228	8 050	
zusammen													
unter 15	2 270	1,16	—	201	—	—	—	—	1 525	—	368	—	176
15 bis unter 18	525	0,27	—	120	4	—	—	4	248	—	142	1	6
18 bis unter 20	426	0,22	1	71	27	—	—	15	79	97	62	12	62
20 bis unter 25	2 259	1,15	17	723	333	—	—	120	16	182	150	301	417
25 bis unter 30	3 584	1,83	20	1 025	1 029	7	—	315	2	131	102	309	644
30 bis unter 40	8 732	4,46	86	424	5 112	69	—	994	—	182	160	411	1 275
40 bis unter 45	6 117	3,12	100	29	4 106	79	—	584	—	141	113	174	810
45 bis unter 50	6 349	3,24	124	6	4 269	153	—	540	—	177	99	138	843
50 bis unter 60	23 862	12,19	647	—	17 239	1 946	—	1 392	—	466	140	164	1 868
60 bis unter 65	23 344	11,92	548	—	17 749	3 001	—	951	—	354	73	23	645
65 und darüber	118 348	60,44	3 698	—	92 115	12 812	—	4 374	—	3 734	125	13	1 477
Insgesamt . . .	195 816	100	5 241	2 599	141 983	18 067	9 289	1 870	5 464	1 534	1 546	8 223	

Waisenhäusern, von Irrenanstalten und Heimen für Körperbehinderte bis zu den Strafgefangenen und den Insassen von Altersheimen und Versorgungsanstalten. Auch die Unterstützungsempfänger, d. h. also Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Empfänger von Unterstützungen aus der Soforthilfe, die keinerlei andere Einkünfte haben, stellen noch einen beachtlichen Personenkreis von nahezu 9300 Köpfen. Schließlich ist die verhältnismäßig hohe Zahl derjenigen zu nennen, aus deren Angaben zwar ersichtlich war, daß sie zu den Selbständigen Berufslosen gehören, deren ungenaue Eintragungen jedoch keine Zuteilung zu einer der übrigen Gruppen zuließen. Es handelt sich insgesamt um 8200 Personen, fast nur alleinstehende Hausfrauen, die keine Angaben über ihre Erwerbsquellen gemacht hatten.

Die Frauen haben unter den Selbständigen Berufslosen bei weitem das Übergewicht, denn 117 900 weiblichen Personen stehen nur 77 900 männliche gegenüber. Innerhalb der einzelnen Gruppen ist das zahlenmäßige Verhältnis der Männer zu den Frauen jedoch unterschiedlich. Das stärkste Übergewicht der Frauen ist — abgesehen von der Gruppe derjenigen, die keine Angaben gemacht hatten — bei den Unterstützungsempfängern, den vom eigenen Vermögen Lebenden und bei den Sozialversicherungsrentnern festzustellen, wobei das zahlenmäßige Verhältnis der Männer zu den Frauen in der sehr stark besetzten Gruppe der Sozialversicherungsrentner (52 400 Männer zu 89 500 Frauen) zugleich das Geschlechtsverhältnis der gesamten Selbständigen Berufslosen bestimmt.

Auf 100 Männer kommen Frauen bei den	
Personen ohne Angabe einer Erwerbsquelle	4 653
Unterstützungsempfängern	533
Altenteilern und vom eigenen Vermögen lebenden Rentnern	199
Sozialversicherungsrentnern, Witwen- und Waisengeldempfängern	171
Anstaltsinsassen	105
nicht in ihrer Familie lebenden Studierenden und Schülern	39
Beamten im Ruhestand	20
Selbständigen Berufslosen insges.	151

Die Altersgliederung der Selbständigen Berufslosen weist ein besonders starkes Übergewicht der älteren Jahrgänge infolge des hohen Anteils der Sozialversicherungsrentner auf. **72 v. H. aller Selbständigen Berufslosen haben das 60. Lebensjahr überschritten. Hierunter befinden sich 118 348 über 65 Jahre alte Personen**, das sind nahezu zwei Drittel aller Selbständigen Berufslosen.

An der Besetzung der jüngeren und der älteren Altersgruppen sind unterschiedliche Personengruppen beteiligt. Auffällig ist zunächst die verhältnismäßig hohe Zahl der unter 15jährigen, immerhin 2270 Personen, darunter 931 Mädchen. Es handelt sich hierbei fast nur um Insassen von Waisenhäusern und Erziehungsanstalten sowie um körperbehinderte oder geistesschwache Jungen und Mädchen, von denen ein großer Teil mit Vollendung des 15. Lebensjahres aus der Gruppe der Selbständigen Berufslosen ausscheidet und zu den Erwerbspersonen hinüberwechselt, da sie einen Beruf erlernen. Die Zahl der 15- bis unter 20jährigen ist daher wesentlich geringer. Der Anstieg der Gesamtzahl bei den über 20jährigen wird vor allem durch Schüler und Studenten hervorgerufen, die außerhalb ihrer Familie leben. In der Gruppe der 25- bis unter 30jährigen fallen die Schwerbeschädigten des letzten Krieges bereits erheblich ins Gewicht.

An der zahlenmäßig sehr starken Besetzung der älteren Jahrgänge ist ein ganz anderer Personenkreis beteiligt. Sozialversicherungsrentner und Beamte im Ruhestand treten immer stärker in Erscheinung. Bereits in der Gruppe der 35- bis unter 40jährigen Selbständigen Berufslosen stellen die Sozialversicherungsrentner nicht ganz zwei Drittel. In den Altersgruppen der über 65jährigen macht ihr Anteil schließlich 78 v. H. aus. Zählt man hierzu noch die Beamten im Ruhestand, so entfallen **bei den über 65jährigen nahezu 90 v. H. auf Personen, die eigene Vorleistungen für ihre Altersversorgung erbracht haben.**

Vergleich mit 1939

Die Gesamtzahl der Selbständigen Berufslosen ist im Laufe der letzten 20 Jahre nahezu unabhängig von allen Schwankungen der Einwohnerzahl ständig gestiegen. Sie betrug

1933	161 450	9,6 v. H. der Bevölkerung
1939	180 790	10,6 v. H. der Bevölkerung
1946	191 570	13,6 v. H. der Bevölkerung
1950	195 816	12,2 v. H. der Bevölkerung

Die einzelnen Gruppen der Selbständigen Berufslosen waren hieran unterschiedlich beteiligt, so daß sich die Struktur des gesamten Personenkreises entscheidend verändert hat.

Die Sozialversicherungsrentner und die von öffentlichen Mitteln lebenden Personen sind auf Kosten der Altenteiler und der vom eigenen Vermögen lebenden Rentner vorgezogen. Die Zahl der letzteren ging von 1939 bis 1950 um 6100 Personen zurück, wogegen die Sozialversicherungsrentner um 32 300 Personen, darunter 24 600 Frauen, zunahmen. Entsprechend haben sich die Anteile dieser beiden Gruppen verschoben. **Vor dem Kriege machten die vom eigenen Vermögen lebenden Personen immerhin noch 6,3 v. H. aller Selbständigen Berufslosen aus, im September 1950 dagegen nur noch 2,7 v. H. Gleichzeitig stieg der Anteil der Sozialversicherungsrentner von 60,7 auf 72,5 v. H.** Die Vermögensverluste des Krieges und der Währungsreform haben zu einer immer stärkeren Bedeutung der Sozialversicherung für die Altersversorgung geführt.

Für den beachtlichen Rückgang der Zahl der Unterstützungsempfänger (— 18 700 Personen, darunter 13 300 Frauen) dürfte eine Vielzahl von Gründen maßgebend gewesen sein. Einmal waren in dieser Gruppe 1939 zahlreiche Ehefrauen enthalten, deren Männer zum Wehrdienst eingezogen waren und die während dieser Zeit eine Unterstützung bezogen, zum anderen mag ein Teil der Frauen von politischen Häftlingen zu den Unterstützungsempfängerinnen gezählt haben. Wie groß der Anteil dieser Personengruppen im einzelnen gewesen ist, kann heute nicht mehr festgestellt werden. Ein Teil der alleinstehenden Hausfrauen, die keine Angaben über ihre Erwerbsquellen gemacht haben, wird wohl den Unterstützungsempfängern zuzurechnen sein, so daß die ausgewiesene Abnahme etwas überhöht sein dürfte. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der Unterstützungsempfängerinnen zu den Erwerbspersonen hinübergewechselt ist, da sich im Laufe der letzten Jahre die Schere zwischen Unterstützungsleistungen und Lebenshaltungskosten immer weiter geöffnet hat. Die Übergänge zwischen Erwerbspersonen (vor allem Arbeitslosen) und Selbständigen Berufslosen (insbesondere Unterstützungsempfängern) sind nun einmal in der Praxis fließender, als es die starren Begriffsbestimmungen der Berufszählung ahnen lassen.

Bereits in früheren Veröffentlichungen zur Berufszählung („Hamburg in Zahlen“, Jg. 51, Nr. 32) wurde eingehend darauf hingewiesen, daß die Veränderungen der Gesamtzahl der Selbständigen Berufslosen nur im Zusammenhang mit der Altersumschichtung der Gesamtbevölkerung gesehen werden können. In jeder Altersgruppe ist stets ein gewisser Prozentsatz von Personen vorhanden, die nicht in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden können. Dieser Prozentsatz — im folgenden als „Invaliditätsquote“ bezeichnet — hat sich gegenüber der Vorkriegszeit erheblich verändert.

In fast allen Altersgruppen der Gesamtbevölkerung, vor allem in den entscheidenden älteren Jahrgängen, bietet sich heute ein wesentlich günstigeres Bild als in der Vorkriegszeit. 1939 waren in der Gruppe der 60- bis unter 65jährigen nahezu ein Viertel aller Männer Selbständige Berufslose, heute sind dagegen lediglich ein Sechstel der männlichen Angehörigen dieser Altersgruppe endgültig aus dem Wirtschaftsleben ausgeschieden. Auch bei den über 65jährigen Männern ist der Anteil der nicht mehr Arbeitsfähigen zurückgegangen. Für die weibliche Bevölkerung ist, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt wie bei den Männern, eine ähnliche Entwicklung festzustellen. In den meisten Altersgruppen ist der Anteil der Selbständigen Berufslosen gesunken. Die günstige Entwicklung wird bei den Männern und Frauen nur in den Altersgruppen durchkreuzt, die unter dem Krieg am stärksten zu leiden hatten: bei den Männern zwischen 25 und 40 Jahren schlugen die Kriegsschädigten, bei den Frauen zwischen 25 und 45 Jahren die Kriegerwitwen zu Buch, die auf Leistungen der Sozialversicherung oder auf Unterstützungen angewiesen sind. In diesen Altersgruppen haben sich die Anteile der Selbständigen Berufslosen gegenüber der Vorkriegszeit teilweise verdoppelt.

Von 100 Personen der Gesamtbevölkerung waren ... Selbständige Berufslose

in den Altersgruppen	bei den			
	Männern		Frauen	
	1939	1950	1939	1950
unter 15	0,89	0,83	0,72	0,61
15 bis unter 18	1,23	0,74	1,44	1,12
18 bis unter 20	1,38	0,74	1,75	1,75
20 bis unter 25	4,01	2,17	2,72	2,24
25 bis unter 30	1,55	3,51	2,08	3,06
30 bis unter 40	1,32	1,98	2,65	6,09
40 bis unter 45	2,62	1,67	4,99	6,66
45 bis unter 50	3,56	1,85	8,38	7,07
50 bis unter 60	7,39	4,94	17,70	14,31
60 bis unter 65	23,10	16,62	33,45	32,25
65 und darüber	74,15	72,49	59,97	63,35

Nun ist der Bestand an Selbständigen Berufslosen in den einzelnen Altersgruppen nicht nur von der Invaliditätsquote, sondern auch von der zahlenmäßigen Besetzung der betr. Altersgruppe der Gesamtbevölkerung abhängig. Bestandsveränderungen sind daher stets das Ergebnis von Änderungen beider Faktoren. Die folgende Übersicht vermittelt einen Eindruck davon, wie sich die höhere oder geringere Invaliditätsquote und die Zu- oder Abnahme der Gesamtbevölkerung der betr. Jahrgänge¹⁾ seit 1939 etwa zahlenmäßig auf den Bestand an Selbständigen Berufslosen in den einzelnen Altersgruppen ausgewirkt haben. Sie läßt zugleich erkennen, wo kriegsbedingte Zugänge (Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und -waisen) zu verzeichnen sind und wie hoch diese Zugänge etwa gewesen sein dürften.

¹⁾ Eine ausführliche Darstellung der Altersumschichtung der Gesamtbevölkerung findet sich in „Hamburg in Zahlen“, Jg. 51, Nr. 32; dort sind auch die Zusammenhänge zwischen Erwerbsintensität und Altersgliederung der Gesamtbevölkerung untersucht worden. In der vorliegenden Veröffentlichung ist die gleiche Methode auf den Personenkreis der Selbständigen Berufslosen angewendet worden.

Übersicht 3

Die Auswirkungen der veränderten Invaliditätsquote und der Altersumschichtung auf den Bestand der Selbständigen Berufslosen 1950 gegenüber 1939

Altersgruppe in Jahren	Invaliditätsquote 1939 = 100	Zu- oder Abnahme infolge veränderter Invaliditätsquote	Zu- oder Abnahme infolge Altersumschichtung	tatsächliche Veränderung
				... Personen
männlich				
unter 15	93,26	— 93	— 8	— 101
15 bis unter 18	60,16	— 139	— 62	— 201
18 bis unter 20	53,62	— 107	— 99	— 206
20 bis unter 25	54,11	— 920	+ 1 012	+ 92
25 bis unter 30	226,45	+ 939	— 375	+ 564
30 bis unter 40	150,00	+ 605	— 856	— 251
40 bis unter 45	63,74	— 611	+ 74	— 537
45 bis unter 50	51,97	— 1 151	+ 377	— 774
50 bis unter 60	66,85	— 2 528	— 176	— 2 704
60 bis unter 65	71,95	— 2 786	+ 220	— 2 566
65 und darüber	97,76	— 1 307	+ 8 176	+ 6 869
Insgesamt		— 8 098	+ 8 283	+ 185
weiblich				
unter 15	84,72	— 176	— 21	— 197
15 bis unter 18	77,78	— 90	— 49	— 139
18 bis unter 20	100,00	+ 1	— 176	— 175
20 bis unter 25	82,35	— 350	+ 307	— 43
25 bis unter 30	147,12	+ 608	— 310	+ 298
30 bis unter 40	229,81	+ 3 906	— 1 345	+ 2 561
40 bis unter 45	133,47	+ 1 262	— 180	+ 1 082
45 bis unter 50	84,37	— 942	+ 45	— 897
50 bis unter 60	80,85	— 4 449	+ 3 005	— 1 444
60 bis unter 65	99,38	— 602	+ 1 716	+ 1 114
65 und darüber	105,64	+ 3 275	+ 9 406	+ 12 681
Insgesamt		+ 2 443	+ 12 308	+ 14 841

Bei den Männern ist die geringere Invaliditätsquote der über 40jährigen offenbar in erster Linie ein Ausdruck dafür, daß die berufliche Leistungsfähigkeit heute länger erhalten bleibt als in der Vorkriegszeit. Man wird aber auch nicht vergessen dürfen, daß z. B. die unzureichenden Leistungen der Sozialversicherung bei hohen Lebenshaltungskosten einen gewissen wirtschaftlichen Druck ausüben, so lange wie irgendmöglich im Erwerbsleben zu verbleiben oder wenigstens zusätzlich zur Rente noch irgendwelche Einkommensquellen zu erschließen. Aus diesen Gründen müssen bei den 50- bis unter 60jährigen etwa 2500, bei den über 60jährigen etwa 4100 Männer über die im Jahre 1939 übliche Zeit hinaus im Berufsleben verblieben sein. Die Gruppe der Selbständigen Berufslosen ist daher in diesen Altersstufen um rd. 6600 Personen geringer besetzt, als man bei einer Fortdauer der Vorkriegsverhältnisse erwarten konnte. Kriegsbedingte Zugänge an Selbständigen Berufslosen — etwa 1500 Männer — sind in den Altersgruppen zwischen 25 und 40 Jahren eingetreten. Es handelt sich um Kriegsbeschädigte, aber auch um Studenten, die während des Krieges ihr Studium aufschieben oder unterbrechen mußten.

Die infolge der geringeren Invaliditätsquote eingetretene Entlastung wird jedoch in den entscheidenden älteren Jahrgängen durch die fortschreitende Überalterung der Gesamtbevölkerung

überdeckt, die z. B. bei den über 65jährigen Selbständigen Berufslosen einen Zugang von 8200 Personen bewirkte. **Im ganzen gesehen halten sich bei den Männern beide Tendenzen — die Entlastung infolge eines längeren Verbleibens im Berufsleben und die ungünstigen Auswirkungen der Altersumschichtung — nahezu die Waage. Gegenüber 1939 hat sich daher die Gesamtzahl der männlichen Selbständigen Berufslosen lediglich um 185 Personen erhöht.**

Ähnliche günstige Feststellungen lassen sich leider bei den Frauen nicht machen. Krieg und Kriegsfolgen haben die Jahrgänge zwischen 25 und 45 Jahren hart getroffen und bei einer teilweise mehr als verdoppelten Invaliditätsquote etwa 5800 Selbständige Berufslose — meist Kriegerwitwen — zugehen lassen. Das Schwergewicht der Zugänge liegt hier bei den 30- bis unter 40jährigen. Auch bei den über 65jährigen wirkt sich der höhere Anteil der Selbständigen Berufslosen an der weiblichen Gesamtbevölkerung erheblich aus. Zwar zeigt sich bei den Frauen in einigen Altersgruppen, vor allem

bei den 50- bis unter 60jährigen, eine spürbare Entlastung; die kriegsbedingten ungünstigen Auswirkungen überwiegen jedoch.

Die Auswirkungen der Änderungen der Invaliditätsquoten werden weit übertroffen durch die Folgen der im Vergleich zur Vorkriegszeit stärkeren Besetzung der Altersgruppen der über 50jährigen weiblichen Gesamtbevölkerung. Wenn gegenüber 1939 die Gesamtzahl der weiblichen Selbständigen Berufslosen um 14 800 Personen zugenommen hat, so ist dies in erster Linie eine Folge der Überalterung der weiblichen Hamburger Bevölkerung; **die fortschreitende Überalterung und nicht das Bestreben, seinen Lebensunterhalt aus einer Rente oder Unterstützung zu bestreiten, hat die Zahl der Selbständigen Berufslosen zu der heutigen beängstigenden Höhe an-schwellen lassen.**

Sobotschinski, Dipl.-Volkswirt

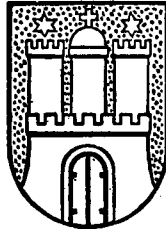
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 25. Juni 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 23



Soziale Gruppen in der Hansestadt Hamburg

Die Erwerbspersonen mit ihren Angehörigen

(Weitere endgültige Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950)

Wer einen Überblick über die soziale Struktur der Gesamtbevölkerung erhalten will, muß den Einkommensträgern (Erwerbspersonen und Selbständige Berufslose) auch die Personen zurechnen, die von ihnen wirtschaftlich abhängen und mit unterhalten werden müssen. Bei der Berufszählung im September 1950 hat man daher alle Familienangehörigen, die das wirtschaftliche Schicksal ihres Ernährers teilen und weder aus Erwerb, Unterstützungen, Leistungen der Sozialversicherung, Renten oder Pensionen noch aus dem eigenen Vermögen ihren Lebensunterhalt bestreiten, als „Angehörige ohne eigene Erwerbstätigkeit“ bezeichnet. Bei der Aufbereitung der Berufszählung wurden diese Personen nach der sozialen Stellung ihrer Ernährer gegliedert. Diese gegenseitige Zuordnung läßt erkennen, wieviel Männer, Frauen und Kinder der Hamburger Wohnbevölkerung durch Maßnahmen betroffen werden, die in erster Linie auf die Einkommensträger abgestellt sind. Das zahlenmäßige Verhältnis der Erwerbspersonen zu den Angehörigen ermöglicht darüber hinaus für jede soziale Gruppe — und innerhalb der Gruppe für jede soziale Schicht — einige Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Belastung¹⁾ der Einkommensträger. Allerdings darf man hierbei nicht vergessen, daß die so errechneten Belastungsziffern lediglich Mindestzahlen sind. Es ist nun einmal im Rahmen der Berufszählung nicht möglich, die Fälle zu ermitteln, in denen beispielsweise der verdienende Sohn die von einer Rente lebenden Eltern mit unterstützt. Zuschüsse der Einkommensträger zu einem fremden Erwerbseinkommen oder einer Rente werden also nicht berücksichtigt.

Die bedeutendste Gruppe innerhalb der gesamten Wohnbevölkerung Hamburgs bilden die Arbeiter mit den von ihnen abhängigen Familienangehörigen. Es handelt sich um insgesamt 681 600 Personen, d. s. rund 42,5 v. H. aller Einwohner der Hansestadt. An zweiter Stelle stehen die Angestellten mit ihren Angehörigen mit rund 356 200 Männern, Frauen und Kindern (22,2 v. H. der gesamten Bevölkerung). Die Einkommensverhältnisse der Be-

amten sind für rund 89 400 Personen entscheidend. Die Gruppe der Selbständigen mit ihren Angehörigen ist dagegen zahlenmäßig weit stärker, umfaßt sie doch mit 188 400 Personen etwa 11,7 v. H. der gesamten Einwohnerschaft der Hansestadt. Die Übersicht 1 läßt erkennen, welche sozialen Schichten innerhalb der genannten Gruppen bestehen und wie sich die Wohnbevölkerung im einzelnen auf Einkommensträger, nichtverdienende Ehefrauen und sonstige Angehörige verteilt.

Auf das zahlenmäßige Verhältnis der Erwerbspersonen zu den Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit wirken zahlreiche, z. T. durch die Systematik der Berufszählung bedingte Momente ein. Altersgliederung, Geschlecht, Familienstand, Kinderzahl und Erwerbsgewohnheiten müssen ebenso berücksichtigt werden, wie das Streben nach einer gründlichen Schulbildung der Kinder und die jeweils vorherrschende Form der Altersversorgung der Angehörigen, zählt doch beispielsweise die im Haushalt der Kinder lebende Sozialversicherungsrentnerin zu den Selbständigen Berufslosen und nicht zu den Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit. Welche Bedeutung die genannten Faktoren im einzelnen haben, läßt sich mit den Mitteln der Berufszählung nur unvollkommen klären; gerade auf diesem Gebiet eröffnet sich künftigen Repräsentativerhebungen und Spezialuntersuchungen ein weites Betätigungsfeld.

Die Belastung mit Angehörigen ohne Erwerb ist für die Erwerbspersonen von sozialer Gruppe zu sozialer Gruppe verschieden. Am höchsten ist sie bei den Beamten und bei den Selbständigen, am niedrigsten bei den mithelfenden Familienangehörigen. Allgemein gilt, daß innerhalb jeder Gruppe mit steigender sozialer Schicht auch die Belastung durch Unterhaltsverpflich-

¹⁾ Unter Belastung wird hier die absolute Höhe von Unterhaltsverpflichtungen verstanden, nicht ihr relatives Gewicht für den betr. Einkommensbezieher. Letzteres zu ermitteln, setzt eine genaue Kenntnis der Einkommenshöhe und aller „persönlichen Umstände“ im Sinne der Steuerlehre voraus; es ist nicht Aufgabe einer Berufszählung, derartige Einzelunterlagen zu gewinnen.

Übersicht 1

Die Wohnbevölkerung der Hansestadt Hamburg nach der sozialen Stellung

September 1950

Soziale Stellung	Wohnbevölkerung		davon			
	Personen	v. H.	Einkommens- träger	Angehörige ohne eigene Erwerbstätigkeit		
				überhaupt	Ehefrauen	Kinder und son- stige Angehörige
Selbständige	188 378	11,73	91 440	96 920	46 155	50 774
davon						
in landwirtschaftl. Betrieben						
unter 2	1 090	0,07	716	374	119	255
2 bis unter 10	932	0,06	591	341	44	297
mit . . . ha bewirtsch. Fläche						
10 bis unter 30	1 045	0,07	554	491	51	440
30 und mehr	473	0,03	225	248	25	223
in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben						
Alleinschaffende	75 865	4,71	38 673	37 192	19 232	17 960
2 bis 4	66 501	4,14	32 176	34 325	15 760	18 565
5 bis 9	24 274	1,51	11 108	13 166	6 021	7 145
mit						
10 bis 49	15 027	0,94	6 194	8 833	4 038	4 795
Beschäftigten	3 171	0,20	1 212	1 959	865	1 094
Mithelfende Familienangehörige	19 255	1,20	17 300	1 955	640	1 315
Beamte	89 420	5,57	38 924	50 496	25 154	25 342
davon						
des einfachen und mittleren Dienstes	54 852	3,41	24 146	30 706	16 029	14 677
des gehobenen Dienstes	25 651	1,60	11 492	14 159	6 891	7 268
des höheren Dienstes	8 917	0,56	3 286	5 631	2 234	3 397
Angestellte	356 206	22,19	207 790	148 416	67 963	80 453
davon						
kranken- und angestelltenversicherungspflichtig	255 891	15,94	164 714	91 177	40 437	50 740
nicht kranken-, aber angestelltenversicherungspflichtig	63 347	3,95	27 466	35 881	17 772	18 109
weder kranken- noch angestelltenversicherungspflichtig	36 968	2,30	15 610	21 358	9 754	11 604
Arbeiter	681 619	42,45	391 022	290 597	134 891	155 706
Erwerbspersonen insgesamt	1 334 878	83,14	746 485	588 393	274 803	313 590
Selbständige Berufslose	270 728	16,86	195 816	74 912	43 294	31 618
Wohnbevölkerung insgesamt	1 605 606	100	942 301	663 305	318 097	345 208

tungen gegenüber nichtverdienenden Angehörigen zunimmt. Dies läßt sich innerhalb der Gruppe der Selbständigen, der Beamten, aber auch der Angestellten feststellen. Bedeutsam ist hierbei, daß diese zunehmende Belastung in erster Linie durch die höhere Zahl der Kinder und nichtverdienenden sonstigen Verwandten hervorgerufen wird, die im Haushalt des Einkommensträgers leben.

Bei den Selbständigen kommen auf 100 Erwerbspersonen durchschnittlich 106 Angehörige, die mit ernährt werden müssen. Die wirtschaftliche Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen ist damit gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen, kamen doch 1939 auf 100 Selbständige lediglich 86,6 Angehörige.

Die verhältnismäßig hohe Belastung hängt in erster Linie mit der Altersgliederung der Selbständigen zusammen — mehr als 85 v. H. haben das 40. Lebensjahr überschritten — zum andern mit dem Übergewicht der Männer. Infolge des hohen Durchschnittsalters ist der Anteil der Verheirateten und damit der Familienvorstände beträchtlich. Unter 75 409 männlichen Selbständigen finden sich 64 162 oder 85,1 v. H. Verheiratete. Der Anteil der Verheirateten liegt bei den Selbständigen damit weit über dem Gesamtdurchschnitt der männlichen Erwerbspersonen (69,3 v. H.). Die Auswirkungen

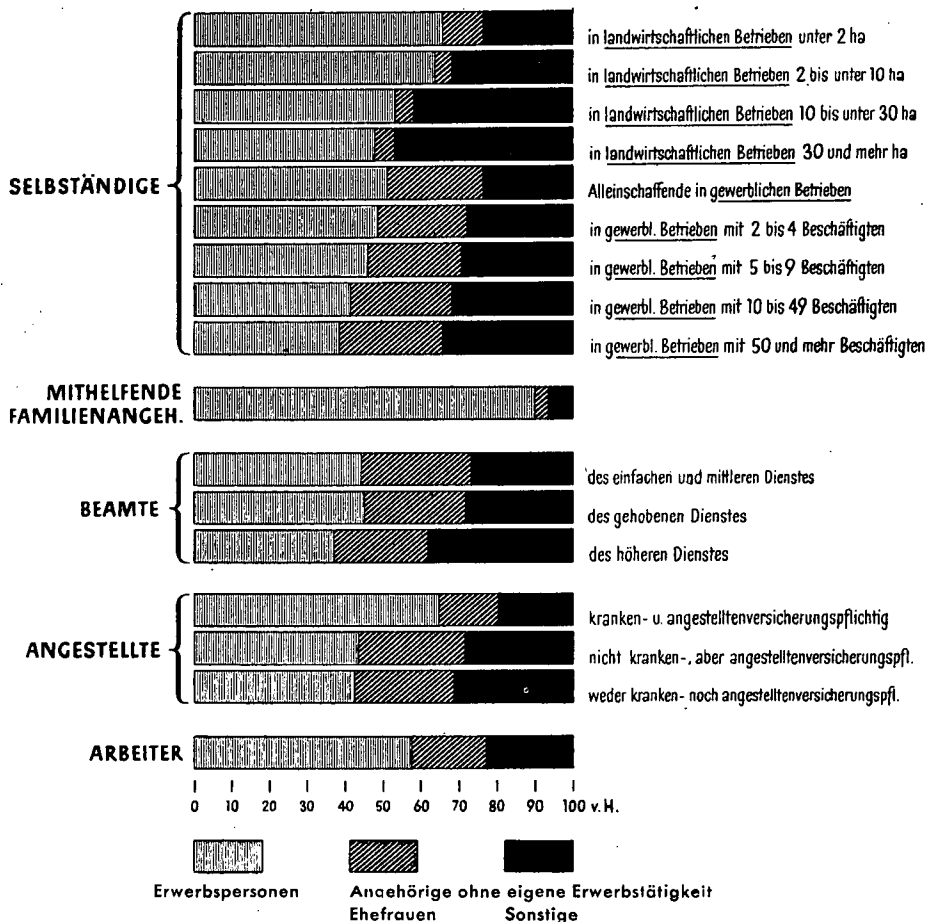
dieser auf eine hohe Belastung hinwirkenden Faktoren werden dadurch gemildert, daß gerade bei den Selbständigen ein großer Teil der Ehefrauen zu den Erwerbspersonen, in erster Linie zu den mithelfenden Familienangehörigen, zählt. Man wird die Zahl der erwerbstätigen Ehefrauen von Selbständigen mit rund 14 700 annehmen dürfen. Dies bedeutet, daß bei den Selbständigen nahezu ein Viertel aller mit ihrem Ehemann zusammenlebenden Frauen in das Berufsleben eingegliedert ist. Hiervon zählen rund 12 500 Frauen zu den Mithelfenden; von den verbleibenden 2200 erwerbstätigen Ehefrauen der Selbständigen mag ein Teil in abhängigen Stellungen arbeiten, ein Teil ein eigenes Unternehmen leiten oder als Mitinhaberin im Betrieb des Ehemannes tätig sein.

Die erwähnte Belastungsziffer der Selbständigen ist nun freilich eine Durchschnittszahl, die wesentliche Unterschiede verdeckt. Für Landwirte und Gewerbetreibende liegen die Verhältnisse verschieden, und innerhalb dieser Gruppen zeigen sich von sozialer Schicht zu sozialer Schicht andere Belastungsziffern.

Auf 100 selbständige Landwirte kommen in den unteren Betriebsgrößenklassen nur sehr wenige nichtverdienende Angehörige. So haben beispielsweise bei den selbständigen Landwirten

Das Verhältnis der Erwerbspersonen zu den Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit nach sozialen Schichten

September 1950



mit einer Betriebsfläche von unter 2 ha jeweils 100 Erwerbspersonen nur für 52,2 Angehörige zu sorgen. Gerade in den kleineren Betrieben ist heute noch neben der Mithilfe der Ehefrau auch die der übrigen Familienmitglieder besonders stark ausgeprägt. Da die mithelfenden Familienangehörigen zu den Erwerbspersonen zählen, vermindert sich die Belastung entsprechend. Vielfach sind aber auch Familienangehörige in abhängiger Stellung in anderen Wirtschaftsbereichen tätig, weil die Erträge der Kleinstbetriebe nicht für den Unterhalt der gesamten Familie ausreichen. Auch bei den Landwirten läßt sich trotz der verhältnismäßig geringen Zahl der Inhaber größerer Betriebe eine zunehmende Belastung der wirtschaftlich Bessergestellten erkennen.

Bei den selbständigen Gewerbetreibenden treten die Unterschiede im zahlenmäßigen Verhältnis der Erwerbspersonen zu den nicht-verdienenden Angehörigen von sozialer Schicht zu sozialer Schicht deutlicher hervor. Da die Mithilfe der Ehefrauen nicht in gleicher Weise wie in der Landwirtschaft üblich ist, ist die Gesamtbelastung jedoch wesentlich höher. Bei den Alleinschaffenden haben 100 Erwerbspersonen 96,2 Angehörige zu unterhalten. Mit zunehmender Betriebsgröße verschlechtert sich das zahlenmäßige Verhältnis der Einkommensträger zu den Angehörigen immer mehr, so daß schließlich bei den Selbständigen in Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten 100 Erwerbspersonen 161,6 Angehörige versorgen müssen. Die Zusammenhänge zwischen dem Alter der Er-

werbspersonen und der Belastung mit Angehörigen lassen sich leider nicht für jede einzelne soziale Schicht untersuchen, da die Altersgliederung der Erwerbspersonen jeweils nur für die sozialen Gruppen, d. h. also für die Gesamtheit der Selbständigen vorliegt. Man wird aber annehmen dürfen, daß der Anteil der Jüngeren und damit der Kleinfamilien bei den Alleinschaffenden wesentlich höher ist als bei den übrigen Selbständigen. Die höhere Belastung der Inhaber größerer Unternehmen durch Angehörige ohne Erwerb dürfte z. T. damit zusammenhängen, daß die Schul- und Berufsausbildung der Kinder über das 15. Lebensjahr hinausgeführt wird. Neben der Frage, in welchem Alter die Kinder ein eigenes Erwerbseinkommen erzielen, ist auch die Art der Altersversorgung der Angehörigen für die wirtschaftliche Belastung von Bedeutung. Überall dort, wo Angehörige auf Grund einer früheren Erwerbstätigkeit eine Rente aus der Sozialversicherung oder eine Pension beziehen, ist das zahlenmäßige Verhältnis zu den Erwerbspersonen günstig, da die Angehörigen als sogenannte „Selbständige Berufslose“ ein eigenes Einkommen beziehen und daher nicht zu den „Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit“ im Sinne der Berufszählung zählen. Wo dagegen die Altersversorgung durch eine Lebensversicherung gesichert werden sollte, liegt heute im allgemeinen die Belastung der Erwerbspersonen wesentlich höher, da die Währungsreform die Lebensversicherung entwertete und die nicht mehr Erwerbsfähigen in erster Linie auf die Unterstützung durch ihre

**Das Verhältnis der Erwerbspersonen zu den Angehörigen
ohne eigene Erwerbstätigkeit nach sozialen Schichten**

September 1950

Soziale Stellung	Auf 100 Erwerbspersonen kommen ... Angehörige	Von 100 Angehörigen ohne eigene Erwerbstätigkeit sind	
		Ehefrauen	Kinder und sonstige Angehörige
Selbständige	106,0	47,6	52,4
davon			
in landwirtschaftl. } unter 2	52,2	31,8	68,2
Betrieben } 2 bis unter 10	57,7	12,9	87,1
mit ... ha } 10 bis unter 30	88,6	10,4	89,6
bewirtsch. Fläche } 30 und mehr	110,2	10,1	89,9
in nichtland- } Alleinschaffende	96,2	51,7	48,3
wirtschaftlichen } 2 bis 4	106,7	45,9	54,1
Betrieben } 5 bis 9	118,5	45,7	54,3
mit ... } 10 bis 49	142,6	45,7	54,3
Beschäftigten } 50 und mehr	161,6	44,2	55,8
Mithelfende Familienangehörige	11,3	32,7	67,3
Beamte	129,7	49,8	50,2
davon			
des einfachen und mittleren Dienstes	127,2	52,2	47,8
des gehobenen Dienstes	123,2	48,7	51,3
des höheren Dienstes	171,3	39,7	60,3
Angestellte	71,4	45,8	54,2
davon			
kranken- und angestellten- versicherungspflichtig	55,4	44,4	55,6
nicht kranken-, aber angestellten- versicherungspflichtig	130,6	49,5	50,5
weder kranken- noch angestellten- versicherungspflichtig	136,8	45,7	54,3
Arbeiter	74,3	46,4	53,6
Erwerbspersonen insgesamt	78,8	46,7	53,3

eigenen Verwandten verwies. Diese Momente dürften vor allem bei den höheren Unterhaltsverpflichtungen der Inhaber der größeren Betriebe eine Rolle spielen.

Die Beamten haben von allen sozialen Gruppen für die meisten Angehörigen zu sorgen. Einmal wirkt sich die Überalterung der Beamtenschaft in einer entsprechend höheren Zahl von Angehörigen aus; die Ehefrauen sind meist nicht mit erwerbstätig, und vor allem bei den Beamten des höheren Dienstes, bei denen auf 100 Erwerbspersonen 171,3 Angehörige kommen, wird offenbar auf eine lange und gründliche Schul- und Berufsausbildung der Kinder gesehen, wobei vielfach erhebliche persönliche Opfer gebracht werden.

Eine Aufgliederung der Angestellten nach Einkommensschichten (sie lassen sich aus den Angaben über die Kranken- und Angestelltenversicherungspflicht ablesen) läßt erkennen, daß 100 Angestellte mit einem Monatseinkommen von unter 350 DM nur für 55,4 Angehörige zu sorgen haben. Einmal ist der Anteil der ledigen weiblichen Angestellten verhältnismäßig hoch, zum anderen zwingt das geringe Monatseinkommen bei hohem Nachholbedarf an langlebigen Konsumgütern — wie Möbeln und Hausrat — bei den Verheirateten zur Mitarbeit der Ehefrau. Auch bei den Angestellten ist in der höchsten Einkommensschicht (Monats-

einkommen von über 600 DM) das zahlenmäßige Verhältnis der Einkommensträger zu den Angehörigen mit 100 : 136,8 am ungünstigsten.

Im Vergleich zu den übrigen sozialen Gruppen weisen die Arbeiter eine verhältnismäßig geringe Belastung auf. Immerhin liegen sie mit 74,3 Angehörigen noch über dem Gesamtdurchschnitt aller Angestellten. Dieser Unterschied dürfte wohl in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte bei den Arbeitern geringer ist als bei den Angestellten. Eine Unterteilung der Arbeiterschaft würde wahrscheinlich erkennen lassen, daß die ungelerten Arbeiter für die wenigsten, die gelernten dagegen für die meisten Angehörigen zu sorgen haben. Leider reicht die Aufgliederung der Berufszählung und auch der Arbeitsstättenzählung für eine derartige Untersuchung nicht aus.

Die weitere Aufbereitung der Volkszählung wird wesentliche Ergänzungen des vorliegenden Aufsatzes bringen. So wird es beispielsweise möglich sein, für den wichtigsten Teil der Haushaltungen Untersuchungen über den Zusammenhang von Kinderzahl und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes sowie über die Anzahl der Verdienner in den Haushaltungen anzustellen.

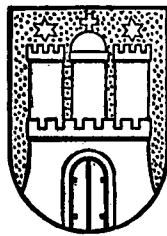
Sobotschinski, Dipl.-Volkswirt

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 30. Juni 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 24



Schlachterhandwerk, Fleischwarenindustrie und Viehhandel in Hamburg

Bestand und Gliederung der Wirtschaft statistisch aufzuzeichnen, war Sinn und Zweck der Arbeitsstättenzählung vom 13. September 1950, die gleichzeitig mit der Volks-, Berufs- und Wohnungszählung durchgeführt wurde. Ihre allgemeinen Ergebnisse für Hamburg sind bereits in Heft 23 des Jahrgangs 1951 von „Hamburg in Zahlen“ dargestellt worden. Ein Quellenwerk mit den originalen Aufbereitungstabellen ist in Vorbereitung. Aber in Sammelveröffentlichungen über alle Wirtschaftsbereiche können die einzelnen Gewerbezweige nicht immer zu ihrem Recht kommen. Dazu ist die Wirtschaft zu vielgestaltig. Überdies konnten schon im Grundriß der Aufbereitung nicht für alle und jede berufsständischen und betrieblichen Erscheinungsformen eigene statistische Positionen geschaffen werden, zumal vielfach auch regionale Eigentümlichkeiten bestehen.

Das bundeseinheitliche „Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten“ gliedert die Wirtschaft in 10 Abteilungen, diese wiederum in Gruppen, die Gruppen in Zweige und die Zweige in Klassen. Die Klassen — es sind 681 — sind die untersten Positionen für die systematische Zuordnung der Zähl-einheiten. Die wichtigste Zähl-einheit war der Betrieb als örtliche Einheit, d. h. die räumlich für sich liegende Arbeitsstätte (bei Unternehmungen mit mehreren räumlich voneinander getrennten Arbeitsstätten, wie Haupt- und Zweigniederlassungen, zählte jede Arbeitsstätte für sich).

Für die **Vieh- und Fleischwirtschaft**, soweit sie das Thema dieser Arbeit bildet (die Landwirtschaft hat ihre besonderen statistischen Erhebungen und fiel deshalb nicht unter die Arbeitsstättenzählung

vom 13. September 1950), kommen verschiedene Arten von statistischen Positionen in Betracht. Es ist zweckmäßig — mag es die Lektüre auch etwas belasten — sie hier gleich zu Beginn der Arbeit genauestens aufzuzählen, weil sich später manches daraus ableitet. Die einschlägigen Positionen aus dem „Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten“ sind folgende:

Abteilung 3/4 („Verarbeitende Gewerbe“) Gruppe 46 („Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speiseöl- und Speisefett-Herstellung“) Zweig 461 „Fleischerei und Fleischwarenindustrie“ mit den 3 Klassen

4611 Fleischwarenindustrie, Talg-schmelzen und Schmalzsiedereien

4614 Fleischerei ohne Gastwirtschaft

4617 Fleischerei mit Gastwirtschaft;

Abteilung 6 („Handel, Geld- und Versicherungswesen“) Gruppe 62 („Binnengroßhandel“) Zweig 622 „Großhandel mit Vieh“ Klasse 6220 „Binnengroßhandel mit Nutz-, Zucht- und Schlachtvieh“;

Abteilung 6 (wie oben) Gruppe 64 („Einzelhandel“) Zweig 642 „Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln und verwandten Waren“ Klasse 6421 „Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln (soweit nicht [wie z. B. der Grünwaren-, Milch- oder Tabakhandel] in den Klassen 6422 bis 6428 enthalten)“.

In der Gruppe „Einzelhandel“ sind auch die Konsumgenossenschaftsgeschäfte zu nennen, die innerhalb des Zweigs 641 „Einzelhandel mit Waren aller Art“ die Klasse 6415 bilden.

Abteilung 6 (wie oben) Gruppe 67 („Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih“) Zweig 673 („Handelsvertretung und Handelsmaklerwesen für Nahrungs- und Genußmittel

und sonstige Waren; Versandhandelsvertretung“) Klasse 6735 „Handelsvertretung und Handelsmaklerwesen für sonstige anderweitig nicht genannte Waren“;

schließlich noch — nur geht es über den Rahmen dieser Arbeit hinaus:

Abteilung 6 (wie oben) Gruppe 61 („Ein- und Ausfuhrhandel“) Zweig 611 „Einfuhrhandel“ Klasse 6111 „Einfuhrhandel mit Nutz-, Zucht- und Schlachtvieh“ und Klasse 6113 „Einfuhrhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln“. Entsprechende Positionen für den Ausfuhrhandel (6141 und 6143) und für gemeinsamen Ein- und Ausfuhrhandel (6171 und 6173) kamen in Hamburg bei der Zählung wenig in Betracht. Gezählt sind im Import von Vieh und Fleisch (oder nur von Fleisch) 8 und im Import von Schlachthausprodukten 15 Firmen; weitere 38 Firmen befaßten sich ausschließlich mit der Einfuhr von Därmen.

Was ergibt sich nun hieraus für unser Thema?

Es ergibt sich, daß die Klassen 4611, 4614 und 4617 Positionen sind, die allein dem fleischverarbeitenden Gewerbe zukommen (von dem Sonderfall der Kombination von Fleischerei und Gastwirtschaft abgesehen), daß aber die übrigen Positionen keine Geschlossenheit im Sinne dieser Arbeit aufweisen: die Klasse 6220 enthält neben dem Handel mit Schlachtvieh auch den Handel mit Nutz- und Zuchtvieh (beides ist allerdings oft miteinander verbunden); die Klasse 6421 ist in erster Linie für die Masse der Lebensmittelgeschäfte bestimmt und interessiert hier unmittelbar nur, soweit es Fleischläden gibt, die als solche zum Handel zählen (z. B. Filialen von Schlachtereien); die Klasse 6735 ist eine Sammelposition für „sonstige“ Handelsvertreter, unter denen die Viehagenten und -kommissionäre gegenüber den Vertretern und Maklern gänzlich anderer Branchen (z. B. Zeitschriftenvertreter) nur eine kleine Minderzahl sind.

Jedoch selbst in den Klassen Fleischwarenindustrie (4611) und Fleischerei (4614) läßt sich die wirtschaftliche Wirklichkeit nicht ohne weiteres aus dem Tabellenwerk der Arbeitsstättenzählung ablesen, weil es an weiteren Untergliederungen der Zahlen fehlt. Die bundeseinheitliche Systematik (die ohnedies schon umfangreich genug ist!) mußte z. B. darauf verzichten, bei den Fleischereien nach **Großschlachtern** und **Ladenschlachtern** (zwei verschiedenen Wirtschaftsstufen), nach **Kopfschlachtern**, **Pferdeschlachtern** usw. zu unterscheiden, oder bei der **Fleischwarenindustrie** z. B. die Feinkostherstellung (auf Fleischbasis), die Schmalzsiedereien, die Salzereien und Räuchereien gesondert auszuweisen. Und bei der Industrie kommt hinzu, daß es

in beachtlichem Umfang Betriebe gibt, die sowohl Ladenschlachtereien als auch Fleischwarenfabrikation im großen betreiben (zumeist auf dem gleichen Grundstück, d. h. in **einer** örtlichen Betriebseinheit). Sind sie der Fleischwarenindustrie, also einer dem Handel vorgelagerten Produktionsstufe, zuzuzählen oder rechnen sie zu den handwerklichen Fleischereien, die ihre Ware aus eigener Fertigung in der Regel selbst über den Ladentisch verkaufen? Es gab nur die eine oder die andere Möglichkeit. Die Unterscheidung wurde im Zweifel danach getroffen, ob der Betriebsinhaber die Frage nach der Zugehörigkeit zum Handwerk auf dem Zählpapier bejaht oder verneint hat. Über die Abgrenzung der Marktanteile der für den Verkauf im eigenen Ladengeschäft produzierenden Schlachter und der ihre Waren an Wiederverkäufer absetzenden Produzenten ist damit natürlich nichts gesagt. **Man wird vielmehr — gerade in Hamburg — die „gemischten“ Betriebe zu berücksichtigen haben, wenn man, jedenfalls im Sinne dieser Arbeit, über den Umfang der Fleischwarenindustrie statistisch aussagen will.**

Um in diesen und anderen Beziehungen zu wirklichkeitsnahen Ergebnissen zu kommen, hat das Statistische Landesamt das Urmaterial der Arbeitsstättenzählung weiter zerlegt. Aus der feineren Zerlegung ist die aus der Übersicht 1 ersichtliche Gruppierung der Arbeitsstätten und ihrer Beschäftigten hervorgegangen.

Auf dem Hamburger Viehmarkt wird von Ladenschlachtern und Fleischwarenfabrikanten in der Regel über den **hamburgischen Viehhandel** gekauft, der auf dem Viehmarkt das Platz- und auch das Versandgeschäft betreibt. Er handelt ausschließlich auf Agentur- oder Kommissionsbasis im Auftrage der Bauern und Mäster (der „Einsender“), nicht auf eigene Rechnung. Die Firmen- und Berufsbezeichnungen des Viehhandels lauten in Hamburg teils auf „Viehhandel“ oder „Viehkaufmann“, teils auf „Viehagentur“ oder „Viehagent“, „Viehkommisionär“, „Viehmakler“ (außerdem im Handel mit geschlachtetem Vieh: „Fleischagentur“ oder „Fleischagent“). Diese verschiedenen Bezeichnungen für oft ein und dieselben Handelsgeschäfte haben in der Systematik der Arbeitsstättenzählung dazu geführt, daß ein Teil der berufszugehörigen Firmen in die Gewerbeklasse 6220 „Großhandel mit Vieh“ und ein anderer Teil in die Gewerbeklasse 6735 „Handelsvertretung und Handelsmaklerwesen“ statistisch eingefügt worden ist. **In der Praxis gehören beide Gruppen zusammen.**

Übersicht 1

Betriebe und Beschäftigte in der Schlachtvieh- und Fleischwirtschaft in Hamburg
 (Arbeitsstättenzählung vom 13. September 1950)

Art der Gewerbe	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten (einschl. Inhaber)		
		männlich	weiblich	zusammen
Teil aus Klasse 6220: Binnengroßhandel mit Nutz-, Zucht- und Schlachtvieh und Geflügel	69	106	18	124
Teil aus Klasse 6735: Handelsvertretung und Handelsmaklerwesen für sonstige Waren	71	181	60	241
Insgesamt	140	287	78	365
Groß-Schlachtereien	121	190	57	247
Kopfschlachtereien (ohne Ladengeschäft)	67	173	3	176
Fleischwarenindustrie	15	257	68	325
Industriemäßig produzierende Handwerksbetriebe ohne räumliche Verbindung mit Ladenschlachtereien	5	364	112	476
Industriemäßig produzierende Betriebsteile von Ladenschlachtereien	14			
Fleischwarenherstellung für den Bedarf der konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstellen	1	92	38	130
Wurstfabrikation	9	15	8	23
Feinkostherstellung	4	26	46	72
Schmalzsiedereien	3	47	1	48
Blut-Eiweißherstellung	1	13	6	19
Lohnsalzereien	4	29	11	40
Räuchereien	11	16	3	19
Zusammen	241	1 222	353	1 575
Ladenschlachtereien (ohne die auf die Industrie entfallenden Personalanteile der oben genannten 14 Betriebe)	848	1 917	1 442	3 359
darunter:				
Ladenschlachtereien mit Speisewirtschaft	2			
Kopfschlachtereien mit Ladengeschäft	13			
Pferdeschlachtereien (Ladengeschäfte)	66	126	87	213
darunter:				
Pferdeschlachtereien mit Speisewirtschaft	2			
Marktschlachtereien	30	38	17	55
Hausschlachter	11	11	—	11
Zusammen	1 196	3 314	1 899	5 213
zuzügl. Fleischhandlungen (Filialen von Ladenschlachtereien, Zweiggeschäfte v. Industriebetrieben, Konsumgenossenschaftliche Verteilungsstellen) Teile aus der Klasse 6421 und 6415	133	126	235	361
Insgesamt	1 329	3 440	2 134	5 574

Von den in der Übersicht 1 aufgeführten 140 Betrieben handeln 116 Betriebe mit Schlachtvieh; unter ihnen sind 13 Betriebe, die sich als Agenturen für Vieh und Fleisch bezeichnen. Zwei weitere Agenturen sind lediglich am Fleischgroßmarkt tätig. Ferner sind in den Zahlen 22 Pferdekaufleute enthalten, die allerdings überwiegend Zucht- und Nutztiere handeln werden.

In den 140 Betrieben waren (einschl. der Inhaber) 365 Personen beschäftigt, darunter waren 78 weibliche Beschäftigte. Die Zahl der Inhaber stellte sich auf 160, die der mithelfenden Familienangehörigen auf 30. 103 Personen waren im Angestellten- und 66 im Arbeiterverhältnis; außerdem gab es 6 Lehrlinge.

Das Viehhandelsgeschäft ruht in besonderem Maße auf der Person des Inhabers; die Zahl der Beschäftigten je Betrieb ist daher durchweg nur

klein. Eine Ausnahme macht allein die genossenschaftliche Form des Viehabsatzes. 62 Betriebe zählten zu den Arbeitsstätten mit nur einer beschäftigten Person, d. h. daß der Inhaber ohne Hilfskräfte die Geschäfte abwickelte. In wieder 62 Betrieben wurden je 2 bis 4 beschäftigte Personen gezählt und in 14 Betrieben 5 bis 9. Eine Arbeitsstätte hatte 22 und eine andere 36 Beschäftigte (sie gehören zum gleichen Unternehmen).

Auf den Viehhandel als erste Stufe im Ablauf des Marktes folgt das fleischverarbeitende Gewerbe.

Wir haben zu unterscheiden zwischen **Großschlachtern** und **Kopfschlachtern**, **Industrie** und **Ladenschlachtern**.

Dem Ladenschlachtergewerbe und der Fleischwarenindustrie ist das Gewerbe der **Großschlachter** und das der **Kopfschlachter** vorge-

lagert, soweit Schlachter und Fleischwarenfabrikanten nicht selber schlachten. Das Tätigkeitsfeld der Großschlachter und Kopfschlachter ist mit wenigen Ausnahmen der Hamburger Schlachthof. Die Großschlachter kaufen auf dem Viehmarkt, schlachten das Vieh und verkaufen die ausgeschlachteten Tiere (im allgemeinen: Rinder in Vierteln, Schweine in Hälften, Kälber und Schafe in ganzen Tierkörpern) an Ladenschlachter und Fleischwarenfabrikanten. Die Kopfschlachter führen Lohnaufträge für Großschlachter, Fleischwarenfabrikanten und Ladenschlachter aus; auf eigene Rechnung übernehmen sie die Verwertung von Innereien. Die Übersicht 1 zeigt, daß 121 Großschlachtereien mit 247 Beschäftigten und 67 Kopfschlachtereien mit 176 Beschäftigten gezählt wurden. Die Personalzahlen der einzelnen Betriebe sind nicht groß, wobei jedoch zu beachten ist, daß je nach Marktverlauf Hilfskräfte hinzugezogen werden, die auf Anforderung von der Vereinigung der Privatbetriebe auf den Hamburger Schlachthof- und Viehmarktanlagen e. V. gestellt werden. Die Gliederung der Betriebe nach der Zahl der Beschäftigten am Tage der Arbeitsstättenzählung zeigen die nachfolgenden Zahlen:

Großschlachter		Kopfschlachter	
Zahl der beschäftigten Personen	Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen	Betriebe
1 Person	42	1 Person	28
2 Personen	48	2 Personen	11
3 Personen	20	3 Personen	14
4 Personen	8	4 Personen	5
5 Personen	2	5 Personen	1
6 Personen	—	6 Personen	3
7 Personen	1	7 Personen	2
8 Personen	—	8 Personen	—
9 Personen	—	9 Personen	3
zus. 121		zus. 67	

Zur **Fleischwarenindustrie**, wie sie oben beschrieben worden ist, d. h. zu dem Teil des fleischverarbeitenden Gewerbes, der die Ware nicht (oder nicht nur) in eigenen Verkaufsstellen an die Verbraucherschaft absetzt, zählen in Hamburg 67 Betriebe, von denen 19 „gemischte“ Betriebe im vorgenannten Sinne sind. Deren auf die Industrie entfallender Personalanteil ist auf 476 Beschäftigte geschätzt worden; das sind etwa 40 v. H. aller in der Fleischwarenindustrie Beschäftigten (1152). Die Bedeutung der „gemischten“ Betriebe wird hieran erkennbar. Der Typus der „reinen“ Fleischwarenfabrik ist in Hamburg verhältnismäßig selten vertreten. Von den 15 Betrieben mit 325 Beschäftigten, die in der vorstehenden Übersicht 1 ausgewiesen sind, ge-

hören z. B. mehrere Betriebe auch der Großschlachterstufe an, und einige sind kleingewerbliche Spezialbetriebe (z. B. Schinkenkocherei). Ein anderes Unternehmen (es ist mit 130 Beschäftigten gesondert ausgewiesen) ist ausschließlich Fabrikationsstätte einer Konsumgenossenschaft, deren Erzeugnisse nur in den genossenschaftlichen Läden zum Verkauf kommen. In den übrigen Sparten, die nach der Systematik der Arbeitsstättenzählung zur Fleischwarenindustrie zu zählen sind, heben sich mit mittleren Beschäftigtenzahlen einige Feinkostbetriebe, Schmalzsiedereien, Lohnsalzereien und ein Spezialbetrieb für Blut-Eiweißherstellung heraus. Die Räuchereien (vorwiegend in den Außenbezirken) sind ausgesprochen kleingewerblich. Ebenso die in der Übersicht gesondert aufgeführten Betriebe der Wurstfabrikation.

Die „Fleischwarenindustrie“ setzt sich demnach sehr verschiedenartig zusammen, und ihre Betriebsstätten sind von sehr unterschiedlicher Größe. Die 67 in der Übersicht 1 aufgeführten Betriebe (die hierin enthaltenen 19 „gemischten“ Betriebe jeweils mit ihrem auf die Industrie entfallenden Personalanteil gerechnet) gliedern sich nach der Zahl der Beschäftigten (einschl. Inhaber) wie folgt:

Zahl der beschäftigten Personen	Betriebe
1 Person	13
2 bis 4 Personen	15
5 bis 9 Personen	12
10 bis 19 Personen	9
20 bis 49 Personen	13
50 bis 99 Personen	3
100 bis 150 Personen	2

Die zahlenmäßig entscheidende Gruppe in dem Gesamtgewerbe bilden die **Ladenschlachter**. 848 Ladenschlachtereien haben am Tage der Arbeitsstättenzählung in Hamburg bestanden; 83 Roßschlachtereien sind hinzuzuzählen. Weiter sind 116 Ladengeschäfte zu berücksichtigen, die entweder konsumgenossenschaftliche Verteilungsstellen oder Filialen von Ladenschlachtereien oder von Betrieben der Fleischwarenindustrie sind. **Der Bevölkerung standen also im Herbst 1950 für den Einkauf von Frischfleisch und Fleischwaren 964 „Schlachterläden“ zur Verfügung**, außer 83 Ladengeschäften des Pferdenschlächtergewerbes. **Fleischwaren** werden aber bekanntlich nicht nur in den Ladenschlachtereien, sondern in großem Umfang auch in den Geschäften des **Lebensmitteleinzelhandels geführt**, die ihrerseits von der Fleischwarenindustrie oder dem Großhandel beziehen. Früher, als die Branchengliederung im Lebensmittelhandel ausgeprägter war als

heute, waren es in Hamburg hauptsächlich die sog. Delikateßwaren- oder — etwas allgemeiner bezeichnet — die Fettwarengeschäfte, zu deren Sortiment die Fleisch- und Wurstwaren gehörten. In Kolonialwaren- und gar in Milch- oder Brotgeschäften kamen diese Artikel nur wenig vor. Darin hat sich aber viel geändert. Der Typus des sog. Lebensmittelgeschäfts, das mehrere Warenkreise umschließt, das vor allem den Kolonialwaren- und den Fettwarenhandel betrieblich vereinigt, teilweise aber auch den Handel mit Brot oder Backwaren, mit Obst und Gemüse und mit Milch und Milchzeugnissen einbezieht, ist im Laufe der Zeit immer stärker in die Erscheinung getreten. Und wo eine solche Betriebskombination nicht vollends vorliegt, haben die Kolonialwaren-, die Brot- und die Milchgeschäfte zu einem großen Teil Wurstwaren usw. in ihr Sortiment mit aufgenommen. Der Kreis der Verkaufsstellen ist also recht groß und dürfte die Anzahl der Ladenschlachtereien beträchtlich übersteigen. Es gab in Hamburg im September 1950 1420 Einzelhandlungen, die sich als „Lebensmittelgeschäfte“ bezeichneten, 1020 Läden für „Kolonial- und Fettwaren“, 324 Feinkost- und Fettwarenläden, 1050 Milchgeschäfte usw. Wie sehr der Typus des „Fettwarengeschäfts“ verdrängt worden ist, geht daraus hervor, daß in den Stadtteilen und Vororten Hamburgs alten Gebietsumfangs im Jahre 1933 1151, im Jahre 1925 1211 solcher Ladengeschäfte bestanden haben (gegen 324 im jetzigen Groß-Hamburg); insoweit ist im Einzelhandel also nur eine Verlagerung auf Geschäftstypen mit erweiterten Sortimenten eingetreten.

Hamburg hatte am Volkszählungstage 1 602 528 Einwohner. Daraus errechnet sich, daß auf je eine **Ladenschlachtereie 1662 Einwohner** und auf je eine **Pferdeschlachtereie 19 308 Einwohner entfielen**. Auf Schlachterläden beider Art kamen durchschnittlich 1531 Einwohner; das sind bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,5 Personen (wie sie aus der Volkszählung errechnet worden ist) etwa 600 Familien- oder Einzelhaushaltungen je Geschäft.

Die Übersicht 2 enthält für **alle Stadtteile** Angaben über die Zahl der Betriebe und ihre Beschäftigten sowie über die Bevölkerungsgröße; die Schlachtereibetriebe und ihre beschäftigten Personen sind dann in Beziehung zur Einwohnerzahl gebracht. Bei der stadtteilsweisen Abgrenzung darf

natürlich nicht übersehen werden, daß der Publikumsverkehr, insbesondere an der Peripherie der Stadtteile, hin- und herüberwechselt.

Von dem Gesamtdurchschnitt: 1531 Einwohner je Ladenschlachtereie (407 Einwohner je im Schlachtergewerbe Beschäftigten) weichen nach unten ab der Bezirk Hamburg-Mitte (1211), der Bezirk Eimsbüttel (1474) und der Bezirk Hamburg (1358). Das Schlachtergewerbe ist hier also verhältnismäßig dichter besetzt als in den übrigen Verwaltungsbezirken der Hansestadt, und zwar dichter als im Bezirk Altona (1715), Hamburg-Nord (1742), Wandsbek (1585) und im Bezirk Bergedorf (1872). Man muß aber die Verhältnisse in den kleineren geographischen Einheiten, nämlich in den **einzelnen Stadtteilen**, betrachten.

Im Bezirk Mitte nimmt die **Altstadt** als Einkaufszentrum eine besondere Stellung ein: die hier bestehenden 17 Schlachtereibetriebe, zumeist größeren Umfangs, versorgen nicht nur die 9000 Menschen, die in der Altstadt wohnen; die Zahl der Schlachterläden und die der Einwohner aufeinander zu beziehen, geht hier im Grunde fehl. Bis zu einem gewissen Grade trifft dies auch auf die **Neustadt** zu, obschon in der Neustadt der Zusammenhang mit der Wohnbevölkerung ein viel engerer ist, was sich in der Quote von 789 Einwohnern je Ladenschlachter (gegen nur 531 in der Altstadt) ausdrückt. Die Quote steigert sich in **St. Pauli** auf 938 Einwohner je Ladenschlachter; sie bleibt damit noch erheblich unter dem Stadtdurchschnitt, aber der große Durchgangsverkehr vom Hafen wird den St. Paulianer Schlachtern manche außerhalb St. Paulis wohnende Kundschaft zuführen. In **St. Georg** hat sich das Schlachtergewerbe der stark reduzierten Bevölkerung offenbar angepaßt. In einem für das Gewerbe ungünstigen Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist die Betriebsdichte in den zerstörten Stadtteilen **Borgfelde** (1 : 1018), **Hamm-Süd** (1 : 742) und in **Rothenburgsort** (1 : 618). Erst der Wiederaufbau dieser Wohngebiete kann die Existenzgrundlage der hier ansässigen Schlachter verbreitern. Entgegengesetzt lag es im Herbst 1950 in den durch Wiederaufbau vorangekommenen Stadtteilen **Hamm-Nord**, **Hamm-Mitte** und **Veddel**, wo 3642, 1351 und 2969 Einwohner durchschnittlich zum Versorgungskreis eines Schlachtergeschäftes zählten. Verhältnismäßig hoch sind die Quoten auch in den allerdings nur behelfsweise und sehr weit-

Ladenschlachtereien (einschl. Pferdeschlachtereien)

September 1950

Stadtteile Bezirke	Einwohnerzahl	Zahl der		Davon Fleischhand- lungen (Filialbetriebe usw.)	Auf 1 Betrieb (Schlachtereien und Fleisch- handlungen) entfallen ... Einwohner	Auf 1 Beschäftigten entfallen ... Einwohner
		Betriebe	beschäftigten Personen			
Bezirk 1 Hamburg-Mitte						
Hamburg-Altstadt	9 019	17	125	7	531	72
Neustadt	28 405	36	150	4	789	189
St. Pauli	53 490	57	230	4	938	233
St. Georg	21 684	17	86	2	1 276	252
Klostertor	4 089	2	9	—	2 045	454
Hammerbrook	1 706	1	3	—	1 706	569
Borgfelde	3 053	3	15	—	1 018	204
Hamm-Nord	10 925	3	10	—	3 642	1 093
Hamm-Mitte	2 702	2	3	1	1 351	901
Hamm-Süd	2 969	4	12	1	742	247
Horn	28 277	15	54	3	1 885	524
Billstedt	23 911	14	54	1	1 708	443
Billbrook	11 398	6	11	2	1 900	1 036
Billwerder-Ausschlag	6 180	3	13	—	2 060	475
Rothenburgsort	2 473	4	13	1	618	190
Veddel	8 908	3	13	2	2 969	685
Kl. Grasbrook	3 060	2	5	—	1 530	612
Steinwerder	839	—	—	—	—	—
Waltershof	3 800	2	5	1	1 900	760
Finkenwerder	15 293	9	35	1	1 699	437
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	242 181	200	846	30	1 211	286
Bezirk 2 Altona						
Altona-Altstadt	38 545	33	108	—	1 168	357
Altona-Nord	28 352	15	41	—	1 890	692
Ottensen	56 744	42	152	2	1 351	373
Bahrenfeld	42 015	16	49	5	2 626	857
Gr. Flottbek	15 260	9	30	2	1 696	509
Othmarschen	13 396	3	10	—	4 465	1 340
Lurup	14 260	12	32	—	1 188	446
Osdorf	10 168	4	15	—	2 542	678
Nienstedten	9 338	5	14	2	1 868	667
Blankenese	23 689	11	37	3	2 154	640
Iserbrook	8 402	3	8	—	2 801	1 050
Sülldorf	3 958	2	3	—	1 979	1 319
Rissen	8 525	4	20	—	2 131	426
Bezirk 2 Altona	272 652	159	519	14	1 715	525
Bezirk 3 Eimsbüttel						
Eimsbüttel	90 145	85	304	12	1 061	297
Rotherbaum	37 774	22	94	—	1 717	402
Harvestehude	31 204	8	29	1	3 901	1 076
Hoheluft-West	19 049	9	29	1	2 117	657
Lokstedt	14 730	11	30	—	1 339	491
Niendorf	17 429	10	32	—	1 743	545
Schnelsen	12 267	11	38	2	1 115	323
Eidelstedt	13 603	7	37	1	1 943	368
Stellingen	15 792	8	22	—	1 974	718
Bezirk 3 Eimsbüttel	251 993	171	615	17	1 474	410
Bezirk 4 Hamburg-Nord						
Hoheluft-Ost	18 131	21	92	2	863	197
Eppendorf	50 376	28	113	3	1 799	446
Gr. Borstel	15 401	8	25	1	1 925	616
Alsterdorf	15 094	6	27	—	2 516	559
Winterhude	90 623	46	171	7	1 970	530
Uhlenhorst	18 694	8	37	—	2 337	505
Hohenfelde	9 586	6	28	—	1 598	342
Barmbek-Süd	21 795	24	77	6	908	283
Dulsberg	13 422	6	26	1	2 237	516
Barmbek-Nord	37 404	24	95	4	1 559	394
Ohlsdorf	19 277	7	23	2	2 754	838
Fuhlsbüttel	20 860	9	36	1	2 318	579
Langenhorn	28 278	13	33	6	2 175	857
Bezirk 4 Hamburg-Nord	358 941	206	783	33	1 742	458

Ladenschlächtereien (einschl. Pferdeschlächtereien)

September 1950

Stadtteile Bezirke	Einwohnerzahl	Zahl der		Davon Fleischhand- lungen (Filibetriebe usw.)	Auf 1 Betrieb (Schlächtereien und Fleisch- handlungen) entfallen ... Einwohner	Auf 1 Beschäftigten entfallen ... Einwohner
		Betriebe	beschäftigten Personen			
Bezirk 5 Wandsbek						
Eilbek	6 689	10	59	—	669	113
Wandsbek	30 580	27	99	3	1 133	309
Marienthal	11 923	3	13	—	3 974	917
Jenfeld	10 171	7	19	2	1 453	535
Tonndorf	13 465	7	20	1	1 924	673
Bramfeld	24 418	20	53	6	1 221	461
Steilshop	6 581	3	7	—	2 194	940
Wellingsbüttel	10 403	7	25	1	1 486	416
Sasel	13 626	8	29	1	1 703	470
Poppenbüttel	12 492	8	53	1	1 562	236
Hummelsbüttel	4 858	3	13	—	1 619	374
Lemsahl-Mellingstedt	3 069	1	3	—	3 069	1 023
Duvenstedt	2 771	3	8	—	924	346
Wohldorf-Ohlstedt	4 280	1	6	—	4 280	713
Bergstedt	4 053	2	6	—	2 027	676
Farmsen	15 401	8	28	4	1 925	550
Volksdorf	13 551	7	19	2	1 936	713
Rahlstedt	33 611	15	50	1	2 241	672
Bezirk 5 Wandsbek	221 942	140	510	22	1 585	435
Bezirk 6 Bergedorf						
Lohbrügge	15 081	9	35	1	1 676	431
Bergedorf	36 991	18	90	3	2 055	411
Curslack	2 736	1	4	—	2 736	684
Altengamme	2 376	—	—	—	—	—
Neuengamme	4 155	2	8	—	2 078	519
Kirchwerder	8 556	7	32	—	1 222	267
Ochsenwerder	3 227	2	7	—	1 614	461
Reitbrook	700	1	3	—	700	233
Allermöhe	1 545	—	—	—	—	—
Billwerder	4 429	3	10	—	1 476	443
Moorfleth	1 590	1	2	—	1 590	795
Tatenberg	408	—	—	—	—	—
Spadenland	586	—	—	—	—	—
Bezirk 6 Bergedorf	82 380	44	191	4	1 872	431
Bezirk 7 Harburg						
Harburg	27 738	39	165	1	711	168
Neuland	2 644	—	—	—	—	—
Gut-Moor	299	—	—	—	—	—
Wilstorf	16 067	14	48	2	1 148	335
Rönneburg	2 030	—	—	—	—	—
Langenbek	664	—	—	—	—	—
Sinstorf	2 649	2	13	—	1 325	204
Marmstorf	3 543	1	4	—	3 543	886
Eissendorf	15 897	8	21	3	1 987	757
Heimfeld	21 901	11	32	1	1 991	684
Wilhelmsburg	34 873	23	84	4	1 516	415
Georgswerder	15 341	7	22	1	2 192	697
Moorwerder	1 218	—	—	—	—	—
Altenwerder	2 553	2	6	—	1 277	426
Moorburg	2 226	1	4	—	2 226	557
Hausbruch	5 176	2	12	—	2 588	431
Neugraben-Fischbek	11 905	8	23	1	1 488	518
Francop	816	1	2	—	816	408
Neuenfelde	3 960	5	21	—	792	189
Cranz	939	3	12	—	313	78
Bezirk 7 Harburg	172 439	127	469	13	1 358	368
Hansestadt Hamburg insgesamt	1 602 528	1 047	3 933	133	1 531	407

läufig besiedelten Stadtteilen **Billbrook** (1900) und **Waltershof** (1900), von deren Bewohnern manche außerhalb einkaufen werden, etwa in der Nähe ihrer Arbeitsstätte.

In **Altona-Altstadt** liegen die Verhältnisse ähnlich wie im angrenzenden St. Pauli; auch in der Altonaer Altstadt ist viel Durchgangsverkehr, aber es sind hier auch zahlreiche Wohnungen zerstört. Lebhaft ist der Passantenverkehr ferner in **Ottensen**, auf der entgegengesetzten Seite des Altonaer Bahnhofs. Ottensen ist zudem nicht zerstört und dicht bewohnt, woraus sich erklärt, daß in Ottensen auf je ein Schlachterladen 183 Einwohner mehr entfallen als in Altona-Altstadt (hier 1168, in Ottensen 1351). An Ottensen schließt sich nordwestlich **Bahrenfeld** an, das ebenfalls von den Kriegszerstörungen wenig betroffen worden ist; den 16 Ladenschlachtereien stehen 42 000 Einwohner gegenüber, so daß hier die Relation 2626 beträgt, also weit über dem Durchschnitt liegt. Realistisch betrachtet, wird man aber die Nachbarschaft der Kaufstraßen in Ottensen nicht außer acht lassen dürfen. Folgen wir dem Stadtplan in westlicher Richtung, so fällt unser Blick auf die **Elbvororte**, die nach den Kriegszerstörungen in den inneren Stadtteilen an Einwohnerzahl stark gewachsen sind. Dies findet auch in der vorliegenden Statistik seinen Ausdruck darin, daß das Verhältnis der Bevölkerungszahl zu der Zahl der Schlachterläden im allgemeinen für das Gewerbe günstig liegt. Am höchsten ist die Quote in **Othmarschen** (4465); mit großem Abstand, aber immer noch weit über Durchschnitt, folgen **Rissen** (2131), **Iserbrook** (2801), **Osdorf** (2542), **Blankenese** (2154), **Nienstedten** (1868). **Groß-Flottbek** (1696) berührt sich eng mit Othmarschen.

Wie in den Elbvororten, so ist auch in den nördlichen Stadtteilen, die ebenfalls von den Kriegszerstörungen ziemlich verschont geblieben sind, die Wohndichte enger geworden. In **Winterhude**, dem z. Z. am meisten bevölkerten Stadtteil Hamburgs (über 90 000 Einwohner), errechnet sich bei immerhin 46 Ladenschlachtern noch eine durchschnittliche Bevölkerungszahl je Schlachtereie von 1970, während sie sich in dem weitläufigeren **Alsterdorf** auf 2516, in **Ohlsdorf** auf 2754, in **Fuhlsbüttel** auf 2318 und in **Langenhorn** auf 2175 stellt. Überall liegen die Zahlen beträchtlich über dem Durchschnitt. Im oberen **Alstertal** und in den **Walddörfern**, gleichfalls Gebiete des Bevölkerungs-

zuwachses, hat sich dagegen schon eine gewisse Angleichung vollzogen, wie die Zahlen aus dem Bezirk 5 Wandsbek zeigen. Der Stadtteil **Wandsbek** selber liegt mit einer Quote von nur 1133 scheinbar ungünstig für das Gewerbe, er hat aber eine zusätzliche Kundschaft, insbesondere aus **Marienthal**, wo erst auf 3974 Einwohner ein Schlachterladen entfällt. Dürftig ist die Bevölkerungsfrequenz in dem fast ganz zerstörten Stadtteil **Eilbek**, wo 10 Schlachter rd. 6700 Einwohner versorgen; vergleicht man damit etwa **Tonndorf-Rahlstedt**, wo viele ehemalige Eilbeker wohnen, so ist dort die Bevölkerungsbasis für das Schlachtergewerbe drei- bis viermal so breit.

Noch ein Blick zurück auf das rechte Alsterufer, auf die beiden großen Stadtteile **Eimsbüttel** und **Eppendorf**; Eimsbüttel, von dem viel zerstört ist, zählt nur 1061 Einwohner je Schlachterladen, das fast unversehrte Eppendorf hingegen 1799.

An der Peripherie der Hansestadt im Südosten und Süden, in den mehr ländlichen Bezirken der **Marsch- und Vierlande** und der **Süderelbe**, sind die Frequenzziffern unterschiedlich, im allgemeinen aber nicht ungünstig für das Schlachtergewerbe; denn auch dies sind Bevölkerungsaufnahmegebiete. Allerdings versorgt sich die ländliche Bevölkerung weitgehend aus **Haus-schlachtungen**. **Bergedorf** selbst, am Geestrand der Marsch- und Vierlande, hat eine Quote von 2055 Einwohnern je Ladengeschäft. Der Stadtteil **Harburg** hingegen, der erheblich zerstört ist, zählt nur 711 Einwohner je Schlachterladen; das sind nur halb so viel wie in dem benachbarten, östlich der Süderelbe gelegenen **Wilhelmsburg**. Dafür sind aber die westlich und südlich unmittelbar an Harburg anschließenden Wohngebiete von **Wilstorf**, **Sinstorf**, **Marmstorf**, **Eißendorf**, **Heimfeld**, **Hausbruch** wesentlich weniger mit Schlachterläden besetzt; der Stadtteil **Harburg** hat für sie die Bedeutung einer **City**.

Die gegenwärtige „Streuung“ der Schlachterläden in dem Gebiet der Hansestadt, wie sie eben dem Leser anhand der Übersicht 2 vorgeführt worden ist, wird in ihrer hauptsächlich durch Krieg und Kriegsfolgen bedingten Eigenart noch deutlicher sichtbar, wenn man die frühere Struktur des Schlachtergewerbes zum Vergleich heranzieht. Das ist möglich für die Stadtteile und Vororte Hamburgs alten Gebietsumfangs. Die Übersichten 3 und 4 geben ein Bild von den Verhältnissen in den Jahren 1925 und 1933 in Beziehung zu 1950.

Übersicht 3

Die Ladenschlachtereien einschl. Fleischhandlungen (Filialen)

Stadtteile	1925		1933		1950	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Altstadt	24	165	36	139	17	125
Neustadt	72	315	67	302	36	150
St. Georg	74	281	65	273	20	98
St. Pauli	69	234	66	199	57	230
Eimsbüttel	119	359	136	419	83	296
Rotherbaum	34	133	32	132	22	94
Harvestehude	19	62	23	70	8	29
Eppendorf	67	224	76	269	58	234
Gr. Borstel	} 12	40	} 22	75	8	25
Fuhlsbüttel					9	36
Langenhorn					13	33
Kl. Borstel					} 7	} 23
Ohlsdorf	6	27				
Alsterdorf	} 32	111	} 40	138	48	179
Winterhude					48	179
Barmbek	100	333	128	434	52	190
Uhlenhorst	37	127	34	153	8	37
Hohenfelde	25	106	22	136	6	28
Eilbek	47	160	47	178	10	59
Borgfelde	26	72	28	81	3	15
Hamm	41	137	67	203	9	25
Horn	6	14	15	38	15	54
Billwerder-Ausschlag	44	139	48	125	7	26
Billbrook	} 6	26	} 9	30	6	11
Moorfleth					1	2
Steinwerder-Waltershof					2	5
Kl. Grasbrook					2	5
Finkenwerder	} 4	15	} 8	24	9	35
Veddel					3	13
Stadtgebiet Hamburg zusammen	858	3 053	969	3 418	525	2 084

Übersicht 4

Stadtteile	Auf 1 Betrieb (Schlachtereien und Fleischhandlungen entfielen ... Einwohner ¹⁾)		
	1925	1933	1950
Altstadt	809	808	531
Neustadt	905	868	789
St. Georg	1303	1332	1374
St. Pauli	1003	960	938
Eimsbüttel	1090	910	1086
Rotherbaum	919	928	1717
Harvestehude	1551	1252	3901
Eppendorf	1283	1098	1510
Gr. Borstel	} 2107	} 1648	1925
Fuhlsbüttel			2318
Langenhorn			2175
Kl. Borstel			} 2754
Ohlsdorf	2516		
Alsterdorf	} 1487	1590	1888
Winterhude			1888
Barmbek	1506	1496	1397
Uhlenhorst	1210	1179	2337
Hohenfelde	1356	1476	1598
Eilbek	1297	1193	669
Borgfelde	1306	1157	1018
Hamm	1796	1451	1844
Horn	1543	1175	1885
Billwerder-Ausschlag	1202	1050	1236
Billbrook	} 1706	} 1216	1900
Moorfleth			1590
Steinwerder-Waltershof			2320
Kl. Grasbrook			1530
Finkenwerder	} 1361	1188	1699
Veddel			2969
Stadtgebiet Hamburg zusammen	1253	1163	1455

¹⁾ Einwohnerzahl des Stadtgebiets: 1925 = 1 075 024, 1933 = 1 127 173, 1950 = 763 662.

Zunächst fällt auf, daß die Einwohnerzahl dieses großstädtischen Kerngebietes und seiner alten Vororte von 1 127 173 im Jahre 1933 auf 763 662 im Jahre 1950 zurückgegangen ist, somit um 32,2 v. H. Die Zahl der Schlachterläden in diesen Gebieten hat verhältnismäßig noch stärker, von 969 auf 525, d. h. um 45,8 v. H. abgenommen. Nun kann man nicht ohne weiteres eine Parallele ziehen zwischen dem Bevölkerungsrückgang und dem Rückgang im Gewerbe; denn in zerstörten Gebieten hier und dort verbliebene kleine Bevölkerungsteile sind für ein Schlachtergeschäft im nahen Umkreis keine Basis. Eine gewisse Konzentration auf weniger Geschäfte ergibt sich von selbst, zumal der Fleischverbrauch zurückgegangen ist (wovon in den Ausführungen über die Umsätze noch gesprochen werden wird). Die durchschnittliche Einwohnerzahl je Schlachterladen in der Stadt Hamburg früheren Gebietsumfangs ist denn auch von 1163 im Jahre 1933 auf 1455 im Jahre 1950 gestiegen. Aber dem haftet der Charakter des Zeitbedingten an. Wenn der Wiederaufbau zerstörter Gebäude weitere Fortschritte macht, wird es neben Neugründungen auch Verlagerungen im Schlachtergewerbe geben. Welche Veränderungen im Wohnungsbestand sich bereits im Jahre 1951 vollzogen haben, zeigt der nachstehende kleine Ausschnitt aus der Baustatistik:

Stadtteile	Reinzugang an Wohnungen ¹⁾ im Jahre 1951	Stadtteile	Reinzugang an Wohnungen ¹⁾ im Jahre 1951
Altstadt	20	Barmbek	4 944
Neustadt	162	Uhlenhorst	375
St. Georg	187	Hohenfelde	162
St. Pauli	315	Eilbek	314
Eimsbüttel	756	Borgfelde	99
Rotherbaum	420	Hamm	1 949
Harvestehude	684	Horn	997
Eppendorf	325	Billw. Ausschlag	124
Groß-Borstel	238	Billbrook	129
Fuhlsbüttel	112	Moorfleth	22
Langenhorn	603	Steinwerder	3
Klein-Borstel)	169	Waltershof	60
Ohlsdorf		Kl. Grasbrook	53
Alsterdorf	110	Veddel	355
Winterhude	1 054	Finkenwerder	195

¹⁾ Die Stadtteile St. Pauli, Eimsbüttel, Winterhude, Barmbek und Uhlenhorst sind hier gebietsmäßig etwas anders begrenzt als in den Übersichten 3 und 4.

Schließen wir die Standortuntersuchung ab mit einem Überblick über die Betriebsgrößen in den einzelnen Bezirken.

Das Schlachtereigeschäft wird überwiegend in der Form des **Kleinbetriebs** geführt, und meistens arbeiten Familienangehörige mit. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug bei der Arbeitsstättenzählung vom 13. September 1950 (aus der Übersicht 2 ist sie leicht zu errechnen) 3,8 Personen; Inhaber und mit-helfende Familienangehörige eingerechnet. Wie sich die **Größengliederung** im einzelnen stellt, zeigt die folgende Übersicht, die sich auf die Ladenschlachtereien (einschl. industriemäßig produzierende Betriebsteile), die Pferde- und die Kopfschlachtereien sowie auf die Filialgeschäfte und die konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstellen bezieht.

Bezirk	Anzahl der Betriebe	Betriebe mit . . . beschäftigten Personen			
		1	2-4	5-9	über 10
Hamburg-Mitte	199	15	131	39	15
Altona	159	10	117	32	—
Eimsbüttel	171	17	114	37	3
Hamburg-Nord	207	20	131	52	3
Wandsbek	140	14	95	29	2
Bergedorf	44	1	27	15	1
Harburg	127	12	81	31	3
zusammen	1 047	89	696	235	27

Die Arbeitsstättenzählung liefert auch Angaben über die Stellung der Beschäftigten im Betrieb (ob Inhaber, Geselle, Lehrling usw.). Diese statistische Gruppierung ist aber verschiedener Überschneidungen wegen nur gemeinsam für alle Zweige des fleischverarbeitenden Gewerbes (also für die anfangs genannten Klassen 4611, 4614, 4617) möglich.

Der Erhebungsbogen der Arbeitsstätten-zählung (der natürlich für die gesamte Wirtschaft einheitlich sein mußte) machte bei der Frage nach der Stellung der Beschäftigten im Betrieb auf vorgedruckten Zeilen die Unterscheidungen, die (redaktionell gekürzt) in der folgenden Übersicht stehen; die Übersicht bezieht sich auf die 5213 Personen, die in der Übersicht 1 (ungerechnet die zum Handel zählenden Filialen usw.) als Beschäftigte in den fleischverarbeitenden Gewerben, also in Industrie und Handwerk, aufgeführt sind:

	männlich	weiblich	zus.
Tätige Inhaber	1 184	172	1 356
Mithelfende Familienangehörige	81	717	798
Angestellte	134	375	509
Arbeiter, Gesellen, Gehilfen	1 633	477	2 110
m. w. zus.			
a) gelernte	1 477	—	1 477
b) angelernte	57	210	267
c) ungelernete	99	267	366
Lehrlinge, Anlernlinge			
a) kaufmännische Lehrlinge	8	125	133
b) gewerbliche Lehrlinge	271	—	271
c) Anlernlinge	3	33	36
insgesamt	3 314	1 899	5 213

Gut ein Viertel der Gewerbezugehörigen sind demnach Geschäftsinhaber. Zählt man die mithelfenden Familienangehörigen hinzu, so sind es reichlich 40 v. H. der Beschäftigten, die auf Inhaber und deren Familienangehörige entfallen. Der Kreis der Gesellen umfaßte 28 v. H. der Beschäftigten, 12 v. H. waren angelernte und ungelernete Arbeiter, rd. 10 v. H. waren Angestellte und die übrigen 10 v. H. Lehrlinge. Dies also im Gesamtbild der Fleischerei und Fleischwarenindustrie gesehen.

Entsprechende Zahlen lassen sich auch für das Handwerk allein geben, wenn man auf die Handwerkszählung vom Herbst 1949 zurückgreift. Im **Handwerk allein entfielen auf Inhaber und Familienangehörige nicht weniger als 60 v. H. der Beschäftigten**; 21 v. H. waren Gesellen, knapp 4 v. H. Handwerkslehrlinge, 6 v. H. Gewerbegehilfinnen und 5 v. H. weibliche kaufmännische Angestellte; die wenigen übrigen waren zumeist angelernte und ungelernete Arbeiter.

Die Handwerkszählung 1949 gab auch Auskunft über das **Lebensalter der Betriebsinhaber**. Von 1188 Ladenschlachtern, Großschlachtern, Kopfschlachtern usw. standen im Alter

unter 25 Jahren	2
von 25 bis unter 30 Jahren	15
von 30 bis unter 40 Jahren	156
von 40 bis unter 50 Jahren	426
von 50 bis unter 60 Jahren	287
von 60 bis unter 65 Jahren	140
von 65 Jahren und mehr	162
	1 188

Im Gesamtbereich von Fleischwarenindustrie und Fleischerei hatte nach der Arbeitsstättenzählung 1950 das weibliche Geschlecht mit 1899 Berufsangehörigen einen Anteil am Beschäftigtenstand (5213) in Höhe von 36,4 v. H. Für das Handwerk im besonderen waren es (nach der Handwerkszählung 1949) 38,8 v. H. In der Industrie sind also verhältnismäßig nicht viel weniger Frauen und junge Mädchen tätig als im Handwerk, obgleich in den Fleischwarenfabriken die für die Ladenschlachtereien typischen Formen der Mitarbeit von Familienangehörigen, von Gewerbegehilfinnen und Verkäuferinnen kaum auftreten. In der Industrie sind es neben weiblichen kaufmännischen Angestellten hauptsächlich angelernte und ungelernete Arbeiterinnen.

Ergänzend zu diesen Angaben gibt die Berufszählung, die mit der Volkszählung vom 13. September 1950 verknüpft war, einen Überblick über die zahlenmäßige Besetzung und die Altersgliederung des für das Schlachterhandwerk und die Fleischwarenindustrie entscheidenden Berufs der „Fleischer“ — vom Fleischhauer über den Hausschlächter, den Kopfschlächter, den Roßschlächter und den Schweineschlächter bis zum Freibankmetzger, wie die einzelnen Berufsbenennungen in den Haushaltungslisten der Volkszählung lauteten. Im September 1950 wurden

unter den Hamburger Erwerbspersonen 3453 Fleischer ausgewiesen, davon 2262 in abhängiger Stellung. Dieses „Berufspotential“ war nur teilweise ausgenutzt, denn 261 Fleischer waren erwerbslos. Aus den nachstehenden Zahlen lassen sich einige Rückschlüsse auf die Nachwuchslage, aber auch auf die Überalterung des Fleischerberufs ziehen. **28,4 v. H. aller Berufstätigen hatten im Herbst 1950 das 50. Lebensjahr überschritten; die Nachwuchsjahrgänge der unter 20jährigen umfaßten demgegenüber nur etwa 11,3 v. H.**

Die Fleischer nach Altersgruppen, Geschlecht und Stellung im Beruf
Berufszählung September 1950

Altersgruppe	Erwerbspersonen insgesamt			davon							
	Summe	männlich	weiblich	Erwerbstätige		und zwar				Arbeitslose	
				männlich	weiblich	Selbständige		Abhängige		männlich	weiblich
						männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
unter—15	8	6	2	6	2	—	—	6	2	—	—
15—18	265	216	49	215	49	—	—	215	49	1	—
18—20	118	117	1	110	1	—	—	110	1	7	—
20—25	271	268	3	243	3	4	—	239	3	25	—
25—30	219	219	—	194	—	17	—	177	—	25	—
30—35	255	253	2	224	2	54	1	170	1	29	—
35—40	413	411	2	380	2	151	2	229	—	31	—
40—45	465	460	5	429	4	198	4	231	—	31	1
45—50	458	453	5	416	5	234	5	182	—	37	—
50—55	301	295	6	270	6	138	5	132	1	25	—
55—60	239	232	7	209	6	115	5	94	1	23	1
60—65	253	249	4	227	4	115	3	112	1	22	—
65 und älter	188	187	1	184	1	139	1	45	—	3	—
insgesamt	3453	3366	87	3107	85	1165	26	1942	59	259	2

Die Darstellung wendet sich nun den wirtschaftlichen Ergebnissen der betrieblichen Arbeit zu, wie sie unter dem volkswirtschaftlichen Begriff des **Umsatzes** zu verstehen sind.

In der **Arbeitsstättenzählung 1950** war nach dem **Umsatz im Kalenderjahr 1949** gefragt worden. Die Frage haben in den Gewerkeklassen **Fleischwarenindustrie und Fleischerei** 1090 Betriebe (genauer: 1090 Unternehmen, weil der Umsatz von Zweigbetrieben in dem Umsatz der Hauptniederlassungen mit erscheint) beantwortet, während 139 Betriebe die Beantwortung leider unvollständig gemacht haben. Die Lücke konnte durch Schätzungen auf Grund des großen Vergleichsmaterials aus den 1090 Unternehmungen geschlossen werden.

Das Jahr 1949, in dem die meisten Wirtschaftszweige nach langen Jahren des Warenmangels und der Markentwertung wieder sozusagen „normal“ arbeiten konnten, war für die **Vieh- und Fleischwirtschaft** noch ausgesprochen unnormal. Die Ware war noch knapp, die Rationierung noch nicht aufgehoben. Wohl war gegenüber dem Jahre 1948 ein wesentlicher Fortschritt festzustellen, aber ein der Nachfrage entsprechendes Angebot war noch nicht vorhanden. Es entwickelte sich erst im Jahre 1950. Angebot und Nachfrage sind jedoch bis in die jüngste Zeit **erheblich unter dem Stand der**

Vorkriegsjahre geblieben. Nach der Statistik der **Vieh- und Fleischbeschau** betrug der **Fleischanfall** in Hamburg (aus Schlachtungen und aus Fleischzufuhren) im Jahre 1938 105,6 Mill. kg, 1948 11,4 Mill., 1949 31,1 Mill., 1950 57,7 Mill. und im Jahre 1951 75,7 Mill. kg; **also um 30 v. H. ist der Fleischanfall niedriger als im letzten Vorkriegsjahr.** Das Statistische Landesamt wird sich in einer Arbeit über **Viehmarkt, Schlachtungen und Fleischverbrauch** in Hamburg in einem der nächsten Hefte von „Hamburg in Zahlen“ damit näher befassen.

Die **Umsätze in dem Gewerbezug Fleischwarenindustrie und Fleischerei** in Hamburg stellten sich nach dem Material der **Arbeitsstättenzählung vom 13. September 1950 im Kalenderjahr 1949 auf rd. 165,5 Mill. DM**. Diese Zahl ist allerdings nur noch eine „historische“, weil der **Fleischanfall** damals gering war.

Wie sich die vermehrte Fleischversorgung in den **Umsätzen der Jahre 1950 und 1951** ausgeprägt hat, läßt sich aus der **Umsatzsteuerstatistik** und der **Industrieberichterstattung** erkennen. Die **Umsatzsteuerstatistik**, die sich in der vorliegenden Form auf die **Umsatzsteuervorauszahlungen** gründet, erfaßt auf allen Wirtschaftsgebieten die Betriebe mit mehr als 20 000 DM Jahresumsatz, d. s. in dem Gewerbezug **Fleisch-**

warenindustrie und Fleischerei so gut wie alle Betriebe, die Warenumsätze machen (im Gegensatz zu den Leistungsentgelten von Kopfschlachtern, Hausschlachtern und Lohnräuchereien). Die Industrieberichterstattung hat, wie der Name sagt, einen auf die Industrie begrenzten Berichtskreis, nur wurden bis 1950 auch größere Handwerksbetriebe beteiligt. Es melden Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Aus der Umsatzsteuerstatistik errechnet sich für den Wirtschaftszweig „Fleischerei und Fleischwarenherstellung“ für das Jahr 1950 ein Gesamtumsatz von 245,8 Millionen DM (unter Einrechnung von 24,8 Millionen aus anderen statistischen Positionen und aus nicht steuerpflichtigen Exportumsätzen) und für das Jahr 1951 ein Gesamtumsatz von 336,2 Millionen DM (unter Einbeziehung von 54,4 Millionen aus gleichen methodischen Motiven wie 1950). Für das vorangegangene Jahr 1949 läßt sich aus der Umsatzsteuerstatistik keine Aussage ableiten, weil der Gewerbezweig damals aus dem Zahlenstoff nicht ausgegliedert war. Dafür haben wir die Umsatzangaben aus der Arbeitsstättenzählung (165,5 Millionen).

Für die Zeitspanne 1949 bis 1951 ergibt sich somit eine Umsatzsteigerung um 170,7 Mill. DM oder um 103,2 v. H. Der Zuwachs, so beträchtlich er ist, bleibt hinter der Zunahme des aus der Hamburger Schlachtvieh- und Fleischschau errechneten Fleischanfalls (von 31,1 auf 75,7 Mill. kg, also um 143,4 v. H.) auffallend zurück. Aber man kann die Zahlen nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. Das Jahr 1949 hatte eine ganz ungewöhnliche Marktsituation, die es mit sich brachte, daß insbesondere in der ersten

Hälfte des Jahres verhältnismäßig große Mengen von Fleisch aus außerhamburgischen veterinärämtlichen Beschaubezirken nach Hamburg gekommen sind, die auch den Großmarkt in Hamburg nicht berührt haben. Die von der Hamburger Fleischschau registrierten 31,1 Mill. kg stellten also nicht das Ganze dar. In Wirklichkeit wird der Fleischanfall um mindestens 4 Mill. kg größer gewesen sein, was sich aus dem Verhältnis zwischen den damaligen effektiven Preisen und dem Jahresumsatz von 165,5 Mill. DM erschließen läßt.

Die effektiven Preise von 1949 waren übrigens nicht wesentlich anders als im Jahre 1951, nur vorübergehend waren sie im Jahre 1950 niedriger gewesen. Die Umsatzsteigerung von 1949 bis 1951 um 170,7 Mill. DM oder um 103,2 v. H. ist also im großen ganzen eine echte gewesen.

Wie haben sich nun die Umsätze in den einzelnen Zweigen der fleischverarbeitenden Gewerbe entwickelt? Wie gliedern sie sich überhaupt auf die einzelnen Sparten auf?

Für das Jahr 1949 war eine vollständige Aufteilung auf die Sparten möglich; denn es konnte das Urmaterial der Arbeitsstättenzählung entsprechend zerlegt werden, und wo dies nicht ausreichte (insbesondere bei Kombinationen zwischen Ladenschlachterei und industriemäßiger Herstellung), haben die Betriebe auf Wunsch des Statistischen Landesamts ihre Angaben auf den Arbeitsstättenbogen nachträglich detailliert. Für die Jahre 1950 und 1951 hingegen kann eine gleiche Aufteilung aus der Umsatzsteuerstatistik heraus durchgehend nicht geboten werden. Da aber für

Übersicht 5

Die Umsätze in den fleischverarbeitenden Gewerben

Gewerbearten	Zahl der Betriebe ¹⁾ Beschäftigten		Umsätze in DM		
	nach der Arbeitsstättenzählung vom 13. Sept. 1950		1949	1950	1951
Fleischwarenindustrie	16	455	16 541 916	24 768 493 ²⁾	54 352 322 ²⁾
darunter Exportumsätze	—	—	—	—	25 500 000
Wurstfabrikation	9	23	472 333	5 776 300	7 900 700
Herstellung von Feinkost, Salaten, Eiweißprodukten	5	91	1 882 726		
Schmalzsiedereien	3	48	1 316 586		
Lohnsalzereien	4	40	143 778		
Räuchereien	11	19	57 948		
	48	676	20 415 287	30 544 793	62 253 022
Industriemäßig produzierende Handwerksbetriebe und Betriebsteile von Ladenschlachtereien	19	476	15 112 404	20 246 586	27 971 847
Zusammen	48	1 152	35 527 691	50 791 379	90 224 869
Groß-Schlachtereien	121	247	34 497 094	53 237 354	67 151 211
Kopfschlachter	67	176	998 610		
Ladenschlachtereien einschl. Filialen und konsumgenossenschaftliche Verteilungsstellen, Marktschlachtereien, Hausschlachter	1 093	3 999	94 463 235		
Insgesamt	1 329	5 574	165 486 630	245 800 000	336 200 000

¹⁾ ohne 127 Neugründungen im Jahre 1950.

²⁾ einschl. Umsätze der Betriebe unter 10 Beschäftigten, die nicht zur Industrieberichterstattung melden, und zwar für 1949 DM 1 318 213, für 1950 2 351 528 und für 1951 4 758 947.

die Industrie spezielle Ergebnisse aus der Industrieberichterstattung vorliegen, hat das Statistische Landesamt aus der Umsatzsteuerstatistik die industriemäßig produzierenden Handwerksbetriebe ausgesondert, um wenigstens auch für diese wichtige Betriebsform spezielle Umsatzangaben für 1950 und 1951 machen zu können. Für das Handwerk im allgemeinen jedoch kann nur unterstellt werden, daß sich die Umsätze bei den Großschlachtern, Ladenschlachtern usw. in der gleichen Weise entwickelt haben, wie die Umsätze des gesamten Schlachterhandwerks angestiegen sind.

Auf diesen Gedankengang und auf die umschriebenen konkreten Grundlagen baut sich die Übersicht 5 auf. Selbstverständlich lassen sich die hier aufgeführten Umsätze der einzelnen Sparten nicht ohne weiteres aufeinander beziehen. Industrie und Ladenschlachtereien setzen beide Fertigwaren um, die Industrie aber nur Fleischwaren und diese zum Fabrikabgabe- oder Großhandelsabgabepreis, während in den Ladenschlachtereien Frischfleisch und Fleischwaren zu Kleinhandelspreisen verkauft werden. Die Großschlachter liefern an die Weiterverarbeiter in Industrie und Handwerk ein Halbprodukt zu Großhandelsabgabepreisen; die Umsätze der Kopfschlachter sind zumeist Entgelte aus ihren Lohnaufträgen.

Die Entwicklung des **Industrieumsatzes** wird in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß die Industrie im Jahre 1951 wieder in größerem Umfang Fleischwaren exportiert hat. Ihr **Exportumsatz** belief sich **1951** auf rd. **25,5 Mill. DM**. Setzt man die 25,5 Mill. von den in der Übersicht ausgewiesenen 54,4 Millionen ab, so stehen sich 28,9 Millionen aus 1951 und 16,5 Millionen aus 1949 gegenüber. Die Industrie (ohne Feinkostherstellung, Räucherei, Salzerei und Siederei) hat also im Inlandsgeschäft eine Umsatzsteigerung um 75 v. H. zu verzeichnen.

Die Handwerksbetriebe, die außer für ihre Ladengeschäfte industriemäßig produzieren, waren schon im Jahre 1949 mit ihrem industrieähnlichen Umsatz (15,1 Mill. DM) nicht weit entfernt von den Umsätzen der eigentlichen Fleischwarenindustrie (16,5 Mill.). Inzwischen sind die beiden Umsatzgrößen sogar noch näher aneinandergerückt, denn das Handwerk setzte industriell im Jahre 1951 kaum noch 1 Million DM weniger um (28,0 Mill.) als die Fleischwarenindustrie (28,9 Mill.). Man sieht, wie wichtig es von der Marktseite her ist, beide Betriebsformen beieinander zu sehen. Addiert man die Marktleistungen, so ergibt sich für das Jahr 1951 eine industrielle Produktion im Werte von 56,9 Mill. DM für den Inlandsabsatz. Es dürfte bekannt sein, daß die Hamburger Fleischwarenhersteller nicht nur ein Platzgeschäft, sondern auch ein Versandgeschäft haben, wie ja auch in umgekehrter Richtung die auswärtige Fleischwarenindustrie nach Hamburg liefert.

Was die Großschlachter, die Kopfschlachter, die Ladenschlachter usw. in den Jahren 1950 und 1951

umgesetzt haben, läßt sich, wie gesagt, detailliert nicht exakt angeben, sondern nur rechnerisch aus den Gesamtumsätzen der fleischverarbeitenden Gewerbe ableiten, indem man zunächst die Gesamtumsätze um die eben behandelten industriellen Umsätze kürzt. Dann verbleibt für die Groß- und Kopfschlachter, die Ladenschlachtereien (einschl. der Filialen und der konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstellen), die Marktschlachter und Hauschlachter insgesamt für das Jahr 1950 ein Umsatz von 195 Mill. DM und für das Jahr 1951 ein Umsatz von 246 Mill. DM. Demgegenüber steht der durch die Arbeitsstättenzählung für das Jahr 1949 ermittelte Umsatz von 130 Millionen. Von 1949 bis 1951 sind also die Handwerksumsätze um 116 Millionen oder um 89 v. H. gestiegen. Die Steigerung ist etwas größer als die der industriellen Produktion (+ 82 v. H.), soweit man nur den Inlandsumsatz sieht; fügt man den Export hinzu, sieht das Bild anders aus.

Von besonderem Interesse sind die Umsätze in den Schlachterläden, sind sie doch Ausdruck der Kaufkraft und bis zu einem gewissen Grade auch der Ernährungsweise der Bevölkerung. Nach der vorliegenden Berechnung (die — um es nochmals hervorzuheben — von der Annahme ausgeht, daß sich die Umsätze der Großschlachter und der Ladenschlachter prozentual etwa gleichmäßig erhöht haben) sind in den Schlachterläden im Jahre 1951 rd. 179 Millionen DM umgesetzt worden; das sind rd. 112 DM auf den Kopf der Bevölkerung. Hinzu kommen die Fleischwarenumsätze in den Geschäften des Lebensmittel Einzelhandels und in Gaststätten.

Übersicht 6

Die Gliederung der Umsätze in den Ladenschlachtereien¹⁾

Anzahl der Betriebe ²⁾	Die in der Vorspalte aufgeführten Betriebe hatten im Jahre	
	1949	1951 ³⁾
	Umsätze in der Höhe	
	von — bis DM	von — bis DM
117	20 000 — 40 000	38 000 — 76 000
158	40 000 — 60 000	76 000 — 114 000
183	60 000 — 80 000	114 000 — 151 000
101	80 000 — 100 000	151 000 — 189 000
188	100 000 — 140 000	189 000 — 265 000
78	140 000 — 180 000	265 000 — 341 000
39	180 000 — 220 000	341 000 — 416 000
24	220 000 — 260 000	416 000 — 491 000
12	260 000 — 300 000	491 000 — 568 000
10	300 000 — 350 000	568 000 — 663 000
10	350 000 und mehr	663 000 und mehr
920		

¹⁾ Filiale und konsumgenossenschaftliche Verteilungsstellen sind eingerechnet.

²⁾ Nach der Arbeitsstättenzählung vom 13. 9. 1950; ohne 127 Neugründungen im Jahre 1950.

³⁾ Dies in der Annahme, daß sich die Umsätze in den einzelnen Größenklassen von 1949 auf 1951 in der gleichen Weise erhöht haben, wie die Umsätze im gesamten Schlachterhandwerk gestiegen sind. Die Umsatzstufen von 1949 sind demgemäß hier jeweils um 89,3 v. H. hinaufgesetzt worden.

Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung gestatten es, die Umsätze im Jahre 1949 nach Umsatzgrößenklassen zu gliedern. Wie aus der Übersicht 6 hervorgeht, zeigt sich, daß von 920 Schlachtereien z. B. 183 Betriebe 60 000 bis 80 000 DM, 188 Betriebe 100 000 bis 140 000 DM umsetzten usw. Erhöht man die für 1949 gebildeten Umsatzabstufungen alle in dem gleichen Verhältnis, in dem die Umsätze des Schlachtergewerbes überhaupt gestiegen sind (+ 89,3 v. H.), dann läßt sich in den auf diese Weise hinaufgesetzten Umsatzgrößenklassen auch die Gliederung der Umsätze im Jahre 1951 in etwa darstellen. Das geschieht ebenfalls durch die Übersicht 6.

Ein Umsatz in der Größenordnung von 336 Millionen DM auf allen Stufen der Fleischwirtschaft in Hamburg ist im Gesamtbild der hamburgischen Wirtschaft nur wie einer von vielen Mosaiksteinen, aus denen sich die hamburgische Wirtschaftsleistung zu einem Gesamtumsatz formt, der im Jahre 1951 rund 26,5 Milliarden DM betragen hat. Die Fleischwirtschaft nimmt hieran

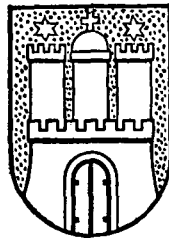
also mit etwa 1,3 v. H. teil. Um 1 v. H. herum liegt auch der Anteil der in der Vieh- und Fleischwirtschaft beschäftigten Personen an dem gesamten Beschäftigungsstand in Hamburg, der sich für den Bereich der Arbeitsstättenzählung auf rund 684 500 Personen beziffert. 5939 Beschäftigte führt die Übersicht 1 für das Schlachtergewerbe, die Fleischwarenindustrie und den Viehhandel auf. Zählt man die etwa 600 Beschäftigten in den beruflich angrenzenden Darmschleimereien und -sortierereien und den Darm-Großhandlungen hinzu, vergißt man schließlich nicht, in die Vieh- und Fleischwirtschaft die 322 Bediensteten der Viehmarkt- und Schlachthofverwaltung einzubeziehen, so kommt man, um es genau zu sagen, für den Stichtag der Zählung, dem 13. September 1950, auf einen Beschäftigungsstand von 6852 Personen. Gegenwärtig, nachdem der Fleischanfall größer geworden ist, dürfte die Zahl der Beschäftigten wohl 7000 überschritten haben. 7000 Erwerbstätige mit ihren Familien sind in der Zahl gleich der Bevölkerung einer kleinen Mittelstadt von wohl etwa 17 000 Einwohnern.

Dr. Urban

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 12. Juli 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 25

Die Preise in Hamburg im 1. Halbjahr 1952

Der letzte Aufsatz über die Verbraucherpreise und die Preisindexziffer in „Hamburg in Zahlen“ (Nr. 7 von 1952) schloß mit der für den Januar 1952 gültigen Feststellung, „daß wir auf die besonders hohe Preisebene vor 3 Jahren wieder zurückgelangt seien“. Sowohl für Januar 1949 als für Januar 1952 lautete die Indexziffer, selbst in der Dezimalstelle übereinstimmend, auf 176,5 (1938 = 100), nachdem sie in den Januarmonaten 1950 (161,3) und 1951 (160,7) um fast 9 v. H. niedriger gelegen hatte. Hat nun das Wiederansteigen der Preise, das seit der Jahreswende 1950/51 den Verbraucher beunruhigte, auch 1952 angehalten oder ist es zum Stillstand gekommen oder haben sich die Lebenshaltungskosten im verflissenen Halbjahr gar gesenkt?

Beginnen wir mit einem einfachen Vergleich zwischen Anfang und Ende des Halbjahres und sehen wir zunächst darüber hinweg, daß vom Win-

ter zum Sommer saisonale Preisunterschiede auftreten, die störend wirken können. Auf 175,1 stand die Preisindexziffer für die Lebenshaltung am Jahresschluß 1951, und sie stieg weiter, wie erwähnt, auf 176,5 im Januar. **Seit Februar ist aber eine steigende Tendenz kaum noch zum Ausdruck gekommen;** die seitdem höchste Ziffer war die vom Mai; sie betrug 177,2 und lag somit nur um 0,4 v. H. über der vom Januar. Das kommt fast einem Stillstand gleich, obschon hohe Gemüse- und Kartoffelpreise zu verrechnen waren. Als diese im Juni rückläufig wurden, schlug der Index um; er sank auf 174,7. **Mit 174,7 liegt die diesjährige Juni-ziffer um 2,5 v. H. über der vom Juni 1951 (170,5).**

Soweit die Preisindexziffer für die gesamte Lebenshaltung. Die nachstehende kleine Übersicht gibt den Überblick über die Gesamtziffern und die Teilziffern für die einzelnen Ausgabengruppen (1938 = 100).

Ausgabegruppen	Januar 1949	Juni 1949	Juni 1950	Juni 1951	Dezember 1951	Januar 1952	Februar 1952	März 1952	April 1952	Mai 1952	Juni 1952
Ernährung	177,2	168,4	156,8	173,7	184,5	188,1	187,4	190,5	190,8	191,6	186,4
Genußmittel	309,8	310,3	308,0	295,4	292,5	293,3	293,3	293,3	193,3	293,3	293,3
Miete	100,0	100,0	101,9	101,9	103,6	103,6	103,6	103,6	103,6	103,6	103,6
Heizung und Beleuchtung	153,5	149,0	149,3	158,0	162,3	163,2	163,2	163,2	163,2	163,2	162,3
Bekleidung	306,6	264,5	224,6	245,7	238,8	237,6	235,7	233,5	230,9	228,5	226,9
Reinigung und Körperpflege	156,6	157,3	143,8	163,3	162,6	162,3	162,3	162,0	161,3	162,0	161,6
Bildung und Unterhaltung	141,2	141,4	142,3	155,0	155,6	155,9	155,9	155,6	155,6	157,3	156,6
Hausrat	240,9	216,2	187,7	213,9	224,6	225,2	226,1	226,4	226,1	226,3	225,7
Verkehr	112,7	109,7	107,0	132,0	133,5	133,5	133,4	133,4	133,4	133,1	133,1
Gesamtlebenshaltung	176,5	167,4	157,0	170,5	175,1	176,5	176,1	177,1	176,9	177,2	174,7
Gesamtlebenshaltung ohne Miete	190,9	180,1	167,4	183,4	188,6	190,3	189,8	191,0	190,7	191,1	188,1

Ein Charakteristikum der Preisbewegung 1951 war es, daß die **Nahrungsmittelpreise** aufrückten. Hat sich dies fortgesetzt? Der Gruppenindex Ernährung sagt nein, denn er stand im Januar auf 188,1 und im Juni auf 186,4. Er ist also leicht zurückgegangen. **Immerhin ist die Ernährung noch um 7,3 v. H. teurer als im Juni des Vorjahres** (173,7); aber die Verteuerung stammt hauptsächlich aus der 2. Jahreshälfte 1951. Unverändert sind seit der Erhöhung der Getreidepreise im Februar 1951 die Preise für Brot und Nahrungsmittel, unverändert sind seit September 1951 die Milchpreise und ziemlich gleichgeblieben sind seit Jahresende 1951 die Käsepreise. Gesunken ist aber der Butterpreis, von 3,16 DM, dem Stand vom September bis etwa März, auf 2,81 DM im Juni (immer je ½ kg). Gesunken sind vor allem die Margarinepreise, die Preise für Kokosfett und Speiseöl; sie liegen jetzt

um etwa 20 v. H. unter den Preisen vom Dezember und auch um 20 v. H. unter denen vom Juni des Vorjahres. Schmalz aus Importen ist im Vergleich zum Dezember sogar um 38 v. H., inländisches Schmalz um 25 v. H. billiger am Markt. Teurer geworden sind die Hülsenfrüchte (um 7 v. H.), im Preise gleichgeblieben sind Zucker und Reis, im Preis nachgelassen haben wiederum Trockenfrüchte (um etwa 9 v. H.), Marmelade und Kunsthonig (um 4 v. H.).

Von erheblichem Gewicht für die Haushaltskasse sind die **Fleischpreise**; ihr Anstieg im Jahre 1951 hat es mancher Hausfrau schwer gemacht, mit ihrem Geld auszukommen. Darin hat sich nicht viel geändert. Wohl ist seit Dezember Schweinefleisch um 7 v. H. billiger geworden; Rindfleisch jedoch hat sich um 6,5 v. H., Kalbfleisch um 4 und Hammelfleisch sogar um 11 v. H. verteuert. Dem stehen allerdings,

da die Schweine billiger geworden sind, Preis-senkungen bei Wurstwaren (um etwa 8 v. H.) und bei Speck (um fast 20 v. H.) gegenüber. Aber im ganzen hat sich die Fleischnahrung nicht verbilligt, es sei denn, daß die Hausfrau auf Schweinefleisch usw. „ausweicht“.

„Ausweichen“ kann die Hausfrau auch, soweit es sich im Küchensettel nicht häuft, auf die bekannten Konsumfische, die gegenwärtig im Preise durchweg nicht ungünstiger liegen als vor einem Jahr; jedenfalls kann man hier nicht von einer Verteuerung sprechen. Im Vergleich zum Dezember liegen die Fischpreise um 15 v. H., die für Fischfilet um 23 v. H. niedriger, aber das hat jahreszeitliche Gründe.

Bleiben wir beim tierischen Eiweiß: die Eier sind eindeutig teurer als im Vorjahr, wenn sie auch seit Dezember jahreszeitlich um etwa ein Viertel im Preise zurückgegangen sind. Ein deutsches, Frischei, Größe B, kostete im Juni 1951 durchschnittlich 19½ Pf, im Juni 1952 23 Pf.

Die Gemüse mit ihren von Jahreszeit und Ernteertrag abhängigen Preisen haben im Juni 1952 den Preisstand vom Juni 1951 im allgemeinen nicht wesentlich überschritten. Fühlbar teurer als im Vorjahr waren aber bis zuletzt die Kartoffeln alter Ernte; 5 kg kosteten im Juni 1952 1,12 DM gegen 0,83 DM im Jahre 1951. Obst war etwa um ein Viertel billiger als vor einem Jahr.

Von Januar bis Juni 1952 waren in der Indexberechnung der Ernährungskosten also teils beharrende, teils sich gegenläufig entwickelnde Preise wirksam. Den stärksten Ausschlag nach unten haben die Preissenkungen für Speisefette gegeben; sie sind aber durch die jahreszeitlichen Preisaufschläge bei Kartoffeln und Gemüse bis in den Mai hinein überdeckt worden. **Der Gruppenindex für Ernährung belief sich im Dezember 1951 auf 184,5 (immer 1938 = 100), im Januar 1952 auf 188,1 und im Juni auf 186,4.**

Die Preise für Genußmittel, für Tee, Kaffee, Bier, Branntwein und Tabak, sind im 2. Halbjahr so gut wie unverändert geblieben. Der Index war mit 293,3 im Juni genau der gleiche wie im Januar. Jedoch war er etwas höher als im Dezember (292,5), weil das Branntweinmonopol seine Abgabepreise erhöht hat.

Für Bekleidung wurden leicht rückläufige Preise notiert. Von Dezember auf Juni (soweit eine statistische Vergleichbarkeit für die beiden Monate besteht) sind Ober- und Unterkleidung für Männer um etwa 3 v. H., für Frauen um 6 und für Kinder um 4,5 v. H. im Preise heruntergegangen. Das Preisniveau vom Juni 1952 lag auch unter dem vom Juni 1951, und zwar am meisten bei Frauenkleidung, die jetzt etwa 10 v. H. billiger ist als im Jahre zuvor. Die Preisrückgänge auf den textilen Rohstoffmärkten machen sich geltend. Am stärksten prägt sich dies bei Hauswäsche und bei Wollwaren aus. Hauswäsche ist in den letzten 6 Monaten um 13 v. H. und von Juni 1951 auf Juni 1952 fast um 20 v. H. im Preise gesunken; sie war allerdings besonders teuer, und sie hat auch heute noch einen hohen Preisstand. Strickgarne liegen jetzt um 18 v. H. unter den Preisen von Juni 1951. Bei Schuhen und Lederwaren hat sich die schon im 2. Halbjahr 1951 beobachtete Ver-

billigung im 1. Halbjahr 1952 fortgesetzt. Die Preis-senkungen belaufen sich bei Lederwaren auf bald 15 v. H., während sie sich bei Schuhwaren auf etwa 7,5 v. H. begrenzen.

Der **Gruppenindex für Bekleidung** registriert diese Preissenkungen mit einem Absinken der Meßziffer von 238,8 im Dezember und von 237,6 im Januar auf 226,9 im Juni 1952. Im Juni 1951 betrug die Ziffer 245,7; sie ist also seitdem um rd. 8 v. H. zurückgegangen.

Eine pekuniäre Erleichterung, wie sie dem Verbraucher in der Berichtszeit bei seinen Bekleidungs-einkäufen zuteil geworden ist, fand der Käufer nicht oder kaum beim Einkauf von **Möbeln** und anderem **Hausrat**; denn während Textilfasern und Häute auf den Großmärkten unter Preisdruck gestanden haben, blieben die Preise für Holz, Eisen und NE-Metalle gefestigt oder anziehend (nur Blei und Zink werden seit Mai und Juni niedriger notiert als im Juni 1951). Die Fertigwaren hielten im 1. Halbjahr 1952 ziemlich ihren Preis. Das trifft zu auf Möbel, Glas-, Porzellan- und Steingutwaren, Eisen-, Stahl- und Blechwaren, auf elektrotechnische Haushaltswaren wie auch auf Korb- und Bürstenwaren. Überall am Anfang und Ende des Halbjahres eine weitgehende Preisgleichheit. Gegenüber Juni 1951 sind heute Möbel um etwa 3 v. H., Porzellan-, Glaswaren usw. um 9 und Eisen-, Stahl- und Blechwaren um 10 v. H. teurer. Elektrotechnische Haushaltswaren haben sich in den letzten 12 Monaten in den Preisen kaum verändert (im Vergleich zum Juni 1950 sind sie um 19 v. H. billiger).

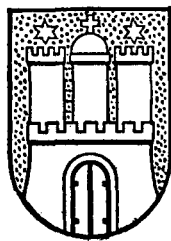
Der **Gruppenindex für Hausrat** betrug im Juni 1952 225,7 gegen 225,2 im Januar 1952 und gegen 224,6 im Dezember 1951.

Zu den übrigen Ausgabengruppen ist wenig besonderes zu sagen. An der **Wohnungsmiete** hat sich im 1. Halbjahr 1952 nichts geändert; auch die Ausgaben für **Heizung und Beleuchtung** sind, von den Preisen her gesehen, fast die gleichen geblieben (nur das Brennholz wurde im Juni etwas billiger). Die Ausgaben für **Reinigung und Körperpflege** haben sich ein wenig gesenkt, weil Seifen und Waschmittel wegen niedrigerer Grundstoffpreise etwas billiger geworden sind. In der Indexposition **Bildung und Unterhaltung** kommt neben den unveränderten Eintrittspreisen der Lichtspieltheater und den ebenfalls gleich gebliebenen Preisen der Zeitungen und Zeitschriften eine leichte Verbilligung der Preise für Papier- und Schreibwaren im Index zum Ausdruck. Die **Verkehrstarife** sind im 1. Halbjahr 1952 noch keiner Änderung unterworfen gewesen. Dem, der sich als **Radfahrer** im Verkehr bewegt, ist eine Senkung der Preise für Fahrradbereifung zugute gekommen (der Rohkautschukpreis geht seit März stetig zurück). Deshalb fällt der **Gruppenindex Verkehr** für Juni um ein geringes niedriger aus als im Januar und im Dezember.

Im **Gesamtergebnis für alle Ausgabengruppen** wiegen im 1. Halbjahr 1952 die Preisminderungen stärker als die Preiserhöhungen. Daß sich die **Indexwaage** aber nur wenig geneigt hat, haben wir schon im Anfang gesehen. Es braucht hier nicht wiederholt zu werden. Dr. Urban

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 17. Juli 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 26

Die Beschäftigten nach der sozialen Stellung im Betrieb

(Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung)

I. Arbeitsstättenzählung und Berufszählung

Berufszählung und Arbeitsstättenzählung be-
fassen sich beide mit dem Nachweis der wirtschaft-
lichen Stellung der erwerbstätigen Bevölkerung.
Aus der Zusammensetzung der Beschäftigten nach
ihrer Stellung im Betrieb lassen sich Schlüsse auf
die betriebliche Struktur und Organisation ziehen,
die das aus den übrigen Ergebnissen der Arbeits-
stättenzählung gewonnene Bild abrunden. Das
soziale Moment kommt in diesem Zusammenhang
erst in zweiter Linie, zumal die sozialen Trennung-
linien mitten durch die sozialen Gruppen (Beschäftig-
tengruppen) laufen. So ist der Generaldirektor
eines großen Unternehmens ebenso Angestellter
wie einer seiner Buchhalter, und der allein arbei-
tende Schneider ist genau so tätiger Inhaber eines
Betriebes wie der Inhaber einer großen Maschinen-
fabrik.

Zwischen Arbeitsstättenzählung und Berufs-
zählung bestehen bestimmte methodische Unter-
schiede. So geht die Berufszählung von der in

Hamburg wohnenden Bevölkerung aus, während
die Arbeitsstättenzählung die in Hamburg be-
schäftigten Personen nach der sozialen Stellung im
Betrieb untergliedert. Die Arbeitsstättenzählung
berücksichtigt also auch diejenigen Personen, die
ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs haben und
mit den Nahverkehrsmitteln täglich ihre Hambur-
ger Arbeitsstätte aufsuchen. Andererseits werden
die Personen nicht erfaßt, die zwar in Hamburg
wohnen, aber ihre Arbeitsstätte außerhalb Ham-
burgs haben. Ein weiterer methodischer Unter-
schied besteht darin, daß bei der Arbeitsstätten-
zählung die Erwerbstätigen ohne Rücksicht darauf,
ob sie hauptberuflich oder nebenberuflich be-
schäftigt sind, gezählt werden; wogegen bei der
Berufszählung für den hauptberuflich Tätigen
außerdem die Art des Nebenberufs erfragt ist. Im
Rahmen der Arbeitsstättenzählung wird also die
gleiche Person unter Umständen zweimal oder noch
häufiger gezählt. Ferner muß im Hinblick auf die

Übersicht 1 Die Beschäftigten nach der Arbeitsstätten- und Berufszählung

Wirtschaftsabteilungen	Arbeitsstätten- zählung	Berufszählung	Zugang durch Pendelwanderer	Berufszählungs- ergebnis unter Berücksichtigung der Pendelwanderer
0 Land- und Forstwirtschaft (einschl. Gartenbau und Tierzucht)	2 473	18 190	320	18 510
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft	12 727	10 684	832	11 516
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	83 258	75 328	6 188	81 516
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	133 499	114 528	} 16 662	189 287
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	64 108	58 097		
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	166 328	145 949	8 767	154 716
7 Private Dienstleistungen	41 640	58 288	1 403	59 691
8 Verkehrswirtschaft	86 601	78 011	6 653	84 664
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	93 818	107 888 ¹⁾	4 084	111 972
Ohne Angabe der Tätigkeit	—	1 744	47	1 791
Insgesamt	684 452	668 707	44 956	713 663

¹⁾ Hierin sind rd. 25 000 bei der Besatzungsmacht tätige Personen enthalten.

Gesamtzahlen berücksichtigt werden, daß die Arbeitsstättenzählung den Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft und die häuslichen Dienste sowie die bei der Besatzungsmacht Tätigen nicht erfaßt. Die Abweichungen zwischen beiden Zählungen sind daher in der Wirtschaftsabteilung 0 (Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei) und den Wirtschaftsabteilungen 7 und 9 (private Dienstleistungen und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse) besonders groß. In den übrigen Wirtschaftsabteilungen zeigen beide Zählungen annähernd gleiche Ergebnisse; beide Zählungen kontrollieren sich somit gegenseitig.

Wie Übersicht 1 zeigt, wurden am Volkszählungstichtag in Hamburg im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 684 452 beschäftigte Personen gezählt. Hiervon waren 40 770 Personen in den Dienststellen der öffentlichen Verwaltung im engeren Sinne und in der Sozialversicherung tätig. Die Berufszählung ermittelte in diesem Bereich 39 775 Erwerbstätige.

Über die soziale Stellung dieses Personenkreises kann jedoch nur die Berufszählung Aussagen machen, weil die Arbeitsstättenzählung für diesen Personenkreis die soziale Stellung nicht ausge-

wertet hat. Ferner kann nur die Berufszählung über die soziale Stellung im Betrieb bzw. im Haushalt bei folgenden Wirtschaftsgruppen Auskunft geben:

- Gruppe 03 — 05 Land-, Forst- und Jagdwirtschaft und Fischerei
 Gruppe 92 Besatzungsmacht und ausländische Missionen
 Gruppe 93 Häusliche Dienste

Diese Gruppen gehören nicht zum Bereich der Arbeitsstättenzählung. Es sei daher gestattet, sie einleitend nach den Ergebnissen der Berufszählung zur Darstellung zu bringen:

Wirtschaftsgruppen	Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Angestellte und Beamte	Arbeiter	insgesamt
Land-, Forst-, Jagdwirtschaft, Gärtnerei	4 644	5 076	295	7 225	17 240
Dienststellen d. Besatzungsmacht, Konsulate, ausl. Mission.	—	—	5 612	17 021	22 633
Häusliche Dienste	—	—	701	16 472	17 173
Öffentl. Verwaltung im engeren Sinne	—	—	33 424	6 351	39 775

II. Die soziale Stellung im Betrieb als Gesamtergebnis

Für alle übrigen Wirtschaftsgruppen wird die soziale Stellung sowohl durch die Arbeitsstättenzählung als auch durch die Berufszählung nachgewiesen. Beide Zählungen liefern annähernd gleiche Ergebnisse, wenn man die von der Arbeitsstättenzählung nicht berücksichtigten Tätigkeitsbereiche ebenfalls bei der Berufszählung unberücksichtigt läßt, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

Soziale Stellung	Arbeitsstättenzählung	Berufszählung
Selbständige	94 147	86 805
Mithelfende Familienangehörige	24 861	12 224
Angestellte und Beamte	182 294	.
Kaufm. u. Verwaltungslehrlinge	15 005	.
Angestellte und Beamte (einschl. Nachwuchskräfte)	197 299 ¹⁾	188 418 ²⁾
Arbeiter	296 209	.
Gewerbliche Lehrlinge	24 610	.
Arbeiter einschl. Nachwuchskräfte	320 819 ¹⁾	284 439 ²⁾
Anlernlinge, Volontäre usw.	6 556	.
Insgesamt	643 682	571 886

- ¹⁾ ohne Anlernlinge und Volontäre
²⁾ einschl. Anlernlinge und Volontäre

Die Zahlen der Arbeitsstättenzählung liegen zwangsläufig in jeder sozialen Gruppe höher, weil die Pendelwanderer (Einpendler) in den Ergebnissen der Berufszählung nicht berücksichtigt und — wie erwähnt — Doppelzählungen bei der AZ vorkommen können.

Unter Berücksichtigung der Differenz zwischen Einpendlern und Auspendlern (44 956) würde die Berufszählung 616 842 Erwerbstätige zählen,

während die Arbeitsstättenzählung 643 682 Beschäftigte ausweist. Die Differenz von 26 840 erklärt sich in erster Linie durch Doppelzählungen, bedingt durch verschiedene wirtschaftliche Tätigkeiten der Erwerbspersonen; die relativ hohe Abweichung bei den „Mithelfenden Familienangehörigen“ läßt sich dadurch erklären, daß in den Haushaltslisten die mithelfende Tätigkeit seltener als im Arbeitsstättenbogen zum Ausdruck gebracht ist.

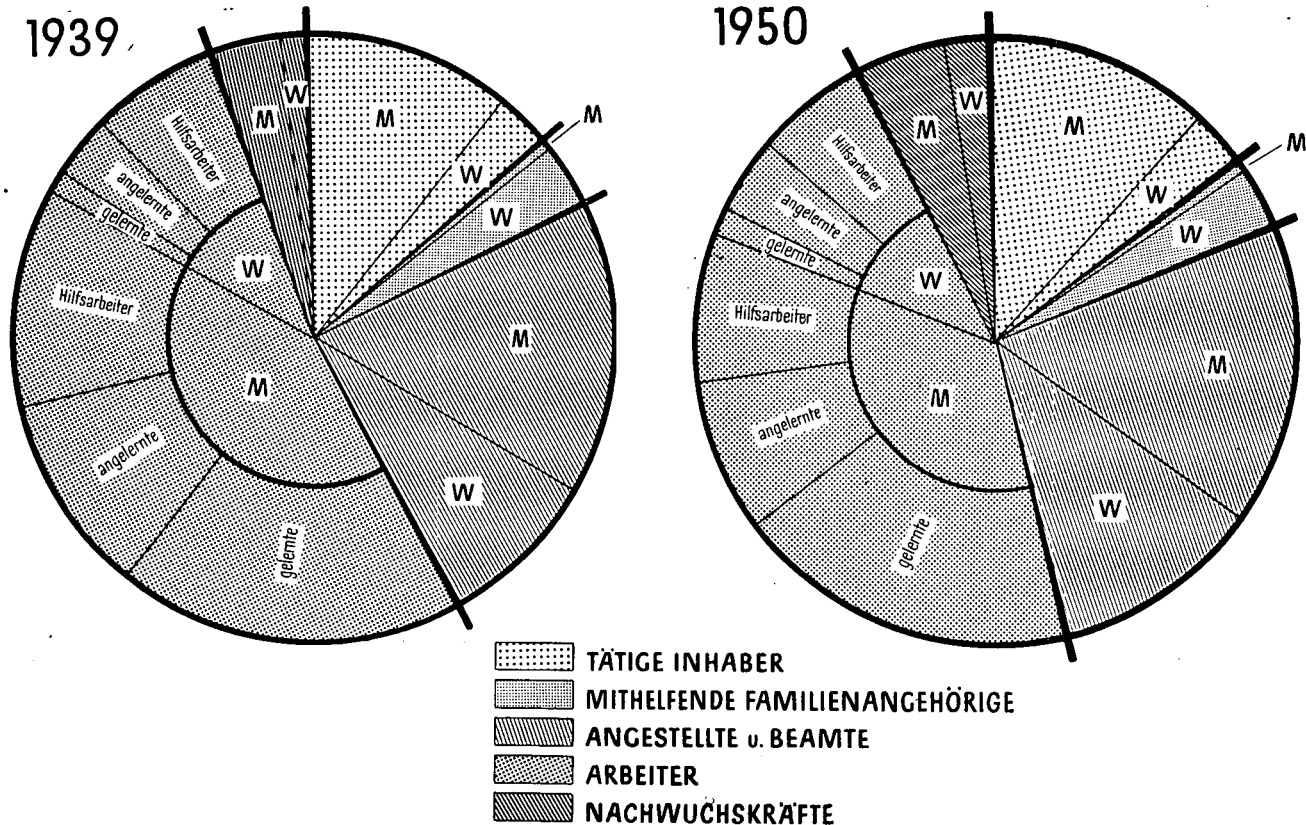
Der größte Teil der Beschäftigten ist naturgemäß in abhängiger Stellung als Arbeiter oder Angestellter tätig, wobei die in der Ausbildung stehenden kaufmännischen Lehrlinge entsprechend der angestrebten Stellung zu den Angestellten und die gewerblichen Lehrlinge zu den Arbeitern gezählt wurden. Nur knapp ein Fünftel der Beschäftigten entfällt auf die tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen.

Von 100 Beschäftigten waren nach der:

	Arbeitsstättenzählung	Berufszählung
Selbständige	14,6	15,2
Mithelfende Familienangehörige	3,9	2,1
Angestellte und Beamte	28,3	.
Kaufmännische u. Verwaltungslehrlinge	2,3	.
Angestellte und Beamte (einschl. Nachwuchskräfte)	30,6 ¹⁾	33,0 ²⁾
Arbeiter	46,0	.
Gewerbliche Lehrlinge	3,9	.
Arbeiter einschl. Nachwuchskräfte	49,9 ¹⁾	49,7 ²⁾
Anlernlinge, Volontäre usw.	1,0	.
Insgesamt	100	100

- ¹⁾ ohne Anlernlinge und Volontäre.
²⁾ einschl. Anlernlinge und Volontäre.

Die Beschäftigten nach der sozialen Stellung im Betrieb
(ohne Verwaltungs- und Hilfsbetriebe)



Nach diesem einleitenden Vergleich zwischen den Ergebnissen der Berufs- und Arbeitsstättenzählung soll sich die weitere Darstellung nur auf die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung beziehen.

Die von der Berufszählung erstellten Ergebnisse erfahren durch die Zahlen der Arbeitsstättenzählung eine Ergänzung bzw. Verfeinerung. So bietet die Arbeitsstättenzählung eine Unterteilung der Arbeiter in

- a) Facharbeiter
- b) angelernte Arbeiter
- c) ungelernete Arbeiter.

Ferner werden die Nachwuchskräfte nach kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingen untergliedert; die Anlernlinge, Umschüler und Praktikanten werden ebenfalls gesondert ausgewiesen.

Der hohe Anteil der Arbeiter kommt genau so wie in der Berufszählung auch in der Arbeits-

Übersicht 2 Die männlichen und weiblichen Beschäftigten¹⁾ der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten nach der Stellung im Betrieb

Beschäftigtengruppen	Beschäftigte insgesamt		davon			
	Zahl	v. H.	Männer		Frauen	
			Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
Tätige Inhaber	94 147	14,6	75 601	17,1	18 546	9,2
Mithelfende	24 861	3,9	4 319	1,0	20 542	10,2
Angestellte und Beamte	182 294	28,3	108 043	24,5	74 251	36,7
Arbeiter	296 209	46,0	222 587	50,4	73 622	36,4
davon:						
gelernte	126 979	19,7	118 276	26,8	8 703	4,3
angelernte	78 177	12,1	52 165	11,8	26 012	12,9
ungelernte	91 053	14,2	52 146	11,8	38 907	19,2
Nachwuchskräfte	46 171	7,2	31 043	7,0	15 128	7,5
davon:						
kaufmännische und technische (auch Verwaltungs-)	15 005	2,3	7 384	1,7	7 621	3,8
gewerbliche Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre	24 610	3,9	21 307	4,8	3 303	1,6
6 556	1,0	2 352	0,5	4 204	2,1	
Insgesamt	643 682	100	441 593	100	202 089	100

¹⁾ Ohne die Beschäftigten in der Öffentlichen Verwaltung, im Verwaltungsdienst der Schifffahrt, im Wasserstraßen- und Hafenwesen und in den Ämtern des Gesundheitswesens.

stättenzählung zum Ausdruck. Sie läßt weiterhin erkennen, daß die Facharbeiter stark vertreten sind. Von den rd. 296 000 Arbeitern sind nahezu 127 000 oder 42,92 v. H. Facharbeiter. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 19,7 v. H. Bei den männlichen Arbeitern ist der Anteil der

Facharbeiter noch größer. Er beträgt hier 53,19 v. H. der Arbeiter oder 26,8 v. H. der männlichen Beschäftigten überhaupt. Im einzelnen geht die Zusammensetzung der Beschäftigten im gesamten nichtlandwirtschaftlichen Bereich der Arbeitsstätten aus Übersicht 2 hervor.

III. Die soziale Stellung im Betrieb nach Wirtschaftsabteilungen

Diese für den gesamten nichtlandwirtschaftlichen Bereich der Wirtschaft geltende Zusammensetzung der Beschäftigten unterscheidet sich stark von der Beschäftigtenstruktur in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und kehrt in dieser Form auch nicht annähernd in einer Gewerbegruppe wieder. Ein Vergleich der sozialen Struktur in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt bedeutende Unterschiede. Im erzeugenden und verarbeitenden Bereich der Hamburger Wirtschaft (Abt. 2/5) überwiegen bei weitem die Arbeiter. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl bewegt sich zwischen 63 und 69 v. H. Etwas weniger hervortretend, aber immer noch überwiegend, sind die Arbeiterzahlen bei den privaten Dienstleistungen (Abt. 7) und in der Verkehrswirtschaft.

Die Angestellten sind naturgemäß im Handel, Geld- und Versicherungswesen und im öffentlichen Dienst am stärksten vertreten, aber auch im Bergbau und der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sind knapp ein Drittel aller Beschäftigten Angestellte.

Tätige Inhaber treten vor allem im Handel, bedingt durch die Situation im Einzelhandel, wo der Kleinbetrieb in Form des Ladengeschäftes vorherrscht, und bei den privaten Dienstleistungen, wo ebenfalls viele Kleinbetriebe (Friseure, Gastwirtschaften usw.) vorkommen, auf. Aber auch die nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht weist relativ hohe Selbständigenzahlen auf, denn die Betriebe der Landschaftsgärtner und die Tierzuchtbetriebe ohne genutzte landwirtschaftliche Bodenfläche sind durchweg Klein- und Kleinstbetriebe.

Übersicht 3

Die Beschäftigten der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten nach der Stellung im Betrieb

Abteilungen	Beschäftigte insgesamt	davon sind				
		Inhaber	mithelfende Familienangehörige	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Nachwuchskräfte
a) Grundzahlen						
0 Nichtlandw. Gärtnerei und Tierzucht	2 473	508	80	416	1 380	89
1 Bergbau, Steine und Erden; Energiewirtschaft . .	12 727	301	39	4 020	8 051	316
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung .	83 258	4 360	751	13 896	54 574	9 677
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	133 499	14 547	3 312	22 271	84 684	8 685
5 Baugewerbe	64 108	7 144	1 211	4 688	44 025	7 040
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	166 328	43 936	13 993	69 353	26 710	12 336
7 Dienstleistungen (ohne solche d. Abt. 9)	41 640	10 927	3 220	6 350	19 401	1 742
8 Verkehrswirtschaft	85 017	5 845	1 032	30 413	44 928	2 799
9 Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	54 632	6 579	1 223	30 887	12 456	3 487
Insgesamt	643 682	94 147	24 861	182 294	296 200	46 171
b) Verhältniszahlen						
0 Nichtlandw. Gärtnerei und Tierzucht	100	20,6	3,2	16,8	55,8	3,6
1 Bergbau, Steine und Erden; Energiewirtschaft . .	100	2,4	0,3	31,6	63,2	2,5
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung . .	100	5,2	0,9	16,7	65,6	11,6
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	100	10,9	2,5	16,7	63,4	6,5
5 Baugewerbe	100	11,1	1,9	7,3	68,7	11,0
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	100	26,4	8,4	41,7	16,1	7,4
7 Dienstleistungen (ohne solche d. Abt. 9)	100	26,2	7,7	15,3	46,6	4,2
8 Verkehrswirtschaft	100	6,9	1,2	35,8	52,8	3,3
9 Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	100	12,1	2,2	56,5	22,8	6,4
Insgesamt	100	14,6	3,9	28,3	46,0	7,2

IV. Die soziale Stellung in den wichtigsten Wirtschaftsgruppen

1. Die Gewerbegruppen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich der Wirtschaftsabteilung 0

In der Hochsee- und Küstenfischerei sowie in der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei überwiegen die

Arbeiter mit knapp 60 v. H. der Beschäftigten, während die tätigen Inhaber mit 58,2 v. H. in der nichtlandwirtschaftlichen Tierzucht ins Gewicht fallen. Im einzelnen ergab sich folgende Zusammensetzung der Beschäftigten:

Übersicht 4

Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in der Abteilung 0 (nichtlandwirtschaftlicher Bereich)

Abteilung 0 Gruppen des nichtlandwirtschaftlichen Bereichs	Beschäftigte insgesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		Inhaber	Mithelfende Familienangehörige	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Nachwuchskräfte
06 Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei und Sämereiwirtschaft	818	31,5	4,7	3,1	58,3	2,4
07 Nichtlandwirtschaftl. Tierzucht	191	58,2	17,8	3,1	17,8	3,1
08 Hochsee- und Küstenfischerei	1 464	9,5	0,5	26,3	59,4	4,3
Abteilung 0 insgesamt	2 473	20,6	3,2	16,8	55,8	3,6

Bei den Arbeitern überwiegen die Facharbeiter, wie folgende Aufgliederung zeigt:

Gewerbegruppen	Gelernte	Ange-lernte	Unge-lernte
06 Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Sämereiwirtschaft	246	122	109
07 Nichtlandwirtschaftliche Tierzucht	6	13	15
08 Hochsee- und Küstenfischerei	584	245	40
Insgesamt	836	380	104

Die Nachwuchskräfte machen mit 89 Personen nur 3,6 v. H. der Gesamtbeschäftigten in der Wirtschaftsabteilung 0 aus; 58 Nachwuchskräfte waren Umschüler bzw. Anlernlinge.

2. Die wichtigsten Gewerbegruppen in der Wirtschaftsabteilung 1

(Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft)

In der gesamten Hamburger Grundindustrie (Abt. 1) sind 63,2 v. H. der Beschäftigten Arbeiter. Die tätigen Inhaber fallen nur in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden ins Gewicht, da hier die Masse der Arbeitsstätten aus kleinen und mittleren Gewerben besteht, zumal auch das Steinmetzhandwerk in dieser Gruppe vertreten ist. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Anteil der Arbeiter in der Grundindustrie auch in Hamburg überwiegt, daß er jedoch niedriger liegt als in anderen Ländern, z. B. Nordrhein-Westfalen, wo der Bergbau in der Grundindustrie dominiert.

Übersicht 5

Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in der Abteilung 1

Abteilung 1 Gruppen	Beschäftigte insgesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		Inhaber	Mithelfende Familienangehörige	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Nachwuchskräfte
11 Steinkohlenbergbau	242	—	—	19,0	78,9	2,1
15 Sonstiger Bergbau (einschl. Erdöl-, Bernstein- u. Torfgewinnung)	791	0,3	0,1	55,9	43,1	0,6
17 Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen, Erden u. grobkeramisch. Erzeugnissen	3 645	8,2	1,0	10,8	75,3	4,7
19 Energiewirtschaft	8 049	—	—	39,0	59,3	1,7
Abteilung 1 insgesamt	12 727	2,4	0,3	31,6	63,2	2,5

In der Energiewirtschaft stellen die Facharbeiter 55,7 v. H. aller Arbeiter, wogegen sie in der Industrie der Steine und Erden nur 39,4 v. H. ausmachen. Der relativ hohe Anteil der Facharbeiter in der Energiewirtschaft ist durch die umfang-

reichen Betriebsanlagen, deren Unterhaltung besonders viele Fachkräfte erfordert, bedingt.

Der große Arbeiterbedarf der Grundindustrie kommt auch in der Zusammensetzung der Nachwuchskräfte zum Ausdruck. Es überwiegen bei weitem die gewerblichen Lehrlinge.

Übersicht 6

Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft

Die Gruppen der Wirtschaftsabteilung 1	Arbeiter insgesamt	Von 100 Arbeitern sind		
		gelernte	angelernete	ungelernte (Hilfsarbeiter)
11 Steinkohlenbergbau . .	191	34,6	14,1	51,3
15 Sonstiger Bergbau (einschließlich Erdöl-, Bernstein- u. Torfgewinnung)	341	13,5	84,7	1,8
17 Gewinnung u. Verarbtg. von Steinen, Erden und grobkeramisch. Erzeugn.	2 743	39,4	22,5	38,1
19 Energiewirtschaft . . .	4 776	55,7	19,3	25,0
Abteilung 1 insgesamt . .	8 051	47,8	23,1	29,1

Übersicht 7

Die Zusammensetzung der Nachwuchskräfte

Abteilung 1 Ausgewählte Gruppen	Nachwuchskräfte insgesamt	von 100 der Nachwuchskräfte sind			
		kaufm. und techn. Lehrlinge	gewerbliche	Anlernende, Umschüler, Praktikanten u. Volontäre	
1 Bergbau, Gewinn. u. Ver- arbeitung von Steinen u. Erden; Energiewirtsch. darunter:	316	12,3	76,9	10,8	
17 Gew. u. Verarbeitung v. Steinen, Erden u. grob- keramisch. Erzeugnissen	171	7,6	84,2	8,2	
19 Energiewirtschaft . . .	135	19,3	73,3	7,4	

3. Wichtige Gewerbegruppen der Abteilung 2

(Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung)

Das eisenerzeugende Gewerbe (Gr. 21) als ein Zweig der Urproduktion ist in Hamburg ebenfalls nicht allzu bedeutend. Auf diesen Bereich entfallen in Hamburg nur 1374 Beschäftigte, wovon 975 oder 71,0 v. H. Arbeiter waren. Relativ am stärksten ist offenbar die NE-Metallindustrie mit Arbeitern besetzt, in der 80,9 v. H. der Gesamtbeschäftigten Arbeiter sind. Ähnlich ist die Situation im Schiffbau, wo der Anteil der Arbeiter 80,7 v. H. beträgt. Die absolut höchsten Arbeiterzahlen sind im gesamten Metallgewerbe, im Schiff- und Maschinenbau zu verzeichnen. Beide Gruppen sind in hohem Maße von der Entwicklung des Schiffbaues abhängig. Tätige Inhaber sind mit einem Anteil von 17,8 v. H. in der Feinmechanik und Optik (Gruppe 28) besonders zahlreich, was auf den handwerklichen Charakter dieser Gewerbegruppe zurückzuführen ist; rund 60 v. H. aller Beschäftigten arbeiten in dieser Gruppe in Handwerksbetrieben. Auch die überwiegende handwerkliche Tätigkeit der Schlosser, Werkzeugmacher, Klempner usw. bedingt einen relativ hohen Anteil der tätigen Inhaber im Eisen-, Blech- und Metallwarengewerbe (Gruppe 29), desgleichen sind in der Gruppe 26 (Straßen- und Luftfahrzeugbau) und Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten eine relativ hohe Zahl an tätigen Betriebsinhabern vorhanden. Die mithelfenden Familienangehörigen treten in der Feinmechanik und Optik häufiger auf, wo sie vor allem im Verkauf tätig sein dürften.

Übersicht 8

Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in der Abteilung 2

Abteilung 2 Gruppen	Beschäftigte insgesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		Inhaber	mithelf. Fam.-Angeh.	Angestellte	Arbeiter	Nachwuchskräfte
2 Eisen- u. Metallerzeugung und -verarbeitung . .	83 258	5,2	0,9	16,7	65,6	11,6
davon:						
21 Eisen- und Stahlindustrie	1 374	1,5	0,4	17,3	71,0	9,8
22 NE-Metallindustrie	3 457	1,1	0,1	15,1	80,9	2,8
23 Stahlbau	6 392	3,4	0,6	17,5	71,1	7,4
24 Maschinenbau	19 249	3,4	0,5	19,5	61,0	15,6
25 Schiffbau	14 707	1,2	0,1	9,6	80,7	8,4
26 Straßen- u. Luftfahrzeugbau	8 504	9,8	1,8	13,0	56,3	19,1
27 Elektrotechnik	14 684	3,2	0,7	27,4	59,3	9,4
28 Feinmechanik und Optik	3 580	17,8	4,3	13,5	50,3	14,1
29 Eisen-, Stahl-, Blech- u. Metallwarengewerbe	11 311	11,6	1,6	10,9	65,0	10,9

Im gesamten eisen- und metallerzeugenden und -verarbeitenden Gewerbe überwiegen bei weitem die Facharbeiter; denn 61,8 v. H. aller Arbeiter werden nach dem Facharbeitertarif bezahlt. In den einzelnen Gruppen ist jedoch die Situation unterschiedlich. Relativ wenig Facharbeiter wurden in der NE-Metallindustrie, in der die Tätigkeit weitgehend mechanisiert ist, gezählt. Hier sind von 10 Beschäftigten im Durchschnitt 2 Facharbeiter, 4 angelernte und 4 ungelernete Arbeiter. In der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe wurden rd. 40 v. H. der Beschäftigten als Facharbeiter entlohnt. In den übrigen Gruppen sind über 50 v. H. der Beschäftigten als Facharbeiter tätig. Besonders hoch ist der Anteil der Facharbeiter im Schiff- und Maschinenbau.

Übersicht 9

Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft

Abteilung 2 Gruppen	Arbeiter insgesamt	Von 100 Arbeitern sind		
		gelernte	angelernete	ungelernte (Hilfsarbeiter)
2 Eisen- u. Metallerzeug. und -verarbeitung . . .	54 574	61,8	16,6	21,6
davon:				
21 Eisen- u. Stahlindustrie	975	41,7	28,4	29,9
22 NE-Metallindustrie . . .	2 795	22,0	39,4	38,6
23 Stahlbau	4 542	67,0	13,5	19,5
24 Maschinenbau	11 743	73,3	12,1	14,6
25 Schiffbau	11 864	78,0	13,0	9,0
26 Straßen- u. Luftfahrzeugbau	4 787	67,3	11,4	21,3
27 Elektrotechnik	8 710	50,5	19,0	30,5
28 Feinmechanik und Optik	1 802	66,4	9,5	24,1
29 Eisen-, Stahl-, Blech- u. Metallwarengewerbe . . .	7 356	40,9	23,1	36,0

Bei den Nachwuchskräften nehmen die gewerblichen Lehrlinge in allen Gruppen der Eisen-

erzeugung und -verarbeitung den ersten Platz ein. Die kaufmännischen Lehrlinge fallen lediglich in der NE-Metallindustrie und im Stahlbau ins Gewicht. Die NE-Metallindustrie weist außerdem unter den Nachwuchskräften einen relativ hohen Anteil an Anlernlingen, Umschülern und Praktikanten auf.

Übersicht 10

Die Zusammensetzung der Nachwuchskräfte

Abteilung 2 Gruppen	Nachwuchskräfte insgesamt	Von 100 der Nachwuchskräfte sind		
		kaufm. und techn. Lehrlinge	gewerbliche	Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten u. Volontäre
2 Eisen- u. Metallerzeugung und -verarbeitung . . .	9 677	9,6	87,8	2,6
davon:				
21 Eisen- u. Stahlindustrie	134	14,9	79,1	6,0
22 NE-Metallindustrie . . .	97	35,0	51,6	13,4
23 Stahlbau	476	22,3	73,3	4,4
24 Maschinenbau	2 991	9,9	88,0	2,1
25 Schiffbau	1 237	2,5	96,8	0,7
26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	1 625	6,8	91,2	2,0
27 Elektrotechnik	1 381	12,3	82,2	5,5
28 Feinmechanik u. Optik	504	9,3	88,1	2,6
29 Eisen-, Stahl-, Blech- u. Metallwarengewerbe	1 232	9,0	89,2	1,8

4. Wichtige Gewerbegruppen der Wirtschaftsabteilung 3/4

(Verarbeitende Gewerbe ohne Eisen- und Metallverarbeitung)

Das übrige verarbeitende Gewerbe ohne die Eisen- und Metallverarbeitung ist im produzierenden Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg mit 133 499 Beschäftigten am stärksten besetzt. Es umschließt sowohl die Gruppen mit ausgesprochen industrieller Tätigkeit als auch typische handwerkliche Gruppen, so daß die Zusammensetzung der Beschäftigten in den einzelnen Gewerbegruppen unterschiedlich sein muß.

Weit im Vordergrund stehen zahlenmäßig die Arbeiter in der Gummi- und Asbestverarbeitung, während in der Mineralölverarbeitung, der Kohlenwertstoff- und der Chemischen Industrie rd. 35 v. H. der Gesamtbeschäftigten Angestellte sind. Tätige Inhaber treten besonders in der Ledererzeugung und -verarbeitung, in der Schuhmacher, Sattler usw. enthalten sind, hervor. In diesem Tätigkeitsbereich waren 43,8 v. H. aller Beschäftigten tätige Inhaber. In der Holzverarbeitung, in der Tischler, Drechsler und Schnitzer vertreten sind, und im Bekleidungs-gewerbe, wo die Schneider ins Gewicht fallen, ist ihr Anteil etwa halb so groß.

Übersicht 11

Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in der Abteilung 3/4

Abteilung 3/4 Ausgewählte Gruppen	Beschäftigte insgesamt	Von 100 Beschäftigten sind				Nachwuchskräfte
		Inhaber	mithelfende Familienangehörige	Angestellte	Arbeiter	
3/4 Verarbeitende Gewerbe	133 499	10,9	2,5	16,7	63,4	6,5
darunter:						
31 Mineralölverarbeitg. u. Kohlenwertstoffindustrie	5 749	0,2	—	36,1	61,5	2,2
32 Chemische Industrie	13 954	3,8	0,9	35,1	57,1	3,1
35 Gummi- u. Asbestverarbeitung	10 920	0,8	0,2	15,1	82,5	1,4
38 Holzverarbeitung	12 691	20,0	2,6	6,3	58,6	12,5
39 Papiererzeugung u. -verarbeitg.; Druckereigewerbe	12 946	5,8	1,4	17,1	68,3	7,4
41 Ledererzeugung u. -verarbeitung	3 742	43,8	6,9	5,7	36,5	7,1
42 Textilgewerbe	7 697	5,9	1,3	9,3	80,1	3,4
43 Bekleidungs-gewerbe	17 866	25,8	2,5	7,6	49,5	14,6
45 Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- u. Futtermittelindustrie, Bäckerei- u. Süßwarengewerbe	16 596	7,7	4,5	14,8	65,8	7,2
46 Fleisch- u. Fischverarbeitg., Milchverwertg., Speiseöl- u. Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	15 524	10,0	5,5	16,2	64,1	4,2
47 Obst- u. Gemüseverwertg., Kaffee- u. Teeverarbeitg., Herstellung von Gewürzen u. ä., Eisgewinnung und Kühlhäuser	3 834	5,5	1,5	21,7	69,4	1,9
48 Getränkeherstellung	3 899	6,5	1,9	23,8	64,9	2,9
49 Tabakwarenherstellung	3 761	3,2	0,9	27,2	67,6	1,1

In den Gruppen mit starkem Handwerksanteil, wie dem holzverarbeitenden Gewerbe, der Ledererzeugung und -verarbeitung und dem Bekleidungs-gewerbe sind mehr als die Hälfte der Arbeiter gelernte Kräfte. Die Papiererzeugung und -verarbeitung sowie das Druckereigewerbe haben unter

10 beschäftigten Arbeitern 4 Facharbeiter. Am wenigsten fallen die Facharbeiter in der Tabakwarenherstellung und -verarbeitung ins Gewicht. Angelernte Arbeiter treten vor allen Dingen in der Gummi- und Asbestverarbeitung und im Textil-gewerbe in Erscheinung.

Übersicht 12

Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft

Abteilung 3/4 Ausgewählte Gruppen	Arbeiter ins- gesamt	Von 100 Arbeitern sind		
		ge- lernte	ange- lernte	unge- lernte (Hilfs- arbeiter)
3/4 Verarbeitende Gewerbe (oh. Eisen- u. Metallverarb.)	84 684	36,5	29,2	34,3
darunter:				
31 Mineralölverarbeitg. u. Kohlenwertstoffindustr.	3 538	43,2	25,0	31,8
32 Chemische Industrie . .	7 974	15,5	31,4	53,1
35 Gummi- und Asbestver- arbeitung	9 011	25,1	40,5	34,4
38 Holzverarbeitung	7 438	74,2	15,3	10,5
39 Papiererzeugung und -verarbeitung; Druckerei- gewerbe	8 837	40,0	34,0	26,0
41 Ledererzeugung u. -ver- arbeitung	1 364	61,6	27,3	11,1
42 Textilgewerbe	6 164	14,3	53,7	32,0
43 Bekleidungs-gewerbe . .	8 843	63,5	28,8	7,7
45 Mühlgewerbe, Nähr- mittel-, Stärke- u. Fut- termittelindustr., Bäcke- rei- und Süßwarengew. .	10 912	39,4	22,0	38,6
46 Fleisch- und Fischverar- beitung, Milchverwertg., Speiseöl- u. Speisefett- herstillg.; Zuckerindustr.	9 949	27,1	22,0	50,9
47 Obst- u. Gemüseverwer- tung, Kaffee- u. Teever- arbeitg., Herstellung v. Gewürzen u. ä., Eisge- winnung u. Kühlhäuser	2 659	14,0	34,3	51,7
48 Getränkeherstellung . .	2 532	32,2	23,0	44,8
49 Tabakwarenherstellung	2 542	13,7	24,8	61,5

Übersicht 13

Die Zusammensetzung der Nachwuchskräfte

Abteilung 3/4 Ausgewählte Gruppen	Nach- wuchs- kräfte ins- gesamt	Von 100 der Nachwuchs- kräfte sind		
		kaufm. und techn. Lehrlinge	gewerb- liche	Anlern- linge, Umschüler, Praktikanten u. Volontäre
3/4 Verarbeitende Gewerbe (oh. Eisen- u. Metallverarb.)	8 685	17,9	68,4	13,7
darunter:				
31 Mineralölverarbeitg. u. Kohlenwertstoffindustr.	124	62,1	28,2	9,7
32 Chemische Industrie . .	434	68,9	14,3	16,8
35 Gummi- und Asbestver- arbeitung	150	39,3	43,4	17,3
38 Holzverarbeitung	1 580	3,1	94,2	2,7
39 Papiererzeugung und -verarbeitung; Druckerei- gewerbe	957	14,6	59,6	25,8
41 Ledererzeugung u. -ver- arbeitung	266	11,7	76,6	11,7
42 Textilgewerbe	262	10,7	69,1	20,2
43 Bekleidungs-gewerbe . .	2 616	7,1	76,8	16,1
45 Mühlgewerbe, Nähr- mittel-, Stärke- u. Fut- termittelindustr., Bäcke- rei- und Süßwarengew. .	1 199	21,5	63,2	15,3
46 Fleisch- und Fischverar- beitung, Milchverwertg., Speiseöl- u. Speisefett- herstillg.; Zuckerindustr.	643	34,4	56,0	9,6
47 Obst- u. Gemüseverwer- tung, Kaffee- u. Teever- arbeitg., Herstellung v. Gewürzen u. ä., Eisge- winnung u. Kühlhäuser	72	87,5	5,6	6,9
48 Getränkeherstellung . .	114	50,0	43,0	7,0
49 Tabakwarenherstellung	42	50,0	16,7	33,3

Bei den Nachwuchskräften haben im verarbeitenden Gewerbe die gewerblichen Lehrlinge das Übergewicht (68,4 v. H.). Die Mineralölverarbeitung und die Chemische Industrie (Gruppe 31/32) sowie die Gruppe 47 (Obst- und Gemüseverarbeitung, Kaffee- und Teeverarbeitung usw.) haben aber mehr kaufmännische als gewerbliche Lehrlinge.

5. Wichtige Gewerbegruppen des Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbes (Abt. 5)

Im Baugewerbe überwiegen die Handwerksbetriebe weitaus; 70,4 v. H. aller Beschäftigten waren in Handwerksbetrieben tätig. Überhaupt ist der Unterschied zwischen industriellen und handwerklichen Baubetrieben mehr organisatorischer Natur. Zu erwähnen wäre, daß die Arbeitsstätten des Hoch- und Tiefbaues im Durchschnitt größer sind als die der übrigen Gruppen. Aus dieser Situation erklärt sich die relativ hohe Zahl der Angestellten und der relativ geringe Anteil der tätigen Inhaber. Durch die Betriebsgröße ist auch das Zurücktreten der Arbeiter zu Gunsten der tätigen Inhaber in der Bauinstallation und im Ausbaugewerbe bedingt. Die Bauinstallation weist anteilmäßig mehr mithelfende Familienangehörige aus als andere Gruppen, was wahrscheinlich auf die häufige Kombination mit einem Ladengeschäft, in dem branchenverwandte Waren geführt werden, zurückzuführen ist.

Übersicht 14

Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in der Abteilung 5

Abteilung 5 Ausgewählte Gruppen	Be- schäf- tigte ins- gesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		In- haber	mit- helf. Fam.- An- geh.	Ange- stell- te	Ar- bel- ter	Nach- wuchs- kräfte
5 Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe .	64 108	11,1	1,9	7,3	68,7	11,0
darunter:						
51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau . .	40 518	6,0	0,9	9,3	75,6	8,2
55 Zimmerei und Dachdeckerei . .	4 588	12,3	2,5	4,2	64,6	16,4
56 Bauinstallation .	8 034	20,4	5,3	4,9	48,4	21,0
57 Ausbaugewerbe .	10 495	22,2	2,8	3,2	59,8	12,0

Übersicht 15

Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft

Abteilung 5 Ausgewählte Gruppen	Arbeiter ins- gesamt	Von 100 Arbeitern sind		
		ge- lernte	ange- lernte	unge- lernte (Hilfs- arbeiter)
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	44 025	66,5	7,4	26,1
darunter:				
51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	30 624	58,3	7,6	34,1
55 Zimmerei und Dach- deckerei	2 962	82,4	7,4	10,2
56 Bauinstallation	3 887	89,5	5,1	5,4
57 Ausbaugewerbe	6 278	84,7	7,0	8,3

In allen Gruppen des Baugewerbes sind die Facharbeiter stark vertreten, während der Anteil der Angelernten überall gering ist. Ungelernte Arbeiter

ter waren lediglich im Hoch-, Tief und Ingenieurbau stärker eingesetzt. Hier ist jeder Dritte Hilfsarbeiter.

Bei den Nachwuchskräften sind wiederum die gewerblichen Lehrlinge in der Mehrzahl. Selbst in den größeren Betrieben, die im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau vorherrschend sind, erreichen die kaufmännischen und technischen Lehrlinge nur 5,3 v. H. der gesamten Nachwuchskräfte.

Übersicht 16

Die Zusammensetzung der Nachwuchskräfte

Abteilung 5 Ausgewählte Gruppen	Nachwuchskräfte insgesamt	Von 100 der Nachwuchskräfte sind		
		kaufm. und techn. Lehrlinge	gewerbliche Lehrlinge	Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten u. Volontäre
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	7 040	3,5	90,1	6,4
darunter:				
51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	3 330	5,3	85,7	9,0
55 Zimmerei und Dachdeckerei	751	0,9	92,7	6,4
56 Bauinstallation	1 690	2,6	95,1	2,3
57 Ausbaugewerbe	1 257	1,7	93,5	4,8

6. Die wichtigsten Wirtschaftsgruppen aus dem Handel-, Geld- und Versicherungswesen (Abt. 6)

Während in den produzierenden Gewerben die Arbeiter zahlenmäßig die größte Beschäftigungsgruppe stellen, tritt im Bereich des Handels der Arbeiteranteil naturgemäß zurück. Im Handel-, Geld- und Versicherungswesen sind im Durchschnitt nur 16,1 v. H. Arbeiter. Sein Gepräge erhält dieser Wirtschaftsbereich durch das Vorherrschen der tätigen Inhaber und Angestellten.

Die Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur zwischen Groß- und Einzelhandel ergeben sich einmal aus der Betriebsgröße und zum anderen aus der Aufgabenstellung. Bedingt durch die Lager- und Verteilerfunktion des Großhandels ist sowohl der Anteil der Arbeiter als auch der Anteil der Angestellten größer als im Einzelhandel. Auch im Ein- und Ausfuhrhandel treten wegen der größeren Betriebe die tätigen Inhaber gegenüber den Angestellten zurück.

Im Geld-, Bank und Börsenwesen sowie bei den Versicherungen überwiegen bei weitem die Angestellten. Der Einzelhandel weist nicht nur viele tätige Inhaber, sondern auch einen relativ hohen Anteil an mithelfenden Familienangehörigen aus, woraus zu schließen ist, daß in den vorwiegend kleineren Betrieben des Einzelhandels das Verkaufsgeschäft in familienhafter Arbeitsverfassung betrieben wird.

Der Arbeiteranteil ist im gesamten Handel-, Geld- und Versicherungswesen naturgemäß unbedeutend. Eine nähere Betrachtung zeigt, daß die Facharbeiter relativ schwach vertreten sind. Am

Übersicht 17

Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in der Abteilung 6

Abteilung 6 Gruppen	Beschäftigte insgesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		Inhaber	Mithelf. Fam.-Angeh.	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Nachwuchskräfte
6 Handel, Geld- u. Versicherungswesen	166 328	26,4	8,4	41,7	16,1	7,4
davon:						
61 Ein- u. Ausfuhrhandel	14 695	15,3	1,9	57,8	16,0	9,0
62/63 Binnengroßhandel und Verlagswesen	48 898	17,2	4,5	45,7	25,9	6,7
64 Einzelhandel	64 913	34,0	15,0	28,5	13,5	9,0
67 Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung u. Verleih	25 125	43,6	6,9	37,6	7,3	4,6
68 Geld-, Bank- und Börsenwesen	8 213	3,3	0,7	79,8	10,2	6,0
69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)	4 484	—	—	88,4	6,1	5,5

größten ist der Anteil der gelernten Arbeiter mit 4,5 v. H. der Gesamtbeschäftigten im Einzelhandel. Dies rührt daher, daß manche Verkäufer nach dem Tarif für gelernte Arbeiter entlohnt werden und nicht als Angestellte gelten. In den übrigen Gruppen liegt der Anteil der Facharbeiter in den Grenzen von 0,8 bis 3,3 v. H.

Bei den Nachwuchskräften sind die gewerblichen Lehrlinge zahlenmäßig ebenfalls von untergeordneter Bedeutung.

7. Wichtige Gewerbegruppen bei den privaten Dienstleistungen (Abt. 7)

Im Dienstleistungsgewerbe stellt das Gaststättenwesen mehr als ein Drittel der Beschäftigten und bestimmt damit weitgehend die Beschäftigungsstruktur dieser Wirtschaftsabteilung. Obwohl in Hamburg zahlreiche Hotels und Gasthöfe vorhanden sind, bei denen sich die Beschäftigtenzahl je Betrieb auf 17,3 Personen stellte, ist doch die Masse der Beschäftigten im Schankgewerbe tätig, wo kleinere Betriebsgrößen im Durchschnitt mit 4,3 Beschäftigten je Betrieb gegeben sind. Hieraus resultiert der relativ hohe Anteil der tätigen Betriebsinhaber (23,6 v. H.) und der mithelfenden Familienangehörigen (12,8 v. H.).

Gemessen an den Beschäftigtenzahlen folgt die Gruppe 73 (Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk und Schaustellung) an zweiter Stelle. Auch in diesem Tätigkeitsbereich überwiegen die kleineren Arbeitsstätten. Auf 3 Inhaber kommen hier 4 Angestellte. Am höchsten ist der Anteil der tätigen Inhaber im fotografischen Gewerbe; aber auch in den Korrespondenz- und Nachrichtenbüros sind etwa 50 v. H. der Gesamtbeschäftigten tätige Inhaber.

**Die Beschäftigten nach der Stellung
im Betrieb in der Abteilung 7**

Abteilung 7 Gruppen	Be- schäf- tigte ins- gesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		In- haber	mit- helf. Fam.- An- geh.	Ange- stellte und Be- amte	Ar- bel- ter	Nach- wuchs- kräfte
7 Dienstleistungen (ohne solche d. Abt. 9)	41 640	26,2	7,7	15,3	46,6	4,2
davon:						
71 Wohn.- u. Grund- stückswesen; Ver- mögensverwaltg. .	1 970	7,3	1,1	53,1	37,7	0,8
72 Gaststättenwesen	16 169	23,6	12,8	6,1	54,8	2,7
73 Kunst, priv. Forsch- ung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung . .	7 716	30,8	2,7	38,9	26,9	0,7
74 Sportpflege, Bade- u. Schwimmanst.	971	16,6	0,7	26,3	54,4	2,0
75 Korrespondenz-, Nachrichten-, Übersetzungsbüros	1 066	48,7	4,1	43,0	1,9	2,3
76 Fotografisches Gewerbe	759	52,6	9,1	6,8	19,6	11,9
77 Friseurgewerbe u. Schönheitssalons .	5 723	36,7	7,3	0,6	41,3	14,1
78 Übrige Dienst- leistungen (ohne Abt. 9)	7 266	19,3	5,4	7,3	64,0	4,0

Die gelernten Arbeiter fallen zahlenmäßig im Gaststättenwesen als Bedienungspersonal ins Gewicht. Hier werden 43,5 v. H. aller Arbeiter nach dem Facharbeitertarif bezahlt. Aber auch im Friseur- und im fotografischen Gewerbe bedingt der Handwerkscharakter hohe Zahlen an gelernten Arbeitskräften.

Übersicht 19

Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft

Abteilung 7 Gruppen	Arbeiter ins- gesamt	Von 100 Arbeitern sind		
		ge- lernte	ange- lernte	unge- lernte (Hilfs- arbeiter)
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9) . . .	19 401	42,8	25,0	32,2
davon:				
71 Wohnungs- und Grundstückswesen; Vermögensverwaltung .	743	33,4	14,4	52,2
72 Gaststättenwesen . . .	8 869	43,5	24,8	31,7
73 Kunst, priv. Forschung, Theater, Film, Rund- funk, Schaustellung . .	2 078	23,5	41,1	35,4
74 Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten . .	528	18,4	37,5	44,1
75 Korrespondenz-, Nach- richten-, Übersetzungs- büros	20	10,0	35,0	55,0
76 Fotografisches Gewerbe	149	67,8	16,8	15,4
77 Friseurgewerbe und Schönheitssalons . . .	2 360	96,7	1,5	1,8
78 Übrige Dienstleistungen (ohne Abt. 9)	4 654	26,3	30,8	42,9

Mit Ausnahme der Gruppe 73 (Kunst, private Forschung, Film, Schaustellung) sowie den Korre-

spondenz- und Nachrichtenbüros (Gruppe 75), in denen die kaufmännischen Lehrlinge und Praktikanten von Bedeutung sind, überwiegen in allen anderen Gewerbegruppen dieser Wirtschaftsabteilung die gewerblichen Lehrlinge bei den Nachwuchskräften.

8. Verkehrswirtschaft (Abt. 8)

Die Verkehrswirtschaft ist die einzige Abteilung außerhalb der produzierenden Gewerbe, in der die Arbeiter die stärkste Beschäftigungsgruppe stellen. Dies ist vorwiegend durch den starken Arbeiterbedarf der Bundesbahn, bei gleichzeitig hohen Beschäftigtenzahlen, bedingt; 61,5 v. H. der bei der Bundesbahn Beschäftigten sind Arbeiter. Noch höher ist der Anteil der Arbeiter bei den nicht-bundesbahneigenen Schienenbahnen (77,4 v. H.), in der Schifffahrt sowie im Wasserstraßen- und Hafenwesen (63,5 v. H.). Ein völlig anderes Bild bietet dagegen die Bundespost, in der 69,7 v. H. der Beschäftigten Angestellte und Beamte sind. Im Straßenverkehr treten — bedingt durch die kleingewerbliche Struktur (Taxi-Unternehmer usw.) — die tätigen Inhaber stark in Erscheinung. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Übersicht 20

**Die Beschäftigten nach der Stellung
im Betrieb in der Abteilung 8**

Abteilung 8 Ausgewählte Gruppen	Be- schäf- tigte ins- gesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		In- haber	mit- helf. Fam.- An- geh.	Ange- stellte und Be- amte	Ar- bel- ter	Nach- wuchs- kräfte
8 Verkehrswirt- schaft	85 017	6,9	1,2	35,8	52,8	3,3
darunter:						
81 Deutsche Bundes- post	18 281	—	—	69,7	28,4	1,9
82 Deutsche Bundes- bahn	19 295	—	—	36,8	61,5	1,7
83 Schienenbahnen (ohne Bundes- bahnen)	9 999	—	—	20,2	77,4	2,4
84 Straßenverkehr .	7 139	44,6	6,6	4,7	43,6	0,5
85 Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafenwesen .	20 763	8,1	1,8	21,1	63,5	5,5
87 Verkehrsneben- und Hilfgewerbe	9 519	10,3	1,9	40,1	40,2	7,5

Die Gliederung der Arbeiterschaft weist hier nur relativ wenige Facharbeiter aus. Nur in der Schifffahrt, im Wasserstraßen- und Hafenwesen übersteigt der Anteil der Facharbeiter 40 v. H. aller Arbeiter. In den übrigen Gruppen gaben die angelernten Arbeiter den Ausschlag.

Die Nachwuchskräfte stellen mit 2799 Personen in der gesamten Verkehrswirtschaft nur 3,3 v. H. der Gesamtbeschäftigten, woran die kaufmänni-

schen und gewerblichen Lehrlinge sowie die Anlernlinge, Umschüler und Praktikanten etwa zu gleichen Teilen beteiligt sind.

Übersicht 21

Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft

Abteilung 8 Ausgewählte Gruppen	Arbeiter ins- gesamt	Von 100 Arbeitern sind		
		ge- lernte	ange- lernte	unge- lernte (Hilfs- arbeiter)
8 Verkehrswirtschaft . . .	44 928	29,2	51,5	19,3
darunter:				
81 Deutsche Bundespost . . .	5 191	23,3	59,2	17,5
82 Deutsche Bundesbahn . . .	11 868	23,9	68,6	7,5
83 Schienenbahnen (ohne Bundesbahn)	7 742	31,0	57,5	11,5
84 Straßenverkehr	3 117	9,8	70,1	20,1
85 Schifffahrt, Wasser- straßen- u. Hafenesen . . .	13 179	40,9	27,1	32,0
87 Verkehrsneben- und Hilfsgewerbe	3 829	26,2	44,0	29,8

9. Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (Abt. 9)

In dieser Wirtschaftsabteilung sind naturgemäß die Angestellten in der Mehrzahl. Tätige Inhaber treten in größerem Umfang nur in der Rechts- und Wirtschaftsberatung (2752) und im Gesundheitswesen (3511) auf. Auch die mithelfenden Familienangehörigen sind nur in diesen beiden Gruppen von Bedeutung, was auf die überwiegend kleinen Büros und Arbeitsstätten zurückzuführen ist. Die Arbeiter stellen im öffentlichen Dienst sowie bei den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse 22,8 v. H. der Beschäftigten. Die Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter ist in den staatlichen Anstalten und Einrichtungen tätig, die der Erziehung, der Kultur, dem Gesundheitswesen und der Fürsorge dienen.

Übersicht 22

Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in der Abteilung 9

Abteilung 9 Gruppen	Be- schäf- tigte ins- gesamt	Von 100 Beschäftigten sind				
		In- haber	mit- helf. Fam.- An- geh.	Anges- tellte und Be- amte	Ar- bei- ter	Nach- wuchs- kräfte
9 Öffentl. Dienst u. Dienstleistungen im öffentlichen Interesse¹⁾ . . .	54 632	12,1	2,2	56,5	22,8	6,4
davon:						
93 Politische und wirtschaftliche Organisationen . . .	2 700	—	—	91,9	6,0	2,1
94 Rechts- und Wirtschaftsberatung . . .	7 688	35,8	6,1	45,0	2,0	11,1
95 Kirche, religiöse u. weltanschauliche Vereinigungen . . .	1 385	—	—	83,5	12,9	3,6
96 Erziehung, Wissenschaft und Kultur	12 229	2,2	0,2	81,4	15,4	0,8
97 Fürsorge u. Wohlfahrtspflege	4 844	0,9	0,1	66,6	24,7	7,7
99 Gesundheitswesen u. Hygiene ²⁾	25 786	13,6	2,8	41,1	34,5	8,0

¹⁾ ohne öffentliche Verwaltung (Gr. 91) u. Sozialversicherung (Gr. 98).

²⁾ ohne Gesundheits- u. Veterinärverwaltung.

Der überwiegende Teil der Arbeiter ist ungelernnt. Es waren nämlich von 12 456 Arbeitern

14,4 v. H. gelernte Arbeiter,
17,2 v. H. angelernte Arbeiter,
68,2 v. H. ungelernnte Arbeiter.

Die 3487 Nachwuchskräfte teilen sich wie folgt auf:

kaufmännische und technische Lehrlinge 25,5 v. H.
gewerbliche Lehrlinge 2,0 v. H.
Anlernlinge, Umschüler und Praktikanten 72,5 v. H.

V. Die soziale Stellung der weiblichen Beschäftigten

Alle bisher genannten Beschäftigtenzahlen sind Gesamtzahlen, d. h., sie schließen männliche und weibliche Beschäftigte ein. Es zeigte sich, daß in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft eine große Verschiedenheit in der Gliederung der Beschäftigten besteht.

Wie hoch nun in den einzelnen sozialen Gruppender Frauenanteil ist, hat aber sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht Bedeutung. Von den 643 682 Gesamtbeschäftigten der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten (ohne Behörden, aber einschl. Bundesbahn und Bundespost) sind 202 089 oder 31,4 v. H. weiblichen Geschlechts. Je nach den körperlichen und fachlichen Voraussetzungen ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten in den Wirtschaftsabteilungen und -gruppen verschieden. In der Eisen- und Metallverarbeitung sowie im Holzverarbeitenden Gewerbe sind die weiblichen Arbeiter nur schwach vertreten: In der chemischen Industrie, der Gummi- und Asbestver-

arbeitung sowie der Papiererzeugung und -verarbeitung einschl. Druckereigewerbe bewegt sich der Frauenanteil bei den Arbeitern zwischen 42 und 46 v. H. Besonders hoch ist die Frauenbeschäftigung naturgemäß in der Textilindustrie und im Bekleidungs-gewerbe; der Frauenanteil beträgt hier bei den Arbeitern 73,3 und 77,1 v. H. Betrachtet man die Zusammensetzung der Angestellten im erzeugenden und verarbeitenden Gewerbe, so kommt die besondere Bedeutung der Frauenbeschäftigung zum Ausdruck. Nur in einigen Gruppen waren weniger als 35 v. H. weibliche Angestellte.

Im Dienstleistungsgewerbe und bei den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse sind mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen, weil die Tätigkeit in diesen Wirtschaftsgruppen der weiblichen Mentalität entspricht. Das Bedienungspersonal in Hotels, Restaurants und Gaststätten wird weitgehend durch weibliche Arbeitskräfte gestellt. Dasselbe gilt für das Friseur-gewerbe und die Schönheitssalons. Aber auch im Theater-, Variété-,

Der Frauenanteil in den Abteilungen und ausgewählten Gruppen nach Beschäftigtenkategorien

Abteilungen Ausgewählte Gruppen	Von 100 Beschäftigten sind Frauen					
	Beschäftigte Insgesamt	Inhaber	Mithelfende	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Nachwuchs- kräfte
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	8,1	7,1	85,0	10,6	2,9	13,5
1 Bergbau, Gewinn- und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	8,8	6,0	71,8	18,2	4,0	4,7
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	15,2	4,8	76,6	31,1	12,7	6,1
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	42,4	26,1	82,3	40,7	43,8	44,6
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	4,8	2,4	78,0	32,1	0,6	2,7
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	40,3	20,1	83,8	45,9	30,9	51,0
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	50,4	36,4	81,7	39,3	55,6	64,2
8 Verkehrswirtschaft	13,4	5,4	69,0	21,7	7,9	7,8
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	53,4	18,5	92,5	57,1	51,0	80,8
0—9 Zusammen	31,4	19,7	82,6	40,7	24,9	32,8
darunter:						
17 Gewinn- und Verarbeitung von Steinen und Erden und grobkeramischen Erzeugnissen	6,6	5,7	73,7	33,2	2,1	4,7
19 Energiewirtschaft	8,2	100,0	—	13,9	4,5	5,2
24 Maschinenbau	10,0	5,0	82,8	30,7	4,1	5,5
26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	8,8	3,5	70,2	34,0	3,6	4,1
27 Elektrotechnik	30,3	4,3	84,3	35,2	32,3	8,0
28 Feinmechanik und Optik	25,1	7,4	85,8	38,4	25,8	13,7
29 Eisen-, Stahl-, Blech- u. Metallwarengewerbe	30,6	4,3	69,9	42,6	36,6	5,6
31 Mineralölverarbeitg. u. Kohlenwertstoffindustrie	15,2	10,1	—	27,4	8,1	9,7
32 Chemische Industrie	40,7	12,7	76,7	39,7	42,7	40,3
35 Gummi- und Asbestverarbeitung	45,4	12,1	58,8	35,4	47,9	20,0
38 Holzverarbeitung	10,4	3,4	63,9	39,2	8,9	3,0
39 Papiererzeugung u. -verarbeitung; Druckereigew.	43,1	16,1	82,5	40,7	45,9	36,1
41 Ledererzeugung und -verarbeitung	20,6	6,0	85,8	38,1	24,3	13,9
42 Textilgewerbe	68,9	47,8	70,4	43,1	73,3	71,8
43 Bekleidungsgewerbe	72,7	58,2	77,5	61,5	77,1	88,1
45 Mühlengew., Nährmittel-, Stärke- u. Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe	39,7	14,2	87,7	50,9	37,8	30,7
46 Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speiseöl- u. Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	40,0	12,5	89,0	40,1	40,5	34,1
47 Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee- und Teeverarbeitung, Herstellung von Gewürzen, Eisgew. und Kühlhäuser	54,5	9,9	81,4	41,7	61,4	55,6
49 Tabakwarenherstellung	57,8	18,3	75,8	39,4	67,0	52,4
61 Ein- und Ausfuhrhandel	35,7	6,2	80,9	43,0	38,3	24,4
62/63 Binnengroßhandel und Verlagswesen	31,9	11,3	80,8	39,5	21,5	40,4
64 Einzelhandel	52,1	30,5	83,7	63,7	39,0	63,7
67 Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih	30,9	8,8	88,7	44,3	25,9	51,5
68 Geld-, Bank- und Börsenwesen	33,7	87,3	78,7	29,9	64,9	36,8
69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)	40,1	—	—	36,4	78,7	58,0
72 Gaststättenwesen	55,7	40,8	82,4	40,6	58,5	35,1
73 Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung	39,9	34,4	78,3	36,5	47,7	26,8
77 Friseurgewerbe und Schönheitssalons	53,5	33,2	84,5	72,7	57,0	79,6
78 Übrige Dienstleistungen (ohne Abt. 9)	56,4	39,2	74,8	55,4	59,1	73,3
81 Deutsche Bundespost	32,7	—	—	35,3	28,4	—
82 Deutsche Bundesbahn	5,4	—	—	1,4	7,9	0,3
87 Verkehrsneben- und Hilfgewerbe	18,3	7,7	76,5	30,1	5,4	24,1
94 Rechts- und Wirtschaftsberatung	43,9	6,4	90,3	59,7	61,3	72,6
96 Erziehung, Wissenschaft und Kultur	49,4	45,2	95,0	43,6	80,0	53,8
97 Fürsorge und Wohlfahrtspflege	76,3	97,8	100,0	78,6	62,9	96,8
99 Gesundheitswesen und Hygiene	54,9	24,9	93,7	67,1	42,6	82,7

im Film- und Rundfunkwesen ist die berufstätige Frau stark vertreten. Dies drückt sich sowohl in hohen weiblichen Arbeiter- als auch Angestelltenzahlen aus. Die weiblichen Angestellten fallen vor allem im Einzelhandel ins Gewicht. In den übrigen Zweigen des Handels, des Geld-, Bank- und Börsenwesens entspricht der Anteil der weiblichen Angestellten etwa dem im verarbeitenden und erzeugenden Gewerbe.

Besonders groß ist der Anteil der beschäftigten Frauen bei den mithelfenden Familienangehörigen. Dies ergibt sich schon aus der Art der mithelfenden Tätigkeit an sich. In den Betrieben des Handels und des Handwerks hilft die Frau dem Mann, wenn sie nicht selbst tätige Inhaberin ist. Dabei ist sie im gewerblichen Sektor in den meisten Fällen

weniger in der Werkstatt bzw. in der Produktion als vielmehr mit Neben- oder Hilfsarbeiten beschäftigt. So wird die Buchführung in der Regel von Frauen erledigt. Im Einzelhandel und in handwerklichen Betrieben mit Ladengeschäften wird der Verkauf vorwiegend von Frauen durchgeführt. Diese Eigenart der mithelfenden Tätigkeit bedingt, daß der weibliche Anteil der mithelfenden Familienangehörigen in allen Wirtschaftsabteilungen hoch ist. Nur in der Gummi- und Asbestverarbeitung und in den Holzverarbeitenden Gewerben sind weniger als $\frac{3}{4}$ der mithelfenden Familienangehörigen Frauen. Im Nahrungsmittelgewerbe (Gruppe 45 und 46) sind im Durchschnitt von 10 mithelfenden Familienangehörigen 9 Frauen.

VI. Die Veränderung der Beschäftigten in den sozialen Gruppen seit 1939

Um das Ausmaß der Veränderung in der Beschäftigung gegenüber 1939 erkennen zu können, soll im folgenden stets aufgezeigt werden, inwieweit eine Veränderung der Beschäftigung bei den einzelnen sozialen Gruppen und in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen von der Veränderung der Gesamtbeschäftigung, die um 13,47 v. H. abnahm, abweicht. In den folgenden Aufstellungen sind in Spalte 3 die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen vermerkt. Zum Vergleich sind in Spalte 4 die Beschäftigtenzahlen eingetragen, die sich bei einer gleichmäßigen Senkung des Beschäftigungsniveaus in allen Wirtschaftsabteilungen und sozialen Gruppen ergeben hätten.

Spalte 5 errechnet sich aus Spalten 3 und 4 und gibt an um wieviel Personen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen die Beschäftigtenzahlen stärker oder schwächer abnahmen, als es bei einer gleichmäßigen Senkung des Beschäftigungsniveaus der Fall gewesen wäre. Hieraus wird sichtbar, in welchem Ausmaß die einzelnen Wirtschaftsabteilungen und sozialen Gruppen gegenüber 1939 ihr Gewicht im Rahmen der Gesamtbeschäftigung verändert haben.

1. Tätige Inhaber

Die tätigen Inhaber haben gegenüber 1939 um 6040 männliche und 1639 weibliche Personen abgenommen. Dies bedeutet eine Abnahme von 7,42 v. H. bei den Männern und von 8,14 v. H. bei den Frauen. Der Rückgang der Beschäftigung wäre in dieser Gruppe aber noch größer gewesen, wenn sich das Beschäftigungsniveau bei allen sozialen Gruppen und in allen Wirtschaftsabteilungen gleichmäßig (um 13,47 v. H.) gesenkt hätte. Unter dieser Annahme wäre bei den Männern eine Abnahme von 10 957 und bei den Frauen eine solche von 2712 eingetreten. Dieser Rückgang ist aber, wie erwähnt, in Wirklichkeit nicht vorhanden, vielmehr zeigt sich, daß die tätigen Inhaber, insgesamt gesehen, ihren Anteil im Rahmen der Gesamtbeschäftigung erhöhen konnten.

Aber nicht in allen Wirtschaftsabteilungen erfolgte eine unterdurchschnittliche Abnahme der

tätigen Inhaber. Im verarbeitenden Gewerbe — die Metallverarbeitung ausgenommen — (Abteilung 3/4) und bei den privaten Dienstleistungen ist gegenüber dem Beschäftigungsstand von 1939 eine stärkere Abnahme zu verzeichnen, als es dem allgemeinen niedrigen Beschäftigungsniveau entsprechen würde. Dasselbe zeigt sich bei den männlichen Inhabern im Baugewerbe.

Demgegenüber ist im Handel, Geld- und Versicherungswesen, insbesondere bei den weiblichen Inhabern, eine unterdurchschnittliche Abnahme zu verzeichnen (siehe Übersicht 24).

2. Die mithelfenden Familienangehörigen

Bei den männlichen mithelfenden Familienangehörigen zeigt sich gegenüber 1939 eine Zunahme von 356 Personen oder 9,02 v. H., während die weiblichen um 4638 oder 18,46 v. H. abnahmen. Die Veränderung gegenüber 1939 ist damit bei den Männern und Frauen unterschiedlich. Einem überdurchschnittlichen Rückgang bei den weiblichen mithelfenden Familienangehörigen steht eine Zunahme der männlichen mithelfenden Familienangehörigen gegenüber. In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ist die Situation unterschiedlich.

Besonders stark ist die überdurchschnittliche Abnahme der mithelfenden Familienangehörigen, insbesondere der weiblichen, bei den privaten Dienstleistungen (Abt. 7). Die männlichen mithelfenden Familienangehörigen weisen gegenüber 1939 im Handel, Geld- und Versicherungswesen die größte Zunahme auf, während die Frauen in der Verkehrswirtschaft den größten Zugang aufweisen. Im einzelnen geht die Veränderung der Beschäftigung aus der Übersicht 25 hervor.

3. Angestellte und Beamte

Die jetzt zu behandelnde Gruppe der Angestellten und Beamten weist vorwiegend Angestellte aus, weil die öffentliche Verwaltung im engeren Sinne nicht in den Zahlen enthalten ist. Die soziale Gruppe der Beamten ist zahlenmäßig nur in der

Abteilungen	Zahl der Beschäftigten		Veränderung der Beschäftigung gegenüber 1939	Abnahme der Beschäftigten entsprechend der Veränderung in der Gesamtbeschäftigung	Die Veränderung lag mit ... Pers. über (+) oder unter (-) der durchschnittlichen Abnahme der Gesamtbeschäftigten	
	1939	1950				1
a) männlich						
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	641	462	- 179	87	+ 92	
1 Bergbau, Gewinn und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	225	259	+ 34	30	- 64	
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	4 522	4 890	+ 368	609	- 977	
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	13 187	10 456	- 2 731	1 776	+ 955	
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	7 463	6 318	- 1 145	1 005	+ 140	
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	36 622	35 227	- 1 395	4 933	- 3 538	
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	9 067	6 423	- 2 644	1 221	+ 1 423	
8 Verkehrswirtschaft	5 279	5 868	+ 589	711	- 1 300	
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	4 342	5 405	+ 1 063	585	- 1 648	
0—9 Zusammen	81 348	75 308	- 6 040	10 957	- 4 917	
b) weiblich						
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	18	31	+ 13	2	- 15	
1 Bergbau, Gewinn und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	9	17	+ 8	1	- 9	
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	162	237	+ 75	22	- 97	
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	4 659	3 767	- 892	627	+ 265	
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	161	151	- 10	22	- 12	
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	8 528	8 854	+ 326	1 148	- 1 474	
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	5 315	3 870	- 1 445	716	+ 729	
8 Verkehrswirtschaft	232	343	+ 111	31	- 142	
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	1 063	1 238	+ 175	143	- 318	
0—9 Zusammen	20 147	18 508	- 1 639	2 712	- 1 073	

¹⁾ Ohne die Inhaber von Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

a) männlich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	28	11	- 17	4	+ 13
1 Bergbau, Gewinn und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	9	11	+ 2	1	- 3
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	137	209	+ 72	18	- 90
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	482	573	+ 91	65	- 156
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	187	236	+ 49	25	- 74
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	2 027	2 263	+ 236	273	- 509
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	861	580	- 281	116	+ 165
8 Verkehrswirtschaft	184	325	+ 141	24	- 165
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	30	93	+ 63	4	- 67
0—9 Zusammen	3 945	4 301	+ 356	530	- 886
b) weiblich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	113	67	- 46	15	+ 31
1 Bergbau, Gewinn und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	12	26	+ 14	2	- 16
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	761	762	+ 1	103	- 104
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	3 536	2 677	- 859	477	+ 382
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	625	774	+ 149	84	- 233
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	13 587	11 717	- 1 870	1 830	+ 40
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	5 365	2 590	- 2 775	722	+ 2 053
8 Verkehrswirtschaft	539	736	+ 197	73	- 270
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	583	1 134	+ 551	78	- 629
0—9 Zusammen	25 121	20 483	- 4 638	3 384	+ 1 254

¹⁾ Ohne die mithelfenden Familienangehörigen in Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

Verkehrswirtschaft (Abt. 8) von Bedeutung, in der die Beamten der Bundesbahn und der staatlichen Hafenanlagen und -einrichtungen ausgewiesen werden sowie im öffentlichen Dienst (Abt. 9), wo die Beamten der öffentlichen sozialen und kulturellen Einrichtungen gezählt wurden, obwohl sie auch hier zahlenmäßig hinter den Angestellten zurückbleiben. Im übrigen bezieht sich die Veränderung der Beschäftigung fast ausschließlich auf die Gruppe der Angestellten.

Eine nähere Betrachtung der zahlenmäßigen Entwicklung von Angestellten und Beamten gegenüber 1939 zeigt, daß bei den Frauen eine Zunahme stattgefunden hat, während bei den Männern ein Rückgang zu verzeichnen ist. Allerdings muß bemerkt werden, daß die Abnahme der männlichen Angestellten im Vergleich zur Veränderung der Gesamtbeschäftigung unterdurchschnittlich ist. Die Beschäftigung der männlichen Angestellten ging um

3203 Personen weniger zurück, als es bei einer gleichmäßigen Senkung des Beschäftigungsniveaus in allen sozialen Gruppen und Wirtschaftsabteilungen der Fall gewesen wäre. Relativ gering ist die Abnahme der Angestellten, insbesondere der weiblichen, im Handel.

Zu erwähnen wäre noch, daß die weiblichen Angestellten auch im verarbeitenden Gewerbe und in der Metallerzeugung (Abt. 2 und 3/4) von der durchschnittlichen Beschäftigungsveränderung erheblich abweichen, so daß — trotz Abnahme der Gesamtbeschäftigung — in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung eine effektive Zunahme von 385 und im verarbeitenden Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) eine solche von 884 weiblichen Angestellten zu verzeichnen ist. Bei den männlichen Angestellten ist dagegen in der Wirtschaftsabteilung 2 eine überdurchschnittliche Abnahme gegeben; der gesamte Rückgang beträgt hier 2708 Beschäftigte.

Übersicht 26

3. Angestellte und Beamte¹⁾

Abteilungen	Zahl der Beschäftigten		Veränderung der Beschäftigung gegenüber 1939	Abnahme der Beschäftigten entsprechend der Veränderung in der Gesamtbeschäftigung	Die Veränderung lag mit ... Pers. über (+) oder unter (-) der durchschnittlichen Abnahme der Gesamtbeschäftigten
	1939	1950			
	1	2	3	4	5
a) männlich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	219	322	+ 103	30	- 133
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	829	771	- 58	111	- 53
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	11 135	8 427	- 2 708	1 500	+ 1 208
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	10 813	10 847	+ 34	1 457	- 1 491
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	2 749	2 952	+ 203	370	- 573
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	39 606	36 402	- 3 204	5 334	- 2 130
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	3 627	3 580	- 47	488	- 441
8 Verkehrswirtschaft	29 970	24 284	- 5 686	4 037	+ 1 649
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	13 789	13 171	- 618	1 857	- 1 239
0—9 Zusammen	112 737	100 756	- 11 981	15 184	- 3 203
b) weiblich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	16	12	- 4	2	+ 2
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	84	131	+ 47	12	- 59
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	3 226	3 611	+ 385	434	- 819
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	6 712	7 596	+ 884	904	- 1 788
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	952	1 378	+ 426	128	- 554
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	31 793	31 384	- 409	4 283	- 3 874
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	2 005	2 184	+ 179	270	- 449
8 Verkehrswirtschaft	5 312	6 783	+ 1 471	715	- 2 186
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	13 693	17 650	+ 3 957	1 845	- 5 802
0—9 Zusammen	63 793	70 729	+ 6 936	8 593	- 15 529

¹⁾ Ohne die Angestellten und Beamten von Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

4. Arbeiter

a) Facharbeiter

Die Entwicklung der Facharbeiterbeschäftigung von 1939 bis 1950 zeigt bei den Männern und Frauen ebenfalls ein unterschiedliches Bild.

Die weiblichen Facharbeiter sind trotz Abnahme der Gesamtbeschäftigung in ihrer Zahl fast gleichgeblieben. Bei gleichmäßiger Senkung des Beschäftigungsstandes in allen Wirtschaftsabteilungen und sozialen Gruppen wäre ein Rückgang von 1179

weiblichen Facharbeitern zu erwarten gewesen. Tatsächlich erfolgte aber nur eine Abnahme von 57 beschäftigten Personen. Der an sich infolge der Abnahme der Gesamtbeschäftigung zu erwartende Beschäftigungsrückgang an weiblichen Facharbeitern ist durch die steigende Frauenbeschäftigung — die stets zu Lasten der Männer geht und eine Umschichtung in der Beschäftigungsstruktur darstellt — aufgefangen. Die steigende Berufstätigkeit der Frau kommt also nicht nur bei den Angestelltenberufen zum Ausdruck, sondern wird auch bei den Facharbeitern sichtbar.

Bei den männlichen Facharbeitern ist im Gegensatz hierzu, insgesamt gesehen, ein Beschäftigungsrückgang von 18 097 Personen oder 13,53 v. H. zu verzeichnen, der in etwa der Veränderung in der Gesamtbeschäftigung entspricht.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ergibt sich eine unterschiedliche Situation. Trotz Rückganges der Gesamtbeschäftigung gegenüber 1939 ist bei den Männern im verarbeitenden Gewerbe ohne Eisen- und Metallverarbeitung (Abt. 3/4) und im Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (Abt. 5)

eine Zunahme an Facharbeitern zu verzeichnen. Eine überdurchschnittliche Abnahme ist dagegen in der Verkehrswirtschaft (Abt. 8) sowie in der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung (Abt. 2) gegeben. Dieser Tatbestand läßt sich auf die darniederliegende Schifffahrt und die geringe Beschäftigung auf den Werften im Jahre 1950 zurückführen. Weiterhin ist zu beachten, daß in der Eisen- und Metallverarbeitung wegen der im Jahre 1939 herrschenden Rüstungstätigkeit mehr Facharbeiter tätig waren als 1950. Eine Abwanderung der Facharbeiter von der Eisen- und Metallherzeugung in das übrige verarbeitende Gewerbe, das in vielen Gruppen konsumnah ist, läßt sich nicht verkennen. Auch eine Abwanderung der Facharbeiter ins Baugewerbe seit 1939 ist offensichtlich. Allerdings steht dem Zugang an Bau-facharbeitern eine Abnahme an Bauhilfsarbeitern und angelernten Arbeitern gegenüber, was noch zu zeigen sein wird.

Eine Zunahme der Facharbeiter im verarbeitenden Gewerbe ist auch bei den Frauen zu verzeichnen.

Übersicht 27

4. Arbeiter, gelernte¹⁾

Abteilungen	Zahl der Beschäftigten		Veränderung der Beschäftigung gegenüber 1939	Abnahme der Beschäftigten entsprechend der Veränderung in der Gesamtbeschäftigung	Die Veränderung lag mit ... Pers. über (+) oder unter (-) der durchschnittlichen Abnahme der Gesamtbeschäftigten
	1939	1950			
	1	2	3	4	5
a) männlich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	820	806	- 14	110	- 96
1 Bergbau, Gewinn- und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	1 659	2 643	+ 984	224	- 1 208
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	43 844	34 609	- 9 235	5 906	+ 3 329
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	23 813	26 083	+ 2 270	3 207	- 5 477
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	26 819	27 798	+ 979	3 613	- 4 592
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	3 823	4 013	+ 190	515	- 705
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	5 986	4 979	- 1 007	807	+ 200
8 Verkehrswirtschaft	25 771	13 126	- 12 645	3 471	+ 9 174
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	1 232	1 613	+ 381	166	- 547
0—9 Zusammen	133 767	115 670	- 18 097	18 019	+ 78
b) weiblich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	3	14	+ 11	1	- 12
1 Bergbau, Gewinn- und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	—	—	—	—	—
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	46	92	+ 46	6	- 52
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	3 388	4 382	+ 994	457	- 1 451
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	27	—	- 27	4	+ 23
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	1 570	830	- 740	211	+ 529
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	3 126	3 202	+ 76	421	- 497
8 Verkehrswirtschaft	419	—	- 419	57	+ 362
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	163	165	+ 2	22	- 24
0—9 Zusammen	8 742	8 685	- 57	1 179	- 1 122

¹⁾ Ohne die gelernten Arbeiter in den Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

b) Angelernte Arbeiter

Bei den angelernten Arbeitern tritt die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung der beiden Geschlechter noch deutlicher hervor, als es bei den Facharbeitern der Fall war. Mit Ausnahme des Handels (Abt. 6) und der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei (Abt. 0) ist in allen übrigen Wirtschaftsabteilungen eine überdurchschnittliche Abnahme der männlichen angelernten Arbeiter gegenüber 1939 zu verzeichnen. Besonders stark ist auch hier der Beschäftigungsrückgang in der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung (Abt. 2).

Demgegenüber ist aber bei den weiblichen angelernten Arbeitern im verarbeitenden Gewerbe und in der Verkehrswirtschaft trotz allgemein niedrigeren Beschäftigungsstandes eine relativ hohe Beschäftigungszunahme zu verzeichnen, die den Beschäftigungsrückgang in der Eisen- und Metallherzeugung übertrifft. Die gestiegene Frauenbeschäftigung in der Verkehrswirtschaft dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei der Bundesbahn und Hochbahn 1950 mehr Frauen im Fahrdienst tätig waren als 1939. Insgesamt gesehen liegt die Beschäftigung der weiblichen angelernten Arbeiter um 1371 Personen oder um 5,63 v. H. höher als im Jahre 1939.

Übersicht 28

5. Arbeiter, angelernte¹⁾

Abteilungen	Zahl der Beschäftigten		Veränderung der Beschäftigung gegenüber 1939	Abnahme der Beschäftigten entsprechend der Veränderung in der Gesamtbeschäftigung	Die Veränderung lag mit ... Pers. über (+) oder unter (-) der durchschnittlichen Abnahme der Gesamtbeschäftigten
	1939	1950			
	1	2	3	4	5
a) männlich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	391	362	- 29	53	- 24
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	1 786	1 344	- 442	241	+ 201
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	17 218	6 969	- 10 249	2 319	+ 7 930
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	11 298	9 052	- 2 246	1 522	+ 724
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	5 881	3 113	- 2 768	792	+ 1 976
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	5 698	6 187	+ 489	767	- 1 256
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	1 767	1 331	- 436	238	+ 198
8 Verkehrswirtschaft	31 159	20 913	- 10 246	4 197	+ 6 049
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	2 109	1 370	- 739	284	+ 455
0—9 Zusammen	77 307	50 641	- 26 666	10 413	+ 16 253
b) weiblich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	1	10	+ 9	-	- 9
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	1	30	+ 29	-	- 29
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	3 684	1 931	- 1 753	496	+ 1 257
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	12 682	15 242	+ 2 560	1 708	- 4 268
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	255	39	- 216	35	+ 181
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	2 503	2 370	- 133	337	- 204
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	3 982	3 141	- 841	537	+ 304
8 Verkehrswirtschaft	199	2 192	+ 1 993	27	- 2 020
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	1 049	772	- 277	141	+ 136
0—9 Zusammen	24 856	25 727	- 1 871	3 281	- 4 652

¹⁾ Ohne die angelernten Arbeiter in den Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

c) Ungelernte Arbeiter (Hilfsarbeiter)

Bei den Hilfsarbeitern ist gegenüber 1939 sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen eine Abnahme zu verzeichnen; allerdings ist die Abnahme bei den Männern absolut und relativ größer als bei den Frauen. Sie belief sich bei den Männern auf insgesamt 32 940 Personen oder 39,29 v. H. und bei den Frauen auf 11 299 Personen oder 22,99 v. H.

Im Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (Abt. 5) lag die Abnahme gegenüber 1939 weit über der durchschnittlichen Veränderung. Die männlichen Hilfsarbeiter nahmen hier um 9462 Beschäftigte mehr ab, als es bei gleichmäßiger Senkung des Beschäftigungsniveaus der Fall gewesen wäre. Die Situation ist also hier im Vergleich mit den Bau-facharbeitern umgekehrt.

Diese Tatsache kann durch die unterschiedlichen Bauarbeiten in den Jahren 1939 und 1950 erklärt werden. Während 1939 der Tiefbau mit einem starken Bedarf an Hilfsarbeitern ins Gewicht fiel, war 1950 der Wohnungsbau schon angelaufen, wo mehr Facharbeiter benötigt werden.

Aber auch im Verkehrsgewerbe und in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung ist die

überdurchschnittliche Abnahme bei den Männern mit 6385 und 2413 Hilfsarbeitern hervorzuheben. Bei den weiblichen Hilfsarbeitern ist vor allem in der Wirtschaftsabteilung 7 (private Dienstleistungen) eine überdurchschnittliche Abnahme zu verzeichnen. Im einzelnen geht die Veränderung aus folgender Übersicht hervor:

Übersicht 29

6. Hilfsarbeiter, ungelernete¹⁾

Abteilungen	Zahl der Beschäftigten		Veränderung der Beschäftigung gegenüber 1939	Abnahme der Beschäftigten entsprechend der Veränderung in der Gesamtbeschäftigung	Die Veränderung lag mit . . . Pers. über (+) oder unter (-) der durchschnittlichen Abnahme der Gesamtbeschäftigten
	1939	1950			
	1	2			
a) männlich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	346	138	- 208	46	+ 162
1 Bergbau, Gewinn. und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	1 948	1 868	- 80	263	- 183
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	10 694	6 840	- 3 854	1 441	+ 2 413
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	16 842	11 403	- 5 439	2 268	+ 3 171
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	23 849	11 174	- 12 675	3 213	+ 9 462
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	9 618	7 632	- 1 986	1 295	+ 691
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	2 647	1 428	- 1 219	357	+ 862
8 Verkehrswirtschaft	15 837	7 319	- 8 518	2 133	+ 6 385
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	2 049	3 088	+ 1 039	276	- 1 315
0—9 Zusammen	83 830	50 890	- 32 940	11 292	+ 21 648
b) weiblich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	11	10	- 1	2	- 1
1 Bergbau, Gewinn. und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	69	100	+ 31	9	- 40
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	6 326	4 716	- 1 610	852	+ 758
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	20 171	16 922	- 3 249	2 717	+ 532
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	610	157	- 453	81	+ 372
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	6 647	4 766	- 1 881	896	+ 985
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	7 401	4 366	- 3 035	996	+ 2 039
8 Verkehrswirtschaft	1 628	1 413	- 215	219	- 4
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	6 276	5 390	- 886	845	+ 41
0—9 Zusammen	49 139	37 840	- 11 299	6 617	+ 4 682

¹⁾ Ohne die Hilfsarbeiter in Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

5. Nachwuchskräfte

Die Nachwuchskräfte nahmen gegenüber 1939 sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen zu. Das Fehlen von ausreichenden Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugendlichen im Kriege und in den ersten Jahren danach kann sicher als Ursache dafür angesehen werden, daß bei Besserung dieser Situation im Jahre 1950 mehr Nachwuchskräfte vorhanden sind als 1939. In besonderem Maße ist im Baugewerbe eine Zunahme an männlichen Nachwuchskräften gegeben. Diese Tatsache bestätigt die bereits vorher gewonnene Feststellung, daß die Hilfsarbeiter im Baugewerbe seit 1939 immer mehr

durch Facharbeiter ersetzt werden. Aber auch in der Verkehrswirtschaft ist eine erhebliche Zunahme der Nachwuchskräfte gegenüber 1939 zu verzeichnen. In der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung zeigt sich wieder, wie bei den übrigen Beschäftigungsgruppen, ein Rückgang der männlichen Nachwuchskräfte, während im verarbeitenden Gewerbe ohne Eisen- und Metallverarbeitung eine Zunahme festzustellen ist, woraus wieder die Schwergewichtsverlagerung zum konsumnäheren Gewerbe ersichtlich wird. Erst mit steigender Tätigkeit auf den Werften dürfte die Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung wieder ein stärkeres Gewicht erhalten.

Abteilungen	Zahl der Beschäftigten		Veränderung der Beschäftigung gegenüber 1939	Abnahme der Beschäftigten entsprechend der Veränderung in der Gesamtbeschäftigung	Die Veränderung lag mit ... Pers. über (+) oder unter (-) der durchschnittlichen Abnahme der Gesamtbeschäftigten
	1939	1950			
	1	2	3	4	5
a) männlich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	9	76	+ 67	—	— 67
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	68	205	+ 137	9	— 146
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	12 544	9 588	— 2 956	1 689	+ 1 267
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	3 502	4 665	+ 1 163	472	— 1 635
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	3 595	6 263	+ 2 668	484	— 3 152
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	6 240	5 923	— 317	841	— 524
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	567	615	+ 48	76	— 124
8 Verkehrswirtschaft	1 780	2 655	+ 875	240	— 1 115
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	177	670	+ 493	24	— 517
0—9 Zusammen	28 482	30 660	+ 2 178	3 835	— 6 013
b) weiblich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	5	12	+ 7	1	— 8
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	4	6	+ 2	—	— 2
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	456	601	+ 145	62	— 207
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	1 855	3 790	+ 1 935	249	— 2 184
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	92	150	+ 58	13	— 71
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	5 584	6 242	+ 658	752	— 1 410
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	809	1 101	+ 292	109	— 401
8 Verkehrswirtschaft	303	239	— 64	41	+ 23
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	643	2 816	+ 2 173	87	— 2 260
0—9 Zusammen	9 751	14 957	+ 5 206	1 314	— 6 520

¹⁾ Ohne Nachwuchskräfte in Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

Übersicht 31

8. Alle Beschäftigtengruppen¹⁾

a) männlich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	2 454	2 177	— 227	330	— 53
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	6 524	7 101	+ 577	879	— 1 456
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	100 094	71 532	— 28 562	13 482	+ 15 080
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	79 937	73 079	— 6 858	10 767	— 3 909
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	70 543	57 854	— 12 689	9 502	+ 3 187
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	103 634	97 647	— 5 987	13 958	— 7 971
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	24 522	18 936	— 5 586	3 303	+ 2 283
8 Verkehrswirtschaft	109 980	74 490	— 35 490	14 813	+ 20 677
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	23 728	25 410	+ 1 682	3 196	— 4 878
0—9 Zusammen	521 416	428 226	— 93 190	70 230	+ 22 960
b) weiblich					
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	167	156	— 11	23	— 12
1 Bergbau, Gewinn, und Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	179	310	+ 131	24	— 155
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	14 661	11 950	— 2 711	1 975	+ 736
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	53 003	54 376	+ 1 373	7 139	— 8 512
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	2 722	2 649	— 73	367	— 294
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	70 212	66 163	— 4 049	9 457	— 5 408
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	28 003	20 454	— 7 549	3 771	+ 3 778
8 Verkehrswirtschaft	8 632	11 706	+ 3 074	1 163	— 4 237
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	23 470	29 165	+ 5 695	3 161	— 8 856
0—9 Zusammen	201 049	196 929	— 4 120	27 080	— 22 960

¹⁾ Ohne die Beschäftigten in Verwaltungs- und Hilfsbetrieben.

6. Alle Beschäftigungsgruppen

Auch die Zusammenfassung zu Gesamtergebnissen spiegelt die in den einzelnen sozialen Gruppen gegebene Grundtendenz wider, nämlich den Beschäftigungsrückgang in der Eisen- und Metall-erzeugung und -verarbeitung, insbesondere bei den Männern, und die Zunahme der weiblichen Beschäftigten im übrigen verarbeitenden Gewerbe (Abt. 3/4) bzw. die unterdurchschnittliche

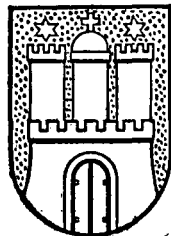
Abnahme bei den Männern in dieser Wirtschafts-
abteilung. Ferner ist die überdurchschnittliche Ab-
nahme der männlichen Beschäftigten in der Ver-
kehrswirtschaft und die Zunahme der Frauen in
diesem Wirtschaftsbereich sowie der Rückgang der
Berufstätigkeit bei den privaten Dienstleistungen
(Abt. 7) zu erwähnen (siehe Übersicht 31).

Bahlert, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 19. Juli 1952

Jahrgang 1952 – Heft Nr. 27

Berechnung einer hamburgischen Sterbetafel

1. Vorbemerkung

Von besonderer Bedeutung sind die Ergebnisse der Volkszählung, die einen genauen Einblick in den Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung gewähren. Einmal zeigen sie den zahlenmäßigen Bestand an Männern und Frauen in den einzelnen Altersjahren an einem bestimmten Stichtag. Darüber hinaus aber ist es auf Grund der Kenntnis von der altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung möglich, die voraussichtliche Entwicklung der Altersstruktur in den nächsten Jahren unter bestimmten Voraussetzungen abzuschätzen. Die Entwicklung der Bevölkerung ist bedingt durch die Geburten- und Sterbeintensität sowie das Ausmaß der Wanderungen über die Landesgrenzen. Die Sterblichkeitshöhe wird im allgemeinen durch die sogenannte Sterbeziffer ausgedrückt. Diese Sterbeziffer vermittelt zwar schnell einen Überblick über die Sterblichkeitsverhältnisse, aber es ist ein nur grobes Ergebnis, das das Verhältnis der Gesamtzahl der Gestorbenen zur Einwohnerzahl eines bestimmten Gebietes und Zeitraums ausdrückt, ohne Rücksicht auf die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung. Vergleiche mit den Sterbeziffern aus früheren Jahren und anderen Gebieten führen leicht zu Fehlschlüssen, wenn die zum Vergleich herangezogene Bevölkerung eine andere Altersstruktur hat, und das ist zumeist der Fall. So wird z. B. das wirkliche Ausmaß im Rückgang der Sterbeintensität bei den jüngeren und mittleren Jahrgängen in der durchschnittlichen Gesamtsterbeziffer nicht zu erkennen sein, wenn der Anteil der alten Leute an der Gesamtbevölkerung gegenüber früher stark zugenommen hat, und damit die Zahl der Gestorbenen in hohem Lebensalter erheblich angestiegen ist, wie es ja heute gegenüber der Altersstruktur der Bevölkerung um die Jahrhundertwende der Fall ist.

Daher werden für die Volkszählungsjahre sogenannte Sterbetafeln aufgestellt, aus denen die tatsächliche Sterbeintensität für jedes einzelne Altersjahr zu ersehen ist. In den Sterbetafeln wird errechnet, wieviele von 100 000 Geborenen in die einzelnen Altersjahre lebend eintreten und wie-

viele von diesen im Laufe desselben Altersjahres gestorben sind. In der hier veröffentlichten hamburgischen Sterbetafel 1949/50 wurde die Altersgliederung der hamburgischen Bevölkerung, wie sie sich aus den Ergebnissen der Volkszählung 1950 ergab, und die Sterblichkeitshöhe, wie sie aus dem Durchschnitt der Jahre 1949 und 1950 für jedes Altersjahr ermittelt wurde, zugrunde gelegt. Die in der Sterbetafel errechneten Werte sind Durchschnittswerte unter der **Voraussetzung, daß sich auch in den nächsten Jahren die Sterblichkeitshöhe 1949/50, die den Berechnungen zugrunde gelegt wurde, nicht wesentlich ändert!**

Die Erkenntnisse, die eine solche Sterbetafel vermittelt, sind von großer allgemeiner Bedeutung. Sie ermöglichen es z. B., die voraussichtliche Zahl der nicht mehr erwerbsfähigen alten Leute für die nächsten Jahre zu errechnen und damit die künftige Entwicklungslinie der Fürsorge- und Pensionslasten des Staates zu erkennen, oder sie geben den Lebensversicherungsgesellschaften die entscheidende Unterlage für die Prämienberechnung. Ist nämlich aus den Ergebnissen der Sterbetafel zu erkennen, daß der Mensch im Durchschnitt heute länger lebt als vor 20 Jahren, so wird die Auszahlung einer Lebensversicherung auf Todesfall später eintreten, und die jährliche Prämie kann entsprechend herabgesetzt werden.

Die letzte Sterbetafel für das Deutsche Reich wurde auf Grund der Sterblichkeitsverhältnisse der Jahre 1932/34 aufgestellt. Außerdem wurde für die Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern für das Jahr 1933 eine Sterbetafel berechnet. Die Ergebnisse dieser Sterbetafeln wurden, da neuere brauchbare Ergebnisse nicht vorlagen, bis heute allen Berechnungen zugrunde gelegt. Zwar hatten das Statistische Amt für die Britische Besatzungszone und das Bayerische Statistische Landesamt im Februar 1949 für die Jahre 1946 und 1947 eine Sterbetafel für die Britische Zone bzw. für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet aufgestellt, aber die Sterblichkeitsverhältnisse der Jahre 1946/47 konnten nicht als normal angesehen werden, da die Nachkriegseinflüsse in diesen beiden Jahren sich

noch stark bemerkbar machten. Die Ergebnisse dieser Sterbetafeln waren daher für den praktischen Gebrauch nicht zu verwenden. Berechnungen über die Sterblichkeit nach Altersgruppen in den Nachkriegsjahren haben bereits ergeben, daß die Sterblichkeit gegenüber 1933 stark zurückgegangen ist.

2. Die hamburgische Sterbetafel 1949/50

Den Berechnungen der hamburgischen Sterbetafel wurden die Sterblichkeitsverhältnisse in Hamburg in den Jahren 1949 und 1950 zugrunde gelegt, weil die Sterblichkeitsverhältnisse in diesen beiden Jahren weitgehend als normal angesehen werden können. Dagegen wurde das Jahr 1951 nicht mit berücksichtigt, weil durch die hohe Grippesterblichkeit in diesem Jahr eine zufällige Erhöhung der Sterbefälle eingetreten war.

Zunächst seien die in der Sterbetafel verwendeten Begriffe hier kurz erläutert: In der Sterbetafel wird einmal die Zahl der Überlebenden nach Ablauf eines jeden Altersjahres errechnet, d. h. wieviele Personen werden nach Ablauf eines Jahres von jedem Altersjahrgang lebend übrigbleiben, wenn die für 1949/50 festgestellte Sterblichkeitshöhe fort dauern wird. Diese Berechnungen bezeichnet man als Absterbeordnung. Man geht dabei von einem Bestand von 100 000 Personen aus und von der Annahme, daß die Sterblichkeit künftig gleich hoch bleibt.

Weiter wird errechnet, wieviele Jahre die Personen eines jeden Altersjahrganges durchschnittlich noch leben werden. Die Sterbetafel geht dabei von der Annahme aus, daß die Sterbeintensität in den nächsten Jahren in allen Altersstufen nicht anders sein wird als in den Jahren, für die die Sterbetafel berechnet wurde, da die tatsächliche Sterblichkeitshöhe im voraus natürlich nicht bekannt ist. Diese Berechnungen bezeichnet man als die mittlere Lebenserwartung.

Für die Berechnung der hamburgischen Sterbetafel wurde die Geburtsjahrmethode (Becker-Zeuner) angewendet, da wegen des zerklüfteten Altersaufbaus und des erheblichen Wanderungsgewinns diese Methode die brauchbarsten Werte liefert. Auch für das erste Lebensjahr wurde die Geburtsjahrmethode angewendet; nur für die Alter 90 bis 100 wurde, wie bisher üblich, die Formel Gompertz und Makeham verwandt.

Die Sterbenswahrscheinlichkeit in der hamburgischen Sterbetafel 1950 zeigt an, wie viele Lebende gleichen Alters innerhalb eines Jahres, also vor Erreichung des nächsten Altersjahres sterben werden, wenn man die durchschnittlichen Sterblichkeitsverhältnisse der hamburgischen Bevölkerung aus den Jahren 1949 und 1950 für jedes Altersjahr zugrunde legt. Zum Beispiel erhält man bei der Geburtsjahrmethode die Sterbenswahrscheinlichkeit für eine 49jährige Person, indem man die Zahl der Lebenden aus dem Geburtsjahr 1900, die indirekt durch die Volkszählung 1950 gewonnen wurde, zur Zahl der aus dem

Geburtsjahr 1900 in den Jahren 1949/50 Gestorbenen, die 49 Jahre alt geworden sind, in Beziehung setzt.

In Spalte 2 der Sterbetafel ist die Zahl der Überlebenden für jedes Altersjahr angegeben, nur für das erste Lebensjahr nach Monaten unterteilt. Die Zahlen in dieser Spalte geben also an, wie viele Männer oder Frauen von einer bestimmten Anzahl von Lebenden nach Ablauf von einem oder mehreren Jahren noch am Leben sein werden, wenn die Sterblichkeit unverändert bestehen bleibt.

Es ist allgemein üblich, von einem Bestand mit 100 000 Lebendgeborenen auszugehen. Von diesem Bestand würden also nach 6 Jahren beim weiblichen Geschlecht noch 95 393, beim männlichen Geschlecht jedoch nur noch 94 640 überleben, d. h. also das schulpflichtige Alter erreichen. Auf die Verhältnisse in Hamburg angewendet, würde dies folgendes bedeuten:

Im Jahre 1949 wurden in Hamburg 9485 Kinder männlichen und 8708 Kinder weiblichen Geschlechts geboren. Um nun zu wissen, wie viele von diesen Kindern voraussichtlich das schulpflichtige Alter von 6 Jahren erreichen werden, ist nur folgende einfache Rechnung durchzuführen:

$$\text{männlich} = \frac{94\,640 \times 9\,485}{100\,000} = 8\,977$$

$$\text{weiblich} = \frac{95\,393 \times 8\,708}{100\,000} = 8\,307$$

Von den 18 193 im Jahre 1949 in Hamburg geborenen Kindern werden danach 17 284 das schulpflichtige Alter erreicht haben, wenn die Sterblichkeitshöhe in den nächsten Jahren nicht wesentlich von den Sterblichkeitsverhältnissen in den Jahren 1949/50 abweicht. Man darf die Zahl 17 284 jedoch nicht gleich der Zahl der Schulanfänger setzen, da die Zahl der aus einem Geburtsjahrgang stammenden außer durch den Tod insbesondere in den Großstädten auch Veränderungen durch Zu- und Fortzug unterworfen ist.

Mit Hilfe dieser Absterbeordnung (Spalte 2) kann man jeden Bestand von Lebenden für eine Reihe von Jahren im voraus bestimmen. In Spalte 3 wurde die Zahl der Gestorbenen für jedes Altersjahr auf Grund der Sterblichkeitsverhältnisse 1949/50 und in Spalte 4 die Sterbenswahrscheinlichkeit für jedes Altersjahr (im ersten Lebensjahr für einen Monat) errechnet.

Um festzustellen, wie viele Personen einer bestimmten Zahl von Lebenden im Laufe eines Jahres sterben werden, multipliziert man die Zahl der Lebenden (Sp. 2) mit der dazugehörigen Sterbenswahrscheinlichkeit (Sp. 4).

In Hamburg lebten z. B. am 31. 12. 1951 7718 Männer, die 65 Jahre alt waren. Von diesen werden nach der Sterbenswahrscheinlichkeit der hamburgischen Sterbetafel (Spalte 4) vor Vollendung des 66. Lebensjahres $7718 \times 0,02754 = 213$ Personen sterben und $7718 - 213 = 7505$ das Altersjahr 66 erleben.

Übersicht 1

Hamburgische Sterbetafel 1949/50

a) männliches Geschlecht

Alter (x)	Überlebende (lx)	Gestorbene während eines Monats (dx)	Sterbenswahrscheinlichkeit für einen Monat (qx)	Mittlere Lebenserwartung in Jahren (ex)	Alter (x)	Überlebende (lx)	Gestorbene während eines Jahres (dx)	Sterbenswahrscheinlichkeit für ein Jahr (qx)	Mittlere Lebenserwartung in Jahren (ex)
1	2	3	4	5	1	2	3	4	5
Monate					Noch : Jahre				
0	100 000	2 751	0,027 51	66,63	40	88 958	304	0,003 42	33,15
1	97 249	420	0,004 32	68,43	41	88 654	323	0,003 64	32,26
2	96 829	378	0,003 90	68,64	42	88 331	342	0,003 87	31,38
3	96 451	252	0,002 61	68,83	43	87 989	371	0,004 22	30,50
4	96 199	220	0,002 29	68,92	44	87 618	407	0,004 64	29,62
5	95 979	136	0,001 42	69,00	45	87 211	447	0,005 12	28,76
6	95 843	105	0,001 10	69,01	46	86 764	490	0,005 65	27,91
7	95 738	74	0,000 77	69,01	47	86 274	541	0,006 27	27,06
8	95 664	53	0,000 55	68,98	48	85 733	610	0,007 12	26,23
9	95 611	42	0,000 44	68,93	49	85 123	671	0,007 88	25,41
10	95 569	32	0,000 33	68,88	50	84 452	720	0,008 52	24,61
11	95 537	21	0,000 22	68,82	51	83 732	746	0,008 91	23,82
					52	82 986	800	0,009 64	23,03
					53	82 186	889	0,010 82	22,25
					54	81 297	993	0,012 21	21,49
					55	80 304	1 078	0,013 43	20,75
					56	79 226	1 115	0,014 07	20,02
					57	78 111	1 155	0,014 79	19,30
					58	76 956	1 191	0,015 48	18,58
					59	75 765	1 258	0,016 61	17,87
					60	74 507	1 337	0,017 95	17,16
					61	73 170	1 455	0,019 89	16,46
					62	71 715	1 575	0,021 96	15,79
					63	70 140	1 667	0,023 76	15,13
					64	68 473	1 745	0,025 49	14,49
					65	66 728	1 838	0,027 54	13,85
					66	64 890	1 946	0,029 99	13,23
					67	62 944	2 061	0,032 75	12,62
					68	60 883	2 179	0,035 79	12,03
					69	58 704	2 318	0,039 49	11,46
					70	56 386	2 405	0,042 66	10,91
					71	53 981	2 445	0,045 30	10,38
					72	51 536	2 450	0,047 53	9,85
					73	49 086	2 535	0,051 64	9,31
					74	46 551	2 677	0,055 50	8,79
					75	43 874	2 822	0,064 33	8,30
					76	41 052	2 885	0,070 27	7,83
					77	38 167	2 888	0,075 67	7,39
					78	35 279	2 876	0,081 53	6,95
					79	32 403	2 858	0,088 19	6,53
					80	29 545	2 797	0,094 66	6,11
					81	26 748	2 715	0,101 49	5,70
					82	24 033	2 640	0,109 86	5,28
					83	21 393	2 610	0,121 99	4,87
					84	18 783	2 548	0,135 65	4,48
					85	16 235	2 423	0,149 22	4,10
					86	13 812	2 254	0,163 19	3,74
					87	11 558	2 137	0,184 92	3,37
					88	9 421	2 025	0,214 95	3,02
					89	7 396	1 804	0,243 95	2,71
					90	5 592	1 542	0,275 81	2,42
					91	4 050	1 269	0,313 36	2,15
					92	2 781	990	0,355 82	1,91
					93	1 791	722	0,403 30	1,68
					94	1 069	487	0,455 74	1,48
					95	582	298	0,512 62	1,30
					96	284	163	0,573 09	1,14
					97	121	77	0,635 86	1,00
					98	44	31	0,699 13	0,89
					99	13	10	0,760 74	0,81
					100	3	2	0,818 26	0,83

Hamburgische Sterbetafel 1949/50

b) weibliches Geschlecht

Alter (x)	Überlebende (lx)	Gestorbene während eines Monats (dx)	Sterbenswahrscheinlichkeit für einen Monat (qx)	Mittlere Lebenserwartung in Jahren (ex)	Alter (x)	Überlebende (lx)	Gestorbene während eines Jahres (dx)	Sterbenswahrscheinlichkeit für ein Jahr (qx)	Mittlere Lebenserwartung in Jahren (ex)
1	2	3	4	5	1	2	3	4	5
Monate					Noch: Jahre				
0	100 000	2 351	0,023 51	70,78	40	91 158	244	0,002 68	36,35
1	97 649	422	0,004 32	72,40	41	90 914	250	0,002 75	35,44
2	97 227	320	0,003 29	72,63	42	90 664	263	0,002 90	34,54
3	96 907	205	0,002 12	72,78	43	90 401	269	0,002 98	33,64
4	96 702	126	0,001 30	72,86	44	90 132	286	0,003 17	32,74
5	96 576	114	0,001 18	72,87	45	89 846	321	0,003 57	31,84
6	96 462	80	0,000 83	72,87	46	89 525	376	0,004 20	30,95
7	96 382	57	0,000 59	72,85	47	89 149	406	0,004 55	30,08
8	96 325	45	0,000 47	72,81	48	88 743	413	0,004 65	29,22
9	96 280	35	0,000 36	72,75	49	88 330	397	0,004 50	28,35
10	96 245	23	0,000 24	72,70	50	87 933	406	0,004 62	27,48
11	96 222	12	0,000 12	72,63	51	87 527	444	0,005 07	26,60
					52	87 083	507	0,005 82	25,73
					53	86 576	572	0,006 61	24,88
					54	86 004	614	0,007 14	24,04
					55	85 390	636	0,007 45	23,21
					56	84 754	641	0,007 56	22,38
					57	84 113	664	0,007 89	21,55
					58	83 449	735	0,008 81	20,72
					59	82 714	864	0,010 44	19,90
Alter (x)	Überlebende (lx)	Gestorbene während eines Jahres (dx)	Sterbenswahrscheinlichkeit für ein Jahr (qx)	Mittlere Lebenserwartung in Jahren (ex)					
Jahre									
0	100 000	3 790	0,037 90	70,78	60	81 850	1 012	0,012 36	19,10
1	96 210	243	0,002 53	72,56	61	80 838	1 132	0,014 00	18,33
2	95 967	213	0,002 22	71,74	62	79 706	1 213	0,015 22	17,59
3	95 754	145	0,001 51	70,90	63	78 493	1 267	0,016 14	16,85
4	95 609	120	0,001 26	70,01	64	77 226	1 337	0,017 31	16,12
5	95 489	96	0,001 01	69,10	65	75 889	1 428	0,018 82	15,40
6	95 393	74	0,000 78	68,16	66	74 461	1 564	0,021 00	14,68
7	95 319	57	0,000 60	67,22	67	72 897	1 700	0,023 32	13,99
8	95 262	50	0,000 53	66,26	68	71 197	1 848	0,025 96	13,31
9	95 212	50	0,000 52	65,29	69	69 349	1 990	0,028 69	12,65
10	95 162	52	0,000 55	64,33	70	67 359	2 151	0,031 93	12,01
11	95 110	56	0,000 59	63,36	71	65 208	2 317	0,035 53	11,39
12	95 054	64	0,000 67	62,40	72	62 891	2 470	0,039 28	10,79
13	94 990	69	0,000 73	61,44	73	60 421	2 694	0,044 59	10,21
14	94 921	78	0,000 82	60,48	74	57 727	2 904	0,050 31	9,66
15	94 843	83	0,000 87	59,53	75	54 823	3 163	0,057 69	9,15
16	94 760	84	0,000 89	58,58	76	51 660	3 229	0,062 50	8,68
17	94 676	80	0,000 84	57,64	77	48 431	3 273	0,067 58	8,22
18	94 596	86	0,000 91	56,68	78	45 158	3 191	0,070 66	7,78
19	94 510	103	0,001 09	55,74	79	41 967	3 264	0,077 77	7,33
20	94 407	118	0,001 25	54,80	80	38 703	3 345	0,086 43	6,91
21	94 289	118	0,001 25	53,86	81	35 358	3 248	0,091 87	6,52
22	94 171	119	0,001 26	52,93	82	32 110	3 131	0,097 52	6,13
23	94 052	121	0,001 29	52,00	83	28 979	3 085	0,106 46	5,73
24	93 931	127	0,001 35	51,06	84	25 894	3 050	0,117 79	5,36
25	93 804	126	0,001 34	50,13	85	22 844	2 848	0,124 67	5,01
26	93 678	128	0,001 37	49,20	86	19 996	2 695	0,134 78	4,65
27	93 550	133	0,001 42	48,27	87	17 301	2 539	0,146 76	4,29
28	93 417	148	0,001 58	47,33	88	14 762	2 429	0,164 56	3,95
29	93 269	160	0,001 72	46,41	89	12 333	2 300	0,186 47	3,63
30	93 109	182	0,001 95	45,49	90	10 033	2 025	0,201 80	3,34
31	92 927	186	0,002 00	44,57	91	8 008	1 787	0,223 10	3,06
32	92 741	179	0,001 93	43,66	92	6 221	1 535	0,246 67	2,80
33	92 562	162	0,001 75	42,75	93	4 686	1 278	0,272 78	2,55
34	92 400	164	0,001 78	41,82	94	3 408	1 028	0,301 53	2,32
35	92 236	175	0,001 90	40,89	95	2 380	793	0,333 12	2,11
36	92 061	201	0,002 18	39,97	96	1 587	583	0,367 39	1,91
37	91 860	220	0,002 39	39,06	97	1 004	406	0,404 69	1,73
38	91 640	240	0,002 62	38,15	98	598	266	0,444 55	1,56
39	91 400	242	0,002 65	37,25	99	332	162	0,487 58	1,41
					100	170	90	0,530 86	1,28

In Spalte 5 wird die **durchschnittliche Lebenserwartung** errechnet, aus der zu ersehen ist, wie viele Jahre die Lebenden jeden Altersjahres im **Durchschnitt** noch weiterhin leben werden.

Aus der hamburgischen Sterbetafel 1949/50 ist zu entnehmen, daß der neugeborene Knabe im Durchschnitt rd. 67 Jahre vor sich hat, die durchschnittliche Lebenserwartung des neugeborenen Mädchens dagegen rd. 71 Jahre beträgt. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß das weibliche Geschlecht im Durchschnitt länger lebt als das männliche. Hat

das neugeborene Kind das erste, besonders gefährdete Lebensjahr, insbesondere den ersten Lebensmonat nach der Geburt lebend überstanden, so sind die Aussichten für die dann noch Lebenden um rd. 2 Jahre besser geworden.

Auf die Frage: „Wie alt wird heute im Durchschnitt der Mensch?“ läßt sich nunmehr auf Grund der hamburgischen Sterbetafel antworten: Wenn die Sterblichkeitshöhe der Jahre 1949/50 sich künftig nicht verändert, werden in Hamburg die **Männer im Durchschnitt 72,5 Jahre**, und die

Übersicht 2

Vergleich der hamburgischen Sterbetafel 1949/50 mit der deutschen Sterbetafel 1933 für die Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern¹⁾

a) männliches Geschlecht

Vollendete Altersjahre	Tausendfache Werte der Sterbenswahrscheinlichkeiten		Meßziffer 1933 = 100	Mittlere Lebenserwartung in Jahren		Zunahme der Lebenserwartung in Jahren	Vollendete Altersjahre	Tausendfache Werte der Sterbenswahrscheinlichkeiten		Meßziffer 1933 = 100	Mittlere Lebenserwartung in Jahren		Zunahme der Lebenserwartung in Jahren
	1933	1949/50		1933	1949/50			1933	1949/50		1933	1949/50	
1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7
0	79,44	44,84	56,4	59,21	66,63	7,42	46	7,95	5,65	71,1	24,75	27,91	3,16
1	8,17	2,99	36,6	63,30	68,75	5,45	47	8,62	6,27	72,7	23,95	27,06	3,11
2	4,37	2,40	54,9	62,82	67,95	5,13	48	9,31	7,12	76,5	23,15	26,23	3,08
3	3,75	1,52	40,5	62,09	67,12	5,03	49	10,02	7,88	78,6	22,36	25,41	3,05
4	3,00	1,25	41,7	61,33	66,22	4,89							
5	2,40	1,03	42,9	60,51	65,30	4,79	50	10,86	8,52	78,5	21,59	24,61	3,02
6	2,68	0,93	34,7	59,65	64,37	4,72	51	12,12	8,91	73,5	20,82	23,82	3,00
7	2,30	0,89	38,7	58,81	63,43	4,62	52	12,78	9,64	75,4	20,07	23,03	2,96
8	1,82	0,85	46,7	57,95	62,48	4,53	53	13,53	10,82	80,0	19,32	22,25	2,93
9	1,66	0,82	49,4	57,05	61,54	4,49	54	15,11	12,21	80,8	18,58	21,49	2,91
							55	16,38	13,43	82,0	17,86	20,75	2,89
10	1,42	0,76	53,5	56,14	60,59	4,45	56	17,01	14,07	82,7	17,14	20,02	2,88
11	1,26	0,73	57,9	55,22	59,63	4,41	57	18,66	14,79	79,3	16,43	19,30	2,87
12	1,17	0,75	64,1	54,29	58,67	4,38	58	20,33	15,48	76,1	15,74	18,58	2,84
13	1,16	0,88	75,9	53,36	57,72	4,36	59	22,39	16,61	74,2	15,05	17,87	2,82
14	1,26	1,08	85,7	52,42	56,77	4,35							
15	1,59	1,18	74,2	51,48	55,83	4,35	60	23,93	17,95	75,0	14,38	17,16	2,78
16	1,90	1,33	70,0	50,56	54,90	4,34	61	27,49	19,89	72,4	13,73	16,46	2,73
17	1,97	1,36	69,0	49,66	53,97	4,31	62	28,15	21,96	78,0	13,10	15,79	2,69
18	2,51	1,50	59,8	48,76	53,04	4,28	63	31,53	23,76	75,4	12,46	15,13	2,67
19	2,61	1,60	61,3	47,88	52,12	4,24	64	33,83	25,49	75,3	11,85	14,49	2,64
							65	39,41	27,54	69,9	11,25	13,85	2,60
20	2,77	1,75	63,2	47,00	51,20	4,20	66	40,35	29,99	74,3	10,69	13,23	2,54
21	2,85	1,90	66,7	46,13	50,29	4,16	67	44,01	32,75	74,4	10,12	12,62	2,50
22	2,88	1,89	65,6	45,26	49,39	4,13	68	50,05	35,79	71,5	9,56	12,03	2,47
23	2,87	1,88	65,5	44,39	48,48	4,09	69	55,59	39,49	71,0	9,04	11,46	2,42
24	2,91	1,81	62,2	43,52	47,57	4,05							
25	3,05	1,91	62,6	42,64	46,65	4,01	70	58,84	42,66	72,5	8,54	10,91	2,37
26	3,15	2,07	65,7	41,77	45,74	3,97	71	64,87	45,30	69,8	8,05	10,38	2,33
27	3,22	2,23	69,3	40,90	44,84	3,94	72	71,57	47,53	66,4	7,57	9,85	2,28
28	3,27	2,27	69,4	40,03	43,93	3,90	73	76,63	51,64	67,4	7,12	9,31	2,19
29	3,36	2,23	66,4	39,16	43,03	3,87	74	88,87	57,50	64,7	6,66	8,79	2,13
							75	98,02	64,33	65,6	6,27	8,30	2,03
30	3,46	2,29	66,2	38,29	42,13	3,84	76	106,72	70,27	65,8	5,89	7,83	1,94
31	3,51	2,45	69,8	37,42	41,22	3,80	77	117,18	75,67	64,6	5,54	7,39	1,85
32	3,69	2,67	72,4	36,55	40,32	3,77	78	126,24	81,53	64,6	5,20	6,95	1,75
33	4,14	2,72	65,7	35,69	39,43	3,74	79	136,37	88,19	64,7	4,88	6,53	1,65
34	4,24	2,66	62,7	34,83	38,54	3,71							
35	4,31	2,59	60,1	33,98	37,64	3,66	80	146,45	94,66	64,6	4,58	6,11	1,53
36	4,33	2,65	61,2	33,12	36,73	3,61	81	158,22	101,49	64,1	4,28	5,70	1,42
37	4,53	2,88	63,6	32,27	35,83	3,56	82	176,79	109,86	62,1	3,99	5,28	1,29
38	4,84	3,06	63,2	31,41	34,93	3,52	83	193,98	121,99	62,9	3,74	4,87	1,13
39	5,11	3,28	64,2	30,56	34,04	3,48	84	216,23	135,65	62,7	3,51	4,48	0,97
							85	233,07	149,22	64,0	3,34	4,10	0,76
40	5,45	3,42	62,8	29,71	33,15	3,44	86	235,57	163,19	69,3	3,21	3,74	0,53
41	5,65	3,64	64,4	28,88	32,26	3,38	87	236,20	184,92	78,3	3,04	3,37	0,33
42	6,09	3,87	63,5	28,04	31,38	3,34	88	247,88	214,95	86,7	2,83	3,02	0,19
43	6,38	4,22	66,1	27,21	30,50	3,29	89	295,47	243,95	82,6	2,60	2,71	0,11
44	6,99	4,64	66,4	26,38	29,62	3,24							
45	7,71	5,12	66,4	25,56	28,76	3,20	90	316,44	275,81	87,2	2,48	2,42	-0,06

¹⁾ Quelle: Wirtschaft und Statistik 1932/35, Sonderhefte 9/15

Frauen 76,5 Jahre alt werden. Nach der Absterbeordnung werden nämlich von ursprünglich 100 000 Männern noch 50 000 im Alter zwischen 72 und 73 Jahren vorhanden sein, bei den Frauen sind noch 50 000 im Alter von 76 bis 77 Jahren vorhanden. In welchem Ausmaß die Sterblichkeit seit der Jahrhundertwende zurückgegangen ist, wird besonders deutlich, wenn man dagegen die Ergebnisse aus der hamburgischen Sterbetafel 1905/07 anführt. Damals waren von einem männlichen Ge-

burtsjahrgang bereits nach 54,5 Jahren und von einem weiblichen Geburtsjahrgang bereits nach 63,7 Jahren die Hälfte gestorben. Die durchschnittliche Lebensdauer ist also seit der Jahrhundertwende bei den Männern um 18 Jahre und bei den Frauen um 13 Jahre gestiegen. Das bedeutet jedoch nicht, daß nun alle Männer um 18 Jahre und alle Frauen um 13 Jahre älter werden. Die in der Sterbetafel 1949/50 festgestellte durchschnittliche Lebensdauer gilt nur für die Neugeborenen.

Noch Übersicht 2

Vergleich der hamburgischen Sterbetafel 1949/50 mit der deutschen Sterbetafel 1933 für die Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern¹⁾

b) weibliches Geschlecht

Vollendete Altersjahre	Tausendfache Werte der Sterbenswahrscheinlichkeiten		Meßziffer 1933 = 100	Mittlere Lebenserwartung in Jahren		Zunahme der Lebenserwartung in Jahren	Vollendete Altersjahre	Tausendfache Werte der Sterbenswahrscheinlichkeiten		Meßziffer 1933 = 100	Mittlere Lebenserwartung in Jahren		Zunahme der Lebenserwartung in Jahren
	1933	1949/50		1933	1949/50			1933	1949/50				
1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7
0	64,88	37,90	58,4	62,78	70,78	8,00	46	6,47	4,20	64,9	26,88	30,95	4,07
1	7,07	2,53	35,8	66,12	72,56	6,44	47	6,80	4,55	66,9	26,05	30,08	4,03
2	3,96	2,22	56,1	65,58	71,74	6,16	48	6,80	4,65	68,4	25,23	29,22	3,99
3	3,10	1,51	48,7	64,84	70,90	6,06	49	7,80	4,50	57,7	24,40	28,35	3,95
4	2,83	1,26	44,5	64,04	70,01	5,97							
5	2,19	1,01	46,1	63,22	69,10	5,88	50	8,24	4,62	56,1	23,58	27,48	3,90
6	2,25	0,78	34,7	62,36	68,16	5,80	51	8,78	5,07	57,7	22,78	26,60	3,82
7	1,99	0,60	30,2	61,50	67,22	5,72	52	9,99	5,82	58,3	21,97	25,73	3,76
8	1,72	0,53	30,8	60,62	66,26	5,64	53	10,44	6,61	63,3	21,19	24,88	3,69
9	1,41	0,52	36,9	59,73	65,29	5,56	54	11,38	7,14	62,7	20,41	24,04	3,63
							55	11,70	7,45	63,7	19,64	23,21	3,57
10	1,24	0,55	44,4	58,81	64,33	5,52	56	12,76	7,56	59,2	18,86	22,38	3,52
11	1,07	0,59	55,1	57,88	63,36	5,48	57	14,30	7,89	55,2	18,10	21,55	3,45
12	0,97	0,67	69,1	56,94	62,40	5,46	58	14,59	8,81	60,4	17,36	20,72	3,36
13	1,00	0,73	73,0	56,00	61,44	5,44	59	16,70	10,44	62,5	16,61	19,90	3,29
14	1,08	0,82	75,9	55,05	60,48	5,43							
15	1,16	0,87	75,0	54,11	59,53	5,42	60	18,54	12,36	66,7	15,88	19,10	3,22
16	1,29	0,89	69,0	53,18	58,58	5,40	61	19,43	14,00	72,1	15,17	18,33	3,16
17	1,62	0,84	51,9	52,24	57,64	5,40	62	22,20	15,22	68,6	14,46	17,59	3,13
18	2,09	0,91	43,5	51,33	56,68	5,35	63	23,68	16,14	68,2	13,78	16,85	3,07
19	2,16	1,09	50,5	50,44	55,74	5,30	64	27,13	17,31	63,8	13,10	16,12	3,02
							65	28,98	18,82	64,9	12,45	15,40	2,95
20	2,25	1,25	55,6	49,54	54,80	5,26	66	32,66	21,00	64,3	11,81	14,68	2,87
21	2,43	1,25	51,4	48,65	53,86	5,21	67	36,12	23,32	64,6	11,19	13,99	2,80
22	2,53	1,26	49,8	47,77	52,93	5,16	68	38,08	25,96	68,2	10,59	13,31	2,72
23	2,61	1,29	49,4	46,89	52,00	5,11	69	44,32	28,69	64,7	9,99	12,65	2,66
24	2,66	1,35	50,8	46,01	51,06	5,05							
25	2,72	1,34	49,3	45,13	50,13	5,00	70	47,63	31,93	67,0	9,43	12,01	2,58
26	2,82	1,37	48,6	44,26	49,20	4,94	71	52,86	35,53	67,2	8,88	11,39	2,51
27	2,85	1,42	49,8	43,38	48,27	4,89	72	61,07	39,28	64,3	8,34	10,79	2,45
28	2,85	1,58	55,4	42,50	47,33	4,83	73	66,89	44,59	66,7	7,85	10,21	2,36
29	2,82	1,72	61,0	41,62	46,41	4,79	74	70,60	50,31	71,3	7,38	9,66	2,28
							75	83,25	57,69	69,3	6,90	9,15	2,25
30	2,87	1,95	67,9	40,74	45,49	4,75	76	89,18	62,50	70,1	6,48	8,68	2,20
31	3,08	2,00	64,9	39,85	44,57	4,72	77	97,84	67,58	69,1	6,07	8,22	2,15
32	3,27	1,93	59,0	38,98	43,66	4,68	78	106,73	70,66	66,2	5,68	7,78	2,10
33	3,33	1,75	52,6	38,10	42,75	4,65	79	123,68	77,77	62,9	5,29	7,33	2,04
34	3,41	1,78	52,2	37,23	41,82	4,59							
35	3,55	1,90	53,5	36,35	40,89	4,54	80	133,85	86,43	64,6	4,97	6,91	1,94
36	3,71	2,18	58,8	35,48	39,97	4,49	81	145,37	91,87	63,2	4,66	6,52	1,86
37	3,96	2,39	60,4	34,61	39,06	4,45	82	154,39	97,52	63,2	4,37	6,13	1,76
38	4,16	2,62	63,0	33,75	38,15	4,40	83	171,70	106,46	62,0	4,07	5,73	1,66
39	4,16	2,65	63,7	32,89	37,25	4,36	84	185,80	117,79	63,4	3,82	5,36	1,54
							85	205,16	124,67	60,8	3,57	5,01	1,44
40	4,21	2,68	63,7	32,02	36,35	4,33	86	224,21	134,78	60,1	3,37	4,65	1,28
41	4,40	2,75	62,5	31,15	35,44	4,29	87	227,48	146,76	64,5	3,19	4,29	1,10
42	4,64	2,90	62,5	30,29	34,54	4,25	88	251,70	164,56	65,4	2,99	3,95	0,96
43	4,95	2,98	60,2	29,43	33,64	4,21	89	255,87	186,47	72,9	2,82	3,63	0,81
44	5,17	3,17	61,3	28,57	32,74	4,17							
45	5,90	3,57	60,5	27,72	31,84	4,12	90	287,15	201,80	70,3	2,62	3,34	0,72

¹⁾ Quelle: Wirtschaft und Statistik 1932/35, Sonderhefte 9/15

3. Um wieviel Jahre werden die Menschen heute durchschnittlich älter als vor 20 Jahren?

(Vergleich der hamburgischen Sterbetafel 1949/50 mit der deutschen Sterbetafel 1933 für die Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern.)

Es wurde bereits festgestellt, daß die Sterblichkeit gegenüber 1933 erheblich zurückgegangen ist. In welchem Ausmaß dieser Rückgang nun erfolgt ist, zeigt ein Vergleich mit der Sterbetafel von 1933 für die Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern. Da eine Sterbetafel für Hamburg 1933 nicht aufgestellt worden war, mußte die deutsche Sterbetafel 1933 für die Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern zum Vergleich herangezogen werden. Die allgemeine Sterbeziffer auf 1000 der Bevölkerung weist für Hamburg eine Abweichung von nur + 0,1 aus, so daß man ohne weiteres annehmen kann, daß die durchschnittlichen Sterblichkeitsverhältnisse in den Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern sich nicht wesentlich von denen der Hansestadt Hamburg unterschieden haben.

In der Übersicht 2 sind die Sterbenswahrscheinlichkeiten und die mittleren Lebenserwartungen auf Grund der Sterbetafeln 1933 und 1949/50 für jedes Geschlecht gesondert gegenübergestellt

und die Veränderungen gegenüber 1933 errechnet worden, so daß für jedes Altersjahr die Zunahme der Lebenserwartung in Jahren abzulesen ist.

Die Meßziffern der Sterblichkeit lassen folgendes erkennen:

1. Die durchschnittliche Verminderung der Sterbenswahrscheinlichkeit seit 1933 beträgt (für die Alter 0 — 90) beim männlichen Geschlecht = rund **33 v. H.**, beim weiblichen Geschlecht dagegen rund **40 v. H.**
2. Am größten ist der Rückgang bei den jüngeren Altersjahren. Hier ist bei dem Alter 7 und 8 beim weiblichen Geschlecht mit rund 70 v. H., beim männlichen Geschlecht des Alters 6 und 7 mit rund 63 v. H. die stärkste Verminderung eingetreten.
3. In den höheren Altersjahren ist der Rückgang bei den Frauen bedeutend größer als bei den Männern.

Die Zunahme der Lebenserwartungen in Spalte 7 zeigen folgende Veränderungen an:

1. Im Durchschnitt beträgt die Zunahme für die Alter 0 — 90 bei den Männern = 3,2 Jahre, die Frauen werden dagegen 3,9 Jahre älter als 1933.

Übersicht 3

Alter	Von 100 000 Lebendgeborenen überleben das nebenstehende Alter					
	1949/50		1933		1905/07 ¹⁾	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	95 516	96 210	92 056	93 512	82 492	85 323
3	95 001	95 754	90 904	92 483	78 601	81 417
6	94 640	95 393	90 075	91 733	77 323	80 195
15	93 914	94 843	88 756	90 572	75 773	78 387
20	93 262	94 407	87 822	89 820	74 138	77 314
30	91 420	93 109	85 195	87 464	70 235	74 033
40	88 958	91 158	81 670	84 408	64 996	70 029
45	87 211	89 846	79 204	82 455	61 051	67 299
55	80 304	85 390	71 051	75 890	50 154	60 017
65	66 728	75 889	55 735	63 211	34 547	47 219
70	56 386	67 359	44 065	52 611	25 322	37 857
75	43 874	54 823	30 292	38 643	15 996	26 615
80	29 545	38 703	16 260	22 787	8 125	14 608

Alter	Zunahme der Überlebenden 1949/50 gegenüber							
	1933				1905/07 ¹⁾			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
1	3 460	3,8	2 698	2,9	13 024	15,8	10 887	12,8
3	4 097	4,5	3 271	3,5	16 400	20,9	14 337	17,6
6	4 565	5,1	3 660	4,0	17 317	23,4	15 198	19,0
15	5 158	5,8	4 271	4,7	18 141	23,9	16 456	21,0
20	5 440	6,2	4 587	5,1	19 124	25,8	17 093	22,1
30	6 225	7,3	5 645	6,5	21 185	30,2	19 076	25,8
40	7 288	8,9	6 750	8,0	23 962	36,9	21 129	30,2
45	8 007	10,1	7 391	9,0	26 160	42,8	22 547	33,5
55	9 253	13,0	9 500	12,5	30 150	60,1	25 373	42,3
65	10 993	19,7	12 678	20,1	32 181	93,2	28 670	60,7
70	12 321	28,0	14 748	28,0	31 064	122,7	29 502	77,9
75	13 582	44,8	16 180	41,9	27 878	174,3	28 208	106,0
80	13 285	81,7	15 916	69,8	21 420	263,6	24 095	164,9

¹⁾ Hamburgische Sterbetafel, Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XXVI.

2. Die größte Zunahme ist beim Alter 0 mit 8 bzw. 7,4 Jahren eingetreten. Mit fortschreitendem Alter verringert sich naturgemäß die Zunahme der Lebenserwartung. Sie beträgt aber immerhin bei den 65jährigen Männern noch **2,60 Jahre**, bei den 65jährigen Frauen dagegen **2,95 Jahre**.

Wie die Übersicht 3 erkennen läßt, ist infolge des Rückganges der Sterblichkeit auch die Zahl der Überlebenden erheblich gestiegen.

Zu einem großen Teil ist die Zunahme der Überlebenden auf die Verminderung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen, denn von 100 000 Lebendgeborenen erleben 3460 Knaben oder 3,8 v. H. und 2698 Mädchen oder 2,9 v. H. mehr die Vollendung des ersten Lebensjahres als im Jahre 1933.

Den Beginn des erwerbsfähigen Alters (15 Jahre) werden von 100 000 im Jahre 1950 Geborenen bei den Männern 5158 und bei den Frauen 4271 mehr erreichen als von 100 000 im Jahre 1933 Geborenen. Für die Frauen bedeutet dieses Alter zugleich den Beginn der Fortpflanzungsfähigkeit. Bei dem Alter 45 (Ende der Fruchtbarkeitsperiode) sind immerhin noch 7391 Frauen oder 10,1 v. H. mehr als 1933 vorhanden.

Der Geburtenrückgang wird dadurch zu einem, wenn auch nur geringen Teil ausgeglichen.

Den Beginn der Altersversorgung (65 Jahre) werden von 100 000 im Jahre 1950 Geborenen 10 993 Männer und 12 678 Frauen oder rund 20 v. H. mehr erleben als von der gleichen Zahl der im Jahre 1933 Geborenen. Noch bedeutend stärker ist der Unterschied, wenn man die entsprechenden Zahlen mit der hamburgischen Sterbetafel 1905/07 vergleicht, da dann die Zunahme bei dem Alter 6 sogar 23,4 bzw. 19,0 v. H. beträgt.

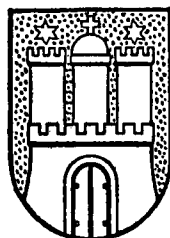
In Anbetracht des erheblichen Rückganges der Sterblichkeit drängt sich die Frage auf, ob eine weitere Verminderung möglich ist. Diese Frage muß bejaht werden. Nehmen wir z. B. an, es würde der medizinischen Wissenschaft gelingen, die Sterblichkeit an Krebs so herunterzudrücken, wie es bei der Tuberkulose bereits Tatsache geworden ist — starben doch immerhin im Jahre 1900 in Hamburg von 10 000 der Bevölkerung rund 20 an Tuberkulose, 1951 dagegen nur noch 3,5 —, so würde allein dadurch eine weitere durchschnittliche Lebensverlängerung die Folge sein, soweit der Rückgang der Krebssterblichkeit nicht durch eine Zunahme anderer Todesursachen ausgeglichen wird.

Lukoschus / Dr. Heinsohn

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 24. Juli 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 28

Der Kraftfahrzeugbestand in Hamburg im Jahre 1951

Der Kraftfahrzeugbestand in Hamburg ist im vergangenen Jahr 1951 wiederum erheblich gewachsen. Er stieg von 70 094 am Anfang des Jahres 1951 auf 83 511 Fahrzeuge am Ende des Jahres 1951

oder um 19,1 v. H. an. An dieser Zunahme der Kraftfahrzeuge sind vor allem die Personenkraftwagen, die um 7563 Fahrzeuge oder 26,0 v. H. im Laufe des vergangenen Jahres zunahmen, beteiligt.

Übersicht 1 Der Kraftfahrzeugbestand¹⁾ in Hamburg in den Jahren 1938 und 1951

Fahrzeugarten	Bestand an Kraftfahrzeugen und Anhängern am						Auf 100 Fahrzeuge des Bestandes vom 1. 7. 1938 kamen am		Zunahme von Januar 1951 bis Januar 1952 in v. H.
	1. Juli 1938	1. Januar 1951	1. April 1951	1. Juli 1951	1. Oktober 1951	1. Januar 1952	1. Januar 1951	1. Januar 1952	
Krafträder									
mit einem Hubraum									
bis 250 ccm	12 147	12 664	12 876	14 374	15 492	.	.	27,5
über 250 ccm	3 650	3 655	3 903	4 006	4 319	.	.	18,3
Zusammen	24 205	15 797	16 319	16 779	18 380	19 811	65,3	81,8	25,4
Personenkraftwagen									
mit einem Hubraum									
bis 2,5 l	28 119	30 252	32 246	33 764	35 561	.	.	26,5
über 2,5 l	897	917	951	988	1 026	.	.	14,4
Zusammen	39 260	29 016	31 169	33 197	34 752	36 587	73,9	93,2	26,1
Krankenwagen	105	102	101	100	96	.	.	— 8,6
Kraftomnibusse	314	374	376	390	388	387	119,1	123,2	3,5
Lastkraftwagen									
mit einer Nutzlast									
bis 999 kg	11 615	12 152	12 487	12 671	13 006	.	.	12,0
1000—1999 kg	3 349	3 457	3 600	3 599	3 568	.	.	6,5
2000—3999 kg	5 358	5 354	5 343	5 327	5 317	.	.	— 0,8
4000—4999 kg	849	885	903	895	909	.	.	7,1
5000 und mehr kg	1 085	1 121	1 129	1 124	1 161	.	.	7,0
Zusammen	16 580	22 256	22 969	23 462	23 616	23 961	134,2	144,5	7,7
Kraftstoffkesselwagen	89	96	100	95	98	.	.	10,1
Zugmaschinen	1 334	1 749	1 725	1 734	1 747	1 766	131,1	132,4	1,0
Sonderfahrzeuge	387	708	727	735	750	805	182,9	208,0	13,7
Kraftfahrzeuge überh.	82 080	70 094	73 483	76 498	79 828	83 511	85,4	101,7	19,1
Kraftfahrzeuganhänger	12 382	12 484	12 682	12 813	12 900	.	.	4,2

¹⁾ ohne Bundesbahn und Bundespost

Aber auch die Krafräder konnten im letzten Jahr ihren Bestand um 3492 Fahrzeuge (25,4 v. H.) vergrößern. Der Lastkraftwagenbestand, der schon im Vorjahr 134,8 v. H. des Bestandes von 1938 aufwies, nahm im Laufe des letzten Jahres um weitere 348 Fahrzeuge zu und erreichte damit 146,0 v. H. des Standes von 1938. Die Kraftfahrzeuge insgesamt haben den Vorkriegsstand um 1,7 v. H. überschritten. Im einzelnen gibt die Übersicht 1 Aufschluß.

Das Anwachsen des Lastkraftwagenbestandes spiegelt die fortschreitende Technisierung des Güternah- und Fernverkehrs wider. Es muß jedoch bemerkt werden, daß ein erheblicher Teil der sich im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge die normale Nutzungsdauer bereits überschritten hat. Von den sich am 1. 7. 1951 im Verkehr befindlichen 23 462 Lastkraftfahrzeugen waren 57,30 v. H. älter als 5 Jahre.

Alter der Kraftfahrzeuge 1951

Jahre	Kraftfahrzeuge insgesamt	d a v o n						außerdem Kraftfahrzeuganhänger
		Lastkraftwagen	Personenkraftwagen	Krafräder	Kraftomnibusse	Zugmaschinen	Sonderfahrzeuge ¹⁾	
0 bis 5	34 173	10 018	18 015	5 289	206	415	230	3 046
6	409	348	29	13	2	9	8	265
7	937	706	29	114	21	32	35	297
8	1 795	1 299	102	217	8	94	75	423
9	1 424	898	65	225	10	129	97	322
10	1 422	932	70	283	13	76	48	296
11	2 132	1 046	354	516	32	126	58	645
12	4 871	1 292	1 876	1 468	27	151	57	758
13	6 014	1 326	2 778	1 702	24	139	45	1 277
14	5 183	1 223	2 423	1 374	9	119	35	843
15 u. älter	16 409	3 867	6 904	5 044	33	423	138	3 111
unbekannt	1 729	507	653	534	5	21	9	1 399
insgesamt	76 498	23 462	33 298	16 779	390	1 734	835	12 682

¹⁾ einschließlich Kraftstoffkesselwagen

Die aus dieser Aufstellung ersichtliche Überalterung des Kraftfahrzeugbestandes wird auch für die kommenden Jahre einen erhöhten Erneuerungsbedarf bedingen. Im Jahre 1951 waren 15 457 Neuzulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen zu verzeichnen. Der Kraftfahrzeugbestand nahm dagegen in diesem Zeitraum nur um 13 417 Fahrzeuge zu. Rund 2000 Fahrzeuge (2040) sind also per Saldo gegen neue ausgetauscht worden.

Am größten war im letzten Jahr die Erneuerung bei den Lastkraftwagen. Hier übertrafen die Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge (3120) die Zunahme des Bestandes (1714) um 1406 Fahrzeuge. Bei den Personenkraftwagen stehen einer Zunahme des Bestandes (7571) 8676 Neuzulassungen gegenüber; die Ersatzinvestition beläuft sich damit auf 1121 Fahrzeuge.

Von zahlenmäßig untergeordneter Bedeutung ist die Ersetzung alter Fahrzeuge durch fabrikneue bei den Kraftomnibussen (52) und den Zugmaschinen (118), wenn auch die Ersatzinvestition bei diesen beiden Fahrzeugarten einen hohen Prozentsatz der gesamten Neuzulassungen ausmacht, nämlich bei den Kraftomnibussen 80,0 v. H. und bei den Zugmaschinen 87,4 v. H.

Bei den Krafrädern und Sonderfahrzeugen wurde dagegen der Bestand noch weitgehend durch Fahrzeuge älterer Baujahre aufgefüllt. Die Zunahme des Bestandes an Krafrädern (4014) im Jahre 1951 übertraf die Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge (3368) um 646 Fahrzeuge. Bei den Sonderfahrzeugen wurde der Kraftfahrzeugbestand per Saldo durch 11 Fahrzeuge älterer Baujahre aufgefüllt. Der Umfang der Neuzulassungen ist aus der Übersicht 2 ersichtlich.

Die Wiederauffüllung des Kraftfahrzeugbestandes durch Beschaffung fabrikneuer Fahrzeuge von der Währungsreform bis zum Jahresschluß 1950 dürfte eine Kapitalinvestition von 170 Millionen DM darstellen¹⁾. Die im Laufe des Jahres 1951 neu zugelassenen Kraftfahrzeuge sind schätzungsweise mit 98 Millionen DM zu bewerten. Diese Kapitalinvestition übertrifft die des Vorjahres, welche mit 88 Millionen DM veranschlagt wurde, um 10 Millionen DM oder 11,4 v. H.

Um die Bedeutung dieser Zahlen würdigen zu können, sei es gestattet, einige Zahlen aus dem Bereich der Finanzstatistik anzuführen. Die Spareinlagen bei den Hamburger Geld- und Kreditinstituten stiegen im Jahre 1951 um 67,7 Millionen DM und die lang- und mittelfristigen Kredite um 172,5 Millionen DM an. Die Investition bei den Kraftfahrzeugen im Jahre 1951 (98 Millionen DM) übertrifft also die Zunahme der Spareinlagen bei den Hamburger Kreditinstituten (67,7 Millionen DM) um 44,7 v. H. und erreicht 56,8 v. H. von der Zunahme des lang- und mittelfristigen Kreditvolumens im gleichen Zeitraum. Diese Zahlen seien nur genannt um Maßstäbe aufzuzeigen, die eine reale Vorstellung von der Höhe der getätigten Investitionen vermitteln. Ein großer Teil der Investitionsbeträge dürfte im Wege der Selbstfinanzierung aufgebracht worden sein. Einen Anreiz hierzu bietet u. a. § 7 a des Einkommensteuergesetzes, der besagt, daß Steuerpflichtige, die für betriebliche oder freiberufliche Zwecke Kraftfahrzeuge als Ersatz beschaffen, neben der verbrauchsbedingten Abschreibung eine sofortige Abschreibung bis zu 50 v. H. des Anschaffungswertes vornehmen können.

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1951, Heft Nr. 4

Übersicht 2

Zulassung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Anhängern in Hamburg
nach Fahrzeugart und Größenklasse im Jahre 1951

Fahrzeugart und Größenklasse	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1951 zus.	dagegen 1950
	1 9 5 1					
Krafträder	890	1 191	859	428	3 368	2 650
davon:						
Motorroller	111	197	138	79	525	398
Motorfahrräder	83	69	80	27	259	367
andere bis 125 ccm Hubraum	251	241	189	69	750	875
126 bis 249 ccm Hubraum	386	562	374	218	1 540	847
250 und mehr ccm Hubraum	59	122	78	35	294	163
Personenkraftwagen	2 126	2 261	2 024	2 265	8 676	7 731
davon:						
dreirädrige (Krankenfahrstühle)	—	1	—	4	5	5
andere bis 999 ccm Hubraum	214	303	255	201	973	318
1000 bis 1499 ccm Hubraum	1 474	1 385	1 304	1 521	5 684	5 667
1500 bis 1999 ccm Hubraum	317	347	234	172	1 070	1 163
2000 ccm und mehr Hubraum	121	225	231	367	944	578
Krankenkraftwagen	7	—	—	—	7	5
Kraftomnibusse	14	32	7	12	65	117
Lastkraftwagen	876	825	709	710	3 120	3 453
davon:						
dreirädrige	334	313	267	184	1 098	1 308
andere bis 999 kg Nutzlast	279	282	274	264	1 099	1 102
1000 bis 1999 kg Nutzlast	147	135	101	95	478	634
2000 bis 2999 kg Nutzlast	8	12	12	36	68	49
3000 bis 3499 kg Nutzlast	11	19	5	44	79	111
3500 bis 3999 kg Nutzlast	34	26	25	37	122	117
4000 bis 4999 kg Nutzlast	18	10	2	9	39	30
5000 und mehr kg Nutzlast	45	28	23	41	137	102
Zugmaschinen	30	27	38	40	135	113
davon:						
bis 24 PS	16	10	16	18	60	.
25 PS und mehr	14	17	22	22	75	.
Sonderfahrzeuge	8	15	32	31	86	50
Kraftfahrzeuge zusammen	3 951	4 351	3 669	3 486	15 457	14 128
Kraftfahrzeuganhänger						
für Personenbeförderung	3	4	—	1	8	15
für Lastenbeförderung, einachs.	20	33	18	23	94	173
zweiachsige bis 2999 kg Nutzlast	14	15	9	9	47	45
3000 bis 4999 kg Nutzlast	21	8	7	7	43	56
5000 bis 7999 kg Nutzlast	10	10	7	8	35	116
8000 und mehr kg Nutzlast	15	12	10	10	47	19
drei- und mehrachsige	25	18	13	16	72	88
Spezialanhänger	12	14	14	19	59	53
Kraftfahrzeuganhänger zusammen	120	114	78	93	405	565

Die hohen Investitionssummen sind aber sicherlich nicht vollständig im Wege der Selbstfinanzierung aufgebracht worden. Daneben hat die Fremdfinanzierung — vor allem die Absatzfinanzierung — eine Rolle gespielt.

Die Hamburger Automobilindustrie hat nur in geringem Umfang an der Wiederaufstockung des Hamburger Kraftfahrzeugbestandes Anteil gehabt, denn Hamburg zählt bekanntlich nicht zu den Hauptstandorten der Automobilindustrie. Für die Aufstockung des Hamburger Kraftfahrzeugbestandes kommen nur wenige Hamburger Firmen in Betracht. Von den neuzugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeugen, wurden

- 7 Pkw mit einem geschätzten Verkaufswert von 38 400 DM
- 2 Krankenkraftwagen mit einem geschätzten Verkaufswert von 28 000 DM

2 Omnibusse mit einem geschätzten Verkaufswert von 44 000 DM
1150 Lkw mit einem geschätzten Verkaufswert von 5 543 300 DM

von Hamburger Firmen hergestellt. Damit entfallen 5 653 700 DM oder 5,95 v. H. der Investitionssumme von 95 Millionen DM (ohne Anhänger) auf die Produktion der Hamburger Betriebe. Der größte Teil der Kraftfahrzeuge wurde also von auswärtigen Firmen geliefert. Andererseits hatten die Hamburger Unternehmungen einen Absatz von schätzungsweise 5,9 Millionen DM im Gebiet der Bundesrepublik.

Die Neuzulassungen an fabrikneuen Kraftfahrzeugen sind in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. An erster Stelle steht der Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel mit 2138 Pkw und

**Geschätzter Wert der im Jahre 1951 in Hamburg neuzugelassenen
fabrikneuen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger**

Fahrzeugart ¹⁾	Anzahl	Ge- schätzter Wert je Stück DM	Summe in 1000 DM	Fahrzeugart	Anzahl	Ge- schätzter Wert je Stück DM	Summe in 1000 DM
Krafträder V				Zugmaschinen			
Motorroller	527	1 100	579,7	mit Masch.-Leistg. b. 24 PS D	60	9 000	540
Motorfahrräder	259	320	82,9	„ „ v. 25 b. 34 PS	38	12 500	475
andere bis 125 ccm Hubr. . . .	750	950	712,5	„ „ v. 35 b. 60 PS	10	17 500	175
126 bis 249 ccm Hubr. . . .	1 538	1 700	2 614,6	„ „ v. 61 u. mehr PS	27	24 000	648
250 und mehr ccm Hubr. . . .	294	2 500	735,0				
zusammen	3 368	Ø 1 403	4 724,7	zusammen	135	Ø 13 615	1 838
Personenkraftwagen				Sonstige Kraftfahrzeuge V	23	12 000	276
dreirädr. (Krankenfahrstühle)	5	2 500	12,5	D	63	15 000	945
andere bis 999 ccm Hubr. . V	973	5 200	5 059,6	zusammen	86	Ø 14 198	1 221
1000 bis 1499 ccm Hubr. . V	5 684	6 200	35 240,8	Kraftfahrzeuge insgesamt . .	15 457	Ø 6 146	95 006,0
1500 bis 1999 ccm Hubr. . V	791	9 000	7 119,0	außerdem:			
1500 bis 1999 ccm Hubr. . D	279	8 600	2 399,4	Kraftfahrzeuganhänger			
2000 bis 2499 ccm Hubr. . V	818	9 600	7 852,8	für Personenbeförderung . .	8	600	4,8
2500 u. mehr ccm Hubr. . V	126	12 500	1 575,0	für Lastenbeförderung:			
zusammen	8 676	Ø 6 830	59 259,1	einachsige	94	800	75,2
Krankenkraftwagen . . . V	7	14 000	98,0	zweiachsige bis 2999 kg Nutzl.	47	3 300	155,1
Kraftomnibusse V	7	22 000	154,0	von 3000 bis 4999 kg Nutzl.	43	4 200	180,6
Kraftomnibusse D	58	32 000	1 856,0	von 5000 bis 7999 kg Nutzl.	35	7 500	262,5
zusammen	65	Ø 30 923	2 010,0	von 8000 u. mehr kg Nutzl.	47	12 000	564,0
Lastkraftwagen				drei- und mehrachsige	72	19 000	1 368,0
dreirädrige V	1 098	4 100	4 501,8	Spezialanhänger	59	7 000	413,0
and. m. Nutzlast bis 999 kg V	1 075	6 800	7 310,0	Anhänger insgesamt	405	Ø 7 465	3 023,2
and. m. Nutzlast bis 999 kg D	24	10 400	249,6	Kraftfahrzeuge	15 457		95 006,0
1000 bis 1999 kg Nutzlast V	280	7 900	2 212,0	Anhänger	405		3 023,2
1000 bis 1999 kg Nutzlast D	194	10 000	1 940,0	Kraftfahrzeuge			
1000 bis 1999 kg Nutzlast E	4	9 700	38,8	und Anhänger insgesamt . .			98 029,2
2000 bis 2999 kg Nutzlast V	10	10 000	100,0				
2000 bis 2999 kg Nutzlast D	53	13 000	689,0				
2000 bis 2999 kg Nutzlast E	5	13 000	65,0				
3000 bis 3499 kg Nutzlast V	9	11 000	99,0				
3000 bis 3499 kg Nutzlast D	70	14 000	980,0				
3500 bis 3999 kg Nutzlast V	2	11 000	22,0				
3500 bis 3999 kg Nutzlast D	120	23 000	2 760,0				
4000 bis 4999 kg Nutzlast V	2	14 500	29,0				
4000 bis 4999 kg Nutzlast D	37	25 000	925,0				
5000 u. mehr kg Nutzlast V	3	16 000	48,0				
5000 u. mehr kg Nutzlast D	134	29 000	3 886,0				
zusammen	3 120	Ø 8 287	25 855,2				

¹⁾ V = Vergasermotor, D = Dieselmotor, E = Elektroantrieb

795 Lkw. An zweiter Stelle folgt der Einzelhandel mit 2064 Pkw und 651 Lkw vor der Industrie, wo 1472 neuzugelassene Pkw und 686 Lkw zu verzeichnen sind, wie die Übersicht 4 zeigt.

Nicht nur in Hamburg, sondern auch in den übrigen Ländern der Bundesrepublik hat der Kraftfahrzeugbestand¹⁾ in der Nachkriegszeit zugenommen; es besteht jedoch ein Unterschied in dem Grad der Entwicklung. Hamburg konnte mit Abschluß des Jahres 1951 die Vorkriegshöhe des Fahrzeugbestandes geringfügig um 1,7 v. H. überschreiten. In allen übrigen Ländern der Bundesrepublik ist jedoch das Wachstum des Kraftfahrzeugbestandes größer. Bis zum 1. Januar 1952 stieg

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

die Meßziffer des Kraftfahrzeugbestandes (1. Juli 1938 = 100) in

Schleswig-Holstein	auf 137
H a m b u r g	auf 102
Niedersachsen	auf 150
Nordrhein-Westfalen	auf 150
Bremen	auf 109
Hessen	auf 172
Rheinland-Pfalz	auf 158
Bayern	auf 175
Württemberg-Baden	auf 172
Baden	auf 177
Württbg.-Hohenzollern	auf 184

Die gestiegene Motorisierung findet ihren Ausdruck in der Kraftfahrzeugdichte. Am Anfang des

Übersicht 4

Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen nach dem Gewerbe oder Beruf der Halter im Jahre 1951

Gewerbe oder Beruf der Halter	Personenkraftwagen	Lastkraftwagen	Krafträder	Zugmaschinen	Sonstige Fahrzeuge (Omnibusse, Krankenwagen)	Sonderfahrzeuge	Kraftfahrzeuge insgesamt
Industrie	1 472	686	61	13	2	13	2 247
darunter:							
Stahl- und Eisenbau	31	8	—	1	—	—	40
Maschinenbau	101	26	3	—	—	—	130
Fahrzeugindustrie	86	104	3	—	2	—	195
Elektroindustrie	98	33	2	—	—	1	134
Eisen-, Blech- u. Metallwaren-Industrie	82	22	5	—	—	—	109
Bauindustrie	97	19	12	4	—	—	132
Chemische Industrie	320	97	7	1	—	1	426
Druck und Papierverarbeitung	138	43	12	—	—	1	194
Lebensmittelindustrie	218	206	4	2	—	6	436
Handwerk	571	428	137	3	—	—	1 139
darunter:							
Nahrungs- und Genußmittelhandwerk	104	175	15	—	—	—	294
Bauhandwerk	241	148	59	1	—	—	449
Metallhandwerk	89	24	25	2	—	—	140
Bekleidungshandwerk	51	41	11	—	—	—	103
Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel	2 138	795	113	15	—	7	3 068
darunter:							
Baustoffe	156	24	18	2	—	—	200
Textilwaren und Bekleidung	164	23	—	—	—	—	187
Nahrungs- und Genußmittel	407	272	26	—	—	1	706
Eisen, Stahl, Schrott, Metall, Metallhalbfabr.	171	102	8	4	—	—	285
Mineralöle	119	28	4	6	—	5	162
Chemikalien, Drogen, Farben	90	28	4	—	—	—	122
Sonst. Großhandel	952	217	50	—	—	1	1 220
Einzelhandel	2 064	651	300	16	—	3	3 034
darunter:							
Textilwaren und Bekleidung	186	26	18	—	—	—	230
Nahrungs- und Genußmittel	123	239	41	—	—	—	403
Kraftfahrzeug-Einzelhandel	373	59	33	3	—	—	468
Vermittlergewerbe	744	54	102	—	—	2	902
Sonstiger Einzelhandel	439	134	66	3	—	1	643
Banken und Versicherungen	139	6	3	—	1	1	150
Energiewirtschaft	30	18	21	—	—	—	69
Gewerblicher Verkehr	585	314	37	13	41	8	998
darunter:							
Kraftfahrgewerbe	353	213	26	9	30	6	637
Spedition und Lagerei	115	87	9	4	—	1	216
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	49	78	29	73	—	—	229
Kultur-Gesundheits-, Rechtsw. u. Technik	943	28	196	1	3	8	1 179
darunter:							
Kunst, Schrifttum, Presse, Rundfunk u. Film	151	13	30	—	—	5	199
Ärzte	278	—	88	—	—	2	368
Rechtsw., Freiberufl. Tätige	149	—	14	—	—	—	163
Architekten, Ingenieure	185	8	22	1	—	—	216
Kirchen, kirchl. Einrichtungen	8	2	5	—	—	—	15
Behörden, Wirtschafts- und Zweckverbände	203	109	107	1	25	46	491
Beamte i. öffentl. Dienst u. Angeh. der Polizei	59	—	119	—	—	—	178
Angestellte	344	5	766	—	—	—	1 115
darunter:							
Leitende Angestellte	155	—	34	—	—	—	189
Kaufm. und Büroangestellte	62	—	380	—	—	—	442
Sonstige Angestellte	110	3	314	—	—	—	427
Arbeiter	9	—	1 362	—	—	—	1 371
Berufslose	62	—	112	—	—	—	174
Insgesamt	8 676	3 120	3 368	135	72	86	15 457

Jahres 1950 kam in Hamburg durchschnittlich auf je 23 Einwohner 1 Kraftfahrzeug. Am Jahresende 1951 war die Zahl der Fahrzeuge so gestiegen, daß bereits auf je 20 Einwohner 1 Kraftfahrzeug entfiel. Mit dieser Dichtezahl steht Hamburg aber

unter den Ländern der Bundesrepublik durchaus nicht an der Spitze, denn Württemberg-Hohenzollern, Baden, Bayern und Württemberg-Baden hatten am 1. Juli 1950 schon Dichte zahlen von 18 bis 21 aufzuweisen. Am 1. Januar 1952 wiesen da-

Übersicht 5

Der Kraftfahrzeugbestand in den Bundesländern in den Jahren 1938 und 1950 bis 1952

Länder	Bestand an Fahrzeugen mit Fahrberechtigung am					Auf 100 Fahrzeuge des Bestandes vom 1. 7. 38 kamen am				Auf 1 Kraftfahrzeug entfallen ... Einwohner am				
	1. 7. 1938	1. 7. 1950	1. 1. 1951	1. 7. 1951	1. 1. 1952	1. 7. 50	1. 1. 51	1. 7. 51	1. 1. 52	1. 7. 38	1. 7. 50	1. 1. 51	1. 7. 51	1. 1. 52
	Schlesw.-Holstein	73 803	66 243	78 515	88 050	101 334	90	106	119	137	22	39	33	29
Hamburg	82 080	59 244	70 094	76 498	83 511	72	85	93	102	21	27	23	22	20
Niedersachsen	232 600	239 628	274 755	305 063	349 128	103	118	131	150	19	28	25	22	19
Nordrhein-Westf.	481 231	471 808	522 648	615 612	723 058	98	109	128	150	25	28	25	22	19
Bremen	23 131	17 902	19 804	20 689	25 177	77	86	89	109	24	32	28	28	23
Hessen	163 639	185 372	207 370	237 953	281 734	113	127	145	172	21	23	21	18	16
Rheinland-Pfalz	116 284	127 030	141 404	153 328	184 146	109	122	132	158	25	24	21	20	17
Bayern	380 674	436 102	453 457	556 954	661 148	116	120	148	175	18	21	20	16	14
Württemberg-Baden	157 296	186 736	211 409	241 780	270 169	119	134	154	172	20	21	19	16	15
Baden	60 259	70 032	79 126	90 958	106 630	116	131	151	177	20	19	17	15	13
Württemberg-Hohenzollern	52 639	70 806	77 444	87 261	96 618	135	147	166	184	20	18	16	14	13
außerdem:														
Deutsche Bundesbahn		4 476	4 638	4 809	5 135
Deutsche Bundespost		14 424	14 691	14 855	15 984
Bundesgebiet	1 823 636	1 949 803	2 155 355	2 493 810	2 903 772	107	118	137	159	22	25	22	19	17

Übersicht 6

Der Kraftfahrzeugbestand in 15 Großstädten des Bundesgebiets in den Jahren 1938 und 1950 bis 1952

Großstadt	Bestand an Kraftfahrzeugen am								Auf 1 Kraftfahrzeug entfallen ... Einwohner am						
	1. Juli 1938		1. Juli 1950		1. Januar 1951		1. Juli 1951		1. Januar 1952		1. 7. 38	1. 7. 50	1. 1. 51	1. 7. 51	1. 1. 52
	überhaupt	überhaupt	in v. H. von Juli 1938	überhaupt	in v. H. von Juli 1938	überhaupt	in v. H. von Juli 1938	überhaupt	in v. H. von Juli 1938	überhaupt	in v. H. von Juli 1938				
Hamburg	82 080	59 244	72,2	70 094	85,4	76 498	93,2	83 511	101,7	21	27	23	22	20	
Essen	19 918	15 941	80,0	18 247	91,6	20 685	103,9	24 696	124,0	34	38	33	30	25	
Köln	39 409	24 045	61,0	27 745	70,4	31 767	80,6	37 987	96,4	20	24	22	19	17	
Dortmund	19 786	14 059	71,5	16 636	84,2	17 941	90,7	21 104	106,7	28	36	31	29	25	
Düsseldorf	31 791	19 536	61,5	22 091	69,5	27 357	86,1	31 967	100,6	16	26	23	19	17	
Bremen einschließlich Bremerhaven	23 131	17 902	77,4	19 804	85,6	20 689	89,4	25 177	108,8	25	31	28	28	23	
Hannover	26 077	17 335	66,5	19 529	74,9	22 538	86,4	26 655	102,2	18	26	23	20	18	
Duisburg	13 819	9 971	72,2	11 059	80,0	13 611	98,5	16 381	118,5	31	42	37	31	26	
Wuppertal	16 071	13 204	82,2	14 687	91,4	16 942	105,4	19 988	124,4	25	27	25	22	19	
München	60 542	37 334	61,7	49 179	81,2	60 287	99,6	73 420	121,3	13	22	17	14	12	
Frankfurt a. M.	34 658	27 014	77,9	31 185	90,0	36 988	106,7	43 668	126,0	16	19	17	15	13	
Stuttgart	30 605	28 062	91,7	32 240	105,3	37 469	122,4	41 083	134,2	15	18	16	14	13	
Mannheim	15 761	12 053	76,5	13 262	84,1	17 190	109,1	18 950	120,2	18	20	19	15	14	
Wiesbaden	9 002	10 670	118,5	10 890	121,0	12 470	138,5	15 164	168,5	18	21	21	18	15	
Augsburg	9 371	8 954	95,6	8 035	85,7	9 894	105,6	12 182	130,0	20	21	23	19	16	

gegen Württemberg-Hohenzollern und Baden Dichteziffern von 13 aus, während Bayern eine solche von 14 verzeichnen konnte. Auch ein Vergleich mit einigen Großstädten zeigt, daß die Hamburger Dichteziffer „20“ von den Städten Frankfurt a. M. und Stuttgart schon am 1. Juli 1950 unterschrit-

ten wurde. Am 1. Januar 1952 weisen diese Städte eine Kraftfahrzeugdichte von 13 auf, während München mit 12 Einwohnern je Fahrzeug die größte Dichte aufweisen konnte.

Bahler, Dipl.-Volkswirt

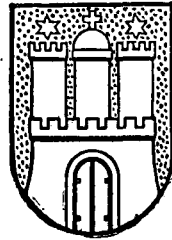
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 28. Juli 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 29



Die Bautätigkeit im Kalenderjahr 1951

1. Baugenehmigungen

Nach den abschließenden Ergebnissen über die erteilten Baugenehmigungen im Kalenderjahr 1951 zeigt sich, daß sich die im ersten Halbjahr einsetzende rückläufige Tendenz, über die bereits im Heft 28, Jg. 1951, dieser Zeitschrift berichtet wurde, auch im zweiten Halbjahr fortgesetzt hat. Wie die Übersicht 1 zeigt, wurden bis zum Ende des Jahres **3956 Wohnungsbauvorhaben** von den Bauaufsichtsämtern genehmigt. Hiermit war die Errichtung von **4294 Wohngebäuden** und **23 825 Wohnungen** geplant. Das bedeutet gegenüber 1950 eine Abnahme der erteilten Baugenehmigungen um 1549 Bauvorhaben (28,2 v. H.), 1331 Wohngebäude (23,7 v. H.) und 6653 Wohnungen (21,8 v. H.). Werden auch die geplanten Wohnungen in den Nichtwohngebäuden berücksichtigt, so erhöht sich die Zahl der genehmigten Wohnungen auf 24 295 gegenüber 30 721 Wohnungen im Jahre 1950.

Die Verminderung beträgt demnach 6426 Wohnungen oder mehr als ein Fünftel der genehmigten Wohnungen des Vorjahres.

Unter den im Jahre 1951 genehmigten Wohnungsbauvorhaben hat sich der Schwerpunkt auf die Neubautätigkeit verlagert. **Der Anteil der Neubauwohnungen hat sich von 37,5 v. H. im Jahre 1950 auf 58,0 v. H. im Berichtsjahr erhöht.** Es muß hierzu jedoch bemerkt werden, daß es sich bei den geplanten Neubauten nicht ausschließlich um Bauvorhaben auf jungfräulichem Boden, d. h. bisher noch nicht bebautem Grund, handelt, sondern in vielen Fällen auch um Gebäude, die auf ehe-

Übersicht 1

Die erteilten Baugenehmigungen für Wohnungsbauvorhaben

Monat, in dem die Baugenehmigung erteilt wurde	1 9 5 1			1 9 5 0		
	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen
Januar	356	458	2 486	285	.	1 106
Februar	344	328	1 758	354	.	1 556
März	370	499	2 280	422	.	2 648
April	453	485	3 173	413	.	2 208
Mai	341	330	1 817	581	.	3 046
Juni	374	341	1 958	624	.	2 877
Juli	300	373	1 760	553	.	2 394
August	302	245	1 316	437	.	1 936
September	283	320	1 875	522	.	3 934
Oktober	343	375	2 050	525	.	2 661
November	254	260	1 486	482	.	4 018
Dezember	145	160	1 146	307	.	2 094
Zusammen . . .	3 865	4 174	23 105	5 505	5 625	30 478
Vor dem 1. 1. 51 erteilt, aber im Laufe des Jahres 1951 gemeldet . . .	91	120	720	—	—	—
Abnahme 1951/50 überhaupt	3 956	4 294	23 825	5 505	5 625	30 478
v. H.	28,2	23,7	21,8	—	—	—

mals bebautem, aber eingeebnetem Gelände errichtet werden sollen. Es ist umstritten, ob solche Bauvorhaben als Neubauten oder als Wiederaufbauten gelten.

Übersicht 2

Die erteilten Baugenehmigungen für Wohnungsbauvorhaben nach der Art der Baumaßnahmen

Baumaßnahmen	1 9 5 1				1 9 5 0			
	Bauvorhaben	Gebäude	Zahl	v. H.	Bauvorhaben	Gebäude	Zahl	v. H.
Neubau	2 222	3 318	13 816	58,0	2 802	3 842	11 422	37,5
Wiederaufbau	492	959	9 048	38,0	854	1 783	16 750	54,9
Wiederherstg., Um-, An-, Ausbau	1 242	17	961	4,0	1 849	—	2 306	7,6
Insgesamt	3 956	4 294	23 825	100	5 505	5 625	30 478	100

Die Übersicht 3 bietet eine Gliederung der genehmigten Wohngebäude nach Bauherren. Hierbei zeigen sich einige charakteristische Unterschiede. Beim Neubau entfallen bei den Privaten Bauherren durchschnittlich nur 3,1, bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen jedoch 6,8 Wohnungen auf ein Wohngebäude. Die verhältnismäßig geringe Durchschnittszahl der Wohnungen je Gebäude bei den Privaten Bauherren findet seine Erklärung in dem hohen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern bei den von Privaten Bauherren geplanten Wohngebäuden.

Übersicht 3

Die genehmigten Wohngebäude nach Bauherren

Jahre	Neubau			Wiederaufbau		
	Ge- bäude	Wohnun- gen	Wohnun- gen je Gebäude	Ge- bäude	Wohnun- gen	Wohnun- gen je Gebäude
Zusammen						
1951	3 318	13 816	4,2	959	9 048	9,4
1950	3 842	11 422	3,0	1 783	16 750	9,4
Private Bauherren						
1951	2 385	7 339	3,1	562	4 783	8,5
1950	2 973	5 878	2,0	1 011	8 895	8,8
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen						
1951	919	6 292	6,8	392	4 195	10,7
1950	862	5 496	6,4	763	7 792	10,2
Behörden und öffentlich rechtliche Körperschaften						
1951	14	185	13,2	5	70	14,0
1950	7	48	7,0	9	63	7,0

Die veranschlagten Baukosten für die genehmigten Hochbauten belaufen sich im Jahre 1951 auf 334,766 Millionen DM. Gegenüber 1950 hat sich die Summe um 6,410 Millionen DM oder 2 v. H. verringert. Hierbei ist zu beachten, daß sich die Summe der veranschlagten Baukosten bei den Nichtwohnungsbauten um fast 10 Millionen DM

oder 13 v. H. auf 86,621 Millionen DM erhöht hat. Dagegen sollen dem Wohnungsbau nach den erteilten Baugenehmigungen mit 248,145 Millionen DM veranschlagter Baukosten 16,198 Millionen DM oder 6 v. H. weniger als im vergangenen Jahre zufließen. Der tatsächliche Umfang der Schrumpfung des geplanten Bauvolumens wird aber erst ersichtlich, wenn bei diesen Wertangaben die Erhöhung der Baukosten seit 1950 berücksichtigt wird. Die Preisindexziffer hat sich von 204,3 im Durchschnitt des Jahres 1950 auf 229,3 im Durchschnitt des Jahres 1951 erhöht; hierdurch ergeben sich für das Jahr 1951 als preisbereinigte Vergleichswerte für die gesamten Hochbauten nur 298,259 Millionen DM und für den Wohnungsbau nur 221,084 Millionen DM an veranschlagten Baukosten. Das bedeutet eine Verminderung des Bauvolumens von 13 bzw. 16 v. H. gegenüber dem Vorjahre. Vergleicht man in gleicher Weise die veranschlagten Wohnungsbaukosten der einzelnen Bauherren mit dem Vorjahre, so ergibt sich auf Grund der für 1951 genehmigten Bauvorhaben gegenüber dem Vorjahr bei den Privaten Bauherren eine Schrumpfung des geplanten Bauvolumens um 13 v. H. und bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sogar eine Abnahme um 21 v. H.

Durch die laufende Erhöhung der Baukosten wird der rentierliche Anteil der Baukosten in steigendem Maße verringert, so daß im sozialen Wohnungsbau die Aufwendungen an öffentlichen Mitteln für eine Wohnung ständig erhöht werden müssen. Da die Höhe der öffentlichen Mittel aber nach oben begrenzt ist und es außerdem fraglich ist, ob in Zukunft noch öffentliche Mittel für den Wohnungsbau in der bisherigen Höhe abgezweigt werden können, muß in Zukunft mit einer weiteren empfindlichen Schrumpfung der Wohnbautätigkeit gerechnet werden. Angesichts dieser Entwicklung gewinnt die Forderung, neue Wege der Wohnungsbaufinanzierung zu suchen, immer mehr an Gewicht.

Übersicht 4

Die erteilten Baugenehmigungen nach dem Bauvolumen

Bauvolumen	Genehmigte Wohnungsbauvorhaben						
	überhaupt		1951			1950	
			Private	Gemeinnützige Wohnungs- unternehmen	Behörden und öffentl. rechtl. Körperschaften	insgesamt	darunter Neubau
	Zahl	darunter Neubau					
Wohngebäude	4 294	3 318	2 963	1 311	20	5 625	3 842
Wohnungen	23 825	13 816	13 036	10 530	259	30 478	11 422
Umbauter Raum in 1000 cbm	6 153	3 552	3 759	2 342	52	7 699	2 783
Bruttowohnfläche in 1000 qm	1 210	689	734	466	10	1 541	561
Nutzfläche in 1000 qm	54	38	44	9	1	55	32
Baukosten (veranschl.) in 1000 DM	248 145	151 218	148 610	97 789	1 746	264 343	107 161
Bauvolumen	Genehmigte Nichtwohnungsbauvorhaben						
	überhaupt		1951			1950	
			gewerblich	landwirt- schaftlich	öffentlich	insgesamt	darunter Neubau
	Zahl	darunter Neubau					
Nichtwohngebäude	1 754	1 539	1 389	259	106	2 215	1 943
Wohnungen	470	403	225	4	241	243	149
Umbauter Raum in 1000 cbm	3 064	1 741	2 119	39	906	2 798	1 615
Bruttowohnfläche in 1000 qm	24	19	15	0	9	15	8
Nutzfläche in 1000 qm	534	301	397	10	127	559	325
Baukosten (veranschl.) in 1000 DM	86 621	54 261	54 263	760	31 598	76 833	53 598

2. Die Baubeginne

Im Zeitpunkt der Baugenehmigung ist ein Bauvorhaben zwar schon in einem fortgeschrittenen Stadium der Planung, es ist jedoch noch fraglich, ob und wann das genehmigte Bauvorhaben zur Ausführung gelangt. Deshalb ist ein Nachweis des Baubeginns von großer Bedeutung für die Beurteilung der Baukonjunktur, da der Baubeginn bereits eine Bauleistung aufweist. Die Statistik der Baubeginne ist ein wichtiges Bindeglied der Bautätigkeitsstatistik, weil sie konkrete Unterlagen für die Beurteilung des künftigen Baugeschehens liefert.

Die allgemeine rückläufige Tendenz der Baukonjunktur, die bei der Zahl der genehmigten Bauvorhaben zum Ausdruck kam, findet auch bei den

Baubeginnen ihren Niederschlag. **Im Kalenderjahr 1951 wurde nur mit dem Bau von 4425 Wohngebäuden und 20 370 Wohnungen begonnen. Das sind 1761 Wohngebäude oder 28 v. H. und 6099 Wohnungen oder 23 v. H. weniger als im Vorjahre.** Vermutlich ist der tatsächliche Schwund noch größer, weil die Baubeginne im 1. Vierteljahr 1950 nur unvollständig erfaßt werden konnten. Von der Schrumpfung des Bauvolumens werden die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen mit einer Verminderung von 857 Wohngebäuden oder 43 v. H. und 4626 Wohnungen oder 33 v. H. am stärksten betroffen. Die Privaten Bauherren weisen dagegen einen Rückgang von 902 Wohngebäuden oder 22 v. H. und 1399 Wohnungen oder 11 v. H. aus.

Übersicht 5

Die Baubeginne von Wohngebäuden und Wohnungen

Monate	Insgesamt				davon durch							
	Gebäude		Wohnungen		Private Bauherren				Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			
					Gebäude		Wohnungen		Gebäude		Wohnungen	
	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950
Januar	337	159	1 226	732	248	139	673	680	87	20	521	52
Februar	367	158	1 444	796	237	132	732	538	129	26	711	258
März	352	236	1 540	899	242	225	829	850	106	11	695	49
April	418	497	1 705	2 663	304	299	840	816	112	194	839	1 804
Mai	454	606	1 581	2 554	331	381	771	1 490	120	222	799	1 041
Juni	450	773	1 745	2 910	331	501	1 027	1 223	119	268	718	1 655
Juli	246	617	1 124	2 444	193	399	607	1 124	50	218	500	1 320
August	498	727	2 747	2 382	375	546	1 545	1 197	121	180	1 199	1 184
September	402	703	1 716	2 730	283	516	843	1 478	118	184	871	1 241
Oktober	392	730	2 379	3 105	286	444	1 082	1 082	106	283	1 297	1 982
November	271	519	1 683	2 689	231	362	1 165	1 185	40	156	518	1 503
Dezember	238	461	1 480	2 565	203	222	961	811	34	237	518	1 723
Insgesamt	4 425	6 186	20 370	26 469	3 264	4 166	11 075	12 474	1 142	1 999	9 186	13 812
Abnahme 1951/1950 überh.	1 761		6 099		902		1 399		857		4 626	
v. H.	28		23		22		11		43		33	

3. Die Baufertigstellungen

Bevor im einzelnen auf den Bauerfolg im Jahre 1951 eingegangen wird, muß zum besseren Verständnis einiges über die Methode der Erhebung und die Zusammenstellung der Zahlen gesagt werden.

Die Erfassung der Bautätigkeit erfolgt im ganzen Bundesgebiet nach einheitlichen Richtlinien des Statistischen Bundesamtes. Diese Richtlinien knüpfen an die Methoden der früheren Reichsstatistik an. **Die so gewonnenen Zahlen bieten einen zuverlässigen Maßstab für den Vergleich der Wohnungsbautätigkeit mit anderen Ländern.**

Im Rahmen der amtlichen Baustatistik (Reichs-, Bundes- und Länderstatistik) unterscheidet man zwischen Brutto-Zugang und Rein-Zugang. Beim Brutto-Zugang wird auch der Umbau einer Dreiraumwohnung in eine Vierraumwohnung als Zugang einer Vierraumwohnung gezählt, obwohl praktisch nur ein Raum zugegangen ist; die Dreiraumwohnung wird gleichzeitig als Abgang gezählt und bei der Berechnung des Reinzuganges abgesetzt. Diese Methode ist notwendig, um den Wohnungsbestand nach der Größe richtig fortzuschreiben zu können. In der monatlichen Berichterstattung an das Statistische Bundesamt

wird lediglich der Brutto-Zugang an fertiggestellten Wohnungen berücksichtigt, während der Reinzugang erst am Jahresende berechnet wird. Hieraus ergibt sich in den einzelnen Monaten ein unzutreffendes Bild über den tatsächlichen Zugang an Wohnungen, je nach Umfang, den der Umbau von Wohnungen im Rahmen des gesamten Wohnungsbaus eingenommen hat.

Um der Öffentlichkeit und der Verwaltung, die mit der Wohnraumbewirtschaftung und -planung zu tun hat, in Zukunft auch bereits monatlich ein richtiges Bild von dem tatsächlichen Wohnungszugang zu vermitteln, **veröffentlicht das Statistische Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg ab 1. Januar 1952 einen sogenannten bereinigten Brutto-Zugang**, bei dessen Errechnung die Wohnungen, die sich durch Um-, An- und Ausbau oder Wiederherstellung lediglich in der Raumzahl verändern, nicht gezählt werden. In diesen Fällen wird nur die Veränderung in der Zahl der Wohnräume berücksichtigt. Unbeschadet dessen müssen aber die monatlichen Berichte für das Statistische Bundesamt nach wie vor nach den bundeseinheitlichen Richtlinien aufgestellt werden. Die sich hieraus ergebenden Differenzen müssen bei einem Vergleich mit den Zahlen des Bundesministeriums

für den Wohnungsbau oder des Statistischen Bundesamts über die Wohnungsbautätigkeit in Hamburg Berücksichtigung finden.

Nach diesen Methoden sind für die Jahre 1949 bis 1951 folgende Zahlen über den Zugang an Wohnungen errechnet worden:

Brutto-Zugang an Wohnungen nach der Berechnungsmethode des	in den Jahren		
	1949	1950	1951
1. Statistischen Bundesamtes	14 854	27 238	27 080
2. Statistischen Landesamtes	14 269	26 377	26 166
(bereinigter Brutto-Zugang)			

In den Jahren 1946 — 1948 sind überhaupt nur die tatsächlich fertiggestellten Wohnungen ohne die Veränderungen durch Umbauten und dergleichen gezählt worden. Hiernach hat sich der Wohnungs-Zugang nach dem Kriege wie folgt entwickelt:

1946	2 026 Wohnungen
1947	2 022 Wohnungen
1948	8 141 Wohnungen
1949	14 269 Wohnungen
1950	26 377 Wohnungen
1951	26 166 Wohnungen
1946 — 1951	79 001 Wohnungen

Da der Wohnungsbau in den ersten Nachkriegsjahren aber nur unvollständig erfaßt werden konnte, ist der **Brutto-Zugang seit Beendigung des Krieges auf mindestens 80 000 Wohnungen zu schätzen**; hiervon liegen etwa 8000 in Behelfsheimen, Baracken und anderen Notunterkünften.

Bei der Berechnung des bereinigten Brutto-Zuganges im Jahre 1951 ist berücksichtigt, daß sich unter den 27 080 Wohnungen, die nach den Richtlinien des Bundesamtes als fertiggestellt zu erfassen waren, 914 Wohnungen befinden, bei denen durch Um-, An- oder Aufbaumaßnahmen lediglich die Raumzahl verändert ist. Setzt man diesen unechten Zugang ab, verbleiben noch 26 166 Wohnungen. Eine weitere Untersuchung nach dem Monat der Fertigstellung hat aber ergeben, daß sich hierunter noch 1011 Wohnungen befinden, die bereits 1950 fertiggestellt, aber erst im Laufe des Jahres 1951 statistisch erfaßt worden sind. Will man die effektive Bauleistung während des Jahres 1951 erfassen, muß man auch diese 1011 Wohnungen für das Jahr 1951 absetzen und dem Vorjahre zuschlagen. Damit verändert sich der wirkliche Zugang an fertiggestellten Wohnungen im Jahre 1951 auf 25 155 Wohnungen und erhöht sich die Zahl der im Jahre 1950 fertiggestellten Wohnungen auf 27 388. Die effektive Bauleistung an Wohnungen ist also im Jahre 1951 um 2 233 geringer gewesen als im Vorjahre.

Aber auch diese Zahl repräsentiert noch nicht den **Reinzugang an Wohnungen**, das heißt, die Wohnungen, die dem Wohnungsmarkt in Wirklichkeit zugewachsen sind. Man muß von dieser Zahl noch den Abgang an Wohnungen infolge Abbruch, Brand, baupolizeiliche Sperren usw. absetzen. Dieser Abgang beträgt nach den Meldungen des Bauordnungsamtes nur 96 Wohnungen, so daß hiernach für 1951 ein **Reinzugang von 25 059 Wohnungen verbleibt**.

Die Zahl der durch Abbruch, Brand usw. als **abgängig gemeldeten 96 Wohnungen** erscheint sehr gering; der tatsächliche Verlust an Wohnungen dürfte erheblich höher sein, vor allem wenn man hierbei auch den Abgang an Notwohnungen und Notunterkünften (z. B. Trümmerwohnungen usw.) berücksichtigt. Leider ist es im Rahmen der Baustatistik nicht möglich, alle Abgänge von Wohnungen restlos zu erfassen. Nach den Darlegungen des Bauordnungsamtes handelt es sich bei einem großen Teil der abgängigen Wohnungen um solche, die von der Wohnungspflege des Amtes für Wohnungswesen ohne Einschaltung anderer Stellen für unbewohnbar erklärt worden sind. Zum anderen wird den Bauprüfteilungen die Räumung von Primitivwohnungen in Ruinenkellern und Gebäuderesten von den Bewohnern nicht angezeigt, wozu auch keine Verpflichtung besteht. Schließlich ist die Räumung von Wohnungen, die durch die Räumungskommission für unbewohnbar erklärt werden, von dem Vorhandensein von Ersatzräumen abhängig. Die Bauprüfteilungen sind nicht in der Lage, solche Abgänge zu melden, weil sie nicht mit Sicherheit sagen können, wann derartige Wohnungen geräumt werden. Es fragt sich überhaupt, wie weit die Erfassung des Abgangs solcher wohnunwürdiger Wohnungen in den Rahmen der Baustatistik gehört. Für die **Fortschreibung des Wohnungsbestandes** und insbesondere für die Maßnahmen der Wohnungsämter ist jedoch eine möglichst vollständige Erfassung auch dieser Wohnungsabgänge nötig.

Eine Aufgliederung des Wohnungsbaus nach seiner Art ist mit Rücksicht auf die Vergleichbarkeit mit den Bundesergebnissen im folgenden nur für den **unbereinigten Bruttozugang** vorgenommen. Allen weiteren Untersuchungen liegt deshalb der oben erwähnte Zugang von 27 080 Wohnungen zu Grunde. Einen ersten Überblick über den Wohnungsbau nach der Art der Baumaßnahmen vermittelt die Übersicht 6. Sie zeigt nicht nur, daß die größte Zahl von Wohnungen im Jahre 1951 durch **Neubau** gewonnen wurde, sondern läßt auch erkennen, daß durch Wiederherstellungsarbeiten sowie durch Um-, An- und Ausbau nicht nur Wohnungsveränderungen vorgenommen sind, sondern ebenfalls ein **echter Wohnungsgewinn** erzielt worden ist.

Dies läßt folgende Rechnung erkennen:

a) durch Wiederherstellung	
Brutto-Zugang von Wohnungen =	979
Brutto-Abgang von Wohnungen =	176
Reinzugang von Wohnungen =	803
b) durch Um-, An- und Ausbau	
Brutto-Zugang von Wohnungen =	1774
Brutto-Abgang von Wohnungen =	738
Reinzugang von Wohnungen =	1036

Demnach ist durch Wiederherstellungsarbeiten oder Um-, An- und Ausbau ein **echter Zugang von 1 839 Wohnungen** erzielt worden; nur in 914 Fällen handelt es sich bei diesen Baumaßnah-

men um eine Veränderung der Raumgröße von bereits vorhandenen Wohnungen, wodurch Wohnungen weder gewonnen noch verlorengegangen sind. Aus der Übersicht 6 kann weiterhin entnommen werden, daß das Schwergewicht des Wohnungsbaus, das im Jahre 1950 noch eindeutig beim Wiederaufbau von zerstörten Ge-

bäuden lag, sich im Jahre 1951 auf den Neubau verlagert hat, denn 1950 wurden noch 56 v. H. des Bruttozuganges an Wohnungen durch Wiederaufbau und nur 27,5 v. H. durch Neubau gewonnen, dagegen entfielen 1951 auf den Wiederaufbau nur noch 40,5 v. H. der fertiggestellten Wohnungen, aber 49,1 v. H. auf den Neubau.

Übersicht 6

Der Zu- und Abgang an Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen nach Baumaßnahmen (Normal- und Notbauten)

Baumaßnahmen	1 9 5 1						1 9 5 0					
	Wohnbauten		Nicht- wohnbauten		Wohnungen		Wohn- räume	Wohn- ge- bäude	Nicht- wohn- ge- bäude	Wohnungen		Wohn- räume
	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen	überhaupt	v. H.				überhaupt	v. H.	
Brutto-Zugang insges.	5 976	26 492	1 686	588	27 080	100	82 286	6 065	2 065	27 238	100	83 452
davon durch												
Neubau	4 789	13 028	1 398	256	13 284	49,1	41 883	4 178	1 708	7 508	27,5	23 550
Wiederaufbau	1 169	10 694	281	260	10 954	40,5	33 586	1 854	357	15 235	56,0	47 800
Umbau ganzer Gebäude	18	79	7	10	89	0,3	227	33	—	113	0,4	400
Wiederherstellung	—	957	—	22	979	3,6	2 652	—	—	2 557	9,4	7 627
Um-, An- und Ausbau	—	1 734	—	40	1 774	6,5	3 938	—	—	1 825	6,7	4 075
Abgang insgesamt	66	999	19	11	1 010	100	446	34	44	937	100	290
davon durch												
Abbruch, Brand usw.	59	91	1	5	96	9,5	281	34	11	76	8,1	211
Wiederherstellung	—	176	—	—	176	17,4	21	—	—	—	—	—
Um-, An- und Ausbau	7	732	18	6	738	73,1	144	—	33	861	91,9	79
Reinzugang insgesamt	5 910	25 493	1 667	577	26 070	—	81 840	6 031	2 021	26 301	—	83 162

Das erzielte **Bauvolumen** kann man nicht allein an der Zahl der fertiggestellten Wohnungen messen, da auch zahlreiche Nichtwohngebäude errichtet wurden. Allgemeine verwendbare Maßstäbe sind die Angaben über den Kubikinhalt des umbauten Raumes, die Fläche in Quadratmetern sowie die Höhe der Baukosten. Wie die Übersicht 7 erkennen läßt, haben sich im Jahre 1951 diese drei genannten Werte nicht unerheblich verändert. Besondere Beachtung verdient die Veränderung der Höhe der Baukosten. Man muß zunächst bedenken, daß es sich hierbei nicht um die effektiven, abgerechneten Baukosten, sondern um die bei der Planung veranschlagten Baukosten handelt. Weiterhin ist zu beachten, daß die Höhe der Baukosten nicht allein vom Bauvolumen, sondern auch von der Preisentwicklung beeinflusst wird. Nach den veranschlagten Wohnungsbaukosten wurden im Jahre 1951 zwar **14,672 Millionen DM mehr** aufgewendet als im Vorjahre, gemessen an dem umbauten Raum hat sich das Volumen aber um 3 v. H. und nach der Fläche um 6 v. H. vermindert. Rechnet man aus den aufgewendeten **251,539 Millionen DM** die seit dem Jahre 1950 eingetretene Preiserhöhung heraus, so ergibt sich als preisbereinigter Vergleichswert **224,108 Millionen DM**, das sind **5,4 v. H. weniger** als im Vorjahre. **Der Anteil der Privaten Bauherren an den aufgewendeten Baukosten betrug 142,914 Millionen DM oder 56,8 v. H. und der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen 104,837 Millionen DM oder 41,7 v. H.**

Der Anteil des Wohnungsbaues am Gesamtvolumen hat sich von **81,2 v. H. im Vorjahre auf 72,4 v. H. reduziert**. In den Nichtwohnungsbau sind

nach den veranschlagten Bauaufwendungen von **95,853 Millionen DM in diesem Jahre 41,149 Millionen DM mehr** geflossen als im Vorjahre. Das bedeutet **eine Vermehrung der Investitionen um 75 v. H.** Das Bauvolumen hat sich allerdings unter Berücksichtigung der eingetretenen Preiserhöhung

Übersicht 7

Das Bauvolumen nach Bauherren und nach der Art der Gebäude (Normal- und Notbauten)

Jahre Bauherren Gebäudearten	umbauter Raum in 1000 cbm	qm Fläche in 1000 qm	Baukosten in 1000 DM
Gebäude und Gebäudeteile insgesamt			
Jahr 1951	9 811	1 992	347 392
Jahr 1950	8 989	1 926	291 571
Wohngebäude und Gebäudeteile			
Jahr 1951	6 363	1 329	251 539
davon			
Private Bauherren	3 652	769	142 914
Gem. Wohnungsunt.	2 608	538	104 837
Behörden und Körp. des öffentlichen Rechts	108	22	3 788
Jahr 1950	6 577	1 420	236 867
Zu- bzw. Abnahme 1951/50	— 214	— 91	+ 14 672
v. H.	— 3	— 6	+ 6
Nichtwohngebäude und Gebäudeteile			
Jahr 1951	3 448	663	95 853
davon			
Öffentliche Gebäude	859	160	34 266
Wirtschaftl. Gebäude	2 589	503	61 587
Jahr 1950	2 412	506	54 704
Zunahme 1951/50	1 036	157	41 149
v. H.	43	31	75

gen seit 1950 nur um 56 v. H. erhöht. Von den veranschlagten Bauaufwendungen entfielen 34,266 Millionen DM oder 35,7 v. H. auf öffentliche Gebäude und 61,587 Millionen DM oder 64,3 v. H. auf wirtschaftliche Gebäude.

Im Rahmen der Bautätigkeit ist der Anteil der **Notbauten** in den letzten Jahren ständig gesunken. Gemessen an der Zahl und dem Anteil der Notbauwohnungen zeigte sich folgende Entwicklung:

	Bruttozugang an Wohnungen	Notwohnungen überhaupt	v. H.
im Jahre 1948	8 141	1 635	20
im Jahre 1949	14 854	2 731	18
im Jahre 1950	27 238	1 778	7
im Jahre 1951	27 080	1 874	7

Immerhin ist auch gegenwärtig der Notbau noch nicht ganz bedeutungslos, aber es handelt sich hierbei in vielen Fällen um Wohnungsbauten, die im Kleingartengelände, das für eine Umwandlung in Kleinsiedlungen vorgesehen ist, errichtet worden sind. Diese Gebäude entsprechen nach ihrer Ausführung und Ausstattung weitgehend den normalen Wohngebäuden.

Eine feinere Aufgliederung nach der Größe und der Art der Bauherren ist im wesentlichen nur für die Normalwohngebäude und Normalwohnungen von Bedeutung. Hierüber unterrichten die Übersichten 9 und 10. Die Größengliederung der Gebäude und Wohnungen ent-

Übersicht 8

Die Notwohn- und Notnichtwohngebäude sowie die Notwohnungen nach der Baumaßnahme

Bau- maßnahmen	Gebäude insgesamt		darunter Wohn- gebäude		darunter von Privaten Bauherren errichtet	
	Zahl der Ge- bäude	darin Woh- nungen	Zahl der Ge- bäude	darin Woh- nungen	Zahl der Ge- bäude	darin Woh- nungen
Insgesamt . .	1 382	1 874	1 170	1 854	1 166	1 680
davon durch						
Neubau . . .	1 359	1 247	1 160	1 232	1 157	1 194
Wiederaufbau	19	7	6	6	6	6
Umbau ganzer Gebäude . .	4	4	4	4	3	3
Wiederher- stellung . .	—	6	—	6	—	6
Um-, An- und Ausbau . .	—	610	—	606	—	471

spricht weitgehend den Verhältnissen des Vorjahres. Dagegen hat sich im Anteil der Bauherren gegenüber dem Vorjahre eine Verschiebung zu Gunsten der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen herausgebildet. Der Anteil der Privaten Bauherren an den fertiggestellten Wohnungen hat sich von 56,2 auf 48,7 v. H. vermindert, während der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von 43,1 v. H. im Jahre 1950 auf 48,9 v. H. gestiegen ist. Es zeigt sich also, daß der Anteil dieser beiden Bauherrengruppen nahezu gleich hoch ist.

Übersicht 9

Der Zugang an Normalwohngebäuden und Normalwohnungen nach der Größe

Größe der Wohngebäude und Wohnungen	Zusammen		davon durch			
	Zahl	v. H.	Neubau	Wiederaufbau	Wiederherstellung	Umbau
a) Wohngebäude						
Zugang insgesamt .	4 806	100	3 629	1 163	—	14
davon						
noch ohne Wohnung	10	0,2	4	5	—	1
mit 1 Wohnung .	2 050	42,7	1 938	104	—	8
„ 2 Wohnungen	916	19,1	821	93	—	2
„ 3 „	111	2,3	61	49	—	1
„ 4 „	88	1,8	47	41	—	—
„ 5—8 „	528	11,0	305	223	—	—
„ 9—10 „	310	6,4	134	176	—	—
„ 11—20 „	764	15,9	307	456	—	1
„ mehr als 20 Whgn.	29	0,6	12	16	—	1
b) Wohnungen ¹⁾						
Zugang insgesamt .	25 206	100	12 037	10 947	973	1 249
davon mit						
1 Wohnraum . . .	906	3,6	500	338	21	47
2 Wohnräumen ²⁾ .	4 606	18,3	2 194	1 938	190	282
3 „ .	12 161	48,2	5 228	5 967	468	498
4 „ .	6 147	24,4	3 339	2 330	224	254
5 „ .	899	3,6	448	302	51	98
6 „ .	310	1,2	205	51	18	36
7 u. m. Wohnräum.	179	0,7	123	21	1	34

¹⁾ Einschl. Wohnungen in Nichtwohngebäuden

²⁾ Einschl. Küchen

Die Mehrzahl der Wohnungen, die im Jahre 1951 fertiggestellt wurden, sind, wie die Übersicht 11 erkennen läßt, mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Von den 25 206 Normalwohnungen waren es 17 125 oder 68 v. H., d. h. etwa der gleiche

Anteil wie im Vorjahre; die Wohnungen, die von Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichtet sind, waren sämtlich durch öffentliche Mittel gefördert, von den Wohnungen der Privaten Bauherren dagegen nur 34 v. H. Die beträchtliche Ab-

Übersicht 10

Der Zugang an Normalwohngebäuden und Normalwohnungen nach der Art der Bauherren

Bau- maßnahmen	Brutto-Zugang 1951 insgesamt				davon durch											
					Private Bauherren				Gemeinnützige Wohnungs- unternehmen				Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts			
	Wohngebäude		Wohnungen		Wohngebäude		Wohnungen		Wohngebäude		Wohnungen		Wohngebäude		Wohnungen	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Neubau	3 629	75,5	12 037	47,8	2 432	79,7	5 683	46,3	1 177	68,8	6 117	49,6	20	45,5	237	39,0
Wiederaufbau	1 163	24,2	10 947	43,4	611	20,0	4 903	39,9	532	31,1	5 713	46,4	20	45,5	331	54,4
Umbau ganzer Gebäude	14	0,3	85	0,3	9	0,3	13	0,1	1	0,1	44	0,4	4	9,0	28	4,6
Wiederherstellung	—	—	973	3,9	—	—	646	5,3	—	—	319	2,6	—	—	8	1,3
Um-, An- und Ausbau	—	—	1 164	4,6	—	—	1 031	8,4	—	—	129	1,0	—	—	4	0,7
Zusammen	4 806	100	25 206	100	3 052	100	12 276	100	1 710	100	12 322	100	44	100	608	100
v. H.	100	—	100	—	63,5	—	48,7	—	35,6	—	48,9	—	0,9	—	2,4	—
dagegen 1950	4 735	—	25 460	—	3 176	—	14 313	—	1 537	—	10 981	—	22	—	166	—
v. H.	100	—	100	—	67,1	—	56,2	—	32,4	—	43,1	—	0,5	—	0,7	—

Übersicht 11

Mit öffentlichen Mitteln geförderte Normalwohnungen nach der Art der Baumaßnahmen und der Bauherren

Bau- maßnahmen	Wohnungen insgesamt			davon durch											
				Private Bauherren			Gemeinnützige Wohnungs- unternehmen			Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts					
	überhaupt	mit öffentlichen Mitteln	v. H.	überhaupt	mit öffentlichen Mitteln	v. H.	überhaupt	mit öffentlichen Mitteln	v. H.	überhaupt	mit öffentlichen Mitteln	v. H.			
	Neubau	12 037	7 827	65	5 683	1 473	26	6 117	6 117	100	237	237	100		
Wiederaufbau	10 947	8 344	76	4 903	2 300	47	5 713	5 713	100	331	331	100			
Wiederherstellung	973	649	67	646	322	50	319	319	100	8	8	100			
Um-, An- und Ausbau	1 249	305	24	1 044	100	10	173	173	100	32	32	100			
Zusammen	25 206	17 125	68	12 276	4 195	34	12 322	12 322	100	608	608	100			
dagegen 1950 ¹⁾	27 238	18 623	68	16 047	7 432	46	10 981	10 981	100	210	210	100			

1) Einschl. der Notwohnungen

Übersicht 12

Der Zugang an Normal- und Notwohnungen nach dem Monat des Eingangs der Meldung
und dem Monat der Baufertigstellung in den Jahren 1949 — 1951

Monate	1 9 5 1				1 9 5 0				1 9 4 9			
	nach dem Monat											
	des Eingangs		der Fertigstellung		des Eingangs		der Fertigstellung		des Eingangs		der Fertigstellung	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Januar	2 015	7,4	2 270	8,4	806	3,0	1 424	5,2	200	1,4	840	5,6
Februar	1 213	4,5	803	3,0	691	2,5	1 767	6,5	467	3,1	544	3,7
März	861	3,2	968	3,6	640	2,3	1 217	4,5	451	3,0	612	4,1
April	1 227	4,5	1 412	5,2	1 211	4,5	1 995	7,3	801	5,4	730	4,9
Mai	1 667	6,2	1 825	6,7	1 090	4,0	1 613	5,9	675	4,6	804	5,4
Juni	2 556	9,4	2 850	10,5	1 257	4,6	1 930	7,1	1 033	7,0	1 249	8,4
Juli	2 120	7,8	2 687	9,9	2 166	8,0	2 290	8,4	655	4,4	1 084	7,3
August	2 264	8,4	2 095	7,7	1 913	7,0	2 362	8,7	1 016	6,8	1 131	7,6
September	1 807	6,7	2 014	7,4	1 500	5,5	2 106	7,7	1 046	7,0	1 435	9,7
Oktober	3 213	11,9	2 890	10,7	2 714	10,0	3 744	13,8	1 093	7,4	1 854	12,5
November	3 095	11,4	3 155	11,7	5 217	19,2	3 465	12,7	1 581	10,6	2 125	14,3
Dezember	5 042	18,6	4 111 ¹⁾	15,2	8 033	29,4	3 325	12,2	5 836	39,3	2 446	16,5
Zusammen	27 080	100	27 080	100	27 238	100	27 238	100	14 854	100	14 854	100

1) darunter 1011 Wohnungen, die bereits 1950 fertiggestellt und bezogen wurden, aber erst im Laufe des Jahres 1951 gemeldet worden sind.

nahme der öffentlich geförderten Wohnungen bei Privaten Bauherren (im Vorjahr 46 v. H.) erklärt sich zum Teil daraus, daß im Vorjahre hierunter auch Behelfsheime eingerechnet waren, die mit Mitteln der Gemeinnützigen Darlehenskasse geför-

dert waren. Es ist strittig, ob diese Mittel im Sinne der Baustatistik als öffentliche Mittel angesehen werden können. Ebenso ist strittig, ob auch die Wohnungen, die von Behörden und öffentlichen Körperschaften in eigener Regie ohne Mittel, die

ausdrücklich zur Förderung des Wohnungsbaus bestimmt waren, errichtet sind, mit Recht als öffentlich geförderte Wohnungen gelten dürfen. Weiterhin ist zu beachten, daß nach den Grundsätzen der Baustatistik stets alle Wohnungen eines Gebäudes als mit öffentlichen Mitteln gefördert gezählt sind, wenn das Gebäude als mit öffentlichen Mitteln gefördert bezeichnet war. In Wirklichkeit gibt es in solchen Gebäuden bisweilen auch einige Wohnungen, die im Sinne des Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 nicht als gefördert bezeichnet werden können. Eine Ausgliederung dieser Wohnungen war bisher nicht möglich. Deshalb weist das Amt für Wohnungswesen für 1951 eine etwas geringere Zahl von geförderten Wohnungen nach. Sie beläuft sich auf 15 582 (gegenüber 16 879 im Vorjahre). Im Jahre 1952 wird die Ausgliederung der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnun-

gen im Rahmen der Baustatistik nur noch nach den Grundsätzen des Wohnungsbaugesetzes vorgenommen, so daß übereinstimmende Zahlen mit den Nachweisungen des Amtes für Wohnungswesen gegeben werden können.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Berichterstattung der Bauprüfabteilungen von Jahr zu Jahr sowohl in der zeitlichen Folge als auch in der Vollständigkeit verbessert hat. Die Unterschiede zwischen den vorläufigen und endgültigen Meldungen haben sich infolgedessen verringert. Bei dem wachsenden Verständnis, das der Bedeutung der Baustatistik bei allen Dienststellen entgegengebracht wird, ist zu erwarten, daß sich im Laufe des Jahres 1952 die statistische Berichterstattung noch weiter verbessern wird.

Pöhls / Dr. Ide

Übersicht 13

Der Zu- und Abgang an Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden nach Verwaltungsbezirken im Kalenderjahr 1951

Verwaltungsbezirke	Zugang überhaupt		davon durch				Abgang durch		Reinzugang
	Zahl	v. H.	Neubau		Wiederaufbau und Wiederherstellung	Um-, An- und Ausbau	Wiederherstellung, Um-, An- und Ausbau	Abbruch, Brand	
			Dauerbau	Behelfsbau					
Bezirksamt Hamburg-Mitte	5 646	20,8	1 314	468	3 565	290	156	7	5 483
davon									
Kerngebiet	2 753	10,1	285	17	2 418	33	21	—	2 732
Ortsamt Billstedt	2 079	7,7	908	393	633	145	115	3	1 961
Ortsamt Veddel-Rothenb.	541	2,0	20	7	504	10	2	4	535
Ortsamt Finkenwerder	273	1,0	101	51	10	111	18	—	255
Bezirksamt Altona	3 433	12,7	2 182	48	911	292	94	19	3 320
davon									
Kerngebiet	2 225	8,2	1 084	44	893	204	55	19	2 151
Ortsamt Blankenese	1 208	4,5	1 098	4	18	88	39	—	1 169
Bezirksamt Eimsbüttel	3 319	12,3	1 985	174	936	224	90	2	3 218
davon									
Kerngebiet	2 028	7,5	1 154	2	835	37	19	—	2 009
Ortsamt Lokstedt	678	2,5	390	132	50	106	47	2	629
Ortsamt Stellingen	613	2,3	441	40	51	81	33	—	580
Bezirksamt Hamburg-Nord	8 116	30,0	2 319	207	5 314	276	167	6	7 943
davon									
Kerngebiet	1 688	6,3	581	186	773	148	110	—	1 578
Ortsamt Barmbek-Uhlenh.	5 505	20,3	909	5	4 529	62	24	—	5 481
Ortsamt Fuhlsbüttel	923	3,4	829	16	12	66	33	6	884
Bezirksamt Wandsbek	3 287	12,1	2 242	160	441	444	221	28	3 038
davon									
Kerngebiet	1 238	4,6	721	63	396	58	19	21	1 198
Ortsamt Bramfeld	801	2,9	578	57	31	135	64	1	736
Ortsamt Alstertal	471	1,7	334	16	3	118	87	2	382
Ortsamt Walddörfer	432	1,6	359	7	—	66	33	4	395
Ortsamt Rahlstedt	345	1,3	250	17	11	67	18	—	327
Bezirksamt Bergedorf	463	1,7	370	33	6	54	17	4	442
davon									
Kerngebiet	290	1,1	249	5	—	36	9	—	281
Ortsamt Vier- u. Marschl.	173	0,6	121	28	6	18	8	4	161
Bezirksamt Harburg	2 816	10,4	1 625	157	760	274	160	30	2 626
davon									
Kerngebiet	1 598	5,9	1 029	90	335	144	54	7	1 537
Ortsamt Wilhelmsburg	1 025	3,8	473	64	420	68	91	22	912
Ortsamt Süderelbe	193	0,7	123	3	5	62	15	1	177
Hansestadt Hamburg insges.	27 080	100	12 037	1 247	11 933	1 863	914	96	26 070

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

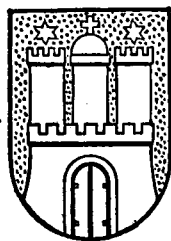
Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 1. September 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 30



- INHALT: 1. Der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung
2. Alter und Familienstand
3. Die voraussichtliche Entwicklung nach Alter und Geschlecht

Der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung

(Endgültige Ergebnisse der Volkszählung vom 13. September 1950)

Die Ergebnisse der großen Zählungen, wie die der Volkszählung am 13. September 1950, vermitteln einmal ein Bild von dem Bestand der Bevölkerung nach den verschiedensten Gliederungen wie Geschlecht, Alter, Familienstand, Religion und Herkunft an einem bestimmten Stichtag. Darüber hinaus dienen diese Stichtagsergebnisse gleichzeitig als Grundlage, die voraussichtliche Entwicklung in der nächsten Zukunft abzuschätzen, und zwar auf Grund des Altersaufbaus der Bevölkerung. Das ist für die Staatsführung von besonderer Bedeutung, um Planungen auf lange Sicht zahlenmäßig unterbauen zu können.

Der Altersaufbau einer Bevölkerung ist bedingt durch die Zahl der Geburten und die Sterblichkeitsverhältnisse in der Vergangenheit. Der Bestand an Neugeborenen wird mit dem Hineinwachsen in das nächsthöhere Lebensalter von Jahr zu Jahr um die Zahl der in jedem Jahr Gestorbenen verringert. In der bildlichen Darstellung zeigt sich der durch besondere Ereignisse wie Kriege nicht gestörte Altersaufbau bei gleichbleibender Sterblichkeit in der Form der sogenannten Bevölkerungspyramide mit den am stärksten besetzten jüngsten Jahrgängen als Basis und dem allmählichen Auslaufen bis zu den nur noch schwach besetzten ältesten Jahrgängen in der Spitze. Diese Pyramidenform zeigte noch der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung des Jahres 1910. Schon bei ungestörter Entwicklung ist die Männer- und Frauenseite einer solchen Bevölkerungspyramide nicht gleich stark besetzt.

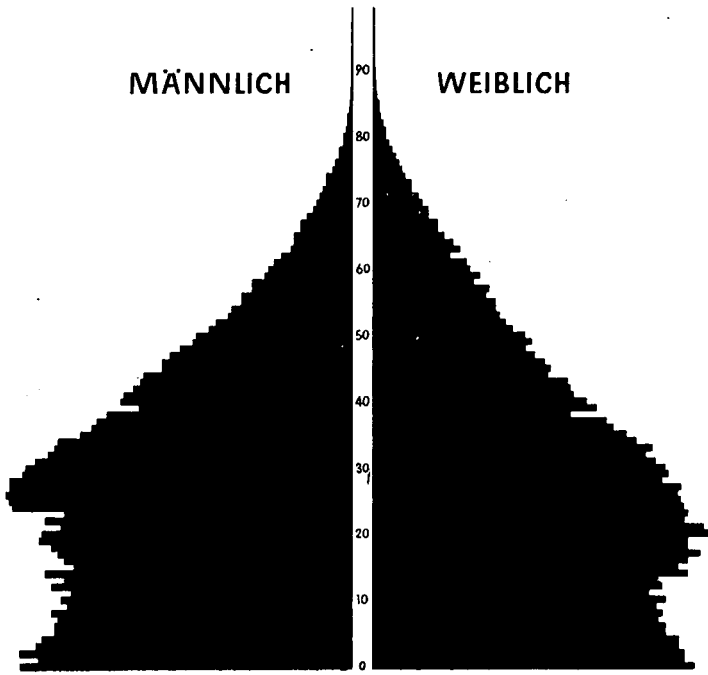
Wegen der stets vorhandenen Überzahl von Knaben unter den Neugeborenen sind die männlichen Altersjahre zunächst stärker besetzt als die weiblichen. Dieser Knabenüberschuß wird jedoch infolge der allgemein höheren Sterblichkeit beim männlichen Geschlecht stetig geringer, so daß die Zahl der Männer und Frauen allmählich ausgeglichen wird, und dann mit zunehmendem Alter wegen der anhaltenden größeren Sterblichkeit unter den Männern ein immer größer werdender Frauenüberschuß eintritt. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist aber nicht nur von den Geburten und Sterbefällen, sondern auch von den sogen. Wanderungen, also der altersmäßigen Zusammensetzung der zu- und fortziehenden Personen abhängig. Dieser Einfluß auf die Altersstruktur ist in den Großstädten von Bedeutung. Treten darüber hinaus noch besondere Ereignisse wie Kriege ein, so wird die oben aufgezeigte Entwicklung in bestimmten Altersgruppen unterbrochen; verringert sich auch die Sterbehäufigkeit, wie in den letzten Jahrzehnten, so wird der obere Teil der bisherigen Pyramide breiter und es entsteht eine Zwiebelform oder das Bild einer mehr oder weniger schlecht gewachsenen Fichte. Diese Form einer im unteren Teil ihres Stammes zerklüfteten Fichte mit einem verbreiterten Auslaufen in der Spitze hat der Altersaufbau der hamburgischen und deutschen Bevölkerung des Jahres 1950 angenommen. An den Ein- und Ausbuchtungen gegenüber der reinen Pyramidenform lassen sich deutlich die Ereignisse der Vergangenheit ablesen.

Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung

1910

MÄNNLICH

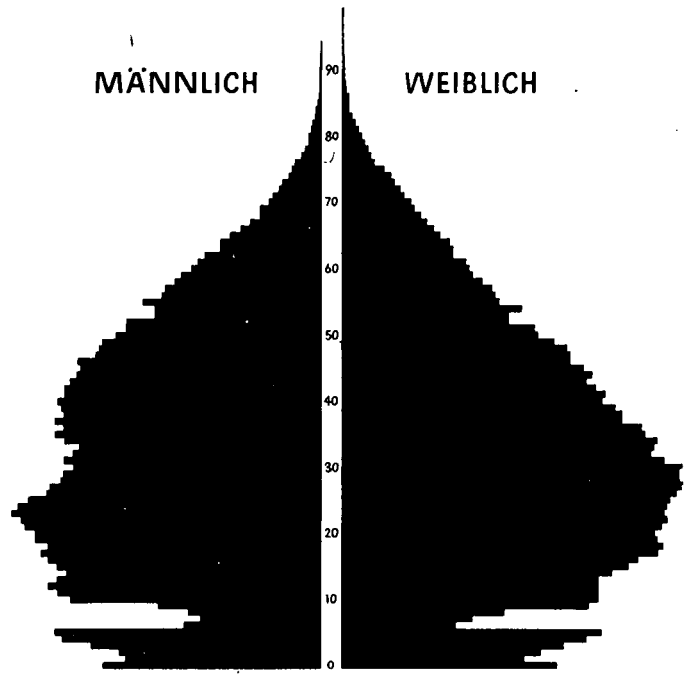
WEIBLICH



1925

MÄNNLICH

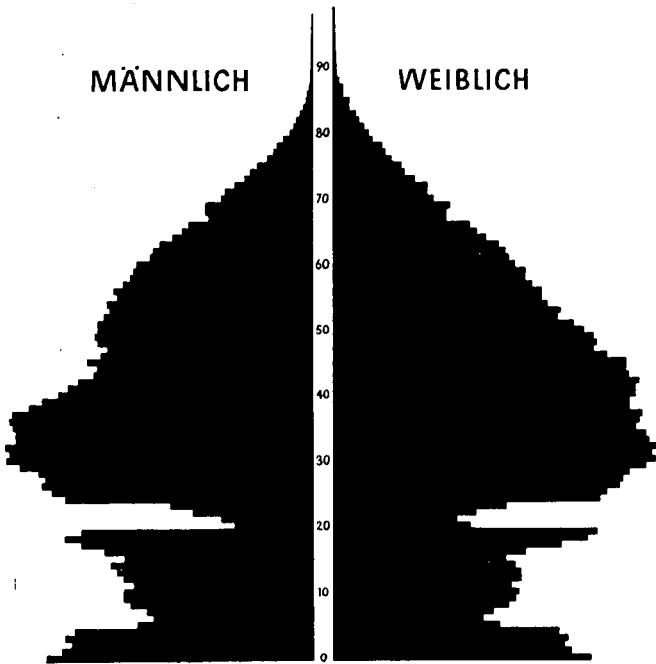
WEIBLICH



1939

MÄNNLICH

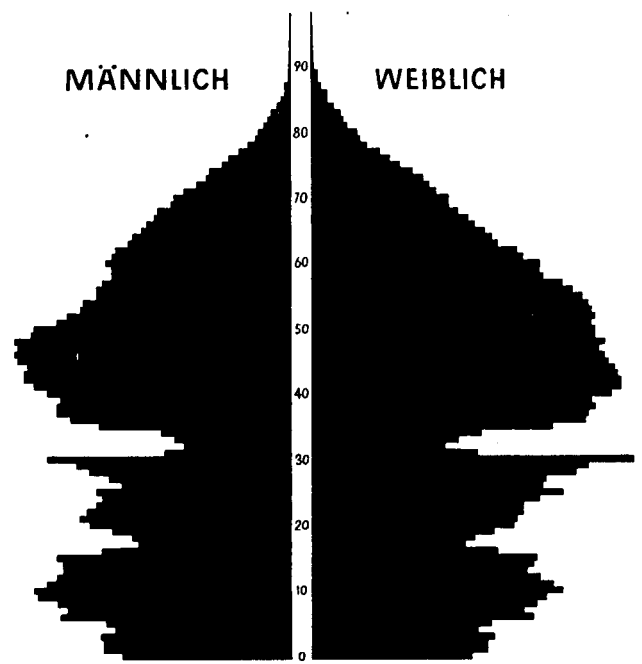
WEIBLICH



1950

MÄNNLICH

WEIBLICH



auf 10 000 der gesamten Bevölkerung

Die Bevölkerungsentwicklung in wichtigen Altersgruppen

(1939 bis 1950)

Die normale Altersumschichtung, bei der jeder Altersjahrgang nach einem Jahr in den nächsthöheren aufrückt, wurde in der Vergangenheit durch besondere Ereignisse erheblich gestört. Hohe Kriegsverluste bestimmter Jahrgänge und Geburtenausfälle in zwei Weltkriegen, allgemeiner Rückgang der Geburtenhäufigkeit und der Rückgang der allgemeinen Sterblichkeit seit der Jahrhundertwende spiegeln sich deutlich in der Altersstruktur der Bevölkerung von 1950 wider. Hinzu kommt, daß die Zuwanderung in die Großstädte größer ist als die Abwanderung, und die altersmäßige Zusammensetzung des „Wanderungsgewinns“ von der Altersstruktur der ansässigen Bevölkerung abweicht. So entfielen z. B. in den Jahren 1950 und 1951 in Hamburg 20 v. H. bzw. 24 v. H. des Wanderungsgewinns auf Jugendliche im schulpflichtigen Alter von 6 bis 18 Jahren, bei der ansässigen Bevölkerung dagegen betrug dieser Anteil nur 16,5 v. H.; oder: fast die Hälfte des Wanderungsgewinns 1950 waren Personen im Alter von 20 bis 45 Jahren, bei der ansässigen Bevölkerung dagegen waren es nur 34,8 v. H. Alle störenden Einflüsse, die die normale Altersumschichtung beeinflusst haben, lassen sich für die Volkszählungsjahre 1939, 1946 und 1950 aus der Übersicht 1 ablesen. So ist z. B. infolge des Rückganges der Geburtenhäufigkeit von

17,1 im Jahre 1939 bis auf 10,9 je 1000 der Bevölkerung im Jahre 1950 die Gruppe der 0- bis 6jährigen im Jahre 1950 mit durchschnittlich nur noch 17 500 Kindern je Altersjahr besetzt gegenüber 24 500 im Vorkriegsjahr 1939. Mit einem Ansteigen der Geburtenzahl wird erst zu rechnen sein, wenn bei unveränderter ehelicher Fruchtbarkeit die geburtenstarken Jahrgänge aus den Jahren 1935 bis 1942, die bei der Volkszählung 1950 im Alter von 8 bis 15 Jahren standen, in das heiratsfähige Alter eintreten werden, also etwa ab 1955.

Ogleich die Einwohnerzahl Hamburgs im Jahre 1950 um rd. 106 000 Personen niedriger lag als 1939, waren im Jahre 1950 im schulpflichtigen Alter von 6 bis unter 15 Jahren 36 000 Kinder mehr vorhanden als 1939, weil die Kinder dieser Altersgruppe im Jahre 1939 den geburtenschwachen Jahrgängen von 1924 bis 1933, im Jahre 1950 dagegen überwiegend geburtenstarken Jahrgängen (1935 bis 1942) entstammten. **Die Zahl der schulpflichtigen Kinder ist jetzt also um rd. 20 v. H. größer als vor dem Kriege.** Die Schulraumnot infolge von Kriegszerstörungen wird also noch vergrößert durch höhere Schülerzahlen, ganz abgesehen von den regionalen Schwierigkeiten, die durch die Wanderung der Bevölkerung seit 1939 in weniger kriegsbedrohte bzw. wenig zerstörte Stadtteile entstanden sind.

Übersicht 1 Die Bevölkerung nach Altersgruppen 1939, 1946 und 1950

Altersgruppe in Jahren	1939			1946			1950		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Grundzahlen									
0 bis unter 3	39 892	38 129	78 021	26 556	25 372	51 928	27 273	25 635	52 908
3 " " 6	35 000	33 142	68 142	30 577	28 822	59 399	27 418	26 359	53 777
6 " " 15	87 744	84 450	172 194	84 122	81 219	165 341	106 230	101 726	207 956
15 " " 18	33 462	31 358	64 820	24 597	24 302	48 899	28 577	28 012	56 589
18 " " 20	25 313	27 324	52 637	16 792	17 991	34 783	16 803	17 168	33 971
20 " " 25	36 257	44 928	81 185	32 163	51 399	83 562	49 962	52 417	102 379
25 " " 30	72 154	77 052	149 206	29 361	45 720	75 081	47 834	62 311	110 145
30 " " 35	79 632	84 190	163 822	37 332	54 116	91 448	36 246	46 557	82 803
35 " " 40	76 849	80 014	156 863	49 493	66 968	116 461	55 260	67 139	122 399
40 " " 45	61 774	79 240	141 014	58 722	68 050	126 772	64 520	75 674	140 194
45 " " 50	56 824	71 568	128 392	55 560	66 692	122 252	67 405	72 101	139 506
50 " " 55	55 564	61 453	117 017	47 833	63 030	110 863	56 409	69 554	125 963
55 " " 60	49 947	52 726	102 673	45 617	52 461	98 078	46 718	61 619	108 337
60 " " 65	42 052	45 087	87 139	39 298	41 399	80 697	43 007	50 215	93 222
65 und mehr	67 670	81 082	148 752	63 729	76 865	140 594	78 695	96 762	175 457
insgesamt	820 134	891 743	1 711 877	641 752	764 406	1 406 158	752 357	853 249	1 605 606
Verhältniszahlen									
0 bis unter 3	4,9	4,3	4,5	4,1	3,3	3,7	3,6	3,0	3,3
3 " " 6	4,3	3,7	4,0	4,8	3,8	4,2	3,6	3,1	3,4
6 " " 15	10,7	9,5	10,1	13,1	10,6	11,8	14,1	11,9	13,0
15 " " 18	4,1	3,5	3,8	3,8	3,2	3,5	3,8	3,3	3,5
18 " " 20	3,1	3,1	3,1	2,6	2,3	2,5	2,2	2,0	2,1
20 " " 25	4,4	5,0	4,7	5,0	6,7	5,9	6,6	6,1	6,4
25 " " 30	8,8	8,6	8,7	4,6	6,0	5,3	6,4	7,3	6,9
30 " " 35	9,7	9,4	9,6	5,8	7,1	6,5	4,8	5,5	5,2
35 " " 40	9,4	9,0	9,2	7,7	8,1	8,3	7,4	7,9	7,6
40 " " 45	7,5	8,9	8,2	9,2	8,9	9,0	8,6	8,9	8,7
45 " " 50	6,9	8,0	7,5	8,7	8,7	8,7	9,0	8,4	8,7
50 " " 55	6,8	6,9	6,8	7,5	8,2	7,9	7,5	8,2	7,8
55 " " 60	6,1	5,9	6,0	7,1	6,9	7,0	6,2	7,2	6,7
60 " " 65	5,1	5,1	5,1	6,1	5,4	5,7	5,7	5,9	5,8
65 und mehr	8,2	9,1	8,7	9,9	10,1	10,0	10,5	11,3	10,9
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Die Gruppe der 20- bis 25jährigen entstammte bei der Volkszählung von 1939 den geburtenschwachen Jahrgängen des ersten Weltkrieges, im Jahre 1950 dagegen waren es die Geburtsjahrgänge 1925—1930, die im zweiten Weltkrieg nur geringe Verluste erlitten hatten. In den schwach besetzten Altersgruppen der 25 bis unter 45 Jahre alten Personen im Jahre 1950 spiegeln sich vor allem die Menschenverluste aus dem zweiten Weltkrieg wider. In der Altersgruppe der über 45jährigen waren bei der Volkszählung 1950 rd. 60 000 mehr vorhanden als im Jahre 1939, obgleich die Gesamteinwohnerzahl Hamburgs noch um 106 000 geringer war als vor dem Kriege. Unter den über 45jährigen hat allein die Zahl der über 65 Jahre alten, also überwiegend nicht mehr erwerbstätigen Personen, seit 1946 um 15 000 Männer und 20 000 Frauen weiter zugenommen, und zwar infolge des Aufrückens geburtenstarker Jahrgänge aus der Zeit vor der Jahrhundertwende und des stetigen Rückgangs der allgemeinen Sterblichkeit.

Das Schwergewicht der hamburgischen Bevölkerung ruht wohl in den Altersgruppen der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter

65 Jahren; der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung ist aber seit 1939 bei der männlichen Bevölkerung von 72 v. H. auf 68 v. H. und bei der weiblichen von 73 v. H. auf 71 v. H. zurückgegangen. Geichzeitig ist der Anteil der alten Leute von über 65 Jahren ständig größer geworden. **Die Lasten für den nicht mehr erwerbsfähigen Teil der Bevölkerung, der also seinen Lebensunterhalt nicht mehr selbst erarbeiten kann, müssen von einer immer kleiner gewordenen und weiterhin geringer werdenden Bevölkerungsschicht von Erwerbstätigen getragen werden, denn die Zahl der alten Leute über 65 Jahre wird von 175 457 im Jahre 1950 bis auf schätzungsweise 278 000 im Jahre 1965 weiter ansteigen.**

Von 100 der männlichen bzw. weiblichen Bevölkerung standen im Alter von ... bis unter ... Jahren

Jahr	männlich				weiblich			
	0-15	15-45	45-65	üb. 65	0-15	15-45	45-65	üb. 65
1910	28,1	53,4	15,2	3,3	27,4	51,6	16,1	4,9
1939	19,9	47,0	24,9	8,2	17,5	47,5	25,9	8,7
1946	22,0	38,7	29,4	9,9	17,7	43,0	29,2	10,1
1950	21,3	39,8	28,4	10,5	18,0	41,0	29,7	11,3

Der sogenannte Frauenüberschuß

1939 — 1946 — 1950

Obgleich es sich bei dem zahlenmäßigen Übergewicht der Frauen nicht um einen Frauenüberschuß, sondern um einen Mangel an Männern handelt, wird hier weiterhin von „Frauenüberschuß“ gesprochen, da dieser Ausdruck sich allgemein eingebürgert hat.

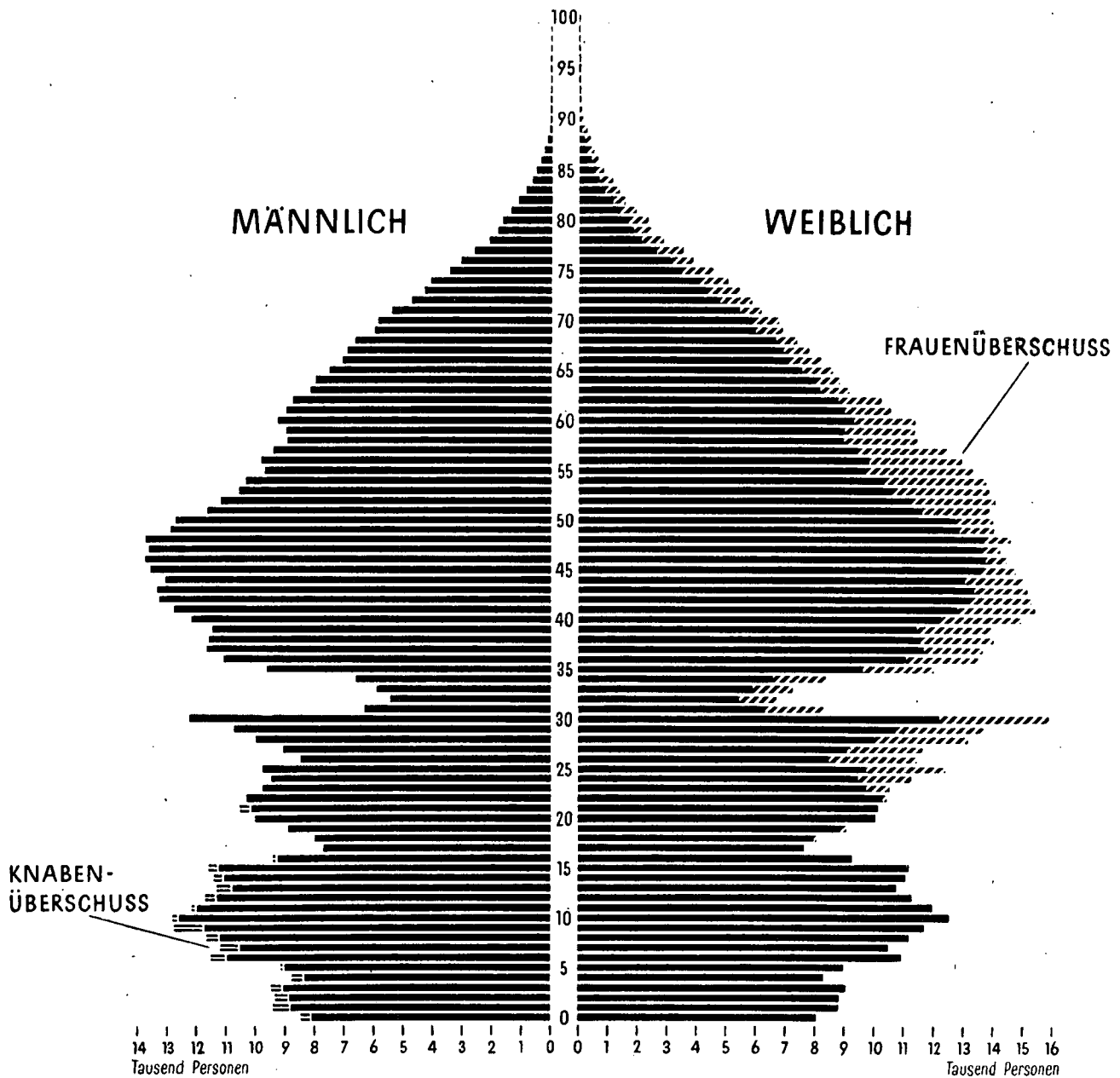
Am 13. September 1950 wurden in der Hansestadt Hamburg 752 357 Männer und 853 249 Frauen gezählt. Im Durchschnitt entfielen also auf **100 Männer 113 Frauen** gegenüber 119 Frauen im Jahre 1946 und 110 Frauen im Vorkriegsjahr 1939. Der Frauenüberschuß ist also seit 1946 erheblich geringer geworden, und zwar insbesondere infolge der Zuzüge von außerhalb. Bei den 199 448 Personen, um die die Hamburger Bevölkerung seit 1946 durch Wanderungsgewinn angewachsen ist, kamen auf 100 Männer nämlich nur 80 Frauen. Der Anteil der Frauen unter den nach Hamburg zugezogenen Personen war also weit geringer als unter der bereits in Hamburg ansässigen Bevölkerung, weil sich der Zuzug in diesem Zeitraum insbesondere aus zurückgekehrten männlichen Kriegsgefangenen sowie aus männlichen Erwerbstätigen mit einem Mangelberuf zusammensetzte.

In den einzelnen Altersgruppen hat sich das Geschlechterverhältnis seit dem Vorkriegsjahre 1939 nicht nur infolge der natürlichen Altersumschichtung und der Sterblichkeit verändert, sondern auch infolge der Kriegsverluste an den Fronten und in der Heimat und der großen Völkerwanderung während und nach dem Kriege. Daher ist der Frauenüberschuß in den einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedlich. In den jüngeren Jahrgängen, deren Hineinwachsen von Jahr zu Jahr in das nächst höhere Altersjahr nicht gestört wurde, über-

wiegen die männlichen Personen. Die stets höhere Zahl von Knaben unter den Neugeborenen wird erst allmählich infolge der größeren Sterblichkeit des männlichen Geschlechts der geringeren Zahl von Mädchen angeglichen. Noch unter den 18- bis 25jährigen ist der Frauenüberschuß im Jahre 1950 nur gering. In den höheren Altersgruppen dagegen wurde die normale Entwicklung durch die hohen Verluste unter der männlichen Bevölkerung in den beiden Weltkriegen unterbrochen. So ist der hohe Frauenüberschuß unter den 25- bis 45jährigen im Jahre 1950 auf die Verluste der Männer in diesen Altersgruppen während des zweiten Weltkrieges, der Frauenüberschuß unter den 50- bis 60jährigen auf die Wehrmachtverluste im ersten Weltkrieg zurückzuführen. Das Geschlechterverhältnis hat sich, unter Berücksichtigung der natürlichen Altersumschichtung, bei den 25- bis 45jährigen seit 1946 infolge der Rückkehr der Kriegsgefangenen und des Zuzugs von überwiegend männlichen Personen in diesen Altersgruppen erheblich verbessert. Verhältnismäßig gering ist auch der Frauenüberschuß unter den 45- bis 50jährigen, da die Männer dieser Jahrgänge im ersten Weltkrieg noch zu jung, im zweiten Weltkrieg schon verhältnismäßig alt waren und daher nur geringe Kriegsverluste erlitten haben. Bei den über 60jährigen, die im ersten Weltkrieg nur noch in geringem Maße von Verlusten betroffen wurden, erklärt sich das zahlenmäßige Übergewicht der Frauen aus der allgemein längeren Lebensdauer des weiblichen Geschlechts.

Das Geschlechterverhältnis in der Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen im Jahre 1939 wurde

Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung am 13. September 1950



zwar mit 182 Frauen auf 100 Männer „errechnet“. In Wirklichkeit kamen aber in dieser Altersgruppe nur etwa 108 Frauen auf 100 Männer, wenn man nämlich berücksichtigt, daß etwa 16 800 Männer der hamburgischen Bevölkerung dieser Jahrgänge damals zum Wehrdienst einberufen waren und seinerzeit bei der Wohnbevölkerung 1939 nicht mitgezählt wurden.

Aus der Geschlechterproportion Ende 1951 ist zu ersehen, daß der Frauenüberschuß seit der Volkszählung wieder etwas größer geworden ist. Insgesamt gab es Ende 1951 rd. 111 000, bei der Volkszählung dagegen nur 101 000 mehr Frauen als Männer unter der hamburgischen Bevölkerung. Es zogen 1951 mehr Frauen als Männer von außerhalb nach Hamburg zu, außerdem zogen im gleichen Zeitraum beträchtlich mehr Männer als Frauen von Hamburg fort, so daß sich damit beim Wanderungsgewinn ein stärkerer Frauenüberschuß ergab.

Auf 100 Männer kamen . . . Frauen

Altersgruppe	1939 (Vz)	1946 (Vz)	1950 (Vz)	1951 (31. Dez.)
0 bis unter 3	95,6	95,5	94,0	94,3
3 " " 6	94,7	94,3	96,1	94,3
6 " " 15	96,2	96,5	95,8	95,9
15 " " 18	93,8	98,8	98,0	99,1
18 " " 20	113,8	107,1	102,2	104,5
20 " " 25	108,1 ¹⁾	159,8	104,9	103,8
25 " " 30	107,3	155,7	130,3	129,6
30 " " 35	105,8	145,0	128,5	130,3
35 " " 40	104,1	135,3	121,5	124,4
40 " " 45	128,3	115,8	117,3	119,9
45 " " 50	125,9	120,0	107,0	109,5
50 " " 55	110,6	131,8	123,4	118,3
55 " " 60	105,6	115,0	131,9	135,2
60 " " 65	107,2	105,3	116,7	123,0
65 und darüber	119,8	120,6	123,0	124,3
zusammen	110,5	119,1	113,6	114,4

¹⁾ Bereinigte Zahl (einschl. der zur Wehrmacht eingezogenen etwa 16 800 Männer).

Die hamburgische Bevölkerung nach Alter und Geschlecht am 13. 9. 1950 (Volkszählung)

Altersjahr von bis unter	männlich	weiblich	zusammen	Altersjahr von bis unter	männlich	weiblich	zusammen
0 — 1	8 461	8 014	16 475	40 — 41	12 195	14 911	27 106
1 — 2	9 414	8 796	18 210	41 — 42	12 767	15 301	28 068
2 — 3	9 398	8 825	18 223	42 — 43	13 232	15 297	28 529
3 — 4	9 491	9 091	18 582	43 — 44	13 302	15 148	28 450
4 — 5	8 770	8 278	17 048	44 — 45	13 024	15 017	28 041
0 — 5	45 534	43 004	88 538	40 — 45	64 520	75 674	140 194
5 — 6	9 157	8 990	18 147	45 — 46	13 510	14 750	28 260
6 — 7	11 488	10 926	22 414	46 — 47	13 743	14 466	28 209
7 — 8	11 187	10 497	21 684	47 — 48	13 606	14 210	27 816
8 — 9	11 608	11 184	22 792	48 — 49	13 685	14 600	28 285
9 — 10	12 654	11 675	24 329	49 — 50	12 861	14 075	26 936
5 — 10	56 094	53 272	109 366	45 — 50	67 405	72 101	139 506
10 — 11	12 784	12 513	25 297	50 — 51	12 709	14 024	26 733
11 — 12	12 159	11 941	24 100	51 — 52	11 597	13 870	25 467
12 — 13	11 686	11 251	22 937	52 — 53	11 194	14 048	25 242
13 — 14	11 278	10 701	21 979	53 — 54	10 579	13 849	24 428
14 — 15	11 386	11 038	22 424	54 — 55	10 330	13 763	24 093
10 — 15	59 293	57 444	116 737	50 — 55	56 409	69 554	125 963
15 — 16	11 588	11 181	22 769	55 — 56	9 647	13 369	23 016
16 — 17	9 342	9 219	18 561	56 — 57	9 785	12 955	22 740
17 — 18	7 647	7 612	15 259	57 — 58	9 392	12 491	21 883
18 — 19	7 959	8 080	16 039	58 — 59	8 928	11 486	20 414
19 — 20	8 844	9 088	17 932	59 — 60	8 966	11 318	20 284
15 — 20	45 380	45 180	90 560	55 — 60	46 718	61 619	108 337
20 — 21	10 004	10 019	20 023	60 — 61	9 246	11 382	20 628
21 — 22	10 520	10 138	20 658	61 — 62	8 978	10 518	19 496
22 — 23	10 260	10 463	20 723	62 — 63	8 738	10 208	18 946
23 — 24	9 727	10 529	20 256	63 — 64	8 101	9 172	17 273
24 — 25	9 451	11 268	20 719	64 — 65	7 944	8 935	16 879
20 — 25	49 962	52 417	102 379	60 — 65	43 007	50 215	93 222
25 — 26	9 703	12 418	22 121	65 — 66	7 499	8 650	16 149
26 — 27	8 424	11 460	19 884	66 — 67	7 100	8 089	15 189
27 — 28	9 024	11 618	20 642	67 — 68	6 868	7 740	14 608
28 — 29	9 981	13 162	23 143	68 — 69	6 618	7 349	13 967
29 — 30	10 702	13 653	24 355	69 — 70	5 947	6 886	12 833
25 — 30	47 834	62 311	110 145	65 — 70	34 032	38 714	72 746
30 — 31	12 187	15 897	28 084	70 — 71	5 813	6 782	12 595
31 — 32	6 286	8 300	14 586	71 — 72	5 420	6 171	11 591
32 — 33	5 401	6 693	12 094	72 — 73	4 724	5 872	10 596
33 — 34	5 846	7 269	13 115	73 — 74	4 294	5 483	9 777
34 — 35	6 526	8 398	14 924	74 — 75	4 086	4 998	9 084
30 — 35	36 246	46 557	82 803	70 — 75	24 337	29 306	53 643
35 — 36	9 603	12 001	21 604	75 — 76	3 453	4 450	7 903
36 — 37	11 027	13 511	24 538	76 — 77	3 073	3 859	6 932
37 — 38	11 641	13 663	25 304	77 — 78	2 606	3 510	6 116
38 — 39	11 574	14 018	25 592	78 — 79	2 139	2 887	5 026
39 — 40	11 415	13 946	25 361	79 — 80	1 832	2 421	4 253
35 — 40	55 260	67 139	122 399	75 — 80	13 103	17 127	30 230
				80 u. m.	7 223	11 615	18 838
				insgesamt	752 357	853 249	1 605 606

Der Altersaufbau der Bevölkerung in den Ländern des Bundesgebiets

Wenn man die Altersstruktur der hamburgischen Bevölkerung bei der Volkszählung 1950 mit dem Altersaufbau der Bevölkerung in den übrigen westdeutschen Ländern vergleicht, so ist dabei zunächst — wie bei jedem Vergleich des Landes Hamburg mit den Verhältnissen in den übrigen Ländern — zu bedenken, daß es sich hier um den Vergleich der Bevölkerungsstruktur einer Großstadt mit derjenigen von Ländern handelt, die sich aus städti-

scher und ländlicher Bevölkerung zusammensetzt. In den übrigen Ländern wirkt sich naturgemäß der günstigere Altersaufbau der ländlichen Bevölkerung im errechneten Durchschnitt aus.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen ist folgendes festzustellen: Am 13. September 1950 standen etwas mehr als die Hälfte, nämlich 51,3 v. H. der hamburgischen Bevölkerung im Alter von 0 bis

Übersicht 3

Die Wohnbevölkerung in den Ländern des Bundesgebiets und in West-Berlin nach Altersgruppen am 13. 9. 1950 (Volkszählung)

Länder	Wohnbevölkerung insgesamt	davon standen im Alter von . . . bis unter . . . Jahren								
		0-6	6-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	70 und darüber
a) Grundzahlen										
Schleswig-Holstein	2 594 648	220 855	455 658	193 007	341 964	318 948	387 633	302 502	215 745	158 336
H a m b u r g	1 605 606	106 685	207 956	90 560	212 524	205 202	279 700	234 300	165 968	102 711
Niedersachsen	6 797 379	588 195	1 129 387	510 928	996 037	858 893	1 027 543	776 012	530 358	380 026
Nordrhein-Westfalen	13 196 176	1 036 188	1 940 243	964 221	2 040 911	1 704 005	2 161 683	1 586 830	1 073 286	688 809
Bremen	558 619	43 468	77 916	34 261	78 898	74 975	93 816	70 805	51 383	33 097
Hessen	4 323 801	355 380	620 744	292 585	648 369	552 970	696 490	524 331	369 953	262 979
Rheinland-Pfalz	3 004 752	250 068	457 164	230 867	461 498	368 782	471 790	351 274	243 468	169 841
Bayern	9 126 010	778 817	1 417 606	678 451	1 372 209	1 170 253	1 408 536	1 068 752	730 296	501 090
Lindau	58 456	5 200	9 302	3 980	7 998	7 527	9 125	6 630	5 150	3 544
Württemberg-Baden	3 907 848	318 879	593 823	278 071	587 545	512 239	623 575	453 840	323 751	216 125
Baden	1 338 629	114 543	214 707	104 654	203 221	159 705	205 579	151 066	108 980	76 174
Württemberg-Hohenzollern	1 183 748	100 649	193 534	92 037	173 538	147 937	180 985	131 488	95 274	68 306
Bundesgebiet	47 695 672	3 918 927	7 318 040	3 473 622	7 124 712	6 081 436	7 546 455	5 657 830	3 913 612	2 661 038
West-Berlin	2 146 952	112 463	269 071	107 880	219 718	262 471	403 495	354 209	269 170	148 475
b) Verhältniszahlen										
Schleswig-Holstein	100	8,5	17,6	7,4	13,2	12,3	14,9	11,7	8,3	6,1
H a m b u r g	100	6,7	13,0	5,6	13,2	12,8	17,4	14,6	10,3	6,4
Niedersachsen	100	8,7	16,6	7,5	14,7	12,6	15,1	11,4	7,8	5,6
Nordrhein-Westfalen	100	7,9	14,7	7,3	15,5	12,9	16,4	12,0	8,1	5,2
Bremen	100	7,8	14,0	6,1	14,1	13,4	16,8	12,7	9,2	5,9
Hessen	100	8,2	14,4	6,8	15,0	12,8	16,1	12,1	8,5	6,1
Rheinland-Pfalz	100	8,3	15,2	7,7	15,4	12,3	15,7	11,7	8,1	5,6
Bayern	100	8,6	15,5	7,4	15,0	12,8	15,5	11,7	8,0	5,5
Lindau	100	8,9	15,9	6,8	13,7	12,9	15,6	11,3	8,8	6,1
Württemberg-Baden	100	8,2	15,2	7,1	15,0	13,1	16,0	11,6	8,3	5,5
Baden	100	8,6	16,0	7,8	15,2	11,9	15,4	11,3	8,1	5,7
Württemberg-Hohenzollern	100	8,5	16,3	7,8	14,7	12,5	15,3	11,1	8,0	5,8
Bundesgebiet	100	8,2	15,3	7,3	14,9	12,8	15,8	11,9	8,2	5,6
West-Berlin	100	5,3	12,5	5,0	10,2	12,2	18,8	16,5	12,6	6,9

unter 40 Jahren, von der Bevölkerung des Bundesgebiets dagegen waren 58,5 v. H. unter 40 Jahre alt. Hamburg weist unter den Ländern des Bundesgebiets die ungünstigste Altersstruktur auf. In allen jüngeren Altersgruppen (0 bis unter 30 Jahren) liegt in Ham-

burg der Anteil an der Gesamtbevölkerung jeweils unter dem Bundesdurchschnitt, in den höheren Altersgruppen (40 Jahre und darüber) dagegen über dem Bundesdurchschnitt. Lediglich der Altersaufbau der Bevölkerung in West-Berlin ist noch ungünstiger als der der hamburgischen Bevölkerung.

Die hamburgische Bevölkerung nach Alter und Familienstand

Der Altersaufbau einer Bevölkerung ist bestimmend für ihre Zusammensetzung nach dem Familienstand. Je breiter die Basis einer Bevölkerungspyramide ist, d. h. je größer der Anteil jüngerer Jahrgänge im noch nicht heiratsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung, desto größer wird auch der Anteil der Ledigen sein, und je größer der Anteil der alten Leute über 65 Jahre, desto größer wird der Anteil der Verwitweten sein. Die besonderen Ereignisse, die die natürliche Altersumschichtung der deutschen Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten gestört und die Altersstruktur maßgeblich beeinflusst haben, wirken sich ebenso sehr auf die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Familienstand aus.

In welchem Ausmaß sich seit der Jahrhundertwende die Familienstandgliederung bei der hamburgischen Bevölkerung geändert hat, ist aus der nachfolgenden Übersicht zu erkennen.

Jahr	von 100 aller männlichen bzw. weiblichen Personen waren			
	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
männliche Personen				
1900	60,2	37,1	2,4	0,3
1910	58,4	38,8	2,3	0,5
1925	48,6	47,5	2,8	1,1
1939	40,6	53,8	3,5	2,1
1950	40,9	53,0	3,6	2,5
weibliche Personen				
1900	55,8	35,0	8,6	0,6
1910	52,7	38,2	8,4	0,7
1925	45,1	43,4	9,8	1,7
1939	37,4	48,9	10,6	3,1
1950	36,0	46,7	13,3	4,0

Infolge des fast ununterbrochenen Sinkens der Geburtenziffer von 29,2 auf 1000 der Bevölkerung im Jahre 1900 bis auf 10,9 im Jahre 1950 und des Schwankens der Eheschließungsziffer zwischen dem niedrigsten Stand mit 5,3 im Jahre 1916 und dem Höchststand von 13,4 im Jahre 1939 ist der Anteil der Ledigen an der Gesamtbevölkerung seit der Jahrhundertwende ständig zurückgegangen, und zwar bei den Männern von 60 v. H. auf 41 v. H. im Jahre 1950 und bei den Frauen von 56 v. H. auf 36 v. H. für 1950. Dagegen ist der Anteil der Verheirateten bis 1939 stetig gestiegen. Über die Hälfte aller Männer und fast die Hälfte aller Frauen waren im Jahre 1950 verheiratet, wogegen es um 1900 nur je ein Drittel waren. Auch der Anteil der Verwitweten und Geschiedenen ist seit dem Jahre 1900 stetig größer geworden, insbesondere bei den Frauen. Der bei den Frauen seit jeher höhere An-

teil von Verwitweten und Geschiedenen ist mit darauf zurückzuführen, daß im allgemeinen mehr verwitwete und geschiedene Männer als Frauen, auch noch in höherem Lebensalter, eine neue Ehe eingehen. Der hohe Anteil von 13,3 v. H. verwitweten Frauen im Jahre 1950 gegenüber 10,6 v. H. kurz vor Kriegsausbruch erklärt sich vor allem durch die hohen Kriegsverluste im 2. Weltkrieg. Sind doch über 20 000 verheiratete Männer an den Fronten gefallen, deren Tod bereits beurkundet worden ist. Die Zahl der Witwen ist tatsächlich noch beträchtlich höher als sie bei der Volkszählung festgestellt wurde, denn der größte Teil der rd. 14 000 verheirateten Männer, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden oder vermißt sind, wird nicht mehr am Leben sein. Ihre Ehefrauen gelten jedoch so lange als verheiratet, wie der Tod des Ehegatten nicht beurkundet ist.

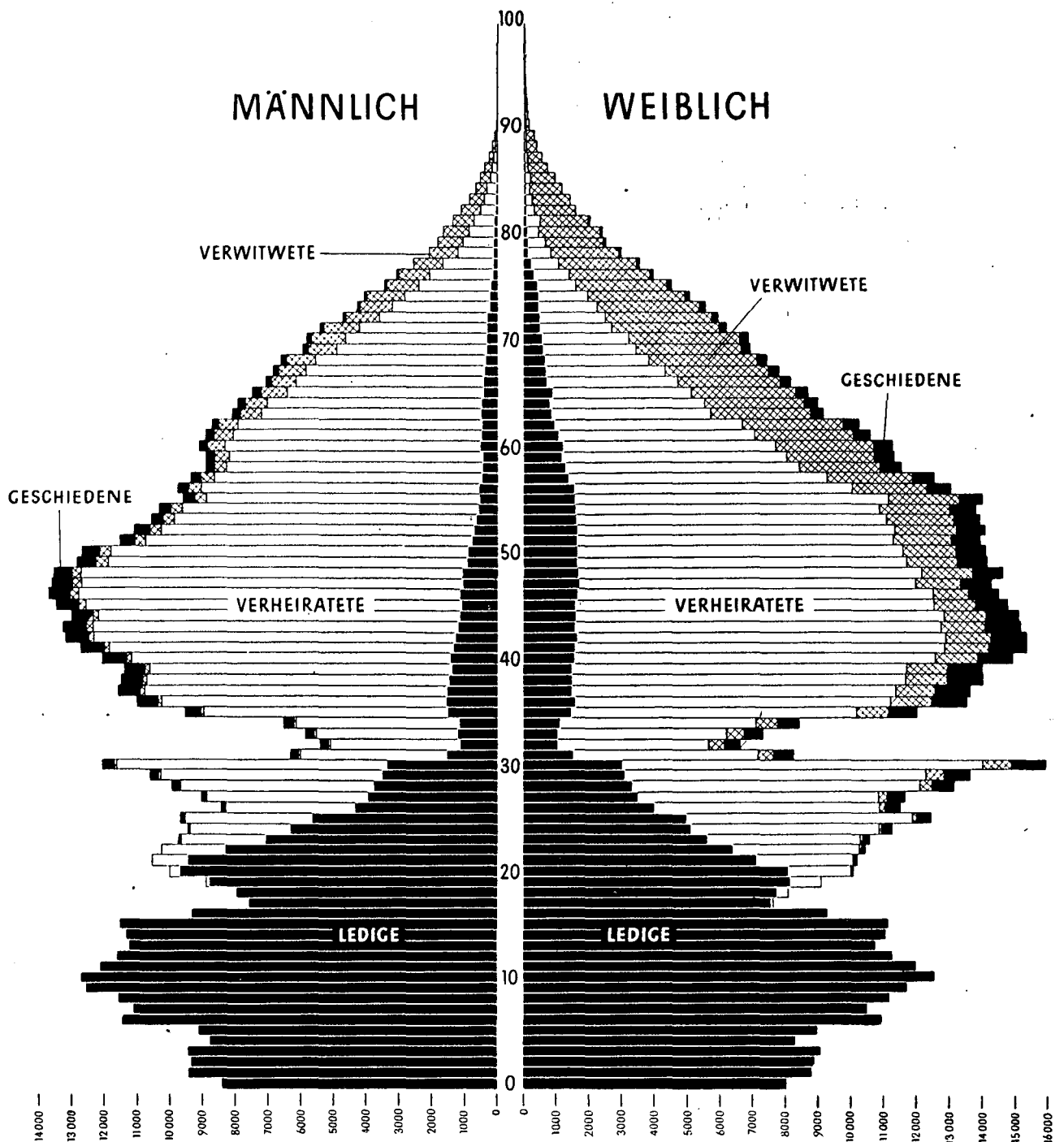
Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 gliedert sich die hamburgische Bevölkerung nach dem Familienstand wie folgt:

Familienstand	männl. Personen		weibl. Personen		Gesamtbevölkerung	
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
Ledig . . .	308 139	40,9	306 908	36,0	615 047	38,3
Verheiratet	398 446	53,0	399 071	46,7	797 517	49,7
Verwitwet .	27 135	3,6	113 145	13,3	140 280	8,7
Geschieden	18 637	2,5	34 125	4,0	52 762	3,3
Zusammen	752 357	100	853 249	100	1 605 606	100

Die Zahl der verheirateten Männer und Frauen ist fast gleich groß. In Wirklichkeit jedoch überwiegt die Zahl der verheirateten Männer, wenn man, wie oben ausgeführt wurde, die Zahl der verheirateten Frauen berücksichtigt, deren Ehemänner tatsächlich nicht mehr am Leben sind, aber vorerst noch als vermißt gelten.

Bei der Volkszählung 1950 wurde auch gefragt, ob die Ehepartner zusammenleben, und weiter nach den Gründen des Nichtzusammenlebens. Auf eine Auswertung der Ergebnisse nach den Gründen muß jedoch verzichtet werden, da die Angaben lückenhaft waren. Am Tage der Volkszählung gaben 19 480 Männer und 20 105 Frauen in den Haushaltungslisten an, daß sie nicht mit ihrem Ehegatten zusammenleben. Die Gründe sind Zerrüttung der Ehe, zwangsweise Trennung infolge fehlenden Wohnraums für die Familienmitglieder, deren Ernährer in Hamburg erwerbstätig ist, und Abwesenheit des Ehemannes, der sich noch in Kriegsgefangenschaft befindet oder als vermißt gilt.

Alter und Familienstand der hamburgischen Bevölkerung am 13. September 1950



Die Zahl und der Anteil der verschiedenen Familienstandsgruppen in den einzelnen Altersklassen ist der Übersicht 4 zu entnehmen. Bereits bei der Darstellung des Altersaufbaus der hamburgischen Bevölkerung war darauf hingewiesen, daß zwar für den Durchschnitt der Bevölkerung ein Frauenüberschuß festzustellen ist, aber nicht in allen Altersklassen. Aus der Übersicht 4 geht nun hervor, daß gerade in den für die künftige biologische Entwicklung wichtigen Altersgruppen mehr Männer als Frauen vorhanden sind, und zwar ist in jeder einzelnen Altersgruppe der 0- bis 40jährigen die Zahl der ledigen Männer größer als die Zahl der ledigen

Frauen. Erst bei den über 40jährigen Ledigen tritt ein Überschuß an ledigen Frauen auf, der mit zunehmendem Alter stetig größer wird. Der Anteil der verwitweten Männer liegt bis zum 50. Lebensjahr unter 2 v. H. und steigt dann mit zunehmendem Alter bis auf 51,2 v. H. bei den über 80jährigen. Bei den Frauen wurde dagegen bereits in der Altersgruppe der 25- bis 30jährigen ein Anteil der Witwen von 2,1 v. H. ermittelt, der dann ebenfalls mit zunehmendem Alter größer wird und bereits bei den 70- bis 75jährigen mehr als die Hälfte ausmacht und bis auf 81,1 v. H. bei den über 80jährigen Frauen ansteigt. Es sind nicht allein die Auswirkungen infolge der beiden Weltkriege, die die hohe Zahl von rd. 113 000 Witwen gegenüber

Die hamburgische Wohnbevölkerung nach Alter und Familienstand am 13. September 1950

a) Grundzahlen

Altersgruppe in Jahren	ledig	verheiratet	verwitwet	ge-schieden	zu-sammen
männliche Bevölkerung					
0 bis unter 6	54 691	—	—	—	54 691
6 " " 14	94 844	—	—	—	94 844
14 " " 18	39 963	—	—	—	39 963
18 " " 20	16 708	92	1	2	16 803
20 " " 25	40 785	8 989	19	169	49 962
25 " " 30	21 233	25 564	84	953	47 834
30 " " 35	8 420	26 241	172	1 413	36 246
35 " " 40	7 406	44 209	604	3 041	55 260
40 " " 45	6 426	53 711	924	3 459	64 520
45 " " 50	5 241	57 840	1 302	3 022	67 405
50 " " 55	3 616	49 029	1 661	2 103	56 409
55 " " 60	2 400	40 909	1 954	1 455	46 718
60 " " 65	2 206	36 691	2 975	1 135	43 007
65 " " 70	1 804	27 165	4 141	922	34 032
70 " " 75	1 351	17 222	5 188	576	24 337
75 " " 80	709	7 759	4 357	278	13 103
80 und darüber	336	3 025	3 753	109	7 223
zusammen . .	308 139	398 446	27 135	18 637	752 357

weibliche Bevölkerung

0 bis unter 6	51 994	—	—	—	51 994
6 " " 14	90 688	—	—	—	90 688
14 " " 18	38 928	119	2	1	39 050
18 " " 20	15 882	1 251	6	29	17 168
20 " " 25	32 210	19 227	156	824	52 417
25 " " 30	18 670	39 352	1 431	2 858	62 311
30 " " 35	7 743	32 583	2 965	3 266	46 557
35 " " 40	7 277	48 915	5 886	5 061	67 139
40 " " 45	7 707	56 240	6 516	5 211	75 674
45 " " 50	8 198	52 601	6 903	4 399	72 101
50 " " 55	8 047	48 154	9 250	4 103	69 554
55 " " 60	6 834	39 636	11 934	3 215	61 619
60 " " 65	4 711	28 187	15 010	2 307	50 215
65 " " 70	3 353	17 821	16 082	1 458	38 714
70 " " 75	2 415	9 993	16 011	887	29 306
75 " " 80	1 412	3 834	11 517	364	17 127
80 und darüber	839	1 158	9 476	142	11 615
zusammen . .	306 908	399 071	113 145	34 125	853 249

Gesamtbevölkerung

0 bis unter 6	106 685	—	—	—	106 685
6 " " 14	185 532	—	—	—	185 532
14 " " 18	78 891	119	2	1	79 013
18 " " 20	32 590	1 343	7	31	33 971
20 " " 25	72 995	28 216	175	993	102 379
25 " " 30	39 903	64 916	1 515	3 811	110 145
30 " " 35	16 163	58 824	3 137	4 679	82 803
35 " " 40	14 683	93 124	6 490	8 102	122 399
40 " " 45	14 133	109 951	7 440	8 670	140 194
45 " " 50	13 439	110 441	8 205	7 421	139 506
50 " " 55	11 663	97 183	10 911	6 206	125 963
55 " " 60	9 234	80 545	13 888	4 670	108 337
60 " " 65	6 917	64 878	17 985	3 442	93 222
65 " " 70	5 157	44 986	20 223	2 380	72 746
70 " " 75	3 766	27 215	21 199	1 463	53 643
75 " " 80	2 121	11 593	15 874	642	30 230
80 und darüber	1 175	4 183	13 229	251	18 838
überhaupt . .	615 047	797 517	140 280	52 762	1 605 606

b) Anteil der Familienstandsgruppen in den Altersgruppen

Altersgruppe in Jahren	ledig	verheiratet	verwitwet	ge-schieden	zu-sammen
männliche Bevölkerung					
0 bis unter 6	100	—	—	—	7,27
6 " " 14	100	—	—	—	12,61
14 " " 18	100	—	—	—	5,31
18 " " 20	99,43	0,55	0,01	0,01	2,23
20 " " 25	81,63	17,99	0,04	0,34	6,64
25 " " 30	44,39	53,44	0,18	1,99	6,36
30 " " 35	23,23	72,40	0,47	3,90	4,82
35 " " 40	13,40	80,00	1,09	5,51	7,34
40 " " 45	9,96	83,25	1,43	5,36	8,58
45 " " 50	7,78	85,81	1,93	4,48	8,96
50 " " 55	6,41	86,92	2,94	3,73	7,50
55 " " 60	5,14	87,57	4,18	3,11	6,21
60 " " 65	5,13	85,31	6,92	2,64	5,72
65 " " 70	5,30	79,82	12,17	2,71	4,52
70 " " 75	5,55	70,76	21,32	2,37	3,23
75 " " 80	5,41	59,22	33,25	2,12	1,74
80 und darüber	4,65	41,88	51,96	1,51	0,96
zusammen . .	40,96	52,96	3,60	2,48	100

weibliche Bevölkerung

0 bis unter 6	100	—	—	—	6,09
6 " " 14	100	—	—	—	10,63
14 " " 18	99,69	0,30	0,01	—	4,58
18 " " 20	92,51	7,29	0,03	0,17	2,01
20 " " 25	61,45	36,68	0,30	1,57	6,14
25 " " 30	29,96	63,15	2,30	4,59	7,30
30 " " 35	16,63	69,99	6,37	7,01	5,46
35 " " 40	10,84	72,85	8,77	7,54	7,87
40 " " 45	10,18	74,32	8,61	6,89	8,87
45 " " 50	11,37	72,96	9,57	6,10	8,45
50 " " 55	11,57	69,23	13,30	5,90	8,15
55 " " 60	11,09	64,32	19,37	5,22	7,22
60 " " 65	9,38	56,13	29,89	4,60	5,89
65 " " 70	8,66	46,03	41,54	3,77	4,54
70 " " 75	8,24	34,10	54,63	3,03	3,43
75 " " 80	8,24	22,39	67,24	2,13	2,01
80 und darüber	7,22	9,97	81,59	1,22	1,36
zusammen . .	35,97	46,77	13,26	4,00	100

Gesamtbevölkerung

0 bis unter 6	100	—	—	—	6,65
6 " " 14	100	—	—	—	11,56
14 " " 18	99,85	0,15	—	—	4,92
18 " " 20	95,94	3,95	0,02	0,09	2,12
20 " " 25	71,30	27,56	0,17	0,97	6,37
25 " " 30	36,23	58,94	1,37	3,46	6,86
30 " " 35	19,52	71,04	3,79	5,65	5,15
35 " " 40	12,00	76,08	5,30	6,62	7,62
40 " " 45	10,08	78,43	5,31	6,18	8,73
45 " " 50	9,63	79,17	5,88	5,32	8,69
50 " " 55	9,26	77,15	8,66	4,93	7,85
55 " " 60	8,52	74,35	12,82	4,31	6,75
60 " " 65	7,42	69,60	19,29	3,69	5,81
65 " " 70	7,09	61,84	27,80	3,27	4,53
70 " " 75	7,02	50,73	39,52	2,73	3,34
75 " " 80	7,02	38,35	52,51	2,12	1,88
80 und darüber	6,24	22,21	70,22	1,33	1,17
überhaupt . .	38,31	49,67	8,74	3,28	100

rd. 27 000 Witvern erklären. Auch bei „normaler“ Entwicklung wird die Zahl der Witwen immer größer sein als die der Witwer wegen der höheren Sterblichkeit unter den Männern, die ja zudem im Durchschnitt einige Jahre älter sind als ihre Ehefrauen. Hinzu kommt auch, daß Witwer im allgemeinen eher wiederheiraten als Witwen.

Auch unter den Geschiedenen ist der Anteil bei den Frauen durchweg in allen Altersklassen höher als bei den Männern. Auch für das Überwiegen der Geschiedenenzahlen bei den Frauen gilt als Erklärung, daß geschiedene Männer häufiger wiederheiraten als geschiedene Frauen. Den höchsten Anteil weisen die geschiedenen Männer im Alter von 35 bis 45 Jahren, die Frauen im Alter von 35 bis 40 Jahren auf.

Um die Heiratsaussichten für die weibliche Bevölkerung zu untersuchen, genügt es nicht, nur die männlichen und weiblichen Ledigen jeder einzelnen Altersgruppe einander gegenüberzustellen, sondern es müssen auch die Verwitweten und Geschiedene einbezogen werden. Außerdem ist zu bedenken, daß im allgemeinen ein Altersunterschied zwischen den Ehepartnern besteht, der in

Hamburg in den letzten beiden Jahren im Durchschnitt etwas mehr als 4 Jahre betrug. Da wohl der durchschnittliche Altersunterschied für die Gesamtzahl der Eheschließenden bekannt ist, aber nicht die Streuung in den einzelnen Altersklassen, scheint es für die Beurteilung der Heiratsaussichten am zweckmäßigsten zu sein, nicht die Zahl der ledigen oder unverheirateten Männer und Frauen in einzelnen Altersklassen gegenüberzustellen — auch nicht unter Berücksichtigung eines Altersunterschiedes —, sondern die Gesamtzahlen im biologisch wichtigen Alter.

Bei einem Altersunterschied von 4 Jahren würden 84 270 ledige Männer im Alter von 20 bis 45 Jahren 99 996 ledigen Frauen im Alter von 16 bis 41 Jahren gegenüberstehen. Nimmt man jedoch alle Unverheirateten, also die Ledigen, Verwitweten und Geschiedenen in den gleichen Altersgruppen, so stehen 95 108 unverheirateten Männern 124 836 unverheiratete Frauen gegenüber. Angenommen, es würden alle unverheirateten 16- bis 41jährigen Frauen heiraten wollen, so würden in den entsprechenden Altersgruppen etwa 30 000 Männer fehlen.

Übersicht 5

Die unverheirateten Männer und Frauen in Hamburg am 13. 9. 1950

Altersjahre von ... bis unter ...	Männer				Altersjahre von ... bis unter ...	Frauen				Auf 100 ledige Männer des ge- nannten Alters kommen ... led. Frauen des ge- nannten Alters	Auf 100 unver- heiratete Männer des ge- nannten Alters kommen ... un- verh. Frauen des genannten Alters
	ledig	verw.	gesch.	zus.		ledig	verw.	gesch.	zus.		
20—25	40 785	19	169	40 973	16—21	40 637	20	87	40 744	99,6	99,4
dav. 20—21	9 700	—	6	9 706	dav. 16—17	9 205	—	—	9 205	94,9	94,8
21—22	9 432	3	8	9 443	17—18	7 506	2	1	7 509	79,6	79,5
22—23	8 330	5	26	8 361	18—19	7 718	4	4	7 726	92,7	92,4
23—24	7 058	3	74	7 135	19—20	8 164	2	25	8 191	115,7	114,8
24—25	6 265	8	55	6 328	20—21	8 044	12	57	8 113	128,4	128,2
25—30	21 233	84	953	22 270	21—26	29 138	245	1 191	30 574	137,2	137,3
dav. 25—26	5 697	6	130	5 833	dav. 21—22	7 132	15	102	7 249	125,2	124,3
26—27	4 331	16	129	4 476	22—23	6 389	30	133	6 552	147,5	146,4
27—28	3 955	9	176	4 140	23—24	5 562	40	207	5 809	140,6	140,3
28—29	3 742	21	244	4 007	24—25	5 083	59	325	5 467	135,8	136,4
29—30	3 508	32	274	3 814	25—26	4 972	101	424	5 497	141,7	144,1
30—35	8 420	172	1 413	10 005	26—31	16 691	2 168	3 467	22 326	198,2	223,1
35—40	7 406	604	3 041	11 051	31—36	6 160	3 098	3 111	12 369	83,2	111,9
40—45	6 426	924	3 459	10 809	36—41	7 370	6 199	5 254	18 823	114,7	174,1

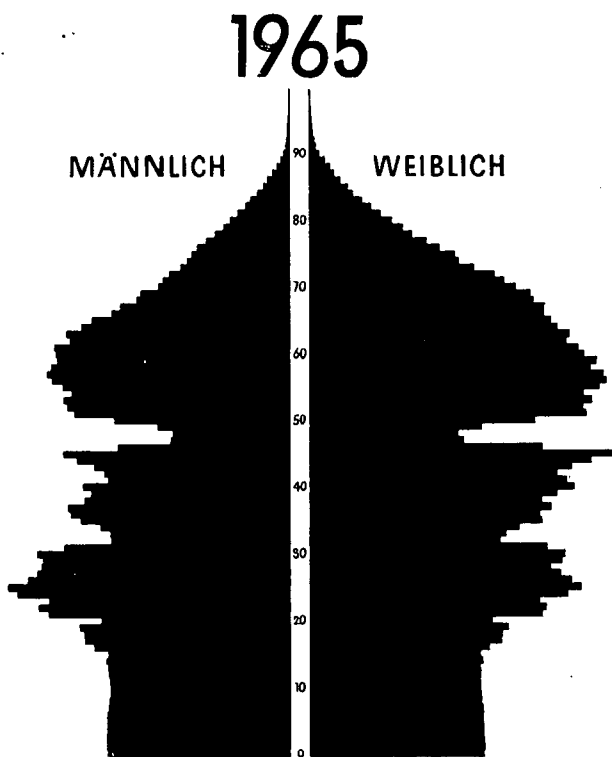
Die voraussichtliche Entwicklung der hamburgischen Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in den nächsten 15 Jahren

Es ist für die Staatsführung von besonderem Interesse zu wissen, wie sich die Bevölkerung voraussichtlich in den nächsten Jahren entwickeln wird. Für die verschiedensten Maßnahmen, wie z. B. Bau von Schulgebäuden, von Altersheimen, von Kleinwohnungen für alleinstehende alte Leute muß man wissen, in welcher Richtung die Zahl der Schulkinder, die Zahl der alten Leute, also die Bevölkerungsentwicklung voraussichtlich verlaufen wird. Der Statistiker will kein Prophet sein, der die Zukunft voraussagt, aber ihm sind Möglichkeiten gegeben, mit Hilfe der Sterbetafel und unter Annahme einer bestimmten Geburtenhöhe sowie eines Wanderungsgewinns Berechnungen anzustellen, in welcher **Richtung** die künftige Bevölkerungsentwicklung voraussichtlich verlaufen wird.

Die tatsächliche künftige Entwicklung wird den so gewonnenen Ergebnissen in ihrer Größenordnung und Richtung nahekommen, wenn die Voraussetzungen sich nicht wesentlich ändern werden.

Die Grundlage für die hier durchgeführte Berechnung über die voraussichtliche Entwicklung der hamburgischen Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren bilden die Ergebnisse der Volkszählung 1950 nach Alter und Geschlecht. Die künftige Bevölkerungsentwicklung ist abhängig von der Geburtenhäufigkeit und der Sterblichkeitshöhe und darüber hinaus von dem wahrscheinlich eintretenden Wanderungsgewinn in den nächsten Jahren.

Voraussichtlicher Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung



auf 10000 der gesamten Bevölkerung

Es ist natürlich problematisch, die Höhe des Wanderungsgewinns in der Zukunft für Hamburg vorzusagen. Hier muß also in erster Linie mit Korrekturen durch die Wirklichkeit gerechnet werden.

Folgende Voraussetzungen wurden für die Berechnung der Bevölkerungsentwicklung für die nächsten 15 Jahre angenommen: Als Ausgangszahl diente die Bevölkerung bei der Volkszählung 1950 nach Geburtsjahren und Geschlecht. Für 1951 wurde mit 18 000 Lebendgeborenen gerechnet, für die Jahre ab 1952 wurden die allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern nach fünfjährigen Altersstufen des Jahres 1950 angewendet. Für Totgeborene wurden von der Zahl der Geborenen 1,8 v. H. in Abzug gebracht. Bei den Lebendgeborenen wurden als Geschlechterverhältnis 100 Mädchen zu 106 Knaben angesetzt. Für den Absterbevorgang in den einzelnen Geburtsjahren galten die Sterblichkeitsverhältnisse des Jahres 1950. Der Wanderungsgewinn wurde für das Jahr 1951 auf 38 000 Personen geschätzt und auf Grund der jüngsten Entwicklung ein von Jahr zu Jahr kleiner werdender Wanderungsgewinn angenommen, nämlich für

1952 = 35 000 Personen	1956 = 15 000 Personen
1953 = 30 000 Personen	1957 = 10 000 Personen
1954 = 25 000 Personen	1958 = 5 000 Personen
1955 = 20 000 Personen	

also ein Wanderungsgewinn von insgesamt 178 000 Personen für die Jahre 1951 bis 1958. Ab 1959 wurde mit einem Wanderungsgewinn nicht mehr gerechnet, da die hamburgische Bevölkerung dann auf fast 1,8 Millionen Personen angewachsen sein wird. Es ist durchaus möglich, insbesondere wenn man den Wanderungsgewinn in den ersten Monaten des Jahres 1952 als symptomatisch ansieht, daß der hier angenommene Wanderungsgewinn in Wirklichkeit geringer sein wird. Die Aufteilung des Wanderungsgewinns geschah nach der Alters- und Geschlechtsgliederung des Wanderungsgewinns 1951.

Es sei nochmals betont, daß die hier errechneten Zahlen über die Größe der hamburgischen Bevölkerung bis zum Jahre 1965 nur dann gelten, wenn die oben aufgeführten Annahmen nicht wesentlich von der tatsächlichen künftigen Entwicklung abweichen werden. Die Ergebnisse der Vorausberechnung geben jedoch auf jeden Fall die Richtung der künftigen Bevölkerungsentwicklung wieder. Um das wichtigste Ergebnis der Vorausberechnung vorwegzunehmen: Der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber, die also überwiegend nicht mehr erwerbsfähig sind, wird in den nächsten Jahren stetig größer werden, d. h., die Überalterung der Bevölkerung wird weitere Fortschritte machen. Der Anteil der überwiegend erwerbsfähigen Personen im Alter von 15

Übersicht 6

Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht von der Volkszählung 1950 bis Ende 1965

Jahr	Geschlecht	Bevölkerung insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren															80 u.dar.	
			0-6	6-15	15-18	18-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	65-70	70-75		75-80
13. 9. 1950 VZ.	m.	752 357	54 691	106 230	28 577	16 803	49 962	47 834	36 246	55 260	64 520	67 405	56 409	46 718	43 007	34 032	24 337	13 103	7 223
	w.	853 249	51 994	101 726	28 012	17 168	52 417	62 311	46 557	67 139	75 674	72 101	69 554	61 619	50 215	38 714	29 306	17 127	11 615
	zus.	1 605 606	106 685	207 956	56 589	33 971	102 379	110 145	82 803	122 399	140 194	139 506	125 963	108 337	93 222	72 746	53 643	30 230	18 838
31. 12. 1950	m.	758 918	54 854	107 282	29 957	16 525	50 722	48 088	37 637	54 189	64 504	67 896	57 379	46 984	43 003	34 390	24 579	13 461	7 468
	w.	862 466	51 997	102 810	29 331	17 116	52 988	62 519	48 613	66 280	76 214	72 731	70 028	62 353	50 999	39 259	29 726	17 609	11 893
	zus.	1 621 384	106 851	210 092	59 288	33 641	103 710	110 607	86 250	120 469	140 718	140 627	127 407	109 337	94 002	73 649	54 305	31 070	19 361
31. 12. 1951	m.	774 519	56 438	107 213	34 569	16 500	51 412	48 094	42 966	50 027	63 640	68 540	59 927	48 457	43 340	35 137	25 559	14 617	8 083
	w.	885 163	53 235	102 858	34 232	17 071	53 200	62 061	55 958	62 036	76 206	75 003	70 874	65 474	53 186	40 898	30 823	19 276	12 572
	zus.	1 659 682	109 673	210 071	68 801	33 571	104 612	110 355	98 924	112 063	139 846	143 543	130 801	113 931	96 526	76 035	56 382	33 893	20 655
31. 12. 1952	m.	788 681	56 575	107 982	36 661	19 566	51 050	49 408	48 029	44 597	63 019	68 555	63 237	49 735	43 551	35 762	26 661	15 443	8 850
	w.	905 758	53 393	103 911	35 870	20 179	53 376	62 235	63 357	55 983	76 908	76 363	72 331	67 736	55 479	42 435	31 987	20 523	13 692
	zus.	1 694 439	109 968	211 893	72 531	39 745	104 426	111 643	111 386	100 580	139 927	144 918	135 568	117 471	99 030	78 197	58 648	35 966	22 542
31. 12. 1953	m.	801 831	56 732	108 089	37 606	24 056	49 768	52 243	52 243	39 510	62 072	69 213	65 173	51 286	43 908	36 647	27 348	16 326	9 611
	w.	921 921	53 425	103 367	36 802	24 401	52 291	63 136	69 382	50 371	76 201	78 516	72 938	69 350	57 890	44 494	32 903	21 740	14 714
	zus.	1 723 752	110 157	211 456	74 408	48 457	102 059	115 379	121 625	89 881	138 273	147 729	138 111	120 636	101 798	81 141	60 251	38 066	24 325
31. 12. 1954	m.	812 554	56 571	107 241	39 187	25 618	50 998	54 973	53 223	37 650	60 931	68 697	67 445	52 955	44 101	37 518	27 852	17 207	10 387
	w.	934 930	53 226	101 739	38 265	25 840	54 067	62 692	71 461	48 754	75 429	79 971	74 326	70 270	60 022	46 367	34 132	22 711	15 658
	zus.	1 747 484	109 797	208 980	77 452	51 458	105 065	117 665	124 684	86 404	136 360	148 668	141 771	123 225	104 123	83 885	61 984	39 918	26 045
31. 12. 1955	m.	820 863	56 603	104 408	41 576	25 747	53 966	55 649	52 517	40 854	58 057	67 726	68 246	55 763	44 251	38 021	28 413	17 895	11 171
	w.	944 969	53 467	98 471	40 674	25 526	56 403	61 831	69 805	53 640	72 172	80 740	75 476	71 014	61 764	48 397	35 166	23 638	16 785
	zus.	1 765 832	110 070	202 879	82 250	51 273	110 369	117 480	122 322	94 494	130 229	148 466	143 722	126 777	106 015	86 418	63 579	41 533	27 956
31. 12. 1956	m.	826 758	57 135	100 810	43 060	26 388	57 489	55 601	51 874	45 575	53 317	66 232	68 483	57 878	45 390	38 201	28 880	18 500	11 945
	w.	951 959	54 009	94 990	41 566	25 839	59 495	60 487	68 262	60 001	66 819	79 762	76 937	71 254	64 244	49 983	36 217	24 213	17 881
	zus.	1 778 717	111 144	195 800	84 626	52 227	116 984	116 088	120 136	105 576	120 136	145 994	145 420	129 132	109 634	88 184	65 097	42 713	29 826
31. 12. 1957	m.	830 268	57 370	98 566	42 184	27 331	61 444	54 426	52 435	49 982	47 254	64 899	68 089	60 674	46 326	38 260	29 249	19 179	12 600
	w.	955 916	54 329	92 655	40 192	27 223	62 369	58 996	66 837	66 336	59 618	79 402	77 439	72 033	65 855	51 650	37 171	24 838	18 973
	zus.	1 786 184	111 699	191 221	82 376	54 554	123 813	113 422	119 272	116 318	106 872	144 301	145 528	132 707	112 181	89 910	66 420	44 017	31 573
31. 12. 1958	m.	831 414	57 518	95 216	40 675	28 900	65 463	52 201	54 370	53 461	41 406	63 137	68 217	62 196	47 519	38 463	29 825	19 560	13 287
	w.	956 829	54 597	89 488	38 469	28 385	65 842	56 447	66 504	71 407	52 996	77 791	78 806	71 993	66 863	53 435	38 560	25 270	19 976
	zus.	1 788 243	112 115	184 704	79 144	57 285	131 305	108 648	120 874	124 868	94 402	140 928	147 023	134 189	114 382	91 898	68 385	44 830	33 263
31. 12. 1959	m.	830 149	57 543	91 891	38 942	29 444	67 212	52 467	56 195	53 755	38 741	61 187	67 216	64 011	48 815	38 529	30 384	19 824	13 993
	w.	954 685	54 754	86 150	37 054	28 128	67 080	56 740	64 838	72 573	50 324	76 113	79 496	72 699	67 211	54 969	39 801	25 938	20 817
	zus.	1 784 834	112 297	178 041	75 996	57 572	134 292	109 207	121 033	126 328	89 065	137 300	146 712	136 710	116 026	93 498	70 185	45 762	34 810
31. 12. 1960	m.	828 664	57 612	91 344	36 123	27 248	68 579	54 649	56 139	52 541	41 230	57 691	65 846	64 484	51 210	38 569	30 670	20 130	14 599
	w.	952 261	54 910	85 453	34 513	25 876	67 836	57 870	62 967	70 241	54 279	72 154	79 646	73 304	67 485	56 245	41 243	26 521	21 718
	zus.	1 780 925	112 522	176 797	70 636	53 124	136 415	112 519	119 106	122 782	95 509	129 845	145 492	137 788	118 695	94 814	71 913	46 651	36 317
31. 12. 1961	m.	827 016	57 708	89 640	33 904	26 050	69 826	57 561	55 533	51 532	45 371	52 532	64 058	64 508	52 995	39 501	30 719	20 407	15 171
	w.	949 565	55 061	84 007	32 393	24 696	68 039	60 034	60 843	68 201	59 891	66 307	78 235	74 338	67 385	58 246	42 349	27 135	22 405
	zus.	1 776 581	112 769	173 647	66 297	50 746	137 865	117 595	116 376	119 733	105 262	118 839	142 293	138 846	120 380	97 747	73 068	47 542	37 576
31. 12. 1962	m.	825 206	57 816	88 181	31 971	26 055	69 308	61 093	53 988	51 845	49 351	46 271	62 533	64 007	55 441	40 260	30 705	20 643	15 738
	w.	946 610	55 191	82 834	30 263	24 797	67 386	62 274	58 825	66 449	65 687	58 823	77 573	74 572	67 897	59 530	43 599	27 745	23 165
	zus.	1 771 816	113 007	171 015	62 234	50 852	136 694	123 367	112 813	118 294	115 038	105 094	140 106	138 579	123 338	99 790	74 304	48 388	38 903
31. 12. 1963	m.	823 227	57 903	86 788	32 812	22 713	69 080	64 874	51 598	53 626	52 582	40 403	60 711	64 055	56 742	41 285	30 853	21 049	16 153
	w.	943 444	55 281	81 740	30 738	21 929	66 501	65 412	56 020	65 943	70 464	52 104	75 846	75 759	67 744	60 362	45 086	28 735	23 780
	zus.	1 766 671	113 184	168 528	63 550	44 642	135 581	130 286	107 618	119 569	123 046	92 507	136 557	139 814	124 486	101 647	75 939	49 784	39 933
31. 12. 1964	m.	821 070	57 923	85 945	32 023	21 031	67 898	66 609	51 862	55 425	52 863	37 822	58 840	63 117	58 383	42 417	30 917	21 445	16 550
	w.	939 944	55 302	81 359	29 796	20 046	64 841	66 643	56 311	64 291	71 611	49 494	74 213	76 419	68 410	60 663	46 362	29 675	24 508
	zus.	1 761 014	113 225	167 304	61 819	41 077	132 739	133 252	108 173	119 716	124 474	87 316	133 053	139 536	126 793	103 080	77 279	51 120	41 058
31. 12. 1965	m.	818 646	57 777	85 888	30 728	21 910	62 918	67 967	54 026	55 371	51 672	40 277	55 463	61 825	58 806	44 502	30 949	21 638	16 929
	w.	936 100	55 162	81 500	28 610	20 552	60 072	67 394	57 431	62 438	69 314	53 40							

bis 65 Jahren wird 1965 etwas niedriger liegen als 1950, und der Anteil der Kinder von 0 bis 15 Jahren wird in den nächsten Jahren stetig zurückgehen.

Altersgruppe in Jahren	Die hamburgische Bevölkerung im Jahre					
	1910	1925	1939	1950	1960	1965
unter 15 . . .	27,92	19,73	18,74	19,60	16,25	15,98
15 bis unter 65	68,02	74,63	72,50	69,47	69,73	68,16
65 und darüber	4,06	5,64	8,76	10,93	14,02	15,86
zusammen . .	100	100	100	100	100	100

Das Mißverhältnis zwischen der arbeitsfähigen und noch nicht oder nicht mehr arbeitsfähigen Bevölkerung wird sich also immer mehr verschärfen. Die Mittel, die der produktive Teil der Bevölkerung für Aufwendungen an Pensionäre, Rentner, Fürsorge- und andere Unterhaltsempfänger, die also von „übertragenen Einkommen“ leben, in den kommenden Jahren aufzubringen haben wird, werden immer größer werden.

Auf 1000 Erwerbsfähige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren entfallen nämlich

im Jahre 1950 = 157,29
im Jahre 1960 = 201,06
und im Jahre 1965 = 232,72

nicht mehr erwerbsfähige Personen, wenn man die Grenze der Erwerbsfähigkeit bei Beendigung des 65. Lebensjahres zieht.

Im einzelnen ergibt sich aus der Vorausberechnung folgendes: In der künftigen Bevölkerungsentwicklung treten die Einflüsse, die zwei Weltkriege auf bestimmte Altersgruppen ausgeübt haben, immer wieder in Erscheinung, wenn diese „gestörten“ Jahrgänge in das entsprechende Alter eintreten.

Die Zahl der 0- bis 6jährigen Kinder wird in den nächsten Jahren stetig leicht ansteigen bis auf rd. 113 000. Diese Zunahme ist auf eine in den einzelnen Jahren zunehmende Zahl von Geburten von rd. 18 000 im Jahre 1951 bis auf rd. 19 800 im Jahre 1963 zurückzuführen. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung sinkt jedoch von 6,6 v. H. ab 1954 auf 6,3 v. H. und steigt ab 1962 leicht auf 6,4 v. H. wieder an. Die Zahl der in den nächsten Jahren jeweils einzuschulenden Kinder ist jedoch nicht nur von der Größe dieser jeweils nachrückenden Geburtsjahrgänge abhängig, sondern außerdem von dem Wanderungsgewinn, der ja voraussichtlich weiter zurückgehen wird. Die Zahl der Schulanfänger wird in den Jahren 1953 bis 1955 jeweils um etwa 1500 Kinder höher liegen als 1952. 1956 und 1957 wird die Zahl der Schulanfänger etwas sinken und dann ab 1958 wieder leicht zunehmen.

Die Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter von 6 bis 15 Jahren, die die Hauptmasse aller Schulkinder ausmacht, wird Ostern 1953 und 1954 mit ca. 212 000 ihren Höhepunkt überschritten haben und von da ab stetig zu-

rückgehen, weil die abgehenden Schüler stärker besetzten Geburtsjahrgängen entstammen als die Jahrgänge der nachrückenden Schulanfänger und auch der Zuwachs durch Wanderungsgewinn, ständig geringer und voraussichtlich ab etwa 1959 ganz aufhören wird. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung wird von 12,9 v. H. im Jahre 1950 bis auf 9,5 v. H. im Jahre 1965 zurückgehen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die tatsächliche Zahl der Schulpflichtigen von den in der Übersicht 6 für das Jahresende errechneten Zahlen für die 6- bis 15jährigen etwas abweicht, da das Schuljahr jeweils zu Ostern beginnt.

In der Altersgruppe der 15- bis 18jährigen Jugendlichen befinden sich die Schüler der technischen und wissenschaftlichen Oberschulen und die berufsschulpflichtigen Schüler. Ihre Zahl wird bis Ende 1956 ansteigen und ab 1957 stetig von Jahr zu Jahr sinken.

Die Altersgruppe der 15- bis unter 65jährigen bezeichnet man seit jeher als die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter. Die Beschränkung auf 65 Jahre erklärt sich vorwiegend daraus, daß bisher infolge entsprechender gesetzlicher Regelungen (Beamtenrecht, Sozialversicherung) der überwiegende Teil der erwerbstätigen Bevölkerung mit Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Arbeitsprozeß unter Anspruch auf Pension oder Rente ausschied. Zahlreiche Anzeichen lassen erkennen, daß die berufliche Leistungsfähigkeit aber über dieses Alter hinaus erhalten bleibt. Weiterhin scheint sich aus wirtschaftlichen Gründen die Grenze der Erwerbstätigkeit in zunehmendem Maße in höhere Altersgruppen hinaufzuschieben¹⁾. Um Vergleichsmöglichkeiten mit früheren Jahren zu gewinnen, und da der ganz überwiegende Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung mit dieser Altersgruppe erfaßt wird, wird hier aber die Grenze von 65 Jahren beibehalten.

Infolge des Nachrückens der noch vor dem 2. Weltkrieg geborenen Jahrgänge wird die Zahl der 15- bis 45jährigen von 668 000 Ende 1951 stetig ansteigen bis auf 724 000 Ende 1963 und erst dann langsam sinken. Auch die Zahl der 45- bis 65jährigen wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, und zwar bis auf rd. 537 000 Ende 1959, weil in diesen Jahren die geburtenstarken Jahrgänge aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg in diese Altersgruppe nachrücken. Trotz der Verluste im ersten und zweiten Weltkrieg unter der männlichen Bevölkerung in diesen Jahrgängen kommen also starke Geburtsjahrgänge infolge der gesunkenen Sterblichkeit dennoch zum Durchbruch. Der Anteil an der Gesamt-

¹⁾ So wies die Berufszählung für den September 1950 in Hamburg immerhin 26 139 über 65 Jahre alte Erwerbspersonen aus, nämlich

13 013 Selbständige,
733 Mithelfende Familienangehörige,
199 Beamte,
3 800 Angestellte,
8 390 Arbeiter.

Die Verhältnisse weichen damit weitgehend von der Vorkriegszeit ab. Vgl. hierzu „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1951, Nr. 32.

Übersicht 7

Die voraussichtliche Entwicklung der hamburgischen Bevölkerung von der Volkszählung am 13. September 1950 bis Ende 1965

Jahr	Geschlecht	Wohnbevölkerung am Jahresanfang	Lebendgeborene ¹⁾	Gestorbene ²⁾	Geburten (+) Sterbeüberschuß (-)	Wanderungsgewinn ³⁾	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)	Wohnbevölkerung am Jahresende
13. 9. 1950 VZ.	männl.	752 357	2 686	2 703	- 17	+ 6 578	+ 6 561	758 918
	weibl.	853 249	2 515	2 571	- 56	+ 9 273	+ 9 217	862 466
	zus.	1 605 606	5 201	5 274	- 73	+ 15 851	+ 15 778	1 621 384
1951	männl.	758 918	9 262	9 003	+ 259	+ 15 342	+ 15 601	774 519
	weibl.	862 466	8 738	8 699	+ 39	+ 22 658	+ 22 697	885 163
	zus.	1 621 384	18 000	17 702	+ 298	+ 38 000	+ 38 298	1 659 682
1952	männl.	774 519	9 412	9 381	+ 31	+ 14 131	+ 14 162	788 681
	weibl.	885 163	8 877	9 151	- 274	+ 20 869	+ 20 595	905 758
	zus.	1 659 682	18 289	18 532	- 243	+ 35 000	+ 34 757	1 694 439
1953	männl.	788 681	9 584	9 734	- 150	+ 13 300	+ 13 150	801 831
	weibl.	905 758	9 040	9 577	- 537	+ 16 700	+ 16 163	921 921
	zus.	1 694 439	18 624	19 311	- 687	+ 30 000	+ 29 313	1 723 752
1954	männl.	801 831	9 721	10 080	- 359	+ 11 082	+ 10 723	812 554
	weibl.	921 921	9 170	10 079	- 909	+ 13 918	+ 13 009	934 930
	zus.	1 723 752	18 891	20 159	- 1268	+ 25 000	+ 23 732	1 747 484
1955	männl.	812 554	9 839	10 396	- 557	+ 8 866	+ 8 309	820 863
	weibl.	934 930	9 280	10 375	- 1095	+ 11 134	+ 10 039	944 969
	zus.	1 747 484	19 119	20 771	- 1652	+ 20 000	+ 18 348	1 765 832
1956	männl.	820 863	9 949	10 703	- 754	+ 6 649	+ 5 895	826 758
	weibl.	944 969	9 385	10 746	- 1361	+ 8 351	+ 6 990	951 959
	zus.	1 765 832	19 334	21 449	- 2115	+ 15 000	+ 12 885	1 778 717
1957	männl.	826 758	10 053	10 976	- 923	+ 4 433	+ 3 510	830 268
	weibl.	951 959	9 483	11 093	- 1610	+ 5 567	+ 3 957	955 916
	zus.	1 778 717	19 536	22 069	- 2533	+ 10 000	+ 7 467	1 786 184
1958	männl.	830 268	10 135	11 206	- 1071	+ 2 217	+ 1 146	831 414
	weibl.	955 916	9 560	11 430	- 1870	+ 2 783	+ 913	956 829
	zus.	1 786 184	19 695	22 636	- 2941	+ 5 000	+ 2 059	1 788 243
1959	männl.	831 414	10 181	11 446	- 1265	4) -	- 1 265	830 149
	weibl.	956 829	9 604	11 748	- 2144	-	- 2 144	954 685
	zus.	1 788 243	19 785	23 194	- 3409	-	- 3 409	1 784 834
1960	männl.	830 149	10 178	11 663	- 1485	-	- 1 485	828 664
	weibl.	954 685	9 600	12 024	- 2424	-	- 2 424	952 261
	zus.	1 784 834	19 778	23 687	- 3909	-	- 3 909	1 780 925
1961	männl.	828 664	10 176	11 824	- 1648	-	- 1 648	827 016
	weibl.	952 261	9 599	12 295	- 2696	-	- 2 696	949 565
	zus.	1 780 925	19 775	24 119	- 4344	-	- 4 344	1 776 581
1962	männl.	827 016	10 184	11 994	- 1810	-	- 1 810	825 206
	weibl.	949 565	9 606	12 561	- 2955	-	- 2 955	946 610
	zus.	1 776 581	19 790	24 555	- 4765	-	- 4 765	1 771 816
1963	männl.	825 206	10 190	12 169	- 1979	-	- 1 979	823 227
	weibl.	946 610	9 612	12 778	- 3166	-	- 3 166	943 444
	zus.	1 771 816	19 802	24 947	- 5145	-	- 5 145	1 766 671
1964	männl.	823 227	10 167	12 324	- 2157	-	- 2 157	821 070
	weibl.	943 444	9 591	13 091	- 3500	-	- 3 500	939 944
	zus.	1 766 671	19 758	25 415	- 5657	-	- 5 657	1 761 014
1965	männl.	821 070	10 028	12 452	- 2424	-	- 2 424	818 646
	weibl.	939 944	9 459	13 303	- 3844	-	- 3 844	936 100
	zus.	1 761 014	19 487	25 755	- 6268	-	- 6 268	1 754 746

1) Nach den Fruchtbarkeitsverhältnissen 1950.

2) Nach den Sterblichkeitsverhältnissen 1950.

3) Geschätzt nach den Ergebnissen 1951.

4) Ab 1959 wird mit einem Wanderungsgewinn nicht mehr gerechnet.

bevölkerung schwankt bei den 15- bis 45jährigen in den nächsten Jahren zwischen 39,9 v. H. (1960) und 41,0 v. H. (1964). Die Zahl der im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren stehenden Frauen wird bis Ende 1956 zunehmen und dann ständig zurückgehen; dagegen wird die Zahl der Männer in dieser Altersgruppe bis 1964 stetig größer werden. Der Anteil der 45- bis 65jährigen wird ab 1959 von 30,0 v. H. bis auf 27,6 v. H. im Jahre 1964 sinken. Die höchste Zahl an Männern im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren wird Ende 1959 mit rd. 578 000, an Frauen in dieser Altersgruppe mit rd. 676 000 Ende 1957 erreicht sein.

Um rd. 100 000 Personen wird die Zahl der überwiegend nicht mehr Erwerbsfähigen im Alter von über 65 Jahren in den nächsten Jahren anwachsen, und zwar von rd. 178 000 bei der Volkszählung 1950 bis auf 278 000 Ende 1965. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung, der im

Jahre 1910 nur 4,1 v. H. ausmachte, betrug bei der Volkszählung 1950 bereits 10,9 v. H. und wird stetig ansteigen bis auf 15,9 v. H. Ende 1965.

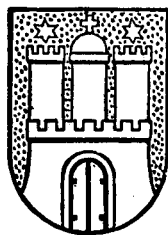
Aus der Übersicht 7 ist zu ersehen, in welchem Ausmaß die einzelnen Faktoren, nämlich die Geburten- und Sterbefälle sowie der angenommene Wanderungsgewinn, die Entwicklung der hamburgischen Bevölkerung bis zum Jahre 1965 voraussichtlich beeinflussen werden. **In den 15 Jahren von der Volkszählung 1950 ab würde die Einwohnerzahl Hamburgs aus sich selbst heraus nicht gehalten werden können, denn rund 295 000 Geburten werden rund 340 000 Sterbefällen gegenüberstehen.** Infolge eines Sterbeüberschusses würde die Bevölkerung Hamburgs um rd. 45 000 Personen abnehmen. Die Bevölkerungszunahme wird also ausschließlich durch Wanderungsgewinn hervorgerufen werden, indem mehr Personen von außerhalb nach Hamburg zuziehen als von hier fortziehen.

Dr. Heinsohn

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 3. September 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 31

Die Löhne in der Industrie Hamburgs im Mai 1952

In der Freien und Hansestadt Hamburg haben sich nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Lohnsummenerhebung über die Industriearbeiterlöhne die tatsächlichen Arbeitsverdienste im Mai d. J. weiter erhöht. Bei der Beurteilung der nachfolgenden Zahlen ist zu beachten, daß sich außer der unterschiedlichen Höhe der Tariflöhne in den einzelnen Gewerbegruppen auch die unterschiedliche Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach Leistungsgruppen und die unterschiedliche Arbeitszeit auf die Lohnhöhe ausgewirkt haben kann. Außerdem ist die verschiedene Bedeutung der Arbeitsplatz- (Erschwernis-)zulagen und der Akkordarbeit sowie der Anteil der Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der Arbeiter auf die Ergebnisse von Einfluß.

Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit in Hamburg

Arbeitergruppe	Juni 1948	Juni 1949	Juni 1950	Juni 1951	Febr. 1952	Mai 1952
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste in Dpf						
Männl.Arbeiter	126,1	152,2	152,8	181,4	186,2	188,5
Weibl.Arbeiter	78,6	91,0	94,7	114,8	116,5	118,1
Alle Arbeiter	114,7	139,5	140,9	167,2	171,1	174,2
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste in DM						
Männl.Arbeiter	50,11	73,23	74,96	89,64	90,51	93,03
Weibl.Arbeiter	30,71	39,96	42,66	52,78	51,55	53,64
Alle Arbeiter	45,46	65,81	67,87	81,34	81,41	84,51
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden						
Männl.Arbeiter	39,8	48,1	49,0	49,4	48,6	49,4
Weibl.Arbeiter	39,1	43,9	45,1	46,0	44,2	45,4
Alle Arbeiter	39,7	47,2	48,2	48,6	47,6	48,5

Im Durchschnitt aller in den Kreis der Beobachtung einbezogenen Wirtschaftszweige lagen die **Brutto-Stundenverdienste um 3,1 Dpf oder 1,8 v. H. und die Brutto-Wochenverdienste — bei einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um 0,9 Stunden oder 1,9 v. H. — um 3,10 DM oder 3,8 v. H. über dem Stand vom Februar 1952**, obgleich sich die Tariflohnsätze im Berichtszeitraum im ganzen betrachtet kaum verändert haben.

Während die tariflichen Stundenlohnsätze im letzten Halbjahr 1951 bis Februar 1952 in fast allen Industriegruppen erhöht worden sind, wurden sie von März bis Mai 1952 nur für einige Zweige folgender Gewerbegruppen geändert:

Tarifverträge und Schiedssprüche in der Zeit vom 1. März 1952 bis 31. Mai 1952

Gewerbegruppen und Fabrikationszweige	Form der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens
Baugewerbe	Schiedsspruch	1. 4. 1952
Zigarettenindustrie	Lohnabkommen	1. 4. 1952*)
Nahrungsmittelindustrie	Tariflohnabkommen	1. 4. 1952*)
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	Lohntarifvereinbarung	15. 4. 1952*)
Kaffeegroßröster	Lohnabkommen	1. 5. 1952
Bäckerhandwerk	Lohnvereinbarung	30. 5. 1952

*) Lohnwoche, in die der angegebene Stichtag fällt.

1. Brutto-Stundenverdienste

Die durchschnittlichen **Brutto-Stundenverdienste** aller Industriearbeiter erhöhten sich in der Zeit vom September 1951 bis zum Februar 1952 von 168,4 Dpf auf 171,1 Dpf und bis Mai 1952 weiter auf 174,2 Dpf. Verhältnismäßig stark war die Zunahme der Stundenverdienste in folgenden Gewerbegruppen:

Flachdruckgewerbe	+ 4,8 Dpf oder 2,9 v. H.
Braugewerbe	+ 4,6 Dpf oder 2,5 v. H.
Sägeindustrie	+ 4,5 Dpf oder 3,1 v. H.
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	+ 3,4 Dpf oder 2,3 v. H.
Baugewerbe	+ 3,2 Dpf oder 1,6 v. H.

Dagegen ist die **Abnahme** der Brutto-Stundenverdienste verhältnismäßig hoch in der Kunststoffverarbeitenden Industrie (— 3,3 v. H.) und in der Glasindustrie (— 2,6 v. H.).

Die absolut höchsten durchschnittlichen Stundenverdienste weisen die Arbeiter im Baugewerbe mit 200,5 Dpf und in der Mineralöl-Industrie mit 190,4 Dpf auf. Dagegen liegt der Verdienst im

Durchschnitt am niedrigsten im Bekleidungs-
gewerbe mit 121,3 Dpf und in der Papierverarbei-
tenden Industrie mit 124,9 Dpf. Hierbei muß — wie
bereits eingangs erwähnt — berücksichtigt werden,
daß die Durchschnittswerte nicht allein durch die
tarifliche Lohnhöhe, sondern auch durch die je-
weilige Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach
Leistungsgruppen und Geschlecht bestimmt werden.

Bei einem Vergleich der Arbeiter und Arbei-
terinnen ist folgendes zu sagen: die höchsten Stun-
denverdienste erhalten die männlichen Arbeiter im
Flachdruck- (214,3 Dpf) und im Buchdruckgewerbe
(209,2 Dpf), der niedrigste Lohn wird dagegen in
der Glasindustrie (144,7 Dpf) und in der Leder-
verarbeitenden Industrie gezahlt. Bei den weiblichen
Arbeitskräften werden die höchsten Stundenver-
dienste in der Kautschuk-Industrie (135,0 Dpf) und
in der Metallverarbeitenden Industrie erzielt und
die niedrigsten in der Glasindustrie.

2. Wochenarbeitszeit

Die durchschnittliche **Wochenarbeitszeit** in der
Industrie, die im Februar 1952 aus jahreszeitlichen
Gründen auf 47,6 Stunden zurückgegangen ist, stieg
im Mai d. J. wieder auf 48,5 Stunden und erreichte
damit den Durchschnitt des Jahres 1951. Auch ist
eine Zunahme der durchschnittlich je Arbeiter und
Woche geleisteten **zuschlagspflichtigen Über-, Sonn-
und Feiertagsstunden** eingetreten, und zwar von
1,6 Stunden im Februar 1952 auf 2,3 Stunden im
Mai d. J.

Die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um
zirka eine Stunde im Gesamtdurchschnitt wirkte
sich nicht auf alle Gewerbegruppen gleichmäßig
aus. Von nennenswerter Bedeutung sind die
Erhöhungen der Arbeitszeit und der Überstunden
in der Zeit von Februar bis Mai 1952 bei folgenden
Gewerbegruppen:

Gesamte Wochenarbeitszeit

Steine und Erden	+ 3,3 Stunden
Schiffbau	+ 2,5 Stunden
Bautischlerei	+ 2,1 Stunden
Bekleidungs-gewerbe	+ 2,0 Stunden
Baugewerbe	+ 1,4 Stunden

Überstunden

Steine und Erden	+ 2,2 Stunden
Flachdruck-gewerbe	+ 1,1 Stunden
Metallverarbeitende Industrie	+ 1,0 Stunden

3. Brutto-Wochenverdienste

Die Veränderungen in den Stundenlöhnen und
den Wochenarbeitszeiten hatten auch Veränderun-
gen in den **Wochenlöhnen** zur Folge. Während die
Erhöhung des Wochenverdienstes bei den Arbeitern
2,8 v. H. betrug, ergab sich bei den Arbeiterinnen
sogar ein Ansteigen um 4,1 v. H. Der durchschnitt-
liche Wochenverdienst betrug für alle Arbeiter im
Mai 1952 rund 84,50 DM, im Februar dagegen rund
81,40 DM.

Am stärksten war die Zunahme der Wochen-
verdienste von Februar bis Mai 1952 infolge er-
höhter Arbeitszeit und gestiegener Stundenver-
dienste bei nachstehenden Gewerbegruppen:

Steine und Erden	+ 8,1 v. H.
Bautischerei	+ 7,5 v. H.
Bekleidungs-gewerbe	+ 6,1 v. H.
Schiffbau	+ 5,1 v. H.
Baugewerbe	+ 4,9 v. H.

Demgegenüber hat vor allem das Buchdruck-
gewerbe, die Textilindustrie und die Kunststoff-
verarbeitende Industrie einen Rückgang der
Wochenverdienste zu verzeichnen, der in erster
Linie durch die Verminderung der Stundenver-
dienste und der Wochenarbeitszeit verursacht
wurde.

Die tarifliche Norm der 48-Stundenwoche hatten
im Mai 1952 bei weitem überschritten:

Schiffbau	53,0 Stunden
Steine und Erden	52,5 Stunden
Flachdruck-gewerbe	50,9 Stunden
Braugewerbe	50,7 Stunden

Am ungünstigsten war das Bild in der Textil-
industrie, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen im
Durchschnitt nur 37,2 Stunden beschäftigt sind,
sowie in der Bautischlerei und Möbelherstellung,
wo die Arbeitszeit unter 42 Stunden blieb.

4. Vergleich mit 1938

Die **Indizes** lassen die durchschnittlichen
Veränderungen der individuellen Verdienste besser
erkennen als ein Vergleich der absoluten Ver-
dienste. Bei ihrer Berechnung werden Einflüsse des
Strukturwandels bei der Arbeiterschaft auf die
Verdienstdurchschnitte ausgeschaltet.

Indizes

der Arbeitsverdienste und Arbeitszeit in Hamburg (September 1938 = 100)

Arbeitergruppe	Jahresdurchschnitt				Febr. 1952	Mai 1952
	1948	1949	1950	1951		
Brutto-Stundenverdienste						
Männl. Arbeiter	138,2	154,6	159,0	179,6	188,7	191,0
Weibl. Arbeiter	142,6	161,2	168,9	194,6	203,9	206,8
Alle Arbeiter	138,7	155,6	160,9	182,3	191,6	194,1
Brutto-Wochenverdienste						
Männl. Arbeiter	114,6	142,9	151,1	172,2	178,3	183,5
Weibl. Arbeiter	123,4	152,6	162,1	189,5	190,6	198,6
Alle Arbeiter	115,6	143,9	152,3	174,3	179,7	185,3
Wochenarbeitszeit						
Männl. Arbeiter	82,9	92,5	95,0	95,8	94,6	96,1
Weibl. Arbeiter	86,6	94,4	95,7	97,2	93,2	95,8
Alle Arbeiter	82,9	92,0	94,2	95,1	93,3	95,1

Im letzten Berichtsmonat lagen die **effektiven
Stundenverdienste** im Durchschnitt aller Arbeiter
um rund **94 v. H. über dem Stand vom September
1938**, und zwar für die männlichen Arbeiter um
91 v. H. und für die weiblichen Arbeiter um
107 v. H. Die **Wochenverdienste** haben sich im
Durchschnitt aller Arbeiter um **rund 85 v. H.** erhöht
und für die Arbeiterinnen wiederum stärker als
für die Arbeiter. Das Zurückbleiben des Index der
Wochenlöhne hinter dem Index der Stundenlöhne
ist auf die um rund 5 v. H. verkürzte Arbeitszeit
zurückzuführen.

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste und Brutto-Wochenverdienste und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie der Hansestadt Hamburg
Juni 1948 bis Mai 1952

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Febr. 1952 Dpf	Mai 1952		Juni 1948 RM	Febr. 1952 DM	Mai 1952		Juni 1948 Stunden	Febr. 1952 Stunden	Mai 1952	
			in Dpf	+ oder - in v.H. gegen Febr. 1952			in DM	+ oder - in v.H. gegen Febr. 1952			in Stunden	+ oder - in v.H. gegen Febr. 1952
1. Nichteisenmetall-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	143,2	193,6	194,6	+ 0,5	56,13	94,73	95,84	+ 1,2	39,2	48,9	49,2	+ 0,6
Männliche angelernte Arbeiter	151,1	193,3	199,2	+ 3,1	61,09	97,44	102,83	+ 5,5	40,4	50,4	51,6	+ 2,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	123,8	168,4	165,4	- 1,8	42,72	83,05	79,68	- 4,1	34,5	49,3	48,2	- 2,2
Alle männlichen Arbeiter . .	138,9	188,1	190,8	+ 1,4	52,39	93,78	95,98	+ 2,3	37,7	49,9	50,3	+ 0,8
Alle Arbeiter	138,9	187,6	189,2	+ 0,9	52,39	93,42	95,13	+ 1,8	37,7	49,8	50,3	+ 1,0
2. Gießerei-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	148,3	208,9	207,4	- 0,7	57,61	103,80	102,81	- 1,0	38,8	49,7	49,6	- 0,2
Männliche angelernte Arbeiter	137,0	193,9	192,4	- 0,8	53,43	100,34	97,82	- 2,5	39,0	51,7	50,9	- 1,5
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,9	159,3	160,9	+ 1,0	43,43	81,61	81,08	- 0,6	40,3	51,2	50,4	- 1,6
Alle männlichen Arbeiter . . .	136,4	190,6	189,5	- 0,6	53,40	96,87	95,23	- 1,7	39,1	50,8	50,3	- 1,0
Alle Arbeiter	136,4	190,4	189,3	- 0,6	53,40	96,72	95,14	- 1,6	39,1	50,8	50,3	- 1,0
3. Metallverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	129,1	190,2	191,1	+ 0,5	50,14	94,52	97,77	+ 3,4	38,8	49,7	51,2	+ 3,0
Männliche angelernte Arbeiter	118,1	171,8	173,6	+ 1,0	46,31	83,70	85,37	+ 2,0	39,2	48,7	49,2	+ 1,0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,0	148,1	147,6	- 0,3	42,13	72,03	70,96	- 1,5	39,8	48,6	48,1	- 1,0
Alle männlichen Arbeiter . .	125,1	182,9	183,5	+ 0,3	48,77	90,38	92,61	+ 2,5	39,0	49,4	50,5	+ 2,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	86,5	137,3	136,6	- 0,5	31,18	63,55	64,10	+ 0,9	36,1	46,3	46,9	+ 1,3
Weibl. Hilfsarbeiter	75,9	126,8	126,2	- 0,5	31,09	55,05	58,06	+ 5,5	41,0	43,4	46,0	+ 6,0
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,8	129,2	128,4	- 0,6	31,11	56,86	59,31	+ 4,3	40,0	44,0	46,2	+ 5,0
Alle Arbeiter	120,1	178,2	178,9	+ 0,4	46,94	87,13	89,64	+ 2,9	39,1	48,9	50,1	+ 2,5
davon:												
Eisen- und Metallwarenherstellung												
Männliche Facharbeiter	188,6	189,4	+ 0,4	.	92,10	93,59	+ 1,6	.	48,8	49,4	+ 1,2
Männliche angelernte Arbeiter	.	182,6	187,2	+ 2,5	.	86,47	96,13	+ 11,2	.	47,3	51,4	+ 8,7
Männliche Hilfsarbeiter	144,0	143,4	- 0,4	.	69,32	69,12	- 0,3	.	48,1	48,2	+ 0,2
Alle männlichen Arbeiter	179,7	181,0	+ 0,7	.	86,65	90,25	+ 4,2	.	48,2	49,9	+ 3,5
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	139,6	140,6	+ 0,7	.	65,45	67,93	+ 3,8	.	46,9	48,3	+ 3,0
Weibl. Hilfsarbeiter	130,3	128,8	- 1,2	.	57,89	58,88	+ 1,7	.	44,4	45,7	+ 2,9
Alle weiblichen Arbeiter	131,4	130,1	- 1,0	.	58,69	59,81	+ 1,9	.	44,7	46,0	+ 2,9
Alle Arbeiter	158,9	158,9	± 0	.	74,06	76,42	+ 3,2	.	46,6	48,1	+ 3,2
Elektrotechnische Industrie												
Männliche Facharbeiter	185,9	187,7	+ 1,0	.	91,21	91,51	+ 0,3	.	49,1	48,7	- 0,8
Männliche angelernte Arbeiter	.	172,8	173,3	+ 0,3	.	83,71	85,28	+ 1,9	.	48,5	49,2	+ 1,4
Männliche Hilfsarbeiter	141,7	141,5	- 0,1	.	68,49	67,47	- 1,5	.	48,3	47,7	- 1,2
Alle männlichen Arbeiter	180,2	181,5	+ 0,7	.	88,14	88,48	+ 0,4	.	48,9	48,7	- 0,4
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	139,7	138,4	- 0,9	.	64,58	64,86	+ 0,4	.	46,2	46,9	+ 1,5
Weibl. Hilfsarbeiter	126,8	126,4	- 0,3	.	54,29	57,97	+ 6,8	.	42,8	45,9	+ 7,2
Alle weiblichen Arbeiter	129,9	129,1	- 0,6	.	56,58	59,46	+ 5,1	.	43,6	46,1	+ 5,9
Alle Arbeiter	164,0	164,2	+ 0,1	.	77,16	78,51	+ 1,7	.	47,0	47,8	+ 1,7
Feinmechanische und optische Industrie												
Männliche Facharbeiter	183,2	184,7	+ 0,8	.	88,09	89,17	+ 1,2	.	48,1	48,3	+ 0,4
Männliche angelernte Arbeiter	.	167,2	167,4	+ 0,1	.	78,64	80,15	+ 1,9	.	47,0	47,9	+ 1,9
Männliche Hilfsarbeiter	142,8	146,3	+ 2,5	.	68,32	69,77	+ 2,1	.	47,8	47,7	- 0,2
Alle männlichen Arbeiter	177,1	177,9	+ 0,5	.	84,86	85,65	+ 0,9	.	47,9	48,1	+ 0,4
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	129,7	130,5	+ 0,6	.	60,29	60,90	+ 1,0	.	46,5	46,7	+ 0,4
Weibl. Hilfsarbeiter	114,7	114,1	- 0,5	.	53,75	54,55	+ 1,5	.	46,8	47,8	+ 2,1
Alle weiblichen Arbeiter	121,3	121,2	- 0,1	.	56,62	57,31	+ 1,2	.	46,7	47,3	+ 1,3
Alle Arbeiter	168,0	169,0	+ 0,6	.	80,18	81,12	+ 1,2	.	47,7	48,0	+ 0,6

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Febr. 1952 Dpf	Mai 1952		Juni 1948 RM	Febr. 1952 DM	Mai 1952		Juni 1948 Stunden	Febr. 1952 Stunden	Mai 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau einschl. Eisen- und Stahlkonstruktionsbau												
Männliche Facharbeiter . . .	191,3	191,8	+ 0,3	95,43	99,17	+ 3,9	49,9	51,7	+ 3,6			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	171,0	172,8	+ 1,1	83,66	84,80	+ 1,4	48,9	49,1	+ 0,4			
Männliche Hilfsarbeiter . . .	149,4	148,5	- 0,6	72,79	71,47	- 1,8	48,7	48,1	- 1,2			
Alle männlichen Arbeiter . . .	183,7	184,1	+ 0,2	91,15	93,57	+ 2,7	49,6	50,8	+ 2,4			
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	129,4	127,6	- 1,4	58,74	58,61	- 0,2	45,4	45,9	+ 1,1			
Weibl. Hilfsarbeiter	121,4	123,1	+ 1,4	51,07	58,00	+ 13,6	42,1	47,1	+ 11,9			
Alle weiblichen Arbeiter	123,6	124,3	+ 0,6	53,10	58,16	+ 9,5	42,9	46,8	+ 9,1			
Alle Arbeiter	183,3	183,6	+ 0,2	90,81	93,27	+ 2,7	49,5	50,8	+ 2,6			
darunter:												
Schiffbau einschl. Schiffsmaschinenbau												
Männliche Facharbeiter . . .	191,8	192,0	+ 0,1	97,02	103,37	+ 6,5	50,6	53,8	+ 6,3			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	165,0	168,2	+ 1,9	82,80	84,96	+ 2,6	50,2	50,5	+ 0,6			
Männliche Hilfsarbeiter	144,9	144,5	- 0,3	72,86	72,96	+ 0,1	50,3	50,5	+ 0,4			
Alle männlichen Arbeiter	184,2	184,5	+ 0,2	93,03	97,79	+ 5,1	50,5	53,0	+ 5,0			
Alle Arbeiter	183,8	184,2	+ 0,2	92,81	97,57	+ 5,1	50,5	53,0	+ 5,0			
4. Chemische Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	185,2	185,7	+ 0,3	90,87	91,16	+ 0,3	49,1	49,1	± 0			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	170,8	170,5	- 0,2	80,33	81,87	+ 1,9	47,0	48,0	+ 2,1			
Männliche Hilfsarbeiter	158,7	158,8	+ 0,1	76,96	78,30	+ 1,7	48,5	49,3	+ 1,6			
Alle männlichen Arbeiter	170,4	170,4	± 0	82,23	83,30	+ 1,3	48,2	48,9	+ 1,5			
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	114,6	116,3	+ 1,5	50,94	52,15	+ 2,4	44,4	44,9	+ 1,1			
Weibl. Hilfsarbeiter	110,7	111,0	+ 0,3	50,40	51,45	+ 2,1	45,5	46,3	+ 1,8			
Alle weiblichen Arbeiter	111,1	111,6	+ 0,5	50,46	51,53	+ 2,1	45,4	46,2	+ 1,8			
Alle Arbeiter	147,0	146,4	- 0,4	69,21	69,89	+ 1,0	47,1	47,7	+ 1,3			
5. Kautschuk-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	217,9	216,7	- 0,6	108,12	106,94	- 1,1	49,6	49,4	- 0,4			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	193,7	193,9	+ 0,1	91,36	93,21	+ 2,0	47,2	48,1	+ 1,9			
Männliche Hilfsarbeiter	156,6	157,4	+ 0,5	74,41	74,81	+ 0,5	47,5	47,5	± 0			
Alle männlichen Arbeiter	203,5	203,3	- 0,1	98,73	99,05	+ 0,3	48,5	48,7	+ 0,4			
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	140,6	142,9	+ 1,6	64,84	67,59	+ 4,2	46,1	47,3	+ 2,6			
Weibl. Hilfsarbeiter	122,9	124,1	+ 1,0	53,60	55,40	+ 3,4	43,6	44,6	+ 2,3			
Alle weiblichen Arbeiter	133,7	135,0	+ 1,0	60,30	62,32	+ 3,3	45,1	46,1	+ 2,2			
Alle Arbeiter	173,0	173,6	+ 0,3	81,26	82,56	+ 1,6	47,0	47,6	+ 1,3			
6. Mineralöl-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	197,6	201,3	+ 1,9	99,85	99,42	- 0,4	50,5	49,4	- 2,2			
Männliche angelernte Arbeiter . . .	182,6	186,7	+ 2,2	91,64	92,38	+ 0,8	50,2	49,5	- 1,4			
Männliche Hilfsarbeiter	169,8	170,5	+ 0,4	84,53	83,59	- 1,1	49,8	49,0	- 1,6			
Alle männlichen Arbeiter	187,7	191,0	+ 1,8	94,38	94,27	- 0,1	50,3	49,4	- 1,8			
Alle Arbeiter	187,2	190,4	+ 1,7	94,08	93,94	- 0,1	50,2	49,3	- 1,8			
7. Steine und Erden												
Männliche Facharbeiter . . .	130,6	182,6	188,5	+ 3,2	57,87	91,40	100,87	+ 10,4	44,3	50,0	53,5	+ 7,0
Männliche angelernte Arbeiter . . .	132,4	162,8	165,7	+ 1,8	60,39	80,83	85,92	+ 6,3	45,6	49,6	51,8	+ 4,4
Männliche Hilfsarbeiter	122,3	159,1	162,3	+ 2,0	49,85	74,05	85,15	+ 15,0	40,8	46,6	52,5	+ 12,7
Alle männlichen Arbeiter	126,5	169,2	171,3	+ 1,2	53,87	83,16	89,89	+ 8,1	42,6	49,2	52,5	+ 6,7
Alle Arbeiter	126,5	169,2	171,3	+ 1,2	53,87	83,16	89,89	+ 8,1	42,6	49,2	52,5	+ 6,7
8. Glasindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	110,8	161,2	163,1	+ 1,2	55,80	80,26	83,82	+ 4,4	50,3	49,8	51,4	+ 3,2
Männliche angelernte Arbeiter . . .	112,5	144,4	144,3	- 0,1	55,56	69,75	70,44	+ 1,0	49,4	48,3	48,8	+ 1,0
Männliche Hilfsarbeiter	92,9	133,9	133,0	- 0,7	40,83	65,03	64,78	- 0,4	43,9	48,6	48,7	+ 0,2
Alle männlichen Arbeiter	101,9	146,5	144,7	- 1,2	47,56	71,65	71,56	- 0,1	46,7	48,9	49,5	+ 1,2
Weibl. Hilfsarbeiter	63,2	98,6	94,6	- 4,1	23,54	44,05	43,51	- 1,2	37,2	44,7	46,0	+ 2,9
Alle weiblichen Arbeiter	64,4	99,9	96,4	- 3,5	24,16	44,25	43,93	- 0,7	37,5	44,3	45,6	+ 2,9
Alle Arbeiter	95,4	138,7	135,1	- 2,6	42,66	66,71	65,72	- 1,5	44,7	48,1	48,6	+ 1,0

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Febr. 1952 Dpf	Mai 1952		Juni 1948 RM	Febr. 1952 DM	Mai 1952		Juni 1948 Stunden	Febr. 1952 Stunden	Mai 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952
9. Baugewerbe einschl. Baunebengewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	135,6	204,4	209,9	+ 2,7	49,80	95,62	100,97	+ 5,6	36,7	46,8	48,1	+ 2,8
Männliche angelernte Arbeiter	132,3	187,3	190,1	+ 1,5	49,25	88,68	94,02	+ 6,0	37,2	47,3	49,4	+ 4,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	116,3	172,4	174,9	+ 1,5	42,23	80,51	82,97	+ 3,1	36,3	46,7	47,5	+ 1,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	130,9	197,6	201,4	+ 1,9	48,06	92,48	96,88	+ 4,8	36,7	46,8	48,1	+ 2,8
Alle Arbeiter	130,9	197,3	200,5	+ 1,6	48,06	92,05	96,54	+ 4,9	36,7	46,7	48,1	+ 3,0
10. Sägeindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	123,9	185,5	185,9	+ 0,2	48,84	95,17	96,15	+ 1,0	39,4	51,3	51,7	+ 0,8
Männliche angelernte Arbeiter	·	155,9	161,4	+ 3,5	·	74,93	77,69	+ 3,7	·	48,1	48,1	± 0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	104,8	138,3	144,6	+ 4,6	45,13	66,27	69,75	+ 5,3	43,0	47,9	48,2	+ 0,6
Alle männlichen Arbeiter . . .	117,0	155,1	159,4	+ 2,8	47,10	75,65	78,22	+ 3,4	40,3	48,8	49,1	+ 0,6
Alle Arbeiter	117,0	146,9	151,4	+ 3,1	47,10	71,54	74,02	+ 3,5	40,3	48,7	48,9	+ 0,4
11. Bautischlerei, Möbelherstellung und sonstige Holzwaren												
Männliche Facharbeiter . . .	136,7	174,1	177,7	+ 2,1	52,40	77,24	79,62	+ 3,1	38,3	44,4	44,8	+ 0,9
Männliche angelernte Arbeiter	128,4	145,8	146,4	+ 0,4	48,95	53,86	58,42	+ 8,5	38,1	37,0	39,9	+ 7,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,3	130,0	133,8	+ 2,9	38,22	47,84	50,20	+ 4,9	35,6	36,8	37,5	+ 1,9
Alle männlichen Arbeiter . . .	129,1	164,0	169,5	+ 3,4	48,62	69,05	73,43	+ 6,3	37,7	42,1	43,3	+ 2,9
Weibl. Hilfsarbeiter	68,1	109,2	111,0	+ 1,6	13,35	32,73	39,28	+ 20,0	19,6	30,0	35,4	+ 18,0
Alle weiblichen Arbeiter . . .	72,9	109,4	111,0	+ 1,5	16,58	32,78	38,99	+ 18,9	22,8	30,0	35,1	+ 17,0
Alle Arbeiter	125,1	154,4	157,8	+ 2,2	45,04	60,71	65,27	+ 7,5	36,0	39,3	41,4	+ 5,3
12. Papierverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	137,4	192,6	195,0	+ 1,2	59,10	98,44	96,58	- 1,9	43,0	51,1	49,5	- 3,1
Männliche angelernte Arbeiter	138,5	176,7	177,9	+ 0,7	55,90	91,70	91,52	- 0,2	40,4	51,9	51,4	- 1,0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	109,2	156,7	154,5	- 1,4	44,41	81,08	77,22	- 4,8	40,7	51,7	50,0	- 3,3
Alle männlichen Arbeiter . . .	123,2	172,4	173,0	+ 0,3	51,16	88,85	86,45	- 2,7	41,5	51,5	50,0	- 2,9
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	81,1	114,5	115,8	+ 1,1	30,03	55,14	55,09	- 0,1	37,0	48,1	47,6	- 1,0
Weibl. Hilfsarbeiter	69,7	93,2	95,1	+ 2,0	25,29	43,90	45,18	+ 2,9	36,3	47,1	47,5	+ 0,8
Alle weiblichen Arbeiter . . .	75,9	107,3	108,4	+ 1,0	27,84	51,27	51,56	+ 0,6	36,7	47,8	47,5	- 0,6
Alle Arbeiter	91,4	124,1	124,9	+ 0,6	34,87	60,47	60,11	- 0,6	38,1	48,7	48,1	- 1,2
13. Buchdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	156,9	221,5	216,5	- 2,3	65,73	108,21	105,39	- 2,6	41,9	48,9	48,7	- 0,4
Männliche angelernte Arbeiter	135,7	197,3	197,0	- 0,2	56,29	106,29	96,72	- 9,0	41,5	53,9	49,1	- 8,9
Männliche Hilfsarbeiter . . .	·	161,9	159,4	- 1,5	·	79,92	77,61	- 2,9	·	49,4	48,7	- 1,4
Alle männlichen Arbeiter . . .	153,8	214,0	209,2	- 2,2	64,42	105,45	101,90	- 3,4	41,9	49,3	48,7	- 1,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	92,2	111,2	112,2	+ 0,9	39,50	52,81	52,26	- 1,0	42,9	47,5	46,6	- 1,9
Weibl. Hilfsarbeiter	·	79,9	79,7	- 0,3	·	37,56	38,87	+ 3,5	·	47,0	48,8	+ 3,8
Alle weiblichen Arbeiter . . .	90,2	106,8	108,2	+ 1,3	38,53	50,64	50,66	± 0	42,7	47,4	46,8	- 1,3
Alle Arbeiter	134,9	182,0	177,9	- 2,3	56,84	88,62	85,59	- 3,4	42,1	48,7	48,1	- 1,2
14. Flachdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	162,8	225,3	230,5	+ 2,3	66,96	116,28	121,02	+ 4,1	41,1	51,6	52,5	+ 1,7
Männliche Hilfsarbeiter . . .	·	162,1	172,3	+ 6,3	·	83,97	91,82	+ 9,3	·	51,8	53,3	+ 2,9
Alle männlichen Arbeiter . . .	159,2	208,8	214,3	+ 2,6	64,62	108,02	112,96	+ 4,6	40,6	51,7	52,7	+ 1,9
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	·	115,7	120,3	+ 4,0	·	55,61	62,47	+ 12,3	·	48,1	51,9	+ 7,9
Weibl. Hilfsarbeiter	·	99,9	100,1	+ 0,2	·	49,32	46,44	- 5,8	·	49,4	46,4	- 6,1
Alle weiblichen Arbeiter . . .	·	105,5	108,1	+ 2,5	·	51,58	52,39	+ 1,6	·	48,9	48,5	- 0,8
Alle Arbeiter	146,0	167,7	172,5	+ 2,9	58,36	84,84	87,85	+ 3,5	40,0	50,6	50,9	+ 0,6
15. Textilindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	118,7	171,4	173,1	+ 1,0	50,95	75,04	69,82	- 7,0	42,9	43,8	40,3	- 8,0
Männliche angelernte Arbeiter	104,6	160,5	163,2	+ 1,7	43,61	67,19	71,79	+ 6,8	41,7	41,9	44,0	+ 5,0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	89,3	142,3	142,4	- 0,1	37,92	72,39	69,08	- 4,6	42,5	50,9	48,5	- 4,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	106,2	157,0	158,1	+ 0,7	45,00	71,23	70,24	- 1,4	42,4	45,4	44,4	- 2,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	64,1	123,4	123,1	- 0,2	24,58	42,37	40,68	- 4,0	38,3	34,3	33,0	- 3,8
Weibl. Hilfsarbeiter	63,7	105,4	103,7	- 1,6	25,27	42,11	40,53	- 3,8	39,7	40,0	39,1	- 2,2
Alle weiblichen Arbeiter . . .	64,0	117,4	116,5	- 0,8	24,71	42,29	40,64	- 3,9	38,6	36,0	34,9	- 3,1
Alle Arbeiter	76,2	128,4	128,4	± 0	30,19	49,05	47,74	- 2,7	39,6	38,2	37,2	- 2,6

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Febr. 1952 Dpf	Mai 1952		Juni 1948 RM.	Febr. 1952 DM	Mai 1952		Juni 1948 Stunden	Febr. 1952 Stunden	Mai 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Febr. 1952
16. Bekleidungs-gewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	117,7	162,8	168,0	+ 3,2	47,65	73,98	80,36	+ 8,6	40,5	45,4	47,8	+ 5,3
Männliche angelernte Arbeiter	131,2	161,4	162,9	+ 0,9	52,33	76,44	83,06	+ 8,7	39,9	47,3	51,0	+ 7,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	117,6	141,9	145,3	+ 2,4	44,44	67,16	69,84	+ 4,0	37,8	47,3	48,1	+ 1,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	120,5	158,6	162,2	+ 2,3	47,92	73,64	79,45	+ 7,9	39,8	46,4	49,0	+ 5,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,6	111,5	114,2	+ 2,4	31,27	50,13	53,49	+ 6,7	36,5	45,0	46,9	+ 4,2
Weibl. Hilfsarbeiter	82,3	101,6	101,0	- 0,6	29,69	44,15	46,03	+ 4,3	36,1	43,5	45,6	+ 4,8
Alle weiblichen Arbeiter . . .	84,3	107,9	109,4	+ 1,4	30,68	47,92	50,71	+ 5,8	36,4	44,4	46,4	+ 4,5
Alle Arbeiter	95,6	119,7	121,3	+ 1,3	35,70	53,70	56,96	+ 6,1	37,4	44,9	46,9	+ 4,5
17. Leder- verarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	123,6	152,1	150,3	- 1,2	45,84	70,14	70,61	+ 0,7	37,1	46,1	47,0	+ 2,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	121,0	148,8	146,4	- 1,6	45,24	69,06	68,92	- 0,2	37,4	46,4	47,1	+ 1,5
Alle Arbeiter	111,9	140,8	138,4	- 1,7	41,84	64,67	64,28	- 0,6	37,4	45,9	46,4	+ 1,1
18. Nahrungs- und Genußmittel- Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	110,1	186,1	187,5	+ 0,8	54,25	95,83	93,06	- 2,9	49,3	51,5	49,6	- 3,7
Männliche angelernte Arbeiter	.	170,2	171,8	+ 0,9	.	84,11	84,10	± 0	.	49,4	49,0	- 0,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,2	161,8	163,2	+ 0,9	50,72	80,81	80,15	- 0,8	47,8	50,0	49,1	- 1,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	109,6	171,3	172,7	+ 0,8	53,59	86,15	85,13	- 1,2	48,9	50,3	49,3	- 2,0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	77,9	113,8	118,8	+ 4,4	34,44	52,58	53,67	+ 2,1	44,2	46,2	45,2	- 2,2
Weibl. Hilfsarbeiter	60,6	107,2	112,5	+ 4,9	25,76	48,59	53,73	+ 10,6	42,5	45,3	47,8	+ 5,5
Alle weiblichen Arbeiter . . .	63,3	109,9	115,0	+ 4,6	27,07	50,23	53,71	+ 6,9	42,8	45,7	46,7	+ 2,2
Alle Arbeiter	101,8	144,7	148,1	+ 2,3	41,82	69,75	71,30	+ 2,2	41,1	48,2	48,2	± 0
19. Brau- gewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	113,3	180,1	185,7	+ 3,1	54,20	91,04	95,97	+ 5,4	47,9	50,6	51,7	+ 2,2
Männliches Fahrpersonal . . .	143,6	220,2	231,6	+ 5,2	71,29	111,52	116,73	+ 4,7	49,6	50,6	50,4	- 0,4
Männliche angelernte Arbeiter	112,2	175,0	175,2	+ 0,1	54,45	86,00	86,79	+ 0,9	48,5	49,1	49,5	+ 0,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	101,8	161,8	165,1	+ 2,0	47,63	78,71	83,45	+ 6,0	46,8	48,7	50,5	+ 3,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	122,2	183,2	187,9	+ 2,6	59,09	91,00	95,23	+ 4,6	48,3	49,7	50,7	+ 2,0
Alle Arbeiter	122,2	183,2	187,8	+ 2,5	59,09	90,96	95,19	+ 4,7	48,3	49,7	50,7	+ 2,0
20. Kunst- stoff- verarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	154,0	196,3	196,3	± 0	63,98	93,36	95,55	+ 2,3	41,5	47,6	48,7	+ 2,3
Männliche angelernte Arbeiter	144,1	175,2	171,3	- 2,2	61,24	86,39	81,66	- 5,5	42,5	49,3	47,7	- 3,2
Männliche Hilfsarbeiter . . .	134,4	158,8	158,3	- 0,3	49,48	75,98	75,10	- 1,2	36,8	47,8	47,4	- 0,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	141,6	176,1	174,4	- 1,0	55,69	85,14	83,49	- 1,9	39,3	48,3	47,9	- 0,8
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,8	138,6	135,4	- 2,3	35,01	60,97	64,63	+ 6,0	40,8	44,0	47,7	+ 8,4
Weibl. Hilfsarbeiter	74,1	116,6	116,4	- 0,2	27,25	54,93	55,24	+ 0,6	36,8	47,1	47,5	+ 0,8
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,4	120,8	119,3	- 1,2	29,31	56,15	56,69	+ 1,0	37,8	46,5	47,5	+ 2,2
Alle Arbeiter	112,0	149,4	144,5	- 3,3	43,26	70,83	68,90	- 2,7	38,6	47,4	47,7	+ 0,6
Alle Gewer- begruppen												
Männliche Facharbeiter . . .	131,2	196,5	199,0	+ 1,3	52,17	95,62	98,85	+ 3,4	39,8	48,7	49,7	+ 2,1
Männliche angelernte Arbeiter	123,8	177,0	179,1	+ 1,2	49,07	85,83	88,13	+ 2,7	39,7	48,5	49,2	+ 1,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	110,2	159,6	161,3	+ 1,1	43,85	77,37	78,04	+ 0,9	40,0	48,5	48,4	- 0,2
Alle männlichen Arbeiter . . .	126,1	186,2	188,5	+ 1,2	50,11	90,51	93,03	+ 2,8	39,8	48,6	49,4	+ 1,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	83,1	120,8	122,7	+ 1,6	31,63	53,56	54,99	+ 2,7	38,1	44,4	44,8	+ 0,9
Weibl. Hilfsarbeiter	75,3	112,9	114,4	+ 1,3	29,58	49,84	52,53	+ 5,4	39,7	44,1	45,9	+ 4,1
Alle weiblichen Arbeiter . . .	78,6	116,5	118,1	+ 1,4	30,71	51,55	53,64	+ 4,1	39,1	44,2	45,4	+ 2,7
Alle Arbeiter	114,7	171,1	174,2	+ 1,8	45,46	81,41	84,51	+ 3,8	39,7	47,6	48,5	+ 1,9

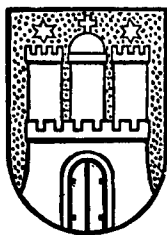
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 16. September 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 32



Wohnungsmieten in den Stadt- und Gebietsteilen Hamburgs 1950

Im Heft 20 dieser Zeitschrift ist bereits ein Überblick über Mietverhältnisse und Miethöhe der Wohnungen in Hamburg auf Grund der Ergebnisse der Wohnungszählung vom September 1950 gegeben worden. Hierbei konnten zunächst nur Gesamtzahlen und Durchschnittsmieten für die Hansestadt Hamburg im ganzen veröffentlicht werden. Diese Darstellung bedarf einer *Ergänzung* durch eine Untersuchung über die Mietverhältnisse und Miethöhe in den einzelnen Stadt- und Gebietsteilen, da diese untereinander und im Vergleich zu den für die ganze Stadt gültigen Durchschnittsmieten recht große Unterschiede aufweisen.

1. Regionale Unterschiede in den Mietverhältnissen

Mietverhältnisse und Miethöhe werden weitgehend durch die verschiedene Art der Siedlungsstruktur in den einzelnen Gebietsteilen beeinflusst. In den aufgelockerten Randgebieten Hamburgs, die zum Teil noch dörflichen oder kleinstädtischen Charakter aufweisen, herrscht das *Einfamilienhaus* vor; auch in einigen der Alster benachbarten Stadtteilen ist es verhältnismäßig häufig. In diesen Stadt- und Gebietsteilen ist die *Eigentümerwohnung* vielfach der vorherrschende Wohnungstyp oder umfaßt hier zum mindesten einen überdurchschnittlichen Anteil der Gesamtzahl der Wohnungen. In dem großstädtisch bebauten Kern der Hansestadt Hamburg überwiegt dagegen das *Mehrfamilienhaus* und damit die *Mietwohnung* (vergl. Heft 29/1951). In der Innenstadt und einigen anderen wichtigen Geschäftsgebieten sind die Mehrfamilienhäuser in mehr oder minder großem Maße mit Läden, Büros oder Geschäftsräumen durchsetzt; hier finden sich deshalb auch besonders zahlreiche Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, d. h. Wohnungen, die mit einem Laden verbunden sind oder Geschäfts- und Büroräume oder Werkstätten enthalten, also Räume, die nicht für Wohnzwecke bestimmt sind. Der Miet-

preis für derartige Wohnungen liegt, wie die bisherige Untersuchung gezeigt hat, zumeist nicht unerheblich über den Mieten für reine Mietwohnungen.

Die Gliederung der Wohnungen nach dem Mietverhältnis in den einzelnen Stadt- und Gebietsteilen zeigt die Übersicht 1. In dieser Übersicht sind wie auch in den folgenden nicht alle Ortsteile und Stadtteile der Hansestadt Hamburg einzeln nachgewiesen, sie beschränkt sich vielmehr auf die Bezirke und Ortsämter und berücksichtigt die Stadtteile im einzelnen nur soweit, wie sie zu keinem Ortsamt gehören. Die Gliederung nach dem Mietverhältnis ist hier aus Raumgründen ebenfalls nur auf die wichtigsten Gruppen beschränkt worden. Wer eine feinere regionale oder sachliche Gliederung wünscht, sei auf das *Quellenwerk* „Statistik des Hamburgischen Staates“ verwiesen, wo im Band 38 die Ergebnisse der Wohnungszählung in zahlreichen, regional und sachlich weit gegliederten Tabellen abgedruckt sind.

2. Regionale Unterschiede in der Höhe der Durchschnittsmiete

Wie bereits früher mitgeteilt war, konnten bei der Wohnungszählung nicht für alle Mietwohnungen Mietangaben gewonnen werden. Im folgenden soll die Darstellung auf *Normalwohnungen* beschränkt werden, da die Mietverhältnisse und die Miethöhe der Notwohnungen für die Beurteilung der regionalen Unterschiede nur von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Zahl der Normalwohnungen mit Mietangaben beträgt 248 886; davon waren 228 006 reine Mietwohnungen. In der Übersicht 2 ist für die einzelnen Stadt- und Gebietsteile die durchschnittliche Höhe der Miet je Wohnung und je Raum berechnet worden. Sie zeigt, daß die für die ganze Stadt Hamburg errechnete Durchschnittsmiete von 49,14 DM je

Wohnung in 27 Gebietsteilen überschritten wird. Besonders teure Wohngegenden sind Groß-Flottbek und Othmarschen, Harvestehude, Rotherbaum und Uhlenhorst; die durchschnittliche Miethöhe beträgt hier über 75 DM je Wohnung. Demgegenüber ist die Durchschnittsmiete besonders gering in den Vier- und Marschlanden, wo sie unter 30 DM je Wohnung liegt; außerdem schälen sich als besonders billige Wohngegenden noch die Gebietsteile südlich der Elbe (Harburg, Wilhelmsburg), ferner Lohbrügge, Billstedt, Veddel-Rothenburgsort und Finkenwerder heraus, wo die Durchschnittsmiete zwischen 30 und 40 DM je Wohnung liegt. Berücksichtigt man nicht die Wohnungsmiete, sondern die Miete je Raum, die im Gesamtdurchschnitt der Hansestadt Hamburg für reine Mietwohnungen 13,53 DM beträgt, so zeigt sich im großen und ganzen eine ähnliche Rangfolge der Stadt- und Gebietsteile.

3. Regionale Unterschiede im Mietcharakter der Wohnungen

Die Miethöhe wird, wie in dem oben erwähnten Aufsatz näher ausgeführt war, außer durch die Raumzahl und Ausstattung der Wohnungen auch durch den Mietcharakter als Altbau-, Neubau- oder Nachkriegsmietwohnungen beeinflusst. Die Durchschnittsmiete dieser Wohnungsgruppen hat 1950 betragen:

	je Wohnung	je Raum
für Altbauwohnungen . .	47,37 DM	12,34 DM
für Neubauwohnungen . .	54,65 DM	14,95 DM
für Nachkriegsmietwong.	55,69 DM	17,55 DM

Der verschiedene Anteil an Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen muß demnach die durchschnittliche Mietpreislage in den einzelnen Gebietsteilen beeinflussen. Wie die Übersicht 3 erkennen läßt, ist das Gewicht dieser drei Wohnungsgruppen von Gebiet zu Gebiet sehr verschieden. Bei dieser Gliederung sind von den 228 006 normalen reinen Mietwohnungen (s. o.) nur 203 705 Wohnungen berücksichtigt. Wohnungen, deren Mietpreislage durch besondere Verhältnisse beeinflusst wird, wie die Dachgeschoßwohnungen oder Wohnungen, deren Miete wegen Kriegsschäden ermäßigt war, sind hierbei ausgeschieden. Die Übersicht 3 läßt erkennen, daß der Anteil der Wohnungen mit Neubaumieten, der im Gesamtdurchschnitt rund 33 v. H. ausmacht, in manchen Gebietsteilen mehr als die Hälfte und teilweise sogar über zwei Drittel der hier untersuchten Mietwohnungen beträgt. Besonders hoch ist der Anteil der Neubau-Mietwohnungen, also der Wohnungen, die zwischen den beiden Kriegen gebaut sind, in manchen Randgebieten mit aufgelockerter Bauweise, wie in Farmsen, Bramfeld, im Alstertal, in Fuhlsbüttel und in Alsterdorf, in Bahrenfeld, Tonndorf-Jenfeld und in Finkenwerder. Aber auch in einigen Wohngebieten, die ausschließlich oder überwiegend mit Mehrfamilienhäusern bebaut sind, wie vor allem in Barmbek-Nord, Dulsberg und Veddel-Rothenburgsort, besteht die Mehrzahl der Wohnungen aus Neubauwohnungen.

Nachkriegswohnungen, deren Anteil im Gesamtdurchschnitt 11 v. H. ausmacht, sind relativ am zahlreichsten im Stadtteil Hamm-Nord, der fast völlig zerstört war. Hier sind über 80 v. H. aller reinen Mietwohnungen Nachkriegsmietwohnungen. Der Zahl nach noch bedeutender ist diese Wohnungsgruppe aber in Barmbek-Nord, dem z. Z. wichtigsten Wiederaufbaugbiet Hamburgs. Ihr Anteil ist hier mit 39 v. H. sogar noch etwas größer als in Dulsberg, wo neben Hamm-Nord, Billstedt, Barmbek-Nord und Barmbek-Süd der Wiederaufbau von Wohnungen besonders tatkräftig gefördert wird.

4. Miethöhe und Mietcharakter der von einer Partei allein bewohnten Wohnungen

Die verschiedene Zusammensetzung des Wohnungsbestandes nach Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen ist aber nicht allein für die verschiedene Höhe der Durchschnittsmieten in den einzelnen Stadt- und Gebietsteilen verantwortlich. Wie eine weitere Untersuchung zeigt, übt auch der Charakter der Wohngegend einen erheblichen Einfluß auf die Miethöhe aus. In welchem Maße dies der Fall ist, kann man erkennen, wenn man die Höhe der Durchschnittsmieten für jede dieser drei Wohnungsgruppen jeweils gesondert in den einzelnen Gebietsteilen Hamburgs berechnet. Diese Berechnung ist aus Zeit- und Kostengründen bei der Aufbereitung der Wohnungszählung nur für einen Teil dieser Mietwohnungen vorgenommen worden, nämlich für die Wohnungen, die von einer Partei allein bewohnt werden. Die Mieten dieser Sondergruppe dürften aber den Einfluß der Wohngegend auf die Miethöhe am besten widerspiegeln, da der Faktor der Untervermietung an weitere Wohnparteien, der die Mietpreislage der Gesamtwohnung oft beeinflusst, hierbei ausgeschaltet ist.

Von den oben erwähnten 203 705 normalen reinen Mietwohnungen, die nach Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen gegliedert sind (ohne Dachgeschoßwohnungen und Wohnungen, deren Miete wegen Kriegsschäden ermäßigt war), sind 94 661 Wohnungen, also weniger als die Hälfte, nur von einer Wohnpartei bewohnt. Es verbleiben demnach 109 044 reine Mietwohnungen, die von mehreren Parteien bewohnt sind; hierin sind allerdings 5701 Wohnungen ohne Bad, aber mit Zentralheizung enthalten, bei denen eine Ausgliederung der nur von einer Partei bewohnten Wohnungen aus zähltechnischen Gründen nicht vorgenommen ist. Die hier untersuchten 94 661 Wohnungen, die von einer Partei allein bewohnt waren, verteilen sich nach dem Mietcharakter auf die drei obengenannten Wohnungsgruppen wie folgt:

Altbauwohnungen	45 069 = 47,61 v. H.
Neubauwohnungen	32 417 = 34,25 v. H.
Nachkriegsmietwohnungen . .	17 175 = 18,14 v. H.
Insgesamt	94 661 = 100 v. H.

Der durchschnittliche Mietpreis dieser nur von einer Partei bewohnten Wohnungen ist

erheblich niedriger als der oben erwähnte Mietpreis aller Wohnungen; dies zeigt folgende Gegenüberstellung:

Art der Wohnungen	Durchschnittsmiete je Wohnung		
	I. Von einer Wohnpartei allein bewohnte Wohnungen	II. Von mehreren Wohnpartei bewohnte Wohnungen	III. Wohnungen insgesamt
	DM	DM	DM
Altbauwohnungen . .	34,97	55,52	47,37
Neubauwohnungen . .	46,26	62,52	54,65
Nachkriegs- mietwohnungen	53,74	61,39	55,69
Wohnungen insgesamt .	42,24	58,06	50,71

Der Vergleich zeigt weiterhin, daß die Durchschnittsmieten für Wohnungen, die von einer Partei allein bewohnt werden, erheblich niedriger liegen, als für die von mehreren Parteien bewohnten Wohnungen. Dies erklärt sich in erster Linie aus der geringeren Wohnungsgröße dieser Wohnungsgruppe, der es wohl weitgehend zu verdanken ist, daß sie nicht durch mehrere Wohnparteien belegt sind. Die Unterschiede in der Größengliederung der von einer oder von mehreren Parteien bewohnten Wohnungen sind, wie folgende Zusammenstellung erkennen läßt, beträchtlich.

Größe der Wohnungen	I. Nur von einer Wohnpartei bewohnte Wohnungen		II. Von mehreren Wohnparteien bewohnte Wohnungen		III. Keine Mietwohnungen insgesamt	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Wohnungen mit 1 und 2 Räumen . .	14 065	14,9	3 097	2,8	17 162	8,4
Wohnungen mit 3 Räumen	53 851	56,9	25 861	23,7	79 712	39,1
Wohnungen mit 4 Räumen	23 844	25,2	47 413	43,5	71 257	35,0
Wohnungen mit 5 Räumen	2 490	2,6	22 584	20,7	25 074	12,3
Wohnungen mit 6 u. mehr Räumen	411	0,4	10 089	9,3	10 500	5,2
Insgesamt	94 661	100	109 044	100	203 705	100

Unter den von einer Partei bewohnten Wohnungen befinden sich also relativ weit mehr kleine Wohnungen mit 1 oder 2 Räumen als unter den von mehreren Parteien bewohnten Wohnungen.

Gliedert man die Wohnungen unter I, d. h. die Wohnungen, die nur von einer Partei bewohnt sind, zugleich nach der Wohnungsgröße sowie nach Altbau-, Neubau- und Neubauwohnungen, so erhält man folgendes Bild:

Größe der Wohnungen	Wohnungen insgesamt		Altbauwohnungen		Neubauwohnungen		Neubauwohnungen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Wohnungen mit 1 und 2 Räumen . .	14 065	14,9	5 954	13,2	4 464	13,8	3 647	21,3
Wohnungen mit 3 Räumen	53 851	56,9	26 885	59,7	17 743	54,7	9 223	53,7
Wohnungen mit 4 Räumen	23 844	25,2	10 831	24,0	9 074	28,0	3 939	22,9
Wohnungen mit 5 Räumen	2 490	2,6	1 201	2,7	978	3,0	311	1,8
Wohnungen mit 6 u. mehr Räumen	411	0,4	198	0,4	158	0,5	55	0,3
Insgesamt	94 661	100	45 069	100	32 417	100	17 175	100

5. Der Einfluß der Wohngegend auf die Miethöhe

Nach dieser Darlegung über die spezifischen Verhältnisse der nur von einer Partei bewohnten Wohnungen sollen nun die regionalen Unterschiede der Miethöhe der Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmietwohnungen für diese repräsentative Wohnungsgruppe untersucht werden. Sie sind in der Übersicht 4 dargestellt und berechnet. Ein näheres Studium dieser Übersicht läßt erkennen, daß bei allen drei Wohnungsgruppen oft die gleichen Stadt- oder Gebietsteile die höchsten oder geringsten Durchschnittsmieten aufweisen. Das beweist, daß für die durchschnittlichen Mietpreislagen in den einzelnen Gebietsteilen nicht so sehr der verschiedene Anteil an Altbau-, Neubau- oder Neubauwohnungen entscheidend ist, sondern daß der Charakter der Wohngegend hierfür von größerer Bedeutung ist.

Dieser unterschiedliche „Wohnwert“ der Stadt- und Gebietsteile kommt zumeist in der verschiedenen Höhe der Grundstückspreise sowie in der verschiedenen Bauausführung der Gebäude zum Ausdruck. Im Rahmen der Wohnungszählung konnten diese für den Wohnwert und Wohncharakter der Gebietsteile wichtigen Faktoren nicht berücksichtigt werden. Es ist nur eine Unterscheidung der Wohnungen nach ihrer Größe (Raumzahl) und nach ihrer Ausstattung möglich.

Dies ist in der Übersicht 5 geschehen. Aber auch diese Übersicht, die nur die wichtigsten Wohnungsgrößen berücksichtigt, läßt für die meisten der so gebildeten Wohnungsgruppen wieder die gleichen Stadtteile wie die früheren Untersuchungen als besonders teure oder preiswerte Wohngegenden hervortreten.

Dr. Ide/Leutke

Übersicht 1

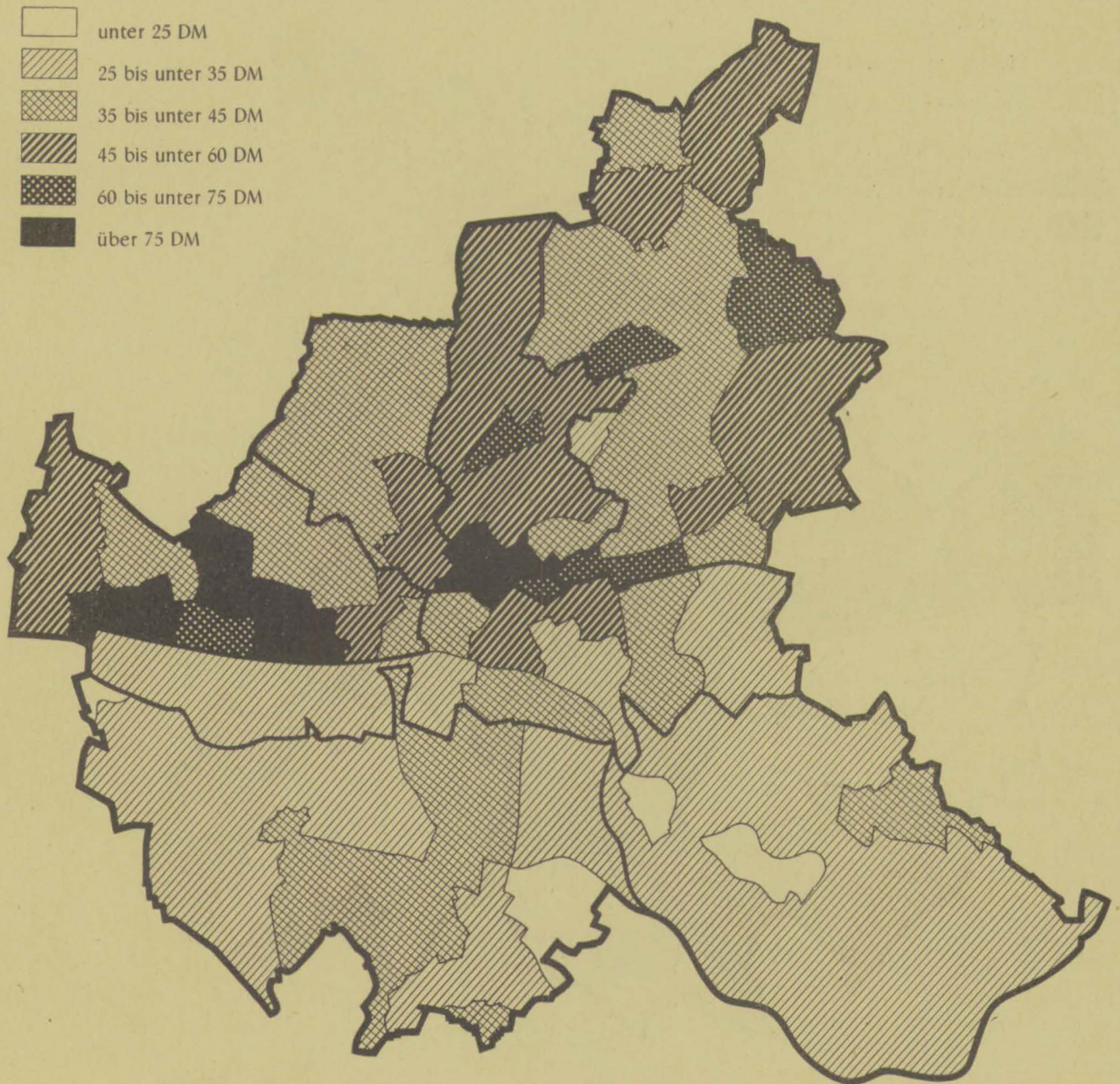
Die Wohnungen nach dem Mietverhältnis

Stadtteil Ortsamt Bezirk	Wohnungen insgesamt	darunter							
		Mietwohnungen		darunter				Eigentümer- Wohnungen	
		überhaupt	v. H.	reine Mietwohnungen		Berufs- und Geschäfts- Mietwohnungen		überhaupt	v. H.
				überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
Bezirk 1 Hamburg-Mitte									
Hamburg-Altstadt	2 615	2 406	92,01	1 909	73,00	291	11,13	51	1,95
Neustadt	7 551	7 279	96,40	5 996	79,41	682	9,03	128	1,69
St. Pauli	12 614	12 083	95,79	10 956	86,85	981	7,78	376	2,98
St. Georg	4 929	4 708	95,51	3 705	75,17	642	13,02	139	2,82
Klostertor	925	818	88,43	676	73,08	85	9,19	60	6,49
Hammerbrook	520	412	79,23	251	48,27	38	7,31	64	12,31
Borgfelde	864	752	87,04	574	66,44	34	3,94	57	6,60
Hamm-Nord	3 228	2 914	90,27	2 796	86,62	105	3,25	176	5,45
Hamm-Mitte	834	633	75,90	564	70,02	29	3,48	91	10,91
Hamm-Süd	916	397	43,34	351	38,32	19	2,07	461	50,33
Ortsamt Billstedt	17 449	8 479	48,59	7 616	43,65	281	1,61	8 529	48,88
O.-A. Veddel-Rothenburgsort	6 048	4 232	69,97	3 638	60,15	120	1,98	1 509	24,95
Ortsamt Finkenwerder	4 845	2 930	60,48	2 621	54,10	82	1,69	1 863	38,45
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	63 338	48 043	75,85	41 673	65,79	3 389	5,35	13 504	21,32
Bezirk 2 Altona									
Altona-Altstadt	9 467	8 861	93,60	7 908	83,53	665	7,02	484	5,11
Altona-Nord	6 909	6 520	94,37	6 053	87,61	377	5,46	340	4,92
Ottensen	13 850	13 373	96,55	12 467	90,01	724	5,23	361	2,61
Bahrenfeld	10 618	8 386	78,98	7 870	74,12	363	3,42	2 075	19,54
Groß-Flottbek	2 738	1 682	61,43	1 517	55,41	142	5,19	1 012	36,96
Othmarschen	2 565	1 651	64,36	1 460	56,92	116	4,52	841	32,79
Ortsamt Blankenese	16 544	8 802	53,20	8 061	48,72	474	2,87	7 460	45,09
Bezirk 2 Altona	62 691	49 275	78,60	45 336	72,32	2 861	4,56	12 573	20,06
Bezirk 3 Eimsbüttel									
Eimsbüttel	22 475	21 850	97,22	19 980	88,90	1 584	7,05	479	2,13
Rotherbaum	7 546	7 035	93,23	5 761	76,35	963	12,76	295	3,91
Harvestehude	5 999	5 272	87,88	4 545	75,76	658	10,97	388	6,47
Hoheluft-West	4 337	4 177	96,31	3 823	88,15	329	7,58	123	2,83
Ortsamt Lokstedt	11 213	4 420	39,42	4 117	36,72	198	1,77	6 430	57,34
Ortsamt Stellingen	7 875	4 144	52,62	3 682	46,75	130	1,65	3 533	44,86
Bezirk 3 Eimsbüttel	59 445	46 898	78,89	41 908	70,50	3 862	6,50	11 248	18,92
Bezirk 4 Hamburg-Nord									
Hoheluft-Ost	4 186	4 088	97,66	3 641	86,98	348	8,31	62	1,48
Eppendorf	11 216	10 709	95,47	9 184	81,88	802	7,15	354	3,16
Groß-Borstel	3 849	2 288	59,44	1 924	49,99	71	1,84	1 516	39,39
Alsterdorf	3 088	2 135	69,14	1 975	63,96	122	3,95	907	29,37
Winterhude	23 020	21 010	91,27	19 035	82,69	1 176	5,11	1 759	7,64
Uhlenhorst ¹⁾	3 767	3 353	89,01	2 887	76,64	411	10,91	284	7,54
Hohenfelde ¹⁾	1 957	1 666	85,13	1 443	73,73	193	9,86	196	10,01
Barmbek-Süd ¹⁾	6 100	5 555	91,06	5 097	83,56	291	4,77	381	6,25
Dulsberg ¹⁾	3 808	3 374	88,60	3 284	86,24	77	2,02	282	7,41
Barmbek-Nord ¹⁾	10 920	9 933	90,96	9 236	84,58	331	3,03	728	6,67
Ortsamt Fuhlsbüttel	15 304	10 599	69,26	9 805	64,07	432	2,82	4 593	30,01
Bezirk 4 Hamburg-Nord	87 215	74 710	85,66	67 511	77,41	4 254	4,88	11 062	12,68
Bezirk 5 Wandsbek									
Eilbek	1 638	1 256	76,68	1 094	66,79	126	7,69	260	15,87
Wandsbek-Nord	8 172	5 232	64,02	4 790	58,61	241	2,95	2 758	33,75
Marienthal-Jüthorn	2 716	1 357	49,96	1 261	46,43	61	2,25	1 272	46,83
Tonndorf-Jenfeld	5 574	2 132	38,25	1 944	34,88	75	1,34	3 310	59,38
Farmsen	3 228	1 340	41,51	1 218	37,73	58	1,80	1 855	57,47
Ortsamt Bramfeld	8 551	2 824	33,03	2 712	31,72	87	1,02	5 571	65,15
Ortsamt Alstertal	9 969	3 233	32,43	3 041	30,50	138	1,38	6 483	65,03
Ortsamt Walddörfer	5 846	2 026	34,66	1 777	30,40	119	2,04	3 611	61,77
Ortsamt Rahlstedt	7 204	2 978	41,34	2 767	38,41	155	2,15	4 040	56,08
Bezirk 5 Wandsbek	52 898	22 378	42,30	20 604	38,95	1 060	2,00	29 160	55,12
Bezirk 6 Bergedorf									
Lohbrügge	3 816	2 792	73,16	2 653	69,52	95	2,49	981	25,71
Bergedorf	7 943	6 127	77,14	5 639	70,99	366	4,61	1 740	21,91
Vierlande ²⁾	3 388	1 042	30,75	926	27,33	60	1,77	2 251	66,44
Marschlande ²⁾	2 802	1 222	43,61	1 094	39,04	88	3,14	1 531	54,64
Bezirk 6 Bergedorf	17 949	11 183	62,30	10 312	57,45	609	3,39	6 503	36,23
Bezirk 7 Harburg									
Harburg	23 609	17 128	72,55	16 205	68,64	563	2,38	6 137	25,99
Ortsamt Wilhelmsburg	13 339	10 006	75,01	9 316	69,84	392	2,94	3 160	23,69
Ortsamt Süderelbe	5 898	3 252	55,14	3 014	51,10	125	2,12	2 496	42,32
Bezirk 7 Harburg	42 846	30 386	70,92	28 535	66,60	1 080	2,52	11 793	27,52
Hamburg insgesamt	386 382	282 873	73,21	255 879	66,22	17 115	4,43	95 843	24,81

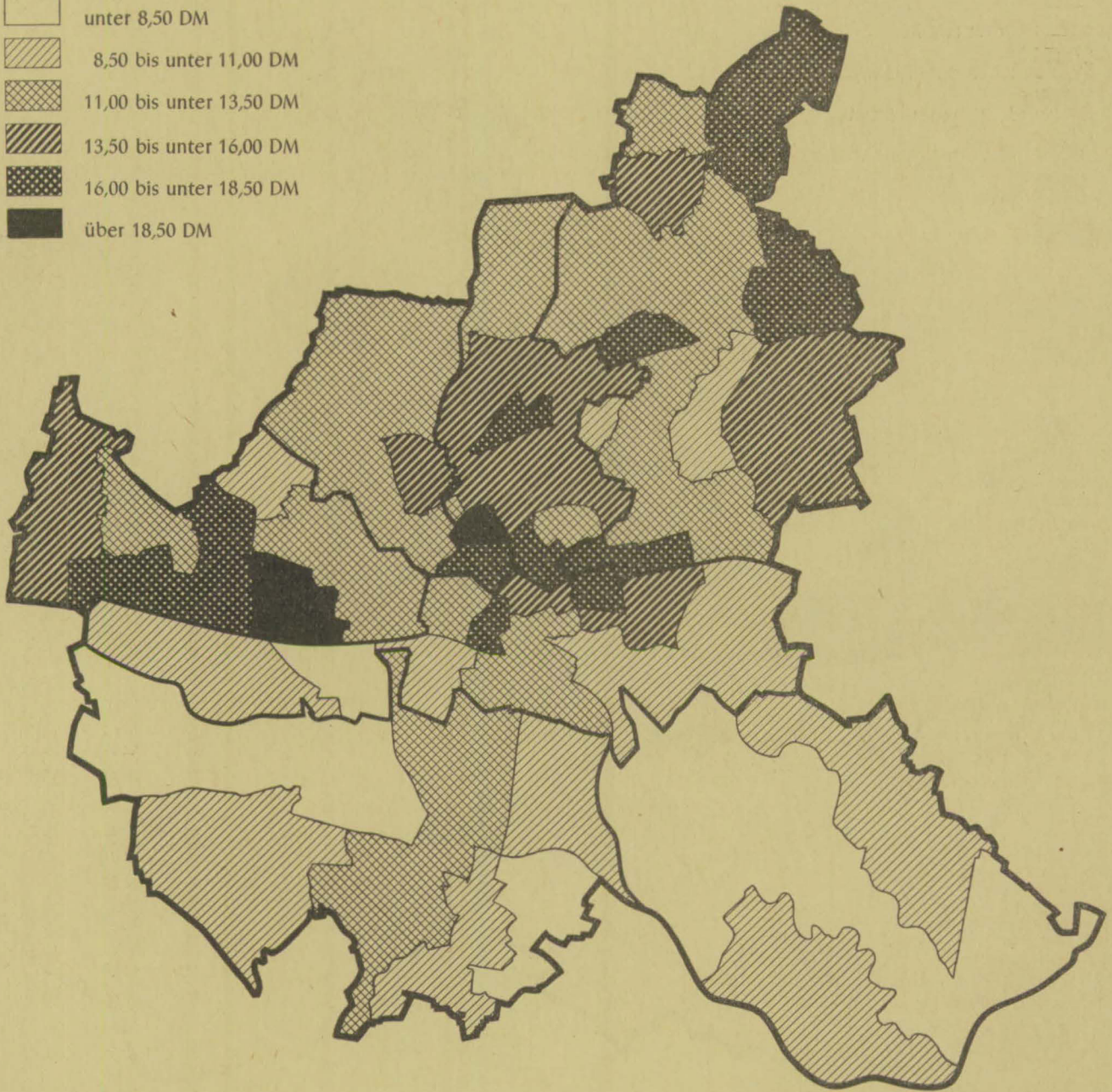
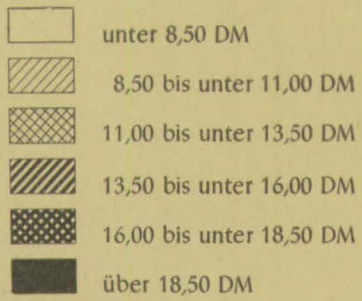
1) die hier genannten Stadtteile gehören zum Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst

2) die hier genannten Gebietsteile gehören zum Ortsamt Vier- und Marschlande

Die Durchschnittsmieten in Hamburg je Wohnung 1950



Die Durchschnittsmieten in Hamburg je Raum 1950



Stadtteil Ortsamt Bezirk	Normalwohnungen, für die Mietangaben vorliegen					darunter reine Mietwohnungen				
	Zahl der Woh- nungen	darin Räume	Monat- liches Miet- aufkommen in 1000 DM	durchschnittliche monatliche Miete in DM		Zahl der Woh- nungen	darin Räume	Monat- liches Miet- aufkommen in 1000 DM	durchschnittliche monatliche Miete in DM	
				je Wohng.	je Raum				je Wohng.	je Raum
Bezirk 1 Hamburg-Mitte										
Hamburg-Altstadt	2 085	6 684	117	56,12	17,50	1 741	5 419	92	52,84	16,98
Neustadt	6 443	22 499	309	47,96	13,73	5 508	19 084	247	44,84	12,94
St. Pauli	10 698	40 442	504	47,11	12,46	9 860	37 416	440	44,62	11,76
St. Georg	4 104	16 320	235	57,26	14,40	3 349	12 946	177	52,85	13,67
Klostertor	633	2 532	34	53,71	13,43	550	2 217	28	50,91	12,63
Hammerbrook	169	497	6	35,50	12,07	87	271	3	34,48	11,07
Borgfelde	405	1 242	19	46,91	15,30	334	1 067	17	50,90	15,93
Hamm-Nord	2 520	8 199	151	59,92	18,42	2 427	7 839	142	58,51	18,11
Hamm-Mitte	505	1 571	28	55,45	17,82	485	1 513	26	53,61	17,18
Hamm-Süd	246	766	13	52,85	16,97	230	711	11	47,83	15,47
Ortsamt Billstedt	7 049	22 867	269	38,16	11,76	6 457	20 874	245	37,94	11,74
O.-A. Veddel-Rothenburgsort	3 435	10 921	133	38,72	12,18	3 050	9 564	117	38,36	12,23
Ortsamt Finkenwerder	2 488	8 397	86	34,57	10,24	2 249	7 479	77	34,24	10,30
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	40 780	142 937	1 904	46,69	13,32	36 327	126 400	1 622	44,65	12,83
Bezirk 2 Altona										
Altona-Altstadt	7 637	27 118	326	42,69	12,02	6 919	24 613	282	40,76	11,46
Altona-Nord	6 159	23 006	294	47,74	12,78	5 755	21 451	267	46,39	12,45
Ottensen	12 500	46 531	615	49,20	13,22	11 728	43 581	563	48,00	12,92
Bahrenfeld	7 411	26 618	341	46,01	12,81	6 988	25 018	314	44,93	12,55
Groß-Flottbek	1 530	7 040	134	87,58	19,03	1 379	6 284	118	85,57	18,78
Othmarschen	1 353	5 777	123	90,91	21,29	1 203	5 095	109	90,61	21,39
Ortsamt Blankenese	7 144	28 191	454	63,55	16,10	6 567	25 602	405	61,67	15,82
Bezirk 2 Altona	43 734	164 281	2 287	52,29	13,92	40 539	151 644	2 058	50,77	13,57
Bezirk 3 Eimsbüttel										
Eimsbüttel	20 663	76 733	1 001	48,44	13,05	19 203	71 344	896	46,66	12,56
Rotherbaum	6 100	27 475	493	80,82	17,94	5 191	22 662	392	75,52	17,30
Harvestehude	4 871	22 096	468	96,08	21,18	4 235	18 734	390	92,09	20,82
Hoheluft-West	4 032	15 880	209	51,84	13,16	3 724	14 671	186	49,95	12,68
Ortsamt Lokstedt	3 726	13 061	175	46,97	13,40	3 504	12 175	159	45,38	13,06
Ortsamt Stellingen	3 614	12 125	150	41,51	12,37	3 246	10 761	132	40,67	12,27
Bezirk 3 Eimsbüttel	43 006	167 370	2 496	58,04	14,91	39 103	150 347	2 155	55,11	14,33
Bezirk 4 Hamburg-Nord										
Hoheluft-Ost	3 864	15 385	202	52,28	13,13	3 547	14 139	178	50,18	12,59
Eppendorf	9 986	39 912	614	61,49	15,38	8 855	35 551	529	59,74	14,88
Groß-Borstel	1 503	4 791	70	46,57	14,61	1 156	4 176	59	51,04	14,13
Alsterdorf	1 740	6 579	111	63,79	16,87	1 597	5 952	98	61,37	16,47
Winterhude	19 768	71 402	1 138	57,57	15,94	18 020	65 015	1 010	56,05	15,53
Uhlenhorst ¹⁾	2 852	12 476	235	82,40	18,84	2 516	10 845	200	79,49	18,44
Hohenfelde ²⁾	1 391	5 751	103	74,05	17,91	1 222	4 969	87	71,19	17,51
Barmbek-Süd ¹⁾	4 639	15 281	198	42,68	12,96	4 384	14 434	182	41,51	12,61
Dulsberg ¹⁾	3 208	10 049	145	45,20	14,43	3 138	9 816	140	44,61	14,26
Barmbek-Nord ¹⁾	9 214	29 663	473	51,33	15,95	8 621	27 819	436	50,57	15,67
Ortsamt Fuhlsbüttel	9 034	33 986	487	53,91	14,33	8 321	31 109	440	52,88	14,14
Bezirk 4 Hamburg-Nord	67 199	245 275	3 776	56,19	15,39	61 377	223 825	3 359	54,73	15,01
Bezirk 5 Wandsbek										
Eilbek	807	3 019	53	65,68	17,56	705	2 635	44	62,41	16,70
Wandsbek-Nord	4 553	15 782	202	44,37	12,80	4 207	14 576	183	43,50	12,55
Marienthal-Jüthorn	1 084	4 096	74	68,27	18,07	1 006	3 788	68	67,59	17,95
Tonndorf-Jenfeld	1 730	6 022	79	45,66	13,12	1 604	5 568	72	44,89	12,93
Farmsen	1 166	4 671	51	43,74	10,92	1 073	4 278	46	42,87	10,75
Ortsamt Bramfeld	2 335	7 797	94	40,26	12,06	2 251	7 485	88	39,09	11,76
Ortsamt Alstertal	2 496	8 680	125	50,08	14,40	2 349	8 106	112	47,68	13,82
Ortsamt Walddörfer	1 669	6 235	94	56,32	15,08	1 496	5 600	84	56,15	15,00
Ortsamt Rahlstedt	2 480	9 056	125	50,40	13,80	2 311	8 365	113	48,90	13,51
Bezirk 5 Wandsbek	18 320	65 358	897	48,96	13,72	17 002	60 401	810	47,64	13,41
Bezirk 6 Bergedorf										
Lohbrügge	2 511	8 253	83	33,05	10,06	2 393	7 767	74	30,92	9,53
Bergedorf	5 818	22 405	244	41,94	10,89	5 386	20 475	216	40,10	10,55
Vierlande ²⁾	856	2 959	27	31,54	9,12	761	2 550	22	28,91	8,63
Marschlande ²⁾	778	2 917	24	30,85	8,23	698	2 514	20	28,65	7,96
Bezirk 6 Bergedorf	9 963	36 534	378	37,94	10,35	9 238	33 306	332	35,94	9,97
Bezirk 7 Harburg										
Harburg	14 888	51 590	561	37,68	10,87	14 117	48 531	513	36,34	10,57
Ortsamt Wilhelmsburg	8 818	28 934	924	36,74	11,20	8 284	27 024	291	35,13	10,77
Ortsamt Süderelbe	2 178	7 401	71	32,60	9,59	2 019	6 791	64	31,70	9,42
Bezirk 7 Harburg	25 884	87 925	956	36,93	10,87	24 420	82 346	868	35,54	10,54
Hamburg insgesamt	248 886	909 680	12 695	51,00	13,95	228 006	828 269	11 205	49,14	13,53

¹⁾ die hier genannten Stadtteile gehören zum Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst

²⁾ die hier genannten Gebietsteile gehören zum Ortsamt Vier- und Marschlande

Stadtteil Ortsamt Bezirk	Normale reine Miet- wohnungen ¹⁾ insgesamt	davon Wohnungen mit					
		Altbaumieten		Neubaumieten		Nachkriegsmieten	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Bezirk 1 Hamburg-Mitte							
Hamburg-Altstadt	1 500	1 002	66,8	419	27,9	79	5,3
Neustadt	4 502	3 908	86,8	489	10,9	105	2,3
St. Pauli	8 130	7 509	92,4	319	3,9	302	3,7
St. Georg	2 976	2 622	88,1	205	6,9	149	5,0
Klostertor	518	436	84,2	39	7,5	43	8,3
Hammerbrook	75	30	40,0	21	28,0	24	32,0
Borgfelde	290	124	42,8	40	13,8	126	43,4
Hamm-Nord	2 247	67	3,0	380	16,9	1 800	80,1
Hamm-Mitte	465	12	2,6	86	18,5	367	78,9
Hamm-Süd	222	—	—	64	28,8	158	71,2
Ortsamt Billstedt	5 907	2 055	34,8	2 338	39,6	1 514	25,6
Ortsamt Veddel-Rothenburgsort	2 692	426	15,8	1 792	66,6	474	17,6
Ortsamt Finkenwerder	1 953	253	13,0	1 645	84,2	55	2,8
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	31 477	18 444	58,6	7 837	24,9	5 196	16,5
Bezirk 2 Altona							
Altona-Altstadt	6 029	5 603	92,9	172	2,9	254	4,2
Altona-Nord	5 339	3 608	67,6	1 449	27,1	282	5,3
Ottensen	10 520	6 813	64,8	3 412	32,4	295	2,8
Bahrenfeld	5 733	2 096	36,6	3 491	60,9	146	2,5
Groß-Flottbek	1 225	870	71,0	312	25,5	43	3,5
Othmarschen	1 047	719	68,7	215	20,5	113	10,8
Ortsamt Blankenese	5 598	2 789	49,8	2 442	43,6	367	6,6
Bezirk 2 Altona	35 491	22 498	63,4	11 493	32,4	1 500	4,2
Bezirk 3 Eimsbüttel							
Eimsbüttel	18 262	15 076	82,6	2 582	14,1	604	3,3
Rotherbaum	4 724	3 878	82,1	565	12,0	281	5,9
Harvestehude	3 882	2 459	63,4	588	15,1	835	21,5
Höheluft-West	3 510	3 381	96,3	67	1,9	62	1,8
Ortsamt Lokstedt	3 120	1 251	40,1	1 511	48,4	358	11,5
Ortsamt Stellingen	2 763	885	32,0	1 616	58,5	262	9,5
Bezirk 3 Eimsbüttel	36 261	26 930	74,3	6 929	19,1	2 402	6,6
Bezirk 4 Hamburg-Nord							
Höheluft-Ost	3 366	3 236	96,1	39	1,2	91	2,7
Eppendorf	8 155	5 770	70,7	2 313	28,4	72	0,9
Groß-Borstel	1 067	403	37,8	612	57,3	52	4,9
Alsterdorf	1 356	254	18,7	940	69,3	162	12,0
Winterhude	16 717	7 732	46,3	6 671	39,9	2 314	13,8
Uhlenhorst ¹⁾	2 276	1 637	71,9	242	10,6	397	17,5
Hohenfelde ¹⁾	1 105	833	75,4	97	8,8	175	15,8
Barmbek-Süd ¹⁾	4 015	2 068	51,5	616	15,3	1 331	33,2
Dulsberg ¹⁾	2 871	62	2,2	1 705	59,4	1 104	38,4
Barmbek-Nord ¹⁾	7 926	502	6,3	4 336	54,7	3 088	39,0
Ortsamt Fuhlsbüttel	7 445	1 288	17,3	5 881	79,0	276	3,7
Bezirk 4 Hamburg-Nord	56 299	23 785	42,2	23 452	41,7	9 062	16,1
Bezirk 5 Wandsbek							
Eilbek	619	390	63,0	65	10,5	164	26,5
Wandsbek-Nord	3 842	1 387	36,1	1 696	44,1	759	19,8
Marienthal-Jüthorn	661	130	19,7	194	29,3	337	51,0
Tonndorf-Jenfeld	1 394	206	14,8	959	68,8	229	16,4
Farmsen	1 007	162	16,1	791	78,5	54	5,4
Ortsamt Bramfeld	2 053	580	28,2	1 258	61,3	215	10,5
Ortsamt Alstertal	2 126	425	20,0	1 490	70,1	211	9,9
Ortsamt Walddörfer	1 344	403	30,0	761	56,6	180	13,4
Ortsamt Rahlstedt	2 105	1 024	48,6	947	45,0	134	6,4
Bezirk 5 Wandsbek	15 151	4 707	31,1	8 161	53,8	2 283	15,1
Bezirk 6 Bergedorf							
Lohbrügge	2 160	1 382	64,0	684	31,7	94	4,3
Bergedorf	4 930	3 017	61,2	1 872	38,0	41	0,8
Vierlande ²⁾	672	469	69,8	177	26,3	26	3,9
Marschlande ²⁾	656	470	71,6	133	20,3	53	8,1
Bezirk 6 Bergedorf	8 418	5 338	63,4	2 866	34,1	214	2,5
Bezirk 7 Harburg							
Harburg	11 928	6 973	58,5	3 638	30,5	1 317	11,0
Ortsamt Wilhelmsburg	6 969	4 053	58,2	2 104	30,2	812	11,6
Ortsamt Süderelbe	1 711	893	52,2	565	33,0	253	14,8
Bezirk 7 Harburg	20 608	11 919	57,8	6 307	30,6	2 382	11,6
Hamburg insgesamt	203 705	113 621	55,8	67 045	32,9	23 039	11,3

¹⁾ die hier genannten Stadtteile gehören zum Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst

²⁾ die hier genannten Gebietsteile gehören zum Ortsamt Vier- und Marschlande

³⁾ ohne Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist

Übersicht 4

Durchschnitts-Mietpreise für normale reine Mietwohnungen³⁾ mit nur einer Wohnpartei

Stadtteil Ortsamt Bezirk	Reine Miet- wohnungen mit nur 1 Wohn- partei ²⁾ insgesamt	davon Wohnungen mit			Monatliche Durchschnittsmieten in DM				Meßzahlen Gesamtdurchschnittsmieten der Hansestadt Hamburg = 100			
		Altbau- mieten	Neubau- mieten	Nach- kriegs- mieten	Woh- nungen insges.	Wohnungen mit			Woh- nungen insges.	Wohnungen mit		
						Altbau- mieten	Neubau- mieten	Nachkr.- mieten		Altbau- mieten	Neubau- mieten	Nachkr.- mieten
Bezirk 1 Hamburg-Mitte												
Hamburg-Altstadt	692	428	200	64	49	40	73	38	117	114	159	70
Neustadt	1 910	1 557	276	77	39	38	44	45	93	109	96	83
St. Pauli	2 570	2 289	120	161	38	37	42	50	90	106	91	93
St. Georg	1 031	771	158	102	41	42	34	47	98	120	74	87
Klosterort	165	119	15	31	40	40	43	38	95	114	94	70
Hammerbrook	51	15	18	18	30	30	30	31	71	86	65	57
Borgfelde	173	44	20	109	45	62	47	38	107	177	102	70
Hamm-Nord	1 683	19	244	1 420	58	62	51	60	138	177	111	111
Hamm-Mitte	377	7	69	301	54	30	47	56	129	86	102	104
Hamm-Süd	152	—	31	121	49	—	44	50	117	—	96	93
Ortsamt Billstedt	3 888	1 246	1 500	1 142	37	26	40	47	88	74	87	87
O.-A. Veddel-Rothenburgsort	1 586	252	979	355	36	30	38	33	86	86	83	61
Ortsamt Finkenwerder	1 281	188	1 052	41	32	24	34	28	76	69	74	52
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	15 559	6 935	4 682	3 942	41	36	40	50	98	103	87	93
Bezirk 2 Altona												
Altona-Altstadt	2 466	2 203	88	175	34	32	37	54	81	91	80	100
Altona-Nord	2 209	1 266	716	227	42	35	52	48	100	100	113	89
Ottensen	4 449	2 707	1 520	222	42	35	51	51	100	100	111	94
Bahrenfeld	2 797	1 081	1 591	125	40	33	44	42	95	94	96	78
Groß-Flottbek	348	242	74	32	60	48	82	95	143	137	178	176
Othmarschen	433	259	91	83	72	56	96	97	171	160	209	180
Ortsamt Blankenese	2 659	1 209	1 147	303	45	41	47	54	107	117	102	100
Bezirk 2 Altona	15 361	8 967	5 227	1 167	42	36	49	55	100	103	107	102
Bezirk 3 Eimsbüttel												
Eimsbüttel	7 272	6 006	788	478	39	36	54	61	93	103	117	113
Rotherbaum	1 337	934	200	203	59	56	70	64	140	160	152	119
Harvestehude	792	329	62	401	81	86	56	80	193	246	122	148
Hoheluft-West	1 032	954	31	47	40	39	43	67	95	111	94	124
Ortsamt Lokstedt	1 714	598	846	270	38	35	37	49	90	100	80	91
Ortsamt Stellingen	1 585	425	946	214	38	32	41	38	90	91	89	70
Bezirk 3 Eimsbüttel	13 732	9 246	2 873	1 613	43	40	46	61	102	114	100	113
Bezirk 4 Hamburg-Nord												
Hoheluft-Ost	1 068	984	12	72	37	36	82	49	88	103	178	91
Eppendorf	2 902	2 035	826	41	43	36	60	76	102	103	130	141
Groß-Borstel	552	164	353	35	43	37	46	50	102	106	100	93
Alsterdorf	657	111	398	148	54	39	58	54	129	111	126	100
Winterhude	7 259	3 173	2 598	1 488	50	35	57	69	119	100	124	128
Uhlenhorst ¹⁾	673	324	70	279	70	54	68	89	167	154	148	165
Hohenfelde ¹⁾	363	204	29	130	67	52	65	90	160	149	141	167
Barmbek-Süd ¹⁾	2 410	970	357	1 083	42	31	45	51	100	89	98	94
Dulsberg ¹⁾	1 784	45	813	926	46	35	41	51	110	100	89	94
Barmbek-Nord ¹⁾	5 123	211	2 367	2 545	50	36	46	54	119	103	100	100
Ortsamt Fuhlsbüttel	3 048	460	2 368	220	48	41	50	40	114	117	109	74
Bezirk 4 Hamburg-Nord	25 839	8 681	10 191	6 967	48	37	51	58	114	106	111	107
Bezirk 5 Wandsbek												
Eilbek	273	114	36	123	59	44	49	75	140	126	107	139
Wandsbek-Nord	2 032	565	878	589	42	30	43	52	100	86	94	96
Marienthal-Jüthorn	436	68	61	307	64	46	76	65	152	131	165	120
Tonndorf-Jenfeld	744	98	478	168	42	31	43	46	100	89	94	85
Farmsen	402	82	276	44	39	33	39	52	93	94	85	96
Ortsamt Bramfeld	1 198	321	699	178	37	32	37	41	88	91	80	76
Ortsamt Alstertal	1 325	253	896	176	39	32	41	42	93	91	89	78
Ortsamt Walddörfer	737	224	361	152	46	32	47	63	110	91	102	117
Ortsamt Rahlstedt	1 077	469	517	91	41	37	43	47	98	106	94	87
Bezirk 5 Wandsbek	8 224	2 194	4 202	1 828	43	34	42	54	102	97	91	100
Bezirk 6 Bergedorf												
Lohbrügge	1 465	896	492	77	28	24	34	41	67	69	74	76
Bergedorf	2 325	1 250	1 046	29	34	29	40	54	81	83	87	100
Vierlande ²⁾	497	349	127	21	25	24	27	36	60	69	59	67
Marschlande ²⁾	436	315	83	38	25	23	29	36	60	66	63	67
Bezirk 6 Bergedorf	4 723	2 810	1 748	165	31	26	37	42	74	74	80	78
Bezirk 7 Harburg												
Harburg	6 388	3 524	1 948	916	33	26	41	45	79	74	89	83
Ortsamt Wilhelmsburg	3 644	2 085	1 142	417	33	30	37	40	79	86	80	74
Ortsamt Süderelbe	1 191	627	404	160	29	25	29	44	69	71	63	82
Bezirk 7 Harburg	11 223	6 236	3 494	1 493	33	27	38	44	79	77	83	82
Hamburg insgesamt	94 661	45 069	32 417	17 175	42	35	46	54	100	100	100	100

¹⁾ die hier genannten Stadtteile gehören zum Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst

²⁾ die hier genannten Gebietsteile gehören zum Ortsamt Vier- und Marschlande

³⁾ ohne Dachgeschoßwohnungen, ohne Wohnungen, die zwar Zentralheizung, aber kein Bad haben, und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist

Übersicht 5

Durchschnitts-Mietpreise für normale reine Mietwohnungen nach der Wohnungsgröße¹⁾.
(bewohnt von einer Wohnpartei)

Stadtteil Ortsamt Bezirk	Monatliche Durchschnitts-Mietpreise in DM für Wohnungen mit								
	Altbaumieten mit ... Räumen			Neubaumieten mit ... Räumen			Nachkriegsmieten mit ... Räumen		
	2	3	4	2	3	4	2	3	4
Bezirk 1 Hamburg-Mitte									
Hamburg-Altstadt	33	40	50	76	77	63	33	37	69
Neustadt	28	39	48	41	44	55	34	48	86
St. Pauli	29	34	42	30	43	51	37	56	59
St. Georg	33	41	48	29	43	59	36	53	61
Klostertor	31	38	44	35	53	—	31	40	58
Hammerbrook	26	24	38	22	34	—	25	31	21
Borgfelde	41	76	44	39	44	49	39	36	90
Hamm-Nord	33	70	65	36	50	60	39	56	74
Hamm-Mitte	26	35	—	37	49	60	35	55	69
Hamm-Süd	—	—	—	28	43	49	31	53	68
Ortsamt Billstedt	20	25	32	28	41	45	31	46	57
O.-A. Veddel-Rothenburgsort	22	30	38	24	39	49	24	38	45
Ortsamt Finkenwerder	20	24	27	22	33	42	24	29	42
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	28	34	42	33	40	47	33	50	66
Bezirk 2 Altona									
Altona-Altstadt	26	31	39	27	42	49	37	59	73
Altona-Nord	28	31	42	35	47	59	31	48	73
Ottensen	27	33	41	33	45	58	36	47	71
Bahrenfeld	27	32	41	32	41	51	32	43	57
Groß-Flottbek	44	38	56	44	53	81	53	55	95
Othmarschen	31	49	77	42	62	114	30	95	127
Ortsamt Blankenese	26	33	52	27	37	57	41	48	57
Bezirk 2 Altona	27	33	44	31	43	58	35	51	70
Bezirk 3 Eimsbüttel									
Eimsbüttel	28	34	43	36	50	61	45	61	75
Rotherbaum	36	50	59	73	82	51	42	67	124
Harvestehude	74	68	85	69	56	55	63	72	97
Hoheluft-West	26	34	46	28	44	52	48	70	101
Ortsamt Lokstedt	26	32	45	25	33	52	40	46	60
Ortsamt Stellingen	25	31	39	26	39	55	28	36	61
Bezirk 3 Eimsbüttel	31	35	47	30	42	55	42	59	82
Bezirk 4 Hamburg-Nord									
Hoheluft-Ost	26	32	44	—	79	87	45	48	89
Eppendorf	24	32	42	37	47	68	50	65	100
Groß-Borstel	32	32	42	32	42	62	27	51	86
Alsterdorf	34	34	43	27	46	67	41	50	68
Winterhude	25	32	42	37	52	66	50	63	81
Uhlenhorst ¹⁾	49	45	54	40	55	84	43	80	125
Hohenfelde ¹⁾	39	50	63	38	62	90	54	81	112
Barmbek-Süd ¹⁾	24	30	36	34	45	56	37	51	66
Dulsberg ¹⁾	32	35	37	31	42	49	34	50	61
Barmbek-Nord ¹⁾	29	35	41	34	44	59	38	54	69
Ortsamt Fuhlsbüttel	30	35	47	37	46	55	28	41	50
Bezirk 4 Hamburg-Nord	28	33	43	35	46	62	39	56	73
Bezirk 5 Wandsbek									
Eilbek	34	41	51	30	103	63	52	60	106
Wandsbek-Nord	23	27	35	27	43	49	37	52	66
Marienthal-Jüthorn	33	40	65	43	73	72	42	58	72
Tonndorf-Jenfeld	27	31	31	29	41	52	33	45	59
Farmsen	24	25	50	26	37	42	29	46	81
Ortsamt Bramfeld	25	28	41	29	35	44	28	41	58
Ortsamt Alstertal	22	30	40	28	37	48	27	35	61
Ortsamt Walddörfer	27	28	40	29	40	54	42	52	59
Ortsamt Rahlstedt	29	34	45	28	38	54	34	43	68
Bezirk 5 Wandsbek	26	30	41	28	39	49	36	50	68
Bezirk 6 Bergedorf									
Lohbrügge	19	23	32	25	34	48	32	37	45
Bergedorf	23	25	32	21	35	48	25	52	72
Vierlande ²⁾	19	23	28	20	25	30	31	38	27
Marschlande ²⁾	19	23	22	22	29	32	16	35	38
Bezirk 6 Bergedorf	20	24	31	23	34	46	28	40	47
Bezirk 7 Harburg									
Harburg	20	26	30	27	39	48	33	44	60
Ortsamt Wilhelmsburg	23	30	33	26	37	45	26	42	61
Ortsamt Süderelbe	20	24	28	22	28	37	28	33	48
Bezirk 7 Harburg	20	27	30	26	37	46	31	43	57
Hamburg insgesamt	26	32	41	31	42	55	37	53	69

¹⁾ Die hier genannten Stadtteile gehören zum Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst

²⁾ Die hier genannten Gebietsteile gehören zum Ortsamt Vier- und Marschlande

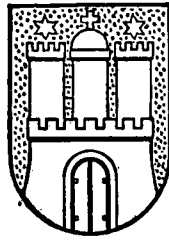
³⁾ ohne Dachgeschoßwohnungen, ohne Wohnungen, die zwar Zentralheizung, aber kein Bad haben, und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist.

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 18. September 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 33



Die Betriebe in Hamburg nach Größenklassen in den Jahren 1939 und 1950

Die Struktur der Betriebe nach Größenklassen (Gesamtbild)

Die Frage der Betriebsgrößenstruktur in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen sowie deren Veränderung wird immer lebhaft diskutiert. Für alle wirtschafts- und sozialpolitischen Erwägungen bietet ein empirisch gewonnenes Gesamtbild über die Betriebsgrößenklassen einen Ansatzpunkt. Auch eine Untersuchung, die das Verhältnis von Industrie und Handwerk zueinander und die hier eingetretenen Verschiebungen zum Gegenstand hat, wird auf die Betriebsgrößenklassen zurückgreifen müssen.

In der vorliegenden Veröffentlichung soll vor allem die Veränderung der Betriebsgrößen gegenüber 1939 zur Darstellung kommen.

Dieser Vergleich bietet Schwierigkeiten, weil sich die Gewerbesystematik und die Größengliederung gegenüber 1939 geändert haben. Um den Vergleich durchführen zu können, mußten systematische Umgruppierungen vorgenommen werden; welcher Art diese Umgruppierungen und Zusammenfassungen sind, ist jeweils in Form einer Fußnote bei den einzelnen Übersichten vermerkt. Daneben mußten die 1950er Ergebnisse nach der Größengliederung von 1939 ausgerichtet werden.

Einleitend seien jedoch die Gesamtergebnisse der 1950er Zählung nach der Größengliederung von 1939 und 1950 dargestellt, weil die bisherigen Veröffentlichungen nach der Größengliederung von 1950 erfolgten.

Übersicht 1 Die Betriebe und Beschäftigten nach der Arbeitsstättenzählung 1950¹⁾

Größenklassengliederung nach der Arbeitsstättenzählung 1950			Größenklassengliederung nach der Arbeitsstättenzählung 1939		
Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	Zahl der		Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	Zahl der	
	Betriebe	Beschäftigten		Betriebe	Beschäftigten
Grundzahlen					
1	36 808	36 808	1	36 808	36 808
2— 9	49 289	170 819	2— 10	50 267	180 599
10— 19	5 015	66 442	11— 20	4 295	61 822
20— 49	3 019	89 777	21— 50	2 798	86 467
50— 99	908	62 235	51— 100	883	61 585
100—199	406	55 088	101— 200	394	53 888
200—999	320	127 425	201—1000	320	127 425
1000 und mehr	41	75 858	mehr als 1000	41	75 858
Alle Größenklassen	95 806	684 452	Alle Größenklassen	95 806	684 452
Verhältniszahlen					
1	38,42	5,38	1	38,42	5,38
2— 9	51,45	24,96	2— 10	52,47	26,39
10— 19	5,24	9,71	11— 20	4,49	9,03
20— 49	3,15	13,11	21— 50	2,92	12,63
50— 99	0,95	9,09	51— 100	0,92	9,00
100—199	0,42	8,05	101— 200	0,41	7,87
200—999	0,33	18,62	201—1000	0,33	18,62
1000 und mehr	0,04	11,08	mehr als 1000	0,04	11,08
Alle Größenklassen	100	100	Alle Größenklassen	100	100

¹⁾ Einschl. Öffentliche Verwaltung, Bundespost, Bundesbahn, Sozialversicherung, der Verwaltung der Schifffahrt und des Wasserstraßen- und Hafenwesens, sowie der Ämter des Gesundheitswesens und des Veterinärwesens und einschl. der Verwaltungs- und Hilfsbetriebe aller Gewerbegruppen.

Wenn im Folgenden in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und -gruppen Betriebe und Beschäftigte je Größenklasse mit dem Jahr 1939 verglichen werden, so ist zu beachten, daß die eingetretene Veränderung konjunkturelle, strukturelle und zum Teil auch saisonmäßige Ursachen haben kann. Im Jahre 1939 fand die Zählung im Mai statt, während sie 1950 im September durchgeführt wurde, so daß hier die Beschäftigungsveränderungen zum Teil durch Saisonschwankungen erklärt werden können. Daneben muß berücksichtigt werden, daß die konjunkturelle Lage im Jahre 1939 eine andere war als 1950.

Trotz dieser Tatsache geht man aber wohl nicht fehl, wenn man die Beschäftigungsänderung im wesentlichen durch strukturelle Ursachen erklärt.

Eine Gegenüberstellung der 1939er und 1950er Ergebnisse zeigt, daß in den mittelgroßen Betrieben (11—20 und 21—50 Beschäftigte) eine Zunahme der Betriebe und Beschäftigten zu verzeichnen ist. In allen übrigen Beschäftigungsgrößenklassen liegt dagegen eine Abnahme vor, und zwar ist der Rückgang bei den Großbetrieben am größten. Im einzelnen zeigt sich gegenüber 1939 folgende Veränderung:

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	Zunahme (+) oder Abnahme (-) gegenüber 1939			
	Betriebe		Beschäftigte	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1	— 7 475	— 17,0	— 7 475	— 17,0
2— 10	— 3 688	— 7,0	— 860	— 0,5
11— 20	+ 340	+ 9,0	+ 4 285	+ 7,8
21— 50	+ 316	+ 13,8	+ 8 482	+ 11,9
51— 100	— 16	— 2,0	— 619	— 1,1
101— 200	— 31	— 8,6	— 6 005	— 11,7
201— 1000	— 53	— 17,4	— 27 957	— 23,0
mehr als 1000	— 23	— 50,0	— 71 609	— 62,6
Alle Größenkl.	— 10 630	— 10,2	— 101 758	— 14,8

Die Änderung der Betriebsgrößenstruktur kommt besonders zum Ausdruck, wenn man die Ergebnisse daraufhin betrachtet, wie sich die prozentualen Anteile der Betriebe und Beschäftigten in den einzelnen Größenklassen seit 1939 verändert haben. Hier zeigt sich, daß 1950 in Betrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten 7,27 v. H. aller Beschäftigten tätig waren, gegenüber 16,59 v. H. im Jahre 1939. In der nächsten Größenklasse „201 bis 1000 Beschäftigte“ ist der Anteil der tätigen Personen ebenfalls zurückgegangen, und zwar von 17,66 v. H. auf 15,96 v. H. Die Betriebsgrößen mit 2 bis 200 Beschäftigten konnten ihren Verhältnisanteil an den Gesamtzahlen erhöhen, während bei den 1-Mann-Betrieben ein Rückgang zu verzeichnen ist.

Insgesamt gesehen, zeichnet sich also eine Strukturwandlung ab, welche in der Vermehrung der mittleren Betriebsgrößen und im Rückgang der Großbetriebe und Einmannbetriebe zum Ausdruck kommt.

Übersicht 2

Die Betriebe und Beschäftigten nach Größenklassen¹⁾

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
Grundzahlen						
1	43 880	43 880	1,0	36 405	36 405	1,0
2— 10	53 041	177 669	3,3	49 353	176 809	3,6
11— 20	3 783	55 022	14,5	4 123	59 307	14,4
21— 50	2 285	71 452	31,3	2 601	79 934	30,7
51— 100	781	53 871	69,0	765	53 252	69,6
101— 200	362	51 352	141,9	331	45 347	137,0
201— 1000	304	121 754	400,5	251	93 797	373,7
mehr als 1000	46	114 337	2485,6	23	42 728	1857,7
Alle Größenkl.	104 482	689 337	6,6	93 852	587 579	6,3
Verhältniszahlen						
1	42,00	6,37	38,79	6,20		
2— 10	50,76	25,78	52,59	30,09		
11— 20	3,62	7,98	4,39	10,09		
21— 50	2,19	10,36	2,77	13,61		
51— 100	0,75	7,81	0,82	9,06		
101— 200	0,35	7,45	0,35	7,72		
201— 1000	0,29	17,66	0,27	15,96		
mehr als 1000	0,04	16,59	0,02	7,27		
Alle Größenkl.	100	100	100	100		

¹⁾ Ohne Öffentliche Verwaltung, Bundespost und Bundesbahn, Sozialversicherung, Verwaltungsdienst der Schifffahrt und des Wasserstraßen- und Hafenwesens, des Veterinärwesens sowie ohne Verwaltungs- und Hilfsbetriebe aller Gewerbegruppen.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und -gruppen ist die Veränderung der Betriebe und Beschäftigten je Größenklasse recht unterschiedlich.

Nichtlandwirtschaftlicher Bereich der Wirtschaftsabteilung 0 (Gärtnerei, Hochsee- und Küstenfischerei)

In der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei, Hochsee- und Küstenfischerei (Abteilung 0) herrscht der Kleinbetrieb vor. In 239 Betrieben war nur eine Person beschäftigt, während 225 Betriebe der Größenklasse „2—10 Beschäftigte“ angehören. Nur 71 Betriebe verfügten über mehr als 20 beschäftigte Personen. Allerdings sind in diesen 71 Mittelbetrieben 1315 Personen tätig, während in den Betrieben bis zu 10 Beschäftigten 1018 Beschäftigte gezählt wurden.

Übersicht 3

Die Betriebe und Beschäftigten in der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei, Tierzucht, Hochsee- und Küstenfischerei (Abt. 0)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	196	196	1,0	239	239	1,0
2— 10	303	1063	3,5	225	779	3,5
11— 20	23	329	14,3	49	812	16,6
21— 50	4	97	24,2	22	503	22,9
51— 100	3	203	67,7	—	—	—
101— 200	3	391	130,3	—	—	—
201— 1000	1	209	209,0	—	—	—
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	533	2488	4,7	535	2333	4,4

Hinsichtlich des Vergleiches mit 1939 muß bemerkt werden, daß die Gegenüberstellung der Größengliederung nur eine bedingte Aussagekraft hat, weil 1939 nicht jedes Schiff als selbständiger Betrieb gezählt wurde, wie es bei der 1950er Zählung der Fall war. Im Jahre 1939 wurden alle Schiffseinheiten, die einem Schiffseigner oder einer Reederei gehörten, bei der Arbeitsstätte an Land mitgezählt. Immerhin ist hervorzuheben, daß die Beschäftigten in der Hochsee- und Küstenfischerei um 152 Beschäftigte oder 12,9 v. H. zunahmen.

Übersicht 4

Die Betriebe und Beschäftigten in der Hochsee- und Küstenfischerei (Gruppe 08)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	5	5	1,0	23	23	1,0
2— 10	89	320	3,6	95	335	3,5
11— 20	6	83	13,8	6	98	16,3
21— 50	3	76	25,3	1	21	21,0
51— 100	3	203	67,7	—	—	—
101— 200	2	279	139,5	—	—	—
201—1000	1	209	209,0	—	—	—
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	109	1175	10,8	172	1327	7,7

In der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei und Tierzucht ist ebenfalls eine Abnahme der Betriebe und Beschäftigten zu verzeichnen, wie die Übersicht 5 zeigt.

Übersicht 5

Die Betriebe und Beschäftigten in der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei und Tierzucht (Gruppe 06 und 07)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	191	191	1,0	216	216	1,0
2— 10	214	743	3,5	129	434	3,4
11— 20	17	246	14,5	8	110	13,7
21— 50	1	21	21,0	10	246	24,6
51— 100	—	—	—	—	—	—
101— 200	1	112	112,0	—	—	—
201—1000	—	—	—	—	—	—
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	424	1313	3,1	363	1006	2,8

Wirtschaftsabteilung 1 (Bergbau, Steine und Erden, Energiewirtschaft)

Die Wirtschaftsabteilung 1 umfaßt den Bergbau, die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie die Energiewirtschaft. Die meisten Betriebe (211) haben auch in diesem Bereich weniger als 10 Beschäftigte aufzuweisen, während nur 85 Mittelbetriebe (11—50 Beschäftigte) und 35 Großbetriebe (51—1000 Beschäftigte) vorhanden waren. Auf die Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten entfallen 824 oder 11,1 v. H. der Gesamtbeschäftigten der Wirtschaftsabteilung 1. In

den Mittelbetrieben waren 1783 oder 24,1 v. H. und in den Großbetrieben 4804 oder 64,8 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs tätig.

Eine Gegenüberstellung mit den 1939er Ergebnissen zeigt in den einzelnen Beschäftigungsgrößenklassen ein unterschiedliches Bild, was auch auf den verschiedenen Charakter der einzelnen Wirtschaftszweige zurückzuführen ist. Insgesamt gesehen, ist die Beschäftigung in der Wirtschaftsabteilung 1 um 708 Personen oder um 10,6 v. H. gestiegen.

Übersicht 6

Die Betriebe und Beschäftigten im Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft (Abt. 1)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	71	71	1,0	54	54	1,0
2— 10	157	653	4,2	157	770	4,9
11— 20	25	360	14,4	48	710	14,8
21— 50	38	1330	35,0	37	1073	29,0
51— 100	18	1159	64,4	24	1730	72,1
101— 200	9	1236	137,3	5	720	144,0
201—1000	6	1894	315,7	6	2354	392,3
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	324	6703	20,7	331	7411	22,4

In der Energiewirtschaft, einem wesentlichen Zweig der Wirtschaftsabteilung 1, ist die Zahl der Betriebe von 90 auf 76 zurückgegangen, während die Zahl der Beschäftigten von 3488 auf 3631 stieg. Die Durchschnittszahl der Beschäftigten je Betrieb nahm damit von 38,8 auf 47,8 v. H. zu.

Dieser Zugang der Beschäftigten bei verringerter Betriebszahl beruht im wesentlichen darauf, daß die Größenklasse „201—1000 Beschäftigte“ eine relativ große Zunahme (554 Personen oder 34,8 v. H.) aufweisen konnte.

Übersicht 7

Die Betriebe und Beschäftigten in der Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerke) Gruppe 19

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	12	12	1,0	7	7	1,0
2— 10	43	219	5,1	37	214	5,8
11— 20	7	91	13,0	13	209	16,1
21— 50	11	340	30,9	4	121	30,2
51— 100	7	508	72,6	8	629	78,6
101— 200	5	725	145,0	2	304	152,0
201—1000	5	1593	318,6	5	2147	429,4
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	90	3488	38,8	76	3631	47,8

Neben der Energiewirtschaft ist in der Wirtschaftsabteilung 1 die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (Gr. 17) von Bedeutung. Hier zeigt sich in allen Größenklassen, mit Ausnahme der 1-Mann-Betrie-

triebe und der Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten, eine Zunahme der Arbeitsstätten und der darin beschäftigten Personen. Dies ist daraus zu erklären, daß der Wiederaufbau eine große Nachfrage nach Baumaterialien schafft. Die Arbeitsstätten, die sich mit der Herstellung von Ziegeln und sonstigen künstlichen Mauersteinen befaßten, stiegen von 24 im Jahre 1939 auf 35 im Jahre 1950 an, während die Beschäftigten von 899 auf 1234 oder um 335 Personen zunahmen.

Übersicht 8

Die Betriebe und Beschäftigten in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden und grobkeramischen Erzeugnissen (Gruppe 17)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	57	57	1,0	47	47	1,0
2— 10	114	434	3,8	119	554	4,7
11— 20	17	254	14,9	35	501	14,3
21— 50	23	863	37,5	31	891	28,7
51— 100	9	526	58,4	16	1101	68,8
101— 200	4	511	127,7	2	252	126,0
201—1000	—	—	—	—	—	—
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	224	2645	11,8	250	3346	13,4

Wirtschaftsabteilung 2 (Eisen- und Metallindustrie)

Die Wirtschaftsabteilung 2 weist das gesamte eisen- und metallherstellende und -verarbeitende Gewerbe aus. In Hamburg sind in diesem Wirtschaftsbereich vor allem der Maschinenbau, der Schiff- und Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Feinmechanik und Optik und die NE-Metallindustrie von Bedeutung. Wegen der Vielfalt der Tätigkeit in dieser Wirtschaftsabteilung sind neben beachtlichen Industriebetrieben auch viele Handwerksbetriebe von Bedeutung. Rund 73 v. H. aller Arbeitsstätten der Wirtschaftsabteilung 2 sind Handwerksbetriebe. Aus dieser Tatsache heraus erklärt es sich auch, daß allein 1380 Betriebe dieser Abteilung 1-Mann-Betriebe sind. Weitere 2560 Betriebe oder 52,4 v. H. aller Betriebe der Wirtschaftsabteilung 2 fallen in die Größenklasse „2 bis 10 Beschäftigte“, wobei sich die Beschäftigtenzahl je Betrieb auf 4,2 stellt. Nur 9 Betriebe haben mehr als 1000 Beschäftigte aufzuweisen. Ein Vergleich mit 1939 läßt erkennen, daß die Betriebe bis zu 200 Beschäftigten zugenommen haben. In diesen Betrieben waren 1939 38 013 Personen oder 33,1 v. H. der Wirtschaftsabteilung 2 beschäftigt, während 1950 auf diese Größenklassen 43 566 Beschäftigte oder 52,2 v. H. entfielen. Bei den ausgesprochen großen Betrieben mit über 200 tätigen Personen weist die 1950er Zählung weniger Personen aus. Dasselbe gilt in verstärktem Maße für die Betriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Klein- und Mittelbetriebe und bis zu einer bestimmten Größenklasse auch die Großbetriebe angewachsen sind, während bei den sehr großen Betrieben ein Rückgang verzeichnet werden kann.

Übersicht 9

Die Betriebe und Beschäftigten in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung (Abt. 2)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	1302	1 302	1,0	1380	1 380	1,0
2— 10	2417	9 784	4,0	2560	10 810	4,2
11— 20	336	4 850	14,4	423	6 128	14,5
21— 50	235	7 634	32,5	284	8 842	31,1
51— 100	98	6 853	69,9	115	7 943	69,1
101— 200	54	7 590	140,6	61	8 463	138,7
201—1000	55	22 162	402,9	56	21 032	375,6
mehr als 1000	20	54 580	2729,0	9	18 884	2098,2
Alle Größenkl.	4517	114 755	25,4	4888	83 482	17,1

In der wichtigen Gruppe Maschinenbau (Gr. 24) spiegelt sich die Grundtendenz der gesamten Wirtschaftsabteilung 2 wider, nämlich das Gleichbleiben bzw. die geringe Zunahme bei den Betrieben mit 11 und mehr Beschäftigten, während bei den Betrieben mit mehr als 200 tätigen Personen eine Abnahme festgestellt wurde, die besonders bei den Riesenbetrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten groß ist. Insgesamt gesehen (alle Größenklassen), ist ein Rückgang von 3321 beschäftigten Personen oder 11,6 v. H. festgestellt worden.

Übersicht 10

Die Betriebe und Beschäftigten im Maschinenbau (Gruppe 24)¹⁾

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	347	347	1,0	300	300	1,0
2— 10	673	2 913	4,3	656	2 850	4,3
11— 20	112	1 624	14,5	128	1 850	14,5
21— 50	93	3 080	33,1	93	2 920	31,4
51— 100	31	2 291	73,9	51	3 500	68,6
101— 200	22	2 883	131,0	22	2 913	132,4
201—1000	19	7 196	378,7	19	6 927	364,6
mehr als 1000	5	8 338	1667,6	3	4 091	1363,7
Alle Größenkl.	1302	28 672	22,0	1272	25 351	19,9

¹⁾ einschli. Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren (Kl. 2610), Waggonbau (Kl. 2330), Bau von Feld- und Industriebahnwagen und Material hierfür (Kl. 2340), Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten (Kl. 2681) und Fahrradreparaturwerkstätten (Kl. 2685).

Bedeutend ist die Abnahme der Beschäftigten im Schiffbau (Gr. 25). Obwohl die Betriebe um 27 zugenommen haben, ging die Zahl der Beschäftigten um 21 866 oder 59,7 v. H. zurück, was fast ausschließlich darauf beruht, daß auf den Werften, die der Größenklasse „1000 und mehr Beschäftigte“ angehören, am Volkszählungstichtag 1950 weniger Personen Arbeit hatten. Der Rückgang bei den Beschäftigten betrug allein in dieser Größenklasse 21 447 Personen. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß 1939 auf den Werften auch große Rüstungsaufträge vorlagen. In den übrigen Betriebsgrößenklassen ist im wesentlichen das Bild von 1939 erhalten geblieben, wenn auch geringe Verschiebungen bei den einzelnen Größenklassen festzustellen sind, wie die Übersicht 11 zeigt.

Übersicht 11

Die Betriebe und Beschäftigten
im Schiffbau (Gruppe 25)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950 ¹⁾		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	4	4	1,0	14	14	1,0
2— 10	15	83	5,5	42	220	5,2
11— 20	20	293	14,7	15	221	14,7
21— 50	17	618	36,4	19	600	31,6
51— 100	16	1 143	71,4	9	674	74,9
101— 200	9	1 405	156,1	11	1 657	150,6
201—1000	3	1 519	506,3	4	1 260	315,0
mehr als 1000	6	31 574	5262,3	3	10 127	3375,7
Alle Größenkl.	90	36 639	407,1	117	14 773	126,3

¹⁾ ohne Bau von Sport- und Ruderbooten (Holz), welche bei der Arbeitsstättenzählung für 1939 hier nicht nachgewiesen wurden und einschl. Bau von Schiffskesseln und -Maschinen, welche bei der Arbeitsstättenzählung 1939 miterfaßt wurden.

Das Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe (Gr. 29) zeigt gegenüber 1939 sowohl bei den Betrieben als auch bei den beschäftigten Personen einen Rückgang, der jedoch bei den Betrieben größer ist als bei den Beschäftigten. Dies hat darin seine Ursache, daß vor allem die Betriebe bis zu 10 Beschäftigten abgenommen haben. Die Mittelbetriebe sind dagegen im Jahre 1950 stärker besetzt als 1939.

Übersicht 12

Die Betriebe und Beschäftigten im Eisen-, Stahl-,
Blech- und Metallwarengewerbe (Gruppe 29)¹⁾

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	712	712	1,0	563	563	1,0
2— 10	1542	6 205	4,0	1284	5 664	4,4
11— 20	149	2 098	14,1	152	2 200	14,5
21— 50	74	2 272	30,7	87	2 650	30,5
51— 100	26	1 707	65,7	21	1 440	68,6
101— 200	9	1 228	136,3	8	1 053	131,6
201—1000	9	2 938	326,4	8	2 774	346,8
mehr als 1000	1	1 281	1281,0	—	—	—
Alle Größenkl.	2522	18 441	7,3	2123	16 344	7,7

¹⁾ einschl. Kaltwalzwerke, Stab- und Präzisionsrohrziehereien, Drahtziehereien (einschl. Herstellung von Drahterzeugnissen) (Kl. 2150), Fahrrad-, Krankenstuhl- und Kinderwagenbau (Kl. 2650), Bearbeitung von Edel- und Halbedelsteinen, Perlen, Perlmutter und Hartglas (Kl. 4460) und Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation (Kl. 5610).

In der NE-Metallindustrie (Gr. 22) sind, insgesamt gesehen, die Zahlen der Beschäftigten und Arbeitsstätten fast gleich geblieben. Nur in den einzelnen Betriebsgrößenklassen ist eine Verschiebung zu verzeichnen, wie es die Übersicht 13 zum Ausdruck bringt.

Übersicht 13

Die Betriebe und Beschäftigten
in der NE-Metallindustrie (Gruppe 22)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	—	—	—	5	5	1,0
2— 10	18	96	5,3	11	70	6,4
11— 20	5	70	14,0	11	163	14,8
21— 50	7	202	28,9	4	115	28,7
51— 100	2	130	65,0	4	269	67,2
101— 200	2	297	148,5	1	179	179,0
201—1000	3	1223	407,7	2	693	346,5
mehr als 1000	1	1390	1390,0	1	1881	1881,0
Alle Größenkl.	38	3408	89,7	39	3375	86,5

In der Elektrotechnik (Gr. 27) zeigt sich gegenüber 1939 in allen Größenklassen, mit Ausnahme der Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten und der Größenklasse „51—100“, eine Zunahme der Arbeitsstätten und der darin beschäftigten Personen. Am größten ist die Zunahme der Beschäftigten gegenüber 1939 mit 1623 Personen in den Betrieben mit „201—1000 Beschäftigten“. Aber auch in der Größenklasse „101—200 Beschäftigten“ ist die Steigerung mit 8 Betrieben und 944 Beschäftigten hoch. In der gesamten Elektrotechnik, ohne Rücksicht auf die Größenklassen, ist eine **Steigerung von 343 Betrieben und 4037 Beschäftigten** zu verzeichnen. Die Elektrotechnik hat damit gegenüber 1939 an Bedeutung zugenommen.

Übersicht 14

Die Betriebe und Beschäftigten
in der Elektrotechnik (Gruppe 27)¹⁾

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	174	174	1,0	283	283	1,0
2— 10	463	1 973	4,3	624	2 695	4,3
11— 20	48	672	14,0	96	1 384	14,4
21— 50	27	805	29,8	40	1 289	32,2
51— 100	9	617	68,6	7	463	66,1
101— 200	4	569	140,0	12	1 504	125,3
201—1000	8	3 834	479,2	14	5 457	389,8
mehr als 1000	2	3 188	1594,0	2	2 785	1392,0
Alle Größenkl.	735	11 823	16,1	1078	15 860	14,7

¹⁾ einschl. Elektroinstallation (Kl. 5650)

Einen relativ großen **Rückgang** bei den Arbeitsstätten und Beschäftigten zeigt die Gruppe 28 (Feinmechanik und Optik). Insgesamt gesehen, weist diese Gewerbegruppe im Jahre 1950 124 Betriebe und 3652 Personen weniger aus als die 1939er Zählung, wobei der Rückgang der Beschäftigten seine Ursache darin hat, daß 1950 weniger Großbetriebe vorhanden waren als vor dem Kriege, was auch teilweise durch die Rüstungsproduktion im Jahre 1939 erklärt werden kann. Im Jahre 1939 wurden 6 Betriebe mit 3890 Beschäftigten ermittelt, denen 1950 nur 1 Betrieb mit mehr als 200 Personen (241) gegenübersteht.

Übersicht 15

**Die Betriebe und Beschäftigten
in der Feinmechanik und Optik (Gruppe 28)**

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	320	320	1,0	263	263	1,0
2— 10	364	1211	3,3	291	1033	3,5
11— 20	29	430	14,8	35	512	14,6
21— 50	18	615	34,2	22	639	29,0
51— 100	8	525	65,6	9	620	68,9
101— 200	1	131	131,0	1	162	162,0
201—1000	5	2369	473,8	1	241	241,0
mehr als 1000	1	1521	1521,0	—	—	—
Alle Größenkl.	746	7122	9,5	622	3470	5,6

**Wirtschaftsabteilung 3/4
(Verarbeitende Gewerbe ohne Eisen und Metall)**

Der Bereich der Wirtschaftsabteilungen 3 und 4 ist sehr umfassend. Mit Ausnahme der Eisen- und Metallverarbeitung ist in diesen Wirtschaftsabteilungen das gesamte verarbeitende Gewerbe enthalten. Im ganzen gesehen, sind die Gruppen dieser Wirtschaftsabteilungen konsumnäher als die bisher behandelten Wirtschaftsbereiche, woraus zu erklären ist, daß in hohem Umfang neben Großbetrieben auch viele kleinere und kleinste Betriebe vorhanden sind. Auch der Handwerksanteil ist in diesem Wirtschaftsbereich mit 75 v. H. groß. Hieraus erklärt sich die starke Besetzung der Größenklassen bis zu 10 Beschäftigten, in denen 11 852 oder 87,1 v. H. aller Betriebe dieser Wirtschaftsabteilungen ermittelt wurden. In den eben erwähnten Betrieben sind 31 735 beschäftigte Personen ermittelt worden, d. s. 24,9 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieser Wirtschaftsabteilungen. Allerdings sind auch namhafte Großbetriebe vorhanden. In 8 Betrieben mit über 1000 Beschäftigten waren 15 452 Personen oder 12,1 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieser beiden Wirtschaftsabteilungen tätig.

Gegenüber 1939 ist eine Zunahme der Betriebe und Beschäftigten in der Größenklasse „11—100 Beschäftigte“ zu verzeichnen, während bei den Betrieben von „101—1000 Beschäftigten“ und bei den Betrieben bis zu 10 Beschäftigten ein Rückgang festgestellt werden konnte. Es zeigt sich somit, daß im verarbeitenden Gewerbe eine **Umschichtung zu den mittleren und größeren Betrieben** stattgefunden hat, während bei den kleinen Betrieben und den sehr großen Niederlassungen (ab 100 Beschäftigte) eine Abnahme festzustellen ist.

Dieses Bild kehrt auch in den meisten Wirtschaftsgruppen dieser beiden Wirtschaftsabteilungen wieder.

Übersicht 16

**Die Betriebe und Beschäftigten
in den verarbeitenden Gewerben (ohne Eisen- und
Metallverarbeitung) Abt. 3/4**

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	8 466	8 466	1,0	5 274	5 274	1,0
2— 10	7 316	27 900	3,8	6 578	26 461	4,0
11— 20	704	10 094	14,3	863	12 405	14,4
21— 50	446	13 863	31,1	544	16 726	30,1
51— 100	161	11 083	68,8	178	12 378	69,5
101— 200	95	13 594	143,1	92	12 748	138,6
201—1000	86	34 334	399,2	73	26 011	356,3
mehr als 1000	7	13 606	1943,7	8	15 452	1931,5
Alle Größenkl.	17 281	132 940	7,7	13 610	127 455	9,4

In der Chemischen Industrie und Mineralölverarbeitung (Gr. 31 und 32) sind die Betriebe bis zu 20 Beschäftigten weniger von Bedeutung, während hier die größeren Betriebe eine wichtige Rolle spielen. Anders ist dagegen die Situation im Bekleidungs-gewerbe (Gr. 43), in der die Schneider ausgewiesen werden, in der Lederverarbeitung (Gr. 41), wo die Schuhmacher systematisch eingeordnet sind und im Holzverarbeitenden Gewerbe (Gr. 38), in der Tischler, Stellmacher usw. von Bedeutung sind (Handwerksbetriebe). Hier liegt die Hauptmasse der Betriebe und Beschäftigten in den Größenklassen bis zu 20 beschäftigten Personen. In der Fleisch- und Fischverarbeitung, der Milchverwertung, Speiseöl- und Speisefettherstellung, und der Zuckerindustrie (Gr. 46) sind neben den Handwerksbetrieben auch große Industriebetriebe vorhanden.

Ein Vergleich der einzelnen Gewerbegruppen in den Wirtschaftsabteilungen 3 und 4 mit dem Jahre 1939 zeigt in den meisten Fällen eine Zunahme der Beschäftigten in den Betrieben mit mehr als 1000 beschäftigten Personen, dagegen nahmen die 1-Mann-Betriebe ab. In den Größenklassen bis zu 200 Beschäftigten weist die 1950er Zählung in vielen Fällen größere Zahlen aus. Die Konzentration bei den mittleren und größeren Betriebsgrößenklassen (bis zu 200 Beschäftigte) ist unverkennbar (siehe Übersicht 17).

Wirtschaftsabteilung 5 (Baugewerbe)

In der Wirtschaftsabteilung 5 ist das gesamte Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe systematisch eingeordnet. Die Tätigkeit ist auch in diesem Bereich vorwiegend handwerklicher Art; rund 82 v. H. der Betriebe, in denen etwa 70 v. H. der Beschäftigten des Baugewerbes tätig waren, bekannten sich zum Handwerk, woraus auch der hohe Anteil der Klein- und Mittelbetriebe zu erklären ist. Die **Mehrzahl der Betriebe und Beschäftigten wurden in der Größenklasse „2—10 Beschäftigte“** ermittelt. Gegenüber 1939 ist in dieser Größenklasse **eine Abnahme von rund 1200 Personen** zu verzeichnen, während in den folgenden Größenklassen bis zu 100 Beschäftigten eine Zunahme festgestellt wer-

Gewerbegruppen der Abteilungen 3/4		Jahr	Größenklassen mit . . . Betrieben und . . . Beschäftigten																	
			1		2 - 10		11 - 20		21 - 50		51 - 100		101 - 200		201 - 1000		mehr als 1000		Gesamt	
			Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.
31 und 32	Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie	1939	113	113	249	1 037	54	779	53	1 705	25	1 703	17	2 525	19	7 658	1	1 338	531	16 858
		1950	81	81	270	1 203	69	1 057	62	1 995	25	1 694	17	2 505	15	5 211	2	2 215	541	15 961
35	Gummi- und Asbestverarbeitung	1939	36	36	71	259	9	128	4	100	1	89	4	607	6	2 214	2	6 842	133	10 275
		1950	25	25	33	124	11	180	4	133	6	455	2	368	5	1 621	2	7 801	88	10 707
36	Feinkeramische und Glasindustrie	1939	28	28	36	141	3	41	—	—	—	2	294	1	317	—	—	70	821	
		1950	43	43	65	270	9	128	4	126	1	56	1	182	2	573	—	—	125	1 378
37	Sägerei und Holzbearbeitung	1939	14	14	17	73	5	74	4	111	4	312	3	348	1	345	—	—	48	1 277
		1950	4	4	25	124	5	74	5	142	6	387	3	450	2	632	—	—	50	1 813
38	Holzverarbeitung ¹⁾	1939	862	862	1 178	4 736	135	1 972	70	2 067	13	884	6	803	3	1 201	—	—	2 267	12 525
		1950	640	640	1 071	4 386	150	2 219	73	2 011	13	819	8	923	2	792	—	—	1 957	11 790
39	Papierherzeugung u. -verarbeitung; Druckereigewerbe	1939	186	186	406	1 845	73	1 071	60	1 979	23	1 620	11	1 577	7	3 242	1	1 101	767	12 621
		1950	113	113	359	1 716	90	1 314	79	2 442	25	1 765	11	1 550	10	3 932	—	—	687	12 832
41	Lederherzeugung und -verarbeitung	1939	1 768	1 768	705	1 876	13	190	11	352	3	212	2	241	2	728	—	—	2 504	5 367
		1950	943	943	638	1 847	14	180	12	385	5	304	—	—	—	—	—	—	1 612	3 659
42	Textilgewerbe ²⁾	1939	286	286	183	758	27	384	25	806	4	260	2	322	6	3 072	1	1 485	534	7 373
		1950	344	344	484	1 889	52	728	28	865	5	422	3	466	5	2 531	1	1 815	922	9 060
43	Bekleidungs-gewerbe ³⁾	1939	4 636	4 636	1 611	5 431	87	1 211	57	1 729	17	1 213	12	1 723	4	1 471	—	—	6 424	17 414
		1950	2 671	2 671	1 508	5 592	125	1 767	88	2 743	27	1 881	11	1 448	4	1 260	—	—	4 434	17 362
45	Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe ⁴⁾	1939	64	64	993	4 652	156	2 181	69	2 101	23	1 576	15	2 151	6	2 399	—	—	1 326	15 124
		1950	48	48	749	3 871	195	2 692	92	2 721	22	1 490	17	2 241	8	2 907	—	—	1 131	15 970
46	Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speiseöl- und Speisefettherstellung; Zuckerindustrie	1939	195	195	1 437	5 336	84	1 198	50	1 604	25	1 772	16	2 197	19	7 247	1	1 036	1 827	20 585
		1950	166	166	1 069	4 020	57	818	37	1 169	19	1 273	16	2 343	12	4 330	1	1 183	1 377	15 302
47	Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee- und Teeverarbeitung, Herstellung von Gewürzen u. ä., Eisgewinnung und Kühlhäuser ⁵⁾	1939	20	20	79	377	21	327	17	560	9	607	1	151	3	753	—	—	150	2 795
		1950	15	15	59	282	27	410	27	899	14	1 013	1	160	1	251	—	—	144	3 030
48	Getränkeherstellung ⁶⁾	1939	15	15	183	801	22	313	20	591	7	457	2	313	4	1 421	—	—	253	3 911
		1950	17	17	169	878	49	694	22	659	6	454	2	214	6	1 773	—	—	271	4 689
49	Tabakwarenherstellung	1939	117	117	69	237	7	97	3	83	4	245	2	240	3	1 698	1	1 804	206	4 521
		1950	57	57	41	133	4	55	6	229	3	252	—	—	1	273	2	2 438	114	3 437
Gesamt		1939	8 340	8 340	7 217	27 559	696	9 966	443	13 788	158	10 950	95	13 492	84	33 766	7	13 606	17 040	131 467
		1950	5 167	5 167	6 540	26 335	857	12 316	539	16 519	177	12 265	92	12 850	73	26 086	8	15 452	13 453	126 990

¹⁾ einschl. Herstellung von Kunststoffteilen und -waren (Kl. 3410) und ohne Herstellung von Polstermöbeln (Kl. 3830).

²⁾ einschl. Herstellung von Polstermöbeln (Kl. 3830).

³⁾ ohne Bettfederaufbereitung und Matratzenherstellung (Kl. 4350).

⁴⁾ ohne Herstellung von Kunsthonig und Mischsirup (Kl. 4575).

⁵⁾ ohne Herstellung von Essig, Senf, Essenzen, Aromen, Gewürzen u. ä. (Kl. 4740).

⁶⁾ einschl. Herstellung von Kunsthonig und Mischsirup (Kl. 4575) und Herstellung von Essig, Senf, Essenzen, Aromen, Gewürzen u. ä. (Kl. 4740).

den konnte. Die sehr großen Betriebe ab 201 Beschäftigte und die 1-Mann-Betriebe nahmen gegenüber 1939 ab, wie es die Übersicht 18 zeigt.

Übersicht 18

Die Betriebe und Beschäftigten im Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (Abt. 5)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	2552	2 552	1,0	1818	1 818	1,0
2— 10	3879	14 724	3,8	3149	13 531	4,3
11— 20	430	6 185	14,4	504	7 226	14,3
21— 50	244	7 738	31,7	334	10 645	31,9
51— 100	99	6 845	69,1	149	10 669	71,6
101— 200	50	6 959	139,2	45	6 036	134,1
201—1000	42	17 979	428,1	34	10 578	311,1
mehr als 1000	7	10 283	1469,0	—	—	—
Alle Größenkl.	7303	73 265	10,0	6033	60 503	10,0

Wirtschaftsabteilung 6 (Handel)

In der Wirtschaftsabteilung 6, die den Handel in allen seinen Formen sowie die Hilfgewerbe des Handels umfaßt, wurde die Mehrzahl der Betriebe und Beschäftigten in der Größenklasse „2—10 Beschäftigte“ gezählt. 23 708 Betriebe und 79 206 Beschäftigte entfallen auf diese Größenklasse, d. s. 55,1 v. H. aller Betriebe des Handels einschließlich der Hilfgewerbe und 48,4 v. H. aller Beschäftigten dieser Handelsbetriebe. Relativ viel Beschäftigte sind auch in der Größenklasse „201—1000 beschäftigte Personen“ ermittelt. In 30 Betrieben waren 13 130 oder 8,0 v. H. der Gesamtbeschäftigten des Handels tätig. Je Betrieb sind also in dieser Größenklasse 437,7 Beschäftigte ermittelt worden.

Gegenüber 1939 ist in fast allen Größenklassen eine Abnahme zu verzeichnen, nur die Klasse „2—10 Beschäftigte“ weist höhere Beschäftigtenzahlen aus. Trotz der geringeren Betriebs- und Beschäftigtenzahlen im Jahre 1950 hat sich der Anteil an den Gesamtzahlen aller Wirtschaftsbereiche gegenüber 1939 in allen Größenklassen erhöht. Insgesamt gesehen, erhöhte sich der Anteil bei den Betrieben von 44,82 v. H. im Jahre 1939 auf 45,87 v. H. im Jahre 1950. Der Anteil der Beschäftigten stieg von 25,22 auf 27,88 v. H. an.

Übersicht 19

Die Betriebe und Beschäftigten im Handel-, Geld- und Versicherungswesen (Abt. 6)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	19 677	19 677	1,0	17 243	17 243	1,0
2— 10	25 010	77 632	3,1	23 708	79 206	3,3
11— 20	1 191	17 251	14,5	1 241	17 623	14,2
21— 50	672	20 520	30,5	630	19 109	30,3
51— 100	179	12 544	70,1	136	9 287	68,3
101— 200	57	8 069	141,6	60	8 212	136,9
201—1000	38	14 838	390,5	30	13 130	437,7
mehr als 1000	3	3 315	1105,0	—	—	—
Alle Größenkl.	46 827	173 846	3,7	43 048	163 810	3,8

In den einzelnen Gruppen des Handels ist die Veränderung gegenüber 1939 unterschiedlich. Der Ein- und Ausfuhrhandel (Gr. 61) weist im Jahre 1950 mehr Betriebe, aber weniger Beschäftigte aus als im Jahre 1939. Stark zugenommen haben die Betriebe bis zu 10 Beschäftigten, während bei den größeren und Großbetrieben eine Abnahme zu verzeichnen ist, worauf der Beschäftigungsrückgang in der gesamten Gruppe beruht.

Übersicht 20

Die Betriebe und Beschäftigten im Ein- und Ausfuhrhandel (Gruppe 61)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	274	274	1,0	367	367	1,0
2— 10	1064	4 909	4,6	1288	5 671	4,4
11— 20	237	3 454	14,6	222	3 148	14,2
21— 50	161	4 900	30,4	102	3 092	30,3
51— 100	33	2 243	68,0	23	1 560	67,8
101— 200	9	1 154	128,2	4	460	115,0
201—1000	1	329	329,0	—	—	—
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	1779	17 263	9,7	2006	14 298	7,1

Der Großhandel (Gr. 62/63) zeigt dagegen im Vergleich mit 1939 sowohl eine Zunahme bei den Betrieben als auch bei den Beschäftigten. In den einzelnen Größenklassen ist die Situation unterschiedlich. Während Betriebe und Beschäftigte bei den Arbeitsstätten bis zu 50 Beschäftigten zunehmen, ist bei den darauffolgenden eine Abnahme zu verzeichnen.

Übersicht 21

Die Betriebe und Beschäftigten im Binnengroßhandel und Verlagswesen (Gr. 62/63)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	1763	1 763	1,0	2044	2 044	1,0
2— 10	3337	13 010	3,9	4875	19 130	3,9
11— 20	420	6 094	14,5	519	7 483	14,4
21— 50	226	6 839	30,3	284	8 621	30,4
51— 100	72	5 121	71,1	61	4 227	69,3
101— 200	26	3 599	138,4	21	2 904	138,3
201—1000	7	3 059	437,0	8	2 840	355,0
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	5851	39 485	6,7	7812	47 249	6,0

Im Einzelhandel (Gr. 64) nahmen Betriebe und Beschäftigte in den Größenklassen bis zu 100 Beschäftigten relativ stark ab, auch bei den Betrieben mit über 200 Beschäftigten ist ein großer Rückgang zu verzeichnen. Lediglich die Größenklasse „101—200 Beschäftigte“ nahm um 6 Betriebe und 796 Personen zu.

Übersicht 22

Die Betriebe und Beschäftigten
im Einzelhandel (Gruppe 64)

Größenklasse	1939			1950		
	Betriebe mit ... Beschäftigten	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	
1	10 382	10 382	1,0	8 048	8 048	1,0
2— 10	16 983	48 055	3,5	13 516	41 554	3,1
11— 20	375	5 404	14,4	316	4 346	13,8
21— 50	176	5 306	30,1	119	3 503	29,4
51— 100	49	3 508	71,6	24	1 582	65,9
101— 200	14	2 033	145,2	20	2 829	141,5
201—1000	14	5 194	371,0	3	2 045	681,7
mehr als 1000	1	1 158	1158,0	—	—	—
Alle Größenkl.	27 994	81 040	2,9	22 046	63 907	2,9

Eine größere zahlenmäßige Bedeutung als 1939 erlangten auch die Handelsvertreter und Handelsmakler (Gr. 67), und zwar ist die Zunahme bei den Betrieben der Größenklasse „2—10 Beschäftigte“ am größten. Aber auch in den übrigen Größenklassen mit Ausnahme der 1-Mann-Betriebe und der Betriebe mit 21—50 Beschäftigten ist eine Steigerung zu verzeichnen. Insgesamt gesehen sind 1950 163 Betriebe und 2030 Beschäftigte mehr vorhanden als 1939.

Übersicht 23

Die Betriebe und Beschäftigten
in der Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung
und Verleih (Gruppe 67)¹⁾

Größenklasse	1939			1950		
	Betriebe mit ... Beschäftigten	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	
1	6635	6 635	1,0	6294	6 294	1,0
2— 10	2848	8 385	2,9	3326	9 872	3,0
11— 20	61	881	14,4	79	1 076	13,6
21— 50	37	1 187	32,1	37	1 055	28,5
51— 100	5	343	68,6	8	481	60,1
101— 200	2	352	176,0	6	724	120,7
201—1000	1	257	257,0	2	568	284,0
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	9589	18 040	1,9	9752	20 070	2,1

¹⁾ ohne Vermittlung von Börsengeschäften (Kl. 6743), Versicherungsvermittlung (Kl. 6744), Versicherungsmaklerwesen (Kl. 6745), Seeschiffsmaklerwesen (Kl. 6747), Binnenschiffsmaklerwesen (Kl. 6748) und gewerbliche Vermietung von Booten, Spiel- und Tennisplätzen (Kl. 6777), einschl. Korrespondenz- und Nachrichtenbüros (Kl. 7510) und Bewachungsgewerbe (Kl. 7840).

Im Geld-, Bank- und Börsenwesen (Gruppe 68) sowie bei den Versicherungen (Gruppe 69) zeigt sich in den einzelnen Größenklassen ein recht unterschiedliches Bild. Insgesamt gesehen ist bei den Betrieben eine Abnahme zu verzeichnen. Die Beschäftigten nahmen im Geld-, Bank- und Börsenwesen ab, während im Versicherungswesen eine Zunahme vorliegt. Im einzelnen geben folgende Übersichten Aufschluß.

Übersicht 24

Die Betriebe und Beschäftigten
im Geld-, Bank- und Börsenwesen (Gruppe 68)¹⁾

Größenklasse	1939			1950		
	Betriebe mit ... Beschäftigten	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	
1	135	135	1,0	102	102	1,0
2— 10	437	1916	4,4	319	1501	4,7
11— 20	49	697	14,2	44	647	14,7
21— 50	27	893	33,1	35	1072	30,6
51— 100	9	576	64,0	6	394	65,7
101— 200	1	178	178,0	—	—	—
201—1000	8	2896	362,0	10	4454	445,4
mehr als 1000	1	1022	1022,0	—	—	—
Alle Größenkl.	667	8313	12,5	516	8170	15,8

¹⁾ einschl. Vermittlung von Börsengeschäften (Kl. 6743)

Übersicht 25

Die Betriebe und Beschäftigten im Versicherungs-
wesen (ohne Sozialversicherung) Gruppe 69¹⁾

Größenklasse	1939			1950		
	Betriebe mit ... Beschäftigten	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	Betriebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	
1	488	488	1,0	388	388	1,0
2— 10	341	1357	4,0	384	1 478	3,8
11— 20	49	721	14,7	61	923	15,1
21— 50	45	1395	31,0	53	1 766	33,3
51— 100	11	753	68,5	14	1 043	74,5
101— 200	5	753	150,6	9	1 295	143,9
201—1000	7	3103	443,3	7	3 223	460,4
mehr als 1000	1	1135	1135,0	—	—	—
Alle Größenkl.	947	9705	1,0	916	10 116	1,1

¹⁾ einschl. Versicherungsvermittlung (Kl. 6744) und Versicherungsmaklerwesen (Kl. 6745).

Wirtschaftsabteilung 7 (Dienstleistungen)

Die Wirtschaftsabteilung 7 umfaßt ebenfalls mannigfaltige Tätigkeiten. Sie enthält sowohl das Wohnungs- und Grundstückswesen, die Gaststätten, die Gewerbe der Kunst, die private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung, das fotografische Gewerbe, Friseure einschließlich Schönheitssalons sowie alle übrigen Dienstleistungen (z. B. Wäscherei, Färberei, chemische Reinigung, Bestattungsinstitute usw.). Diese Vielfältigkeit der Tätigkeiten erfordert teils kleinere, teils größere Betriebsgrößen.

Die Klasse „2—10 Beschäftigte“ ist auch hier relativ stark besetzt, wenn auch geringer als in anderen Gewerbebezügen. Gegenüber 1939 ist in den meisten Größenklassen ein Rückgang der Betriebe und Beschäftigten festzustellen. Insgesamt nahmen die Betriebe um 4759 oder 32,3 v. H. und die Beschäftigten um 13 135 oder 25,0 v. H. ab.

Übersicht 26

Die Betriebe und Beschäftigten in der Abt. Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9) Abt. 7

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	6 256	6 256	1,0	4501	4 501	1,0
2— 10	7 921	25 029	3,2	4997	17 282	3,5
11— 20	335	4 884	14,6	275	3 893	14,2
21— 50	152	4 752	31,3	156	4 675	30,0
51— 100	55	3 715	67,5	32	2 281	71,3
101— 200	17	2 442	143,6	20	2 610	130,5
201—1000	14	5 447	389,1	9	2 996	332,9
mehr als 1000	—	—	—	1	1 152	1152,0
Alle Größenkl.	14 750	52 525	3,6	9991	39 390	3,9

Eine wesentliche Gruppe im Dienstleistungsgewerbe ist das Gaststättenwesen (Gr. 72). Am stärksten ist die Größenklasse mit „2—10 Beschäftigten“ besetzt, in der 2492 Betriebe und 8078 beschäftigte Personen ermittelt wurden. Gemessen an den Beschäftigten folgt dann die Größenklasse „21—50 Beschäftigte“ mit 2264 Personen oder 14 v. H. aller Beschäftigten im Gaststättengewerbe. Im Vergleich mit 1939 zeigt sich in allen Größenklassen ein **Rückgang** der Betriebe und Beschäftigten. Insgesamt gesehen sind 1950 **3059** oder **46,6 v. H. Betriebe** weniger vorhanden als 1939. Bei den Beschäftigten zeigt sich ein Rückgang von 9697 Personen oder 37,5 v. H.

Übersicht 27

Die Betriebe und Beschäftigten im Gaststättenwesen (Gruppe 72)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	1875	1 875	1,0	793	793	1,0
2— 10	4374	13 385	3,1	2492	8 078	3,2
11— 20	176	2 586	14,7	128	1 841	14,4
21— 50	95	2 938	30,9	72	2 264	31,4
51— 100	36	2 447	68,0	17	1 242	73,1
101— 200	11	1 481	134,6	7	858	122,6
201—1000	4	1 149	287,5	3	1 088	362,7
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	6571	25 861	3,9	3512	16 164	4,6

Auch das Friseurgewerbe einschließlich Schönheitssalons (Gr. 77) ist gegenüber 1939 schwächer besetzt. Betrachtet man die Veränderung in den einzelnen Größenklassen, so zeigt sich eine Abnahme der Betriebe und tätigen Personen in den Arbeitsstätten bis zu 10 Beschäftigten, während in den Betrieben mit mehr als 10 tätigen Personen eine Zunahme vorliegt, die jedoch nicht ausreicht, die Abnahme in den kleineren Größenklassen auszugleichen. Insgesamt gesehen ist eine **Abnahme von 1037 Betrieben (33,8 v. H.)** und 1113 Beschäftigten (16,3 v. H.) im Friseurgewerbe zu verzeichnen.

Übersicht 28

Die Betriebe und Beschäftigten im Friseurgewerbe (Gruppe 77)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	1386	1386	1,0	794	794	1,0
2— 10	1667	5220	3,1	1207	4487	3,7
11— 20	12	174	14,5	24	322	13,4
21— 50	2	56	28,0	5	120	24,0
51— 100	—	—	—	—	—	—
101— 200	—	—	—	—	—	—
201—1000	—	—	—	—	—	—
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	3067	6836	2,2	2030	5723	2,8

Das Fotografische Gewerbe (Gr. 76) zeigt bei einer Zunahme von fast 50 Betrieben eine geringe Abnahme der beschäftigten Personen. In den einzelnen Größenklassen ergab sich folgendes Bild:

Übersicht 29

Die Betriebe und Beschäftigten im Fotografischen Gewerbe (Gruppe 76)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	161	161	1,0	224	224	1,0
2— 10	167	496	3,0	156	505	3,2
11— 20	8	126	15,7	2	30	15,0
21— 50	—	—	—	—	—	—
51— 100	—	—	—	—	—	—
101— 200	—	—	—	—	—	—
201—1000	—	—	—	—	—	—
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	336	783	2,3	382	759	2,0

Ein nennenswerter Rückgang ist im Dienstleistungsgewerbe bei den Wasch- und Plättanstalten (Teil aus Gr. 78) zu verzeichnen. Der **Rückgang betrug 711 Betriebe oder 48,4 v. H.** und 2975 beschäftigte Personen oder 36,3 v. H. Besonders hoch ist der Rückgang in der Größenklasse „2—10 Beschäftigte“ mit 602 Betrieben und 1861 beschäftigten Personen.

Übersicht 30

Die Betriebe und Beschäftigten in der Wäscherei, Färberei und chemischen Reinigung (Gewerbebezweig 781, Teil der Gruppe 78)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	366	366	1,0	265	265	1,0
2— 10	1031	3438	3,3	429	1577	3,7
11— 20	42	600	14,3	34	463	13,6
31— 50	13	414	31,8	15	425	28,3
51— 100	9	613	68,1	6	395	65,8
101— 200	2	338	169,0	5	755	151,0
201—1000	6	2436	406,0	4	1350	337,5
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	1469	8205	5,6	758	5230	6,9

Wirtschaftsabteilung 8 (Verkehrswirtschaft)

In der Abteilung 8 „Verkehrswirtschaft“ ist gegenüber 1939 bei den Betrieben bis zu 20 Beschäftigten eine relativ große Zunahme zu verzeichnen. Bei den Großbetrieben ist dagegen eine Abnahme festzustellen.

Übersicht 31

Die Betriebe und Beschäftigten in der Verkehrswirtschaft (Abt. 8)

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	2051	2 051	1,0	2645	2 645	1,0
2— 10	2958	9 932	3,4	3756	13 371	3,6
11— 20	269	4 004	14,9	351	5 146	14,7
21— 50	231	7 380	31,9	235	7 199	30,6
51— 100	104	7 109	68,4	70	4 777	68,2
101— 200	50	6 932	138,6	28	3 907	139,5
201—1000	50	20 554	411,1	26	10 437	401,4
mehr als 1000	6	27 655	4609,1	1	1 138	1138,0
Alle Größenkl.	5719	85 617	15,0	7112	48 620	6,8

Einschränkend muß auch bei der Verkehrswirtschaft betont werden, daß die Aussagekraft hinsichtlich der Veränderung in den Größenklassen gegenüber 1939 wegen der verschiedenen Behandlung der Schiffseinheiten, wie es bereits bei der Wirtschaftsabteilung 0 ausgeführt wurde, bedingt ist.

Insgesamt gesehen nahmen die Beschäftigten in der Verkehrswirtschaft (Abt. 8) um 36 997 Beschäftigte ab, was vorwiegend auf die Situation in der Schifffahrt zurückzuführen ist, denn hier ist etwa ein Rückgang in gleicher Höhe (36 802 Personen) zu verzeichnen.

Übersicht 32

Die Betriebe und Beschäftigten in der Schifffahrt und im Wasserstraßen- und Hafenwesen (Gruppe 85)¹⁾

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	579	579	1,0	429	429	1,0
2— 10	783	2 774	3,5	1869	6 692	3,6
11— 20	94	1 426	15,2	171	2 523	14,8
21— 50	125	4 152	33,2	122	3 793	31,1
51— 100	56	3 902	69,7	41	2 766	67,5
101— 200	33	4 374	132,5	17	2 309	135,8
201—1000	31	13 649	440,3	8	3 197	399,6
mehr als 1000	6	27 655	4609,0	—	—	—
Alle Größenkl.	1707	58 511	34,3	2657	21 709	8,2

¹⁾ einschl. Seeschiffsmaklerwesen (Kl. 6747) und Binnenschiffsmaklerwesen (Kl. 6748).

Ein anderes Bild bieten die Schienenbahnen (ohne die Deutsche Bundesbahn), hier sind alle Größenklassen stärker besetzt als 1939, wie die Übersicht 33 zeigt. Es wird dadurch der größere Personalbedarf der Hochbahn sichtbar.

Übersicht 33

Die Betriebe und Beschäftigten der Gewergruppe Schienenbahnen (ohne Deutsche Bundes- bzw. Reichsbahn) Gruppe 83

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	2	2	1,0	3	3	1,0
2— 10	24	139	5,8	27	176	6,5
11— 20	22	354	16,1	32	468	14,6
21— 50	14	443	31,6	19	595	31,3
51— 100	11	732	66,5	12	883	73,6
101— 200	3	478	159,3	6	836	139,3
201—1000	15	5614	374,3	15	5900	393,3
mehr als 1000	—	—	—	1	1138	1138,0
Alle Größenkl.	91	7762	85,3	115	9999	86,9

Auch im Straßenverkehrsgewerbe (Gr. 84) haben Betriebe und Beschäftigte gegenüber 1939 zugenommen, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß die Einmannbetriebe stark angestiegen sind, denn bei den übrigen Betriebsgrößen, mit Ausnahme der Größenklasse „201—1000 Beschäftigte“ ist gegenüber 1939 eine Abnahme zu verzeichnen. Das Verkehrsneben- und Hilfgewerbe (Gr. 87) weist dagegen gegenüber 1939 eine Abnahme der Betriebe und Beschäftigten aus, die ebenfalls besonders bei den größeren Betrieben auftritt.

Übersicht 34

Die Betriebe und Beschäftigten im Straßenverkehr (Gruppe 84)¹⁾

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt	je Betr.
1	1074	1074	1,0	1951	1951	1,0
2— 10	1524	4313	2,8	1235	3791	3,1
11— 20	48	653	13,6	34	457	13,4
21— 50	20	586	29,3	12	313	26,1
51— 100	4	246	61,5	3	183	61,0
101— 200	2	289	144,5	1	164	164,0
201—1000	—	—	—	1	533	533,0
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	2672	7161	2,7	3237	7392	2,3

¹⁾ einschl. Dienstmann- und Trägergewerbe (Kl. 7860) und Kraftfahrunterricht und private Kraftfahrzeugüberwachung (Kl. 8730).

Übersicht 35

Die Betriebe und Beschäftigten im Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe (Gruppe 87)¹⁾

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.		Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	
1	396	396	1,0	262	262	1,0
2— 10	625	2 697	4,3	625	2712	4,3
11— 20	104	1 551	14,9	114	1698	14,9
21— 50	72	2 199	30,5	81	2477	30,6
51— 100	33	2 229	67,5	14	945	67,5
101— 200	11	1 624	147,6	4	598	149,5
201—1000	4	1 291	322,8	2	807	403,5
mehr als 1000	—	—	—	—	—	—
Alle Größenkl.	1245	11 987	9,6	1102	9499	8,6

¹⁾ einschl. Aufbewahrungsgewerbe (Kl. 7870) und ohne Kraftfahrunterricht und private Kraftfahrzeugüberwachung (Kl. 8730).

Wirtschaftsabteilung 9 (Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse ohne die Verwaltung im engeren Sinne)

Die Wirtschaftsabteilung 9 umfaßt alle Arbeitsstätten, die irgendwie im öffentlichen Interesse tätig sind. Hierzu gehören die Rechtspflege und das Gesundheitswesen, ohne die reinen Verwaltungen, die überhaupt bei diesem Vergleich unberücksichtigt bleiben mußten. Ferner zählen hierzu alle politi-

schen und wirtschaftlichen Organisationen, berufsständische Organisationen, Rechts- und Wirtschaftsberatungen, Erziehung, Wissenschaft, Kultur usw. Die von den Arbeitsstätten dieses Wirtschaftsbereichs ausgeführten Tätigkeiten unterscheiden sich stark voneinander und bedingen eine unterschiedliche Betriebsgröße. Gegenüber 1939 ist insgesamt gesehen eine Zunahme der Beschäftigten und der Arbeitsstätten zu verzeichnen.

Übersicht 36

Die Betriebe und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (ohne Öffentliche Verwaltung) Abt. 9

Größenklasse Betriebe mit ... Beschäftigten	1939			1950		
	Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.		Be- triebe	Zahl der Beschäftigten überhaupt je Betr.	
1	3309	3 309	1,0	3251	3 251	1,0
2— 10	3080	10 952	3,6	4223	14 599	3,5
11— 20	470	7 065	15,0	369	5 364	14,5
21— 50	263	8 138	30,9	359	11 162	31,1
51— 100	64	4 360	68,1	61	4 187	68,6
101— 200	27	4 139	153,3	20	2 651	132,5
201—1000	12	4 337	361,4	17	7 259	427,0
mehr als 1000	3	4 898	1632,7	4	6 102	1525,5
Alle Größenkl.	7228	47 198	6,5	8304	54 575	6,6

B a h l e r t, Dipl.-Volkswirt / K l i s c h

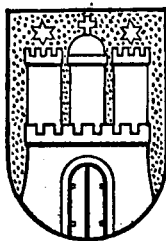
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 17. Oktober 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 34



Lassen sich die Wohnungsbaukosten von Stadt zu Stadt statistisch vergleichen?

Zahlen aus 14 westdeutschen Großstädten

Für einen zwischenörtlichen Vergleich der Baukosten steht im allgemeinen nur die Indexziffer der Baukosten zur Verfügung. Sie ist ein Preisindex wie die Preisindexziffer der Lebenshaltungskosten oder die Indizes der Großhandelspreise. Ebenso wie diese spiegelt sie das Maß der Preisveränderungen gegenüber einem Basisjahr wider, wobei auch hier für die Wägung der Güter und Leistungen ein bestimmtes, sich gleichbleibendes Mengenschema (es ist auf ein dreigeschossiges Reihenhaus mit 6 Wohnungen zu je etwa 60 qm bezogen) verwendet wird. Das Basisjahr ist für die geltende Indexberechnung das Jahr 1936; der damals für das „Indexhaus“ erforderliche Kostenaufwand wird in der Berechnung = 100 gesetzt.

Die Meßziffer 100 kann also von Berichtsgemeinde zu Berichtsgemeinde auf recht unterschiedlichen absoluten Zahlen beruhen. Ob in der einen Stadt die Baukosten für das Indexhaus im Jahre 1936 rd. 40 000 RM, in einer anderen Stadt rd. 45 000 RM betragen haben — in jedem Falle wird mit der Meßziffer 100 begonnen. Das kann in der Indexberechnung auch nicht anders sein. Nun können sich aber im Laufe der Zeit die Baukosten in beiden Gemeinden inzwischen angeglichen haben. Nehmen wir an, der Bau des Indexhauses kostete heute in der einen wie in der anderen Stadt rd. 90 000 DM. Dann wäre die Baukostenindexziffer in der einen Gemeinde, wo man im Jahre 1936 billiger bauen konnte, heute 225 und in der anderen Gemeinde nur 200. Bei oberflächlicher Betrachtung hätte dies den Anschein, als ob in der erstgenannten Stadt das Bauen jetzt teurer sei als in der zweitgenannten. Das wäre selbstverständlich ein Trugschluß. Es könnte sogar umgekehrt liegen, nämlich dann, wenn in der „billigeren“ Stadt die anfänglichen Baukosten noch weniger als 40 000 RM, z. B. 39 000 RM betragen hätten; denn dann würde eine Indexziffer von 225 bedeuten, daß dort die Baukostensumme heute auf 87 750 DM lautet, während in der zweiten Gemeinde, ausgehend von 45 000 RM, eine Indexziffer von 200, wie gesagt, zu einer Baukostensumme von 90 000 DM führt.

Diese kurzen Zahlenbeispiele dürften genügend zeigen, wie sich der Erkenntniswert der Indexziffer begrenzt. Es besteht jedoch für den Bauprodukt und für die öffentliche Hand, die einen großen Teil des Wohnungsbaus finanziert, ein praktisches Bedürfnis, auch die absoluten Unterschiede in den Baukosten durch einen zwischenörtlichen Vergleich kennenzulernen. Das Statistische Landesamt Hamburg hat deshalb die Statistischen Ämter von 13 anderen Großstädten gebeten, ihm das Grundmaterial aus der Baukostenindexberechnung für einen Vergleich zur Verfügung zu stellen. Der Bitte haben alle 13 Städte dankenswerterweise entsprochen. Die Auswertung des Materials hat zu dem vermuteten Ergebnis geführt, daß sich die absoluten Baukosten in anderer Reihenfolge von Stadt zu Stadt aufstufen als die Indexziffern. Das zeigt Übersicht 1 mit Zahlen aus dem Jahr 1936 und aus der Baukostenerhebung vom Februar 1952. Die letzte Erhebung vom August 1952 ließ sich hier noch nicht verarbeiten, sie würde aber an der gesamten Darstellung nicht viel ändern.

Übersicht 1

Lfd. Nr. in der Reihenfolge der Indexziffern für Februar 1952	Städte	Indexziffer der Baukosten		Aufwandssumme für das „Indexhaus“ in RM/DM	
		Durchschnitt 1936	Februar 1952	Durchschnitt 1936	Februar 1952
1	Kiel	100	214,8	46 100	99 100
2	Lübeck	100	217,3	46 800	101 600
3	Hannover	100	218,1	47 400	103 300
4	Frankfurt	100	228,7	44 800	102 500
5	Essen	100	230,1	45 400	104 400
6	Düsseldorf	100	232,3	41 300	95 800
7	Bremen	100	238,0	42 300	100 600
8	München	100	239,2	45 900	109 900
9	Stuttgart	100	240,7	42 100	101 300
10	Karlsruhe	100	240,8	41 300	99 400
11	Köln	100	244,1	41 900	102 200
12	West-Berlin	100	244,5	48 700	119 100
13	H a m b u r g	100	248,2	43 100	107 000
14	Nürnberg	100	259,0	39 700	102 700

Danach bestanden schon im Basisjahr 1936 erhebliche Unterschiede in den Baukosten (die sich in die Indexausgangsziffer 100 auflösten); eine örtlich ungleiche Verteuerung seit 1936 kommt hinzu.

Im Februar 1952 stuften sich die Aufwandssummen so, wie sie in der Übersicht 2 aufgeführt sind. Aus Übersicht 1 ist die Reihenfolge der Indexziffern von Februar 1952 und die der Aufwandssummen aus 1936 gegenübergestellt.

Übersicht 2

Lfd. Nr. in der Reihenfolge der Beträge für Februar 1952	Städte	Aufwandssummen in DM Februar 1952	Lfd. Nr. in d. Reihenfolge der Indexziffern für Februar 1952	Aufwandssummen in RM Durchschnitt 1936	Lfd. Nr. in der Reihenfolge der Beträge v. 1936
1	Düsseldorf	95 800	6	41 300	2
2	Kiel	99 100	1	46 100	11
3	Karlsruhe	99 400	10	41 300	3
4	Bremen	100 600	7	42 300	6
5	Stuttgart	101 300	9	42 100	5
6	Lübeck	101 600	2	46 800	12
7	Köln	102 200	11	41 900	4
8	Frankfurt	102 500	4	44 800	8
9	Nürnberg	102 700	14	39 700	1
10	Hannover	103 300	3	47 400	13
11	Essen	104 400	5	45 400	9
12	Hamburg	107 000	13	43 100	7
13	München	109 900	8	45 900	10
14	West-Berlin	119 100	12	48 700	14

Man sieht, wie stark sich das Bild verschiebt, wenn man sich an die absoluten Zahlen hält. Die in der Reihe der Indexziffern für Februar 1952 an unterster Stelle stehenden Städte Kiel, Lübeck und Hannover nehmen hier den 2., 6. und 10. Platz ein; andererseits ist Köln vom 11. auf den 7., Karlsruhe vom 10. auf den 3., Nürnberg vom 14. auf den 9. Platz gerückt. **Düsseldorf erscheint jetzt als die Stadt mit den niedrigsten Baukosten, West-Berlin als die mit den höchsten.** In West-Berlin sind die Gesamtbaukosten für das „Indexhaus“ um 23 300 DM oder um 24 v. H. höher als in Düsseldorf. Bremen liegt um 5 v. H. über Düsseldorf. Bei Hamburg beträgt die Abweichung nach oben 11,7 v. H.

Übersicht 3 zeigt die Streuung vor dem **Kriege**. Damals, im Jahre 1936, stand Nürnberg mit einer Baukostensumme von 39 700 RM an unterster, Düsseldorf und Karlsruhe mit 41 300 RM an zweiter und dritter Stelle. Köln, Stuttgart und Bremen lagen so gut wie gleich. **Die höchste Baukostensumme wies auch damals Berlin aus;** sie lag um 23 v. H. über der Nürnberger. **Die Spanne zwischen dem untersten und obersten Betrag, zwischen Nürnberg und Berlin, war also 1936 fast ebenso groß wie jetzt zwischen Düsseldorf und Berlin (24 v. H.).** Beachtlich waren auch andere Abweichungen. Dabei muß man aber die hohe absolute Steigerung im Auge behalten: wenn z. B. München jetzt 14,7 v. H. über Düsseldorf liegt, so heißt das, daß in München der Bau des „Indexhauses“ 14 100 DM mehr kostet, wogegen die fast gleiche prozentuale Divergenz zwischen Essen und Nürnberg von 1936 (14,4 v. H.) einen Mehrbetrag von nur 5 700 RM ausdrückte.

Übersicht 3

Aufwandssummen für das „Indexhaus“

Düsseldorf = 100 Februar 1952		Nürnberg = 100 Durchschnitt 1936	
Düsseldorf	100,0	Nürnberg	100,0
Kiel	103,4	Düsseldorf	104,0
Karlsruhe	103,8	Karlsruhe	104,0
Bremen	105,0	Köln	105,5
Stuttgart	105,7	Stuttgart	106,0
Lübeck	106,1	Bremen	106,5
Köln	106,7	Hamburg	108,6
Frankfurt	107,0	Frankfurt	112,8
Nürnberg	107,2	Essen	114,4
Hannover	107,8	München	115,6
Essen	109,0	Kiel	116,1
Hamburg	111,7	Lübeck	117,9
München	114,7	Hannover	119,4
West-Berlin	124,3	Berlin	122,7

Auf welche Aufwandsgruppen sind die Kostenunterschiede zurückzuführen? Sind es vorwiegend die Baustoffe, die Bauarbeiterlöhne, die handwerklichen Ausbauarbeiten, oder tragen etwa die Planungs- und Regiekosten oder der Zinsaufwand für das Baugeld zu den Unterschieden merklich bei? Oder „hinkt“ der Vergleich überhaupt?

Knüpfen wir zunächst an die letzte Frage an. In dem bundeseinheitlichen Mengenschema ist der gedachte Bautyp in Grundriß, Materialmengen und Bauleistungen vorgezeichnet. Nicht alles und jedes ist eingeschlossen, aber was nachbleibt, ist untergeordnet und braucht hier nicht zu interessieren. Ein Muster-Erhebungsbogen, von dem wir bei den Ausbauarbeiten noch sprechen werden, ergänzt das Mengenschema durch etliche Details. Viele Einzelheiten bleiben aber offen, was für die Praxis der statistischen Durchführung nicht notwendig ein Mangel ist; denn die Praxis kann sich sowieso nur an die ortsübliche Bauweise halten. Sie braucht einen gewissen Spielraum bei der Anwendung des Mengenschemas, um wirklichkeitsnah zu berichten. Bei unserer Umfrage waren wir uns bewußt, daß es auf die lokalen Eigentümlichkeiten, soweit sie kostenmäßig von Rang sind, besonders ankam. Als wir die ersten Rohergebnisse der Umfrage beieinander hatten, haben wir den Städten Streuungsübersichten zugesandt, um ungewöhnliche Baukostenwerte näher erläutert zu bekommen. Auf diese Weise hat sich der Berichtsstoff für den Vergleich verdichtet, wenn sich auch vieles nicht hinreichend klarlegen ließ.

Die Gesamtbaukosten für das „Indexhaus“ (d. h. hier immer: die Summe aller Aufwendungen im Rahmen des Mengenschemas) gliederten sich im Februar 1952 in den einzelnen Städten prozentual wie folgt auf die Teilgruppen der Indexberechnung auf:

Übersicht 4

Städte	v. H. der Gesamtkosten entfallen im Februar 1952 auf							Zusammen
	Erdabfuhr	Baustoffe	Handwerkerarbeiten	Löhne + Unkosten + Verdienst	Planung und Bauleitung	Baupol. Gebühren	Zinsen für Baugeld	
Düsseldorf	1,1	34,6	27,2	30,1	5,4	0,5	1,1	100
Kiel	1,1	37,0	25,8	28,4	5,2	0,3	2,2	100
Karlsruhe	1,0	33,8	28,4	28,8	6,0	0,3	1,7	100
Bremen	1,8	34,5	24,3	30,4	6,8	0,4	1,8	100
Stuttgart	1,5	36,1	23,4	29,0	7,7	0,5	1,8	100
Lübeck	1,2	36,7	26,8	27,7	5,1	0,3	2,2	100
Köln	1,1	32,8	31,1	28,9	4,4	0,6	1,1	100
Frankfurt	1,4	33,6	26,6	28,6	7,7	0,3	1,8	100
Nürnberg	1,0	35,2	25,1	29,7	6,8	0,3	1,9	100
Hannover	1,6	33,3	28,2	28,1	6,4	0,4	2,0	100
Essen	1,3	35,6	25,7	29,7	5,3	0,4	2,0	100
H a m b u r g	0,9	34,5	26,1	29,3	6,5	0,5	2,2	100
München	0,9	33,6	30,6	27,2	5,5	0,3	1,9	100
West-Berlin	1,1	36,4	28,6	25,3	6,7	0,2	1,7	100
Im Durchschnitt der 14 Städte	1,2	34,9	27,0	28,6	6,1	0,4	1,8	100

Diese Ziffern sind allerdings mehr nachrichtlich, als daß sie sachlich etwas bieten, denn sie leiten sich von den unterschiedlichen Baukostensummen ab, die wir bereits kennen. Daß die jeweils 14 Ziffern in etwa zur gleichen Größengliederung gehören, ist selbstverständlich. Einige Unterschiede fallen aber doch ins Auge. Z. B. bucht Berlin für Löhne nebst Unternehmerzuschläge nur 25,3 v. H., für die Aus-

bauarbeiten aber 28,6 v. H. der Gesamtbaukosten, während in Bremen 30,4 v. H. auf die Löhne usw., dagegen nur 24,3 v. H. auf die handwerklichen Einzelarbeiten entfallen. Wir müssen aber in die absoluten Zahlen hineingehen. Dafür die folgende Übersicht 5 in DM-Beträgen, ebenfalls für Februar 1952.

Übersicht 5

Städte	Aufwandsummen für das „Indexhaus“ im Februar 1952 in DM							Zusammen
	Erdabfuhr	Baustoffe	Löhne + Unkosten + Verdienst	Handwerkerarbeiten	Planung und Bauleitung	Baupol. Gebühren	Zinsen für Baugeld	
Düsseldorf	1 037	33 196	28 840	26 082	5 127	481	1 070	95 833
Kiel	1 113	36 618	28 191	25 519	5 148	285	2 195	99 069
Karlsruhe	1 020	33 602	28 660	28 188	5 946	275	1 737	99 428
Bremen	1 853	34 648	30 607	24 447	6 867	366	1 831	100 619
Stuttgart	1 564	36 512	29 406	23 737	7 754	547	1 824	101 344
Lübeck	1 173	37 285	28 191	27 199	5 218	285	2 252	101 603
Köln	1 105	33 536	29 592	31 755	4 473	595	1 152	102 208
Frankfurt	1 402	34 433	29 328	27 313	7 860	285	1 850	102 471
Nürnberg	1 003	36 167	30 516	25 806	7 012	281	1 963	102 748
Hannover	1 620	34 438	29 075	29 136	6 599	377	2 074	103 319
Essen	1 358	37 137	31 010	26 825	5 539	434	2 119	104 422
H a m b u r g	978	36 885	31 339	27 958	6 996	486	2 332	106 974
München	935	36 959	29 830	33 667	6 083	304	2 129	109 907
West-Berlin	1 318	43 360	30 114	34 002	7 980	265	2 045	119 084
Im Durchschnitt der 14 Städte	1 248	36 055	29 621	27 974	6 329	376	1 898	103 502

In erster Linie sind die Kostenunterschiede bei den handwerklichen Ausbauarbeiten und sodann bei den Baustoffen zu suchen. Die Lohnsummen mit den Unternehmeraufschlägen weichen weniger voneinander ab. Die Kosten für Planung und Bauleitung und für Baugeldzinsen müssen in Zusammenhang mit den Bausummen gesehen werden. Die Spanne zwischen den Spitzen der jeweils 14 Aufwandsummen beträgt bei °

Erdabfuhr	98,2 v. H.
Baustoffe	30,6 v. H.
Handwerkerarbeiten	43,2 v. H.
Löhne + Unkosten + Verdienst	11,2 v. H.

Planung und Bauleitung	78,4 v. H.
Baupolizeiliche Gebühren	124,5 v. H.
Zinsen für Baugeld	117,9 v. H.

Versuchen wir jetzt, die Ergebnisse zu vertiefen. Wir halten uns dabei an die Kostengruppen des Mengenschemas.

Baustoffe

Die von den Städten in die Indexberechnung eingesetzten Aufwandsummen für Baustoffe frei Bau sind in den Zahlenbildern der Übersicht 6 gruppenweise zusammengestellt. Die Reihenfolge der Städte wechselt hier ständig; freilich ist dies häufig durch nur kleine Unterschiede bedingt.

Übersicht 6

Mauersteine und Deckensteine

	DM	v. H.
1. Frankfurt	10 362	100,0
2. Düsseldorf	10 535	101,7
3. Hannover	10 553	101,8
4. Bremen	10 639	102,7
5. Karlsruhe	10 695	103,2
6. München	11 070	106,8
7. Hamburg	11 299	109,0
8. Lübeck	11 630	112,2
9. Köln	11 865	114,5
10. Kiel	11 883	114,7
11. Essen	12 213	117,9
12. Nürnberg	12 605	121,6
13. Stuttgart	14 006	135,2
14. West-Berlin	15 163	146,3

Mengenschema: 115 000 Mauersteine (25/12/6,5 cm)
4 500 Deckensteine (25/15/10 cm)

Dachziegel, einschl. First- und Gratziegel

	DM	v. H.
1. Hannover	1 002	100,0
2. Köln	1 028	102,6
3. Düsseldorf	1 148	114,6
4. Essen	1 161	115,9
5. Stuttgart	1 172	117,0
6. Hamburg	1 182	118,0
7. Kiel	1 191	118,9
8. Lübeck	1 200	119,8
9. Bremen	1 303	129,9
10. Nürnberg	1 399	139,6
11. Frankfurt	1 523	152,0
12. Karlsruhe	2 047	204,3
13. München	2 292	228,7
14. West-Berlin	2 400	239,5

Mengenschema: 12 500 Biberschwänze
oder 4 500 Dachpfannen
oder 3 300 Falzziegel
75 First- und Gratziegel

Kalk, Zement und Gips

	DM	v. H.
1. Stuttgart	3 014	100,0
2. Düsseldorf	3 060	101,5
3. Karlsruhe	3 073	102,0
4. Köln	3 104	103,0
5. Essen	3 142	104,2
6. Hannover	3 207	106,4
7. Hamburg	3 314	110,0
8. Bremen	3 504	116,3
9. West-Berlin	3 561	118,1
10. München	3 608	119,7
11. Lübeck	3 692	122,5
12. Kiel	3 770	125,1
13. Nürnberg	3 888	129,0
14. Frankfurt	3 913	129,8

Mengenschema: 24 t Kalk
20 t Zement
2 t Gips

Sand und Kies

	DM	v. H.
1. Lübeck	1 137	100,0
2. Kiel	1 283	112,8
3. Köln	1 347	118,5
4. Karlsruhe	1 542	135,6
5. Hannover	1 620	142,5
6. München	1 661	146,1
7. Nürnberg	1 755	154,4
8. Hamburg	1 852	162,9
9. Essen	1 940	170,6
10. Frankfurt	2 040	179,4
11. Düsseldorf	2 082	183,1
12. Bremen	2 235	196,6
13. Stuttgart	2 451	215,6
14. West-Berlin	2 593	228,1

Mengenschema: 150 cbm. Sand
60 cbm Kies

Holz

	DM	v. H.
1. Stuttgart	13 022	100,0
2. Karlsruhe	13 882	106,2
3. Nürnberg	14 092	108,2
4. Köln	14 122	108,4
5. Düsseldorf	14 266	109,6
6. Frankfurt	14 397	110,6
7. Bremen	14 996	115,2
8. München	15 318	117,6
9. Hannover	15 834	121,6
10. Kiel	16 241	124,7
11. Essen	16 279	125,0
12. Hamburg	16 310	125,2
13. Lübeck	17 324	133,0
14. West-Berlin	17 414	133,7

Mengenschema: 34 cbm Kantholz
480 qm Fußbodenbretter
400 m Sockelleisten
10 cbm Schalbretter
1800 m Latten

Eisen

	DM	v. H.
1. Bremen	1 972	100,0
2. Köln	2 070	105,0
3. Düsseldorf	2 105	106,7
4. Frankfurt	2 198	111,5
5. Hannover	2 222	112,7
6. West-Berlin	2 229	113,0
7. Kiel	2 250	114,1
8. Lübeck	2 302	116,7
9. Essen	2 402	121,8
10. Karlsruhe	2 413	122,4
11. Nürnberg	2 428	123,1
12. Stuttgart	2 847	144,4
13. Hamburg	2 928	148,5
14. München	3 010	152,6

Mengenschema: 3 t Formeisen
2 t Stabeisen

Aus den Kostenbeträgen der Übersicht 6 leitet sich ab, daß die **Bauhölzer**, die bei allen Städten voranstellen, **durchschnittlich 42,3 v. H.**, die **Mauersteine und Deckensteine 32,6 v. H. der Baustoffausgaben** beanspruchen; auf Zement, Kalk und Gips entfallen 9,5, auf Baueisen 6,6, auf Sand und Kies 5 und auf Dachziegel 4 v. H. Diese Aufteilung wird durch das Mengenschema mitbestimmt, das im allgemeinen dabei zur Anwendung gekommen ist.

Mauersteine und Deckensteine:

Bei Mauersteinen und Deckensteinen beträgt die Spanne zwischen dem untersten (Frankfurt) und dem obersten Betrag (West-Berlin) 46,3 v. H. Berlin nimmt aber eine Sonderstellung ein; es notiert für Mauersteine (Format wie im Indexschema) 125,05 DM je 1000 Stück, während die Preise in den meisten Städten zwischen 85 und 90 DM liegen; nächst Berlin sind sie am höchsten in Nürnberg (103), Stuttgart (98) und Köln (93). Der Hamburger Preis (80,75) läßt sich nicht vergleichen, da er sich auf eine kleinere Abmessung bezieht (22×10,5×6,5), ähnliches gilt für Kiel („Kieler Dicke“ 23×11×6,5). Die roten Steine spielen aber in Norddeutschland die geringere Rolle; der weiße Kalksandstein herrscht vor. Bei Hamburger Bauten kommt durchweg auf je 2 weiße Steine 1 roter zum Verkleiden. Hamburg berücksichtigt deshalb (offenbar als einzige Stadt) in der Indexberechnung auch die Preise für Kalksandsteine (65,50 DM je 1000), allerdings nicht in dem Verhältnis 2:1. Im südlichen und westlichen Teil der Bundesrepublik werden Kalk-

sandsteine nur wenig verarbeitet, dafür außer dem roten Backstein Natursteine, Schwemmsteine, Bimssteine. Für den Index, notieren die Städte im Westen und Süden dennoch ausschließlich den roten Mauerstein aus dem Mengenschema.

Ob die Preisbewegung bei Mauersteinen ausreichend durch die Preise für rote Steine repräsentiert wird, kann dahingestellt bleiben; hier, wo die absoluten Kosten in Rede stehen, fragt es sich nur, ob die örtlichen Unterschiede in den Preisen für rote Steine gleichzeitig das Verhältnis widerspiegeln, in welchem sich die Kosten für die ortsüblich verwendeten Steine tatsächlich von Stadt zu Stadt unterscheiden. Die Frage muß offen bleiben, zumal die Frachten sich je nach Standort der Werke für die einzelnen Arten der Bausteine verschieden bemessen können. Z. B. wird ein hoher Frachtanteil nicht nur in dem Berliner Preis für Hintermauerungssteine (125,05) enthalten sein, sondern auch in dem Nürnberger (103), dem Stuttgarter (98), dem Kölner Preis (93) werden überdurchschnittliche Frachten stecken, während möglicherweise Werke, die andere Bausteine herstellen, frachtgünstiger liegen, so daß eben deshalb ihre Erzeugnisse am Ort mehr gefragt sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt müßte sich ein Kostenvergleich auf die tatsächlich vorherrschenden Bausteine beziehen.

Bei den Deckensteinen, die allerdings typenreicher sind als die Mauersteine, scheint dieses Erfordernis im allgemeinen erfüllt zu sein. Von den in den Berechnungen aufgeführten Typen deckt sich mit dem Mengenschema kaum eines. Das spricht für eine lokaleigentümliche Auffassung dieser Indexexposition, die betragsmäßig jedoch nur untergeordnet ist. Der Aufwand für Deckensteine liegt bei 12 Städten zwischen 780 und 1050 DM, also ziemlich eng beieinander, obgleich es sich in einigen Fällen um das System „Wenko“, in anderen Fällen um die Systeme „Leipzig“, „Kaiser“, „Kleinesche“, „Dahmit“ oder „Ankele Tonziegel“ und oft um verschiedene Abmessungen handelt. Wirklich aus dem Rahmen tritt nur Stuttgart mit seiner „Fertigbalkendecke“, die für das Indexhaus 2736 DM kostet. Berlin liegt mit 782 DM ausnahmsweise an der untersten Grenze.

Dachziegel:

Bei Dachziegeln prägen sich lokale Eigenarten in der Bauweise besonders aus. Das Mengenschema läßt hier ja auch die Wahl zwischen Biberschwänzen, Dachpfannen und Falzziegeln. Hamburg verwendet vorwiegend die S-Dachpfannen zu rd. 250 DM je 1000 Stück, die in Hannover, das günstiger zu den Produktionsstätten liegt, nur 211 DM kosten. Essen, Köln, Bremen melden die Verwendung von Doppelfalzziegeln, Köln zu 290, Essen zu 326, Bremen zu 365 DM je 1000; unterschiedliche Frachten werden die Differenzierung bedingen. Ähnlich so bei Biberschwänzen: bei gleicher Abmessung (18×38) kosten sie z. B. in Stuttgart 141, in Karlsruhe 156, in Frankfurt 180 DM je 1000. Natürlich spielt außer der Fracht auch der Grad der Nachfrage, also die **Baukonjunktur** am Platz eine Rolle. Das gilt übrigens für alles, was zum Bauen benötigt wird.

In den Aufwandssummen zeigen sich bei Biberschwänzen größere Unterschiede als in den Preisen je 1000 Stück. Karlsruhe, München, West-Berlin halten sich an die Indexmenge von 12 500 Stück; Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt setzen 7480, 7700 und 7875 Stück in die Berechnung ein. Es kann vermutet werden, daß dies dem wirklichen Bedarf entspricht. Sieht man von dieser Ungleichheit ab, so sind in den Kosten für Dachziegel Unterschiede, die über einige hundert Mark hinausgehen, nicht festzustellen.

Kalk, Zement, Gips:

Unter den Bindemitteln für das Ziegelmauerwerk verursacht der Zement die höchste Ausgabe. Vergleichsstatistisch bietet diese Position keine Schwierigkeit; denn Portland-Zement, auf den sich die Preiserhebung bezieht, wird überall verwendet. Zudem gibt es nur wenige große Herstellerwerke; die Preise ab Fabrik dürften sich ziemlich gleichen. Aber die Frachtkosten fallen bei diesem Schwergut zu Buch. Die frei Bau-Preise je 1000 kg liegen zwischen 72 (Düsseldorf, Köln) und 86,50 DM (Nürnberg). Die Städte halten sich fast alle an das Mengenschema, indem sie 20 t in die Berechnung einsetzen; nur Frankfurt rechnet mit 27 t und kommt zu einem Kostenbetrag von 2068 DM (bei 76,60 DM je t). In allen anderen Fällen liegt der Betrag zwischen 1440 (Düsseldorf) und 1730 (Nürnberg).

Beim Maueralk wird von den meisten Städten der Stückenalk zugrunde gelegt (der am Bau eingelöscht wird). Soweit erkennbar, hat nur Kiel bereits gelöschten und gemahlten Kalk (Pulverform in Säcken) für den Index herangezogen. Beim Stückenalk sind die Anfuhrkosten sehr unterschiedlich. Karlsruhe, das im Kalkgebiet liegt, hat einen Preis frei Bau von nur etwa 46 DM je t, ebenso Essen. Für München hingegen beträgt er 72,50, für Berlin 66,50. Hannover notiert 53 DM, Hamburg, das hauptsächlich auf Niedersachsen angewiesen ist, 57,50 DM. Kiel zahlt 77,50 DM für Putz- und Maueralk in Säcken und kommt bei 12,3 t (Indexmenge: 12,0 t) auf die höchste Aufwandssumme von 953 DM (die aber eine gewisse Einsparung bei den Löhnen für Bauhilfsarbeiter nach sich ziehen muß). Im übrigen liegen die Aufwandssummen etwa zwischen 550 (Essen, Köln) und 800 (Berlin), abgesehen noch von München, das auf 870 DM kommt.

Der gelöschte gemahlene Kalk, den Kiel auch als Maueralk führt, ist im allgemeinen der Putzkalk, der, wie der Maueralk, mit einem mittleren Bedarf von 12 t bei der Indexberechnung angesetzt wird. Die Preise frei Bau sind am niedrigsten in Karlsruhe und Stuttgart (57 DM), am höchsten in Bremen und Lübeck (85), ausgenommen Nürnberg, das den Ulmer Putzkalk für 100 DM je t verwendet.

Baugips ist am billigsten in Stuttgart (frei Bau 5,70 je 100 kg). Im übrigen setzen die Preise bei etwa 7 DM ein, Kiel und Lübeck stehen bei etwa 9 DM. Aber die Ausgaben für Gips sind bei einem Mittelbedarf von 2000 kg nicht von Gewicht.

Sand und Kies:

Bei Mauersand und Betonkies liegen die Preise wieder ziemlich bunt durcheinander, was sich aber schon durch die verschiedenen Anfuhrkosten erklärt. Die Aufwandssumme für Mauersand wird nach unten durch Lübeck (765 DM), nach oben durch Stuttgart (1725 DM) begrenzt. Für Betonkies haben Köln und Lübeck (372) die niedrigsten, Berlin (1328) und mit Abstand Nürnberg (930) die höchsten Aufwandbeträge. Je nach Vorkommen werden Gruben- und Flußsand und Gruben- und Flußkies (Weserkies, Main- und Donaukies) oder Dachziegel- und Betonsplitt in die Berechnung eingesetzt. Die Preise müssen auch deshalb unterschiedlich sein.

Holz:

Mit einer durchschnittlichen Kostensumme von 15 246 DM übersteigt die Ausgabe für Holz die Aufwendungen für Mauersteine und Deckensteine (durchschnittlich 11 751 DM) beträchtlich. Das Bauholz kostet gut neun Zehntel von dem, was für Steine zuzüglich Zement, Mauerkalk, Mauersand und Betonkies (16 838) auszugeben ist. Dabei ist das Holz für Fenster, Türen und Treppen hier noch gar nicht eingerechnet; es wird den Bauherren mit der fertigen Handwerksarbeit vom Tischler berechnet. Hier handelt es sich um den Dachstuhl, um die Balkenlagen zwischen den Geschossen, um die Fußböden und um die Verschalung bei den Betonarbeiten. (Ob die Holzmenge im Index etwa zu hoch angesetzt ist, weil jetzt vielfach Massivdecken gezogen werden, soll hier nicht untersucht werden.)

Der Kostenaufwand in den einzelnen Städten reicht von 13 000 bis 17 400 DM, die Spanne beträgt also ein Drittel des untersten Betrages. Die niedrigeren Kosten werden im allgemeinen von süd- und westdeutschen Städten genannt. Das ist erklärlich, denn das waldarme Norddeutschland bezieht das Bauholz zu einem großen Teil aus Süd- und Südwestdeutschland. Die Reihenfolge, in der die Städte in der vorangegangenen Übersicht aufgeführt sind, spiegelt dies zumeist auch wider: Stuttgart führt mit 13 000 DM, um 14 000 DM liegen Karlsruhe, Nürnberg, Köln, Düsseldorf, Frankfurt; aber um 16 000 DM herum bewegt sich der Kostenaufwand in Hannover, Kiel und Hamburg; in Lübeck und West-Berlin geht er noch über 17 000 DM hinaus. München (15 318) und Essen (16 279) unterbrechen allerdings diesen Zahlenablauf, aber die Gründe werden in der Auswahl des Materials zu suchen sein.

Die größte Ausgabe ist die für Balken und Kantholz. Die unterste Aufwandssumme ist 6630 (Stuttgart), die oberste 8994 DM (Berlin). In Stuttgart werden 195 DM, in Berlin 264,50 DM je cbm offenbar für das gleiche Holz gezahlt. Dazwischen liegen Karlsruhe mit 210, Frankfurt mit 215, Köln mit 225; 5 Städte liegen bei 230 DM. Hamburg, das Balken aus Bayern bezieht, zahlt 240, Lübeck 245 DM je cbm.

Fußbodenbretter, die auch aus dem Ausland eingeführt werden (sonst handelt es sich immer um inländisches Holz), rangieren beim Kostenaufwand an zweiter Stelle. Die Preisnotierungen für die Indexziffer der Baukosten bewegen sich zwischen 6,60 und 9,35 je qm. Wieder sind es Stuttgart und Berlin, auf die der niedrigste und der höchste Preis

entfällt. Im Norden werden 8 bis 9 DM gezahlt (Hannover 8,40, Hamburg 8,80, Kiel und Lübeck 9,20). Köln und Düsseldorf liegen mit 7 DM günstig; Nürnberg und München wie auch Frankfurt mit rund 9 DM weichen dagegen von Hamburg kaum ab. Eine regionale Gruppierung zeichnet sich nicht recht ab. Das mag darin liegen, daß, wie gesagt, auch Einfuhrware zu verrechnen ist; im übrigen werden hier auch Sortenunterschiede hineinspielen. Der Kostenaufwand für Fußbodenbretter liegt zwischen 3200 und 4500 DM.

Auch bei dem übrigen Bauholzbedarf gehen die Preise hin und her, und aus Anmerkungen in den Berichten der Städte ist zu schließen, daß sich die Preise von Stadt zu Stadt oft auf verschiedene Sorten beziehen. Es würde wohl zu weit führen, das hier auseinanderzupflücken. Für Schalbretter liegt der Kostenaufwand zwischen 1820 DM (wieder ist Stuttgart an unterster Stelle) und 2850 DM (Hannover). Hamburg, Berlin, Kiel, Essen liegen um 2500 DM herum, München, Nürnberg, Karlsruhe, Frankfurt bei 2100. Bei Dachlatten stehen Hamburg, Lübeck, Kiel mit einem Kostenaufwand von über 1100 DM an der Spitze, in mehreren süd- und westdeutschen Städten wird kaum die Hälfte dieses Betrages ausgewiesen. Die Ausgaben für Fußleisten sind verhältnismäßig gering; sie schwanken meistens zwischen 300 und 400 DM. Diesmal ist es aber Stuttgart, das mit einem hohen Preis ganz aus dem Rahmen fällt. Bei 900 DM und einem Preis von 2,25 DM je m muß es sich hier um eine besondere Ausführung handeln.

Eisen:

Die Eisenpreise sind seit dem 1. August 1952 aus der amtlichen Preisbindung heraus. Man wird aber wohl sagen dürfen, daß bei der gespannten Versorgungslage im Februar 1952 (am Stichtag dieser Untersuchung) auch schon marktwirtschaftlich beeinflusste Preise gezahlt wurden. Die Statistischen Ämter haben sich bei der Baukostenerhebung offenbar an die amtlichen Preise gehalten, die sich im sozialen Wohnungsbau durchweg noch realisierten. In den Preismeldungen finden sich jedoch Vermerke wie „Ware kaum noch zu erhalten“ oder „Privatindustrie kauft zu wesentlich höheren Preisen“. Die statistisch vermerkten Preise können danach also nur mit Einschränkungen als die wirklichen angesehen werden.

Für den zwischenörtlichen Vergleich kommt noch hinzu, daß sich die Eisenpreise aus einem Grundpreis und aus Längen- und Profildzuschlägen usw. bilden. Einige Städte melden nur den Grundpreis, andere fügen Stück- und Profildzuschläge hinzu; verschieden sind auch die Typen und Abmessungen. So bleibt hier nichts weiter übrig, als lediglich mitzuteilen, daß bei Stabeisen als Preis je t zuunterst 398 und 420 DM (Bremen, Köln) und zu oberst 628,50 und 620 DM (Hamburg, München) in das Berechnungsschema aufgenommen wurden. Für Formeisen liegen die untersten Beträge bei 392 und 410 DM (Bremen, Köln) und die obersten bei 625 (Stuttgart) und 590 DM (München). Für Stabeisen werden überall 2 t, für Formeisen 3 t eingesetzt, was sich mit dem Mengenschema deckt. Der Kostenaufwand schwankt somit bei Stabeisen zwischen 796 und 1257 DM, bei Formeisen zwischen 1176 und

1875 DM. Die Unterschiede sind, im Gesamtbild gesehen, nicht groß; aber, abgesehen davon, für den absoluten Kostenvergleich besagen sie auch wenig.

Soweit der Aufwand für Baustoffe. In der Zusammenfassung nach der Höhe des Aufwands ergibt sich nachstehende Reihenfolge

Übersicht 7

	Baustoffe	DM	v. H.
1. Düsseldorf		33 196	100,0
2. Köln		33 536	101,0
3. Karlsruhe		33 602	101,2
4. Frankfurt		34 433	103,7
5. Hannover		34 438	103,7
6. Bremen		34 648	104,4
7. Nürnberg		36 167	108,9
8. Stuttgart		36 512	110,0
9. Kiel		36 618	110,3
10. Hamburg		36 885	111,1
11. München		36 959	111,3
12. Essen		37 137	111,9
13. Lübeck		37 285	112,3
14. West-Berlin		43 360	130,6

Löhne für die Verarbeitung der Baustoffe und für Erdarbeiten, sowie Unkosten und Verdienst des Bauunternehmers

Das Mengenschema geht von einem festen Zeitaufwand aus, das auch von allen Berichtsstädten bei der Berechnung des Lohnaufwandes zugrunde gelegt wird. Es sind veranschlagt für

Maurer	4000 Stunden
Putzer (Gipser)	800 "
Zimmerer	1200 "
Bauhilfsarbeiter	3400 "
Polier	300 " oder 6 Wochen
Dachdecker	150 "
Dachdeckerhilfsarb.	100 "

An der Fiktion, daß in allen Städten der Zeitaufwand für den Bau des Indexschemas genau der gleiche ist, muß natürlich auch hier festgehalten werden. Somit sind nur die Lohnsätze zu vergleichen.

Übersicht 8

Tariflöhne je Stunde in DM im Februar 1952

Städte	Maurer	Gipser	Zimmerer	Bauhilfsarbeiter	Polier	Dachdecker	Dachdeckerhilfsarbeiter
West-Berlin	1,67	1,92	1,71	1,40	2,20	1,75	1,45
Kiel	1,77	2,04	1,77	1,50	2,35	1,89	1,50
Lübeck	1,77	2,04	1,77	1,50	2,35	1,89	1,50
Bremen	1,82	1,82	1,82	1,55	2,26	1,94	1,64
Karlsruhe	1,82	2,00	1,82	1,55	2,17	1,94	1,55
Frankfurt	1,82	2,00	1,82	1,55	2,19	1,94	1,55
Köln	1,82	2,00	1,82	1,55	2,30	1,94	1,64
Hannover	1,82	2,05	1,82	1,55	2,24	1,94	1,64
Düsseldorf	1,82	2,09	1,82	1,55	2,30	1,94	1,64
Stuttgart	1,82	2,00	1,82	1,60	2,25	1,94	1,60
Essen	1,82	2,09	1,82	1,55	2,28	1,94	1,64
Hamburg	1,89	2,17	1,89	1,61	2,36	2,01	1,70
München	1,89	2,27	1,89	1,61	2,29	2,16	1,65
Nürnberg	1,89	2,17	1,89	1,74	2,29	2,16	1,78

Der Vergleich wird dadurch vereinfacht, daß in 8 Städten die Maurer- und Zimmererlöhne im Februar 1952 gleichmäßig 1,82 DM betragen und daß an diesen Plätzen (mit nur einer Ausnahme) auch die Bauhilfsarbeiter den gleichen Stundenlohn, nämlich 1,55 DM, erhielten. **Von den Berichtsstädten hatte West-Berlin in allen Berufssparten die niedrigsten Löhne** (was die überdurchschnittlich hohen Gesamtbaukosten in Berlin etwas abschwächt). An oberster Stelle, mit einem Maurerecklohn von 1,89 DM, standen im Februar 1952 München, Nürnberg und Hamburg. Für München und Nürnberg war aber im Februar eine Tariflohnerhöhung vorweggenommen, die allgemein erst im April in Kraft getreten ist. Im April 1952 sind die Löhne durchweg um 6 bis 7 Pfg. erhöht worden. **Seitdem hat Hamburg eindeutig die höchsten Lohnsätze** (Maurerecklohn 1,96 DM). Wesentlich aufgeholt hat Berlin; von 1,67 ist der Ecklohn auf 1,85 gestiegen, so daß Berlin seitdem nicht mehr die unterste Stelle einnimmt; Kiel und Lübeck liegen mit 1,83 knapp darunter. Im übrigen hängt die Abstufung der Tariflöhne mit einem Ortsklassensystem zusammen, auf das hier nicht eingegangen zu werden braucht. Die neuesten Tarifsätze nach der Regelung von April 1952 enthält für unsere Berichtsstädte die Übersicht 9.

Übersicht 9

Tariflöhne je Stunde in DM seit April 1952

Städte	Maurer	Gipser	Zimmerer	Bauhilfsarbeiter	Dachdecker
Kiel	1,83	2,10	1,83	1,56	1,95
Lübeck	1,83	2,10	1,83	1,56	1,95
West-Berlin	1,85	2,13	1,85	1,55	1,89 ¹⁾
Frankfurt	1,87	2,17	1,87	1,61	2,01
Düsseldorf	1,89	2,17	1,89	1,61	2,01
Stuttgart	1,89	2,08	1,89	1,61	2,01
Karlsruhe	1,89	2,08	1,89	1,61	2,01
Bremen	1,89	2,17	1,89	1,61	2,01
Nürnberg	1,89	2,17	1,89	1,61	2,16
München	1,89	2,27	1,89	1,61	2,16
Hannover	1,89	2,17	1,89	1,61	2,01
Köln	1,89	2,17	1,89	1,61	2,01
Essen	1,89	2,17	1,89	1,61	2,01
Hamburg	1,96	2,25	1,96	1,67	2,08

¹⁾ ab 1. Juni 1952

Die tariflichen Löhne mit dem oben genannten Zeitaufwand multipliziert, ergeben den Lohnaufwand, wie er in die Indexberechnung eingeht. Für das „Indexhaus“ veranschlagten die Städte im Februar 1952, die aus Übersicht 10 ersichtlichen Beträge als tariflichen Lohnaufwand (ohne Lohnnebenkosten, wie Wegegelder, Spesen usw.).

Übersicht 10

Lohnsumme

	DM	v. H.
1. West-Berlin	16 096	100,0
2. Kiel	17 048	105,9
3. Lübeck	17 048	105,9
4. Bremen	17 323	107,6
5. Karlsruhe	17 431	108,3
6. Frankfurt	17 437	108,3
7. Köln	17 479	108,6
8. Hannover	17 501	108,7
9. Essen	17 545	109,0
10. Düsseldorf	17 551	109,0
11. Stuttgart	17 630	109,5
12. Hamburg	18 218	113,2
13. München	18 267	113,5
14. Nürnberg	18 669	116,0

Die Spanne zwischen der niedrigsten und der höchsten Lohnsumme (Übersicht 10) ist wesentlich enger

als bei einer gleichen Gegenüberstellung der Aufwandssumme für Baustoffe (Übersicht 7). Sie hat sich inzwischen noch weiter verengt, weil die Berliner Bauarbeiter im Lohn aufgeholt haben.

Das Verhältnis zwischen den Aufwandssummen der Städte verschiebt sich, wenn man zu den tariflichen Lohnsummen die prozentualen Zuschläge für Unkosten und Verdienst des Bauunternehmers macht; denn die Prozentsätze dieser Zuschläge sind von Stadt zu Stadt meist verschieden. Mit den Zuschlägen werden u. a. abgegolten die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die Urlaubsvergütungen, die freiwilligen sozialen Leistungen, die allgemeinen Geschäftskosten, Wagnis, Gewinn, Verzinsung des Eigenkapitals, Umsatz- und Gewerbesteuer.

Wie die 14 Städte die Zuschläge in der Indexberechnung bemessen, zeigt die Übersicht 11:

Übersicht 11

Zuschläge zu den Löhnen für Unkosten und Verdienst in v. H.

Städte	Maurer	Gipser	Zimmerer	Bauhilfsarbeiter	Polier	Dachdecker	Dachdecker-Hilfsarbeiter
Karlsruhe	55	55	55	55	55	60	60
Düsseldorf	60	60	60	60	60	75	75
Nürnberg	63	63	63	63	63	78	78
München	63	63	63	63	63	78	78
Stuttgart	63	63	63	63	63	78	78
Frankfurt	64	64	64	64	64	79	79
West-Berlin	65	65	65	65	65	70	70
Lübeck	65	65	65	65	65	75	75
Kiel	65	65	65	65	65	75	75
Hannover	66	66	66	66	66	75	75
Bremen	68	68	68	68	68	78	78
Köln	68	68	68	68	68	85	85
Essen	69	60,5	70	70	69,5	71,5	73
Hamburg	72	72	72	72	72	77	77

Aus Löhnen und Unkosten und Verdienst leiten sich dann die Beträge ab, die bereits oben im Zusammenhang mit den übrigen Indexpositionen für die 14 Städte genannt waren. Hier seien sie aber noch in eigener Größenfolge wiederholt:

Übersicht 12

	Löhne + Unkosten + Verdienst im Febr. 1952 DM	v. H.
1. Kiel	28 191	100,0
2. Lübeck	28 191	100,0
3. Karlsruhe	28 660	101,7
4. Düsseldorf	28 840	102,3
5. Hannover	29 075	103,1
6. Frankfurt	29 328	104,0
7. Stuttgart	29 406	104,3
8. Köln	29 592	105,0
9. München	29 830	105,8
10. West-Berlin	30 114	106,8
11. Nürnberg	30 516	108,2
12. Bremen	30 607	108,6
13. Essen	31 010	110,0
14. Hamburg	31 339	111,2

Die Spanne zwischen unterst und oberst ist hier mit 11,2 v. H., also noch etwas enger als bei den Löhnen allein (16,0 v. H.). Auch ist die Reihenfolge wieder

eine andere. Daß es sich noch nicht um die neuesten Löhne von April 1952 handelt, sei nochmals hervorgehoben. Aber auch nach dem neuesten Stand würden Kiel und Lübeck am Fuße und Hamburg an der Spitze der Reihe stehen.

Ausbauarbeiten

Brachte schon der Vergleich der Kosten für das Rohbaumaterial manche Schwierigkeiten, so gibt es derer noch mehr bei den Ausbaurkosten, also den Einzelarbeiten der Klempner und Mechaniker, der Tischler, Maler und Glaser, der Elektrotechniker, der Ofensetzer usw. Denn hier spielen die örtlichen Gegebenheiten noch stärker hinein als bei den Baustoffen. Wohl normiert das Mengenschema quantitativ die Ausstattung der Häuser und Wohnungen (z. B. 32 m Dachrinne, 15 Wasserhähne, 46 Türen), aber Werkstoff und Ausführung werden nicht umschrieben. Allerdings könnte der (im Anfang erwähnte) Muster-Erhebungsbogen in mancher Hinsicht eine gewisse Gleichförmigkeit hineinbringen; die Praxis geht jedoch oft eigene Wege. Untersuchen wir, worum es sich im einzelnen handelt; das Mengenschema der Indexberechnung liefert uns wieder die Gliederung (Übersicht 13):

Übersicht 13

Aufwandssummen für fertige Einzelarbeiten

(immer einschl. Anbringen)

(in Klammern jeweilig die im Indexschema vorgesehene Mengen)

Dachrinne (32 m)
 Regenabfallrohr (24 m)
 Zinkblechbelag (26 qm)

	DM	v. H.
1. Nürnberg	670	100,0
2. Bremen	1 082	161,5
3. West-Berlin	1 083	161,6
4. Hannover	1 100	164,2
5. Köln	1 136	169,6
6. Stuttgart	1 147	171,2
7. Lübeck	1 234	184,2
8. Karlsruhe	1 245	185,8
9. Essen	1 249	186,4
10. München	1 252	186,9
11. Frankfurt	1 278	190,7
12. Düsseldorf	1 290	192,5
13. Kiel	1 314	196,1
14. Hamburg	1 494	223,0

Abflußrohr (75 m)
 Wasserleitungsrohr (90 m)
 Wasserhähne (15 Stück)
 Gasrohr (60 m)

	DM	v. H.
1. Nürnberg	2 092	100,0
2. West-Berlin	2 213	105,8
3. Stuttgart	2 354	112,5
4. Düsseldorf	2 355	112,6
5. Kiel	2 369	113,2
6. Essen	2 379	113,7
7. München	2 457	117,4
8. Frankfurt	2 483	118,7
9. Bremen	2 525	120,7
10. Karlsruhe	2 625	125,5
11. Lübeck	2 867	137,0
12. Hamburg	2 951	141,1
13. Hannover	2 996	143,2
14. Köln	3 165	151,3

Elektrische Brennstellen (46 Stück)

	DM	v. H.
1. Bremen	494	100,0
2. Kiel	524	106,1
3. Lübeck	685	138,7
4. Hannover	699	141,5
5. Essen	702	142,1
6. Nürnberg	736	149,0
7. Hamburg	738	149,4
8. West-Berlin	880	178,1
9. Karlsruhe	920	186,2
10. Düsseldorf	920	186,2
11. Stuttgart	929	188,1
12. Köln	1 288	260,7
13. München	1 334	270,0
14. Frankfurt	1 380	279,4

Aborteinrichtungen (6 Stück)
 Badeeinrichtungen (6 Stück)
 Ausgußbecken (7 Stück)

	DM	v. H.
1. Nürnberg	3 265	100,0
2. Stuttgart	3 456	105,8
3. West-Berlin	3 519	107,8
4. München	3 558	109,0
5. Düsseldorf	3 570	109,3
6. Kiel	3 614	110,7
7. Lübeck	3 680	112,7
8. Frankfurt	3 785	115,9
9. Bremen	3 840	117,6
10. Hannover	4 265	130,6
11. Köln	4 280	131,1
12. Karlsruhe	4 468	136,8
13. Essen	4 606	141,1
14. Hamburg	4 960	151,9

Küchenherde (6 Stück)
 Zimmeröfen, Kachelöfen (12 Stück)
 Zimmeröfen (eiserne) (6 Stück)

	DM	v. H.
1. Bremen	4 020	100,0
2. Hamburg	4 162	103,5
3. Karlsruhe	4 200	104,5
4. Düsseldorf ¹⁾	4 380	109,0
5. Frankfurt	4 526	112,6
6. Stuttgart	4 668	116,1
7. Lübeck	4 834	120,2
8. Kiel	5 020	124,9
9. Köln ^{1) 2)}	5 280	131,3
10. Essen ^{1) 2)}	5 280	131,3
11. Hannover	5 340	132,8
12. Nürnberg	6 000	149,3
13. München	6 060	150,7
14. West-Berlin	7 930	197,3

¹⁾ Öfen und Herde gehören dem Wohnungsinhaber
²⁾ Kosten berechnet mit den Kölner Preisen

Geschoßtreppen (54 Steigen)
 Fenster (33 Stück)
 Türen (46 Stück)

	DM	v. H.
1. Stuttgart	7 063	100,0
2. Essen	8 258	116,9
3. Bremen	8 340	118,1
4. Nürnberg	8 683	122,9
5. Düsseldorf	8 974	127,1
6. Hannover	9 081	128,6
7. Frankfurt	9 191	130,1
8. Lübeck	9 392	133,0
9. Kiel	9 395	133,0
10. Hamburg	9 485	134,3
11. Karlsruhe	9 988	141,4
12. Köln	11 337	160,5
13. München	14 001	198,2
14. West-Berlin	14 581	206,4

Verglasung (80 qm)

	DM	v. H.
1. Düsseldorf	448	100,0
2. West-Berlin	474	105,8
3. Hannover	504	112,5
4. Hamburg	504	112,5
5. Nürnberg	520	116,1
6. München	520	116,1
7. Essen	535	119,4
8. Bremen	536	119,6
9. Köln	560	125,0
10. Kiel	594	132,6
11. Stuttgart	600	133,9
12. Frankfurt	680	151,8
13. Lübeck	712	158,9
14. Karlsruhe	784	175,0

Anstrich mit Leimfarbe (1300 qm)
 Anstrich mit Ölfarbe auf Putz (170 qm)
 Anstrich m. Ölfarbe auf innere Holzflächen (300 qm)
 Anstrich m. Ölfarbe auf äußere Holzflächen (100 qm)
 Anstrich mit Ölfarbe auf Holzfußboden . . . (400 qm)
 Tapeten auf Makulatur (120 Rollen)

	DM	v. H.
1. Kiel	2 290	100,0
2. West-Berlin	2 882	125,9
3. Stuttgart	3 176	138,7
4. Bremen	3 196	139,6
5. Hamburg	3 297	144,0
6. Lübeck	3 390	148,0
7. Essen	3 441	150,3
8. Nürnberg	3 540	154,6
9. Karlsruhe ¹⁾	3 588	156,7
10. Frankfurt	3 630	158,5
11. Düsseldorf	3 776	164,9
12. München	4 170	182,1
13. Köln	4 328	189,0
14. Hannover	4 774	208,5

¹⁾ einschl. eines geschätzten Betrages für das Ölen des Fußbodens.

Linoleumbelag (30 qm)

	DM	v. H.
1. Nürnberg	300	100,0
2. München	315	105,0
3. Stuttgart	344	114,7
4. Frankfurt	360	120,0
5. Hamburg	367	122,3
6. Düsseldorf	369	123,0
7. Karlsruhe	370	123,3
8. Essen	375	125,0
9. Hannover	377	125,7
10. Köln	381	127,0
11. Kiel	399	133,0
12. Lübeck	405	135,0
13. Bremen	414	138,0
14. West-Berlin	440	146,7

Fertige Einzelarbeiten insgesamt

	DM	v. H.
1. Stuttgart	23 737	100,0
2. Bremen	24 447	103,0
3. Kiel	25 519	107,5
4. Nürnberg	25 806	108,7
5. Düsseldorf	26 082	109,9
6. Essen	26 825	113,0
7. Lübeck	27 199	114,6
8. Frankfurt	27 313	115,1
9. Hamburg	27 958	117,8
10. Karlsruhe	28 188	118,8
11. Hannover	29 136	122,7
12. Köln	31 755	133,8
13. München	33 667	141,8
14. West-Berlin	34 002	143,2

Bei den oft großen Kostenunterschieden muß von vornherein vermutet werden, daß die Objekte in Typ, Werkstoff, Qualität oder Abmessung mehr oder weniger voneinander abweichen. Gewiß, die Entgelte für „fertige Einzelarbeiten“ mögen schon an sich von Stadt zu Stadt stärker differenziert sein als die Preise für Baustoffe; die örtliche Handwerkskapazität und der Umfang der Bautätigkeit am Platz sind wichtige Preisfaktoren — aber das erklärt bei weitem nicht alles. Es erklärt z. B. nicht, daß München für Treppen, Fenster und Türen fast doppelt soviel bucht wie Stuttgart, oder daß für die Malerarbeiten in Hannover 4774, in Kiel 2290 DM in Ansatz gebracht werden. Wollen wir den Vergleich fortführen, obgleich manche Zahlen so auseinanderklaffen, so bleibt uns nur übrig, die Einzelansätze bestmöglich zu prüfen.

Dachrinne, Regenabfallrohr, Zinkblechbelag:

Von den Mengenangaben im Indexschema wird, soweit erkennbar, nirgends abgewichen. Die Preise beziehen sich zumeist auf Zinkblech Nr. 12. Abgesehen von Nürnberg liegen die Preise für Dachrinnen je m zwischen 8,05 (Stuttgart) und 14,50 DM (Hamburg), für Regenabflußrohre je m zwischen 7,50, 7,65, 7,87 (Stuttgart, Köln, Bremen) und 10,30 (Hamburg), schließlich für Zinkblech je qm zwischen 21,28, 21,60 (West-Berlin, Hannover) und 29,95, 30,10 DM (Kiel, Hamburg). Verhältnismäßig sind die Abweichungen erheblich; wieweit es sich um wirkliche Preisunterschiede handelt, läßt sich mangels vollständiger Erläuterungen zu den Preisangaben nicht sagen. Im absoluten Kostenaufwand für die drei Handwerksarbeiten sind die Abstufungen nicht groß, wenn man Hamburg ausnimmt, das mit 1494 DM besonders hoch liegt. Ganz ab-

gesehen von Nürnberg mit nur 670 DM, wo aber nicht Zinkblech, sondern, ortsüblicherweise, verzinktes Eisenblech verwendet wird.

Abflußrohre, Wasserleitungsrohre, Wasserhähne, Gasrohre:

Von den Mengennormen wird hier ebenfalls nicht abgewichen; es kommt also wieder nur auf den Preis je Mengeneinheit an. Bei diesen Preisen liegen nach oben extrem Köln und Hannover mit 25 DM je m Abflußrohr, Karlsruhe mit 9,80 DM je m Wasserleitungsrohr, Stuttgart mit 19,30 und Köln mit 12 DM je Wasserhahn, Hamburg mit 8,50 DM je m Gasrohr. Nach unten heben sich ab Nürnberg und Karlsruhe mit 16 DM je m Abflußrohr, Stuttgart und West-Berlin mit rd. 5 DM je m Wasserleitungsrohr sowie mit 4,25/4,50 DM je m Gasrohr. Im allgemeinen liegen die Preise für Abflußrohre zwischen 18 und 21 DM je m, die Preise für Wasserleitungsrohre zwischen 6 und 8 DM, für Gasleitungsrohre (immer einschließlich Anbringen) bei 5 bis 6,50 DM; Wasserhähne werden zumeist mit 6 bis 7 DM je Stück eingesetzt. Diese Unterschiede werden zum Teil auf ungleichem Material beruhen, wie aus Angaben zu den Preisangaben zu vermuten ist. Auch gelten die Preise für Rohre teils einschließlich, teils ohne Form- und Verbindungsstücke. Am meisten aus dem Rahmen fällt der von Stuttgart gemeldete Preis für Wasserhähne; ein Wasserhahn für 19 DM (und auch der Kölner für 12 DM) muß ein besonderes Stück sein (vielleicht ein Standhahn oder Schwenkhahn); mit dem unmittelbar aus der Wand kommenden schlichten Messinghahn, der im Indexschema steht, ist er nicht vergleichbar.

Im Kostenaufwand für die eben behandelten vier Handwerksleistungen gibt es, wie die Übersicht zeigt, bei unserem Vergleich eine Spanne von rd. 50 v. H.; Nürnberg steht mit 2092 DM zuunterst, Köln mit 3165 DM zuoberst. Es sind aber 9 von 14 Städten, die etwa zwischen 2100 und 2500 DM liegen.

Elektrische Brennstellen:

46 Stück sind für das Indexhaus vorgesehen, die Zahl wird auch überall eingesetzt. Die für den Index verrechneten Stückpreise differieren ungemein, von 10,70 (Bremen) bis 30,00 DM (Frankfurt). In beiden extremen Fällen handelt es sich um das Anbringen unter Putz, was überhaupt zumeist der Fall ist (nur Stuttgart schreibt ausdrücklich: auf Putz). Frankfurt fügt aber zur Erklärung seines hohen Preises hinzu, daß Zählertafel und Steigleitung anteilig berechnet und daß Steckdose, Schalter, Fassung und Glühlampe einbezogen sind. Sehr nahe am Frankfurter Preis liegt München mit 29 DM, wozu vermerkt wird: 8 m Leitung (Kupfer) ohne Schalter. Hannover schließt 4 m Leitung ein und kommt für die Brennstelle unter Putz auf 15,20 DM. Dem wiederum entgegen führt Stuttgart einen Preis von 20,20 DM für eine Brennstelle auf Putz. Oft fehlt es an näheren Angaben, wie der Preis zu verstehen ist. Es ist aber wesentlich, wieweit Leitungen anteilig auf den Stückpreis verrechnet sind; das kann auch für den Anschluß von der Straße gelten. Der Kostenvergleich muß hier restlos scheitern; die registrierten Aufwandsbeträge liegen um 179 v. H. in den Spitzen auseinander.

Aborteinrichtungen, Badeeinrichtungen, Ausgußbecken:

Im Erhebungsbogen wird die Aborteinrichtung, deren Preis in erster Linie zu ermitteln ist, mit der Type „Feuertön-Klosett mit Sitz, gußeisernes Spülbecken, 91 mit Zug“ bezeichnet. Hieran haben sich die meisten der befragten Städte gehalten. Die gemeldeten Preise je Stück differieren zwischen 79 (Stuttgart) und 120 DM (Köln). 11 Städte liegen zwischen 90 und 110. Einen höheren Preis hat außer Köln nur noch Hamburg (116), das aber ein etwas anders ausgeführtes Preisobjekt zugrunde legt. Immerhin: die Unterschiede in den Kosten sind nicht sehr wesentlich.

Eine gewisse Gleichförmigkeit zeigen auch die Kosten für die Badeeinrichtungen, jedenfalls soweit Badewannen (gußeisern, emailliert) mit Kohlebadeofen in die Indexberechnung hereingenommen werden, wobei es sich allerdings fragt, ob es sich um einen verzinkten oder einen kupfernen Boiler handelt. Die Preise liegen in 11 Städten etwa bei 400 bis 500 DM; nur Karlsruhe und Essen tragen etwa 600 DM in den Berechnungsbogen ein. Hamburg liegt mit 632 DM an der Spitze, aber der Preis gilt für eine Badeeinrichtung mit Gasheizung.

Das Ausgußbecken (in der Küche) ist ein kleines Objekt, das durchweg mit 50 bis 60 DM bewertet wird. Köln steht mit 80 DM an der Spitze. Hamburg verzeichnet für das Becken, einschl. Anbringen, mit Rückwand 20" mit Nische, Geruchverschluß, Schelle und Konsol 67,25 DM.

Hamburg liegt mit der Aufwandsomme für die drei Einrichtungen mit 4960 DM an der Spitze, was sich aber aus dem Gesagten leicht erklärt. Für 9 Städte errechnen sich die Beträge auf 3300 bis 3800 DM; die übrigen 4 Städte liegen zwischen 4200 und 4600 DM. Die Unterschiede werden in der Hauptsache wohl objektbedingt sein.

Küchenherde und Zimmeröfen:

Während die sanitären Einrichtungen, die wir eben besprochen, Erzeugnisse sind, die aus verhältnismäßig wenigen Herstellerwerken stammen, was in gewissem Maße zu ausgeglichenen Preisen zu führen pflegt, ist das Produktionsbild bei Öfen vielfältiger. Sie sind auch in Größe und Ausstattung für die Statistik schwer zu fixieren. Für den Küchenherd ist dies vielleicht noch am ehesten möglich. „Küchenherd mit Schiff, emailliert, 80×50 cm“ ist der für die Indexberechnung gewollte Typus. Zumindest in Anlehnung hieran werden von Bremen, Frankfurt, Kiel, Lübeck und Hannover 170 bis 180 DM je Stück notiert; Nürnberg und Karlsruhe weisen aber 220 und Stuttgart 262 DM aus. München errechnet für einen größeren Ofen (90×60) 240 DM. Am teuersten sind die Küchenherde offenbar in Berlin; der 80×50 cm große Ofen kostet dort einschl. Setzen 331 DM. Das ist mehr als doppelt soviel wie in Hamburg, das mit knapp 150 DM diesmal an unterster Stelle steht.

Die Preise für Kachelöfen liegen überraschenderweise (es ließ sich keine bestimmte Type festlegen) zumeist zwischen 200 und 270 DM je Stück, also nicht beträchtlich auseinander. München und

Nürnberg vermerken 320 DM, und zwar München mit dem Vermerk, daß Kachelöfen kaum noch aufgestellt werden. Berlin hat wieder die Kostenspitze: der Berliner Grundkachelofen kostet 372,50 DM.

Bei den eisernen Zimmeröfen variieren die Kosten stärker; wie weit dies wirkliche Preisunterschiede sind, ist nicht zu sehen. West-Berlin, wieder an oberster Stelle, notiert 245 DM, Hamburg weist für eiserne Öfen (Höhe 110, Breite 28, Tiefe 23 cm) 99,50 DM je Stück aus. Bremen, Frankfurt (für einen „Allesbrenner“) und Lübeck notieren 80—90 DM; Hannover notiert für einen Dauerbrandofen 204 DM, Kiel für einen Ofen mit 50—60 cbm Raumleistung 134 DM, Karlsruhe nennt einen Preis von 122 DM für 80 cbm Raumleistung (setzt in den Index aber einen Ofen für 80 DM ein). Dies alles läßt sich für einen Vergleich nicht zusammenbringen.

In den Aufwandsommen für Öfen und Herde gleicht sich freilich einiges aus. 7 Städte stehen bis zu 20 v. H. auseinander (4020—4834 DM), 11 Städte bis zu 33 v. H. (4020—5340). Nach Nürnberg und München mit einem Aufwand von rd. 6000 DM steht West-Berlin mit bald 8000 DM, fast dem Doppelten, was in Bremen aufgewendet wird, an der Spitze.

Daß in rheinischen Städten die Öfen Eigentum der Mieter sind, ist nicht übersehen worden. Aus Gründen der Vergleichbarkeit sind dennoch für Essen, Köln und Düsseldorf von uns die Öfen in die Baukostenrechnung einbezogen worden, und zwar für Essen nach Preisen, die für Köln vorlagen.

Geschoßtreppen, Fenster, Türen:

Für Treppen wird im Indexschema Holzausführung vorgesehen. Eine volle Holzkonstruktion ist aber jetzt wohl überall für ein Etagenhaus baupolizeilich unzulässig; allgemein wird vielmehr ein massiver Lauf (aus Eisenbeton) verlangt, nur der Auftritt wird mit einer Holzstufe belegt. Das Mengenschema dürfte insoweit nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Die Städte halten sich jedoch noch an das Schema, wenn sie den Baukostenindex berechnen. Hier, wo es darauf ankommt, die absoluten Kosten darzustellen, befriedigt die alte Methode natürlich nicht.

Abgesehen hiervon, beziehen sich die Preismeldungen nicht immer auf die gleichen Ausführungen und Abmessungen, oder es fehlt an näheren Angaben. Überwiegend wird als Material Kiefernholz mit eichenen Trittstufen genannt, wie im Mengenschema vorgesehen. Die wenigen Angaben über die Treppenbreite liegen bei 96, 100 und 110 cm. Meist wird mit, zum anderen wird ohne Geländer gerechnet. Teils wird ein Preis für Geländer aus Buche oder schlechthin aus Hartholz, teils ein Preis für Geländer aus Föhre oder aus „einfachen Stufen“ mit buchenem Handlauf eingesetzt. Es sind aber nur 3 Städte, die mit ihren Preisen je Steige erheblich aus dem Rahmen fallen. Das sind Karlsruhe (60 DM), Berlin (61,60) und vor allem München (75 DM). Bei 11 Städten liegt der Steigenpreis etwa bei 40 bis 48 DM. Hamburg, an unterster Stelle, berechnet für 54 Steigen, Kiefernholz I Stufen 96×30, ohne Geländer, 2141 DM, München für 54 Steigen, Kiefer mit Eichentrittstufen 110 breit, mit Geländer aus Föhre und Buchenholzhandgriffen, 4050 DM.

Bei den Fenstern ist es nicht weniger verwickelt. Die Stückpreisspitze nach unten ist 46 (Stuttgart), die nach oben 155 DM (West-Berlin). Nirgends verdichten sich die Preise zu einem mittleren Wert. Je viermal kommt ein Preis zwischen 75 und 77, zwischen 80 und 100 und über 100 DM vor. Fixiert ist im Erhebungsbogen das Fertigmaß des Rahmens mit 40 mm; über die Größe der Fenster ist nichts gesagt. Nürnberg legt je Fenster 1,20 qm zugrunde, Kiel 2,13 qm. München setzt den Preis für Doppelfenster je 2 qm mit 151 DM je Stück ein, Hamburg verzeichnet 109 DM für ein einfaches Zargenfenster, 65 mm Fertigmaß, 1,54 qm.

Da gleichmäßig 33 Stück verrechnet werden, differieren die Aufwandssummen in gleichem Verhältnis wie die Stückpreise.

Die Preise für Türen liegen näher beieinander als die Preise für Fenster, weil das Mengenschema den Statistischen Ämtern mehr Anhaltspunkte bietet. Einflügel-Zimmertüren als Dreifüllungstüren, Rahmen 40 mm, sind vorgesehen. Als lichte Maße nennt Kiel 196×76, Nürnberg 200×95, Essen 205×90 und Hamburg 200×85. Der Stückpreis liegt in der Hauptsache bei 80—90 DM. Stuttgart hat mit 68,30 DM den niedrigsten Preis. Über 100 DM liegen Köln (107,50), München (108) und wieder West-Berlin (133 DM).

Die Aufwandssummen ergeben sich überall aus der Multiplikation mit 46 Stück.

Für Tischlerarbeiten überhaupt, für Treppen, Fenster und Türen, setzt Stuttgart rd. 7100, München 14000, Berlin 14600 DM in die Indexberechnung ein. Dies sind allerdings die Extreme, die um etwa 100 v. H. auseinanderliegen. Karlsruhe liegt um 41, Köln um 60 v. H. über Stuttgart. In den übrigen Fällen begrenzen sich die Abweichungen vom Stuttgarter Preis auf ein Drittel. Schaltet man Stuttgart als unteres Extrem aus, so umschließt die Spanne von 8258 (Essen) bis 9485 (Hamburg), differierend nur noch um 14,9 v. H., 9 von den 14 Berichtsstädten.

Verglasung:

Bauglas wird aus wenigen Produktionsstädten, hauptsächlich aus Nordrhein-Westfalen bezogen. Die Preise ab Fabrik dürften danach nicht sehr unterschiedlich sein, aber die Frachten fallen ins Gewicht. Qualität, Stärke und Menge (4/4 Glas, Bauglas II. Sorte, 80 qm) scheinen überall einheitlich in die Indexberechnung aufgenommen zu sein. Die qm-Preise (wie immer: einschl. Glaserarbeit) betragen zumeist 6—7 DM. Wesentlich höhere Preise verzeichnen Lübeck (8,90) und Karlsruhe (9,80); in beiden Fällen fehlt freilich die Sortenbezeichnung usw.

Maler- und Tapezierarbeiten:

Bei den guten Anhaltspunkten, die die Berichtsgemeinden durch das Mengenschema und den Muster-Erhebungsbogen für die Arbeiten der Maler gegeben haben, sollte man meinen, daß grobe Unterschiede in den Aufwandssummen nicht zutage treten würden. Die Übersicht zeigt aber ein anderes. Kiel weist 2290, Berlin 2882 DM aus, dagegen Köln 4328 und Hannover gar 4774 DM. Diese Diskrepanz kann nicht an der örtlichen Preisgebarung des Handwerks

liegen, auch die Materialpreise werden dafür nicht ausschlaggebend sein. Es muß ein Unterschied in der Art der Arbeiten bestehen. Verfolgen wir dies wieder im einzelnen:

Von den Gesamtkosten für Maler entfallen nach den Anschreibungen der 14 Städte durchschnittlich auf

Anstrich mit Leimfarbe	17,0 v. H.
Anstrich mit Ölfarbe auf Putz	13,5 v. H.
Anstrich mit Ölfarbe auf innere Holzflächen	29,3 v. H.
Anstrich mit Ölfarbe auf äußere Holzflächen	11,2 v. H.
Anstrich mit Ölfarbe auf Holzfußböden	29,0 v. H.

Hierbei haben alle Städte die Flächen aus dem Mengenschema zugrunde gelegt. Der Anstrich mit Leimfarbe auf 1300 qm kostet in 4 Städten zwischen 400—500 DM, in 7 Städten zwischen 500 bis 600 DM, in 2 Städten 650 DM und schließlich in Kiel 364 DM. Kiel bemerkt dazu: „nicht gemustert, einfarbig“. Welche Unterschiede in der Ausführung sonst noch bestehen, ist wenig ersichtlich. Ob neue innere Putzflächen vorgeleimt werden, wie es in dem Muster-Erhebungsbogen heißt, wird nirgends gesagt. Je qm werden in Kiel 28, in Karlsruhe und Nürnberg 32, in Stuttgart und Berlin 37, in 7 Fällen zwischen 40 und 46 und in Hannover und Köln 50 Pfg. verrechnet. Der Anstrich mit Ölfarbe (oder gleichwertigem Ersatz) auf Putz kommt wohl nur selten vor; in Betracht kann er für Küche oder Treppenhaus kommen. Die Berichtsstädte bringen aber ausnahmslos Preisnotierungen. Diese schwanken zwischen den 14 Städten bei 1,40 DM und 3,45 DM. Es ist in keiner Weise ersichtlich, woher diese großen Unterschiede kommen, auch nicht aus vereinzelten Anmerkungen, daß es sich um Leimfarbe oder um ölsynthetische Ersatzfarbe oder reine Ölfarbe handele. Wird mancherorts etwa nur einmal statt zweimal „gut deckend“ gestrichen?

Von größerer praktischer Bedeutung ist der Ölfarbenanstrich auf inneren Holzflächen (Fenster, Türen usw.). Ölsynthetische Ersatzfarben bringt nur Kiel ausdrücklich in Ansatz und hat wohl deshalb mit 1,85 je qm den niedrigsten Preis. Vielleicht bezieht sich auch der Berliner Preis auf Ersatzfarbe, denn Berlin steht mit 2,18 DM ausnahmsweise an zweiter Stelle von unten. Im allgemeinen liegen die Preise mehr bei 3 DM. Köln (4,25), Hannover (4,00), München (3,75) bilden die oberen Spitzen.

Für den Ölfarbenanstrich auf äußeren Holzflächen (Fensterrahmen) sieht das Mengenschema 100 qm vor (gegen 300 qm innere Holzflächen). Die Preise für die Außenarbeit werden in Hamburg (2,75 DM) und in Stuttgart (3,10/3,20 DM) gleich oder so gut wie gleich gesetzt. Sonst kostet 1 qm außen meistens 15—25 v. H. mehr als innen; Bremen und Karlsruhe schlagen sogar etwa 45 v. H. auf (2,60 : 3,80; 2,80 : 4,00 DM).

Der Anstrich auf Holzfußböden — es ist an Fußbodenlackfarbe gedacht — ist nicht mehr allgemein üblich; jedenfalls kennt man in Hamburg nur noch geölte, helle Fußböden. Preise für den Fußbodenanstrich werden aber überall verzeichnet, meist zwischen 2,00—2,60 DM. Kiel notiert für „farblos“ (vielleicht ist aber das Ölen gemeint) 1,51

je qm, Stuttgart 1,70; zum anderen trägt Hannover 3,40 DM ein. Die Unterschiede sind im Kostenaufwand nicht ohne Belang; z. B. rückt Kiel mit 604 DM, Hamburg mit 820, Nürnberg mit 1040, Hannover mit 1360 DM in die Kostensumme ein.

Bei den Malerarbeiten ist im Mengenschema schließlich auch das Tapezieren aufgeführt, wenngleich Neubauräume im allgemeinen wohl noch nicht tapeziert werden. Die Preisangaben, die aus den 14 Städten vorliegen, in eine Beziehung zueinander zu bringen, dürfte nicht möglich sein, schon weil die Tapetenpreise je nach Muster und Qualität besonders unterschiedlich sind. Offenbar wird zumeist eine mittlere Qualität eingesetzt, aber das ist ja auch relativ. Kiel hilft sich damit, daß es nur das Tapezieren auf Streichmakulatur in Ansatz bringt (also die Tapete selbst draußen läßt); so steht Kiel mit dem niedrigsten Betrag von 232,80 DM da, während Hamburg 592,80 DM einschl. Tapeten ausweist. Wenn dies auch die Spitzen nach oben und unten sind, so liegen doch die anderen Zahlen ebenfalls durcheinander. Essen kommt z. B. für Tapezieren mit Fondtapeten mittlerer Qualität (Rolle 2,27 DM) auf 272,40, Köln auf 564 DM (Rolle 4,70 DM). Bei diesen Beispielen mag es sein Bewenden haben.

Bringt man die oft stark differierenden Kosten für die einzelnen Malerarbeiten und das Tapezieren zur Addition, dann schließt zuunterst Kiel mit 2290 DM, zuoberst Hannover mit 4774 DM, also um 108 v. H. höher ab. Zwischen Kiel und der nächsten Stadt in der Reihe — das ist diesmal West-Berlin — besteht allerdings der verhältnismäßig große Abstand von 600 DM. Dann folgt mit 3176

Stuttgart. Zwischen 3000 und 4000 DM verdichtet sich die Reihe; hier stehen 9 Städte. Nur bei drei Berichtsstädten geht die Summe über 4000 DM hinaus.

Linoleumbelag:

Dies ist eine kleine Position im Kostenbild, die keine großen Preisunterschiede aufweist; oft werden sie zudem durch Frachtbelastungen verursacht sein. Der Aufwand liegt zwischen 300 und 400 DM, etwas darüber liegt nur Berlin, wo das Linoleumlegen je qm 14,65 DM kostet, gegen 10 DM in Nürnberg und München und etwa 12—13 DM in allen übrigen Städten.

Damit ist die Betrachtung der Ausbaurbeiten beendet. Was sich in der Gesamtsumme jeweils für die 14 Städte ergibt, ist am Ende der Übersicht 13 vorgeführt.

Kosten für Planung und Bauleitung, baupolizeiliche Gebühren, Zinskosten

Die Aufwendungen für Baustoffe, Löhne zuzüglich Unternehmerzuschläge, Erdabfuhr und für fertige Einzelarbeiten bilden die sog. *Bausumme*. Sie ist die Bezugsgröße für die Kosten der Planung und Bauleitung (Architektengebühren), die Zinskosten für kurzfristige Kredite zur Herstellung des Hauses und zumeist auch die Basis für die Berechnung der baupolizeilichen Gebühren.

Über die Bausummen, die Architektengebühren, die Gebühren der Baupolizei und die Zinskosten unterrichtet Übersicht 14:

Übersicht 14

Städte	Bausumme für das „Indexhaus“ DM	Planung und Bauleitung		Baupolizeiliche Gebührensätze		Zinsen für Baugeld des Bauherrn in Höhe von 40 v. H. der Bausumme auf 6 Monate		
		in v. H. der Bausumme	DM	in v. H. der Bausumme	DM	Kreditbetrag (40 v. H. der Bausumme) DM	Jahreszinssatz %	Zinsen DM
1. Düsseldorf . . .	89 155	5,8	5 126	0,5	481	35 662	6,0	1 070
2. Stuttgart . . .	91 219	8,5	7 754	0,6	547	36 488	10,0	1 824
3. Kiel	91 441	5,6	5 148	.	285	36 577	12,0	2 195
4. Karlsruhe . . .	91 470	6,5	5 946	0,3	274	36 588	9,5	1 738
5. Bremen	91 555	7,5	6 867	0,4	366	36 622	10,0	1 831
6. Frankfurt . . .	92 476	8,5	7 860	.	285	36 990	10,0	1 850
7. Nürnberg . . .	93 493	7,5	7 012	0,3	280	37 397	10,5	1 963
8. Lübeck	93 848	5,6	5 218	.	285	37 539	12,0	2 252
9. Hannover . . .	94 269	7,0	6 599	0,4	377	37 708	11,0	2 074
10. Köln	95 988	4,7	4 473	0,6	595	38 395	6,0	1 152
11. Essen	96 330	5,8	5 539	0,5	433	38 532	11,0	2 119
12. Hamburg . . .	97 161	7,2	6 996	0,5	486	38 864	12,0	2 332
13. München . . .	101 390	6,0	6 083	0,3	304	40 556	10,5	2 129
14. West-Berlin .	108 793	7,3	7 980	.	265	43 517	9,4	2 045

In den Bausummen gleicht sich manches aus, was bei den Baukostenelementen durcheinanderging. 4 Berichtsstädte liegen mit rd. 91 500 DM sogar ganz nah beieinander, weiter aufwärts sind es meist Abstände zwischen 500 bis 1000 DM, und an der oberen Spitze geht es sprunghaft in die Höhe. Düsseldorf behauptet den unteren Platz; Berlin übersteigt Düsseldorf um 22 v. H.

Zu den Bausummen treten aber noch durchschnittlich 9 v. H. hinzu, bis die Indexberechnung mit den Gesamtbaukosten abschließt, und zwar

durchschnittlich 6,1 v. H. für die Leistung der Architekten, 0,4 v. H. für die Gebühren der Baupolizei und 1,8 v. H. als Zinskosten für kurzfristige Kredite. Hier gibt es bei den einzelnen Städten wieder nennenswerte Unterschiede, vor allem in dem v. H.-Satz der Kosten für Planung und Bauleitung, so daß letzten Endes die Gesamtbaukosten anders differieren als die Bausummen.

Für die Architektengebühren gilt für das Bundesgebiet die Verordnung PR Nr. 66/50 vom 13. Oktober 1950. Ihr kompliziertes System unter-

scheidet u. a. nach Bauklassen, nach Kostenanschlagsummen und nach dem Leistungsumfang der Architekten. Welche Sätze aus der Gebührenordnung in die Indexberechnung einzusetzen sind, wird wohl in allen Städten von den Bauämtern festgestellt, und zwar auf Grund ihrer Erfahrungen im öffentlich finanzierten Wohnungsbau.

Insbesondere sind die Architektengebühren nach Kostenanschlagstufen gestaffelt. In der Bauklasse III z. B. (Wohnbauten mit mittlerem Ausbau) betragen die Sätze, woraus sich die einzelnen Leistungsentgelte letztlich errechnen, bei einem Anschlag von 100 000 DM 5,9 v. H., bei 200 000 DM 5,5 v. H., bei 500 000 DM 4,8 v. H. der Anschlagsummen. Es ist danach von Bedeutung, ob die Gebühren nur auf ein Reihenhaus (das einzelne „Indexhaus“) oder auf größere Baureihen bezogen werden, wie sie für den sozialen Wohnungsbau charakteristisch sind. Offenbar wird in dieser wie wohl auch in anderer Beziehung (Leistungsumfang usw.) verschieden verfahren. Köln meldet z. B. 4,66 v. H., andererseits Frankfurt 8,5 v. H. Zumeist liegen die gemeldeten Sätze zwischen 6 und 7 v. H.

Die baupolizeilichen Gebühren sind in der Größenordnung nicht wesentlich. Stuttgart und Köln haben mit 0,6 v. H. der Bausummen den höchsten Gebührensatz, Düsseldorf und Hamburg schließen sich mit 0,5 v. H. an. Der Durchschnitt liegt, wie schon früher gesagt, bei 0,4.

Zinsen sind indexmäßig nur insoweit aufgenommen, als es sich um kurzfristige Kredite für die Bauherstellung handelt; es wird angenommen, daß 40 v. H. der Bausumme für 6 Monate auf dem Kreditwege hereingeholt werden müssen. Mit der eigentlichen (langfristigen) Finanzierung des Wohnungsbaus hat dies nichts zu tun, auch nichts mit der Verzinsung des Eigenkapitals des Bauausführenden (fiktiv also 60 v. H. der Bausumme), die in den Unkostenzuschlägen zu den Bauarbeiterlöhnen zu verrechnen ist.

Die im Mengenschema enthaltene Fixierung des kurzfristigen Kapitalbedarfs auf 40 v. H. der Bausumme für 6 Monate wird von allen Berichtsstädten als Kreditvolumen bei der Berechnung des Zinsaufwandes übernommen. Diese Gleichförmigkeit ist natürlich nur eine formale; wie es in Wirklichkeit liegt, muß dahingestellt bleiben. Hier kommt es auf die Zinssätze an. 7 Städte melden Jahreszinssätze von etwa 9,5—10,5 v. H., 5 Städte einen Zinsfuß von 11 oder 12 v. H. 2 Städte, Düsseldorf und Köln, fallen mit nur 6 v. H. ganz aus dem Rahmen. Hier dürfte es sich aber nicht, wie bei den anderen Städten, um Kapitalmarktmittel, sondern vielleicht um Kredite aus öffentlichen Mitteln handeln. Die Frage im Indexschema scheint sich jedoch auf den Kapitalmarkt zu beziehen.

Schlußbetrachtung

Nachdem so eingehend, wie es uns möglich war, untersucht worden ist, was in den 14 Städten für die Lieferungen und Leistungen veranschlagt wird und welche Bewandnis grobe Unterschiede haben könnten, sehen wir uns nun davor gestellt, auf die

Frage im Thema zu antworten. Lassen sich die Wohnungsbaukosten zwischenörtlich vergleichen? Lassen sie sich vergleichen auf dem Boden der absoluten Zahlen, die zur Preisindexziffer der Baukosten führen. Daß die Preisindexziffer selber hierfür nicht geeignet und gedacht ist, dürfte genügend hervorgetreten sein. Sie ist eine Meßziffer der Preisbewegung und zeichnet nur auf, ob und in welcher Relation sich die (nach außen ungenannt bleibenden) Kosten von Stichtag zu Stichtag verschoben haben, oder — bei regionalem Vergleich — ob die Kosten in der einen Stadt verhältnismäßig mehr gestiegen oder zeitweise gesunken sind als in der anderen. Darauf kam es hier bekanntlich nicht an. Hier waren die Aufwandssummen und ihre Zusammensetzung zu behandeln, um daraus schließen zu können, wie hoch, in DM-Beträgen ausgedrückt, die Kosten für das gleiche Bauvorhaben z. B. in Kiel, Essen, München oder Hamburg sind. Läßt sich nicht beides miteinander verbinden? Grundsätzlich — ja, denn Preisbewegungsstatistik und Kostenstatistik gründen sich im einzelnen wie im ganzen auf die gleichen bauwirtschaftlichen Tatsachen. Dies mag sich in der statistischen Praxis verwischt haben, weil die Berechnung der Preisbewegungsziffer allein im Vordergrund gestanden hat. Der Meßziffer des Preisverlaufs ist es weniger abträglich als dem Kostenvergleich, daß das „Mengenschema“, das unverändert seit dem Jahre 1933 gilt, in vielerlei Hinsicht überholt ist und daß überhaupt nicht genügend detaillierte Leistungsumschreibungen gegeben sind. Aber auch die Preisbewegungsziffer kann auf die Dauer exakte und zeitgemäße Grundlagen nicht entbehren. Das Mengenschema und der das Schema ergänzende Musterbogen, der, gleichfalls unverändert, auf das Jahr 1935 zurückgeht, sind dringend reformbedürftig.

Die Reform der statistischen Grundlagen für die Preis- und Kostenerhebung am Baumarkt kann selbstverständlich nicht um einer „Einheitlichkeit“ wegen an den örtlichen Baugewohnheiten vorübergehen, sie würde sonst in eine unwirkliche Konstruktion ausmünden. Es gibt aber wahrscheinlich an Zahl mehr allorts gleichförmige Bauleistungen, als es nach dem buntscheckigen Bild, das vor uns abgerollt ist, den Anschein hat. Denn offenbar sind in den Preiserhebungen die Baukostenelemente häufiger variiert worden, als es die regionale Baupraxis in ihrer vorherrschenden Form rechtfertigt. Die Variationen lassen sich vielleicht verringern, ohne daß man den örtlichen Verhältnissen Gewalt antut. Dann könnte es sich erweisen, daß für einen ausschlaggebenden Teil der Gesamtbaukosten volle Vergleichbarkeit von Stadt zu Stadt erzielbar ist. Gewiß, es bleibt ein Rest, der örtlich differenziert ist. Er könnte aber ebenfalls in die Vergleichsrechnung aufgenommen werden, vorausgesetzt, daß er ausreichend kommentiert wird; denn die verbleibenden Unterschiede wären eben die effektiven. So zu sondieren nach absolut und bedingt Vergleichbarem, hieße auch die Indexziffer der Preisbewegung fester unterbauen.

Dr. Urban

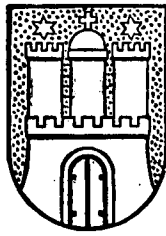
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 15. November 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 35



INHALT: 1. Die Unternehmungen in Hamburg nach der Arbeitsstättenzählung 1950
2. Die Rechtsformen der Hamburger Unternehmungen

Die Unternehmungen in Hamburg nach der Arbeitsstättenzählung 1950

Nachdem in den bisherigen Veröffentlichungen der Arbeitsstättenzählung die Arbeitsstätten stets als örtliche Einheiten mit den darin beschäftigten Personen dargestellt wurden, sollen jetzt die Unternehmungen als Wirtschaftseinheiten behandelt werden. Die Aufbereitung des Arbeitsstättenmaterials nach Wirtschaftseinheiten gibt ein Bild über die Zahl der Unternehmungen, die in Hamburg ansässig sind. Wie bereits in Heft 23/51 erwähnt wurde, ist die Wirtschaftseinheit gleichbedeutend mit dem juristischen Begriff der Firma. Darüber hinausgehende konzernmäßige Verflechtungen konnten nicht berücksichtigt werden, weil die Zählung nach klar erkennbaren Merkmalen aufbereitet werden mußte. Als Wirtschaftseinheit gilt demzufolge jede einzige Niederlassung, sodann jede mehrgliedrige Unternehmung mit ihren Haupt- und Zweigniederlassungen. Als Zweigniederlassung wurde hierbei jeder örtlich getrennte Betriebsteil, jedes örtlich getrennliegende Verwaltungsbüro, jede Filiale usw. angesehen. Die Zahl der Unternehmungen ist, weil eine Firma mehrere Zweigniederlassungen bzw. örtlich getrennliegende Betriebsteile umfassen kann, zwangsläufig geringer als die Zahl der Arbeitsstätten (örtliche Einheiten). Insgesamt wurden in Hamburg 88 539 Wirtschaftseinheiten gezählt, während 95 230¹⁾ örtliche Einheiten ermittelt wurden. Auf 100 örtliche Einheiten kommen demnach nur 92,97 Wirtschaftseinheiten. Die Zahl der Gesamtbeschäftigten dieser Unternehmungen, die in Hamburg ihren Hauptsitz bzw. ihre Leitung haben, betrug 667 644 Personen. Diese Zahl ist um 61 538 Personen oder 10,15 v. H. größer als die Beschäftigtenzahl der in Hamburg gelegenen Arbeitsstätten.¹⁾

Diese, für die Gesamtheit der Beschäftigten geltende Relation zwischen Unternehmungen und Arbeitsstätten, schwankt stark in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsgruppen. Je nach dem Grad der Dezentralisierung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sind mehr oder weniger große Abweichungen zu verzeichnen. Die Wirtschaftseinheiten können, da es sich um Haupt- und Zweigniederlassungen handelt, die verschiedensten Gewerbegruppen in sich vereinigen. So haben manche großen Handelsfirmen mit Kraftfahrzeugen örtlich getrennliegende Reparaturwerkstätten aufzuweisen. Ferner ist die Kombination zwischen Groß- und Einzelhandel häufiger gegeben.

Der Unterschied in der Personenzahl zwischen den Wirtschaftseinheiten und den örtlichen Einheiten beruht auch darauf, daß ein Teil des Personals der in Hamburg gezählten Unternehmungen in den Zweigniederlassungen beschäftigt ist, die außerhalb Hamburgs gelegen sind und deshalb bei der Zählung nach örtlichen Einheiten nicht hier, sondern am Ort der Niederlassung erfaßt wurden. In manchen Fällen ist das in den auswärtigen Zweigniederlassungen beschäftigte Personal weit zahlreicher als das der Hauptniederlassungen; andererseits fallen bei der Zählung nach Wirtschaftseinheiten alle in Hamburg gelegenen gewerblichen Niederlassungen fort, die Zweigniederlassungen außerhamburgischer Unternehmungen sind. Die mehrgliedrigen Unternehmungen greifen mit anderen Worten mit ihren Zweigniederlassungen teilweise über den hamburgischen Raum hinaus,

¹⁾ Ohne Bundespost und Bundesbahn (Gr. 81 und 82), Öffentliche Verwaltung (Gr. 91), Sozialversicherung (Gr. 98), Verwaltungsdienst der Schifffahrt, des Wasserstraßen- und Hafenesens (Kl. 8510) sowie der Ämter der Gesundheitspflege und des Veterinärwesens (Kl. 9910 und 9931).

andererseits sind jedoch auch Zweigniederlassungen auswärtiger Unternehmungen in Hamburg gelegen. Insgesamt bleibt jedoch festzustellen, daß das Hinübergreifen der Hamburger Firmen in die übrigen Länder der Bundesrepublik von größerer Bedeu-

tung ist, als das Herübergreifen der außerhalb Hamburgs gelegenen Unternehmungen in das hamburgische Staatsgebiet.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ergibt sich folgende Situation:

Übersicht 1

Abteilungen	Wirtschaftseinheiten ¹⁾				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) ¹⁾				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen ... Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	Beschäftigte in den Arbeitsstätten kommen ... Beschäftigte in den Unternehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.			
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	496	0,56	2 294	0,34	561	0,59	2 473	0,41	88,41	92,76
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen u. Erden; Energiewirtschaft	258	0,29	32 773	4,91	428	0,45	12 727	2,10	60,28	257,51
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	3 919	5,28	87 311	13,55	4 340	4,56	83 258	13,74	107,60	108,69
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	13 465	15,03	152 446	22,78	14 183	14,89	133 499	22,02	93,85	113,92
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	6 493	6,66	62 816	8,99	6 727	7,06	64 108	10,58	87,65	93,58
6 Handel, Geld- u. Versicherungswesen	39 943	45,34	185 701	27,98	43 225	45,39	166 328	27,44	92,87	112,31
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	10 346	10,99	42 403	6,00	10 749	11,29	41 640	6,87	90,56	96,26
8 Verkehrswirtschaft	5 613	6,75	46 949	7,23	6 767	7,11	47 441	7,83	88,27	101,70
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	8 006	9,10	54 951	8,22	8 250	8,66	54 632	9,01	97,68	100,43
Insgesamt	88 539	100	667 644	100	95 230	100	606 106	100	92,97	110,15

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Seite 391.

Nachstehend sei der unterschiedliche Grad der Filialbildung in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und Gruppen näher dargestellt.

Der nichtlandwirtschaftliche Bereich der Wirtschaftsabteilung 0

In dem nichtlandwirtschaftlichen Bereich der Wirtschaftsabteilung 0 (nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei) entfielen auf 100 Arbeitsstätten 88,41 Unternehmungen; die Dezentralisierung bzw. Filialbildung ist also in diesem Bereich relativ gering. **Am stärksten ist die Dezentralisierung in der Hochsee- und Küstenfischerei (Gr. 08)**, denn hier kamen auf 100 Arbeitsstätten nur 72,45 Unternehmungen (siehe Übersicht 2). Zur letzten Spalte der Übersicht 2 ist zu sagen: Der Grad der Verflechtung mit den außerhamburgischen Gebieten kommt durch die Relation der Beschäftigten in den Arbeitsstätten zu der Beschäftigtenzahl in den Unternehmungen zum Ausdruck. Unterstellt man den theoretischen Fall, daß die Hamburger Firmen keine Niederlassungen außerhalb Hamburgs haben

und auswärtige Firmen keine Niederlassungen in Hamburg, würden die Beschäftigten in den Arbeitsstätten und in den Hamburger Unternehmungen genau gleich sein. Diese Gleichheit wäre ferner auch noch gegeben, wenn in den Filialen auswärtiger Firmen in Hamburg genau soviel Personen beschäftigt wären, wie in den auswärtigen Filialen von Hamburger Firmen. Es würden dann beispielsweise auf 100 Beschäftigte der Hamburger Arbeitsstätten 100 Beschäftigte der Hamburger Unternehmungen entfallen. Sinkt nun aber diese Beziehungsziffer unter 100, besagt dies, daß in den in Hamburg gelegenen Zweigniederlassungen von auswärtigen Unternehmungen mehr Personen tätig sind als in den Filialen von Hamburger Firmen in den außerhamburgischen Gebieten. Steigt die Beziehungsziffer über 100 ist die Situation umgekehrt.

In der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei, Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei zeigt sich, daß auf 100 Beschäftigte der Arbeitsstätten 92,76 beschäftigte Personen der Unternehmungen entfallen; hier sind also per Saldo mehr Personen in Zweigniederlassungen auswärtiger Unternehmungen tätig.

Übersicht 2

Abteilung 0 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen ... Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	Beschäftigte in den Arbeitsstätten kommen ... Beschäftigte in den Unternehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
0 Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei u. Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	496	100	2 294	100	561	100	2 473	100	88,41	92,76
davon:										
06 Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei und Sämereiwirtschaft	244	49,19	800	34,87	250	44,56	818	33,08	97,60	97,80
07 Nichtlandwirtschaftl. Tierzucht	110	22,18	192	8,37	115	20,50	191	7,72	95,65	100,52
08 Hochsee- und Küstenfischerei	142	28,63	1 302	56,76	196	34,94	1 464	59,20	72,45	88,93

Wirtschaftsabteilung 1

— Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft —

Im Bergbau, in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie in der Energiewirtschaft ist die Dezentralisierung bei den einzelnen Unternehmungen größer als im nichtlandwirtschaftlichen Bereich der Wirtschaftsabteilung 0. Auf 100 Arbeitsstätten

kommen insgesamt gesehen nur 60,28 Unternehmungen. Ferner zeigt sich, daß auf 100 Beschäftigte der Arbeitsstätten 257,51 Beschäftigte der einzelnen Unternehmungen entfallen. Dies bedeutet, daß die **eigentliche Produktion zum größten Teil außerhalb Hamburgs liegt**. Sehr stark ist dies in der Gruppe 15 (sonstiger Bergbau einschl. Erdöl-, Bernstein- und Torfgewinnung) der Fall.

Übersicht 3

Abteilung 1 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen ... Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	Beschäftigte in den Arbeitsstätten kommen ... Beschäftigte in den Unternehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
1 Bergbau, Gew. u. Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft	258	100	32 773	100	428	100	12 727	100	60,28	257,51
davon:										
11 Steinkohlenbergbau	1	0,39	242	0,74	4	0,94	242	1,90	25,00	100,00
15 Sonst. Bergbau (einschl. Erdöl-, Bernstein- u. Torfgewinnung)	5	1,94	16 024	48,89	13	3,04	791	6,22	38,46	2025,79
17 Gew. u. Verarbeitung v. Steinen, Erden und grobkeram. Erzeugnissen	247	95,73	5 083	15,51	311	72,66	3 645	28,64	79,42	139,45
19 Energiewirtschaft	5	1,94	11 424	34,86	100	23,36	8 049	63,24	5,00	141,93

Wirtschaftsabteilung 2

— Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung —

In der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung ist die Filialbildung insgesamt gesehen, relativ gering, denn auf 100 Arbeitsstätten kommen 90,3 Unternehmungen. In den einzelnen Wirtschaftsgruppen ist die Situation unter-

schiedlich. Am stärksten ist die Dezentralisierung in der Eisen- und Stahlindustrie (Gr. 21) und am schwächsten im Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren-Gewerbe (Gr. 29) ausgeprägt. **Die Verflechtung mit außerhamburgischen Gebieten ist besonders im Schiffbau (Gr. 25) hervorzuheben**. Im einzelnen gibt die folgende Übersicht Aufschluß.

Übersicht 4

Abteilung 2 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen... Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	Beschäftigte in den Arbeitsstätten kommen... Beschäftigte in den Unternehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.			
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	3 919	100	87 311	100	4 340	100	83 258	100	90,30	104,87
davon:										
21 Eisen- und Stahlindustrie	25	0,64	1 145	1,31	38	0,88	1 374	1,65	65,79	83,33
22 NE-Metallindustrie	35	0,89	3 224	3,69	44	1,01	3 457	4,15	79,55	93,26
23 Stahlbau	185	4,72	7 270	8,33	208	4,79	6 392	7,68	88,94	113,74
24 Maschinenbau	593	15,13	20 786	23,81	709	16,34	19 249	23,12	83,64	107,98
25 Schiffbau	139	3,55	21 148	24,22	162	3,73	14 707	17,66	85,80	143,80
26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	750	19,14	7 579	8,68	790	18,20	8 504	10,21	94,94	89,12
27 Elektrotechnik	423	10,79	12 123	13,88	530	12,21	14 684	17,64	79,81	82,56
28 Feinmechanik und Optik	591	15,08	3 263	3,74	629	14,50	3 580	4,30	93,96	91,15
29 Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	1 178	30,06	10 773	12,34	1 230	28,34	11 311	13,59	95,77	95,24

Wirtschaftsabteilung 3/4

— Verarbeitendes Gewerbe ohne Eisen- und Metallverarbeitung —

Die Wirtschaftsabteilung 3/4 weist, was die Gesamtzahl anbetrifft, eine noch geringere Dezentralisierung auf als die Wirtschaftsabteilung 2; dies ist

auf den relativ starken Handwerkeranteil in dieser Wirtschaftsabteilung zurückzuführen. Auf 100 Arbeitsstätten des verarbeitenden Gewerbes entfielen rund 95 Unternehmungen. Das Verhältnis von Arbeitsstätten zu Unternehmungen ist naturgemäß in den einzelnen Wirtschaftsgruppen unterschiedlich. In der Chemischen Indu-

Übersicht 5

Abteilung 3/4 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen... Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	Beschäftigte in den Arbeitsstätten kommen... Beschäftigte in den Unternehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.			
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarbeitung)	13 465	100	152 446	100	14 183	100	133 499	100	94,94	114,19
davon:										
31 Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie	19	0,14	7 008	4,60	59	0,42	5 749	4,31	32,20	121,90
32 Chemische Industrie	494	3,67	16 882	11,07	671	4,73	13 954	10,45	73,62	120,98
34 Kunststoffverarbeitung	32	0,24	738	0,48	34	0,24	736	0,55	94,12	100,27
35 Gummi- u. Asbestverarbeitung	82	0,61	10 959	7,19	103	0,73	10 920	8,18	79,61	100,36
36 Feinkeramische u. Glasindustrie	121	0,90	3 257	2,14	129	0,91	1 406	1,05	93,80	231,65
37 Sägerei und Holzbearbeitung	46	0,34	1 541	1,01	51	0,36	1 292	0,97	90,20	119,27
38 Holzverarbeitung	2 349	17,45	12 941	8,49	2 435	17,17	12 691	9,51	96,47	101,97
39 Papierherzeugung und -verarbeitung, Druckereigewerbe	669	4,97	13 976	9,17	709	5,00	12 946	9,70	94,36	107,96
41 Lederherzeugung u. -verarbeitung	1584	11,76	4 638	3,04	1 624	11,45	3 742	2,80	97,54	123,94
42 Textilgewerbe	419	3,11	10 733	7,04	451	3,18	7 697	5,77	92,90	139,44
43 Bekleidungs-gewerbe	4 428	32,89	18 122	11,89	4 476	31,56	17 866	13,38	98,93	101,43
44 Herstellg. v. Musikinstrumenten, Spielwaren, Turn- u. Sportger., Schmuckwaren und Bearbeitung von Edelsteinen	278	2,06	925	0,61	287	2,02	886	0,66	96,86	104,40
45 Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- u. Futtermittelindustrie, Bäckerei- u. Süßwarengewerbe	1 111	8,25	16 237	10,65	1 182	8,33	16 596	12,43	93,99	97,84
46 Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speiseöl- und Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	1 350	10,03	19 700	12,92	1 397	9,85	15 524	11,63	96,64	126,90
47 Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee- u. Teeverarbeitung, Herstellung v. Gewürzen u. ä., Eisgewinnung und Kühlhäuser	173	1,28	4 663	3,06	209	1,47	3 834	2,87	82,78	121,62
48 Getränkeherstellung	198	1,47	4 512	2,96	221	1,56	3 899	2,92	89,59	115,72
49 Tabakwarenherstellung	112	0,83	5 614	3,68	145	1,02	3 761	2,82	77,24	149,27

strie (Gr. 32) entfielen die wenigsten Unternehmungen auf je 100 Arbeitsstätten (73,6). Die größte Zahl an Unternehmungen je 100 Arbeitsstätten ist im Bekleidungs-gewerbe (98,9) gegeben. Je nach der Bedeutung der Handwerks-tätigkeit in den einzelnen Wirtschaftsgruppen ist die Filialbildung größer oder geringer. Eine völlige Ausnahme bildet die Mineralöl-verarbeitung und Kohlenwertstoff-industrie (Gr. 31), in der auf 100 Arbeitsstätten 32,3 Unternehmungen entfielen.

Ein Vergleich der Beschäftigten in den Unternehmungen einerseits und in den Arbeitsstätten andererseits zeigt, mit Ausnahme des Mühlen-gewerbes, der Nahrungsmittel-, Stärke- und Futter-mittel-Industrie, der Bäckerei und des Süßwaren-gewerbes (Gr. 45) in allen Gewerbegruppen höhere Beschäftigtenzahlen in den Unternehmungen. In diesen Wirtschaftsgruppen sind also in außerhalb Hamburgs gelegenen Filialen mehr Personen be-

schäftigt als in den Filialen auswärtiger Firmen in Hamburg. In besonderem Maße ist in der Fein-keramischen und Glasindustrie (Gr. 36) eine Filial-bildung in außerhamburgischen Gebieten zu ver-zeichnen.

Wirtschaftsabteilung 5

— Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe —

Auch im Baugewerbe ist die Filialbildung natur-gemäß gering. Auf 100 Arbeitsstätten entfielen im Durchschnitt 96,5 Unternehmungen. Vergleicht man die Beschäftigtenzahlen in den Arbeitsstätten und Unternehmungen, so zeigt sich, daß mit Ausnahme des Ausbau- und Bauhilfsgewerbes (Gr. 57 u. 59) mehr Beschäftigte in den Arbeitsstätten tätig sind als in den Unternehmungen. In den Hamburger Arbeitsstätten auswärtiger Unternehmungen sind also mehr Beschäftigte tätig als in den Filialen von Hamburger Firmen außerhalb des hamburgischen Staatsgebietes.

Übersicht 6

Abteilung 5 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeits- stätten (örtl. Einheiten) kommen ... Unter- nehmungen (Wirtschafts- einheiten)	Beschäftigte in den Arbeits- stätten kommen ... Beschäftigte in den Unter- nehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	6 493	100	62 816	100	6 727	100	64 108	100	96,52	97,98
davon:										
51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	2 188	33,70	39 387	62,70	2 355	35,01	40 518	63,20	92,91	97,21
55 Zimmerei und Dachdeckerei	497	7,66	4 549	7,24	509	7,57	4 588	7,16	97,64	99,15
56 Bauinstallation	1 480	22,79	7 843	12,49	1 507	22,40	8 034	12,53	98,21	97,62
57 Ausbaugewerbe	2 168	33,39	10 548	16,79	2 195	32,63	10 495	16,37	98,77	100,51
59 Bauhilfsgewerbe	160	2,46	489	0,78	161	2,39	473	0,74	99,38	103,38

Wirtschaftsabteilung 6

— Handel, Geld- und Versicherungswesen —

Im Ein- und Ausfuhrhandel (Gr. 61), Binnengroßhandel und Verlagswesen (Gr. 62/63) sowie im Ein-

zelhandel (Gr. 64) entfielen auf 100 Arbeitsstätten 91—92 Unternehmungen. Im Geld-, Bank- und

Übersicht 7

Abteilung 6 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeits- stätten (örtl. Einheiten) kommen ... Unter- nehmungen (Wirtschafts- einheiten)	Beschäftigte in den Arbeits- stätten kommen ... Beschäftigte in den Unter- nehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	39 943	100	185 701	100	43 225	100	166 328	100	92,41	111,65
davon:										
61 Ein- und Ausfuhrhandel	1 922	4,81	15 226	8,20	2 084	4,82	14 695	8,83	92,23	103,61
62/63 Binnengroßhandel und Verlagswesen	7 355	18,41	59 243	31,90	8 022	18,56	48 898	29,40	91,69	121,16
64 Einzelhandel	20 158	50,47	72 545	39,07	22 125	51,19	64 913	39,03	91,11	111,76
67 Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih	10 168	25,46	22 845	12,30	10 406	24,07	25 125	15,10	97,71	90,93
68 Geld-, Bank- u. Börsenwesen	280	0,70	8 740	4,71	499	1,15	8 213	4,94	56,11	106,42
69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)	60	0,15	7 102	3,82	89	0,21	4 484	2,70	67,42	158,39

Börsenwesen (Gr. 68) kamen dagegen auf 100 Arbeitsstätten 56, im Versicherungswesen (Gr. 69) 67 und bei den Handelsvertretungen (Gr. 67) 98 Unternehmungen. Die Filialbildung ist also im Geld-, Banken-, Börsen- und Versicherungswesen relativ groß. Ferner zeigt sich, daß die Hamburger Filialen in außerhamburgischen Gebieten eine größere Rolle spielen als die Filialen auswärtiger Firmen in Hamburg. Eine Ausnahme bilden lediglich die Handelsvertretungen, wie vorstehende Übersicht zeigt.

Wirtschaftsabteilung 7

— Private Dienstleistungen —

Bei den Dienstleistungen im privaten Interesse ist die Dezentralisierung gering. Die Verflechtung mit außerhamburgischen Gebieten ist ebenfalls nicht besonders groß. Hervorzuheben wären nur die Korrespondenz-, Nachrichten- und Übersetzungsbüros (Gr. 75) sowie Film, Rundfunk, Theater usw. (Gr. 73), wo in außerhalb Hamburgs gelegenen Zweigniederlassungen relativ viele Personen tätig sind.

Übersicht 8

Abteilung 7 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen... Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	Beschäftigte in den Arbeitsstätten kommen... Beschäftigte in den Unternehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	10 346	100	42 403	100	10 749	100	41 640	100	96,25	101,83
davon:										
71 Wohnungs- und Grundstücks- wesen; Vermögensverwaltung	263	2,54	1 862	4,39	318	2,96	1 970	4,73	82,70	94,52
72 Gaststättenwesen	3 392	32,79	15 896	37,49	3 515	32,70	16 169	38,83	96,50	98,31
73 Kunst, priv. Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung	2 328	22,50	8 711	20,54	2 393	22,26	7 716	18,53	97,28	112,90
74 Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten	213	2,06	641	1,51	235	2,19	971	2,33	90,64	66,01
75 Korrespondenz-, Nachrichten-, Übersetzungsbüros	507	4,90	1 431	3,38	516	4,80	1 066	2,56	98,26	134,24
76 Fotografisches Gewerbe	374	3,61	761	1,79	382	3,55	759	1,82	97,91	100,26
77 Friseurgewerbe und Schönheits- salons	2 005	19,38	5 715	13,48	2 030	18,89	5 723	13,75	98,77	99,86
78 Übrige Dienstleistungen (ohne Abt. 9)	1 264	12,22	7 386	17,42	1 360	12,65	7 266	17,45	92,94	101,65

Wirtschaftsabteilung 8

— Verkehrswirtschaft —

In der Verkehrswirtschaft weisen vor allem die Schienenbahnen (Gr. 83) und die Schifffahrt sowie das Wasserstraßen- und Hafenwesen (Gr. 85) einen hohen Grad der Dezentralisierung auf.

Die Zählungsergebnisse 1939 und 1950

Ein Vergleich der Ergebnisse von 1939 und 1950 auf der Ebene der Wirtschaftsabteilungen macht leider einige Umformungen erforderlich, so daß die bisher angeführten Zahlen der Wirtschaftsabteilungen nicht mehr vollkommen mit den umgeformten übereinstimmen.

Übersicht 9

Abteilung 8 Gruppen	Wirtschaftseinheiten				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100	
	Zahl der				Zahl der				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen... Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	Beschäftigte in den Arbeitsstätten kommen... Beschäftigte in den Unternehmungen
	Unternehmungen		Beschäftigten		Betriebe		Beschäftigten			
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
8 Verkehrswirtschaft	5 613	100	46 949	100	6 767	100	47 441	100	82,95	98,96
davon:										
83 Schienenbahnen	13	0,23	10 907	23,23	115	1,70	9 999	21,08	11,30	109,08
84 Straßenverkehr	3 032	54,02	6 558	13,97	3 059	45,20	7 139	15,05	99,12	91,86
85 Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafenwesen	1 721	30,66	20 795	44,29	2 522	37,27	20 763	43,77	68,24	100,15
86 Luftverkehr	1	0,02	21	0,05	1	0,02	21	0,04	100,00	100,00
87 Verkehrsneben- u. Hilfgewerbe	846	15,07	8 668	18,46	1 070	15,81	9 519	20,06	79,07	91,06

Im einzelnen zeigt sich, daß der Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht werden konnte. Sowohl die Zahl der Arbeitsstätten als auch die Zahl der Unternehmungen waren im Jahre 1950 niedriger als 1939. In einzelnen Wirtschaftsabteilungen war es umgekehrt; so waren in der Wirtschaftsabt. 1 (Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft), in der Wirtschaftsabt. 2 (Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung) und im öffentlichen Dienst (Abt. 9) 1950 mehr Arbeitsstätten und Unternehmungen vorhanden als 1939. In der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei, in der Hochsee- und Küstenfischerei nahmen nur die Betriebe zu, während die Zahl der Unternehmungen geringfügig zurückging. Dies ist im wesentlichen auf die unterschiedliche Erhebungsmethode in der Fischerei zurückzuführen; 1939 zählten nur die zu einem Eigner bzw. zu einer Reederei gehörenden Schiffseinheiten einschl. des Büros an Land als eine örtliche Einheit, während 1950 jedes Schiff als eine Arbeitsstätte zählte, wenn sich dort ständig jemand an Bord befand. Diese unterschiedliche Erhebungsmethode erklärt auch das starke Ansteigen der Arbeitsstätten in der Verkehrswirtschaft (Abt. 8).

Betrachtet man die Veränderung bei den Beschäftigten, so zeigt sich eine Zunahme in der Wirtschaftsabt. 1, und zwar nahmen die Beschäftigten in den Unternehmungen stärker zu als in den Arbeitsstätten. Auch im öffentlichen Dienst (ohne die Verwaltung im engeren Sinne) ist eine Zunahme der Beschäftigten zu verzeichnen. Im verarbeitenden Gewerbe (Abt. 3/4) nahmen die Beschäftigten der Unternehmungen zu, während bei den Beschäftigten der Arbeitsstätten ein Rückgang zu verzeichnen ist.

Interessant ist die Verschiebung der Relation zwischen den Beschäftigtenzahlen in den Arbeitsstätten und in den Unternehmungen. Es zeigt sich in allen Wirtschaftsabteilungen mit Ausnahme der Wirtschaftsabteilung 0 und der Wirtschaftsabteilung 6, daß auf je 100 Beschäftigte in den Hamburger Arbeitsstätten im Jahre 1950 mehr Beschäftigte der Hamburger Unternehmungen entfallen als es 1939 der Fall war. Hieraus folgt, daß sich die wirtschaftliche Ausstrahlung Hamburgs von 1939—1950 intensiver gestaltete. Im einzelnen geben nachstehende Übersichten über die Veränderungen seit 1939 Aufschluß:

Übersicht 10a

Unternehmungen und Arbeitsstätten 1939 und 1950¹⁾

Abteilungen	Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)				Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100 Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) kommen Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	
	1939		1950		1939		1950		1939	1950
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
0 Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei u. Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	535	0,5	496	0,6	541	0,5	561	0,6	98,89	88,41
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen u. Erden; Energiewirtschaft	242	0,2	258	0,3	413	0,4	428	0,5	58,60	60,28
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	4 340	4,4	4 670	5,3	4 698	4,4	5 102	5,4	92,38	91,53
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	16 939	17,2	13 311	15,0	17 819	16,8	14 027	14,7	95,07	94,90
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	7 168	7,3	5 896	6,7	7 350	7,0	6 121	6,4	97,52	96,32
6 Handel-, Geld- und Versicherungswesen	42 992	43,6	40 142	45,3	47 256	44,7	43 425	45,6	90,98	92,44
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	14 318	14,5	9 734	11,0	14 755	13,9	10 120	10,6	97,04	96,19
8 Verkehrswirtschaft	5 217	5,3	5 973	6,7	5 802	5,5	7 142	7,5	89,92	83,63
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	6 795	7,0	8 059	9,1	7 228	6,8	8 304	8,7	94,01	97,05
Insgesamt	98 546	100	88 539	100	105 862	100	95 230	100	93,09	92,97

¹⁾ Ohne Bundespost und Bundesbahn; Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Verwaltungsdienst der Schifffahrt, des Wasserstraßen- und Hafenwesens sowie der Ämter der Gesundheitspflege und des Veterinärwesens.

Beschäftigte in den Unternehmungen und Arbeitsstätten 1939 und 1950¹⁾

Abteilungen	Beschäftigte in den Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)				Beschäftigte in den Arbeitsstätten (örtl. Einheiten)				auf 100 Beschäftigte in den Arbeits- stätten (örtl. Einheiten) kommen . . . Beschäftigte in den Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)	
	1939		1950		1939		1950		1939	1950
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
0 Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei u. Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	2 620	0,4	2 294	0,3	2 580	0,4	2 473	0,4	101,55	92,76
1 Bergbau, Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen u. Erden; Energiewirtschaft	13 990	1,9	32 773	4,9	11 332	1,6	12 727	2,1	123,46	257,51
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	106 249	14,8	90 492	13,6	117 896	16,6	86 614	14,3	90,12	104,48
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	149 609	20,8	152 086	22,8	138 002	19,5	133 140	22,0	108,41	114,23
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe	63 733	8,9	59 995	9,0	73 706	10,4	61 111	10,1	86,47	98,17
6 Handel-, Geld- und Versicherungswesen	195 632	27,2	186 808	28,0	178 031	25,1	166 947	27,5	109,89	111,90
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	51 412	7,1	40 083	6,0	52 542	7,4	39 799	6,6	97,85	100,71
8 Verkehrswirtschaft	89 112	12,4	48 246	7,2	87 335	12,3	48 720	8,0	102,03	99,03
9 Öffentlicher Dienst und Dienst- leistungen im öffentl. Interesse .	46 652	6,5	54 867	8,2	47 198	6,7	54 575	9,0	98,84	100,54
Insgesamt	719 009	100	667 644	100	708 622	100	606 106	100	101,47	110,15

¹⁾ Ohne Bundespost und Bundesbahn, Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Verwaltungsdienst der Schifffahrt, des Wasserstraßen- und Hafenwesens sowie der Ämter der Gesundheitspflege und des Veterinärwesens.

Die Rechtsformen der Hamburger Unternehmungen

Die Darstellung der Arbeitsstätten nach der Rechtsform kann nur an die Wirtschaftseinheiten anknüpfen, da diese alle zu einer Unternehmung gehörenden Betriebe umfaßt.

Einschränkend muß bemerkt werden, daß von der Arbeitsstättenzählung nicht alle Firmen erfaßt wurden. Sie berücksichtigt nur solche Arbeitsstätten und Unternehmungen, bei denen mindestens ständig eine Person beschäftigt war. Sie weist mit andern Worten nur Firmen aus, die tatsächlich eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Alle Firmenmäntel wurden von ihr nicht erfaßt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften, die alle laufenden Veränderungen registriert und sich auf Veröffentlichungen der Registergerichte und des Bundesanzeigers stützt, wies daneben jedoch am Volkszählungstichtag noch 294 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 22 Aktiengesellschaften in Hamburg aus. Diese Firmen, die über kein eigenes Personal verfügen, werden häufig in Personalunion mit anderen Unternehmungen betrieben, weil man auf den guten Ruf eines Firmennamens in der Regel nicht gern verzichtet. Es kommt in der Praxis vor, daß das gleiche Personal für zwei oder mehrere Firmen arbeitet. Teilweise erklärt sich das Vorhandensein von Firmenmänteln auch aus der Tatsache, daß wirtschaftlich ruhende Firmen im Handelsregister noch nicht gelöscht werden, weil

man hofft, die Firma bald wieder betreiben zu können. Durch die Verwendung der alten Firmennamen können die Gründungs- und Anlaufkosten für die Unternehmung gespart werden. Bei einer näheren Betrachtung der strukturellen Verhältnisse im Jahre 1950 können jedoch nur die durch die Volkszählung erfaßten Rechtsformen zur Darstellung kommen.

Die bei weitem häufigsten Rechtsformen sind die **Einzelfirma** und die **bürgerlich rechtliche Gesellschaft**, die in einer Position „von einer oder mehreren Personen (nicht OHG und Kommanditgesellschaft) betriebenen Unternehmungen“ erfragt wurden. In diese Kategorie fallen 87,54 v. H. aller Betriebe. Die Mehrzahl aller Betriebe ist also unter diesem Sammelbegriff erfaßt.

Etwas anschaulicher wird es, wenn man die im Handelsregister eingetragenen Firmen betrachtet. Von den bei der Betriebsstättenzählung ermittelten 88 539 Firmen waren 20 009 oder 22,6 v. H. im Handelsregister eingetragen. Berücksichtigt man, daß die eingetragenen Genossenschaften, die Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des Öffentlichen Rechts sowie die unter einer sonstigen Rechtsform betriebenen Firmen (eingetragene Vereine, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, bergrechtliche Gewerkschaften) nicht im Handelsregister eingetragen werden und

läßt man diese bei der Betrachtung außer acht, so zeigt sich, daß **von 86 451 eintragungsfähigen Firmen 66 442 oder 76,86 v. H. nicht im Handelsregister eingetragen** sind. Der größte Teil der unter der Position „Von einer oder mehreren Personen — nicht OHG und Kommanditgesellschaft — betriebenen Unternehmungen“ ist also nicht im Handelsregister eingetragen. Es handelt sich hier durchweg um Handwerksbetriebe und um kleinere Niederlassungen (Minderkaufleute). Den zweiten Platz nehmen zahlenmäßig mit 8,19 v. H. aller Unternehmungen die OHG's und Kommanditgesellschaften ein, die ebenfalls in einer Position erfaßt wurden. Im Vergleich hierzu ist die Zahl der Unternehmungen, die in der Form von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften betrieben werden, nur gering.

Wesentlich anders ist die Bedeutung der einzelnen Unternehmungsformen, wenn man sie an der

Zahl der darin beschäftigten Personen mißt. Zwar stehen auch hierbei die von Einzelinhabern und von Gesellschaften des bürgerlichen Rechts geleiteten Unternehmungen noch immer an erster Stelle; ihr Übergewicht über die übrigen Unternehmungen ist aber, wenn man es auf die Beschäftigten abstellt, nicht mehr so groß wie es gemessen an der Zahl der Unternehmungen der Fall war, denn sie beschäftigten nur 264 310 oder 39,59 v. H. aller Gewerbetätigen. Der Anteil der in OHG's und Kommanditgesellschaften tätigen Personen beträgt 19,64 v. H. der Gesamtbeschäftigten. In **Aktiengesellschaften** und Kommanditgesellschaften auf Aktien sind 125 366 Personen oder 18,78 v. H. der Gesamtbeschäftigten tätig, während in **Gesellschaften mit beschränkter Haftung** 91 299 Personen (13,67 v. H. der Gesamtbeschäftigten) tätig waren. In den übrigen Rechtsformen sind weit weniger Personen beschäftigt.

Übersicht 1

Die Unternehmungen werden betrieben	Zahl der Unternehmungen		Die Beschäftigten der Unternehmungen		Auf je eine Unternehmung kommen Personen
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	
1. von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. u. K. G.)	77 503	87,54	264 310	39,59	3,4
2. als offene Handelsgesellschaft bzw. Kommanditgesellschaften	7 254	8,19	131 135	19,64	18,1
3. als Gesellschaften mit beschränkter Haftung	1 496	1,69	91 299	13,67	61,0
4. als Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien	198	0,22	125 366	18,78	633,2
5. als eingetragene Genossenschaften	119	0,13	5 075	0,76	42,6
6. unter einer sonstigen Rechtsform (z. B. eingetr. Verein, Versicherungsverein a. Gegenseitigkeit, bergrechtliche Gewerkschaft usw.)	554	0,63	10 794	1,62	19,5
7. von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts	1 415	1,60	39 665	5,94	28,0
Gesamtzahl der Unternehmungen	88 539	100	667 644	100	7,5
davon: im Handelsregister eingetragen	20 009	22,60	435 292	65,20	21,8

Diese für die Gesamtheit der in Hamburg heimatisierten Unternehmungen geltende Zusammensetzung nach Rechtsformen kehrt in dieser Form in keiner der Wirtschaftsabteilungen wieder. Aus der Fülle des Materials sei nur das Wesentliche hervorgehoben: Die absolut höchste Zahl der im Handelsregister eingetragenen Firmen ist im Handel, Geld- und Versicherungswesen mit 13 914 Unternehmungen, d. s. 34,83 v. H. aller Unternehmungen dieser Wirtschaftsabteilung, gegeben. In der Wirtschaftsabteilung 1 (Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft) waren nur 1432 Personen oder 4,37 v. H. der Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung in Einzelfirmen oder Personenvereinigungen des bürgerlichen Rechts tätig, während in der Wirtschaftsabteilung 0 (nichtlandwirtschaftlicher Bereich der Arbeitsstätten) 63,56 und im Baugewerbe rund 69 v. H. der Gesamtbeschäftigten der jeweiligen Wirtschaftsabteilungen in diesen Rechtsformen tätig waren. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist in der Wirtschaftsabteilung 3/4 (Verarbeitendes Gewerbe) am stärksten vertreten; in 282 Gesell-

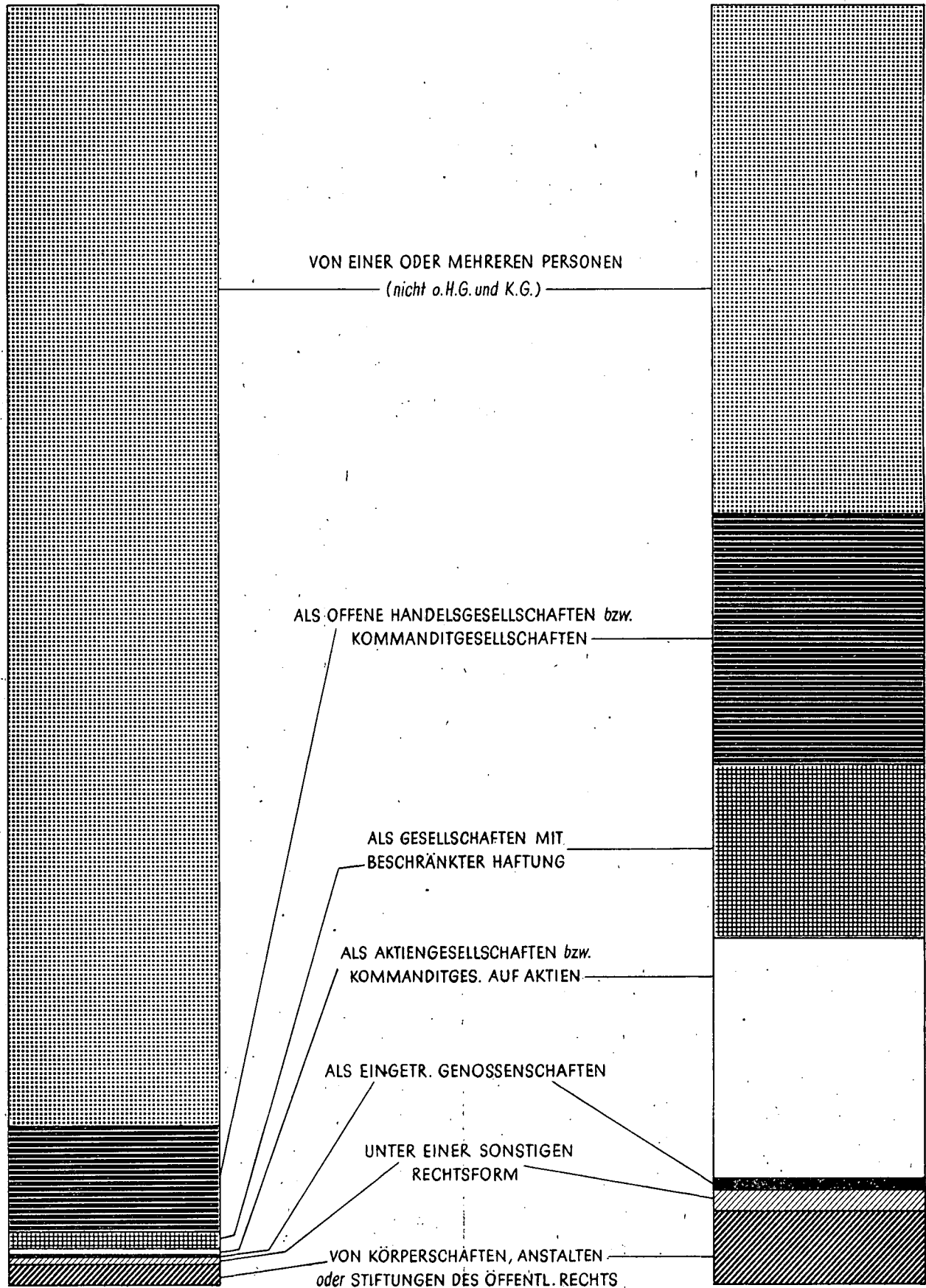
schaften mit beschränkter Haftung arbeiteten 29 616 Personen oder 19,43 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung. Erst an zweiter Stelle folgt der Handel mit zwar 762 G.m.b.H.'s, in denen aber nur 24 274 Personen tätig waren, d. s. 13,07 v. H. der Gesamtbeschäftigten im Handel. Die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien sind im Handel mit 67 Gesellschaften am stärksten vertreten, es folgen sodann das verarbeitende Gewerbe (Abteilung 3/4) mit 53 und der Verkehr (Abteilung 8) mit 29 Gesellschaften. Betrachtet man jedoch die in diesen Rechtsformen beschäftigten Personen, so zeigt sich, daß die größte Zahl (35 618) im verarbeitenden Gewerbe tätig ist. An zweiter Stelle folgt die Wirtschaftsabteilung 1 (Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft) mit 23 568 Personen. Den dritten Platz nimmt schließlich die Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung (Abteilung 2) mit 22 304 Beschäftigten und den vierten der Handel mit 22 261 in Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien beschäftigten Personen ein.

DIE UNTERNEHMUNGEN NACH RECHTSFORMEN 1950

Unternehmungen

Die Unternehmungen werden betrieben

Beschäftigte



Die Unternehmungen nach Rechtsformen

Abteilungen	a) Grund- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben							
		b) Ver- hältnis- zahlen	über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als ein- getragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körpers- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen											
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei u. Tierzucht, Hochsee-, Küsten- u. Binnenfischerei	a	496	23	476	10	2	2	—	6	—	
	b	100	4,64	95,97	2,02	0,40	0,40	—	1,21	—	
1 Bergbau, Gewinn. u. Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	a	258	114	183	49	17	7	—	2	—	
	b	100	44,19	70,93	18,99	6,59	2,71	—	0,78	—	
2 Eisen- u. Metallerzeugung und -verarbeitung	a	3 919	943	3 401	399	101	15	—	—	3	
	b	100	24,06	86,78	10,18	2,58	0,38	—	—	0,08	
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	a	13 465	2 457	12 129	990	282	53	4	3	4	
	b	100	18,25	90,08	7,35	2,10	0,39	0,03	0,02	0,03	
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	a	6 493	542	6 199	226	60	5	3	—	—	
	b	100	8,35	95,47	3,48	0,92	0,08	0,05	—	—	
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	a	39 943	13 914	34 117	4 861	762	67	59	61	16	
	b	100	34,83	85,41	12,17	1,91	0,17	0,15	0,15	0,04	
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	a	10 346	543	9 909	179	119	11	38	55	35	
	b	100	5,25	95,77	1,73	1,15	0,11	0,37	0,53	0,34	
8 Verkehrswirtschaft ²⁾	a	5 613	1 326	4 894	505	122	29	4	8	51	
	b	100	23,62	87,19	9,00	2,17	0,52	0,07	0,14	0,91	
9 Öffentl. Dienst u. Dienstleistungen i. öff. Interesse (ohne öff. Verwaltung) ³⁾	a	8 006	147	6 195	35	31	9	11	419	1 306	
	b	100	1,84	77,38	0,44	0,39	0,11	0,14	5,23	16,31	
0-9 Gesamtsumme ^{2) 3)}	a	88 539	20 009	77 503	7 254	1 496	198	119	554	1 415	
	b	100	22,60	87,54	8,19	1,69	0,22	0,13	0,63	1,60	
Beschäftigte											
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei u. Tierzucht, Hochsee-, Küsten- u. Binnenfischerei	a	2 294	769	1 458	441	29	141	—	225	—	
	b	100	33,52	63,56	19,22	1,26	6,15	—	9,81	—	
1 Bergbau, Gewinn. u. Verarbeitung v. Steinen und Erden; Energiewirtschaft	a	32 773	31 923	1 432	2 211	5 401	23 568	—	161	—	
	b	100	97,41	4,37	6,75	16,48	71,91	—	0,49	—	
2 Eisen- u. Metallerzeugung und -verarbeitung	a	87 311	75 113	22 727	23 269	18 646	22 304	—	—	365	
	b	100	86,03	26,03	26,65	21,36	25,54	—	—	0,42	
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	a	152 446	116 613	51 994	34 354	29 616	35 618	203	339	322	
	b	100	76,49	34,11	22,54	19,43	23,36	0,13	0,22	0,21	
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	a	62 816	31 951	43 159	12 340	3 213	3 996	108	—	—	
	b	100	50,86	68,71	19,64	5,12	6,36	0,17	—	—	
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	a	185 701	127 265	87 476	42 726	24 274	22 261	4 196	2 841	1 927	
	b	100	68,53	47,10	23,01	13,07	11,99	2,26	1,53	1,04	
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	a	42 403	14 651	27 689	6 321	3 980	761	288	585	2 779	
	b	100	34,55	65,30	14,91	9,39	1,79	0,68	1,38	6,55	
8 Verkehrswirtschaft ²⁾	a	46 949	35 771	13 596	9 012	5 887	16 387	63	248	1 756	
	b	100	76,19	28,96	19,20	12,54	34,90	0,13	0,53	3,74	
9 Öffentl. Dienst u. Dienstleistungen i. öff. Interesse (ohne öff. Verwaltung) ³⁾	a	54 951	1 236	14 779	461	253	330	217	6 395	32 516	
	b	100	2,25	26,89	0,84	0,46	0,60	0,40	11,64	59,17	
0-9 Gesamtsumme ^{2) 3)}	a	667 644	435 292	264 310	131 135	91 299	125 366	5 075	10 794	39 665	
	b	100	65,20	39,59	19,64	13,67	18,78	0,76	1,62	5,94	

¹⁾ Z. B. eingetragener Verein, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, bergrechtl. Gewerkschaft usw.

²⁾ Ohne Bundesbahn und Bundespost sowie Verwaltungsdienst des Schifffahrts- und Hafenwesens.

³⁾ Ohne Sozialversicherung sowie Ämter der Gesundheitspflege und des Veterinärwesens.

Aber auch die Wirtschaftsabteilungen sind noch zu grobe Zusammenfassungen, um die Bedeutung der Rechtsformen in den einzelnen Wirtschaftsbe-
reichen erkennen zu können. Es sollen daher im
folgenden die wichtigsten Wirtschafts-
gruppen der einzelnen Wirtschaftsabteilungen
im Hinblick auf die Rechtsformen näher dargestellt
werden.

**Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei, Tierzucht,
Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei**
— Wirtschaftsabteilung 0 —

In der Wirtschaftsabteilung 0 sind nur 4,64 v. H.
der Firmen im Handelsregister eingetragen. Aller-
dings sind in diesen Firmen 33,52 v. H. aller Be-
schäftigten dieser Wirtschaftsabteilung tätig. Die
weitens meisten Unternehmungen werden von
einem Einzelhaber oder einer bürgerlich recht-
lichen Gesellschaft betrieben (95,97 v. H.); 63,56 v. H.
der Beschäftigten des nichtlandwirtschaftlichen
Bereichs der Wirtschaftsabteilung 0 sind in diesen
Rechtsformen tätig. **Aktiengesellschaften und Ge-
sellschaften mit beschränkter Haftung sind nur in
der Hochsee- und Küstenfischerei (Gr. 08) vorhanden.**

**Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von
Steinen und Erden; Energiewirtschaft**
— Wirtschaftsabteilung 1 —

Die große Bedeutung der Kapitalgesellschaften
in dieser Wirtschaftsabteilung ist durch die Situa-
tion in der Energiewirtschaft, wo rund
41 v. H. der Beschäftigten in Gesellschaften mit
beschränkter Haftung und rund 59 v. H. in Aktien-

gesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf
Aktien tätig waren, und die Verhältnisse im
sonstigen Bergbau, wo rund 99 v. H. der
Beschäftigten in Aktiengesellschaften oder Kom-
manditgesellschaften auf Aktien arbeiteten, be-
gründet. Diese beiden Gruppen geben in Hamburg
der Wirtschaftsabteilung 1, gemessen an den be-
schäftigten Personen, das Gepräge, denn in diesen
beiden Gruppen waren 27 448 oder 83,75 v. H. aller
Beschäftigten der Wirtschaftsabteilung 1 tätig.

In der Gruppe 17 (Gewinnung und Verarbei-
tung von Steinen und Erden) ist die Mehrzahl der
Beschäftigten in Offenen Handelsgesellschaften
oder Kommanditgesellschaften tätig (43,5 v. H.). In
dieser Gruppe spielt außerdem die handwerkliche
Tätigkeit eine relativ große Rolle, denn von
247 Betrieben sind nur 105 im Handelsregister ein-
getragen.

Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung
— Wirtschaftsabteilung 2 —

Gemessen an den Beschäftigtenzahlen sind in der
Wirtschaftsabteilung 2 der Schiffbau, der
Maschinenbau und die Elektrotechnik
von besonderer Bedeutung. In diesen Gruppen
waren mehr als 50 000 Personen tätig. Der Schiff-
bau (Gr. 25) beschäftigt rund 72 v. H. Personen in
Aktiengesellschaften, wogegen im Maschinenbau
(Gr. 24) die Mehrzahl der Beschäftigten in Offenen
Handelsgesellschaften (41,26 v. H.) tätig ist. Im
Maschinenbau folgen die in den Kapitalgesell-
schaften Beschäftigten (rund 36 v. H.) erst an
zweiter Stelle. In der Elektrotechnik (Gr. 27) sind
dagegen von den dort Beschäftigten 45,4 v. H. in

Übersicht 3

Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei (Abt. 0)

Gruppen Abteilung 0	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als einge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Kör- per- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen										
06 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Sämereiwirtschaft	a	244	5	242	2	—	—	—	—	—
	b	100	2,05	99,18	0,82	—	—	—	—	—
07 Nichtlandwirtschaftliche Tierzucht	a	110	1	107	1	—	—	—	2	—
	b	100	0,91	97,27	0,91	—	—	—	1,82	—
08 Hochsee- und Küstenfischerei	a	142	17	127	7	2	2	—	4	—
	b	100	11,97	89,43	4,93	1,41	1,41	—	2,82	—
Abt. 0 zusammen	a	496	23	476	10	2	2	—	6	—
	b	100	4,64	95,97	2,02	0,40	0,40	—	1,21	—
Beschäftigte										
06 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei und Sämereiwirtschaft	a	800	92	740	60	—	—	—	—	—
	b	100	11,50	92,50	7,50	—	—	—	—	—
07 Nichtlandwirtschaftliche Tierzucht	a	192	20	157	20	—	—	—	15	—
	b	100	10,42	81,77	10,42	—	—	—	7,81	—
08 Hochsee- und Küstenfischerei	a	1 302	657	561	361	29	141	—	210	—
	b	100	50,46	43,09	27,72	2,23	10,83	—	16,13	—
Abt. 0 zusammen	a	2294	769	1458	441	29	141	—	225	—
	b	100	33,52	63,56	19,22	1,26	6,15	—	9,81	—

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Übersicht 4

Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft (Abt. 1)

Gruppen Abteilung 1	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als einge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körper- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen										
11 Steinkohlenbergbau . . .	a	1	1	—	—	—	1	—	—	—
	b	100	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—
15 Sonstiger Bergbau (einschl. Erdöl-, Bernstein- u. Torf- gewinnung)	a	5	4	2	—	1	2	—	—	—
	b	100	80,00	40,00	—	20,00	40,00	—	—	—
17 Gewinnung u. Verarbeitg. v. Steinen, Erden u. grob- keramischen Erzeugnissen	a	247	105	180	49	14	2	—	2	—
	b	100	42,51	72,87	19,84	5,67	0,81	—	0,81	—
19 Energiewirtschaft	a	5	4	1	—	2	2	—	—	—
	b	100	80,00	20,00	—	40,00	40,00	—	—	—
Abt. 1 zusammen	a	258	114	183	49	17	7	—	2	—
	b	100	44,19	70,93	18,99	6,59	2,71	—	0,78	—
Beschäftigte										
11 Steinkohlenbergbau . . .	a	242	242	—	—	—	242	—	—	—
	b	100	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—
15 Sonstiger Bergbau (einschl. Erdöl-, Bernstein- u. Torf- gewinnung)	a	16 024	16 022	54	—	46	15 924	—	—	—
	b	100	99,99	0,34	—	0,29	99,37	—	—	—
17 Gewinnung u. Verarbeitg. v. Steinen, Erden u. grob- keramischen Erzeugnissen	a	5 083	4 236	1 377	2 211	703	631	—	161	—
	b	100	83,34	27,09	43,50	13,83	12,41	—	3,17	—
19 Energiewirtschaft	a	11 424	11 423	1	—	4 652	6 771	—	—	—
	b	100	99,99	0,01	—	40,72	59,27	—	—	—
Abt. 1 zusammen	a	32 773	31 923	1 432	2 211	5 401	23 568	—	161	—
	b	100	97,41	4,37	6,75	16,48	71,91	—	0,49	—

Übersicht 5

Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung (Abt. 2)

Gruppen Abteilung 2	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als einge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körper- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen										
21 Eisen- und Stahlindustrie	a	25	21	11	10	4	—	—	—	—
	b	100	84,00	44,00	40,00	16,00	—	—	—	—
22 NE-Metallindustrie . . .	a	35	26	17	13	3	2	—	—	—
	b	100	74,29	48,57	37,14	8,57	5,72	—	—	—
23 Stahlbau	a	185	76	135	39	10	1	—	—	—
	b	100	41,08	72,97	21,08	5,41	0,54	—	—	—
24 Maschinenbau	a	593	271	444	117	27	5	—	—	—
	b	100	45,70	74,88	19,73	4,55	0,84	—	—	—
25 Schiffbau	a	139	61	100	29	5	3	—	—	2
	b	100	43,88	71,94	20,86	3,60	2,16	—	—	1,44
26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	a	750	89	702	35	12	—	—	—	1
	b	100	11,87	93,60	4,67	1,60	—	—	—	0,13
27 Elektrotechnik	a	423	122	360	45	16	2	—	—	—
	b	100	28,84	85,11	10,64	3,78	0,47	—	—	—
28 Feinmechanik und Optik .	a	591	88	559	29	3	—	—	—	—
	b	100	14,89	94,58	4,91	0,51	—	—	—	—
29 Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe . . .	a	1 178	189	1 073	82	21	2	—	—	—
	b	100	16,04	91,09	6,96	1,78	0,17	—	—	—
Abt. 2 zusammen	a	3 919	943	3 401	399	101	15	—	—	3
	b	100	24,06	86,78	10,18	2,58	0,38	—	—	0,08

1) Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Gruppen Abteilung 2	a) Grund- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben							
		b) Ver- hältnis- zahlen	über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als einge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körpers- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Beschäftigte											
21 Eisen- und Stahlindustrie	a	1 145	1 126	416	421	308	—	—	—	—	—
	b	100	98,34	36,33	36,77	26,90	—	—	—	—	—
22 NE-Metallindustrie	a	3 224	3 169	184	363	530	2 147	—	—	—	—
	b	100	98,29	5,71	11,26	16,44	66,59	—	—	—	—
23 Stahlbau	a	7 270	6 520	1 277	3 264	2 245	484	—	—	—	—
	b	100	89,68	17,56	44,90	30,88	6,66	—	—	—	—
24 Maschinenbau	a	20 786	19 283	4 718	8 576	4 359	3 133	—	—	—	—
	b	100	92,77	22,70	41,26	20,97	15,07	—	—	—	—
25 Schiffbau	a	21 148	20 201	1 832	3 576	223	15 175	—	—	—	342
	b	100	95,52	8,66	16,91	1,05	71,76	—	—	—	1,62
26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	a	7 579	5 061	3 226	1 353	2 977	—	—	—	—	23
	b	100	66,78	42,57	17,85	39,28	—	—	—	—	0,30
27 Elektrotechnik	a	12 123	10 986	3 546	1 784	5 508	1 285	—	—	—	—
	b	100	90,62	29,25	14,72	45,43	10,60	—	—	—	—
28 Feinmechanik und Optik	a	3 263	1 826	2 039	1 144	80	—	—	—	—	—
	b	100	55,96	62,49	35,06	2,45	—	—	—	—	—
29 Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	a	10 773	6 941	5 489	2 788	2 416	80	—	—	—	—
	b	100	64,43	50,95	25,88	22,43	0,74	—	—	—	—
Abt. 2 zusammen	a	87 311	75 113	22 727	23 269	18 646	22 304	—	—	—	365
	b	100	86,03	26,03	26,65	21,36	25,54	—	—	—	0,42

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 10,6 v. H. in Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien tätig.

Im Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe (Gr. 29) sind besonders viele Handwerksbetriebe vorhanden. Deshalb weist diese Gruppe die meisten Beschäftigten (5489 oder 50,95 v. H.) in Einzelfirmen und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts aus.

Unter den 3401 Einzelunternehmungen und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts dieser Wirtschaftsabteilung waren nur 428 im Handelsregister eingetragen. 2973 Firmen wurden demnach als Handwerksunternehmung oder als kleingewerblicher Betrieb geführt.

Übersicht 6

Gruppen Abteilung 2	Zahl der von einer oder mehreren Personen betriebe- nen Unterneh- mungen (nicht o. H. G. u. K. G.)	darunter nicht im Handels- register ein- getragen
21 Eisen- und Stahlindustrie	11	4
22 NE-Metallindustrie	17	9
23 Stahlbau	135	109
24 Maschinenbau	444	322
25 Schiffbau	100	76
26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	702	660
27 Elektrotechnik	360	301
28 Feinmechanik und Optik	559	503
29 Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	1 073	989
Abt. 2 zusammen	3 401	2 973

Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)

— Wirtschaftsabteilung 3/4 —

In der Wirtschaftsabteilung 3/4 sind neben beachtlichen Industriebetrieben **ebenfalls zahlreiche Handwerksbetriebe** vorhanden. Dies kommt auch in der Rechtsform der Unternehmungen zum Ausdruck. Die Kapitalgesellschaften sind zahlenmäßig in der Minderheit. Anders dagegen ist es, wenn man die beschäftigten Personen in den einzelnen Unternehmungen zugrunde legt. Es zeigt sich dann, daß in vielen Wirtschaftsgruppen dieser Abteilung das Schwergewicht in Kapitalgesellschaften ruht.

Von besonderer Bedeutung sind die Kapitalgesellschaften in der Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoff-Industrie (Gr. 31), in der von insgesamt 19 Unternehmungen 9 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung und 2 als Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien betrieben wurden. Die Zahl der in G. m. b. H.'s tätigen Personen betrug 3397 oder 48,47 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieser Wirtschaftsgruppe, wogegen in den Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien 3124 Personen oder 44,58 v. H. aller Beschäftigten tätig waren.

In der Chemischen Industrie (Gr. 32) spielen die Kapitalgesellschaften eine geringere Rolle als in der Mineralöl- und Kohlenwertstoff-Industrie, obwohl diese Rechtsform auch hier gemessen an den beschäftigten Personen noch bedeutend ist. Von den Gesamtbeschäftigten der Chemischen Industrie waren 17,76 v. H. in Gesell-

Übersicht 7

Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) (Abt. 3/4)

Gruppen Abteilung 3/4	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als eingetragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körperschäften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen										
31 Mineralölverarbeitung u. Kohlenwertstoffindustrie	a	19	19	4	4	9	2	—	—	—
	b	100	100	21,05	21,05	47,37	10,53	—	—	—
32 Chemische Industrie	a	494	398	213	179	83	19	—	—	—
	b	100	80,57	43,12	36,23	16,80	3,85	—	—	—
34 Kunststoffverarbeitung	a	32	12	24	5	2	1	—	—	—
	b	100	37,50	75,00	15,63	6,25	3,12	—	—	—
35 Gummi- und Asbestverarbeitung	a	82	31	61	14	2	5	—	—	—
	b	100	37,80	74,39	17,07	2,44	6,10	—	—	—
36 Feinkeramische und Glasindustrie	a	121	27	104	14	3	—	—	—	—
	b	100	22,31	85,95	11,57	2,48	—	—	—	—
37 Sägerei und Holzbearbeitung	a	46	21	30	13	3	—	—	—	—
	b	100	45,65	65,22	28,26	6,52	—	—	—	—
38 Holzverarbeitung	a	2 349	204	2 252	86	10	—	—	1	—
	b	100	8,68	95,87	3,66	0,43	—	—	0,04	—
39 Papiererzeugung u. -verarbeitung; Druckereigew.	a	669	307	504	117	47	1	—	—	—
	b	100	45,89	75,34	17,49	7,02	0,15	—	—	—
41 Ledererzeugung und -verarbeitung	a	1 584	93	1 560	18	5	1	—	—	—
	b	100	5,87	98,48	1,14	0,32	0,06	—	—	—
42 Textilgewerbe	a	419	110	357	44	15	3	—	—	—
	b	100	26,25	85,20	10,50	3,58	0,72	—	—	—
43 Bekleidungsindustrie	a	4 428	300	4 296	107	25	—	—	—	—
	b	100	6,77	97,02	2,42	0,56	—	—	—	—
44 H. von Musikinstr., Spielwaren, Turn- u. Sportger., Schmuckwaren und Bearbeitung von Edelsteinen	a	278	19	268	8	1	—	—	1	—
	b	100	6,83	96,40	2,88	0,36	—	—	10,36	—
45 Mühlgewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- u. Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe	a	1 111	286	972	108	28	2	1	—	—
	b	100	25,74	87,49	9,72	2,52	0,18	0,09	—	—
46 Fleisch- u. Fischverarb., Milchverwertg., Speiseöl- und Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	a	1 350	308	1 182	136	21	4	2	1	4
	b	100	22,81	87,56	10,07	1,56	0,30	0,14	0,07	0,30
47 Obst- u. Gemüseverwertung, Kaffee- u. Teeverarbeitung, H. v. Gewürzen u. ä., Eisgewinn. u. Kühlhäuser	a	173	134	96	57	15	5	—	—	—
	b	100	77,46	55,49	32,95	8,67	2,89	—	—	—
48 Getränkeherstellung	a	198	152	113	66	8	10	1	—	—
	b	100	76,77	57,07	33,33	4,04	5,05	0,51	—	—
49 Tabakwarenherstellung	a	112	36	93	14	5	—	—	—	—
	b	100	32,14	83,04	12,50	4,46	—	—	—	—
Abt. 3/4 zusammen	a	13 465	2 457	12 129	990	282	53	4	3	4
	b	100	18,25	90,08	7,35	2,10	0,39	0,03	0,02	0,03

Beschäftigte

31 Mineralölverarbeitung u. Kohlenwertstoffindustrie	a	7 008	7 008	249	238	3 397	3 124	—	—	—
	b	100	100	3,55	3,40	48,47	44,58	—	—	—
32 Chemische Industrie	a	16 882	16 615	1 493	4 702	2 998	7 689	—	—	—
	b	100	98,42	8,84	27,85	17,76	45,55	—	—	—
34 Kunststoffverarbeitung	a	738	685	90	69	22	557	—	—	—
	b	100	92,82	12,20	9,35	2,98	75,47	—	—	—
35 Gummi- und Asbestverarbeitung	a	10 959	10 779	372	1 147	43	9 397	—	—	—
	b	100	98,36	3,39	10,47	0,39	85,75	—	—	—
36 Feinkeramische und Glasindustrie	a	3 257	2 953	396	965	1 896	—	—	—	—
	b	100	90,67	12,16	29,63	58,21	—	—	—	—
37 Sägerei und Holzbearbeitung	a	1 541	1 467	264	1 177	100	—	—	—	—
	b	100	95,20	17,13	76,38	6,49	—	—	—	—

1) Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Gruppen Abteilung 3/4	a) Grund- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		b) Ver- hältnis- zahlen	über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als einge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾
38 Holzverarbeitung	a	12 941	4 678	9 995	2 402	503	—	—	41	—
	b	100	36,15	77,23	18,56	3,89	—	—	0,32	—
39 Papiererzeugung u. -ver- arbeitung; Druckereigew.	a	13 976	12 356	4 154	3 439	6 338	45	—	—	—
	b	100	88,41	29,72	24,61	45,35	0,32	—	—	—
41 Ledererzeugung und -verarbeitung	a	4 638	1 931	3 057	456	831	294	—	—	—
	b	100	41,63	65,91	9,83	17,92	6,34	—	—	—
42 Textilgewerbe	a	10 733	9 728	2 280	1 348	1 362	5 743	—	—	—
	b	100	90,64	21,24	12,56	12,69	53,51	—	—	—
43 Bekleidungs-gewerbe	a	18 122	8 937	12 133	4 001	1 988	—	—	—	—
	b	100	49,32	66,95	22,08	10,97	—	—	—	—
44 H. von Musikinstr., Spiel- waren, Turn- u. Sportger., Schmuckwaren und Bear- beitung von Edelsteinen	a	925	199	540	109	9	—	—	267	—
	b	100	21,51	58,38	11,78	0,97	—	—	28,87	—
45 Mühlengewerbe, Nähr- mittel-, Stärke- u. Futter- mittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe	a	16 237	9 975	8 823	4 873	2 476	35	30	—	—
	b	100	61,43	54,34	30,01	15,25	0,22	0,18	—	—
46 Fleisch- u. Fischverarbgt., Milchverwertg., Speiseöl- und Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	a	19 700	15 041	5 442	5 539	2 355	5 850	161	31	322
	b	100	76,35	27,62	28,12	11,95	29,70	0,82	0,16	1,63
47 Obst- u. Gemüseverwer- tung, Kaffee- u. Teever- arbeitung, H. v. Gewürzen u. ä., Eisgewinn. u. Kühl- häuser	a	4 663	4 516	1 129	2 523	611	400	—	—	—
	b	100	96,85	24,21	54,11	13,10	8,58	—	—	—
48 Getränkeherstellung	a	4 512	4 262	866	941	209	2 484	12	—	—
	b	100	94,46	19,19	20,86	4,63	55,05	0,27	—	—
49 Tabakwarenherstellung	a	5 614	5 483	711	425	4 478	—	—	—	—
	b	100	97,67	12,66	7,57	79,77	—	—	—	—
Abt. 3/4 zusammen	a	152 446	116 613	51 994	34 354	29 616	35 618	203	339	322
	b	100	76,49	34,11	22,54	19,43	23,36	0,13	0,22	0,21

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

schaften mit beschränkter Haftung und 45,55 v. H. in Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien tätig.

Von großer Bedeutung ist die Aktiengesellschaft in der Gummi- und Asbestverarbeitung (Gr. 35), wo 9397 Personen oder 85,75 v. H. aller Beschäftigten dieser Wirtschaftsgruppe in Aktiengesellschaften tätig waren.

In der Feinkeramischen und Glasindustrie (Gr. 36) waren in 3 Gesellschaften mit beschränkter Haftung 1896 Personen oder 58,21 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieser Wirtschaftsgruppe tätig.

Im Textilgewerbe (Gr. 42) und in der Getränkeherstellung (Gr. 48) sind die Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien, in denen 54 bzw. 55 v. H. der Gesamtbeschäftigten tätig sind, von Bedeutung.

Die als Einzelunternehmung und in Form der bürgerlich-rechtlichen Gesellschaften betriebenen

Unternehmungen sind vor allem im Bekleidungs-gewerbe (Gr. 43), in der Holzverarbeitung (Gr. 38) und in der Ledererzeugung und -verarbeitung (Gr. 41) von Bedeutung. In der Holzverarbeitung sind 77,23 v. H., in der Ledererzeugung und -verarbeitung 65,91 v. H. und im Bekleidungs-gewerbe 66,95 v. H. von den Gesamtbeschäftigten der jeweiligen Wirtschaftsgruppe in Firmen dieser Rechtsform tätig, was auf die vorwiegend handwerkliche und kleingewerbliche Tätigkeit in diesem Bereich zurückzuführen ist. (Vgl. Übersicht 7.)

Das Ausmaß der handwerklichen und kleingewerblichen Tätigkeit in der Wirtschaftsabteilung 3/4 wird besonders deutlich, wenn man die einzelnen Wirtschaftsgruppen daraufhin betrachtet, wieviel von den Einzelfirmen im Handelsregister eingetragen sind. Besonders hoch ist die Zahl der nichteingetragenen Firmen in der Holzverarbeitung (2144) und im Bekleidungs-gewerbe (4128). Im einzelnen gibt die Übersicht 8 Aufschluß.

Übersicht 8

Gruppen Abteilung 3/4	Zahl der von einer oder mehreren Personen betriebenen Unternehmungen (nicht o.H.G. u. K.G.)	
	darunter nicht im Handelsregister eingetragen	
31 Mineralölverarbeitung u. Kohlenwertstoffindustrie	4	—
32 Chemische Industrie	213	96
34 Kunststoffverarbeitung	24	20
35 Gummi- und Asbestverarbeitung	61	51
36 Feinkeramische und Glasindustrie	104	94
37 Sägerei und Holzbearbeitung	30	25
38 Holzverarbeitung	2 252	2 144
39 Papiererzeugung u. -verarbeitung; Druckereigew.	504	362
41 Ledererzeugung und -verarbeitung	1 560	1 491
42 Textilgewerbe	357	309
43 Bekleidungsgewerbe	4 296	4 128
44 Herst.v.Musikinstr., Spielwaren, Turn- u. Sportger., Schmuckwaren und Bearbeitung von Edelsteinen	268	258
45 Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- u. Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe	972	824
46 Fleisch- u. Fischverarbgt., Milchverwertg., Speiseöl- und Speisefettherstellung, Zuckerindustrie	1 182	1 035
47 Obst- u. Gemüseverwertung, Kaffee- u. Teeverarbeitung, Herst. von Gewürzen u. ä., Eisgewinn- und Kühlhäuser	96	39
48 Getränkeherstellung	113	45
49 Tabakwarenherstellung	93	76
Abt. 3/4 zusammen	12 129	10 997

Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

— Wirtschaftsabteilung 5 —

Im Baugewerbe sind die Kapitalgesellschaften von untergeordneter Bedeutung. Nur im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (Gr. 51) sind 5 Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien mit 3996 Beschäftigten ermittelt worden. Auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht, während die Offenen Handelsgesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau mit 158 Unternehmungen und 10 082 beschäftigten Personen am stärksten vertreten sind. (Vgl. Übersicht 10.)

Der größte Teil der Unternehmungen wird unter dem Sammelbegriff „von einer oder mehreren Personen — nicht OHG und Kommanditgesellschaften — betriebenen Unternehmungen“ ausgewiesen, was auf den handwerklichen Charakter des Baugewerbes zurückzuführen ist. Die meisten Unternehmungen dieser Rechtsform sind nicht im Handelsregister eingetragen.

Übersicht 9

Gruppen Abteilung 5	Zahl der von einer oder mehreren Personen betriebenen Unternehmungen (nicht o.H.G. u. K.G.)	
	darunter nicht im Handelsregister eingetragen	
51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	1 971	1 807
55 Zimmerei u. Dachdeckerei	487	472
56 Bauinstallation	1 452	1 421
57 Ausbaugewerbe	2 134	2 093
59 Bauhilfsgewerbe	155	155
Abt. 5 zusammen	6 199	5 948

Übersicht 10

Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. (Abt. 5)

Gruppen Abteilung 5	a) Grundzahlen	b) Verhältniszahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
			überhaupt	darunter im Handelsregister eingetragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handelsgesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft	als Gesellschaft mit beschränkter Haftung	als Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien	als eingetragene Genossenschaft	unter einer sonstigen Rechtsform ¹⁾	von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen											
51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	a	2 188	379	1 971	158	52	5	2	—	—	
	b	100	17,32	90,08	7,22	2,38	0,23	0,09	—	—	
55 Zimmerei u. Dachdeckerei	a	497	24	487	8	1	—	1	—	—	
	b	100	4,83	97,99	1,61	0,20	—	0,20	—	—	
56 Bauinstallation	a	1 480	59	1 452	24	4	—	—	—	—	
	b	100	3,99	98,11	1,62	0,27	—	—	—	—	
57 Ausbaugewerbe	a	2 168	75	2 134	31	3	—	—	—	—	
	b	100	3,46	98,43	1,43	0,14	—	—	—	—	
59 Bauhilfsgewerbe	a	160	5	155	5	—	—	—	—	—	
	b	100	3,13	96,87	3,13	—	—	—	—	—	
Abt. 5 zusammen	a	6 493	542	6 199	226	60	5	3	—	—	
	b	100	8,35	95,47	3,48	0,92	0,08	0,05	—	—	

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Noch: Übersicht 10

Gruppen Abteilung 5	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als ein- ge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körpers- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Beschäftigte										
51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	a	39 387	28 489	22 230	10 082	3 062	3 996	17	—	—
	b	100	72,33	56,44	25,60	7,77	10,15	0,04	—	—
55 Zimmerei u. Dachdeckerei	a	4 549	680	4 042	388	28	—	91	—	—
	b	100	14,95	88,85	8,53	0,62	—	2,00	—	—
56 Bauinstallation	a	7 843	1 004	7 168	642	33	—	—	—	—
	b	100	12,80	91,39	8,19	0,42	—	—	—	—
57 Ausbaugewerbe	a	10 548	1 685	9 323	1 135	90	—	—	—	—
	b	100	15,97	88,39	10,76	0,85	—	—	—	—
59 Bauhilfsgewerbe	a	489	93	396	93	—	—	—	—	—
	b	100	19,02	80,98	19,02	—	—	—	—	—
Abt. 5 zusammen	a	62 816	31 951	43 159	12 340	3 213	3 996	108	—	—
	b	100	50,86	68,71	19,64	5,12	6,36	0,17	—	—

Übersicht 11

Handel, Geld- und Versicherungswesen (Abt. 6)

Gruppen Abteilung 6	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als ein- ge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körpers- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen										
61 Ein- u. Ausfuhrhandel	a	1 922	1 811	828	877	199	13	4	1	—
	b	100	94,22	43,08	45,63	10,35	0,68	0,21	0,05	—
62/63 Binnengroßhandel und Verlagswesen	a	7 355	4 621	5 191	1 721	391	10	36	4	2
	b	100	62,83	70,58	23,40	5,31	0,13	0,49	0,06	0,03
64 Einzelhandel	a	20 158	3 588	19 092	994	64	5	2	1	—
	b	100	17,80	94,71	4,93	0,33	0,02	0,01	—	—
67 Handelsvertretung, Ver- mittlung, Werbung und Verleih	a	10 166	3 734	8 838	1 213	98	4	2	11	2
	b	100	36,72	86,92	11,93	0,96	0,04	0,02	0,11	0,02
68 Geld-, Bank- und Börsenwesen	a	280	142	168	56	7	20	15	6	8
	b	100	50,71	60,00	20,00	2,50	7,14	5,36	2,14	2,86
69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherg.)	a	60	18	—	—	3	15	—	38	4
	b	100	30,00	—	—	5,00	25,00	—	63,33	6,67
Abt. 6 zusammen	a	39 943	13 914	34 117	4 861	762	67	59	61	16
	b	100	34,83	85,41	12,17	1,91	0,17	0,15	0,15	0,04
Beschäftigte										
61 Ein- u. Ausfuhrhandel	a	15 226	14 833	4 000	8 827	2 103	134	161	1	—
	b	100	97,42	26,27	57,97	13,81	0,88	1,06	0,01	—
62/63 Binnengroßhandel und Verlagswesen	a	59 243	51 523	20 709	17 211	16 469	3 477	1 313	14	50
	b	100	86,97	34,96	29,05	27,80	5,87	2,22	0,02	0,08
64 Einzelhandel	a	72 545	36 378	47 349	10 495	3 385	9 068	2 244	4	—
	b	100	50,15	65,27	14,47	4,66	12,50	3,09	0,01	—
67 Handelsvertretung, Ver- mittlung, Werbung und Verleih	a	22 845	13 950	14 864	5 398	2 199	141	56	185	2
	b	100	61,06	65,06	23,63	9,63	0,62	0,24	0,81	0,01
68 Geld-, Bank- und Börsenwesen	a	8 740	5 628	554	795	109	4 497	422	771	1 592
	b	100	64,39	6,34	9,10	1,25	51,45	4,83	8,82	18,21
69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherg.)	a	7 102	4 953	—	—	9	4 944	—	1 866	283
	b	100	69,74	—	—	0,13	69,61	—	26,27	3,99
Abt. 6 zusammen	a	185 701	127 265	87 476	42 726	24 274	22 261	4 196	2 841	1 927
	b	100	68,53	47,10	23,01	13,07	11,99	2,26	1,53	1,04

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Gruppen Abteilung 7	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als einge- tragene Ge- nossen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körper- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
				Unternehmungen						
71 Wohnungs- und Grund- stückswesen; Vermögens- verwaltung	a	263	98	120	16	61	8	37	19	2
	b	100	37,26	45,63	6,08	23,19	3,04	14,07	7,23	0,76
72 Gaststättenwesen	a	3 392	210	3 302	75	10	1	—	3	1
	b	100	6,19	97,35	2,21	0,29	0,03	—	0,09	0,03
73 Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung	a	2 328	96	2 245	35	39	2	—	4	3
	b	100	4,12	96,43	1,50	1,68	0,09	—	0,17	0,13
74 Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten	a	213	6	154	2	1	—	—	27	29
	b	100	2,82	72,30	0,94	0,47	—	—	12,68	13,61
75 Korrespondenz-, Nach- richten-, Übersetzungs- büros	a	507	14	504	2	1	—	—	—	—
	b	100	2,76	99,41	0,39	0,20	—	—	—	—
76 Fotografisches Gewerbe	a	374	20	369	5	—	—	—	—	—
	b	100	5,35	98,66	1,34	—	—	—	—	—
77 Friseurgewerbe und Schönheitssalons	a	2 005	7	2 000	4	1	—	—	—	—
	b	100	0,35	99,75	0,20	0,05	—	—	—	—
78 Übrige Dienstleistungen (ohne Abt. 9)	a	1 264	92	1 215	40	6	—	1	2	—
	b	100	7,28	96,12	3,16	0,48	—	0,08	0,16	—
Abt. 7 zusammen	a	10 346	543	9 909	179	119	11	38	55	35
	b	100	5,25	95,77	1,73	1,15	0,11	0,37	0,53	0,34
Beschäftigte										
71 Wohnungs- und Grund- stückswesen; Vermögens- verwaltung	a	1862	1 244	290	140	956	108	227	139	2
	b	100	66,81	15,57	7,52	51,34	5,80	12,19	7,47	0,11
72 Gaststättenwesen	a	15 896	5 905	11 877	3 126	483	323	—	77	10
	b	100	37,15	74,72	19,67	3,04	2,03	—	0,48	0,06
73 Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung	a	8 711	2 652	3 569	655	1 416	330	—	194	2 547
	b	100	30,44	40,97	7,52	16,25	3,79	—	2,33	29,14
74 Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten	a	641	71	243	38	25	—	—	115	220
	b	100	11,08	37,91	5,93	3,90	—	—	17,94	34,32
75 Korrespondenz-, Nach- richten-, Übersetzungs- büros	a	1 431	782	680	3	748	—	—	—	—
	b	100	54,65	47,52	0,21	52,27	—	—	—	—
76 Fotografisches Gewerbe	a	761	67	734	27	—	—	—	—	—
	b	100	8,80	96,45	3,55	—	—	—	—	—
77 Friseurgewerbe und Schönheitssalons	a	5 715	99	5 642	67	6	—	—	—	—
	b	100	1,73	98,72	1,17	0,11	—	—	—	—
78 Übrige Dienstleistungen (ohne Abt. 9)	a	7 386	3 831	4 654	2 265	346	—	61	60	—
	b	100	51,87	63,01	30,67	4,68	—	0,83	0,81	—
Abt. 7 zusammen	a	42 403	14 651	27 689	6 321	3 980	761	288	585	2 779
	b	100	34,55	65,30	14,91	9,39	1,79	0,68	1,38	6,55

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Handel-, Geld- und Versicherungswesen — Wirtschaftsabteilung 6 —

Im Handel haben die Kapitalgesellschaften nicht die Bedeutung wie in der Industrie, weil der Bedarf an Eigenkapital im Handel doch weitaus geringer ist als im produzierenden Bereich der Wirtschaft. Anders ist es dagegen in der Wirtschaftsgruppe 68 (Geld-, Bank- und Börsenwesen), wo die Aktiengesellschaften eine große Rolle spielen. In dieser Gruppe wurden 20 Aktiengesellschaften ermittelt, in denen 4497 Personen tätig waren (51,45 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieser Wirtschaftsgruppe). Auch das Versicherungswesen (Gr. 69) weist die meisten Beschäftigten in Aktiengesellschaften aus;

in 15 Aktiengesellschaften waren 4944 Personen oder 69,61 v. H. der Gesamtbeschäftigten dieser Wirtschaftsgruppe tätig.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben, gemessen an den Beschäftigten im Binnen-großhandel und Verlagswesen (Gr. 62/63), etwa die gleiche Bedeutung wie die Offenen Handelsgesellschaften und die Kommanditgesellschaften, während im Ein- und Ausfuhrhandel (Gr. 61) die Offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft dominiert. Im Einzelhandel (Gr. 64) sowie bei den Handelsvertretungen (Gr. 67) waren die meisten Beschäftigten in Einzelfirmen oder Personenvereinigungen des bürgerlichen Rechts tätig. Im einzelnen geben die Übersichten 11 und 13 Aufschluß.

Der größte Teil der Firmen ist nicht im Handelsregister eingetragen.

Übersicht 13

Gruppen Abteilung 6		Zahl der von einer oder mehreren Personen betrie- benen Unter- neh- mungen (nicht o.H.G. u. K.G.)	darunter nicht im Handels- register ein- getragen
61	Ein- u. Ausfuhrhandel	828	106
62/63	Binnengroßhandel und Verlagswesen	5 191	2 692
64	Einzelhandel	19 092	16 567
67	Handelsvertretung, Ver- mittlung, Werbung und Verleih	8 838	6 419
68	Geld-, Bank- und Börsenwesen	168	109
69	Versicherungswesen (ohne Sozialversicherg.)	—	—
Abt. 6 zusammen		34 117	25 893

Die privaten Dienstleistungen

— Wirtschaftsabteilung 7 —

Im Dienstleistungsgewerbe kommt den Kapitalgesellschaften eine untergeordnete Bedeutung zu, weil auch hier das Betriebskapital im Vergleich mit anderen Wirtschaftsbereichen gering ist. Es ist aber hervorzuheben, daß im Wohnungs- und Grundstückswesen (Gr. 71) in 61 Gesellschaften mit beschränkter Haftung 51,34 v. H. der Gesamtbeschäftigten des Wohnungs- und Grundstückswesens tätig waren (956 Personen).

Anstalten, Körperschaften oder Stiftungen des öffentlichen Rechts sind vor allem in der Gruppe 73 (Kunst, Private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung) und in der Gruppe 74 (Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten) von Bedeutung. In allen übrigen Gruppen sind bei weitem die meisten Beschäftigten in Einzelfirmen und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts tätig.

Nur wenige dieser Unternehmungen sind im Handelsregister eingetragen. (Vgl. Übers. 12 u. 14.)

Übersicht 14

Gruppen Abteilung 7		Zahl der von einer oder mehreren Personen betrie- benen Unter- neh- mungen (nicht o.H.G. u. K.G.)	darunter nicht im Handels- register ein- getragen
71	Wohnungs- und Grund- stückswesen; Vermögens- verwaltung	120	107
72	Gaststättenwesen	3 302	3 178
73	Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung	2 245	2 225
74	Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten	154	151
75	Korrespondenz-, Nach- richten-, Übersetzungs- büros	504	493
76	Fotografisches Gewerbe	369	354
77	Friseurgewerbe und Schönheitssalons	2 000	1 998
78	Übrige Dienstleistungen (ohne Abt. 9)	1 215	1 169
Abt. 7 zusammen		9 909	9 675

Verkehrswirtschaft

— Wirtschaftsabteilung 8 —

Bei den Schienenbahnen (ohne Bundesbahn — Gruppe 83 —) stehen 3 Aktiengesellschaften mit 10 438 Personen oder 95,7 v. H. der Gesamtbeschäftigten im Vordergrund. In der Schifffahrt (Gr. 85) sind die meisten Beschäftigten in 18 Aktiengesellschaften (5371 Personen) tätig. Daneben sind 54 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, in denen 4526 Personen beschäftigt waren, von Bedeutung. Die Offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften sind im Verkehrsneben- und Hilfgewerbe (Gr. 87) relativ zahlreich; 4349 oder 50,17 v. H. der Beschäftigten dieser Wirtschaftsgruppe sind in Firmen dieser Unternehmungsformen tätig. Der Einmannbetrieb und die bürgerlich rechtliche Gesellschaft sind im Straßenverkehr (Gr. 84) dominierend. (Vgl. Übersicht 15 und 16.)

Die Mehrzahl der Unternehmungen im Straßenverkehr ist naturgemäß nicht im Handelsregister eingetragen, denn es handelt sich hier um kleine und kleinste Unternehmungen (vorwiegend Taxi-Unternehmer und kleinere Fuhrbetriebe). Auch in der Schifffahrt sind viele Unternehmungen nicht im Handelsregister eingetragen, denn ein großer Teil der Unternehmer verfügt nur über wenige und kleine Schiffseinheiten.

Übersicht 15

Gruppen Abteilung 8		Zahl der von einer oder mehreren Personen betrie- benen Unter- neh- mungen (nicht o.H.G. u. K.G.)	darunter nicht im Handels- register ein- getragen
83	Schienenbahnen (ohne Bundesbahn)	1	1
84	Straßenverkehr	2 921	2 633
85	Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafengewesen	1 452	1 280
86	Luftverkehr	—	—
87	Verkehrsneben- und Hilfgewerbe	520	310
Abt. 8 zusammen		4 894	4 224

Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen

im öffentlichen Interesse

— Wirtschaftsabteilung 9 —

Im öffentlichen Dienst, ohne die Verwaltung im engeren Sinne, sind naturgemäß die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts von Bedeutung. Daneben sind die Vereine (sonstige Rechtsformen) hervorzuheben, denn alle politischen Parteien sind im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches Vereine. Da die politischen Parteien in der Gruppe 93 (politische und wirtschaftliche Organisationen) den Ausschlag geben, werden die meisten Beschäftigten in Unternehmungen einer sonstigen Rechtsform (Vereine) ausgewiesen.

Aber auch in der Fürsorge und Wohlfahrtspflege (Gr. 97) sind in Vereinen 2054 Personen oder 41,13 v. H. der Gesamtbeschäftigten tätig. Die Einzelunternehmungen und die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts sind vor allem in der Rechts- und Wirtschaftsberatung (Gr. 94) und in der Ge-

Übersicht 16

Verkehrswirtschaft (Abt. 8)¹⁾

Gruppen Abteilung 8	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als ein- ge- tra- gene Ge- nos- sen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ²⁾	von Körper- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen										
83 Schienenbahnen (ohne Bundesbahn)	a	13	5	1	—	2	3	—	—	7
	b	100	3,85	7,70	—	15,38	23,08	—	—	53,84
84 Straßenverkehr	a	3 032	397	2 921	93	15	1	1	—	1
	b	100	13,09	96,34	3,07	0,50	0,03	0,03	—	0,03
85 Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafengewesen	a	1 721	391	1 452	147	54	18	2	5	43
	b	100	22,72	84,37	8,54	3,14	1,04	0,12	0,29	2,50
86 Luftverkehr	a	1	—	—	—	—	—	—	1	—
	b	100	—	—	—	—	—	—	100	—
87 Verkehrsneben- und Hilfsgewerbe	a	846	533	520	265	51	7	1	2	—
	b	100	63,00	61,46	31,32	6,03	0,83	0,12	0,24	—
Abt. 8 zusammen	a	5 613	1 326	4 894	505	122	29	4	8	51
	b	100	23,62	87,19	9,00	2,17	0,52	0,07	0,14	0,91
Beschäftigte										
83 Schienenbahnen (ohne Bundesbahn)	a	10 907	10 551	1	—	113	10 438	—	—	355
	b	100	96,74	0,01	—	1,04	95,70	—	—	3,25
84 Straßenverkehr	a	6 558	1 832	5 436	771	90	7	33	—	221
	b	100	27,94	82,89	11,76	1,37	0,11	0,50	—	3,37
85 Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafengewesen	a	20 795	15 590	5 591	3 892	4 526	5 371	20	215	1 180
	b	100	74,97	26,89	18,72	21,76	25,83	0,10	1,03	5,67
86 Luftverkehr	a	21	—	—	—	—	—	—	21	—
	b	100	—	—	—	—	—	—	100	—
87 Verkehrsneben- und Hilfsgewerbe	a	8 668	7 798	2 568	4 349	1 158	571	10	12	—
	b	100	89,96	29,63	50,17	13,36	6,59	0,11	0,14	—
Abt. 8 zusammen	a	46 949	35 771	13 596	9 012	5 887	16 387	63	248	1 756
	b	100	76,19	28,96	19,20	12,54	34,90	0,13	0,53	3,74

¹⁾ Ohne Bundespost und Bundesbahn (Gr. 81 u. 82) sowie Verwaltungsdienst des Schifffahrts- und Hafengewesens (Klasse 8510).

²⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Übersicht 17

Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (Abt. 9)¹⁾

Gruppen Abteilung 9	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als ein- ge- tra- gene Ge- nos- sen- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ²⁾	von Körper- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Unternehmungen										
93 Politische und wirtschaftl. Organisationen	a	382	8	—	—	6	2	7	315	52
	b	100	2,09	—	—	1,57	0,53	1,83	82,46	13,61
94 Rechts- und Wirtschafts- beratung	a	2 551	112	2 479	26	19	7	1	18	1
	b	100	4,39	97,18	1,02	0,74	0,27	0,04	0,71	0,04
95 Kirche, religiöse u. welt- anschaul. Vereinigungen	a	224	—	—	—	—	—	—	14	210
	b	100	—	—	—	—	—	—	6,25	93,75
96 Erziehung, Wissenschaft und Kultur	a	785	11	253	3	3	—	—	11	515
	b	100	1,40	32,23	0,38	0,38	—	—	1,40	65,61
97 Fürsorge und Wohlfahrts- pflege	a	344	4	46	—	1	—	2	44	251
	b	100	1,16	13,37	—	0,29	—	0,58	12,79	72,97
99 Gesundheitspflege und Hygiene	a	3 720	12	3 417	6	2	—	1	17	277
	b	100	0,32	91,85	0,16	0,05	—	0,03	0,46	7,45
Abt. 9 zusammen	a	8 006	147	6 195	35	31	9	11	419	1 306
	b	100	1,84	77,38	0,44	0,39	0,11	0,14	5,23	16,31

¹⁾ Ohne öffentliche Verwaltung (Gr. 91), Sozialversicherung (Gr. 98) sowie Ämter der Gesundheitspflege und des Veterinärwesens der Gruppe 99.

²⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

Gruppen Abteilung 9	a) Grund- zahlen b) Ver- hältnis- zahlen	Zahl der Unternehmungen		Von den Unternehmungen werden betrieben						
		über- haupt	darunter im Handels- register ein- getragen	von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. und K. G.)	als offene Handels- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft	als Gesell- schaft mit be- schränkter Haftung	als Aktien- gesellschaft bzw. Kommandit- gesellschaft auf Aktien	als einge- tragene Gesell- schaft	unter einer sonstigen Rechts- form ¹⁾	von Körpers- schaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentl. Rechts
Beschäftigte										
93 Politische und wirtschaftl. Organisationen	a	2 657	42	—	—	21	21	122	1 877	616
	b	100	1,58	—	—	0,79	0,79	4,59	70,64	23,19
94 Rechts- und Wirtschafts- beratung	a	7 730	821	6 887	152	187	309	2	182	11
	b	100	10,62	89,09	1,97	2,42	4,00	0,03	2,35	0,14
95 Kirche, religiöse u. welt- anschaul. Vereinigungen	a	1 343	—	—	—	—	—	—	93	1 250
	b	100	—	—	—	—	—	—	6,92	93,08
96 Erziehung, Wissenschaft und Kultur	a	12 227	133	418	109	16	—	—	42	11 642
	b	100	1,09	3,42	0,89	0,13	—	—	0,34	95,22
97 Fürsorge und Wohlfahrts- pflege	a	4 994	18	99	—	7	—	14	2 054	2 820
	b	100	0,36	1,98	—	0,14	—	0,28	41,13	56,47
99 Gesundheitspflege und Hygiene	a	26 000	222	7 375	200	22	—	79	2 147	16 177
	b	100	0,85	28,37	0,77	0,08	—	0,30	8,26	62,22
Abt. 9 zusammen	a	54 951	1 236	14 779	461	253	330	217	6 395	32 516
	b	100	65,20	39,59	19,64	13,67	18,78	0,76	1,62	5,94

¹⁾ Siehe Anmerkung 1, Übersicht 2.

sundheitspflege und Hygiene (Gr. 99) zahlreich vertreten. In der Rechts- und Wirtschaftsberatung (Gr. 94) werden alle Helfer in Steuersachen, alle Steuer- und Wirtschaftsberater ausgewiesen. Neben großen Büros sind hier auch viele kleine und kleinste Arbeitsstätten vorhanden, denn weitaus die Mehrzahl der Rechts- und Wirtschaftsberater ist nicht im Handelsregister eingetragen. In der Gruppe 99 (Gesundheitspflege und Hygiene) werden die Ärzte mit eigener Praxis ebenfalls unter dem Sammelbegriff „von einer oder mehreren Personen (nicht OHG und Kommanditgesellschaften) betriebenen Unternehmungen“ ausgewiesen. Die hier beschäftigten Personen sind zahlenmäßig etwa halb so groß wie die in den Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts tätigen, wo die Krankenhäuser ausgewiesen werden.

Übersicht 18

Gruppen Abteilung 9	Zahl der von einer oder mehreren Personen betriebenen Unterneh- mungen (nicht o. H. G. u. K. G.)	darunter nicht im Handels- register ein- getragen
93 Politische und wirtschaftl. Organisationen	—	—
94 Rechts- und Wirtschafts- beratung	2 479	2 419
95 Kirche, religiöse u. welt- anschaul. Vereinigungen	—	—
96 Erziehung, Wissenschaft und Kultur	253	248
97 Fürsorge und Wohlfahrts- pflege	46	43
99 Gesundheitspflege und Hygiene	3 417	3 413
Abt. 9 zusammen	6 195	6 123

Vergleich der Zählungsergebnisse von 1939 u. 1950

Ein Vergleich der Rechtsformen der Unternehmungen in den Jahren 1939 und 1950 zeigt eine Ver-

lagerung zu den Offenen Handelsgesellschaften, den Kommanditgesellschaften und den Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Diese Entwicklung ging zu Lasten der Einzelunternehmungen und der nicht im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Betrug der Anteil der letzteren an der Gesamtzahl der Unternehmungen im Jahre 1939 noch 93,2 v. H., so ist bis zum Jahre 1950 eine Abnahme auf 87,6 v. H. zu verzeichnen. Alle übrigen Rechtsformen konnten im Rahmen des verminderten Standes der Unternehmungen ihren bisherigen Anteil behaupten.

Die strukturelle Wandlung zur OHG und zur GmbH scheint kapitalmäßige Gründe zu haben. Häufig wird eine Einzelfirma nicht viel mehr als den Firmennamen aus der Vorkriegszeit gerettet haben, so daß die Aufnahme eines neuen Gesellschafters für die Fortführung des Unternehmens oft den einzigen gangbaren Weg darstellte. Bei den Neugründungen mag die GmbH bestimmte Vorteile bieten, die in der beschränkten Haftung und den im Vergleich zur Aktiengesellschaft weniger strengen Gründungsvorschriften liegen. Außerdem mögen steuerliche Gesichtspunkte mitgesprochen haben.

Betrachtet man die in den einzelnen Rechtsformen Beschäftigten in den Jahren 1939 und 1950, zeigt sich ebenfalls ein Rückgang bei den in Einzelfirmen bzw. in Gesellschaften des bürgerlichen Rechts tätigen Personen. Ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten ging von 43,3 auf 39,6 v. H. zurück.

In den Offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften nahmen die Beschäftigten ab, obwohl diese Unternehmungsformen zunahmen. Der Anteil an den Gesamtbeschäftigten ging von 21,3 auf 19,6 v. H. zurück. Eine wesentliche Zunahme der Unternehmungen und Beschäftigten gegenüber 1939 ist dagegen bei den GmbH's festzustellen.

Die Unternehmungen nach Rechtsformen
Vergleich der Arbeitsstättenzählungen von 1939 und 1950

Abteilungen	Die Unternehmungen werden betrieben																
	Gesamtzahl der		von einer oder mehreren Person(en) (nicht o. H. G. und K. G.)		als offene Handelsgesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften		als Gesellschaften mit beschränkter Haftung		als Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien		als eingetragene Genossenschaften		unter einer sonstigen Rechtsform		von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts		
	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	
0 Nichtlandwirtsch. Gärtnerei, Tierzucht, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei	1939	535	2 620	521	1 817	4	306	—	—	2	276	—	—	8	221	—	—
	1950	496	2 294	476	1 458	10	441	2	29	2	141	—	—	6	225	—	—
Veränderung überh.		- 39	- 326	- 45	- 359	+ 6	+ 135	+ 2	+ 29	—	- 135	—	—	- 2	+ 4	—	—
v. H.		- 7,3	- 12,4	- 8,6	- 19,8	+ 150,0	+ 44,1	+ 100,0	+ 100,0	—	- 48,9	—	—	- 25,0	+ 1,8	—	—
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft	1939	242	13 990	190	1 597	29	1 541	10	5 135	7	5 493	—	—	2	58	4	166
	1950	258	32 773	183	1 432	49	2 211	17	5 401	7	23 568	—	—	2	161	—	—
Veränderung überh.		+ 16	+ 18 783	- 7	- 165	+ 20	+ 670	+ 7	+ 266	—	+ 18 075	—	—	—	+ 103	- 4	- 166
v. H.		+ 6,6	+ 134,3	- 3,7	- 10,3	+ 69,0	+ 43,5	+ 70,0	+ 5,2	—	+ 329,1	—	—	—	+ 177,6	- 100,0	- 100,0
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	1939	4 340	106 249	4 049	26 682	215	40 735	57	18 111	18	20 669	—	—	—	—	1	52
	1950	4 670	90 492	4 126	25 618	422	23 546	104	18 659	15	22 304	—	—	—	—	3	365
Veränderung überh.		+ 330	- 15 757	+ 77	- 1 064	+ 207	- 17 189	+ 47	+ 548	- 3	+ 1 635	—	—	—	—	+ 2	+ 313
v. H.		+ 7,6	- 14,8	+ 1,9	- 4,0	+ 96,3	- 42,2	+ 82,5	+ 3,0	- 16,7	+ 7,9	—	—	—	—	+ 200,0	+ 601,9
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	1939	16 939	149 609	16 166	61 188	571	45 756	132	10 642	56	30 426	9	295	2	158	3	1 144
	1950	13 311	152 086	11 980	51 665	985	34 323	282	29 616	53	35 618	4	203	3	339	4	322
Veränderung überh.		- 3 628	+ 2 477	- 4 186	- 9 523	+ 414	- 11 433	+ 150	+ 18 974	- 3	+ 5 192	- 5	- 92	+ 1	+ 181	+ 1	- 822
v. H.		- 21,4	+ 1,7	- 25,9	- 15,6	+ 72,5	- 25,0	+ 113,6	+ 178,3	- 5,4	+ 17,1	- 55,6	- 31,2	+ 50,0	+ 114,6	+ 33,3	- 71,9
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	1939	7 168	63 733	6 995	43 506	109	12 440	22	2 791	3	1 893	2	21	—	—	37	3 082
	1950	5 896	59 995	5 623	40 597	208	12 094	57	3 200	5	3 996	3	108	—	—	—	—
Veränderung überh.		- 1 272	- 3 738	- 1 372	- 2 909	+ 99	- 346	+ 35	+ 409	+ 2	+ 2 103	+ 1	+ 87	—	—	- 37	- 3 082
v. H.		- 17,7	- 5,9	- 19,6	- 6,7	+ 90,8	- 2,8	+ 159,1	+ 14,7	+ 66,7	+ 111,1	+ 50,0	+ 414,3	—	—	- 100,0	- 100,0
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	1939	42 992	195 632	40 158	108 271	2 229	34 575	393	18 963	79	26 537	63	3 107	54	3 402	16	777
	1950	40 142	186 808	34 378	88 016	4 819	42 589	744	24 994	67	22 261	59	4 196	59	2 825	16	1 927
Veränderung überh.		- 2 850	- 8 824	- 5 780	- 20 255	+ 2 590	+ 8 014	+ 351	+ 6 031	- 12	- 4 276	- 4	+ 1 089	+ 5	- 577	—	+ 1 150
v. H.		- 6,6	- 4,5	- 14,4	- 18,7	+ 116,2	+ 23,2	+ 89,3	+ 31,8	- 15,2	- 16,1	- 6,3	+ 35,0	+ 9,3	- 17,0	—	+ 148,0
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9)	1939	14 318	51 412	13 952	41 448	72	3 809	95	2 269	18	974	42	409	88	859	51	1 644
	1950	9 734	40 083	9 310	26 617	166	6 004	110	2 877	11	761	38	288	55	585	44	2 951
Veränderung überh.		- 4 584	- 11 329	- 4 642	- 14 831	+ 94	+ 2 195	+ 15	+ 608	- 7	- 213	- 4	- 121	- 33	- 274	- 7	+ 1 307
v. H.		- 32,0	- 22,0	- 33,3	- 35,8	+ 130,6	+ 57,6	+ 15,8	+ 26,8	- 38,9	- 21,9	- 9,5	- 29,6	- 37,5	- 31,9	- 13,7	+ 79,5
8 Verkehrswirtschaft ¹⁾	1939	5 217	89 112	4 728	16 121	298	13 080	138	19 377	39	39 922	2	27	8	398	4	187
	1950	5 973	48 246	5 172	14 049	560	9 466	147	6 261	29	16 387	4	63	10	264	51	1 756
Veränderung überh.		+ 756	- 40 866	+ 444	- 2 072	+ 262	- 3 614	+ 9	- 13 116	- 10	- 23 535	+ 2	+ 36	+ 2	- 134	+ 47	+ 1 569
v. H.		+ 14,5	- 45,9	+ 9,4	- 12,9	+ 87,9	- 27,6	+ 6,5	- 67,7	- 25,6	- 59,0	+ 100,0	+ 133,3	+ 25,0	- 33,7	+ 1175,0	+ 839,0
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse ²⁾	1939	6 795	46 652	5 082	10 642	17	549	17	488	5	153	1	27	489	8 149	1 184	26 644
	1950	8 059	54 867	6 255	14 858	35	461	33	262	9	330	11	217	419	6 395	1 297	32 344
Veränderung überh.		+ 1 264	+ 8 215	+ 1 173	+ 4 216	+ 18	- 88	+ 16	- 226	+ 4	+ 177	+ 10	+ 190	- 70	- 1 754	+ 113	+ 5 700
v. H.		+ 18,6	+ 17,6	+ 23,1	+ 39,6	+ 105,9	- 16,0	+ 94,1	- 46,3	+ 80,0	+ 115,7	+ 1000,0	+ 703,7	- 14,3	- 21,5	+ 9,5	+ 21,4
Insgesamt	1939	98 546	719 009	91 841	311 272	3 544	152 791	864	77 776	227	126 343	119	3 886	651	13 245	1 300	33 696
	1950	88 539	667 644	77 503	264 310	7 254	131 135	1 496	91 299	198	125 366	119	5 075	554	10 794	1 415	39 665
Veränderung überh.		- 10 007	- 51 365	- 14 338	- 46 962	+ 3 710	- 21 656	+ 632	+ 13 523	- 29	- 977	—	+ 1 189	- 97	- 2 451	+ 115	+ 5 969
v. H.		- 10,2	- 7,1	- 15,6	- 15,1	+ 104,7	- 14,2	+ 73,1	+ 17,4	- 12,8	- 0,8	—	+ 30,6	- 14,9	- 18,5	+ 8,8	+ 17,7

1) Ohne Bundesbahn und Bundespost sowie Verwaltungsdienst des Schifffahrts- und Hafenwesens.

2) Ohne Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung sowie Ämter der Gesundheitspflege und des Veterinärwesens.

Die Unternehmungen in den Jahren 1939 und 1950 nach der Rechtsform

Die Unternehmungen werden betrieben	Zahl der Unternehmungen nach der Arbeitsstättenzählung			
	1939		1950	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1. von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. u. K. G.)	91 841	93,2	77 503	87,6
2. als offene Handelsgesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften	3 544	3,6	7 254	8,2
3. als Gesellschaften mit beschränkter Haftung	864	0,9	1 496	1,7
4. als Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien	227	0,2	198	0,2
5. als eingetragene Genossenschaften	119	0,1	119	0,1
6. unter einer sonstigen Rechtsform	651	0,7	554	0,6
7. von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts	1 300	1,3	1 415	1,6
Gesamtsumme der Unternehmungen	98 546	100	88 539	100

Übersicht 20b

Die Beschäftigten in den Unternehmungen in den Jahren 1939 und 1950 nach der Rechtsform der Unternehmungen

Die Unternehmungen werden betrieben	Zahl der Beschäftigten nach der Arbeitsstättenzählung			
	1939		1950	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1. von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. u. K. G.)	311 272	43,3	264 310	39,6
2. als offene Handelsgesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften	152 791	21,3	131 135	19,6
3. als Gesellschaften mit beschränkter Haftung	77 776	10,8	91 299	13,7
4. als Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien	126 343	17,6	125 366	18,8
5. als eingetragene Genossenschaften	3 886	0,5	5 075	0,8
6. unter einer sonstigen Rechtsform	13 245	1,8	10 794	1,6
7. von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts	33 696	4,7	39 665	5,9
Gesamtsumme der Beschäftigten	719 009	100	667 644	100

Ein Vergleich der Ergebnisse von 1939 und 1950 auf der Ebene der Wirtschaftsabteilungen macht leider einige Umformungen erforderlich, so daß die bisher angeführten Zahlen der Wirtschaftsabteilungen nicht mehr vollkommen mit den umgeformten übereinstimmen.

Im einzelnen zeigt sich, daß **Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien** und die darin beschäftigten Personen gegenüber 1939 im Handel, im Dienstleistungsgewerbe und in der Verkehrswirtschaft abnahmen. Im erzeugenden und verarbeitenden Bereich (Abt. 1/4) zeigt sich ebenfalls eine Abnahme der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, aber eine Zunahme der in diesen Unternehmungen tätigen Personen. Im Baugewerbe (Abt. 5) und im öffentlichen Dienst sowie bei den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (Abt. 9) nahmen dagegen sowohl die in Form einer A. G. und Kommanditgesellschaft auf Aktien betriebenen Unternehmungen als auch die darin beschäftigten Personen zu.

Die **Gesellschaften mit beschränkter Haftung** und die darin beschäftigten Personen zeigten in fast allen Wirtschaftsabteilungen eine Zunahme.

Eine Ausnahme bilden lediglich die Verkehrswirtschaft, wo ein Rückgang der Unternehmungen dieser Rechtsform und der darin beschäftigten Personen vorliegt und die Wirtschaftsabteilung 9 in der wohl eine Zunahme der GmbH's zu verzeichnen ist, die darin beschäftigten Personen aber abnahmen.

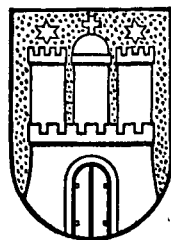
Die **offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften** nahmen in allen Wirtschaftsabteilungen zu, nicht dagegen die in diesen Firmen Beschäftigten. Die in OHG's und Kommanditgesellschaften tätigen Personen nahmen vor allem im erzeugenden und verarbeitenden Gewerbe und im Verkehrsgewerbe ab, dagegen weisen sie im Handel und im Dienstleistungsgewerbe eine relativ große Zunahme auf.

Die von einer **Einzelfirma** oder in Form der **bürgerlichrechtlichen Gesellschaft** betriebenen Unternehmungen nahmen mit Ausnahme der Wirtschaftsabteilung 8 (Verkehrswirtschaft) und Wirtschaftsabteilung 9 (Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse) in allen übrigen Wirtschaftsabteilungen ab; mit Ausnahme der Wirtschaftsabteilung 9 verringerte sich auch die Zahl der beschäftigten Personen.

Bahlert,
Dipl.-Volkswirt

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 18. November 1952

Jahrgang 1952 — Heft Nr. 36

Zur Entwicklung der Gehälter und Löhne der hamburgischen Staatsbediensteten 1928 bis 1952

Als Ergänzung zu der regelmäßig in der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ veröffentlichten Statistik der Arbeiterverdienste in der Industrie wird im folgenden die Entwicklung der Gehälter und Löhne der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zur Darstellung gebracht. Diese Untersuchung dürfte im Zusammenhang mit der bevorstehenden Änderung der Besoldungsordnung für Beamte und der Tarifordnung für Angestellte und Arbeiter gegenwärtig von besonderem Interesse sein.

Bevor auf die Einkommensentwicklung näher eingegangen wird, soll zunächst ein Überblick über die Zusammensetzung und Gliederung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegeben werden. Nach dem Ergebnis der „Meldungen über den Personalstand“ betrug die Gesamtzahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg am 1. Oktober 1952 rd. 63 000 Per-

sonen, wobei die Eigenbetriebe mit eingeschlossen sind. Dagegen sind in dieser Summe die Bediensteten der in besonderer Rechtsform geführten Unternehmen des hamburgischen Staates (z. B. Hamburger Gaswerke G. m. b. H.) nicht enthalten.

Bei einer Zahl der Erwerbspersonen im Jahre 1950 von rd. 746 500 einschl. der Erwerbslosen standen von je 1000 Erwerbspersonen im Durchschnitt etwa 85 im Dienst der hamburgischen Verwaltung. Nahezu 40 v. H. der Personalkräfte sind Angestellte, der Rest besteht zum größeren Teil aus Beamten, zum kleineren aus Arbeitern. Die Beamten stehen zu fast gleichen Teilen im gehobenen und einfachen/mittleren Dienst, und zwar mit 43,9 v. H. im gehobenen Dienst und mit 44,2 v. H. im einfachen/mittleren Dienst, der Rest im höheren Dienst. Bei den Angestellten liegt das Hauptgewicht beim ein-

Übersicht 1

Der Personalstand der hamburgischen Verwaltung am 1. Oktober 1952

Laufbahngruppe	Beamte in der Gruppe der Besoldungsordnung	Angestellte in der Gruppe der TO. A	Beamte		Angestellte		Zusammen	
			absolut	in v. H.	absolut	in v. H.	absolut	in v. H.
Höherer Dienst	B, H, A 1a — A 2 c 2	I—III	2 505	11,9	1 278	5,2	3 783	8,3
Gehobener Dienst	A2d — A4c2	IV—VI	9 236	43,9	4 399	18,0	13 635	29,9
Mittlerer und einfacher Dienst	A4d — A 11	VII—X	9 297	44,2	18 815	76,8	28 112	61,8
		Zusammen	21 038	100	24 492	100	45 530	100
außerdem:								
Unterhaltszuschußempfänger (Beamtenanwärter, Lehrlinge, usw.)			1 266		1 437		2 703	
		Zusammen	22 304		25 929		48 233	
		dazu: Arbeiter ¹⁾					12 611	
		Sonstiges Personal ²⁾					2 248	
Öffentliche Bedienstete insgesamt							63 092	

¹⁾ Einschl. Handwerkerlehrlinge.

²⁾ Nichtvollbeschäftigtes, vorübergehend und unständig beschäftigtes Personal, jedoch ohne Reinmachefrauen.

fachen/mittleren Dienst mit 76,8 v. H.; der Rest verteilt sich mit 18,0 v. H. auf den gehobenen und mit 5,2 v. H. auf den höheren Dienst.

Die Ausweitung der staatlichen Aufgaben brachte in den letzten Jahrzehnten nicht nur eine Ausdehnung des Verwaltungsapparates mit sich, sondern auch strukturelle Verschiebungen im Personalstand des öffentlichen Dienstes. So ist z. B. der Anteil der Angestellten am Gesamtbestand (Beamte und Angestellte), der im Jahre 1928 nur 45 v. H. betrug, heute auf 54 v. H. gestiegen, während der Anteil der Beamten von 55 auf 46 v. H. zurückgegangen ist.

Altersaufbau und Kinderzahl

Die Besoldungsordnung für Beamte, die Tarifordnung A für Angestellte und Tarifordnung B für Arbeiter sehen eine mehr oder weniger starke Stufung der Einkommen nach dem Dienst- bzw. Lebensalter vor. Daher ist die Altersgliederung der Staatsbediensteten für den Verdienst von nicht unerheblicher Bedeutung.

Der Altersaufbau der öffentlichen Bediensteten ist wie der der Gesamtbevölkerung entscheidend durch die beiden Weltkriege beeinflusst und läßt gewisse Überalterungserscheinungen erkennen. Sie zeigen sich in der verhältnismäßig starken Besetzung der höheren Altersjahrgänge. Nach dem Ergebnis der repräsentativen Gehalts- und Lohnerhebung im öffentlichen Dienst vom September 1950 standen fast die Hälfte aller Beamten und Angestellten im Alter von über 45 Jahren; sogar rd. 20 v. H. waren 55 und mehr Jahre alt. Das Bild verschiebt sich jedoch wesentlich, wenn man die Verwaltungsbereiche gesondert betrachtet. Hier fällt vor allem die verhältnismäßig starke Überalterung beim Schullehrpersonal auf; die Quote der Altersklassen 45 Jahre und älter beträgt fast 60 v. H. Die altersmäßige

Übersicht 2

Die Altersschichtung der Staatsbediensteten im September 1950¹⁾

Beschäftigtengruppe Verwaltungsbereiche	Von je 100 Beschäftigten waren in der Altersgruppe			
	unter 30	30 bis unter 45	45 bis unter 55	55 und mehr
	J a h r e			
Beamte	24,0	31,5	24,0	20,5
Angestellte	22,1	31,2	28,4	18,3
Beamte und Angestellte	21,2	31,2	27,6	20,0
darunter:				
Hoheits- (Kämmerei-)verwaltung	18,2	30,4	29,0	22,4
Schullehrpersonal	12,3	30,4	31,7	25,6
Polizei	29,8	38,1	21,6	10,5
Arbeiter	13,1	33,9	30,3	22,7
Öffentl. Bedienstete insges.	19,1	31,9	28,3	20,7
dagegen:				
Erwerbspersonen ²⁾	30,4	30,0	22,3	17,3

¹⁾ Nach der repräsentativen Lohn- und Gehaltserhebung im öffentlichen Dienst.

²⁾ Nach der Volkszählung September 1950.

Zusammensetzung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter weicht zum Teil erheblich von der der Beamten und Angestellten ab. Besonders auffällig ist hier der niedrige Anteil der unter 30jährigen, während die höheren Altersjahrgänge verhältnismäßig stark besetzt sind.

Vergleicht man die Altersstruktur der öffentlich Bediensteten mit der altersmäßigen Gliederung der bei der Volkszählung 1950 gezählten Erwerbspersonen, so ist ein wesentlicher Unterschied festzustellen; nicht weniger als 49,0 v. H. der Staatsbediensteten waren im Jahre 1950 über 45 Jahre alt gegenüber nur 39,6 v. H. bei allen Erwerbspersonen. Die Überalterung ist also bei den im öffentlichen Dienst Beschäftigten weit mehr fortgeschritten als bei den übrigen Erwerbspersonen (vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1951, Heft 32).

Die nachfolgende Übersicht bringt Angaben über die Zahl der zuschlagsberechtigten Kinder der männlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter im Alter von über 20 bzw. 21 Jahren. Bemerkenswert wird, daß bei dieser Übersicht nur die Zahl derjenigen Kinder angegeben ist, für welche ein Kinderzuschlag gewährt wird.

Übersicht 3

Die männlichen Staatsbediensteten nach ihrer Kinderzahl im September 1950¹⁾

Beschäftigtengruppe	Von je 100 männlichen Beschäftigten erhielten ²⁾					Durchschn.-Zahl der zuschlagsberechtigten Kinder je Beschäftigten
	keine Kinderzuschläge	Kinderzuschläge für				
		1 Kind	2	3	4 und mehr	
Beamte ³⁾	50,8	24,3	17,0	5,7	2,2	0,85
Angestellte ³⁾	56,0	22,1	14,3	5,4	2,2	0,77
Arbeiter ³⁾	54,4	22,2	14,1	5,8	3,5	0,85
Insgesamt	53,8	22,9	15,2	5,6	2,5	0,82

¹⁾ Vgl. Anmerkung 1 zur Übersicht 2.

²⁾ 20 Jahre und darüber.

³⁾ 21 Jahre und darüber.

Von den Beschäftigtengruppen haben die Angestellten den geringsten Anteil an zuschlagsberechtigten Kindern. Während 44 v. H. der männlichen Angestellten Kinderzuschläge erhielten, waren es bei den Arbeitern 45,6 v. H. und bei den Beamten 49,2 v. H.

Setzt man die Zahl der im Versorgungsalter stehenden Kinder zur Zahl der Beschäftigten in Beziehung, so kommen im Durchschnitt auf einen männlichen Beamten 0,85, auf einen Angestellten 0,77 und auf einen Arbeiter 0,85 Kinder. Die relative Häufigkeit der zuschlagsberechtigten Kinder ist bei den im öffentlichen Dienst beschäftigten Beamten und Arbeitern also gleich groß, obgleich der Anteil derjenigen Kinder, für welche ein Kinderzuschlag gewährt wird, bei den Beamten etwas höher liegt. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß im Durchschnitt der Prozentsatz von 3 und mehr zuschlagsberechtigten Kindern bei den Arbeitern am höchsten ist.

Die Bezüge der Beamten

Die Entwicklung der Beamtenbezüge läßt sich auf Grund des Beamten-Besoldungsgesetzes und dessen Änderungen und Ergänzungen feststellen. Um eine möglichst übersichtliche vergleichende Darstellung der Gehaltshöhe zu schaffen, sind nur einige Beamtengruppen herausgegriffen, die aber maßgebend sind für die Beurteilung der gesamten Gehaltsentwicklung. Als solche Beamtengruppen

heben sich heraus: Beim einfachen Dienst die Beamten der Besoldungsgruppe A 10 b (Amtsgehilfe), beim mittleren Dienst die Beamten der Besoldungsgruppe A 7 a (Regierungssekretär), beim gehobenen Dienst die Beamten der Besoldungsgruppe A 4 c 2 (Regierungsinspektor) und beim höheren Dienst die Beamten der Besoldungsgruppe A 2 c 2 (Regierungsrat). Zugrunde gelegt wurde für diese Untersuchung jeweils ein verheirateter Beamter, Angestellter und Arbeiter ohne zuschlagsberechtigte Kinder.

Übersicht 4

Die Entwicklung der Nominalgehälter der Beamten von 1928 bis Oktober 1952
(verheiratete Beamte ohne Kinder)

Monat / Jahr	Brutto-Monatsgehälter ¹⁾							
	Einfacher Dienst Amtsgehilfe		Mittlerer Dienst Regierungssekretär		Gehobener Dienst Regierungsinspektor		Höherer Dienst Regierungsrat	
	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100
Dezember 1928	226,67	100	320,83	100	441,67	100	716,67	100
Juli 1938	186,15	82,1	267,82	83,5	353,98	80,1	572,88	79,9
Juli 1948	229,82	101,4	331,65	103,4	439,34	99,5	715,67	99,9
Januar 1949	249,82	110,2	351,65	109,6	439,34	99,5	715,67	99,9
Mai 1949	249,82	110,2	351,65	109,6	459,34	104,0	715,67	99,9
Oktober 1950	259,54	114,5	351,65	109,6	459,34	104,0	715,67	99,9
März 1951	259,54	114,5	351,65	109,6	459,34	104,0	735,67	102,7
April 1951	285,16	125,8	382,07	119,1	506,01	114,6	829,01	115,7
Oktober 1952	285,16	125,8	382,07	119,1	506,01	114,6	829,01	115,7

¹⁾ Mittleres Gehalt (Medianwert) oder wo mehrere Gehaltsgruppen vereinigt sind, der einfache Durchschnitt (arithmetisches Mittel) der mittleren Gehälter; Grundgehalt einschließl. Wohnungsgeldzuschuß u. örtlicher Sonderzuschlag.

Die Beamtenegehälter von 1928 blieben bis zum Sommer 1930 unverändert in Kraft. Mit zunehmender Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage und damit der Finanzen des Staates und aller sonstigen öffentlichen Körperschaften war ein Gehaltsabbau nicht mehr zu umgehen. Auf Grund der drei Brüning'schen Notverordnungen (Gehaltskürzungsverordnungen) wurden die Dienst-einkommen sehr stark herabgesetzt. Durch die 1. Gehaltskürzungsverordnung, die vom 1. Februar 1931 bis 30. April 1948 zur Anwendung gelangte, ist das Grundgehalt einschl. Wohnungsgeldzuschuß um 6 v. H. gekürzt worden; nur Bezüge bis zu 125,— RM im Monat, die im aktiven Dienst kaum vorkamen, waren verschont geblieben. Mit der 2. Gehaltskürzungsverordnung (1. Juli 1931 bis 31. Dezember 1940) war dagegen eine gestaffelte Gehaltskürzung von 4 bis 7 v. H. durchgeführt worden, welche die hohen Einkommen schwerer als die unteren traf. Die 3. Gehaltskürzungsverordnung, die ab 1. Januar 1932 galt, hatte eine Kürzung der Bezüge um 9 v. H. zur Folge. Von dieser 9prozentigen Kürzung wurden 6 v. H. am 30. Juni 1939 und die restlichen 3 v. H. am 31. Dezember 1940 aufgehoben. Somit betrug die Gehaltskürzung unter Zugrundelegung aller drei Gehaltskürzungsverordnungen bei einem Mindestgehalt von 125,— RM aufwärts wenigstens 19 v. H., bei höheren Gehältern stieg sie auf 22 v. H. des Grundgehalts und Wohnungsgeldzuschusses. Erst mit Aufhebung der letzten Kürzung im Jahre 1948 war nominell das Niveau vom Jahre 1928 wieder erreicht.

Die nach dem zweiten Weltkrieg steigenden Preise hatten zur Folge, daß die Gehälter und Löhne der Staatsbediensteten zur Bestreitung der notwendigen Bedürfnisse nicht mehr ausreichten. Man entschloß sich daher, zunächst den gering besoldeten Beamten mit einem Grundgehalt bis zu monatlich 250,— DM eine einmalige Überbrückungshilfe für die Zeit von Januar bis Mai 1949 in Höhe von 80,— DM zu gewähren. Vom 1. Mai 1949 bis 31. März 1951 erhielten die Beamten, soweit ihr Grundgehalt 388,— DM monatlich nicht überstieg, eine laufende monatliche Sonderzulage von 20,— DM bewilligt; diese Erhöhung wurde für die Monate Februar und März 1951 auch auf alle anderen Beamten ausgedehnt. Zur Angleichung an die Regelung des Bundes wurde weiterhin den unteren Besoldungsgruppen eine Überbrückungshilfe gewährt, die die Bezüge mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 geringfügig erhöhte. Zu Weihnachten 1950 wurde den Beamten mit einem Grundgehalt von nicht mehr als 370,— DM monatlich eine einmalige steuerfreie Zuwendung von 20,— DM gezahlt. Die Beamten bis zu einem Grundgehalt von 370,— DM erhielten im April 1952 eine einmalige steuerpflichtige Pauschale von 60,— DM.

Bei der Verteuerung der Lebenshaltung genügte das System differenzierter einmaliger und laufender Zulagen bald nicht mehr. Durch eine grundlegende Neuregelung der Beamtenbezüge mußte den Bedürfnissen der in immer größere wirtschaftliche Bedrängnis geratenen Beamten Rechnung getragen

werden. Nach langwierigen Beratungen der Bundesregierung, der Länderregierungen und Beamtenvertretungen wurden die Grundgehälter ab April 1951 um 20 v. H. erhöht. Dies entspricht einer Erhöhung der Bruttobezüge um etwa 15 bis 16 v. H. Mit Beginn dieser Gehaltserhöhung wurde jenen Beamten (Grundgehalt unter 230,— DM monatlich), deren Gehaltserhöhung niedriger war als der Betrag der bisher gewährten Zulage, der Unterschiedsbetrag als gekürzte Sonderzulage weitergezahlt. Für die Zeit von Januar bis Dezember 1952 gelangte eine einmalige steuerpflichtige Ausgleichszahlung in Höhe eines halben Monatsgehalts zur Auszahlung.

Übersicht 5

Die Entwicklung der Nominalgehälter der Beamten von 1902 bis 1928 (verheiratete Beamte ohne Kinder)

Laufbahngruppe	Brutto-Monatsgehälter ¹⁾			
	1902 M	1912 M	1928 RM	Zunahme 1902 bis 1928 in v. H.
Einfacher Dienst .	125,00	162,50	226,67	81,3
Mittlerer Dienst .	175,00	216,57	320,83	83,3
Gehobener Dienst	233,33	283,33	441,67	89,3
Höherer Dienst .	625,00	687,50	716,67	14,7

¹⁾ Vgl. Anmerkung zur Übersicht 4.

Betrachtet man nun noch die Entwicklung der Beamtenbezüge von 1902 bis zur letzten großen Neuregelung der Beamtenbesoldung 1927/28, so zeigt das Durchschnittsgehalt der höheren Beamten eine Steigerung um rd. 15 v. H. Das Gehalt der übrigen Beamten ist im gleichen Zeitraum aber um 81 bis 89 v. H. gestiegen. Die Einkommen der oberen Beamten sind also verhältnismäßig stark gegen die der übrigen Beamten zurückgeblieben.

Die vorstehenden Übersichten liefern ein zahlenmäßiges Bild von der Steigerung der Nominalgehälter der Beamten in den letzten 50 Jahren. Sie zeigen im allgemeinen, daß das Steigen der Bezüge um so größer war, je geringer das ursprüngliche Gehalt war. Es tritt mit aller Deutlichkeit eine Erscheinung zutage, die in der jüngsten Zeit, aber auch schon vor und nach dem ersten Weltkrieg oft erörtert worden ist: Die Spanne zwischen den Gehältern der Beamten des unteren und mittleren Dienstes und denen des höheren Dienstes ist im letzten halben Jahrhundert wesentlich geringer geworden. Die Gehaltsentwicklung wird also dadurch gekennzeichnet, daß sich eine starke Tendenz zur Nivellierung der Gehälter der hochqualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitnehmer immer mehr durchsetzt; Arbeiten, die eine bessere Vorbildung voraussetzen und Leistungen von größerer Tragweite und Tätigkeiten mit größerer Verantwortlichkeit werden im Vergleich mit Arbeitsgebieten, für die eine einfache Vorbildung genügt, und mit Leistungen von weniger großer Bedeutung und Verantwortung verhältnismäßig geringer entlohnt als früher. Man kann die gleiche Nivellierungstendenz auch bei der Lohn-

entwicklung der Industriearbeiter beobachten, worauf in Heft 8/1952 dieser Zeitschrift bereits hingewiesen wurde, und ebenso bei der Entwicklung der Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst. Infolge der fortwährenden Preiserhöhungen und Einkommensheraufsetzungen wird den Einkommensempfängern die tatsächliche Verschlechterung ihrer Einkommenslage zumeist nicht voll bewußt. Bei einem gleichbleibenden Preisniveau wäre eine derartige Nivellierung wahrscheinlich unmöglich gewesen, denn eine Einkommensreduzierung durch eine Senkung der Nominalbezüge der höheren Einkommen wäre sicherlich auf starken Widerstand der Betroffenen gestoßen.

Die verschiedene Entwicklung der Einkommensverhältnisse bei den einzelnen Beamtengruppen tritt besonders deutlich hervor, wenn man das Monatsgehalt des einfachen Dienstes gleich 100 setzt und dann die Verhältniszahlen für die übrigen Beamtengruppen berechnet.

Übersicht 6

Verschiebung in den Einkommensverhältnissen der Beamten 1902 bis Oktober 1952

Laufbahngruppe	1902	1912	1928	1938	1948	Okt. 1952
Einf. Dienst .	100	100	100	100	100	100
Mittl. Dienst .	140,0	133,3	141,5	143,9	144,3	134,0
Gehob. Dienst	186,7	174,4	194,9	190,2	191,2	177,4
Höh. Dienst .	500,0	423,1	316,2	307,8	311,4	290,7

Ein höherer Beamter, der im Jahre 1902 das fünffache Monatsgehalt des einfachen Beamten bezog, hat jetzt nur noch das 2,9fache desselben. Beim mittleren und gehobenen Dienst hat sich das Verhältnis weniger verschoben. Die hier nur an dem Bruttoeinkommen gemessene Nivellierungstendenz ist aber beim Nettoeinkommen noch viel größer, weil die Wirkung der inzwischen viel steiler gewordenen Progression des Lohnsteuertarifs die höher besoldeten Beamtengruppen weit stärker trifft als die geringer besoldeten (vgl. Übersicht 11).

Die Vergütung der Angestellten

Die Höhe der Vergütungen der im Staatsdienst beschäftigten Angestellten kann man aus dem Tarifvertrag der hamburgischen Staatsangestellten vom 17. November 1927 in der Fassung der Senatsverfügung vom 10. Dezember 1928, der später mehrfach geändert wurde, und aus der Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst (TO.A) vom 1. April 1938 (Neufassung vom 1. November 1943) entnehmen. Eine Schwierigkeit bot der Vergleich der Gehälter von 1928 mit denen der Vor- und Nachkriegszeit, da die Vergütungsgruppen der TO.A nicht immer den früheren Vergütungsgruppen nach dem Tarifvertrag von 1927/28 entsprachen.

Um hier eine Übereinstimmung zu erzielen, wurden die Vergütungsgruppen von 1927/28 folgendermaßen denen von 1938 gegenübergestellt:

Laufbahngruppen	Vergütungsgruppen von 1927/28	Vergütungsgruppen von 1938
Einfacher Dienst	II	IX
Mittlerer Dienst	V	VII
Gehobener Dienst	VII	VI b
Höherer Dienst	XVI	I—III

Die erste ausgewählte jetzige Vergütungsgruppe IX betrifft Angestellte mit einfacheren Arbeiten. Die zweite jetzige Gruppe VII setzt bereits gründliche Fachkenntnisse voraus. Die dritte jetzige Gruppe VIb bedingt gründliche und vielseitige Fachkenntnisse und selbständige Leistungen. Die letzte ausgewählte jetzige Vergütungsgruppe I

bis III setzt im allgemeinen abgeschlossene Hochschulbildung und entsprechende Tätigkeit voraus.

Die bei den Beamten gemachten Ausführungen über die Brüning'schen Gehaltskürzungsverordnungen und die Gewährung von Teuerungszulagen gelten — abgesehen von einer Erweiterung — entsprechend auch für die Angestellten. Auf Grund der tarifvertraglichen Vereinbarung vom 10. Oktober 1950 (2. Königsteiner Abkommen) wurde den Angestellten, soweit ihre Grundvergütung 350,— DM monatlich nicht überstieg, von Oktober 1950 bis März 1951 ein Teuerungszuschlag von je 20,— DM monatlich gezahlt, während die Beamten der entsprechenden Gehaltsgruppen nur eine einmalige Pauschale von 60,— DM erhielten.

Übersicht 7

Die Entwicklung der Nominalgehälter der Angestellten von 1928 bis Oktober 1952 (verheiratete Angestellte ohne Kinder)

Monat / Jahr	Brutto-Monatsgehälter ¹⁾							
	Einfacher Dienst IX ²⁾		Mittlerer Dienst VII ³⁾		Gehobener Dienst VI b ⁴⁾		Höherer Dienst I—III ⁵⁾	
	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100	absolut RM / DM	v. H. 1928 = 100
Dezember 1928	231,66	100	302,29	100	369,79	100	687,08	100
Juli 1938	197,75	85,4	262,31	86,8	320,32	86,6	582,62	84,8
Juli 1948	244,29	105,5	324,61	107,4	397,12	107,4	727,86	105,9
Januar 1949	264,29	114,1	334,61	110,7	407,17	110,1	729,13	106,1
Mai 1949	264,29	114,1	344,61	114,0	417,12	112,8	729,13	106,1
Oktober 1950	284,29	122,7	364,61	120,6	433,00	117,1	729,13	106,1
März 1951	284,29	122,7	364,61	120,6	437,12	118,2	749,13	109,0
April 1951	306,09	132,1	386,16	127,7	463,42	125,3	844,73	122,9
Oktober 1952	307,16	132,6	387,63	128,2	465,25	125,8	848,24	123,5

¹⁾ Mittel aus Anfangs- und Endgehalt (Grundvergütung einschließl. Wohnungsgeldzuschuß und örtl. Sonderzuschlag).

²⁾ Angestellte mit einfachen Arbeiten,

³⁾ Angestellte mit gründlichen Fachkenntnissen.

⁴⁾ Angestellte mit gründlichen vielseitigen Fachkenntnissen und selbständigen Leistungen.

⁵⁾ Wissenschaftliche und technische Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung und entsprechender Tätigkeit.

Bei der Einkommensentwicklung der Angestellten im öffentlichen Dienst wiederholt sich die Tendenz, die bei den Gehältern der Beamten beobachtet werden konnte. Die Gehälter der höheren Angestelltengruppen sind nicht so stark gestiegen wie die der unteren Gruppen. Die geringste relative Erhöhung haben die Gehälter der Vergütungsgruppe I—III erfahren. Sie stiegen von Dezember 1928 bis Oktober 1952 um 23,5 v. H.; damit liegt die Erhöhung jedoch noch um fast 8 v. H. über der entsprechenden Gruppe der höheren Beamten. Die stärkste relative Zunahme der Gehälter ist in der untersten hier untersuchten Vergütungsgruppe (IX) festzustellen; sie betrug in dem gleichen Zeitraum 33 v. H.

Wie aus der vorstehenden Übersicht 7 weiter hervorgeht, haben die Brutto-Monatsgehälter im Oktober 1952 gegenüber Juli 1938 in den ausgewählten Vergütungsgruppen wie folgt zugenommen:

beim einfachen Dienst	+ 55,3 v. H.
beim mittleren Dienst	+ 47,8 v. H.
beim gehobenen Dienst	+ 45,2 v. H.
beim höheren Dienst	+ 45,6 v. H.

Die Löhne der Staatsarbeiter

Ein Bild der Lohnentwicklung der im unmittelbaren Dienste des hamburgischen Staates vollbeschäftigten Arbeiter kann auf Grund der Tarifverträge gegeben werden. Die Tarife unterscheiden nach der Leistung mehrere Lohngruppen, die in sich nach Lebens- bzw. Dienstjahren gestaffelt sind. Die zweckmäßige Auswahl der Typen für eine vergleichende Übersicht ist besonders schwierig; denn es wurde im Laufe der Zeit die Zahl der Lohngruppen und der Dienstaltersstufen geändert, das Lebensalter für den Vollohn vom vollendeten 21. auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt und die Kinderzuschläge nach Beseitigung der Frauenzuschläge denen der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes angeglichen. Vor dem 12. Mai 1938 betrug die Frauen- und Kinderzulage pro Stunde je 3 Rpf.

Vor Einführung der Tarifordnung B für Arbeiter im öffentlichen Dienst (TO.B) im Jahre 1938 erhielten die Handwerker zum Höchststundenlohn des gelernten Arbeiters Ausgleichszulagen, die sich im Jahre 1928 zwischen 2 und 26 Rpf bewegten. Diese Zulagen zum Lohn des gelernten Arbeiters stellten

Die Entwicklung der Stundenlöhne der Staatsarbeiter 1928 bis Oktober 1952

Monat / Jahr	Stundenlöhne in der höchsten tarifmäßigen Altersstufe ¹⁾											
	Gelernte		Männliche Arbeiter Angelernte				Ungelernte		Weibliche Arbeiter Angelernte		Ungelernte	
	Anfangs- lohn	End- lohn	Anfangs- lohn	End- lohn	Anfangs- lohn	End- lohn	Anfangs- lohn	End- lohn	Anfangs- lohn	End- lohn	Anfangs- lohn	End- lohn
	R/Dpf		R/Dpf		R/Dpf		R/Dpf		R/Dpf		R/Dpf	
Dezember 1928	102 ²⁾	108 ²⁾	96	100	94	98	83	89	78	82	76	80
Oktober 1929	109 ²⁾	115 ²⁾	103	107	101	105	90	96	85	89	83	87
Juli 1932	92 ²⁾	96 ²⁾	87	91	85	89	73	78	70	73	68	72
Juli 1938	100	105	87	92	85	90	75	80	69	74	68	73
Mai 1948	115	120	100	105	98	103	86	91	79	84	78	83
Mai 1949	131	150	121	126	110	117	105		100		95	
Oktober 1950	138	157	128	133	117	124	112		107		102	
April 1951	151	171	140	145	127	136	122		116		111	
Januar 1952	154	174	143	148	130	139	125		119		114	
Oktober 1952	154	174	143	148	130	139	125		119		114	
Lohnsteigerung Dezember 1928 bis Oktober 1952 in v. H.	38,7 ⁴⁾	48,7 ⁴⁾	49,0	48,0	38,3	41,8	45,3		48,8		46,2	
Juli 1938 bis Oktober 1952 in v. H.	54,0	65,7	64,4	60,9	52,9	54,4	61,2		66,4		61,7	

¹⁾ Ab Okt. 1928 über 21 Jahre, ab Mai 1948 nach dem 20. Lebensjahr.

²⁾ Ausgleichszulage für Handwerker 2—26 Rpf. je Stunde.

³⁾ Ausgleichszulage für Handwerker 2—16 Rpf. je Stunde.

⁴⁾ Für das Jahr 1928 (Anfangs- und Endlohn) ist eine Ausgleichszulage von 9 Rpf. zugrunde gelegt.

das Gleichgewicht mit den Handwerkerlöhnen in der freien Wirtschaft her. Nach 1938 wurde diese Zulage in den Lohn des gelernten Arbeiters unmittelbar eingebaut.

Die Übersicht 8 bringt über die Lohnentwicklung der Staatsarbeiter seit dem Jahre 1928 das notwendige Zahlenmaterial. Es ist hierbei zu beachten, daß für die Berechnung der prozentualen Lohnsteigerung bei den weiblichen Arbeitern 1928 und 1938 aus Gründen der Vergleich-

barkeit Durchschnitte aus Anfangs- und Endlohn gebildet wurden und daß bei den männlichen gelernten Arbeitern (Handwerker) eine Ausgleichszulage von 9 Rpf im Jahre 1928 zugrunde gelegt wurde.

Die Staatsarbeiterlöhne, die zunächst infolge der Brüning'schen Notverordnungen abgenommen hatten, erfuhren nach dem Kriege eine merkliche Aufbesserung. Die Zunahme der Löhne der verschiedenen Lohngruppen betrug

von Dezember 1928 | von Juli 1938
bis Oktober 1952

beim gelernten Arbeiter zwischen	38,7 u. 48,7 v. H.	54,0 u. 65,7 v. H.
beim ungelernten Arbeiter zwischen	38,3 u. 41,8 v. H.	52,9 u. 54,4 v. H.
bei den Arbeiterinnen zwischen	45,3 u. 46,2 v. H.	61,2 u. 61,7 v. H.

Neben dem Tariflohn erhielten die Arbeiter auf Grund der Ermächtigung der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder vom 15. Mai 1952 für die Zeit von Januar bis Dezember 1952 eine einmalige nach Lohngruppen gestaffelte Ausgleichszahlung (75,— bis 120,— DM).

Vergleicht man die Verdienste der Staatsarbeiter mit denen der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, so kann man feststellen, daß sich die Staatsarbeiterlöhne in den letzten Jahren günstiger entwickelt haben.

Die Einkommensschichtung

Bei der im September 1950 auf repräsentativer Grundlage durchgeführten Erhebung über die Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst wurde gleichzeitig auch die Einkommensschichtung festgestellt. Der Aussagewert von Schichtungszahlen ist weit größer als der von Durch-

schnittszahlen, die das Produkt aus extremen oder aus nahe beieinanderliegenden Einzelwerten sein können und die die tatsächliche Einkommenslage nicht genügend klarlegen. Obgleich die Brutto-bezüge seit September 1950 bis heute um etwa 15 bis 16 v. H. erhöht worden sind, haben diese Ergebnisse noch aktuelle Bedeutung. Der Anteil der Gehalts- und Lohnempfänger, der auf die einzelnen Klassen der Einkommensschichtung entfällt, dürfte sich durch weitgehenden Ausgleich von Klasse zu Klasse innerhalb der Staffellungen nur unwesentlich verändert haben.

Die folgende Übersicht 9 über die Schichtung der Brutto-Monatsbezüge läßt in den einzelnen Einkommens-Größenklassen deutliche Unterschiede zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern erkennen. Für die Einreihung in die Größenklassen-Skala ist das gesamte monatliche Bruttoeinkommen (Grundbezüge einschl. Wohnungsgeldzuschuß, örtlicher Sonderzuschlag und Kinderzuschlag sowie Teuerungszulagen) maßgebend gewesen.

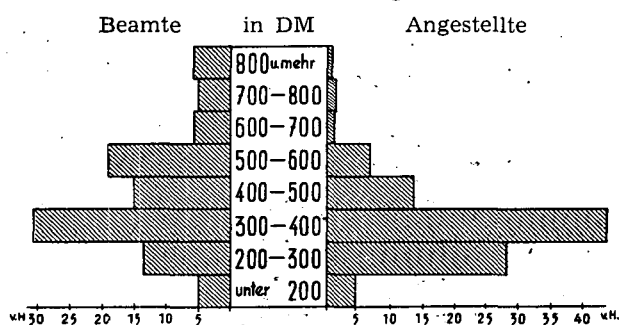
Betrachtet man zunächst die Beamten, so stellt man fest, daß sich die Einkommen weniger um das durchschnittliche Gehalt gruppieren, sondern verhältnismäßig stark streuen. Dies beruht zum großen Teil auf den Eigentümlichkeiten der Verhältnisse in den einzelnen Verwaltungszweigen. Auch spielt die unterschiedliche Altersgliederung, Einstufung und Zusammensetzung der Beschäftigten eine große Rolle.

Von den Beamten beziehen 5 v. H. ein monatliches Bruttogehalt von weniger als 200,— DM; hier handelt es sich in erster Linie um Unterhaltszuschußempfänger (Beamtenanwärter) usw. Die stärkste Besetzung weist die Gehaltsklasse 300,— bis 400,— DM auf, der rd. 31 v. H. aller Beamten angehören. Das sind zum überwiegenden Teil die bei der Polizei Beschäftigten, die durchweg im mittleren und unteren Dienst eingestuft sind. Es darf auch nicht übersehen werden, daß das Durchschnittsalter der Polizeibeamten erheblich niedriger liegt als das der übrigen Beamten. Etwa ein Fünftel der Beamten bezieht ein Gehalt von 500,— bis 600 DM. Hierzu gehören die vorwiegend im gehobenen Dienst beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen, deren Einkommen wegen ihrer besonderen Ausbildung verständlicherweise höher liegen muß.

Einkommenspyramide der Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst

September 1950

Brutto-Monatsgehalt



Übersicht 9

Die Schichtung der monatlichen Arbeitseinkommen der Staatsbediensteten im September 1950

Brutto-Verdienstklassen DM	von je 100 Gehalts- und Lohnempfängern im öffentlichen Dienst entfallen auf die vorstehende Verdienststufe								
	Beamte			Angestellte			Arbeiter		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Unter 200,—	5,0	5,2	4,1	4,5	3,3	6,0	20,3	1,9	78,3
200,— bis unter 250,—	4,6	4,8	3,5	12,0	4,0	23,9	10,9	9,2	16,5
250,— „ „ 300,—	9,0	9,6	5,3	16,2	10,3	25,1	30,5	38,6	4,7
300,— „ „ 350,—	18,8	19,0	17,4	26,2	28,6	22,8	23,6	30,9	0,5
350,— „ „ 400,—	11,8	12,5	7,6	17,7	22,3	10,8	10,0	13,1	—
400,— „ „ 450,—	8,1	8,4	6,1	6,9	8,6	4,5	2,8	3,8	—
450,— „ „ 500,—	7,0	6,6	9,6	6,7	7,7	5,1	1,0	1,3	—
500,— „ „ 600,—	19,2	16,8	35,1	6,7	10,5	1,0	0,9	1,2	—
600,— „ „ 700,—	5,7	6,0	3,7	1,2	1,8	0,3	—	—	—
700,— „ „ 800,—	5,0	5,0	4,6	1,3	1,9	0,4	—	—	—
800,— und mehr	5,8	6,1	3,0	0,6	1,0	0,1	—	—	—
Durchschn. Brutto-Monatsverdienst in DM ¹⁾	463,15	463,22	462,73	352,12	387,89	301,30	277,51	309,49	175,39

¹⁾ ohne Beamtenanwärter und Lehrlinge

Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Gesichtspunkt ist auch die Überalterung dieser Personengruppen (vgl. Übersicht 2).

Bei den Angestellten im öffentlichen Dienst weisen die unteren Einkommensklassen durchweg eine stärkere, die höheren eine weit schwächere Besetzung als bei den Beamten auf. Von der gesamten Angestelltenschaft hatten im September 1950 rd. 77 v. H. Vergütungen in Höhe bis zu 400,— DM brutto, 400,— DM und mehr verdienen nur 23 v. H. der Angestellten (51 v. H. der Beamten). Das Schwergewicht liegt bei den Angestellten in der Verdienstklasse 300,— bis 350,— DM.

Nach dem Streuungsbild der Einkommen nimmt also der Angestellte in erheblich geringerem Maße Positionen im gehobenen und höheren Dienst ein als dies bei den Beamten der Fall ist. Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß fast ein Drittel aller Beamten Lehrkräfte sind, die — wie bereits erwähnt — auf den gehobenen Dienst entfallen.

Die Streuung der Verdienste nach Verdienstklassen ist naturgemäß bei den Arbeitern wesentlich geringer als bei den Gehaltsempfängern. Die unteren Gruppen zeigen eine relativ starke Besetzung. Auf die Verdienstklassen bis 250,— DM monatlich entfallen 31 v. H. aller erfaßten Arbeiter; mehr als die Hälfte der Arbeiter verdienen im Monat 250,— bis 350,— DM.

Ein Vergleich der Einkommensschichtung nach dem Geschlecht ergibt bei den weiblichen Angestellten und bei den Arbeiterinnen eine stärkere Besetzung der unteren und eine schwächere Besetzung der höheren Einkommensklassen. Die starke Besetzung der Verdienstklasse bis 200,— DM bei den Arbeiterinnen erklärt sich aus der großen Zahl des in diese Verdienstklasse fallenden Reinigungspersonals, das teilweise unter 40 Stunden in der Woche arbeitet. Bei den weiblichen Beamten ergibt sich das umgekehrte Bild. Dies ist in erster Linie auf den verhältnismäßig hohen Anteil der Lehrerinnen an der Gesamtzahl der Beamtinnen zurückzuführen.

Die Abzüge vom Einkommen

Das bisher gewonnene Bild von der Entwicklung der Bruttogehälter und -löhne bedarf noch der Ergänzung durch einige Angaben über die wichtigsten durch die Steuer- und Sozialgesetzgebung bedingten Abzüge. Die Sozialversicherungsbeträge kommen zwar dem Angestellten und dem Arbeiter in einer teils mehr teils weniger unmittelbar erkennbaren Form wieder zugute, stehen aber nicht zu seiner freien Verfügung. Als Abzüge kommen in

Betracht: bei den Beamten die Lohnsteuer, die Kirchensteuer und die Berlinhilfe, bei den Angestellten und Arbeitern außerdem noch die Arbeitnehmerbeiträge zur Kranken-, Arbeitslosen- und Angestellten- bzw. Invalidenversicherung. Setzt man diese Beträge vom Bruttoeinkommen ab, so ergibt sich das dem Arbeitnehmer verbleibende Nettoeinkommen.

Die derzeitige steuerliche Belastung (ohne Kirchensteuer) im Vergleich zum Jahre 1928 und 1938 zeigt die folgende Übersicht.

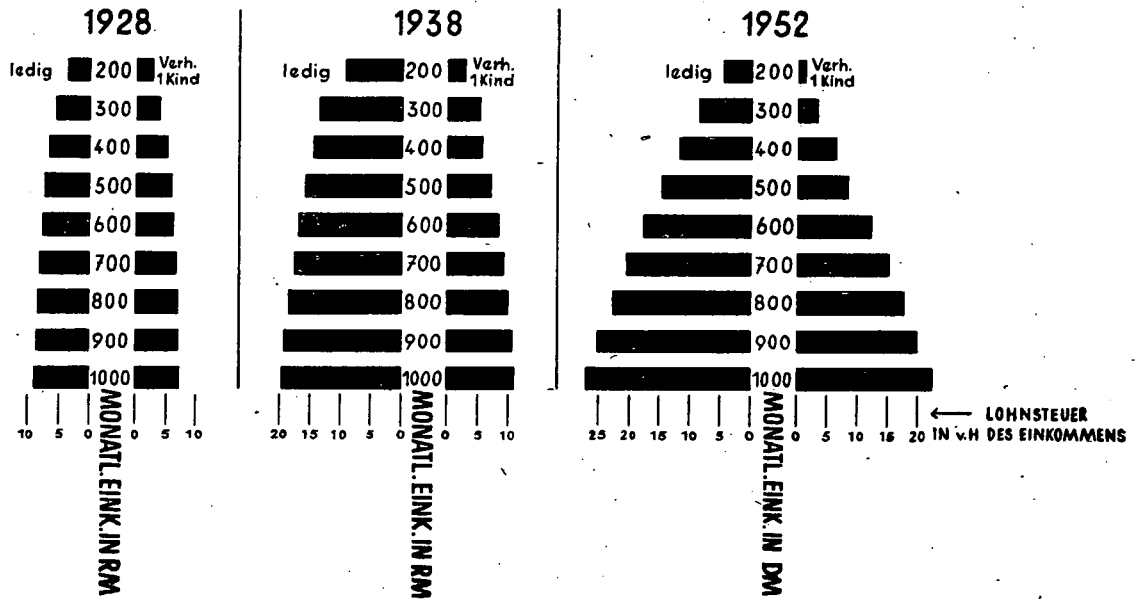
Übersicht 10

Die Entwicklung der Lohnsteuer 1928 bis 1952

Monatliches Einkommen R/DM	Lohnsteuerbeträge											
	im Jahre 1928				im Jahre 1938				im Jahre 1952			
	ledig		verheiratet mit 1 Kind		ledig		verheiratet mit 1 Kind		ledig		verheiratet mit 1 Kind	
	absolut RM	in v. H. des Eink.	absolut RM	in v. H. des Eink.	absolut RM	in v. H. des Eink.	absolut RM	in v. H. des Eink.	absolut DM	in v. H. des Eink.	absolut DM	in v. H. des Eink.
200,—	7,50	3,6	6,00	3,0	18,46	9,2	5,98	3,0	8,75	4,4	2,55	1,3
300,—	17,00	5,7	13,00	4,3	40,82	13,6	15,34	5,1	25,40	8,5	9,15	3,1
400,—	27,00	6,8	21,00	5,1	58,50	14,6	22,88	5,7	47,05	11,8	25,40	6,4
500,—	37,00	7,4	29,00	5,8	78,52	15,7	35,88	7,2	73,75	14,7	47,05	9,4
600,—	47,00	7,8	37,00	6,2	101,66	16,9	51,48	8,6	105,40	17,6	73,75	12,3
700,—	57,00	8,1	45,00	6,4	123,50	17,6	64,48	9,2	142,05	20,3	105,40	15,1
800,—	67,00	8,4	53,00	6,6	148,46	18,6	80,08	10,0	182,05	22,8	142,05	17,8
900,—	77,00	8,6	61,00	6,8	173,42	19,3	95,68	10,6	226,25	25,1	182,05	20,0
1000,—	87,00	8,7	69,00	6,9	195,26	19,5	109,20	10,9	271,25	27,1	226,25	22,6

Die Entwicklung der Lohnsteuer

Lohnsteuer in v. H. des Einkommens



Der Vergleich der heutigen Besteuerung mit der vor dem Kriege zeigt, daß mit Ausnahme der unteren Einkommensklassen (bis etwa 350,— DM) die Steuerlast für den einzelnen erheblich angestiegen ist. Das trifft insbesondere auf die mittleren und oberen Einkommensstufen zu.

Die steuerliche Belastung ist jedoch je nach dem Familienstand sehr unterschiedlich; so sind die

Steuerbeträge der Verheirateten und der Familien mit Kindern von 1938 bis heute wesentlich stärker gestiegen als die der Ledigen. In den Einkommensklassen bis 500,— DM monatlich hat der Steuerdruck bei den Ledigen sogar nachgelassen, während er bei den Familien mit Kindern — abgesehen von den untersten Einkommensklassen — sich verstärkt hat.

Die gesetzlichen Abzüge¹⁾ und das Nettoeinkommen der Beamten und Angestellten
(verheiratet ohne Kinder)

Laufbahngruppen	Dezember 1928			Juli 1938			Oktober 1952					
	Brutto-Monats-einkommen RM	gesetzliche Abzüge in v. H. der Bruttoeinkommen		Netto-Monats-einkommen RM	Brutto-Monats-einkommen RM	gesetzliche Abzüge in v. H. der Bruttoeinkommen		Netto-Monats-einkommen RM	Brutto-Monats-einkommen DM	gesetzliche Abzüge in v. H. der Bruttoeinkommen		Netto-Monats-einkommen DM
		Steuer-abzug ²⁾	Sozial-versich.-Beiträge			Steuer-abzug ³⁾	Sozial-versich.-Beiträge			Steuer-abzug ⁴⁾	Sozial-versich.-Beiträge	
Beamte												
Einfacher Dienst .	226,67	3,9	—	217,92	186,15	5,5	—	175,85	285,16	5,5	—	269,36
Mittlerer Dienst .	320,83	5,4	—	303,58	267,82	6,9	—	249,46	382,07	9,2	—	346,92
Gehobener Dienst	441,67	6,4	—	413,62	353,98	8,3	—	324,44	506,01	12,9	—	440,66
Höherer Dienst .	716,67	7,4	—	663,87	572,88	10,5	—	512,66	829,01	22,5	—	642,26
Angestellte												
Einfacher Dienst .	231,66	3,9	8,5	202,84	197,75	5,7	8,7	169,26	307,16	6,4	10,0	256,32
Mittlerer Dienst .	302,29	5,1	4,1	274,31	262,31	7,0	8,9	220,51	387,62	9,3	10,0	312,59
Gehobener Dienst	369,79	5,8	3,7	334,94	320,32	7,8	5,7	276,79	465,25	11,9	10,0	362,80
Höherer Dienst .	687,08	7,3	4,4	606,67	582,62	10,7	5,8	486,38	848,24	22,9	—	654,39

¹⁾ Kirchensteuer und evtl. steuerfreie Beträge, wie erhöhte Sonderausgaben, Werbungskosten usw. sind unberücksichtigt geblieben

²⁾ Lohnsteuer

³⁾ Lohnsteuer und Bürgersteuer

⁴⁾ Lohnsteuer und Notopfer Berlin

Der Anteil der Einkommen-(Lohn)steuer, der im Jahre 1928 im Durchschnitt etwa 4 bis 7 v. H. des Einkommens des Beamten beanspruchte, ist in den folgenden Jahrzehnten immer mehr gestiegen; heute stellt sich der Steuerabzug auf etwa 6 bis 23 v. H. des Bruttoverdienstes (vor dem ersten Weltkrieg 1 bis 5 v. H.). Die erhöhten, progressiv gestaffelten Sätze der Lohnsteuer haben zur Folge, daß die derzeitigen Nettogehälter der höheren Beamten trotz mehrmaliger Gehaltsaufbesserungen unter denen vom Jahre 1928 liegen.

Aber auch die Sätze für die Sozialversicherung sind in den letzten Jahrzehnten infolge der durch Krieg und Währungsreform erlittenen Verluste und der gesteigerten Beanspruchung erhöht worden. Während vor dem ersten Weltkrieg die gesetzlichen Beiträge zur Sozialversicherung etwa 3 bis 4 v. H. des Bruttoverdienstes ausgemacht haben dürften, sind die Aufwendungen bis 1928 auf 4 bis 8,5 v. H. gestiegen. Gegenwärtig betragen die Sozialversicherungsbeiträge 10 v. H. der Bruttoeinkommen.

In den vorhergehenden Ausführungen ist festgestellt, daß die Nominaleinkommen in den letzten Jahren mehr oder weniger stark gestiegen sind. Der Nominalwert eines Arbeitsentgelts sagt aber noch nichts über dessen Kaufkraft aus. Für die Beurteilung der Frage, welchen Wert ein Einkommen in bestimmter Höhe zum Zeitpunkt seiner Ent-

stehung hat, ist es notwendig, seine Kaufkraft zu ermitteln. Dies geschieht dadurch, daß der Nominalwert in Beziehung gesetzt wird zu den Preisen. Daraus ergibt sich der Realwert. Wenn auch gegen die Verwendung der derzeitigen Preisindexziffer der Lebenshaltungskosten für Realeinkommensvergleiche nicht unberechtigte Bedenken erhoben werden, so kann man sie hier vielleicht aus Mangel besserer Unterlagen mit gewissen Einschränkungen doch verwenden. Es soll nämlich nur gezeigt werden, wie stark sich der reale Wert der Einkommen im Vergleich zur Vorkriegszeit mindestens gesenkt haben muß.

Wenn man das Jahr 1938 gleich 100 setzt, dann ist die amtliche Preisindexziffer der Lebenshaltungskosten (Verbrauchsschema 1949) heute bei etwa 172,2 (Oktober 1952) angelangt. Dieser Erhöhung des Index um 72 Punkte steht bei den Beamten- und Angestelltegehältern nur eine Zunahme um 43 bis 55 v. H. (brutto) und bei den Staatsarbeitern um 53 bis 66 v. H. (brutto) gegenüber. Der Realwert der Gehälter und Löhne der Staatsbediensteten ist also auf jeden Fall hinter der Preissteigerung seit 1938 weit zurückgeblieben. Der Unterschied zwischen der Kaufkraft vor dem Kriege und heute wird noch größer, wenn auch die Änderungen der Steuerabzüge und der Versicherungsbeiträge berücksichtigt werden.

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

Die monatlichen Anfangs- und Endgehälter der Beamten¹⁾ in Hamburg 1938 und 1952

Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung A	Juli 1938				Oktober 1952				
	Anfangsgehalt		Endgehalt		Anfangsgehalt		Endgehalt		
	ledig	verheiratet	ledig	verheiratet	ledig	verheiratet	ledig	verheiratet	
	RM				DM				
Höherer Dienst									
1 a	652,93	681,37	964,03	992,11	957,00	993,00	1 423,50	1 459,50	
2 b	558,01	586,45	741,09	769,53	813,51	849,51	1 090,26	1 126,26	
2 c 2	389,70	408,82	652,93	681,37	564,00	588,00	957,00	993,00	
Gehobener Dienst									
2 d	389,70	408,82	612,25	640,69	564,00	588,00	895,50	931,50	
3 b	389,70	408,82	558,01	586,45	564,00	588,00	813,51	849,51	
4 b 1	341,64	360,84	457,68	476,64	492,26	516,26	666,51	690,51	
4 c 2	237,18	252,38	403,43	422,39	340,01	359,01	584,51	608,51	
Mittlerer Dienst									
5 b	202,85	218,04	348,50	367,70	302,76	321,76	502,50	526,50	
7 a	206,27	221,47	285,24	300,44	307,89	326,89	411,76	430,76	
8 a	188,93	204,30	237,17	252,26	285,25	304,25	340,01	359,01	
Einfacher Dienst									
9	152,28	168,08	230,30	245,50	242,00	261,50	335,75	354,75	
10 b	145,33	161,13	209,70	224,90	231,76	251,26	313,00	332,00	

1 a Leitende Regierungsdirektoren; 2 b Oberregierungsräte; 2 c 2 Regierungsräte; 2 d Amtsräte; 3 b Regierungs-Amtmänner; 4 b 1 Regierungs-Oberinspektoren; 4 c 2 Regierungs-Inspektoren; 5 b Regierungs-Obersekretäre; 7 a Regierungs-Sekretäre; 8 a Regierungs-Assistenten; 9 Amtsobergehilfen; 10 b Amtsgehilfen.

¹⁾ Grundgehalt einschl. Wohnungsgeldzuschuß und örtlicher Sonderzuschlag

Die monatlichen Anfangs- und Endgehälter der Angestellten¹⁾ im öffentlichen Dienst in Hamburg 1938 und 1952

Vergütungsgruppe der Tarifordnung A	Juli 1938				Oktober 1952				
	Anfangsgehalt		Endgehalt		Anfangsgehalt		Endgehalt		
	ledig	verheiratet	ledig	verheiratet	ledig	verheiratet	ledig	verheiratet	
	RM				DM				
Höherer Dienst									
I	397,00	559,42	726,31	754,75	673,83	811,80	1072,44	1108,44	
II	361,42	502,44	644,94	673,38	600,29	725,28	948,84	984,84	
III	297,38	408,82	568,49	596,93	498,24	590,40	832,66	868,66	
Gehobener Dienst									
IV	333,03	352,23	447,66	466,62	481,12	505,12	654,16	678,16	
V a	294,22	313,42	407,08	426,04	429,03	453,03	592,36	616,36	
V b	294,22	313,42	398,00	417,02	429,03	453,03	578,76	602,76	
VI a	251,00	266,20	379,94	399,14	373,00	392,00	551,57	575,57	
VI b	251,00	266,20	355,24	374,44	373,00	392,00	514,49	538,49	
Mittlerer Dienst									
VII	208,24	223,44	285,98	301,18	319,73	338,73	417,53	436,53	
VIII	188,98	204,35	237,24	252,44	294,30	313,30	355,40	374,40	
Einfacher Dienst									
IX	148,27	163,97	216,34	231,54	246,72	266,22	329,09	348,09	
X	139,03	154,73	201,58	216,80	233,13	252,63	309,84	328,84	

I Wissenschaftliche und technische Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung, die sich durch besonders verantwortliche Tätigkeit und hochwertige Leistungen aus der Gruppe II herausheben; II Wissenschaftliche und technische Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung, die sich durch besonders verantwortliche Tätigkeit aus der Gruppe III herausheben; III Wissenschaftliche und technische Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung und entsprechender Tätigkeit; IV Angestellte in besonders verantwortlicher Stellung; V a Technische Angestellte mit abgeschlossener technischer Mittelschulbildung, die sich durch besondere Leistungen aus der Gruppe VI a herausheben; V b Angestellte mit selbständiger Tätigkeit in Stellen von besonderer Bedeutung; VI a Technische Angestellte mit abgeschlossener technischer Mittelschulbildung, die sich in mehrjähriger Berufsarbeit bewährt haben; VI b Angestellte mit gründlichen vielseitigen Fachkenntnissen und selbständigen Leistungen; VII Angestellte mit gründlichen Fachkenntnissen; VIII Angestellte mit schwieriger Tätigkeit; IX Angestellte mit einfacheren Arbeiten; X Angestellte mit vorwiegend mechanischer Tätigkeit.

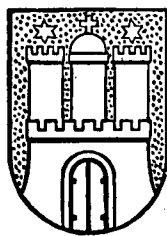
¹⁾ Grundvergütung einschl. Wohnungsgeldzuschuß und örtlicher Sonderzuschlag; Anfangsgehalt ab vollendeten 26. Lebensjahre.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 29. November 1952



Jahrgang 1952 – Heft Nr. 37

Die Pendelwanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Hamburg 1950 und 1939

INHALT

	Seite
Vorbemerkung	426
Begriffliche Abgrenzung der Pendlermasse	427
Gesamtzahl der Pendler in Hamburg	428
Die Länge des Pendlerweges	430
Vergleich zwischen Hamburg, West-Berlin und München	430
Pendelwanderung über die Ortsteilsgrenzen:	
Die Auspendler nach der Lage ihrer Wohnung	433
Die Einpendler nach der Lage ihrer Arbeitsstätte	435
Pendlerströme zwischen den Gebietsteilen:	
Die Einpendler in das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum ..	439
Die Auspendler aus den Wohngebieten	441
Die Pendelwanderung in Harburg-Wilhelmsburg	442
Vergleich 1950 und 1939	442

Beilage: Tabellen und Schaubilder

Vorbemerkung

In den modernen Großstädten hat sich in den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Maße eine weite räumliche Trennung zwischen der Lage der Wohnung und der Lage der Arbeitsstätte herausgebildet. Für die meisten Erwerbstätigen liegen Wohnung und Arbeitsstätte nicht nur auf verschiedenen Grundstücken, sondern auch in verschiedenen Gebietsteilen. Die Gründe, die hierzu geführt haben, sind mannigfacher Art; sie liegen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, wie z. B. die Zusammenballung der Produktionsstätten am günstigsten Standort, sondern auch auf wohnungspolitischem und sozialem Gebiet, wobei eine bewußte Pflege gesunder Wohnverhältnisse durch eine größere räumliche Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte angestrebt ist. Infolgedessen haben sich in den meisten Städten manche Stadtteile zu Schwerpunkten der Arbeit, andere zu bevorzugten Wohngebieten entwickelt¹⁾.

Eine Folge dieser Entwicklung ist die Notwendigkeit für einen großen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung, täglich mehr oder weniger weite Wege zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte zurückzulegen, also täglich mindestens einmal, bisweilen aber auch mehrfach zwischen der Wohnung und Arbeitsstätte hin- und herzuwandeln. Infolge der zunehmenden räumlichen Ausdehnung der Großstädte hat sich diese tägliche Pendelwanderung für viele Erwerbstätige zu einer großen Belastung entwickelt, die nicht nur ihre Freizeit erheblich schmälert, sondern auch mit großen Ausgaben für Verkehrsmittel und mit körperlichen Anstrengungen verbunden ist. Weiterhin ist die ständig wachsende Zahl der Arbeitspendler, deren Verkehrsströme sich zumeist in wenigen Stunden in der Frühe oder am Nachmittag des Tages zusammendrängen, zu einem ernststen Problem der Verkehrsbewältigung in den Städten geworden. Diese Nachteile haben schon seit langem den Wunsch hervorgerufen, eine weitere Zunahme der Pendlermassen und eine weitere räumliche Ausdehnung der täglichen Arbeitswanderung durch Maßnahmen einer neuartigen Stadtplanung einzudämmen. Die moderne Stadtplanung zielt darauf ab, den Gesamttraum einer Großstadt in kleinere Einheiten zu zerlegen, in denen für die Hauptmasse der in diesen Teilräumen Wohnenden in geringer Entfernung voneinander zugleich gesunde Wohnungen und Arbeitsstätten vorhanden sind.

Für Hamburg hat das Problem der Bewältigung der täglichen Arbeitswanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte schon seit langem eine besonders große Bedeutung gehabt, weil infolge seiner geographischen Lage und seiner wirtschaftlichen Eigenart als Hafenstadt die dem Elbstrom benachbarten Gebietsteile sich frühzeitig zu natürlichen

Arbeitsschwerpunkten herausgebildet haben. In diesen hafennahen Gebietsteilen war aber nicht genügend Raum vorhanden, um hier zugleich genügend Wohnungen für die dort Beschäftigten zu beschaffen. Dieses Problem spitzte sich besonders zu, als man daran ging, die ungesunden und überfüllten Wohnungen in den Gängen und Höfen der hafennahen Stadtteile zu beseitigen. In den Jahrzehnten vor der Schaffung Groß-Hamburgs konnten die für das wachsende Arbeitspotential der hafennahen Gebietsteile benötigten Arbeitskräfte im Hamburger Raum zum großen Teil nur in weiter Entfernung von ihren Arbeitsstätten angesiedelt werden, soweit sie nicht in den benachbarten, den Arbeitsplatz-Schwerpunkten oft näher gelegenen preußischen Gemeinden Wohnungen fanden. In welcher Weise die engen politischen Grenzen Althamburgs den gesunden und zweckmäßigen Aufbau neuer und gesunder Wohngebiete für die zuströmende Bevölkerung behindert hat, erkennt man daraus, daß die großstädtische mehrgeschossige und enge Bebauung mit Miethäusern vielfach, wie z. B. in Eimsbüttel, bis hart an die äußerste Grenze des hamburgischen Staatsgebietes vorgetrieben wurde, wogegen sich auf der anderen, nicht-hamburgischen Seite der Grenze, wie z. B. in Lokstedt, übergangslos eine weiträumige Bebauung entfaltete. Durch die Eingemeindung der zum hamburgischen Wirtschaftsraum gehörenden oder doch damit eng verknüpften preußischen Nachbargemeinden ist dieser unnatürliche Zustand beseitigt und Raum für eine zweckmäßige Stadtplanung gewonnen, die auch die Nachteile einer übermäßigen Aufblähung und räumlichen Zusammenballung der täglichen Arbeitswanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu beseitigen vermag.

Wenn im folgenden die Ergebnisse der Volkszählung von 1950 über den Umfang der Pendelwanderung und deren wichtigsten Wanderungsströme innerhalb der Grenzen Groß-Hamburgs dargestellt werden, muß man sich dessen bewußt sein, daß hierin die erst kurz vor dem Kriege beseitigte historische Begrenzung des hamburgischen Staatsgebietes noch nachwirkt. Andererseits ist aber zu beachten, daß durch die weitgehende Zerstörung nicht nur wichtiger Arbeitszentren, sondern auch großer Wohngebiete sowohl im Umfang als auch in der Richtung der Arbeitswanderung große Veränderungen hervorgerufen wurden. Deshalb ist ein Vergleich mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1939 gerade bei dieser Untersuchung besonders wichtig.

¹⁾ Im Heft 15, Jahrg. 1952, dieser Zeitschrift war näher dargestellt, in welchem Maße dies in Hamburg der Fall ist und wie der Charakter der einzelnen Stadtteile gegenwärtig zu beurteilen ist. Es kommt hinzu, daß durch die Zerstörungen in den Großstädten viele Bewohner in die Randgebiete verlagert und dadurch von ihren Arbeitsstätten abgedrängt wurden.

Begriffliche Abgrenzung der Pendlermasse

Als Pendelwanderer oder Pendler bezeichnet man im allgemeinen die Erwerbspersonen, die nicht in der gleichen Gemeinde, in der sie wohnen, beschäftigt sind, deren Arbeitsstätte also in einer anderen Gemeinde gelegen ist, so daß sie zumeist täglich, zum Teil nur wöchentlich zwischen der Gemeinde ihrer Wohnung und der Gemeinde ihrer Arbeitsstätte hin- und herpendeln müssen. Bei einer Untersuchung über die Arbeitswanderung zwischen den verschiedenen Gebietsteilen einer Großstadt, also der innerstädtischen Pendelwanderung, ist es aber berechtigt, die Bezeichnung „Pendelwanderer“ auch für die Erwerbspersonen zu verwenden, deren Wohnung und Arbeitsstätte in verschiedenen Gebietsteilen der Großstadt gelegen ist. Gliedert man bei dieser Untersuchung die Erwerbspersonen nach der Lage ihrer Wohnung, so bezeichnet man die Personen, die außerhalb ihres Wohngebietes arbeiten, als „Auspendler“, gliedert man die Erwerbspersonen dagegen nach der Lage ihrer Arbeitsstätte, so bezeichnet man die Personen, die in anderen Gebietsteilen wohnen, als „Einpendler“. Personen, die im gleichen Gebietsteil arbeiten, in dem sie wohnen, gelten als „Nichtpendler“. Im Rahmen der innerstädtischen Pendelwanderung, d. h. beim Austausch der Pendler zwischen den einzelnen Gebietsteilen, ist die Zahl der Auspendler und die der Einpendler grundsätzlich gleich groß. Bei der hier durchgeführten Untersuchung sind jedoch auch die Personen, die zwar in hamburgischen Gebietsteilen wohnen, aber in Gemeinden außerhalb Hamburgs beschäftigt sind, bei der Zahl der Auspendler mitgezählt worden, um die Mobilität oder den Umfang der Arbeitswanderung der hamburgischen Erwerbspersonen in den einzelnen Gebietsteilen vollständig darzustellen. Die Summe der Auspendler ist deshalb um die Zahl dieser außerhalb Hamburgs Beschäftigten (4647 Personen) größer als die Zahl der Einpendler. Der Zustrom von Erwerbspersonen, die außerhalb Hamburgs wohnen und in Hamburg beschäftigt sind, ist aber weit größer als die Zahl der über Hamburgs Grenzen auspendelnden Personen. Er beträgt nach der Volkszählung 1950 rd. 49 000 Personen. Man kann diesen Personenkreis aber leider nicht nach der Lage ihrer Arbeitsstätte in Hamburg richtig auf die einzelnen Gebietsteile verteilen. Deshalb sind sie im Rahmen dieser Untersuchung, die vor allem die innerstädtische Pendelwanderung darstellen soll, bei den Einpendlern unberücksichtigt geblieben. Dieser Personenkreis, der aus mancherlei Gründen besonders bedeutungsvoll ist, soll aber bei einer späteren Veröffentlichung noch näher untersucht werden.

Der Erkenntniswert einer Untersuchung über die innerstädtische Pendelwanderung ist in erster Linie von der Zahl, der Größe und der Ausdehnung der hierbei berücksichtigten Gebietsteile abhängig. Vor allem wird die Zahl der Pendelwanderer durch die Zahl der gebildeten Gebietseinheiten maßgeblich beeinflusst; sie ist um so größer, je feiner die Gebietseinteilung ist, je mehr Gebiets-

teile geschaffen sind und damit Gebietsgrenzen überschritten werden müssen.

Für Hamburg bieten sich verschiedene Gebiets-einheiten als Grundlage dieser Untersuchung an; zunächst die 7 Verwaltungsbezirke, die durch das Gesetz über die Bezirksverwaltung in der Hansestadt Hamburg vom 21. September 1949 geschaffen sind. Eine feinere Unterteilung liegt vor, wenn man die Gebiete der 15 Ortsämter,

Übersicht 1

Der Umfang der Pendelwanderung in Hamburg 1950 bei verschiedener Abgrenzung des Pendlerbegriffs

a) Auspendler aus den Wohngebieten

Lage der Arbeitsstätte zur Wohnung	In Hamburg wohnende Erwerbspersonen ¹⁾	
	überhaupt	v. H.
I. im gleichen Verwaltungsbezirk wie die Wohnung (Nichtpendler)	416 237	55,91
außerhalb des Bezirkes (Pendler)	328 192	44,09
II. im gleichen Ortsamtsbereich oder Restbezirk wie die Wohnung (Nichtpendler)	358 209	48,12
außerhalb des Wohngebietes (Pendler)	386 220	51,88
III. im gleichen Stadtteil wie die Wohnung (Nichtpendler)	273 322	36,72
außerhalb des Wohnstadtteils (Pendler)	471 107	63,28
IV. im gleichen Ortsteil wie die Wohnung (Nichtpendler)	250 586	33,66
außerhalb des Wohnortsteils (Pendler)	493 843	66,34
Gesamtzahl der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen¹⁾	744 429	100

b) Einpendler in die Arbeitsgebiete

Lage der Wohnung zur Arbeitsstätte	In Hamburg beschäftigte Erwerbspersonen ²⁾	
	überhaupt	v. H.
I. im gleichen Verwaltungsbezirk wie die Arbeitsstätte (Nichtpendler)	416 237	56,26
außerhalb des Bezirkes (Pendler)	323 545	43,74
II. im gleichen Ortsamtsbereich oder Restbezirk wie die Arbeitsstätte (Nichtpendler)	358 209	48,42
außerhalb des Gebietes (Pendler)	381 573	51,58
III. im gleichen Stadtteil wie die Arbeitsstätte (Nichtpendler)	273 322	36,95
außerhalb des Stadtteils (Pendler)	466 460	63,05
IV. im gleichen Ortsteil wie die Arbeitsstätte (Nichtpendler)	250 586	33,87
außerhalb des Ortsteils (Pendler)	489 196	66,13
Gesamtzahl der in Hamburg beschäftigten Erwerbspersonen²⁾	739 782	100

¹⁾ einschl. der Auspendler nach Gemeinden außerhalb Hamburgs (4 647)

²⁾ ohne die Einpendler aus Gemeinden außerhalb Hamburgs.

die auf Grund der Ersten Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz als Außenstelle der Bezirksverwaltung gebildet sind, und die dann verbleibenden 7 Restgebiete der Bezirke, insgesamt also 22 Gebietseinheiten berücksichtigt. Die neue Gebietseinteilung der Hansestadt Hamburg, die durch Bekanntmachung des Senats vom 11. Mai 1950 verkündet ist, sieht eine Untergliederung des Gebiets der 7 Verwaltungsbezirke in 106 Stadtteile, die mit einem Namen, und

daneben in 179 Ortsteile, die durch eine Nummer gekennzeichnet sind, vor. In 73 Fällen, und zwar überwiegend in den weiträumig bebauten Vororten und Randgebieten, umfaßt ein Stadtteil in der Regel nur einen Ortsteil, in den übrigen 33 Fällen sind die Stadtteile jedoch in mehrere Ortsteile unterteilt; es handelt sich hierbei hauptsächlich um die dichtbesiedelten und überwiegend mit Mehrfamilienhäusern bebauten Teile der Großstadt.

Gesamtzahl der Pendler in Hamburg

Der Einfluß der verschiedenen Gebietseinteilung auf die Zahl der Pendler, d. h. der Personen, die in dem jeweils genannten Gebietsteil wohnen, aber außerhalb dieses Wohngebietes arbeiten, geht aus der Übersicht 1 hervor.

Die Zahl der Pendler und ihr Anteil an der Gesamtzahl der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen beträgt bei einer Einteilung des Gebietes in

	Personen oder v.H.	
7 Verwaltungsbezirke	328 192	44,09
22 Ortsämter und Restgebiete	386 220	51,88
106 Stadtteile	471 107	63,28
179 Ortsteile	493 843	66,34

Der Begriff „Pendler“ ist hier je nach der Feinheit der gebietlichen Unterteilung verschieden gebildet. Infolgedessen werden auch verschiedene Werte gewonnen.

Übersicht 2

Der Umfang der Pendelwanderung über die Grenzen der Bezirke bzw. der Ortsämter 1950

Bezirke, Ortsämter und Restgebiete der Bezirke	Die Erwerbspersonen nach der Lage									
	ihrer Wohnung				ihrer Arbeitsstätte					
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		
		Nichtpendler ¹⁾ überhaupt	v. H.		Auspendler ²⁾ überhaupt	v. H.		Nichtpendler ¹⁾ überhaupt	v. H.	Einpendler ³⁾ überhaupt
Bezirke										
Hamburg-Mitte	120 592	94 633	78,47	25 959	21,53	300 259	94 633	31,52	205 626	68,48
Altona	126 155	68 062	53,95	58 093	46,05	95 908	68 062	70,97	27 846	29,03
Eimsbüttel	119 574	50 756	42,45	68 818	57,55	82 433	50 756	61,57	31 677	38,43
Hamburg-Nord	167 584	73 628	43,93	93 956	56,07	110 086	73 628	66,88	36 458	33,12
Wandsbek	96 377	44 246	45,91	52 131	54,09	59 489	44 246	74,38	15 243	25,62
Bergedorf	37 436	27 185	72,62	10 251	27,38	28 681	27 185	94,78	1 496	5,22
Harburg	76 711	57 727	75,25	18 984	24,75	62 926	57 727	91,74	5 199	8,26
Insgesamt	744 429	416 237	55,91	328 192	44,09	739 782	416 237	56,26	328 545	43,74
Ortsämter und Restgebiete der Bezirke										
Billstedt	29 087	11 516	39,59	17 571	60,41	16 876	11 516	68,24	5 360	31,76
Veddel-Rothenburgsort	10 443	4 957	47,47	5 486	52,53	26 762	4 957	18,52	21 805	81,48
Finkenwerder	8 371	5 688	67,95	2 683	32,05	11 347	5 688	50,13	5 659	49,87
Restgebiet des B.A. Hamburg-Mitte	72 691	51 985	71,52	20 706	28,48	245 274	51 985	21,19	193 289	78,81
Blankenese	24 974	14 370	41,09	20 604	58,91	18 454	14 370	77,87	4 084	22,13
Restgebiet des B.A. Altona	91 181	46 814	51,34	44 367	48,66	77 454	46 814	60,44	30 640	39,56
Lokstedt	19 322	7 486	38,74	11 836	61,26	13 053	7 486	57,35	5 567	42,65
Stellingen	12 930	4 878	37,73	8 052	62,27	9 781	4 878	49,87	4 903	50,13
Restgebiet des B.A. Eimsbüttel	87 322	32 626	37,36	54 696	62,64	59 599	32 626	54,74	26 973	45,26
Barmbek-Uhlenhorst	48 613	18 056	37,14	30 557	62,86	40 425	18 056	44,67	22 369	55,33
Fuhlsbüttel	29 410	10 380	35,29	19 030	64,71	17 111	10 380	60,66	6 731	39,34
Restgebiet des B.A. Hamburg-Nord	89 561	32 622	36,42	56 939	63,58	52 550	32 622	62,08	19 928	37,92
Bramfeld	13 247	3 657	27,61	9 590	72,39	5 157	3 657	70,91	1 500	29,09
Alstertal	17 324	5 617	32,42	11 707	67,58	7 717	5 617	72,79	2 100	27,21
Walddörfer	11 638	4 590	39,44	7 048	60,56	5 594	4 590	82,05	1 004	17,95
Rahlstedt	14 304	5 881	41,11	8 423	58,89	7 222	5 881	81,43	1 341	18,57
Restgebiet des B.A. Wandsbek	39 864	18 993	47,64	20 871	52,36	33 799	18 993	56,19	14 806	43,81
Vier- und Marschlande	15 319	11 213	73,20	4 106	26,80	12 210	11 213	91,83	997	8,17
Restgebiet des B.A. Bergedorf	22 117	14 149	63,97	7 968	36,03	16 471	14 149	85,90	2 322	14,10
Wilhelmsburg	23 501	12 465	53,04	11 036	46,96	16 285	12 465	76,54	3 820	23,46
Süderelbe	11 696	6 635	56,73	5 061	43,27	7 171	6 635	92,53	536	7,47
Restgebiet des B.A. Harburg	41 514	33 631	81,01	7 883	18,99	39 470	33 631	85,21	5 839	14,79
Insgesamt	744 429	358 209	48,12	386 220	51,88	739 782	358 209	48,42	381 573	51,58

¹⁾ Nichtpendler sind Personen, die in dem in der Vorspalte jeweils genannten Gebieten zugleich wohnen und arbeiten.

²⁾ Auspendler sind Personen, die in dem in der Vorspalte jeweils genannten Gebieten wohnen, aber außerhalb dieses Gebiets arbeiten.

³⁾ Einpendler sind Personen, die in dem in der Vorspalte jeweils genannten Gebieten arbeiten, aber in anderen hamburgischen Gebieten wohnen.

Die verschiedene begriffliche Abgrenzung der Pendler beeinflusst aber nicht nur die Gesamtzahl der Pendler in Harburg, sondern mehr noch die Zahl der Pendler in den einzelnen Gebietsteilen, sobald man die kleinsten Gebietsteile (Ortsteile) zu größeren Gebietseinheiten zusammenfaßt. Die Summe der Pendler, die über die Ortsteilsgrenzen oder die Stadtteilsgrenzen pendeln, ist in den größeren Gebietseinheiten stets mehr oder weniger größer als der Pendlerstrom, der über die Grenzen dieser größeren Gebietseinheiten wandert. Bei einer Untersuchung über die Pendlerintensität in den einzelnen Gebietsteilen muß man deshalb besonders beachten, **welcher Pendlerbegriff der Untersuchung zu Grunde gelegt ist.** Von welcher Bedeutung dieser Gesichtspunkt für einzelne Gebietsteile sein kann, zeigt deutlich die Übersicht 3, in der die Zahl der Auspendler bzw. Einpendler für die 7 Verwaltungsbezirke sowie für 22 Ortsamtsbezirke und Restbezirke nach zwei verschiedenen Gesichtspunkten ausgezählt ist. Der Abstand beider Zahlenreihen ist von Gebiet zu Gebiet sehr verschieden, je nachdem, in welchem Maße die

Arbeitsstätte oder Wohnung der über die Ortsteilsgrenzen pendelnden Erwerbspersonen in der größeren Gebietseinheit, zu der die Ortsteile gehören, gelegen ist. Besonders verschieden ist das Ergebnis beider Berechnungsmethoden im **Restbezirk Harburg**, der außer dem Stadtkern Harburgs auch zahlreiche Vororte und ländliche Randgebiete umfaßt. Der Vergleich beider Zahlen läßt den Schluß zu, daß die meisten Erwerbspersonen, die aus den Ortsteilen dieses Gebietes auspendeln, in anderen Ortsteilen des gleichen Gebiets, wo sich ein **Arbeitsplatzschwerpunkt** herausgebildet hat, beschäftigt sind und daß nur verhältnismäßig wenig Erwerbspersonen aus Harburg ihre Arbeitsstätte in anderen Gebietsteilen der Hansestadt Hamburg haben. Ähnliche Verhältnisse liegen auch, wenn auch weniger ausgeprägt, im **Restbezirk Altona** und **Restbezirk Hamburg-Mitte** vor, also in Gebieten, in denen sich ebenfalls einige Ortsteile zu besonders gewichtigen Arbeitsplatzschwerpunkten entwickelt haben, die auf die Erwerbspersonen, die in den benachbarten und zum großen Teil im gleichen Bezirk liegenden Ortsteilen wohnen, eine große Anziehungskraft ausüben. Dem-

Übersicht 3

Die Einpendler und Auspendler in den Bezirken und Ortsämtern in Hamburg 1950 bei verschiedener Abgrenzung des Pendlerbegriffs

Bezirke, Ortsämter und Restgebiete der Bezirke	Einpendler über die Grenzen der vorstehend genannten Gebietsteile		Summe der Einpendler über die Grenzen der Ortsteile in den genannten Gebietsteilen		Auspendler über die Grenzen der vorstehend genannten Gebietsteile		Summe der Auspendler über die Grenzen der Ortsteile in den genannten Gebietsteilen	
	überhaupt	v. H. 1)	überhaupt	v. H. 1)	überhaupt	v. H. 2)	überhaupt	v. H. 2)
Bezirke								
Hamburg-Mitte	205 626	68,48	254 258	84,7	25 959	21,53	74 591	61,9
Altona	27 846	29,03	58 109	60,6	58 093	46,05	88 356	70,0
Eimsbüttel	31 677	38,43	47 813	58,0	68 818	57,55	84 954	71,0
Hamburg-Nord	36 458	33,12	63 171	57,4	93 956	56,07	120 669	72,0
Wandsbek	15 243	25,62	27 486	46,2	52 131	54,09	64 374	66,8
Bergedorf	1 496	5,22	8 330	29,0	10 251	27,38	17 085	45,6
Harburg	5 199	8,26	30 029	47,7	18 984	24,75	43 814	57,1
Insgesamt	323 545	43,74	489 196	66,1	328 192	44,09	493 843	66,3
Ortsämter und Restgebiete der Bezirke								
Billstedt	5 360	31,76	8 208	48,6	17 571	60,41	20 419	70,2
Veddel-Rothenburgsort	21 805	81,48	22 676	84,7	5 486	52,53	6 357	60,9
Finkenwerder	4 659	49,87	5 992	52,8	2 683	32,05	3 016	36,0
Restgebiet des B.A. Hamburg-Mitte	193 289	78,81	217 382	88,6	20 706	28,48	44 799	61,6
Blankenese	4 084	22,13	6 519	35,3	20 604	58,91	23 039	65,9
Restgebiet des B.A. Altona	30 640	39,56	51 590	66,6	44 367	48,66	65 317	71,6
Lokstedt	5 567	42,65	6 700	51,3	11 836	61,26	12 969	67,1
Stellingen	4 903	50,13	5 321	54,4	8 052	62,27	8 470	65,5
Restgebiet des B.A. Eimsbüttel	26 973	45,26	35 792	60,1	54 696	62,64	63 515	72,7
Barmbek-Uhlenhorst	22 369	55,33	27 093	67,0	30 557	62,86	35 281	72,6
Fuhlsbüttel	6 731	39,34	7 971	46,6	19 030	64,71	20 270	68,9
Restgebiet des B.A. Hamburg-Nord	19 928	37,92	28 107	53,5	56 939	63,58	65 118	72,7
Bramfeld	1 500	29,09	1 600	31,0	9 590	72,39	9 690	73,1
Alstertal	2 100	27,21	2 616	33,9	11 707	67,58	12 223	70,6
Walddörfer	1 004	17,95	1 360	24,3	7 048	60,56	7 404	63,6
Rahlstedt	1 341	18,57	1 341	18,6	8 423	58,89	8 423	58,9
Restgebiet des B.A. Wandsbek	14 806	43,81	20 569	60,9	20 871	52,36	26 634	66,8
Vier- und Marschlande	997	8,17	1 487	12,2	4 106	26,80	4 596	30,0
Restgebiet des B.A. Bergedorf	2 322	14,10	6 843	41,5	7 968	36,03	12 489	56,5
Wilhelmsburg	3 820	23,46	5 447	33,4	11 036	46,96	12 663	53,9
Süderelbe	536	7,47	849	11,8	5 061	43,27	5 374	45,9
Restgebiet des B.A. Harburg	5 839	14,79	23 733	60,1	7 883	18,99	25 777	62,1
Insgesamt	381 573	51,58	489 196	66,1	386 220	51,88	493 843	66,3

1) v. H. der in den genannten Gebietsteilen Beschäftigten.

2) v. H. der in den genannten Gebietsteilen wohnenden Erwerbspersonen.

gegenüber ist der Unterschied beider Zahlenreihen in den großen **Wohngebieten** Hamburgs, wie z. B. in Eimsbüttel, Barmbek-Uhlenhorst oder in den Randgebieten, wie im Alstertal, den Walddörfern u. a. m. nur gering.

Was für die regionale Gliederung der Auspendler bei verschiedenen Begriffsbestimmungen gilt, gilt natürlich ebenso für die Zahl der Einpendler in den einzelnen Gebietsteilen (vgl. Übersicht 3).

Die Länge des Pendlerweges

Die Entfernung zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte konnte im Rahmen dieser Untersuchung nur in grober Weise gemessen werden, da eine Erfragung der Länge des Pendlerweges oder der Zeitdauer, die für seine Zurücklegung erforderlich ist, im Rahmen der Volkszählung mit Rücksicht auf die außerordentliche Belastung, die durch eine solche Frage sowohl bei der Erhebung als auch bei der Aufbereitung entstanden wäre, unterblieben ist; derartige Untersuchungen sind bei einer Totalerhebung der Bevölkerung nicht angebracht, sondern müssen Sondererhebungen oder repräsentativen Erhebungen vorbehalten bleiben. Im Rahmen dieser Untersuchung hat man sich deshalb damit begnügen müssen, die Pendler danach auszuzählen, ob sie in den angrenzenden Gebietsteilen, den daran anstoßenden Gebietsteilen oder in anderen Gebietsteilen beschäftigt waren; im ersten Fall hat man eine kurze Entfernung, im zweiten eine mittlere Entfernung und im letzten Fall eine weite Entfernung zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte angenommen. Diese Unterscheidung ist natürlich sehr grob und auch nicht in allen Fällen zutreffend, je nach der Ausdehnung des Wohngebietsteils, der Lage der Wohnung oder Arbeitsstätte in den Gebietsteilen und den gegebenen Verkehrsverhältnissen. Immerhin gewährt sie brauch-

bare Anhaltspunkte für eine Beurteilung der Belastung der Pendler durch die verschiedene Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

Der Aussagewert dieser Untersuchung über die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ist natürlich ebenfalls in erster Linie von der Bildung des Pendlerbegriffs, d. h. von der Zahl und Größe der gebildeten Gebietseinheiten, die der Auszählung der Pendler zugrunde gelegt ist, abhängig, denn die verschiedene Zahl und verschiedene räumliche Ausdehnung der gebildeten Gebietseinheiten wirkt sich auch auf die Zahl und Ausdehnung der „angrenzenden“ oder der „daran anstoßenden“ Gebietsteile aus und beeinflusst deshalb den Maßstab für das Kriterium „kurze“ oder „mittlere“ oder „weite“ Entfernung. Aus der Übersicht 4, in der die Entfernung nach drei verschiedenen Maßstäben berücksichtigt ist, geht die Bedeutung dieser verschiedenen gebietlichen Unterteilung für die Beurteilung der Länge des Pendlerweges deutlich hervor. Die Zahl und der Anteil der Pendler, die nur einen kurzen Weg zwischen der Wohnung und Arbeitsstätte zurückzulegen haben, erscheint um so größer; je größer die Gebietseinteilung ist, die Zahl und der Anteil der Pendler mit einem weiten Weg dagegen um so größer, je feiner die Gebietseinteilung vorgenommen ist.

Übersicht 4

Gliederung der Pendler nach der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte 1950

Lage der Arbeitsstätte	Zahl und Anteil der Auspendler über die Grenzen von					
	22 Gebietsteilen überhaupt		106 Stadtteilen überhaupt		179 Ortsteilen überhaupt	
		v. H.		v. H.		v. H.
in den angrenzenden Gebietsteilen (nahe Entfernung)	202 580	52,45	103 949	22,07	75 113	15,21
in den daran anstoßenden Gebietsteilen (mittlere Entfernung) . .	143 765	37,23	99 189	21,05	66 051	13,38
in den übrigen Gebietsteilen (weitere Entfernung)	35 228	9,12	263 322	55,89	348 032	70,47
innerstädtische Pendelwanderung	381 573	98,80	466 460	99,01	489 196	99,06
außerhalb Hamburgs	4 647	1,20	4 647	0,99	4 647	0,94
Pendelwanderer insgesamt	386 220	100	471 107	100	493 843	100

Vergleich der Pendlerzahlen zwischen Hamburg, West-Berlin und München¹⁾

Dieser Einfluß der verschiedenen Feinheit der gebietlichen Unterteilung auf die Zahl der Pendler ist vor allem wichtig, wenn man den Umfang und die Intensität der Pendelwanderung in Hamburg mit der in anderen Großstädten ermittelten Pendlerzahlen vergleichen will. Aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1950 liegen derartige Zahlen u. a. für West-Berlin und München vor. In West-Berlin sind 319 119 Pendler gleich 43,6 v. H. der dort wohnenden Erwerbstätigen ermittelt worden, in

München 259 604 Pendler oder 66,4 v. H. der dort wohnenden Erwerbstätigen.

Bei einem Vergleich mit den Hamburger Zahlen ist zunächst zu beachten, daß in Berlin und München bei dieser Untersuchung nur die Erwerbstätigen ohne die Personen, die sich am Tage der Volkszählung als „erwerbslos“ bezeichnet hatten, berücksichtigt sind, in Hamburg dagegen alle

Anm. ¹⁾ vgl. hierzu Berliner Statistik, Monatshefte, Heft 2 und 7/8 Jahrg. 1952, ferner Münchener Statistik Nr. 7, Jahrg. 1951.

Erwerbspersonen einschl. der Erwerbslosen. Dieser Unterschied in der Ausgangsmasse der Untersuchung dürfte jedoch nur wenig ins Gewicht fallen, vor allem nicht bei der Berechnung der Pendlerintensität, d. h. dem Anteil der Pendler an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen bzw. der Erwerbstätigen. Weit wichtiger ist die verschieden starke Gebietsunterteilung in allen drei Städten, die für die Prägung des Begriffs „Pendler“ und damit für die Zahl der Pendler von ausschlaggebender Bedeutung ist. In Berlin hat man nur 39 Gebietsteile (Verwaltungsbezirke oder, soweit diese unterteilt sind, Ortsteile) als Grundlage der Pendlerauszählung gewählt; in dem kleineren München dagegen 64 Gebietsteile (Stadtbezirke oder Stadtbezirksteile). In welchem Maße durch diese verschieden starke Gebietsunterteilung die Größe der Pendlermassen beeinflusst werden muß, zeigen schon die verschiedenen Zahlen der Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätigen, die durchschnittlich in einem dieser Gebietsteile wohnen. Diese Durchschnittswerte betragen in

		je Gebietsteil
West-Berlin bei	39 Gebietsteilen	19 931 Erwerbstätige
München	64 „ „	6 113 „
Hamburg	7 „ „	106 347 Erwerbspers.
Hamburg	22 „ „	33 838 „
Hamburg	106 „ „	7 023 „
Hamburg	179 „ „	4 159 „

Für einen Vergleich über den Umfang der Pendelwanderung zwischen Hamburg und Berlin kann man in Hamburg nur die Pendlerzahlen heranziehen, die auf Grund der Einteilung in 22 Gebietsteile (Ortsämter und Restbezirke) gewonnen sind. Obgleich diese Gebieteinteilung gröber ist als in Berlin — die Gebietsteile sind durchschnittlich fast doppelt so groß —, ist die auf Grund dieser Gebieteinteilung gewonnene Pendlerzahl und Pendlerintensität in Hamburg mit 386 220 oder 51,88 v. H. erheblich größer als in Berlin, wo sie nur 319 119 oder 43,6 v. H. beträgt; selbst wenn man in Hamburg die noch gröbere Gebieteinteilung in nur 7 Bezirke wählen würde, würde man mit 328 192 Pendlern gleich 44,09 v. H. größere Pendlerzahlen gewinnen als in Berlin, wobei noch nicht einmal beachtet ist, daß die Gesamtzahl der in West-Berlin wohnenden Erwerbstätigen mit 777 316 Personen nicht unerheblich größer ist als die Zahl der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen mit 744 429 Personen. Es steht hiernach eindeutig fest, daß der Umfang und die Intensität der Pendelwanderung in Hamburg weit größer ist als in Berlin.

Berechnet man in beiden Städten, wieviele Pendler in dem „angrenzenden“ (= kurzer Weg), den „daran anstoßenden“ (= mittlerer Weg) oder den „übrigen“ Gebietsteilen (= weiter Weg) beschäftigt sind, wobei man in West-Berlin 39 Gebietsteile und

in Hamburg 22 Gebietsteile zur Grundlage wählt, so erhält man folgende Werte:

Von 100 Pendlern hatten	in Hamburg	in West-Berlin
einen kurzen Weg	52,5 v. H.	43,8 v. H.
einen mittleren Weg	37,2 v. H.	26,6 v. H.
einen weiten Weg	9,1 v. H.	17,0 v. H.

Infolge der größeren Gebieteinteilung in Hamburg ist der Anteil der Pendler, der hier einen kurzen oder mittleren Weg zurückzulegen hat, größer und der Anteil der Pendler, die einen weiten Weg haben, kleiner als in West-Berlin. Es ist nicht anzunehmen, daß bei gleicher Feinheit der Gebietsgliederung die Belastung der Pendelwanderer durch die Länge des Weges in Hamburg günstiger ist als in Berlin.

Ein ganz anderes Bild zeigt der Vergleich der Pendelwanderung zwischen Hamburg und München. Hierfür muß man in Hamburg die Gebietsgliederung nach 106 Stadtteilen benutzen, die im Durchschnitt mit 7024 Erwerbspersonen etwa die gleiche Masse von Erwerbstätigen aufweist wie die 64 Stadtbezirke oder Bezirksteile in München, auf die durchschnittlich 6113 Erwerbstätige kommen. Wenn man berücksichtigt, daß in Hamburg etwa doppelt so viele Einwohner und auch Erwerbstätige wohnen wie in München, kann man hiernach annehmen, daß die Feinheit dieser Gebietsgliederung in beiden Städten nahezu die gleiche ist. Wegen des Größenunterschiedes der beiden Städte besagen auch die absoluten Pendlerzahlen wenig, sie betragen in München rd. 259 000 oder 66,4 v. H., in Hamburg rd. 466 000 aber nur 63,28 v. H. Die Unterschiede sind nur gering. Man kann deshalb feststellen, daß in Hamburg der relative Umfang der Pendelwanderung nahezu der gleiche ist wie in München. Vergleicht man auch hier die Gliederung der Pendelwanderer nach der Entfernung zwischen Wohngebietsteil und Gebietsteil der Arbeitsstätte, wobei in Hamburg in diesem Falle wieder die 106 Stadtteile und nicht, wie bei dem Vergleich mit Berlin, nur 22 Gebietsteile als Ausgangsbasis gewählt werden müssen, so zeigt sich folgendes Bild:

Von 100 Pendlern hatten	in Hamburg	in München
einen kurzen Weg	22,1 v. H.	25,6 v. H.
einen mittleren Weg	21,0 v. H.	25,7 v. H.
einen weiten Weg	55,9 v. H.	45,8 v. H.

Im Gegensatz zu Berlin liegt also in München ähnlich wie in Hamburg das Schwergewicht bei den Pendlern, die einen weiten Weg zurückzulegen haben; in Hamburg ist dieser Anteil aber noch größer als in München und deshalb wiegt die Belastung der Erwerbspersonen durch die tägliche Arbeitswanderung in Hamburg etwas schwerer als in München.

Pendelwanderung über die Ortsteilsgrenzen in Hamburg 1950 und 1939

Wenn man die Unterschiede in der Mobilität der Erwerbspersonen in den einzelnen Gebietsteilen richtig werten will, muß man sich der feinsten Gebietsgliederung, d. h. der Einteilung in 179 Orts-

teile, bedienen, denn die größeren Gebieteinheiten umfassen zumeist verschiedenartige Gebietsteile, die in ihrer Wohn- oder Wirtschaftsstruktur recht große Unterschiede aufweisen. Vor allem bietet

aber ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Erhebungen nur dann den richtigen Erkenntniswert über das Ausmaß und den Charakter der Veränderungen im Umfang und dem Ziel der Pendlerströme, wenn man diese feinste Gliederung benutzt. In diesem Abschnitt und den dazu gehörenden Tabellen 1 und 2 (vgl. Beilage) und in den Übersichten 5 bis 10 gelten deshalb als Pendelwanderer alle Personen, die

außerhalb ihres Wohnortsteils beschäftigt sind und als Nichtpendler nur solche, deren Arbeitsstätte im gleichen Ortsteil gelegen ist, in dem sie wohnen. Bei der Zusammenfassung der Ortsteile zu größeren Gebieten handelt es sich stets um die Summe der aus den Ortsteilen dieses größeren Gebiets auspendelnden oder in die Ortsteile dieses Gebiets einpendelnden Erwerbspersonen.

Übersicht 5

Pendelwanderung in Hamburg 1950 und 1939

Lage der Arbeitsstätte	Zahl der Erwerbspersonen				Zu (+) oder Abnahme (−) 1950 gegenüber 1939	
	nach der VZ. vom 13. September 1950		nach der VZ. vom 17. Mai 1939		überhaupt	v. H.
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
im Wohnortsteil (Nichtpendler)	250 586	33,66	217 150	27,15	+ 33 436	+ 15,40
außerhalb des Wohnortsteils (Pendler)	493 843	66,34	582 724	72,85	− 88 881	− 15,25
davon						
im Stadtteil der Wohnung, aber nicht im Wohnortsteil	51 233	6,88	69 954	8,74	− 18 721	− 26,76
nicht im Wohnortsteil, aber innerhalb Hamburgs	437 963	58,83	497 023	62,14	− 59 060	− 11,88
außerhalb Hamburgs	4 647	0,63	15 747	1,97	− 11 100	− 70,49
in Hamburg wohnende Erwerbspersonen insgesamt	744 429	100	799 874	100	− 55 445	− 6,93

Der Umfang und die Gliederung der Pendelwanderung hat sich, wie die Übersicht 7 erkennen läßt, zwischen dem 17. Mai 1939 und dem 13. September 1950 in Hamburg stark verändert. Nicht nur die Zahl der Pendler, sondern auch ihr Anteil hat seit 1939 erheblich abgenommen. Im Mai 1939 waren 582 724 Pendler gezählt worden, also rd. 90 000 mehr als im September 1950. Diese Abnahme erklärt sich nur zum kleinen Teil aus der Abnahme der Gesamtzahl der Erwerbspersonen infolge der Bevölkerungsabnahme, die durch die weitgehende Zerstörung der Stadt hervorgerufen ist, denn gleichzeitig ist trotz der Abnahme der Erwerbspersonen und der Pendler die Zahl der Nichtpendler, d. h. der Personen, die im gleichen Ortsteil, in dem sie wohnen, auch beschäftigt sind, um 33 436 Personen oder 15,40 v. H. gewachsen. Infolgedessen ist der Anteil der Nichtpendler an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen von 27 v. H. auf 33 v. H. gestiegen, der Anteil der Pendler aber von 73 v. H. auf 67 v. H. gesunken. Man kann hieraus den Schluß ziehen, daß sich seit 1939 in erheblichem Maße eine räumliche Zusammenlegung von Wohnung und Arbeitsstätte in den gleichen Ortsteil vollzogen hat. Damit ist die seit Jahrzehnten beobachtete Tendenz einer Zunahme der Personen, deren Wohnung und Arbeitsstätte in verschiedenen Gebietsteilen liegt, zum ersten Male unterbrochen worden.

Unter den Nichtpendlern, d. h. den Personen, die im gleichen Ortsteil, in dem sie wohnen, auch beschäftigt sind, beansprucht eine Gruppe besondere Beachtung, nämlich die, deren Arbeitsstätte in ihrer Wohnung oder doch auf dem Wohngrundstück gelegen ist, denn diese Personengruppe belastet den Arbeitsverkehr überhaupt nicht. Bei der Volkszählung von 1939 waren dies 138 631 Personen oder 64 v. H. der im Wohnortsteil beschäftigten Erwerbspersonen. Wie

eine Untersuchung nach der Stellung im Beruf ergeben hat, handelte es sich hierbei vorwiegend um Selbständige oder mithelfende Familienangehörige (89 470 Personen oder 41 v. H.), also nicht um Arbeitnehmer. Bei der Volkszählung von 1950 ist diese Personengruppe nicht besonders ausgezählt worden. Man kann deshalb nicht nachweisen, ob die Zahl und der Anteil der auf dem Wohngrundstück Beschäftigten 1950 größer oder kleiner war als 1939. Es ist aber wohl anzunehmen, daß sie zugenommen hat, denn die Zerstörung der Wohnung oder der Arbeitsstätte hat zum mindesten in den ersten Jahren nach der Zerstörung oder nach dem Kriege in vielen Fällen dazu geführt, daß die Betriebsinhaber ihre Wohnung und ihren Betrieb zusammengelegt haben. Zum Teil wird diese zunächst provisorisch gedachte Zusammenlegung inzwischen wieder aufgehoben sein; vielfach haben aber die hohen Kosten für die Beschaffung besonderer Wohnungen oder Betriebsräume aus dem Provisorium einen Dauerzustand gemacht. Die oben erwähnte beachtliche Zunahme der im Wohnortsteil Beschäftigten dürfte hierdurch weitgehend zu erklären sein.

Die Übersicht 6 läßt erkennen, daß trotz der Zunahme der Nichtpendler die Zahl und der Anteil der im angrenzenden Ortsteil Beschäftigten 1950 geringer war als im Jahre 1939. Auch die Pendler über die Ortsteilsgrenzen, die eine mittlere Entfernung zurückzulegen haben, sind 1950 absolut und relativ schwächer vertreten als 1939. Dagegen sind die Pendler, die eine weite Entfernung zurückzulegen haben, 1950 relativ stärker vertreten als vor dem Kriege. Die Übersichten 5 und 6 zeigen also zwei gegenläufige Tendenzen. Auf der einen Seite eine Abnahme der Zahl und des Anteils der Pendler infolge räumlicher Zusammenlegung oder Annäherung von Wohnung und Arbeitsstätte, auf der anderen Seite aber eine Ausweitung des Pendlerweges und da-

Auspendler über die Grenzen der Ortsteile nach der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte

Lage der Arbeitsstätte	Auspendler über die Ortsteilsgrenzen				Zu (+) oder Abnahme (-) 1950 gegenüber 1939	
	nach der VZ. vom 13. September 1950		nach der VZ. vom 17. Mai 1939		überhaupt	v. H.
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
in den angrenzenden Ortsteilen (nahe Entfernung)	75 113	15,21	101 494	17,42	- 26 381	- 25,99
in den daran anstoßenden Ortsteilen (mittlere Entfernung)	66 051	13,38	91 795	15,75	- 25 744	- 28,05
in den übrigen Ortsteilen (weitere Entfernung)	348 032	70,47	373 688	64,13	- 25 656	- 6,87
innerstädtische Pendelwanderung	489 196	99,06	566 977	97,30	- 77 781	- 13,72
außerhalb Hamburgs	4 647	0,94	15 747	2,70	- 11 100	- 70,49
Pendelwanderer insgesamt	493 843	100	582 724	100	- 88 881	- 15,25

mit eine Zunahme der räumlichen Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte für viele Erwerbspersonen, die nicht in ihrem Wohnortsteil beschäftigt sind. Andererseits ist zu beachten, daß die Zahl der Personen, deren Arbeitsstätte außerhalb Hamburgs gelegen ist, sich im Jahre 1950 gegenüber der Vorkriegszeit stark vermindert hat; sie umfaßt nur noch ein Drittel der damaligen Zahl der Auspendler.

Die Auspendler nach der Lage ihrer Wohnung (Ortsteile)

Untersucht man die Zahl und den Anteil der Auspendler bzw. der Nichtpendelwanderer nach der Lage ihrer Wohnung, so zeigt sich, daß die in den einzelnen Stadt- und Gebietsteilen wohnenden Erwerbspersonen in sehr verschiedenem Maße an der Pendelwanderung beteiligt sind. Dies erklärt sich aus den großen Unterschieden in der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur der Gebietsteile. In Gebieten, in denen auch heute noch die Landwirtschaft oder Gärtnerei die Haupterwerbsgrundlage für einen großen Teil der Bevölkerung bildet, wie in den Vier- und Marschlanden, ist die Zahl und der Anteil der Personen, die auf dem Wohngrundstück oder wenigstens im Wohnortsteil beschäftigt sind, naturgemäß verhältnismäßig groß und die Zahl und der Anteil der Pendler verhältnismäßig gering. In den Vier- und Marschlanden beträgt der Anteil der Pendler an der Gesamtzahl der dort wohnenden Erwerbspersonen im Durchschnitt nur 30 v. H.; besonders niedrig ist er hier in Kirchwerder, Ochsenwerder, Tatenberg, Spadenland und Reitbrook. Ähnlich niedrige Werte findet man nur noch im Ortsamt Süderelbe, und zwar hier in Cranz und Neuenfelde. Der Durchschnittswert der Pendler im gesamten Ortsamt Süderelbe liegt aber mit 46 v. H. weit höher als in den Vier- und Marschlanden, da die Wirtschafts- und Siedlungsverhältnisse in Süderelbe überwiegend ganz anders geartet sind als in den Vier- und Marschlanden. Außer in den Gebietsteilen mit überwiegend landwirtschaftlichem Gepräge ist der Anteil der Pendler aber auch dort verhältnismäßig gering, wo sich besondere Arbeitszentren herausgebildet haben, denn trotz

der Entwicklung zu fortschreitender räumlicher Trennung von Wohnort und Ort der Arbeitsstätte ist nach wie vor ein großer Teil der Erwerbspersonen bemüht, möglichst in der Nähe seiner Arbeitsstätte eine Wohnung zu finden, falls diese Gebietsteile neben der Zusammenballung von Betrieben noch genügend Raum für Wohnungen bieten. Es ist deshalb erklärlich, daß die in der Innenstadt oder im Hafengebiet wohnenden Erwerbspersonen in weit größerem Maße in ihrem Wohnortsteil beschäftigt sind, also „Nicht-Pendler“ sind, als die in den meisten übrigen Gebietsteilen Wohnenden, soweit diese nicht einen landwirtschaftlichen Charakter haben. Unter den Stadtteilen, die nach den Ausführungen im Heft 15, Jg. 1952, dieser Zeitschrift wichtige Arbeitszentren sind, und in denen deshalb weit mehr Personen beschäftigt sind als dort wohnen, zeigt Steinwerder einen besonders geringen Pendleranteil mit nur 46,0 v. H.

Erheblich unter dem Durchschnitt, der 66,3 v. H. beträgt, sind die Pendleranteile aber auch in Hamburg-Altstadt, Neustadt und St. Georg. Die ebenfalls geringen Pendlerwerte in Hammerbrook erklären sich aus der gegenwärtigen Struktur dieser stark zerstörten Stadtteile, in denen zahlreiche kleine Betriebe und Werkstätten zunächst behelfsmäßig aufgebaut sind, die vielfach zugleich den Betriebsinhabern oder auch Werksangehörigen behelfsmäßige Unterkunft bieten. Eine besondere Stellung nimmt in diesem Rahmen noch Finkenwerder ein, das teilweise einen ausgeprägten landwirtschaftlichen Charakter hat und schon deshalb verhältnismäßig vielen dort wohnenden Erwerbspersonen auf dem Wohngrundstück oder im Wohnortsteil Beschäftigung bietet. In gleicher Richtung wirkt sein Charakter als Heimathafen zahlreicher kleiner Fischereifahrzeuge. In neuerer Zeit haben sich aber außerdem mehrere Großbetriebe dort angesiedelt, in denen zahlreiche in Finkenwerder wohnende Erwerbspersonen Beschäftigung gefunden haben. Die Errichtung dieser Betriebe hat in Finkenwerder auch eine verhältnismäßig bedeutende Wohnbautätigkeit nach sich gezogen, da hier genügend Raum für die Anlage von Wohnsiedlungen zur Verfügung steht. Aus diesen verschiedenen Gründen erklärt sich der besonders große Anteil der im gleichen Ortsteil Beschäftigten und der

Der Umfang der Pendelwanderung über die Grenzen der Ortsteile 1950 und 1939
nach der Lage der Wohnung (Auspendler)

Lage der Wohnung Bezirke Ortsämter und Restgebiete der Bezirke	Erwerbs- personen 1950	von den dort Wohnenden (Sp. 1) waren				Erwerbs- personen 1939	von den dort Wohnenden (Sp. 6) waren			
		Auspendler ¹⁾		Nichtpendler ²⁾			Auspendler ¹⁾		Nichtpendler ²⁾	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Bezirke										
Hamburg-Mitte	120 592	74 591	61,9	46 001	38,1	221 249	164 085	74,2	57 164	25,8
Altona	126 155	88 356	70,0	37 799	30,0	102 705	75 433	73,4	27 272	26,6
Eimsbüttel	119 574	84 954	71,0	34 620	29,0	117 499	88 982	75,7	28 517	24,3
Hamburg-Nord	167 584	120 669	72,0	46 915	28,0	194 466	153 578	79,0	40 888	21,0
Wandsbek	96 377	64 374	66,8	32 003	33,2	74 020	53 007	71,6	21 013	28,4
Bergedorf	37 436	17 085	45,6	20 351	54,4	26 946	11 600	43,0	15 346	57,0
Harburg	76 711	43 814	57,1	32 897	42,9	62 989	36 039	57,2	26 950	42,8
Insgesamt	744 429	493 843	66,3	250 586	33,7	799 874	582 724	72,9	217 150	27,1
Ortsämter und Restgebiete der Bezirke										
Billstedt	29 087	20 419	70,2	8 668	29,8	16 935	12 878	76,0	4 057	24,0
Veddel-Röthenburgsort	10 443	6 357	60,9	4 086	39,1	27 369	21 475	78,5	5 894	21,5
Finkenwerder	8 371	3 016	36,0	5 355	64,0	3 047	843	27,7	2 204	72,3
Restgebiet des B.A. Hamburg-Mitte	72 691	44 799	61,6	27 892	38,4	173 898	128 889	74,1	45 009	25,9
Blankenese	34 974	23 039	65,9	11 935	34,1	17 132	11 078	64,7	6 054	35,3
Restgebiet des B.A. Altona	91 181	65 317	71,6	25 864	28,4	85 573	64 355	75,2	21 218	24,8
Lokstedt	19 322	12 969	67,1	6 353	32,9	10 132	6 788	67,0	3 344	33,0
Stellingen	12 930	8 470	65,5	4 460	34,5	7 486	4 528	60,5	2 958	39,5
Restgebiet des B.A. Eimsbüttel	87 322	63 515	72,7	23 807	27,3	99 881	77 666	77,8	22 215	22,2
Barmbek-Uhlenhorst	48 613	35 281	72,6	13 332	27,4	119 883	98 916	82,5	20 967	17,5
Fuhlsbüttel	29 410	20 270	68,9	9 140	31,1	13 821	9 602	69,5	4 219	30,5
Restgebiet des B.A. Hamburg-Nord	89 561	65 118	72,7	24 443	27,3	60 762	45 060	74,2	15 702	25,8
Bramfeld	13 247	9 690	73,1	3 557	26,9	4 211	2 939	69,8	1 272	30,2
Alstertal	17 324	12 223	70,6	5 101	29,4	7 256	5 156	71,1	2 100	28,9
Walddörfer	11 638	7 404	63,6	4 234	36,4	4 946	2 881	58,2	2 065	41,8
Rahlstedt	14 304	8 423	58,9	5 881	41,1	7 225	4 270	59,1	2 955	40,9
Restgebiet des B.A. Wandsbek	39 864	26 634	66,8	13 230	33,2	50 382	37 761	74,9	12 621	25,1
Vier- und Marschlande	15 319	4 596	30,0	10 723	70,0	11 962	2 189	18,3	9 773	81,7
Restgebiet des B.A. Bergedorf	22 117	12 489	56,5	9 628	43,5	14 984	9 411	62,8	5 573	37,2
Wilhelmsburg	23 501	12 663	53,9	10 838	46,1	16 892	7 868	46,6	9 024	53,4
Süderelbe	11 696	5 374	45,9	6 322	54,1	6 841	2 977	43,5	3 864	56,5
Restgebiet des B.A. Harburg	41 514	25 777	62,1	15 737	37,9	39 256	25 194	64,2	14 062	35,8
Insgesamt	744 429	493 843	66,3	250 586	33,7	799 874	582 724	72,9	217 150	27,1

¹⁾ Auspendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte, einschl. der außerhalb Hamburgs Beschäftigten.

²⁾ Nichtpendler = im Wohnortsteil Beschäftigte.

geringe Anteil der Pendler, der in Finkenwerder mit rd. 30 v. H. nicht höher liegt als in den Vier- und Marschlanden.

Diesen wenigen Stadt- und Gebietsteilen mit besonders geringem Anteil an Auspendlern und hohem Anteil an Nichtpendlern stehen zahlreiche Stadt- und Gebietsteile gegenüber, in denen der Anteil der Pendler überdurchschnittlich hoch ist. Hierzu zählen in erster Linie die dichtbesiedelten und großstädtisch bebauten Wohngebiete der Großstadt wie **Barmbek-Nord**, **Eimsbüttel**, **Horn**, daneben aber auch einige Randgebiete wie **Lurup**, **Steilshoop** und **Eißendorf**, in denen die Zahl oder der Anteil der bewohnten Lauben und anderer Notunterkünfte besonders groß ist.

Da die Zahl und der Anteil der Pendler weitgehend von der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur der Gebietsteile abhängen, müssen die umfangreichen Zerstörungen in vielen Stadtteilen und die dadurch ausgelöste örtliche Umschichtung der Bevölkerung und Betriebe auch Zahl und Anteil der Auspendler

über die Ortsteilsgrenzen in den einzelnen Stadt- und Gebietsteilen seit 1939 stark verändert haben. Dies zeigt sich deutlich bei einem Vergleich mit 1939. Die Vernichtung zahlreicher Wohnungen in der Innenstadt und anderen großstädtisch bebauten Stadtteilen hat eine Verlagerung großer Bevölkerungsmassen in andere weniger zerstörte Stadtteile und insbesondere in die Randgebiete zur Folge gehabt. Die dort hin umgesiedelten Erwerbspersonen haben aber nur zum Teil dort auch Arbeitsstätten gefunden. Infolgedessen ist dort die Masse der Pendler stark angeschwollen. Dies gilt vor allem für das Gebiet der Ortsämter Finkenwerder, Bramfeld, Alstertal, Walddörfer sowie der Vier- und Marschlande, wo sich die Zahl der Auspendler mehr als verdoppelt oder verdreifacht hat, und in besonders hohem Maße für die Stadtteile Billbrook und Waltershof, wo sie sich um 477 bzw. 1167 v. H. vermehrt hat. Es ist aber beachtenswert, daß in diesen Gebietsteilen durchweg auch die Zahl der Nichtpendler, d. h. die Per-

**Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen,
der Auspendler über die Grenzen der Ortsteile sowie der Nichtpendler im Jahre 1950 gegenüber 1939**

Lage der Wohnung Bezirke Ortsämter und Restgebiete der Bezirke	Zu- (+) oder Abnahme (-) der					
	Erwerbspersonen überhaupt		Auspendler überhaupt		Nichtpendler überhaupt	
		v. H.		v. H.		v. H.
Bezirke						
Hamburg-Mitte	- 100 657	- 45,49	- 89 494	- 54,54	- 11 163	- 19,53
Altona	+ 23 450	+ 22,83	+ 12 923	+ 17,13	+ 10 527	+ 38,60
Eimsbüttel	+ 2 075	+ 1,77	- 4 028	- 4,53	+ 6 103	+ 21,40
Hamburg-Nord	- 26 882	- 13,82	- 32 909	- 21,43	+ 6 027	+ 14,74
Wandsbek	+ 22 357	+ 30,20	+ 11 367	+ 21,44	+ 10 990	+ 52,30
Bergedorf	+ 10 490	+ 38,93	+ 5 485	+ 47,28	+ 5 005	+ 32,61
Harburg	+ 13 722	+ 21,78	+ 7 775	+ 21,75	+ 5 947	+ 22,07
Insgesamt	- 55 445	- 6,93	- 88 881	- 15,25	+ 33 436	+ 15,40
Ortsämter und Restgebiete der Bezirke						
Billstedt	+ 12 152	+ 71,76	+ 7 541	+ 58,56	+ 4 611	+ 113,66
Veddel-Rothenburgsort	- 16 926	- 61,84	- 15 118	- 70,40	- 1 808	- 30,68
Finkenwerder	+ 5 324	+ 174,73	+ 2 173	+ 257,77	+ 3 151	+ 142,97
Restgebiet des B.A. Hamburg-Mitte	- 101 207	- 58,20	- 84 090	- 65,24	- 17 117	- 38,03
Blankenese	+ 17 842	+ 104,14	+ 11 961	+ 107,97	+ 5 881	+ 97,14
Restgebiet des B.A. Altona	+ 5 608	+ 6,55	+ 962	+ 1,49	+ 4 646	+ 21,90
Lokstedt	+ 9 190	+ 90,70	+ 6 181	+ 91,06	+ 3 009	+ 89,98
Stellingen	+ 5 444	+ 72,72	+ 3 942	+ 87,06	+ 1 502	+ 50,78
Restgebiet des B.A. Eimsbüttel	- 12 559	- 12,57	- 14 151	- 18,22	+ 1 592	+ 7,17
Barmbek-Uhlenhorst	- 71 270	- 59,45	- 63 635	- 64,33	- 7 635	- 36,41
Fuhlsbüttel	+ 15 589	+ 112,79	+ 10 668	+ 111,10	+ 4 921	+ 116,64
Restgebiet des B.A. Hamburg-Nord	+ 28 799	+ 47,40	+ 20 058	+ 44,51	+ 8 741	+ 55,67
Bramfeld	+ 9 036	+ 214,58	+ 6 751	+ 229,70	+ 2 285	+ 179,64
Alstertal	+ 10 068	+ 138,75	+ 7 067	+ 137,06	+ 3 001	+ 142,90
Walddörfer	+ 6 692	+ 135,30	+ 4 523	+ 156,99	+ 2 169	+ 105,04
Rahlstedt	+ 7 079	+ 97,98	+ 4 153	+ 97,26	+ 2 926	+ 99,02
Restgebiet des B.A. Wandsbek	- 10 518	- 20,88	- 11 127	- 29,47	+ 609	+ 4,83
Vier- und Marschlande	+ 3 357	+ 28,06	+ 2 407	+ 109,96	+ 950	+ 9,72
Restgebiet des B.A. Eergedorf	+ 7 133	+ 47,60	+ 3 078	+ 32,71	+ 4 055	+ 72,76
Wilhelmsburg	+ 6 609	+ 39,13	+ 4 795	+ 60,94	+ 1 814	+ 20,10
Süderelbe	+ 4 855	+ 70,97	+ 2 397	+ 80,52	+ 2 458	+ 63,61
Restgebiet des B.A. Harburg	+ 2 258	+ 5,75	+ 583	+ 2,31	+ 1 675	+ 11,91
Insgesamt	- 55 445	- 6,93	- 88 881	- 15,25	+ 33 436	+ 15,40

sonengruppe, die im gleichen Ortsteil beschäftigt ist, in denen sie wohnen, stark angewachsen ist, wenn auch im allgemeinen nicht in gleichem Maße wie die Zahl der Pendler. Im Alstertal ist die Zahl der Nichtpendler sogar relativ stärker gewachsen als die Zahl der Pendler. Dies beweist, daß zugleich mit der Zunahme der Wohnbevölkerung in diesen Gebietsteilen für einen großen Teil der hier untergebrachten Personen auch Arbeitsmöglichkeiten geschaffen sind, sei es durch Verlagerung von Betrieben hierher oder durch Ausweitung der Beschäftigungskapazität der hier vorhandenen Arbeitsstätten oder durch Neugründung von Betrieben. Bemerkenswert ist auch, daß in einigen Gebietsteilen, die sowohl eine **Bevölkerungsabnahme** als auch eine **Abnahme der Pendlerzahl** aufweisen, trotzdem die Zahl der Nichtpendler zugenommen hat; dies gilt z. B. im Bezirk Mitte für die Stadtteile St. Pauli, Veddel, Kleiner Grasbrook, im Bezirk Altona für den Stadtteil Altona-Nord, im Bezirk Eimsbüttel für den Stadtteil Hoheluft-West, im Bezirk Hamburg-Nord für den Stadtteil Dulsberg und im Bezirk Wandsbek für den Stadtteil Wandsbek. Im übrigen kann

man feststellen, daß die Zahl der Nichtpendler in fast allen Stadtteilen, die eine Bevölkerungsabnahme aufweisen, in geringerem Maße abgenommen hat als die Zahl der Pendler. Das Volumen an Wohnungen ist in diesen Gebietsteilen weit größer als das Volumen an Arbeitsplätzen in den hier gelegenen Betrieben.

Auch hierin kommt die schon oben vermerkte Tendenz einer größeren Annäherung von Wohnungen und Arbeitsstätten zum Ausdruck.

Die Einpendler nach der Lage ihrer Arbeitsstätte (Ortsteile)

Verteilt man die Erwerbspersonen nicht nach der Lage ihrer Wohnungen, sondern nach der Lage ihrer Arbeitsstätten auf die einzelnen Stadt- und Gebietsteile, so erhält man einen Ausdruck für die Belastung der in diesen Gebietsteilen Beschäftigten durch die tägliche Arbeitswanderung. Der durchschnittliche Anteil der Einpendler¹⁾ an den in Hamburg Beschäftig-

Anm. 1) d. h. der Erwerbspersonen, die nicht in dem gleichen Ortsteil wohnen, in dem sie beschäftigt sind.

ten — soweit sie auch im Gebiet der Hansestadt wohnen (insgesamt 739 782 Personen) — beträgt 66,1 v. H. Dieser Durchschnittssatz wird vor allem bei den in der Innenstadt und im Hafengebiet Beschäftigten weit übertroffen. Die höchsten Anteile an Pendlern weisen die Stadtteile Steinwerder und Hamburg-Altstadt mit über 97 v. H. auf. Mehr als 90 v. H. der Beschäftigten sind Pendler außerdem in Neustadt, Klostertor und Hammerbrook. Die geringsten Pendleranteile finden sich dagegen unter den im Ortsamt Süderelbe Beschäftigten, wo nur 11,8 v. H. Pendler sind; sehr gering ist der Anteil der Pendler auch unter den in den Vier- und Marschlanden Beschäftigten mit 12,2 v. H.

Untersucht man auch hierbei die seit 1939 vollzogene Entwicklung, so zeigt sich, daß der Anteil der Einpendler unter den Beschäftigten in den meisten Stadt- und Gebietsteilen abgenommen hat. Nur in wenigen Gebietsteilen zeigt sich eine Zunahme dieses Anteils. Es sind dies

das sogenannte Restgebiet des Bezirks Mitte, das Restgebiet des Bezirks Eimsbüttel, ferner das Gebiet der Ortsämter Alstertal, Walddörfer und Vier- und Marschlande. Berücksichtigt man nicht diese großen Gebietsteile, sondern die einzelnen Stadtteile, so zeigt sich eine Zunahme im Anteil der Einpendler unter den Stadtteilen des Bezirks Mitte, vor allem in einigen Stadtteilen der Innenstadt und des Hafengebiets. Das läßt darauf schließen, daß hier die zerstörten Arbeitsstätten in größerem Umfang aufgebaut sind als die zerstörten Wohnungen. Im Bezirk Eimsbüttel handelt es sich hauptsächlich um den Stadtteil Harvestehude, der unter den dort Beschäftigten 1950 absolut und relativ weit mehr Pendler aufweist als 1939. Dies ist auf die Verlegung, den Neubau oder die Erweiterung zahlreicher Arbeitsstätten — vor allem von Verwaltungsbetrieben der Industrie, Verbänden sowie der öffentlichen Verwaltung — in diesen Stadtteil zurückzuführen, eine Entwicklung, die

Übersicht 9

Der Umfang der Pendelwanderung über die Grenzen der Ortsteile 1950 und 1939 nach der Lage der Arbeitsstätte (Einpendler)

Lage der Arbeitsstätte Bezirke Ortsämter und Restgebiete der Bezirke	Erwerbs- personen 1950 ¹⁾	von den dort Beschäftigten (Sp. 1) waren				Erwerbs- personen 1939 ¹⁾	von den dort Beschäftigten (Sp. 6) waren			
		Einpendler ²⁾		Nichtpendler ³⁾			Einpendler ²⁾		Nichtpendler ³⁾	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bezirke										
Hamburg-Mitte	300 259	254 258	84,7	46 001	15,3	389 286	332 122	85,3	57 164	14,7
Altona	95 908	58 109	60,6	37 799	39,4	89 925	62 653	69,7	27 272	30,3
Eimsbüttel	82 433	47 813	58,0	34 620	42,0	69 327	40 810	58,9	28 517	41,1
Hamburg-Nord	110 086	63 171	57,4	46 915	42,6	106 830	65 942	61,7	40 888	38,3
Wandsbek	59 489	27 486	46,2	32 003	53,8	48 365	27 352	56,6	21 013	43,4
Bergedorf	28 681	8 330	29,0	20 351	71,0	21 827	6 481	29,7	15 346	70,3
Harburg	62 926	30 029	47,7	32 897	52,3	58 567	31 617	54,0	26 950	46,0
Insgesamt	739 782	489 196	66,1	250 586	33,9	784 127	566 977	72,3	217 150	27,7
Ortsämter und Restgebiete der Bezirke										
Billstedt	16 876	8 208	48,6	8 668	51,4	14 602	10 545	72,2	4 057	27,8
Veddel-Rothenburgsort	26 762	22 676	84,7	4 086	15,3	60 025	54 131	90,2	5 894	9,8
Finkenwerder	11 347	5 992	52,8	5 355	47,2	7 809	5 605	71,8	2 204	28,2
Restgebiet des B.A. Hamburg-Mitte	245 274	217 382	88,6	27 892	11,4	306 850	261 841	85,3	45 009	14,7
Blankenese	18 454	6 519	35,3	11 935	64,7	9 531	3 477	36,5	6 054	63,5
Restgebiet des B.A. Altona	77 454	51 590	66,6	25 864	33,4	80 394	59 176	73,6	21 218	26,4
Lokstedt	13 053	6 700	51,3	6 353	48,7	8 656	5 312	61,4	3 344	38,6
Stellingen	9 781	5 321	54,4	4 460	45,6	7 333	4 375	59,7	2 958	40,3
Restgebiet des B.A. Eimsbüttel	59 599	35 792	60,1	23 807	39,9	53 338	31 123	58,4	22 215	41,6
Barmbek-Uhlenhorst	40 425	27 093	67,0	13 332	33,0	58 725	37 758	64,3	20 967	35,7
Fuhlsbüttel	17 111	7 971	46,6	9 140	53,4	10 340	6 121	59,2	4 219	40,8
Restgebiet des B.A. Hamburg-Nord	52 550	28 107	53,5	24 443	46,5	37 765	22 063	58,4	15 702	41,6
Bramfeld	5 157	1 600	31,0	3 557	69,0	2 168	896	41,3	1 272	58,7
Alstertal	7 717	2 616	33,9	5 101	66,1	2 798	698	24,9	2 100	75,1
Walddörfer	5 594	1 360	24,3	4 234	75,7	2 676	611	22,8	2 065	77,2
Rahlstedt	7 222	1 341	18,6	5 881	81,4	3 652	697	19,1	2 955	80,9
Restgebiet des B.A. Wandsbek	33 799	20 569	60,9	13 230	39,1	37 071	24 450	66,0	12 621	34,0
Vier- und Marschlande	12 210	1 487	12,2	10 723	87,8	11 046	1 273	11,5	9 773	88,5
Restgebiet des B.A. Bergedorf	16 471	6 843	41,5	9 628	58,5	10 781	5 208	48,3	5 573	51,7
Wilhelmsburg	16 285	5 447	33,4	10 838	66,6	15 771	6 747	42,8	9 024	57,2
Süderelbe	7 171	849	11,8	6 322	88,2	5 107	1 243	24,3	3 864	75,7
Restgebiet des B.A. Harburg	39 470	23 733	60,1	15 737	39,9	37 689	23 627	62,7	14 062	37,3
Insgesamt	739 782	489 196	66,1	250 586	33,9	784 127	566 977	72,3	217 150	27,7

¹⁾ Hierbei sind nur die Erwerbspersonen berücksichtigt, die im Gebiet der Hansestadt Hamburg wohnen. Die Pendler aus nicht-hamburgischen Gemeinden können nicht nach der Lage ihrer Arbeitsstätte in Hamburg gegliedert werden.

²⁾ Einpendler sind Erwerbspersonen, die außerhalb des Ortsteils, in dem sie wohnen, arbeiten.

³⁾ Nichtpendler sind Erwerbspersonen, die im Ortsteil, in dem sie wohnen, auch arbeiten.

den ursprünglichen Charakter dieses ehemals besonders bevorzugten Wohngebiets stark verändert hat.

Auffallend ist beim Vergleich mit der Vorkriegszeit, daß die Zahl und der Anteil der Einpendler unter den Beschäftigten auch in den Randgebieten, z. B. im Alstertal, den Walddörfern und anderen, sogar in den Vier- und Marschlanden zugenommen hat, obgleich diese Ge-

biets eine große Bevölkerungszunahme und gleichzeitig auch eine große Zunahme der Personen, die hier zwar wohnen, aber in anderen Gebietsteilen beschäftigt sind, aufweisen. Es ist demnach nicht gelungen, die Vermehrung der Arbeitsplatzkapazität in diesen Gebieten in vollem Umfange aus dem örtlichen Überschuß an Arbeitskräften zu decken.

Übersicht 10

Zu- oder Abnahme der Beschäftigten und der Einpendler über die Grenzen der Ortsteile im Jahre 1950 gegenüber 1939

Lage der Wohnung Bezirke Ortsämter und Restgebiete der Bezirke	Zu- (+) oder Abnahme (-) der			
	dort beschäftigten Erwerbspersonen insgesamt		Einpendler	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Bezirke				
Hamburg-Mitte	- 89 027	- 22,87	- 77 864	- 23,44
Altona	+ 5 983	+ 6,65	- 4 544	- 7,25
Eimsbüttel	+ 13 106	+ 18,90	+ 7 003	+ 17,16
Hamburg-Nord	+ 3 256	+ 3,05	- 2 771	- 4,20
Wandsbek	+ 11 124	+ 23,00	+ 134	+ 0,49
Bergedorf	+ 6 854	+ 31,40	+ 1 849	+ 28,53
Harburg	+ 4 359	+ 7,44	- 1 588	- 5,02
Insgesamt	- 44 345	- 5,66	- 77 781	- 13,72
Ortsämter und Restgebiete der Bezirke				
Billstedt	+ 2 274	+ 15,57	- 2 337	- 22,16
Veddel-Rothenburgsort	- 33 263	- 55,42	- 31 455	- 58,11
Finkenwerder	+ 3 538	+ 45,31	+ 387	+ 6,90
Restgebiet des B.A. Hamburg-Mitte	- 61 576	- 20,07	- 44 459	- 16,98
Blankenese	+ 8 923	+ 93,62	+ 3 042	+ 87,49
Restgebiet des B.A. Altona	- 2 940	- 3,66	- 7 586	- 12,82
Lokstedt	+ 4 397	+ 50,80	+ 1 388	+ 26,13
Stellingen	+ 2 448	+ 33,38	+ 946	+ 21,62
Restgebiet des B.A. Eimsbüttel	+ 6 261	+ 11,74	+ 4 669	+ 15,00
Barmbek-Uhlenhorst	- 18 300	- 31,16	- 10 665	- 28,25
Fuhlsbüttel	+ 6 771	+ 65,48	+ 1 850	+ 30,22
Restgebiet des B.A. Hamburg-Nord	+ 14 785	+ 39,15	+ 6 044	+ 27,39
Bramfeld	+ 2 989	+ 137,87	+ 704	+ 78,57
Alstertal	+ 4 919	+ 175,80	+ 1 918	+ 274,79
Walddörfer	+ 2 918	+ 109,04	+ 749	+ 122,59
Rahlstedt	+ 3 570	+ 97,75	+ 644	+ 92,40
Restgebiet des B.A. Wandsbek	- 3 272	- 8,83	- 3 881	- 15,87
Vier- und Marschlande	+ 1 164	+ 10,54	+ 214	+ 16,81
Restgebiet des B.A. Bergedorf	+ 5 690	+ 52,78	+ 1 635	+ 31,39
Wilhelmsburg	+ 514	+ 3,26	- 1 300	- 19,27
Süderelbe	+ 2 064	+ 40,42	- 394	- 31,70
Restgebiet des B.A. Harburg	+ 1 781	+ 4,73	+ 106	+ 0,45
Insgesamt	- 44 345	- 5,66	- 77 781	- 13,72

Die Pendlerströme zwischen den Gebietsteilen

Eine tabellarische Darstellung des Austausches der Erwerbspersonen zwischen den einzelnen Gebietsteilen nach der Lage ihrer Wohnung und der Lage ihrer Arbeitsstätte ist in diesem Rahmen nur möglich, wenn man ihn nach wenigen großen Gebietsteilen untersucht. Hierfür bieten sich die 7 Verwaltungsbezirke sowie die 22 Ortsamtsbezirke und Restbezirke an. Letztere Einteilung ist für eine tabellarische Darstellung in diesem Heft aber auch noch zu weitgehend und muß einer späteren Veröffentlichung im Quellenband vorbehalten bleiben, wo auch eine vollständige Darstellung der Pendelwanderung zwischen den 179 Ortsteilen oder den 106 Stadtteilen als Grundlage für feinere und

speziellere Gebietsuntersuchungen geplant ist. Die Einteilung in die 7 Verwaltungsbezirke ist andererseits für eine Untersuchung der Pendlerströme zwischen den einzelnen Gebietsteilen wenig zweckmäßig, da in jedem dieser Bezirke Gebiete mit sehr verschiedener Wirtschafts- und Siedlungsstruktur vereinigt sind und die meisten von ihnen so gebildet sind, daß sie sowohl weitläufig bebauten Randgebiete als auch engbebaute Innengebiete der Stadt umfassen. Wertvollere Erkenntnisse über die Stärke und Richtung der Pendlerströme zwischen den einzelnen Gebietsteilen kann man nur gewinnen, wenn man das Gebiet der Hansestadt Hamburg in Gebietseinheiten aufteilt, die wirt-

Schafflich oder siedlungsmäßig einigermaßen homogen sind. Für diese Untersuchung sind deshalb folgende sieben Gebietsteile gebildet worden:

1. Das Hafengebiet
2. Die an den Hafen angrenzenden Gebietsteile
3. Die City
4. Die an die City angrenzenden Gebietsteile
5. Harburg-Wilhelmsburg
6. Der äußere Ring der Vororte und Randgebiete
7. Der innere Ring der wichtigsten Wohngebiete

Die unter 1 bis 4 genannten Gebietsteile bilden das wichtigste Wirtschaftszentrum der Hansestadt; es wird bei der nachfolgenden Untersuchung über die Pendlerströme besonders herausgehoben. Die beiden zuletzt genannten Gebietsteile umfassen die wichtigsten Wohngebiete Hamburgs, in denen sich allerdings auch einige bedeutende Arbeitsschwerpunkte herausgebildet haben. Harburg-Wilhelmsburg ist zugleich ein bedeutendes Arbeits- und Wirtschaftszentrum und ein volkreiches Wohngebiet.

Der Umfang dieser 7 Gebietsteile geht aus der folgenden Beschreibung und der in der Anlage beigefügten Karte hervor.

1. Hafengebiet

hierzu gehören

Stadtteile	Ortsteile
Hamburg-Altstadt (teilweise)	103
Klostertor (teilweise)	116
Veddel	135
Kl. Grasbrook	136
Steinwerder	137
Waltershof	138
Finkenwerder	139

2. An den Hafen angrenzende Gebietsteile

hierzu gehören

Stadtteile	Ortsteile
Neustadt (teilweise)	104
St. Pauli (teilweise)	112
Klostertor (teilweise)	115
Altona-Altstadt (teilweise)	201—202

3. City

hierzu gehören

Stadtteile	Ortsteile
Hamburg-Altstadt (teilweise)	101—102
Neustadt (teilweise)	107

4. Der City benachbarte Gebietsteile

hierzu gehören

Stadtteile	Ortsteile
Neustadt (teilweise)	105—106
St. Pauli (teilweise)	108, 111
St. Georg	113—114
Rotherbaum (teilweise)	312

5. Harburg-Wilhelmsburg

hierzu gehören

Stadtteile	Ortsteile
Harburg	701—702
Neuland	703
Gut Moor	704
Wilstorf	705
Rönneburg	706
Langenbek	707
Sinstorf	708
Marmstorf	709
Eißendorf	710
Heimfeld	711
Wilhelmsburg	712
Georgswerder	713
Moorwerder	714

6. Äußerer Ring (Vororte und Randgebiete)

hierzu gehören

aus Bezirk Hamburg-Mitte	Ortsteile
Ortsamt Billstedt	129—132
aus Bezirk Altona	
Stadtteil Gr.-Flottbek	217
Stadtteil Othmarschen	218
Ortsamt Blankenese	219—226
aus Bezirk Eimsbüttel	
Ortsamt Lokstedt	317—319
Ortsamt Stellingen	320—321
aus Bezirk Hamburg-Nord	
Stadtteil Gr.-Borstel	406
Stadtteil Alsterdorf	407
Ortsamt Fuhlsbüttel	430—432
aus Bezirk Wandsbek	
Stadtteil Jenfeld	512
Stadtteil Tonndorf	513
Stadtteil Farmsen	514
Ortsamt Bramfeld	515—516
Ortsamt Alstertal	517—520
Ortsamt Walddörfer	521—525
Ortsamt Rahlstedt	526
aus Bezirk Bergedorf	
Stadtteil Lohbrügge	601
Stadtteil Bergedorf	602—603
Ortsamt Vier- und Marschlande	604—614
aus Bezirk Harburg	
Ortsamt Süderelbe	715—721

7. Innerer Ring (übrige Stadt- und Gebietsteile)

aus Bezirk Hamburg-Mitte

(ohne die unter 1 bis 4 und 6 genannten Gebietsteile)

Stadtteile	Ortsteile
Stadtteil St. Pauli (teilweise)	109—110
Stadtteil Hammerbrook	117—119
Stadtteil Borgfelde	120—121
Stadtteil Hamm-Nord	122—124
Stadtteil Hamm-Mitte	125—126
Stadtteil Hamm-Süd	127—128
Stadtteil Billwerder-Ausschlag	133
Stadtteil Rothenburgsort	134

aus Bezirk Altona

(ohne die unter 2 und 6 genannten Gebietsteile)

Stadtteile	Ortsteile
Stadtteil Altona-Altstadt (teilw.)	203—206
Stadtteil Altona-Nord	207—209
Stadtteil Ottensen	210—213
Stadtteil Bahrenfeld	214—216

aus Bezirk Eimsbüttel

(ohne die unter 4 und 6 genannten Gebietsteile)

Stadtteile	Ortsteile
Stadtteil Eimsbüttel	301—310
Stadtteil Rotherbaum (teilweise)	311
Stadtteil Harvestehude	313—314
Stadtteil Hoheluft-West	315—316

aus Bezirk Hamburg-Nord

(ohne die unter 6 genannten Gebietsteile)

Stadtteile	Ortsteile
Stadtteil Hoheluft-Ost	401—402
Stadtteil Eppendorf	403—405
Stadtteil Winterhude	408—413
Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst	414—429

aus Bezirk Wandsbek

(ohne die unter 6 genannten Gebietsteile)

Stadtteile	Ortsteile
Stadtteil Eilbek	501—504
Stadtteil Wandsbek	505—509
Stadtteil Marienthal	510—511

Die verschiedene Bedeutung und damit der verschiedene Charakter dieser 7 Gebietsteile als Wohngebiet oder Arbeitsplatz der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen geht aus der Übersicht 11 klar hervor.

**Die Verteilung der Erwerbspersonen in Hamburg
auf 7 wichtige Wirtschafts- und Wohngebiete 1950 und 1939**

Gebietsteile	Erwerbspersonen nach der Wohnung				Erwerbspersonen nach der Arbeitsstätte			
	1950		1939		1950		1939	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1 Hafengebiet	15 029	2,02	8 904	1,11	37 967	5,10	65 269	8,16
2 daran angrenzende Gebiete . .	15 818	2,12	30 480	3,81	26 901	3,61	38 198	4,78
3 City	9 909	1,33	16 139	2,02	137 254	18,44	163 896	20,49
4 daran angrenzende Gebiete . .	45 009	6,05	57 389	7,18	72 153	9,69	71 668	8,96
1—4 Wirtschaftszentrum	85 765	11,52	112 912	14,12	274 275	36,84	339 031	42,39
5 Harburg-Wilhelmsburg	65 015	8,73	56 148	7,02	55 755	7,49	53 460	6,68
6 Äußerer Ring (Vororte und Randgebiete) . . .	275 134	36,96	142 255	17,78	163 359	21,94	104 476	13,06
7 Innerer Ring (übrige Gebietsteile)	318 515	42,79	488 559	61,08	246 393	33,10	287 160	35,90
6+7 wichtigste Wohngebiete	593 649	79,75	630 814	78,86	409 752	55,04	391 636	48,96
8 außerhalb Hamburgs	— ¹⁾	— ¹⁾	— ¹⁾	— ¹⁾	4 647	0,63	15 747	1,97
Erwerbspersonen insgesamt	744 429¹⁾	100	799 874	100	744 429¹⁾	100	799 874¹⁾	100

¹⁾ Die außerhalb Hamburgs wohnenden, aber innerhalb Hamburgs beschäftigten Erwerbspersonen (1950 waren es 49 600 Personen) sind hierbei nicht berücksichtigt, da ihre Verteilung nach der Lage ihrer Arbeitsstätte in Hamburg nicht bekannt ist.

Sie läßt erkennen, daß in den zuerst genannten 4 Gebietsteilen die Zahl der dort Beschäftigten weit größer ist als die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen; insbesondere gilt dies für die City und das Hafengebiet. Diese 4 auch räumlich zusammenliegenden Gebietsteile bilden das wichtigste **Wirtschafts- und Verwaltungszentrum** der Hansestadt Hamburg. Hier sind 1950 insgesamt 274 000 Personen oder fast 37 v. H., also über ein Drittel aller Hamburger beschäftigt gewesen. Berücksichtigt man auch die Erwerbspersonen, die außerhalb Hamburgs wohnen, aber in Hamburg beschäftigt sind (nach der Volkszählung 1950 waren dies 49 600 Personen), so dürften im **Wirtschafts- und Verwaltungszentrum 1950 mindestens 300 000 Erwerbspersonen tätig** gewesen sein; die genaue Zahl läßt sich nicht feststellen, da für die von außerhalb Hamburgs hereinströmenden Pendler die Lage ihrer Arbeitsstätten in Hamburg nicht bekannt ist. Im Vergleich zu diesen 274 000 bzw. 300 000 hier beschäftigten Personen war die Zahl der im gleichen Gebiet wohnenden Erwerbspersonen mit rd. 86 000 oder 12 v. H. der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen nur gering.

In den anderen 3 Gebietsteilen zeigt die Übersicht 11 dagegen ein Übergewicht der dort wohnenden über die dort beschäftigten Erwerbspersonen. Ganz besonders gilt dies für den Außenring der Vororte und Randgebiete und den Innenring der „übrigen Gebietsteile“; diese beiden Gebietsteile bilden das wichtigste Wohngebiet Hamburgs; hier wohnten 1950 rd. 594 000 oder 79 v. H. der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen, es arbeiteten hier dagegen nur rd. 410 000 oder rd. 55 v. H. der in Hamburg Beschäftigten (ohne die von außerhalb Hamburgs

hereinströmenden Erwerbspersonen). Auch in Harburg-Wilhelmsburg ist die Zahl der dort Wohnenden größer als die Zahl der dort Beschäftigten, das Übergewicht der dort Wohnenden ist hier aber weniger bedeutend. Wie die weitere Untersuchung zeigen wird, nimmt das Gebiet Harburg-Wilhelmsburg im Rahmen der innerhamburgischen Arbeitswanderung überhaupt eine Sonderstellung ein, da es bei der Versorgung seines bedeutenden Arbeitspotentials ganz überwiegend aus eigenen Quellen schöpft und an andere Gebiete nur verhältnismäßig wenige der hier wohnenden Erwerbspersonen abgibt.

Die Einpendler in das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum

In den 4 Gebietsteilen, die das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum bilden, waren, wie aus der Übersicht 11 hervorgeht, im Jahre 1950 insgesamt 274 275 Erwerbspersonen tätig, soweit man sich auf den Personenkreis beschränkt, der in Hamburg wohnt. Hiervon waren 65 878 Personen oder 24 v. H. Nichtpendler, d. h. sie wohnten also in einem der vier zu diesem Gebiet gehörenden Gebietsteile; dagegen betrug die Zahl der Einpendler aus anderen hamburgischen Wohngebieten 208 397 Personen oder 76 v. H. der hier Beschäftigten. Die Hauptmasse dieser Einpendler ergießt sich, wie die Übersicht 12 erkennen läßt, in die City, die allein rd. 130 000 Einpendler aufnimmt; weitere 51 000 bleiben in den an die City angrenzenden Gebietsteilen. Das Hafengebiet und die daran angrenzenden Gebietsteile nehmen insgesamt nur rd. 49 000 Einpendler auf.

**Der Umfang der Pendelwanderung
in Hamburg in 7 wichtigen Wirtschafts- und Wohngebieten 1950 und 1939**

a) absolute Zahlen

Lage der Wohnung Gebietsteile	In den genannten Gebieten wohnende und beschäftigte Erwerbspersonen = Nichtpendler		Einpendler in diese Gebiete		Auspendler aus diesen Gebieten		Übergewicht der Einpendler (+) Auspendler (-)	
	i m J a h r e							
	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939
1 Hafengebiet	9 407	5 115	28 560	60 154	5 622	3 789	+ 22 938	+ 56 365
2 daran angrenzende Gebiete	6 272	10 728	20 629	27 470	9 546	19 752	+ 11 083	+ 7 718
3 City	6 851	11 417	130 403	152 479	3 058	4 722	+ 127 345	+ 147 757
4 daran angrenzende Gebiete	20 828	22 363	51 325	49 305	24 181	35 026	+ 27 144	+ 14 279
1—4 Wirtschaftszentrum	65 878	88 254	208 397	250 777	19 887	24 658	+ 188 510	+ 226 119
5 Harburg-Wilhelmsburg	48 403	45 671	7 352	7 789	16 612	10 477	- 9 260	- 2 688
6 Äußerer Ring (Vororte und Randgebiete)	133 604	71 895	29 755	32 581	141 530	70 360	- 111 775	- 47 779
7 Innerer Ring (übrige Gebietsteile)	174 699	244 632	71 694	42 528	143 816	243 927	- 72 122	- 201 399
6+7 wichtigste Wohngebiete	386 592	368 289	23 160	23 347	207 057	262 525	- 183 897	- 239 178
zusammen	500 873	502 214	238 909	281 913	243 556	297 660	- 4 647	- 15 747

b) Verhältniszahlen

Lage der Wohnung Gebietsteile	v. H. der dort beschäftigten Erwerbspersonen waren				v. H. der dort wohnenden Erwerbspersonen waren			
	Nichtpendler		Einpendler		Nichtpendler		Auspendler	
	i m J a h r e							
	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939
1 Hafengebiet	24,78	7,84	75,22	92,16	62,59	57,45	37,41	42,55
2 daran angrenzende Gebiete	23,32	28,09	76,68	71,91	39,65	35,20	60,35	64,80
3 City	4,99	6,97	95,01	93,03	69,14	70,74	30,86	29,26
4 daran angrenzende Gebiete	28,87	31,20	71,13	68,80	46,28	38,97	53,72	61,03
1—4 Wirtschaftszentrum	24,02	26,03	75,98	73,97	76,81	78,16	23,19	21,84
5 Harburg-Wilhelmsburg	86,81	85,43	13,19	14,57	74,45	81,34	25,55	18,66
6 Äußerer Ring (Vororte und Randgebiete)	81,79	68,81	18,21	31,19	48,56	50,54	51,44	49,46
7 Innerer Ring (übrige Gebietsteile)	70,90	85,19	29,10	14,81	54,85	50,07	45,15	49,93
6+7 wichtigste Wohngebiete	94,35	94,04	5,65	5,96	65,12	58,38	34,88	41,62
zusammen	67,71	64,05	32,29	35,95	67,28	62,79	32,72	37,21

Untersucht man nun diesen Pendlerstrom nach der Herkunft, d. h. nach der Lage der Wohnung, so zeigt sich, daß **81 177 oder 39 v. H. dieser Einpendler aus dem äußeren Ring der Vororte und Randgebiete kommen**; **115 466 oder fast 55 v. H. wohnten dagegen in dem inneren Ring der großen Wohnstadtteile** und **11 754 Einpendler kamen aus Harburg-Wilhelmsburg.**

Der Strom der Einpendler aus den Vororten und Randgebieten in das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum ist aus allen Himmelsrichtungen überaus kräftig. Die Gliederung der Vororte und Randgebiete nach Bezirksämtern und Ortsamtsbereichen, wie sie in der Tabelle 3 der Beilage vorgenommen ist, läßt zugleich Rückschlüsse auf die Verteilung der Einpendler nach den Himmelsrichtungen und den

Hauptverkehrslinien der Straßenbahn, der Hochbahn oder der Stadtbahn zu, die diesen Pendlerstrom bewältigen müssen.

Für die rd. 16 000 Einpendler aus den im Westen der Stadt Hamburg gelegenen Vororten, d. h. aus den Vororten Blankenese, Groß-Flottbek und Othmarschen, ist die Stadtbahn der wichtigste Verkehrsträger; für die rd. 10 000 Einpendler aus dem Nordwesten, d. h. aus Stellingen und Lokstedt, dagegen die Straßenbahnlinien 16 und 22. Der starke Pendlerstrom, der aus den im Norden gelegenen Vororten und Randgebieten zur Stadtmitte strömt — es handelt sich insgesamt um rd. 32 000 Einpendler —, ist auf verschiedene Verkehrslinien angewiesen. Fast 16 000 dieser Pendler kommen aus Groß Borstel, Alsterdorf und dem Ortsamt Fuhlsbüttel; für sie bilden die Straßen-

bahnlinien 14 und 9 und vor allem die Hochbahnlinie zwischen Langenhorn und Stadtmitte die wichtigsten Verkehrsträger. Das ebenfalls im Norden gelegene Gebiet des Ortsamts Alstertal, aus dem rd. 6000 Einpendler kommen, ist am besten durch die Stadtbahn mit dem Zentrum der Stadt verbunden, das daran anschließende Gebiet von Bramfeld mit rd. 4000 Pendlern durch die Straßenbahnlinie 9. Die weiterhin im Norden gelegenen wichtigen Wohngebiete der Walddörfer und Farmsen, aus denen ebenfalls starke Pendlerströme (nahezu 6000 Einpendler) in das Wirtschafts- und Verwaltungszentrum fließen, sind vor allem durch die Walddörferbahn (einem Teil der Hoch- und Untergrundbahn) mit der Stadtmitte verbunden. Für das im Nordosten am Stadtrande gelegene Gebiet des Ortsamts Rahlstedt, das rd. 4500 Einpendler stellt, ist zum Teil ebenfalls diese Hochbahnstrecke, im übrigen aber vor allem die Lübecker Strecke der Bundesbahn oder die Linie 3 der Straßenbahn als Zubringerlinie von Bedeutung; daneben kommt hier eine Autobuslinie als Zubringer in Betracht. Aus dem großen Siedlungsgebiet des Ortsamts Billstedt im Osten der Stadt, das auch die überwiegend mit großen Wohnblöcken bebauten Stadtteile Horn-Nord und Horn-Süd umfaßt, kommen fast 9000 Einpendler in das Wirtschaftszentrum. Dieses Gebiet ist durch die Straßenbahnlinien 16 und 31 mit dem Stadtzentrum und Hafengebiet verbunden (neuerdings auch durch die Linien 2 und 7), auch hier ist eine wichtige Autobuslinie als Zubringer vorhanden. Die Einpendler aus dem im Südosten gelegenen Gebiet der Ortsämter Bergedorf und Vier- und Marschlande (rd. 5000) sowie die aus dem im Süden gelegenen Randgebiet des Ortsamts Süderelbe (rd. 1900) sind überwiegend auf die Benutzung der Bergedorfer oder Harburger Strecke der Stadtbahn angewiesen. In diesem Zusammenhang sei auf die eingehende Darstellung über den „Nahverkehr in Hamburg“ im Heft 1, Jg. 1952, dieser Zeitschrift verwiesen. Die Untersuchung über die Stärke und Richtung der Pendlerströme läßt erkennen, in welchem großen Maße dieser Nahverkehr auf der täglichen Arbeitswanderung zwischen den einzelnen Gebietsteilen beruht und wie stark hierdurch vor allem der Verkehr von den Vororten und Randgebieten in die Stadtmitte belastet wird.

Gliedert man die 10 wichtigsten Gebietsteile des äußeren Ringes der Vororte und Randgebiete, aus denen im ganzen täglich mehr als 81 000 Erwerbspersonen in das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum strömen, nach der Zahl der Einpendler, so erhält man folgende Reihe:

aus dem Gebietsteil	Einpendler insgesamt	davon gehen in	
		die City	das Hafengebiet
O.A. Fuhlsbüttel	11 142	6 564	920
O.A. Blankenese	10 969	6 086	1 446
O.A. Billstedt	8 901	4 684	1 301
O.A. Lokstedt	6 204	3 646	700
O.A. Alstertal	6 187	3 693	536
O.A. Rahlstedt	4 437	2 768	369
O.A. Bergedorf	4 048	2 398	307
O.A. Bramfeld	4 047	2 123	573
O.A. Walddörfer	3 949	2 606	245
O.A. Stellingen	3 772	1 994	461

Dagegen verteilen sich die 115 466 Einpendler, die in das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum aus dem inneren Ring der wichtigsten Wohngebiete kommen, nach ihrer Herkunft wie folgt:

aus	Einpendler insgesamt	davon gehen in	
		die City	das Hafengebiet
Hamburg-Nord	47 702	29 081	4 146
davon			
Eppendorf-Winterhude	29 669	18 428	2 440
Barmbek-Uhlenhorst	18 033	10 653	1 706
Eimsbüttel	30 042	17 042	2 834
Altona	22 533	11 021	2 980
Hamburg-Mitte	8 628	4 365	1 179
Wandsbek	6 561	3 961	578

Die Auspendler aus den Wohngebieten

Das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum hat danach eine hervorragende Bedeutung als Arbeitsplatzschwerpunkt für die übrigen hamburgischen Gebietsteile. In welchem Maße dies der Fall ist, wird am besten durch den Anteil der Auspendler beleuchtet, der sich aus den anderen Gebietsteilen in dieses Zentrum ergießt. Wie die Übersicht 12 erkennen läßt, sind von den 275 134 in dem äußeren Ring wohnenden Erwerbspersonen im ganzen 133 604 oder 48,56 v. H., also nahezu die Hälfte, „Nichtpendler“, d. h. Personen, die in den Vororten nicht nur wohnen, sondern auch beschäftigt sind. Die größere Hälfte, nämlich 51,44 v. H., arbeitet dagegen in Gebietsteilen, die nicht zu diesem äußeren Ring gehören, sind also „Auspendler“. Es handelt sich hierbei im Jahre 1950 um insgesamt 141 530 Personen. Hiervon sind, wie oben bereits vermerkt wurde, 81 177 oder 56 v. H. im hamburgischen Wirtschaftszentrum beschäftigt; es verbleiben dann noch 60 353 oder 44 v. H. Auspendler aus dem äußeren Ring. Diese Auspendler haben in anderen hamburgischen Gebietsteilen und z. T. auch außerhalb Hamburgs einen Arbeitsplatz. Von der Gesamtzahl der im äußeren Ring wohnenden Erwerbspersonen arbeiten 29,72 v. H. im Wirtschaftszentrum und 21,94 v. H. in anderen Gebietsteilen.

Untersucht man die verschiedenen Vororte und Randgebiete auf das Maß ihrer Verflechtung mit dem Zentrum, so zeigen sich hierin recht erhebliche Unterschiede. Dies geht deutlich aus der Tabelle 3a und insbesondere aus den Verhältniszahlen in Tabelle 3c hervor. Relativ am stärksten ist die Verflechtung mit dem Wirtschaftszentrum im Ortsamt Fuhlsbüttel sowie in den Stadtteilen Othmarschen und Groß Flottbek, bei denen mehr als 37 v. H. der dort wohnenden Erwerbspersonen in der Stadtmitte oder im Hafengebiet tätig sind. Weiterhin wären noch Alsterdorf sowie die Ortsämter Alstertal, Walddörfer und der Stadtteil Farmsen zu nennen, in denen ebenfalls mehr als ein Drittel aller Erwerbspersonen in dem genannten Wirtschaftszentrum beschäftigt ist. Nicht viel geringer ist der Anteil in Lokstedt und Blankenese. Relativ am schwächsten ist der Pendler-

strom in dieses Gebiet dagegen aus den im Südosten und Süden gelegenen Randgebieten, d. h. aus Bergedorf, den Marsch- und Vierlanden sowie aus dem Ortsamt Süderelbe, aus denen weniger als 20 v. H. der dort wohnenden Erwerbspersonen in der City, dem Hafengebiet oder den daran angrenzenden Gebietsteilen tätig ist. Verhältnismäßig ebenso gering ist der Zustrom aus dem bedeutenden Wohn- und Wirtschaftsgebiet Harburg-Wilhelmsburg.

Für die im **Innenring** der großen Wohnstadtteile wohnenden Erwerbspersonen ist das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum als Arbeitsplatz von noch größerer Bedeutung als für die Bevölkerung im Außenring. Von den 318 515 im Innenring wohnenden Erwerbspersonen sind zwar relativ mehr „Nichtpendler“, nämlich 174 699 oder 54,85 v. H. Von den 143 816 „Auspendlern“ aus diesem Gebiet arbeiten aber nicht weniger als 115 466 oder rd. 80 v. H. in dem benachbarten Wirtschafts- und Verwaltungszentrum; nur 28 350, also etwa ein Fünftel der Auspendler aus dem Innenring, sind in anderen hamburgischen Gebietsteilen, die zu den Vororten und Randgebieten oder zu Harburg-Wilhelmsburg gehören, oder außerhalb Hamburgs beschäftigt. Der Innenring ist also im Austausch von Arbeitskräften mit dem Außenring überwiegend der nehmende Teil; der Gewinn beträgt im Jahre 1950 nicht weniger als 29 203 Personen. Gliedert man die Gesamtzahl der Erwerbspersonen im **Innenring** nach der Lage ihrer Arbeitsstätte, so sind **54,85 v. H. Nichtpendler**, also in den Gebietsteilen des Innenringes selbst beschäftigt, **36,25 v. H. arbeiten in der City, dem Hafen oder den angrenzenden Stadtteilen und nur 8,90 v. H. in den Vororten und Randgebieten oder außerhalb Hamburgs.**

Die Verbundenheit der einzelnen Gebietsteile des Innenringes mit dem Wirtschafts- und Verwaltungszentrum ist, wie die beigefügten Tabellen 3a und 3c erkennen lassen, relativ besonders stark ausgeprägt bei den zum Verwaltungsbezirk Eimsbüttel und Hamburg-Nord gehörenden Gebietsteilen, aus denen über 39 v. H., also nahezu zwei Fünftel aller Erwerbspersonen in der City, dem Hafen oder den daran angrenzenden Gebietsteilen beschäftigt sind. Relativ am schwächsten ist die Verflechtung mit diesem Gebiet bei den im Restbezirk Wandsbek wohnenden Erwerbspersonen mit nur 29 v. H.

Am Austausch der Pendler zwischen den Gebietsteilen des Außenrings und des Innenrings, der mit insgesamt 78 289 Personen in beiden Richtungen nicht unbedeutend ist, sind die einzelnen Ortsamtsbereiche, Stadtteile oder Ortsteile in verschieden großem Maße beteiligt. Auf eine tabellarische Darstellung dieser Arbeitswanderung zwischen den einzelnen Gebietsteilen ist hier verzichtet worden, um den Tabellenteil nicht allzusehr auszuweiten; hierüber wird das spätere Quellenwerk Auskunft geben. Das gleiche gilt für den Strom der Pendler, die zwischen den kleinen Gebietsteilen innerhalb der hier gebildeten sieben großen Gebiete hin- und herwandern, um ihre Arbeitsstätte oder Wohnung zu erreichen.

Diese zumeist sich auf geringe Entfernung abspielende tägliche Arbeitswanderung umfaßt, wenn man die Ortsteile als Gebietsgliederung benutzt, insgesamt nur 138 991 Pendler oder 28,14 v. H. der Gesamtzahl der aus ihren Wohnortsteilen auspendelnden Personen, die, wie die Übersicht 1 zeigte, 493 843 Auspendler beträgt.

Die Pendelwanderung in Harburg-Wilhelmsburg

Wie schon erwähnt wurde, nimmt Harburg-Wilhelmsburg im Rahmen der Pendelwanderung eine Sonderstellung ein. Es ist nicht nur ein bedeutendes Wohngebiet, sondern zugleich auch ein bedeutendes Wirtschafts- und Verwaltungszentrum. Die Übersicht 11 ließ schon erkennen, daß die Zahl der hier wohnenden Erwerbspersonen nur wenig größer ist als die Zahl der in diesem Gebiet beschäftigten Erwerbspersonen. Die Übersicht 12 zeigt weiterhin, daß die Zahl der Ein- und Auspendler in diesem Gebiet verhältnismäßig nur gering ist. Von 100 der in diesem Gebiet wohnenden Erwerbspersonen waren nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung 74, also nahezu drei Viertel „Nichtpendler“, d. h. sie waren auch in diesem Gebiet beschäftigt; nur 25,55 v. H. waren „Auspendler“, ihre Arbeitsstätte lag also in anderen Gebietsteilen. Untersucht man dagegen die Zusammensetzung der hier Beschäftigten, so zeigt sich, daß sogar fast 87 v. H. in dem gleichen Gebiet wohnten und nur 13 v. H. aus anderen Wohngebieten einpendelten. Das beweist, daß der Arbeitskräftebedarf im Wirtschaftsgebiet Harburg-Wilhelmsburg fast ausschließlich aus den im eigenen Gebiet wohnenden Erwerbspersonen gedeckt werden kann. Die geringe Zahl der Einpendler (7352 Erwerbspersonen) kommt zu einem großen Teil aus dem benachbarten Ortsamt Süderelbe, wo 2484 oder rd. 34 v. H. der Einpendler wohnen. Soweit die hier wohnenden Erwerbspersonen in anderen Gebietsteilen beschäftigt sind, haben sie, wie die Tabelle 3 erkennen läßt, ganz überwiegend in der hamburgischen City, dem Hafengebiet oder den daran angrenzenden Gebietsteilen Beschäftigung gefunden, denn von den 16 612 Auspendlern sind nicht weniger als 11 754 oder rd. 71 v. H. in diesem Wirtschaftsgebiet tätig.

Vergleich der Wanderungsströme zwischen den Gebietsteilen 1950 und 1939

In den Übersichten 11 und 12 sowie in den Tabellen 3a—3c sind außer den Ergebnissen der Volkszählung 1950 auch die Ergebnisse der Volkszählung von 1939 über die Pendelwanderung mitgeteilt worden. Der Vergleich beider Zahlen läßt deutlich erkennen, in welchem Maße sich die Stärke und Richtung der Pendelwanderung zwischen diesen Gebietsteilen verändert hat. Die Veränderung ist im wesentlichen eine Folge der großen Bevölkerungsumschichtung infolge der Zerstörung großer Wohngebiete, weitgehend aber auch eine Folge der Zerstörung vieler Arbeits-

stätten vor allem in der City und im Hafen sowie einer Verlagerung vieler Arbeitsstätten in andere Gebietsteile. Die Übersicht 11 zeigt zunächst, in welchem Maße sich die Zahl der in den einzelnen Gebietsteilen wohnenden und beschäftigten Personen verändert hat. **Im Wirtschafts- und Verwaltungszentrum** Hamburgs, das die City, das Hafengebiet und die daran angrenzenden Gebiete umfaßt, waren 1939 rd. 64 700 Personen oder 19 v. H. mehr beschäftigt als im Jahre 1950; aber auch die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen hat abgenommen, und zwar um 27 000 Personen oder 24 v. H., also relativ noch stärker. Demgegenüber ist die Zahl der Erwerbspersonen, die in dem äußeren Ring der Vororte und Randgebiete wohnen, seit 1939 um rd. 133 000 Personen oder um 93 v. H. gewachsen, die der dort Beschäftigten aber nur um 58 883 oder 56 v. H. Eine andere Entwicklung zeigt der innere Ring der „übrigen Gebietsteile“, der die einstmals am dichtesten besiedelten Wohngebiete Hamburgs umfaßt, die während des Krieges weitgehend zerstört worden sind. Hier hat die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen sich um 170 000 oder fast um 35 v. H. vermindert; aber auch die Zahl der hier Beschäftigten hat seit 1939 infolge der Zerstörung zahlreicher Arbeitsstätten abgenommen, allerdings in weit geringerem Maße, denn diese Abnahme beträgt nur rd. 41 000 Personen oder 14 v. H.

Weit stabiler sind die Verhältnisse im **Wirtschaftsgebiet Harburg-Wilhelmsburg** gewesen, wo trotz umfangreicher Zerstörungen sowohl an Wohnungen als auch an Arbeitsplätzen die Zahl der dort wohnenden Erwerbspersonen sich um 8867 oder 16 v. H. und die Zahl der dort Beschäftigten sich um 2295 oder 4 v. H. vermehrt hat.

Als Auswirkung dieser Umschichtung haben sich naturgemäß auch die Pendlerströme in ihrer Stärke und Richtung verändert. Die Abnahme der Beschäftigten im **hamburgischen Wirtschafts- und Verwaltungszentrum**, die rd. 65 000 oder 19,10 v. H. ausmacht, ist überwiegend durch eine Abnahme der Einpendler in dieses Gebiet hervorgerufen. Die Abnahme der Einpendler beträgt rd. 42 000 Personen oder 16 v. H.; von der Gesamtabnahme der hier Beschäftigten macht sie über zwei Drittel aus. Die Zahl der Nichtpendler, d. h. der Personen, die in diesem Gebiet zugleich wohnen und arbeiten, ist aber relativ noch stärker gesunken (um rd. 22 000 Personen oder 25 v. H.), so daß die hier Beschäftigten Erwerbspersonen im Jahre 1950 sich in stärkerem Maße aus Einpendlern zusammensetzen als im Jahre 1939; ihr Anteil beträgt 1950 fast 76 v. H. gegenüber 74 v. H. im Jahre 1939. Diese Entwicklung erklärt sich daraus, daß in diesem wichtigen Wirtschaftsgebiet der Wiederaufbau von Arbeitsstätten stärker gefördert ist als der Wiederaufbau von Wohnungen. Weiterhin läßt die Übersicht 12 erkennen, daß sich die Zahl der Auspendler aus dem **Außenring der Vororte und Randgebiete** um rd. 71 000 vermehrt hat — sie hat sich damit nahezu verdoppelt —, wogegen die Zahl der Auspendler aus dem **Innenring der großen**

Wohngebiete um über 100 000 Personen abgenommen hat. Diese verschiedene Entwicklung der beiden Gebietsteile erklärt sich aus der starken Bevölkerungsvermehrung in den fast völlig unversehr gebliebenen Wohngebieten des Außenrings und der großen Bevölkerungsabnahme in vielen stark zerstörten Wohngebieten des Innenrings. Die Zunahme an Erwerbspersonen im Außenring, die rd. 133 000 Personen beträgt, konnte allerdings zu einem großen Teil durch eine Ausweitung der Arbeitsplatzkapazität in diesen Gebieten aufgesogen werden, denn auch die Zahl der Nichtpendler hat sich hier kräftig, nämlich um rd. 62 000 oder 46 v. H. vermehrt; der größere Teil der Zunahme an Erwerbspersonen — rd. 71 000 — mußte allerdings in einem der anderen Gebiete oder außerhalb Hamburgs Arbeit suchen. Im Innenring hat sich dagegen die Abnahme der dort wohnenden Erwerbspersonen, die, wie die Übersicht 11 zeigte, 170 044 Personen beträgt, überwiegend in einer Abnahme der Auspendler ausgewirkt; sie beträgt rd. 10 000 Personen oder 41 v. H. Die Zahl der Nichtpendler, d. h. der Personen, die in diesen Gebieten zugleich wohnen und arbeiten, hat sich dagegen nur um fast 70 000 oder 28 v. H. vermindert. In diesem Gebiet hat infolgedessen der Anteil der Nichtpendler erheblich zugenommen; er ist von 50 v. H. auf 55 v. H. der hier wohnenden Erwerbspersonen angestiegen. Berücksichtigt man jedoch die Zahl der hier Beschäftigten, so ist der Anteil der Nichtpendler in diesem Gebiet ebenfalls gesunken, nämlich von 85 v. H. auf 71 v. H., weil Zahl und Anteil der Einpendler in die Gebietsteile des Innenrings erheblich (um 29 000 oder 40 v. H.) zugenommen hat.

Vergleicht man nun in beiden Jahren Stärke und Herkunft der einzelnen Pendlerströme, die sich in das hamburgische **Wirtschafts- und Verwaltungszentrum** ergießen, so zeigt sich, daß die Masse der Einpendler in dieses Gebiet 1950 nicht nur um rd. 42 000 Personen geringer ist als im Jahre 1939, sondern sich nach ihrer Herkunft auch anders gliedert als 1939. Dies lassen bereits folgende Zahlen erkennen:

	in den Jahren			
	1950	v. H.	1939	v. H.
	über-		über-	
	haupt		haupt	
Gesamtzahl der Einpendler				
in das Wirtschafts-				
und Verwaltungszentrum	208 397	100	250 777	100
davon kamen aus dem				
Außenring der Vor-				
orte und Randgebiete	81 177	38,95	40 275	16,06
aus dem Innenring				
der „übrig. Gebietsteile“	115 466	55,41	203 126	81,00
aus Harburg-				
Wilhelmsburg	11 754	5,64	7 376	2,94

Gliedert man die Zahl der Einpendler in die City, das Hafengebiet und die daran angrenzenden Gebietsteile nach den wichtigsten Wohngebieten in beiden Vergleichsjahren, so erhält man folgende Vergleichszahlen:

Es kamen:

aus	im Jahre 1950	im Jahre 1939	Zu- oder Abnahme
dem Innenring	115 466	203 126	— 87 660
davon aus			
Eimsbüttel	30 042	42 123	— 12 081
Winterhude-Eppendorf	29 669	22 796	+ 6 873
Altona	22 533	20 749	+ 1 784
Barmbek-Uhlenhorst	18 033	51 017	— 32 984
Hamburg-Mitte	8 628	51 420	— 42 792
Wandsbek	6 561	15 021	— 8 460
dem Außenring	81 177	40 275	+ 40 902
darunter aus			
Ortsamt Fuhlsbüttel	11 142	5 862	+ 5 280
„ Blankenese	10 969	4 897	+ 6 072
„ Billstedt	8 901	5 687	+ 3 214
„ Lokstedt	6 204	3 558	+ 2 646
„ Alstertal	6 187	2 751	+ 3 436
„ Rahlstedt	4 437	2 493	+ 1 944
„ Bergedorf	4 048	2 352	+ 1 696
„ Bramfeld	4 047	1 100	+ 2 947
„ Walddörfer	3 949	1 680	+ 2 269
„ Stellingen	3 772	1 831	+ 1 941

Diese Zahlen lassen erkennen, daß der Einpendlerstrom aus den verschiedenen Wohngebieten in das Wirtschaftszentrum der Stadt Hamburg in recht verschiedenem Maße zu- oder abgenommen hat. Besonders groß war die Abnahme aus den Wohngebieten des Bezirks Hamburg-Mitte, zu dem u. a. vor allen die fast völlig zerstörten Stadtteile Hamm, Hammerbrook und Borgfelde gehören, und aus dem Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst, das ebenfalls zu großen Teilen fast völlig zerstört war. Dagegen hat die Zahl der Einpendler aus den wenig zerstörten Stadtteilen Winterhude und Eppendorf sich gegenüber 1939 sogar verstärkt. Im Laufe der Jahre seit 1950 wird zweifellos auch der Strom der Einpendler aus Barmbek-Uhlenhorst und Hamm erheblich zugenommen haben, da diese beiden Wohngebiete zu den wichtigsten Wiederaufbaugebieten gehören, in denen zahlreiche große Wohnblöcke wiederaufgebaut sind. Die Zahl der Einpendler in die City und das Hafengebiet aus den Vororten und Randgebieten hat sich in manchen Gebietsteilen seit 1939 nahezu verdoppelt. Absolut am größten war die Zunahme der Ein-

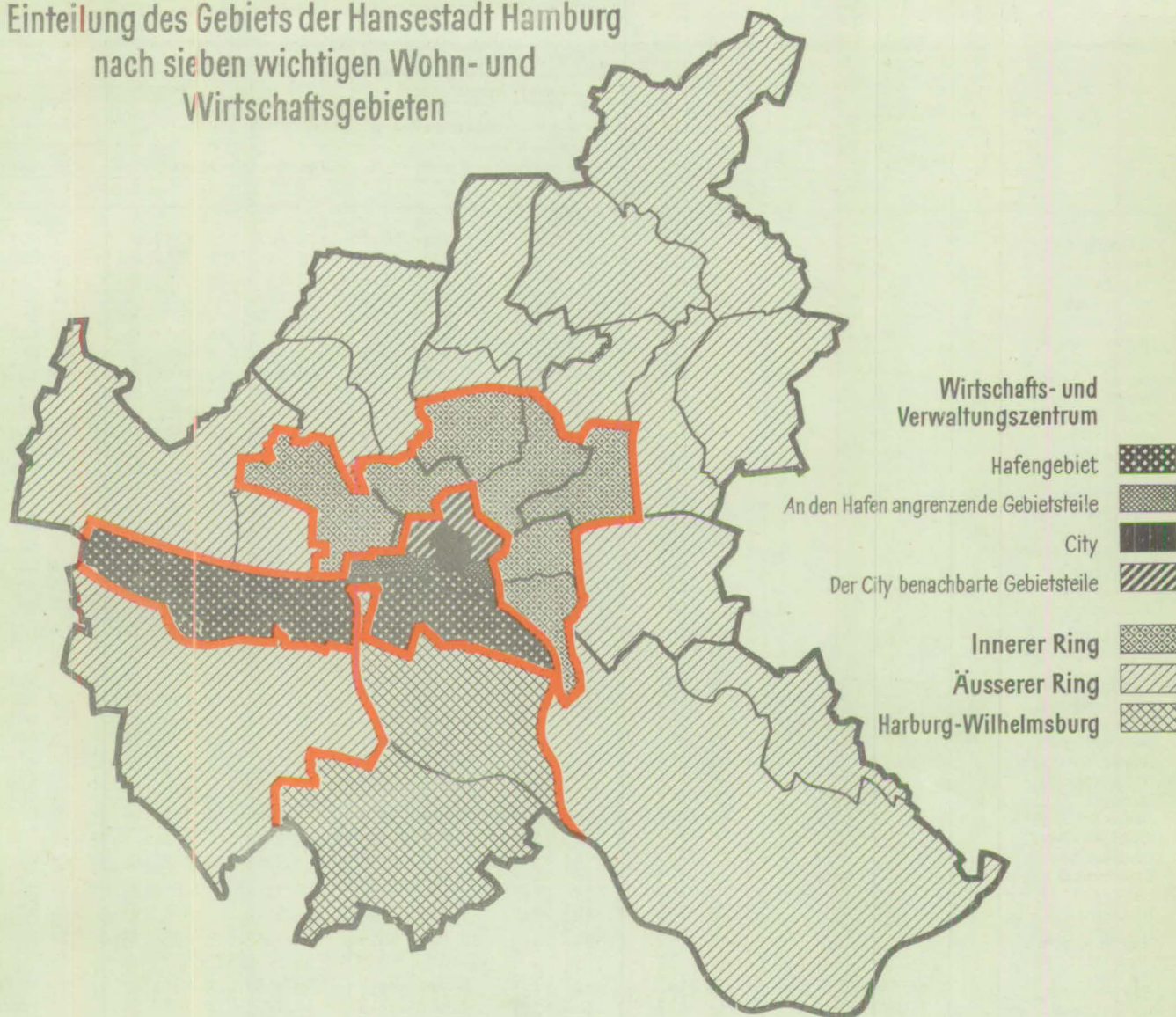
pendler aus dem Ortsamt Blankenese, relativ am größten aber aus dem Ortsamt Bramfeld, wo sie sich mehr als verdreifacht hat.

Überblickt man abschließend den Wandel in der Mobilität der in den einzelnen Gebietsteilen wohnenden Erwerbspersonen seit 1939 und hierbei insbesondere den Anteil der Auspendler in das hamburgische Wirtschaftszentrum, so zeigt sich, daß der Anteil der Nichtpendler in den zum äußeren Ring gehörenden Gebietsteilen 1950 gegenüber 1939 etwas gesunken ist (von 50,54 v. H. auf 48,56 v. H.), in den zum inneren Ring der Wohngebiete gehörenden Gebietsteilen aber zugenommen hat (von 50,07 auf 54,85 v. H.). Entsprechend hat der Anteil der Auspendler zu- oder abgenommen (vgl. Übersicht 12). Unter den einzelnen Gebietsteilen zeigen sich hierin aber recht erhebliche Unterschiede. Sie sind aus der Tabelle 3c zu ersehen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Pendelverkehr zwischen den einzelnen Gebietsteilen, die zum äußeren oder inneren Ring gehören, hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden konnte. Der Anteil der Erwerbspersonen, die aus den verschiedenen Gebiets- teilen in das Wirtschafts- und Verwaltungszentrum auspendeln, hat sich, wie den Spalten 9 und 10 der Tabelle 3c entnommen werden kann, nicht nur bei einigen Wohngebieten des Innenrings, sondern auch bei einigen Vororten und Randgebieten vermindert, besonders im Ortsamt Billstedt, ferner in Farmsen, im Alstertal und in Rahlstedt. Das läßt darauf schließen, daß in einigen Vororten und Randgebieten, die seit 1939 zumeist eine starke Bevölkerungsvermehrung erfahren haben, nicht nur Wohnungen, sondern in relativ noch stärkerem Maße auch Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Die regionale Umschichtung der Bevölkerung Hamburgs infolge der weitreichenden Zerstörung hat also keineswegs in allen Gebiets- teilen eine Zunahme der Mobilität der Erwerbs- personen zur Folge gehabt, vielmehr ist im Gesamt- durchschnitt, wie schon im ersten Teil dieser Unter- suchung nachgewiesen wurde, für die in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen eine größere räum- liche Annäherung von Wohnung und Arbeitsstätte die Folge gewesen.

Dr. I d e

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Einteilung des Gebiets der Hansestadt Hamburg
nach sieben wichtigen Wohn- und
Wirtschaftsgebieten



INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
A. Übersichtskarten zur Pendelwanderung.		
	Die Auspendler über die Grenzen der Ortsamtsbereiche und Restbezirke nach 22 Gebietsteilen im September 1950	6
	Die Auspendler über die Ortsteilsgrenzen nach 22 Gebietsteilen 1950 und 1939	6
	Die Einpendler über die Grenzen der Ortsamtsbereiche und Restbezirke nach 22 Gebietsteilen im September 1950	6
	Die Einpendler über die Ortsteilsgrenzen nach 22 Gebietsteilen 1950 und 1939	7
	Die Einteilung der Hansestadt Hamburg in 22 Gebietsteile	7
	Die Einpendler in das hamburgische Wirtschafts- und Verwaltungszentrum	8 - 9
B. Tabellen zur Pendelwanderung		
Tabelle	1a Die Auspendler über die Ortsteilsgrenzen nach Stadtteilen 1950 und 1939	2 - 3
	1b Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen, der Auspendler über die Ortsteilsgrenzen und der Nichtpendler nach Stadtteilen im Jahre 1950 gegenüber 1939	4 - 5
	2a Die Einpendler über die Ortsteilsgrenzen nach Stadtteilen 1950 und 1939	10 - 11
	2b Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen und der Einpendler nach Stadtteilen im Jahre 1950 gegenüber 1939	12 - 13
	3a, b, c Die Pendelwanderung zwischen 7 wichtigen Wirtschafts- und Wohngebieten der Freien und Hansestadt Hamburg 1950 und 1939	14 - 16

Tabelle 1a

Die Auspendler über die Ortsteilsgrenzen nach Stadtteilen
1950 und 1939

Lage der Wohnung Stadtteil	im Jahre 1950					im Jahre 1939				
	Erwerbs- personen	davon waren				Erwerbs- personen	davon waren			
		Auspendler 1)		Nichtpendler 2)			Auspendler 1)		Nichtpendler 2)	
		insgesamt	überhaupt	v.H.	überhaupt		v.H.	insgesamt	überhaupt	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Hamburg-Altstadt	5 135	2 241	43,6	2 894	56,4	9 100	4 235	46,5	4 865	53,5
Neustadt	15 291	8 980	58,7	6 311	41,3	28 637	18 766	65,5	9 871	34,5
St. Pauli	27 747	18 306	66,0	9 441	34,0	32 654	24 413	74,8	8 241	25,2
St. Georg	11 975	6 666	55,7	5 309	44,3	20 178	13 475	66,8	6 703	33,2
Klostertor	2 201	1 281	58,2	920	41,8	6 780	4 457	65,7	2 323	34,3
Hammerbrook	871	422	48,5	449	51,5	22 220	18 598	83,7	3 622	16,3
Borgfelde	1 622	1 095	67,5	527	32,5	12 198	9 761	80,0	2 437	20,0
Hamm - Nord	5 136	3 856	75,1	1 280	24,9	19 256	15 510	80,5	3 746	19,5
Hamm - Mitte	1 314	954	72,6	360	27,4	13 899	11 868	85,4	2 031	14,6
Hamm - Süd	1 399	998	71,3	401	28,7	8 976	7 806	87,0	1 170	13,0
Horn	12 825	10 192	79,5	2 633	20,5	9 746	8 442	86,6	1 304	13,4
Billstedt	10 825	6 953	64,2	3 872	35,8	6 126	3 869	63,2	2 257	36,8
Billbrook	5 437	3 274	60,2	2 163	39,8	1 063	567	53,3	496	46,7
Billwerder Ausschlag	2 988	1 811	60,6	1 177	39,4	10 528	8 469	80,4	2 059	19,6
Rothenburgsort	1 155	681	59,0	474	41,0	11 109	8 790	79,1	2 319	20,9
Veddel	4 493	2 566	57,1	1 927	42,9	3 753	2 663	71,0	1 090	29,0
Kleiner Grasbrook	1 411	1 117	79,2	294	20,8	1 547	1 402	90,6	145	9,4
Steinwerder	396	182	46,0	214	54,0	432	151	35,0	281	65,0
Waltershof	1 625	1 052	64,7	573	35,3	196	83	42,3	113	57,7
Finkenwerder	6 746	1 964	29,1	4 782	70,9	2 851	760	26,7	2 091	73,3
B e z i r k 1 Hamburg-Mitte	120 592	74 591	61,9	46 001	38,1	221 249	164 085	74,2	57 164	25,8
Altona-Altstadt	19 050	13 056	68,5	5 994	31,5	32 194	23 842	74,1	8 352	25,9
Altona-Nord	13 551	10 352	76,4	3 199	23,6	14 751	11 791	79,9	2 960	20,1
Ottensen	26 596	19 307	72,6	7 289	27,4	20 051	15 564	77,6	4 487	22,4
Bahrenfeld	18 964	13 855	73,1	5 109	26,9	11 676	9 029	77,3	2 647	22,7
Groß Flottbek	6 939	4 767	68,7	2 172	31,3	3 647	2 310	63,3	1 337	36,7
Othmarschen	6 081	3 980	65,4	2 101	34,6	3 254	1 819	55,9	1 435	44,1
Lurup	6 057	4 729	78,1	1 328	21,9	3 073	2 617	85,2	456	14,8
Weddendorf	4 822	3 190	66,2	1 632	33,8	1 965	1 305	66,4	660	33,6
Nienstedten	4 190	2 662	63,5	1 528	36,5	2 392	1 227	51,3	1 165	48,7
Blankenese	10 536	6 446	61,2	4 090	38,8	7 508	4 526	60,3	2 982	39,7
Teerbrook	3 980	2 617	65,8	1 363	34,2					
Sülldorf	1 710	1 249	73,0	461	27,0	727	465	64,0	262	36,0
Rissen	3 679	2 146	58,3	1 533	41,7	1 467	938	63,9	529	36,1
B e z i r k 2 Altona	126 155	88 356	70,0	37 799	30,0	102 705	75 433	73,4	27 272	26,6
Eimsbüttel	43 033	33 284	77,3	9 749	22,7	59 108	48 941	82,8	10 167	17,2
Rotherbaum	19 541	12 456	63,7	7 085	36,3	16 723	10 785	64,5	5 938	35,5
Harvestehude	15 797	10 895	69,0	4 902	31,0	11 467	7 303	63,7	4 164	36,3
Hoheluft-West	8 951	6 880	76,9	2 071	23,1	12 583	10 637	84,5	1 946	15,5
Lokstedt	6 622	4 269	64,5	2 353	35,5	3 507	2 231	63,6	1 276	36,4
Niendorf	7 456	5 279	70,8	2 177	29,2	3 453	2 525	73,1	928	26,9
Schnelsen	5 244	3 421	65,2	1 823	34,8	3 172	2 032	64,1	1 140	35,9
Eidelstedt	5 843	3 670	62,8	2 173	37,2	3 237	1 920	59,3	1 317	40,7
Stellingen	7 087	4 800	67,7	2 287	32,3	4 249	2 608	61,4	1 641	38,6
B e z i r k 3 Eimsbüttel	119 574	84 954	71,0	34 620	29,0	117 499	88 982	75,7	28 517	24,3
Hoheluft-Ost	8 342	6 222	74,6	2 120	25,4	8 799	6 578	74,8	2 221	25,2
Eppendorf	24 295	17 009	70,0	7 286	30,0	15 870	11 151	70,3	4 719	29,7
Groß Borstel	6 891	5 003	72,6	1 888	27,4	2 137	1 362	63,7	775	36,3
Alsterdorf	6 604	4 293	65,0	2 311	35,0	3 334	2 128	63,8	1 206	36,2
Winterhude	43 429	32 591	75,0	10 838	25,0	30 622	23 841	77,9	6 781	22,1
Uhlenhorst	9 517	5 634	59,2	3 883	40,8	15 582	10 511	67,5	5 071	32,5
Hohenfelde	5 108	3 133	61,3	1 975	38,7	12 946	9 362	72,3	3 584	27,7
Barmbek-Süd	10 481	7 753	74,0	2 728	26,0	46 445	40 314	86,8	6 131	13,2
Dulsberg	6 297	5 169	82,1	1 128	17,9	12 235	11 195	91,5	1 040	8,5
Barmbek-Nord	17 210	13 592	79,0	3 618	21,0	32 675	27 534	84,3	5 141	15,7
Ohlsdorf	8 066	5 901	73,2	2 165	26,8	4 360	3 402	78,0	958	22,0
Fuhlsbüttel	9 146	6 560	71,7	2 586	28,3	4 476	3 062	68,4	1 414	31,6
Langenhorn	12 198	7 809	64,0	4 389	36,0	4 985	3 138	62,9	1 847	37,1
B e z i r k 4 Hamburg-Nord	167 584	120 669	72,0	46 915	28,0	194 466	153 578	79,0	40 888	21,0

1) Auspendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte

2) Nichtpendler = im Wohnortsteil Beschäftigte

Die Auspendler über die Ortsteilsgrenzen nach Stadtteilen
1950 und 1939

Lage der Wohnung: Stadtteil	im Jahre 1950					im Jahre 1939				
	Erwerbs- personen	davon waren				Erwerbs- personen	davon waren			
		Auspendler ¹⁾		Nichtpendler ²⁾			Auspendler ¹⁾		Nichtpendler ²⁾	
		insgesamt	überhaupt	v.H.	überhaupt		v.H.	insgesamt	überhaupt	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Eilbek	3 225	1 991	61,7	1 234	38,3	23 581	18 098	76,7	5 483	23,3
Wandsbek	14 246	9 856	69,2	4 390	30,8	15 387	11 326	73,6	4 061	26,4
Marienthal	5 142	3 534	68,7	1 608	31,3	4 472	2 900	64,8	1 572	35,2
Jenfeld	5 921	3 065	51,8	2 856	48,2	1 551	1 172	75,6	379	24,4
Tonndorf	5 392	3 751	69,6	1 641	30,4	2 519	1 977	78,5	542	21,5
Farmsen	5 938	4 437	74,7	1 501	25,3	2 872	2 288	79,7	584	20,3
Bramfeld	10 482	7 435	70,9	3 047	29,1	4 074	2 849	69,9	1 225	30,1
Stellshoop	2 765	2 255	81,6	510	18,4	137	90	65,7	47	34,3
Wellingsbüttel	4 470	3 114	69,7	1 356	30,3	2 041	1 439	70,5	602	29,5
Sasel	5 516	3 885	70,4	1 631	29,6	2 378	1 709	71,9	669	28,1
Poppenbüttel	5 251	3 828	72,9	1 423	27,1	1 878	1 409	75,0	469	25,0
Hummelsbüttel	2 087	1 396	66,9	691	33,1	959	599	62,5	360	37,5
Lemsahl-Mellingstedt	1 269	811	63,9	458	36,1	467	265	56,7	202	43,3
Duvenstedt	1 171	604	51,6	567	48,4	562	273	48,6	289	51,4
Wohldorf-Ohlstedt	1 815	1 117	61,5	698	38,5	778	385	49,5	393	50,5
Bergstedt	1 694	1 112	65,6	582	34,4	580	316	54,5	264	45,5
Volksdorf	5 689	3 760	66,1	1 929	33,9	2 559	1 642	64,2	917	35,8
Rahlstedt	14 304	8 423	58,9	5 881	41,1	7 225	4 270	59,1	2 955	40,9
B e z i r k 5 Wandsbek	96 377	64 374	66,8	32 003	33,2	74 020	53 007	71,6	21 013	28,4
Lohbrügge	6 431	4 012	62,4	2 419	37,6	4 303	2 697	62,7	1 606	37,3
Bergedorf	15 686	8 477	54,0	7 209	46,0	10 681	6 714	62,9	3 967	37,1
Curslack	1 366	428	31,3	938	68,7	1 161	276	23,8	885	76,2
Altengamme	1 181	333	28,2	848	71,8	1 052	263	25,0	789	75,0
Neuengamme	1 846	509	27,6	1 337	72,4	1 568	325	20,7	1 243	79,3
Kirchwerder	4 700	906	19,3	3 794	80,7	4 139	504	12,2	3 635	87,8
Ochsenwerder	1 638	392	23,9	1 246	76,1	1 373	205	14,9	1 168	85,1
Reitbrook	394	99	25,1	295	74,9	311	38	12,2	273	87,8
Allermöhe	807	260	32,2	547	67,8	643	148	23,0	495	77,0
Billwerder	1 991	1 233	61,9	758	38,1	536	227	42,4	309	57,6
Moorfleet	827	349	42,2	478	57,8	677	162	23,9	515	76,1
Tatenberg	230	40	17,4	190	82,6	213	20	9,4	193	90,6
Spadenland	339	47	13,9	292	86,1	289	21	7,3	268	92,7
B e z i r k 6 Bergedorf	37 436	17 085	45,6	20 351	54,4	26 946	11 600	43,0	15 346	57,0
Harburg	12 728	5 955	46,8	6 773	53,2	17 595	9 369	53,2	8 226	46,8
Neuland	1 218	829	68,1	389	31,9	699	502	71,8	197	28,2
Cut Moor	136	90	66,2	46	33,8	77	75	97,4	2	2,6
Wilstorf	7 068	5 298	75,0	1 770	25,0	5 268	4 148	78,7	1 120	21,3
Rönneburg	883	640	72,5	243	27,5	683	517	75,7	166	24,3
Langenbek	296	231	78,0	65	22,0	219	181	82,6	38	17,4
Sinstorf	1 062	821	77,3	241	22,7	368	226	61,4	142	38,6
Marmstorf	1 486	1 122	75,5	364	24,5	995	798	80,2	197	19,8
EiBendorf	6 965	5 611	80,6	1 354	19,4	5 657	4 883	86,3	774	13,7
Heimfeld	9 672	5 180	53,6	4 492	46,4	7 695	4 495	58,4	3 200	41,6
Wilhelmsburg	16 177	7 418	45,9	8 759	54,1	12 881	5 158	40,0	7 723	60,0
Georgswerder	6 695	5 080	75,9	1 615	24,1	3 456	2 591	75,0	865	25,0
Moorwerder	629	165	26,2	464	73,8	555	119	21,4	436	78,6
Altenwerder	1 117	506	45,3	611	54,7	933	389	41,7	544	58,3
Moorburg	1 049	480	45,8	569	54,2	1 007	271	26,9	736	73,1
Hausbruch	2 190	1 427	65,2	763	34,8	1 103	877	79,5	226	20,5
Neugraben-Fischbek	4 539	2 357	51,9	2 182	48,1	1 578	1 141	72,3	437	27,7
Francop	433	126	29,1	307	70,9	354	77	21,8	277	78,2
Neuenfelde	1 969	336	17,1	1 633	82,9	1 565	188	12,0	1 377	88,0
Cranz	399	142	35,6	257	64,4	301	34	11,3	267	88,7
B e z i r k 7 Harburg	76 711	43 814	57,1	32 897	42,9	62 989	36 039	57,2	26 950	42,8
H a m b u r g insgesamt	744 429	493 843	66,3	250 586	33,7	799 874	582 724	72,9	217 150	27,1

1) Auspendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte

2) Nichtpendler = in Wohnortsteil Beschäftigte

Tabelle 1b

Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen, der Auspendler über die Ortsteilsgrenzen
und der Nichtpendler nach Stadtteilen im Jahre 1950 gegenüber 1939.

Lage der Wohnung Stadtteile	Zu- (+) oder Abnahme (-) der					
	Erwerbspersonen		Auspendler ¹⁾		Nichtpendler ²⁾	
	überhaupt	v.H.	überhaupt	v.H.	überhaupt	v.H.
	1	2	3	4	5	6
Hamburg-Altstadt	- 3 965	- 43,57	- 1 994	- 47,08	- 1 971	- 40,51
Neustadt	- 13 346	- 46,60	- 9 786	- 52,15	- 3 560	- 36,07
St. Pauli	- 4 907	- 15,03	- 6 107	- 25,02	+ 1 200	+ 14,56
St. Georg	- 8 203	- 40,65	- 6 809	- 50,53	- 1 394	- 20,80
Klostertor	- 4 579	- 67,54	- 3 176	- 71,26	- 1 403	- 60,40
Hammerbrook	- 21 349	- 96,00	- 18 176	- 97,73	- 3 173	- 87,60
Borgfelde	- 10 576	- 86,70	- 8 666	- 88,78	- 1 910	- 78,38
Hamm - Nord	- 14 120	- 73,33	- 11 654	- 75,14	- 2 466	- 65,83
Hamm - Mitte	- 12 585	- 90,55	- 10 914	- 91,96	- 1 671	- 82,27
Hamm - Süd	- 7 577	- 84,41	- 6 808	- 87,21	- 769	- 65,73
Horn	+ 3 079	+ 31,59	+ 1 750	+ 20,73	+ 1 329	+101,92
Billstedt	+ 4 699	+ 76,71	+ 3 084	+ 79,71	+ 1 615	+ 71,56
Billbrook	+ 4 374	+111,48	+ 2 707	+177,43	+ 1 667	+336,09
Billwerder Ausschlag	- 7 540	- 71,62	- 6 658	- 78,62	- 882	- 42,84
Rothenburgsort	- 9 954	- 89,60	- 8 109	- 92,25	- 1 845	- 79,56
Veddel	+ 740	+ 19,72	- 97	- 3,64	+ 837	+ 76,79
Kleiner Grasbrook	- 136	- 8,79	- 285	- 20,33	+ 149	+102,76
Steinwerder	- 36	- 8,33	+ 31	+ 20,53	- 67	- 23,84
Waltershof	+ 1 429	+129,08	+ 969	+1167,47	+ 460	+407,08
Pinkenwerder	+ 3 895	+136,62	+ 1 204	+ 158,42	+ 2 691	+128,69
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	- 100 657	- 45,49	- 89 494	- 54,54	- 11 163	- 19,53
Altona-Altstadt	- 13 144	- 40,83	- 10 786	- 45,24	- 2 358	- 28,23
Altona-Nord	- 1 200	- 8,14	- 1 439	- 12,20	+ 239	+ 8,07
Ottensen	+ 6 545	+ 32,64	+ 3 743	+ 24,05	+ 2 802	+ 62,45
Bahrenfeld	+ 7 288	+ 62,42	+ 4 826	+ 53,45	+ 2 462	+ 93,01
Groß Flottbek	+ 3 292	+ 90,27	+ 2 457	+ 106,36	+ 835	+ 62,45
Othmarschen	+ 2 827	+ 86,88	+ 2 161	+ 118,80	+ 666	+ 46,41
Lurup	+ 2 984	+ 97,10	+ 2 112	+ 80,70	+ 872	+191,23
Osdorf	+ 2 857	+145,39	+ 1 885	+ 144,44	+ 972	+147,27
Nienstedten	+ 1 798	+ 75,17	+ 1 435	+ 116,95	+ 363	+ 31,16
Blankenese	+ 7 008	+ 93,34	+ 4 537	+ 100,24	+ 2 471	+ 82,86
Iserbrook	+ 983	+135,21	+ 784	+ 168,60	+ 199	+ 75,95
Sülldorf	+ 2 212	+150,78	+ 1 208	+ 128,78	+ 1 004	+189,79
Rissen	+ 23 450	+ 22,83	+ 12 923	+ 17,13	+ 10 527	+ 38,60
Bezirk 2 Altona	+ 23 450	+ 22,83	+ 12 923	+ 17,13	+ 10 527	+ 38,60
Eimsbüttel	- 16 075	- 27,20	- 15 657	- 31,99	- 418	- 4,11
Rotherbaum	+ 2 818	+ 16,85	+ 1 671	+ 15,49	+ 1 147	+ 19,32
Harvestehude	+ 4 330	+ 37,76	+ 3 592	+ 49,19	+ 738	+ 17,72
Hoheluft-West	- 3 632	- 28,86	- 3 757	- 35,32	+ 125	+ 6,42
Lokstedt	+ 3 115	+ 88,82	+ 2 038	+ 91,35	+ 1 077	+ 84,40
Niendorf	+ 4 003	+115,93	+ 2 754	+ 109,07	+ 1 249	+134,59
Schnelsen	+ 2 072	+ 65,32	+ 1 389	+ 68,36	+ 683	+ 59,91
Eidelstedt	+ 2 606	+ 80,51	+ 1 750	+ 91,15	+ 856	+ 65,00
Stellingen	+ 2 838	+ 66,79	+ 2 192	+ 84,05	+ 646	+ 39,37
Bezirk 3 Eimsbüttel	+ 2 075	+ 1,77	- 4 028	- 4,53	+ 6 103	+ 21,40
Hoheluft-Ost	- 457	- 5,19	- 356	- 5,41	- 101	- 4,55
Eppendorf	+ 8 425	+ 53,09	+ 5 858	+ 52,53	+ 2 567	+ 54,40
Groß Borstel	+ 4 754	+222,46	+ 3 641	+ 267,33	+ 1 113	+143,61
Alsterdorf	+ 3 270	+ 98,08	+ 2 165	+ 101,74	+ 1 105	+ 91,63
Winterhude	+ 12 807	+ 41,82	+ 8 750	+ 36,70	+ 4 057	+ 59,83
Uhlenhorst	- 6 065	- 38,92	- 4 877	- 46,40	- 1 188	- 23,43
Hohenfelde	- 7 838	- 60,54	- 6 229	- 66,53	- 1 609	- 44,89
Barmbek-Süd	- 35 964	- 77,43	- 32 561	- 80,77	- 3 403	- 55,50
Dulsberg	- 5 938	- 48,53	- 6 026	- 53,83	+ 88	+ 8,46
Barmbek-Nord	- 15 465	- 47,33	- 13 942	- 50,64	- 1 523	- 29,62
Ohlsdorf	+ 3 706	+ 85,00	+ 2 499	+ 73,46	+ 1 207	+125,99
Fuhlsbüttel	+ 4 670	+104,33	+ 3 498	+ 114,24	+ 1 172	+ 82,89
Langenhorn	+ 7 213	+144,69	+ 4 671	+ 148,85	+ 2 542	+137,63
Bezirk 4 Hamburg-Nord	- 26 882	- 13,82	- 32 909	- 21,43	+ 6 027	+ 14,74

1) Auspendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte

2) Nichtpendler = im Wohnortsteil Beschäftigte

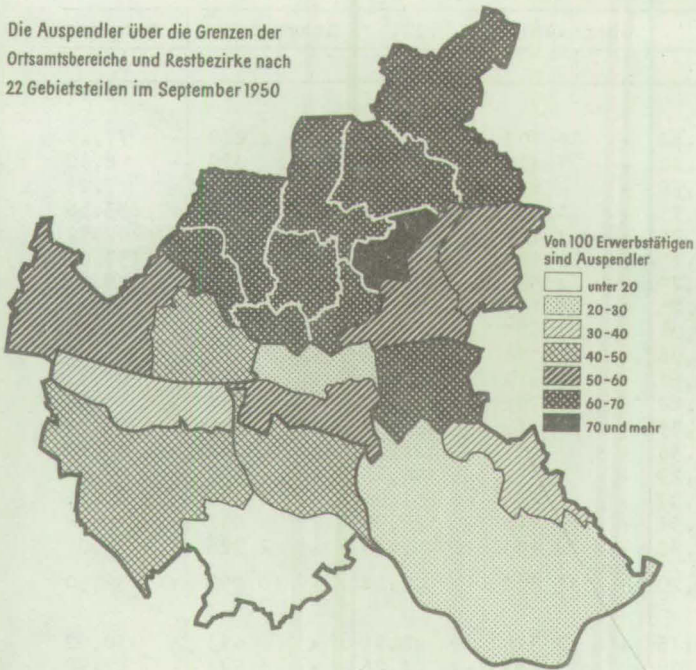
Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen, der Auspendler über die Ortsteilsgrenzen
und der Nichtpendler nach Stadtteilen im Jahre 1950 gegenüber 1939.

Lage der Wohnung Stadtteile	Z u - (+) o d e r A b n a h m e (-) d e r					
	Erwerbspersonen		Auspendler 1)		Nichtpendler 2)	
	überhaupt	v.H.	überhaupt	v.H.	überhaupt	v.H.
	1	2	3	4	5	6
Eilbek	- 20 356	- 86,32	- 16 107	- 89,00	- 4 249	- 77,49
Wandsbek	- 1 141	- 7,42	- 1 470	- 12,98	+ 329	+ 8,10
Marienthal	+ 670	+ 14,98	+ 634	+ 21,86	+ 36	+ 2,29
Jenfeld	+ 4 370	+ 281,75	+ 1 893	+ 161,52	+ 2 477	+ 653,56
Tonndorf	+ 2 873	+ 114,05	+ 1 774	+ 89,73	+ 1 099	+ 202,77
Farmsen	+ 3 066	+ 106,75	+ 2 149	+ 93,92	+ 917	+ 157,02
Bramfeld	+ 6 408	+ 157,29	+ 4 586	+ 160,97	+ 1 822	+ 148,73
Steilshoop	+ 2 628	+ 1918,25	+ 2 165	+ 2405,56	+ 463	+ 985,11
Wellingsbüttel	+ 2 429	+ 119,01	+ 1 175	+ 116,40	+ 754	+ 125,25
Sasel	+ 3 138	+ 131,96	+ 2 176	+ 127,33	+ 962	+ 143,80
Poppenbüttel	+ 3 373	+ 179,61	+ 2 419	+ 171,68	+ 954	+ 203,41
Hummelsbüttel	+ 1 128	+ 117,62	+ 797	+ 133,06	+ 331	+ 91,94
Lemsahl-Mellingstedt	+ 802	+ 171,73	+ 546	+ 206,04	+ 256	+ 126,73
Duvenstedt	+ 609	+ 108,36	+ 331	+ 121,25	+ 278	+ 96,19
Wohldorf-Ohlstedt	+ 1 037	+ 133,29	+ 732	+ 190,13	+ 305	+ 77,61
Bergstedt	+ 1 114	+ 192,07	+ 796	+ 251,90	+ 318	+ 120,45
Volksdorf	+ 3 130	+ 122,31	+ 2 118	+ 128,99	+ 1 012	+ 110,36
Rahlstedt	+ 7 079	+ 97,98	+ 4 153	+ 97,26	+ 2 926	+ 99,02
Bezirk 5 Wandsbek	+ 22 357	+ 30,20	+ 11 367	+ 21,44	+ 10 990	+ 52,30
Lohbrügge	+ 2 128	+ 49,45	+ 1 315	+ 48,76	+ 813	+ 50,62
Bergedorf	+ 5 005	+ 46,86	+ 1 763	+ 26,26	+ 3 242	+ 81,72
Curslack	+ 205	+ 17,66	+ 152	+ 55,07	+ 53	+ 5,99
Altengamme	+ 129	+ 12,26	+ 70	+ 26,62	+ 59	+ 7,48
Neuengamme	+ 278	+ 17,73	+ 184	+ 56,62	+ 94	+ 7,56
Kirchwerder	+ 561	+ 13,55	+ 402	+ 79,76	+ 159	+ 4,37
Ochsenwerder	+ 265	+ 19,30	+ 187	+ 91,22	+ 78	+ 6,58
Reitbrook	+ 83	+ 26,69	+ 61	+ 160,53	+ 22	+ 8,36
Allermöhe	+ 164	+ 25,51	+ 112	+ 75,68	+ 52	+ 10,51
Billwerder	+ 1 455	+ 271,46	+ 1 006	+ 443,17	+ 449	+ 45,31
Moorfleet	+ 150	+ 22,16	+ 187	+ 115,43	- 37	- 7,18
Tatenberg	+ 17	+ 7,98	+ 20	+ 100,00	- 3	- 1,55
Spadenland	+ 50	+ 17,30	+ 26	+ 123,81	+ 24	+ 8,96
Bezirk 6 Bergedorf	+ 10 490	+ 38,93	+ 5 485	+ 47,28	+ 5 005	+ 32,61
Harburg	- 4 867	- 27,66	- 3 414	- 36,44	- 1 453	- 17,66
Neuland	+ 519	+ 74,25	+ 327	+ 65,14	+ 192	+ 97,46
Gut Moor	+ 59	+ 76,62	+ 15	+ 20,00	+ 44	+ 2200,00
Wilstorf	+ 1 800	+ 34,17	+ 1 150	+ 27,72	+ 650	+ 58,04
Rönneburg	+ 200	+ 29,28	+ 123	+ 23,79	+ 77	+ 46,39
Langenbek	+ 77	+ 35,16	+ 50	+ 27,62	+ 27	+ 71,05
Sinstorf	+ 694	+ 188,59	+ 595	+ 263,27	+ 99	+ 69,72
Marmstorf	+ 491	+ 49,35	+ 324	+ 40,60	+ 167	+ 84,77
Eißendorf	+ 1 308	+ 23,12	+ 728	+ 14,91	+ 580	+ 74,94
Heimfeld	+ 1 977	+ 25,69	+ 685	+ 15,24	+ 1 292	+ 40,38
Wilhelmsburg	+ 3 296	+ 25,59	+ 2 260	+ 43,82	+ 1 036	+ 13,41
Georgswerder	+ 3 239	+ 93,72	+ 2 489	+ 96,06	+ 750	+ 86,71
Moorwerder	+ 74	+ 13,33	+ 46	+ 38,66	+ 28	+ 6,42
Altenwerder	+ 184	+ 19,72	+ 117	+ 30,08	+ 67	+ 12,32
Moorburg	+ 42	+ 4,17	+ 209	+ 77,12	- 167	- 22,69
Hausbruch	+ 1 087	+ 98,55	+ 550	+ 62,71	+ 537	+ 237,61
Neugraben-Fischbek	+ 2 961	+ 187,64	+ 1 216	+ 106,57	+ 1 745	+ 399,31
Francop	+ 79	+ 22,32	+ 49	+ 63,64	+ 30	+ 10,83
Neuenfelde	+ 404	+ 25,81	+ 148	+ 78,72	+ 256	+ 18,59
Cranz	+ 98	+ 32,56	+ 108	+ 317,65	- 10	- 3,75
Bezirk 7 Harburg	+ 13 722	+ 21,78	+ 7 775	+ 21,57	+ 5 947	+ 22,07
H a m b u r g insgesamt	- 55 445	- 6,93	- 88 881	- 15,25	+ 33 436	+ 15,40

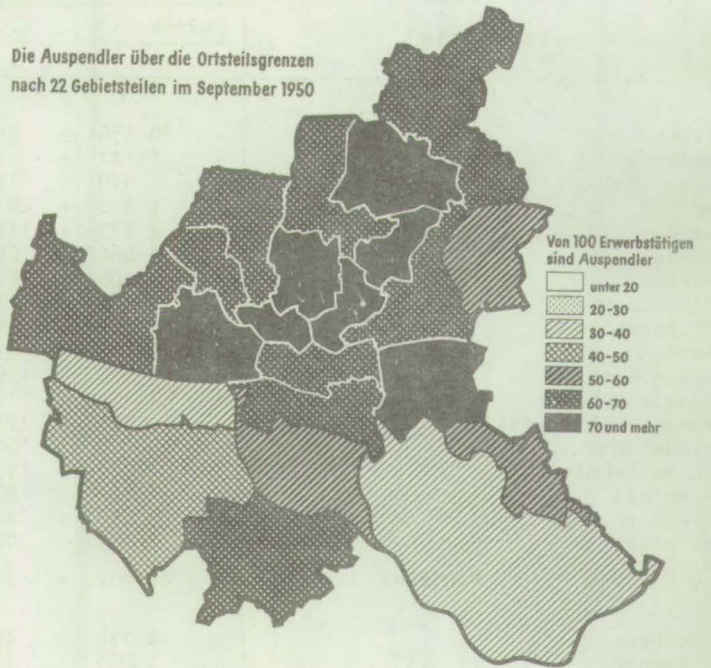
1) Auspendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte

2) Nichtpendler = im Wohnortsteil Beschäftigte

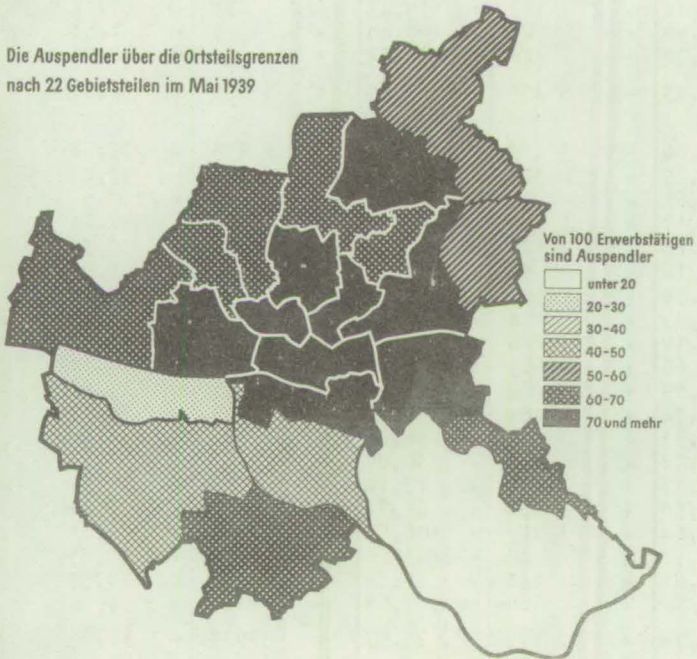
Die Auspendler über die Grenzen der Ortsamtsbereiche und Restbezirke nach 22 Gebietsteilen im September 1950



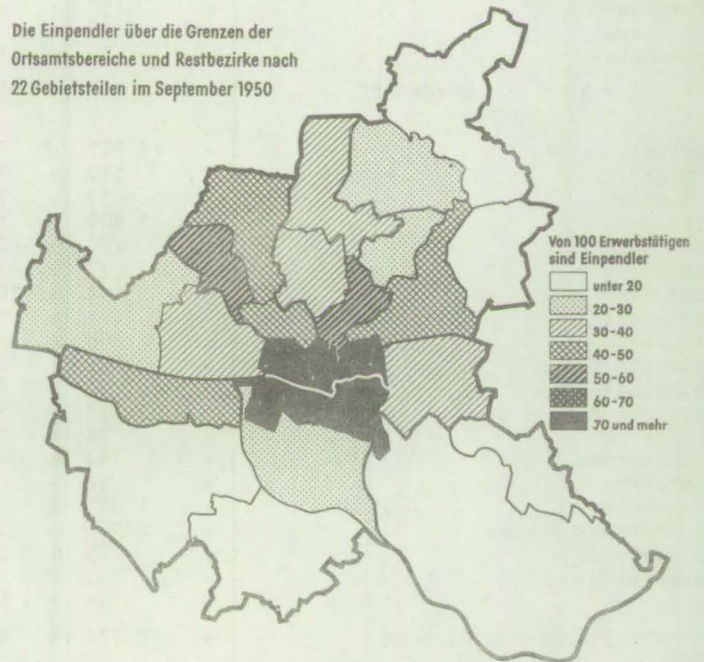
Die Auspendler über die Ortsteilsgrenzen nach 22 Gebietsteilen im September 1950



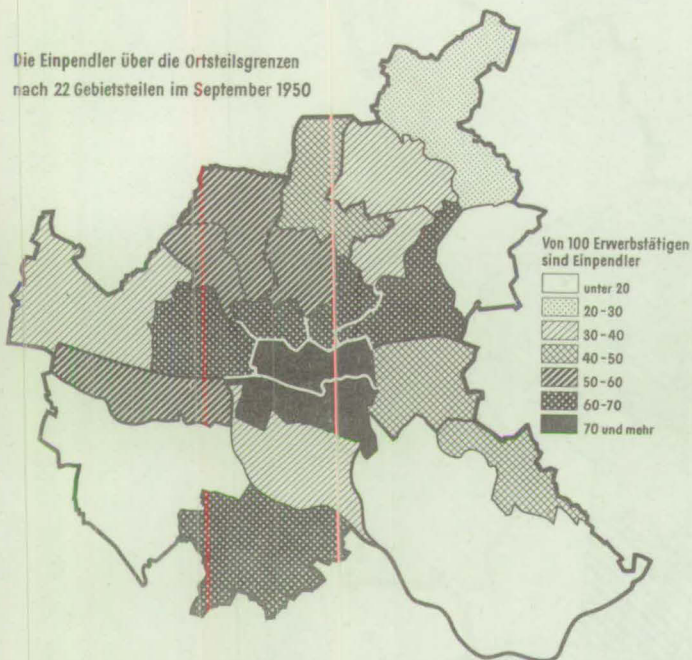
Die Auspendler über die Ortsteilsgrenzen nach 22 Gebietsteilen im Mai 1939



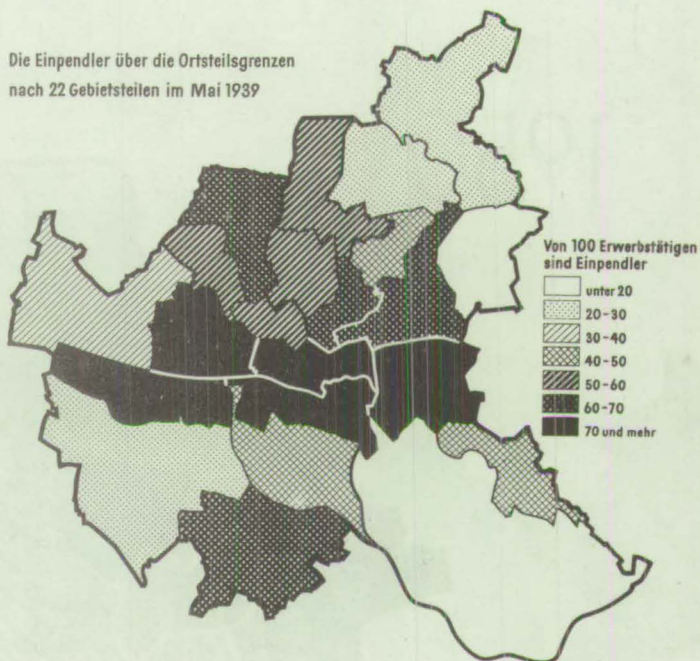
Die Einpendler über die Grenzen der Ortsamtsbereiche und Restbezirke nach 22 Gebietsteilen im September 1950



Die Einpendler über die Ortsteilsgrenzen nach 22 Gebietsteilen im September 1950



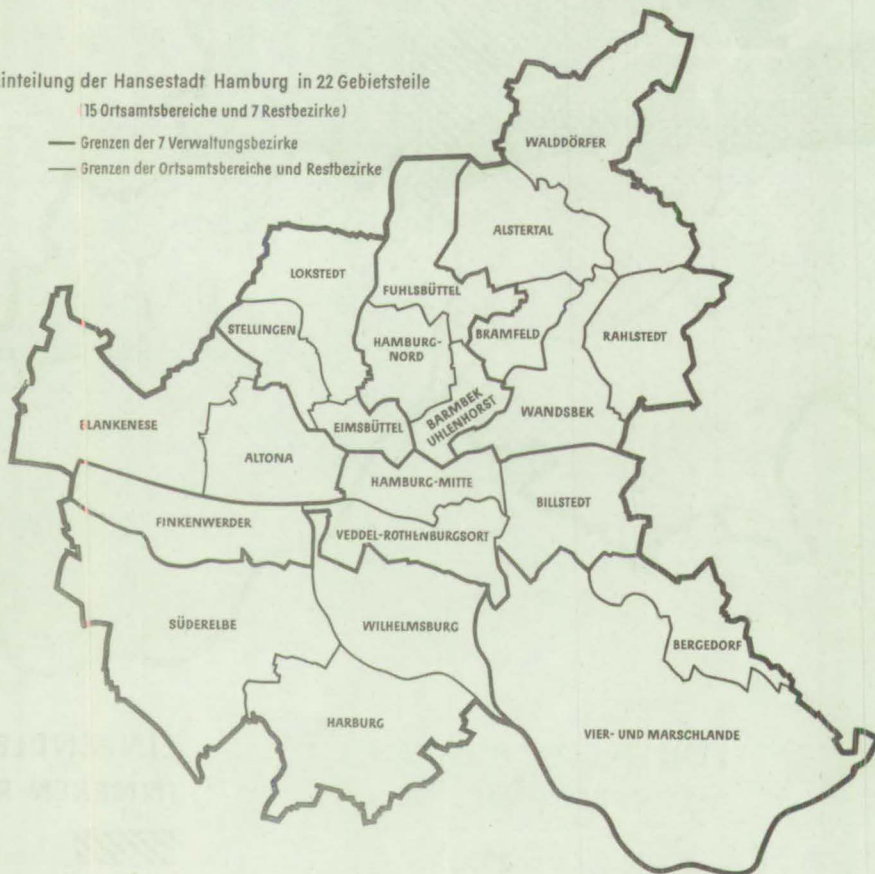
Die Einpendler über die Ortsteilsgrenzen nach 22 Gebietsteilen im Mai 1939



Einteilung der Hansestadt Hamburg in 22 Gebietsteile

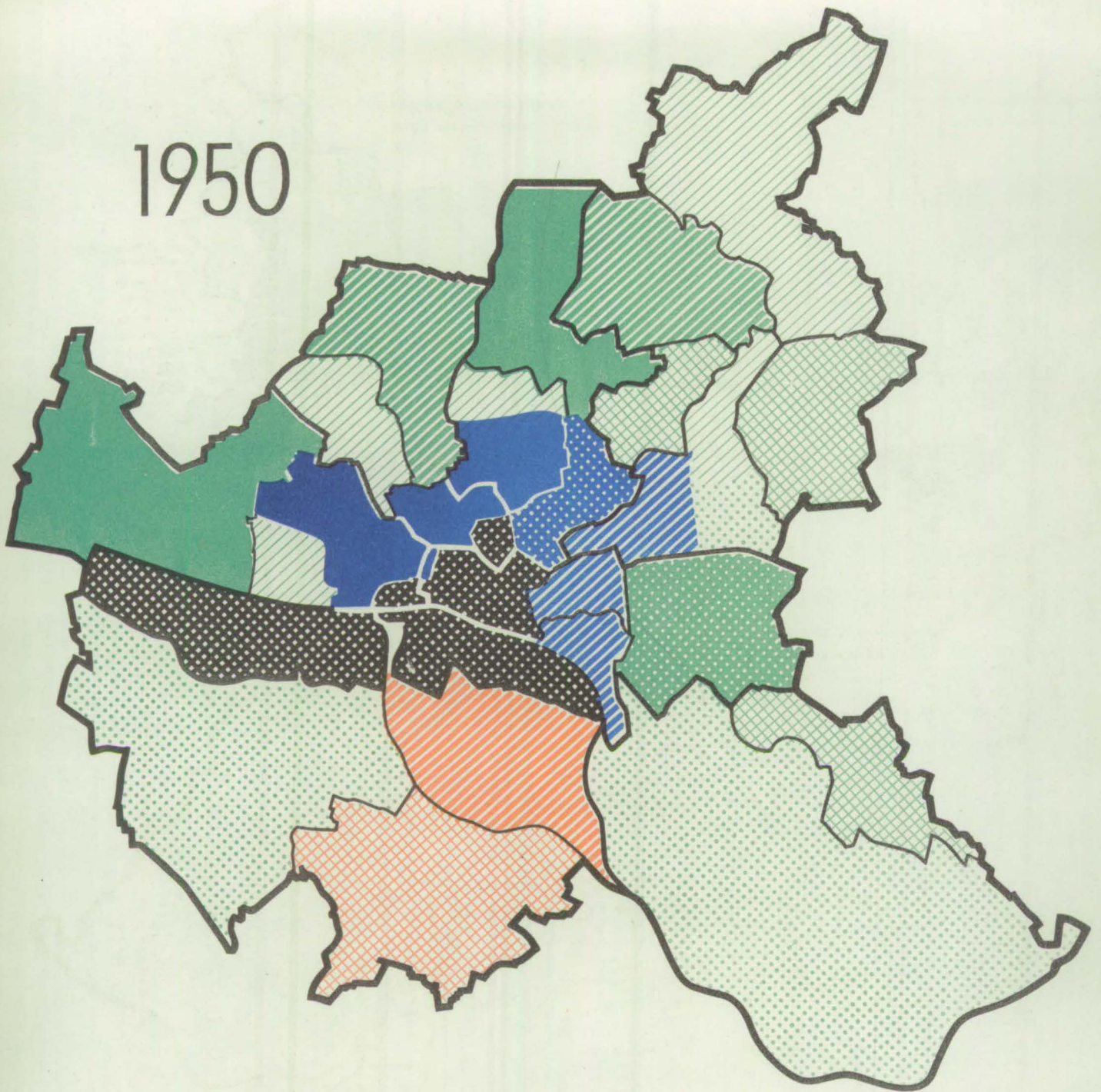
(15 Ortsamtsbereiche und 7 Restbezirke)

- Grenzen der 7 Verwaltungsbezirke
- Grenzen der Ortsamtsbereiche und Restbezirke

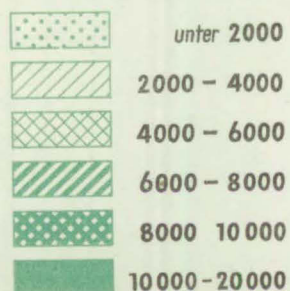


DIE EINPENDLER IN DAS HAMBURGISCHE WIRTSCHAFTSGEBIET AUS DEN ÜBRIGEN GEBIETSTEILEN

1950



EINPENDLER AUS DEM ÄUSSEREN RING



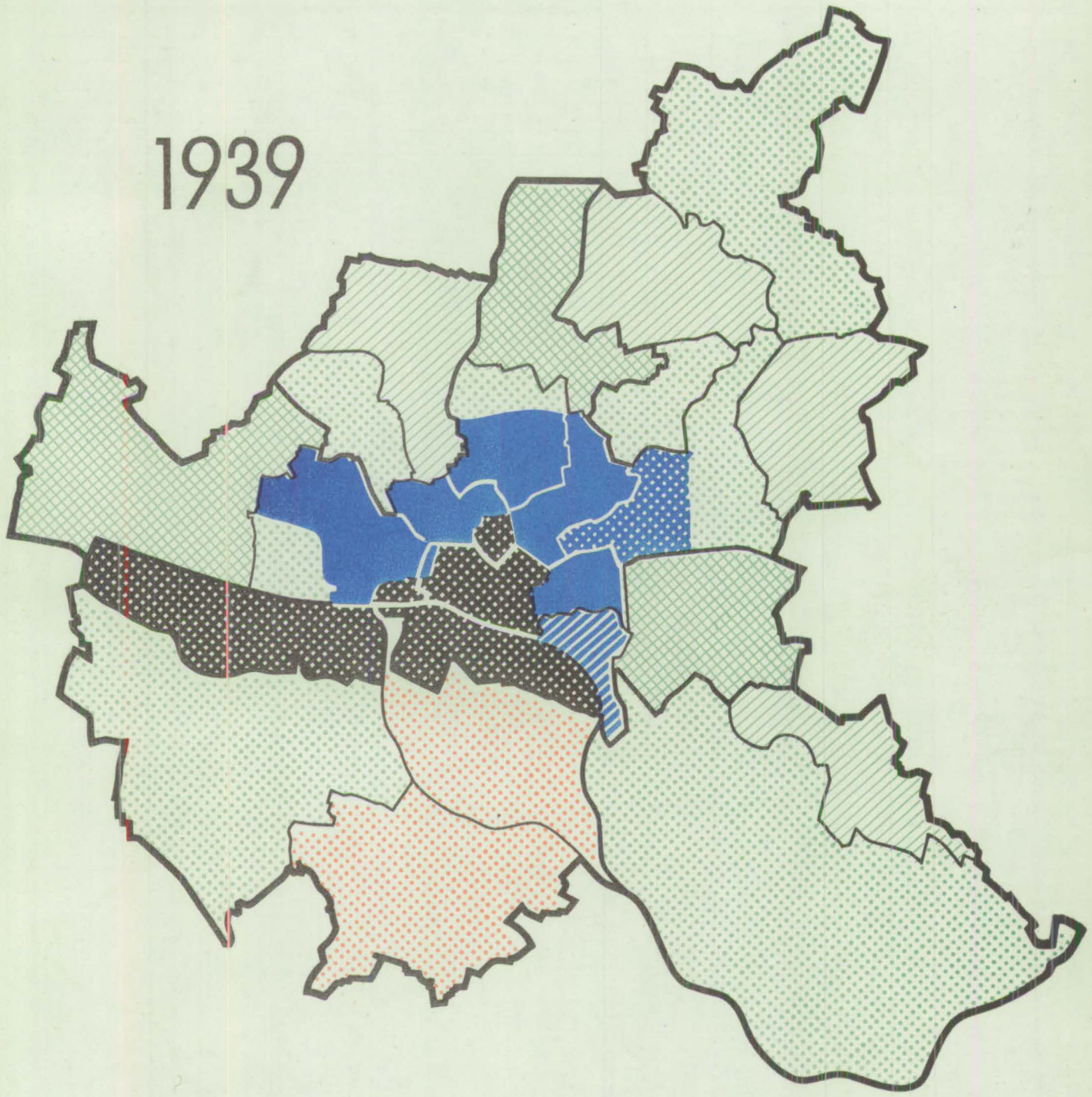
EINPENDLER AUS DEM INNEREN RING



VERGLEICHE HIERZU A

WIRTSCHAFTS- UND VERWALTUNGSZENTRUM IN DER HANSESTADT HAMBURG

1939



EINPENDLER AUS HARBURG-WILHELMSBURG

-  unter 1000
-  4000 - 6000
-  6000 - 8000

WIRTSCHAFTS- UND VERWALTUNGSZENTRUM



SIEH DIE ÜBERSICHTSKARTEN AUF SEITE 1 UND 7 DER BEILAGE

Die Einpendler über die Ortsteilsgrenzen nach Stadtteilen
 1950 und 1939

Lage der Arbeitsstätte Stadtteile	im Jahre 1950					im Jahre 1939				
	Erwerbs- personen	davon waren				Erwerbs- personen	davon waren			
		Einpender ¹⁾		Nichtpendler ²⁾			Einpender ¹⁾		Nichtpendler ²⁾	
	insgesamt	überhaupt	v.H.	überhaupt	v.H.	insgesamt	überhaupt	v.H.	überhaupt	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Hamburg-Altstadt	101 570	98 676	97,2	2 894	2,8	118 928	114 063	95,9	4 865	4,1
Neustadt	64 797	58 486	90,3	6 311	9,7	77 681	67 810	87,3	9 871	12,7
St. Pauli	26 180	16 739	63,9	9 441	36,1	25 720	17 479	68,0	8 241	32,0
St. Georg	25 486	20 177	79,2	5 309	20,8	28 452	21 749	76,4	6 703	23,6
Klostertor	9 967	9 047	90,8	920	9,2	16 723	14 400	86,1	2 323	13,9
Hammerbrook	7 286	6 837	93,8	449	6,2	14 843	11 221	75,6	3 622	24,4
Borgfelde	2 567	2 040	79,5	527	20,5	5 709	3 272	57,3	2 437	42,7
Hamm - Nord	3 196	1 916	59,9	1 280	40,1	8 132	4 386	53,9	3 746	46,1
Hamm - Mitte	2 265	1 905	84,1	360	15,9	5 248	3 217	61,3	2 031	38,7
Hamm - Süd	1 960	1 559	79,5	401	20,5	5 414	4 244	78,4	1 170	21,6
Horn	3 913	1 280	32,7	2 633	67,3	2 650	1 346	50,8	1 304	49,2
Billstedt	5 206	1 334	25,6	3 872	74,4	3 864	1 607	41,6	2 257	58,4
Billbrook	7 757	5 594	72,1	2 163	27,9	8 088	7 592	93,9	496	6,1
Billwerder Ausschlag	4 694	3 517	74,9	1 177	25,1	5 879	3 820	65,0	2 059	35,0
Rothenburgsort	2 720	2 246	82,6	474	17,4	5 423	3 104	57,2	2 319	42,8
Veddel	7 200	5 273	73,2	1 927	26,8	6 242	5 152	82,5	1 090	17,5
Kleiner Grasbrook	1 963	1 669	85,0	294	15,0	2 523	2 378	94,3	145	5,7
Steinwerder	10 185	9 971	97,9	214	2,1	39 958	39 677	99,3	281	0,7
Waltershof	1 437	864	60,1	573	39,9	1 061	948	89,3	113	10,7
Finkenwerder	9 910	5 128	51,7	4 782	48,3	6 748	4 657	69,0	2 091	31,0
Bezirk 1 Hamburg-Mitte	300 259	254 258	84,7	46 001	15,3	389 286	332 122	85,3	57 164	14,7
Altona-Altstadt	17 626	11 632	66,0	5 994	34,0	24 300	15 948	65,6	8 352	34,4
Altona-Nord	10 388	7 189	69,2	3 199	30,8	11 832	8 872	75,0	2 960	25,0
Ottensen	23 330	16 041	68,8	7 289	31,2	20 224	15 737	77,8	4 487	22,2
Bahrenfeld	16 623	11 514	69,3	5 109	30,7	16 735	14 088	84,2	2 647	15,8
Groß Flottbek	3 468	1 296	37,4	2 172	62,6	2 158	821	38,0	1 337	62,0
Othmarschen	6 019	3 918	65,1	2 101	34,9	5 145	3 710	72,1	1 435	27,9
Lurup	1 679	351	20,9	1 328	79,1	642	186	29,0	456	71,0
Osdorf	2 526	894	35,4	1 632	64,6	1 215	555	45,7	660	54,3
Nienstedten	2 897	1 369	47,3	1 528	52,7	1 940	775	39,9	1 165	60,1
Blankenese	5 345	1 255	23,5	4 090	76,5	4 761	1 779	37,4	2 982	62,6
Iserbrook	3 246	1 883	58,0	1 363	42,0	4 761	1 779	37,4	2 982	62,6
Sülldorf	684	223	32,6	461	67,4	331	69	20,8	262	79,2
Rissen	2 077	544	26,2	1 533	73,8	642	113	17,6	529	82,4
Bezirk 2 Altona	95 908	58 109	60,6	37 799	39,4	89 925	62 653	69,7	27 272	30,3
Eimsbüttel	20 479	10 730	52,4	9 749	47,6	21 809	11 642	53,4	10 167	46,6
Rotherbaum	21 959	14 874	67,7	7 085	32,3	18 384	12 446	67,7	5 938	32,3
Harvestehude	12 631	7 729	61,2	4 902	38,8	8 249	4 085	49,5	4 164	50,5
Hoheluft-West	4 530	2 459	54,3	2 071	45,7	4 896	2 950	60,3	1 946	39,7
Lokstedt	7 645	5 292	69,2	2 353	30,8	5 301	4 025	75,9	1 276	24,1
Niendorf	3 042	865	28,4	2 177	71,6	1 459	531	36,4	928	63,6
Schnelsen	2 366	543	23,0	1 823	77,0	1 896	756	39,9	1 140	60,1
Eidelstedt	4 192	2 019	48,2	2 173	51,8	2 971	1 654	55,7	1 317	44,3
Stellingen	5 589	3 302	59,1	2 287	40,9	4 362	2 721	62,4	1 641	37,6
Bezirk 3 Eimsbüttel	82 433	47 813	58,0	34 620	42,0	69 327	40 810	58,9	28 517	41,1
Hoheluft-Ost	6 349	4 229	66,6	2 120	33,4	5 699	3 478	61,0	2 221	39,0
Eppendorf	13 776	6 490	47,1	7 286	52,9	9 420	4 701	49,9	4 719	50,1
Groß Borstel	3 158	1 270	40,2	1 888	59,8	2 547	1 772	69,6	775	30,4
Alsterdorf	5 007	2 696	53,8	2 311	46,2	2 435	1 229	50,5	1 206	49,5
Winterhude	24 260	13 422	55,3	10 838	44,7	17 664	10 883	61,6	6 781	38,4
Uhlenhorst	8 715	4 832	55,4	3 883	44,6	11 357	6 286	55,3	5 071	44,7
Hohenfelde	5 366	3 391	63,2	1 975	35,8	7 778	4 194	53,9	3 584	46,1
Barmbek-Süd	12 688	9 960	78,5	2 728	21,5	22 956	16 825	73,3	6 131	26,7
Dulsberg	2 395	1 267	52,9	1 128	47,1	1 985	945	47,6	1 040	52,4
Barmbek-Nord	11 261	7 643	67,9	3 618	32,1	14 649	9 508	64,9	5 141	35,1
Ohlsdorf	5 209	3 044	58,4	2 165	41,6	3 444	2 486	72,2	958	27,8
Fuhlsbüttel	5 349	2 763	51,7	2 586	48,3	2 895	1 481	51,2	1 414	48,8
Langenhorn	6 553	2 154	33,0	4 389	67,0	4 001	2 154	53,8	1 847	46,2
Bezirk 4 Hamburg-Nord	110 086	63 171	57,4	46 915	42,6	106 830	65 942	61,7	40 888	38,3

1) Einpendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte

2) Nichtpendler = im Wohnortsteil Beschäftigte

Die Einpendler über die Ortsteilsgrenzen nach Stadtteilen
1950 und 1939

Lage der Arbeitsstätte Stadtteile	i m J a h r e 1 9 5 0					i m J a h r e 1 9 3 9				
	Erwerbs- personen	davon waren				Erwerbs- personen	davon waren			
		Einpender ¹⁾		Nichtpender ²⁾			Einpender ¹⁾		Nichtpender ²⁾	
		insgesamt	überhaupt	v.H.	überhaupt		v.H.	insgesamt	überhaupt	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Eilbek	5 237	4 003	76,4	1 234	23,6	14 390	8 907	61,9	5 483	38,1
Wandsbek	15 881	11 491	72,4	4 390	27,6	15 279	11 218	73,4	4 061	26,6
Marienthal	3 791	2 183	57,6	1 608	42,4	3 901	2 329	59,7	1 572	40,3
Jenfeld	3 680	824	22,4	2 856	77,6	1 107	728	65,8	379	34,2
Tonndorf	2 934	1 293	44,1	1 641	55,9	1 537	995	64,7	542	35,3
Farmsen	2 276	775	34,1	1 501	65,9	857	273	31,9	584	68,1
Bramfeld	4 530	1 483	32,7	3 047	67,3	2 001	776	38,8	1 225	61,2
Steilshoop	627	117	18,7	510	81,3	167	120	71,9	47	28,1
Wellingsbüttel	2 023	667	33,0	1 356	67,0	852	250	29,3	602	70,7
Sasel	2 252	621	27,6	1 631	72,4	850	181	21,3	669	78,7
Poppenbüttel	1 929	506	26,2	1 423	73,8	646	177	27,4	469	72,6
Hummelsbüttel	1 513	822	54,3	691	45,7	450	90	20,0	360	80,0
Lemsahl-Mellingstedt	499	41	8,2	458	91,8	269	67	24,9	202	75,1
Duvenstedt	671	104	15,5	567	84,5	334	45	13,5	289	86,5
Wohldorf-Ohlstedt	1 038	340	32,8	698	67,2	486	93	19,1	393	80,9
Bergstedt	745	163	21,9	582	78,1	304	40	13,2	264	86,8
Volksdorf	2 641	712	27,0	1 929	73,0	1 283	366	28,5	917	71,5
Rahlstedt	7 222	1 341	18,6	5 881	81,4	3 652	697	19,1	2 955	80,9
B e z i r k 5 Wandsbek	59 489	27 486	46,2	32 003	53,8	48 365	27 352	56,6	21 013	43,4
Lohbrügge	3 491	1 072	30,7	2 419	69,3	2 799	1 193	42,6	1 606	57,4
Bergedorf	12 980	5 771	44,5	7 209	55,5	7 982	4 015	50,3	3 967	49,7
Curslack	1 052	114	10,8	938	89,2	1 002	117	11,7	885	88,3
Altengamme	897	49	5,5	848	94,5	808	19	2,4	789	97,6
Neuengamme	1 575	238	15,1	1 337	84,9	1 345	102	7,6	1 243	92,4
Kirchwerder	3 954	160	4,0	3 794	96,0	3 745	110	2,9	3 635	97,1
Ochsenwerder	1 325	79	6,0	1 246	94,0	1 213	45	3,7	1 168	96,3
Reitbrook	384	89	23,2	295	76,8	437	164	37,5	273	62,5
Allermöhe	686	139	20,3	547	79,7	575	80	13,9	495	86,1
Billwerder	995	237	23,8	758	76,2	605	296	48,9	309	51,1
Moorfleet	742	264	35,6	478	64,4	824	309	37,5	515	62,5
Tatenberg	283	93	32,9	190	67,1	205	12	5,9	193	94,1
Spadenland	317	25	7,9	292	92,1	287	19	6,6	268	93,4
B e z i r k 6 Bergedorf	28 681	8 330	29,0	20 351	71,0	21 827	6 481	29,7	15 346	70,3
Harburg	22 271	15 498	69,6	6 773	30,4	22 390	14 164	63,3	8 226	36,7
Neuland	525	136	25,9	389	74,1	253	56	22,1	197	77,9
Gut Moor	54	8	14,8	46	85,2	15	13	86,7	2	13,3
Wilstorf	3 145	1 375	43,7	1 770	56,3	2 466	1 346	54,6	1 120	45,4
Rönsenburg	381	138	36,2	243	63,8	253	87	34,4	166	65,6
Langenbek	100	35	35,0	65	65,0	68	30	44,1	38	55,9
Sinstorf	403	162	40,2	241	59,8	263	121	46,0	142	54,0
Marmstorf	549	185	33,7	364	66,3	307	110	35,8	197	64,2
Eißendorf	1 872	518	27,7	1 354	72,3	1 434	660	46,0	774	54,0
Heimfeld	10 170	5 678	55,8	4 492	44,2	10 240	7 040	68,8	3 200	31,2
Wilhelmsburg	13 808	5 049	36,6	8 759	63,4	13 699	5 976	43,6	7 723	56,4
Georgswerder	1 926	311	16,1	1 615	83,9	1 379	514	37,3	865	62,7
Moorwerder	551	87	15,8	464	84,2	693	257	37,1	436	62,9
Altenwerder	724	113	15,6	611	84,4	662	118	17,8	544	82,2
Moorburg	651	82	12,6	569	87,4	1 156	420	36,3	736	63,7
Hausbruch	927	164	17,7	763	82,3	765	539	70,5	226	29,5
Neugraben-Fischbek	2 464	282	11,4	2 182	88,6	510	73	14,3	437	85,7
Francop	375	68	18,1	307	81,9	289	12	4,2	277	95,8
Neuenfelde	1 751	118	6,7	1 633	93,3	1 423	46	3,2	1 377	96,8
Cranz	279	22	7,9	257	92,1	302	35	11,6	267	88,4
B e z i r k 7 Harburg	62 926	30 029	47,7	32 897	52,3	58 567	31 617	54,0	26 950	46,0
H a m b u r g insgesamt	739 782	480 196	66,1	250 586	33,9	784 127	566 977	72,3	217 150	27,7

1) Einpendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte
2) Nichtpendler = im Wohnortsteil Beschäftigte

Tabelle 2 b

Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen und der Einpendler
nach Stadtteilen im Jahre 1950 gegenüber 1939.

Lage der Arbeitsstätte Stadtteile	Zu- (+) oder Abnahme (-) der			
	dort beschäftigten Erwerbspersonen insgesamt		Einpendler ¹⁾	
	überhaupt	vom Hundert	überhaupt	vom Hundert
	1	2	3	4
Hamburg-Altstadt	- 17 358	- 14,60	- 15 387	- 13,49
Neustadt	- 12 884	- 16,59	- 9 324	- 13,75
St.Pauli	+ 460	+ 1,79	- 740	- 4,23
St.Georg	- 2 966	- 10,42	- 1 572	- 7,23
Klosterort	- 6 756	- 40,40	- 5 353	- 37,17
Hammerbrook	- 7 557	- 50,91	- 4 384	- 39,07
Borgfelde	- 3 142	- 55,04	- 1 232	- 37,65
Hamm-Nord	- 4 936	- 60,70	- 2 470	- 56,32
Hamm-Mitte	- 2 983	- 56,84	- 1 312	- 40,78
Hamm-Süd	- 3 454	- 63,80	- 2 685	- 63,27
Horn	+ 1 263	+ 47,66	- 66	- 4,90
Billstedt	+ 1 342	+ 34,73	- 273	- 16,99
Billbrook	- 331	- 4,09	- 1 998	- 26,32
Billwerder-Ausschlag	- 1 185	- 20,16	- 303	- 7,93
Rothenburgsort	- 2 703	- 49,84	- 858	- 27,64
Veddel	+ 958	+ 15,35	+ 121	+ 2,35
Kleiner Grasbrook	- 560	- 22,20	- 709	- 29,81
Steinwerder	- 29 773	- 74,51	- 29 706	- 74,87
Waltershof	+ 376	+ 35,44	- 84	- 8,86
Finkenwerder	+ 3 162	+ 46,86	+ 471	+ 10,11
Bezirk 1 Hamburg - Mitte	- 89 027	- 22,87	- 77 864	- 23,44
Altona-Altstadt	- 6 674	- 27,47	- 4 316	- 27,06
Altona-Nord	- 1 444	- 12,20	- 1 683	- 18,97
Ottensen	+ 3 106	+ 15,36	+ 304	+ 1,93
Bahrenfeld	- 112	- 0,67	- 2 574	- 18,27
Groß Flottbek	+ 1 310	+ 60,70	+ 475	+ 57,86
Othmarschen	+ 874	+ 16,99	+ 208	+ 5,61
Lurup	+ 1 037	+ 161,53	+ 165	+ 88,71
Osdorf	+ 1 311	+ 107,90	+ 339	+ 61,08
Nienstedten	+ 957	+ 49,33	+ 594	+ 76,65
Blankenese	+ 3 830	+ 80,45	+ 1 359	+ 76,39
Iserbrook	+ 353	+ 106,65	+ 154	+ 223,19
Sülldorf	+ 1 435	+ 223,52	+ 431	+ 381,42
Rissen	+ 5 983	+ 6,65	- 4 544	- 7,25
Bezirk 2 Altona	+ 5 983	+ 6,65	- 4 544	- 7,25
Eimsbüttel	- 1 330	- 6,10	- 912	- 7,83
Rotherbaum	+ 3 575	+ 19,45	+ 2 428	+ 19,51
Harvestehude	+ 4 382	+ 53,12	+ 3 644	+ 89,20
Hoheluft-West	- 366	- 7,48	- 491	- 16,64
Lokstedt	+ 2 344	+ 44,22	+ 1 267	+ 31,48
Niendorf	+ 1 583	+ 108,50	+ 334	+ 62,90
Schnelsen	+ 470	+ 24,79	- 213	- 28,17
Eidelstedt	+ 1 221	+ 41,10	+ 365	+ 22,07
Stellingen	+ 1 227	+ 28,13	+ 581	+ 21,35
Bezirk 3 Eimsbüttel	+ 13 106	+ 18,90	+ 7 003	+ 17,16
Hoheluft-Ost	+ 650	+ 11,41	+ 751	+ 21,59
Eppendorf	+ 4 356	+ 46,24	+ 1 789	+ 38,06
Groß Borstel	+ 611	+ 23,99	- 502	- 28,33
Alsterdorf	+ 2 572	+ 105,63	+ 1 467	+ 119,37
Winterhude	+ 6 596	+ 37,34	+ 2 539	+ 23,33
Uhlenhorst	- 2 642	- 23,26	- 1 454	- 23,13
Hohenfelde	- 2 412	- 31,01	- 1 803	- 19,15
Barmbek-Süd	- 10 268	- 44,73	- 6 865	- 40,80
Dulsberg	+ 410	+ 20,65	+ 322	+ 34,07
Barmbek-Nord	- 3 388	- 23,13	- 1 865	- 19,62
Ohlsdorf	+ 1 765	+ 51,25	+ 558	+ 22,45
Fuhlsbüttel	+ 2 454	+ 84,77	+ 1 282	+ 86,56
Langenhorn	+ 2 552	+ 63,78	+ 10	+ 0,46
Bezirk 4 Hamburg - Nord	+ 3 256	+ 3,05	- 2 771	- 4,20

) Einpendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte.

Noch T a b e l l e 2 b

Zu- oder Abnahme der Erwerbspersonen und der Einpendler
nach Stadtteilen im Jahre 1950 gegenüber 1939.

Lage der Arbeitsstätte Stadtteile	Zu- (+) oder Abnahme (-) der			
	dort beschäftigten Erwerbspersonen insgesamt		E i n p e n d l e r 1)	
	überhaupt	vom Hundert	überhaupt	vom Hundert
	1	2	3	4
Eilbek	- 9 153	- 63,61	- 4 904	- 55,06
Wandsbek	+ 602	+ 3,94	+ 273	+ 2,43
Marienthal	- 110	- 2,82	- 146	- 6,27
Jenfeld	+ 2 573	+ 232,43	+ 96	+ 13,19
Tonndorf	+ 1 397	+ 90,89	+ 298	+ 29,95
Farmsen	+ 1 419	+ 165,58	+ 502	+ 183,88
Bramfeld	+ 2 529	+ 126,39	+ 707	+ 91,11
Steilshoop	+ 460	+ 275,45	- 3	- 2,50
Wellingsbüttel	+ 1 171	+ 137,44	+ 417	+ 166,80
Sasel	+ 1 402	+ 164,94	+ 440	+ 243,09
Poppenbüttel	+ 1 283	+ 198,61	+ 329	+ 185,88
Hummelsbüttel	+ 1 063	+ 236,22	+ 732	+ 813,33
Lemsahl-Mellingstedt	+ 230	+ 85,50	- 26	- 38,81
Duvenstedt	+ 337	+ 100,90	+ 59	+ 131,11
Wohldorf-Ohlstedt	+ 552	+ 113,58	+ 247	+ 265,59
Bergstedt	+ 441	+ 145,07	+ 123	+ 307,50
Volksdorf	+ 1 358	+ 105,85	+ 346	+ 94,54
Rahlstedt	+ 3 570	+ 97,75	+ 644	+ 92,40
Bezirk 5 Wandsbek	+ 11 124	+ 23,00	+ 134	+ 0,49
Lohbrügge	+ 692	+ 24,72	- 121	- 10,14
Bergedorf	+ 4 998	+ 62,62	+ 1 756	+ 43,74
Curslack	+ 50	+ 4,99	- 3	- 2,56
Altengamme	+ 89	+ 11,01	+ 30	+ 157,89
Neuengamme	+ 230	+ 17,10	+ 136	+ 133,33
Kirchwerder	+ 209	+ 5,58	+ 50	+ 45,45
Ochsenwerder	+ 112	+ 9,23	+ 34	+ 75,56
Reitbrook	- 53	- 12,13	- 75	- 45,73
Allermöhe	+ 111	+ 19,30	+ 59	+ 73,75
Billwerder	+ 390	+ 64,46	- 59	- 19,93
Moorfleet	- 82	- 9,95	- 45	- 14,56
Tatenberg	+ 78	+ 38,05	+ 81	+ 675,00
Spadenland	+ 30	+ 10,45	+ 6	+ 31,58
Bezirk 6 Bergedorf	+ 6 854	+ 31,40	+ 1 849	+ 28,53
Harburg	- 119	- 0,53	+ 1 334	+ 9,42
Neuland	+ 272	+ 107,51	+ 80	+ 142,86
Gut Moor	+ 39	+ 260,00	- 5	- 38,46
Wilstorf	+ 679	+ 27,53	+ 29	+ 2,15
Rönneburg	+ 128	+ 50,59	+ 51	+ 58,62
Langenbek	+ 32	+ 47,06	+ 5	+ 16,67
Sinstorf	+ 140	+ 53,23	+ 41	+ 33,88
Marmstorf	+ 242	+ 78,83	+ 75	+ 68,18
Eißendorf	+ 438	+ 30,54	- 142	- 21,52
Heimfeld	- 70	- 0,68	- 1 362	- 19,35
Wilhelmsburg	+ 109	+ 0,80	- 927	- 15,51
Georgswerder	+ 547	+ 39,67	- 203	- 39,49
Moorwerder	- 142	- 20,49	- 170	- 66,15
Altenwerder	+ 62	+ 9,37	- 5	- 4,24
Moorburg	- 505	- 43,69	- 338	- 80,48
Hausbruch	+ 162	+ 21,18	- 375	- 69,57
Neugraben-Fischbek	+ 1 954	+ 383,14	+ 209	+ 286,30
Francop	+ 86	+ 29,76	+ 56	+ 466,67
Neuenfelde	+ 328	+ 23,05	+ 72	+ 156,52
Cranz	- 23	- 7,62	- 13	- 37,14
Bezirk 7 Harburg	+ 4 359	+ 7,44	- 1 588	- 5,02
H a m b u r g insgesamt	- 44 345	- 5,66	- 77 781	- 13,72

1) Einpendler = außerhalb des Wohnortsteils Beschäftigte.

Tabelle 3a

Die Pendelwanderung zwischen 7 wichtigen Wirtschafts- und Wohngebieten der Freien und Hansestadt Hamburg 1950 und 1959

I. Grundsahlen

Lage der Wohnung Gebietsteile	Erwerbspersonen nach der Lage der Arbeitsstätte																				
	Hafengebiet		am Hafen angrenzende Gebietsteile		City		der City benachbarte Gebietsteile		Wirtschaftszentrum		Harburg-Wilhelmsburg		Äußerer Ring (Vororte und Randgebiete)		Innerer Ring (übr. Stadt- und Gebietsteile)		außerhalb Hamburg		Erwerbspersonen insgesamt		
	1950	1959	1950	1959	1950	1959	1950	1959	1950	1959	1950	1959	1950	1959	1950	1959	1950	1959	1950	1959	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
1. Hafengebiet	9 407	5 115	592	351	1 721	1 780	713	288	12 433	7 534	398	251	470	193	1 693	843	35	83	15 029	8 904	
2. am Hafen angrenzende Gebietsteile	1 177	4 619	6 272	10 728	2 640	5 201	1 254	2 235	11 343	22 783	145	281	937	1 184	3 344	5 692	49	540	15 818	30 480	
3. City	1 351	904	313	560	6 851	11 417	761	1 002	8 176	13 883	70	96	386	386	1 231	1 478	46	296	9 909	16 139	
4. der City benachbarte Gebietsteile	1 834	5 190	1 732	2 953	9 532	13 548	20 828	22 363	33 926	44 054	367	603	2 263	2 032	8 226	9 126	227	1 574	45 009	57 389	
1-4 Wirtschaftszentrum	12 669	15 828	8 909	14 592	20 744	31 946	23 556	25 888	65 878	88 254	980	1 231	4 056	3 795	14 494	17 139	357	2 493	85 765	112 912	
5. Harburg-Wilhelmsburg	4 272	3 484	802	420	4 788	2 746	1 892	726	11 754	7 376	48 403	45 671	1 156	761	3 454	1 652	248	688	65 015	56 148	
6. Äußerer Ring (Vororte u. Randgebiete)	9 309	6 593	6 856	3 539	46 252	22 758	18 760	7 385	81 177	40 275	3 987	2 044	133 604	71 895	53 746	23 737	2 620	4 304	275 134	142 255	
davon wohnen im																					
Bezirk Hamburg-Mitte	1 301	1 164	924	480	4 684	3 095	1 992	948	8 901	5 687	232	127	13 032	7 001	6 623	3 647	299	473	29 087	16 935	
und zwar im																					
Ortsamt Jenstedt	1 301	1 164	924	480	4 684	3 095	1 992	948	8 901	5 687	232	127	13 032	7 001	6 623	3 647	299	473	29 087	16 935	
Bezirk Altona	1 908	1 157	1 616	911	9 027	3 841	3 268	1 131	15 819	7 040	234	73	21 828	11 282	9 709	5 132	404	506	47 994	24 033	
und zwar im																					
Stadtteil Groß Flottbek	193	128	218	123	1 626	729	542	197	2 579	1 177	45	11	2 723	1 559	1 546	860	46	40	6 939	3 647	
" Ohlmarschan	269	118	250	196	1 315	484	437	168	2 271	966	25	16	2 451	1 559	1 299	660	35	53	6 081	3 254	
Ortsamt Blankenese	1 446	911	1 148	592	6 086	2 628	2 289	766	10 969	4 897	164	46	16 654	8 164	6 864	3 612	323	413	34 974	17 132	
Bezirk Eimsbüttel	1 161	953	772	456	5 640	2 928	2 403	1 052	9 976	5 389	209	75	14 388	8 194	7 486	3 624	193	336	32 252	17 618	
und zwar im																					
Ortsamt Lokstedt	700	582	419	252	3 646	2 111	1 439	613	6 204	3 558	123	36	8 678	4 552	4 207	1 805	110	181	19 322	10 132	
" Stellingen	461	371	353	204	1 994	817	964	439	3 772	1 831	86	39	5 710	3 642	3 279	1 819	83	155	12 930	7 486	
Bezirk Hamburg-Nord	1 333	862	1 110	589	9 283	4 967	3 977	1 670	15 703	8 088	235	78	17 493	7 722	9 250	3 135	224	279	42 905	19 302	
und zwar im																					
Stadtteil Groß Borstel	240	75	168	49	1 199	563	557	154	2 164	841	44	4	2 754	901	1 893	369	36	22	6 891	2 137	
" Alsterdorf	173	145	151	83	1 520	884	553	273	2 397	1 385	30	10	2 828	1 412	1 328	490	21	37	6 604	3 334	
Ortsamt Fuhsbüttel	920	642	791	457	6 564	3 520	2 867	1 243	11 142	5 862	161	64	11 911	5 409	6 029	2 276	167	220	29 410	13 831	
Bezirk Wandsbek	2 236	1 621	1 821	847	13 863	6 166	5 503	1 928	23 423	10 562	410	150	31 877	12 408	17 692	6 939	362	521	73 764	30 580	
und zwar im																					
Stadtteil Jenfeld	111	67	81	25	563	277	231	74	986	443	18	6	3 163	495	1 211	572	14	35	5 392	1 551	
" Tomndorf	197	122	147	57	950	463	451	111	1 745	753	51	12	2 234	847	1 862	852	29	55	5 921	2 519	
" Farmsen	205	212	168	62	1 160	914	539	154	2 072	1 342	30	11	2 160	829	1 643	655	33	35	5 938	2 872	
Ortsamt Bramfeld	573	287	368	110	2 123	455	983	248	4 047	1 100	86	30	4 807	1 665	4 257	1 346	50	70	13 247	4 211	
" Alsteralt	536	444	491	255	3 693	1 444	1 467	608	6 187	2 751	111	41	7 167	2 834	3 792	1 537	67	93	17 324	7 256	
" Walddörfer	245	155	264	115	2 606	1 108	834	302	3 949	1 680	45	11	5 458	2 439	2 106	735	80	81	11 638	4 946	
" Rahlstedt	369	334	302	223	2 768	1 505	998	431	4 437	2 493	69	39	6 888	3 299	2 821	1 242	89	152	14 304	7 225	
Bezirk Bergedorf	524	357	476	196	3 124	1 611	1 356	594	5 480	2 758	183	146	28 215	20 772	2 502	1 159	1 056	2 111	37 436	26 946	
und zwar im																					
Restgebiet des Bezirks	307	285	302	150	2 398	1 388	1 041	529	4 048	2 352	97	50	15 259	9 897	1 752	963	961	1 722	22 117	14 984	
Ortsamt Vier-u.-Marschlande	217	72	174	46	726	223	315	65	1 432	406	86	96	12 956	10 875	1 750	196	406	389	15 319	11 962	
Bezirk Harburg	846	479	137	60	631	150	261	62	1 875	751	2 484	1 395	6 771	4 516	484	101	82	78	11 696	6 841	
und zwar im																					
Ortsamt Süderelbe	846	479	137	60	631	150	261	62	1 875	751	2 484	1 395	6 771	4 516	484	101	82	78	11 696	6 841	
7. Innerer Ring (übrige Stadt- und Ge- ¹⁾)	11 717	39 364	10 334	19 647	65 470	106 446	27 945	37 669	115 466	203 126	2 385	4 514	24 543	28 025	17 4 699	244 632	1 422	8 262	318 515	488 559	
biotsteile ohne Vororte u. Randgebiete																					
davon wohnen im																					
Bezirk Hamburg-Mitte	1 179	11 193	936	5 803	4 365	25 517	2 148	8 907	8 628	51 420	209	1 676	1 468	5 972	12 752	47 301	113	2 206	23 170	168 575	
" Altona	2 980	5 112	3 092	3 975	11 021	8 646	5 440	3 016	22 533	20 749	485	409	6 487	5 033	42 629	42 570	317	1 040	72 451	69 801	
" Eimsbüttel	2 834	8 281	2 320	3 157	17 042	22 012	7 846	8 673	30 042	42 123	598	593	5 218	38 701	42 188	36 4	1 447	75 602	91 569	91 569	
" Hamburg-Nord	4 146	12 677	3 480	5 540	29 081	41 338	10 995	14 258	47 702	73 813	929	1 473	8 736	9 376	66 788	87 679	524	2 833	124 679	175 174	
davon in Eppendorf-Winterhude	2 440	3 410	2 114	810	18 428	13 378	6 687	5 198	29 669	22 796	567	389	5 463	3 167	40 036	28 129	331	810	76 066	55 291	
Barnbek-Uhlenhorst	1 706	9 267	1 366	4 730	10 653	27 960	4 308	9 060	18 033	51 017	362	1 084	3 273	6 209	26 752	59 550	193	2 023	48 613	119 880	
Bezirk Wandsbek	578	2 101	506	1 172	3 661	8 933	1 516	2 815	6 561	15 021	164	363	1 955	2 426	13 829	24 894	104	736	22 613	43 443	
Erwerbspersonen insgesamt	37 967	65 269	26 901	38 198	137 254	163 896	72 153	71 668	274 275	339 031	55 755	53 460	163 359	104 476	246 393	287 160	4 647	15 747	744 429	799 874	

1) Soweit nicht in den unter Ziffer 1-6 genannten Gebietsteilen enthalten.

Die Pendelwanderung zwischen 7 wichtigen Wirtschafts- und Wohngebieten der Freien und Hansestadt Hamburg 1950 und 1939

II. Verhältniszahlen

Lage der Wohnung Gebietsteile	Erwerbspersonen nach der Lage der Arbeitsstätte																			
	Hafengebiet		am Hafen angrenzende Gebietsteile		City		der City benachbarte Gebietsteile		Wirtschaftszentrum insgesamt		Harburg-Wilhelmsburg		Äußerer Ring (Vororte und Randgebiete)		Innerer Ring (übr. Stadt- und Gebietsteile)		außerhalb Hamburgs		Erwerbspersonen insgesamt	
	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1. Hafengebiet	24,78	7,84	2,20	0,92	1,25	1,09	0,99	0,40	4,53	2,22	0,71	0,47	0,29	0,18	0,69	0,29	0,75	0,53	2,02	1,11
2. am Hafen angrenzende Gebietsteile	3,10	7,08	25,32	28,08	1,52	3,17	1,74	3,12	4,14	6,79	0,26	0,53	0,57	1,13	1,36	1,98	1,05	3,43	2,12	3,81
3. City	0,66	1,38	1,16	1,47	4,99	6,97	1,05	1,40	2,98	4,09	0,13	0,18	0,24	0,37	0,50	0,51	0,99	1,88	1,33	2,02
4. der City benachbarte Gebietsteile	4,83	7,95	6,44	7,73	6,95	8,27	28,87	31,20	12,37	13,00	0,66	1,13	1,39	1,94	3,34	3,18	4,89	9,99	6,05	7,17
1-4 Wirtschaftszentrum	33,37	24,25	33,12	38,20	15,11	19,50	32,65	36,12	24,02	26,03	1,76	2,31	2,49	3,62	5,89	5,96	7,68	15,83	11,52	14,11
5. Harburg-Wilhelmsburg	11,25	5,34	2,98	1,10	3,49	1,67	2,62	1,01	4,28	2,18	86,81	85,43	0,71	0,73	1,40	0,58	5,34	4,37	8,73	7,02
6. Äußerer Ring (Vororte u. Randgebiete)	24,52	10,10	25,49	9,26	33,70	13,88	26,00	10,31	29,60	11,88	7,15	3,82	81,78	68,82	21,81	8,27	56,38	27,33	36,96	17,78
davon wohnen im																				
Bezirk Hamburg-Mitte	3,43	1,78	3,43	1,26	3,41	1,89	2,76	1,32	3,25	1,68	0,42	0,24	7,98	6,70	2,69	1,27	6,43	3,00	3,91	2,12
und zwar in																				
Ortsamt Billstedt	3,43	1,78	3,43	1,26	3,41	1,89	2,76	1,32	3,25	1,68	0,42	0,24	7,98	6,70	2,69	1,27	6,43	3,00	3,91	2,12
Bezirk Altona	5,02	1,77	6,01	2,38	6,58	2,34	4,53	1,58	5,77	2,08	0,42	0,14	13,36	10,80	3,94	1,79	8,69	3,21	6,45	3,00
und zwar in																				
Stadtteil Groß Flottbek	0,51	0,20	0,81	0,32	1,18	0,44	0,75	0,28	0,94	0,35	0,08	0,02	1,67	1,49	0,63	0,30	0,99	0,25	0,93	0,45
" Othmarschen	0,70	0,18	0,93	0,51	0,96	0,30	0,61	0,23	0,83	0,23	0,04	0,03	1,50	1,49	0,53	0,23	0,75	0,34	0,82	0,41
Ortsamt Blankenese	3,81	1,39	4,27	1,55	4,44	1,60	3,17	1,07	4,00	1,45	0,30	0,09	10,19	7,82	2,78	1,26	6,95	2,62	4,70	2,14
Bezirk Eimsbüttel	3,06	1,46	2,87	1,19	4,11	1,79	3,33	1,47	3,64	1,59	0,37	0,14	8,81	7,84	3,04	1,26	4,15	2,13	4,33	2,20
und zwar in																				
Ortsamt Lokstedt	1,84	0,89	1,56	0,66	2,66	1,29	1,99	0,86	2,26	1,05	0,22	0,07	5,31	4,36	1,71	0,63	2,36	1,15	2,59	1,27
" Stellingen	1,22	0,57	1,31	0,53	1,45	0,50	1,34	0,61	1,38	0,54	0,15	0,07	3,50	3,48	1,33	0,63	1,79	0,98	1,74	0,93
Bezirk Hamburg-Nord	3,51	1,32	4,13	1,54	6,76	3,03	5,51	2,33	5,72	2,38	0,42	0,14	10,71	7,39	3,75	1,09	4,82	1,77	5,76	2,41
und zwar in																				
Stadtteil Groß Borstel	0,63	0,12	0,63	0,13	0,87	0,34	0,77	0,21	0,79	0,25	0,08	0,01	1,69	0,86	0,77	0,13	0,78	0,14	0,92	0,27
" Alsterdorf	0,46	0,22	0,56	0,22	1,11	0,54	0,77	0,38	0,87	0,40	0,05	0,02	1,73	1,35	0,54	0,17	0,45	0,23	0,89	0,41
Ortsamt Fuhsbüttel	2,42	0,98	2,94	1,19	4,78	2,15	3,97	1,74	4,06	1,73	0,29	0,11	7,29	5,18	2,44	0,79	3,59	1,40	3,95	1,73
Bezirk Wandsbek	5,89	2,49	6,77	2,22	10,10	3,76	7,63	2,69	8,54	3,12	0,74	0,28	19,51	11,88	7,18	2,42	7,79	3,31	9,91	3,82
und zwar in																				
Stadtteil Jenfeld	0,29	0,10	0,30	0,07	0,41	0,17	0,32	0,10	0,36	0,13	0,03	0,01	1,94	0,47	0,49	0,20	0,30	0,22	0,72	0,19
" Tonndorf	0,52	0,19	0,55	0,15	0,69	0,28	0,63	0,15	0,64	0,22	0,09	0,02	1,37	0,82	0,76	0,30	0,63	0,35	0,80	0,31
" Farmsen	0,54	0,33	0,62	0,16	0,84	0,56	0,75	0,22	0,76	0,40	0,05	0,02	1,32	0,79	0,67	0,23	0,71	0,22	0,80	0,36
Ortsamt Bramfeld	1,51	0,44	1,37	0,29	1,55	0,28	1,36	0,35	1,47	0,32	0,16	0,06	2,94	1,59	1,73	0,47	1,07	0,45	1,78	0,53
" Alstertal	1,41	0,68	1,83	0,67	2,69	0,88	2,03	0,85	2,25	0,81	0,20	0,08	4,39	2,71	1,54	0,53	1,44	0,59	2,33	0,91
" Walddörfer	0,65	0,24	0,98	0,30	1,90	0,68	1,16	0,42	1,44	0,50	0,08	0,02	3,34	2,34	0,85	0,26	1,72	0,51	1,56	0,62
" Rahlstedt	0,97	0,51	1,12	0,58	2,02	0,41	1,38	0,60	1,62	0,74	0,13	0,07	4,21	3,16	1,14	0,43	1,92	0,97	1,92	0,90
Bezirk Bergedorf	1,38	0,55	1,77	0,51	2,28	0,98	1,88	0,83	2,00	0,81	0,33	0,27	17,27	19,89	1,01	0,40	22,73	13,41	5,03	3,37
und zwar in																				
Restgebiet des Bezirks	0,81	0,44	1,12	0,39	1,75	0,85	1,44	0,74	1,48	0,69	0,17	0,09	9,34	9,48	0,71	0,33	20,68	10,94	2,97	1,87
Ortsamt Vlg.-u. Marschlande	0,57	0,11	0,65	0,12	0,53	0,13	0,44	0,09	0,52	0,12	0,16	0,08	7,93	10,41	0,30	0,07	2,05	2,47	2,06	1,50
Bezirk Harburg	2,23	0,73	0,51	0,16	0,46	0,09	0,36	0,09	0,68	0,22	4,45	2,61	4,14	4,32	0,20	0,04	1,77	0,50	1,57	0,86
und zwar in																				
Ortsamt Süderelbe	2,23	0,73	0,51	0,16	0,46	0,09	0,36	0,09	0,68	0,22	4,45	2,61	4,14	4,32	0,20	0,04	1,77	0,50	1,57	0,86
7. Innerer Ring (übrige Stadt- und Ge- bietsteile ohne Vororte u. Randgebiete)	30,86	60,31	38,41	51,44	47,70	64,95	38,73	52,56	42,10	59,91	4,28	8,44	15,02	26,83	70,90	85,19	30,60	52,47	42,79	61,09
davon wohnen im																				
Bezirk Hamburg-Mitte	3,11	17,15	3,48	15,19	3,18	15,57	2,98	12,43	3,15	15,17	0,38	3,13	0,90	5,72	5,17	16,47	2,43	14,01	3,11	13,58
" Altona	7,85	7,83	11,49	10,41	8,03	5,28	7,54	4,21	8,22	6,12	0,87	0,77	3,97	4,82	17,30	14,83	6,82	6,61	9,73	8,73
" Eimsbüttel	7,46	12,69	8,62	8,27	12,42	13,43	10,87	12,10	10,95	12,42	1,07	1,11	3,61	4,99	15,71	14,69	7,83	9,19	10,16	11,45
" Hamburg-Nord	10,92	19,42	12,94	14,50	21,19	25,22	15,24	19,89	17,39	21,77	1,67	2,75	5,34	8,98	27,11	30,53	11,28	17,99	16,75	21,90
davon in Eppendorf-Winterhude	6,43	5,22	7,86	2,12	13,43	8,16	9,27	7,25	10,82	6,72	1,02	0,72	3,34	3,03	16,25	9,79	7,12	5,14	10,22	6,91
Barmbek-Uhlenhorst	4,49	14,20	5,08	12,38	7,76	17,06	5,97	12,64	6,57	15,05	0,65	2,03	2,00	5,95	10,86	20,74	4,16	12,85	6,53	14,99
Bezirk Wandsbek	1,52	3,22	1,88	3,07	2,88	5,45	2,10	3,93	2,39	4,43	0,29	0,68	1,20	2,32	5,61	8,67	2,24	4,67	3,04	5,43
Erwerbspersonen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Soweit nicht in den unter Ziffer 1-6 genannten Gebietsteilen enthalten.

Die Pendelwanderung zwischen 7 wichtigen Wirtschafts- und Wohngebieten der Freien und Hansestadt Hamburg 1950 und 1939

III. Verhältniszahlen

Lage der Wohnung Gebietsteile	Erwerbspersonen nach der Lage der Arbeitsstätte																			
	Hafengebiet		am Hafen angrenzende Gebietsteile		City		der City benachbarte Gebietsteile		Wirtschaftszentrum insgesamt		Hamburg-Wilhelmsburg		Äußerer Ring (Vororte und Randgebiete)		Innerer Ring (übr. Stadt- und Gebietsteile)		außerhalb Hamburgs		Erwerbspersonen insgesamt	
	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939	1950	1939
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1. Hafengebiet	62,59	57,45	3,94	3,94	11,45	19,99	4,74	3,23	82,72	84,61	2,65	2,82	3,13	2,17	11,27	9,47	0,23	0,93	100	100
2. am Hafen angrenzende Gebietsteile	7,44	15,15	39,65	35,20	16,69	17,06	7,93	7,33	71,71	74,74	0,92	0,92	5,92	3,89	21,14	18,68	0,31	1,77	100	100
3. City	2,53	5,60	3,16	3,47	69,14	70,74	7,68	6,21	82,51	86,02	0,71	0,60	3,90	2,39	12,42	9,16	0,46	1,83	100	100
4. der City benachbarte Gebietsteile	4,07	9,04	3,85	5,15	21,18	23,61	46,27	38,97	75,37	76,77	0,82	1,05	5,03	3,54	18,28	15,90	0,50	2,74	100	100
1-4 Wirtschaftszentrum	14,77	14,02	10,39	12,92	24,19	28,29	27,46	22,93	76,81	78,16	1,14	1,09	4,73	3,36	16,90	15,18	0,42	2,21	100	100
5. Harburg-Wilhelmsburg	6,57	6,20	1,23	0,75	7,37	4,89	2,91	1,29	18,08	13,13	74,45	81,34	1,78	1,36	5,31	2,94	0,38	1,23	100	100
6. Äußerer Ring (Vororte u. Randgebiete)	3,38	4,63	2,49	2,49	16,81	16,00	6,82	5,19	29,50	28,31	1,45	1,44	48,56	50,54	19,54	16,69	0,95	3,02	100	100
davon wohnen im																				
Bezirk <u>Hamburg-Mitte</u>	4,47	6,87	3,18	2,83	16,10	18,28	6,85	5,60	30,60	33,58	0,80	0,75	44,80	41,34	22,77	21,54	1,03	2,79	100	100
und zwar im																				
Ortsamt Billstedt	4,47	6,87	3,18	2,83	16,10	18,28	6,85	5,60	30,60	33,58	0,80	0,75	44,80	41,34	22,77	21,54	1,03	2,79	100	100
Bezirk <u>Altona</u>	3,97	4,82	3,37	3,79	18,81	15,98	6,81	4,71	32,96	29,30	0,49	0,30	45,48	46,94	20,23	21,35	0,84	2,11	100	100
und zwar im																				
Stadtteil Groß Flottbek	2,78	3,51	3,14	3,37	23,43	19,99	7,81	5,40	37,16	32,27	0,65	0,30	39,25	42,75	22,28	23,58	0,66	1,10	100	100
" Othmarschen	4,42	3,63	4,11	6,02	21,62	14,88	7,19	5,16	37,34	29,69	0,41	0,49	40,31	47,91	21,36	20,28	0,58	1,63	100	100
" Blankenese	4,13	5,32	3,28	3,46	17,40	15,34	6,55	4,47	31,36	28,59	0,47	0,27	47,62	47,65	19,63	21,08	0,92	2,41	100	100
Bezirk <u>Eimsbüttel</u>	3,60	5,41	2,39	2,59	17,49	16,62	7,45	5,97	30,93	30,59	0,65	0,42	44,61	46,51	23,21	20,57	0,60	1,91	100	100
und zwar im																				
Ortsamt Lokstedt	3,62	5,74	2,17	2,49	15,87	20,83	7,45	6,05	32,11	35,11	0,64	0,36	44,91	44,93	21,77	17,81	0,57	1,79	100	100
" Stellingen	3,57	4,96	2,73	2,73	18,42	10,91	7,45	5,86	29,17	24,46	0,67	0,52	44,16	48,65	25,36	24,30	0,64	2,07	100	100
Bezirk <u>Hamburg-Nord</u>	3,11	4,47	2,59	3,05	21,63	25,73	9,27	8,65	36,60	41,90	0,55	0,40	40,77	40,01	21,56	16,24	0,52	1,45	100	100
und zwar im																				
Stadtteil Groß Borstel	3,48	3,51	2,44	2,29	17,40	26,34	8,08	7,21	31,40	39,35	0,64	0,19	39,97	42,16	27,47	17,27	0,52	1,03	100	100
" Alsterdorf	2,62	4,35	2,29	2,49	23,02	26,51	8,37	8,19	36,30	41,54	0,45	0,30	42,82	42,35	20,11	14,70	0,32	1,11	100	100
Ortsamt Fuhlsbüttel	3,13	4,64	2,69	3,30	22,31	25,45	9,75	8,99	37,88	42,38	0,55	0,46	40,50	39,11	20,50	16,46	0,57	1,59	100	100
Bezirk <u>Wandsbek</u>	3,03	5,30	2,47	2,77	18,79	20,16	7,46	6,31	31,75	34,54	0,56	0,49	43,22	40,58	23,98	22,69	0,49	1,70	100	100
und zwar im																				
Stadtteil Jenfeld	2,06	4,32	1,50	1,61	10,44	17,86	4,29	4,77	18,29	28,56	0,33	0,39	58,66	31,91	22,46	36,88	0,26	2,26	100	100
" Tonndorf	3,32	4,84	2,48	2,26	16,05	18,38	7,62	4,41	29,47	29,89	0,86	0,48	37,73	33,63	31,45	33,82	0,49	2,18	100	100
" Farmsen	3,46	7,38	2,83	2,16	19,53	31,82	9,08	5,36	34,90	46,72	0,51	0,38	36,37	28,87	27,67	22,81	0,55	1,22	100	100
Ortsamt Bramfeld	4,32	6,82	2,78	2,61	16,03	10,81	7,42	5,89	30,55	26,13	0,65	0,71	36,29	39,54	32,13	31,96	0,38	1,66	100	100
" Alstertal	3,09	6,12	2,83	3,51	21,32	19,90	8,47	8,38	35,71	37,91	0,64	0,57	41,37	39,06	21,89	21,18	0,39	1,28	100	100
" Walddörfer	2,10	3,13	2,27	2,33	22,39	22,40	7,17	6,11	33,93	33,97	0,39	0,22	46,90	49,31	18,09	14,86	0,69	1,64	100	100
" Rahlstedt	2,58	4,62	2,11	3,09	19,35	20,83	6,98	5,97	31,02	34,51	0,48	0,54	48,15	45,66	19,73	17,19	0,62	2,10	100	100
Bezirk <u>Bergedorf</u>	1,40	1,33	1,27	0,73	8,35	5,98	3,62	2,20	14,64	10,24	0,49	0,54	75,37	77,09	6,68	4,30	2,82	7,83	100	100
und zwar im																				
Restgebiet des Bezirks	1,39	1,90	1,37	1,00	10,84	9,26	4,71	3,53	18,31	15,69	0,44	0,34	68,99	66,05	7,92	6,43	4,34	11,49	100	100
Ortsamt Vier-u.-Marschlande	1,42	0,60	1,13	0,39	4,74	1,87	2,06	0,54	9,35	3,40	0,56	0,80	84,57	90,91	4,90	1,64	0,62	3,25	100	100
Bezirk <u>Harburg</u>	7,23	7,00	1,17	0,88	5,40	2,19	2,23	0,91	16,03	10,98	21,24	20,39	57,89	66,01	4,14	1,48	0,70	1,14	100	100
und zwar im																				
Ortsamt Süderelbe	7,23	7,00	1,17	0,88	5,40	2,19	2,23	0,91	16,03	10,98	21,24	20,39	57,89	66,01	4,14	1,48	0,70	1,14	100	100
7. Innerer Ring (übrige Stadt- und Ge- ¹⁾ bietsteile ohne Vororte u. Randgebiete	3,68	8,06	3,24	4,02	20,55	21,79	8,77	7,71	36,24	41,58	0,75	0,92	7,71	5,74	54,85	50,07	0,45	1,69	100	100
davon wohnen im																				
Bezirk <u>Hamburg-Mitte</u>	5,09	10,31	4,04	5,35	18,84	23,50	9,27	8,20	37,24	47,36	0,90	1,54	6,33	5,50	55,04	43,57	0,49	2,03	100	100
" <u>Altona</u>	4,11	7,32	4,27	5,69	15,21	12,39	7,51	4,32	31,10	29,72	0,67	0,59	8,95	7,21	58,84	60,99	0,44	1,49	100	100
" <u>Eimsbüttel</u>	3,75	9,04	3,07	3,45	22,54	24,04	10,38	9,47	39,74	46,00	0,79	0,65	7,80	5,70	51,19	46,07	0,48	1,58	100	100
" <u>Hamburg-Nord</u>	3,32	7,24	2,79	3,16	23,32	23,60	8,82	8,14	38,25	42,14	0,75	0,84	7,01	5,35	53,57	50,05	0,42	1,62	100	100
davon in Eppendorf-Winterhude	3,21	6,17	2,78	1,46	24,22	24,20	8,79	9,40	39,00	41,23	0,75	0,70	7,18	5,73	52,63	50,88	0,44	1,46	100	100
" <u>Barmbek-Uhlenhorst</u>	3,51	7,73	2,81	3,95	21,92	23,32	8,86	7,56	37,10	42,56	0,74	0,90	6,73	5,18	55,03	49,67	0,40	1,69	100	100
Bezirk <u>Wandsbek</u>	2,56	4,84	2,24	2,70	17,52	20,56	6,70	6,48	29,02	34,58	0,73	0,84	8,64	5,58	61,15	57,31	0,46	1,69	100	100
Erwerbspersonen insgesamt	5,10	8,16	3,61	4,78	18,44	20,49	9,69	8,96	36,84	42,39	7,49	6,68	21,95	13,06	33,10	35,90	0,62	1,97	100	100

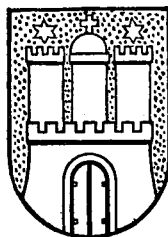
1) Soweit nicht in den unter Ziffer 1-6 genannten Gebietsteilen enthalten.

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 17. Dezember 1952

Jahrgang 1952 – Heft Nr. 38



Die Löhne in der Industrie Hamburgs im August 1952

Nach dem Ergebnis der letzten Lohnerhebung in der Industrie Hamburgs trat im August 1952 gegenüber Mai 1952 keine wesentliche Veränderung des Gesamtniveaus der tatsächlichen Verdienste ein. Bei einer Zunahme der wöchentlichen Arbeitszeit im Durchschnitt um eine halbe Stunde und einer gegenüber der Entwicklung von Februar bis Mai d. J. wesentlich schwächeren Steigerung der Brutto-Wochenverdienste (0,9 v. H.) sind die Brutto-Stundenverdienste im Gesamtdurchschnitt gleich geblieben. Es zeigt sich also, daß sich die seit der Währungsreform ununterbrochene Zunahme der durchschnittlichen Stundenlöhne nicht mehr fortgesetzt hat.

Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit in Hamburg

Arbeitergruppe	Juni 1948	Sept. 1949	Sept. 1950	Sept. 1951	Mai 1952	Aug. 1952
----------------	-----------	------------	------------	------------	----------	-----------

Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste in Dpf

Männl.Arbeiter	126,1	152,5	157,0	183,5	188,5	188,6
Weibl.Arbeiter	78,6	94,9	95,6	114,4	118,1	118,5
Alle Arbeiter	114,7	139,9	143,0	168,4	174,2	174,1

Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste in DM

Männl.Arbeiter	50,11	73,71	77,75	89,95	93,03	94,15
Weibl.Arbeiter	30,71	43,28	44,60	52,46	53,64	54,16
Alle Arbeiter	45,46	66,77	69,85	81,33	84,51	85,29

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden

Männl.Arbeiter	39,8	48,3	49,5	49,0	49,4	49,9
Weibl.Arbeiter	39,1	45,6	46,6	45,9	45,4	45,7
Alle Arbeiter	39,7	47,7	48,8	48,3	48,5	49,0

Eine Gegenüberstellung der lohnstatistischen Ergebnisse der Monate August 1952 und Juni 1948 läßt eine Steigerung der durchschnittlichen Stundenverdienste während der ersten vier Jahre nach der Währungsreform um 51,8 v. H. und eine Erhöhung der durchschnittlichen Wochenverdienste um 87,6 v. H. erkennen.

1. Brutto-Stundenverdienste

Im August d. J. bezogen die Industriearbeiter im Gesamtdurchschnitt einen **Brutto-Stundenlohn** von 174,1 Dpf (Mai 1952 = 174,2 Dpf). In den einzelnen Gewerbegruppen war die Entwicklung jedoch nicht einheitlich, in einer Anzahl von Gewerbegruppen sind die Verdienste mehr oder weniger stark gestiegen, in anderen wieder etwas gefallen. Am stärksten war die Zunahme der Stundenverdienste in der Zeit von Mai bis August 1952 in der Mineralöl-Industrie mit 4,1 v. H. und im Braugewerbe mit 3,1 v. H. Diese Lohnerhöhungen erklären sich in erster Linie aus den in der Zeit von Mai bis August 1952 zwischen den Sozialpartnern neu abgeschlossenen Tarifverträgen.

Tarifverträge in der Zeit vom 1. Juni 1952 bis 31. August 1952

Gewerbegruppen und Fabrikationszweige	Form der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens
Ziegelindustrie	Tarifvertrag	18. 6. 1952*)
Mineralölindustrie	Firmentarife	1. 7. 1952
Braugewerbe	Lohnvereinbarung	18. 7. 1952
Fischindustrie	Lohntarifvertrag	1. 8. 1952*)

*) Lohnwoche, in die der angegebene Stichtag fällt.

Die Verminderung des Brutto-Stundenverdienstes im Braugewerbe um 1,5 v. H. dürfte mit einer Verschiebung in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft zugunsten geringer bezahlter Arbeitergruppen und mit einem Rückgang der Leistungslohnsätze zu erklären sein. Die Ursache, die zu einer Abnahme des Stundenlohnes im Flachdruckgewerbe (1,4 v. H.) führte, liegt im wesentlichen in der rückläufigen Mehrarbeitszeit begründet. Bei allen anderen nicht besonders aufgeführten Industrien und Gewerben halten sich die Veränderungen zwischen einer Steigerung von 2,3 v. H. und einer Senkung von 0,9 v. H.

An der Spitze der Stundenverdienst-Skala steht bei den männlichen Arbeitern, wie bei fast allen bisherigen Erhebungen, das Buchdruckgewerbe mit einem durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienst von rd. 212 Dpf, dann folgt das Flachdruckgewerbe mit 209 Dpf und die Kautschuk-Industrie mit 208 Dpf.

Bei den weiblichen Arbeitskräften wurde der höchste Stundenverdienst in der Kautschuk-Industrie erzielt, der mit 136 Dpf um 27 Dpf höher ist als der niedrigste in der Papierverarbeitenden Industrie, im Buch- und Flachdruckgewerbe mit je 109 Dpf.

2. Wochenarbeitszeit

Die durchschnittliche **Wochenarbeitszeit** aller erfaßten Arbeiter stieg von 48,5 Stunden im Monat Mai 1952 auf 49 Stunden im August d. J. und erreichte damit in Hamburg den höchsten Stand der Nachkriegszeit. Auch ist eine geringfügige Zunahme der durchschnittlich je Arbeiter und Woche geleisteten **zuschlagspflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden eingetreten**, und zwar in der Gesamtindustrie von 2,3 Stunden im Mai auf 2,5 Stunden im August d. J. Vergleicht man die Ergebnisse der beiden letzten Berichtsmonate mit denen der Monate Juni bis September 1951, wobei nicht außer acht gelassen werden darf, daß der Turnus der vierteljährlichen Lohnerhebungen ab 1952 geändert wurde — vom letzten Monat des Vierteljahres auf den mittleren —, so kann man feststellen, daß die Zunahme der Arbeitszeit des vorjährigen Berichtszeitraumes in einem Gegensatz zu der Entwicklung des letzten Jahres steht. Von Juni bis September 1951 nahm die Arbeitszeit in der Gesamtindustrie um 0,3 Stunden ab; die zuletzt ermittelte Arbeitszeit liegt um 0,7 Stunden über der des Monats September 1951.

Die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit im Gesamtdurchschnitt wirkte sich nicht auf alle Gewergruppen gleichmäßig aus. Eine nennenswerte Zunahme der Arbeitszeit zeigt vor allem die **Textilindustrie (22,6 v. H.)**, die damit den bisherigen Tiefstand überwinden konnte. In dieser Industrie liegt die Wochenarbeitszeit über dem entsprechenden Vorjahrsstand. Eine Zunahme der Wochenarbeitszeit von mehr als einer Stunde erfahren außer der Textilindustrie noch die Sägeindustrie, das Buchdruckgewerbe und die Papierverarbeitende Industrie.

Von den Gewerben, die ihre Arbeitszeit verringert haben, steht das Braugewerbe mit 2,7 Stunden oder 5,3 v. H. und das Flachdruckgewerbe mit 2,6 Stunden oder 5,1 v. H. an der Spitze. Es folgt das Bekleidungsgewerbe mit einem Rückgang der Arbeitszeit um 3,4 v. H.

Die tarifliche Norm der 48-Stunden-Woche wurde im August 1952 in 14 der 20 erfaßten Gewergruppen erreicht, in 6 Gewerben wird sogar länger als 50 Stunden gearbeitet, darunter vor allem in der Produktionsgüterindustrie.

3. Brutto-Wochenverdienste

Unter dem Einfluß der Arbeitszeitverlängerungen ist der **Wochenverdienst** im Durchschnitt der Industrie von 84,51 DM im Mai auf 85,29 DM im August 1952 gestiegen. Am auffallendsten sind die **Zunahmen in der Textilindustrie um 22 v. H.** und in der Mineralöl-Industrie um 5,8 v. H. Der Grund für diese Steigerungen dürfte vom großen Teil in der bereits erwähnten Zunahme der Wochenarbeitszeit bzw. der Stundenlöhne zu suchen sein.

Der Rückgang der Wochenarbeitszeit, Überstunden und der Stundenverdienste führte in einigen Gewergruppen auch zu einer mehr oder weniger starken Abnahme der Brutto-Wochenverdienste. Vor allem ist dies im Flachdruckgewerbe (— 6,4 v. H.) und Bekleidungsgewerbe (— 3,7 v. H.) festzustellen. Einen Rückgang des Wochenverdienstes über 1 v. H. zeigt außerdem noch die Nahrungs- und Genußmittel-Industrie.

4. Vergleich mit 1938

Die **Indexziffern** auf der Basis 1938 = 100 geben die reine Lohnbewegung richtiger wieder als der Vergleich der absoluten Verdienste. Bei ihrer Berechnung sind die Einflüsse des Strukturwandels der Arbeiterschaft auf die Verdienstdurchschnitte ausgeschaltet.

**Indexziffern
der Arbeitsverdienste und Arbeitszeit in Hamburg
(September 1938 = 100)**

Arbeitergruppe	Jahresdurchschnitt				Mai Aug.	
	1948	1949	1950	1951	1952	
Brutto-Stundenverdienste						
Männl. Arbeiter	138,2	154,6	159,0	179,6	191,0	191,4
Weibl. Arbeiter	142,6	161,2	168,9	194,6	206,8	207,2
Alle Arbeiter	138,7	155,6	160,9	182,3	194,1	194,5
Brutto-Wochenverdienste						
Männl. Arbeiter	114,6	142,9	151,1	172,2	183,5	186,3
Weibl. Arbeiter	123,4	152,6	162,1	189,5	198,6	200,4
Alle Arbeiter	115,6	143,9	152,3	174,3	185,3	187,9
Wochenarbeitszeit						
Männl. Arbeiter	82,9	92,5	95,0	95,8	96,1	97,1
Weibl. Arbeiter	86,6	94,4	95,7	97,2	95,8	96,4
Alle Arbeiter	82,9	92,0	94,2	95,1	95,1	96,1

Im letzten Berichtsmonat August 1952 lagen die durchschnittlichen **Brutto-Stundenverdienste** aller Arbeiter um **94,5 v. H. über dem Stand vom September 1938**, und zwar für die Männer um 91,4 v. H. und für die Frauen um 107,2 v. H. Die **Brutto-Wochenverdienste** haben sich **seit 1938** im Durchschnitt aller Arbeiter um **87,9 v. H. erhöht** und für die Arbeiterinnen wiederum stärker als für die Arbeiter. Das Zurückbleiben des Indexes der Wochenverdienste hinter dem Index der Stundenverdienste liegt an der um rd. 4 v. H. verkürzten Arbeitszeit.

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste und Brutto-Wochenverdienste und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie der Hansestadt Hamburg

Juni 1948 bis August 1952

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Mai 1952 Dpf	August 1952		Juni 1948 RM	Mai 1952 DM	August 1952		Juni 1948 Stunden	Mai 1952 Stunden	August 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952
1. Nichteisenmetall-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	143,2	194,6	194,4	- 0,1	56,13	95,84	94,47	- 1,4	39,2	49,2	48,6	- 1,2
Männliche angelernte Arbeiter	151,1	199,2	195,4	- 1,9	61,09	102,83	102,63	- 0,2	40,4	51,6	52,5	+ 1,7
Männliche Hilfsarbeiter . . .	123,8	165,4	166,6	+ 0,7	42,72	79,68	82,32	+ 3,3	34,5	48,2	49,4	+ 2,5
Alle männlichen Arbeiter . . .	138,9	190,8	189,4	- 0,7	52,39	95,98	96,56	+ 0,6	37,7	50,3	51,0	+ 1,4
Alle Arbeiter	138,9	189,2	188,9	- 0,2	52,39	95,13	96,24	+ 1,2	37,7	50,3	50,9	+ 1,2
2. Gießerei-Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	148,3	207,4	204,4	- 1,4	57,61	102,81	102,25	- 0,5	38,8	49,6	50,0	+ 0,8
Männliche angelernte Arbeiter	137,0	192,4	192,1	- 0,2	53,43	97,82	97,54	- 0,3	39,0	50,9	50,8	- 0,2
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,9	160,9	159,4	- 0,9	43,43	81,08	78,96	- 2,6	40,3	50,4	49,6	- 1,6
Alle männlichen Arbeiter . . .	136,4	189,5	187,8	- 0,9	53,40	95,23	94,25	- 1,0	39,1	50,3	50,2	- 0,2
Alle Arbeiter	136,4	189,3	187,6	- 0,9	53,40	95,14	94,17	- 1,0	39,1	50,3	50,2	- 0,2
3. Metallverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	129,1	191,1	192,2	+ 0,6	50,14	97,77	99,92	+ 2,2	38,8	51,2	52,0	+ 1,6
Männliche angelernte Arbeiter	118,1	173,6	175,1	+ 0,9	46,31	85,37	87,49	+ 2,5	39,2	49,2	50,0	+ 1,6
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,0	147,6	149,2	+ 1,1	42,13	70,96	72,39	+ 2,0	39,8	48,1	48,5	+ 0,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	125,1	183,5	184,4	+ 0,5	48,77	92,61	94,47	+ 2,0	39,0	50,5	51,2	+ 1,4
Weibl. Fach- u. ange. Arbeiter	86,5	136,6	136,7	+ 0,1	31,18	64,10	65,52	+ 2,2	36,1	46,9	47,9	+ 2,1
Weibl. Hilfsarbeiter	75,9	126,2	126,8	+ 0,5	31,09	58,06	57,43	- 1,1	41,0	46,0	45,3	- 1,5
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,8	128,4	128,8	+ 0,3	31,11	59,31	58,97	- 0,6	40,0	46,2	45,8	- 0,9
Alle Arbeiter	120,1	178,9	179,9	+ 0,6	46,94	89,64	91,28	+ 1,8	39,1	50,1	50,7	+ 1,2
davon:												
Eisen- und Metallwarenherstellung												
Männliche Facharbeiter . . .	·	189,4	191,8	+ 1,3	·	93,59	95,51	+ 2,1	·	49,4	49,8	+ 0,8
Männliche angelernte Arbeiter	·	187,2	188,8	+ 0,9	·	96,13	94,83	- 1,4	·	51,4	50,2	- 2,3
Männliche Hilfsarbeiter . . .	·	143,4	144,9	+ 1,0	·	69,12	70,96	+ 2,7	·	48,2	49,0	+ 1,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	·	181,0	181,9	+ 0,5	·	90,25	90,58	+ 0,4	·	49,9	49,8	- 0,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	·	140,6	141,5	+ 0,6	·	67,93	66,39	- 2,3	·	48,3	46,9	- 2,9
Weibl. Hilfsarbeiter	·	128,8	130,3	+ 1,2	·	58,88	60,97	+ 3,5	·	45,7	46,8	+ 2,4
Alle weiblichen Arbeiter . . .	·	130,1	131,5	+ 1,1	·	59,81	61,53	+ 2,9	·	46,0	46,8	+ 1,7
Alle Arbeiter	·	158,9	159,2	+ 0,2	·	76,42	77,05	+ 0,8	·	48,1	48,4	+ 0,6
Elektrotechnische Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	·	187,7	189,8	+ 1,1	·	91,51	94,56	+ 3,3	·	48,7	49,8	+ 2,3
Männliche angelernte Arbeiter	·	173,3	176,4	+ 1,8	·	85,28	88,01	+ 3,2	·	49,2	49,9	+ 1,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	·	141,5	142,5	+ 0,7	·	67,47	68,65	+ 1,7	·	47,7	48,2	+ 1,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	·	181,5	183,8	+ 1,3	·	88,48	91,36	+ 3,3	·	48,7	49,7	+ 2,1
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	·	138,4	138,1	- 0,2	·	64,86	66,51	+ 2,5	·	46,9	48,2	+ 2,8
Weibl. Hilfsarbeiter	·	126,4	126,4	± 0	·	57,97	55,94	- 3,5	·	45,9	44,3	- 3,5
Alle weiblichen Arbeiter . . .	·	129,1	128,9	- 0,2	·	59,46	58,09	- 2,3	·	46,1	45,0	- 2,4
Alle Arbeiter	·	164,2	165,5	+ 0,8	·	78,51	79,51	+ 1,3	·	47,8	48,1	+ 0,6
Feinmechanische und optische Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	·	184,7	183,9	- 0,4	·	89,17	90,39	+ 1,4	·	48,3	49,2	+ 1,9
Männliche angelernte Arbeiter	·	167,4	164,2	- 1,9	·	80,15	79,81	- 0,4	·	47,9	48,6	+ 1,5
Männliche Hilfsarbeiter . . .	·	146,3	144,4	- 1,3	·	69,77	71,39	+ 2,3	·	47,7	49,4	+ 3,6
Alle männlichen Arbeiter . . .	·	177,9	175,4	- 1,4	·	85,65	86,18	+ 0,6	·	48,1	49,1	+ 2,1
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	·	130,5	129,9	- 0,5	·	60,90	62,93	+ 3,3	·	46,7	48,4	+ 3,6
Weibl. Hilfsarbeiter	·	114,1	115,7	+ 1,4	·	54,55	53,31	- 2,3	·	47,8	46,1	- 3,6
Alle weiblichen Arbeiter . . .	·	121,2	121,9	+ 0,6	·	57,31	57,38	+ 0,1	·	47,3	47,1	- 0,4
Alle Arbeiter	·	169,0	166,8	- 1,3	·	81,12	81,37	+ 0,3	·	48,0	48,8	+ 1,7

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Mai 1952 Dpf	August 1952		Juni 1948 RM	Mai 1952 DM	August 1952		Juni 1948 Stunden	Mai 1952 Stunden	August 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau einschl. Eisen- und Stahlkonstruktionsbau												
Männliche Facharbeiter	191,8	192,8	+ 0,5		99,17	101,17	+ 2,0		51,7	52,5	+ 1,5	
Männliche angelernte Arbeiter	172,8	174,4	+ 0,9		84,80	87,20	+ 2,8		49,1	50,0	+ 1,8	
Männliche Hilfsarbeiter	148,5	150,2	+ 1,1		71,47	72,83	+ 1,9		48,1	48,5	+ 0,8	
Alle männlichen Arbeiter	184,1	185,0	+ 0,5		93,57	95,37	+ 1,9		50,8	51,6	+ 1,6	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	127,6	129,4	+ 1,4		58,61	59,33	+ 1,2		45,9	45,9	± 0	
Weibl. Hilfsarbeiter	123,1	124,2	+ 0,9		58,00	58,79	+ 1,4		47,1	47,3	+ 0,4	
Alle weiblichen Arbeiter	124,3	125,0	+ 0,6		58,16	58,88	+ 1,2		46,8	47,1	+ 0,6	
Alle Arbeiter	183,6	184,5	+ 0,5		93,27	95,08	+ 1,9		50,8	51,5	+ 1,4	
darunter:												
Schiffbau einschl. Schiffsmaschinenbau												
Männliche Facharbeiter	192,0	191,9	- 0,1		103,37	104,34	+ 0,9		53,8	54,4	+ 1,1	
Männliche angelernte Arbeiter	168,2	170,7	+ 1,5		84,96	87,27	+ 2,7		50,5	51,1	+ 1,2	
Männliche Hilfsarbeiter	144,5	145,6	+ 0,8		72,96	72,07	- 1,2		50,5	49,5	- 2,0	
Alle männlichen Arbeiter	184,5	184,7	+ 0,1		97,79	98,61	+ 0,8		53,0	53,4	+ 0,8	
Alle Arbeiter	184,2	184,4	+ 0,1		97,57	98,42	+ 0,9		53,0	53,4	+ 0,8	
4. Chemische Industrie												
Männliche Facharbeiter	185,7	184,9	- 0,4		91,16	92,12	+ 1,1		49,1	49,8	+ 1,4	
Männliche angelernte Arbeiter	170,5	169,8	- 0,4		81,87	83,59	+ 2,1		48,0	49,2	+ 2,5	
Männliche Hilfsarbeiter	158,8	158,2	- 0,4		78,30	77,83	- 0,6		49,3	49,2	- 0,2	
Alle männlichen Arbeiter	170,4	169,6	- 0,5		83,30	83,77	+ 0,6		48,9	49,4	+ 1,0	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	116,3	118,0	+ 1,5		52,15	55,05	+ 5,6		44,9	46,7	+ 4,0	
Weibl. Hilfsarbeiter	111,0	111,8	+ 0,7		51,45	52,92	+ 2,9		46,3	47,3	+ 2,2	
Alle weiblichen Arbeiter	111,6	112,6	+ 0,9		51,53	53,18	+ 3,2		46,2	47,2	+ 2,2	
Alle Arbeiter	146,4	146,4	± 0		69,89	71,01	+ 1,6		47,7	48,5	+ 1,7	
5. Kautschuk-Industrie												
Männliche Facharbeiter	216,7	222,4	+ 2,6		106,94	111,41	+ 4,2		49,4	50,1	+ 1,4	
Männliche angelernte Arbeiter	193,9	196,2	+ 1,2		93,21	93,65	+ 0,5		48,1	47,7	- 0,8	
Männliche Hilfsarbeiter	157,4	158,8	+ 0,9		74,81	76,12	+ 1,8		47,5	47,9	+ 0,8	
Alle männlichen Arbeiter	203,3	207,9	+ 2,3		99,05	101,94	+ 2,9		48,7	49,0	+ 0,6	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	142,9	143,4	+ 0,3		67,59	67,47	- 0,2		47,3	47,1	- 0,4	
Weibl. Hilfsarbeiter	124,1	122,6	- 1,2		55,40	55,85	+ 0,8		44,6	45,6	+ 2,2	
Alle weiblichen Arbeiter	135,0	135,8	+ 0,6		62,32	63,16	+ 1,3		46,1	46,5	+ 0,9	
Alle Arbeiter	173,6	175,9	+ 1,3		82,56	84,19	+ 2,0		47,6	47,9	+ 0,6	
6. Mineralöl-Industrie												
Männliche Facharbeiter	201,3	211,0	+ 4,8		99,42	105,34	+ 6,0		49,4	49,9	+ 1,0	
Männliche angelernte Arbeiter	186,7	193,8	+ 3,8		92,38	98,58	+ 6,7		49,5	50,9	+ 2,8	
Männliche Hilfsarbeiter	170,5	178,4	+ 4,6		83,59	88,43	+ 5,8		49,0	49,6	+ 1,2	
Alle männlichen Arbeiter	191,0	199,2	+ 4,3		94,27	99,84	+ 5,9		49,4	50,1	+ 1,4	
Alle Arbeiter	190,4	198,3	+ 4,1		93,94	99,38	+ 5,8		49,3	50,1	+ 1,6	
7. Steine und Erden												
Männliche Facharbeiter	130,6	188,5	193,3	+ 2,5	57,87	100,87	102,95	+ 2,1	44,3	53,5	53,2	- 0,6
Männliche angelernte Arbeiter	132,4	165,7	166,1	+ 0,2	60,39	85,92	86,36	+ 0,5	45,6	51,8	52,0	+ 0,4
Männliche Hilfsarbeiter	122,3	162,3	164,2	+ 1,2	49,85	85,15	85,51	+ 0,4	40,8	52,5	52,1	- 0,8
Alle männlichen Arbeiter	126,5	171,3	173,3	+ 1,2	53,87	89,89	90,74	+ 0,9	42,6	52,5	52,4	- 0,2
Alle Arbeiter	126,5	171,3	173,2	+ 1,1	53,87	89,89	90,63	+ 0,8	42,6	52,5	52,3	- 0,4
8. Glasindustrie												
Männliche Facharbeiter	110,8	163,1	163,4	+ 0,2	55,80	83,82	83,16	- 0,8	50,3	51,4	50,9	- 1,0
Männliche angelernte Arbeiter	112,5	144,3	145,4	+ 0,8	55,56	70,44	70,53	+ 0,1	49,4	48,8	48,5	- 0,6
Männliche Hilfsarbeiter	92,9	133,0	130,0	- 2,3	40,83	64,78	62,89	- 2,9	43,9	48,7	48,4	- 0,6
Alle männlichen Arbeiter	101,9	144,7	144,1	- 0,4	47,56	71,56	70,75	- 1,1	46,7	49,5	49,1	- 0,8
Weibl. Hilfsarbeiter	63,2	94,6	91,8	- 3,0	23,54	43,51	42,91	- 1,4	37,2	46,0	46,7	+ 1,5
Alle weiblichen Arbeiter	64,4	96,4	94,9	- 1,6	24,16	43,93	44,75	+ 1,9	37,5	45,6	47,1	+ 3,3
Alle Arbeiter	95,4	135,1	134,3	- 0,6	42,66	65,72	65,43	- 0,4	44,7	48,6	48,7	+ 0,2

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Mai 1952 Dpf	August 1952		Juni 1948 RM	Mai 1952 DM	August 1952		Juni 1948 Stunden	Mai 1952 Stunden	August 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952
9. Baugewerbe einschl. Baunebengewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	135,6	209,9	206,6	- 1,6	49,80	100,97	99,50	- 1,5	36,7	48,1	48,2	+ 0,2
Männliche angelernte Arbeiter . . .	132,3	190,1	194,0	+ 2,1	49,25	94,02	98,82	+ 5,1	37,2	49,4	50,9	+ 3,0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	116,3	174,9	177,1	+ 1,3	42,23	82,97	86,57	+ 4,3	36,3	47,5	48,9	+ 2,9
Alle männlichen Arbeiter . . .	130,9	201,4	199,1	- 1,1	48,06	96,88	96,64	- 0,2	36,7	48,1	48,5	+ 0,8
Alle Arbeiter	130,9	200,5	197,5	- 1,5	48,06	96,54	95,92	- 0,6	36,7	48,1	48,6	+ 1,0
10. Sägeindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	123,9	185,9	187,8	+ 1,0	48,84	96,15	101,86	+ 5,9	39,4	51,7	54,2	+ 4,8
Männliche angelernte Arbeiter	161,4	161,9	+ 0,3	.	77,69	81,35	+ 4,7	.	48,1	50,2	+ 4,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	104,8	144,6	143,7	- 0,6	45,13	69,75	72,31	+ 3,7	43,0	48,2	50,3	+ 4,4
Alle männlichen Arbeiter . . .	117,0	159,4	158,3	- 0,7	47,10	78,22	81,06	+ 3,6	40,3	49,1	51,2	+ 4,3
Alle Arbeiter	117,0	151,4	150,0	- 0,9	47,10	74,02	75,97	+ 2,6	40,3	48,9	50,7	+ 3,7
11. Bautischlerei, Möbelerstellung und sonstige Holzwaren												
Männliche Facharbeiter . . .	136,7	177,7	178,7	+ 0,6	52,40	79,62	79,33	- 0,4	38,3	44,8	44,4	- 0,9
Männliche angelernte Arbeiter . . .	128,4	146,4	145,0	- 1,0	48,95	58,42	52,46	- 10,2	38,1	39,9	36,2	- 9,3
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,3	133,8	132,1	- 1,3	38,22	50,20	51,43	+ 2,5	35,6	37,5	38,9	+ 3,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	129,1	169,5	171,5	+ 1,2	48,62	73,43	73,85	+ 0,6	37,7	43,3	43,1	- 0,5
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	68,1	111,0	109,6	- 1,3	13,35	39,28	34,69	- 11,7	19,6	35,4	31,7	- 10,5
Alle weiblichen Arbeiter . . .	72,9	111,0	110,2	- 0,7	16,58	38,99	35,15	- 9,8	22,8	35,1	31,9	- 9,1
Alle Arbeiter	125,1	157,8	161,4	+ 2,3	45,04	65,27	65,67	+ 0,6	36,0	41,4	40,7	- 1,7
12. Papierverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter . . .	137,4	195,0	193,4	- 0,8	59,10	96,58	98,09	+ 1,6	43,0	49,5	50,7	+ 2,4
Männliche angelernte Arbeiter . . .	138,5	177,9	175,5	- 1,3	55,90	91,52	91,35	- 0,2	40,4	51,4	52,0	+ 1,2
Männliche Hilfsarbeiter . . .	109,2	154,5	156,5	+ 1,3	44,41	77,22	82,96	+ 7,4	40,7	50,0	53,0	+ 6,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	123,2	173,0	173,2	+ 0,1	51,16	86,45	90,03	+ 4,1	41,5	50,0	52,0	+ 4,0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	81,1	115,8	114,6	- 1,0	30,03	55,09	55,96	+ 1,6	37,0	47,6	48,8	+ 2,5
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	69,7	95,1	96,4	+ 1,4	25,29	45,18	45,98	+ 1,8	36,3	47,5	47,7	+ 0,4
Alle weiblichen Arbeiter . . .	75,9	108,4	109,1	+ 0,6	27,84	51,56	52,89	+ 2,6	36,7	47,5	48,5	+ 2,1
Alle Arbeiter	91,4	124,9	125,5	+ 0,5	34,87	60,11	61,91	+ 3,0	38,1	48,1	49,3	+ 2,5
13. Buchdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	156,9	216,5	219,3	+ 1,3	65,73	105,39	111,09	+ 5,4	41,9	48,7	50,6	+ 3,9
Männliche angelernte Arbeiter . . .	135,7	197,0	199,9	+ 1,5	56,29	96,72	111,31	+ 15,1	41,5	49,1	55,7	+ 13,4
Männliche Hilfsarbeiter	159,4	159,9	+ 0,3	.	77,61	79,15	+ 2,0	.	48,7	49,5	+ 1,6
Alle männlichen Arbeiter . . .	153,8	209,2	211,9	+ 1,3	64,42	101,90	107,89	+ 5,9	41,9	48,7	50,9	+ 4,5
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	92,2	112,2	113,5	+ 1,2	39,50	52,26	53,71	+ 2,8	42,9	46,6	47,3	+ 1,5
Weibl. Hilfsarbeiter	79,7	84,0	+ 5,4	.	38,87	41,29	+ 6,2	.	48,8	49,2	+ 0,8
Alle weiblichen Arbeiter . . .	90,2	108,2	108,8	+ 0,6	38,53	50,66	51,81	+ 2,3	42,7	46,8	47,6	+ 1,7
Alle Arbeiter	134,9	177,9	180,3	+ 1,3	56,84	85,59	89,90	+ 5,0	42,1	48,1	49,9	+ 3,7
14. Flachdruckgewerbe												
Männliche Facharbeiter . . .	162,8	230,5	224,3	- 2,7	66,96	121,02	110,21	- 8,9	41,1	52,5	49,1	- 6,5
Männliche Hilfsarbeiter	172,3	168,0	- 2,5	.	91,82	82,88	- 9,7	.	53,3	49,3	- 7,5
Alle männlichen Arbeiter . . .	159,2	214,3	209,1	- 2,4	64,62	112,96	102,87	- 8,9	40,6	52,7	49,2	- 6,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	120,3	115,2	- 4,2	.	62,47	53,46	- 14,4	.	51,9	46,4	- 10,6
Weibl. Hilfsarbeiter	100,1	99,6	- 0,5	.	46,44	47,77	+ 2,9	.	46,4	47,9	+ 3,2
Alle weiblichen Arbeiter	108,1	109,1	+ 0,9	.	52,39	51,27	- 2,1	.	48,5	47,0	- 3,1
Alle Arbeiter	146,0	172,5	170,1	- 1,4	58,36	87,85	82,19	- 6,4	40,0	50,9	48,3	- 5,1
15. Textilindustrie												
Männliche Facharbeiter . . .	118,7	173,1	169,5	- 2,1	50,95	69,82	82,93	+ 18,8	42,9	40,3	48,9	+ 21,3
Männliche angelernte Arbeiter . . .	104,6	163,2	160,2	- 1,8	43,61	71,79	79,81	+ 11,2	41,7	44,0	49,8	+ 13,2
Männliche Hilfsarbeiter . . .	89,3	142,4	143,1	+ 0,5	37,92	69,08	71,49	+ 3,5	42,5	48,5	50,0	+ 3,1
Alle männlichen Arbeiter . . .	106,2	158,1	157,2	- 0,6	45,00	70,24	77,95	+ 11,0	42,4	44,4	49,6	+ 11,7
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	64,1	123,1	123,1	± 0	24,58	40,68	54,39	+ 33,7	38,3	33,0	44,2	+ 33,9
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	63,7	103,7	105,2	+ 1,4	25,27	40,53	47,19	+ 16,4	39,7	39,1	44,8	+ 14,6
Alle weiblichen Arbeiter . . .	64,0	116,5	117,6	+ 0,9	24,71	40,64	52,21	+ 28,5	38,6	34,9	44,4	+ 27,2
Alle Arbeiter	76,2	128,4	127,7	- 0,5	30,19	47,74	58,23	+ 22,0	39,6	37,2	45,6	+ 22,6

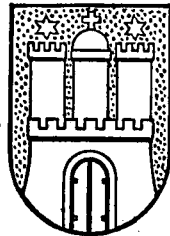
Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Mai 1952 Dpf	August 1952		Juni 1948 RM	Mai 1952 DM	August 1952		Juni 1948 Stunden	Mai 1952 Stunden	August 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Mai 1952
16. Bekleidungs-gewerbe												
Männliche Facharbeiter	117,7	168,0	164,2	- 2,3	47,65	80,36	76,74	- 4,5	40,5	47,8	46,7	- 2,3
Männliche angelernte Arbeiter	131,2	162,9	161,7	- 0,7	52,33	83,06	78,57	- 5,4	39,9	51,0	48,6	- 4,7
Männliche Hilfsarbeiter	117,6	145,3	144,8	- 0,3	44,44	69,84	66,53	- 4,7	37,8	48,1	45,9	- 4,6
Alle männlichen Arbeiter	120,5	162,2	159,9	- 1,4	47,92	79,45	75,58	- 4,9	39,8	49,0	47,3	- 3,5
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,6	114,2	112,4	- 1,6	31,27	53,49	51,26	- 4,2	36,5	46,9	45,6	- 2,8
Weibl. Hilfsarbeiter	82,3	101,0	103,3	+ 2,3	29,69	46,03	44,64	- 3,0	36,1	45,6	43,2	- 5,3
Alle weiblichen Arbeiter	84,3	109,4	109,4	± 0	30,68	50,71	48,99	- 3,4	36,4	46,4	44,8	- 3,4
Alle Arbeiter	95,6	121,3	120,9	- 0,3	35,70	56,96	54,83	- 3,7	37,4	46,9	45,3	- 3,4
17. Lederverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter	123,6	150,3	151,2	+ 0,6	45,84	70,61	69,63	- 1,4	37,1	47,0	46,1	- 1,9
Alle männlichen Arbeiter	121,0	146,4	147,6	+ 0,8	45,24	68,92	68,12	- 1,2	37,4	47,1	46,2	- 1,9
Alle Arbeiter	111,9	138,4	140,6	+ 1,6	41,84	64,28	64,09	- 0,3	37,4	46,4	45,6	- 1,7
18. Nahrungs- und Genußmittel-Industrie												
Männliche Facharbeiter	110,1	187,5	188,5	+ 0,5	54,25	93,06	95,37	+ 2,5	49,3	49,6	50,6	+ 2,0
Männliche angelernte Arbeiter		171,8	173,1	+ 0,8		84,10	84,66	+ 0,7		49,0	48,9	- 0,2
Männliche Hilfsarbeiter	106,2	163,2	163,9	+ 0,4	50,72	80,15	79,90	- 0,3	47,8	49,1	48,7	- 0,8
Alle männlichen Arbeiter	109,6	172,7	173,8	+ 0,6	53,59	85,13	85,82	+ 0,8	48,9	49,3	49,4	+ 0,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	77,9	118,8	119,0	+ 0,2	34,44	53,67	53,14	- 1,0	44,2	45,2	44,7	- 1,1
Weibl. Hilfsarbeiter	60,6	112,5	111,4	- 1,0	25,76	53,73	50,35	- 6,3	42,5	47,8	45,2	- 5,4
Alle weiblichen Arbeiter	63,3	115,0	114,5	- 0,4	27,07	53,71	51,49	- 4,1	42,8	46,7	45,0	- 3,6
Alle Arbeiter	101,8	148,1	147,4	- 0,5	41,82	71,30	69,73	- 2,2	41,1	48,2	47,3	- 1,9
19. Braugewerbe												
Männliche Facharbeiter	113,3	185,7	191,1	+ 2,9	54,20	95,97	94,57	- 1,5	47,9	51,7	49,5	- 4,3
Männliches Fahrpersonal	143,6	231,6	231,0	- 0,3	71,29	116,73	113,90	- 2,4	49,6	50,4	49,3	- 2,2
Männliche angelernte Arbeiter	112,2	175,2	179,3	+ 2,3	54,45	86,79	85,24	- 1,8	48,5	49,5	47,6	- 3,8
Männliche Hilfsarbeiter	101,8	165,1	171,1	+ 3,6	47,63	83,45	82,62	- 1,0	46,8	50,5	48,3	- 4,4
Alle männlichen Arbeiter	122,2	187,9	193,7	+ 3,1	59,09	95,23	94,60	- 0,7	48,3	50,7	48,8	- 3,7
Alle Arbeiter	122,2	187,8	193,6	+ 3,1	59,09	95,19	94,55	- 0,7	48,3	50,7	48,0	- 5,3
20. Kunststoffverarbeitende Industrie												
Männliche Facharbeiter	154,0	196,3	197,7	+ 0,7	63,98	95,55	97,52	+ 2,1	41,5	48,7	49,3	+ 1,2
Männliche angelernte Arbeiter	144,1	171,3	174,4	+ 1,8	61,24	81,66	83,42	+ 2,2	42,5	47,7	47,8	+ 0,2
Männliche Hilfsarbeiter	134,4	158,3	160,5	+ 1,4	49,48	75,10	76,57	+ 2,0	36,8	47,4	47,7	+ 0,6
Alle männlichen Arbeiter	141,6	174,4	177,5	+ 1,8	55,69	83,49	85,60	+ 2,5	39,3	47,9	48,2	+ 0,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,8	135,4	139,5	+ 3,0	35,01	64,63	64,91	+ 0,4	40,8	47,7	46,5	- 2,5
Weibl. Hilfsarbeiter	74,1	116,4	116,8	+ 0,3	27,25	55,24	56,33	+ 2,0	36,8	47,5	48,2	+ 1,5
Alle weiblichen Arbeiter	77,4	119,3	120,5	+ 1,0	29,31	56,69	57,78	+ 1,9	37,8	47,5	47,9	+ 0,8
Alle Arbeiter	112,0	144,5	146,3	+ 1,2	43,26	68,90	70,33	+ 2,1	38,6	47,7	48,1	+ 0,8
Alle Gewerbegruppen												
Männliche Facharbeiter	131,2	199,0	198,8	- 0,1	52,17	98,85	99,88	+ 1,0	39,8	49,7	50,2	+ 1,0
Männliche angelernte Arbeiter	123,8	179,1	180,2	+ 0,6	49,07	88,13	90,11	+ 2,2	39,7	49,2	50,0	+ 1,6
Männliche Hilfsarbeiter	110,2	161,3	163,3	+ 1,2	43,85	78,04	79,81	+ 2,3	40,0	48,4	48,9	+ 1,0
Alle männlichen Arbeiter	126,1	188,5	188,6	+ 0,1	50,11	93,03	94,15	+ 1,2	39,8	49,4	49,9	+ 1,0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	83,1	122,7	122,7	± 0	31,63	54,99	56,57	+ 2,9	38,1	44,8	46,1	+ 2,9
Weibl. Hilfsarbeiter	75,3	114,4	114,8	+ 0,3	29,58	52,53	52,08	- 0,9	39,7	45,9	45,4	- 1,1
Alle weiblichen Arbeiter	78,6	118,1	118,5	+ 0,3	30,71	53,64	54,16	+ 1,0	39,1	45,4	45,7	+ 0,7
Alle Arbeiter	114,7	174,2	174,1	- 0,1	45,46	84,51	85,29	+ 0,9	39,7	48,5	49,0	+ 1,0

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 30. Dezember 1952



Jahrgang 1952 — Heft Nr. 39

Die Kraftfahrzeugwirtschaft in Hamburg

Der ständig steigende Kraftfahrzeugbestand in Hamburg gibt Veranlassung, den Umfang und die Bedeutung der Wirtschaftsbereiche zu untersuchen, deren Existenz und wirtschaftliche Lage weitgehend von der Motorisierung des Verkehrs, d. h. der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes und seinem vielfältigen Bedarf abhängig ist. Es handelt sich hierbei sowohl um Produktionsstätten, die Kraftfahrzeuge oder Teile von Kraftfahrzeugen herstellen, als auch um Handelsbetriebe, die sich mit dem Vertrieb von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugteilen oder deren Zubehör und Bedarf beschäftigen, vor allem aber um die zahlreichen Reparaturwerkstätten sowie um Betriebe, die der Pflege und der Überwachung von Kraftfahrzeugen dienen. Die Art der bei dieser Untersuchung berücksichtigten Betriebe kann in größerer Ausführlichkeit der Vorspalte der Übersicht 1 entnommen werden. Die für diese Untersuchung erforderlichen Daten bietet in erster Linie die Arbeitsstättenzählung. Daneben gibt aber auch die Umsatzsteuerstatistik und für den Bereich der Industrie die Industrieberichtserstattung weitgehend Auskunft.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die gesamte Nachfrage, die durch den Bestand und Bedarf des Hamburger Kraftfahrzeugparks ausgelöst wird, nicht allein durch Betriebe gedeckt wird, die in Hamburg ansässig sind, und daß andererseits die Hamburger Betriebe dieser Wirtschaftsbereiche auch nicht allein für den Hamburger Platzbedarf tätig sind. Dieser Unterschied zwischen dem örtlich aus tretenden Bedarf und der Möglichkeit seiner örtlichen Befriedigung ist im Bereich der Produktion — sei es von Kraftfahrzeugen oder Kraftfahrzeugteilen — besonders groß, denn Hamburg gehört bekanntlich nicht zu den Hauptstandorten der Kraftfahrzeugindustrie.

In allen vom Kraftfahrzeugbestand abhängigen Wirtschaftsbereichen sind in Hamburg durch die Arbeitsstättenzählung insgesamt **1547 Arbeitsstätten** mit **13 114 Beschäftigten** gezählt worden. Als Ar-

beitsstätte galt dabei jede räumlich für sich gelegene Niederlassung (Produktionsbetrieb, Handelsbetrieb, Reparaturwerkstätte u. a. m.). Demgegenüber sind aber nur **1351 Unternehmen** in diesem Wirtschaftsbereich in Hamburg gezählt worden. Die Zahl der Unternehmen ist etwas geringer als die Zahl der Arbeitsstätten, weil manche Unternehmen mehrere örtlich getrennt liegende Arbeitsstätten in Hamburg (Haupt- oder Zweigniederlassungen oder andere örtlich getrennt liegende Betriebsteile) umfassen. Dazu kommt noch, daß manche der in Hamburg gelegenen Arbeitsstätten Zweigniederlassungen auswärtiger Vertretungen sind, andererseits verfügen allerdings auch manche der in Hamburg beheimateten Unternehmen dieser Wirtschaftsbereiche über Niederlassungen außerhalb Hamburgs. Infolge dieser verschiedenen räumlichen Abgrenzung der Unternehmen und Arbeitsstätten kann die Zahl der Beschäftigten in beiden Fällen nicht miteinander übereinstimmen. Die Zahl der Beschäftigten in den in Hamburg gelegenen Unternehmen ist mit 12 499 Personen etwas geringer als die Zahl der Beschäftigten in den hier erfaßten Arbeitsstätten, die 13 114 Personen beträgt. Der Unterschied ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in den auswärtigen Niederlassungen Hamburger Firmen weniger Personen tätig sind als in den Niederlassungen auswärtiger Firmen in Hamburg. Weiterhin muß man aber noch beachten, daß manche der zu diesem Wirtschaftsbereich gehörenden Arbeitsstätten bei einer Zusammenfassung nach Unternehmen nicht berücksichtigt werden können, wenn die Unternehmen gemäß ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt einem anderen Wirtschaftsbereich zugeordnet werden müssen. Diese verschiedene Zuordnung der Arbeitsstätten und Unternehmen hat auch Bedeutung für die Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen bei dieser Untersuchung berücksichtigten Wirtschaftsbereiche, z. B. werden die Beschäftigten einer Reparaturwerkstätte, die einem Produktionsbetrieb angegliedert ist, auch dann, wenn die Werkstätte von dem Produktionsbetrieb örtlich getrennt liegt, bei einer Zu-

sammenfassung der Arbeitsstätten nach Unternehmungen nicht unter der Gruppe Reparaturwerkstätten, sondern unter der Gruppe der Produktionsbetriebe ausgewiesen.

In der Übersicht 1 sind die in Hamburg gelegenen Arbeitsstätten und die hier beheimateten Unternehmungen mit den dazugehörigen Beschäftigten zahlenmäßig nach der Arbeitsstättenzählung 1950 gegenübergestellt. Ferner ist der in den Unternehmungen erzielte Umsatz aufgeführt; es handelt sich hierbei um den durch die Arbeitsstät-

tenzählung 1950 für das Kalenderjahr 1949 ermittelten Umsatz. Der für die Arbeitsstätten angeführte Umsatz (Spalte 7) ist nach dem Verhältnis der Beschäftigten in den Arbeitsstätten und den Unternehmungen innerhalb der einzelnen Tätigkeitsbereiche errechnet worden. Zum Vergleich der im Rahmen der Arbeitsstättenzählung für die Unternehmung ermittelten Umsätze sind außerdem die Umsatzwerte aus der Umsatzsteuerstatistik angeführt (Spalte 4). Diese Umsätze decken sich im wesentlichen mit denen, die durch die Arbeitsstättenzählung ermittelt wurden.

Übersicht 1

Das von der Motorisierung abhängige Gewerbe nach Anzahl der Unternehmungen, Arbeitsstätten und den darin Beschäftigten sowie nach den Umsätzen

Gewerbeklasse	Unternehmungen nach der Arbeitsstättenzählung			Umsätze nach der Umsatzsteuerstatistik	Arbeitsstätten (örtl. Einheiten) nach der Arbeitsstättenzählung		
	Anzahl	darin Beschäftigte	Umsatz in 1000 DM i. Jahre 1949	in 1000 DM i. Jahre 1949	Anzahl	darin Beschäftigte	Umsatz in 1000 DM ¹⁾ i. Jahre 1949
	1	2	3	4	5	6	7
1. Produktion							
2610 Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren	6	2 328	38 536	39 802,9	7	2 008	33 238
2620 Herstellung von Kraftfahrzeugteilen u. -zubehör	20	754	6 172	6 188,9	22	759	6 213
2630 Bau von Kraftfahrzeugkarosserien und -anhängern	52	1 056	13 794	11 877,5	54	966	12 618
Zusammen	78	4 138	58 502	57 869,3	83	3 733	52 069
2. Handel und Vertrieb							
Teil aus 6321 Großhandel mit Kraftfahrzeugen, Kfz-Teilen und -zubehör	27	1 371	70 515	73 820,8	28	1 054	50 613
davon:							
Reiner Großhandel	13	111	19 628	.	14	68	12 024
Groß- und Einzelhandel	3	9	409	.	3	9	409
Großhandel mit Reparaturwerkstätten	5	443	13 545	.	5	428	13 086
Groß- u. Einzelhandel mit Reparaturwerkstätten	6	808	36 933	.	6	549	25 094
Teil aus 6343 Großhandel mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör	62	579	25 890	22 241,6	71	551	24 209
davon:							
Reiner Großhandel	52	424	18 384	.	61	423	18 340
Groß- und Einzelhandel	1	6	257	.	1	6	257
Großhandel mit Reparaturwerkstätten	5	79	2 871	.	5	77	2 798
Groß- u. Einzelhandel mit Reparaturwerkstätten	4	70	4 378	.	4	45	2 814
6475 Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen	114	1 068	32 414	26 156,4	132	975	29 591
6476 Einzelhandel mit Kfz.-Bedarf	59	306	6 243	5 683,5	66	315	6 426
6715 Handelsvermittler und Handelsmakler für Fahrzeuge und deren Zubehör	140	320	4 053	3 659,6	169	356	4 509
Zusammen	402	3 644	139 115	131 561,9	466	3 251	115 348
3. Reparatur, Wartung u. Betriebsmittelversorgung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrunterricht, private Kfz.-Überwachung; Garagen							
2681 Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten	450	3 035	34 455	37 662,7	503	4 262	48 386
Teil aus 3540 Vulkanisier- und Reparaturanstalten	34	114	2 012	1 900,2	41	154	2 718
Teil aus 2750 Elektro- und Zündlichtwerkstätten für Kraftfahrzeuge	36	233	3 152	3 127,2	37	261	3 531
Teil aus 5724 Autolackierereien	12	110	885	847,9	14	114	918
6477 Tankstellen (ohne Garagenbetrieb)	137	453	7 203	4 880,1	179	560	8 904
6730 Kraftfahrunterricht und private Kraftfahrzeugüberwachung	58	102	897	966,8	64	112	985
8740 Garagenbetriebe (einschließlich betriebseigener Tankstellen)	144	670	9 332	8 559,6	160	667	9 290
Zusammen	871	4 717	57 936	57 944,5	998	6 130	74 732
1.—3. Insgesamt	1 351	12 499	255 553	247 375,7	1 547	13 114	242 149

¹⁾ errechnet nach dem Umsatz je Beschäftigten der Unternehmungen.

Die Zahl der Arbeitsstätten ist im gesamten Bereich des von der Motorisierung des Verkehrs abhängigen Gewerbes am größten bei der Kraftfahrzeugreparatur (Kl. 2681). Dagegen werden die weitaus größten Umsätze im Handel und hier wiederum im Großhandel erzielt. Die verschiedene Bedeutung und Struktur der einzelnen Wirtschaftsbereiche soll im folgenden noch näher erläutert werden.

1. Produktion von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern, Kraftfahrzeugteilen und -zubehör

In diesem Bereich wurden durch die Arbeitsstättenzählung nur 83 Betriebe ermittelt, wovon einige allerdings sehr bedeutend sind. Die größten Betriebe sind in der Klasse 2610 (Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren) zu verzeichnen. In dieser Klasse geben 2 Industriebetriebe der Größenklasse „200 und mehr Beschäftigte“ mit zusammen 1868 beschäftigten Personen den Ausschlag. Ein Großbetrieb mit 620 Beschäftigten tritt in der Klasse 2620 (Herstellung von Kraftfahrzeugbestandteilen und

-zubehör) hervor. In der Gruppe 2630 (Bau von Kraftfahrzeugkarosserien und -anhängern) ist die handwerkliche Tätigkeit von relativ großer Bedeutung; von insgesamt 54 Betrieben mit 966 Beschäftigten waren hier 47 Handwerksbetriebe mit 544 beschäftigten Personen.

Die Arbeitsstättenzählung kann nur ein Zustandsbild für einen bestimmten Stichtag bieten. Eine Darstellung der Entwicklung im zeitlichen Verlauf vermag sie nicht zu geben. Diese Lücke kann im Hinblick auf die Umsatzentwicklung durch die Umsatzsteuerstatistik geschlossen werden. Hier zeigt sich, daß die Umsätze der Klasse 2610 (Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren) von 39 803 000 D-Mark im Jahre 1949 auf 86 193 000 DM im Jahre 1951 oder um 116,5 v. H. gestiegen sind. In der Herstellung von Kraftfahrzeugteilen und -zubehör (2620) zeigt sich dagegen ein Rückgang des Umsatzes von 6 189 000 DM auf 2 811 000 DM oder eine Abnahme von 54,6 v. H. In der Klasse 2630 (Bau von Kraftfahrzeugkarosserien und -anhängern) erhöhte sich der 1949er Umsatz (11 878 000 DM) dagegen um 71,9 v. H.

Übersicht 2

Die Produktionsstätten von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern, Kraftfahrzeugteilen und -zubehör nach Betriebsarten und Größenklassen

Gewerbeklasse	a) Zusammen b) Handwerk c) Industrie und Klein- gewerbe	Gesamtzahl		Davon Arbeitsstätten mit . . . Personen									
		Be- triebe	Beschäf- tigten	1-9		10-49		50-99		100-199		200 und mehr	
				Be- triebe	Beschäf- tigte	Be- triebe	Beschäf- tigte	Be- triebe	Beschäf- tigte	Be- triebe	Beschäf- tigte	Be- triebe	Beschäf- tigte
2610 Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren	a	7	2 008	3	14	1	22	—	—	1	104	2	1 868
	b	3	14	3	14	—	—	—	—	—	—	—	—
	c	4	1 994	—	—	1	22	—	—	1	104	2	1 868
2620 Herstellung von Kraftfahr- zeugbestandteil, u. -zubehör	a	22	759	16	49	5	90	—	—	—	—	1	620
	b	17	89	13	33	4	56	—	—	—	—	—	—
	c	5	670	3	16	1	34	—	—	—	—	1	620
2630 Bau von Kraftfahrzeug- karosserien u. -anhängern	a	54	966	30	122	19	390	4	240	—	—	1	214
	b	47	544	29	113	15	272	3	159	—	—	—	—
	c	7	422	1	9	4	118	1	81	—	—	1	214
Insgesamt	a	88	3 733	49	185	25	502	4	240	1	104	4	2 702
	b	67	647	45	160	19	328	3	159	—	—	—	—
	c	16	3 086	4	25	6	174	1	81	1	104	4	2 702

Übersicht 3

Umsätze in der Produktion von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugteilen, -anhängern und -zubehör

Gewerbeklasse	Basis	1949	1950	1951
2610 Bau v. Kraftfahr- zeugen u. deren Motoren	1000 DM v. H.	39 802,9 100	65 044,7 163,4	86 193,1 216,5
2620 Herstellung von Kraftfahrzeug- teilen u. -zubeh.	1000 DM v. H.	6 188,9 100	4 841,1 78,2	2 810,7 45,4
2630 Bau von Kraft- fahrzeugkarosse- rien u. -anhang.	1000 DM v. H.	11 877,5 100	14 617,2 123,1	20 412,6 171,9
Insgesamt	1000 DM v. H.	57 869,3 100	84 503,0 146,0	109 416,4 189,1

Zu dieser Aufstellung muß bemerkt werden, daß Umsätze unter 20 000 DM im Jahr, die von der Umsatzsteuerstatistik nicht erfaßt werden, in Verbindung mit der Arbeitsstättenzählung entsprechend der Gesamtentwicklung der Umsätze aufgeschätzt sind.

Neben der Umsatzsteuerstatistik vermag auch die Industriestatistik etwas über die Produktionsentwicklung auszusagen. Die Industriebereichterstattung stützt sich nur — wie der Name sagt — auf Industriebetriebe. Es sind jedoch nur solche Betriebe an den monatlichen Meldungen beteiligt, die 10. und mehr Beschäftigte aufweisen. Im gesamten Fahrzeugbau liegen für die Jahre 1949 bis 1951 folgende Indexwerte, Beschäftigtenzahlen und Umsätze vor:

	Produkt.- Index ¹⁾	Beschäftigte ²⁾	Umsätze in 1000 DM
1936	100		
1949	136,3	2427	50 855
1950	264,3	2878	73 426
1951	260	2832	84 562

Diese Zahlen zeigen, daß nach einem relativ starken Produktionsanstieg von 1949 auf 1950 ein leichter Rückgang der Produktionstätigkeit eingetreten ist, denn sowohl Produktionsindex als auch Beschäftigte nahmen von 1950 auf 1951 leicht ab. **Die Umsätze stiegen dagegen von 1950 auf 1951 weiter an**, wenn auch nicht in dem durch die Umsatzsteuerstatistik ausgewiesenen Maß. Die Umsatzsteuerstatistik weist nämlich von 1950 auf 1951 im Bereich der Herstellung eine **Zunahme der Umsätze von 24,9 Millionen DM oder 29,5 v. H.** aus, während die Industrieberichterstattung eine **Zunahme von 15,2 v. H.** aufzeigt. Diese unterschiedliche Steigerung muß auf die verschiedenartige Produktionsentwicklung in der Industrie und im Handwerk zurückgeführt werden, denn die Umsatzsteuerstatistik erfaßt neben den Industriebetrieben auch Handwerksbetriebe.

2. Handel und Vertrieb

Die im Handel und Vertrieb tätigen Personen (3251) bleiben nur um 482 Beschäftigte hinter der Beschäftigtenzahl in der Produktion zurück. In den Arbeitsstätten des Hamburger **Großhandels** sind **1605 Personen** beschäftigt, denen ein **Umsatz von rd. 75 Millionen** zuzuordnen ist. Der Umsatz der Hamburger Unternehmungen beläuft sich dagegen auf rd. 96 Mill. DM, wovon ein Teil auf die außerhalb Hamburgs gelegenen Filialen entfällt. Eine nähere Betrachtung der einzelnen Sparten des Großhandels zeigt, daß sowohl der Großhandel mit Kfz-Teilen als auch der Großhandel mit Kraftfahrzeugen vielfach mit einer Reparaturwerkstatt verbunden ist. Häufig ist auch die Kombination von Groß-, Einzelhandel und Reparaturbetrieben gegeben. Der Kundendienst im Kraftfahrzeughandel verlangt neben sachkundiger Beratung auch die Möglichkeit der Reparatur und Instandsetzung am Platze.

Die Arbeitsstätten des **Kraftfahrzeugeinzelhandels**, die als letztes Glied in der Verteilerkette den Kunden beliefern, verfügen in Hamburg über **132 Arbeitsstätten mit 975 Beschäftigten**. Der **Jahresumsatz 1949**, der diesen Arbeitsstätten zugeordnet werden muß, beläuft sich auf **rund 29,6 Millionen D-Mark**.

Im **Einzelhandel mit Kraftfahrzeugbedarf** sind **66 Arbeitsstätten mit 315 Beschäftigten**, auf die ein **Umsatz von 6,4 Millionen DM** entfällt, zu verzeichnen. **169 Handelsmakler** weisen 356 Beschäftigte und einen Umsatz von 4,5 Mill. DM aus.

Seit 1950 zeigt sich im Handel und Vertrieb eine Umsatzzunahme, die jedoch hinter der Umsatzsteigerung der Produktion zurückbleibt. Am stärksten ist die Umsatzsteigerung im Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen. An zweiter Stelle folgt der Großhandel mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör.

¹⁾ Arbeitstägliches Produktionsindex im Jahresdurchschnitt.

²⁾ Monatliche Beschäftigung im Jahresdurchschnitt.

Übersicht 4

Umsätze im Handel und im Vertrieb

Gewerbeklasse	Basis	1949	1950	1951
Teil aus 6321 Großhandel mit Kraftfahrzeugen, Kfz.-Teilen u. -zubeh.	1000 DM v. H.	73 820,8 100	85 273,1 115,5	91 447,1 123,9
Teil aus 6343 Großhandel mit Kraftfahrzeugteilen u. zubehör	1000 DM v. H.	22 241,6 100	22 082,9 99,3	28 956,5 130,2
6475 Einzelhandel m. Kraftfahrzeugen	1000 DM v. H.	26 156,4 100	37 914,2 145,0	45 419,2 173,6
6476 Einzelhandel m. Kfz.-Bedarf	1000 DM v. H.	5 683,5 100	5 507,8 97,0	6 767,3 119,1
6715 Handelsvertreter u. Handelsmakler f. Fahrzeuge u. deren Zubehör	1000 DM v. H.	3 659,6 100	4 047,9 110,6	5 060,8 138,3
Insgesamt	1000 DM v. H.	131 561,9 100	154 825,9 117,7	177 650,9 135,0

3. Reparatur, Wartung und Betriebsmittelversorgung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrunterricht, private Kraftfahrzeugüberwachung, Garagen

Die zahlenmäßig größte Bedeutung haben in diesem Bereich die **Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten** (Kl. 2681). In 503 Arbeitsstätten wurden hier am Volkszählungstichtag 4262 Personen gezählt.

Darüber hinaus sind durch die Arbeitsstättenzählung 14 **Autolackierereien** mit 114 Beschäftigten und 37 **Elektro- und Zündlichtwerkstätten** für Kraftfahrzeuge mit 261 Beschäftigten ermittelt worden. Ferner wurden in 41 **Vulkanisier- und Bereifungsreparaturanstalten** 154 Personen beschäftigt.

Der Betriebsmittelversorgung und Wartung der Kraftfahrzeuge dienen 179 **Tankstellen**, ohne Garagenbetriebe mit betriebseigenen Tankstellen, in denen 667 Personen beschäftigt waren (vgl. Übersicht 1).

Die Beschäftigtenzahlen der Arbeitsstättenzählung im Kraftfahrzeughandwerk können durch die Ergebnisse der Berufszählung bereichert werden. Es ist allerdings zu beachten, daß die Berufszählung die in Hamburg wohnenden Erwerbstätigen zählt, während die Arbeitsstättenzählung alle in Hamburg beschäftigten Personen umfaßt. Die Arbeitsstättenzählung berücksichtigt also auch diejenigen Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs haben und mit den Nahverkehrsmitteln täglich ihre Hamburger Arbeitsstätte aufsuchen. Andererseits werden die Personen nicht erfaßt, die zwar in Hamburg wohnen, aber ihre Arbeitsstätte außerhalb Hamburgs haben. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die in der Berufszählung ausgewiesenen Kraftfahrzeughandwerker nicht genau mit den Beschäftigten einer bestimmten Wirtschaftsklasse der Arbeitsstättenzählung übereinstimmen

können. Kraftfahrzeughandwerker sind zwar in erster Linie in Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten (Kl. 2681) tätig, daneben aber noch in vielen anderen Wirtschaftsgruppen, und so auch in den Wirtschaftsbereichen, die nicht Gegenstand dieser Abhandlung sind. Dies ist zu beachten, wenn die Berufszählungsergebnisse zur Ergänzung herangezogen werden.

Die Berufszählung weist **5132 Kraftfahrzeughandwerker** aus, wovon 4641 Personen in Arbeit standen. Es waren also am Volkszählungstichtag 9,5 v. H. der

Kraftfahrzeughandwerker erwerbslos. Betrachtet man die Altersgliederung der Erwerbstätigen, so zeigt sich, daß von den insgesamt 4641 Erwerbstätigen 51,5 v. H. im Alter von 15 bis 30 Jahren standen. Setzt man die arbeitslosen Kraftfahrzeughandwerker dieser Jahrgänge (254 Personen) zu allen erwerbslosen Kraftfahrzeughandwerkern in Beziehung, ergibt sich mit 51,7 v. H. ein annähernd gleicher Anteil. Im einzelnen geht der Altersaufbau der Kraftfahrzeughandwerker aus nachstehender Übersicht hervor:

Übersicht 5 **Altersaufbau der Kraftfahrzeughandwerker**
(Berufsnummer 2673)

Altersgruppe in Jahren	Erwerbspersonen			Von den Erwerbspersonen sind								
	insgesamt	davon		Erwerbstätige						Arbeitslose		
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	selbständige		Abhängige		männlich	weiblich	
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
unter 15	4	4	—	4	—	—	—	—	4	—	—	—
15 bis unter 18	670	666	4	659	4	—	—	—	659	4	7	—
18 " " 20	523	519	4	489	4	—	—	—	489	4	30	—
20 " " 25	774	771	3	643	2	5	—	—	638	2	128	1
25 " " 30	676	675	1	587	1	10	—	—	577	1	88	—
30 " " 35	466	466	—	418	—	21	—	—	397	—	48	—
35 " " 40	514	514	—	476	—	55	—	—	421	—	38	—
40 " " 45	547	545	2	494	2	100	1	—	394	1	51	—
45 " " 50	427	425	2	395	—	85	—	—	310	—	30	2
50 " " 55	252	251	1	218	1	62	1	—	156	—	33	—
55 " " 60	145	145	—	125	—	37	—	—	88	—	20	—
60 " " 65	91	91	—	79	—	26	—	—	53	—	12	—
65 und mehr	43	43	—	40	—	21	—	—	19	—	3	—
Insgesamt	5132	5115	17	4627	14	422	2	4205	12	488	3	

Die steigende Motorisierung des Verkehrs in den Jahren 1949 bis 1951 kommt vor allem in den **Umsätzen der Tankstellen** zum Ausdruck. Die Umsätze der Tankstellen (ohne Garagenbetriebe) stiegen nämlich von 4,9 Mill. DM im Jahre 1949 auf 11,0 Millionen DM im Jahre 1951 oder **um 126 v. H.** Bei den Garagenbetrieben mit betriebseigenen Tankstellen

stiegen die Umsätze von 8,6 Mill. DM auf 16,0 Millionen DM oder **um 87 v. H.**

Demgegenüber nahmen die Umsätze der Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten, Vulkanisieranstalten und Autolackierereien in geringerem Umfang zu.

Bahlert, Dipl.-Volkswirt

Übersicht 6 **Umsätze in den Bereichen Reparatur, Wartung und Betriebsmittelversorgung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrunterricht, private Kfz-Überwachung, Garagen**

Gewerbeklasse	Basis	1949	1950	1951
2681 Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten	1000 DM v. H.	37 662,7 100	40 889,3 108,6	46 971,6 124,7
Teil aus 2750 Elektro- und Zündlichtwerkstätten für Kraftfahrzeuge	1000 DM v. H.	3 127,2 100	3 078,8 98,5	3 628,5 116,0
Teil aus 3540 Vulkanisier- und Reparaturanstalten	1000 DM v. H.	1 900,2 100	1 741,7 91,7	2 336,6 123,0
Teil aus 5724 Autolackierereien	1000 DM v. H.	847,9 100	961,3 113,4	1 176,0 138,7
6477 Tankstellen (ohne Garagenbetrieb)	1000 DM v. H.	4 880,1 100	11 378,7 233,2	11 031,2 226,0
8730 Kraftfahrunterricht und private Kraftfahrzeugüberwachung	1000 DM v. H.	966,8 100	1 031,2 106,7	1 257,0 130,0
8740 Garagenbetriebe (einschl. betriebseigener Tankstellen)	1000 DM v. H.	8 559,6 100	12 943,1 151,2	16 006,8 187,0
Insgesamt	1000 DM v. H.	57 944,5 100	72 024,1 124,3	82 407,7 142,2

Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeug-Anhängern in Hamburg am 1. Juli 1951
nach dem Gewerbe oder der Berufsstellung der Halter
 (ohne Bundesbahn und Bundespost)

Gewerbe oder Berufsstellung der Halter	Krafträder	Personen- kraftwagen	Last- kraftwagen	Zug- maschinen	Kraft- fahrzeuge ¹⁾ zusammen	außerdem Kraft- fahrzeug- Anhänger	Von 100 Kraftfahrzeugen sind			
							Kraft- räder	Pers.- kraft- wagen	Last- kraft- wagen	Zug- ma- schinen
Industrie	383	4 990	3 699	244	9 316	2 135	4,11	53,56	39,71	2,62
Handwerk	1 178	3 321	3 747	39	8 285	1 205	14,22	40,08	45,23	0,47
Groß-, Ein- und Ausfuhr- handel	495	6 346	4 555	271	11 667	2 149	4,24	54,39	39,05	2,32
Einzelhandel	1 365	7 405	4 037	272	13 079	1 784	10,43	56,62	30,87	2,08
Handel zusammen	1 860	13 751	8 592	543	24 746	3 933	7,52	55,57	34,72	2,19
Banken und Versicherungen	23	388	22	—	433	5	5,31	89,61	5,08	—
Energiewirtschaft	75	243	173	3	494	73	15,18	49,19	35,02	0,61
Gewerblicher Verkehr	266	3 013	5 370	491	9 140	4 528	2,91	32,96	58,76	5,37
darunter:										
Kraftfahrgewerbe, Fuhrge- werbe, Fahrlehrer	188	2 359	4 477	401	7 425	3 760	2,53	31,77	60,30	5,40
Spedition und Lagerei			811	80	891	716	—	—	91,02	8,98
Land-, Forst- Fischwirtschaft, Molkereibetriebe	225	320	586	338	1 469	328	15,32	21,78	39,89	23,01
darunter:										
Bauern und Landwirte	151	138	129	276	694	164	21,76	19,88	18,59	39,77
Kultur-, Gesundheits-, Rechtswesen und Technik	820	3 583	278	24	4 705	146	17,43	76,15	5,91	0,51
darunter:										
freiberuflich Tätige	791	3 089	—	—	3 880	—	20,39	79,61	—	—
Kirchen, kirchl. Einrichtungen Behörden, Wirtschafts- und Zweckverbände	36	44	4	—	84	—	42,86	52,38	4,76	—
Beamte im öffentl. Dienst und Angehörige der Polizei	789	298	14	—	1 101	5	71,66	27,07	1,27	—
Angestellte	3 065	1 838	114	—	5 017	42	61,09	36,64	2,27	—
Arbeiter	7 190	153	63	1	7 407	9	97,07	2,07	0,85	0,01
Berufslose und Unbekannt	573	533	408	23	1 537	127	37,28	34,68	26,54	1,50
Insgesamt	16 779	33 298	23 462	1 734	75 273	12 682	22,29	44,24	31,17	2,30

¹⁾ ohne Kraftomnibusse, Kraftstoffkesselwagen und Sonderfahrzeuge.

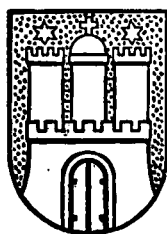
Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 31. Dezember 1952



Jahrgang 1952 – Heft Nr. 40

- INHALT: 1. Die allgemeinbildenden Schulen in der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahl in der Allgemeinen Volksschule von 1952 bis 1965

Die allgemeinbildenden Schulen in der Freien und Hansestadt Hamburg

(Ergebnisse der Erhebung nach dem Stande vom 15. Mai 1952)

Vorbemerkung

Seit 1948 wird jährlich am 15. Mai eine Erhebung an den **allgemeinbildenden** und an den **Sonderschulen** in den Ländern der Bundesrepublik durchgeführt. Diese Schulen sind in Hamburg Teile der „Allgemeinen Volksschule“, die durch das „Gesetz über das Schulwesen der Hansestadt Hamburg“ vom 25. Oktober 1949 beschlossen wurde.

Bei der Erhebung wurden neben den **öffentlichen** Schulen auch die **privaten** Schulen, nämlich die Schulen der Römisch-katholischen Gemeinde und die Rudolf-Steiner-Schule erfaßt.

Die in Hamburg zur „Allgemeinen Volksschule“ gehörenden berufsbildenden Schulen (Berufs- und Berufsfachschulen) werden hier nicht besprochen, da für sie jährlich eine gesonderte Erhebung nach dem Stand vom 15. November durchgeführt wird.

Auch auf die gemäß § 5 (3) des Schulgesetzes eingerichteten Schulkindergärten, die von schulpflichtigen, aber körperlich und geistig noch nicht genügend entwickelten Kindern besucht werden, wird in dieser Darstellung nicht näher eingegangen.

A. Die allgemeinbildenden Schulen

Zahl und Art der allgemeinbildenden Schulen

Bevor auf die Jahreserhebung 1952 im einzelnen eingegangen wird, soll eine kurze Darstellung über die besondere Entwicklung des Hamburger Schulwesens zur sogenannten „Einheitsschule“ gegeben werden.

Bis zum Jahre 1949 galten auch in Hamburg die allgemein üblichen Bezeichnungen: Volksschule, Oberbau der Volksschule (= Mittelschule) und Höhere Schule (wie z. B. Oberrealschule, Gymnasium). Die Mittelschule war zwar keine hambur-

gische Einrichtung, sondern wurde hier erst nach den Gebietsumgliederungen auf Grund des Groß-Hamburg-Gesetzes von 1937 von den ehemals preußischen Gebieten übernommen.

Jedes schulpflichtige Kind hatte zunächst 4 Grundschulklassen zu besuchen. Am Ende der Grundschule fand eine Ausleseprüfung statt, an der alle Kinder teilnahmen, die die Höhere Schule besuchen sollten. Kinder, die diese Ausleseprüfung bestanden, traten damit zur Höheren Schule über. Diese schloß nach erfolgreichem Besuch (Klasse 5 bis 12) mit dem Reifezeugnis (Abitur) ab. Am Ende der 6. Klasse der

Volksschule wurden in einer nochmaligen Auslese die Kinder bestimmt, die von der 7. Klasse an den „Oberbau der Volksschule“ besuchen sollten. Der Oberbau gab den Kindern nach vierjährigem Besuch (Klasse 7 bis 10) das Abschluszeugnis des Oberbaus (Mittlere Reife). Die von den beiden Auslesen nicht erfaßten Schüler setzten ihre Ausbildung in der Volksschule (Klasse 5 bis 8 — seit 1946 Klasse 5 bis 9) fort.

So war es bis zum Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes vom Oktober 1949. Dieses Gesetz brachte eine Neuregelung des gesamten Hamburger Schulwesens. Nicht nur die bekannten Begriffe wurden durch andere ersetzt, auch die innere Struktur der Schulen wurde nach neuen pädagogischen und sozialen Gesichtspunkten neu gestaltet.

Die wesentlichste Neuerung, die das Schulwesen in Hamburg (sowie in Bremen und Berlin) von demjenigen in anderen Bundesländern unterscheidet, ist die Verlängerung der Grundschulpflicht von 4 auf 6 Jahre. An diese 6jährige Grundschule schließt sich die Oberschule an. Die neue Oberschule erläutert der § 14 des Schulgesetzes:

Die Oberschule gliedert sich in

- die Praktische Oberschule mit dreijährigem Vollunterricht mit anschließendem Teilunterricht in der Berufsschule oder Vollunterricht in der Berufsfachschule,
- die Technische Oberschule mit vierjährigem Vollunterricht und anschließendem Teilunterricht in der Berufsschule oder Vollunterricht in der Berufsfachschule,
- die Wissenschaftliche Oberschule mit 7 Jahren Vollunterricht.

Jeder Schüler, der eine Hamburger Schule besucht, wird damit normalerweise nach Beendigung der Grundschule Schüler einer Oberschule.

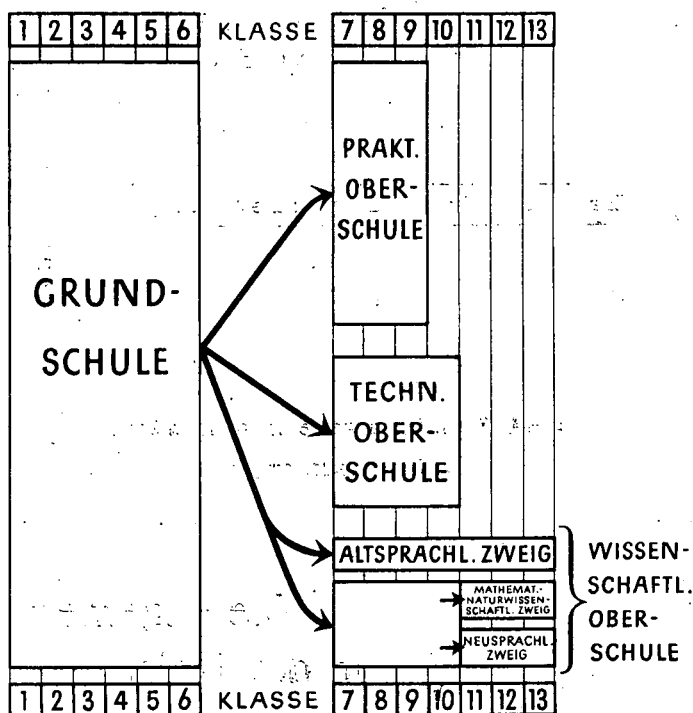
Die Praktische Oberschule wird er besuchen, wenn er überwiegend praktisch begabt ist und für einen solchen Beruf geeignet erscheint.

Die Technische Oberschule ist für solche Schüler vorgesehen, die überwiegend für die praktische Anwendung theoretischer Kenntnisse eine Begabung zeigen und beispielsweise technische, kaufmännische, Verwaltungs- oder soziale Berufe ergreifen wollen.

Den Schülern der Praktischen und Technischen Oberschule, deren Eignung für die wissenschaftliche Arbeit erst später erkannt wird, ist aber auch die Möglichkeit gegeben, entweder in besonderen Bildungsgängen der Berufsschulen und der Berufsfachschulen oder nach Abschluß der Berufsausbildung durch die Abendoberschule das Reifezeugnis zu erlangen.

Die Wissenschaftliche Oberschule gabelt sich in einen altsprachlichen, einen neusprachlichen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug, schließt mit der Reifeprüfung ab und eröffnet je nach Wahl des Zuges den überwiegend theoretisch-wissenschaftlich begabten Schülern die verschiedensten Berufsmöglichkeiten, insbesondere über das Studium an Universitäten und Hochschulen.

Aufbau der allgemeinbildenden Schulen in Hamburg nach dem Schulgesetz vom 25. Oktober 1949



Für den altsprachlichen Zweig der Wissenschaftlichen Oberschule müssen sich die Eltern bereits vor der Aufnahme in die 7. Klasse (Anfangsklasse) entscheiden. In Hamburg sind nur 6 Schulen mit altsprachlichem Zweig vorhanden, nämlich die Kloster-Schule im Westfalensweg, die Hansa-Schule in Bergedorf, das Wilhelm-Gymnasium am Kaiser-Friedrich-Ufer, die Oberschule für Jungen in Harburg, das Christianeum in Groß-Flottbek und die Gelehrtenschule des Johanneums in der Maria-Louisen-Straße. Der neusprachliche Zweig und der math.-naturwissenschaftliche Zweig sind jeweils in einer Schule vereinigt. Für einen dieser Zweige entscheidet man sich erst nach Beendigung der 10. Klasse.

Als Ideallösung gilt die Vereinigung aller Schulzweige — also der Grundschule und der 3-Oberschulen — in jeweils einer Schule. Aber das ist ein Fernziel. Z. Zt. liegt eine solche Vereinigung nur vor in der Schule im Alstertal in Fuhlsbüttel, Erdkampsweg 89, und in der Schule Wellingsbüttel, Stränge 5. Eine Vereinigung der drei Oberschulzweige — also ohne Grundschule — besteht in der Albrecht-Thaer-Schule, Holstenglacis 6: 58 v. H. der öffentlichen Schulen vereinigen in sich jedoch nur die Grundschule und die Praktische Oberschule, 28 v. H. außerdem noch die Technische Oberschule. Der schwierigste Faktor, der zur Verbindung aller Schulzweige in einer Schule zu überwinden ist, bleibt die Schulraumnot. Die durch den Krieg gerissene Lücke — 60 v. H. des Vorkriegsbestandes der Volksschulen und 50 v. H. der Oberschulen waren am Ende des Krieges total zerstört oder beschädigt — wird erst allmählich geschlossen werden können.

Übersicht 1

Die Gliederung der allgemeinbildenden Schulen in Hamburg

Schulen	Zahl der Schulen										
	überhaupt	reine Grundschulen	davon sind							zusammen	davon mit
			Grund- und Oberschulen				reine Oberschulen				
			zusammen	davon mit			zusammen	davon mit			
P. O.	P. O. T. O.	P. O. T. O. W. O.		W. O.	P. O. T. O. W. O.	W. O.					
Öffentl. Schulen	314	3	273	184	87	2	—	38	1	37	
Private Schulen	15	1	12	11	—	—	1	2	—	2	
Zusammen	329	4	285	195	87	2	1	40	1	39	

Erläuterung: P.O. = Praktische Oberschule, T.O. = Technische Oberschule, W.O. = Wissenschaftliche Oberschule

Die Schüler und Klassen an den allgemeinbildenden Schulen

Insgesamt wurden am 15. Mai 1952 in allen hamburgischen allgemeinbildenden Schulen 208 677 Schüler gezählt. Davon besuchten 201 611 Schüler oder 96,8 v. H. öffentliche Schulen und 7066 (3,2 v. H.) private Schulen. In der Rudolf-Steiner-Schule wurden 1027 Schüler gezählt, davon wurden

554 Schüler der Grundschule und 473 Schüler der Wissenschaftlichen Oberschule zugerechnet. Wenn auch der Charakter dieser Schule von dem der übrigen Schulen abweicht, so sind die Schüler dieser Anstalt stets in den Zahlen über die privaten Schulen enthalten, um ein Gesamtbild über die Schüler in den allgemeinbildenden Schulen Hamburgs zu gewinnen.

Übersicht 2

Schüler und Klassen nach Schulzweigen

Schulzweig	Schüler			Klassen	Schüler je Klasse
	männlich	weiblich	zusammen		
Öffentliche Schulen					
Grundschule	68 187	65 907	134 094	3 339	40,2
Prakt. Oberschule	17 814	18 193	36 007	997	36,1
Hilfsschulklassen	455	276	731	34	21,5
Techn. Oberschule	7 423	7 762	15 185	434	35,0
Wissensch. Oberschule	9 086	6 508	15 594	600	26,0
Zusammen	102 965	98 646	201 611	5 404	37,3
dagegen 1951	101 046	99 408	203 454	5 414	37,6
Private Schulen					
Grundschule	2 527	2 466	4 993	121	41,3
Prakt. Oberschule	567	626	1 193	34	35,1
Techn. Oberschule	—	—	—	—	—
Wissensch. Oberschule	456	424	880	28	31,4
Zusammen	3 550	3 516	7 066	183	38,6
dagegen 1951	3 526	3 546	7 072	175	40,4

Die Zahl der Schüler in Hilfsschulklassen (Übersicht 2) ist nicht identisch mit der Zahl der Hilfsschüler in Hamburg. Zur Ermittlung dieser Zahl müssen vielmehr die Schüler in Hilfsschulen, die im Abschnitt „Sonderschulen“ behandelt sind, hinzugeschlagen werden. Bei den Angaben in der Übersicht 2 handelt es sich lediglich um Hilfsschulklassen, die aus organisatorischen Gründen 11 allgemeinbildenden Schulen angegliedert sind. In den Zahlen über die Praktische Oberschule sind 9 Klassen mit 281 Schülern in sogenannten „Sammelabschlußklassen“ enthalten. In diesen Sammelabschlußklassen werden Schüler, die aller Wahrscheinlichkeit nach das Ziel der Praktischen Oberschule nicht erreichen werden, in besonderem Unterricht auf die praktische Berufsausbildung vorbereitet.

Bei den öffentlichen Wissenschaftlichen Oberschulen wurden außer den Normalklassen 3 Förderklassen mit 63 Schülern gezählt (Klosterschule und Oberschule für Jungen in St. Georg). In Förderklassen werden besonders förderungswürdige Schüler unterrichtet, die nach dem 8. Schuljahr aus der Technischen Oberschule in den Bildungsgang der Wissenschaftlichen Oberschule überführt worden sind.

Der Anteil der einzelnen Schulzweige an der Gesamtschülerzahl der allgemeinbildenden Schulen beträgt:

	15. 5. 1952	15. 5. 1951
Grundschule	67,0 v. H.	68,4 v. H.
Praktische Oberschule	17,8 v. H.	17,7 v. H.
Technische Oberschule	7,3 v. H.	6,5 v. H.
Wissenschaftliche Oberschule	7,9 v. H.	7,4 v. H.

Die Zahl der **Schüler je Klasse** ist in den öffentlichen Schulen im Gesamtdurchschnitt seit 1949 von 38,0 auf 37,3 zurückgegangen. Diese Durchschnittswerte aus allen Schulklassen lassen jedoch nicht erkennen, welche großen Unterschiede in der Klassenfrequenz tatsächlich bestehen. Schon aus der Gliederung der Schüler und Klassen nach Schulkreisen (Übersicht 3) geht hervor, wie stark die Unterschiede in der Klassenfrequenz regional bedingt sind. Von allen Schulkreisen haben die Klassen im Schulkreis 6 (Bergedorf, Vier- und Marschlande) mit 36,6 die niedrigste Klassenbelegungszahl. Dagegen ist schon aus der durchschnittlichen Klassenfrequenz zu ersehen, daß der Schulbau des Gebiets Barmbek mit dem Wohnungsbau nicht Schritt gehalten hat. Trotz des Mehrschichten-Unterrichts sind die

Klassen im Durchschnitt mit 40 Schülern je Klasse belegt, und zwar handelt es sich hier um Durchschnittszahlen ohne Berücksichtigung der selbständigen Wissenschaftlichen Oberschulen.

Im Vergleich mit anderen Ländern der Bundesrepublik wird die durchschnittliche Klassenfrequenz in sämtlichen hamburgischen Schulen verhältnismäßig niedrig erscheinen. So wurden z. B. für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen Bayerns bei der Erhebung im Mai 1952¹⁾ unter Zusammenziehung der 3 Schularten (Volks-, Mittel- und Höhere Schulen) 40,8 Schüler je Klasse (in Hamburg 37,3) errechnet. Bei einer Gegenüberstellung mit der Großstadt Hamburg muß aber berücksich-

¹⁾ Weitere Länder-Veröffentlichungen für 1952 liegen noch nicht vor.

Übersicht 3

Zahl der öffentlichen Schulen, Schüler, Klassen und Lehrer in den Schulkreisen

Schulkreis	Schulen	Schüler			Klassen	Lehrkräfte	Schüler je Klasse	Schüler je Lehrer
		männlich	weiblich	zusammen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1 a St. Georg, Innenstadt, St. Pauli, Finkenwerder	26	6 773	6 870	13 643	355	384	38,4	35,5
1 b Hamm	2	1 385	1 306	2 691	69	70	39,0	38,4
1 c Hohenfelde, Eilbek	4	1 356	1 334	2 690	70	74	38,4	36,4
1 d Billstedt, Veddel, Rothenburgsort, Horn	12	5 226	5 059	10 285	267	277	38,5	37,1
Schulkreis 1 zusammen	44	14 740	14 569	29 309	761	805	38,5	36,4
2 a Altona, Ottensen	17	6 753	6 966	13 719	345	382	39,7	35,9
2 b Elbgemeinden, Blankenese	22	8 052	7 762	15 814	420	448	37,7	35,3
Schulkreis 2 zusammen	39	14 805	14 728	29 533	765	830	38,6	35,6
3 a Harvestehude, Rothenbaum, Eimsbüttel-Süd, Hoheluft	14	5 600	5 386	10 986	277	311	39,7	35,3
3 b Eimsbüttel-Nord, Lokstedt, Niendorf, Schnelsen	21	8 592	8 285	16 877	425	474	39,7	35,6
Schulkreis 3 zusammen	35	14 192	13 671	27 863	702	785	39,7	35,5
4 a Eppendorf, Winterhude	16	6 752	6 751	13 503	347	377	38,9	35,8
4 b Barmbek, Uhlenhorst	19	8 069	7 924	15 993	400	434	40,0	36,9
4 c Alsterdorf, Fuhlsbüttel, Langenhorn, Gr.-Borstel	22	7 213	7 293	14 506	381	423	38,0	34,3
Schulkreis 4 zusammen	57	22 034	21 968	44 002	1 128	1 234	39,0	35,7
5 a Wandsbek, Bramfeld, Rahlstedt	16	6 837	6 534	13 371	344	373	38,9	35,8
5 b Walddörfer, Alstertal	16	6 017	5 876	11 893	321	355	37,0	33,5
Schulkreis 5 zusammen	32	12 854	12 410	25 264	665	728	38,0	34,7
6 Bergedorf, Vier- u. Marschlande	32	5 262	5 028	10 290	281	304	36,6	33,8
Schulkreis 6	32	5 262	5 028	10 290	281	304	36,6	33,8
7 a Harburg, Süderelbe	28	7 523	7 404	14 927	387	417	38,6	35,8
7 b Wilhelmsburg, Georgswerder	10	2 816	2 788	5 604	142	148	39,5	37,9
Schulkreis 7 zusammen	38	10 339	10 192	20 531	529	565	38,8	36,3
Wissenschaftliche Oberschulen ¹⁾	37	8 739	6 080	14 819	573	912	25,9	16,2
insgesamt	314	102 965	98 646	201 611	5 404	6 163	37,3	32,7
dagegen 1951	303	104 046	99 408	203 454	5 414	5 906	37,6	34,4

¹⁾ Selbständige Wissenschaftliche Oberschulen, die nicht in den Schulkreisen erfaßt wurden.

tigt werden, daß der Anteil der Wissenschaftlichen Oberschulen, der wesentlich die Senkung der Frequenz bedingt, etwa 10 v. H. aller öffentlichen Schulen beträgt (wenn man auch die Technischen Oberschulen als selbständige Schulen zählt), während in Bayern mit überwiegend ländlichen Gebieten sich der Anteil der öffentlichen Höheren Schulen lediglich auf etwa 3 v. H. aller öffentlichen allgemeinbildenden Schulen beläuft.

Eine Untersuchung der Klassenfrequenz in den Hamburger Schulen täuscht aber leicht über die wahre Lage hinweg. Man kommt näher an die Verhältnisse heran, wenn man auch die Frage stellt: Wie viele Schüler entfallen auf einen Klassenraum? Im Jahre 1938 verfügte jede Klasse über ihren eigenen Raum (Gesamtdurchschnitt 36,1 Schüler je Klasse). Am 15. 5. 1952 stand jedoch einer Klassenzahl von 5404 in den öffentlichen Schulen eine Raumzahl von nur 3367 gegenüber (in dieser Zahl sind noch 234 Notklassenräume enthalten!). Das bedeutet, daß unter Zugrundelegung der heutigen Klassenfrequenz bei einem Normalunterricht für 76 000 Schüler (37,7 v. H.) kein eigener Klassenraum vorhanden ist. Andererseits hätte, wenn man sämtliche Schüler gleichzeitig in den vorhandenen Raum pressen müßte, jeder Klassenraum fast 60 Schüler aufzunehmen (im Vorjahr 63). Dabei ist aber zu bedenken, daß die Wissenschaftliche Oberschule mit berücksichtigt ist. Die

Wissenschaftliche Oberschule weist naturgemäß von jeher eine niedrigere Belegungszahl auf und drückt auf die Frequenz. Für die Grundschule, Praktische und Technische Oberschule ergibt sich bei 2817 zur Verfügung stehenden Räumen eine Zahl von **66 Schülern je Raum**. Die Folge ist, daß auch heute noch trotz der Wiederaufbauten und Neubauten in vielen Schulen 2- und in einigen sogar 3-Schichtenunterricht durchgeführt werden muß.

Die Privatschulen haben hinsichtlich der Unterrichtsräume nicht so große Schwierigkeiten. Bei 167 Räumen können nur 8,8 v. H. der Schüler nicht gleichzeitig mit allen Schülern unterrichtet werden, oder: bei der Einrichtung eines Normalunterrichts müßten durchschnittlich 42,3 Schüler auf je einen Klassenraum verteilt werden (im Vorjahr 45,3).

Die Zahl der Schüler in den einzelnen **Klassenstufen** ergibt sich aus der **Übersicht 4**. Unter Klassenstufe oder Schuljahrgang ist eine Gruppe von Schülern zu verstehen, die ein Jahr lang zur gleichen Zeit nach dem gleichen Lehrplan unterrichtet wird. Das heißt also, daß Parallelklassen zu einer Klassenstufe zusammengefaßt sind, während in den vorhergehenden Betrachtungen die Parallelklassen als selbständige Klassen gezählt wurden. Die Übersicht enthält jedoch nur diejenigen Schüler, die Normalklassen besuchen. Schüler in Sonderklassen (Sammelabschlußklassen, angegliederten

Übersicht 4
Schüler nach Klassenstufen (Schuljahrgang)
(ohne Sonderklassen)

Klasse	Grundschule		Praktische Oberschule		Technische Oberschule		Wissenschaftl. Oberschule		Zusammen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Öffentliche Schulen										
1	8 316	8 079							8 316	8 079
2	10 956	10 601							10 956	10 601
3	11 926	11 619							11 926	11 619
4	11 980	11 269							11 980	11 269
5	12 850	12 494							12 850	12 494
6	12 159	11 845							12 159	11 845
7			7 026	7 154	2 178	2 348	1 651	1 320	10 855	10 822
8			5 406	5 330	2 687	2 974	1 358	1 062	9 451	9 366
9			5 220	5 590	1 287	1 263	1 613	1 311	8 120	8 164
10					1 271	1 177	1 514	1 203	2 785	2 380
11							1 193	705	1 193	705
12							1 004	544	1 004	544
13							711	342	711	342
zusammen	68 187	65 907	17 652	18 074	7 423	7 762	9 044	6 487	102 306	98 230
	134 094		35 726		15 185		15 531		200 536	
Private Schulen										
1	312	289							312	289
2	367	341							367	341
3	434	457							434	457
4	448	428							448	428
5	502	478							502	478
6	464	473							464	473
7			266	266	—	—	96	114	362	380
8			169	207	—	—	91	83	260	290
9			132	153	—	—	88	81	220	234
10							85	84	85	84
11							52	38	52	38
12							35	17	35	17
13							9	7	9	7
zusammen	2 527	2 466	567	626	—	—	456	424	3 550	3 516
	4 993		1 193		—		880		7 066	

Hilfsschulklassen, Förderklassen der W. O.) wurden nicht mit einbezogen, weil deren Klassenbezeichnungen mit denen der Normalzüge nicht vergleichbar sind.

Aus der Übersicht 6 lassen sich leicht die Schüler ermitteln, die altersmäßig über den Rahmen der Schulzweige hinausgewachsen sind. So sind die Geburtsjahrgänge 1939 und früher in der Grundschule als überalterte Jahrgänge anzusehen, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß sich im Jahrgang 1939 auch Schüler befinden, die aus irgendwelchen Gründen verspätet eingeschult worden sind (z. B. Schüler, die einen Schulkindergarten besucht haben). Gleichgelagert sind die Fälle in den Jahrgängen ab 1936 in der Praktischen Oberschule, ab 1935 in der Technischen Oberschule und ab 1932 in der Wissenschaftlichen Oberschule.

Die Zahl der in den Geburtsjahrgängen 1938 bis 1945 festgestellten Schüler deckt sich bis auf geringfügige Abweichungen mit den entsprechenden Bevölkerungsjahrgängen. Vergleiche wurden mit

Übersicht 5

Schüler nach Klassenstufen in v. H.

(ohne Sonderklassen)

Öffentliche und private Schulen
zusammen

Klasse	Grundschule	Praktische Oberschule	Technische Oberschule	Wissenschaftliche Oberschule	zusammen
1	12,3				8,2
2	16,0				10,7
3	17,6				11,8
4	17,3				11,6
5	18,9				12,7
6	17,9				12,0
7		39,9	29,8	19,4	10,8
8		30,1	37,3	15,8	9,3
9		30,0	16,8	18,8	8,1
10			16,1	17,6	2,6
11				12,1	0,9
12				9,8	0,8
13				6,5	0,5
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Übersicht 6

Schüler nach Geschlecht und Geburtsjahrgang

Geburtsjahr	Grundschule		Praktische Oberschule		Technische Oberschule		Wissenschaftl. Oberschule		zusammen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Öffentliche Schulen										
1946	1 851	1 828							1 851	1 828
1945	8 207	8 048							8 207	8 048
1944	11 099	10 818							11 099	10 818
1943	11 217	10 744							11 217	10 744
1942	10 851	10 621							10 851	10 621
1941	12 069	11 610					10	7	12 079	11 617
1940	9 738	9 514	1 479	1 570	605	643	580	439	12 402	12 166
1939	2 460	2 194	5 696	5 691	1 905	2 250	1 599	1 330	11 660	11 735
1938	606	459	7 277	7 332	1 747	1 808	1 613	1 343	11 243	10 942
1937	85	69	3 125	3 055	1 421	1 396	1 476	1 206	6 107	5 726
1936	3	1	231	266	1 118	1 140	1 253	895	2 605	2 302
1935	1	1	6	9	540	480	1 073	615	1 620	1 105
1934					85	45	791	421	876	466
1933					2		383	173	385	173
1932							107	34	107	34
1931							47	15	47	15
1930										
und früher							154	30	154	30
zusammen	68 187	65 907	17 814	18 193	7 423	7 762	9 086	6 508	102 510	98 370
	134 094		36 007		15 185		15 594		200 880	
	Außerdem in Hilfsschulklassen: 731									
	201 611									
Private Schulen										
1946	75	84							75	84
1945	311	262							311	262
1944	380	380							380	380
1943	404	420							404	420
1942	414	407							414	407
1941	463	466							463	466
1940	361	342	46	65	—	—	27	31	434	438
1939	90	85	174	233	—	—	89	97	353	415
1938	27	17	249	235	—	—	97	97	373	349
1937	2	3	86	87	—	—	80	84	168	174
1936			12	6	—	—	86	65	98	71
1935							37	28	37	28
1934							29	18	29	18
1933							9	3	9	3
1932							1		1	
1931							1		1	
1930										
und früher								1		1
zusammen	2 527	2 466	567	626	—	—	456	424	3 550	3 516
	4 993		1 193		—		880		7 066	

den Zahlen über Schüler, die der Pflicht zum Vollunterricht¹⁾ unterliegen, angestellt. Dabei ergaben 21 v. H. des Geburtsjahrganges 1946 — d. s. die Schüler, die bis zum 31. März 1952 das 6. Lebensjahr vollendeten — und die Jahrgänge 1938 bis 1945 zusammen die Zahl 192 227 (Fortschreibungsstichtag

1. 5. 1952). Die entsprechende Summe nach der Schulerhebung vom 15. Mai 1952 ergab, wenn die Schüler der Sonderschulen hinzugeschlagen werden, 192 768 Schüler. Die geringfügige Abweichung von etwa 0,25 v. H. dürfte im wesentlichen auf die unterschiedlichen Stichtage zurückzuführen sein.

Übersicht 7

Zu- und Abgänge Ostern 1952

Schulzweig	Schulanfänger bzw. in die unterste Klasse neu aufgenommen			Schulentlassungen nach Beendigung der Pflicht zum Vollunterricht		
	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen
Öffentliche Schulen						
Grundschule	8 079	7 868	15 947	259	179	438
Prakt. Oberschule	7 035	7 204	14 239	7 574	7 187	14 761
Hilfsschulklassen	86	44	130	47	36	83
Techn. Oberschule	2 145	2 316	4 461	1 287	1 352	2 639
Wissensch. Oberschule . .	1 676	1 316	2 992	1 196	993	2 189
Private Schulen						
Grundschule	308	286	594	14	13	27
Prakt. Oberschule	254	237	491	206	235	441
Wissensch. Oberschule . .	96	114	210	43	80	123

Bei einem Vergleich der Zahl der Schulanfänger²⁾ in der öffentlichen und privaten Grundschule mit der Zahl der Schüler in der 1. Grundschulklasse (Übersicht 4) ist auffällig, daß die letzte Zahl höher liegt. Die Differenz ist durch den Wanderungsgewinn vom Beginn des Schuljahres bis zum Erhebungstichtag zu begründen.

In den öffentlichen Schulen werden 438, in den privaten Schulen 27 Schüler nachgewiesen, die nach Beendigung der Pflicht zum Vollunterricht aus der Grundschule abgegangen sind. Das bedeutet also, daß insgesamt 465 Schüler für den Besuch von sechs Klassen mindestens neun Jahre benötigten. Eine erschreckend hohe Zahl? Nein, das sind nur 0,3 v. H. der Schüler des Schuljahres 1951 in der Grundschule.

901 Schüler hatten sich Ostern 1952 aus den öffentlichen Wissenschaftlichen Oberschulen zur Reifeprüfung gemeldet, 864 oder 95 v. H. bestanden die Prüfung. In den beiden Wissenschaftlichen Oberschulen der katholischen Gemeinde (St.-Ansgar-Schule und St.-Angela-Schule) bestanden 7 Schülerinnen ihr Abitur. Als externe Schüler legten 11 ihre Reifeprüfung ab, darunter befanden sich 3 Schüler der Rudolf-Steiner-Schule. Insgesamt wurde somit Ostern 1952 die Reifeprüfung von 882 Schülern bestanden (Ostern 1951 = 942).

Bei einer Umfrage³⁾ an den öffentlichen Wissenschaftlichen Oberschulen wurden die in Aussicht genommenen Berufe bzw. die weiteren Fortbildungswünsche der Abiturienten ermittelt:

	männl.	weibl.	zus.	v. H.
Akademisches Studium	315	166	481	55,7
Kaufmännischer Beruf	153	49	202	23,4
Handwerklicher Beruf	2	1	3	0,3
Technische Berufe ohne Hochschulbildung	10	21	31	3,6
Gehobene Beamtenlaufbahn . . .	47	17	64	7,4
Bankfach	17	2	19	2,2
Andere Berufe	26	38	64	7,4
zusammen	570	294	864	100,0

Von den 481 Abiturienten, die eine Universität oder Hochschule besuchen wollten, waren 68 Abiturienten, die den Beruf des Volksschullehrers und

48, die den Beruf des Lehrers an wissenschaftlichen Schulen in Aussicht genommen hatten. Das Studium auf einer Technischen Hochschule wurde von 105 Abiturienten und das Studium der Rechtswissenschaft von 78 Abiturienten gewählt. Für das Human-Medizin-Studium entschlossen sich 32 Abiturienten.

Die Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen

Im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Bundesrepublik, in denen nur die Ausbildung der Lehrer für die Höheren Schulen an wissenschaftlichen Hochschulen durchgeführt wird, erhalten in Hamburg auch die Lehrer an den Grundschulen, den Praktischen und Technischen Oberschulen sowie an den Sonderschulen ihre Ausbildung an der Universität. Die Ausbildung erfolgt in einem ordentlichen, mindestens sechssemestrigen Studium.

Die Studenten werden in der Philosophischen Fakultät immatrikuliert und hören als Hauptstudienfach Pädagogik, außerdem Philosophie, Psychologie und einige Fächer auf dem Gebiet der Gesellschafts- und Staatslehre. Dazu kommt ein Wahlfach wie z. B. Deutsch, Geschichte, Englisch, Mathematik, Physik. Für die schulpraktische Ausbildung wurde, da die umfangreichen Ausbildungsaufgaben nicht in einem Universitätsseminar zu lösen waren, das „Pädagogische Institut der Universität Hamburg“ gegründet und der Philosophischen Fakultät eingegliedert. Nach einem Studium von mindestens sechs Semestern kann sich der Student zur ersten Lehrprüfung melden. Hat er sie bestanden, wird er als außerplanmäßiger Beamter in den Schuldienst übernommen. Für die endgültige Anstellung im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist das Be-

¹⁾ Die Schulpflicht beginnt mit dem Schuljahre, das auf die Vollendung des 6. Lebensjahres folgt. Die Pflicht zum Besuch des Vollunterrichts endet

a) mit dem Schuljahre, in dem das 15. Lebensjahr vollendet wird,

b) mit dem 9. Schuljahre, falls dieses vor der Vollendung des 15. Lebensjahres abgeschlossen wird (§§ 5 u. 6 Schulgesetz).

²⁾ Vgl. hierzu „Hamburg in Zahlen“ Heft 27/1952 S. 312.

³⁾ Von der Schulbehörde durchgeführt.

stehen der zweiten Lehrerprüfung erforderlich, die nach frühestens dreijähriger Tätigkeit im Schuldienst abgelegt werden kann und spätestens nach fünf Jahren abgelegt werden muß.

Eine Aufgliederung des Lehrpersonals auf die einzelnen Schulzweige ist auf Grund des Hamburger Schulsystems nicht möglich, da verschiedentlich Lehrkräfte zwischen den Schulzweigen pendeln. So unterrichten beispielsweise Lehrer der Praktischen Oberschule auch an der Technischen Oberschule und

Lehrer der Wissenschaftlichen Oberschulen werden an Technische und Praktische Oberschulen sowie an Grundschulen abgeordnet. Somit konnten die Lehrkräfte nur insgesamt nach der Art ihrer Ausbildung aufgliedert werden.

In der Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte in öffentlichen Schulen sind 1136; in privaten Schulen 60 Lehramtsanwärter enthalten; dies sind Lehrpersonen, die sich in Vorbereitung auf die 2. Prüfung befinden, aber regulären Unterricht erteilen.

Übersicht 8

Hauptamtliche Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen

Ausbildung	Öffentliche Schulen			Private Schulen		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Prüfung f. d. Lehramt an Volksschulen	2 278	2 477	4 755 ¹⁾	63	92	155 ²⁾
Prüfung f. d. Lehramt an Höheren Schulen	756	392	1 148	21	15	36
Prüfung f. d. Lehramt an Berufsschulen	—	8	8	—	2	2
Technische Lehrkräfte	38	174	212	6	10	16
Sonstige Ausbildung	15	25	40 ³⁾	4	10	14
zusammen	3 087	3 076	6 163	94	129	223
dagegen 1951	2 975	2 931	5 906	90	125	215

¹⁾ darunter 329 Lehrer mit der Prüfung für das Lehramt an Mittelschulen

²⁾ darunter 6 Lehrer mit der Prüfung für das Lehramt an Mittelschulen

³⁾ darunter 12 Lehrer mit der Prüfung für das Lehramt an Hilfsschulen

Außer den hauptamtlichen Lehrkräften unterrichteten am Erhebungsstichtag in den öffentlichen Schulen fünf nebenamtlich und sechs nebenberuflich beschäftigte Lehrkräfte. In den privaten Schulen lauteten die entsprechenden Zahlen 10 und 26. Unter nebenamtlichen Lehrkräften sind solche zu verstehen, die bei einer anderen Schulart (z. B. berufsbildende Schule) hauptamtlich beschäftigt sind. Nebenberuflich sind Lehrkräfte, die einem anderen Beruf angehören (z. B. Maler, Musiker).

Technische Lehrkräfte, die in allen Schulzweigen Unterricht erteilen können, sind solche Lehrer, die die Lehrbefähigung für ein oder mehrere

Fächer technischer Art, wie z. B. Turnen, Zeichnen, Nadelarbeit haben und überwiegend nur in diesen Fächern unterrichten.

Eine Gegenüberstellung der Schüler- und Lehrerzahlen ergab, daß im Mai 1952 in den öffentlichen Schulen auf einen hauptamtlichen Lehrer 32,7 Schüler entfielen (1951 = 34,4). Die Schwankungen in den einzelnen Schulkreisen lassen sich aus der Übersicht 3, Spalte 9 ersehen. In den privaten Schulen waren es 31,2 (1951 = 32,9). Die errechnete Frequenz für die privaten Schulen dürfte jedoch tatsächlich etwas günstiger liegen, da in diesen Schulen verhältnismäßig stark auf nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte zurückgegriffen wird.

Übersicht 9

Hauptamtliche Lehrkräfte nach dem Lebensalter

Schulart	unter 30 Jahre		30 bis unter 45		45 bis unter 60		60 bis unter 65		über 65 Jahre	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Öffentl. Schulen	226	618	944	1 037	1 527	1 140	383	276	7	5
Private Schulen	18	32	34	41	37	41	3	12	2	3
dagegen 1951										
Öffentl. Schulen	178	620	951	928	1 468	1 128	371	248	7	7
Private Schulen	15	29	31	43	37	44	5	8	2	1

Männliche und weibliche Lehrkräfte der öffentlichen Schulen halten sich etwa die Waage. Die Lehrer sind im Durchschnitt aber etwas älter als die Lehrerinnen. Der größte Teil der männlichen als auch der weiblichen Lehrer ist bereits über 45 Jahre alt, während besonders der männliche junge Nachwuchs unter 30 Jahren noch sehr schwach vertreten ist.

Prozentual verteilen sich die Lehrkräfte der öffentlichen Schulen auf die Altersgruppen wie folgt:

	männl.	weibl.	zus.
unter 30 Jahre	3,7	10,0	13,7
30 bis unter 45 Jahre	15,3	16,8	32,1
45 bis unter 60 Jahre	24,8	18,5	43,3
60 bis unter 65 Jahre	6,2	4,5	10,7
über 65 Jahre	0,1	0,1	0,2
	50,1	49,9	100,0

B. Die Sonderschulen

Die Sonderschulen sind ohne Ausnahmen öffentliche Schulen. Unter dem Begriff „Sonderschulen“ wurden bei der Erhebung zusammengefaßt:

18 Hilfsschulen, 17 Schulen in Jugendamtsheimen, 4 Schulen für Sprachkranke, 1 Gehörlosenschule, 1 Blinden- und Sehschwachenschule und 1 Schule für Schwerhörige.

Die Schulen in Jugendamtsheimen unterstehen nicht der Aufsicht der Hamburger Schulbehörde, sondern werden von der Jugendbehörde betreut. Sie sind lehrplanmäßig den allgemeinbildenden Schulen mit Grundschule und Praktischer Oberschule angegliedert. Der Kreis der in den Jugendamtsheimen Unterbrachten setzt sich zusammen aus

- a) Minderjährigen in gerichtlich angeordneter Fürsorgeerziehung,
- b) Minderjährigen in freiwilliger öffentlicher Erziehung,
- c) hilfsbedürftigen Minderjährigen in Erziehungshilfe (z. B. Waisen).

Lediglich charakterliche und erzieherische Grundsätze bestimmen die Zuweisung in ein bestimmtes Heim. So werden Fürsorgezöglinge und andere zur Erziehung in die Heime aufgenommene Kinder gemeinschaftlich erzogen und besuchen gemeinsam die Schulen, die diesen Heimen angegliedert sind.

Um die Zahl der **Hilfsschüler** in Hamburg zu ermitteln, muß die in der Übersicht 10 genannte

Übersicht 10

Schüler, Klassen und Räume in Sonderschulen

Schulart	Schüler			Klassen	Räume
	Jungen	Mädchen	zusammen		
Hilfsschulen	3 037	1 995	5 032	211	111
Schulen in Jugendamtsheimen	678	380	1 058	63	38
Schulen für Sprachkranke	527	179	706	36	31
Gehörlosenschule	60	40	100	9	9
Blinden- und Sehschwachenschule	82	63	145	11	6
Schule für Schwerhörige	64	76	140	12	9
zusammen	4 448	2 733	7 181	342	204

Zahl von 5032 um 731 Schüler aus den Hilfsschul-
klassen an den allgemeinbildenden Schulen auf
5763 Schüler erhöht werden. Gemessen an der
Gesamtschülerzahl der öffentlichen und privaten
allgemeinbildenden Schulen sowie der Sonder-
schulen sind damit **2,7 v. H. Hilfsschüler**.

Die Zahlen über Klassen und Klassenräume in den
Sonderschulen weisen nicht die starke Diskrepanz
auf wie in den allgemeinbildenden Schulen. Die
Klassenfrequenz liegt im Durchschnitt bei 21
Schülern.

Die **Geburtsjahrgänge** der Schüler in Sonder-
schulen decken sich im allgemeinen mit denen in
der Grundschule und Praktischen Oberschule. Ledig-
lich in den Hilfsschulen sind die unteren Jahrgänge
sehr schwach besetzt. Das ist darauf zurückzuführen,
daß die Einschulung der Schüler normalerweise in
der Grundschule durchgeführt wird. Erst wenn sich
im Laufe des weiteren Schulbesuchs — etwa nach
dem zweiten Jahr — die geistige Unzulänglichkeit
herausstellt, wird die Umschulung in die Hilfsschule
veranlaßt.

Übersicht 11

Schüler in Sonderschulen nach Geburtsjahren

Geburtsjahr	Hilfsschulen		Schulen in Jugendamtsheimen		Übrige Sonderschulen		zusammen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1946	—	—	19	13	15	7	34	20
1945	4	1	41	16	62	25	107	42
1944	47	23	37	43	107	48	191	114
1943	161	110	60	27	96	52	317	189
1942	315	198	85	40	98	47	498	285
1941	471	292	82	37	86	37	639	366
1940	557	370	107	60	77	38	741	468
1939	617	417	103	53	66	28	786	498
1938	567	418	93	64	66	34	726	516
1937 u. früher	298	166	51	27	60	42	409	235

Die hauptamtlichen **Lehrkräfte** haben sich in ihrer
Zahl gegenüber 1951 um 23 vermehrt. Der Haupt-
zugang von 12 Lehrern ist bei den Hilfsschulen zu
verzeichnen gewesen. Dadurch verbessert sich in
diesen Schulen die Zahl der „Schüler auf eine Lehr-
kraft“ von 24,7 auf 23,4 im Berichtsjahr. Die durch-

schnittliche Frequenzzahl für die übrigen Sonder-
schulen liegt im Vorjahr auf 19,5, im Berichtsjahr
auf 17,6.

Außerdem wurden am Erhebungsstichtag eine
nebenamtliche und fünf nebenberufliche Lehrkräfte
beschäftigt.

Übersicht 12

Hauptamtliche Lehrkräfte an Sonderschulen

Schulart	insgesamt			davon im Alter von									
				unter 30 Jahre		30 bis unter 45		45 bis unter 60		60 bis unter 65		65 und mehr Jahre	
	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Hilfsschulen	116	99	215	2	7	15	24	84	49	15	18	—	1
Schulen in Jugendamtsheimen	23	28	51	5	—	9	8	9	16	—	4	—	—
Sonstige Sonderschulen	50	21	71	—	—	20	8	23	10	7	3	—	—
zusammen	189	148	337	7	7	44	40	116	75	22	25	—	1

Übersicht 13

Gesamtzusammenstellung
über Schulen, Schüler, Klassen und Lehrer in den Jahren 1938 und 1948 bis 1952
 (allgemeinbildende Schulen und Sonderschulen)

Stichtag	Schulen			Schüler			Klassen			Lehrer		
	Öffentl. Schulen	Private Schulen	zusammen	Öffentl. Schulen	Private Schulen	zusammen	Öffentl. Schulen	Private Schulen	zusammen	Öffentl. Schulen	Private Schulen	zusammen
1. 11. 1938	399	37	436	161 624	9 161	170 785	4 457	349	4 806	5 207	477	5 684
15. 5. 1948	324	14	338	191 075	5 682	196 757	4 990	136	5 126	5 333	143	5 476
15. 5. 1949	334	15	349	199 204	6 478	205 682	5 367	152	5 519	5 667	184	5 851
15. 5. 1950	343	15	358	205 405	6 924	212 329	5 516	169	5 685	5 854	199	6 053
15. 5. 1951	345	15	360	210 639	7 072	217 711	5 749	175	5 924	6 220	215	6 435
15. 5. 1952	356	15	371	208 792	7 066	215 858	5 746	183	5 929	6 500	223	6 723

Schmude

Die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahl in der Allgemeinen Volksschule von 1952 bis 1965

Für alle Planungen zum Wiederaufbau Hamburgs haben die sprunghaften Entwicklungen auf manchen Teilgebieten viele Überlegungen über ihren endlichen Ablauf ausgelöst. Die Aufgabe war immer, aus zeitbedingten und zufälligen Schwankungen, den echten Kern, der für die Dauer bestimmt ist, herauszulesen und darauf die erforderlichen Schlüsse aufzubauen. Es mußte die Gefahr gebannt werden, die fieberhaften und oft steilen Entwicklungskurven einer kranken Nachkriegszeit zu überschätzen; als Symptom waren sie durchaus ernst zu nehmen, da ihre Auswirkungen im Zeitpunkt ihres Geschehens viele unüberbrückbare Sorgen bereiteten. Für eine Planung auf lange Sicht mit allen Folgerungen waren rüchterne und leidenschaftslose Erwägungen notwendig.

Das Hamburger Schulwesen hat in den Jahren seit 1945 alle Schwierigkeiten der Nachkriegszeit durchlebt und durchlitten, die sich aus einer sprunghaft steigenden Schülerzahl verbunden mit Raum- und Lehrermangel und wirtschaftlichen Nöten ergaben. Es ist bekannt, daß der Kulminationspunkt hinsichtlich der Schülerzahl, die für alle Planungen die Grundlage abgibt, erst in den nächsten Jahren erreicht wird. Die Schwierigkeiten werden deshalb vorläufig kaum geringer werden, sondern sich höchstens unter den Sparten des Schulwesens und regional verschieben.

Die Frage, die hier für die Planung des Raumbedarfs und des Bedarfs an Lehrkräften für das gesamte Schulwesen zu beantworten ist, verlangt

die Erarbeitung einer Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahl für einen längeren Zeitraum. Wenn es auch unmöglich ist, diese gewünschte Zahl genau zu bestimmen, da nicht alle Komponenten der Linienführung mathematisch vorausberechnet werden können, so genügt doch die Festlegung der Richtung und Größenordnung über die voraussichtliche Entwicklung.

Mit einer solchen Übersicht ist die Grundlage für den künftigen Raum- und Lehrerbedarf gegeben, so daß alle Entscheidungen für den Wiederaufbau und die Neuordnung des Hamburger Schulwesens von einem sichtbaren Ziel, das zeitliche und vorübergehende Schwankungen unberücksichtigt läßt, bestimmt werden.

Die Sorge um diese klare Sicht hat den Senat schon für die Beratung des Haushalts 1952 veranlaßt, der Bürgerschaft eine Senatsmitteilung Nr. 141 „Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahl in der Allgemeinen Volksschule von 1952/57“ zuzuleiten. Diese Aufstellung hatte als Ausgangspunkt die amtlichen Schullisten und die damals vorliegenden Teilergebnisse der Volkszählung von 1950 hinsichtlich der Zahl der Schulanfänger nach der Größe der einzelnen Geburtsjahrgänge genommen.

Da nach weiteren Erkenntnissen sich die berechneten Ergebnisse für die Berufsschule verringert haben, wird die verbesserte Übersicht nachstehend noch einmal aufgeführt.

Die Zahl der Schüler im hamburgischen Schulwesen (Öffentliche Schulen)

— Aus Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Nr. 141 vom 7. 3. 1952 —

Beginn des Schuljahres	Grundschule: (einschließlich Hilfs- und Sonderschulen)	O b e r s c h u l e n				Grundschule und Oberschule	Berufsschule	I n s g e s a m t	
		Praktische Oberschule	Technische Oberschule	Wissensch. Oberschule	Oberschulen zusammen			ohne Wanderungsgewinn	einschließlich Wanderungsgewinn
1939	110 574	23 467 ¹⁾	8 470 ²⁾	17 368	49 305	159 879	56 756	.	216 635
1949	128 146	42 087 ²⁾	9 189 ²⁾	18 082	69 358	197 504	54 469	.	251 973
1950	136 321	42 561 ²⁾	9 684 ²⁾	15 618	67 863	204 184	62 581	.	266 765
1951	144 893	36 025	13 636	15 468	65 129	210 022	69 472	.	279 494
1952	141 669	35 669	15 489	16 105	67 263	208 932	74 600	283 532	285 182
1953	135 748	40 547	17 238	16 719	74 504	210 252	77 500	287 752	291 200
1954	129 334	47 039	18 788	17 320	83 147	212 481	77 400	289 881	295 800
1955	125 225	48 149	16 630	17 550	82 329	207 554	85 700	293 254	301 000
1956	120 452	46 985	16 602	17 726	81 313	201 765	93 500	295 265	304 100
1957	117 168	43 846	15 980	17 613	77 439	194 607	93 500	288 107	297 500

¹⁾ Klassen 7 und 8 der damaligen Volksschule

²⁾ Klassen 7 bis 9 der damaligen Volksschule

³⁾ Oberbau

Aus dieser veränderten Übersicht ist zu entnehmen, daß die Gesamtschülerzahl ihren Höhepunkt erst 1956 erreicht; in der absoluten Höhe mit 304 100 bleibt sie um fast 9000 tiefer als in der ersten Aufstellung vom 7. März dieses Jahres, in der der Höchststand im Jahr 1954 mit 312 900 angenommen wurde. In den Berufsschulen werden 1957 noch rund 19 000 Schüler mehr vorhanden sein als heute.

Für eine langfristige Planung konnte jedoch diese Berechnung, die von sichtbaren Jahrgängen ausging, nicht genügen. Nachdem nun die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 13. 9. 1950 vorliegen und das Statistische Landesamt darüber in seiner Schriftenreihe „Hamburg in Zahlen“ (Jahrgang 1952, Heft Nr. 30 vom 1. 9., S. 333 ff.) unter dem Titel: „Der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung“ berichtet hat, läßt sich ein kritischer Vergleich mit den Berechnungen der Schulbehörde und der schon genannten Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Nr. 141 herstellen.

In der früheren Darstellung konnte der weiteren Entwicklung über 1957 hinaus nicht nachgegangen werden, da noch keine amtlichen Unterlagen vorhanden waren. Das Statistische Landesamt hat nun die weitergehenden Berechnungen angestellt und sie in dem angeführten Heft Nr. 30 veröffentlicht. Die Untersuchung über: „Die voraussichtliche Entwicklung der hamburgischen Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in den nächsten 15 Jahren“ (S. 344 ff.) gibt die Grundlage, die Darstellung der Senatsmitteilung Nr. 141 weiterzuführen und eine Kritik anzuschließen.

Zum besseren Vergleich seien aus der „Übersicht 6“ der angeführten Untersuchung die entsprechenden Zahlen, die für die Betrachtung in Frage kommen, herausgezogen:

Auszug aus der Übersicht 6

„über die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht von der Volkszählung 1950 bis Ende 1965“

(Hamburg in Zahlen, Heft 30 vom 1. Sept. 1952)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	davon im Alter	
		von ... bis unter ... Jahren	
		6 - 15	15 - 18
13. 9. 1950 Volkszählung	1 605 606	207 956	56 589
31. 12. 1950	1 621 384	210 092	59 288
31. 12. 1951	1 659 682	210 071	68 801
31. 12. 1952	1 694 439	211 893	72 531
31. 12. 1953	1 723 752	211 456	74 408
31. 12. 1954	1 747 484	208 980	77 452
31. 12. 1955	1 765 832	202 879	82 250
31. 12. 1956	1 778 717	195 800	84 626
31. 12. 1957	1 786 184	191 221	82 376
31. 12. 1958	1 788 243	184 704	79 144
31. 12. 1959	1 784 834	178 041	75 996
31. 12. 1960	1 780 925	176 797	70 646
31. 12. 1961	1 776 581	173 647	66 297
31. 12. 1962	1 771 816	171 015	62 234
31. 12. 1963	1 766 671	168 528	63 550
31. 12. 1964	1 761 014	167 304	61 819
31. 12. 1965	1 754 746	167 388	59 338

Insbesondere sind es zwei Gesichtspunkte, die nun zu berücksichtigen sind:

- Wieweit stimmen die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 13. 9. 50, die das Statistische Landesamt mit seinen verfeinerten Methoden erarbeitet hatte, mit der bisherigen Entwicklung und der Aufstellung der Schulbehörde überein?
- Wieweit läßt sich aus diesem Vergleich mit der Fortführung der Berechnung bis 1965 die Richtung der künftigen Entwicklung der Schülerzahlen und ihre voraussichtliche annähernde Höhe ablesen?

Die Beantwortung dieser beiden Fragen ist immer dringender geworden, da bei den Erörterungen über die Beseitigung der Schulraumnot häufiger auf den „stetigen Rückgang“ der Schülerzahlen hingewiesen wird. Es wird dabei die Sorge ausgesprochen, daß die jetzt aufgeblähten Schülerzahlen, bedingt durch den Zugang geburtenstarker Jahrgänge, zu überhöhten Bauforderungen der Schulen und vielleicht sogar zu falschen Bauplanungen und übermäßigen Finanzanforderungen der beteiligten Behörden führen könnte oder schon geführt hat.

Mit Rücksicht auf die Aufstellung eines „Dreijahresprogramms für den Schulbau“, die die Bürgerschaft jetzt gefordert hat, ist es deshalb notwendig, die Grundlagen der Planungen in Anlehnung an die neuen Berechnungen des Statistischen Landesamtes zu überprüfen.

Die nachfolgende graphische Darstellung vergleicht die Altersgruppen der schulpflichtigen Jugend von 6 bis 15 und 15 bis 18 Jahren einzeln und in ihrer Summe mit den entsprechenden Zahlen der Schulbehörde. Wenn auch die beiden Zahlenangaben der Altersgruppen und der einzelnen Schulsparten sich nicht völlig decken, so genügt doch ein Vergleich ihrer Größenordnung und ihrer Richtung, um die bisherige und die voraussichtliche künftige Entwicklung überblicken zu können.

Die Altersgruppe der 6- bis 15jährigen zeigt mit den Zahlen der Grundschule, der Praktischen, Technischen und Wissenschaftlichen Oberschule (bis Klasse 10) einen völligen Gleichlauf bis 1957, so daß auch für den weiteren Verlauf bis 1965 die Kurve des Statistischen Landesamts in ihrer Richtung maßgebend sein kann.

Bei den 15- bis 18jährigen zeigt sich bis 1956 ebenfalls eine richtungsmäßige Übereinstimmung mit den entsprechenden Zahlen der Berufsschule, die nach den neuen Erkenntnissen für die Jahre 1954 bis 1957 eine Korrektur erfahren haben, und den dazugehörigen Jahrgängen der Wissenschaftlichen Oberschule. Dann aber erfolgt eine kleine Steigerung im Berufsschulwesen, die in der Entwicklung der Altersgruppen keine Stütze findet.

Ohne Zweifel ist die Vorausbestimmung der Schülerzahlen für das Berufsschulwesen schwieriger als bei den allgemeinbildenden Sparten, weil wirtschaftliche Bewegungen und der Lehrlingszugang aus den außerhamburgischen Gebieten eine Rolle spielen, die nicht sicher vorausbestimmt werden können. Da jedoch von 1939 bis 1956 ein Gleichlauf vorhanden ist, braucht dieser Steigerung keine besondere Bedeutung beigemessen zu werden.

Der Vergleich der Gesamtzahlen bringt die gleiche Tendenz, so daß auch für die voraussichtliche Weiterentwicklung bis 1965 entsprechende Schlüsse gezogen werden können. Die annähernde Deckung der beiden Kurven in den Jahren 1950 und 1951 erklärt sich aus der zu kleinen Schülerzahl im Berufsschulwesen, das aus Raum- und Lehrermangel nicht alle Schüler aufnehmen konnte. Absolut muß die Kurve der Gesamtschülerzahl etwas höher liegen als die der Altersgruppe 6—18, da ältere und auswärts wohnende Schüler hinzukommen.

Für die Bestimmung der Schülerzahlen, die einer Planung auf lange Sicht zugrundegelegt werden müssen, ist noch zu bedenken, daß das Statistische Landesamt bis 1958 den Wanderungsgewinn allmählich auslaufen und ab 1959 überhaupt fallen läßt. Ob und inwieweit diese Annahme richtig ist, vermag niemand heute zu sagen. Für die Planung und die Bestimmung der Schulbauplätze im Bebauungsplan gemäß den Schülerzahlen ist es jedoch erforderlich, einen Sicherheitszuschlag anzusetzen, damit bei einer anderslaufenden Entwicklung keine unüberbrückbaren Schwierigkeiten entstehen.

Ebenso muß für die Zahlen des Berufsschulwesens der Erfahrungszuschlag für die Schüler, die zwar in Hamburg in der Lehre sind, aber nicht dort wohnen, eingerechnet werden.

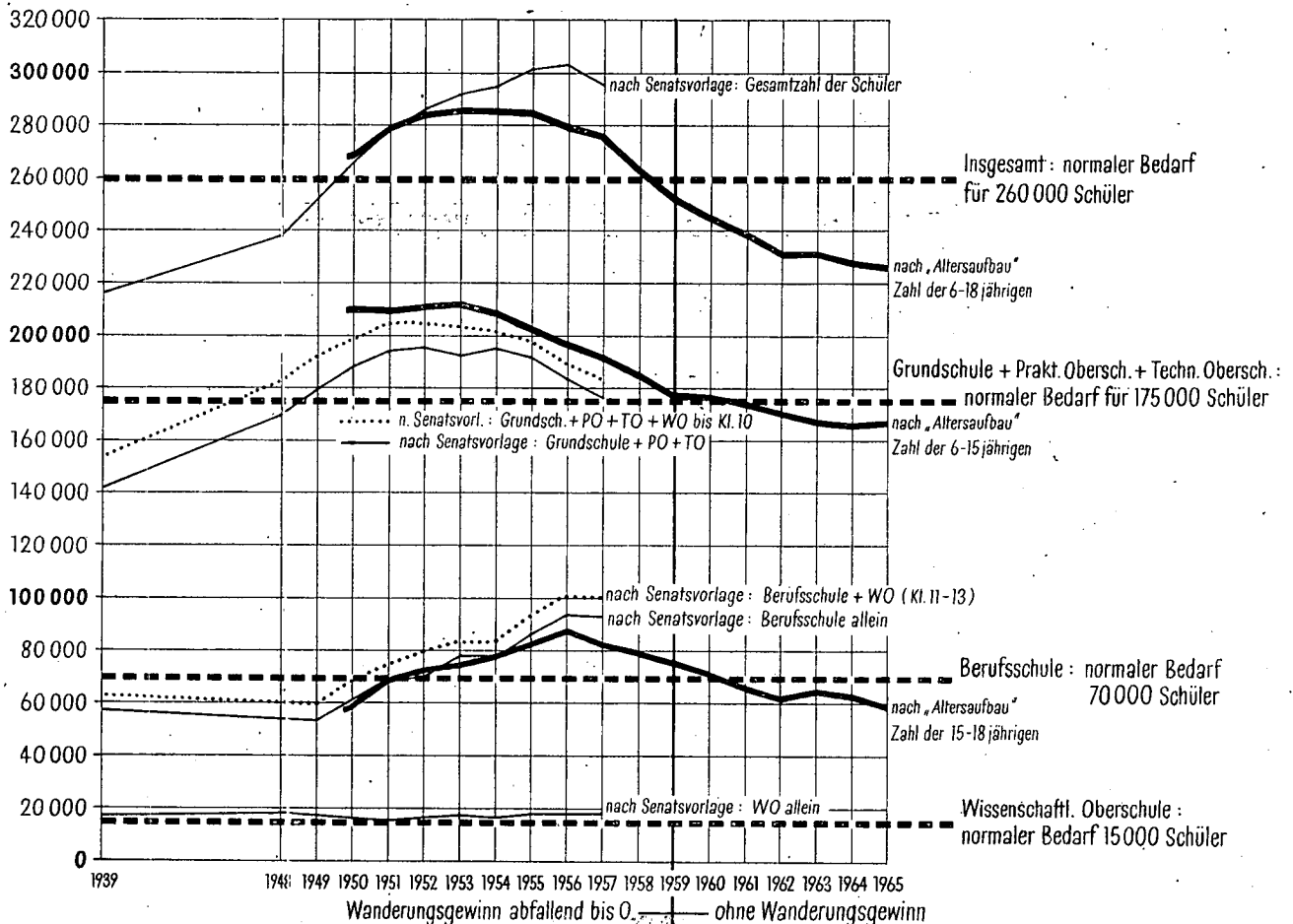
Unter diesen Voraussetzungen ergeben sich folgende Richtzahlen, die der Planungsarbeit als Grundlage zu dienen haben und die weitgehend dem errechneten künftigen Anteil der zugehörigen Altersgruppen an einer Gesamtbevölkerung Hamburgs von etwa 1,8 Mill. entsprechen:

1. Grundschule, Praktische und Technische Oberschule	175 000 Schüler
2. Wissenschaftliche Oberschule	15 000 Schüler
3. Berufsschule in allen Zweigen	70 000 Schüler
Das gesamte Schulwesen	260 000 Schüler

Gegenüber dem für 1956 errechneten Hochstand von 304 100 Schülern bedeutet das eine Richtzahl bis 1965, die um rund 44 000 oder 14% niedriger liegt. **Die über 260 000 liegende Schülerzahl kann damit durch zusätzliche Bauten nicht aufgefangen werden. Sie muß als Folge des Krieges für einige Jahre ertragen und durchgezogen werden.**

Zahl der Schüler im hamburgischen Schulwesen 1952—1957 im Vergleich zur voraussichtlichen Entwicklung der Altersgruppen von 6 bis 15 und 15 bis 18 Jahren nach der Volkszählung von 1950

(Senatsvorlage 141 zum Haushaltsplan 1952; „Hamburg in Zahlen“ Heft 30/1952 vom 1. 9. 1952)



Der bisher verfolgte Aufbauplan für das Schulwesen hat sich von vornherein auf eine gleiche Zahlenebene eingestellt. Bei der Bestimmung der Zahl und der Lage der neuen Schulbauten sind grundsätzlich nur die künftig zu erwartenden Zahlen, die vom Landesplanungsamt errechnet worden sind, als Ausgangspunkt genommen worden. Die gegenwärtige Situation hat dabei nur soweit Bedeutung, als durch die Überbelegung der einzelnen Schule die Priorität des Baubeginns bestimmt wird. Durch die heutige Form, Schulhäuser als

„Wachsende Schule“ zu bauen, besteht außerdem die Möglichkeit, Änderungen einer Entwicklung Rechnung tragen zu können.

Der Vergleich mit den endgültigen Ergebnissen der Volkszählung zeigt jedenfalls, daß die Überlegungen der Schulbehörde hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen richtig waren. Die vorgebrachten Raumanforderungen, die von einem Normalstand ausgehen, erhalten im Gegenteil darüber hinaus ein noch größeres Gewicht.

Dressel, Schulrat

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet